

**Documentação sobre o Golpe de Estado na
Guiné-Bissau.**

**Dokumentation zum Staatsstreich im
November in Guinea Bissau**

Ulrich Schiefer
Silke May
Ingrid Stukenbrock

Münster

1982

Please quote as:

Schiefer, Ulrich; May, Silke (ed) (1982)
Documentação sobre o Golpe de Estado na Guiné-Bissau.
Dokumentation zum Staatsstreich im November in Guinea
Bissau. IFS, Münster, 555 p.

Contact: schiefer@iscte.pt

Ulrich Schiefer
Silke May
Ingrid Stukenbrock

Documentação Sobre o Golpe de
Estado na Guiné-Bissau

Dokumentation zum Staatsstreich
in Guinea-Bissau
im November 1980

Münster
Januar 1982

DOKUMENTATION ZUM STAATSTREICH IN GUINÉ-BISSAU
IM NOVEMBER 1980

DOCUMENTAÇÃO SOBRE O GOLPE DE ESTADO NA GUINÉ-BISSAU



zusammengestellt von der 'Arbeitsgruppe Guiné-Bissau'
am Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-
Universität Münster

Ulrich Schiefer
Silke May
Ingrid Stukenbrock

Münster, im Januar 1982

INHALTSVERZEICHNIS

- Einleitung
- 1. Vorbemerkung
- 2. Zeitungen
 - Deutschsprachige Zeitungen
 - Englische Zeitungen
 - Französische Zeitungen
 - Portugiesischsprachige Zeitungen
 - Portugal
 - Cabo Verde
 - Guiné-Bissau
- 3. Zeitschriften
- 4. Rundfunk
- 5. Dokumente
- 6. Aufsätze
- 7. Quellenverzeichnis
- 8. Literaturhinweise

EINLEITUNG

Die hier vorgelegte Dokumentation über den Staatsstreich in Guiné-Bissau im November 1980 erscheint nach einem Zeitraum, in dem die damaligen Ereignisse nahezu in Vergessenheit geraten sind.

Vor etwa einem Jahr begann die Arbeitsgruppe mit der Erstellung dieser Dokumentation, die zunächst lediglich als eine Diskussionsgrundlage der internen Aufarbeitung der Entwicklungsverläufe in Guiné-Bissau dienen sollte.

Nunmehr erscheint uns jedoch eine Veröffentlichung des zusammengetragenen Materials notwendig, ist dieser Putsch doch exemplarischer Ausdruck der Labilität einer Reihe von neokolonialen Staaten und nicht etwa nur ein Spezifikum Guiné-Bissaus. Zu einem Zeitpunkt, da das Augenmerk von den Problemen nationalen Aufbaus und politischer Konsolidierung z.B. Nicaraguas und einiger afrikanischer Länder abgelenkt wird, indem sich das Hauptinteresse im wesentlichen auf die derzeitigen Befreiungskämpfe in Mittelamerika konzentriert, meinen wir, daß diese Vorgänge Anlaß zu einer Besinnung auf die Dringlichkeit einer grundsätzlichen theoretischen Auseinandersetzung mit Befreiungsbewegungen an der Macht, d.h. unter anderem mit der Problematik ihrer staatlichen Machtausübung und ihrer Entwicklungsbemühungen geben sollten.

Solidarisches Engagement erschöpft sich häufig genug in moralischer Entrüstung und sensationslüsterner Anteilnahme, etwa an Guerillakriegen oder auch an Staatsstreichen... Analysen ihrer Hintergründe und Konsequenzen, eine Weiterverfolgung der politischen und ökonomischen Entwicklung nach erfolgter Befreiung setzen u.a. eine veränderte Orientierung des solidarischen Selbstverständnisses voraus, nicht zuletzt auch werden sie durch die oft entstellte Wiedergabe von Publikationen oder deren Mangel in den Medien erschwert.

Die vorliegende Dokumentation erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Ein solcher Anspruch wäre nicht nur vermessen angesichts der Fülle der internationalen Presse-notizen; er wurde auch bewußt aufgegeben, da die Agentur-meldungen von einer Vielzahl von Presseorganen mit fast identischem Text übernommen wurden. Es ging uns weniger darum, eine quantitativ umfassende Sammlung zusammenzu-stellen, ebenso wie wir nicht beabsichtigten, der einen oder anderen Position mehr oder weniger Raum zuzugestehen. Stattdessen wurden vor allem solche Publikationen berück-sichtigt, die ein Licht auf das Geschehen in Guiné-Bissau werfen, das seinen Modellcharakter ebenso erhellt wie die ersten Auswirkungen im nationalen und internationalen Zusammenhang.

Die Arbeitsgruppe wurde von Herrn Prof. Sigrist angeregt und unterstützt. Ebenfalls dankbar sind wir der CIDAC, die uns ein von ihr zusammengestelltes Dossier der portugiesi-schen Presse überließ, das mit Ergänzungen in die Dokumen-tation aufgenommen wurde.

Herr Prof. Lars Rudebeck war so freundlich, uns zwei Ma-nuskripte zu überlassen, die wir ebenfalls aufgenommen haben.

Wir bitten um Entschuldigung für die teilweise nicht ganz zureichende Wiedergabequalität; wo immer möglich, versuchten wir von Originalunterlagen direkt zu kopieren; in einigen wenigen Fällen war das leider nicht möglich, so daß ge-legentlich keine optimale Druckqualität erzielt werden konnte.

Sollten wir wichtiges Material übersehen haben, so wären wir für jeden Hinweis dankbar.

Arbeitsgruppe Guiné-Bissau

Münster, Januar 1982

VORBEMERKUNG

Diese Dokumentation ist den "Ereignissen" ("acontecimentos" vom 14. November 1980 in Bissau gewidmet. Ereignissen - die je nach politischem Standort als "Revolution" oder als "Putsch", "Staatsstreich" usw. bezeichnet werden.

Erstes Ziel dieser Dokumentation ist es, durch Wiedergabe von Erklärungen und Stellungnahmen der unmittelbaren Akteure und anderer politisch Verantwortlicher und durch die Zusammenstellung von Nachrichten aus unterschiedlichen Quellen und durch die Wiedergabe von journalistischen Kommentaren bessere Voraussetzungen für eine Einschätzung der "Ereignisse" vom 14. November zu schaffen.

Zugleich aber ermöglicht diese Zusammenstellung, Form und Tendenz der Nachrichtengebung in europäischen Zeitungen und anderen Periodica zu vergleichen und zu problematisieren, obwohl die vorliegende Dokumentation keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann.

Mit den politischen Veränderungen in Guiné-Bissau ging auch in diesem Teil Westafrikas eine Periode politischer Kontinuität zu Ende, in welche der PAIGC bei vielen Afrikanern, aber auch bei vielen anderen politischen Kräften außerhalb Afrikas die Hoffnung wach gehalten hatte, daß Afrika der politischen Instabilität, der Balkanisierung und der wachsenden Verelendung entrinnen könne.

Trotz der Kleinheit des Landes (36.000 km², 800.000 Einwohner) hatte der guineische Befreiungskampf eine Signalwirkung für die Emanzipationsbewegungen in den anderen portugisischen Kolonien und darüberhinaus im ganzen südlichen Afrika gehabt. Der Führer dieser Revolution, Amilcar Cabral, war zugleich der bedeutendste Theoretiker der afrikanischen Revolution.

Der Umsturz in Guiné Bissau muß zunächst als Scheitern der Versuchs angesehen werden, in Guiné-Bissau eine neue Gesellschaft auf der Basis der im Befreiungskampf geschaffenen Strukturen aufzubauen.

Der Umsturz setzte auch allen Bestrebungen einer schrittweisen Vereinigung von Guiné-Bissau mit den Kapverdischen Inseln ein zumindest vorläufiges Ende. Dies muß auch als schwerer Rückschlag für die Idee der afrikanischen Einheit begriffen werde.

Zum zweiten Aspekt der Dokumentation, der die Tendenz der Berichterstattung erfaßt, ist auf die Breite und das sehr unterschiedliche Niveau der Artikel hinzuweisen. Es finden sich eine ganze Reihe von Publikationen (wie z.B. Afrique-Asie), die sich um eine objektive Darstellung bemühen und insbesondere die gesellschaftlichen und geschichtlichen Hintergründe dieses politischen Ereignisses aufzeigen.

Es muß aber auch auf negative Aspekte der journalistischen Verarbeitung der Ereignisse hingewiesen werden:

Unverkennbar ist in den Medien Genugtuung darüber zu verspüren, daß auch diese jahrelang vielgepriesene Befreiungsbewegung an der Macht den Weg so vieler nationalistischer Bewegungen in der Dritten Welt gegangen, d.h. an den wirtschaftlichen Realitäten und an inneren Widersprüchen gescheitert ist.

Den Meldungen über die Massengräber wird dabei eine besondere Publizität gegeben, als könnten darüber die Verbrechen imperialistischer Kriegsführung vergessen werden. Selbst eine linke Zeitung wie Libération berichtete am 24.11.1980 über die "Massaker" unter der drastischen Überschrift "les charniers de la révolution déçue" (die Leichengruben der heruntergekommenen Revolution), ohne überhaupt Fragen nach der Wahrheit der schweren Vorwürfe zu stellen.

Links wie rechts, resignierend oder triumphierend werden die historischen Verdienste des PAIGC für erledigt erklärt.

Besonderes Gewicht wird in den Nachrichten wie Kommentaren den "nationalistischen" Aspekten des politischen Umschwungs gegeben. Mit den Gegensätzen zwischen guineischen "Schwarzafrikanern" und kapverdischen "Mulatten" erscheinen alte rassistische Leitmotive der bürgerlichen Berichterstattung bestätigt, ohne daß die Schreiber auch nur annähernd realistische Kenntnis der ethnischen Konstellation besäßen. Die spektakuläre politische Wende muß auch dem Spiegel (Nr. 48, 1980) dafür herhalten, um falsche Behauptungen eines früheren Artikels (in Nr.10, 1980) zu wiederholen.

Ein genaues Studium der hier gesammelten Auszüge aus der bürgerlichen Presse wird zeigen, in welchem Maße die ökonomischen und

politischen Katastrophen eines Landes der Dritten Welt zur Fortschreibung rassistischer und sonstiger spekulativer Ideologien erhalten müssen.

Diese Dokumentation, die von Studenten unseres Instituts im Anschluß an eine Vorlesung zur Soziologie der Entwicklungsländer erstellt worden ist, kann vielleicht dazu beitragen, daß die Probleme der Entwicklungsländer angemessener dargestellt werden.

Christian Sigrist

2. Zeitungen

a) Deutschsprachige Zeitungen

Putsch in Guinea-Bissau

Überraschung und Schock für Anti-Imperialisten und die Solidaritätsbewegung mit Guinea-Bissau und den Kapverden: der Putsch am Freitag, den 16.11., gegen die Regierung Luis Cabral. Luis Cabral selbst befindet sich inzwischen im Ausland, mindestens zwei führende Kader der PAIGC wurden liquidiert: Otto Schacht und Antonio Buscardini. Der Putsch selbst wurde innerhalb weniger Stunden "durchgezogen". Soldaten besetzten Ministerien, Flughafen und Rundfunkstation. Dann etablierte sich ein "Revolutionsrat" unter der Führung des Ministerpräsidenten Major Vieira. Der Staatsstreich wurde als "Wiedererneuerung unserer Nationalität und Konsolidierung unserer Unabhängigkeit" bezeichnet. Gleichzeitig wurde eine Verbesserung der Beziehungen zu Portugal, der ehemaligen Kolonialmacht und zu "den Nachbarn" angekündigt. Guinea-Conakry, regiert vom inzwischen auf strammem Rechtskurs fahrenden Sekou Toure, hat die Putschisten als erstes Land anerkannt — noch bevor diese den Putsch offiziell bekanntgegeben hatten. Zwischen den beiden Staaten gab es in jüngster Zeit erhebliche Streitigkeiten über eine Erdölblase vor der Küste.

Die Zusammensetzung der neuen Regierung deutet auf eine der Ursachen des Putsches hin: Sie besteht ausschließlich aus Bürgern Guinea-Bissaus (Schwarzen); Kapverdianer (Mulatten) sind in ihr nicht mehr vertreten. Interessanterweise haben einige Minister ihre Funktionen (vorerst) behalten, was auf eine gewisse Breite des Vieira-Flügels schließen läßt. Der Revolutionsrat tat ein übriges und distanzierte sich von der seit langem angestrebten Vereinigung der beiden Staaten ("NZZ", 20.11.). Die Regierung auf den Kapverden ihrerseits verurteilte den Putsch und betonte, der Staatsstreich sei gegen die Prinzipien der afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Kap Verde (PAIGC) gerichtet. Die Kapverden seien bereit, alle Abkommen zwischen den beiden Ländern zu überdenken und die kapverdischen Bürger aus Guinea-Bissau zurückzuholen ("FR", 18.11.).

Die Ursachen für den Staatsstreich werden vielfach in den Spannungen zwischen Teilen der PAIGC in Guinea-Bissau, repräsentiert durch den "Nationalisten" Vieira, und den Kapverden gesehen. Die Kapverden besitzen im Verwaltungs- und Partei-

apparat auf Guinea-Bissau durchaus einflußreiche Stellungen, die ihnen durch die Machtergreifung Vieiras genommen werden sollen. Wahrscheinlich ist auch, daß der Flügel um Vieira seiner politischen Zurückdrängung zuvorkommen wollte. Die erst vier Tage alte Verfassung sah eine Einschränkung der Rechte des Ministerpräsidenten (Vieira) gegenüber dem Staatspräsidenten (L. Cabral) vor. Eins ist so gut wie sicher: Die PAIGC, der den bewaffneten Kampf gegen die Portugiesen leitete und der afrikanischen Revolution entscheidende Impulse vermittelt hat, wird in der gewohnten Weise nicht mehr weiter existieren. Die Partei Amílcar Cabrals wird in zwei Teile zerfallen, wobei noch sehr unklar ist, welche Rolle ihr die neuen Machthaber "zugedacht" haben. In den Verlautbarungen ist sie jedenfalls von dieser Seite nicht mehr erwähnt worden, so, als wolle man die gemeinsame revolutionäre Herkunft tabuisieren.

Natürlich drängt sich angesichts der starken Präsenz der Staaten des "realen Sozialismus" die Frage auf: Kann ein solcher Putsch ohne Mitwissen (resp. Mithilfe) dieser Kreise überhaupt so rasch und wirkungsvoll durchgezogen werden? Ohne hier schon endgültiges sagen zu können, sei auf folgendes hingewiesen: Die PAIGC hat außenpolitisch durchaus auf eine gewisse Unabhängigkeit von Moskau Wert gelegt und beispielsweise aus ihrer Sympathie für die eritreische Revolution keinen Hehl gemacht. Auf wirtschaftlichem Gebiet wurde der Beitritt zu den AKP-Staaten (die der EG im bestimmten Rahmen verbunden sind) erwogen, während die Beziehungen zu den skandinavischen Imperialisten als ausgesprochen gut zu bezeichnen sind. Bemerkenswert ist ferner, daß nur vier Tage vor dem Putsch 100 sowjetische "Berater" in Guinea-Bissau eingetroffen sein sollen (lt "Spiegel" Nr.48, 24.11.) und daß man bisher keine Verurteilung des Putsches seitens der RGW-Staaten vernommen hat. Zudem gehört der Ex-Botschafter in Moskau, Major da Costa, dem neuen Revolutionsrat als Innenminister (!) an. Demnach scheinen sowjetische Interessen alles andere als gefährdet...

Wir werden versuchen, im nächsten AK den Hintergrund des Putsches genauer auszuleuchten.

Afrika-Kommission.

Wohin geht Guinea-Bissau?

Unsere Befürchtungen nach dem Putsch in Guinea-Bissau am 14.11.80 (vgl. AK 190) sind durch die Entwicklung in den letzten Wochen bestätigt worden; alle Errungenschaften des von der PAIGC geführten Befreiungskampfes, der 1974 zum Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft führte, sind in Frage gestellt:

- Der Aufbau der Volksmacht (z.B. mit vorbildlichem Erziehungs- und Gesundheitssystem);
- Beschreiten eines unabhängigen Weges frei von neokolonialer Ausbeutung bei enger Zusammenarbeit mit den anderen revolutionären Kräften in der „Dritten Welt“ (besonders den ehemaligen portugiesischen Kolonien Afrikas);
- Überwindung des von den Kolonialisten geschürten Tribalismus im Vereinigungsprozeß zwischen Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln.

Diese Prinzipien und selbst der Name der PAIGC werden vom Revolutionsrat in Bissau nicht mehr erwähnt, vielmehr zeigt das Putschregime einen reaktionären Nationalismus, der einerseits die lächerliche Vision einer kapverdischen Fremdherrschaft beschwört (die Kapverden sind ein winziger, völlig verarmter Inselstaat) und andererseits die proimperialistischen Kräfte, die nach dem Sturz des Kolonialismus fluchtartig das Land verließen, um vom Ausland her Putsche und Sabotage gegen das befreite Guinea-Bissau vorzubereiten, zur großen Versöhnung ruft.

Die Zuneigung des Putschregimes zu den tribalistischen, vom Imperialismus ausgehaltenen Exilgrüppchen deutet an, daß man dabei ist, dem internationalen Kapital die Türen zu öffnen.

Tatsächlich ist tribalistisches Gedankengut immer wieder vergeblich vom Kolonialismus an das Volk von Guinea-Bissau und der Kapverden hergetragen worden: Nachdem der portugiesische Kolonialkrieg gegen die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverden) in Guinea-Bissau nicht mehr zu gewinnen war, versuchte der damalige portugiesische Gouverneur Spínola, dem Volk eine Unabhängigkeit Guinea-Bissaus ohne die Kapverden schmackhaft zu machen (die Inseln waren zu der Zeit ein riesiger Nato-Stützpunkt); die Marionettengruppe „FLING“ (Nationale Befreiungsfront von Guinea-Bissau), die vom Nachbarland Senegal aus vergeblich versuchte, in der Bevölkerung Fuß zu fassen, bezeichnete die PAIGC demagogisch als eine Partei von Kapverdianern. Das Volk von Guinea-Bissau und den Kapverden ist aber durch gemeinsame Geschichte (die vorher unbewohnten Kapverden waren früher der Umschlagplatz, von wo aus die in Guinea-Bissau gefangenen Sklaven nach Amerika verschifft wurden) und einen gemeinsamen Befreiungskampf unter Führung einer Partei, der PAIGC, eine Einheit; weshalb die Vereinigung beider Staaten auch neben der

Befreiung vom Neokolonialismus als wichtigstes Ziel in das Programm der PAIGC und die Verfassungen aufgenommen wurde. Allerdings könnte eine solche Vereinigung wegen des kolonialen Erbes nur schrittweise möglich sein, da z.B. die früher sehr fruchtbaren Kapverden heute noch viel ärmer sind als Guinea-Bissau, andererseits war auf den Inseln das Bildungsniveau höher, so daß heute noch viele mittlere Plätze in der Administration (auch Guinea-Bissaus) von Kapverdianern besetzt sind.

Wenn auch der Vorsitzende des an die Macht geputschten Revolutionsrates, der ehemalige Ministerpräsident Vieira, in einem ersten Telegramm an den Staatspräsidenten der Kapverden,

Pereira, sein Festhalten an den Zielen der PAIGC betonte, so war dies doch das erste und letzte Mal, daß die gemeinsame Partei, in der auch Vieira und zumindest zwei weitere Mitglieder des Revolutionsrates wichtige Funktionen innehatten, überhaupt von dem neuen Machthaber erwähnt wurde.

Die demokratisch gewählten Gremien (Nationale Volksversammlung, Staatsrat) wurden aufgelöst, wobei noch unklar ist, inwieweit davon auch regionale Volksmachtorgane betroffen sind; der Vereinigungsprozeß zwischen Guinea-Bissau und den Kapverden wurde abgebrochen. Insgesamt widerspricht dieses Vorgehen völlig den Prinzipien der PAIGC und überhaupt dem Weg, wie Meinungsverschiedenheiten in einer antiimperialistischen Organisation gelöst werden. In diesem Sinne wurde der Putsch sowohl von Regierung und Partei auf den Kapver-

den als auch von einer Anfang Dezember nach Luanda (Angola) einberufenen Konferenz der Staatspräsidenten der ehemals portugiesischen Kolonien in Afrika verurteilt, bei der Guinea-Bissau nicht vertreten war („SZ“, 5.12.80). Von dieser Konferenz wurde eine Delegation nach Guinea-Bissau geschickt, die aber offenbar ohne Ergebnis wieder abreisen mußte. Dafür halten sich jedoch Gerüchte über ein mögliches Treffen der beiden Präsidenten Pereira (Kapverden) und Vieira (Guinea-Bissau) auf Sao Tomé („Afrique-Asie“, 22.12.80).

Die Legende von den „Massakern“

Der Revolutionsrat hatte inzwischen noch einen Schritt zugelegt: Nachdem der rechtmäßige Staatspräsident Luis Cabral (er steht unter Hausarrest und befindet sich nicht im Ausland, wie irrtümlich von uns berichtet), und andere PAIGC-Genossen in verantwortlichen Positionen zunächst „nur“ aus Guinea-Bissau ausgewiesen werden sollten, fiel den jetzigen Machthabern eine Woche nach ihrem Staatsstreich ein, Anklagen wegen „Massenhinrichtungen“ zu erheben: gegen Cabral, drei weitere Mitglieder des „Exekutivkomitees des Kampfes“ (= Politbüro) der PAIGC, den Staatspräsidenten der Kapverden (! gleichzeitig Generalsekretär der PAIGC) sowie drei Kommandanten der revolutionären Volksstreitkräfte FARP.

Für Journalisten und Diplomaten wurde eine Fahrt zu den Gräbern organisiert, von denen noch Leichengeruch ausging, obwohl die Erschießungen im Dezember 1978 stattgefunden haben sollen („Le Monde“, 25.11.80). Zumindest ein Großteil der Leichen soll von einem Putschversuch im November '78 stammen („Afrique-Asie“, 8.12.80). Damals hatten afrikanische Söldnerkommandos aus dem Senegal versucht, in der Republik Guinea-Bissau einige PAIGC-Führer zu ermorden und Sabotagepläne durchzuführen (vgl. AK 144). Erhebliche Zweifel an den „Massaker“-Geschichten des Revolutionsrats (Mitglied Turpin: „Schlimmere Verbrechen als jemals bei den Portugiesen“) sind angebracht, wurden doch nie Hinweise auf Massenhinrichtungen bekannt, von denen im übrigen Vieira als Ministerpräsident bzw. bis 1978 als Verteidigungsminister auch gewußt haben müßte. Außerdem ist daran zu erinnern, daß aufgrund der festen Verankerung der PAIGC im Volk mit politischen Gefangenen (d.h. Kollaborateuren) sehr milde umgegangen wurde (vgl. AK 90).

Die dubiosen „neuen Freunde“

So wurde z.B. auch Raphael Barbosa, ein ehemaliges PAIGC-Mitglied, der wegen Beteiligung an der Ermordung des PAIGC-Gründers Amílcar Cabral und wiederholten (!) Überfällen als Führer von Söldnerkommandos zum Tode verurteilt worden war, von Staatspräsident Luis Cabral begnadigt und seine Strafe in 15 Jahre Haft umgewandelt. Noch in der Putschnacht wurde Barbosa freigelassen und war sogar für kurze Zeit im Radiosender Bissaus zu hören, wo er den Putsch und den neuen „nationalistischen“

Weg begrüßte! („Afrique-Asie“, 8.12.80).

Glückwunschtelegramme erhielt der Revolutionsrat von dubiosen neokolonialen Marionettengruppen wie der UPANG („Patriotische, Antineokolonialistische Union von Guinea-Bissau“; wendet sich gegen die „kapverdische Fremdherrschaft“; Vorsitzender: Raphael Barbosa) und der oben schon erwähnten FLING, die in Paris (!) verkündete, sie wolle am „nationalen Wiederaufbau“ Guinea-Bissaus teilnehmen und außerdem für sich beansprucht, am Putschversuch im November '78 und dem Staatsstreich am 14.11.80 beteiligt gewesen zu sein („Le Monde“, 7.12.80): Eine gewisse UCID (Union der unabhängigen und demokratischen Kapverden), auf den Kapverden kaum, dafür umso besser in Portugal bekannt, erwägt, eine kapverdische Exilregierung in Europa aufzumachen.

Es ist schon bezeichnend, daß nach dem Putsch sämtliche prokolonialistischen Exilgrüppchen, die nie den portugiesischen Kolonialismus, sondern immer nur die PAIGC und das befreite Guinea-Bissau bekämpft haben und trotz ihrer klangvollen Namen meist nur aus einigen abgehalfterten Kolonialpolitikern und Söldnerführern mit einem Büro in Westeuropa bestehen, plötzlich wieder auftauchen und Morgenluft wittern.

Aber auch im direkten Umkreis des Revolutionsrats sitzen zwielichtige Gestalten: z.B. Generalstaatsanwalt Cruz Pinto (übrigens ein kapverdischer Mulatte) und Nationalbankgouverneur Victor Freire Monteiro, die beide der Beteiligung an der Ermordung Amílcar Cabrals verdächtigt wurden; Monteiro war von der portugiesischen Presse als Cabrals Nachfolger in der PAIGC ausersehen worden, weil er nicht unbedingt auf der Einbeziehung der Kapverden in die Befreiung bestand („Afrique-Asie“, 8.12.80)...

Anderen Mitgliedern des Revolutionsrats werden freundschaftliche Beziehungen zu portugiesischen Industriellen nachgesagt, während in einer neu gebildeten „Untersuchungskommission“ einer der größten privaten Kaufleute Bissaus sitzt („Afrique-Asie“, 8.12.80). Der Revolutionsrat war sich auch nicht zu schade, zwei seiner Repräsentanten nach Lissabon zu schicken, um die nach dem Sieg über den Kolonialismus dort im Exil lebenden Kollaborateure („alle Söhne Guineas“), vielfach Mitglieder von FLING und UPANG, nach Bissau zurückzurufen. Daß dieses Vorgehen kein Zufall ist, zeigt sich an Guinea-Bissaus regierungsamtlicher Zeitung „No Pintcha“, die in ihrer zweiten Ausgabe nach dem Putsch an zentraler Stelle die Namen von 100 zwischen 1974 und 1978 erschossenen Guineern veröffentlichte. Die danebenstehenden Biografien entlarven sie jedoch als Mitglieder der Söldnerkommandos und der FLING, ja sogar als PIDE-Agenten (portugiesische Geheimpolizei) und Deserteure der Volksstreitkräfte, die für 5.000 Escudos pro Überfall die Kolonialtruppen zu PAIGC-Lagern führten! („Afrique-Asie“, 22.12.80).

Anlehnung an proimperialistische Nachbarn

Zu den Freunden der ersten Stunde gehört auch das Regime Sekou Tourés (der seine seit einiger Zeit betriebene „Aussöhnung“ mit der alten Kolonialmacht Frankreich ebenfalls mit der Einreisegenehmigung für putschistische Exil-Guineer einleitete) im benachbarten Guinea-Conakry, das sofort nach dem Putsch eine größere Ministerdelegation und Lebensmittelhilfe schickte („Afrique-Asie“, 24.11.80). Schließlich träumt Sekou Touré schon seit längerem davon, Guinea-Bissau zu einer Provinz in einem vereinigten „Groß-Guinea“ zu machen. Entsprechend dieser Ambitionen hat er im letzten Jahr einseitig die Rechte zur Erforschung einer Erdölblase vor der Küste beider Guineas an einen texanischen Ölkonzern abgegeben, was von der alten PAIGC-Regierung Guinea-Bissaus nie akzeptiert wurde („Guardian“, 24.11.80). Demgegenüber hat Vieiras Revolutionsrat seine enge Anlehnung an die Nachbarländer betont und sich bisher nicht zu Sekou Tourés „Hochseekolonialismus“ geäußert.

Als einziger weitere afrikanischer Staat hat bisher Libyen das Putschistenregime ausdrücklich anerkannt („Le Monde“, 4.12.80), wohl im Rahmen seiner Versuche, seinen Einfluß in Schwarzafrika auszubauen.

Von seiten der UdSSR hat es trotz „freundschaftlicher Beziehungen“ zur PAIGC noch nicht einmal zu einer Verurteilung des Putsches gereicht. Wozu auch, die Zusammenarbeit (ca. 200 sowjetische Berater; „Le Monde“, 19.11.80) läuft ja zunächst einmal weiter, zumal der Revolutionsrat von der alten Regierung abgeschlossene Verträge einhalten will. Um ihren Einfluß im Land aufrecht zu erhalten, schweigt die Sowjetunion zur schrittweisen Liquidation der revolutionären Errungenschaften und Prinzipien in Guinea-Bissau.

Sollte sich der „neue nationalistische Weg“ des Revolutionsrates in der nächsten Zeit bestätigen, so wäre damit nicht nur die Einheit mit den Kapverden, sondern auch die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus in Frage gestellt, ganz zu schweigen vom Aufbau eines antiimperialistischen Staates. Die feste Verbundenheit mit MPLA, Frelimo, PAIGC und MLSTP (Befreiungsbewegung von Sao Tome und Principe) ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, ein Land wie Guinea-Bissau davor zu schützen, selbst in neokoloniale Abhängigkeit zu geraten.

Die renommierte „3. Welt“-Zeitschrift „Afrique-Asie“ (8.12.80) behauptet sicher nicht zu Unrecht, daß, nach dem fehlgeschlagenen Putschversuch auf Sao Tome und Principe im letzten Jahr, der Staatsstreich in Guinea-Bissau ein weiterer Versuch des Imperialismus ist, an einem schwachen Punkt eine Bresche in die Front der portugiesischen Exkolonien zu schlagen.

Wir fordern die westdeutsche Linke auf, die Entwicklung in Guinea Bissau mit größerer Aufmerksamkeit als bisher zu verfolgen und insbesondere möglichen Versuchen zur Liquidierung der PAIGC-Führung mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Afrika-Kommission

siner neuen Runde von Staatsstreich?

Unter Vieira schlägt das Pendel wieder nach links

Von Reinhold Meyer

Die Welle der Staatsstrieche in Westafrika hat mit Guinea-Bissau ein Land erreicht, das einst sowohl Symbol des portugiesischen Kolonialismus als auch Hoffnungstrahl für die unterdrückten Völker in Afrika war. Guinea-Bissau war fast synonym mit dem legendären, Anfang 1973 ermordeten Amílcar Cabral, dem Gründer der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverden) und charismatischen Freiheitskämpfer. Sein Halbbruder Luiz Cabral war seit der im September 1974 erlangten Unabhängigkeit Präsident der Republik Guinea-Bissau und Sachverwalter des politischen Erbes. Sein gewaltsamer Sturz durch den „historischen“ Kampfgefährten und bisherigen Ministerpräsidenten Joao Bernardo Vieira am 14. November ist mehr als nur eine Fußnote der jüngsten Geschichte des Landes. Er könnte der Anfang einer politischen und wirtschaftlichen Neuorientierung des Landes werden.

Im Staatswappen von Guinea-Bissau stehen die Worte „Kampf — Einheit — Fortschritt“. Mit der innenpolitischen Einheit ist nun auch der Traum der ehemaligen Freiheitskämpfer um Amílcar Cabral von der Einheit zwischen Guinea-Bissau und den Kapverden zunächst zerstoßen. Einmal mehr frisst die Revolution ihre Kinder. In Guinea-Bissau spielt sich ein Machtkampf ab, den man auch in diesem Fall nicht vorschnell als „Stammeskrieg“ oder „Rassismus“ etikettieren sollte.

Die Gegebenheiten könnten zu solchem Urteil verleiten. Während fast alle Bewohner von Guinea-Bissau Schwarzafrikaner sind, handelt es sich bei den Bewohnern der Kapverden um Mulatten, die stark von der portugiesischen Kultur beeinflusst sind. In der Kolonialzeit waren es Kapverder, die von der portugiesischen Verwaltung in unteren Posten eingestellt wurden. Sie bildeten dann die Speerspitze bei dem 13jährigen Befreiungskampf und nahmen in der PAIGC die Schlüsselstellungen ein. Die vordergründige Auseinandersetzung zwischen „Mulatten“ von den Kapverden und „autochthonen Schwarzen“ von Guinea-Bissau hat in Wirklichkeit damit zu tun, wer zukünftig die Hebel von Politik und Wirtschaft be-

dienen wird. Guinea-Bissau hat einen Entwicklungsweg versucht, der mit dem bei uns vielzitierten sowjetischen Modell nichts zu tun hat, obwohl es sich als sozialistisches Land versteht und die Gesellschaftsanalyse von Amílcar Cabral vom Marxismus stark beeinflusst war. Es handelt sich aber um einen afrikanischen Sozialismus, der eher an die Theorien des tansanischen Präsidenten Nyerere erinnert. Bei der Verwirklichung der eigenständigen Ideen hatte man zunächst die Unterstützung der „Freunde der ersten Stunde“ gesucht, das heißt derjenigen Länder, die den Freiheitskampf gegen Portugal von Anfang an unterstützt hatten. Aus dieser Zeit resultiert der relativ starke Einfluß, den der Ostblock sowie Kuba noch immer ausüben, aus dieser Zeit stammt auch die Präsenz von Militärberatern aus der UdSSR, der DDR und Kuba. Dennoch hat sich Guinea-Bissau — wie im Westen vielfach mißinterpretiert wurde — nicht als Teil des „sozialistischen Lagers“ betrachtet und verstärkt um Hilfe vor allem der EG und ihrer Mitgliedstaaten geworben.

Diese Orientierung war ebenso Gegenstand interner Streitigkeiten wie die Annäherung an Senegal zuungunsten des traditionellen Freundes Guinea. Es ging um die Wahl zwischen einem sozialistischen oder einem liberalen Wirtschaftskurs mit größerem Spielraum für westliches Privatkapital. Die ebenso wie Luiz Cabral von den Kapverden stammenden Berater des gestürzten Präsidenten plädierten in der letzten Zeit zunehmend für ein liberalpragmatisches Wirtschaftsmodell. Zugleich erwiesen sie sich aber zunehmend unfähig, mit der immer mehr um sich greifenden Korruption des Staatsapparates bei wachsendem Handelsdefizit und Versorgungsschwierigkeiten fertig zu werden. Der Sturz des Cabral-Regimes scheint das Pendel wieder mehr zu einem innenpolitisch sozialistisch geprägten Kurs mit außenpolitischer Handlungsfreiheit à la Guinea ausschlagen zu lassen.

Die seit der Kolonialzeit bestehende Hegemonie der Elite von den Kapverden ist gebrochen. Der nur noch aus Schwarzen bestehende neu gebildete Revolutionsrat muß jetzt Lösungen für die Korruption und für die dringendsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten finden.

Liberia, Guinea-Bissau, Obervolta – drei Regierungen wurden hinweggefegt.

Die abgewirtschafteten Eliten

Heinz Delvendahl

Furcht geht um in Afrika. Es ist die Angst der Regierenden, morgen von einem Palastcoup oder Militärputsch hinweggefegt zu werden. Zwei Umstürze im Abstand

von nur 21 Tagen, in Guinea-Bissau und Obervolta, sind ihnen mächtig in die Glieder gefahren. Die Hoffnungen, die im vergangenen Jahr aufkeimten, als Ghana und Nigeria nach langen

- 1522 -

Jahren der Militärherrschaft zur Mehrparteiendemokratie zurückkehrten, sind rasch gewelkt. Heute scheint es eher, als stünde Afrika eine neue Runde von Staatsstreichem bevor.

Bei den Coups und Putschen der 60er und 70er Jahren stürzten die Matadoren des Befreiungskampfes, die sich nach der Unabhängigkeit allzu selbstgefällig an der Macht eingerichtet hatten. Kwame Nkrumah (Ghana), Modibo Keita (Mali), Hamani Diori (Niger) oder Milton Obote (Uganda). Es stürzten auch überständige Feudalherrscher, wie König Idris von Libyen oder der Negus Negeti, Haile Selassie von Äthiopien. Die neuen Herren in Uniform rechtfertigten ihr Vorgehen mit dem Zwang, einheitliche Nationen zu schaffen. Sie wollten ihre Länder in den Fortschritt peitschen. Sie versprachen eine gerechtere Gesellschaft und eine saubere Verwaltung.

Heute ist offenkundig, daß die Militärs in der Regel ihre Versprechen nicht einlösen konnten. Auch unter ihnen schossen Nepotismus und Cliquenwirtschaft, Korruption und Machtmißbrauch üppig ins Kraut. Auch sie handelten nach der alten Devise, daß nicht die Regierung für das Volk da sei, sondern das Volk für die Regierung.

Doch sehen sich die afrikanischen Regierungen heute ungleich schwierigeren Problemen gegenüber als vor zehn oder 20 Jahren. Afrika zählt 26 der 30 am wenigsten entwickelten Staaten der Welt. Viele afrikanische Staaten haben einmal bessere Zeiten gekannt – vor oder nach der Unabhängigkeit: Angola, Ghana, Guinea, Sambia, Senegal oder Zaïre. In anderen Ländern warfen die Menschen noch immer vergebens auf das bessere Morgen, das ihnen bei der Unabhängigkeit versprochen wurde.

Die Austauschrelationen im Außenhandel, die *terms of trade* haben sich dramatisch verschlechtert. Die Preise für Rohöl, Investitions- und Konsumgüter sind sprunghaft gestiegen, während die Nachfrage nach Rohstoffen stagniert. Deren Preise sind vielfach wieder da, wo sie vor 20 Jahren schon einmal waren.

Die Landwirtschaften der afrikanischen Länder sind in den beiden letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt worden. Immer weniger Staaten können sich noch aus eigener Kraft er-

nähren, während sie vor 20 Jahren häufig noch Agrar-Überschüsse exportierten. Nach Angaben von OAU-Generalsekretär Edem Kodjo sind nur in einem Dutzend der 50 Staaten der Organisation für Afrikanische Einheit die Menschen ausreichend ernährt.

Die Steuereinnahmen sind immer weniger imstande, auch nur die laufenden Ausgaben für die wuchernden Verwaltungen zu decken. Für Investitionen steht längst kein Geld mehr zur Verfügung. In mehreren seiner ehemaligen Kolonien muß Frankreich diskret Budgethilfe leisten, damit die Regierungen ihre Beamten bezahlen können. Die Außenverschuldung hat schwindelnde Höhen erreicht.

In der Schere zwischen sinkenden Ausfuhr-Erlösen und steigenden Import-Rechnungen, besonders für Rohöl, drohen den afrikanischen Staaten in den 80er Jahren gefährliche soziale Spannungen, die sich in gewaltsamen Umstürzen entladen können. Die Zahlungsbilanz-Defizite treiben den Staatsbankrott. Der scheidende Weltbank-Präsident Robert McNamara plädiert angesichts dieser Lage für eine weitere massive Entwicklungshilfe und beklagt die Zugeknöpftheit der Industriestaaten. Doch einer der langjährigen Verfechter dieser Politik, der schwedische Nationalökonom und Nobelpreisträger Gunnar Myrdal, stellt heute diese Position in Frage. „Hat unsere bisherige Entwicklungshilfe nicht dazu geführt, die wenigen Reichen noch reicher und die vielen Armen noch ärmer zu machen?“ fragt er und tritt dafür ein, künftig nur noch Katastrophenhilfe für die Ärmsten zu leisten.

Man muß Myrdal zustimmen, wenn er von „skandalösen politischen Zuständen in vielen Entwicklungsländern“ spricht. Macht korrumpiert, und Macht nutzt ab. In vielen afrikanischen Ländern wursteln die neuen Eliten weiter, als stehe die Katastrophe noch nicht drohend vor der Tür. Sie pflegen einen Lebensstil, der europäische Vorbilder noch in den Schatten stellt und einen ärgerlichen Gegensatz zu den tatsächlichen Möglichkeiten ihrer Länder bildet. In den letzten Monaten und Wochen haben die Regierungen von Liberia, Guinea-Bissau und Obervolta ihre Gefühllosigkeit für die Not ihrer Völker

mit ihrem Sturz bezahlen müssen. Wo wird der Blitz morgen einschlagen?

In Mali steht die Bevölkerung nach zwölf Jahren Militärregime mit dem Rücken an der Wand. Bei einem Pro-Kopf-Jahreseinkommen von 110 Dollar ist Hunger ihr täglicher Begleiter. Fälle von Veruntreuung, Korruption, Unfähigkeit, durch die der Staat um große Summen geschädigt wurde, werden öffentlich angeprangert, ohne daß die Regierung Konsequenzen zieht. Seit einem Jahr streiken Schüler und Studenten gegen das Regime von Moussa Traoré. Die Armee hat blutig zugeschlagen und Märtyrer geschaffen. Wann wird die Armee Moussa Traoré fallenlassen?

Streik der Studenten und Professoren auch in Sierra Leone. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sind unzumutbar geworden, während die Regierung für 1981 212 Millionen Mark (wahrscheinlich über für einiges mehr) die Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit ausrichtete.

Im Senegal haben die sozialen Spannungen gefährliche Ausmaße erreicht. Es rächt sich, daß die Regierung jahrelang mit Hilfe niedriger Ankaufpreise die Bauern zugunsten der städtischen Bevölkerung und einer letztlich gescheiterten Industrialisierung ausgebeutet hat. Heute nimmt die Regierung hektisch Kredite auf, wo sie sie nur ergattern kann, um die dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

In Zaïre hat Präsident Mobutu Sese Seko in den 15 Jahren seiner Herrschaft systematisch jegliche Opposition ausgeschaltet. Zwei von Angola ausgehende Umsturzversuche hat er mit Hilfe des Auslands überstanden. Aber sein Regime ist so korrupt, daß der Westen zögert, ihm noch länger mit Nothilfe-Maßnahmen unter die Arme zu greifen. In Tansania ist Präsident Julius Nyerere mit seinem Ujamaa-Sozialismus am Ende, der Staat bankrott.

Vor den Brotläden und Reis-Ausgabestellen in Accra, Monrovia, Conakry und Kinshasa gehören Käuferschlangen zum gewohnten Bild. Hühnchen oder selbst Eier sind für die Bevölkerung vieler Staaten ein seltener Luxus geworden. Wie lange wird es noch dauern, bis sie sich erheben?

Die Neue *20/11/80*

Stichwort

Nummer 181

Guinea-Bissau — Cap Verde

Im westafrikanischen Guinea-Bissau übernahm am vergangenen Freitag ein „Revolutionsrat“ unter Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Joao Bernardo Vieira die Macht. Über den Hintergrund des Putsches sind bisher lediglich — über weite Strecken widersprüchliche — Mutmaßungen im Umlauf.

In jedem Fall überwiegt die Ansicht, daß im Zentrum der Auseinandersetzung Spannungen zwischen Guinea-Bissau (GB) und der Republik Kap Verde (KV) gestanden haben. Beide Staaten hatten den selben Befreiungskampf geführt, der jedoch sehr unterschiedlichen Verlauf nahm. In beiden Staaten wird die Regierung von der PAIGC, der „Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und Kap Verdes“, geführt. Eines ihrer wesentlichen Ziele war schließlich immer die Vereinigung beider Staaten nach der Unabhängigkeit.

GB und die KV standen in den letzten 500 Jahren unter portugiesischer Kolonialherrschaft. Die Inseln waren 1456 von Seefahrern ihrer Krone einverleibt worden. Portugiesische Händler ließen sich dort mit ihren afrikanischen Sklaven nieder und bauten das westafrikanische Handelszentrum für Gold, Elfenbein und Sklaven auf.

1884/85 sprach die Berliner Konferenz neben den Kapverden auch Guinea-Bissau den Portugiesen zu. Nach dem Verbot des Sklavenhandels verlagerte sich dessen ökonomisches Interesse auf das neuerworbene Festland. Hier florierte die Kolonialausbeutung über den Zwangsabbau von Erdnüssen.

Die KV blieben ein Umschlagplatz, jetzt für transozeane Telegraphenlinien. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam ihre Funktion für die NATO hinzu, die hier Kontrollstationen aufbaute.

Salazars „neuer Staat“ (1930) erkannte in den „Überseeprovinzen“ nur den „assimilados“ die Staatsbürgerschaft und damit Anrechte z.B. auf elementare Ausbildung zu; knapp einem Prozent der Bevölkerung GBs aber immerhin einem Viertel der Kapverdianer.

Ein in Portugal ausgebildeter Kapverdianer, Amílcar Cabral, begann 1956 den Widerstand gegen die Kolonialmacht zu organisieren. Seine Partei, die PAIGC, wandelte sich unter der Repression Portugals innerhalb von nur drei Jahren von einer Bürgerbewegung zu einer bewaffneten Kampforganisation.

Der gemeinsame Kampf in GB und KV beschränkte sich allein schon dank der äußeren Bedingungen auf den Inseln auf politische Mobilisierungsarbeit. Andererseits schlossen sich viele Kapverdianer den Kämpfern auf dem Festland an.

1973 proklamierte die PAIGC nach freien Wahlen im bereits befreiten Gebiet die unabhängige Republik Guinea-Bissau. Sie wurde gut ein Jahr später nach dem Umsturz in Portugal auch von der Kolonialmacht anerkannt.

Noch im gleichen Jahr konnte die Partei auch auf den Kapverden die Unabhängigkeit verkünden.

In den ersten Jahren der neuen Republiken gründeten beide eine Reihe von Kommissionen, die die Vereinbarung vorbereiten sollten. Seit 1977 scheint dieser Elan jedoch etwas erlahmt.

Sollten sich die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet als mitentscheidend für den jetzigen Umsturz erweisen, so könnte sie aus der mittlerweile unterschiedlichen Herkunft der Führungskräfte in Partei und Staat herrühren.

Denn in GB sind nach den Jahren des Befreiungskampfes Kader in die staatlichen Spitzenstellungen aufgerückt, die erst im Kampf selbst rekrutiert wurden und aus Bauernfamilien des Hinterlandes kommen. Dank der stärkeren Assimilierungspolitik auf den Inseln kommen die Kader in Staat und Partei immer noch vorwiegend aus dem alten Kleinbürgertum (Cabral!). Schließlich wurden, wenn auch auf unterer Ebene, sogar Beamte übernommen, die schon unter dem Kolonialregime tätig waren.

Das wirtschaftliche Elend beider Republiken, die beide über weite Strecken unter starker Dürre leiden, könnten solche sozialen Unterschiede bis zur Feindlichkeit akzentuiert haben.

500 Todesopfer?

Die Neue 24/11/80
BISSAU, 23. November (AFP). 500 Personen sind unter dem Regime des gestürzten Staatspräsidenten von Guinea-Bissau, Luis Cabral, von den Sicherheitskräften ermordet worden. Das behauptete der neue Machthaber des westafrikanischen Landes, Major Joao Bernardo Vieira, auf einer Massenkundgebung.

Guinea-Bissau

Vieira warnt Die Neue Nachbarländer 18.11.80

BISSAU/LISSABON (ddp).— Der durch einen Putsch am vergangenen Freitag an die Macht gekommene neue Staatsschef von Guinea-Bissau, der bisherige Ministerpräsident Joao Bernardo Vieira, hat die afrikanischen Staaten und insbesondere seine Nachbarländer vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes gewarnt. Gleichzeitig erklärte Vieira nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Lissabon am Sonntag in einer vom Rundfunk seines Landes ausgestrahlten Rede, es sei notwendig geworden, den „Ungerechtigkeiten der letzten Jahre“ im Lande ein Ende zu machen. Darüberhinaus wurde bekannt, daß der seit dem Umsturz auf der Insel Bubaque unter Hausarrest stehende Staatsschef Luiz de Almeida Cabral das Land verlassen dürfe.

Vieira, der auch Vorsitzender des Revolutionsrates ist, appellierte an seine Landsleute, Ruhe zu bewahren. Die Armee des Landes rief Vieira auf, die Jagd auf „Verräter“ fortzusetzen.

Der westafrikanische Staat Kap Verde hatte den Putsch im Nachbarland am Sonntagmorgen verurteilt. Das Land hatte sich in der Vergangenheit eng an die Außenpolitik Guinea-Bissaus angelehnt, war jedoch offensichtlich nicht bereit gewesen, den früher geplanten Staatenbund dieser beiden ehemaligen portugiesischen Kolonien zu vollziehen. Die Regierung von Kap Verde unterstrich, der Staatsstreich sei gegen die Prinzipien der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und Kap Verde (PAIGC) gerichtet.

Luiz Cabral bald wieder frei?

BONN (3WM).— Wie die Pariser Zeitschrift „Afrique Asie“ (5.1.81) meldet, hat der Präsident des Revolutionsrates von Guinea-Bissau, Commandant Nino, einer Delegation der Außenminister der ehemaligen portugiesischen Kolonien unter Leitung des angolanischen Außenministers Paulo Jorge zugesagt, daß der gestürzte Staatspräsident Luiz Cabral weder vor Gericht gestellt noch verurteilt werde. Er werde bald freigelassen und an einer Ausreise nicht gehindert.

Cabral vor Gericht

LISSABON (rtr).— Der am 14. November entmachtete Präsident des westafrikanischen Staates Guinea-Bissau, Luis Cabral, soll sich wegen Folterung und Ermordung von Hunderten politischer Gegner vor Gericht verantworten.

Unter Berufung auf eine Mitteilung des regierenden Revolutionsrates berichtete eine Lissaboner Zeitung, Cabral würde zudem der Korruption und der Mißwirtschaft beschuldigt. Der Ex-Staatsschef ist seit dem Putsch in der Hauptstadt Bissau in Haft.

Putsch in Guinea-Bissau

Schwarze setzten sich durch

LISSABON/BISSAU (ddp/NEUE).— Die neuen Machthaber im westafrikanischen Guinea-Bissau, die am vergangenen Freitag den bisherigen Präsidenten Luis Cabral stürzten, scheinen die Situation im Land unter Kontrolle zu haben. Als Auslöser des Putsches zeichnen sich immer deutlicher Spannungen zwischen Guinea-Bissau und der Republik Cap Verde ab. In beiden Staaten regiert die gleiche Partei, deren Ziel bisher eine Union war.

Politische Beobachter in Lissabon und Bissau weisen darauf hin, daß die neue Regierung ausschließlich aus schwarzen Bürgern von Bissau bestehe und in den bisherigen Kommunikés des Revolutionsrates die afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kapverden (PAIGC) nicht erwähnt wurde. Sie schlossen daraus, daß die bisherige politische Union zwischen Guinea und den von Mulatten dominierten Kapverden ernsthaft gefährdet ist und offensichtlich aufgelöst werden soll.

Laut Berichten aus Bissau hat die von Militärs dominierte neue Führung dem portugiesischen Botschafter mitgeteilt, das Land strebe eine engere Verbindung mit Portugal an, von dem es 1974 unabhängig

sau, *Buscardini*, kam beim Coup oder kurz danach ums Leben. Luis Cabral seinerseits wurde gefangenengenommen. Vieira ist nun der Vorsitzende eines neunköpfigen *Revolutionsrates*, dem zwei zivile Politiker und sieben Militärs angehören. Die bisherige Regierung ist, wie bereits berichtet, zurückgetreten. Die Minister sind indessen dieser Tage zum Teil wieder in ihr Amt eingesetzt worden. Verhaftet wurde Innenminister *Constatino Teixeira*, als er nach dem Putsch von einem Besuch in Lissabon nach Guinea-Bissau zurückkehrte. Fünf weitere bisherige Minister, in Guinea-Bissau «Volkskommissare», verloren ihre Posten.

Unmittelbar nach dem Umsturz war von Beobachtern erwartet worden, dass dieser auch das Ende der PAIGC in Guinea-Bissau bedeute.

Regierungswechsel

BISSAU (p.l.).— Die neue Regierung des westafrikanischen Staates Guinea Bissau, wird die, durch den Putsch am 14. November an die Macht gekommene Regierung, ersetzen. Sie betrachtet sich als provisorische Regierung. Premierminister ist weiterhin der Präsident des Revolutionsrates, Bernardo Vieira.



Gespräche Angola — Cap Verde

Ex-Kolonien wollen enger kooperieren

LUANDA (NEUE/pl).— Der Minister für nationale Verteidigung Angolas, Maria Tonha, gab bekannt, daß die Streitkräfte Angolas und der kapverdischen Inseln ein Abkommen über Zusammenarbeit abgeschlossen haben.

Tonha hatte sich in der ganzen letzten Woche auf den Capverden aufgehalten und dort mit dem Präsidenten des Landes, Aristides Pereira, verhandelt.

Die Capverden und Angola verbindet die koloniale portugiesische Vergangenheit und der gemeinsam organisierte Befreiungskampf. Das jetzige Abkommen erhält besonderes Gewicht nach dem Regierungsumsturz in Guinea-Bissau, der sich an den Beziehungen zu den Cap Verden entzündet hatte. Es bleibt abzuwarten, ob Angola den Vertrag zugleich als Option für die Inselrepublik versteht.

Kubanischer?

wha. MADRID, 16. November

Der soeben gestürzte Präsident von Guinea-Bissau, Luis Cabral, hatte, obwohl er sich als Marxist definierte, zuletzt eine sehr pragmatische Politik in seinem Land durchgesetzt. Er bestand auf strikter Blockfreiheit. Er hatte sich vor kurzem sogar positiv über manche Aspekte der Afrikapolitik Washingtons geäußert. Das wollten offenbar die ganz linken Leute in der Einheitspartei und in der Regierung nicht mehr hinnehmen. Der Führer des Putsches und Vorsitzender des neuen Revolutionsrates, Joao Bernardo Vieira, war zuletzt Chef des Heeres und ein legendärer Guerrillaführer aus dem Krieg gegen die Kolonialmacht Portugal. Er hat sich längere Zeit in Kuba aufgehalten. Ein Grund für den Putsch mag auch der Gegensatz zwischen Schwarzen und Weißen sein. Die Weißen kommen von der gestürzten Präsident Cabral. Sein oberer Berater, zum größten Teil von den Kapverdischen Inseln. Die gleiche Partei der PAIGC regiert auf Cuba. Verschiedene Kämpfer sind in Guinea-Bissau. Das Land mit nur mit einer kleinen weißen Bevölkerung ist jetzt wieder schwarz, und die bisher enge Beziehung zu den Kapverdischen Inseln konnte sich verschlechtern.

FR Nationalistische Offiziere putschen in Guinea-Bissau

Trennung von Kapverden angestrebt? / Präsident unter Arrest

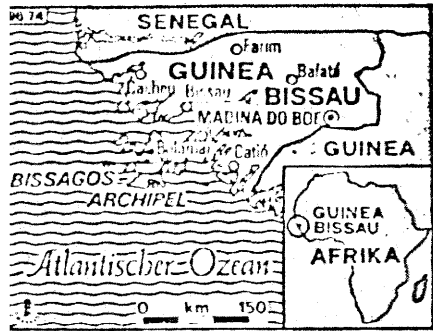
LISSABON, 16. November (Reuters). Eine Gruppe afrikanisch-nationalistischer Offiziere putschte am Wochenende in dem afrikanischen Staat Guinea-Bissau, offenbar um einen Bruch mit der Schwesterrepublik Kapverden herbeizuführen. Dies geht aus ersten Berichten hervor, die in Lissabon eingeht sind. Der gestürzte Präsident Luis Cabral steht Lissabonner Kreisen zufolge unter Arrest. Ministerpräsident Major Joao Bernardo Vieira übernahm den Vorsitz eines vom Militär beerbschten Revolutionsrates. In der schwedischen Botschaft in Guinea-Bissau suchte nach Angaben des Außenministeriums in Stockholm Planungsminister Vasco Cabral, der an der Schulter in Schußwunde hatte, Zuflucht. Er habe noch nicht um Asyl gebeten.

Major Vieira wird in Lissabonner Krel-

sen eher als überzeugter afrikanischer Nationalist denn als Marxist eingeschätzt. Er ist als Gegner der großen Zahl Kapverder in Schlüsselpositionen Guinea-Bissaus bekannt. Guinea-Bissau und die Kapverden werden seit ihrer Unabhängigkeit von Portugal 1974 von der marxistisch-orientierten Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit der Kapverden und Guinea-Bissaus (PAIGC) regiert, die beide Staaten vereinigen wollte. Rassenunruhen riefen jedoch erhebliche Widerstände hervor.

Der unter Arrest stehende Präsident Luis Cabral ist ein Halbbruder des vor sieben Jahren ermordeten Gründers der PAIGC, Amilcar Cabral. Ursache des Putsches waren möglicherweise Differenzen in der PAIGC über eine vor einer Woche verabschiedete neue Verfassung, welche die Macht des Ministerpräsidenten erheblich einschränkte, sowie über die angestrebte Vereinigung mit den Kapverden. Der Vorsitzende der PAIGC, die beide Länder regiert, ist der Präsident der Kapverden, Aristides Pereira.

Der künftige innen- und außenpolitische Kurs Guinea-Bissaus ist noch unbekannt. Seit der Unabhängigkeit unterstützt das Land, dessen Wirtschaft von Reis, Kokosnüssen, Erdnüssen und Bauxit lebt, Unabhängigkeitsbewegungen wie die Polisario-Front in der Westsahara und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) in Namibia (Südwestafrika).



Putsch in Guinea-Bissau

KAR, 16. November (AP). Ein parner Putsch in dem westafrikanischen Staat Guinea-Bissau hat in der zum Samstag zum Sturz des bisherigen Staatspräsidenten Luis de Al Cabral geführt. Die Macht im übernahm nach Meldungen des Radio Bissau der bisherige Ministerpräsident Joao Bernardo Vieira, an die Spitze eines Revolutionsrates stellte. Der gestürzte Staats Cabral wurde dem Vernehmen unter Hausarrest gestellt. Der Streich blieb offenbar ohne Auswirkungen auf die auswärtige Politik Landes. Das geht aus einem vom engen Außenminister Victor Saude am Wochenende veröffentlichten Communiqué hervor. „Die Republik Guinea-Bissau wird fortfahren, ihre

Kölnner Stadt-Anzeiger 13.11.80

Guinea-Bissau brach mit dem alten Mythos

Entz René Allemann

Wenig spricht bisher für steht die Auseinandersetzung Hausarrest stehenden Präsidenten Luis Cabral. Ihm vor die Annahme, hinter dem zwischen jenem Teil der bis- allem war es zuzuschreiben, Putsch vom vergangenen herigen Führungsschicht, der Freitag im westafrikanischen von den Kapverdischen Inseln Guinea-Bissau, durch den der stammt, und der starken bisherige Ministerpräsident Gruppe einheimischer Polli- erhob, beide Territorien — der Vieira an die Macht kam ker und Militärs.

Tatsächlich hatten an der Spitze der 1959 begründeten Befreiungsbewegung, gegen die portugiesische Kolonialisten Luis Cabral unzufriede- die portugiesische Kolonialisten seien. Nicht weltpoliti- mächte, intellektuelle Wortfüh- Meinungsverschieden- ter von den Kapverden eine heiten, sondern vielmehr maßgebende Rolle gespielt. Zu Spannungen innenpolitischer, ihnen gehörte insbesondere kultureller und sogar rassi- Amilcar Cabral, ein in Lissab- scher Art haben offenbar zu bon ausgebildeter akademischer Umsturz geführt. Denn im scher Agronom und Bruder Mittelpunkt des Konflikts des jetzt gestürzten, unter

kontinentale und den geographisch weit entfernten Archipel — gleichermaßen zu vertreten.

Dafür ließen sich in der Tat einige Gründe anführen. Die vormals unbewohnten Inseln waren nach ihrer Entdeckung im 15. Jahrhundert von den portugiesischen Okkupanten mit Sklaven besiedelt und wirtschaftlich erschlossen worden, die überwiegend aus dem erst später besetzten kon-

tinentalen Gebiet und seinem Bärenen Umkreis stammten; Und doch konnten diese traditionellen Verbindungen nicht über den weiten Abstand zwischen den beiden Bereichen hinwegtäuschen. Auf den Kapverden hatte sich im Laufe der Zeit eine Mischlingsgesellschaft mit kulturell weitgehend europäisierten Mittel- und Oberschichten herausgebildet. Als in Bissau der Guerilla-Feldzug gegen die europäischen Herren längst in Gang gekommen war, blieb es auf den Inseln bezeichnenderweise völlig ruhig.

Insofern war die Verbindung, die Cabral (und nach

seiner Ermordung sein Bruder) zwischen ihrer insularen Heimat und ihrem kontinentalen Tätigkeitsfeld herzustellen, von vornherein höchst problematisch. Ein Mythos, der dem Test der Praxis keinesfalls standhalten konnte. Die ersten Erklärungen der Umstürzler lassen jetzt auch keinen Zweifel daran, daß sie — alles Bürger von Bissau — sich als die authentischen Repräsentanten der schwarzafrikanischen Bevölkerung gegenüber den Mischlingen von den Inseln und ihrer (wirklichen oder angeblichen) „Privilegierung“ betrachten.

Bande der Freundschaft mit allen befreundeten Ländern, besonders mit seinen Nachbarstaaten, auf der Grundlage des internationalen Rechts, den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und Gleichheit zwischen den Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der friedlichen Koexistenz und der Blockfreiheit zu entwickeln und zu stärken“, hieß es in der vom Rundfunk verbreiteten Erklärung weiter. Ferner sagte Saude Maria, sein Land werde auch weiterhin die Charta der Vereinten Nationen anerkennen und die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) unterstützen. Der Nachbarstaat Guinea, mit dem es in der Vergangenheit wiederholt Grenzstreitigkeiten gegeben hatte, erkannte das neue Regime unmittelbar nach Bekanntwerden des Putsches an.

Staatsstreich ^{NR 18 11 80} in Guinea-Bissau ^{26 8 3}

Der Ministerpräsident
stürzt den Staatschef

Lissabon, 16. Nov. (afp/dpa/Reuter) Der Ministerpräsident von Guinea-Bissau, Major *João Bernardo Vieira*, hat am Wochenende Staatspräsident *Luis Cabral* gestürzt und die Macht in dem 1974 von Portugal unabhängig gewordenen westafrikanischen Staat übernommen. Vieira wurde Vorsitzender eines neugebildeten *Revolutionsrates*. Luis Cabral, ein Halbbruder des vor sieben Jahren ermordeten Gründers der regierenden afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit der Kapverden und Guinea-Bissau (PAIGC), *Amilcar Cabral*, soll zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern verhaftet worden sein. Ursache des Putsches waren offenbar tiefgreifende Differenzen innerhalb der marxistisch orientierten PAIGC über eine unlängst verabschiedete neue Verfassung, die die Macht des Ministerpräsidenten erheblich einschränkte, sowie über die angestrebte Vereinigung mit den *Kapverdischen Inseln*. Beide Länder werden von der PAIGC regiert, deren Vorsitzender der Präsident der Kapverden, *Aristides Pereira*, ist. Auf den Kapverden ist die Lage nach Radiomeldungen ruhig.

Kapverdische Reaktion

Lissabon, 16. Nov. (afp) Die kapverdische Regierung hat in einem von der portugiesischen Agentur *Anop* verbreiteten Communiqué den Staatsstreich in Guinea-Bissau verurteilt. Sie behält sich vor, die bisher zu diesem Staat unterhaltenen Beziehungen zu revidieren, und will den dort lebenden kapverdischen Staatsangehörigen die Rückkehr in die Heimat erleichtern.

Der Umsturz ^{NR 18 11 80} in Guinea-Bissau ^{27 8 3}

Engere Anlehnung an Portugal?

Lissabon, 18. Nov. (Reuter) Die neuen Führer des westafrikanischen Staates Guinea-Bissau haben, wie es in einer vom portugiesischen Radio verbreiteten Erklärung des Revolutionsrates heisst, die Minister der entmachteten Regierung sowie die Verwaltungsangestellten aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ferner wird betont, Guinea-Bissau wolle künftig engere Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Portugal unterhalten. Am Freitag war Präsident *Luis Cabral* bei einem Putsch entmacht worden. Die Putschisten sprachen sich unter anderem gegen den Zusammenschluss mit den *Kapverdischen Inseln* aus. Dem neuen Revolutionsrat unter Führung von Ministerpräsident *João Bernardo Vieira* gehören keine kapverdischen *Mulatten* mehr an.

Guinea-Bissau und die Kapverdischen Inseln waren bis zum jüngsten Putsch von der marxistisch orientierten Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit der Kapverden und Guinea-Bissaus (PAIGC) regiert worden, welche die schrittweise Vereinigung der beiden Staaten anstrebte. Das Vorhaben scheiterte an den wachsenden Spannungen zwischen der schwarzen Bevölkerung von Guinea-Bissau und den *Mulatten* der Kapverdischen Republik.

Die neue Führung ^{NR 22 11 80} in Guinea-Bissau ^{27 8 7}

Bissau, 20. Nov. (afp) Der neue Machthaber in Guinea-Bissau, General *João Bernardo Vieira*, hat am Mittwoch die Liste der Mitglieder des von ihm geführten Revolutionsrates veröffentlicht. Stellvertretender Revolutionsratsvorsitzender ist der Aussenminister des am Wochenende gestürzten Regimes, *Victor Saude Maria*. Dem Revolutionsrat gehören ausserdem an: der bisherige Minister für die Kriegsveteranen, Major *Paulo Correia*, der frühere Botschafter in

Moskau, Major *Manuel Saturnino da Costa*, und der frühere Minister für Bodenschätze, Major *Samba Maine Mane*. Weitere Revolutionsratsmitglieder sind Major *Isaf Camara*, Major *Buota Nambatcha*, Major *João da Silva* und Hauptmann *Benghate Na Beate*.

Enthüllungen über Massaker ^{NR 25 11 80} in Guinea-Bissau ^{27 8 2}

Bissau, 23. Nov. (afp) Der neue «starke Mann» von Guinea-Bissau, General *João Bernardo Vieira*, hat zehn Tage nach dem Staatsstreich die Anschuldigung erhoben, unter der Regentschaft seines verhafteten Vorgängers *Luis Cabral* seien in den letzten sechs Jahren von den Sicherheitsdiensten des westafrikanischen Landes 500 Personen massakriert worden. *Luis Cabral* habe von den Massakern Kenntnis haben müssen. Der bisherige Innenminister, General *Constantino Teixeira*, dem ebenfalls eine Mitschuld an den Massenhinrichtungen gegeben wird, kehrte am Samstag aus dem Ausland nach Guinea-Bissau zurück und wurde im Flughafen verhaftet.

Bei einer Volkskundgebung auf dem «Platz der Nationalhelden» in Bissau erklärte der Vorsitzende des «Revolutionsrates», der am 14. November die Macht übernahm, in Massengräbern in der Region von *Nhacra* lägen 200 Erschossene, im Gefängnis von *Farim* im Norden des Landes seien 100 Personen erstickt worden, und 200 Personen seien in verschiedenen Landesteilen erschossen worden.

Eine Regierungsumbildung in Bissau vom Samstag erbrachte keine Neuerungen mit Ausnahme des Innenministeriums, wo *Teixeira* vom früheren Botschafter in Moskau, Hauptmann *Manuel Saturnino da Costa*, abgelöst wird. Abgesehen von dem unter Polizeiaufsicht gestellten früheren Armeeminister *Umaru Djalo* und dem im Zusammenhang mit den Massakern angeklagten bisherigen Gesundheits- und Sozialminister *João da Costa* behalten sämtliche in Bissau anwesenden Mitglieder der Regierung *Luis Cabral*s ihre Posten.

BISSAU, 23. November (AFP). 500 Personen sind unter dem Regime des gestürzten Staatspräsidenten von Guinea-Bissau, *Luis Cabral*, von den Sicherheitskräften ermordet worden. Das behauptete der neue Machthaber des westafrikanischen Landes, Major *João Bernardo Vieira*, auf einer Massenkundgebung.

Die Rassenspannungen in Guinea-Bissau

Portugiesische Berichte über den jüngsten Umsturz

A. H. Lissabon, im November

Portugiesische Zeitungen und Zeitschriften haben mehrere Sonderkorrespondenten nach Guinea-Bissau gesandt, um über den Staatsstreich, der am 14. November in jenem westafrikanischen Land stattfand, und dessen Hintergründe zu berichten. In den dieser Tage veröffentlichten Berichten werden Spannungen zwischen den Bewohnern der *Kapverdischen Inseln* und denjenigen des Festlandes übereinstimmend als Hauptursache des Umsturzes bezeichnet.

Vormachtsposition der Mischlinge

Diese Spannungen reichen weit zurück. Bei der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1974 war es nicht möglich, Guinea-Bissau und die Inseln zu einem Staat zu verschmelzen, obgleich der *Unabhängigkeitskrieg* gegen Portugal von einer gemeinsamen Gruppierung, der *PAICG* (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit der Kapverdischen Inseln und Guinea-Bissaus), getragen worden war. Freilich ist es auf den Inseln nie zu Kämpfen gekommen, da dort die Portugiesen die Lage völlig beherrschten; dafür waren jedoch die führenden Persönlichkeiten der Unabhängigkeitspartei im ideologischen, politischen und militärischen Bereich mehrheitlich Caboverdianer gewesen, allen voran der Gründer und Chef der Partei, *Amilcar Cabral*, der die Unabhängigkeit nicht mehr erleben sollte, da er 1973 ermordet wurde.

Die Kapverdischen Inseln — Hauptstadt ist *Praia* — sind vorwiegend von portugiesisch-afrikanischen Mischlingen bewohnt, und als solche standen sie dem einstigen Mutterland, seiner Sprache und Kultur in manchem Sinne näher als die rein afrikanischen Bewohner des Festlandes. Cabral und seine Freunde stellten zwar ihre portugiesisch geprägte Bildung in den Dienst ihrer afrikanischen Kampfgefährten, was Spannungen zwischen den verschiedenen afrikanischen Stämmen Guinea-Bissaus und den auf ihrer Seite kämpfenden Caboverdianern nicht zu überwinden vermochte. Sogar während des Unabhängigkeitskrieges traten diese Gegensätze mehrmals offen zutage.

Bei der Ausrufung der Unabhängigkeit einigte man sich auf einen *Kompromiss*, der lautete, die Geschicke der Inseln und des Festlandes sollten von der Einheitspartei, eben der *PAICG*, gelenkt werden; als gemeinsamer Präsident von Guinea-Bissau sollte der neue Parteipräsident und Halbbruder des ermordeten Parteigründers, *Luis Cabral*, eingesetzt werden. Gleichzeitig erhielt jedoch jedes der beiden Gebiete eine eigene Regierung. Ministerpräsident von Guinea-Bissau wurde der als legendärer Partisanenchef bekanntgewordene *João Bernardo Vieira*, ein Festland-Afrikaner.

Streit um eine neue Verfassung

Im vergangenen Monat hatte Präsident Cabral für Guinea-Bissau eine neue Verfassung erlassen wollen, die dem gemeinsamen *Staatsoberhaupt*, das heisst Cabral selbst, erheblich *umfangreichere Machtbefugnisse* als den Ministerpräsidenten zusichern sollte. Wie berichtet wird, soll Vieira dem entsprechenden Verfassungsentwurf nach aussen hin zugestimmt haben, obgleich manche seiner Landsleute heftig dagegen opponierten. Dennoch sollen führende Caboverdianer an Vieiras Loyalität gezweifelt haben. Wie heute aus Bissau berichtet wird, soll geplant gewesen sein, ihn, Vieira, bei einem Fest zum Jahrestag der Gründung der capverdischen «Kriegsmarine» am 16. November zu vergiften.

Zwei Tage vor dem Fest schlug Vieira los. Er soll sich selbst in Uniform und mit der Waffe in der Hand am Umsturz beteiligt haben. Der Direktor für nationale Sicherheit in Guinea-Bissau, *Buscardini*, kam beim Coup oder kurz darnach ums Leben. Luis Cabral seinerseits wurde gefangen genommen. Vieira ist nun der Vorsitzende eines neunköpfigen *Revolutionsrates*, dem zwei zivile Politiker und sieben Militärs angehören. Die bisherige Regierung ist, wie bereits berichtet, zurückgetreten. Die Minister sind indessen dieser Tage zum Teil wieder in ihr Amt eingesetzt worden. Verhaftet wurde Innenminister *Constatino Teixeira*, als er nach dem Putsch von einem Besuch in Lissabon nach Guinea-Bissau zurückkehrte. Fünf weitere bisherige Minister in Guinea-Bissau «Volkskommissare», verloren ihre Posten.

Unmittelbar nach dem Umsturz war von Beobachtern erwartet worden, dass dieser auch das Ende der *PAICG* in Guinea-Bissau bedeute.

Doch Vieira und einige seiner wichtigsten Berater haben seither erklärt, die Staatspartei werde beibehalten; nur gewisse Einzelheiten der bisherigen Regelung sollten abgeändert werden, damit Gleichberechtigung zwischen den beiden Landesteilen, Guinea-Bissau und den Inseln, hergestellt werde.

Die Enthüllungen über die Entdeckung von *Massengräbern*, in denen die Leichen von etwa 400 Erschossenen und 200 in einem Gefängnis ersticken Opfern des Regimes Cabral aufgefunden worden sein sollen, haben in der Bevölkerung grosse Erregung ausgelöst. Einige dieser Massengräber wurden geöffnet und Journalisten und Diplomaten gezeigt.

Reisknappheit

Beim Umsturz dürften auch die *wirtschaftlichen Schwierigkeiten* eine Rolle gespielt haben, die sich insbesondere in häufigen Elektrizitätsausfällen und in einer chronischen Reisknappheit äusserten. Reis, das wichtigste Grundnahrungsmittel des Landes, ist ausserdem im Preis massiv angestiegen. Für die Lebensmittelknappheit wird nun auch Cabrals Regime verantwortlich gemacht. Wie es heisst, sollen nun nach dem Beispiel von *Mozambique* die staatlichen *Lebensmittelgeschäfte* wieder in *private Hände* zurückgegeben werden.

Die Differenzen zwischen den Inseln und dem Festland scheinen sich dieser Tage auszuweiten. Eine Delegation aus Praia hat nach dem Putsch Bissau besucht und ist am 23. November offensichtlich unverrichteter Dinge abgereist. Sprecher der neuen Machthaber in Bissau sagen aus, man habe den Besuchern die erwähnten Massengräber zeigen wollen; die Abgesandten aus Praia hätten sich geweigert, diese zu besichtigen, mit der Begründung, sie seien nur zu Verhandlungen nach Bissau gekommen. Die *kubanische Botschaft* soll drei Sicherheitsbeamte, die beim Umsturz in ihren Räumen Zuflucht gesucht hatten, ausgeliefert haben.

Expräsident unter Anklage

Bissau, 26. Nov. (afp) Wegen Massenmordes an politischen Häftlingen und «Korruption» soll der am 14. November gestürzte Staatspräsident von Guinea-Bissau, *Luis de Almeida Cabral*, vor ein Gericht gestellt werden. Entsprechende Angaben hat der Revolutionsrat, der nach dem Staatsstreich die Macht in Guinea-Bissau übernommen hatte, gemacht. Der Revolutionsrat war am Dienstag zu seiner ersten informellen Sitzung zusammengetreten.

Sowjetische Berater bleiben im Land

Lissabon, 27. Nov. (ap) Die von Präsident Cabral ins Land geholten sowjetischen militärischen Berater werden nach einer Meldung der portugiesischen Nachrichtenagentur Anop vom Mittwoch auch künftig in der ehemaligen portugiesischen Kolonie bleiben. Dies hat nach Darstellung der Agentur Innenminister *Manuel Saturnino da Costa* an einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Bissau erklärt. Die Zahl der Sowjets wird von Beobachtern auf «gut 100» geschätzt.

Staatsstreich in Guinea-Bissau

Putschisten streben Loslösung von den Kapverden an

LISSABON (Reuter/AP). Eine Gruppe nationalistischer Offiziere unter Führung von Ministerpräsident Joao Bernardo Vieira hat im westafrikanischen Staat Guinea-Bissau die Macht mit dem Ziel der Loslösung von der Schwesterrepublik Kapverden übernommen. Der portugiesische Rundfunk meldete am Sonntag unter Berufung auf Berichte aus Bissau, daß bei dem Putsch vom vergangenen Freitag zwei hohe Mitglieder der gestürzten Regierung von Präsident Luis Carbal getötet wurden. Dem neuen Revolutionsrat unter Führung Vieiras gehören keine kapverdischen Mulatten, die in der Verwaltung der ehemaligen portugiesischen Kolonie dominierten, mehr an.

Guinea-Bissau und die Kapverden werden seit der Unabhängigkeit im Jahr 1974 von der marxistisch orientierten Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit der Kapverden und Guinea-Bissaus (PAIGC) regiert. Erste Berichte, die Lissabon erreichten, besagten, daß sich alle Streit-

kräfte in der Hauptstadt Bissau den Putschisten angeschlossen hatten. Am Freitagabend hatten Panzer und Militärfahrzeuge die Schlüsselpositionen der Stadt besetzt und das Militärhauptquartier umstellt. Dort seien auch Schüsse gefallen, hieß es in den Rundfunkberichten.

Der bisherige Planungsminister Guinea-Bissaus, Vasco Cabral, ist nach dem Sturz des Staatspräsidenten verwundet in die schwedische Botschaft in Bissau geflüchtet.

Der portugiesische Staatsrundfunk meldete am Sonntag, bei den beiden Tötungen handele es sich um Sicherheitschef Antonio Buscardini und das PAIGC-Führungsmitglied Otto Schatt. Einzelheiten darüber, wie die beiden Männer ums Leben kamen, waren in den Berichten nicht enthalten. Außenminister Victor Saude Maria, Mitglied des neuen Revolutionsrates, sagte, Guinea-Bissau werde seinen internationalen Verpflichtungen voll nachkommen. Das Land bleibe blockfrei.

Regierungschef putscht in Guinea-Bissau

Staatspräsident vier Tage nach Erweiterung seiner Machtbefugnisse abgesetzt

17/11/80 SZ Dakar (AP)
Ein parteiinterner Putsch in Guinea-Bissau hat zum Sturz des bisherigen Staatspräsidenten Luis de Almeida Cabral geführt. Die Macht übernahm nach Meldungen des Senders Radio Bissau der bisherige Ministerpräsident Joao Bernardo Vieira, der sich an die Spitze eines Revolutionsrates stellte. Der gestürzte Staatschef

Cabral wurde dem Vernehmen nach unter Hausarrest gestellt; zwei enge Mitarbeiter sind laut Reuter ums Leben gekommen.

Der Staatsstreich blieb offenbar ohne Auswirkungen auf die auswärtige Politik des Landes. Dies geht aus einem vom bisherigen Außenminister Victor Saude Maria veröffentlichten Communiqué hervor: „Die Republik Guinea-Bissau wird fortfahren, ihre Bande der Freundschaft mit allen befreundeten Ländern, besonders mit seinen Nachbarstaaten, auf der Grundlage internationalen Rechts, den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und Gleichheit zwischen den

Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der friedlichen Koexistenz und der Blockfreiheit zu entwickeln und zu stärken.“

Ferner sagte Saude Maria, sein Land werde auch weiterhin die UNO-Charta anerkennen und die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) unterstützen. Den Nachbarstaat Guinea, mit dem es in der Vergangenheit wiederholt Grenzstreitigkeiten gegeben hatte, anerkannte das neue Regime in Bissau unmittelbar nach Bekanntwerden des Putsches.

Der gestürzte Staatspräsident hatte dieses Amt seit der Unabhängigkeit des Staates von Portugal im Jahre 1974 inne. Er ist ein Halbbruder des 1973 im Exil in Conacry ermordeten damaligen Generalsekretärs der jetzt regierenden Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverdischen Inseln (PAIGC), Amilcar Cabral. Zu den Gründern der Partei, die seit der Unabhängigkeit sowohl in Guinea-Bissau als auch auf den Kapverden die Macht ausübt, gehört auch der neue Staatschef Vieira. Er ist seit 1978 Ministerpräsident. Die Partei ist bisher das einzige Verbindungsorgan zwischen den Kapverden und dem Festlandstaat. Obwohl eine Föderation der beiden Staaten schon lange vorgesehen ist, wurde sie bisher nicht verwirklicht.

Offiziell wurde über die Ursachen des Staatsstreichs nichts bekannt, inoffiziell wurden mehrere Gründe genannt: So hat die Tatsache, daß von den Tausenden auf dem Festland lebenden Kapverdern einige in jüngster Zeit in einflußreiche Posten der Verwaltung und Armee eingedrückt sind, zu verstärkten Spannungen im Lande und zu der Vermutung geführt, die bisherige Regierung bevorteile die Insulaner. Außerdem war vier Tage vor dem Coup eine neue Verfassung verabschiedet worden, die erweiterte Rechte für das Amt des Staatspräsidenten vorsieht. Als weiterer möglicher Anlaß wurden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten genannt.

NR 2 1. 8 1. 15, 2

Bruch Guinea-Bissaus mit den Kapverden

Lissabon, 20. Jan. (dpa) Die bisher aus historischen Gründen auf Parteienübergang verbundenen ehemaligen portugiesischen Kolonien Guinea-Bissau und Kapverdische Inseln haben am Montag miteinander gebrochen und damit alle Pläne für eine Vereinigung zunichte gemacht.

Der kapverdische Flügel der gemeinsamen «Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und der Kapverden» (PAIGC) gründete am Montag die neue «Afrikanische Partei der Unabhängigkeit der Kapverden» (PAICV) auf Vorschlag von Präsident *Aristides Pereira*. Die PAICV bleibt Einheitspartei des Inselstaates. Diese Entwicklung ist Folge des Staatsstreichs in Guinea-Bissau vom November vergangenen Jahres bei dem Präsident *Luis Cabral* gestürzt wurde. Der Putsch war vor allem gegen die «Vorherrschaft» der Gefolgsleute Cabrals auf den Kapverden gerichtet.

NR 26 12 30

Sorge von «Bruderländern» über Guinea-Bissau 2877

Luanda, 3. Dez. (dap) Die Präsidenten von Angola, Mosambique, den Kapverdischen Inseln und von São Tomé haben nach Konsultationen in Luanda am Mittwoch ein gemeinsames Communiqué veröffentlicht, in dem der jüngste Staatsstreich in Guinea-Bissau als «Schlag gegen die Freiheitskämpfe» der Völker bezeichnet wird. Es sei indessen, so heisst es im Communiqué weiter, beschlossen worden, sich nicht in die inneren Angelegenheiten von Guinea-Bissau einzumischen. Eine Delegation aus Mitgliedern der Konferenzteilnehmerstaaten soll nach Guinea-Bissau entsandt werden. Die Konferenz appellierte ausserdem an die neuen Machthaber, die inhaftierten früheren Führer des Landes freizulassen.

Sowjetische «Berater» in Bissau eingetroffen

Lissabon (dpa)
Nach einem Bericht der katholischen Radiostation «Radio Renascença» in Lissabon sind zwischen 100 und 200 sowjetische «Berater» in Bissau, der Hauptstadt der ehemaligen portugiesischen Kolonie Guinea-Bissau eingetroffen. Radio Renascença beruft sich auf Reisende. Sie hätten beobachtet, wie sowjetische Militärflugzeuge nur zwei Tage nach dem Militärputsch in Bissau gelandet und deren Passagiere in einem Hotel einquartiert worden seien. Bei den meisten soll es sich um Militärs handeln, doch sollen sich auch Fachleute für Fischfang, Straßen- und Brückenbau, Nachrichtenwesen und Prospektion unter ihnen befinden.

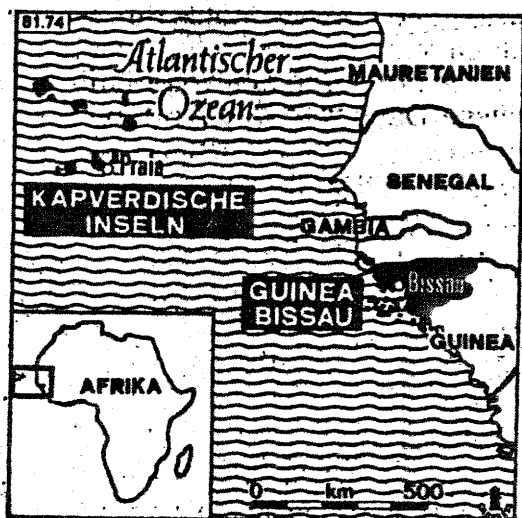
Eines der Hauptziele des Staatssekretärs war das Abschütteln der Vorherrschaft der von den Kapverden stammenden Mischlinge. Die ebenfalls marxistisch gelenkte Schwesterrepublik Kapverden ist von der reinrassigen Negerbevölkerung Guinea-Bissaus immer als Fremdherrscher verachtet worden. Der Revolutionsrat von Guinea-Bissau hat zugesichert, daß dem gestürzten bisherigen Präsidenten Luis Cabral kein Leid zugefügt werde.

Regierungschef putscht in Guinea-Bissau

Staatspräsident vier Tage nach Erweiterung seiner Machtbefugnisse abgesetzt

Dakar (AP)

Ein parteiinterner Putsch in Guinea-Bissau hat zum Sturz des bisherigen Staatspräsidenten Luis de Almeida Cabral geführt. Die Macht übernahm nach Meldungen des Senders Radio Bissau der bisherige Ministerpräsident Joao Bernardo Vieira, der sich an die Spitze eines Revolutionärs stellte. Der gestürzte Staatschef



Cabral wurde dem Vernehmen nach unter Hausarrest gestellt; zwei enge Mitarbeiter sind laut Reuter ums Leben gekommen.

Der Staatsstreich blieb offenbar ohne Auswirkungen auf die auswärtige Politik des Landes. Dies geht aus einem vom bisherigen Außenminister Victor Saude Maria veröffentlichten Communiqué hervor. „Die Republik Guinea-Bissau wird fortfahren, ihre Bande der Freundschaft mit allen befreundeten Ländern, besonders mit seinen Nachbarstaaten, auf der Grundlage internationalen Rechts, den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und Gleichheit zwischen den

Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der friedlichen Koexistenz und der Blockfreiheit zu entwickeln und zu stärken.“

Ferner sagte Saude Maria, sein Land werde auch weiterhin die UNO-Charta anerkennen und die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) unterstützen. Den Nachbarstaat Guinea, mit dem es in der Vergangenheit wiederholt Grenzstreitigkeiten gegeben hatte, anerkannte das neue Regime in Bissau unmittelbar nach Bekanntwerden des Putsches.

Der gestürzte Staatspräsident hatte dieses Amt seit der Unabhängigkeit des Staates von Portugal im Jahre 1974 inne. Er ist ein Halbbruder des 1973 im Exil in Conacry ermordeten damaligen Generalsekretärs der jetzt regierenden Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Kapverdischen Inseln (PAIGC), Amilcar Cabral. Zu den Gründern der Partei, die seit der Unabhängigkeit sowohl in Guinea-Bissau als auch auf den Kapverden die Macht ausübt, gehört auch der neue Staatschef Vieira. Er ist seit 1978 Ministerpräsident. Die Partei ist bisher das einzige Verbindungsorgan zwischen den Kapverden und dem Festlandstaat. Obwohl eine Föderation der beiden Staaten schon lange vorgesehen ist, wurde sie bisher nicht verwirklicht.

Offiziell wurde über die Ursachen des Staatsstreichs nichts bekannt, inoffiziell wurden mehrere Gründe genannt: So hat die Tatsache, daß von den Tausenden auf dem Festland lebenden Kapverden einige in jüngster Zeit in einflußreiche Posten der Verwaltung und Armee, eingedrückt sind, zu verstärkten Spannungen im Lande und zu der Vermutung geführt, die bisherige Regierung bevorteile die Insulaner. Außerdem war vier Tage vor dem Coup eine neue Verfassung verabschiedet worden, die erweiterte Rechte für das Amt des Staatspräsidenten vorsieht. Als weiterer möglicher Anlaß wurden die wirtschaftlichen Schwierigkeiten genannt.

Guinea und Kapverden zerstritten

Das Ende der geplanten Union steht offensichtlich vor der Tür

Lissabon (ddp)
Der Revolutionsrat, der im westafrikanischen Staat Guinea-Bissau die Macht übernommen hatte, hat vor „Aktionen der Einschüchterung und des Banditentums“ gegenüber kapverdischen Bürgern gewarnt. Ein entsprechendes Communiqué des Revolutionsrates unter Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Bernardo Vieira wurde vom portugiesischen Rundfunk verbreitet. In Meldungen aus Bissau wurde die Lage als ruhig bezeichnet.

Beobachter in Lissabon und Bissau wiesen darauf hin, daß die neue Regierung ausschließlich aus Bürgern von Bissau bestehe und in den bisherigen Communiqués des Revolutionsrates die „Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kapverden“ (PAIGC) nicht erwähnt wurde. Sie schlossen daraus, daß die bisherige politische Union zwischen Guinea und Kapverden ernsthaft gefährdet ist und offensichtlich aufgelöst werden soll.

Zuvor hatte der portugiesische Rundfunk gemeldet, daß die Ausgangssperre in Bissau noch nicht aufgehoben war. Auch die Telefonverbindungen blieben noch unterbrochen. Der Flugbetrieb auf dem Flughafen von Bissau ruhte nach wie vor. Der gestürzte Präsident Luis Cab-

ral steht in seiner Residenz unter Hausarrest. Auch einige bisherige Kabinettsmitglieder wurden inhaftiert und unter Hausarrest gestellt. Der portugiesische Rundfunk meldete, daß bei dem Putsch der Sicherheitschef Antonio Buscardini und das Führungsmitglied der marxistisch-orientierten „Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit der Kapverden und Guinea-Bissaus“ (PAIGC), Otto Schatt, getötet wurden.

In einer über Radio Bissau verbreiteten Erklärung des Revolutionsrates wurde der Staatsstreich als „Wiedererneuerung unser Nationalität und Konsolidierung der Unabhängigkeit“ bezeichnet. Guinea-Bissau werde die Politik der Bündnisfreiheit fortsetzen und wünsche die Fortsetzung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit Portugal und den Nachbarstaaten, hieß es.

Die Regierung der Inselgruppe der Kapverden verurteilte den Putsch. Die Kapverden seien bereit, alle Abkommen zwischen den beiden Ländern zu überdenken und die kapverdischen Bürger aus Guinea-Bissau zurückholen, hieß es. Das Land hatte sich in der Vergangenheit eng an die Außenpolitik Guinea-Bissaus angelehnt, war jedoch offensichtlich nicht bereit gewesen, den früher geplanten Staatenbund zu vollziehen.

Die neue Führung in Bissau

Bissau (ddp)

Die neue Führung von Guinea-Bissau hat die Mitglieder des Revolutionsrats bekanntgegeben. Zugleich wurde der bisherige Staatsrat aufgelöst. Neben Präsident Joao Bernardo Vieira sind folgende Offiziere Mitglieder des Revolutionsrats: Yafai Kamaran, Paulo Correira, Manuel Saturnino da Costa, Joao Silva, Buota Nambaka, Samba Lamine und Hauptmann Nalyate. Zum Staatsminister für das Fischereiwesen wurde Joseph Turpin ernannt, Gouverneur der Nationalbank ist Votor Freire Monteiro, neuer Landwirtschaftsminister wurde Mario Cabral, Generalstaatsanwalt Joao Cruz Pinto. Der gestürzte Präsident Luis Cabral steht unter Hausarrest. Wie der neue Innenminister Saturnino erklärte, könne er in den „kommenden Wochen“ Bissau verlassen und in ein „Land seiner Wahl“ reisen.

57
21.11.
20

Sowjets bleiben in Guinea-Bissau

Lissabon (AP)

Die von dem gestürzten Präsidenten Guinea-Bissaus, Luis de Almeida Cabral, ins Land gehaltenen sowjetischen militärischen Berater werden auch künftig in der ehemaligen portugiesischen Kolonie bleiben, erklärte Innenminister Manuel Saturnino da Costa auf einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Bissau. Die Zahl der Sowjets wird auf gut einhundert geschätzt.

5221.11.80.270,3 Bissau (ddp)

Die neue Führung von Guinea-Bissau hat die Mitglieder des Revolutionsrats bekanntgegeben. Zugleich wurde der bisherige Staatsrat aufgelöst. Neben Präsident Joao Bernardo Vieira sind folgende Offiziere Mitglieder des Revolutionsrats: Yafai Kamaran, Paulo Correira, Manuel Saturnino da Costa, Joao Silva, Buota Nambaka, Samba Lamine und Hauptmann Nalyate. Zum Staatsminister für das Fischereiwesen wurde Joseph Turpin ernannt, Gouverneur der Nationalbank ist Votor Freire Monteiro, neuer Landwirtschaftsminister wurde Mario Cabral, Generalstaatsanwalt Joao Cruz Pinto. Der gestürzte Präsident Luis Cabral steht unter Hausarrest. Wie der neue Innenminister Saturnino erklärte, könne er in den „kommenden Wochen“ Bissau verlassen und in ein „Land seiner Wahl“ reisen.

Kapverdischer Präsident nach Bissau eingeladen

5220.11.80.265,3 Lissabon (ddp)
Der Vorsitzende des bei einem Putsch an die Macht gekommenen Revolutionsrats von Guinea-Bissau, Joao Bernardo Vieira, hat den kapverdischen Präsidenten Aristides Pereira zu einem Besuch eingeladen. Pereira hatte zuvor an mehrere ausländische Staatsoberhäupter appelliert, ihren Einfluß geltend zu machen, damit in Guinea-Bissau die Menschenrechte eingehalten würden. Radio Bissau meldete unterdessen, daß der frühere Wirtschaftsminister Vasco Cabral, der nach dem Umsturz in der schwedischen Botschaft Zuflucht gesucht hatte, für einen Monat zur ärztlichen Behandlung nach Schweden reisen dürfte.

Afrikaner wollen sich in Bissau nicht einmischen

524.12.80.282 Luanda (ddp)
Die Präsidenten von Angola, Mocambique, den Kapverdischen Inseln und von Sao Tomé sind in Luanda übereingekommen, in Guinea-Bissau nicht zu intervenieren. Auf einer Konferenz der Staatsoberhäupter in Luanda (Angola) sei Übereinkommen erzielt worden, daß der Staatsstreich in Guinea-Bissau ein „Schlag gegen die Freiheitskämpfe“ der Völker sei, hieß es: trotzdem sei beschlossen worden, sich nicht einzumischen.

5226.11.80.274,3 (AP)

Nach dem Sturz der Regierung des westafrikanischen Staates Guinea-Bissau unter Präsident Luis Cabral hat die neue Regierung Diplomaten und Journalisten Massengräber gezeigt, in denen etwa 80 Oppositionelle während der Herrschaft Cabrals nach ihrer Erschießung begraben worden waren.

Putsch in Guinea-Bissau Konferenzthema

Die Staatschefs der ehemaligen portugiesischen Kolonien treffen sich in Luanda

125.12.80, 122, 11 Lissabon (AP)

Eine überraschend einberufene eintägige Konferenz der Staatschefs der vier ehemaligen portugiesischen Kolonien Angola, Moçambique, der Kapverdischen Inseln sowie von Sao Tome und Principe fand in der angolischen Hauptstadt Luanda statt. Wie die portugiesische Nachrichtenagentur ANOP meldete, äußerten die in Luanda anwesenden Staatspräsidenten ihre Besorgnis über den jüngsten Staatsstreich in Guinea-Bissau.

Die Regierungen betonten die Notwendigkeit der Stärkung der „Bande der Solidarität, Einheit und Zusammenarbeit im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und für eine neue Gesellschaft“. Die Konferenzteilnehmer beschlossen die Entsendung einer gemeinsamen Delegation nach Bissau. Der Sturz des Staatspräsidenten von Guinea-Bissau, Luis Cabral, am 14. November werde als ein „Anschlag auf das Ansehen der Befreiungsbewegung“ der ehemals portugiesischen Kolonien in Afrika gewertet, hieß es weiter. Doch werde man sich nicht in die inneren Angelegenheiten Guinea-Bissaus einmischen.

Der gastgebende Staatschef Angolas, Jose Eduardo dos Santos, hatte bei der Begrüßung der Konferenzteilnehmer sein Bedauern geäußert, daß keine Delegation aus Guinea-Bissau nach Luanda gekommen sei.

Sowjets bleiben in Guinea-Bissau

1228.11.80, 176, 10 Lissabon (AP)

Die von dem gestürzten Präsidenten Guinea-Bissaus, Luis de Almeida Cabral, ins Land geholten sowjetischen militärischen Berater werden auch künftig in der ehemaligen portugiesischen Kolonie bleiben, erklärte Innenminister Manuel Saturnino da Costa auf einer Pressekonferenz in der Hauptstadt Bissau. Die Zahl der Sowjets wird auf gut einhundert geschätzt.

Kapverden-Premier wiedergewählt

121415.2.81, 57, 7 Praia (ddp)

Der bisherige Ministerpräsident der Kapverdischen Inseln, Pedro Pires, ist in seinem Amt bestätigt worden. Wie der portugiesische Rundfunk aus Praia meldete, soll die Vereidigung der neuen Regierung am Sonntag erfolgen. Staatspräsident Aristides Pereira war zuvor in geheimer Wahl von der Nationalversammlung für fünf weitere Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

1217291358

(dpa)

Der westafrikanische Staat Guinea-Bissau ist jetzt zur Anerkennung einer Berlin-Klausel in einem Abkommen mit der Bundesrepublik über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit bereit. Die neue Regierung des Landes scheint auch eine Schließung ihrer Botschaft in Ostberlin „aus finanziellen Gründen“ zu erwägen.

(dpa)

Die Kapverden bitten Portugal um Militärhilfe

124521, 127, 9 Lissabon (dpa)

Der Präsident der seit sechs Jahren unabhängigen früheren portugiesischen Kolonie Kapverdische Inseln, Aristides Pereira, der sich gegenwärtig zu einem offiziellen Besuch in Lissabon aufhält, hat Portugal um Militärhilfe gebeten. Die Kapverden wollten sich aus ihrer militärischen Abhängigkeit von der Sowjetunion lösen und eine Politik der „äußersten Blockfreiheit“ betreiben. Aus diesem Grund wünsche sein Land die Lieferung portugiesischen Kriegsmaterials und die Entsendung von Militärberatern, sagte Pereira. Er traf mit Staatschef Eanes und hohen portugiesischen Militärs zusammen.

Guinea und Kapverden zerstritten

Das Ende der geplanten Union steht offensichtlich vor der Tür

57.11.80

Lissabon (ddp)

Der Revolutionsrat, der im westafrikanischen Staat Guinea-Bissau die Macht übernommen hatte, hat vor „Aktionen der Einschüchterung und des Banditentums“ gegenüber kapverdischen Bürgern gewarnt. Ein entsprechendes Communiqué des Revolutionsrates unter Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Bernardo Vieira wurde vom portugiesischen Rundfunk verbreitet. In Meldungen aus Bissau wurde die Lage als ruhig bezeichnet.

Beobachter in Lissabon und Bissau wiesen darauf hin, daß die neue Regierung ausschließlich aus Bürgern von Bissau bestehe und in den bisherigen Communiqués des Revolutionsrates die „Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kapverden“ (PAIGC) nicht erwähnt wurde. Sie schlossen daraus, daß die bisherige politische Union zwischen Guinea und Kapverden ernsthaft gefährdet ist und offensichtlich aufgelöst werden soll.

Zuvor hatte der portugiesische Rundfunk gemeldet, daß die Ausgangssperre in Bissau noch nicht aufgehoben war. Auch die Telefonverbindungen blieben noch unterbunden. Der Flugbetrieb auf dem Flughafen von Bissau ruhte nach wie vor. Der gestürzte Präsident Luis Cab-

ral steht in seiner Residenz unter Hausarrest. Auch einige bisherige Kabinettsmitglieder wurden inhaftiert und unter Hausarrest gestellt. Der portugiesische Rundfunk meldete, daß bei dem Putsch der Sicherheitschef Antonio Buscardini und das Führungsmitglied der marxistisch-orientierten „Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit der Kapverden und Guinea-Bissaus“ (PAIGC), Otto Schatt, getötet wurden.

In einer über Radio Bissau verbreiteten Erklärung des Revolutionsrates wurde der Staatsstreich als „Wiedererneuerung unserer Nationalität und Konsolidierung der Unabhängigkeit“ bezeichnet. Guinea-Bissau werde die Politik der Bündnisfreiheit fortsetzen und wünsche die Fortsetzung der Freundschaft und Zusammenarbeit mit Portugal und den Nachbarstaaten, hieß es.

Die Regierung der Inselgruppe der Kapverden verurteilte den Putsch. Die Kapverden seien bereit, alle Abkommen zwischen den beiden Ländern zu überdenken und die kapverdischen Bürger aus Guinea-Bissau zurückholen, hieß es. Das Land hatte sich in der Vergangenheit eng an die Außenpolitik Guinea-Bissaus angelehnt, war jedoch offensichtlich nicht bereit gewesen, den früher geplanten Staatenbund zu vollziehen.

Interimsregierung in Guinea-Bissau

Lissabon (Reuter)

Der Revolutionsrat des westafrikanischen Staates Guinea-Bissau hat nach einer Meldung des portugiesischen Rundfunks eine Übergangsregierung eingesetzt. Dem Kabinett gehören sieben Minister der gestürzten Regierung von Präsident Luis Cabral an. Zwei Ressortchefs wurden neu benannt. Die Posten des Ministerpräsidenten und des Verteidigungsministers wurden zunächst nicht besetzt. Der Putschführer Joao Bernardo Vieira warf dem gestürzten Cabral vor, er habe während seiner sechsjährigen Amtszeit mehr als 500 politische Häftlinge hingerichten lassen. Journalisten wurde ein Massengrab mit mehr als 200 Leichen gezeigt.

Süddeutsche Zeitung

24.11.80

Putsch in Guinea-Bissau 20/11/80

Schwarze setzten sich durch 20/11/80

LISSABON/BISSAU (ddp/NEUE).— Die neuen Machthaber im westafrikanischen Guinea-Bissau, die am vergangenen Freitag den bisherigen Präsidenten Luis Cabral stürzten, scheinen die Situation im Land unter Kontrolle zu haben. Als Auslöser des Putsches zeichnen sich immer deutlicher Spannungen zwischen Guinea-Bissau und der Republik Cap Verde ab. In beiden Staaten regiert die gleiche Partei, deren Ziel bisher eine Union war.

Politische Beobachter in Lissabon und Bissau weisen darauf hin, daß die neue Regierung ausschließlich aus schwarzen Bürgern von Bissau bestehe und in den bisherigen Communiqués des Revolutionsrates die afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kapverden (PAIGC) nicht erwähnt wurde. Sie schlossen daraus, daß die bisherige politische Union zwischen Guinea und den von Mulatten dominierten Kapverden ernsthaft gefährdet ist und offensichtlich aufgelöst werden soll.

Laut Berichten aus Bissau hat die von Militärs dominierte neue Führung dem portugiesischen Botschafter mitgeteilt, das Land strebe eine engere Verbindung mit Portugal an, von dem es 1974 unabhängig wurde.

19/11/80

Sowjetische „Berater“

in Bissau eingetroffen.

Lissabon (dpa)

Nach einem Bericht der katholischen Radio-Station „Radio Renascença“ in Lissabon sind zwischen 100 und 200 sowjetische „Berater“ in Bissau, der Hauptstadt der ehemaligen portugiesischen Kolonie Guinea-Bissau eingetroffen. Radio Renascença beruft sich auf Reisende. Sie hätten beobachtet, wie sowjetische Militärflugzeuge nur zwei Tage nach dem Militärputsch in Bissau gelandet und deren Passagiere in einem Hotel einquartiert worden seien. Bei den meisten soll es sich um Militärs handeln, doch sollen sich auch Fachleute für Fischfang, Straßen- und Brückenbau, Nachrichtenwesen und Prospektion unter ihnen befinden.

Eines der Hauptziele des Staatssekretärs war das Abschütteln der Vorherrschaft der von den Kapverden stammenden Mischlinge. Die ebenfalls marxistisch gelenkte Schwesterrepublik Kapverden ist von der reinrassigen Negerbevölkerung Guinea-Bissaus immer als Fremdherrscher verachtet worden. Der Revolutionsrat von Guinea-Bissau hat zugesichert, daß dem gestürzten bisherigen Präsidenten Luis Cabral kein Leid zugefügt werde.

«Cabral-Linie» in Guinea-Bissau entmachtet

Lissabon, 16. Nov. (AFP/DPA/Reuter/TA) Der Ministerpräsident von Guinea-Bissau, Major Joao Bernardo Vieira, hat am Samstag Staatspräsident Luis Cabral gestürzt und die Macht in dem 1974 von Portugal unabhängig gewordenen westafrikanischen Staat übernommen. Vieira wurde Vorsitzender eines neugebildeten Revolutionsrats. Beim Staatsstreich kamen nach Angaben des portugiesischen Radios zwei Mitglieder der Führungsmannschaft um Luis Cabral ums Leben. Unter Berufung auf Informationen aus Bissau meldete das Radio, es handle sich um den Chef des Sicherheitsdienstes, Otto Schatt, und das Mitglied der Parteileitung Antonio Buscardini. Wie andererseits ein Sprecher des schwedischen Ausussenministeriums in Stockholm bekanntgab, flüchtete der Planungsminister der Regierung von Guinea-Bissau, Vasco Cabral, verletzt in die Botschaft Schwedens in Bissau.

Luis Cabral, ein Halbbruder des vor sieben Jahren ermordeten Gründers der regierenden Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit der Kapverden und Guinea-Bissaus (PAIGC), Amilcar Cabral, soll zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern verhaftet worden sein.

Auslöser des Putsches waren offenbar tiefgreifende Differenzen innerhalb der marxistisch orientierten PAIGC über eine am Montag verabschiedete neue Verfassung, die die Macht des Ministerpräsidenten erheblich einschränkte, sowie über die angestrebte Vereinigung mit den Kapverdischen Inseln. Beide Länder werden von der PAIGC regiert, deren Vorsitzender der Präsident der Kapverden, Aristides Pereira, ist.

Die rassische Komponente des Machtwechsels

Der am Samstag gestürzte Cabral hatte die zu seinen Gunsten vollzogene Verfassungsänderung damit verteidigt, dass sie lediglich bestehende politische Fakten festschreibe; die Position des Präsidenten werde dadurch nicht gestärkt. In das neue Grundgesetz wurde darüber hinaus eine Klausel aufgenommen, wonach der Staatspräsident nicht in dem Land geboren sein muss; derartige Bestimmungen gelten auf den Kapverden nicht. Dies war offenbar ein weiteres auslösendes Moment für den Sturz des auf den Kapverden gebürtigen, hellhäutigen Mulatten Cabral. Innerhalb der PAIGC-Führung Guinea-Bissaus mottete seit der Unabhängigkeit Unzufriedenheit, weil zahlreiche von den Kapverden stammende Politiker Mitglieder der Regierung Guinea-Bissaus sind. Während Cabo Verde und vor allem die PAIGC-Partei von Mulatten beherrscht werden, sind die Einwohner von Guinea-Bissau und ihre Führungsschicht mehrheitlich Schwarze. Vom schwarzen Ministerpräsidenten Joao Bernardo Vieira wird behauptet, dass er es an der Zeit findet, die Bevormundung

durch die PAIGC-Mulatten von Cabo Verde und im eigenen Land abzuschütteln.

Das neue Regime von Guinea-Bissau ist bereits am Samstag vom benachbarten Guinea-Conakry anerkannt worden. Seit Beginn des Jahres war Guinea-Bissau in einen Grenzstreit mit Guinea-Conakry verwickelt, dessen Regierung den Unabhängigkeitskampf der PAIGC unterstützt hatte. Die Regierung in Conakry machte sich allerdings den Krieg der PAIGC mit Portugal zunutze und eignete sich ein Gebiet an, in dem reiche Ölvorkommen vermutet werden. Guinea-Bissau erkennt den neuen Grenzverlauf nicht an.

Da der neue Machthaber Vieira als prowestlich gilt und demgemäss sein Land auch vermehrt in die frankophone Umgebung eingliedern dürfte, kann man annehmen, dass sich der Grenzkonflikt mit dem Nachbarland Guinea-Conakry entschärfen wird.

Das ehemals mit dem Ostblock befreundete Guinea-Conakry befindet sich zurzeit ebenfalls in einer Phase der Annäherung an die ehemalige Kolonialmacht Frankreich.

Bislang war Guinea-Bissau, mehr der Not gehorchend, blockfrei. Politisch

eher Kuba verwandt, geriet das von westlicher Hilfe abhängige Land mehr und mehr in wirtschaftliche Abhängigkeit von westlichen Gebernationen. Der zunehmende Widerspruch zwischen wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten und die seit dem Einschwenken Conakrys in den westlichen Orbit ebenfalls zunehmende Isolation Guinea-Bissaus in einer frankophonen Region bilden somit die strukturpolitischen Voraussetzungen für den Machtwechsel.

Kapverdische Regierung verurteilt Putsch

Die kapverdische Regierung hat am Samstag in einem von der portugiesischen Agentur Anop verbreiteten Communiqué den Staatsstreich in Guinea-Bissau verurteilt. Sie behält sich vor, die bisher zu diesem Staat unterhaltenen Beziehungen zu revidieren, und will den dort lebenden kapverdischen Staatsangehörigen die Rückkehr in die Heimat erleichtern.

Das wirtschaftlich unbedeutende Guinea-Bissau ist etwa so gross wie Belgien und zählt ungefähr 1 Million Einwohner. Der Putsch hat eine über den unmittelbaren Anlass hinausgehende symbolische Bedeutung, weil er das Ende der in Afrika berühmten «Cabral-Linie» bedeuten könnte. Der legendäre Agronom und Revolutionär Amilcar Cabral hatte den 15jährigen Befreiungskrieg Guinea-Bissaus gegen Portugal angeführt. Sein Buch «Portugal und die Zukunft» gab Anstoss zur Auflösung der portugiesischen Salazar-Diktatur und leitete damit Veränderungen vor allem im südlichen Afrika ein (Unabhängigkeit von Angola, Moçambique und daraufhin von Simbabwe), deren Konsequenzen noch heute nicht abzusehen sind.



Der neue Machthaber in Guinea-Bissau, Major Joao Bernardo Vieira (linkes Bild), ist in seiner Heimat seit dem Unabhängigkeitskampf eine legendäre Gestalt. Im Befreiungskampf gegen die portugiesische Kolonialmacht kämpfte er mit dem Spitznamen «kleiner General» bedacht Vieira an der besonders heftig umstrittenen Südfront. Nach der Unabhängigkeit wurde Vieira Verteidigungsminister. Seit dem 24. September 1978 war er als Vorsitzender des Rates der Staatskommissare Regierungschef. Der von Vieira gestürzte Luis de Almeida Cabral stammt von den Kapverdischen Inseln. Luis Cabral und sein Halbbruder Amilcar bereiteten 1972 die einseitige Unabhängigkeitserklärung vor; am 24. September 1973, acht Monate nach der Ermordung Amilcars, war es dann soweit. Seither war Luis Cabral Staatschef der Republik, der Portugal am 10. September 1974 die Unabhängigkeit auch offiziell zugestand. Am 13. März 1977 wurde Cabral bei den Präsidentenwahlen in seinem Amt bestätigt. Unser Bild zeigt Luis Cabral zusammen mit dem portugiesischen Staatschef Eanes. (Bilder AP)

Staatstreich in Guinea-Bissau

"Kann Guinea-Bissau noch der Unterentwicklung entgehen?" überschrieb der französische Agrarwissenschaftler René Dumont vor einem halben Jahr seine Analyse über das westafrikanische Land. Die Frage ist immer noch offen, doch die Beantwortung scheint seit einem Putsch am letzten Freitag mehr denn je zu einem 'Nein' zu tendieren. Geputscht wurde von einem Teil der Partei, dessen Hauptquartier sich auf den Kapverden befindet, gegen die alte Führung, wohl auch gegen die Dominanz der Mischlinge von der Insel. Die Zukunftspläne einer Vereinigung der beiden Territorien dürften damit endgültig ad acta gelegt sein. Die Beziehungen zu den französischen Neokolonien ringsherum sollen ausgebaut werden, eine der ersten Maßnahmen war die Freilassung von Raphael Barbosa, der wegen Verrats und Beteiligung an der Ermordung Amilcar Cabrals zum Tode verurteilt war.

Guinea-Bissau

Tag, 17/11/80

Der Mißmut nahm überhand

Im westafrikanischen Guinea-Bissau ist es am letzten Freitag zu einem Staats-Streich gekommen. Ein „Revolutionsrat“ unter der Führung des bisherigen Regierungschefs Joo Bernardo Vieira übernahm die Macht und stürzte den Staatspräsidenten und Halbbruder des 1973 ermordeten Führers des Befreiungskampfes, Amilcar Cabral, Luiz de Almeida Cabral. In einem ersten Kommuniqué, das über den Rundfunk verbreitet wurde, wird die Bevölkerung zur Ruhe aufgefordert und u.a. ein Festhalten am Prinzip der Blockfreiheit betont. Die Kapverdischen Inseln, die für eine Vereinigung mit Guinea-Bissau als Fernziel geplant war, bestätigen den Putsch im Nachbarland, verurteilten ihn und setzten die Armee in Alarmbereitschaft. Als erster Staat sprach Guinea (Conakry) den neuen Machthabern die Anerkennung aus. Etwa 200 Mitarbeiter der alten Regierung werden noch gesucht.

Da unmittelbar nach dem Putsch außer der Verhängung der Ausgangssperre erst einmal alle Telefon- und Teleleitungen zum Ausland ausgebaut wurden, herrscht über den Hintergrund der Vorfälle relative Unklarheit. Der Führer der Aktion, Regierungschef Vieira hat sich im Befreiungskampf als „Commandante Lino“ einen Namen als „der“ Militärführer gemacht. Er gilt als typischer Vertreter der schwarzen Mehrheit in Guinea-Bissau und ist sehr volkstümlich. Der Befreiungskampf war unter der Führung der PAIGC für beide Territorien, die Kapverden und Guinea-Bissau geführt worden und 1973 zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung, 1974 dann zur offiziellen Anerkennung geführt. Die ethnischen Unterschiede sind von daher aber sehr geringfügig. Die Kapverden sind zu 70% pharisiert und von der Insel kam auch die Führungsschicht der Partei. Guinea-Bissau hat einen großen Anteil Analphabeten und dort gibt es eine große ethnische Vielfalt, die die Probleme nur vervielfacht. Staatssprache ist portugiesisch und immer stärker das Kreolisch, das auf den Kapverden gesprochen wird. Analysen sprechen ebenfalls auch davon, daß sich die schwarze Mehrheit auf Guinea-Bissau zur Dominanz durch die Mischlinge in der Insel entledigen wollten. Mit dem Putsch dürfte die seit 1977 nur noch als Fernziel proklamierte Vereinigung der beiden Territorien endgültig gestorben sein. Die außenpolitische Orientierung des Landes war in der Vergangenheit eine Ablehnung an die Sowjetunion und die kommunistischen Staaten, bei gleichzeitigem Bemühen um westliche Staaten. Die Hilfe der Ostländer erstreckte sich bei hauptsächlich auf personelle Unterstützung, die vor allem auch den Sicherheitsapparat ausbaute. Trotzdem scheinen Analysen, die dem Coup eine prosovietische Tendenz unterstellen, verfrüht. Zwar hat Regierungschef Vieira ein Jahr in Kuba verbracht und hat auch politische Schulungen absolviert, doch ebenso seine Ausbildung in China erhalten.

Gegen die Annäherung an die Sowjetunion spricht die Absetzung der alten Partei-Avantgarde, die immerhin diesen Kurs repräsentierte, so daß es eher so aussieht, als wollten „die Rebellen“ gegen die Partei und ihre Konzeption vorgehen. Vieira hatte auch in der Vergangenheit versucht, selbst Fabriken aufzubauen, was die Parteistatuten aber verboten. Im ersten Kommuniqué der neuen Machthaber spricht man zudem von einer Verstärkung der Freundschaftsbande zu den Nachbarländern. Guinea-Bissau ist umgeben von französischen Neo-Kolonien. Vor allem gab es in der Vergangenheit Schwierigkeiten mit Guinea. Die Konflikte bezogen sich auf vermutete Erdölvorkommen an der Küste. Guinea forderte hier einen größeren Anteil am Meer, was die alte Führung kategorisch ablehnte. Als eine der ersten Maßnahmen kündigten die Militärs die Freilassung des ehemaligen Ehrenpräsidenten der PAIGC, Raphael Barbosa an. Barbosa war ebenfalls eine der führenden Persönlichkeiten im Befreiungskampf, geriet aber in Gefangenschaft und wurde nach Meinung von Beobachtern unter der Folter umgedreht. Er wurde 1977 wegen Verrats und der Beteiligung an der Ermordung Amilcar Cabrals zum Tode verurteilt, die Strafe dann doch in lebenslange Haft umgewandelt. Das Land litt in der letzten Zeit zunehmend an der Verschlechterung der ökonomischen Situation, die aber ihre Gründe nicht nur in einer verfehlten Entwicklungspolitik hat, sondern vor allem auch in der Trockenheit, die von der Sahel-Zone aus übergriff. Im Land wird bis zu 80% Subsistenzwirtschaft getrieben und die Infrastruktur ist so schlecht, daß bisweilen im Süden erwirtschaftete Reisüberschüsse nicht in den Norden des Landes gebracht werden konnten. Der Putsch ist auch Ausdruck der Unzufriedenheit der Bauern, die nicht mehr wissen, warum sie gekämpft haben und eine generell sich ausbreitende Mißstimmung im Land.

Tag, 18/11/80

Guinea-Bissau Ausnahmestand

Die neuen Machthaber in Guinea-Bissau haben den Ausnahmestand erklärt. Auf den Guinea-Bissau vorgelagerten Kapverdischen Inseln sind unterdessen drei führende Mitglieder der gestürzten Regierung und der „Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit Guinea-Bissaus und der Cap Verden“, PAIGC, eingetroffen, die den Staatstreich in Guinea-Bissau scharf verurteilten. Es handelt sich um Ex-Innenminister Constantino Texeira, Ex-Polizeidirektor Luis Correia und Chef der ständigen PAIGC-Kommission, Jose Araujo. Der Ministerrat der Cap Verden erklärte in einem Kommuniqué, er behalte sich nun das Recht vor, den Stand der Beziehungen zwischen beiden Staaten zu überdenken. In der Vergangenheit hatten beide Länder unter Führung der PAIGC auf eine Vereinigung hingearbeitet. (afp)

Kapverden sind skeptisch

Dakar/Lissabon, 20.11. (afp/taz). Das öffentliche Leben in Guinea-Bissau scheint sich 5 Tage nach dem Staatsstreich langsam wieder zu normalisieren. Die Geschäfte waren am Montag bereits wieder geöffnet und die verbliebenen Minister aufgefordert worden, ihre Arbeit erst einmal wieder aufzunehmen. Am Mittwochabend erließ der neue „Revolutionsrat“ das erste Gesetz, nach dem sämtliche ehemaligen Staatsorgane aufgelöst und ihre Macht offiziell dem „Revolutionsrat“ übertragen ist. Unklarheit herrscht weiterhin über die Entwicklung der Beziehungen zu den Kapverden, nachdem der neue Machthaber Joao Bernardo Vieira in einem Telegramm an den Staatspräsidenten der Kapverden und Chef der PAIGC, Aristides Pereira, sein „Festhalten an den Zielen der gemeinsamen Regierungspartei PAIGC und deren Begründers Amilcar Cabral“ zugesichert hatte. Pereira wurde außerdem nach Guinea-Bissau eingeladen.

Pereira hat auf dieses Telegramm zunächst sehr zurückhaltend reagiert und bemerkt, daß der Staatsstreich wohl kaum die geeignete Form entsprechend der Linie der Partei sei, um die beide Länder betreffenden Probleme zu lösen. Auch der Versicherung des neuen Machthabers, für das Wohl der im Land befindlichen Kapverdianer zu sorgen, traute der Parteichef nicht und verschickte Botschaften an nahezu 20 afrikanische Staatschefs, mit der Bitte, sich für die Kapverdianer einzusetzen. Konsequenzen aus dem Putsch, die das Verhältnis der beiden Staaten betreffen, wurden jedoch von Seiten der Kapverdianer erst einmal zurückgestellt.

Die Zusammensetzung des neuen „Revolutionsrates“ ist ebenfalls am Mittwoch bekanntgegeben worden. Danach ist der ehemalige Außenminister Victor Saudo Maria stellvertretender Vorsitzender des Gremiums.

Mitglieder sind außerdem die ehemaligen Minister für Kriegsveteranen, für Bodenschätze und der frühere Botschafter in Moskau Saturnino da Costa. Wahrscheinlich werden sich auch der alte Verteidigungsminister Djalo und der Innenminister Teixeira dem neuen Regime anschließen, womit die gesamte Armeeführung präsent wäre. Auch wenn die Kapverdianer faktisch durch den Staatsstreich abgesetzt wurden, scheint das Regime im Augenblick darauf bedacht, zumindest zweitweilig, eine Zahl vor allem der Fachkräfte im Land zu behalten.

Ein Anlaß für den Putsch scheint im übrigen eine Änderung der Verfassung gewesen zu sein, der vorsah, aus dem geschäftigen Staatspräsidenten gleichzeitig den Regierungschef zu machen und somit die Macht Vieiras als Premierminister elementar beschnitten hätte.

mine

1.12.80

Guinea-Bissau: Anerkennung durch die UdSSR

Die Sowjetunion hat am Donnerstag den durch einen Putsch an die Macht gekommenen Revolutionsrat von Guinea-Bissau unter dem neuen starken Mann des Landes „Nino“ Vieira diplomatisch anerkannt und meldete die portugiesische Nachrichtenagentur „Anop“ aus Bissau.

Das neue Regime hat in den Vereinigten Staaten um eine „Lebensmittelnthilfe“ gebeten, um den schweren Versorgungsproblemen im Lande abhelfen zu können. (afp)

Öl-Gründe

Der Putsch in Guinea-Bissau, der früheren portugiesischen Kolonie in Westafrika, hat wirtschaftliche Hintergründe: Seit Monaten verlangt das wesentlich größere und militärisch stärkere benachbarte Guinea, die Hoheitslinien in den Küstengewässern zu verändern. Und zwar zu seinen Gunsten: Probebohrungen lassen viel Öl vor den Küsten vermuten. Der Druck von außen traf sich mit zwei Oppositionsströmungen, nämlich gegen die Moskau-Orientierung des gestürzten Staatspräsidenten Luis Cabral und seine Pläne, Bissau mit den Kapverdischen Inseln zu einem Staat zu verbinden.

18.12.80

Guinea-Bissau: Amnestie für politische und kriminelle Vergehen

Eine Amnestie politischer und krimineller Straftäter hat der „Revolutionsrat“ von Guinea-Bissau beschlossen, der am 14. November in dem schwarzafrikanischen Land die Macht übernommen hatte. In einem offiziellen Kommuniqué wurden Einzelheiten über die betroffenen Personengruppen nicht mitgeteilt, sondern erklärt, daß jede Angelegenheit einzeln untersucht werde. (afp)

Die Zeit
20.11.80

Guinea-Bissau 24.11.80 Massenhinrichtungen?

Bissau, 23.11. (afp) - Der neue starke Mann von Guinea-Bissau, General Joao Bernardo Vieira, hat knapp zehn Tage nach dem Staatsstreich die schwere Anschuldigung erhoben, unter der Regentschaft seines verhafteten Vorgängers Luis Cabral seien in den letzten sechs Jahren von den Sicherheitsdiensten des westafrikanischen Landes 500 Menschen massakriert worden. Der bisherige Innenminister, General Constantino Teixeira, dem ebenfalls eine Mitschuld an den Massenhinrichtungen gegeben wurde, kehrte am Samstag aus dem Ausland nach Guinea-Bissau zurück und wurde bereits auf dem Flughafen verhaftet. Im Zuge einer Regierungsumbildung verlor er am selben Tag sein Ministerium.

Die angeblichen Enthüllungen besagen, daß in Massengräbern in der Region von Nhacra 200 Erschossene lagen, im Gefängnis von Farim im Norden des Landes seien 100 erstickt und die restlichen 200 in verschiedenen Landesteilen erschossen worden.

Joseph Turpin, einer der maßgeblichen zivilen Mitarbeiter des „Revolutionsrates“, führt am selben Tage Journalisten drei Massengräber in der 60 km von Bissau entfernten Gegend von Nhacra - im Beisein des heutigen Verantwortlichen für den Militärtransport, Hauptmann Mario Costa Ribeiro, als angeblichem „Statisten“ der Massenerschießungen - vor Augen. Auch die im Lande akkreditierten Diplomaten machten diese makabre Besichtigungsfahrt. Obgleich die Massaker nach Worten Hauptmann Ribeiros bereits im Dezember 1978 stattgefunden haben, ging von den Massengräbern noch ein starker Verwesungsgeruch aus.

Offene Fragen

Politische Beobachter in der Bundesrepublik äußerten am gestrigen Sonntag erhebliche Zweifel an den Enthüllungen der neuen Machthaber. Sie wiesen darauf hin, daß das gegenwärtige System unter einem ungeheuren Legitimationsdruck steht und eine erhebliche Zeitspanne zwischen Putsch und den jetzigen Veröffentlichungen existiert. Dem unter Hausarrest stehenden ehemaligen Präsidenten Luiz Cabral war noch vor wenigen Tagen die Ausreise aus dem Land in Aussicht gestellt worden. Zum anderen hat es vor dem Putsch über ein Massaker innerhalb des Landes keinerlei Hinweise oder auch nur Gerüchte gegeben, ein Umstand der für ein kleines Land wie Guinea-Bissau (600.000 Einwohner) einige Wichtigkeit hat. Zum dritten ist die Position von Staatschef Vieira sehr undurchsichtig, der als Ministerpräsident ebenso Kenntnis von den Vorgängen hätte haben müssen, wie die Personen denen er eben diese Mitwisserschaft vorwirft (Präsident Cabral, Parteichef Peristides). Unklar ist ebenso, warum der ehemalige Innenminister Teixeira freiwillig in die Republik zurückkehren konnte, obwohl er mit der schweren Anschuldigung des Massenmords empfangen wurde. Andere Erklärungen für das Massengrab konnte allerdings bis Redaktionsschluß niemand liefern.

mine

Staatsstreich in Guinea-Bissau

Umwelt 21.11.70

0.43, 8.41

Die Seifenblase ist geplatzt

In der westafrikanischen Republik Guinea-Bissau wurde durch einen gewaltsamen Staatsstreich der bisherige Präsident Luiz Cabral gestürzt. Ein Revolutionsrat unter Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Joao Bernarda Vieira hat seitdem die Macht übernommen.

Die Welle der Staatsstrieche in Westafrika hat damit ein Land erreicht, das einst sowohl Symbol des portugiesischen Kolonialismus als auch Hoffnungsstrahl für die unterdrückten Völker in Afrika war. Guinea-Bissau war fast synonym mit dem legendären, Anfang 1973 von den Portugiesen ermordeten Amilca Cabral, dem Gründer der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverden) und charismatischen Freiheitskämpfer. Sein Halbbruder Luiz Cabral war seit der im September 1974 erlangten Unabhängigkeit Präsident der Republik Guinea-Bissau und Sachverwalter des politischen Erbes.

Sein gewaltsamer Sturz durch den „historischen“ Kampfgefährten Vieira ist daher mehr

als nur eine Fußnote der jüngsten Geschichte des Landes. Er könnte der Anfang einer politischen und wirtschaftlichen Neuorientierung des Landes werden, das in seinem Staatswappen die Worte „Kampf – Einheit – Fortschritt“ stehen hat. Mit der innenpolitischen Einheit ist nun auch der Traum der Einheit von Guinea-Bissau und den Kapverden zerstoßen. Einmal mehr frißt die Revolution ihre Kinder.

Jetzt hat ein Machtkampf begonnen, den man auch in diesem Fall nicht vorschnell als „Stammeskampf“ oder „Rassismus“ etikettieren sollte. Die vordergründige Auseinandersetzung zwischen „Mestizen“ von den Kapverden und „Schwarzen“ von Guinea-Bissau hat damit zu tun, wer zukünftig über die Hebel von Politik und Wirtschaft bestimmen wird. Das Land hat einen Entwicklungsweg versucht, der mit dem sowjetischen Modell nichts zu tun hat, obwohl Guinea-Bissau sich als sozialistisches Land verstand und die Gesellschaftsanalyse von Amilca Cabral vom Marxismus stark beeinflusst war.

Es war ein afrikanischer Sozialismus, der eher an die Theorien des tanzanischen Präsidenten Nyerere erinnerte. Zunächst hatte man bei der Verwirklichung der eigenständigen Ideen die Unterstützung der Freunde der ersten Stunde – der Ostblock sowie Kuba – gesucht, das heißt derjenigen Länder, die den Freiheitskampf gegen Portugal von Anfang an unterstützten hatten.

Dennoch hat sich Guinea Bissau – wie im Westen vielfach falsch interpretiert wurde – nicht als Teil des „sozialistischen Lagers“ betrachtet und sogar verstärkt um Hilfe vor allem der EG und ihrer Mitgliedsstaaten geworben. Diese Orientierung war ebenso Gegenstand interner Streitigkeiten wie die Annäherung an Senegal zuungunsten des tra-

ditionellen Freundes Guinea. Es ging vor allem um die Wahl zwischen einem sozialistischen oder einem liberalen Wirtschaftskurs mit größerem Spielraum für westliches Privatkapital. Die ebenso wie Luiz Cabral von den Kapverden stammenden Berater des Präsidenten plädierten in letzter Zeit zunehmend für ein liberal-pragmatisches Wirtschaftsmodell. Ihr Sturz durch den Staatsstreich scheint das Pendel wieder mehr zu einem innenpolitisch sozialistisch geprägten Entwicklungsweg mit außenpolitischer Handlungsfreiheit à la Guinea ausschlagen zu lassen.

Die seit der Kolonialzeit bestehende Hegemonie der Elite von den Kapverden ist gebrochen. Der nur noch aus Schwarzen bestehende Revolutionsrat muß Lösungen für die immer weiter um sich greifende Korruption ebenso wie für die dringendsten wirtschaftlichen Probleme – Handelsdefizit und Versorgungsschwierigkeiten – und das nun noch eklatantere Problem des Mangels von Fachkräften finden.

Was das Verhältnis zu Bonn anbelangt, so war es immer kühl, die Bundesrepublik leistete aber beträchtliche Hilfeleistungen in Form von Krediten, Zuschüssen, Lieferung von Nahrungsmitteln und Aufbau der Elektrizitätsversorgung der Hauptstadt Bissau. Entwicklungspolitische Realismus sollte auch jetzt nicht mit ideologischen Scheuklappen verdeckt werden. Reinhold Meyer

2. Zeitungen

b) Englische Zeitungen

BASIL DAVIDSON reports on the quiet success story of a lone republic in mid-Atlantic

Where Cape Verde's revolution begins

THE Cape Verde republic and its 320,000 people are way out in more senses than one. Situated far south of the Canaries and some 500 kms west of Africa's western bulge, they are almost alone in the middle Atlantic. Though one of the most interesting countries and populations of the whole Third World, they have not surprisingly failed to get into the news. Yet they deserve to.

Till 1875 the Cape Verde archipelago was in the Portuguese empire, settled since 1480 by men from Portugal who brought slaves from the mainland to work plantations of sugar and other tropical crops. When slaving ended there came a brief attachment to the world by way of American whaling ships, and when the whales were all killed or driven away there came another brief involvement as a coaling station. That ended in the 1930s with the arrival of oil power, and thereafter the Cape Verdes disappeared once more into their ocean silence.

They make in many ways a traveller's paradise, but few have found their way there yet. It seems furthermore that there is no serious book

in English about the Cape Verdes except for a two-volume study of the birds. Which is more than a pity, for the landscapes of the islands are as amazing and immense, in their volcanic cones and canyons, as their people are affable and handsome. Besides, the people are way out in another sense: they are engaged in an intensely real and local revolution in which tolerance and good sense have gone hand in hand with a steady success.

This revolution derives from the ideas and practice of the PAIGC, the independence movement formed in the 1950s to eject the Portuguese from Guinea-Bissau, the mainland sister-country of Cape Verde, as well as from the islands. The founder and long-time leader of the PAIGC was Amilcar Cabral, who was assassinated in 1973. Cabral's right-hand man took over as secretary-general of the PAIGC. He is Aristides Pereira, who in 1975 became President of the Cape Verde republic after a general election, supervised by the departing Portuguese, had given the PAIGC a landslide victory.

"What we are doing here," says Aristides Pereira, "is more than physical construction. Beyond that, we are building a new society — in

which our people really rule and can respect themselves."

In 1975 Cape Verde was almost without resources, and in a social crisis worsened by a long drought. Seventy per cent of the people were illiterate. About half its able bodied population had no means of earning wages. Survival by emigration, as it often in the past, seemed the only way out. But Pereira and his comrades believe that hard work, good thinking, and honest government can give the Cape Verdes, in the future if not yet, a self-reliance and a decent life of their own. They have set their faces against any indulgence in neo-colonial dependency, and have looked for ways in which their real dependency on outside aid can be gradually transformed into a real independence.

Sticking to a policy of strict military non-alignment, a clear neutrality between the blocks, they have managed to attract vital aid from many quarters. Over the past five years they have been able to secure enough help to invest some £47m. In social and economic infrastructure, comparatively a very large sum and one on a scale never conceived before.

About 85 per cent of children between 7 and 13 are now at school, a large part of their age-group for the first time in history. A national health service is

taking shape. So are several new industries, suitably and sensibly scaled to the islands' capacities in deep-sea fishing, refrigeration, ship repair, cargo carriage, artisan co-operatives, and small factories making shirts and such.

They have tackled the long-term and basic problems of fresh-water shortage. This means, primarily, the retention of tropical rains, falling erratically but tumultuously by the building of barrages and retaining walls, so that the rush of water down the hillsides will no longer pour off into the sea, but be braked and held. Then it can sink into the soil, feed springs, enlarge areas of cultivation and form reservoirs.

They have also set about reforesting islands long almost bare of trees. In 1977-79 they successfully planted some two million saplings, mostly drought-resistant varieties of acacia and another one and a half million will be planted this year. Major influences towards a far better ecology are thus on the scene.

This physical building is easily visible, especially in the islands of denser population; but the non-physical building is still more impressive. In the past, the Portuguese had ruled by stiff dictatorship; not even elementary forms of local self-government were permitted, much

All administration was taken over in 1975 by the PAIGC, today a party with some 3,500 militant members. But the PAIGC had and has no taste for dictatorship. Beginning in 1977, effective powers have been and are increasingly devolved to non-party structures of local self-rule of poder local. Local communities form their own assemblies, with everyone attending who will; and these elect their own executives, *comissoes de moradores*, "residents' committees"; and these executives are handed fresh responsibilities as their capacity develops.

The emergent system has a name as well as an ideological origin in the thinking of Cabral: *participacao popular*, "people's participation." But already, it seems, this is one of Africa's most effective bids at breaking out of "under-development" and all it means.

Basil Davidson is an historian specialising in African history and contemporary developments

Le Monde

2.10.80

Blacks remove Cape Verdean half-castes

Regime overthrown in Guinea-Bissau

From Reuter in Lisbon
Two senior members of the overthrown regime in Guinea-Bissau were killed during the otherwise bloodless coup on Friday that removed the President, Mr Luis Cabral, the Portuguese State Radio said yesterday.

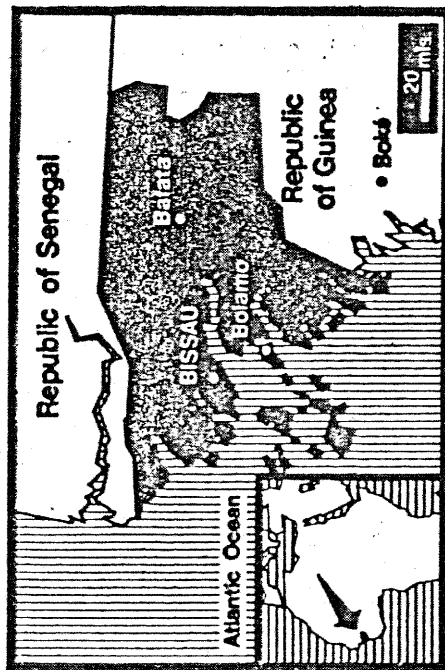
They were the head of security, Mr Antonio Biscardini, and a senior member of the ruling Marxist-orientated party, Mr Otto Schatt, the radio said, quoting reports from Bissau.

It gave no details of how the two men died, but shooting was heard in the capital, Bissau, when Guinean troops loyal to the Prime Minister, Major Joao Bernardo Vieira, the country's new leader, surrounded the military headquarters.

The radio reported last night that a curfew in Bissau had been lifted and demonstrations were being held to celebrate the overthrow of President Cabral, whose family comes from Cape Verde.

The radio said that several ministers were being sought by the Guinean troops who staged the coup with the aim of removing Cape Verdeans from key positions.

The new Council of the Revolution running the country is composed of Guinean blacks, the exclusion of representatives of the Cape Verdean half-castes who had dominated the country's administration



Cape Verde condemned the coup on Saturday and offered asylum to all its nationals stranded in Guinea-Bissau. The ultimate goal of the Marxist-orientated African Party for the Independence of Cape Verde and Guinea-Bissau (PAIGC), which ruled the two countries until the coup, had been the unification of Portuguese Radio said that one of the new government's first acts was to release from gaol Mr Rafael Barbosa, a former president of the PAIGC Central Committee and a close friend of Mr Guinea-Conakry, President Ahmed Sekou Toure, who backed the PAIGC in the guerrilla war against Portuguese.

Earlier this year, Guinea-Bissau was reported to have mobilised its army, estimated to be 6,000-strong, and to have sent reinforcements to the border with Guinea-Conakry, following a dispute over an area which may contain rich oil deposits.

After the introduction of military ranks in Guinea-Bissau last February, President Cabral publicly stated that there had been unrest among the military, but he gave no details. The move was aimed at turning Guinea-Bissau's forces into a regular army, and led to the retirement of a large number of former guerrillas who had fought for the PAIGC in the bush.

Bissau sets up ruling council

From Jill Jelliffe
in Lisbon

WHILE the situation in Guinea-Bissau after Friday's coup remains unclear, the new revolutionary council appears to combine not only military men and civilians, but also pro-Western and pro-Moscow politicians. Its only common factor is that all members are black Guineans.

The former president, Mr Luis Cabral, is under house arrest, while the Planning Minister, Mr Vasco Cabral (who is not related), has been given asylum in the Swedish embassy, suffering from a bullet wound incurred when he resisted arrest. The only known deaths were of the security chief, Mr Antonio Buscardini, and the party leader, Mr Otto Schatt.

Political observers fear for the fate of the thousands of Cape Verdeans resident in Guinea-Bissau. The Cape Verdean Cabinet has denounced the coup, and said it is taking all measures to ensure the safety of its citizens and the return of those wishing to.

The coup has the support of all military units and met little popular resistance, largely because the economic situation in recent years has been poor, with acute food shortages. Rice has not been on sale for over a month. Harvest time, just over, showed a new failure of the rice crop.

The Portuguese Socialist, Dr Mario Soares, yesterday declared his concern for Mr Cabral's safety. A statement from Portugal's Islamic community greeted the new Government as "true sons of Guinea-Bissau" and said that the Guinean population which is 60 per cent Muslim, was as oppressed under the PAIGC as it was under Portuguese colonialism.

The coup in Portugal's former colony appears to have ended the existence of the PAIGC party, which led the country's struggle for independence, as well as a project for unity between Guinea-Bissau and the neighbouring Cape Verde Islands.

The Council of the Revolution, led by the Prime Minister, Mr Joao Bernardino Vieira, has announced its intention of building close ties with neighbouring Guinea-Conakry, which is the only country to have recognised the new regime.

The purge of mixed race and Cape Verdean elements from the Government has led observers to draw a comparison between this coup and a failed coup attempt three years ago in Angola.

Celebrations in streets after coup in Bissau

Lisbon, Nov 16.—People took to the streets in the West African state of Guinea-Bissau today to celebrate the coup which put an end to the country's plans of unity with the Cape Verde Islands.

Portuguese radio reported that a curfew in Bissau, the capital, had been lifted and demonstrations were being held to celebrate the overthrow of President Luis Cabral, whose family comes from Cape Verde.

Two senior members of the former government died in the coup staged by Guinean nationalist officers on Friday, the radio said. They were Mr Antonio Buscardini, head of security, and Mr Otto Schatt, a senior member of the ruling Marxist-oriented African Party for the Liberation of Guinea-Bissau and Cape Verde (PAIGC).

The new military-dominated Government is led by Major Joao Bernardo Vieira, who was prime minister for the last two years under the deposed president. He was a guerrilla leader during the 11-year hush war waged by the PAIGC to gain independence from Portugal in 1974.

The former Portuguese colonial authorities dubbed him the "Che Guevara of Africa".

In the Cape Verde capital of Praia informed sources said the deposed president was under arrest at his holiday home on the island of Eubaque.

The Swedish Foreign Ministry in Stockholm said Mr Vasco Cabral, the Planning Minister, and brother of the deposed president, had taken refuge in the Swedish embassy in Bissau. He had been shot in the shoulder but was not seriously wounded.—Reuter and Agence France-Presse.

Poor, Arid Cape Verde

Tries a Balancing Act

By Robert Powell

PRAIA, Cape Verde (Reuters) — For Cape Verde President Aristides Pereira, his strategically situated island nation is "a crossroads between peoples and continents."

The 10-island archipelago off the coast of West Africa lies at the center of air and shipping routes linking the four continents surrounding the Atlantic Ocean.

Since achieving independence from Portugal in 1975, Cape Verde has played a delicate balancing act between East and West, attracting aid from both, but falling under the sway of neither. At the international airport on the island of Sal, South African Airways jets are as common a sight as Cuban troop transports bound for Angola.

The airport and the deep water port of Mindelo on the island of Sao Vicente are attractive prizes for the world's superpowers but Pereira recently reiterated that Cape Verde would not allow foreign bases on its territory.

This has not stopped the Marxist government from receiving Soviet and Cuban aid to train and equip its 3,000 to 4,000-man army.

Guerrilla Fighters

Links between Cape Verde's armed forces and the Communist countries go back to the time when many of the country's present leaders were fighting the Portuguese as guerrillas in Cape Verde's sister republic of Guinea-Bissau.

Both countries are ruled by the same African Party for the Independence of Guinea-Bissau and Cape Verde (PAIGC), to which the Soviet Union gave vital arms and training during the struggle.

No fighting took place in Cape Verde itself, but the military experience of top leaders such as Premier Pedro Pires and Defense Minister Silvino da Luz has led the government to maintain an army that bears little relevance to Cape Verde's external defense needs. The country's navy consists of two patrol boats and it has no

air force.

Although the Soviet Union provides the armed forces with everything from Kalashnikov rifles to police cars, Cape Verde now has Portuguese as well as Cuban military instructors.

Any temptation for Cape Verde's government to align itself with the Soviet bloc is tempered by the country's economic dependence on the West.

The islands' precarious agricultural economy has been shattered by a 12-year drought that has turned Cape Verde into an offshore extension of the Sahara Desert. The population of 300,000 only survives through remittances from emigrants working abroad and food donations from the United States and the European Economic Community.

Since time immemorial, the grinding poverty of the islands has forced Cape Verdeans to seek work overseas and today there are more of them living in the United States than in the archipelago itself.

Together with large emigrant communities in Portugal, the Netherlands, West Germany, Belgium, Italy and Senegal, they sent home \$40 million last year, a sum which nearly equals Cape Verde's gross national product, estimated by the world bank at \$50 million in 1979.

The West has also been active in promoting Cape Verde's economic development. Belgium, West Germany and the United States are financing important agricultural projects and Portugal, which last month signed a fishing agreement with Cape Verde, is building a shipyard and developing the fishing industry.

The Portuguese are also helping to modernize facilities at the Sal airport and to establish a center there to control air traffic over the mid-Atlantic. The Soviet Union, which hitherto has mainly supplied military aid to Cape Verde, has offered to build a new harbor on Sal.

Seeking a Toehold

Embassies, consulates and international mis-

sions have mushroomed, all seeking a toehold of influence on the arid mountainous islands. The two most recent diplomatic arrivals are Brazil and Senegal, both countries with large Cape Verde immigrant populations.

The Senegalese ambassador said his country was concerned by Portugal's continued domination of trade in consumer goods with Cape Verde. Senegal would like the islands to become a market for its own industrial sector and integrate Cape Verde more into the mainstream of West African affairs.

Since independence, Cape Verde has declared its aim of achieving political union with Guinea-Bissau on the mainland. The project has so far remained largely on paper but progress toward integration is expected to be outlined in a national development plan now being drawn up.

Union with Guinea-Bissau is the main point of disagreement between the ruling PAIGC and a clandestine opposition movement, the Independent Democratic Union of Cape Verde (UCID).

UCID sees the proposed union as a ploy to extend Soviet influence. But, by its own admission, it exists as an organization only among emigrant communities overseas and presents no immediate threat to the government at home.

Cape Verde is a one-party state which has not had an election since independence and the PAIGC is still in the process of drawing up a constitution.

According to diplomatic sources, there are no political prisoners in Cape Verde and some elements within the party would like to see an early election, with a legalized opposition allowed to participate. The opposition admits the government is stable and says any impetus for change must come from within the PAIGC.

The only upheaval within the group since independence was when three members of the government resigned last year and were expelled from the party as Trotskyites.

Lynes 28.11.80 16779

Bissau coup leaders want closer ties with Lisbon

Lisbon, Nov. 17.—Guinea-Bissau's new leaders ordered the country back to work today after last Friday's coup and called for closer links with Portugal.

In a statement quoted by Portuguese radio, the self-proclaimed Council of the Revolution, which deposed President Luis Cabral, ordered all former ministers and senior officials to report to their desks to restore the country's paralysed administration.

Reports from Bissau said the new leadership told Lisbon's Ambassador that it wished to strengthen links with Portugal, which ruled Guinea-Bissau until independence in 1974.

The Government has also ordered all acts of intimidation and banditry against Cape Verdeans to cease immediately, according to the reports.

Guinea-Bissau's new military-dominated government is composed exclusively of Guinean blacks, opposed to the country's planned unity with the sister-republic of the Cape Verde islands. Many leaders in the ousted regime came from these islands.

Until the coup, both countries were ruled by the same Marxist-orientated Independence Party which aimed to merge the two states progressively. But racial tensions between Guinean blacks and Cape Verdean half-casts led to opposition to the plan.

Since colonial days Cape Ver-

deans have provided the backbone of government administration in Guinea-Bissau.

The Government in Cape Verde, 400 miles off the West African coast, has offered to repatriate all its nationals who wish to leave Guinea-Bissau.

The Cape Verde leadership also repudiated reports that chronic food shortages in Guinea-Bissau recently were caused by corrupt Cape Verdean administrators.

President Luis Cabral, who is the first head of state of a former Portuguese colony to be overthrown, had close personal relations with the leaders of Angola and Mozambique. Like Guinea-Bissau, these states are ruled by political parties that emerged from nationalist guerrilla movements. Angola also faces tension between blacks and mixed race elements in its leadership.

In Stockholm, the Swedish Foreign Ministry said today that Sweden had granted political asylum to Dr Cabral, Minister for Planning in the deposed government.

Dr Cabral, wounded in the coup, took refuge in the Swedish Embassy in Bissau and has remained there ever since.

Mr Sven-Ake Svensson, Sweden's Charge d'Affaires in Bissau, met members of the new government and was given assurances Dr Cabral would be allowed safe passage out of the country, the Foreign Ministry said.—Reuter, UPI.

2. Zeitungen

c) Französische Zeitungen

Un nouveau gouvernement a été formé samedi sous le signe de la continuité après le coup d'Etat du 14 novembre

Guinée-Bissau : les charniers de la révolution déchue

La Guinée-Bissau où, le 14 novembre dernier, un coup d'Etat a renversé le président Luis Cabral vient d'être doté d'un nouveau gouvernement « provisoire ». Ce gouvernement marque la continuité du régime, puisque onze de ses douze membres occupaient les mêmes fonctions avant le coup d'Etat.

Vendredi le général Vieira, président du Conseil de la Révolution qui dirige le pays, avait été follement acclamé lors de la première manifestation de soutien au nouveau régime. Il avait accusé le président déchu Cabral d'avoir ordonné l'exécution de 500 opposants politiques. Le correspondant de *Liberation* à Bissau a été un des journalistes à être invité à constater l'existence de charniers.

Un des principaux responsables du régime Cabral, l'ex-ministre de l'Intérieur, le général Teixeira, a été arrêté samedi à son retour à Bissau. Il avait été accusé d'avoir eu connaissance des massacres.

Les révélations faites vendredi rendent problématiques la libération du président déchu, dont on disait qu'il pourrait être autorisé à se réfugier à l'étranger. Elles envahissent un peu plus les rapports du nouveau régime avec celui du Cap-Vert, dont le président, A. Peireira a aussi été mis en cause dans l'affaire des massacres.

Bissau (correspondance)

Viva Nino ! Viva Nino ! ». C'était le délire sur l'avenue Amilcar Cabral, vendredi après-midi, où le petit peuple de Bissau acclamait son héros, Joao Bernardo Vieira, président du Conseil de la Révolution qui a pris le pouvoir le 14 novembre. Celui qu'on appelle ici « *general Nino* » saluait en brandissant à bout de bras une mitrailleuse, tout en essayant de garder l'équilibre dans la jeep soviétique prise d'assaut par la foule.

Une semaine après sa prise de pouvoir, le Conseil de la Révolution, qui était resté retranché dans l'ancien fort portugais d'Amura, au centre de la capitale, a remporté son premier succès populaire en organisant une grande manifestation de soutien au nouveau régime. Il a saisi l'occasion pour administrer à la population et à l'opinion internationale un choc émotionnel et politique, en révélant les massacres commis sous l'ancien régime, et en y mêlant l'ex-chef de l'Etat Luiz Cabral, et les dirigeants du Cap-Vert, nation jumelle de la Guinée-Bissau.

« Vive la révolution ! » s'écriait vendredi du haut de la tribune officielle Vieira. « Vive Nino ! » lui répondait la foule. « Vive le peuple ! » lançait le dirigeant. « Vive Nino ! » lui répondait le peuple. Enthousiasme rythmé par la sono d'une Land Rover des services de propagande, qui orchestrait cette célébration à deux voix. Alors que la foule entraînait en trances, ce fut le coup de théâtre. Vieira brandit une pile de fiches. Il expliqua que ce sont celles des personnes exécutées, pour raisons politiques et sans jugement, sous Cabral. Plus de 500, affirme-t-il. On a même mis, à jour des charniers, dans la région de Nhacra, à 60 km au nord de la capitale. Il y a des témoins. La tension, à son comble, n'est retombée qu'après la fin du meeting — mais la radio a repris tout au long de la soirée l'accusation.

Quelques heures auparavant, les nouvelles autorités avaient embarqué tous les journalistes présents à Bissau, plus le corps diplomatique, dans deux autocars. Destination Nhacra, pour une visite organisée des charniers d'une révolution qui avait jusqu'à aujourd'hui plutôt bonne réputation. On traverse Bissau, élégante petite ville « *made in Portugal* » puis, les faubourgs dépassés, on entre dans la jungle. Deux ou trois routes seulement ayant été construites pendant la guerre par les Portugais, c'est sur de méchantes pistes qu'on se rend, jusqu'au bord de trois fosses creusées dans une clairière et gardées par une trentaine de soldats en armes.

C'est le capitaine Mario Costa Ribeiro, responsable des services de transport de l'armée, qui fait le tour du propriétaire. Il est en même temps principal témoin à charge. Il nous montre dans une fosse des ossements et des crânes — le tout dans

un état de putréfaction très avancé. Il y a là, affirme le capitaine, 86 opposants exécutés sommairement en décembre 1978. Au total, dit-il encore, 500 personnes ont été tuées par les services de sécurité de l'ancien régime depuis l'indépendance de 1974 ; une centaine d'entre elles seraient mortes asphyxiées dans la prison de Farim (dans le nord du pays). Les autres ont été fusillées.

« Les condamnés, explique le capitaine Ribeiro qui a participé aux exécutions, étaient emmenés en camion dans la forêt. Ils étaient interrogés par des officiers

de la sécurité qui tentaient de leur arracher les noms d'éventuels complices. Puis on les abattait sans autre forme de procès. Après les interrogatoires, durant lesquels la route était coupée et gardée par des soldats, on nous obligeait à signer un engagement à ne rien dire sous peine de mort... ». Le capitaine Ribeiro ajoute qu'il agissait sur ordre de la sécurité militaire.

A ses côtés, Joseph Turpin, ex-responsable des Pêcheries, un des principaux civils du Conseil de la Révolution, qui jouait les cicerones pour les visiteurs étrangers, fait circuler des

fiches de couleur jaune en deux feuillets. Ce sont des documents de la sécurité militaire qui comportent le nom, la photo, la profession et les empreintes digitales des condamnés qui auraient été suppliciés ici. « Ils avaient pour seul point commun d'être en désaccord avec le pouvoir » explique M. Turpin ; il y aurait eu parmi eux aussi bien des membres du PAIGC (le parti au pouvoir) en désaccord avec le président Cabral, que des membres du commando dirigé par Malan Sanha, un transfuge du PAIGC qui avait été intercepté en novembre 1978 en provenance du Sénégal voisin.

Pour le capitaine Ribeiro, le responsable direct des exécutions était le colonel Gomes, chef de la sécurité militaire, (absent de Bissau au moment du coup d'Etat). Mais le président Luis Cabral, le général Djalo (ex ministre de la Défense), le général Teixeira (ex-ministre de l'Intérieur), ainsi que la plupart des chefs de l'armée, étaient au courant des exécutions.

« La direction du PAIGC dans son ensemble avait été informée », affirme encore le capitaine, ce qui « mouille » le leader du Cap-Vert, Aristides Pereira, président du parti au pouvoir dans les deux ex-colonies portugaises.

Le capitaine omet cependant de dire si le nouveau leader guinéen, le « *général Nino* » était, lui aussi, au courant ; on a du mal à croire qu'après l'arrestation du commando Sanha, dans laquelle il avait joué un rôle important, le général Vieira ait perdu trace des personnes arrêtées. Quand j'ai interrogé ses collaborateurs, on m'a répondu sèchement que, sous Cabral, les services gouvernementaux étaient très divisés, et que Cabral avait agi en secret, se retranchant derrière les impératifs de « *sécurité nationale* »...

Parmi les diplomates qui participaient à cette macabre excursion, l'ambassadeur de Suède qui était le plus choqué — son pays ayant été le principal fournisseur de la Guinée-Bissau depuis l'indépendance.

De retour le soir à Bissau je me suis rendu à l'intérieur du fort d'Amura, où siège le Conseil de la Révolution. Les simples soldats se passaient de la main à la main les fiches jaunes des condamnés ; ils étaient très excités et de fréquentes exclamations ponctuèrent la découverte de la photo d'un de leurs anciens camarades. On ne parlait que « *trahison* », « *punition* » et vengeance... Les premières déclarations du Conseil de la Révolution, promettant tant vie sauve à Luis Cabral, ne veulent, dans un tel climat, plus dire grand chose. Le capitaine Ribeiro avait d'ailleurs signalé qu'il y avait eu de nouvelles fosses à être préparées sur ordre de Cabral qui prévoyait une charrette d'exécutions à la fin de l'année ; on dit déjà Bissau qu'elles ne seront pas inutiles...

Thierry RANNO

La population de Guinée-Bissau, après le coup d'Etat, ne jure plus que par Sékou Touré. Sur fond de pétrole

Haro sur le Cap-Vert

Bissau (correspondance).

Rien, ou presque, n'a changé depuis le temps du général Spinola, proconsul portugais à Bissau avant 1974, à l'hôtel du 24 septembre — ex-mess des officiers —. Le tout-Bissau, les rares businessmen, les encore plus rares journalistes et la bourgeoisie locale se retrouvent dans le seul lieu de la capitale guinéenne où il y ait de l'électricité 24H sur 24, et où on soit sûr de trouver à manger. Le « 24 » est un paradis artificiel perdu dans les faubourgs d'une ville qui est morte après huit heures du soir.

Une semaine après le coup d'Etat, personne ne semblait trop s'émouvoir de la crise que traverse le pays. Les militaires sont nombreux, mais ils tapent le carton ou rêvent devant un verre après avoir déposé leurs armes au vestiaire. Tout le monde joue à tuer le temps. Depuis la fin de la guerre de libération, les soldats, surtout à Bissau, étaient désœuvrés. L'ennui, le ras-le-bol ont aussi joué leur rôle dans la prise du pouvoir par le héros militaire du pays, le général Vieira, dit « général Nino ».

Manuel, un jeune caporal, ferme l'antique poste de radio qu'il écoutait d'une oreille distraite, me tape une cigarette et mon briquet ; en échange il veut bien m'expliquer pourquoi il soutient le nouveau régime sans réserve. D'abord, il n'appréciait pas du tout un projet du gouvernement renversé qui dit-il prévoyait de réduire les soldes des militaires. « Les hommes de Cabral, les capverdiens, avaient toutes les bonnes places, toutes les bourses d'étude. On était passé d'une colonisation avec pain, celle des Portugais, à une colonisation sans pain, celle des capverdiens... »

Le « colonialisme capverdien » est aujourd'hui sur toutes les lèvres à Bissau. Il y a Pancho, employé au « 24 » qui me dit : « Ce qui va changer, c'est qu'on va enfin avoir assez de bière et de riz pour nous. On ne sera plus obligé de partager avec les capverdiens... » Certains n'hésitent pas à affirmer que, si les insulaires du Cap Vert ont participé à la lutte de libération, c'est dans le seul espoir machiavélique de pouvoir, une fois les colons portugais chassés, exploiter les richesses de la Guinée — car les îles du Cap Vert sont entièrement dépourvues de ri-

Le Cap Vert a estimé lundi que le remplacement des organes nationaux de la direction de la Guinée-Bissau par un « conseil de la révolution » rend ce dernier « politiquement, idéologiquement et organiquement étranger au PAIGC. » Cette position a été prise par le « conseil national du Cap Vert » (CNCV) du PAIGC (parti africain pour l'indépendance de la Guinée-Bissau et du Cap Vert, au pouvoir à Praia, et parti dirigeant à Bissau jusqu'au coup d'Etat), réuni lundi pour étudier la situation créée par le coup d'Etat de Bissau.

Les dirigeants capverdiens souhaitent néanmoins, « quand les conditions propices seront créées, maintenir et développer avec le peuple de Guinée des relations de coopération fraternelle. »

chesses naturelles « et il n'a pas plu là-bas depuis 14 ans » m'assure un de mes interlocuteurs.

Il y a bien aujourd'hui deux peuples différents, même si la fiction d'un parti unique (le PAIGC) prônant l'unification du Cap Vert et de la Guinée subsiste. « Les capverdiens sont comme les bourgeois de Bissau » m'affirme un ancien guérillero « Ils ne se sont pas battus au front. Beaucoup d'entre eux étaient mouillés avec les Portugais. La Guinée-Conakry de Sékou Touré nous a bien plus aidés qu'eux pendant la guerre... » Le grand rêve d'Amílcar Cabral, chef historique de la lutte de libération nationale et fondateur du PAIGC, est bien mort. La tension raciale entre la Guinée, noire, et le Cap Vert, mulâtre, est devenue manifeste depuis le coup d'Etat dont elle a été une des causes. D'autant que la crise économique et la corruption chronique sont directement imputables au gouvernement Cabral — donc à ses cadres, presque tous des capverdiens —.

J'ai rencontré Fico autour d'une bière au Café du Port. Fico venait de boire six cannettes d'affilée — de

la Cidere, produite par une usine d'Etat et seule commercialisée dans le pays —.

La bière accompagnait une platée d'huitres qui, ici, ne coûtent rien. Comme il n'y a rien à faire à Bissau après la tombée de la nuit, Fico est venu retrouver ses camarades de travail. Les capsules de Cidere jonchent le sol du café, et chacun s'apostrophe haut et fort. « Aujourd'hui, dit Fico qui s'échauffe, on a toutes les bières qu'on veut. On n'en envoie plus au Cap Vert. Et puis, le cargo de riz que l'on a déchargé samedi, il est tout pour nous. Rien pour le Cap Vert. Ni pour l'Angola. »

Rien d'étonnant dans ces conditions que le passage le plus follement, et le plus spontanément, applaudi du discours que le nouveau maître du pays, le « général Nino », a prononcé lors de la grande manifestation de soutien de vendredi dernier, ait été celui dans lequel il s'est crié : « L'unité avec le Cap Vert, oui — à condition qu'il y ait égalité entre nos deux pays — ». Le vice-président du Conseil de la Révolution, Victor Saude Maria a, lors de la même manifestation, précisé que « les conditions d'une union entre le Cap Vert et la

Guinée-Bissau doivent être réétudiées. »

La méfiance, pour ne pas dire plus, envers les capverdiens peut-elle être exploitée par un autre voisin de la Guinée-Bissau, la Guinée-Conakry « noire » du président Sékou Touré ? « Sékou Touré est un vrai camarade » entend-on un peu partout. La visite, tout de suite après le coup d'Etat, d'une délégation de vingt membres conduite par le président de l'Assemblée Nationale guinéenne, cinq ministres et deux responsables militaires, a fait très bonne impression dans la population. La Guinée a, de plus, fourni 500 tonnes de riz, 360 de farine et 160 de haricots aux nouvelles autorités de Bissau. « Ce ne sont pas les capverdiens qui nous auraient apporté de la nourriture » me dit Moussa, petit fonctionnaire du PAIGC.

« Tu sais ce qu'a dit Sékou Touré ? Avant la colonisation, il y avait une seule Guinée ! » Mais Moussa s'empresse de préciser : « Le conseil de la Révolution n'est pas fou. Ce n'est pas parce que Sékou nous aide un peu qu'on va le laisser exploiter notre pétrole... » Il semble pourtant déjà acquis que ce pétrole, situé dans la zone maritime contestée par les deux pays, sera exploité en commun ; la Guinée-Conakry est seule en mesure, avec l'aide de l'Union Texas Petroleum, de commencer tout de suite la prospection... Et l'aide de Sékou Touré ne sera certainement pas gratuite. Les colonisations sur fond d'or noir cette fois-ci ?

Thierry RANNOU

La chute du président Luiz Cabral marque l'éviction des dirigeants originaires du Cap-Vert

Le couvre-feu a été levé, mais des blindés gardent toujours les points stratégiques de la capitale de la Guinée-Bissau, après le coup d'Etat du vendredi 14 novembre, annoncé par la radio le lendemain, à l'issue duquel un Conseil de la révolution, présidé par le commandant Joao Bernardo Vieira, a remplacé M. Luiz Cabral, arrêté par les putschistes.

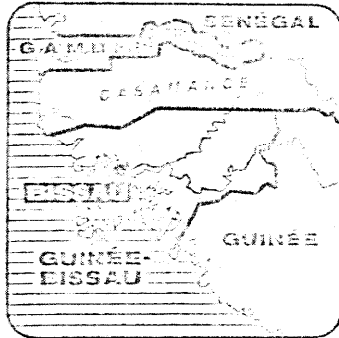
Dakar. — Très bien organisé, au point que certains observateurs y voient la main des Cubains et des allemands de l'Est, dont l'assistance technique est importante dans l'archipel, le coup d'Etat de Bissau s'est déroulé sans grande résistance, deux personnes en vue ont laissé leur vie : le directeur de la sécurité M. Antonio Bussorah et un haut dignitaire du parti, Otto Schram, tandis que l'influent ministre de la coordination économique, M. Vasco Cabral, était grièvement blessé. Quant à M. Luiz Cabral, on est allé l'arrêter dans sa résidence de repos de l'île Burique, dans l'archipel des Bisagos, et il venait de se rendre en compagnie de sa jeune épouse, après avoir reçu, en visite officielle le jour même, le président mauritanien, le général Guld Hajdara.

Les putschistes ont su tirer parti de l'exceptionnel concours de circonstances. Les principaux officiers supérieurs métis participaient à une union de travail à Praia avec leurs homologues capverdiens. Le ministre de l'intérieur, M. Constantino

De notre correspondant en Afrique occidentale

Teixeira, et le directeur de la police, M. José Araujo, métis également, étaient en visite à Lisbonne. De nombreuses autres personnalités du régime, proches du chef de l'Etat, se trouvaient, elles aussi, à l'étranger.

Accueillie par des manifestations de joie populaire, l'éviction des Capverdiens du pouvoir à Bissau va inévitablement entraîner une rupture de



Ancienne colonie portugaise, la Guinée-Bissau est indépendante depuis le 10 septembre 1973. La vie politique est entièrement contrôlée par le parti unique : le Parti africain pour l'indépendance de la Guinée et des îles du Cap-Vert (P.A.I.G.C.), commun à la Guinée-Bissau et au Cap-Vert.

D'une superficie de 36 125 kilomètres carrés, elle compte 800 000 habitants. La population vit presque exclusivement de l'agriculture (arachide et riz).

Le Parti africain pour l'indépendance de la Guinée et des îles du Cap-Vert (P.A.I.G.C.), structure politique commune à la Guinée-Bissau et à la République du Cap-Vert, a été fondé par des Métis, en majorité issus de familles installées dans l'archipel cap-verdien. Pendant toute la période coloniale, ces familles fournirent les commis et autres auxiliaires de l'administration servant d'intermédiaires entre les fonctionnaires d'autorité venus de Lisbonne et les populations locales. Mieux scolarisés que les Africains, bénéficiant d'un meilleur niveau de vie, ils constituèrent très rapidement le fer de lance du nationalisme guinéen, appelant la population autochtone à la révolte et en assurant l'encadrement.

La dégradation continue de l'économie de son pays paraît avoir également été fatale à M. Luiz Cabral et à son équipe. Le riz, aliment de base, avait récemment à peu près disparu des marchés dans les centres urbains. La plupart des produits importés faisaient défaut, le commerce

la plupart des liens qui avaient été tissés dans la lutte, puis, après l'indépendance, entre leurs liens d'origine et l'ancienne Guinée portugaise. Il est douteux même que le P.A.I.G.C. puisse résister à l'épreuve. Dans la communication annonçant le renversement du régime du samedi devant le corps diplomatique accrédité à Bissau, M. Victor Saude Vieira, ancien ministre des affaires étrangères de M. Luiz Cabral, apparemment maintenu à son poste, on releva à ce propos que la Guinée-Bissau, très significativement, entend « présenter » *« affirmer en priorité sa personnalité »*.

En l'absence du président Senghor, en voyage en Europe, les dirigeants sénégalais se sont abstenus jusqu'à présent de tout commentaire sur ces événements. A Conakry, à l'inverse, ceux-ci ont été accueillis avec une grande satisfaction et, dès samedi matin, l'ancienne Guinée française reconnaissait le nouveau régime, espérant de toute évidence entretenir avec lui de meilleurs rapports qu'avec son prédécesseur. Le commandant Vieira et ses camarades ont souligné dans leur premier communiqué qu'ils reprenaient à leur compte les positions traditionnelles de leur pays en faveur du non alignement. Mais les nouveaux dirigeants de Bissau risquent d'être vite amenés à faire un appel accru à l'assistance technique des pays socialistes, dans la mesure où il vont devoir se passer rapidement, en maints domaines-clés, de la compétence incontestable de beaucoup de leurs compatriotes capverdiens.

PIERRE BIARNÈS.

L'adoption, le 10 novembre, d'une nouvelle Constitution semble avoir décidé les opposants à M. Luiz Cabral à passer à l'action. En effet, ce texte établissait un régime présidentiel et risquait de dépouiller très rapidement le premier ministre, M. Joao Bernardo Vieira, de presque tous ses pouvoirs.

Enfin, on s'interroge sur le rôle qu'aurait éventuellement pu jouer la République de Guinée dans les événements de Bissau. M. Sekou Touré, qui appuya inconditionnellement les guérilleros du P.A.I.G.C., militairement et diplomatiquement, pendant toute la durée de la guerre de libération, ne cachait pas sa déception devant l'évolution de l'attitude de M. Luiz Cabral et de son équipe. De nombreux opposants au régime de Conakry trouvent depuis longtemps asile à Bissau. Un contentieux frontalier, portant sur une vaste zone maritime réputée receler d'importantes réserves de pétrole, oppose les deux « capitales sœurs ». Pour des raisons à la fois économiques et politiques, l'équipe évincée avait plus étroitement resserré les liens de coopération avec le Sénégal qu'avec la République de Guinée. Aussi, au-delà des solidarités nées des années de luttes communes, apparaissait un profond désenchantement.

DANS LE PAYS

Un des voyageurs venant de l'étranger, arrivé lundi 17 novembre à Conakry, quatre-vingts à cent kilomètres de Bissau, se dit surpris par la fin de la semaine d'absence dans la capitale de la Guinée-Bissau où vont de se dérouler un coup d'Etat dans la nuit de vendredi 14 à samedi 15 novembre. Ces voyageurs ont vu samedi à l'hôtel du 14-15 novembre où ils habitent, ces deux derniers jours, croire être des militaires. Selon des rumeurs recueillies par ces voyageurs mais non vérifiées, le nombre total des nouveaux conseillers socialistes atteindrait le chiffre de deux cents.

Avant l'arrivée de ces experts, une centaine d'assistants techniques soviétiques travaillaient dans le pays à un projet mixte de pêche, à la recherche de bauxite, et dans le secteur de la santé, ils assistaient l'année guinéenne, dont les armements sont soviétiques et coopéraient particulièrement avec l'armée de l'air.

Mardi, le couvre-feu restait en vigueur dans la capitale, mais les aéroports ont été rouverts au trafic. Selon les informations parvenues à Lisbonne, le chef de l'Etat déchu, M. Luiz Cabral, se trouverait actuellement en compagnie de son épouse et de sa fille, âgée d'un an, en résidence surveillée dans le centre de la capitale guinéenne, à la résidence des hôtes officiels du gouvernement qui serait gardée par des blindés.

D'autre part, M. Vasco Cabral, ancien ministre du plan, qui s'était réfugié à l'ambassade de Suède à Bissau, après le coup d'Etat, a demandé et obtenu l'asile politique en Suède, apprend-on à Stockholm. (A.F.P.)

18.11.80

BULLETIN DE L'ÉTRANGER

Le coup d'Etat en Guinée-Bissau

Avec l'arrestation de M. Luiz Cabral, évincé de son poste de chef de l'Etat de Guinée-Bissau, et remplacé par l'un de ses compagnons d'armes de la guerre de libération nationale, le commandant Joao Bernardo Vieira, l'est l'un des « chefs historiques » du mouvement nationaliste guinéen qui quitte la scène politique, n'effectue pas seulement à raison de ses liens de parenté avec Amílcar Cabral, idéologue et aigle, figure légendaire de la lutte anticolonialiste, c'est aussi la cause de son nationalisme ultraradical et de son courage au travail qu'il bénéficiait d'une reconnaissance aura personnelle. Cependant, son origine métisse constituait un sérieux handicap, et il est certain que les événements de vendredi soir marquent la revanche des Noirs autochtones sur les Métis.

Les ralliements au nouveau régime se multiplient

De notre correspondant en Afrique occidentale

Dakar. — Quatre jours après le renversement de Luiz Cabral et le commandant « Nino »... la situation se normalise à Guinée-Bissau, où le pouvoir est confié à la révolution se renforçant progressivement. Dès lundi le vie a repris son cours tant dans les entreprises que dans les ministères...

Une grande majorité de ceux qui ont pris le pouvoir vendredi dernier en Guinée-Bissau, a officiellement prononcé, mercredi 19 novembre, la dissolution des anciens organes de l'Etat : Assemblée nationale, Conseil d'Etat, conseil des commissaires d'Etat (conseil des ministres). Tous les pouvoirs de ces anciens organes sont attribués au Conseil de la révolution...

PIERRE BIARNÈS.

4.12.80

Guinée-Bissau

RECONNAISSANCE DU NOUVEAU REGIME PAR LA LIBYE. — Dans un message adressé par le colonel Kadhafi général Joao Bernardo Vieira, président du Conseil de révolution, la Libye a reconnu le nouveau régime de Guinée-Bissau...

8.12.80

Guinée-Bissau

RALLIEMENT AU NOUVEAU REGIME. — M. Cirilo Rodrigues Oliveira, président du Front de lutte pour l'indépendance de la Guinée-Bissau (FLING), ancien mouvement d'opposition au Parti africain pour l'indépendance de la Guinée et des îles du Cap-Vert (PAIGC) a déclaré vendredi 5 décembre, au cours d'une conférence de presse, à Paris, que le FLING entend « contribuer à la reconstruction nationale ».

21/11/80 Guinée-Bissau

LE CONSEIL DE LA RÉVOLUTION NE COMPREND QUE DES NOIRS AUTOCHTONES

Le Conseil de la révolution qui a pris le pouvoir vendredi dernier en Guinée-Bissau, a officiellement prononcé, mercredi 19 novembre, la dissolution des anciens organes de l'Etat : Assemblée nationale, Conseil d'Etat, conseil des commissaires d'Etat (conseil des ministres). Tous les pouvoirs de ces anciens organes sont attribués au Conseil de la révolution, dont la composition a été rendue publique. Ce dernier ne compte que des Noirs autochtones (six militaires et trois civils). Néanmoins, M. Cruz Pinto, d'origine cap-verdienne, actuellement à l'étranger, qui jouait un rôle important sous l'ancien régime, a été nommé conseiller.

Ancien premier ministre, auteur du coup d'Etat, le commandant Joao Bernardo Vieira préside le Conseil de la révolution, dont le vice-président est M. Victor Saude Maria, ancien ministre des affaires étrangères. Dans un message adressé au lieutenant-colonel Khouna Ould Haidalla, chef de l'Etat mauritanien, le commandant Vieira explique qu'il s'était « vu dans l'obligation » de prendre le pouvoir parce qu'une « situation grave » était apparue en Guinée-Bissau, susceptible d'avoir « des conséquences irréparables pour la cause de notre révolution, l'objectif et la ligne de pensée d'Amilcar Cabral ».

A Praia, capitale de l'archipel du Cap-Vert, a eu lieu mercredi une manifestation de solidarité avec l'ancien président, Luiz Cabral, de Guinée-Bissau. M. Aristides Pereira, président du Cap-Vert, s'est adressé à ses compatriotes déclarant à propos du P.A.I.G.C., mouvement commun à la Guinée-Bissau et au Cap-Vert : « Rien ne justifie le remplacement des instances de direction du parti par un Conseil de la révolution, politiquement et ».

16.2.81

Guinée-Bissau

FORMATION D'UN GOUVERNEMENT PROVISOIRE : un gouvernement provisoire composé de sept ministres et de deux secrétaires d'Etat, a été formé jeudi 12 février à Bissau par le Conseil de la révolution qui a pris le pouvoir le 14 novembre dernier en renversant le régime au président Luiz Cabral. Tous les membres de l'ancien gouvernement ont été démis de leurs fonctions et de leurs mandats. Le coup d'Etat a été suivi de la démission de M. Filipe Vieira, ancien ministre de l'Intérieur, et de la démission de M. Cruz Pinto, ancien ministre de l'Économie, et de la démission de M. Cruz Pinto, ancien ministre de l'Économie, et de la démission de M. Cruz Pinto, ancien ministre de l'Économie...

29.11.80

Guinée-Bissau

PROFES PONTIFICALS DE LUÍZ CABRAL. — Le Conseil de la révolution qui a pris le pouvoir le 14 novembre dernier en Guinée-Bissau, a déclaré le mardi 19 novembre au sujet de l'ancien président de l'Etat, Luiz Cabral, l'actuel président commandant M. Aristides Pereira, qu'un dirigeant du peuple, M. João Araújo, avait assumé la responsabilité de ces dernières années. Les nouveaux dirigeants ont déclaré qu'ils étaient convaincus que les hommes d'Etat responsables des maux survenus dans le pays de la révolution ne pouvaient pas être poursuivis. Le Conseil de la révolution, M. Victor Saude Maria, président du Conseil de la révolution, a fait annoncer que cinq cents personnes avaient trouvé la mort depuis le début de l'insurrection des révolutionnaires en prison. — (A.F.P.)

29.11.80

20.2.81

Guinée-Bissau

M. LUÍZ CABRAL NE SERA PAS JUGÉ. — L'ex-président de Guinée-Bissau, M. Luiz Cabral, déposé le 14 novembre 1980, ne sera pas jugé, a déclaré mercredi 18 février, à Brasília, M. Mario Cabral ministre de l'éducation de ce pays dans un lien de solidarité avec le premier libéré en disant, a-t-il déclaré, que le courant de l'histoire de quelque cinq cents opposants, mais il n'est pas certain qu'il soit responsable. Une enquête a démontré que les membres des politiciens d'exécution avaient été obligés de s'engager par écrit à ne pas réagir sur les incidents sous peine d'être exécutés, a expliqué le ministre. L'ex-président Cabral est en bonne santé, en résidence surveillée, avec sa femme et ses enfants a-t-il ajouté. Sa situation a-t-il dit, a été une « affaire difficile » car il avait été un collaborateur de l'Etat. — (A.F.P.)

GUINEE-BISSAU

LES RAISONS D'UN COUP D'ETAT

Mais qui donc a trahi Amilcar ?

Luiz Cabral, président de la Guinée-Bissau, était renversé le 14 novembre dernier. Ce coup d'Etat militaire qui porta au pouvoir le commandant João Bernardo Vieira, Nino, un des "chefs historiques" du mouvement nationaliste inséparable, fut accueilli sur place par des manifestations de joie populaire, alors que la reprise et l'appréhension l'emportaient à l'étranger. A la tête d'un régime souvent considéré comme exemplaire (un article élogieux ne lui était-il pas consacré par le *New York Times* le jour même du coup d'Etat). Luiz Cabral allait bientôt être accusé par les dirigeants d'avoir couvert le massacre de quelque 500 opposants en décembre 1978 et de trahir l'idéal du PAIGC (1). Présenté le plus souvent comme le résultat d'un affrontement entre les Guinéens souche autochtone et les métis d'origine cap-verdienne qui dominaient l'ancien gouvernement, le coup d'Etat du 14 novembre est également, et de manière prépondérante, trouver ses racines dans la dégradation de la situation économique ces dernières années, et dans le projet de nouvelle constitution qui visait à l'établissement d'un régime présidentiel dans lequel le président aurait eu des pouvoirs étendus. Pour tenter de mieux cerner les raisons de ce coup d'Etat, nous avons interrogé un journaliste guinéen, membre des Jeunesses du PAIGC, Carlos Lopez.

● Quelles sont, selon vous, les principales raisons du renversement de Luiz Cabral ?

Carlos Lopez : — Il faut tout d'abord rappeler que la Guinée-Bissau est née de la

lutte de libération contre l'occupant portugais, et que le PAIGC regroupe deux ailes, l'une guinéenne, l'autre cap-verdienne. Un conseil supervise le tout, mais les deux Etats sont indépendants.

Si le régime, au départ fondé sur l'héritage d'Amilcar Cabral, était progressiste et anti-impérialiste, on a rapidement vu un développement de la petite bourgeoisie liée à l'appareil d'Etat. Dès lors, on peut parler de deux tendances dans le parti : l'une formée de l'alliance de la petite bourgeoisie commerçante, l'autre plus radicale issue de la lutte de libération, fortement implantée dans l'armée.

En fait, les problèmes graves ne commencent qu'en 1977. Auparavant, la situation économique était relativement satisfaisante et il existait une grande capacité de critique. Les choses vont changer avec le troisième congrès du parti. On assiste, en effet, à la prise de pouvoir de la petite bourgeoisie et à la montée des intellectuels au détriment des hommes issus de la guerre de libération. En 1978, à la suite d'un remaniement ministériel, le président Luiz Cabral concentre entre ses mains les postes clés : affaires étrangères, armée et présidence. La ligne Amilcar Cabral est de plus en plus abandonnée, et apparaît une bureaucratization du régime liée au développement de l'Etat.

● On a souvent fait état d'une forte dégradation de la situation économique. Comment l'expliquez-vous ?

— C'est une des causes principales du coup d'Etat. Je vous l'ai dit, jusqu'en 1977 la situation économique est assez satisfaisante. Les produits de première nécessité ne manquent pas. Mais le développement de la bourgeoisie nationale va de pair avec l'im-

portation de biens de consommation de luxe, au détriment des biens de première nécessité. C'est aussi l'époque des grands projets totalement inadaptés aux besoins du pays (autoroute, usine Citroën par exemple). Parallèlement, les investissements dans l'agriculture chutent. Alors qu'Amilcar Cabral préconisait de consacrer 50 % du budget à l'agriculture, le dernier budget ne prévoyait plus que 7,2 % ! Les produits étaient mal payés aux paysans, qui de toute façon ne pouvaient quasiment rien acheter, puisque les biens importés visaient la satisfaction de besoins de luxe. La production a baissé, ce qui a provoqué une crise grave, dans les villes surtout.

● Quelles furent, sur le plan politique, les conséquences de ce phénomène qui est, par ailleurs, assez fréquent dans les pays nouvellement indépendants ?

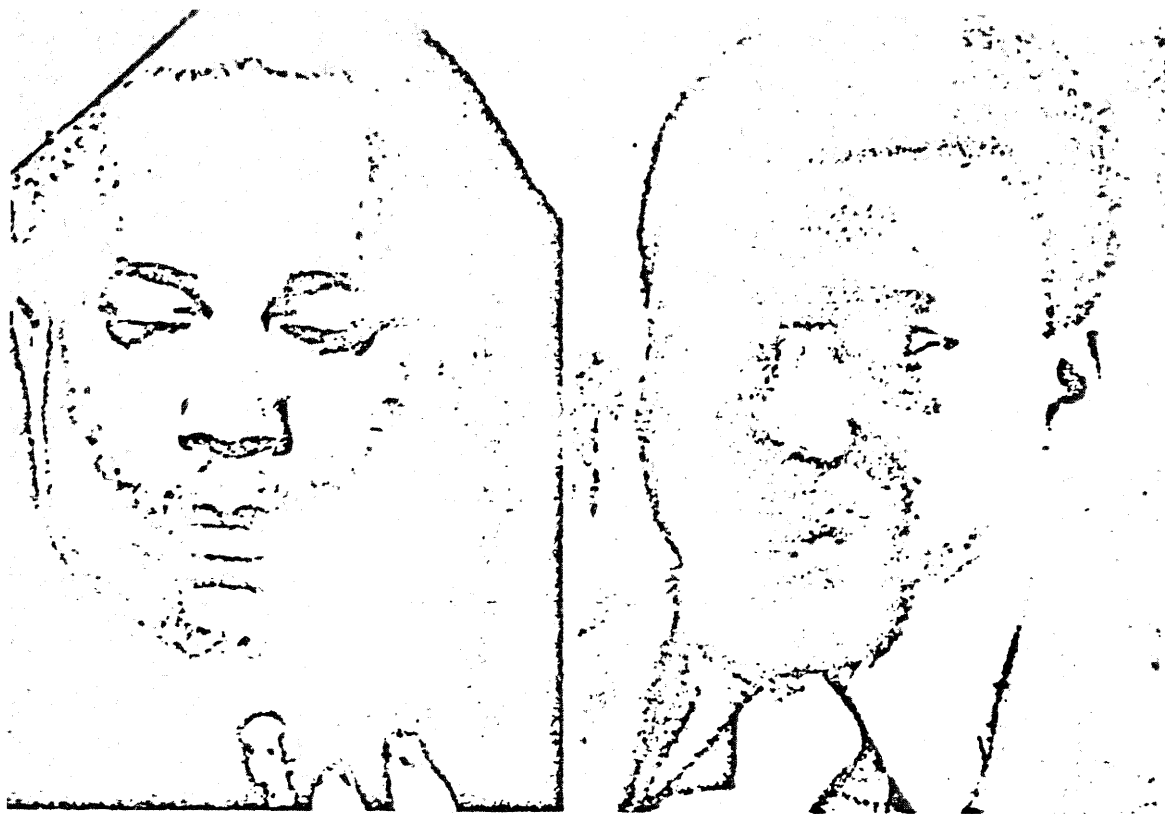
— Cette situation a eu pour conséquence une répression de plus en plus grande. Répression qui alla jusqu'à l'élimination physique des opposants. La réaction est surtout venue de l'armée.

En effet, l'armée en Guinée-Bissau est née de la lutte de libération. C'est une armée avec une très faible hiérarchie. Il n'y avait que deux grades : commandant et soldat. D'autre part, les soldats ont une formation politique et sont totalement alphabétisés. C'est la base du parti.

En 1979, le gouvernement décide de hiérarchiser l'armée, et de limiter la démocratie interne. Evidemment, cela favorisa la montée des gens du président, au détriment, une nouvelle fois, de ceux issus de la lutte clandestine.

● A-t-on assisté à des réactions dans l'armée avant le coup d'Etat proprement dit ?

(1) *Journal africain de l'indépendance de la Guinée-Bissau* et des Iles du Cap Vert.



Joao Bernardo Vieira à droite
et Luis de Almeida Cabral
à gauche

- Oui, les militaires de l'armée de l'air ont fait une grève des salaires. Ils furent licenciés et démobilisés, ce qui équivalait pour eux au chômage. C'est à partir de ce moment que des officiers progressistes demandèrent à Nino de faire un coup d'Etat.

• Qui est en réalité ce Nino Vieira, aujourd'hui le nouveau président ?

- Nino est un personnage charismatique, très populaire en Guinée-Bissau, un héros de la guerre de libération. C'est le Che de la Guinée. Il fut élevé par Amilcar Cabral et on l'appelle "le fils du PAIGC". C'est un homme pas du tout ambitieux et qui se méfie du pouvoir. Il a finalement accepté le poste de premier ministre en 1978, et il jouera un rôle très important dans le coup d'Etat. Mais c'est parce qu'il n'y avait pas d'autre solution.

• Qu'est-ce qui a provoqué finalement la rupture et la décision du coup d'Etat ?

- La rupture définitive a été provoquée par la tentative du groupe dirigeant d'imposer une nouvelle constitution. Cela marquait un nouveau pas dans la bureaucratiation du pouvoir. Cette nouvelle constitution prévoyait la concentration de tous les pouvoirs dans les mains du président, le rétablissement de la peine de mort et la possibilité pour les Cap-verdiens d'accéder à la présidence. Cela a provoqué un tollé dans le pays. C'est à ce moment-là que le coup d'Etat fut décidé.

• Comment s'est-il déroulé ? Le président Luis Cabral ne se doutait-il de rien ?

- Si, bien sûr. La direction de la sécurité avait prévu l'élimination de l'opposition et

de Nino en particulier. Le commandant de la marine avait été chargé de son élimination pour le 16 novembre, jour de la fête des forces armées. Le coup d'Etat était prévu pour le même jour. Luiz Cardini (une des rares victimes), directeur de la sécurité, est venu menacer Nino le 14. La décision fut prise de déclencher le coup d'Etat le jour même. Cela s'est passé sans grands heurts. Il y eut des manifestations de soutien pendant trois, quatre jours. Les victimes furent peu nombreuses, et la plupart des anciens dirigeants sont en résidence surveillée. Ils ne seront pas exécutés puisque la peine de mort a été abolie, en même temps que la nouvelle constitution.

• On a beaucoup parlé ici de révolte anti-cap-verdienne, qu'en pensez-vous ?

- C'est vrai que les relations entre la Guinée-Bissau et le Cap-Vert étaient déséquilibrées. Le principe de l'unité était mal interprété. Les Guinéens ont l'impression qu'on donnait beaucoup au Cap-Vert, sans recevoir grand chose en contrepartie. Les médias ont dit que c'était une révolte contre le Cap-Vert, cela est dû aussi à la réaction très hostile du Cap-Vert au coup d'Etat. Les dirigeants cap-verdiens étaient les alliés de Luiz Cabral. Le nouveau gouvernement veut maintenir des liens avec le Cap-Vert, mais c'est vrai qu'il y a maintenant une certaine tension.

• Et la Guinée-Conakry ?

- Son président, Sékou Touré, s'est précipité pour reconnaître le nouveau régime, mais il vise le contrôle de la région sud du pays, riche en pétrole. Il se fait des illusions. Je vois mal le nouveau gouvernement, encore plus nationaliste que le précédent,

laisser la Guinée-Conakry exploiter notre pétrole.

• La Guinée-Bissau était un Etat non aligné et anti-impérialiste. Le nouveau gouvernement a-t-il la volonté de continuer dans cette voie ?

- Oui, cette ligne semble d'ailleurs se renforcer, le pragmatisme et le non-alignement resteront deux lignes de force de la politique étrangère de la Guinée-Bissau. Cela peut paraître symbolique, mais deux ambassades ont été fermées, celle de la Côte-d'Ivoire et celle d'Egypte... Les relations avec les socialistes vont être renforcées, mais le gouvernement a aussi demandé une aide économique aux Etats-Unis. Mais c'est vrai qu'il y a encore des problèmes avec le Mozambique et l'Angola. La Guinée-Bissau n'a pas été invitée au dernier sommet qui réunissait traditionnellement les trois anciennes colonies portugaises.

• A l'intérieur, faut-il s'attendre à de grands changements ?

- On peut parler d'une certaine continuité : la plupart des anciens cadres sont toujours en place, seuls les ministres communistes ayant été écartés. Ils seront jugés comme l'ex-président Luiz Cabral. Le nouveau gouvernement a promis de laisser sa place aux opposants. La direction de la sécurité a été démantelée, et on est revenu à la première constitution (celle d'Amilcar Cabral). Une amnistie et un appel aux exilés ont été promulgués.

Il y a encore plusieurs tendances idéologiques dans le parti, Nino est le consensus. Pour le reste, il faudra attendre, mais je suis optimiste.

Propos recueillis par Jean-Marc Lévy.

2. Zeitungen

d) Portugiesischsprachige Zeitungen

Estimó Comandante Ajudou o golpe - afirmou o jornal 'Le Monde'

...do golpe de Estado em Cabo Verde, o jornal francês 'Le Monde' afirmou que o Comandante Ajoua teria ajudado a organização do golpe de Estado em Cabo Verde.

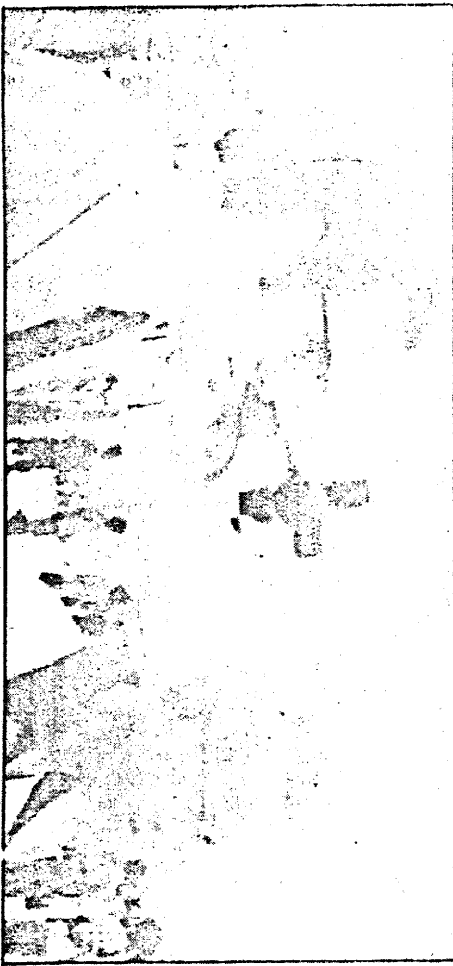
...de Luís Cabral e da sua equipa, escreveu o diário francês, acrescentando que «muitos opositores ao regime de Cabral encontram há muito tempo asilo em Bissau».

JOSÉ ARAUJO REGRESSOU A GUINÉ

O secretário executivo do Comité Executivo da Luta do PAIGC, José Araújo, partiu na manhã de ontem de Lisboa para Cabo Verde, no avião de carreira da Tap-Air Portugal.

No mesmo avião, também seguiu para Cabo Verde o comandante Constantino Teixeira, ex-comissário do Estado do Interior da Guiné-Bissau e membro do Comité permanente do Comité Executivo da Luta do PAIGC.

José Araújo é portador de uma mensagem de Mário de Andrade, ex-comissário de Estado da Cultura e Informação da Guiné-Bissau, para o secretário-geral do PAIGC e presidente da República de Cabo Verde, Aristides Pereira.



Luís Cabral e Ramalho Eanes, na cimeira de Bissau

do projecto de nova constituição da Guiné-Bissau, que deveria entrar em vigor no próximo dia 1 de Janeiro e que é apontado como uma das causas imediatas do golpe de Estado de Bissau por reduzir substancialmente os poderes do primeiro - ministro Nino Vieira.

Natural de Angola, primeiro presidente do MPLA, Mário Pinto de Andrade fixou-se em 1975 na Guiné-Bissau, onde viria a desempenhar as funções de secretário-geral do Conselho Nacional da Cultura e, desde 1978, de Comissário de Estado da Cultura e Informação.

Entre tanto, quatro comandantes das FARP da Guiné-Bissau encontraram-se na cidade da Praia desde antes do golpe de Estado executado na noite de sexta-feira.

São eles Lúcio Soares, chefe do Estado-Maior das FARP da Guiné-Bissau, Abdulai Bari e Bobo Keita, também do Estado-Maior, e Júlio Carneiro, comissário político geral do ramo das FARP da Guiné-Bissau.

Os dois primeiros são elementos do comité executivo da luta do PAIGC e os dois últimos são elementos do conselho superior da luta.

Uma reunião de alguns comandos superiores das FARP decorria desde o princípio da semana na capital de Cabo Verde.

De Dakar, chegou ao fim da tarde à Praia o comandante Luís Correia, membro do comité executivo da Luta e elemento da segurança.

de quinhentos anos, esses movimentos eram simplesmente ignorados ou (como aconteceu nos últimos anos do colonialismo) exibidos para realçar aspectos folclóricos do «pluri-racialismo português» - escreve a Comunidade Islâmica de Lisboa, citando como exemplo as peregrinações à Mecca a expensas dos governos de então.

MANTÊM-SE ELEIÇÕES

Mantêm-se marcadas para o dia 7 de Dezembro próximo as eleições legislativas para a Assembleia Nacional Popular de Cabo Verde - segundo delimitação do partido, já posta em prática pela emissora oficial.

Os «slogans» de apelo ao voto e de «construção de um futuro diferente» e de «um passo firme para uma vida melhor» continuam a ser divulgados no tardar de ontem pela rádio da Cidade da Praia.

A normal programação radiofónica tinha sido interrompida na tarde de sábado, após ter sido conhecida na Praia a notícia do golpe de Estado na Guiné-Bissau.

Grande importância é dada pelos meios políticos desta capital à decisão de manter todo o processo das eleições para a nova ANP de Cabo Verde, e que é entendida como uma determinação do partido e do governo de assegurar a continuação do curso normal da vida do Arquipélago.

APOIO DA COMUNIDADE ISLÂMICA

A Direcção da Comunidade Islâmica de Lisboa enviou um telegrama de «calorosas saudações» ao presidente do conselho

Comunidade Islâmica de Lisboa felicita golpe na Guiné-Bissau

A Comunidade Islâmica de Lisboa emitiu ontem um comunicado no qual dá conta de um telegrama enviado ao general João Bernardo Vieira (comandante «Nino»), presidente do Conselho da Revolução da Guiné-Bissau.

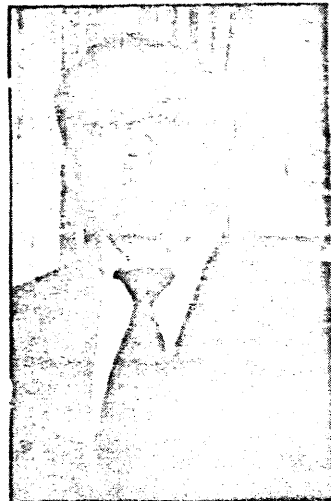
«A Comunidade Islâmica de Lisboa apresenta calorosas saudações a V. Ex.ª e deseja sinceramente um futuro brilhante para todos os filhos da Guiné-Bissau (dos quais cerca de 60 por cento são muçulmanos) que sempre, desde os tempos do colonialismo até ao golpe de Estado da passada sexta-feira, foram relegados para segundo plano, pois que, infelizmente, mesmo depois da independência, a maioria dos guineenses continuava a ser discriminada na sua própria terra» - refere o texto da missiva enviada aos novos dirigentes da Guiné-Bissau.

Falando depois da situação religiosa naquela antiga possessão do nosso país, o co-

municado da Comunidade Islâmica de Lisboa afirma que «quando os portugueses chegaram, no ano de 1446, à costa da Guiné, a islamização daquele território era bastante considerável». Mais tarde «toda a influência religiosa, no campo da islamização, era exercida pelos países limítrofes, como a Guiné francesa (actual Guiné-Conacri), Senegal e Mauritânia» - acrescenta.

O comunicado refere depois que, de acordo com os dados recentemente divulgados pelo Congresso Islâmico Mundial, com sede em Meca, «a população da Guiné-Bissau é composta, na actualidade, por 60 por cento de muçulmanos, nomeadamente das etnias Fula e Mandinga».

«Note-se que, durante a administração colonial portuguesa, esses muçulmanos eram simplesmente ignorados ou, como aconteceu nos últimos anos do colonialismo, exibidos para realçar aspectos folclóricos do 'plurirracismo' português» - acrescenta a finalizar.



Vay Mamede, presidente da Comunidade Islâmica de Lisboa

Diário de Lisboa

Segunda-feira, 17 de Novembro de 1980

A segunda morte de Amílcar Cabral

Mas a profunda dimensão da nova Constituição, até em reuniões públicas, deve tê-lo levado a dar o passo derradeiro, provavelmente pensando nas razões reais de queixa dos seus camaradas militares, mas certamente também receptivo à adulação dos que insistiam ter-lhe sido retirado o Poder real no Governo. No meio disto foi muito agitado o sentimento racista anticabo-verdiano, que não só não fora eliminado entretanto, como até talvez se tenha agudizado depois da independência.

A colocação indiscriminada da familiares de Luís Cabral, principalmente cunhados e afins, nas empresas públicas que pagam melhores remunerações, era aproveitada pelos inimigos do regime para fazer ver nisso uma subida hegemónica dos cabo-verdianos e não para submeter tais comportamentos à crítica que justificavam.

Tem-se falado muito do papel de Sekou Touré neste assunto mas não parece que a sua influência seja determinante no golpe. Antes é de ver na sua rápida resposta favorável ao pedido de reconhecimento um aproveitamento oportunista da situação para amortecer o real empenhamento dos guineenses em fazer impor as suas reivindicações fronteiriças.

O cheiro do petróleo que começa a sentir-se na região talvez não seja alheio ao caso; mas também houve indícios de agitação e boatos entre a oposição guineense em Lisboa, que logo se apressou a saudar o golpe.

Não está assim fora de causa, que o «complot» tenha sido gerado em solo português onde, aliás, se encontraram há menos de um mês Nino Vieira, Vitor Saúde e Vitor Monteiro, todos do Conselho da Revolução.

Deve ser muito difícil a conciliação entre os sentimentos, ainda que ingénuos e despidos de convicção ideológica, mas apontando para a purificação do sistema, detectáveis na atitude de Nino e dos militares, com as ambições dos civis que integram o Conselho atendendo às suas posições políticas conhecidas no passado. A questão está em saber para que lado se inclina a balança, na certeza de que é necessário alimentar a população, e aguentar as dificuldades económicas por uma gestão equilibrada da corrupção, inerente às sociedades no estágio de desenvolvimento como o guineense.

Seja como for, a unidade Guiné-Cabo Verde deve ter sido adiada definitivamente. Pelo menos a ruptura entre os dois ex-ramos do PAIGC está feita. E se já foi esta questão (explorada pelos portugueses) que esteve subjacente à morte de Amílcar Cabral, os acontecimentos de Bissau, no passado fim-de-semana, bem podem ser considerados como uma segunda morte do fundador do PAIGC.

D.R.

Prisões breves e um discurso de Luís Cabral disfarçaram momentaneamente a crise mas o descontentamento larvar agudizou-se.

As Forças Armadas nomeadamente os radicais eram assim levadas a repetir que «não foi para isto que fizemos a luta» amadurecendo a ideia de purificar o regime eliminando a corrupção. E não deverá ter sido por acaso que o golpe foi conduzido, no plano militar, pelo ministro dos Antigos Combatentes, aquele que mais directamente lidava com o drama dos antigos guerrilheiros.

Faltava o apoio de Nino - pois sem este comandante é impossível mobilizar qualquer militar na Guiné. E é aqui que entram os maiores motivos de perplexidade.

Golpe na Guiné-Bissau suscita reservas

Homem do Banco Mundial na sombra de "Nino" Vieira

O homem do Banco Mundial na Guiné-Bissau é uma das sombras do comandante «Nino», na estrutura do poder saída do golpe de sexta-feira passada que derrubou Luís Cabral e desfez o ramo guineense do PAIGC.

Vitor Freire Monteiro, governador do Banco Nacional, é tido pela mais ambiciosa e a mais qualificada das figuras civis do Conselho Nacional da Revolução que «Nino» chefia, com o apoio de mais dois ministros do Governo deposto. Ele é o único com formação técnica sólida, estando mesmo cotado como bom especialista de finanças. São conhecidos os seus esforços em vincular a Guiné-Bissau a uma carta de intenções com o Fundo Monetário Internacional e em atrelar o desenvolvimento socioeconómico aos objectivos do Banco Mundial, nomeadamente pela criação de um Banco de Desenvolvimento em que o BM teria parte importante do capital e se reservaria o direito de

apreciar os pedidos de crédito ao investimento.

A condução do golpe pertenceu a militares tidos por radicais. O suporte maciço que lhe deram todas as unidades da capital parece traduzir o descontentamento provocado pelas graves dificuldades económicas do país e sentidas pela maioria da população, e pelas Forças Armadas.

Os problemas de abastecimento até de arroz em que o país é fértil e que é necessário importar, ainda, umas 24 mil toneladas anuais, ao fim de seis anos de independência, agravaram-se nos últimos tempos. As Forças Armadas tinham salários ainda mais baixos que os baixos salários da função pública, enquanto muitos dos militares desmobilizados não encontram emprego.

Há cerca de um ano, foi decidida a hierarquização das FARP e o modo como foram distribuídas as graduações (segundo prioritariamente critérios políticos de acordo com a a hierarquia do Partido) deixou alguns oficiais insatisfeitos e quer a Artilharia quer a Força Aérea recusaram-se a receber o primeiro soldo posterior às graduações.

Um Governo e um partido desfeitos

Segundo os últimos dados de que dispomos a situação dos membros do Governo deposto na Guiné-Bissau era ontem a seguinte:

Participantes no golpe: Nino (primeiro-ministro), Vitor Saúde Maria (ministro dos Negócios Estrangeiros) Paulo Correia (ministro dos Antigos Combatentes), Joseph Turpin (secretário de Estado das Pescas) e Vitor Freire Monteiro (governador do Banco).

Detidos: João da Costa (Saúde), Umarú Djaló (ministro da Defesa) e Manuel dos Santos (Transportes).

Ferido: Vasco Cabral (Planeamento), refugiado na Embaixada da Suécia.

Fora do país: Constantino Teixeira (Interior), Mário de Andrade (Informação), Carlos Correia (Finanças), Armando Ramos (Comércio), os dois primeiros em Portugal e os últimos em Libreville, no Gabão.

Não recebemos informações sobre Filinto Vaz Martins (Educação), Mário Cabral (Agricultura), Samba Lamine Mané (Recursos Naturais), Fidelis Almada (Justiça), Tino Lima Gomes (Obras Públicas) e Fernando Fortes (Correios e Telecomunicações).

Situação de outros altos funcionários de que há notícias:

Mortos: António Buscardini (Segurança) e Otto Scharf (Partido).

Participantes no golpe: Alexandre Nunes Correia (secretário-geral do Ministério dos Estrangeiros) e Manuel Saturnino (embaixador em Moscovo).

Presos: Francisco Coutinho (Armazéns do Povo) e Valdemar Oliveira (Dicol, empresa de petróleos).

Fora do país: comandantes Luís Correia, Bobo Keita, Lúcio Soares e Júlio de Carvalho (todos em Cabo Verde) e José Araújo (secretário executivo do PAIGC).

O filme dos acontecimentos

Todas as unidades militares operacionais sediadas em Bissau aderiram ao golpe de Estado e parece ser isso que explica a rapidez com que ele foi executado — informa o correspondente da ANOP em Bissau, Xavier de Figueiredo.

As 21 horas de sexta-feira, carros de assalto e tanques de rastros ajoujados de soldados armados atravessaram a cidade tomando a direcção do Quartel-General, cujas ruas de acesso foram bloqueadas.

Nessa altura ouviu-se uma fuzilaria pouco nutrida e espaçada, mas que não significou qualquer resistência, porque parecem ter sido apenas disparos de aviso.

A ocupação do Quartel-General, onde entretanto passou a funcionar o comando do movimento, foi feita quase ao mesmo tempo que o controlo da rádio.

Enquanto decorriam os grandes movimentos de tropas, pequenos grupos de soldados armados dirigiam-se para as casas dos antigos dirigentes com o fim de os prender.

Os dois únicos dirigentes mortos quanto tentavam resistir às forças militares, que os iam buscar a suas casas, foram o director da Segurança, António Buscardini e o funcionário superior do partido, Otto Schatt.

O Comissário da Coordenação Económica, Vasco Cabral, também ofereceu resistência, tendo, no entanto, conseguido escapar depois de baleiar um soldado e ser ele próprio baleado.

Apesar de ferido pôs-se ao volante do seu carro e foi pedir asilo à Embaixada da Suécia.

Vasco Cabral chegou à Embaixada ferido, tendo sido assistido por um médico chamado à missão diplomática sueca. O seu estado pode requerer cuidados posteriores, indicaram meios diplomáticos suecos.

Por outro lado, entre os dirigentes que se puseram em fuga contam-se os ministros da Defesa, Umaru Djalo, dos Transportes, Manuel Santos e da Saúde, João da Costa.

Estes três ministros teriam sido depois capturados. Um número elevado de dirigentes do partido e de funcionários que ocupavam lugares destacados no sector público estão detidos ou em regime de residência fixa.

São os casos de Francisco Coutinho, director da empresa de comércio geral «Armazéns do Povo», bem como Valdemar Oliveira, responsável da distribuidora de lubrificantes, «Dicol».

O presidente Luis Cabral foi trazido ao fim da tarde de ontem para Bissau e encontra-se agora na sua antiga residência, sob vigilância militar.

Luis Cabral chegou a Bissau a bordo de um helicóptero da Força Aérea, no qual viajava para Bubaque a pequena força militar que o escoltou e um dos novos responsáveis, José Turpin.

De semblante carregado, Luis Cabral, que trazia ao colo uma filha com cerca de um ano, recusou prestar declarações a um repórter da rádio local que o abordou.

Foi entretanto libertado o amigo presidente honorário do PAIGC, Rafael Barbosa, que se encontrava detido e a aguardar sentença no processo em que era acusado de conluio na tentativa de golpe de Estado de Malam Sanhá.

Barbosa foi à rádio ler uma mensagem mas momentos depois o Conselho da Revolução dizia ter sido umis, José Turpin.

O comissário de Estado dos Negócios Estrangeiros, Vitor Saúde Maria, convocou todos os chefes das missões diplomáticas acreditadas em Bissau, dizendo-lhes que o novo «Conselho Revolucionário» terá garantido condições de segurocal que o abordou.

Saúde Maria enviou mensagens às representações diplomáticas guineenses no estrangeiro relativamente à situação do presidente Luis Cabral — anunciou entretanto a Rádio Conacri Vitor Saúde Maria, disse ao embaixador da Guiné-Conacri em Bissau que, «no interesse superior do povo combatente da Guiné-Bissau e para o libertar da injustiça de que foi vítima, antes e depois da luta, fomos obrigados a tomar todo o poder, de acordo com o povo».

Depois de referir-se à amizade entre os povos dos dois países, Saúde Maria afirmou esperar da Guiné-Conacri «apoio total, tanto no exterior como no interior».

«Estamos persuadidos», afirmou ainda, «que no interesse dos dois povos, o povo irmão e amigo da República Popular da Guiné-Conacri e o da Guiné-Bissau terão toda a honra na construção e desenvolvimento dos seus dois países, unidos pelo sangue e pela sua História.»

A Guiné-Conacri foi o primeiro país a reconhecer o novo regime, anunciou a Rádio Conacri.

Um comunicado do «Bureau» Político do Partido Democrático

da Guiné-Conacri, também capturado na Cidade da Praia, garante ao novo regime de Bissau «amizade total e solidariedade incondicional».

Até esta manhã não se conheciam mais qualquer outro reconhecimento internacional ao novo regime.

Regozijo nos bairros periféricos

As autoridades guineenses afirmaram ao embaixador português Meneses Cordeiro que querem intensificar «cada vez mais» as relações com Portugal e prometeram respeitar os acordos entre os dois países.

O Conselho da Revolução deu instruções aos ministros do Governo deposto, bem como aos funcionários superiores, para que se apresentem esta manhã nos seus postos.

Num comunicado divulgado na tarde de ontem, o Conselho acrescentava que a medida se destinava a assegurar o normal funcionamento da Administração e promete analisar posteriormente a situação dos funcionários superiores.



Otto Schatt, funcionário superior morto pelos golpistas

O Conselho da Revolução advertiu pessoas que estão a cometer actos de intimidação e banditismo contra cabo-verdianos de que tais acções devem cessar imediatamente.

As intimidações eram sobretudo feitas através de telefonemas anónimos.

A comunidade portuguesa em Bissau e no resto do país está bem e não há notícia de que al-

guém tenha sido molestado ou vítima de quaisquer incidentes.

Por outro lado, a calma tem sido cada vez mais a regressar à capital e isso é o prenúncio de que a nova situação se está a sedimentar.

O número de pessoas, nacionais e estrangeiros, que vem para as ruas é cada vez maior e sabe-se que nos bairros periféricos se continuam a registar manifestações de regozijo pelo triunfo do golpe de Estado.

Uma das primeiras medidas tomadas pelas novas autoridades consistiu em montar um circuito para a venda de arroz e peixe à população.

Nos últimos três meses o arroz, principal elemento da alimentação local, tinha completamente desaparecido do mercado, provocando uma situação de fome e subnutrição.

Ontem de manhã, tanques e carros de assalto, continuavam a ocupar posições em pontos vitais da cidade, mas o ar despreocupado dos soldados, em confraternização com a população, dá a ideia de que «tudo já passou».

Cabo Verde não quer imiscuir-se

Em Cabo Verde, o golpe foi de imediato condenado pelo Conselho de Ministros, enquanto se anunciava manter-se a data para a realização das eleições legislativas: 7 de Dezembro.

Aristides Pereira, presidente da República de Cabo Verde e secretário-geral do PAIGC fala amanhã pela rádio estando a sua comunicação a ser aguardada com grande expectativa.

O Conselho de Ministros condenou o golpe na Guiné-Bissau, «como contrário aos princípios que sempre nortearam o PAIGC para a resolução dos problemas no seu seio, seja qual for a sua natureza».

Num comunicado distribuído na Cidade da Praia, o Conselho declara ainda «reservar-se o direito de rever as posições assumidas até agora nas relações entre os dois Estados».

Depois de afirmar «não pretender imiscuir-se nos assuntos internos da Guiné-Bissau», o Conselho de Ministros declara «tomar todas as providências no sentido de assegurar o regresso dos nacionais cabo-verdianos que o queiram fazer» e «continuar a pautar a sua acção pela construção de uma pátria livre e próspera para todo o povo cabo-verdiano, integrada numa África unida e forte».

A rádio oficial portuguesa por dentro do golpe?

Há fortes indícios de o golpe que destruiu — para já — o PAIGC na Guiné-Bissau ter sido urdido em Portugal ou pelo menos terer aqui sido apurados os esquemas finais e os apoios com que porventura contam os golpistas para sobreviver no futuro.

Não é só o facto de Nino Vieira ter estado aqui durante mais de uma semana, com permanência no Porto em casa de uma individualidade dos negócios e da finança que há tempos falara da abertura de um banco, privado em Bissau a que estaria associado. Aqui se encontrou nessa altura com Vitor Monteiro e Vitor Saude Maria. Sombrio é também, e até se aprofundar esta questão, o comportamento da rádio oficial portuguesa no Canal 1 ao repetir diversas vezes, ao longo da tarde de sábado, quando do golpe apenas se sabia ter sido chefiado por Nino, um texto muito suspeito.

Esse longo texto, de que transcreveremos passagens, foi introduzido nos noticiários da tarde de sábado e ele fala por si, em termos tais que no mínimo, exigem uma explicação do Governo de Sá Carneiro.

Trata-se de um editorial disfarçado de notícia e abre com a informação de que tinha sido formado em Bissau um Conselho da Revolução, presidido por Nino Vieira, para acrescentar logo, ter sido esse Conselho formado para sugerir o vazio do poder até «à decisão da entrega dos destinos políticos do País nas mãos dos filhos originários da Guiné».

O tom opinativo entra depois, descaradamente, nesta música tocada pela Radiodifusão Portuguesa, canal-1, ao longo de toda a tarde de sábado:

«Mas não foi só Nino o homem que transportou sobre os seus ombros a revolução guineense. Há os que ficaram pelo caminho e os que em Bissau e fora do País vêm acompanhando silenciosamente o processo de unidade orgânica e política que alguns dirigentes do PAIGC, partido no poder na Guiné e Cabo Verde, pretenderam fazer vincar entre os dois Estados e povos baseados nos laços históricos e sanguíneos e o próprio pensamento político de Amílcar Cabral».

Em tom editorial acentua-se depois, o facto de o processo que conduziu à independência, e as negociações com Portugal, tal como a ratificação da independência entregue por Spínola a Pedro Pires, em 9 de Setembro de 1974, ter sido dirigido pelo hoje Primeiro-Ministro caboverdiano e «então contestado por algumas individualidades guineenses», (sic), enquanto Vitor Saude Maria, Umarú Djalé e Luis Sanca foram «apenas testemunhas». «Este dia — disse a RDP, referindo-se à Guiné — nunca mais se apagará na memória da sua gente devido ao facto de ele ter sido realizado por um natural de Cabo Verde».

Maian Sanhá foi igualmente evocado, com o acrescento de dizer-se que a sua tentativa de golpe «demonstra claramente a determinação dos guineenses que viam e vêem em Nino Vieira a única possibilidade de transformar o decurso político do País, pela sua condição de filho da Guiné originário».

Não se esqueceu o articulista de referir a distanciação de Sekou Touré em relação ao regime da Guiné-Bissau devido ao facto de «os cabo-verdianos no Poder podem interferir no seu projecto de unidade que pretenderia para as duas Guínés, uma unidade baseada nas afinidades históricas, continentais, culturais comuns aos povos da Guiné-Bissau e da Guiné-Conakry. O grupo islamizado — continua o texto — integra a maioria da população dos dois países e de maneira nenhuma Nino Vieira pretenderia entrar em polémica, militar ou política, com

Sekou Touré, seu irmão continental africano».

O comunicado — pois é disso que verdadeiramente se trata, embora tenha sido lido aos microfones da RDP, a rádio oficial portuguesa, como se de noticiário se tratasse, conclui com a seguinte e fantástica boutade, pois jamais se ouviu falar de tal gente:

«Cá fora, no entanto, com longas e dolorosos anos de espera encontram-se milhares de guineenses. Foram seis anos que poderão ter terminado na sexta-feira. Os emigrantes da Guiné-Bissau aguardam ansiosamente o desenrolar dos acontecimentos. Sabe-se que um forte partido de oposição à facção cabo-verdiana do PAIGC, com sede em Paris e delegações em Lisboa e Dakar, está a promover reuniões sectoriais. Prepara-se, mesmo, quanto se sabe, o envio de uma mensagem a Nino Vieira para manifestar o apoio total dos filhos da Guiné ausentes do seu País ao Conselho da Revolução instaurado agora no poder».

Fora isto, importa para já perguntar quem terá sido o autor de tal prosa e qual o papel da própria emissora oficial portuguesa no golpe.

Com efeito, quem conhece a composição da Redacção da RDP-1 e a qualidade dos «especialistas» em assuntos africanos, mormente das questões guineenses, confere facilmente a impossibilidade de ter sido ela a fonte donde brotou tal papel. Mais ainda: a linguagem utilizada e a terminologia não é mais que a contida nas prosas escassas divulgadas pela meia dúzia de indivíduos que, por cá andavam comendo as migalhas de colonialismo, ou por cá preferiram mais tarde esbanjar o nacionalismo que na sua própria terra não se lhes conhecia.

Mais grave que tudo isto, é a antecipação de certos factos só posteriormente conhecidos e que só um indivíduo ou organização metida no golpe até à raiz dos cabelos poderia adiantar. E a RDP ao assumir isso como prosa sua, comentário seu, e ao impingir-lo aos ouvintes como se de simples matéria informativa se tratasse está no mínimo, conivente no golpe. Isto para não irmos mais longe.

Veja-se só o que diz a RDP, antes de chegarem as notícias a Lisboa e ao falar da detenção de vários dirigentes:

«Nessa situação poderão estar José Araújo, considerado o principal mentor do regime e considerado o ideólogo número um do PAIGC (e autor da nova Constituição da Guiné que retira os poderes a Nino Vieira e ao comandante chefe das Forças Armadas) Vasco Cabral, Fernando Fortes, Manuel dos Santos, Lima Gomes, todos eles naturais de Cabo Verde, para além de individualidades da Segurança Nacional que vêm julgando os casos de contestação por parte dos filhos da Guiné». E todos, ou quase todos eles, viriam de facto a ser presos, excepto Vasco Cabral (natural de Farim, filho de guineenses, que nenhum laço familiar tem com o Presidente) que não é cabo-verdiano mas sim um dos principais alvos políticos a abater por todo aquele que pretendesse inflectir o regime.

Finalmente, a RDP deixou perceber aos seus ouvintes, como não fora surpreendida com a conspiração ao recordar que Nino Vieira se encontrara em Lisboa (numa viagem a caminho de Paris) com «o seu companheiro de armas Umarú Djalé e Vitor Saude Maria todos eles naturais da Guiné e pertencentes à chamada linha Nino Vieira, individualidades influentes da facção guineense do PAIGC».

Mais claro que isto é difícil ser-se.

Quem é quem no drama de Bissau

PAULO CORREIA: Membro do Comité Executivo da Luta (bureau político) do PAIGC é desde, há vários anos, Comissário de Estado dos Antigos Combatentes, ministério onde vinham desaguar todas as queixas dos guerrilheiros que fizeram a luta de libertação nacional e viviam, a maior parte deles, com grandes dificuldades económicas.

Irmão de Luís Correia, até agora responsável da Polícia de Ordem Pública e que conseguiu escapar-se estando já em Cabo Verde. Paulo Correia foi um dos juizes do Tribunal Militar que condenou à morte Rafael Barbosa, agora libertado em Bissau.

VITOR FREIRE MONTEIRO - Actualmente Governador do Banco Nacional cargo que desempenha desde a formação do primeiro Governo, em Setembro de 73. Estudou Finanças em Portugal, tendo-se licenciado, e trabalhado posteriormente no Banco Totta. Anunciado como pertencente ao Conselho da Revolução.

Já nos últimos anos da luta armada saiu de Portugal, para Conakry, de onde Amílcar Cabral, o enviou para Geneve, na Suíça onde permaneceu a maior parte do tempo. Quando Amílcar Cabral foi assassinado, vários importantes jornalistas ocidentais apontaram-no como seu sucessor na Direcção Política do PAIGC. Não pertenceu nunca a qualquer órgão dirigente do Partido não fazendo sequer parte do Comité Central que tem 90 membros. Não teve participação directa na luta armada.

Desenvolveu intensivos esforços para a vinculação da Guiné-Bissau à política económica do Fundo Monetário Internacional, principalmente depois de uma visita aos Estados Unidos, então muito publicitada em Bissau. Do que se lhe conhece como opções politico-económicas sabe-se ser um defensor da iniciativa privada, sendo nomeadamente favorável à reprivatização dos Armazéns do Povo. É apontado como excelente técnico de Finanças.

VITOR SAUDE MARIA - Ministro dos Negócios Estrangeiros no Governo agora derrubado, cargo que, aliás desempenha desde a independência, era membro do bureau político do PAIGC, o CEL.

Alguns dos comunicados do Conselho da Revolução têm a sua assinatura.

Participou nos principais debates na ONU quando da admissão da Guiné-Bissau, primeiro como observador e depois como membro. Acompanhou de perto as negociações com Portugal em todas as suas fases.

Sem uma posição política muito clara, tem-se mostrado no entanto partidário do não alinhamento.

ALEXANDRE NUNES CORREIA - Número dois no Ministério dos Negócios Estrangeiros, é considerado como a individualidade

guineense com maior aceitação junto de Sekou Touré. Este, aliás, trata-o por «filho» desde que Alexandre Nunes Correia desempenhou em Conakry as funções de embaixador da Guiné-Bissau.

MANUEL SATURNINO - Foi para a luta era ainda uma criança mas destacou-se muito cedo pelas suas qualidades de combatente.

O seu prestígio como combatente não resistiu às tarefas político-administrativas confiadas depois da independência, não chegando a aquecer qualquer dos lugares que ocupou: Ministro da Administração Interna, Ministro dos Antigos Combatentes, embaixador em Havana e Embaixador em Moscovo.

Pertencia ao Comité Central (Conselho Superior da Luta) do PAIGC e é um dos elementos do Conselho da Revolução, segundo as notícias chegadas de Bissau.

VASCO CABRAL - Ferido e refugiado na Embaixada da Suécia é um dos mais antigos e experimentados dirigentes do Partido, pertencendo desde sempre aos lugares cimeiros da direcção política.

Licenciado em Economia, exercia o cargo de ministro do Planeamento. Tem sido o principal obstáculo ao triunfo das teses de Vitor Freire Monteiro acerca do desenvolvimento e das ligações financeiras internacionais da Guiné. Amílcar Cabral chamou-lhe «velho militante da nossa causa».

«Durante o tempo que o conheci em Portugal - disse Amílcar Cabral num Seminário de Quadros, em Novembro de 69 - ele foi um exemplo vivo para mim mesmo. O seu trabalho de ontem, como o de hoje, é só num sentido: servir os ideais do nosso Partido. O camarada Vasco é um dos elementos de maior formação e de maior valor dentro do nosso Partido. Temos que fazer tudo para o camarada Vasco cumprir cada dia melhor o seu trabalho».

Vasco Cabral nasceu em Farin, filho de pais guineenses e não tem nenhuma relação de parentesco com Luís ou Amílcar Cabral. Está casado com uma portuguesa - Luísa Santos - licenciada em Finanças. As últimas informações dão-no como refugiado na Embaixada da Suécia, ferido num ombro embora sem correr risco de vida.

ANTONIO BUSCARDINI - Descendente de italianos, há muito vivendo na Guiné, fugiu de Bissau em 1963 e desde então passou a maior parte do tempo trabalhando na Rádio Libertação, que operava a partir de Conakry. No período de transição assegurou a direcção de Rádio Bissau, posto o que assumiu o lugar de secretário-geral da Segurança. Dirigiu, entre outras, as investigações num processo de corrupção nos Armazéns do Povo que correu em Bissau há uns três anos.

Foi morto, parece que por resistir à ordem de prisão que lhe deram os golpistas.

OTTO SCHATZ - Actualmente desempenhava tarefas exclusivamente políticas como funcionário do Partido, afecto especialmente à Comissão Nacional da Guiné do PAIGC. Antes fora Ministro dos Transportes e durante a luta era considerado um dos melhores comandantes guerrilheiros.

Era membro do Comité Executivo da Luta. Morreu ao que se supõe por ter resistido à prisão.

O golpe de estado na Guiné-Bissau

A conspiração fora descoberta, mas confiaram, uma vez mais, em "Nino"

Os edifícios onde estavam instalados conselheiros cubanos e soviéticos, nas zonas residenciais de Bissau, foram imediatamente postos sob a vigilância ao ser desencadeado o golpe de Estado que sexta-feira derrubou Luís Cabral e levou o comandante de brigada Nino Vieira à chefia do Conselho da Revolução.

Esta informação, veiculada de Bissau pelo único correspondente estrangeiro a operar no local, Xavier de Figueiredo, da Anop, retira consistência a um telegrama da France Presse, proveniente de Dacar e segundo o qual viajantes chegados à capital senegalesa teriam visto no Hotel «24 de Setembro», em Bissau, entre 80 a 100 novos conselheiros soviéticos.

Outras versões, segundo a FP, falam de 200 conselheiros que teriam chegado a Bissau no fim-de-semana, portanto já depois do golpe.

Na Guiné-Bissau houve desde sempre muitos técnicos soviéticos a trabalhar nas pescas, nos hospitais, na prospecção de bauxite e, sobretudo, nas Forças Armadas. Ainda que o golpe fosse de tendência pró-soviética, apontando no sentido de vincular a Guiné à URSS, em contraste com o não-alinhamento que tem praticado, não seria necessária a vinda de mais conselheiros militares para o consumir. Eram numerosos os especialistas cubanos e soviéticos, junto das FARP (Forças Armadas Revolucionárias do Povo) o que acontece, aliás, desde a luta de libertação nacional.

Aliás, e tal como ontem noticiámos, nem um só dos civis integrantes do anunciado Conselho da Revolução é conhecido pelas suas simpatias pró-soviéticas. Pelo contrário, são bastante ocidentalizados quanto a ideias políticas e modos de vida sendo até um deles declarado e explicitamente um «homem de mão» dos americanos.

Começam, entretanto, a esclarecer-se os pormenores do golpe através dos despachos do correspondente local da Anop, nas intermitências em que funciona o circuito de telex. Os co-

mentários, esses são escassos desconhecendo-se, por exemplo e como dado essencial todos os nomes do Conselho da Revolução.

Informa o correspondente da Anop que o golpe de Estado de sexta-feira só deveria ter sido desencadeado no domingo, mas registaram-se alguns casos de quebra de sigilo durante a sua preparação que obrigaram a alterar os planos.

Dados só agora conhecidos e confirmados oficialmente, indicam que três dos quatro oficiais contactados para aderir ao golpe, informaram, na sexta-feira à tarde, as autoridades constituídas sobre o que se estava a passar.

Estas fugas de informação puseram em risco total o êxito do golpe levando os seus autores a antecipá-lo para esse mesmo dia.

Soube-se também que sexta-feira à tarde, o ex-director da Segurança, António Buscardini, morto, chegou mesmo a ir a casa de Bernardo Vieira, para lhe perguntar se era verdade que ele estava a preparar o golpe.

Bernardo Vieira negou categoricamente a existência de quaisquer planos de golpe e parece que convenceu o director da

Segurança quando lhe exigiu que trouxesse à sua presença as pessoas que tinham dado tal informação.

Logo após o director da Segurança ter deixado a sua casa, Bernardo Vieira deu imediatamente instruções aos oficiais operacionais para que estivessem preparados a fim de desencadear o golpe a partir das vinte horas.

Os planos iniciais previam que o golpe começaria a ser executado à hora a que o ex-presidente Luís Cabral regressasse, no domingo — normalmente ao fim da tarde — de Bubaque.

Luís Cabral seria imediatamente preso, enquanto as forças operacionais, apoiadas em blindados, tomariam os pontos de interesse vital, como o quartel-general e a rádio.

O recolher obrigatório foi instaurado às 22 horas tmG, até às seis da manhã. Durante o dia de sábado e na manhã de domingo só podiam circular em Bissau os peões. A partir das 14 horas de domingo a circulação de veículos também foi autorizada.

Pelo contrário, continua a ser proibido deixar a região da capital sem autorização especial.

Pelas 18 horas de domingo, gerou-se uma manifestação na estrada que conduz do aeroporto de Bissalanca até Bissau, em apoio ao comandante de brigada João Bernardo Vieira «Nino», presidente do «Conselho da Revolução».

Por enquanto, continua em vigor o recolher obrigatório, mas as fronteiras já foram reabertas e os aeroportos também. A TAP efectuará esta noite o seu voo normal das quartas-feiras para Bissau, com chegada à capital

guineense às oito da manhã. O circuito telefónico também foi reaberto esta manhã, embora com os naturais atrasos dado o afluxo de chamadas entre as duas capitais.

Arroz para 15 dias

A grave situação alimentar que a Guiné-Bissau atravessava está a ser atenuada devido à colocação ontem no mercado de grandes quantidades de arroz.

Um barco com arroz tinha chegado a Bissau na quarta-feira, tendo-se iniciado, imediatamente, as operações de descarga, mas até à data do golpe não tinha sido posto à venda.

Uma das primeiras medidas das novas autoridades consistiu em intensificar a descarga do barco, montando ao mesmo tempo um dispositivo de distribuição

com a abertura de inúmeros postos de venda.

Num comunicado, o Conselho da Revolução dizia que o arroz seria indiscriminadamente vendido à população, «dispensando a apresentação do cartão e a quota do partido».

Cabo Verde já reagiu, considerando como «nota de demagogia e de mau gosto» e «nota teatral» este aviso das novas autoridades de Bissau sobre a venda indiscriminada de arroz.

A emissora estatal cabo-verdiana afirmou que «os golpistas estão tentando ganhar simpatia popular, utilizando um género de primeira necessidade, cuja aquisição e distribuição teriam eles próprios dificultado, sabendo como o governador do Banco que detinha o poder de controlo das divisas, é um dos principais cabecilhas».

Esta informação de Cabo Verde não adianta mais nada sobre a questão do arroz, mas nós estamos em condições de informar que o barco chegado a Bissau na quarta-feira levava um pouco menos de cinco mil toneladas sendo difícil tê-lo descarregado até ao dia em que o golpe foi desencadeado, sexta à noite.

Como Bissau consome cerca de 300 toneladas diárias de arroz, a distribuição, que parece estar a ser feita a toda a pressa, não dará nem para quinze dias. Até lá os golpistas poderão aguentar a onda de simpatia que o golpe gerou nos bairros periféricos pobres.

Em Lisboa, entretanto, a Comunidade Islâmica manifestou apoio ao golpe entrando de forma assaz surpreendente na campanha iniciada contra os cabo-verdianos e atenuando as divisões existentes na Guiné entre tribos islamizadas e animistas.

Mais uma vez se prova o que é, há muito, dado assente na Guiné: sem arroz, não há Revolução.

Major Valentim Loureiro ao "DL": " 'Nino' indignou-se por Sá Carneiro não o ter recebido"

«O sr. comandante Nino sempre me disse que tinha em relação aos países que o apoiaram na guerra um reconhecimento, mas a sua vocação é de não-alinhamento e pró-ocidental, não em termos internacionais mas de convivência e de maneiras de viver», disse ao «DL» o major Valentim Loureiro, conhecido homem de negócios do Porto e desde há muito, amigo íntimo do comandante Nino Vieira, o actual homem forte da Guiné-Bissau.

O major Valentim Loureiro, que ainda em Outubro último foi visitado no Porto, pelo comandante Nino Vieira aquando da sua estadia junto dos filhos que estudam num colégio, de Vila Nova de Gaia, disse-nos também, quando lhe perguntámos da possibilidade de entabular negócios com a Guiné-Bissau que «até hoje não lhe interessou fazer com a Guiné-Bissau o mais pequeno negócio, o que existe entre mim e o comandante Nino é só amizade e nunca me ofereci para qualquer negócio nem nunca me empenharei pessoalmente em fazê-lo».

O major Valentim Loureiro disse-nos ainda que o comandante Nino «tem ao seu lado gente muito competen-

te» e que era, de facto, muito amigo quer do novo dirigente da Guiné-Bissau, quer do seu ministro Vitor Saúde Maria, acrescentando depois sobre o que pensa dos motivos do golpe:

«No meu contacto ainda recente com o comandante Nino apercebi-me de que ele se sentia bastante frustrado uma vez que à independência não tinha correspondido, uma melhoria da vida do povo da Guiné-Bissau nos problemas económicos e sociais e isso terá condicionado a sua acção política».

O major Valentim Loureiro referiu-se, também, ao facto de diversos guineenses residentes no Porto, nomeadamente futebolistas, o terem procurado no passado fim-de-semana para lhe transmitir «o seu contentamento» pensando que o major Valentim Loureiro estaria em contacto com os novos dirigentes daquele país de expressão portuguesa. O major Valentim Loureiro referiu-se às pessoas que o procuraram como os «autenticamente guineenses».

Por outro lado confirmou-nos que o comandante Nino tinha ficado indignado com o facto de, em Outubro último, o Primeiro-Ministro Sá Car-

neiro não o ter recebido quando foi contactado nesse sentido, a pretexto de que se encontrava doente. A indignação resultou do facto de Sá Carneiro ter, todavia, recebido o comandante Pedro Pires que regressava da Bélgica. De facto, acrescentou o major Valentim Loureiro, o comandante Nino «ficou muito desgostoso e sentia-se melindrado por essa diversidade de comportamento».

Disse-nos também não acreditar na previsibilidade do golpe por parte de Lisboa e acrescentou que a decisão do comandante Nino «de ter de comandar este golpe foi a recente concentração de poderes pelo dirigente Luís Cabral» e que esse facto não desagradara só a ele, comandante Nino, mas também «às pessoas que estão à volta dele e que o levaram a comandar esta acção».

A terminar, o major Valentim Loureiro repetiu que ia deixar claro que «não tem nada a ver com a vida da Guiné-Bissau ou de Cabo Verde e que as boas relações não devem ser só entre governos mas entre todos os cidadãos, incluindo empresários, jornalistas, etc.».



Valentim Loureiro, empresário português que hospedou Nino Vieira na sua última vinda a Portugal

E agora, Bissau?

«Para onde vai a Guiné-Bissau?» — é a pergunta que permanece quatro dias depois do derrube de Luís Cabral, e se justifica pelo facto de o Conselho Revolucionário chefiado por Bernardo Vieira pouco ter adiantado sobre as suas opções políticas.

De concreto apenas se sabe serem os civis que integram o Conselho todos pró-ocidentais e que o tom dos comunicados não passa de algumas ideias vagamente populistas. Resultou também da acção militar uma vaga de fundo anticabo-verdianos, que passou pela prisão dos principais funcionários dessa origem e o aparente corte definitivo no projecto de unidade lançado por Amílcar Cabral e de que Luís Cabral era garante. — Pág. 10

Libertações começaram em Bissau

Foram esta manhã libertados, em Bissau, o Presidente em exercício da Assembleia Nacional Popular, Carmen Pereira (única mulher pertencente ao bureau político do PAIGC) e o ministro dos Transportes, Manuel dos Santos (Manecas). A primeira encontra-se com residência fixa e o segundo, que fugira para posteriormente se entregar, já está a dirigir de novo o seu ministério.

Os aeroportos e as fronteiras terrestres foram reabertos, e o circuito telefónico com Portugal já está a funcionar. Um dado político importante chegado esta manhã é a mensagem de Nino Vieira a Aristides Pereira, segundo o qual o golpe foi feito para «continuar a revolução, os objectivos e a linha de pensamento de Amílcar Cabral» que estariam a ser postos em causa pela «grave situação que se viveu nos últimos tempos».

Em Cabo Verde, onde Aristides Pereira deve falar ao

princípio da tarde na sua qualidade de Secretário-Geral do PAIGC, sublinha-se o facto de os novos dirigentes não se terem pronunciado ainda sobre a Unidade Guiné-Cabo Verde, um dos princípios básicos do Partido.

Em reforço, fala-se nos depoimentos lidos na Rádio-Bissau por dirigentes como Umaru Djaló (ex-ministro da Defesa), Arafan Mané (chefe da Casa Militar de Luís Cabral) e João da Costa (ministro da Saúde), todos detidos, e que segundo comentário da rádio da Cidade da Praia terão sido obtidos sob pressão.

Esses depoimentos divulgados, em Bissau, consideram que a Unidade com Cabo Verde «não era favorável» ao seu país e denunciam aspectos desse projecto político. Observadores localmente situados adiantam que estes depoimentos visam, aparentemente, reabilitar um certo número de dirigentes.

A situação na Guiné-Bissau

Vasco Cabral chega amanhã a Lisboa

O dr. Vasco Cabral, ministro do Planeamento Económico da Guiné-Bissau, ferido a tiro durante o golpe de Estado que levou ao poder um Conselho da Revolução chefiado por Nino Vieira deverá chegar, ainda hoje, a Lisboa, não como exilado político mas como dirigente que sai do seu País apenas para se tratar e regressar logo depois a Bissau.

Também o ex-presidente Luis Cabral, contra quem parece ter sido dirigido essencialmente o golpe de Estado desencadeado pelas Forças Armadas Revolucionárias do Povo, abandona hoje Bissau para se fixar em Cabo Verde, país por ele próprio escolhido quando lhe ofereceram a possibilidade de deixar a Guiné-Bissau.

Quer o ex-presidente, quer Vasco Cabral, tinham lugar marcado para o voo da TAP Bissau/Lisboa, com escala na ilha do Sal, em Cabo Verde e que devia partir de Bissau às 10 horas. Simplesmente o nevoeiro cerrado de ontem à noite impediu o avião de largar de Lisboa (às 2 e 45). As últimas informações que nos foram fornecidas davam-no com a partida marcada para as 14 horas o que, a confirmar-se atrasará a chegada a Lisboa lá pela madrugada.

Vasco Cabral abandonou ontem a embaixada da Suécia em Bissau, onde esteve refugiado, depois de ter conversado com João Bernardo Vieira.

A iniciativa terá partido do próprio presidente do Conselho da Revolução da Guiné-Bissau que deu a Vasco Cabral garantias de que as novas autoridades nada têm contra ele.

Entrevistado pela rádio local, Vasco Cabral explicou que se refugiou na Embaixada porque fora ferido a tiro e não sabia o que se estava a passar, o que o levou a procurar protecção no local mais próximo.

Acrescentou que deseja sair do país para se tratar, mas insistiu na sua vontade de voltar depois, «porque esta é a minha terra».

Vasco Cabral é uma figura com prestígio internacional, sobretudo nos meios progressistas, sendo membro do Conselho Mundial da Paz. É um dos principais responsáveis pela canalização de grande parte da ajuda internacional para a Guiné-

-Bissau pois goza de grande aceitação junto dos principais doadores, quer países quer instituições internacionais.

Era conhecida na Guiné a sua oposição, não sempre bem sucedida, às decisões de ordem económica tomadas pelo ex-presidente. O projecto de Plano apresentado pelo seu Ministério acabou por ser só muito parcialmente aceite assim como não vingou a oposição ao avanço de algumas fábricas e obras que exigiram elevados capitais, desenhadas de um projecto global de desenvolvimento adequado ao país.

Conferência de Imprensa poderá clarificar objectivos

O regresso ao Governo de Manuel dos Santos (Manecas) que desde ontem regressou ao seu posto no Ministério dos Transportes sendo-lhe, ainda, entregue a responsabilidade do Ministério da Informação — isto depois de escapar e de voluntariamente se ter entregue aos chefes da revolta — assim como a evolução do caso de Vasco Cabral, a composição do Conselho da Revolução e a mensagem de Nino a Aristides Pereira, secretário-geral do PAIGC dão alguns indícios de que Nino Vieira tende a repor, pelo menos, parte do Governo de Luis Cabral, ainda que sem o presidente e alguns dos seus colaboradores apontados como responsáveis da degradação da situação económica e social na Guiné-Bissau.

A ANOP noticia, aliás, de Bissau, que o homem forte do regime dará uma conferência de Imprensa num dos próximos dias. Para isso já foi pedido aos correspondentes estrangeiros que apresentem tópicos sobre as questões a colocar.

Segundo o correspondente da ANOP, Xavier de Figueiredo, a natureza e o alcance do golpe de Estado de 14 de Novembro são ainda dificilmente analisáveis, em muitos aspectos, porque os dados disponíveis se contradizem frequentemente e não houve, ainda, resposta oficial para certas questões.

A forma como o golpe se precipitou parece não ter permitido

aos novos responsáveis uma definição precisa das linhas de orientação a seguir, o que explicará que desde sábado estejam a ser feitas correcções de posições assumidas anteriormente.

Neste momento é visível um enorme esforço das novas autoridades no sentido de neutralizar a vaga de anticabo-verdianismo, alimentada, quase ostensivamente, nos primeiros dias e que terá causado natural alarme.

Grande parte dos cabo-verdianos na Guiné-Bissau são quadros ou trabalhadores qualificados que asseguram o funcionamento da Administração e dos sectores público e privado.

Também não há elementos definitivos, apenas pistas, nalguns casos de meandros difíceis, acerca das implicações que o golpe de Estado terá nos planos da política interna e externa na Guiné-Bissau.

Quando o novo dirigente da Guiné-Bissau responder a estas interrogações, é provável que se tornem possíveis interpretações autorizadas ou conclusões sobre as consequências do golpe de Estado.

Até lá, as razões que determinaram o golpe de Estado estão a ser explicadas aos dirigentes africanos, designadamente dos países de língua oficial portuguesa.

O presidente do Conselho da Revolução, Nino Vieira, diz que o golpe se destinou a pôr termo a «uma situação insustentável, de consequências imprevisíveis».

João Bernardo Vieira (Nino Vieira) expressa, também, o propósito do novo regime se manter fiel aos princípios de Amílcar Cabral, o fundador do PAIGC.

Pelo que toca aos países africanos de língua oficial portuguesa, o Conselho da Revolução promete enviar delegados para explicar a situação.

Factualmente pouco há a acrescentar ao que entretanto temos noticiado.

O voo semanal entre Bissau e a Cidade da Praia não se realizou ontem e está suspenso pela parte de Cabo Verde «até nova ordem».

Seriam os Transportes Aéreos de Cabo Verde (TACV) a realizar o voo de hoje, habitual nas manhãs das terças-feiras e que era assegurado alternadamente com as linhas aéreas da

Guiné-Bissau (LIA) em aviões de 48 lugares.

A sede do PAIGC em Bissau está encerrada e os seus funcionários foram mandados para casa, depois de ter sido passada uma busca aos gabinetes dos seus principais dirigentes.

Esta é a única nota destoante numa cidade onde toda a actividade foi já retomada e de cujas ruas foram retirados os tanques que protegiam pontos vitais.

Desde que o golpe triunfou o novo poder nunca mais fez qualquer referência ao PAIGC nos seus comunicados e mensagens.

Por outro lado, a distribuição de arroz, pão e outros bens essenciais têm estado a intensificar-se com a abertura de postos de venda por toda a parte.

Conhecido o Conselho da Revolução da Guiné-Bissau**“Nino” Vieira é presidente
e Saúde Maria o “vice”****● Vítor Freire Monteiro é apenas assessor**

A formação completa do Conselho da Revolução que dirige os destinos da Guiné-Bissau desde o golpe de sexta-feira passada foi ontem anunciada.

O presidente é o comandante de brigada Nino Vieira e o vice-presidente Vítor Saúde Maria, ministro dos Negócios Estrangeiros. São membros de pleno direito oito militares: Iafai Camará, primeiro comandante, Paulo Correia, Manuel Saturnino, comandante Buota N'Batça, comandante João da Silva, Samba Lamine Mané, e capitão Beghtba Na Beale.

São assessores Joseph Turpin, Vítor Freire Monteiro, Mário Cabral e Cruz Pinto.

Para além das indicações que já fornecemos aos nossos leitores nas edições de segunda e terça-feira, há a destacar que o papel atribuído a Vítor Freire Monteiro, um especialista de Finanças conhecido pelas suas simpatias pelos meios financeiros internacionais parece ser bem menos importante do que o atribuído pelas agências nos dias logo a seguir ao golpe.

Nem sequer é membro do Conselho. Em contrapartida, Vítor Saúde Maria, que é membro do Comité Executivo da Luta (bureau político) do PAIGC é o homem da confiança de Nino Vieira e a primeira figura civil do novo poder. Iafai Camará co-

mandante dos blindados, João da Silva (membro do Estado-Maior das FARP), Buota N'Batça (comandante militar de Bula), Joseph Turpin (secretário de Estado das Pescas) são membros do Comité Central do PAIGC.

Mário Cabral é ministro da Agricultura e Cruz Pinto é o Procurador-Geral da República.

Politicamente é difícil estabelecer um traço de união entre todos eles havendo conjugadas diversas tendências pelo que se a conferência de imprensa já anunciada e a futura evolução dos acontecimentos poderá esclarecer a situação. **Pág. 10**

Aristides Pereira sobre o golpe:**“Uma aventura de consequências imprevísíveis”**

«Continuamos fiéis ao princípio da unidade», disse ontem à noite Aristides Pereira, na comunicação à Nação de Cabo Verde, feita na qualidade de Presidente da República e de «Secretário-Geral eleito» do PAIGC.

«Os golpes de Estado nunca foram método do PAIGC», afirmou o sucessor de Amílcar Cabral, que caracterizou a acção dos revoltosos como «um duro golpe» e «uma aventura de consequências imprevísíveis».

«Nada justifica um acto político de rebelia às instituições causando mortos, feridos e detidos» — disse na comunicação, também transmitida em cadeia para a República Popular de Angola.

Pereira afirmou, que «coerente com o princípio do respeito pela identidade nacional de cada um dos povos e pela soberania e independência de cada um dos Estados», Cabo Verde e o PAIGC reafirmam a «intenção de não se imiscuirem nos assuntos internos desse país irmão».

O presidente cabo-verdiano atacou, particularmente, a utilização do «espantinho da suposta dominação e colonização cabo-verdiana» que, na sua expressão, «no passado pretendeu garantir a continuidade da exploração colonialista, e, no presente, talvez, as portas abertas à dominação neocolonialista».

Aristides Pereira convocou para o dia 20 uma reunião extraordinária do Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC e realçou que se mantém marcadas para o dia 7 de Dezembro as eleições para a Assembleia Nacional Popular.

Entretanto soube-se que Nino Vieira convidou Aristides Pereira a deslocar-se a Bissau. Não se conhece a reacção do secretário-geral do PAIGC à possibilidade deste encontro que pode ser decisivo para a evolução de todo o processo político na Guiné-Bissau e no projecto, agora ameaçado pela base, da unidade com Cabo Verde.

Entretanto, o ministro dos Negócios Estrangeiros da Guiné-Conakry, Abdoulaye Touré, chegou ontem de manhã a Bis-

sau à frente de uma delegação.

Adsoulaye Touré declarou à chegada que pretende com a sua visita «exprimir os sentimentos de solidariedade e fraternidade» do seu país para com o Conselho da Revolução da Guiné-Bissau.

Os ministros do Ensino Superior, Adsoulaye Diawo, do Comércio, Fily Cissoko, da Pecuária e Pescas, Siak Touré, dos Correios e Telecomunicações, assim como dois chefes militares fazem parte da delegação.

A República da Guiné anunciou a oferta de 300 toneladas de arroz, 120 de farinha e 60 de feijão, para ajudar as novas autoridades a resolver os problemas alimentares do país.

Conakry e Bissau tiveram as suas relações praticamente suspensas nos últimos três meses, devido ao agravamento do contencioso sobre as fronteiras marítimas.

O presidente Sekou Touré nunca escondeu a sua inimizade com Luís Cabral e reconheceu, imediatamente, a nova ordem estabelecida na Guiné-Bissau.

Luis Cabral só deverá sair depois de desacreditado

O antigo presidente da Guiné-Bissau Luis Cabral, não deixará tão cedo o seu País, e, quando o fizer, a sua imagem poderá estar desacreditada — disseram à Anop personalidades do novo regime.

Nos primeiros dias após o golpe de Estado havia indícios claros de que no Conselho da Revolução havia chegado a um acordo no sentido de autorizar a partida imediata do Presidente deposto.

Mas, de um momento para o outro, começaram a avolumar-se indicações segundo as quais Luis Cabral só poderia partir depois de concluídos alguns inquéritos ao seu mandato.

O que explica esta mudança de atitude parece ter sido o propósito das novas autoridades de demonstrarem que Luis Cabral «não estava isento de erros graves», legitimando, com isso, o seu derrube.

A visita de diplomatas e jor-

nalistas as valas comuns onde foram enterrados opositores executados por ordem de Luis Cabral, segundo afirma o novo Governo, comprova a intenção de incriminar o antigo presidente.

Entretanto, o dirigente guineense, Bernardo Vieira, não aceitou uma proposta de Aristides Pereira, para que o encontro entre ambos se realizasse na ilha do Saí.

O secretário-geral do PAIGC propôs a ilha do Saí numa mensagem em que respondeu positivamente ao convite de Bernardo Vieira para um encontro entre ambos.

Sabe-se que o dirigente guineense invocou razões ligadas com a situação no seu país para não aceitar o Saí e contrapor Bissau para local do encontro.

Esta iniciativa é geralmente interpretada como um passo destinado a pôr termo ao diferendo entre os dois países.

Libertado pelo golpe de Estado de Bissau

Rafael Barbosa: perfeita história do agente duplo

Figura sistematicamente presente, na luz e na sombra dos últimos trinta anos da política guineense, Rafael Barbosa foi libertado pelos golpistas de 14 de Novembro, quando aguardava a leitura da sentença em segundo processo, sob a acusação de conspirar contra o PAIGC.

Já tinha sido condenado à morte em 1977, vendo a sua pena comutada em 15 anos de prisão por decisão de Luis Cabral. A libertação anunciada pelos autores do golpe, mas ao que parece ainda não concretizada totalmente (diz-se que o seu processo seria revisto mas que ele ficaria em liberdade) foi entendida por muita gente como um sinal claro da natureza direita para que pende o novo regime, por influência de alguns dos seus mentores. É que Rafael Barbosa, como o prova o texto, que publicamos, era informador e colaborador da PIDE.

Um desses mentores, o assessor do Conselho da Revolução para os assuntos jurídicos é, exactamente o ex-procurador Geral da República, dr. Cruz Pinto. O defensor officioso de Rafael Barbosa, acusou-o em processo de ter apadrinhado e fomentado algumas irregularidades processuais contrastando com a liberdade que lhe foi consentida pela Polícia para preparar a

defesa e dar um carácter sério ao julgamento. Cruz Pinto foi o homem que mais se bateu pela condenação de Rafael à morte, pena de que aliás é um notório e conhecido defensor.

Ainda há meia dúzia de meses apenas ele próprio mandou seguir um Tribunal para a ilha de Carache, já acompanhado do pelotão de fuzilamento, para julgar e eliminar seis presos de delito comum que tinham tentado fugir. Sabido isto, soam a falso certos pruridos manifestados, agora, para acusar Luis Cabral, com o mais evidente oportunismo.

Quanto a Rafael Barbosa, parece-nos oportuno no momento em que o novo poder em Bissau se vai definindo, traçar-lhe o retrato completo e relatar a sua trajectória de agente duplo que tanto fornecia informações à PIDE, para isso sendo remunerado, por vezes, como prestava serviços importantes na luta clandestina do PAIGC.

Os dados recolhidos para este «retrato» resultaram de testemunhos de participantes no processo e personalidades com acesso aos autos, e de pesquisas nos arquivos tendo sido comprovados, inclusive, durante o primeiro julgamento público.

Daniel Reis

Periodo 1950/59:

Rafael de Paulo Gomes Barbosa, casado, nascido em 3 de Março de 1927, natural de Bissau e descendente de cabo-verdianos, dede o início da década de cinquenta tenta organizar a resistência anticolonial criando em Bissau diversos grupos políticos clandestinos.

Em 1959 reúne-se com Amílcar Cabral para a integração desses grupos, que ele dirigia, no PAIGC, o que Rafael Barbosa aceita passando a fazer parte do Partido. Relativamente a essa reunião, Amílcar Cabral disse, no Seminário de Quadros realizado em 1969, em Conakry, que «foi nessa altura, também, que o PAIGC conseguiu integrar no seu seio alguns pequenos grupos formados em Bissau e que estavam ligados, como vos disse, a Rafael Barbosa».

Nessa altura, data da reunião com Rafael em que estiveram presentes Aristides Pereira e Fernando Fortes, entre outros, Rafael passou a ocupar o cargo de secretário de Controlo.

Segundo Cabral essa reunião «foi decisiva para tudo quanto aconteceu posteriormente na luta pela independência». Rafael Barbosa começa a trabalhar, activamente, para o PAIGC, indo para o mato mobilizar pessoas para a luta de libertação. E esse trabalho em prol do Partido, nesta fase decisiva, que faz com que Rafael Barbosa passe a ser admirado por todos os militantes do PAIGC.

Periodo 1962/64:

Em 1962, depois de um trabalho intenso, Rafael é preso pela PIDE nos arredores de Bissau, onde se encontrava em trabalho clandestino. Torturado, é libertado em 1963 para em 64 ser de novo preso. É nessa situação que se encontra até 1969.

Durante esses anos de cativeiro Rafael Barbosa, mesmo na prisão, desenvolve intenso trabalho de mobilização pois conseguiu contactos com o exterior que lhe permitiram continuar a orientar os trabalhos clandestinos. Relativamente a esse trabalho desenvolvido dentro das prisões da PIDE, Cabral dá-nos notícia no Seminário de Quadros dizendo que «nalgumas cidades, durante muito tempo, mesmo em Bissau, a nossa organização trabalhou regularmente, mesmo com Rafael na cadeia. Tínhamos sempre ligações e ainda temos. No calabouço ele fez também algum trabalho».

Durante todo esse período de 1960 a 69 Rafael Barbosa fez passar para o Partido dezenas de militantes alguns dos quais ocupam hoje postos dos mais elevados no PAIGC.

Periodo 1969/74:

Em 1969, Spínola libertou algumas dezenas de presos políticos entre eles Rafael Barbosa. Na altura da libertação e na cerimónia propagandística então realizada, Rafael Barbosa fez um discurso em que a acção de

Spínola era elogiada.

Gozando de liberdade vigiada, Rafael Barbosa continua a trabalhar para o Partido como responsável da Zona de Bissau, conhecida por Zona Zero. Entretanto, a PIDE tinha infiltrado agentes seus na rede clandestina de Bissau. Rafael, que desde a primeira hora tinha sido aliciado para colaborar com a PIDE, nomeadamente através dos inspectores major Carvalho Teixeira e Costa Pereira, começa a dar colaboração à PIDE ou, pelo menos, a facilitar-lhe certas informações. No entanto, continuou a coordenar o grupo de Bissau, mantendo contacto com a direcção do Partido, nomeadamente com Amílcar Cabral, por intermédio, entre outros, de Adulay Djari, que era da PIDE, desde 23 de Novembro de 1971.

No seio do sector clandestino há uma certa conspiração contra Rafael Barbosa — luta pela chefia — também fomentada por elementos da PIDE infiltrados na rede, tais como Malam Darame, da ANP e Duarte Raimundo Cabral, entre outros.

No quadro da colaboração que teve com Spínola, Rafael acompanhou este general a Caboxanque e nessa operação fez um discurso. Isto em Março de 73.

Spínola ordenou ao Batalhão de Engenharia do Exército para conceder seis mil escudos em material de construção para Rafael Barbosa concluir uma pequena casa que tinha construído em Bissau. Posteriormente, ele próprio perguntou à PIDE quais eram as condições de amortização pois tinha intenção de pagar esse dinheiro. Rafael também assistiu ao chamado Congresso do Povo organizado por Spínola em 24 de Maio de 73.

Muitas missões que Rafael destinava a certos militantes na clandestinidade eram do conhecimento da PIDE mas curiosamente essas missões só eram levadas ao conhecimento da PIDE quando realizadas por agentes da PIDE infiltrados na rede clandestina. Assim aconteceu, nomeadamente com missões confiadas a Duarte Raimundo Cabral e Adulay Djari.

Colaboração directa com a PIDE

Todas as reuniões feitas por Rafael Barbosa com militantes clandestinos, ou a maior parte delas, chegam ao conhecimento da PIDE por intermédio de informações de António Filipe (Filósofo) e Artur Leão (Arus). Alguns militantes presos denunciavam sistematicamente Rafael Barbosa, enquanto que a PIDE dizia a todos os militantes presos para não colaborarem com Rafael porque ele era agente da PIDE.

Entretanto houve colaboração de Rafael com a Pide na pesquisa de certas informações e um dos agentes utilizados por ambas as partes era Duarte Raimundo Cabral.

Contudo, a PIDE, essencialmente através de um informador



de pseudónimo António, conseguiu conhecer alguns planos de fuga preparados por Rafael, pois esse informador fora destacado pela PIDE, para o controlo das relações de Rafael com a juventude. Foi esse informador que denunciou e levou à prisão por exemplo, o então furriel miliciano Castro Fernandes que fazia parte da rede clandestina.

Por intermédio do informador Fava, a Pide conhece o conteúdo das reuniões de Rafael Barbosa com os militantes e por intermédio do informador Pato a Pide sabe que certos militantes pretendiam pôr bombas na sua delegação em Bissau. Entre estes militantes, que foram denunciados, estão Aliu Djaki Djakó e José Carlos Schwartz, este último acusado de ter transportado bombas para Bissau. Isto provoca a prisão dos dois militantes clandestinos do PAIGC.

Devido à entrada das bombas em Bissau Rafael voltou a ser preso e entregou alguns desses engenhos. Toda esta acção da Pide no seio da rede clandestina nos anos 71, 72, e 73, permite a esta polícia a detenção do grosso dos activistas dessa rede, que vai sendo desmontada, e que em 73/74 leva de novo Rafael Barbosa à prisão com toda a sua família, incluindo uma filha de 11 anos de idade.

Contudo, Rafael sabe que há elementos da Pide no seio da rede e tende a jogar com isso fornecendo informações à Pide, que já estavam na posse dos elementos infiltrados ou que era muito provável que estes já conhecessem por participarem nas reuniões ou em missões concretas.

De facto, por algumas destas actividades, Rafael era compensado com auxílios financeiros da Pide.

Mas na rede clandestina notava-se a formação de uma nova direcção para afastar Rafael Barbosa com o fundamento de que a rede anterior já estava descoberta. Nessa luta, não é estranha a influência de Momo Touré, que viria a matar Amílcar Cabral.

Suspeitas de participação na morte de Cabral

Quanto à questão da morte de Cabral, não há provas seguras

da participação de Rafael mas devido a essa «entourage» suspeita-se da sua participação sem que nada tenha ficado claro. Por isso, dadas as implicações desse facto, no seio do Partido, esta questão acabou por ser, apenas, aflorada na acusação contra Rafael, no primeiro julgamento. Não foi discutida, em tribunal: somente abordada nos termos da acusação.

Há de facto, algumas ligações entre Rafael Barbosa, Momo Touré, e Aristides Barbosa (estes dois últimos agentes directos da morte de Cabral) durante a clandestinidade e antes destes partirem para as zonas libertadas. Só que não é claro se o processo de fuga destes dois tem a participação de Rafael, assim como não se sabe se este último aprovou, ou não, a saída de Aristides e Momo para Conakry. Não se conhece, claramente, o conteúdo, dos contactos entre eles, depois dos primeiros terem partido.

Rafael Barbosa na sua actividade clandestina infiltrou militantes no seio dos comandos africanos e deles tirou informações de planos militares, que transmite ao PAIGC.

São militantes nos comandos o furriel miliciano Saeg (irmão de um criminoso de guerra do mesmo nome), Zamora Barbosa e outros.

Rafael chega a avisar o PAIGC de uma conta aberta em Nova Iorque pelo governo colonial, numa altura em que Cabral ia à ONU. Fez o aviso por suspeitar que essa conta seria para pagar agentes destinados a liquidar Cabral. Para além dessa informação há outras também importantes, nomeadamente a presença em Bissau de militares dissidentes do regime de Conakry.

Foi para Morés, com a intenção de ali arranjar algumas bombas, no seio dos guerrilheiros e regressar com elas a Bissau para as entregar à Pide e assim obter a libertação da sua família. Nessa altura, é preso em Morés pelo PAIGC e desde então, data recente esteve sempre preso à ordem da Segurança Nacional e Ordem Pública.

Antes disso faz-se notar que todos os contactos de Rafael em Bissau eram vigiados estreitamente pela Pide. Deu também antes do 25 de Abril, e antes de ser preso, em Morés, uma entrevista filmada a um jornalista francês, entrevista preparada pelos serviços de acção psicológica do Exército e na qual esteve acompanhado por um oficial português.

Nessa entrevista, apesar da ambiguidade das declarações Rafael Barbosa criticava o PAIGC.

Preso em Morés e depois da entrada da Direcção do PAIGC em Bissau, é levado para Bolama onde fica instalado numa casa guardada por soldados do

Primeiros indícios na Guiné-Bissau de reprivatização do Armazém do Povo

Em Bissau começou o inquérito aos Armazéns do Povo, para esclarecer os casos de corrupção. Da comissão de inquérito faz parte o principal comerciante privado o que, junto às informações de mudanças económicas no sentido da liberalização, aponta para o início do desmantelamento desta empresa pública e a sua reprivatização.

Enquanto isso Luís Cabral continua detido, só se aguardando a sua libertação depois de ter sido desacreditado aos olhos da opinião pública. Rafael Barbosa, porém, saiu da prisão e o «DL» publica hoje (na pág. 3) um estudo exaustivo sobre a trajectória deste agente duplo. Mais informações sobre a situação na Guiné-Bissau na página 12.

Primeira receita do Fundo Monetário Internacional

“Armazéns do Povo” da Guiné-Bissau a caminho da reprivatização

Reformas na economia da Guiné-Bissau, tais como a liberalização do comércio, estão a ser estudadas pelas novas autoridades, confirmou o comandante Nino Vieira aos jornalistas, reforçando assim as interpretações que vêem, como objectivo último do golpe de Estado, uma inflexão da política económica para rumos mais liberais e capitalistas.

A liberalização do comércio passa na Guiné-Bissau pela destruição dos Armazéns do Povo que controlam 60 por cento do comércio interno e 80 por cento do comércio externo. Têm, aliás, o exclusivo das importações de produtos essenciais.

Esta destruição dos Armazéns do Povo esteve sempre no horizonte dos homens do Fundo Monetário Internacional que várias vezes estiveram em Bissau, sem

grande sucesso, diga-se, nas soluções que pretendiam ver consagradas.

Os Armazéns têm sido, aliás, abalados por vários casos de corrupção, a maior parte dos quais deram origem a inquéritos de resultados desconhecidos.

Por outro lado, era voz corrente que a empresa conheceu, sempre, uma gestão ruinosa e que só não era deficitária porque praticava margens de lucro exorbitantes.

Também se especulou sempre, e agora com maior intensidade, acerca de «negócios escuros» envolvendo responsáveis da empresa, nomeadamente por meio de sobrefacturações das importações.

O director dos Armazéns do Povo, Francisco Coutinho, é cunhado do antigo presidente Luís Cabral e chegou a estar detido

algum tempo após o golpe de Estado de 14 de Novembro.

A comissão de inquérito é constituída por peritos contabilistas, entre os quais um cooperante português do Ministério das Finanças, e um comerciante privado, Carlos Gomes.

A corrupção reinante nos Armazéns acaba assim por facilitar a vida aos que combatem a estatização do comércio e apostam a fundo na sua liberalização. Não é por acaso que um dos inquiridores é exactamente Carlos Gomes, o principal comerciante privado da Guiné-Bissau, inclusive Presidente da Associação Comercial e Industrial.

Relações com a União Soviética

O futuro das relações Guiné-Bissau com a União Soviética permanece incerto, mas surgem cada vez mais indícios de que as novas autoridades vão, pelo menos, reduzir a influência soviética no país.

Entre os novos dirigentes guineenses nenhum é considerado pró-soviético e alguns têm mesmo uma visão crítica do que eram as relações com a URSS.

Quando o golpe de Estado eclodiu, os conselheiros militares soviéticos foram imediatamente neutralizados e consta que têm até agora sido mantidos afastados dos quartéis.

A colónia civil soviética em Bissau, bastante numerosa, também é muito pouco vista nas ruas e sabe-se que alguns dos seus membros têm manifestado certa intranquilidade.

O embaixador soviético, por exemplo, circula agora de carro acompanhado dos seus presumíveis guarda-costas, quando antes andava sozinho.

Alguns observadores continuam a insistir em que os soviéticos, colocados nas Forças Armadas e na Segurança, foram um suporte do regime anterior, e esse papel não lhes permite agora enfrentar a nova situação de cara levantada.

Dois homens cresceram ais para um País tão pequeno

Com o golpe vitorioso que levou Nino Vieira ao topo do poder na Guiné-Bissau estacelou-se praticamente toda a direcção política que tinha conduzido a luta armada e os primeiros anos da reconstrução nacional.

Mas para além disso tudo ter acontecido com espantosa facilidade, há outro drama subjacente ao golpe: um elo se quebrou e que parecia indestrutível, o da amizade forjada em anos e anos de privações no mato, entre a quase totalidade dos dirigentes e quadros do PAIGC e que resistiria até agora, a todos os contratempos, a todas as tentativas de divisão.

Essas tentativas foram sobretudo numerosas quanto a Luís Cabral e Nino, tendo o presidente referido em diversos discursos as pressões e os aliciamentos de Nino Vieira para o colocar contra a direcção do partido, mas que pareciam votadas ao fracasso dada a dedicação e a entrega total do comandante ao partido que o moldou e forjou para a vida.

«O inimigo tem sempre a esperança de um dia ver dividida a direcção do PAIGC — dizia Luís Cabral na mensagem de ano novo de 1979, recordando que o ano de 78 fora particularmente activo neste domínio, com «uma série de intrigas no seio da direcção, intrigas das mais miseráveis».

Continuava Luís Cabral:

«Mas esqueceram-se das relações que nos ligam, relações de amizade, confiança, camaradagem, que nasceram e se desenvolveram durante toda a vida do nosso partido, durante a nossa luta de libertação nacional, que quase cresceram connosco. Muitos camaradas que ainda eram adolescentes quando foram para a luta formaram a sua personalidade de combatentes e de dirigentes dentro deste espírito

de lealdade para com os companheiros.»

O ex-presidente da Guiné-Bissau garantia, mesmo, que outro país alvo de tais manobras podia ter sérios problemas na direcção.

As relações «simples, de profunda seriedade, camaradagem e lealdade total ao nosso povo e ao nosso partido» davam a Luís Cabral a certeza de que «mesmo que o inimigo consiga eliminar um de nós, não poderá fazer mais nada porque este grupo estará sempre unido, coeso, sempre fiel aquilo que traçámos em conjunto, à nossa história, aos nossos mártires».

O que talvez ninguém esperasse é que o elo quebrasse, exactamente por Nino Vieira que chamava a Luís Cabral, quando da tomada de posse para o último mandato como presidente «nosso querido companheiro de luta», com «perfil de dirigente e de revolucionário».

Dirigindo-se aos deputados, Nino dizia então que Luís Cabral «nos tem orientado no dia a dia do nosso trabalho com lúcida inteligência e o seu conhecido entusiasmo e dedicação», concluindo por lhe garantir «a mais leal e sin-

cera camaradagem».

Em Outubro desse ano, Nino Vieira foi empossado como primeiro-ministro pelo presidente Luís Cabral. Tinha frequentado em Cuba, um curso de Estado-Maior quando faleceu o então Primeiro-Ministro Francisco Mendes. Com muita relutância da sua parte e depois de uma decisão expressa do partido nesse sentido, aceitou o cargo. Disse-lhe, então, Luís Cabral:

«É com grande emoção, que vejo o nosso camarada e companheiro Nino que, depois do desaparecimento, doloroso para todos nós, do camarada Francisco Mendes, vai ocupar a partir de hoje o cargo de comissário principal do conselho dos comissários de Estado.»

«É com emoção que em nome do Conselho de Estado, vou investir o camarada Nino Vieira, que começou a luta como simples militante, conquistou lugares de primeiro plano na nossa luta de libertação nacional e na luta política do partido, subindo às mais altas esferas do nosso glorioso PAIGC. Faça-o absolutamente e seguro de que o camarada João Bernardo Vieira merece o cargo no qual vai ser investido, pelas qualidades que sempre revelou, pelo seu amor ao nosso povo, ao nosso partido, pela dedicação total que sempre deu à nossa luta armada de libertação nacional, na base daquele espírito que orientou a luta de todos os combatentes. O espírito de dar tudo sem esperar recompensas nem honras...»

O elo que ligava estes dois ho-

mens, e com eles tantos dos que gastaram a vida nas matas da Guiné, está desfeto.

Depois disso, dizer que Luís Cabral exercia o poder ditatorialmente é útil para quem o derrubou e fácil para quem jamais disse ou escreveu o que quer que

fosse, pelo menos de dúvidas, sobre a política seguida nos últimos anos, principalmente depois de 1977 pelo ex-presidente.

Gravíssima é, de facto, a questão das execuções sumárias se elas se deram nas condições e sobre as pessoas de que hoje se

fala. Mas em Bissau, para além de murmúrios, de vez em quando, sobre esta questão, nos dois anos em que lá passámos, poucos dados concretos era possível reunir, até pelo secretismo de que, diz-se agora, elas se revestiam. Pelo contrário, a opinião

mais geral era outra.

Luís Cabral passava até por «moderador» dos desmandos da Segurança e da Polícia. Na ANP ouvimo-lo dizer: com toda a convicção que a Guiné-Bissau tinha que se tornar rapidamente num Estado de Direito em que todos

os cidadãos gozassem do direito à liberdade individual e em que deva ser explicitado e sem lugar para dúvidas quem podia e porque podia prender.

Directrizes chegaram a ser aprovadas na Assembleia para a elaboração de uma lei de pro-

cesso fixando taxativamente o tempo que alguém podia estar detido sem julgamento. O certo é que nunca tal lei viu a luz do dia, se é que ela chegou mesmo a ser concluída para apresentação às instâncias competentes.

Cabral fora eleito para a Presidência do Conselho de Estado na Assembleia do Boé, que proclamou a independência. Foi reeleito na segunda sessão legislativa, em 1977 pela quase unanimidade dos deputados: apenas dois votos contra e um nulo.

Tudo o que hoje possa ser dito em seu desabono não pode fazer esquecer as qualidades que realmente revelou como Chefe de

Estado, principalmente a sua intensa actividade no campo internacional, com uma diversidade de apoios e influências dificilmente contestáveis, e o seu apoio aos movimentos de libertação em armas por esse mundo mas principalmente na África.

Internamente, da sua actividade pública conhecia-se-lhe o enorme elan com que tentava fazer o País andar para a frente e a sua activa participação na mobilização seja na capital Bissau seja especialmente entre os camponeses.

Pessoalmente vimo-lo, tantas vezes, ser acarinhado pelos camponeses do interior de uma

forma que, descontada a psicologia das massas e a sua contemplicação perante o poder, dificilmente se aceita que hoje se fale do ódio que a seu respeito já então existia.

Trata-se, no fundo, de erros políticos e que politicamente deviam ter sido discutidos. Mas a capacidade de argumentação de Luís Cabral e a forma como caía a fundo sobre os contestatários em termos de hoje se falar de medo não desculpa de todo a subserviência e o acomodamento de muito boa gente. A alguns ministros vimos nós em sentido, mãos atrás das costas dizer simplesmente: «Sim, camarada Presidente! Sim, camarada Presidente!».

Projectos verdadeiramente aberrantes, como a auto-estrada e a fábrica de automóveis vingaram apenas pela sua timidez, contra os relatórios e as opiniões dos técnicos da Economia. Mas tiveram o aplauso de muita gente menos informada, para quem as obras de fachada não são assim tanto de desprezar. Como o futuro não deparará de provar.

Indo mais longe no aprofundamento da informação sobre os acontecimentos de Bissau, trazemos hoje mais alguns dados sobre a personalidade de Nino Vieira.

Resulta mais ou menos claro, conhecida a personalidade forte de Luís Cabral e a sua ideia de gerir o País e o Partido como se fosse o directo herdeiro do prestígio de Amílcar Cabral, que estes dois homens cresceram demais para poderem sentar-se, ao mesmo tempo, ao leme de um país tão pequeno e pobre, apenas abundante em problemas e complicações.

DANIEL REIS

Nino Vieira: Vê, ouve e não diz nada

«Vê, ouve e não diz nada» respondem quadros guineenses quando se lhe perguntam indicações sobre a personalidade de João Bernardo Vieira, o homem que dirigiu o golpe de Estado na Guiné-Bissau.

Mas a sua parcimónia em palavras, sendo nomeadamente difícil arrancar-lhe qualquer entrevista, é compensada com uma atenção às pessoas que o leva a reparar, por exemplo, que o estagiário do jornal que o acompanha em visita ao Sul, no meio dos camponeses, ainda não almoçou.

Mas o seu silêncio é ao mesmo tempo interpretado como indefinição ideológica ou, pelo menos, como intenção deliberada de não se revelar.

E foi tão fulminante a dar o golpe armado, como antes tinha sido absolutamente omissivo em contestar, pelo menos publicamente, quer a linha definida pelo Partido quer o modo como Luís Cabral a levava à prática. E foi exactamente essa omissão e a forma como ela foi suprida, denotando total falta de confiança nas instâncias partidárias que Aristides Pereira lhe censurou, com veemência, nas cartas trocadas depois do golpe de 14 de Novembro.

Na primeiríssima linha

Entre os milhares de combatentes que lutaram pela liberdade da África de armas na mão, nas frentes mais violentas da luta anticolonialista, Nino Vieira figura, seguramente, na primeiríssima linha.

O seu prestígio é incontestado, na Guiné, como na África em geral, assim por essa Europa onde não raro a esquerda o baptizou de Guevara africano.

Tem 41 anos de idade e nasceu em Bissau, de ascendência balante. Trabalhou como electricista nas Obras Públicas e chegou a ser um dos melhores futebolistas do seu país jogando a extremo-direito da UDIB.

Aos 20 anos de idade fugiu para Conakry onde conheceu Amílcar Cabral posto o que frequentou as escolas de quadros dirigidos pelo fundador do PAIGC. Esteve em 1961, na China Popular, integrado no grupo dos primeiros 10 militantes que seguiram preparação militar no estrangeiro. Hoje são vivos apenas cinco, isto é, além de Nino, Constantino Teixeira (ex-Ministro do Interior e Segurança, que está preso), Manuel Saturino (que faz parte do Conselho da Revolução e foi nomeado Ministro do Interior), os comandantes Pedro Ramos e Hilário Rodrigues, de que não há informações.

Na China fizeram cinco meses de treino da guerrilha mantendo

com o povo e especial argúcia para fugir ao contacto com as autoridades coloniais.

Chegou a ser preso em Catió, no Sul. Mas só algum tempo depois da prisão a polícia soube de quem se tratava. Marcaram-lhe por isso o interrogatório para a manhã seguinte mas durante a noite um grupo de jovens de Catió, de conluio com um cipaio, libertou-o.

Nino quis levar consigo todos os presos mas estes recusaram-se com a alegação de que, sozinho, seria mais fácil ao comandante guerrilheiro escapar à perseguição que lhe iria ser movida. Nesta fase da mobilização fez uma provocação célebre aos agentes da Pide que o perseguiram por todo o Sul. Imensas fotografias de Nino foram distribuídas de terra em terra até que uma manhã o administrador deparou com um retrato de Nino debaixo da porta. Como a fotografia que andavam a distribuir estava desactualizada, Nino mandava uma mais recente chamando particularmente a atenção para o «belo» bigode que lhe adornava a face de adolescente.

Diário de Lisboa

6.12.'80

1977 - Ano da clivagem

No Primeiro de Maio de 1963 - contou o próprio Nino ao «Diário de Lisboa», em 20 de Novembro de 1976 - deu o seu primeiro tiro na luta libertadora que só iria terminar com o reconhecimento da independência por Portugal em 9 de Setembro de 1974.

Pelo caminho ficaram acções individuais lendárias e acções de comando que o tornaram temido do Exército português na Frente Sul e o catapultaram aos lugares de chefe do PAIGC. De 61 a 64 foi comissário político em Catió; em 1964 assume o comando militar da Frente Sul. Já fora nomeado membro do «bureau» político do Partido no I Congresso. Teve aliás papel preponderante nos acontecimentos que marcaram esse Congresso, onde a autoridade do PAIGC se virou a todos os grupos isolados de guerrilha, e onde Amílcar Cabral iniciou a transformação da organização política nascente no grande partido que era hoje e o grupo de Bissau ameaça destruir.

Vice-Presidente do Conselho de Guerra em 1965, responsável de operações desde Setembro de 71 a 73 foi eleito para o Secretariado Permanente do CC do II Congresso, em Agosto de 73, a ser o quarto elemento da hierarquia.

Foi eleito Presidente da Assembleia Nacional Popular, no Bissau, em 1973 e nessa qualidade proclamou a independência definitiva da Guiné-Bissau em 24 de Setembro. No Governo anticolonial ocupou o cargo de Ministro das Forças Armadas.

Em 1977, João Vieira pediu para ficar para ver se tudo se fazia

aparências dizerem o contrário.

Os cursos que frequentava em Cuba - nomeadamente de Estado Maior - viriam a ser abruptamente interrompidos com a morte do primeiro-ministro Francisco Mendes (Chico Tê). A Direcção do Partido destacou-o, então, para substituir o malgrado dirigente. Já depois de nomeado ainda regressou por algum tempo a Cuba, ocupando Constantino Teixeira o cargo, interinamente.

Tomou posse em meados de Outubro de 78 correndo por essa altura que ele se reivindicara poderes efectivos para o seu cargo, não abdicando das suas prerrogativas. Terá mesmo vetado ou outro nome que Luís Cabral pretendia no Governo.

O prestígio de João Bernardo Vieira nas Forças Armadas é intocável. Sem ele era impossível arquitectar qualquer golpe.

Permeabilidade às pressões ideológicas

Várias tentativas de aliciamento foram, por isso feitas, mas a todos Nino Vieira respondeu pela negativa, tendo inclusive contribuído para as fazer abortar.

Veio a ser revelado que uma das perguntas feitas aos fuzilados de 78, quando da intencional falhada de Malam Sanhá era se Nino estava no complot. Nino diz que não só não estava como assegura não ter conhecimento das execuções que então teriam sido feitas.

Tanto se diz que vive com austeridade e modéstia na sua casa de Bissau, como se lhe apontam no meio pequeno que é a capital guineense os maiores excessos, nomeadamente quanto a mulheres. Mas no fundo, o que se conhece da sua vida pública e privada não o diferencia dos restantes componentes da cúpula guineense, quer os vencidos de 14 de Novembro quer os que por ora jogam o papel de vencedores: as mesmas casas, os mesmos carros o mesmo comportamento, próprio aliás do estrato a que pertence, aí uma centena de quadros dirigentes.

Até que ponto Nino terá força militar e política para não se desviar dos objectivos que o levaram ao golpe, o que significa manter-se na linha teórica do Partido é a pergunta que o próprio Nino terá a si próprio. E que as pressões sobre ele exercidas até para o empurrar ao golpe, vêm principalmente daquelas que estão ávidos de provar o farranço económico com a apresentação da alternativa capitalista.

Essa não é, todos o sabem, a alternativa para que apontam os ensinamentos de Amílcar Cabral, de quem Nino Vieira se continua a dizer seguidor.

Organização neocolonialista apoia golpe de Bissau

A Frente de Luta pela Independência Nacional da Guiné-Bissau (FLING) organização neocolonialista que tem ligações com o Governo francês, apoia o Conselho Nacional da Revolução presidido pelo comandante de Brigada Bernardo Vieira (Nino) e manifesta a vontade de «contribuir para a reconstrução nacional» — afirmou, em conferência de imprensa dada em Paris, o seu presidente, Cirilo Rodrigues de Oliveira.

No silêncio desde 1966, ano em que a Organização da Unidade Africana lhe retirou o apoio, a FLING, criada em Agosto de 1964, voltou a manifestar-se após a Revolução portuguesa do 25 de Abril. Adversária de longa data do PAIGC, sempre se manifestou contra o que considera o

Verdo determinaram a retenção no Porto da Praia de um barco, com a bandeira do seu país, que transportava cargas de Portugal para Bissau.

Para tentar desbloquear o problema, seguiu para Cabo Verde o ministro guineense dos Transportes, Manuel Santos.

Não são conhecidas em Bissau as razões da atitude de Cabo Verde, mas especula-se quanto à possibilidade de se tratar de uma represália contra um gesto recente do Conselho da Revolução chefiado por «Nino».

Na altura do golpe de Estado em Bissau, um barco grego, que estava a descarregar 1800 toneladas de arroz destinadas ao mercado local, foi obrigado a deixar o resto do carregamento, num total de 110 toneladas, que

se destinava a Cabo Verde.

As autoridades guineenses explicaram a decisão dizendo que a população estava com fome e, para a alimentar, as 1800 toneladas eram insuficientes.

O presidente cabo-verdiano Aristides Pereira, apelou ontem ao voto nas eleições legislativas de amanhã, durante uma comunicação ao país, feita através da Rádio.

O dirigente cabo-verdiano referiu-se igualmente à cimeira de Luanda, salientando que os

acontecimentos na Guiné-Bissau foram apreciados nessa reunião «dentro do espírito de fraternidade e solidariedade combatente que sempre uniu os

nossos povos em luta contra o colonialismo português».

Fazendo uma análise da cimeira, Aristides Pereira, afirmou que, segundo os líderes de Angola, Cabo Verde, Moçambique e São Tomé e Príncipe, «os acontecimentos de Bissau constituem um rude golpe que ameaça mesmo a sobrevivência do PAIGC, enquanto partido prañacional».

O presidente cabo-verdiano acrescentou ainda que os acontecimentos de Bissau podem «interromper o processo de unidade» entre Cabo Verde e a Guiné-Bissau e «abrem um período de incerteza política», pondo em riscos as conquistas já alcançadas pelo povo guineense.

«Isto sem falar no «erro gigantesco do Cumeré», como chamou René Dumond, ao complexo agro-industrial onde foram investidos 21 milhões de dólares quando, em 1975, fora desaproveitada uma proposta de ampliação da fábrica de óleo existente no Ilhéu do Rei, exigindo, apenas, 75.000 contos. Esta fábrica poderia tratar, anualmente, 45 mil toneladas de mancarra, bastante mais do que a produção actual comercializada.

«Desprezar a existência desta fábrica é, pelo menos, crime de lesa-património» dizia-me há cerca de um ano um cooperante português que estudou a viabilidade económica destes projectos.

Nino cercado e ultrapassado

Se há razões de ordem económica que explicam, perfeitamente, a gestação do golpe,

também é possível encontrar na evolução recente da Guiné-Bissau as razões políticas que aceleraram o parto do regime chefiado por Nino Vieira.

Sintomas tinham sido notados já no III Congresso do PAIGC em Novembro de 1977, quando as únicas promoções significativas no seio do Partido foram de militares ou homens da Segurança com a ascensão pronunciada de Umaru Djaló e Constantino Teixeira para as imediações da cadeira presidencial. Um era Chefe do Estado-Maior, outro ministro da Segurança e são dois exemplos marcados de «homens do Presidente», ultrapassaram, nomeadamente, Vasco Cabral na hierarquia partidária.

Não é que se possa dizer ter aí começado o cerco a Nino Vieira: mas não há dúvidas nenhuma de que foi um reforço notável dos apoios de Luís Cabral. Formada a Comissão Permanente do Partido, com oito membros, também aí Nino Vieira foi ultrapassado por Pedro Pires.

Nino tinha entretanto, sido destacado para Cuba, para frequentar cursos de Estado-Maior e de formação política, previstos para dois anos. Falou-se, então, de afastamento, mas o prestigiado comandante veio a Bissau, expressamente para participar no Congresso e presidir à Assembleia Nacional Popular.

Com a morte de Francisco Mendes, Nino assumiu o cargo de primeiro-ministro dizendo-se na altura que o quis exercer de facto recusando até um ou outro nome para o Executivo o que de facto, não era habito. É natural que as divergências agora tornadas públicas se tenham acentuado desde então.

Erro político grave e que terá ajudado o Presidente a cavar a sua própria cova, foi, também, a colocação de familiares, cunhados e aparentados, nos postos-chave das empresas públicas.

Nos armazéns do Povo, na Dicol (empresa de combustíveis), na Socotram (empresa de madeiras), na Socomin (concorrente do Armazém do Povo, no comércio geral, num hotel) e noutros lugares importantes, a presença de familiares do Luís Cabral em nada contribuía para lhe preservar a imagem. Pelo contrário; nem todos primavam pela capacidade técnica e nenhum demonstrara, até então, integração notória na actividade partidária, havendo até entre eles servidores do colonialismo.

Progressiva degradação

Bissau é um meio pequeno e todos estes casos eram alvo de crítica popular e, não raro, até, de alguma mofa, em que os guineenses são exímios, quando à conversa.

Depois veio a degradação geral, mais evidente para quem, como nós, tinha partilhado do «élan» de 75 e 76 e do entusiasmo ainda não esmorecido da Independência.

Degradação económica, com os preços a subir para o dobro e salários a manterem-se bloqueados e com faltas de arroz frequentes; degradação administrativa, com os ministérios e as empresas públicas a ficarem cada vez mais limitadas à actividade de rotina, e às vezes nem essa conseguiam assegurar, como na rádio e no jornal que testemunhámos pessoalmente; degradação política que explica, por exemplo, que os textos de

«neocolonialismo cabo-verdiano».

Na conferência de imprensa Cirilo de Oliveira reivindicou a participação da organização que chefa na conjura abortada de Outubro de 1978 e também no golpe de 14 de Novembro, que derrubou Luís Cabral.

Ambiguidade

Segundo fonte oficial guineense, a visita a Bissau dos ministros dos Negócios Estrangeiros de Angola, Moçambique e S. Tomé e Príncipe permitiu clarificar as posições dos actuais dirigentes da ex-colónia portuguesa. «Vamos continuar as nossas relações» — disse à ANOP a mesma fonte.

No entanto, de outras origens afirma-se que as reuniões havi-

das decorreram num clima que oscilou entre a «extrema dureza» e a cordialidade, admitindo-se, embora, que os principais obstáculos à normalização das relações dos países africanos de expressão portuguesa teriam sido ultrapassados. As autoridades guineenses, porém, teriam mantido a acusação de que a recente cimeira de Luanda constituiu uma ingerência nos seus assuntos internos.

Por outro lado, os ministros angolano, moçambicano e são-tomense não puderam visitar Luís Cabral, como era seu desejo. O Executivo de Bissau recusou-lhes qualquer contacto com o ex-presidente preso.

Barco retido no Porto da Praia

As autoridades de Cabo

Relações Guiné-Cabo Verde

Presidentes vão encontrar-se em data a anunciar

Os presidentes da Guiné-Bissau e de Cabo Verde vão encontrar-se para analisar o futuro das relações entre os dois países — anunciou hoje a agência jugoslava TANJUG, em telegrama proveniente de Luanda.

A agência, que cita o «Jornal de Angola», atribui a iniciativa do encontro aos ministros dos Estrangeiros de Angola, de Moçambique e de São Tomé e Príncipe que se deslocaram recentemente a Bissau.

A data do encontro entre Aristides Pereira e João Bernardo Vieira não é, porém, referida.

Sabe-se entretanto que o ex-ministro do Comércio da Guiné-Bissau, Armando Ramos, regressou ao seu país e está em liberdade.

Após o golpe de Estado, as novas autoridades da Guiné-Bissau responsabilizaram Armando Ramos pela degradação dos abastecimentos e pela corrupção no sector do comércio estatizado, ao que, ele respondeu que lhe faltavam os meios financeiros para evitar as roturas.

Armando Ramos encontra-

va-se em missão oficial no Líbano, quando se deu o golpe de Estado de 14 de Novembro.

De Beirute seguiu para Lisboa, de onde acompanhou a situação política no seu país, até decidir regressar.

Por outro lado, a embaixadora da Guiné-Bissau na capital da Costa do Marfim, Lucete Andrade, demitiu-se, como protesto contra o golpe de Estado de João Bernardo Vieira — disse à ANOP uma fonte oficial.

Lucete Andrade, ex-mulher do antigo presidente Luís Cabral, do qual tem quatro filhos, fora colocada em Abidjan, há pouco mais de um ano.

Depois de se demitir, Lucete Andrade pediu asilo político à Costa do Marfim, mas seguiu posteriormente para o Senegal, onde se lhe foi juntar a filha que residia em Bissau.

Eleições em Cabo Verde

Os resultados totais provisórios das eleições de domingo, em Cabo Verde, para a Assembleia Nacional Popular, registam uma

afluência às urnas de 74,37 por cento e uma percentagem de 92,99 de votos favoráveis às listas únicas do PAIGC.

As deficiências de telecomunicações do arquipélago e a ausência de sistema de contagem computadorizada fazem adiar para amanhã a confirmação definitiva dos números exactos do resultado deste autêntico plebiscito feito no dia 7 ao regime do PAIGC.

Dos 126028 eleitores inscritos pelos 22 círculos, absteve-se uma margem de 25,63 por cento, esperando-se que poucos votos nulos se venham a registar nos 7,01 por cento de votos contrários às listas apresentadas pelo PAIGC.

Entretanto, continuam detidos, desde a semana passada, alguns indivíduos em cujas casas foram encontradas armas de guerra de proveniência desconhecida.

Meios diplomáticos pensam, contudo, que podem vir a ser estabelecidas ligações dos detidos com pequenas organizações de oposição ao PAIGC em comunidades de cabo-verdianos radicados no estrangeiro.

Não se apagaram de todo alguns sinais de esperança

Diário de Lisboa,
15.12.80

É possível, ainda, ver alguns sinais de esperança, mesmo quando, no meio dos obstáculos em que o golpe de Nino Vieira transformou as estruturas partidárias e as instituições políticas criadas pelo PAIGC na Guiné-Bissau.

Três semanas depois das acções militares que levaram ao poder um Conselho de Revolução presidido pelo ex-Primeiro-Ministro muitos dos jovens quadros, politizados e ideologicamente sintonizados com o PAIGC que participaram, nos últimos anos de luta armada ou abandonaram os seus cursos superiores em Portugal para colaborar na reconstrução nacional, começam a ter voz activa quando, até 14 de Novembro, foram muitas vezes marginalizados quando não afastados sob acusações de trotsquismo ou outros «ismos».

Mas ao lado deles, ou até já por cima deles, tentam subir à tona do poder os descontentes, formados no colonialismo ou pelo colonialismo e que assumiam uma posição globalmente hostil ao projecto político corporizado pelo PAIGC. Em Bissau chamavam-lhes «os ministériais»: alguns deles vestiram, mesmo, farda militar e pavonearam-se pelas ruas como gente importante na nova situação, até Nino Vieira intervir com decisão e os mandar ter juízo.

Das informações particulares que nos chegam, e bastantes têm sido, como das posições públicas que vão sendo divulgadas, pode também retirar-se a conclusão geral de que o homem forte da Guiné-Bissau está a procurar os apoios principais junto daqueles que sempre foram os seus companheiros, no mato ou na cidade, e que o golpe parecia submergir.

Por sua exigência, sem admitir discussões Vasco Cabral foi nomeado para o Governo provisório, quando alguns dos Conselheiros e seus assessores pretendiam o lugar-chave do Planeamento Económico vago até (e se) Vasco Cabral regressar. Carlos Correia, Ministro das Finanças que estava ausente, foi reconduzido sem na altura se saber se admitia, ou não, integrar-se na nova ordem.

Com estes dois nomes à frente da Economia e das Finanças há uma certa margem de garantia para que o processo de transformações sociais não volte muito atrás, por efeitos da dinâmica de direita que o golpe desencadeou. Em contrapartida, mão amiga escreve-me de Bissau garantindo, depois de manifestar a sua confiança no processo, que Vitor Freire Monteiro, o governador do Banco, é o homem-chave em tudo o que se relaciona com as decisões de ordem económica e financeira.

Também neste último caso, há quem me advirta para não sobrestimar a sua importância: porque outras vozes de peso político reconhecido estão a falar cada vez mais forte no interior do novo poder. E o projecto político desses militantes nada tem a ver com o do assessor tido por homem de confiança dos capitalistas na Guiné-Bissau.

Também o discurso antipartido e anti-unidade com Cabo Verde, que se tornou obsessivo à beira das valas, comuns mostradas aos jornalistas, deixou de ouvir-se nos últimos dias.

Um manto de silêncio cobriu as acusações em que, especialmente Joseph Turpin e Cruz Pinto, dois assessores do CR, tentavam envolver Aristides Pereira e José Araújo.

O porta-voz do Conselho da Revolução, é hoje Mário Cabral, Ministro da Agricultura e da Informação: e a sua acção é geralmente aceite como política-

mente séria e alinhada pelos princípios do PAIGC.

E se é certo que as transformações políticas como a que está em curso na Guiné-Bissau transcendem os meros feitos e as atitudes individuais, deste ou daquele, também não é menos certo que são importantes as posições relativas de cada um no xadrez político para se prever a evolução do jogo. Nesse sentido, para além do espectro instável e movido do quadro, há que estar atento ao que vem aí, nomeadamente a constituição do Governo (actualmente o Governo Provisório, destacado de

meia dúzia de pastas, apenas exerce a rotina administrativa) e ao seu programa, nomeadamente se se proporá aplicar as directivas saídas do III Congresso do PAIGC tal como o porta-voz do CR, Mário Cabral, assegurou, recentemente, a jornalistas portugueses.

As tais, muitas influências vão ser jogadas, muitas tentativas para infectar num ou noutro sentido a política geral e, em particular, a política económica, também não devem deixar de acorrer a Bissau.

E a aqui, tal como sempre, que a nossa voz tudo acabará por decidir-se.

Falar nas questões económicas na Guiné-Bissau é em primeiro lugar procurar saber como se vão resolver a carência extrema de bens alimentares aguçada ao que nos dizem, nos últimos meses, principalmente a partir de Junho. E há aqui como realidades determinante e condicionante de tudo o arroz.

Um regime dependente de 50 mil toneladas de arroz

Atendendo aos últimos anos agrícolas, escassos em chuva, o défice da Guiné ronda as 50 mil toneladas de arroz. Este ano, quando a colheita está praticamente pronta, o ministro da Agricultura já alertou para um aumento previsível desse défice,

talvez até ao ponto de mil toneladas que seria necessário angariar no estrangeiro. Desses apelos à ajuda alimentar já lançados a todos os quadrantes.

O próprio Sul, autosuficiente e normalmente excedentário, terá este ano sofrido as consequências da falta de chuvas mais penosas noutras regiões. E da prontidão e volume da ajuda alimentar podem depender também as relações preferenciais do novo regime no futuro. Para já os Estados Unidos prometeram não deixar cair tais apelos no esquecimento.

Reportando-nos, ainda, a declarações de Mário Cabral, nota-se a esperança de que seja finalmente dada prioridade ao sector primário e à produção de bens alimentares. Se assim for, a longo prazo muitos problemas poderão ser ultrapassados pois a abundância de arroz no mercado significa a solução do principal problema dos guineenses, nesta fase do seu desenvolvimento.

Mas que ninguém tenha dúvidas: o regime que ora tateia os seus primeiros passos está dependente da forma como for capaz de dar resposta àquele défice de 50 mil toneladas anuais de arroz.

O Partido

As últimas informações disponíveis dão a direcção política do PAIGC como completamente desfeita na Guiné. Dos membros do bureau político só Nino Vieira e Vitor Saude Maria têm poder efectivo havendo mais um ou outro no Governo Provisório, cujo poder é de momento secundário. Os demais ou estão presos ou fora do País, principalmente em Cabo Verde.

Essa direcção política corporizava em si o projecto de unidade com Cabo Verde, havendo até quem os acuse de reservarem para si o exclusivo da discussão da questão da unidade. Embora esta surja como uma batalha política perdida, ainda se ouvem vozes pedindo o aprofundamento das discussões para se chegar a um projecto em que a igualdade entre as duas partes, a Guiné e Cabo Verde, no todo que era o PAIGC, seja mais real.

Salvar-se-á o partido, como realidade supranacional.

O CR deu luz verde para o funcionamento das estruturas partidárias na Guiné e avançou até sugestões para um Congresso Extraordinário. Mas o secretário-geral continua a ser Aristides Pereira e sem entendimento prévio e explicações mútuas, o Congresso será de difícil execução, a menos que se pretenda forçar a ruptura definitiva.

Comenta-se como muito importante o silêncio de Cabo Verde depois das reacções agressivas ao que se passara em Bissau. A tal silêncio tem correspondido uma evidente moderação nas declarações públicas ouvidas na Guiné. Conjugadas, as duas posições será optimismo exagerado pensar-se que nem tudo estará ainda perdido e o PAIGC poderá sair vivo dos escombros, ainda que com moléstias várias, quem sabe mesmo se algumas incuráveis?

É cedo de mais para lançar ao papel uma opinião definitiva, mas há outros factores relevantes.

Nino em posição incómoda

Avulta desde o dia 14 de Novembro como figura-chave em todos estes acontecimentos o comandante de brigada Nino Vieira. Com ele tomou-se fácil o golpe e nele se canalizou o entusiasmo popular, e o optimismo dos que pensam que tudo poderá ser melhor no futuro, conhecidas as privações do passado.

Mas depois de vibrar um golpe tão profundo na estrutura do poder na Guiné, Nino confronta-se hoje com a muito mais difícil tarefa de sarar as feridas e organizar o país. Governar é muito mais complicado de derrubar um Governo, sobretudo se as carências económicas e sociais atingem o nível das carências guineenses.

Em termos simplistas poderíamos dizer que para tais tarefas se oferecem a Nino Vieira duas alternativas: ou apoiar-se nas forças que jogaram tudo no golpe, esperando destruir com ele o conteúdo do projecto partilhado na guerra de libertação, ou apoiar-se nos seus companheiros de sempre, com o afastamento de um ou outro nome, mormente dos mais responsáveis pelos erros políticos passados. E ou muito nos enganamos ou é esta última a opção que o comandante está a ensaiar.

Talvez por isso se note o amortecimento do triunfalismo dos ditos grupos de oposição no exterior que já sonhavam com lugares de ministro e embaixador. Subtilmente, essas vozes ericadas deixaram de ouvir-se embora se saiba que alguns deles estão a acorrer a Bissau para ver como é.

Há outra questão que é a de saber o que vai acontecer a tantos e tão importantes comandantes militares presos ou afastados dos guerrilheiros junto de quem gozam de um certo prestígio, apesar de tudo o que sobre eles foi dito nos últimos tempos. E qual a atitude de homens como Vasco Cabral, quanto (e se) regressar a Bissau, como prometeu, depois de tratado na Suécia das feridas recebidas no dia 15?

Seja como for, a posição de Nino Vieira é de facto incómoda. Por ora, goza de todo o apoio popular, mas este é ainda o tempo em que a barriga não exigirá muito mais que «slogans» e discursos.

Longo é o cortejo de adulares e oportunistas que só pensaram servir-se do gerrilheiro enquanto lhes for necessário, para a realização dos seus projectos. Mas continuam, ainda, a seu lado alguns dos velhos companheiros do mato e dos quadros jovens que acreditam na Revolução como única solução para minorar o sofrimento do povo e para impor a justiça na terra mártir da Guiné.

A contradição entre os guerrilheiros que executaram o golpe sob orientação de Nino Vieira, e o projecto político dos inimigos do PAIGC há uma contradição insuperável. E sem as estruturas partidárias a funcionar e a dirigir a vida económica e social na Guiné-Bissau não seria muito arriscado perguntar: para quando o próximo golpe?

Daniel Reis

Na Guiné-Bissau

Ninguém admite já salvar a unidade com Cabo Verde

Ninguém admite já, em Bissau, salvar o projecto do PAIGC tal como ele existia antes de 14 de Novembro e muito menos a unidade com Cabo Verde — diz da capital guineense o delegado da ANOP, Xavier de Figueiredo, em notícia sobre o reatamento do diálogo de Nino Vieira com o secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira.

Parecem estar a criar-se condições para o encontro dos dois dirigentes mas o diálogo hoje possível já não deverá ultrapassar «os limites da preocupação de preservar as relações bilaterais, numa base de soberania total» — diz a ANOP.

Uma iniciativa no sentido do reatamento do diálogo entre as duas partes (que até 14 de Novembro faziam um todo político com objectivos idênticos no seio do PAIGC) poderá concretizar-se a curto prazo.

As autoridades dos dois países dão mostras de estarem, agora, mais apostadas no diálogo e o próprio presidente Aristides Pereira telefonou na quinta-feira a Bernardo Vieira, perguntando-lhe, num tom considerado afável, «quando é que nos encontramos».

Na semana passada, o presidente de Cabo Verde aproveitou uma viagem relâmpago do ministro dos Transportes Guineense à Praia, para transmitir uma mensagem verbal ao comandante Bernardo Vieira, insistindo no encontro.

O encontro só não está ainda garantido porque persiste o desacordo quanto ao local da sua realização, não se excluindo, em Bissau, a hipótese de um país neutro.

As autoridades cabo-verdianas insistem em que o encontro se realize na ilha do Sal, mas Bissau não transige, invocando

indisponibilidade do presidente Bernardo Vieira.

As autoridades guineenses recusam a proposta cabo-verdiana também provavelmente para não expor o seu dirigente ao papel de quem «vai pedir alguma coisa».

Quando os ministros dos Negócios Estrangeiros de Angola, Moçambique e São Tomé e Príncipe estiveram na semana passada em Bissau, também insistiram na ida de Bernardo Vieira a Cabo Verde, mas sem êxito aparente.

Este impasse não é, no entanto, interpretado pelos observadores como prejudicial, uma vez que os resultados do encontro serão tanto melhores quanto os ânimos estiverem mais serenados, o que será obra do tempo.

Luís Cabral não deverá ser julgado

O antigo presidente Luís Cabral «não incorre no risco de ser julgado», disse sexta-feira uma personalidade do novo regime.

«Ele vai partir, mais tarde ou mais cedo» — acrescentou.

Há três dias uma emissora estrangeira deduziu, baseando-se no clima de hostilidade que reina em Bissau contra o ex-presidente, que ele poderia vir a ser fuzilado, mas a mesma personalidade disse que isso «não tem o mais leve fundamento».

Neste momento estão em curso inquéritos a Luís Cabral, que visam determinar as suas responsabilidades nas execuções sumárias de opositores do regime e na prática ou encobrimento de irregularidades cometidas nas relações económicas do país com o estrangeiro.

Mesmo que os inquéritos conduzam ao apuramento de factos incriminatórios para o ex-presidente, parece certo que as novas autoridades tomarão medidas, consideradas excepcionais, garantindo a sua partida para o estrangeiro.

A contribuição dada por Luís Cabral à luta de libertação seria invocada como fundamento de tais medidas, às quais não serão também estranhas as diligências de alguns chefes de Estado, tentando assegurar a saída do país do antigo presidente.

Na residência guardada por soldados, que lhe serve de cativeiro, Luís Cabral ocupa quase todo o seu tempo a ler e, segundo algumas informações, o seu estado geral é «agora melhor».

Guiné-Bissau

A hora e a vez do comércio privado

Os comerciantes privados de Bissau constituíram uma comissão com a função de elaborar propostas sobre as reformas que as autoridades querem introduzir no comércio interno.

O alcance de tais reformas, indicam as informações existentes, consiste na privatização de todo o comércio a retalho, ficando reservada às empresas do Estado a função única de grossistas.

A comissão é presidida por Carlos Gomes, um dos mais importantes comerciantes privados de Bissau, dela fazendo também parte um português, Fernando Costa.

Domingo à tarde, a comissão esteve reunida durante várias horas numa sala do Banco Nacional com mais de cinquenta outros comerciantes, para discutir assuntos ligados à sua função.

Os comerciantes privados, cuja actividade estava muito limitada nos últimos sete anos, demonstram um certo optimismo em relação às perspectivas que agora se abrem.

Paralelamente, a comissão de inquérito à empresa de comércio do Estado, «Armazéns do Povo», está a investigar uma alegada fraude no valor de três ou quatro centenas de milhões de pesos.

Quando o PAIGC assumiu o controlo do país, transferiu de Conakry para Bissau grandes quantidades de mercadorias, sobretudo bens alimentares, que foram depois localmente comercializados pelos «Armazéns do Povo».

Segundo uma fonte da comissão de inquérito, estas mercadorias, representando ofertas feitas ao PAIGC nos últimos meses de luta, não figuram na contabilidade dos «Armazéns do Povo», suscitando-se, por isso, que as receitas da sua venda foram desencaminhadas.

Outras fontes, porém, afirmam que estas receitas serviram, nos primeiros meses da independência, para pagar aos funcionários públicos.

O director-geral dos «Armazéns do Povo», Francisco Coulli-

nho, bem como o subdirector, Adelino Moreira, foram afastados, no sábado, das suas funções.

Amnistia toca a todos até a colaboradores da PIDE

Rafael Barbosa será posto em liberdade até ao fim deste ano, indicou à ANOP uma fonte oficial.

Barbosa é o único preso político, anterior ao golpe de Estado de 14 de Novembro.

Há dois dias foi decretada uma amnistia que só não abrangeu Rafael Barbosa, mas o Conselho da Revolução prometeu apreciar oportunamente o seu caso.

Algumas informações sugerem que o Conselho da Revolução pretende realizar uma espécie de campanha de reabilitação de Rafael Barbosa, antes de anunciar a sua libertação.

O antigo dirigente do PAIGC, está a cumprir uma pena de quinze anos de trabalho obrigatório, em que foi comutada a condenação à morte que um tribunal de guerra lhe aplicou por crime de traição.

Em 1969, Barbosa abandonou o PAIGC e passou a colaborar com as autoridades coloniais portuguesas, nomeadamente com a PIDE.

Em Novembro de 1978, envolveu-se, a partir da prisão, numa tentativa de golpe de Estado de que Malam Sanhá foi o principal mentor, mas por este caso Barbosa foi amnistiado no sábado.

Na noite do golpe de Estado do mês passado, Barbosa foi libertado e levado à rádio para fazer uma «mensagem à população», mas, pouco depois, o Conselho da Revolução desautorizou-o e colocou-o sob residência fixa.

Os casos dos antigos membros do comando de Malam Sanhá, transfuga do PAIGC detido em Novembro de 1978 em Bissau e acusado de «tentativa de invasão», serão também examinados. Segundo indicações dadas após o golpe de Estado, certos membros deste comando tinham sido fuzilados e enterrados em fossas comuns descobertas após o golpe.

A Constituição foi apenas a gota que fez transbordar o copo de fel

Daniel Reis

Um golpe parturejado em razões justas de descontentamento popular levou ao poder na Guiné-Bissau o comandante Nino Vieira, à frente de um Conselho da Revolução formado por militares e pelo ministro dos Negócios Estrangeiros.

Os efeitos estão a ser profundos, quer continuem os recuos nos últimos dias, e tudo se limite a um reajustamento sem Luis Cabral e os seus homens, quer a linha política da Guiné-Bissau sofra uma inflexão de 180 graus, ao gosto de americanos, franceses e todos quantos apostam na via capitalista como solução para os males da humanidade.

De uma coisa se tem certeza: as feridas levarão tempo a cicatrizar, no tecido orgânico do PAIGC, na unidade com Cabo Verde, porque lutou e morreu Amílcar Cabral, e na própria sociedade guineense que tanto sofrera já para se libertar da exploração.

Os discursos e a prática

Por que aconteceu tudo isso, que razões profundas, económicas, políticas e sociais conduziram à ruptura? — São as perguntas que hoje se impõem. Contribuir para ajudar a responder a algumas destas dúvidas é o objectivo dos dados e das informações que oferecemos aos leitores do «Diário de Lisboa». Eles são amantes do nosso conhecimento de realidade guineense, por dois anos de cooperação, e dos contactos estabelecidos com personagens do drama já depois de concluído o espectáculo dos tanques e das espingardas passeando-se nas ruas de Bissau.

E a razão última (e principal) parece-nos situar-se no desprezo a que nestes anos de independência foi votada a Agricultura.

Bem podia o Presidente clamar na sua mensagem de Ano Novo: «Fazemos deste ano agrícola de 1979 um novo ano de glórias na construção de uma economia nacional independente». A escassez de chuva e a má distribuição pelos meses de Verão, resultaram noutra péssima colheita e no agravamento do «deficit» alimentar que normalmente de 50 mil toneladas de arroz.

Ao longo do ano passado os sintomas do descontentamento da raiva cresceram nos campos e chegaram à cidade, com os resultados conhecidos. Era manifesto que a agricultura continuava a não merecer a importância que justificaria num país tão dependente essencialmente, até para a sobrevivência social.

O próprio regime político dependente de arroz.

Os camponeses em brasa

Em meados de Outubro, um porteur do jornal «Nô Pintcha» ingressou alarmado do Sul. «Os camponeses estão em brasa», dizia ele, relatando depois da população de Xime, Caboniqui, Cato e outros lugares que não produzem nem mais um bo de arroz para além das suas necessidades alimentares. Têm trabalhado duramente no ano anterior e acreditado em impressas. Agora, ou o arroz lhe falta nos celeiros, porque os Armazéns do Povo não o compravam, para trazer para Bissau, ou, na posse do dinheiro suficiente de alguma venda, as coisas nada tinham para eles comprarem com esse dinheiro. Uma semana depois foi lá o próprio Presidente confirmar estes factos. As queixas não mudaram. Alguns ajustamentos foram feitos mas a situação não se alterou qualitativamente. Nas zonas fronteiriças do

Norte já há muito as populações se habituaram a percorrer os caminhos do Senegal para vender ali a sua produção de mancarra e arroz e o seu gado, trazendo em troca bicicletas, rádios, roupa, calçado e utensílios de cozinha.

«É difícil fazer um homem trabalhar se não há nada para ele comprar com o dinheiro que ganha» — reconhecia Luís Cabral em 1978. Mas nenhum passo decisivo foi dado na prática para alterar o circuito infernal que passava pelo Comércio, os Armazéns do Povo e o Banco Nacional.

O Relatório do Comité Central ao III Congresso bem proclamava como «primeira prioridade a agricultura para servir de base ao desenvolvimento nesta fase de transição» e bem decidia «dar prioridade à agricultura na Guiné para beneficiar em primeiro lugar o povo camponês».

A Assembleia Nacional Popular, de Maio último, alinhava na mesma corrente resultando líquida a decisão de dar um apoio prioritário aos camponeses. Só que, ao aprovar o Orçamento, reservou ao Desenvolvimento Rural apenas seis por cento do esforço de investimento destinado a projectos na capital do País.

Só o liceu, a auto-estrada e a central eléctrica consumiram uma verba superior à destinada ao Desenvolvimento Rural. O Orçamento ordinário também reservou à Agricultura apenas cinco por cento. Mais chocante ainda.

Os cento e tal mil contos gastos na auto-estrada davam para comprar umas centenas de motobombas susceptíveis de ajudar a suprir na época seca, uma boa parte, se não a totalidade, do actual deficit alimentar da Guiné-Bissau. Mas em Contubuel, onde está em curso a mais extraordinária experiência económica e social nos campos, ouviu eu o responsável pelas duas motobombas em torno das quais girava a produção alimentar de mil famílias lamentar-se de às vezes nem dinheiro haver para comprar gásóleo.

É bom que se diga, antes de um qualquer ignorante investido em comentador nas páginas impressas deste País, vir falar em «tendências colectivistas» do projecto político corporizado pelo PAIGC, que as grandes decisões para o investimento (auto-estrada, fábrica de montagem de automóveis, fábrica de oxí-acetileno, e Cumeré) foram tomadas à revelia e contra a opinião dos técnicos do planeamento e do próprio ministro Vasco Cabral e desenquadradas da política global do Partido. Uma vez mais pesou, aqui, a decisão do Presidente tomada a título pessoal ou para caucionar iniciativas de ministros como Armando Ramos.

É inadmissível que seis anos depois da independência, a Guiné-Bissau mantenha, possivelmente até agravado, o «defi-

cit» de arroz que herdou do colonialismo e que tudo continua a ser jogado em torno das 50 mil toneladas que se precisam no estrano jogo que se quer gastando as parcas divisas quer esperando a sempre requisitada ajuda internacional.

Salários mantêm-se preços sobem duas vezes

As dificuldades económicas, agravadas pelos erros apontados e sublinhados mesmo internamente, e pela inflação importada levaram a que o custo de vida tenha subido a um índice de 213 em meados de 1979 para uma base de 100, em 1975. Isto é, mais de duas vezes, enquanto os salários se mantinham praticamente iguais. Só agora o Conselho de Comissários do Estado, talvez na sua última reunião anterior ao golpe, decretou uma melhoria entre 10 e 20 por cento, para os salários mais altos e mais baixos respectivamente, numa média de aumento de 16 por cento.

A situação dos militares, essa degradou-se ainda mais com salários baixíssimos e manifestamente insuficientes para sustentarem as suas famílias. Ver um comandante transportar às costas para a tabanca o seu saco de arroz ou um soldado pedir cigarros eram cenas habituais em Bissau. Isto para quem fez 5, 10 ou até mais anos de duríssima luta de libertação.

O desprezo pela agricultura — que é como quem diz, pelos camponeses — teve a sua consequência no dinheiro investido em projectos industriais desenquadrados, na maior parte, de qualquer lógica de planificação ou de esboço de política económica e situados na capital, Bissau.

Sete projectos industriais em 76-77 exigiram investimentos de 12 milhões de dólares para criar apenas 373 empregos. Quase todos estes projectos foram implantados em Bissau o que, acentuou o êxodo dos campos, a sobrepopulação da cidade (110 mil em Bissau, para 770 mil no País), com o seu cortejo de desemprego, vadiagem, marginalidade e repressão.

O crescimento industrial foi muito mais rápido do que a capacidade de o organizar, gerir e aproveitar racionalmente. Resultado: o aparelho industrial funciona apenas a 30 por cento da sua capacidade naquilo que o Programa Bienal de Desenvolvimento 1980/81 chama «subutilização dramática do parque industrial».

Nino Vieira convidou Aristides Pereira a convocar o congresso

BISSAU - O Comité Permanente do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC divulgou ontem uma declaração em que convida Aristides Pereira a convocar um congresso extraordinário "para decidir do futuro do PAIGC enquanto partido binacional".

A declaração, assinada por João Bernardo Vieira, presidente do Conselho da Revolução, foi enviada a Aristides Pereira na qualidade de secretário-geral do PAIGC.

O documento responde ao telegrama remetido pelo presidente da República de Cabo Verde ao comandante de brigada João Bernardo Vieira

para lhe anunciar a criação do PAICV (Partido Africano da Independência de Cabo Verde) e afirmar o propósito de manter relações cordiais com a Guiné-Bissau a nível de Estado.

O Comité Permanente do Conselho Nacional da Guiné "reafirma a sua fidelidade indefectível a Amílcar Cabral e aos princípios do PAIGC", enaltece o papel desempenhado pelo partido na luta pela libertação das colónias portuguesas da Guiné e de Cabo Verde e condena energicamente a criação do PAICV.

No entender dos dirigentes guineenses, a criação do PAICV foi uma decisão unilateral.

Novo Governo de Bissau só tem naturais da Guiné

• Comunicados oficiais não fazem referência ao PAIGC

O Conselho da Revolução, que assumiu o Poder na Guiné-Bissau, na sequência do golpe de Estado que derrubou o anterior Governo, é presidido pelo comandante João Bernardo Vieira (Nino) e integrado apenas por naturais da Guiné, incluindo militares e civis. Os observadores notam que, nos seus comunicados, o Conselho não tem feito a mínima referência ao PAIGC.

Entretanto, o antigo presidente Luís Cabral, que se encontrava preso na ilha de Bubaque, foi levado ontem, ao fim da tarde, para Bissau, afirmando-se que se encontra detido na sua residência sob vigilância militar.

Sabe-se, por outro lado, que um membro do antigo Governo, o comissário do Fomento, Vasco Cabral, se encontra refugiado na Embaixada sueca em Bissau. Vasco Cabral foi ferido durante um tiroteio que se travou quando tentavam capturá-lo, tendo sido morto

o chefe do Serviço de Segurança e um alto funcionário do PAIGC.

Entre os militares que fazem parte do Conselho da Revolução contam-se o comandante Paulo Correia, que foi o chefe operacional do movimento, e outros oficiais superiores comandantes de unidades, as quais parecem ter aderido todas ao golpe de Estado. Os membros civis são, nomeadamente, Vitor Saude Maria, Manuel Saturnino, Vitor Freire Monteiro e Alexandre Nunes Correia, entre outros, não havendo ainda confirmação de que Rafael Barbosa faça também parte do Conselho, muito embora se saiba que está a colaborar com o novo órgão do Poder. Dos membros civis do Conselho, Vitor Freire Monteiro e Alexandre Nunes Correia são considerados moderados.

As novas autoridades de Bissau declararam, ontem, ao embaixador português naquela

capital, Meneses Cordeiro, ser sua intenção intensificar «cada vez mais» as relações com Portugal, e prometeram respeitar os acordos firmados entre os dois países.

O Conselho da Revolução advertiu indivíduos que tem estado a cometer actos de intimidação e banditismo contra cabo-verdianos de que tais acções devem cessar imediatamente.

Luís Cabral foi levado para Bissau a bordo de um helicóptero da Força Aérea. De semblante carregado, o antigo presidente desembarcou tendo ao colo uma filha de cerca de um ano e recusou-se a prestar declarações a um reporter da rádio local.

O facto de os comunicados do novo regime não fazerem qualquer referência ao PAIGC, veio reforçar a convicção generalizada de que o golpe de Estado marcou o fim definitivo do projecto de unidade entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde.

Fim prematuro do Projecto de Unidade

Luís Alberto Ferreira

Especial «DN»

Portanto, um golpe de Estado na Guiné-Bissau. Co-produzido, dir-se-ia, desde a melancolia e a superficialidade das confabulações populares até às estruturas mais fundas das Forças Armadas Revolucionárias do Povo. A ideia ou o fantasma do golpe de Estado picava os espíritos desde aquela madrugada esponjosa de 18 de Novembro de 1978, quando, encontrando-nos nós próprios em Bissau, Malam Sanhá e mais cerca de 20 homens, numa incursão (tocada de «ingenuidade?»), iniciada na fronteira do Senegal, se acercou da capital guineense para derrubar o regime chefiado por Luís Cabral. «Ingenuidade» até que ponto? Quantas sensibilidades nas franjas populares das tabancas, em núcleos das Forças Armadas, na pequena burguesia, não estariam receptivas ao discurso, ainda que truculento e desordenado, desse Malam Sanhá

carregado de estigmas da luta de libertação nacional? E' que, se a Malam Sanhá faltava, inequivocamente, credibilidade, autoridade para inspirar tomadas de consciência profundas e minimamente sérias, não há dúvida que ele, com o seu gesto, despoletava nas gentes guineenses fartas de viver sem esperança, sentimentos sigilosamente guardados. O regime, tranqüilamente reagiu á tentativa frustrada com abundancia verbal. Explicou que Malam Sanhá, refugiado desde há tempos em território senegalês, não tinha «projecto social», era um tribalista, um racista, autor de crimes vários durante a guerrilha de libertação. E ocorreu o julgamento conjunto de Malam Sanhá e do velho Rafael Barbosa, que regressava ao Tribunal de Guerra acusado de ter dado achegas á intentona (não obstante encontrar-se a cumprir uma pena de 15 anos de internamento num campo de tra-

(Continua na 4.ª página)

Fim prematuro do Projecto de Unidade

(Continuado da 1.ª pág.)

balho...?). O Tribunal de Guerra, afectado, do exterior, pela controvérsia no binómio Partido-Estado e pela restolhada do sentimento popular, suspenderia as audiências e retomá-las-ia, singulamente, muitos meses depois, sem que, contudo, a situação, a sorte dos réus se definisse de uma vez por todas. A acusação pedia, de novo, a pena capital para os dois réus, de perfis muito distintos, mas voltou a cair-se num impasse, até à morte recente, por «suicídio», de Malam Sanhá. Lá fora, na dureza ambiental das tabancas, no labirinto étnico das formações do pequeno funcionário, dos operários, dos estudantes que não encontravam horizontes qualitativos, cresciam os tentáculos duma insatisfação ditada pelo baixo nível dos salários e todo um estendal de carências alimentares e sanitárias.

As «blechas» que se formavam junto dos supermercados continham os indicadores do frágil e chocante poder de compra dos guineenses, com salários na sua quase totalidade devorados pela simples aquisição de uma saca de arroz cuja duração, em muitos agregados familiares, não contemplava exactamente os trinta dias de cada mês... Sabia-se que a taxa de mortalidade infantil na Guiné-Bissau era pouco menos que assustadora, e isso, no dizer de dirigentes incapazes já de ocultar a sua insatisfação, contra-tava dolorosa e estranhamente com o volume do auxílio financeiro obtido, sistematicamente, no estrangeiro. A um membro do Governo ouvimos, certa ocasião, o ano passado: «Não foi para isto que fizemos a luta de libertação nacional.» A's portas do «segundo» julgamento de Malam Sanhá e Rafael Barbosa, a situação dos grandes e verdadeiros problemas nacionais longe de clarificar-se caminhava para o impasse global. No tocante à aplicação das divisas provenientes das magras exportações de man-

carra e coconote, das peugas e principalmente da ajuda francesa, holandesa, sueca, norte-americana e jugoslava, o próprio Nino Vieira, falando numa sessão da Assembleia Nacional Popular, em 1979, proferia advertências muito significativas quanto à sua eventual disposição de combater os abusos e a corrupção. No seio do Partido e do Governo, eram evidentes os sinais de desgaste causado por inumeros focos de controvérsia, particularmente em torno da viabilidade do ambicioso complexo agro-industrial de Cumeré, a 40 quilómetros de Bissau, e em relação à vontade política que poderia animar a implantação em Bissau de uma segunda instituição de crédito, no caso o Banco Nacional do Desenvolvimento. Como se fosse pouco, no subsolo político e social destas problemáticas palpitava, silente, a questão filosófica do «projecto de unidade Guiné-Cabo Verde», cheia de seguimentos resvadiços, de amordaçadas reivindicações nacionalistas...

Assim, por este mosaico de indicadores, que, podemos afirmá-lo, está bastante longe de focar toda a realidade guineense, pode ver-se que resulta inadmissível a teoria de que o golpe de Estado em Bissau fica a dever-se ao carácter da nova Constituição recentemente aprovada e que, segundo os observadores, envolvia uma forte carga «presidencialista». Não se trata de uma componente de somenos, mas as causas fundamentais apontam de facto para o conjunto dos erros da governação e das precárias condições de vida da maioria da população guineense, das indefinições de modelo social e perante a complexidade das questões levantadas pela presença de cabo-verdianos no campo decisório da nação.

Golpe de Estado em Bissau dirigido contra o PAIGC

afirmou Pedro Pires em Cabo Verde

O primeiro-ministro de Cabo Verde, Pedro Pires, declarou ontem, num comício efectuado na vila de Assomada, na ilha de Santiago, que o golpe de Estado na Guiné-Bissau «foi sobretudo um golpe no interior do PAIGC», salientando: «Não se pode pretender ser do Partido para a Independência da Guiné e Cabo Verde sem construir a unidade entre Cabo Verde e a Guiné-Bissau.»

No discurso, em que apresentou a sua candidatura a deputado pelo círculo de Santa Catarina, com vista às eleições de 7 de Dezembro para a Assembleia Nacional Popular, Pedro Pires afirmou que «não é verdade que o partido saia reforçado do golpe de Bissau, como dizem os novos dirigentes».

O primeiro-ministro perguntou se «os novos dirigentes de Bissau querem de facto a unidade, embora continuem a falar no PAIGC e em Amílcar Cabral», e disse à multidão que assistia ao comício, realizado na ilha de Santiago, a propósito das execuções sumárias que teriam sido praticadas na Guiné-Bissau, que «não aprova

nem cauciona os actos de ninguém que mata a sua gente».

Pedro Pires, que se referiu sempre aos novos dirigentes de Bissau como «companheiros» e não como «camaradas», acrescentou: «Se isso se passou na Guiné, é da responsabilidade de todos, grandes e pequenos, e não me venham agora dizer que não sabiam. Não acredito que um primeiro-ministro e outros altos responsáveis não soubessem o que se passava e o que se fazia na sua terra. Então, não estavam com os pés no chão. Não podem agora vir dizer que não sabiam, que não viam, que não matavam.»

Realçou que não pretendia justificar nada, mas apenas juntar dados para a compreensão dessas mortes, que «terão acontecido num clima de guerra e numa terra onde o dirigente do PAIGC foi morto, a tiro, pelos colonialistas».

Quanto aos comandos africanos que lutaram ao lado dos portugueses, disse que «como se dizia na Guiné e em Cabo Verde, eles eram cachorros de dois pés e cachorros de guerra».

O primeiro-ministro cabo-verdiano, membro do Bureau Político do PAIGC e um dos quatro mais altos militares das FARP, atacou duramente os que acusam Cabo Verde de pretender dominar e colonizar a Guiné-Bissau.

«O povo de Cabo Verde não é parasita nem colonizador de ninguém. É um povo que se viu obrigado a sair da sua terra para fugir às secas e à fome e para ganhar a sua vida», frisou.

O primeiro-ministro declarou, ainda, que «o problema com os companheiros da Guiné-Bissau é que talvez a nossa ideologia, as nossas ideias e a nossa política não sejam iguais às deles» e salientou que Cabo Verde «não tem interesse em cortar relações com a Guiné-Bissau», acrescentando ser necessário «aclarar e discutir tudo, apesar de toda esta confusão».

A terminar, reafirmou a vontade de Cabo Verde em tornar-se num «exemplo, em África, ao mostrar que saberá construir uma verdadeira democracia participativa».

Parece nítido que o PAIGC morreu

- Banco Mundial concede crédito a Bissau
- URSS reconheceu o novo regime

Um acordo entre o Banco Mundial e Bissau com vista à concessão de um crédito no montante de sete milhões de dólares (350 mil contos) vai ser assinado em Washington. Negociado ao longo dos últimos meses, este crédito destina-se a financiar o desenvolvimento das pesquisas petrolíferas, que deverão iniciar-se em Dezembro. A assinatura está prevista para 3 de Dezembro e levará à capital americana o membro do Conselho da Revolução, Samba Lamine Mane.

A Guiné-Bissau pediu, entretanto, aos Estados Unidos ajuda alimentar de emergência, dadas as carências que se verificam no país. Os dirigentes guineenses pretendem a concessão de quatro mil toneladas de arroz e tudo indica que os EUA responderão positivamente ao pedido.

A União Soviética, por seu turno, reconheceu ontem formalmente o novo regime esperando-se que o gesto de Moscovo seja seguido por outros semelhantes dos restantes países do Leste. Foi o embaixador Lev Krilov que comunicou o reconhecimento ao comandante Nino Vieira durante uma audiência classificada pela embaixada de «muito calorosa».

Enquanto o Conselho da Revolução afirma que «tem a certeza de que existia um projecto de eliminação física de Bernardo Nino Vieira, atribuído a Luis Cabral e ao «seu grupo» obviamente antes do 14 de Novembro, o MPLA — Partido do Trabalho — enviou uma mensagem de solidariedade a Aristides Pereira, tendo a mesma sido entregue pessoalmente na Guiné da Praia ao dirigente cabo-verdiano por António dos Santos França (Ndaba) e Afonso Van Dunen.

Diogo Pires Aurélio

Enviado especial

A diferença de atitudes entre as lideranças de Bissau e da Guiné da Praia a respeito dos acontecimentos ocorridos no dia 14 constitui, neste momento, o principal problema de natureza política com que se debatem as forças, militares e civis, que depuseram Luis Cabral.

O encontro entre Nino Vieira e Aristides Pereira continua incerto, enquanto sobre o tom das acusações de parte a parte, pondo em risco o futuro do PAIGC tal como Amílcar Cabral o pensou. Tem-se mesmo a impressão de que uma das partes não tardará a romper, embora nenhuma queira assumir essa responsabilidade, pois pretendem ambas vir a ser o herdeiro do partido original

e acusar a outra de traição. Na Guiné, Luis Cabral continua preso e com um cadafalso que sobe de dia para dia. Em Cabo Verde, a atitude para com os «golpistas» não recua. Aristides Pereira e subtilmente envolvido pelos guineenses na responsabilidade dos fuzilamentos. E perante as provas que continuam a avolumar-se, o dirigente cabo-verdiano vê-se no dilema de romper com Bissau ou deixar cair Luis Cabral. Em qualquer dos casos parece nítido que o PAIGC morreu. As declarações em contrário que ainda vão fazendo os seus dirigentes, têm objectivos, mas, são desmentidas pelos factos.

Tal problema não chega, todavia, para afectar a vida calma desta cidade, onde não se vislumbra qualquer

(Continua na 6.ª página)

Novos dirigentes anunciam para os próximos dias

Guiné-Bissau divulgará lista das vítimas dos massacres

• Admite-se que a morte de Amílcar Cabral se deva a divergências existentes no interior do PAIGC

Diogo Pires Aurélio
Enviado especial

Os novos dirigentes da Guiné-Bissau vão divulgar, nos próximos dias, a lista dos cerca de 500 homens que teriam sido abatidos sem julgamento prévio pelo regime deposto a 14 de Novembro. Dessa lista, a que conseguimos ter acesso, constam sobretudo nomes de agentes da ex-FIDE, desertores do PAIGC durante a guerrilha e implicados nas várias tentativas de sublevação verificadas após a independência.

Tudo indica que o segundo capítulo do processo de Luís Cabral, constituído pela alegação de corrupção do aparelho económico, conhecerá também, dentro em breve, abundante desenvolvimento com toda a espécie de inquéritos que se sabe estarem a ser preparados.

Mas até lá, os seus sucessores no poder vão procurar tirar o máximo partido desta primeira fase ocupada com a revelação dos massacres. Para o efeito, os responsáveis pela informação desdobram-se em comunicações, acompanhadas de visitas às valas comuns que contém os cadáveres das vítimas e que estão a ser amplamente divulgadas através de fotografias que rondam o trágico, senão o macabro. Diz-se, entretanto, que poderão existir ainda outras valas, para além daquelas que se encontram junto ao Mansoa, a 70 quilómetros de Bissau, em Macaba e em Cumere.

Segundo a versão oficial, foi depois do 14 de Novembro que os soldados que participaram nos fuzilamentos começaram a denunciar o que se passara e só então a maior parte dos

dirigentes tomou conhecimento. Por coincidência ou não, o facto é que a sua divulgação pública começou logo a seguir às tomadas de posição de Cabo Verde favoráveis a Luís Cabral. Consta, efectivamente, que o ex-presidente esteve à beira de ser libertado e seguiu para o estrangeiro no mesmo avião em que partiu o ministro da Economia, Vasco Cabral. Nesse sentido pareciam apontar as declarações das forças vencidas, durante os primeiros dias. Deusa, porém, o volte-face, a que por certo não são estranhos os ataques de Aristides Pereira. Nessa altura, o Conselho da Revolução ter-se-á dado conta de que teria, primeiro, de demonstrar as razões por que fizera o golpe de estado. E veio então a revelação dos massacres.

A lista de cadáveres que

consultamos e que foi elaborada a partir dos registos da segurança, transcreve também as razões que teriam levado à prisão essas vítimas do anterior regime, desenvolvendo alguns pormenores tendentes a demonstrar as arbitrariedades e impunidades de actuação dos serviços da segurança, já depois da entrada em Bissau. Falase, por exemplo, de homens presos por desertarem em virtude de terem os pais incapacitados; outros, por terem dado guarda apenas por uma noite a algum participante na rebelião liderada por Malan Sainá, em Novembro de 70; outros ainda, só por se suspeitar que teriam dado informações à PIDE ou pertencido à ANP; outros, finalmente, por estarem ligados a Flung,

(Continua na 6.ª página)

Massacres e novo Poder na Guiné

Continuado da 1.ª página)

movimento que conspirou logo em 75, ou por terem sido comandos africanos ao serviço do Exército Português.

Paralelamente a estes dados, as autoridades estão empenhadas em averiguar aquilo a que alguns chamam a tentativa para liquidar o actual presidente, Nino Vieira, tentativa essa que teria feito antecipar o golpe de 14 de Novembro, inicialmente previsto só para o dia 16. Mesmo antes das averiguações, certos membros do Conselho da Revolução apontam já os principais implicados nessa conjura: Luís Cabral, José Araújo (que se deslocara poucos dias antes a Lisboa onde, segundo a mesma acusação, teria por papel explicar o previsto afastamento de Nino) e Constantino Teixeira, ex-ministro do Interior, que foi também surpreendido em Lisboa pelo golpe e que, mesmo assim, regressou a Bissau, sendo imediatamente detido. A propósito, deve dizer-se que José Araújo, que foi o homem forte do partido em Bissau durante estes anos, é neste momento um dos principais alvos do CR, que o considera o principal conselheiro de Luís Cabral e de Aristides Pereira, podendo estar agora a influenciar este último contra o novo poder da Guiné.

É provável que, a este respeito, novas alegações venham a surgir nos próximos dias. Nem tudo, porém, é simples neste processo.

E com as alegações, surgem os problemas. O primeiro, e talvez o mais difícil, que detectámos em vários círculos diplomáticos mas que salta aos olhos de qualquer observador minimamente distanciado dos acontecimentos, consiste em saber como pode o novo poder da Guiné-Bissau ter vivido até agora na ignorância de factos tão gritantes. A esta pergunta, que se ouve com frequência em Bissau, responde o CR dizendo que Luís Cabral e os seus três ou quatro cúmplices, que estão agora presos ou no estrangeiro, detinham de forma absoluta o sector nevrálgico da segurança. Mas seria possível que todos os elementos do CR e do Governo, órgãos constituídos basicamente pelos mesmos nomes que eram poder com Luís Cabral,

estivessem cegos perante os factos? E Nino Vieira, que era primeiro-ministro e que, além disso, foi e continua a ser o chefe a quem todos obedecem no Exército, como poderá ele apresentar-se agora como inocente que acusa? Ao pormos esta mesma questão a um dos actuais dirigentes, frisando-lhe o facto de uma das valas ficar a escassos cem metros de um quartel, foi-nos respondido que a pergunta deveria ser feita a Luís Cabral, que conseguiu fazer tudo no segredo dos deuses. Mas Nino Vieira foi o homem que comandou as operações de captura dos implicados no golpe de Malan Sanha, segundo se diz, depois de este, chegado a poucos quilómetros de Bissau, lhe mandar recado para que se juntasse aos revoltosos.

Mais que os massacres, está em causa a sua avaliação

Por outro lado, é curioso que o actual presidente do CR tenha afirmado, no primeiro comício a seguir ao 14 de Novembro, que foram mortos alguns dos «melhores filhos da Guiné». Porém, quando verificamos a lista, damos-nos conta de que nenhuma menção especial se lhes faz. E, admitindo que eles lá estejam no papel de soldados desconhecidos, não é fácil imaginar como o CR os mistura com agentes da ex-PIDE e comandos de Marcelino da Mata. Pior que isso, quem se lembraria, ainda há um ano, de condenar o facto de terem sido mortos elementos que o Partido sempre considerou como os seus piores inimigos e que, já depois do golpe, Pedro Pires classificava em Cabo Verde como «cachorros de dois pés»?

Entramos aqui no segundo problema que se levanta. De facto, é pelo menos estranho que a questão surja nestes termos na boca de dirigentes do PAIGC que de um momento para o outro apelam para o direito universalmente consagrado. Mais que os massacres, de cuja existência já ninguém duvida, está em causa a sua avaliação. E a esse respeito teremos de afirmar que eles foram praticados em nome de um código de guerra que para se legitimar prefere

os factos à imutabilidade das leis. Luís Cabral fez perdurar esse código, trazido da guerrilha, para além da data da independência, em contradição, aliás, com apelos que vinha fazendo para a criação de um Estado de Direito. Ao mantê-lo, deu lugar certamente a injustiças de muita ordem, como, por exemplo, a morte por asfixia de mais de cem detidos na prisão de Farim, muitos dos quais teriam sido simples camponeses apanhados na fronteira do Senegal juntamente com revoltosos que fugiam. Talvez não pensassem, nem ele, nem possivelmente os que agora o acusam, que tais actos viriam a ser expostos um dia perante a lei universalmente aceite.

Em questão a morte de Amílcar Cabral

E de prever que muita água venha ainda a correr por baixo da ponte dos massacres. E talvez alguma dessa água vá dar a explicação da morte de Amílcar Cabral, uma vez que, neste momento, já ninguém acredita que tenham sido as tropas portuguesas e tudo leva a crer que o fundador do PAIGC foi vítima das divergências existentes no seio do partido. Consta mesmo que Sekou-Touré, no auge da querela com Luís Cabral, teria ameaçado fazer luz sobre o assunto. Resta saber até que ponto os novos dirigentes poderão levar a cabo averiguações desse tipo. Para já, o processo está aberto e as contradições abundam. Basta ver o facto de Rafael Barbosa, um homem que acabou por colaborar com os portugueses e que participou em sublevações, ter sido libertado e levado à rádio a falar antes de Nino Vieira. Um membro de CR explicou-me esse por menor dizendo que se tratava de precipitações que ocorreram sem que o Exército pudesse controlá-las. A verdade, porém, é que Rafael Barbosa continua em liberdade, ainda que vigiada, e contou-me alguém que assistiu aos acontecimentos que, na hora em que ele começou a falar no rádio, se levantou por toda a Bissau um clamor de aclamação.

Está fora de questão que o PAIGC ficou irremediavelmente desfeito

Continuado da 1.ª página)

a que ficou reduzido o PAIGC. Se em relação ao primeiro destes objectivos é de temer que o novo poder guineense venha a intensificar os ataques, interpretando o silêncio como cumplicidade, em relação ao segundo está já fora de questão que o partido de Amílcar Cabral foi irremediavelmente desfeito. Nestas condições é de prever que os próximos passos a dar por Cabo Verde sejam destinados apenas a resolver a situação melindrosa de Luis Cabral, assunto em que poderá ser necessária a intervenção de qual-quer intermediário. Entre os países mais bem colocados para desempenhar esse papel fala-se, naturalmente, de Angola e Moçambique.

Entretanto, em Bissau, as dificuldades nesta matéria não são menores. Foi óbvio o recuo das forças mais em evidência nos primeiros dias do golpe, as quais propunham uma acção marcadamente anti-cabo-verdiana. Para elas veio o aviso de Maputo, condenando os excessos de nacionalismo. Mas veio, também, a reflexão de guineenses mais realistas que se aperceberam logo de que essa linha de acção, para além de implicar o grave risco de isolamento internacional, esvaziaria completamente a Guiné de qua-

dos intermediários. Foi isso que fez voltar de novo a Bissau a palavra PAIGC. Só a palavra, porque o partido continua com a grande maioria dos seus dirigentes na prisão ou no exílio.

Mas não só em Cabo Verde a atitude é de grande expectativa. O grupo de Nino Vieira esforça-se, de resto, por demonstrar que não há razão para quaisquer reconhecimentos, dado que nada se passou, na sua perspectiva, para além de um simples reajustamento de quadros. A verdade, porém, é que, de fora, todos parecem esperar para ver até onde irá esse reajustamento. E até agora apenas cinco Estados reconheceram a nova situação: a Guiné-Conakri, a Libéria, a Mauritânia, o Brasil e a URSS.

Conakri saudou o novo regime, mandou-lhe emissários e um barco de abastecimentos, com uma rapidez que motivou interrogações. E conheceda a velha ambição de Sekou Touré: recriar a grande Guiné que existia antes da partilha pelos colonizadores franceses e portugueses. Há poucos meses, ao desembarcar em Bissau, afirmou logo no aeropor- to: «isto não é uma visita ao estrangeiro; estou em casa, na grande Guiné.» Mas Luis Cabral não se moveu e o di-forendo nas fronteiras marítimas agravou-se ainda mais. As novas autoridades recusam as

interpretações que dão Sekou Touré como envolvido no 14 de Novembro. E mesmo os sectores próximos do ex-presidente atribuem o golpe unicamente a factores de natureza interna. O que não exclui, como é óbvio, a hipótese de que Conakri ter tentado abertamente a imediata colagem aos vencedores. E essa colagem que explica, de resto, o silêncio do Senegal, a quem interessaria, acima de tudo, a conservação de um Estado na Guiné-Bissau que mantivesse Sekou Touré à distância, sejam quais forem os sentimentos desse Estado para com Dacar.

Este xadrez da África Central complica bastante qualquer explicação do golpe em termos de pró-sovietismo ou pró-americanismo. A evolução dos acontecimentos poderá vir a aproximar a Guiné-Bissau do modelo económico deste ou daquele bloco. Mas isso não chega para inserir a sua participação no desencadear do golpe. E, pelo menos durante algum tempo, as presenças do Leste e do Ocidente na ex-colónia portuguesa continuarão a interpenetrar-se. Luis Cabral, seguindo os princípios do PAIGC, proclamou sempre o não alinhamento. Isso abriu-lhe as portas de muitos países e instituições ocidentais cuja presença se traduzem em alguns sectores da vida do país. Mas os soviéticos não foram

esquecidos. Os instrutores do exercício eram, desde os tempos da guerrilha, generais de Moscovo. Consta, mesmo, que o acordo técnico-científico de incidência militar que esteve para ser negociado com Portugal, aquando da visita a Bissau de Ramalho Eanes, foi de tal maneira contestado pelos soviéticos que acabou por ficar na gaveta. Por outro lado, no sector da informação, apontase com insistência o facto de a rádio e o jornal oficiais terem colnseguido a proeza de não tocar ao longo de todos estes meses na questão do Alaganção, ainda que para tanto tenham sido forçadas a referir, dos Jogos Olímpicos, apenas os países que participaram sem explicar as ausências. Nos primeiros momentos do golpe, vários indícios apontavam para a neutralização dessa quota-parte de influência de concelheiros soviéticos foram guardados no edifício onde estão alojados e os cubanos le- balizada. Falou-se muito, além disso, dos contactos de Nino Vieira em Portugal e em França poucas semanas antes do golpe. O próprio Sekou Touré, que desde há dois anos se tornou repentinamente um acérrimo adversário dos soviéticos, parecia apontar nesse sentido. Só que, passados al-

guns dias, os novos dirigentes já estavam a minimizar e al- gung até a negar o certo no edifício dos conselheiros soviéticos. E a verdade é que Moscovo, depois disso, reconheceu os novos dirigentes.

Por aqui se vê um pouco a tentativa de refazer o «puzle» de influências numa zona estratégica e economicamente tão importante como poderá vir a ser esta. Os próximos tempos dirão quais aquelas que irão prevalecer. Para já, é significativo que estejam a regressar a Bissau alguns dos principais opositores do PAIGC para os quais, de resto, apelou Nino Vieira. Na mesma onda se devem ainda incluir o reconhecimento por parte do Brasil, país que desde há muito vem tentando alargar, a partir de Guiné, a sua influência no âmbito mais vasto da Comunidade Económica dos Estados da África Ocidental (CEDEAO). Se estivessemos na Europa as conclusões poderiam desde já començar a formular-se. Mas em África, como vimos, as evidências estão um pouco mais atenuadas.

Bissau: um golpe fácil numa situação que continua difícil

O golpe foi fácil e quase não houve sangue.

Mas não foi claro e muitas dúvidas se levantam, mesmo até entre aqueles que saíram vencedores. Para além da calma aparente, qual a estabilidade que a nova situação poderá proporcionar?

Diogo Pires Aurélio

Enviado especial

A cena passa-se à beira das valas onde estão sepultados os cadáveres dos fuzilados na Guiné depois da independência. Paira no ar um cheiro de morte agravado pelo calor e a humidade da floresta africana. Joseph Turpin, de quem se diz ter sido preso às primeiras horas do golpe mas que logo se tornou um dos homens mais em evidência da nova situação, exclama para os presentes: «nem o colonialismo foi tão longe!» Um soldado presente confirma que assistiu aos fuzilamentos. Alguém pergunta: «E Nino Vieira não sabia?» O soldado hesita e é Turpin quem se apressa a responder. Negativamente.

Esta questão dos fuzilamentos não é a única a evidenciar a teia de contradições em que, por enquanto, se enreda o golpe desencadeado a 14 de Novembro. O discurso dos novos dirigentes bem se esforça por atirar revelações o mais espectaculares para cobrir o poço de dúvidas que se levantam ainda. Mas conviria talvez dizer que não se tem tratado tanto de revelações como de interpretações diferentes para factos que, com mais ou menos pormenores, todos conheciam. Ignorar esse aspecto, aceitando acriticamente o discurso do actual Poder, seria confundir justificações com informações. E passar a idolatrar, hoje, Nino Vieira com a mesma facilidade com que se idolatrava, há três semanas, Luís Cabral, pode muito bem significar o candidatar-se a idolatrar qualquer sucessor que eventualmente venha a ter o líder do 14 de Novembro.

Vejamos então por partes. Já que são muitas as partes de onde a questão pode e está a ser vista.

1— Houve fuzilamentos. Os vencedores denunciam e os vencidos não negam. Os primeiros dizem que não sabiam. Mas acrescentam que o povo sabia e só não denunciava porque tinha medo. Em que ficamos? Nenhum dos novos dirigentes, a maioria dos quais são apenas dirigentes de novo, pertencia a esse povo que sabia? Seria estranho, até porque qualquer observador atento que tenha vindo a Bissau, ao longo destes anos, ouviu falar disso. E mesmo que não fosse assim, a denúncia que fez o próprio Luís Cabral, em plena Assembleia Nacional Popular, sobre a facilidade com que a segurança estava a actuar, bastaria para fazer reflectir.

2— Porque houve fuzilamentos? Os dirigentes afastados dizem que essa é a pena prevista na lei guineense para os implicados em golpes de Estado, recusando, portanto, que tenham sido fuziladas pessoas pelo simples facto de serem comandos. Até que ponto não houve mortos por simples suspeita, é uma questão que se pode pôr e a que os responsáveis do PAIGC não poderão responder facilmente uma vez que não divulgaram oficialmente as condenações. Esse terá sido, aliás, o grande erro em toda esta questão, de acordo com uma fonte próxima de Luís Cabral, que nos frisava o exemplo do fuzilamento dos mercenários em Angola. E essa falta de informação constitui, neste momento, a grande arma dos partidários de Nino Vieira. É devido a ela que essas mortes poderão ser agora apresentadas como mas-

sacres que impressionam a opinião internacional. Mas tal acusação, sendo absolutamente coerente quando pronunciada por aqueles que sempre se opuseram ao PAIGC, aos seus princípios e aos seus métodos, não deixa de causar estranheza quando ouvida na boca de alguns dos principais dirigentes do partido que durante anos tomaram decisões ao lado de Luís Cabral. Aliás, é curioso verificar como alguns deles chegaram a incriminar o próprio secretário-geral, Aristides Pereira, e como o Conselho da Revolução, no seu conjunto, foi obrigado a recuar publicamente nessa matéria.

Levando estas dúvidas até ao fim, feremo-nos de perguntar: serão os massacres, ou mesmo a questão da corrupção, factores determinantes do golpe? Nada nos garante que assim terá sido, não obstante a nebulosidade que paira sobre o caso. Terá sido então o problema da nova Constituição aprovada em 10 de Novembro? Há quem lhe chame a «gota de água» embora o próprio Nino Vieira confesse que começou a preparar o golpe no dia 2. É verdade que Mário Cabral, porta-voz do CR, foi um dos que mais se opuseram ao projecto constitucional de Luís Cabral. A questão ficou decidida no Conselho Nacional da Guiné do PAIGC, com a obrigação de nenhum dos seus membros voltar a discutí-la aquando da sua apresentação na Assembleia. Mário Cabral, porém, ousou fazê-lo. O seu afastamento do par-

impressionam a opinião internacional acusação, sendo absolutamente ando pronunciada por aqueles que usaram no PAIGC, aos seus princípios, métodos, não deixa de causar quando ouvida na boca de alguns dos dirigentes do partido que duvidaram decisões ao lado de Luís Cabral, é curioso verificar como alguns ram a incriminar o próprio secretário Aristides Pereira, e como o Conselho, no seu conjunto, foi obrigado blicamente nessa matéria.

estas dúvidas até ao fim, teremos r: serão os massacres, ou mesmo a corrupção, factores determinantes. Vada nos garante que assim tenha obstante a nebulosidade que paira so. Terá sido então o problema da ituição aprovada em 10 de Novembro em lhe chame a «gota de água», próprio Nino Vieira confesse que preparar o golpe no dia 2. E ver- Mário Cabral, porta-voz do CR, foi e mais se opuseram ao projecto al de Luís Cabral. A questão ficara o Conselho Nacional da Guiné do a obrigação de nenhum dos seus voltar a discuti-la quando da sua o na Assembleia. Mário Cabral, po- fazê-lo. O seu afastamento do par-

tido ficou, desde então, na forja sob a alegação de ter violado a disciplina interna.

Põe-se, todavia, a questão: se o Presidente a quem a Constituição atribuía todos os poderes não fosse Luís Cabral mas qualquer dirigente da facção que saiu vencedora, por exemplo, o próprio Nino, ela teria sido tão contestada? Não serão as Constituições africanas, salvo raras excepções como a do Zimbábue, todas elas presidencialistas? São pormenores deste tipo que nos obrigam a levar o problema para outros parâmetros. E desde logo, deparam-se-nos os factores de natureza pessoal, secundados por factores de natureza étnica jamais ultrapassados.

São conhecidas as rivalidades tribais e culturais que sempre se manifestaram entre as populações da Guiné-Bissau, designadamente entre os balantas e os fulas e entre os muçulmanos e os não muçulmanos. Durante a luta contra as tropas portuguesas, essas divergências atenuaram-se. Mas é curioso que Nino Vieira, um homem do sul, tenha feito o golpe com duas unidades: uma, foi a dos blindados, sediada em Bissau; a outra, veio da sua terra. E mesmo em relação aos muçulmanos, não falta quem se interrogue se não estarão ligados aos acontecimentos alguns dos líderes africanos que defendem um expansionismo com base no Alcorão. Não é, porém, necessário ir-se tão longe, ainda que se deixe no ar a

hipótese. Para se avaliar a componente do golpe chegam as manifestações anti-verdianas que ele assumiu nos primeiros

Tais rivalidades vêm, de alguma forma, em causa o projecto de unidade delineado Amílcar Cabral e que constituiu, até aqui, desiderato mais ou menos longínquo, por mente repetido, mas sem tradução significativa na realidade das populações. Deve não, aliás, que não se tratava de qualquer de de somenos importância no programa do tido. Pelo contrário, era uma das tr mestras, e é que hoje se está a passar r senta um falhanço histórico a imputar à de Amílcar Cabral. Um falhanço que talha duza as dimensões da sua mensagem a compêndio de luta contra a dominação col sem uma perspectivacão rigorosa dos Est que só constituiriam após a vitória. E sem este facto retire um milímetro qu seja a do do pai da independência da Guiné e de Verde, ele pode, no entanto, vir a determ inflexões significativas na evolução dos países.

O repouso dos guerreiros

E chegamos aqui a um outro aspecto questão. A luta que se arrastou durante em circunstâncias para as quais não há a simples determinação política, gerou um digo logicamente baseado na coragem e capacidade bélica. Foi a partir dele que se nizou toda uma sociedade, com as suas e as suas hierarquias, próprias de um de guerra. A partir dele se geraram tam as primeiras inimizades. Algumas teram, mado Amílcar Cabral e outras nunca sanadas, como os últimos acontecimentos monstros. Mas a pior das suas consequ terá sido, com certeza, o facto de esse ser transplantado para a Guiné-Bissau indente. Muitos dos heróis, quando colocado Poder, revelaram-se de uma incapacidade t. Os vencidos em 14 de Novembro diziam, exemplo, que Nino Vieira foi mandado est para Cuba, em 1977, porque não estava à al para desempenhar as funções de um mudo do Exército.

Mas, pior do que isso, o Poder terá ger também a corrupção de alguns dirigentes quando não houve corrupção, houve talvez certo desfrutar da paz, um repouso de gu ros nem sempre isento de reparos. De algum não é apenas dos vencidos, muito pelo co rio) se diz, por exemplo, que recusavam b outra coisa que não fosse «champagne», gando que já tinham bebido no mato n água insalubre. Convenhamos, todavia, que é um dos muitos aspectos em que convém e de sobreaviso, por mais exageros que ten existido. Num país em que falta tudo e que a miséria impera desde há séculos, a trivial das vidas, com fato à europeia, ca automóvel até ao emprego, corre o risco de rotulada de ostentação, sobretudo quando necessário incriminar. Mas por mais que n

(Continua na 19.ª pág)

Parece nítido que o PAIGC morreu

Continuado da 1.ª página)

rios dos recentes acontecimentos, a não ser aqueles de deixa a fotografia do residente de posto, retirado de todos os edifícios. Na entrada de uma loja, assistimos mesmo ao facto de Raulino Eanes continuar existindo, desde que aqui vejo dois anos, enquanto a cidade se vislumbra apenas os restos do papel que moldurava Luís Cabral.

Mas que foi que aconteceu aqui, afinal neste 14 de Novembro que já quase se tornou longínquo, de tal forma o novo poder se consolidou? Foi um golpe de estado segundo as regras de Maratona, uma revolução na revolução, como apontam algumas versões mais apolíticas dos acontecimentos. Foi, tão-só, um reajustamento dos quadros políticos à vista do saneamento de Luís Cabral e seus discípulos, como preferem aqueles que lhe sucederam no Poder? Em qualquer dos casos, acontecimentos tiveram origem um impulso de direita ou de esquerda? As raízes morrem nas fronteiras da Guiné-Bissau, ou vão de mais longe?

Os vencedores é que escrevem a História

Sejam realistas. Algumas das perguntas não vão poder encontrar uma resposta que não seja a dos vencedores, uma vez que, como sempre acontece, serão eles a escrever a História. Para nós, assim, esperar pelo evoluir dos acontecimentos venha confirmar ou mentir a versão que até aqui tem sido apresentada, já, o que se pode adiantar é que tal versão é recusada em quase toda a linha pela República de Cabo Verde, que não é assim tão pouco perscrutadora que não se trancenas de um país tido como amigo, mas de um país cujo presidente é secretário-geral do partido que governa Guiné-Bissau.

Todas as narrativas do golpe destacaram em grande plano as rivalidades entre os povos destas duas ex-colónias portuguesas como factor dominante. Independentemente de se saber até que ponto isso pesou, é justo que se continue a observar essa ponta do véu, dado que, segundo tudo indica, nela reside se não a origem, pelo menos o destino do movimento iniciado a 14 de Novembro. Foi notório, a princípio, o cuidado das novas autoridades em evitar qualquer tentativa de «pogrom» contra os cabo-verdianos que trabalham em Bissau. No entanto, para o homem comum, que dos factos retém apenas as razões mais sonantes, o predomínio dos nativos de Cabo Verde no aparelho de Estado e do Partido, real ou fictício, foi o motor do golpe. Basta falarmos com eles, e ouviremos essa resposta. Por outro lado, enquanto eram retratados os propósitos de fidelidade ao PAIGC, a sede do Partido na capital guineense era revistada e os seus funcionários mandados para casa. Isso explica, talvez, a reacção violenta de Aristides Pereira, que apelou às instâncias internacionais para que fossem garantidos os direitos dos dirigentes depostos. E aí, os acontecimentos em Bissau tomaram outro rumo: a fase em que chegou a anunciar-se o embarque de Luís Cabral para a Cidade da Praia deu lugar àquela em que começou a engrossar a lista de acusações contra ele, sobretudo a macabra revelação das valas comuns com corpos de dissidentes fuzilados sem culpa formada. Era a contra-ofensiva de Bissau relativamente a Cabo Verde, toda ela tendente a «rejeitar a unidade a qualquer preço». Foram essas, aliás, as palavras de José Turpin, assessor do Conselho da Revolução, ao mostrar à Imprensa e aos diplomatas estrangeiros as passadas dos dissidentes: «É este o preço da unidade?»

A questão da unidade tem a ver, e muito, com a vida destas duas novas nações africanas. O princípio, como se sabe, leva autor: Amílcar Cabral, pai reconhecido e de intocável memória em qualquer delas. Nessa base se criou um partido que visava a independência de ambas, mas que só tinha condições de luta efectiva e militar na Guiné-Bissau. Para aqui convergiram, pois, todos os esforços do PAIGC. Dá-se a independência, e os quadros, entre os quais predominavam os de origem cabo-verdiana, são divididos pelas duas ex-colónias. Em fundo, ficava o desiderato, transmitido por Amílcar Cabral, da unidade dos dois Estados. Para quando? Os documentos entretanto elaborados nunca foram muito explícitos, preferindo falar da «dinâmica de criação das condições de acesso à unidade». Assim se prolongou essa situação, alimentada apenas pela mistica da guerrilha passada, ao mesmo tempo que gerava ambiguidades, como aquelas que o 14 de Novembro pôs a nu.

Tratar-se-ia de uma simples utopia de Amílcar Cabral, necessária e mobilizadora em tempo de guerra, mas nociva para o desenvolvimento de dois estados? Na boca de muitos, isto já não parece uma pergunta, mas sim uma afirmação categórica. E, para esses, a questão da unidade não seria o único resíduo dos tempos de guerrilha a necessitar de ul-

trapassagem nos dias de hoje. Pelo contrário, sustentam que, à sombra do programa idolatrado, o Partido tem-se revelado incapaz de gerir os dois Estados e promover o desenvolvimento socioeconómico. O que não lhes é difícil demonstrar. Basta ver a paralisia total das actividades produtivas na Guiné, não obstante os múltiplos acordos que, de vez em quando, se vão fazendo. E se passarmos ao comércio, aí, a par da corrupção de que sempre se ouviu falar na Guiné independente, e agora mais do que nunca, vemos a asfixia a que conduziu a concentração da maior parte das trocas nos chamados «armazéns do povo».

Se os problemas políticos com Cabo Verde podem ser graves, este naipe de carências de toda a ordem com que os novos dirigentes se vêem a braços não o é menos. Por elas existirem, folhinhos fácil conseguir o apoio generalizado das populações, sobretudo quando lhes juntaram os «escandalos» de Luís Cabral, cuja imagem se reduz agora, na opinião pública, à de um liberal em política externa, feito ditador em assuntos internos. Mas se essas mesmas carências não forem resolvidas, elas poderão virar-se, em qualquer momento, contra aqueles que agora lhes pegam. Onde irão os vencedores de 14 de Novembro procurar ajuda para resolver essa «batata quente»? Aqui entraríamos noutra questão. Ficará para outro dia.

Cabo Verde não tem nenhum direito de interferir nos nossos assuntos

Diogo Pires Aurélio

Enviado especial

Fomos a Bissau e à Praia, de onde trouxemos uma opinião e algumas dúvidas, que expusemos em crónicas anteriores. Falámos com muita gente e ouvimos muitas versões. Quisemos, porém, registar a do actual Poder guineense, através das palavras do porta-voz do Conselho da Revolução, Mário Cabral. Por motivos que são conhecidos, não nos foi possível fazer o mesmo em Cabo Verde.

Mário Cabral é engenheiro agrônomo por Lisboa. Criticou duramente a Constituição aprovada em 10 de Novembro. Hoje, é um dos homens mais em evidência em Bissau.

«DN» — *Muitas dúvidas pairam ainda sobre os verdadeiros objectivos do 14 de Novembro. Por esse motivo, começaria por lhe pedir que os sintetizasse em duas palavras.*

MC — O objectivo principal do 14 de Novembro é restabelecer o clima de justiça social e a criação de condições de uma vida digna para o nosso povo. Já dissemos que a nossa acção se processa no quadro do PAIGC, por conseguinte, seguindo o programa do partido, sobretudo as resoluções do último Congresso, que foi o III. Nessa medida, o movimento do 14 de Novembro não foi, como nós dissemos, um golpe de Estado, mas sim um reajustamento. Tratou-se apenas do afastamento de um homem que representava um regime e, eventualmente, dos seus colaboradores mais directos. Para além disso, foi a tentativa de instauração no nosso país de um clima de paz e de justiça, para evitar que factos como os massacres e como a corrupção sejam evitados e mesmo banidos da Guiné-Bissau.

«DN» — *Falemos dos massacres que refere. É verdade que os actuais dirigentes do país desconheciam o assunto ou eram impotentes para os impedir?*

MC — A maior parte dos dirigentes de hoje, muitos dos quais pertenceram às estruturas governamentais do regime anterior, desconheciam esses factos, uma vez que se tinha montado todo um sistema paralelo de direcção e execução das acções que poderiam não merecer a concordância dos outros. É esse o caso dos massacres. Note-se que a Segurança, como os Negócios Estrangeiros e as Forças Armadas, estavam directamente ligados ao presidente Luís Cabral, e, por conseguinte, fora do controlo do comissário principal, João Bernardo Vieira. É possível que um ou outro tivesse conhecimento deste ou daquele facto. Mas, de qualquer maneira, eram totalmente impotentes para resolver a situação dentro do anterior regime.

«DN» — *E quanto à corrupção? Em que sectores é que ela se manifestou?*

MC — Naturalmente nos sectores económicos. Nós estamos a fazer uma análise, para verificar qual é, efectivamente, a dimensão dessa corrupção e onde se situava. Temos ideias quanto às zonas onde procurar. Por exemplo, o comércio, e, sobretudo, as relações com o exterior, no respeitante

a compras de equipamento de unidades fabris, etc.

«DN» — *Mas quem praticou essas fraudes e como?*

MC — Ainda é cedo para podermos dar uma resposta concreta a essa pergunta. O facto é que havia corrupção. Isso era evidente e mais ou menos do conhecimento ou, pelo menos, da sensibilidade das nossas populações.

«DN» — *Não se poderá dar o caso de se estar a imputar apenas à corrupção toda uma situação que dependia também da falta de capacidade para promover o desenvolvimento?*

MC — Estamos convencidos de que existia muita falta de estudo em relação a certas compras que se fizeram e, além disso, pensamos que, em certos casos, as compras tiveram por fundamento muito mais uma questão de prestígio do que a análise dos principais motores necessários ao nosso desenvolvimento.

Ajuda externa mal aplicada

«DN» — *As estatísticas mostram que a Guiné-Bissau tem sido um dos países do Terceiro Mundo que mais ajudas recebeu nestes últimos anos. Apesar disso, não teve resultados. Como pensa o actual Poder resolver essa situação?*

MC — O Conselho da Revolução designou várias comissões para analisarem a prática do anterior regime e para ver quais os caminhos que nós podemos seguir. Talvez seja um pouco cedo para dizermos o que vamos fazer. Pensamos que para já, o importante é seguir as resoluções do III Congresso, dando prioridade ao sector primário e a todos os sectores complementares da agricultura. Como se dizia no III Congresso, a indústria deverá ser um factor dinamizador. Mas quando a indústria toma a dianteira, isso pode gerar uma aplicação incorrecta das ajudas que poderemos

«DN» — *Pensa que era isso que estava a acontecer, ou seja, Luís Cabral privilegiaria a indústria?*

MC — Aconteceu em muitos casos. Se fizéssemos a análise das verbas que foram destinadas ao sector industrial, penso que chegaríamos à conclusão de que eram muito maiores do que as canalizadas para o sector agro-pecuário, no qual reside, afinal de contas, o sector básico da vida das nossas populações.

«DN» — *De que indústrias é que fala?*

MC — Há a fábrica de concentrados de fruta, um complexo agro-industrial para transformar o amendoim e o arroz, uma fábrica de plásticos, outra de montagem de automóveis, etc., embora algumas ainda estejam em fase de acabamento. Mas eu permito-me duvidar se os estudos foram feitos com a profundidade necessária para saber se estas eram, de facto, as unidades industriais mais convenientes para implantar neste momento, sobretudo quando nós sabemos que algumas delas, tais como a demontagem de carros e a de plásticos, são absolutamente dependentes do exterior.

«DN» — *O CR pensa pedir alguma ajuda de emergência para resolver a actual crise de abastecimentos?*

MC — Com certeza. Pensamos que temos de desencadear imediatamente uma campanha no sentido de nos concederem uma ajuda alimentar. O ano agrícola foi mau, mesmo, na região normalmente excedentária na produção de arroz que é o Sul. No resto do país não falaremos porque é, normalmente, deficitário.

«DN» — Será verdade que os novos dirigentes pensam numa reprivatização dos Armazéns do Povo?

MC — Isso são interpretações que estão já a ver coisas que nós ainda não vimos.

«DN» — Mas não poderá essa interpretação derivar do facto de estar na comissão de inquérito um dos principais comerciantes de Bissau?

MC — O que é que isso tem a ver com as decisões que se possam tomar posteriormente?

«DN» — Poderíamos então concluir que não há qualquer preconceito de natureza ideológica na atitude do CR em relação a essa matéria?

MC — Pensamos que o facto de estar na comissão de inquérito um cidadão que, por acaso, tem a sua actividade privada, não significa mais do que o aproveitamento das capacidades locais.

«DN» — E não se aponta para um reincentivar dos investimentos estrangeiros?

MC — Nós temos um código de investimentos. Pensamos que há sectores em que eles poderão ter o seu interesse, pois somos um país pobre. Mas sempre de acordo com a nossa legislação.

Não admitiremos qualquer ingerência

«DN» — O Conselho da Revolução irá operar alguma mudança relativamente à política de não alinhamento de Luís Cabral?

MC — Essa política correspondia à perspectiva do PAIGC. Nessa medida, poderá até haver um reforço das relações com alguns países, designadamente Portugal, com quem só temos vantagens em manter contactos estreitos e relações correctas.

«DN» — Fala-se muito na possibilidade de ter havido influências externas no 14 de Novembro...

MC — Essas especulações não têm qualquer fundamento. O movimento foi puramente militar. Há quem diga que nós cercámos os conselheiros soviéticos para evitar a sua interferência nos assuntos internos. Mas nós não temos outros conselheiros militares que não sejam os soviéticos e os cubanos. Portanto, se isso correspondesse à verdade, queria dizer que não houve nenhuma participação externa. E efectivamente não houve, nem mesmo na Guiné-Conakry, de que também se fala.

«DN» — Julga que o movimento veio criar condições para uma solução do problema das fronteiras marítimas?

MC — Julgo que sim. A manifestação de apoio imediato de Conakry tem, por certo, na base a vontade de estabelecer um diálogo conveniente para resolver a questão das fronteiras. Ainda não fizémos qualquer contacto nesse sentido, mas a República da Guiné não vai, com certeza, querer colocar-nos mal perante o nosso povo, reivindicando coisas a que nos julgamos com direito.

«DN» — Nesse caso, as dificuldades eram devidas à atitude de Luís Cabral?

MC — Não sei. O certo é que o problema das fronteiras tem que ser resolvido através do diálogo. Isso era o que preconizava o regime deposto e estava correcto. Talvez houvesse apenas alguma animosidade de parte a parte a impedir as negociações.

«DN» — Depois de tudo o que se passou, qual o ponto da situação nas relações Guiné-Cabo Verde?

MC — Julgo que não há razão para se alterarem as relações com Cabo Verde. Houve a condenação do golpe por parte das autoridades da Praia. Mas nós já lhes fizemos ver que eles não têm nenhum direito de se ingerir nos nossos assuntos internos. O nosso país é soberano e nós fazemos o que entendemos aqui na nossa terra. No quadro do PAIGC, poderia ser criticado. Mas se o regime de Luís Cabral estava a seguir uma linha antidemocrática, nós temos o direito de fazer voltar a democracia, mesmo que seja através da força.

E afinal não foi assim tanta força, pois, praticamente, toda a gente alinhou. Morreram apenas três pessoas. Nem a revolução dos cravos deve ter conseguido um saldo mais pacífico.

«DN» — Pensa que é possível o encontro entre João Bernardo Vieira e Aristides Pereira?

MC — Está-se a trabalhar nesse sentido e pensamos que brevemente poderá haver esse encontro.

«DN» — Mas será possível que a acusação que é feita a Aristides Pereira, por parte do CR, de ter conhecimento dos fuzilamentos, não venha a fazer estragar as relações com Cabo Verde?

MC — Tudo é possível. O CR, através do seu mais alto dirigente, não afirmou que Aristides Pereira estaria implicado nos massacres. O que disse foi que era muito normal que o secretário-geral do PAIGC, já por ser o dirigente mais próximo do secretário-geral adjunto — Luís Cabral — já pelas relações de amizade que sempre tiveram, poderia saber. Não houve uma afirmação categórica. Em relação à condenação por parte de Cabo Verde, nós não vamos ficar ofendidos com isso, depois de lhe demonstrarmos que essa era a única via. E nós fizémo-lo através do representante de Cabo Verde que já cá esteve. Creio que estão assim criadas as condições para uma discussão do problema.

«DN» — Tem-se falado muito do caso Rafael Barbosa. O que pensa, afinal, desse homem o CR?

MC — Rafael Barbosa está numa situação de liberdade condicional. Vai-se proceder à análise da sua situação e depois terá o veredicto que for determinado pela Justiça e aprovado pelo Conselho da Revolução. Repare que houve, de facto, durante a noite de 14 de Novembro, muita precipitação. Houve pessoas que pensaram «Vamos libertas os presos», pensando que todos eram contra Luís Cabral. Foi o caso de Rafael Barbosa, que foi inclusivamente levado à Rádio a fazer declarações, as quais nós tivemos de cortar quando nos apercebemos do que se passava. Mas isso foram atitudes individuais, que não tiveram nenhuma cobertura do Conselho da Revolução.

Diário de Notícias, 5.12.'80

O assassinio de Amílcar: **reabertura do processo?**

Rafael Barbosa, que foi Presidente do PAIGC, posteriormente condenado à morte, por tração, libertado da prisão no 14 de Novembro, encontra-se com residência fixa. A informação foi prestada à imprensa pelo próprio Nino.

Tudo leva a crer que, após reexame do processo, adquirida a liberdade plena, e se integre na sociedade, como vulgar cidadão.

ram (mantendo-se outras, por comprovadas e assumidas, mas que, nestes termos, se consideram expiadas).

Estará posta em causa, inclusivamente, a sua alegada cumplicidade na elaboração do plano da PIDE que levou ao assassinio de Amílcar Cabral. Não acreditamos que, se de tal não se duvidasse, fosse admitida a sua libertação.

É possível, portanto, a reabertu-

Fome **autêntica**

Importa referir, dentre as causas do 14 de Novembro, primeiro do que tudo, a fome que causava as gentes da Guiné-Bissau. Não estamos a aplicar qualquer figura de retórica; falamos de fome, autêntica, absoluta, dolorosa.

O arroz, base da alimentação, de há muito desaparecera do mercado. O ano agrícola, marcado por chuvas tardias e irregularmente distribuídas, foi mau, e a ajuda externa tardava. Os sucedâneos possíveis (batata, massas, enlatados — tudo produtos de importação), não se encontravam em quantidade suficiente, nem a preço acessível.

Para contactarem o Conselho de Revolução

Países de expressão portuguesa enviaram delegação a Bissau

Uma delegação ministerial dos países do ex-CONCP (Conferência das Organizações Nacionalistas das Colónias Portuguesas) chegou ontem, de manhã, a Bissau, segundo foi anunciado nesta cidade, numa visita que tem por objectivo contactar o Conselho da Revolução da Guiné-Bissau.

A chegada da delegação ocorreu poucas horas depois de também ter descido no aeroporto de Bissau o avião que transportava uma representação oficial líbia, portadora de uma mensagem pessoal do coronel Muammar Khadafi para o comandante João Bernardo Vieira, presidente do Conselho de Revolução que tomou o Poder na Guiné.

Simultaneamente, também se anunciou a visita do vice-presidente do Conselho da Revolução, Vítor Saúde Maria, a Conacri, a fim de agradecer à República da Guiné o apoio político e económico concedido ao novo regime da Guiné-Bissau. Recorda-se que Conacri foi a primeira capital a reconhecer as novas autoridades saídas do golpe de estado em Bissau.

O envio da delegação do ex-CONCP a Bissau foi decidido quando da reunião, na terça-feira em Luanda, dos chefes de Estado de Cabo Verde, Moçambique, Angola e São Tomé e Príncipe. A delegação compreende os ministros dos Negócios Ex-

trangeiros de Moçambique e de São Tomé, respectivamente Joaquim Crissano e Maria da Graça Amorim, e o ministro angolano das Relações Externas, Paulo Jorge.

Este último, a chegada a Bissau, disse que a delegação avinha tomar conhecimento das actividades do Governo da Guiné-Bissau e transmitir ao Conselho da Revolução a preocupação dos presidentes de Cabo Verde, Angola, São Tomé e Moçambique em relação aos acontecimentos na Guiné-Bissau.

Entretanto, a missão chefiada por Vítor Saúde Maria, e que é a primeira enviada ao estrangeiro pelo Conselho da Revolução,

tratará também com as autoridades de Conacri assuntos de interesse bilateral.

Antes do golpe de Estado, as relações entre Bissau e Conacri eram muito tensas devido ao diferendo sobre as fronteiras marítimas entre os dois países, o qual foi agudizado pela presumível existência de jazigos de petróleo na zona disputada.

A pronta cooperação de Conacri com o novo regime de Bissau levou alguns observadores, bem como o jornal francês «Le Monde», a admitirem que o golpe de Estado de 14 de Novembro teria sido fomentado pelo presidente Sekou Touré, da República da Guiné.

Libertação de Luís Cabral será discutida a nível de Estados

Fernando Madrinha

A formação política dirigente da República de Cabo Verde que sucede ao PAIGC assumirá, por inteiro o legado histórico de Amílcar Cabral e a própria sigla deverá sugerir o mais possível a essência do partido, o seu conteúdo «programático» e simbólico, bem como a sua acção na luta pela independência e na tarefa de reconstrução da Guiné e Cabo Verde.

Esta foi a orientação que o Conselho Nacional de Cabo Verde (CNCV) julgou mais as propostas das bases do partido para os trabalhos da conferência que ontem se iniciou na Cidade da Praia e se prolongará em sessões à porta fechada provavelmente até ao dia 20. Esta data surge como a mais provável por coincidir com o oitavo aniversário do assassinato de Amílcar Cabral e ser, por isso, carregada de significado político.

A conferência foi precedida como noticiámos de uma longa reunião do CNV, órgão máximo do PAIGC em Cabo Verde, no qual houve consenso, segundo um porta-voz, relativamente à indispensabilidade de se proceder a uma adaptação do partido às novas realidades criadas pelo golpe de estado na Guiné-Bissau. O CNCV não tomou decisões sobre a forma que revestirá tal «adaptação» remetendo as resoluções para a Conferência Nacional.

O relatório de Aristides Pereira, que tem sido aguardado com alguma expectativa e foi igualmente apreciado pelo CNCV, só será divulgado após a sua aprovação o que, em princípio, deverá suceder esta tarde.

Soube-se, entretanto, que que comporta três capítulos referindo-se um deles a diligências feitas para «salvar o que fosse possível do PAIGC», mesmo depois da tomada do poder na Guiné pelo Conse-

lho da Revolução, enquanto um outro é dedicado às «causas profundas e reais» do golpe e à sua comparação com as justificações apresentadas na Guiné para o legitimar.

A este respeito, Corsino Tolentino, o porta-voz do CNCV, disse na quinta-feira que os militantes e dirigentes cabo-verdianos do PAIGC aceitam que tenha havido erros na Guiné — muitos deles são próprios do subdesenvolvimento, embora seja possível que tenham sido cometidos desses e doutros — mas são unânimes na condenação do golpe em si, e da imputação desses erros a um homem, Luís Cabral.

O CNCV decidiu já, no entanto, que não pretende influenciar o curso dos acontecimentos na Guiné-Bissau, mesmo no que se refere ao ramo do PAIGC naquele país.

Os esforços que Cabo Verde não deixará de fazer para que Luís Cabral, o presidente guineense, deposto em Novembro, seja libertado, situar-se entre Estados e não no quadro do PAIGC.

As sugestões do secretário-geral do PAIGC à conferência que consubstanciam as posições tomadas pelos sectores e pelo próprio CNCV completam o relatório que os 150 delegados bem como os elementos guineenses presentes em Cabo Verde que fazem ainda parte da direcção do Partido, vão apreciar. Pouco se sabe por ora, das implicações que a criação de uma nova formação política autónoma, mesmo a partir da organização do PAIGC existente, poderá ter, quer ao nível da direcção nacional do partido, quer ao nível do aparelho de Estado.

Uma coisa é certa: a vida política do país continua suspensa desta conferência.

As resoluções que ela tomar serão inscritas na primeira página de uma nova fase da História da República de Cabo Verde.

Tensão entre as duas Guiné

Luís Cabral partiu 48 horas depois

MENOS de 48 horas após a sua chegada a Portugal, onde deveria ficar durante oito dias, numa visita particular de turismo através do "país real", o presidente da Guiné-Bissau, Luís Cabral, apanhou ontem o avião de regresso a África. A embaixada da Guiné-Bissau em Lisboa justificou a partida antecipada de Luís Cabral, com o recurso à expressão "motivos pessoais". No entanto, o EXPRESSO soube de fonte fidedigna que o Chefe de Estado guineense está preocupado com a tensão existente entre o seu país e a vizinha Guiné-Conackry de Sekou Touré — nações em litígio por causa das fronteiras marítimas.

O próprio Luís Cabral teria ontem revelado a um jornalista que, embora não houvesse qualquer súbito agravamento nas relações entre as duas Guiné, a situação aconselhava a sua presença em Bissau.

O testemunho de uma equipa de repórteres franceses que, durante seis meses, calcorream a África indica que a Guiné-Bissau está a concentrar soldados e material de guerra junto à fronteira sul do território como forma de precaução.

As autoridades de Bissau pretendem o alargamento das suas fronteiras marítimas, encurtadas por Sekou Touré, ao tempo da administração colonial portuguesa e com o silêncio desta.

O presidente Sekou Touré, da Guiné-Conackry, jamais deu uma resposta concreta às pretensões dos seus vizinhos, respondendo sistematicamente com a evasiva "oportunamente veremos isso!" Incidentes entre os dois países na zona de exploração petrolífera "off-shore", envolvendo a recusa da Guiné-Bissau em deixar que os helicópteros das companhias que ali operam utilizem uma das suas ilhas, teriam feito subir a tensão, de ambos os lados da fronteira. Isso, só por si, justificaria a presença de Luís Cabral em Bissau, embora



ele participe, antes disso, em Cabo Verde, numa reunião de alto nível do PAIGC — o partido que governa estas duas ex-colónias portuguesas.

No jantar íntimo que anteontem reuniu em Belém os presidentes Ramalho Eanes e Luís Cabral, é provável que este tema tenha sido abordado, como já o fora, em 1979, na Guiné-Bissau, quando da visita oficial do Chefe de Estado português.

Foi precisamente no decurso dessa viagem que Eanes convidou o seu homólogo guineense a visitar a terra portuguesa, sobretudo a província que Luís Cabral nunca percorreu.

Assim, o presidente da Guiné voltará a Portugal oportunamente, com mais tempo e menos preocupações.

Reunião de alto nível em Luanda ocupa-se do golpe na Guiné-Bissau

Os chefes de Estado de Cabo Verde, Moçambique, São Tomé e Príncipe e Angola, iniciaram ontem conversações para analisar a situação criada pelo golpe de Estado do passado dia 14 de Novembro, em Bissau. Aristides Pereira, Presidente cabo-verdeano e secretário-geral do PAIGC, Amora Machel, Presidente de Moçambique, Manuel Pinto da Costa, Presidente de São Tomé e Príncipe, e José Eduardo dos Santos, Presidente angolano, participaram nessas conversações.

Segundo a «Angopa», Eduardo dos Santos lamentou, na abertura das conversações, a ausência da Guiné-Bissau nesta reunião, acrescentou que Angola está convencida de não ter fechado as portas à República da Guiné-Bissau. O Presidente angolano também recordou os laços de amizade que unem os países africanos de expressão portuguesa,

e sublinhou que a reunião em Luanda não constitui uma ingerência nos assuntos internos de um país estrangeiro.

José Eduardo dos Santos acrescentou, contudo, que os acontecimentos de Bissau «atingem a vida do PAIGC e podem ter consequências» sobre as relações entre as antigas colónias portuguesas. Finalmente, fez votos para que a unidade desses países se fosse reforçada, apesar de tudo.

Entretanto, em Bissau, o Conselho da Revolução advertiu que considerará a cimeira de Luanda como uma interferência nos assuntos internos da Guiné-Bissau, se se confirmar que foi convocada para discutir o golpe de Estado de 14 de Novembro.

A posição do Conselho da Revolução é definida numa mensagem que deve ter sido enviada ontem de manhã para Luanda, e sobre a qual a «Anop» obteve informações, embora não tenha sido divulgada oficialmente.

O Conselho da Revolução chama a atenção para as consequências que poderá ter, nas relações

com os outros quatro países africanos de expressão oficial portuguesa, qualquer tentativa de «ingerência» nos assuntos internos da Guiné-Bissau.

O Conselho da Revolução reafirma, simultaneamente, a vontade de as novas autoridades da Guiné-Bissau de reforçarem a solidariedade e a amizade com cada um dos outros países africanos de expressão oficial portuguesa.

A mensagem insinua que a cimeira de Luanda terá resultado de «pressões» de Aristides Pereira, o secretário-geral do PAIGC e presidente da República de Cabo Verde para acrescentar ter tido conhecimento da sua realização com «estraneza».

Embora a ordem de trabalhos da cimeira de Luanda não tenha sido divulgada, presume-se em Bissau que será consagrada à discussão do golpe de Estado que destituiu o presidente Luís Cabral.

O golpe de Estado de 14 de Novembro constituiu a primeira alteração, por meios violentos,

dos regimes instituídos após a independência nas antigas colónias portuguesas em África.

Na grande maioria dos outros países africanos, sucessivos golpes militares têm alterado os regimes e substituído os dirigentes, quase sempre devido a ingerências das antigas potências coloniais ou de outros interesses políticos e económicos estrangeiros.

Um «referendo popular» sobre a «questão da unidade» Guiné-Bissau-Cabo Verde foi proposto pelo semanário oficial cabo-verdeano «Voz do Povo».

Subscrito pelo jornalista Luís Martins, militante do PAIGC desde o período da guerra de libertação na Guiné-Bissau, o artigo, a toda a largura da última página, intitula-se «Guiné-Bissau: Responsabilidade Histórica ou Ruptura com a Luta?».

Perante os resultados do referendo, «poderia enfão tomar-se as medidas adequadas, ou dissolver o PAIGC, reconhecendo o seu fracasso histórico, em termos de unidade, ou reforçá-lo», escreve Luís Martins.

Ambições e intrigas do passado sob a capa do "off-shore"

EM 1978, Ahmed Sékou Touré deveria visitar, oficialmente, a República da Guiné-Bissau, mas não o fez. Bissau estava salpicada de bandeiras e o povo mostrava-se, uma vez mais, sensível ao nome do líder carismático da vizinha Konacry, o "patriarca de Faraná". Não foram dadas muitas explicações sobre a falta de comparecimento de Sékou Touré. Em 1979, Luís Cabral, após alguns adiamentos que levantaram, por seu turno, uma certa "poeira de boatos", visitou a República Popular Revolucionária da Guiné, a convite do seu homólogo (em Bissau, o observador menos atento dar-se-ia conta da existência de uma tensão especial sempre que se trate das relações entre as duas Guiné). Nos bastidores, antes da partida de Luís Cabral, alguém arriscou que a composição da comitiva do Chefe de Estado da Guiné-Bissau deveria ser modificada para não ferir certa gama das muitas susceptibilidades de Sékou Touré, pouco afecto às claridades epidérmicas... E, aparentemente pelo menos, o que se viu em boa verdade, foi o Presidente Luís Cabral partir para Konacry acompanhado de inúmeras personalidades de raça negra, nas quais Sékou Touré mais confiadamente identifica os seus "irmãos".

A Bissau, da visita de Cabral à Guiné vizinha chegaram ecos verdadeiramente apoteóticos. Mas muita gente desconfiou de tanta abundância, tanta "fraternidade", tanto discurso inflamado. Num comício de boas-vindas aos homens de Bissau, Touré convidou Luís Cabral a "considerar-se presidente do PDG". Ele próprio, por seu turno, considerou-se "militante do PAIGC". A permuta de

galhardetes prosseguiu, em termos ardentes. E, discurso após discurso, Sékou Touré acabaria por dizer aquilo que não existe mas que ele gostaria de ver materializado. Disse que "não há fronteiras entre as duas Guiné porque a Guiné... é só uma". Logo, não haveria fronteiras marítimas a reivindicar e a Guiné Konacry poderia começar, à revelia dum compromisso decente, as prospecções do petróleo em zona que Bissau reclama...

Uma enxaqueca "bem engraçada"

Evidentemente que aqueles discursos não derramavam uma solicitude sincera. Sékou Touré tem lá guardado no peito o seu velho sonho da Grande Guiné que, a tornar-se realidade política e geográfica, implicaria, praticamente, o "desmantelamento" da Guiné-Bissau e o sonho de Amílcar Cabral, em cuja figura, respeitadíssima, o líder de Konacry via, permanentemente, um obstáculo à sua rotunda afirmação como chefe espiritual de uma importante fatia geográfica do Oeste Africano. Essas questões vêm de longe e Sékou Touré nunca soube disfarçar por completo um certo ciúme. O nome de Cabral "incomoda-o". Regressado Luís Cabral a Bissau, ninguém da sua comitiva encontrou resposta convincente para esta questão posta pelos jornalistas estrangeiros: "O diferendo das fronteiras marítimas foi discutido?". Os jornalistas admitiram, então, que o "dossier" sobre matéria tão explosiva ficaria guardado para 1980, quando Sékou Touré visitasse, finalmente, Bissau.

Desta feita, não houve falta de comparencia.

Sékou Touré é muito popular na Guiné-Bissau. Teve um acolhimento sem dúvida expressivo. Mas, quanto ao "dossier" das fronteiras marítimas que bem poderá passar a designar-se "dossier" do petróleo, não se avançou uma unha. Uma enxaqueca deu cabo da "agenda". Paludismo ou constipação? Apenas se sabe, de concreto, que a enxaqueca deve ter feito muito jeito ao "patriarca de Faraná", ao "militante do PAIGC" radicado em Konacry. Não se discutiu nada com um mínimo de profundidade.

De repente o helicóptero

Os indicadores aqui situados mostram que o Presidente da Guiné-Konacry pretendeu jogar, neste contencioso várias vezes focado nas colunas do EXPRESSO, com um elemento chamado surpresa. De certo modo, tirando partido da serenidade proverbial de Luís Cabral, que defende, com

absoluta sinceridade, o diálogo, a análise cuidadosa das questões. (Curiosamente, Touré e Cabral visitaram, no último trimestre de 1979 e nos primeiros meses de 1980, os mesmos países, nomeadamente a Coreia do Norte e o Brasil. Como se quisessem mutuamente antecipar-se, o PDG e o PAIGC, nas pistas de certas zonas de influência...) por outro lado, talvez Sékou Touré julgasse os seus vizinhos de Bissau, em certa medida, como que anestesiados pela terapêutica do "Tratado de Defesa" e do "Tratado de Não

Agressão" concluídos no seio da comissão mista reunida em Konacry em fins de Janeiro último. E não será de excluir a hipótese de Sékou Touré entender, talvez, que nunca a Guiné-Bissau tomaria a iniciativa de movimentar a sua infantaria numa tão melindrosa direcção..., aí, sim, confiante no humanismo que Amílcar Cabral transmitiu ou recomendou aos seus colaboradores para a caminhada do PAIGC.

Subitamente, o episódio, com o seu quê de picaresco, da Ilha do Orango, no arquipélago dos Bijagós. Konacry pretendia que Bissau autorizasse, naquelas águas, trabalhos de pesquisa (o petróleo!!!) encomendados a uma companhia norte-americana. O helicóptero da companhia foi "expulso" dos Bijagós. Bissau não o queria lá nem consentirá que a cena se reedite sem que se resolva a questão da zona marítima cuja soberania é reclamada pelo PAIGC. O elemento surpresa não funcionou senão na medida em que os dirigentes de Konacry acabam de descobrir que a Guiné-Bissau irá para a guerra, se necessário. Guerra que seria, por um lado, o desbloqueamento de um ódio velho, de uma intriga velha, cheia de labirintos, e, por outro, uma ameaça terrível à manutenção de Sékou Touré no poder. A Guiné-Konacry não possui, hoje em dia, infraestruturas técnicas nem condições psicológicas para uma guerra que, fosse qual fosse o seu desenvolvimento, não se constituísse logo à partida elemento transmissor de implacáveis fracturas internas. Sékou Touré sabe-o muito bem.

Luís Alberto Ferreira

O golpe de Estado na Guiné-Bissau

O GOLPE de Estado ocorrido na Guiné-Bissau suscitou o maior interesse na opinião pública portuguesa e nos nossos meios políticos e jornalísticos.

Assim se demonstrou que entre nós se mantém muito vivo o interesse por tudo quanto se passa nos novos Estados de expressão oficial portuguesa, a que nos ligam laços de mais diversa natureza, linguísticos, culturais, económicos e sociais.

O Governo português, desde o primeiro dia, esteve atento ao que se passava na Guiné-Bissau, tal como o estiveram os partidos políticos, sem excepção, quer os do Governo quer os da oposição.

O relevo concedido na rádio, na televisão e nos jornais portugueses foi também indiscutível, consagrando hoje o EXPRESSO à cobertura dos acontecimentos uma extensa análise nas páginas 1-R a 4-R, da autoria de Augusto de Carvalho, bem como um despacho do correspondente da ANOP em Bissau, enviado para o nosso jornal em regime de exclusividade.

O próprio subdirector do EXPRESSO, Augusto de Carvalho, encontra-se desde ontem na Guiné-Bissau, onde continuará a acompanhar a evolução política naquele país, de que dará conta nos dois próximos números.

Mas, o golpe de fim-de-semana passado motiva outras reflexões.

A primeira dessas reflexões é de que na sua origem se encontrava a aprovação de uma nova constituição, destinada a acentuar o papel do presidente da república em desfavor do equilíbrio de poderes com o primeiro-ministro, o que poderia legitimar uma propensão para o abuso da autoridade por parte do presidente Luís Cabral.

A segunda nota que se prende com a génese do golpe é o conhecimento prévio que o primeiro-ministro João Bernardo Vieira terá tido de movimentações que lhe seriam adversas, decidindo antecipar-se-lhes, de modo a lograr não só a permanência no seu cargo, como sobretudo o reforço na sua posição política.

Uma terceira observação que também parece legítimo fazer desde já, é mais funda, pois relaciona-se com a reacção de tipo nacionalista guineense, que parece acompanhar este golpe, traduzindo-se em particular numa hostilidade mais aberta quanto aos sectores políticos cabo-verdianos e até aos próprios dirigentes políticos da Guiné-Bissau de clara origem cabo-verdiana.

Liga-se esta característica do golpe a uma outra de evidente significado político: o acolhimento extremamente favorável dado por Sekou Touré e pela Guiné-Conakri à mutação política operada na Guiné-Bissau, o que significa uma aproximação acentuada que Luís Cabral teria querido moderar nos seus fundamentos e, porventura, também nas suas repercussões.

Resta saber se esta repentina abertura da Guiné-Bissau não significa algo mais do que o reconhecimento de afinidades de origem e também de convergências de pensamento político entre as linhas dominantes em cada um dos dois países vizinhos.

Resta saber se este golpe de Estado, que coloca no poder a linha mais militar da superestrutura da Guiné-Bissau não tem nada a ver com a exploração de petróleo que poderá vir a ser uma realidade no território da Guiné-Bissau, mais concretamente no seu mar territorial, se as prospeções encaradas vierem a revelar alguns resultados positivos.

Sekou Touré e a Guiné-Conakri poderiam, nesse caso, estar muito interessados num estreitamento das relações com a Guiné-Bissau. Isto para já não falar na eventualidade de serem os próprios países industriais envolvidos nas prospeções os principais interessados na modificação da situação política nesse país.

No entanto, para já, todas estas conjecturas carecem de sólido fundamento e só o tempo se encarregará de demonstrar a sua eventual validade.

De qualquer modo, o que parece fora de dúvida, é que este golpe de Estado, virou uma página na vida política do PAIGC, pondo em causa uma situação que correspondia ao perfil originário do partido e que se traduzia, nomeadamente, na íntima ligação política entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde.

Poderá ser que não se trate ainda da morte do PAIGC, mas do que se trata, certamente, é duma modificação muito profunda nos objectivos, nos meios e na estrutura desse partido, como resultado da destituição e da partida para o estrangeiro do ex-presidente Luís Cabral, bem como da reacção muito dura do presidente cabo-verdiano Aristides Pereira.

Um sinal positivo cumpre realçar: a inequívoca prova dada pelos novos dirigentes guineenses de que não tencionam pôr em causa a situação dos portugueses que vivem na Guiné-Bissau, nem criar contenciosos com as autoridades portuguesas.

Assim venha o futuro a confirmar tais propósitos por parte da nova equipa político-militar que substituiu um chefe de Estado que demonstrara já evidente empenhamento nas boas relações com Portugal.

Xavier Figueiredo de Bissau

Apoio maciço ao golpe de Estado

ENCONTRA-SE desde ontem em Bissau o subdirector do EXPRESSO, Augusto de Carvalho, que escreverá nas próximas edições do jornal acerca do desenvolvimento da situação política após o golpe de Estado do passado fim-de-semana.

Aliás, o próprio Augusto de Carvalho já analisa neste número algumas das principais facetas do golpe nas páginas 1-R a 4-R. (ver também Editorial na pág. 10).

Entretanto, no sentido de completar a panorâmica sobre a situação política da Guiné-Bissau, o EXPRESSO pediu ao correspondente da ANOP em Bissau uma prosa-síntese, em exclusivo, que completa a análise de Augusto de Carvalho.

É esta prosa de Xavier de Figueiredo que passamos a publicar.

Expresso

O golpe de Estado na Guiné-Bissau

Augusto de Carvalho já se encontra em Bissau

Continuação da pág. 1

com o Ocidente, passam por ser os mais influentes no novo regime.

As interpretações segundo as quais a União Soviética teria instigado, ou de qualquer forma fomentado o golpe, numa tentativa para "domesticar" a Guiné-Bissau, não têm qualquer consistência. Não é por acaso que o embaixador soviético em Bissau, Lev Krilov, se encontrava na altura dos acontecimentos em Cabo Verde e que a execução das operações militares no dia 14 começou com a neutralização dos conselheiros soviéticos.

A Guiné-Bissau viveu estes últimos anos numa crise profunda, transformada em cortina. Hoje, fala-se abertamente dos "gravíssimos erros" que comprometeram ou pelo menos retardaram o desenvolvimento económico e social. Insiste-se no esbanjamento da ajuda externa (uma das mais volumosas per capita, recebida por um país do terceiro mundo) e na corrupção que permitiu a alguns tirarem proveito das ajudas para fazer fortunas pessoais.

Mas o que os cidadãos comuns mais sentiram na pele era a galopante degradação da qualidade de vida. As constantes e prolongadíssimas roturas no abastecimento de bens essenciais. Nos últimos três meses não houve no mercado um quilo de arroz, para uma população com hábitos alimentares em que o arroz aparece como elemento básico, é fácil imaginar que havia fome e subnutrição.

Desde que o país se tornou independente, poderão talvez contar-se pelos dedos de uma mão as habitações construídas. A rede de transportes públicos funcionava deficientemente, a central eléctrica de Bissau está há quatro meses em completa inoperatividade, mergulhando a cidade num permanente

Também se contestou que a Constituição abrisse as portas da nacionalidade guineense a todos os cabo-verdianos residentes na Guiné-Bissau. E ninguém percebeu o que se pretendia com o facto de a Constituição não limitar o acesso à Presidência a cidadãos guineenses de origem, ao contrário da lei fundamental cabo-verdiana.

Nos dias que prolongaram os debates populares, o ambiente adensou-se bastante. O problema do arroz continuava. O descontentamento grassava. A palavra golpe começou timidamente a ser pronunciada.

Mas as pessoas ficaram boquiabertas quando, em plena sessão da Assembleia Nacional Popular, convocada para aprovar a Constituição, João Bernardo Vieira apareceu a defender teses que contrariavam o sentido das discussões populares. Hoje, diz-se que isso foi para desviar as atenções. E foi aqui que este golpe adquiriu a sua dinâmica final.

Parece estar provado que as autoridades de então, alarmadas com a contestação que estava a ser feita aos cabo-verdianos, esboçaram um plano para neutralizar João Bernardo Vieira, o único homem que, se quisesse, poderia levar a cabo o golpe.

Está um inquérito em curso, mas corre a versão de que o plano visava atrair Bernardo Vieira a uma festa destinada a assinalar o aniversário da criação da Marinha de Guerra e envenená-lo aí.

E também parece ser um dado adquirido que foram as fugas de informação sobre tais planos que levaram João Bernardo Vieira a "antecipar-se". Embora, como também se apurou já, a sua antecipação tivesse chegado ao conhecimento das autoridades, o que o levou por sua vez, a executar o golpe na sexta-feira e não no domingo.

sancionar o poder que consentia a Luís Cabral.

Quando, no fim do mês passado um projecto de constituição foi posto à discussão popular, abriu-se uma válvula que levou à reabertura de muitas feridas, entre as quais a da velha rivalidade que opõe guineenses a cabo-verdianos.

Tudo o que nesses debates populares foi mais contestado, tinha que ver com essa rivalidade. Contestou-se a concentração de poderes no presidente (na África quase todos os regimes são presidencialistas...), não por uma questão de princípio, mas porque se viu nisso mais uma "afronta" aos guineenses. Nos termos da Constituição o primeiro-ministro, João Bernardo Vieira, guineense pela naturalidade e pelo sangue, tinha limitadíssimos poderes.

A Guiné-Bissau tornou-se independente em condições extremamente difíceis, por causa da guerra que durante onze anos se abateu sobre o país. Mas as ajudas que recebeu da Comunidade Internacional teriam permitido aos novos dirigentes "fazer mil vezes mais do que fizeram", conforme diz um técnico estrangeiro, houve muito dinheiro mal aplicado (em projectos megalómanos ou de interesse duvidoso), houve corrupção e a verdade é que em seis anos após a independência estavam por resolver problemas elementares como a falta de arroz.

O país estava, enfim, "pronto" para o golpe de Estado que toda a gente previa, mas não sem certo cepticismo, porque João Bernardo Vieira dava mostras de se ter acomodado à situação e contemporizava com ela. Pelo seu enorme prestígio como chefe militar, Vieira era o "homem forte" da Guiné-Bissau, mas não parecia que o quisesse assumir, antes continuando a

No fundo, a crise em que a Guiné-Bissau se afundava, de dia para dia, foi o terreno ideal para pôr a nu a questão entre cabo-verdianos e guineenses, que era também o centro de todos os problemas que ocorriam no país. A começar pelo facto de o poder assentar num precário equilíbrio entre as duas comunidades. Os jogos de bastidores e os arranjos a que isso conduzia para evitar fricções, reflectiam-se negativamente na vida do país.

A unidade Guiné-Bissau/Cabo Verde era vista pelos guineenses como a unidade entre o cavalo e o cavaleiro. Esta asserção serve hoje para contar muitas histórias, algumas fantasiosas, em que os guineenses são os cavalos.

O golpe de Estado de 14 de Novembro contou com uma adesão maciça, justamente porque surgiu aos olhos dos guineenses como o princípio do fim dessa unidade e do papel dos cabo-verdianos no seu país. Um guineense de cultura média dizia por exemplo, que "acabaram-se os sete anos do pior colonialismo que enfrentámos".

As novas autoridades parecem ter-se apercebido claramente deste fenómeno: quanto mais agitarem a bandeira antiunidade, mais a sua posição se consolidará, mais estarão em condições de fazer regressar o seu país a uma tranquilidade que nunca conheceu.

E quando, nestes dias que passam, o presidente de Cabo Verde assume posições intransigentes em relação aos acontecimentos na Guiné-Bissau, está apenas a dar aos novos dirigentes guineenses o excelente pretexto de que precisam para dizer: a unidade acabou, os cabo-verdianos são estrangeiros na Guiné-Bissau. Pregar-se-á então o último prego no caixão da maior contradição que minava a Guiné-Bissau.

Serviço Especial
ANOP-EXPRESSO
por Xavier Figueiredo.

GUINÉ-CONAKRY visitou, agora, Bissau, em força, com uma delegação. Com umham-na nada menos que o ministro dos Negócios Estrangeiros, Abdoulaye Touré, o ministro do Ensino Superior, Abdoulaye Diawo, o ministro do Comércio, Fily Cissoko, o ministro da Pecuária e Pescas, Ak Touré e ainda o ministro dos Correios e Telecomunicações, assim como os chefes militares. Quatro dias após o golpe.

Esta mudança da atitude de Conakry em relação a Bissau é muito mais sintomática e significativa, se nos lembrarmos de Sekou Touré tardou em visitar oficialmente Bissau. A sua visita chegou a estar anunciada por várias vezes e foi adiada à última da hora, é que finalmente apareceu. Mas, quando Luís Cabral quis ouvir o diferendo sobre as fronteiras, Sekou Touré etextou paludismo. E partiu em troca de impressões sobre os dois países. A visita de Sekou Touré foi, contudo, apoteótica o líder de Conakry nunca deixou de clamar bem alto e entuar nos seus discursos em sua a Guiné como "la même langue, la même culture, la même patrie".

Fontes bem informadas em-nos que Sekou Touré teve em fins de Julho ou princípios de Agosto uma carta de Aristides Pereira e Nino Vieira queixando-se amavelmente de Luís Cabral, que, na sua opinião, estaria a fomentar o conflito. Curiosamente, quem anuncia o episódio do dia 14, em primeira mão, é precisamente rádio Conakry tecendo-lhe elogios e defendendo o antigo regime e apresentando-o como neocolonial.

O conflito centra-se numa zona marítima potencialmente petrolífera, continuação plana do mar da Guiné, reivindicada pelo governo de Luís Cabral que se recusou a anuir à inspecção por parte de Conakry.

As relações entre Conakry e Bissau, difíceis nos últimos tempos, tornaram-se, de repente, o mais amistosas possíveis. Conakry, onde as dificuldades de abastecimentos também existem, anunciou, imediatamente, a oferta de 300 toneladas de arroz, 120 de inhame e 60 de feijão, para ajudar as novas autoridades aolverem os graves problemas mentares que se põem à população, onde a fome vem sendo um facto, há uns tempos desta parte. Mas fome de nada vale de comer. Nem arroz, nem inhame. Mas à frente, lidaremos ao assunto, que é de maneira importante no

contexto do golpe e certamente funcionou como um dos fios do tecido em que ele explodiu ou de que ele brotou.

Confusão no golpe

Um golpe um tanto confuso, embora perfeito na execução. Confuso quanto ao seu desenvolvimento e projecto, embora alimentado pelo pano de fundo que o tornou possível. A primeira vista e olhando dentro, em vão será de procurar nele hegemonias soviéticas ou americanas, ou influências francesas que se possam detectar. O filme do golpe, do primeiro dia, é de molde a desmentir o simplismo de certos jornalistas portugueses para quem tudo o que se passa no mundo se deve aos EUA ou à União Soviética, esquecidos do tecido nacional que é filigranado. Se não vejamos. No primeiro dia, é ferido o ministro do Planeamento Económico da Guiné-Bissau, o dr. Vasco Cabral, que procura refúgio na Embaixada da Suécia. Vasco Cabral que a nossa televisão com aquela agudez que a caracteriza na informação que fornece aos telespectadores, através do telejornal, disse que era irmão de Amílcar Cabral. Certamente devido ao sobrenome de Cabral. Diga-se, de uma vez por todas, que nem sequer é familiar.

Se quisermos falar em termos de pró-sovietismo, Vasco Cabral seria um daqueles dirigentes em quem melhor assentaria tal característica. Ele era o PC do governo e, além disso, um guineense. Buscardini, o chefe da Segurança, que foi morto, era tido, nos "mentideros" como um KGB. Por outro lado, deve dizer-se que o principal lugar onde a URSS gozava e certamente continua a gozar de uma certa força é precisamente nas Forças Armadas. O material é soviético e quem organiza as FA's é um general soviético e todos os militares da pureza guerrilheira estão gratos aos soviéticos, o que não admira, já que foram precisamente estes quem os auxiliou, decisivamente, na guerrilha, assim como foi Sekou Touré quem lhes ofereceu as bases da reatguarda mais seguras. E sofreu retaliações por isso. Mais que Senghor. Foi precisamente na Guiné Conakry que Amílcar Cabral seria assassinado, nos princípios de 1973.

Entretanto, também neste golpe foram presos elementos pró-ocidentais, o que nos leva a concluir que no terreno se tratou de um golpe que indistintamente lançou elementos de direita contra elementos de esquerda

contra elementos de esquerda numa salada imediatamente difícil de desfrinçar.

O filme das mortes e das prisões não nos leva, por conseguinte, a poder concluir para qualquer tipo de alinhamento em contraste com posições anteriores. Embora dele ressalte, imediatamente, uma constante anti-cabo-verdeiana corporizada na pessoa de Luís Cabral, o que faz dizer a determinados observadores políticos muito por dentro das coisas da Guiné que, o que ali aconteceu, foi precisamente um golpe da cabeça.

Quem é Nino Vieira?

João Bernardo Vieira (Nino) 41 anos, havia sido nomeado Comissário Principal (1.º Ministro) em 24 de Setembro de 1978, depois da morte num acidente de viação do célebre Francisco Mendes. Nino Vieira é um guineense, o primeiro general das Forças Armadas, o guerrilheiro lendário, carismático, o chefe guerrilheiro por excelência. No entanto, afirmam os seus íntimos, que Nino Vieira é um puro, sem consistência ideológica, assumindo generosamente o pensamento de Amílcar Cabral que julgava estar a ser traído ultimamente, conforme lhe era demonstrado por diversas maneiras. Com Nino Vieira estão, por conseguinte, os militares guineenses, os principais da guerrilha, sendo os seus apoios as Forças Armadas, cujo triunfo as torna donas e senhoras da situação. Para já, tudo indica que o partido, a continuar, será subalternizado. Isto mesmo parece ter querido dizer Samora Machel, um outro líder guerrilheiro mas de formação ideológica sólida, para quem o Partido deve comandar o Estado, quando comentou que o nacionalismo exacerbado poderá acentuar as tensões regionais e tribais tão perigosas em África. Nacionalismo que pode ser desencadeado por umas Forças Armadas, pressionadas por uma população carenciada e desejosa de encontrar bodes expiatórios para as suas falhas, quando essas Forças Armadas não estão informadas por uma bagagem ideológica consistente. Tem acontecido, com frequência, em África, comandantes militares transformarem-se em ditadores pessoais sob o império da força. O caso de Idi Amin não é único.

Nino Vieira, na mensagem que dirigiu a Aristides Pereira, sublinhou, por outro lado, que fez o golpe porque o pensamento de Amílcar Cabral estava a ser traído e garantiu a sua fidelidade a esse ideário. Ideário que, no entanto, tem

como um dos princípios fundamentais a unidade Guiné/Cabo Verde, cujo golpe parece ter interrompido, ou, pelo menos, seriamente abalado.

Os estatutos do PAIGC

Os estatutos do PAIGC

Os estatutos do PAIGC aprovados no III Congresso em que participou Nino Vieira na sua qualidade de personalidade destacada do Comité Central, seguindo as directrizes de Amílcar Cabral, afirmam que "o Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC) é a organização sociopolítica superior do povo da Guiné e Cabo Verde, a força política dirigente das sociedades nos dois países". E continua: "o PAIGC, fundado por Amílcar Cabral e temperado no fogo da heróica luta armada de libertação nacional, reúne, sob a sua bandeira gloriosa, os melhores filhos da Guiné e Cabo Verde, os quais se encontram empenhados em tornar realidade o seu objectivo programático supremo: construir, na base da unidade Guiné/Cabo Verde uma sociedade definitivamente liberta de toda a forma de exploração do homem pelo homem"... "O PAIGC é tributário do pensamento genial de Amílcar Cabral que, interpretando de maneira científica a experiência secular de resistência do nosso povo à dominação colonial e a luta de libertação nacional e social dos outros povos, soube encontrar a via para a libertação nacional e para a construção da nova sociedade de justiça, de progresso e de liberdade para todos os filhos da Guiné e Cabo Verde. Fiel ao pensamento do seu fundador e militante n.º 1 — Amílcar Cabral — o PAIGC guia a sua acção pelos princípios da unidade ideológica e da disciplina consciente dos seus membros e pratica a solidariedade internacionalista para com todos os povos que lutam contra o colonialismo, o neocolonialismo, o imperialismo e todas as demais formas de exploração do homem pelo homem".

A quebra da disciplina

Evidentemente que Nino Vieira transgrediu, como já acentuou Aristides Pereira, a disciplina partidária, fazendo o golpe que ele Nino parece justificar em virtude da continuação da "exploração do homem pelo homem", de que falaremos, em breve, mais pormenorizadamente. Nino Vieira ocupava, no Partido, o 4.º lugar com Aristides Pereira

como secretário-geral. Luís Cabral como secretário-geral adjunto, seguindo-se-lhe Pedro Pires e depois Nino.

Segundo as informações que chegaram até nós, a sede do PAIGC, em Bissau, foi encerrada, os seus gabinetes

foram vistoriados pelas forças da ordem e até hoje, pelo menos até à hora a que estamos a escrever, ainda não foi mencionado o Partido em nenhum comunicado do Conselho da Revolução, embora Aristides Pereira, o secretário-geral do Partido, haja sido convidado pelo próprio Nino Vieira a visitar Bissau. A ruptura com o Partido ainda se não verificou em termos formais, embora se tenha verificado na prática disciplinar.

As filhas em colégio de freiras?

Será Nino Vieira, como afirmam jornalistas da nossa praça, um comunista soviético em oração permanente e obsequiosa diante do Kremlin? Pelo menos, não mandou estudar os filhos para colégios da União Soviética, preferindo-lhes um colégio de freiras no Porto. Porto onde esteve poucos dias antes do golpe, hóspede do seu amigo Valentim Loureiro e frequentando Soares da Costa, o grande empresário nortenho da construção civil. Para quem não souber, diremos que Valentim Loureiro, presidente do Boavista, foi oficial do Exército, irradiado antes do 25 de Abril e recentemente reintegrado, pedindo imediatamente a passagem à reserva, o que aconteceu no posto de major. Valentim Loureiro foi um conspirador activo nos tempos do gonçalvismo, conspirando activamente nas fileiras do ELP e do MDLP.

Nino Vieira demorar-se-ia também 2 ou 3 dias em Lisboa, tendo ficado hospedado em casa de um seu amigo, advogado português de raiz cabo-verdiana, onde era guardado por dois guarda-costas e onde, segundo as nossas informações, apenas foi visitado por Saude Maria e Victor Freire Monteiro. Recorde-se que Saude Maria é o vice-presidente do Conselho da Revolução e Freire Monteiro é assessor.

Antes porém, desta estada em Portugal, de onde partiu directamente para Bissau, Nino Vieira demorou-se, alguns dias, em Paris. Tudo leva a crer que nestas digressões, tão próximas do golpe, a sua planificação tenha estado presente e actuante. Há até quem afirme, embora baseado em meras suposições, que Nino Vieira se retirara para a Europa a fim de mais facilmente poder levar a bom porto os seus intentos, temendo que, em Bissau, os seus planos se tornassem rapidamente do domínio público. Dada a

genero propagam-se à velocidade do vento. Outros, porém, vão mais longe nas suas afirmações na medida em que lembram uma recente tomada de posição em Paris pelo embaixador da Guiné Conakry, ao recordar a existência de uma só Guiné antes da partilha pelos colonizadores portugueses e franceses. Isto, a propósito de o governo de Bissau não ter autorizado as pesquisas petrolíferas na zona em litígio, pesquisas essas que vêm sendo feitas pela "Union Texas Petroleum". Há mesmo quem afirme que a aproximação com a Guiné Conakry é o primeiro passo para uma Federação com que sempre sonhou Sekou Touré e que não desagradaria a Giscard d'Estaing.

Não alinhamento

Nino Vieira apressou-se a afirmar o seu não-alinhamento em matéria de política externa e a sua amizade com Portugal cujas relações deseja, segundo disse ao embaixador Meneses Cordeiro, estreitar cada vez mais. E conhecida, com efeito, a simpatia e carinho da classe dirigente pelo nosso país onde alguns deles têm os filhos, geralmente, em colégios de freiras e de padres. A propósito desta simpatia, que se inscreve no coração do povo, conta-se, embora à laia de brincadeira, que um dos principais acontecimentos de Bissau é a chegada do avião da TAP e que Luís Cabral chegou a usar da sua autoridade para que funcionários de primeira categoria se não deslocassem habitualmente ao aeroporto para assistir às vindas e ijas. E apenas um dado bem sintomático da corrente que liga os dois povos e que impõe aos seus dirigentes

a obrigação de não remarem contra ela. E parece que as novas autoridades se encaminham precisamente no sentido da corrente, embora seja cedo para o afirmar.

Entretanto, segundo informações de boa fonte, Nino Vieira terá rejeitado a colagem de diversas organizações que no exterior pretendem agarrar-se-lhe, ao classificarem-no de grande patriota e libertador "do nosso povo da hedionda dominação cabo-verdiana".

Que tipo de injustiças?

O primeiro comunicado do Conselho da Revolução, afirmando-se constituído essencialmente por oficiais das nossas gloriosas Forças Armadas que assume o poder na Guiné-Bissau depois de sexta-feira, 14 de Novembro, uma data que será gravada na História do nosso povo, acrescentou: "Esta revolução tem por fim acabar com todas as injustiças que o povo da Guiné-Bissau viveu até agora".

De que tipo de injustiças se trata?

A História da luta de liber-

encontrou nas primeiras fileiras elementos preponderantes cabo-verdianos, tais como Amílcar Cabral, cuja memória ninguém se atreve a macular, Luís Cabral e muitos outros. Foram eles, por assim dizer, sobretudo os primeiros, os grandes ideólogos e construtores da luta que os havia de conduzir à vitória, sendo Amílcar Cabral um dos líderes guerrilheiros com mais impacto entre os restantes revolucionários que lutaram contra o domínio português nas diferentes paragens de África. A Amílcar Cabral se deve o projecto de união dos dois países, ligados por eles comuns de cultura inclusivamente de língua. Com efeito, na pequena Guiné-Bissau, com cerca de 800 000 habitantes e onde se falam cerca de 16 línguas, o crioulo é a língua de união mais falada por toda a gente, vindo o português em segundo lugar. Historicamente também as pessoas de raiz cabo-verdiana ocuparam os principais postos na administração da Guiné onde tiveram os seus filhos que depois se passaram a considerar guineenses. Após a independência, a situação não se modificou. Os cabo-verdianos continuaram, talvez até porque muitos deles mais bem preparados, a ocupar a maioria dos lugares na administração pública e em postos de responsabilidade. Tudo isto talvez não tivesse uma importância muito profunda e não gerasse um tecido explosivo, se não fora a situação económica e financeira catastrófica em que Bissau tem vivido e continua a viver.

Por outro lado, relativamente aos bens de consumo e à satisfação das necessidades primárias da população, o espectro é caótico e assustador. Há bastante tempo que era difícil adquirir arroz e mesmo mandioca em Bissau. E quando em Bissau era assim, o que não aconteceria no resto do país. A central eléctrica que fornece energia à cidade, estava ultimamente quase sempre avariada.

Contaram-nos um caso em que a distribuição do arroz demorou alguns dias, porque não havia meio de se encontrar o fiscal que tinha a chave do armazém. Corria, por outro lado, em Bissau, de boca em boca, que para subir rapidamente no aparelho de Estado ou na administração, bastava ser da família de Luís Cabral. Em matéria de aparecimento de novas fontes de produção, se exceptuarmos 2 ou 3 casos, tem-se ficado pelos discursos bonitos. O Estado, em construção difícil e morosa, lutava com extrema dificuldade no montar uma orgânica produtiva, não executando as tarefas que o Partido impunha como prioritárias e que se cifravam no desenvolvimento da agricul-

tura. Neste ambiente, Aristides Pereira chegou a ter palavras muito duras por alturas do III Congresso, falando contra o nepotismo, a incompetência dos quadros dirigentes, a degenerescência ideológica e o exibicionismo. Toda a gente, porém, aplaudiu o discurso, olhando certamente para o vizinho do lado.

Sem meios de informação

O país funcionava praticamente sem meios de informação. O único jornal, "No Pintcha" foi posto sob o controlo do Partido que sobre ele exercia uma censura rigorosa, olhando certamente para o

aparelho dirigente em dar resposta às carências populares. Perante as contradições que se agudizavam, perante a dessintonia entre a letra e a prática, era necessário proibir. Era proibido, por exemplo, falar na carência do arroz. O jornal contradizia, assim, o pensamento de Francisco Mendes quando afirmou que o "No Pintcha" devia ser os ouvidos e os olhos do povo. Chegaram mesmo a ser cortados ou proibidos alguns textos de Amílcar Cabral, que se referiam à instalação da burguesia no aparelho de Estado.

No entanto, apesar do silêncio, o povo ia sendo informado e protestava e esperava um bode expiatório para a sua fome, para o seu subdesenvolvimento. Em Bissau, como disse alguém, sociedade a caminho do subdesenvolvimento, não se pode falar rigorosamente de uma classe exploradora e uma outra explorada. Mas havia, sem dúvida, uma burguesia ascendente, pequena embora, com todos os vícios — a maior parte não concretizados nem concretizáveis naquele ambiente — das sociedades de consumo. Talvez esteja aqui a razão pela qual, logo a seguir ao golpe, o Conselho da Revolução teve de alertar, cominando medidas severas, contra a "caça ao cabo-verdiano" que parece se começou a verificar.

Assim surge também o nacionalismo que, na sua forma tradicional sempre esteve presente e sempre actuou em surdina, corroendo as estruturas do poder.

Guiné-Bissau

A nova face do mesmo poder ?

Caceres Monteiro, enviado especial

Dois blindados à porta do ex-presidente, Luis Cabral — e o epílogo visível de um «golpe» que nunca chegou a ser muito espectacular.

Volvos sucoos que circulam velozes por uma cidade onde não ha pressa nem grandes distâncias a percorrer — e o novo poder em movimento.

O novo poder tem quase o mesmo rosto, são quase os mesmos senhores — fundamentalmente menos um, o presidente detido.

Um poder encabeçado por um Conselho de Revolução — apesar de, oficialmente, não ter havido mais do que um «reajustamento».

Nino, de heroi a comandante das Forças Armadas, de primeiro-ministro a presidente do Conselho da

Quando, sexta-feira, 14 de Novembro, os dois blindados e quatro autometralhadoras das

Forças Armadas guineenses se puseram em marcha e tomaram posição nas praças e ruas

de Bissau, os cérebros que planearam o «golpe» sabiam muito bem o que não queriam, mas a

grande maioria deles não estava ciente do que pretendia.

Dai que nos dias que se suce-

deram se tenha registado uma grande indefinição, que, aliada à mingua de informes, lançou a opinião pública internacional, designadamente a portuguesa, numa certa desorientação.

«Messias» ha muito reclamado

Fundamentalmente, os guineenses que fizeram do primeiro-ministro João Bernardo Vieira, «Nino», o seu chefe de fila, e do presidente Luis Cabral o inimigo a visar, queriam reduzir ou anular o predomínio dos cabo-verdianos nas estruturas do Estado, transmitida através da hegemonia que aqueles detêm no PAIGC, o partido fundado em 1956 e que levou o país à independência.

Tratava-se, de resto, de uma tarefa altamente popular entre os guineenses, sabida a tradicional rivalidade entre os dois povos, que a tentativa de aproximação ensaiada pelos principais líderes do PAIGC, e em primeiro lugar por Amílcar Cabral, não logrou desvanecer. Pelo contrário, cinco anos de independência acentuaram os choques.

Esta motivação apareceu nos primeiros dias como factor evidente, visando até aumentar a adesão ao movimento, cuja

popularidade, de resto, estava garantida, à partida, pela do seu chefe, responsável por tantas e tantas acções heróicas contra os portugueses.

A intervenção de «Nino» era há muito «reclamada» na Guiné-Bissau.

A degradação económica exigia sacrifícios muito pesados à população, designadamente à pequena burguesia urbana (Bissau tem cerca de 110 mil habitantes, um sétimo do total do país). Esta viu-se privada do exercício das traficâncias que a presença do colonialismo português lhe proporcionava. Em Bissau, esta pequena Saigão africana, alguns sonham ainda com os tempos em que a ocupação portuguesa transmitia à calma capital da mais pequena das colónias lusas do continente africano uma vida artificial, um simulacro de cosmopolitismo.

Nos últimos tempos, havia escassez de alguns produtos essenciais e os ordenados eram praticamente consumidos no arroz necessário ao sustento familiar, aliás muito dificilmente obtido no mercado.

Por outro lado, pairava a sensação de que as importações e os projectos no qual o país gastava todas as suas energias não eram os mais favoráveis, e que as aquisições ou contratos eram movidos mais pela obtenção de «luvas» do que pelo interesse nacional.

Criava-se no país a imagem de uma classe política corrupta. E se a acusação de corrupção só agora começa a ser assada pelos novos dirigentes directamente a Luis Cabral, ele era já anteriormente suspeito de permitir tais práticas, designadamente exercidas por familiares seus. Foi o caso do director dos Armazéns do Povo Francisco Coutinho que havia sido detido, após grandes pressões junto do presidente. Actualmente está em curso um inquérito à gestão dos Armazéns e, à semelhança do que já aconteceu em Moçambique, prevê-

Revolução, enfim, de guerrilheiro «pinga amor» a chefe de Estado.

Freire Monteiro, guineense, barba branca, como Amílcar Cabral, acredita talvez na «livre empresa» — e ele o homem que move as «marionettes»?

O que esta por descobrir e onde, para além de Bissau, se decide o destino do povo da Guiné.

Desse povo que bebe cerveja de arroz, unica industria deixada pelos portugueses, e se transporta quando pode ter «luxos», em mini taxis (franceses, uma industria de montagem que arruína a economia guineense) Era o imperio das «luvas». Foi o golpe romântico. Vai ser o que — depois do «domínio da cidade da Praia»?

se a reprivatização de parte do Comércio.

A imagem de corrupção dos comissários políticos era avivada por certos usos considerados fastuosos, em comparação com o miserável nível de vida da população guineense.

Os dirigentes, regressados das viagens, designadamente a Lisboa, desembarcavam — como agora correntemente se ouve dizer — com «grandes embalagens das mãos ocidentalizadas que depois passeavam nas ruas de Bissau. Tanto quanto é possível viver «à europeia» numa cidade que há meses luta com falta de energia, que escasseia nomeadamente para os refrigeradores...

A oposição a tais práticas por parte da generalidade da população era bem sentida pelos dirigentes, que viam em «Nino» o potencial «salvador», ao mesmo tempo que assacavam a Luis Cabral as culpas de todas as dificuldades. Nascido na Guiné, Cabral é de ascendência cabo-verdiana e só na adolescência começou a viver na sua pátria.

Mas não era «Nino» o primeiro-ministro de um governo em principio tido como responsável? Não eram os comissários (ministros) aqueles a quem competia gerir melhor os negócios do país?

Esta pergunta, dirigida aos simpatizantes do «movimento de 14 de Novembro» depara invariavelmente com uma resposta: «Luis Cabral bloqueava tudo. «Nino» não podia fazer nada.»

João Bernardo Vieira, comandante «Nino», 41 anos, uma espécie de pequeno Che Guevara da África Equatorial, porém sem preparação ideológica de tomo. Celibatário, a sua fama cedo chega às «africanófolias» de alguns países europeus e algumas vão até à Guiné, para disputar as ternuras desse homem da etnia papel, de ar bisonho e tímido, mas com uma legenda de valentia e

força. Nino tem alguma dificuldade em se expressar, mesmo em Português, mas a linguagem dos amorosos parece não conhecer fronteiras.

É em parte a sua vida amorosa — ou não haveria já a premonição do que mais tarde sucederia? — que leva Luis Cabral a insistir com «Nino» para que este vá estudar para Cuba. «Nino» parte, e no aeroporto, além dos fundadores do PAIGC, não faltam até, saudosas e chorosas, as apaixonadas do viajante.

Durante a estadia de «Nino» em Cuba, Francisco Mendes, primeiro-ministro, morre num estranho acidente de viação, e «Nino», que até aí fora o comandante das Forças Armadas, é chamado para o substituir.

A partir de então, porém, há quem comece a desejar que «Nino» tome o lugar de Luis Cabral.

Este tenta aliciá-lo, envolvendo no sistema, «comprometê-lo» até com a sua família pelo casamento com uma sobrinha. Toda a gente queria casar «Nino» — e também em Lisboa se chegaram a procurar noivas para ele e, em vésperas de 14 de Novembro, havia quem estivesse convencido da sua «acomodação».

Nino em Portugal

Numa viagem acerca da qual não há muitas informações, mas que teve certamente uma grande importância, João Bernardo Vieira esteve há pouco mais de um mês em Portugal e em França. Em Bissau, não tem sido dado suficiente relevo a este facto.

Afigura-se-nos, no entanto, evidente a importância de tal digressão. Não é por acaso que o primeiro-ministro de uma pequena nação africana, tão dependente dos contactos internacionais, faz uma viagem aos dois países europeus com quem tem relações mais estreitas e, passado um mês, se torna presidente de um Conselho de Re-

«golpe de Estado».

Em Portugal, Sá Carneiro não terá querido receber «Nino» Vieira, que circunscrevu os contactos às suas relações com meios financeiros norte-nhos e com guineenses radicados em Portugal, que constituíam a cabeça da oposição ao regime.

É aqui que avulta o papel do capitão Valentim Loureiro, figura conhecida no norte do País (sobretudo, por ter sido presidente do Boavista), oficial sancado após o 25 de Abril e que terá tido ligações com o ELP e o MDLP.

O conhecimento entre Valentim Loureiro e «Nino» data Eanes à Guiné Bissau, ocasião em que o Boavista se deslocou àquele país, para se integrar no programa dos festejos. Aliás, foi notada a boa relação que então o líder do 14 de Novembro quis estabelecer com o Presidente da República Portuguesa.

«Nino» foi, então, convidado por Valentim Loureiro a visitar e permanecer na sua casa do Norte, o que veio a acontecer, meses mais tarde.

Segundo a versão colhida em Bissau, é aqui que entra uma outra personagem: nem mais nem menos que o industrial Joaquim Ferreira Torres (ler a reportagem que publiquei sobre este assunto em 31-8-79). «O seu sonho era ter um banco», diziam-me sobre o industrial Francisco Torres nessa ocasião.

Ferreira Torres foi o célebre presidente da Câmara de Murça, ligado a sectores da extrema-direita, que em Agosto de 1979 foi baleado em Barro Branco, perto de Penafiel.

Dos contactos com «Nino», terá surgido a ideia de promover a constituição, na Guiné-Bissau, de um banco com capitais mistos, que depois poderia abrir delegações em Portugal, «rodeando» a legislação portuguesa acerca da nacionalização da actividade bancária.

E chegou a altura de, seguindo uma via que contém necessariamente uma certa margem de especulação, apresentar, Freire Monteiro que, com Saúde Maria, terá estado também recentemente em Lisboa, encontrando-se com «Nino».

Freire Monteiro, que foi director do Tota & Açores antes do 25 de Abril, governador do Banco Nacional da Guiné antes e depois do «14 de Novembro», e agora um dos quatro influentes assessores do Conselho de Revolução saído do «golpe» é considerado geralmente a verdadeira «eminência parda» do novo regime.

Freire Monteiro, que, na conferência de Imprensa da passada quinta-feira, em Bissau, afirmou que haveria muitas transformações a fazer, em tempo oportuno, na economia da Guiné, é conhecido como sendo partidário da criação de um banco de investimento no seu país.

O facto de ele ser uma «cabeça» do movimento de 14 de Novembro, elemento que cedo fez criar em Lisboa a ideia de que o «golpe» fora promovido por sectores «conservadores».

Tal ideia foi sublinhada pelo facto de nos meios da oposição guineense em Lisboa, uma organização chamada UPANG ter nítido e rápido conhecimento de pormenores relacionados com os acontecimentos em Bissau.

Ter-se-á tornado, portanto, evidente, a partir de uma ocasião recente, para «Nino», a ideia de que era chegada a ocasião de aceder a encabeçar o «golpe» contra Luís Cabral, de soltar o «grito do Ipiranga» dos guineenses contra os caboverdianos.

A conspiração começou a desenvolver-se no seio do próprio aparelho de Estado, e, como tem sido referido, algumas «desistências» e consequentes «fugas de informações» terão feito antecipar os acontecimentos, que estariam previstos para domingo, 16. Há, ainda, a acrescentar o receio, já referido na nossa última edição, de que a vida de «Nino» perigasse, num país onde as mortes «estranhas» já têm alguns precedentes. (Francisco Mendes e Malam Sanhá que oficialmente se suicidou na prisão.)

Tinha acabado de se desenvolver em Bissau o processo de discussão da nova constituição. Ai, os poderes do primeiro-ministro («Nino») eram drasticamente reduzidos e aumentados os do presidente (Luís Cabral).

Ao contrário do que acontece na Constituição de Cabo Verde, onde só os naturais podem ser presidentes da República, na nova lei fundamental guineense os corpos superiores da estrutura do Estado não estavam reservados aos naturais da Guiné. E, por outro lado, a pena de morte ficava prevista no texto constitucional — quando isso já não acontece em Cabo Verde.

A unidade (PAIGC)

Expresso, 29.11.'80

Guiné-Cabo Verde

agoniza nos campos do Cumeré

Mansoa e Mansabá

E NÃO apenas nos campos de Mansoa, Cumeré e Mansabá, mas por todo o território desta Guiné-Bissau onde valas comuns serviram para sepultar os guineenses fuzilados no tempo de Luís Cabral. Agonia que, porém, ainda não é morte. "Nem os colonialistas portugueses, e era guerra, praticaram tais crimes". Estas palavras são do colaborador do Conselho da Revolução que tem assento neste órgão do poder com voto igual ao dos conselheiros, Joseph Turpin e que no anterior regime era secretário de Estado das Pescas e membro do Comité Central. Descrevem-no hoje como uma das eminências pardas do regime saído do movimento de 14 de Novembro. "É preciso que o mundo saiba que nós não somos um bando de criminosos, mas estes crimes foram cometidos a coberto da unidade, contra o povo da Guiné. Foi este o preço que pagámos pela unidade".

Diante de nós, jornalistas guineenses, portugueses e estrangeiros, na presença de diplomatas acreditados na Guiné e também do bispo D. Arturo Ferrazzota, estavam em Cumeré diversas valas de 10 metros de profundidade por sete de largo, contendo ossos e caveiras humanas.

"Só nesta vala — dizia um dos soldados que assistiu ao massacre — estão 35 enterrados". Ao todo, no Cumeré, a cerca de 30 quilómetros de Bissau, jazem, segundo as informações das actuais autoridades, cerca de 100. Mais adiante, em Mansabá, a uns 120 quilómetros de Bissau, 75-80. Os primeiros foram fuzilados e para ali transportados por três vezes, em camiões, segundo o soldado que participou na operação. Os segundos, os de Mansabá, foram enterrados na vala comum, depois de haverem morrido asfixiados numa prisão subterrânea de Farim, a poucos quilómetros das sepulturas. Os primeiros eram comandos africanos, do tempo

do general António de Spínola, que participaram no movimento de Malam Sanhá à mistura com civis que contestavam a orientação política seguida, muitos, dissidentes do partido. Os segundos — a serem verdadeiras as informações que nos deram — devem pesar também na consciência de Senghor pois foram entregues ao PAIGC pelo Presidente do Senegal. Ali se haviam refugiado para fugirem à perseguição da polícia do regime de Luís Cabral. 1978 é a data que nos indicam para esta carnificina, sem qualquer julgamento.

Mas como só agora descobriram, perguntei a Joseph Turpin? "Havia povo que sabia, mas calava-se, porque era ameaçado. Eu, que era do Governo, ignorava tudo. Agora, porém, depois de visitarmos a sede da segurança encontrámos lá as fichas. Só dos fichados, enquanto inimigos do regime, contamos mais de 500 fuzilados".

Em Mansoa estariam enterrados à roda de 100. Para ali atirados como animais. O cheiro era pestilento, enquanto

nos outros locais que visitámos os ossos e caveiras apresentavam-se ressequidos. Mas foi precisamente em Mansoa que Joseph Turpin começou a atacar a unidade, assestando contra ela toda a artilharia. E digo toda a artilharia, porque envolveu deliberadamente, a primeira figura do PAIGC, o secretário-geral, Aristides Pereira. E Joseph Turpin foi até mais longe em conversa, depois, com dois ou três jornalistas, entre os quais nós, referindo que as divergências já vinham do tempo de Amílcar Cabral, tempo esse em que as prioridades iam todas para os cabo-verdianos, o que levaria um outro elemento categorizado dos quadros políticos guineenses a dizer-me que agora as relações com a Guiné-Conakry já seriam mais fáceis, dado que Seku Touré nunca quis dialogar verdadeiramente com Luís Cabral e seu séquito por entender que eles não representavam este chão guineense.

Em Mansoa foram-nos mostradas 5 valas abertas, quadrangulares, metidas na floresta de difícil acesso, tão densa era a vegetação. Ali teriam sido baleadas cerca de duzentas pessoas, na sua maioria militares, também sequazes de Malam Sanhá, quando se rebelaram contra a orientação política de Cabral.

Estas operações foram organizadas, segundo nos disseram, sem conhecimento da maior parte dos dirigentes, mas com pleno conhecimento de Luís Cabral, adiantou Turpin.

E quando eu perguntei a Joseph Turpin qual o papel de Aristides Pereira em tudo isto, ele respondeu, categórico, que Aristides Pereira tinha que saber o que se estava a passar. E acrescentou: "Os senhores jornalistas devem saber que

isto foi feito com conhecimento da direcção superior do partido, de que Luís Cabral era o principal responsável, aqui, em Bissau. É tempo de dizer toda a verdade e nós não temos medo de dizer também que Aristides Pereira devia saber tudo o que se estava a passar. No Governo poucos eram aqueles que sabiam. Luís Cabral tinha os serviços de segurança a funcionar para si. Entre os que sabiam, está o ex-ministro do Interior".

Este ex-ministro, Constantino Teixeira, chegou do estrangeiro e foi preso imediatamente.

O tenente que participou nas execuções

As explicações, nas fossas de Mansoa, foram dadas aos jornalistas e aos diplomatas, pelo tenente Mário Costa Ribeiro, o homem que, segundo ele próprio, organizou os transportes para o local dos fuzilamentos e que assistiu a todas as execuções que se processaram nessa área.

"E nunca lhe passou pela cabeça dizer que não?", perguntei eu ao tenente Mário Ribeiro.

Ele riu-se e riram-se a maior parte dos circunstantes a olhar para a vala aberta e mal cheirosa, onde eram visíveis duas caveiras e umas túbias. Costa Ribeiro disse que naquela vala jaziam 35. Mais adiante, duas valas vazias esperavam novas execuções, segundo o tenente.

Mário Costa Ribeiro afirmou que começava a carregar os homens cerca da meia-noite. "De uma vez comandeí três camiões". Por volta das 5 ou 6 da manhã deviam estar todos abatidos, dizendo-lhes os comandantes para regarem aqueles corpos com gasolina e pegarem-lhes o fogo. Tudo isto sem julgamento, resultado de um ligeiríssimo interrogatório.

Esses massacres, segundo afirmou o tenente Mário Ribeiro, foram da responsabilidade directa de vários oficiais do Estado-Maior, Bobo Keita, Lúcio Soares, André Gomes, Julião Lopes, Abdoulay Bari (presidente do Supremo Tribunal Militar).

Os comandantes Bobo Keita, Julinho de Carvalho e Abdoulay Bari, encontram-se em Cabo Verde, para onde se ausentaram nas vésperas do golpe, a fim de participarem numa reunião militar. Também para o Senegal saíram, antes do golpe, o comandante Luís Correia, do Comité Executivo da Luta do PAIGC, principal colaborador do chefe da segurança, seu director-geral, Alcântara, Buscardini, ignorando-se, agora o seu paradeiro.

"O golpe de Estado vivido como a segunda libertação da Guiné-Bissau"

A FORÇA do nacionalismo de raiz popular, que emerge deste chão guineense, acabou por triunfar sobre concepções construídas durante a luta de libertação e que tinham como pilar a unidade Guiné-Cabo Verde e o PAIGC como abstracto ideológico. "Nós aceitamos a unidade na igualdade", disse o presidente do Conselho da Revolução, Nino Vieira, no comício da penúltima sexta-feira, em Bissau. E o ministro do Interior, comandante Mário Saturnino, acentuá-la, em conferência de Imprensa, no Palácio do Ministério dos Negócios Estrangeiros: "Estamos convencidos que podemos construir o sonho de Amílcar Cabral. O sonho da unidade Guiné-Cabo Verde. Unidade, porém, na liberdade de exprimirmos as nossas opiniões em plena igualdade, mantendo a nossa personalidade própria".

E no comício de Bissau gritou o ministro dos Negócios Estrangeiros, Victor Saúde Maria: "Por que é que em Cabo Verde se permitia a existência de um primeiro-ministro — Pedro Pires — e na Guiné-Bissau, Luís Cabral, presidente do Conselho de Estado, havia de acumular as duas funções? Por que exigir a pena de morte na legislação da Guiné e não a permitir em Cabo Verde?". "Para onde vão as nossas madeiras — Interrogam-se populares — quando é certo que Cabo Verde não tem árvores e funciona entre os exportadores mundiais?".

O diferendo vem de longe e não nasceu com a subida de Luís Cabral ao poder. Ele já se manifestou, mais ou menos ardente, nos tempos da guerra de libertação, inclusive com intervenções e pressões de Seku Touré. Através da história recente esse nacionalismo ou, se quisermos, essas raízes vêm sendo alimentadas em lume brando. Com a independência e consolidação do regime de Luís Cabral, esse lume encontrou combustíveis poderosos na corrupção, no luxo das classes dirigentes, no exibicionismo, como ainda há bem pouco tempo, durante o III Congresso, foi denunciado por Aristides Pereira, para continuar tudo na mesma, na falta de democraticidade ao nível interno do Partido, na supremacia cabo-verdiana, na repressão exercida sobre as populações, e sobretudo na fome. Fome daquela mesmo em que não há nada para comer. A Constituição recentemente aprovada e à qual nos referimos já em pormenor no último EXPRESSO, foi gasolina em lume choco, mas abundante. E a pressão rebentou.

Depois do golpe, os fuzilamentos revelados pelo actual regime e perpetrados no tempo de Luís Cabral vibraram a machadada profunda na unidade Guiné-Cabo Verde. "Nem a PIDE foi capaz de semelhantes actos", afirmou na conferência de Imprensa de terça-feira, o colaborador do Conselho da Revolução e secretário de Estado das Pescas, Joseph Turpin.

Não se compreende, com efeito, que Aristides Pereira continue a ser aceite como secretário-geral do Partido, quando os dirigentes guineenses o acusam de responsabilidade grave no deteriorar da situação e nos massacres.

"Luís Cabral e Aristides Pereira tinham conhecimento dos fuzilamentos", sublinhou Turpin quando lhe foi chamada a atenção para o facto de Nino Vieira não ser tão claro como ele quanto às responsabilidades do secretário-geral do PAIGC nos fuzilamentos. Por sua vez, o dr. João Cruz Pinto, que esta semana chegou de Malta, onde fora

participar num Congresso de Juristas e é colaborador do Conselho da Revolução, declarou que a "intelligentsia" do regime era constituída por Aristides Pereira, Luís Cabral e José Araújo. E que esses estão no topo da responsabilidade.

O melhor será, porém, passarmos imediatamente à reportagem e convidamos o leitor a seguir-nos. Até pode acontecer que fique com uma opinião diferente da nossa. Por nós, ficamos convencidos, por agora, que a unidade Guiné-Cabo Verde se cindiu de alto a baixo e bem assim o seu suporte ideológico, o PAIGC. Ainda não morreu, mas agoniza, e os médicos tardam a aparecer à cabeceira do doente. Por enquanto, só há quem lhe dê pancadas, embora se vá também alimentando com aspirinas do género "somos pela unidade e pelo pensamento de Amílcar Cabral".

No entanto, o diálogo entre as duas partes tarda a concretizar-se. Aristides, respondeu a Nino e propôs o Sal para ponto de encontro e Nino contrapôs Bissau.

Enquanto não chegam à fala, as acusações contra Luís Cabral chovem na Guiné e envolvem Aristides Pereira.

OUVINDO, nestes dias, em Bissau, os novos poderes da Guiné e o seu coro, de vozes. Luís Cabral foi um assassino, um déspota e um corrupto. O contrário da imagem pública a que estávamos habituados. "É que ele tinha muita gaita para se propagandear", disse-me um jornalista guineense que segue com atenção e empenhadamente o processo político da sua terra.

Um corrupto que reinou sobre o povo para satisfazer as suas ambições pessoais, não recuando perante métodos? A sua figura já está totalmente abandonada entre o povo, que exagera o que ouve na Rádio. "Ele foi o pior Presidente da África — dizia-nos um taxista. — Matou, fuzilou mais de 8 mil pessoas. Foi a Rádio quem o disse e os jornalistas estrangeiros viram as covas". A Rádio falou apenas em cerca de 500. Quem conta um conto acrescenta um ponto, e muitos pontos mais se a fome aperta e os contos se referem, de perto ou de longe à comida.

Neste ambiente, os filhos da Guiné tiveram de pegar nas espingardas — contam os dirigentes — para ajustarem o processo político concebido por Amílcar Cabral, irmão de Luís.

Pela calada da noite

E foi assim que no dia 14 de Novembro, quando a noite já se abatera sobre Bissau, às escuras vai para dois meses por avaria no gerador eléctrico prestes a ser reparado, os tanques vieram para as ruas e as metralhadoras dispararam

algumas rajadas. Poucas. No cinema local corria o filme, "O Estado de Sítio" e os militares pediram às pessoas para se meterem em casa, o que fizeram com calma, como é característica terra. No Hotel 24 de Setembro, com os clientes na esplanada a gozarem o fresco da noite, mandaram para os quartos, para logo a seguir acrescentarem: "vão para os quartos, mas paguem as contas, primeiro". Não havia assim tanta pressa.

O golpe, disse-nos o comandante de Brigada Nino Vieira, já estava preparado desde o dia 2 de Novembro, estando a operação final prevista para o dia 16. "Queríamos que Luís Cabral estivesse em Bissau. Mas tivemos que antecipar porque houve um camarada que denunciou os planos à polícia de Segurança."

Buscardini, o homem da Segurança viria mesmo no dia 14, à tarde, a casa de Nino Vieira, juntamente com Lourenço Gomes, perguntar-lhe se essa coisa do golpe era a sério.

A morte de Buscardini

O temido chefe da Segurança, Buscardini ao perceber as movimentações, refugiou-se, à pressa, em casa de um amigo, onde seria prontamente descoberto. Entra um soldado e intima-o a segui-lo, mas ele descarrega-lhe duas balas na cabeça. Cá fora, um tanque avança contra o muro arromba-o, entra, ajusta o canhão à janela e a cabeça de Buscardini separa-se do corpo.

QUE SE passou na Guiné-Bissau?

Aconteceu um golpe anticabo-verdiano ou foi simplesmente um golpe, de raiz nacionalista, para afastar a influência de Luís Cabral e respectivos sequazes?

Respondeu este golpe a outro de tipo constitucional, mediante o qual, na prática, Luís Cabral retirava, a partir de Janeiro, como aprovação da nova constituição, todo o poder ao primeiro-ministro e chefe guerrilheiro carismático, o estratega da guerra nacionalista, o general Nino Vieira?

Mas foi apenas uma explosão de nacionalismo contra a influência cabo-verdiana favorecido por uma situação económico-social a degradar-se cada vez mais, e a exigir um bode expiatório?

Não terá havido em tudo isto influências externas, de potências, que pretendem jogar na área a sua partilha do poder a nível mundial? E que influência exerceu a Guiné-Conakri, irmã gémea e há quem acentue siamesa, de Bissau?

Terá sido erradicado da vida política o Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde, em que já não se fala, em Bissau, segundo as informações que temos, partido que, em teoria deveria comandar o Estado e orientar toda a vida da Guiné?

Augusto de Carvalho

Na hipótese da erradicação do Partido que critérios vão presidir à organização do Estado que até agora não havia sido solidamente erguido e foi desta vez, ainda mais destruído a exigir um recomeçar na maioria dos seus aspectos? Que é que o vai substituir? Um outro partido ou um conjunto de organizações políticas? Ou simplesmente as Forças Armadas que conquistaram o poder passarão a governar sem admitir contestação nem se regularem por esquemas de referência ideológica, ficando apenas as estruturas tradicionais familiares e étnicas? Ou nem estas, restando apenas o comando?

São interrogações para as quais, neste momento, não temos respostas. Por isso mesmo, preferimos contar e alinhar factos e pequenas histórias, tentando contribuir para a tecelagem do pano em que porventura irá movimentar-se o novo poder, assim como apresentaremos tópicos para a compreensão do golpe.

Entretanto, partimos para Bissau a fim de podermos explicar melhor o que por lá se passa. Contingências que trazem

consigo todos os golpes de Estado em qualquer parte do mundo, sejam eles de direita ou de esquerda, do centro ou dos lados, não permitiram, antes, a nossa partida, de maneira que aquilo que escrevemos resulta das notícias que chegaram até nós vindas de Bissau, de conversas com amigos que lá trabalham ou trabalharam e se encontram em Portugal a gozar férias e também de investigação no nosso país, junto de quem bem conhece os líderes guineenses e que com eles até mantém relações de amizade. Além dos nossos conhecimentos adquiridos na Guiné-Bissau das várias vezes que por lá andámos em missão jornalística, a primeira das quais logo nos princípios do EXPRESSO, quando Amílcar Cabral foi assassinado, sendo governador o general António de Spínola, entusiasmado com o "slogan" "para uma Guiné melhor"

Diremos, entretanto, que fomos encontrar na Embaixada da Guiné, em Lisboa, um ambiente de tranquilidade e que o visto nos foi passado rapidamente.

Faz parte, por conseguinte, do que vamos contar em pinceladas rápidas, pequenas histórias sobre o relacionamento entre a Guiné-Conakri e Bissau, sobre o ambiente que se vive em território guineense, algumas "focas" que contribuem para

detectar realidades mais profundas, a personalidade de alguns líderes políticos, etc. Um texto, sem dúvida incompleto, que recusa tirar conclusões fáceis e prefere que sejam os leitores a pensá-las. Da Guiné, na próxima semana (quando este texto for publicado já lá estaremos) iremos mais longe.

(Continua na pág. 2.R)

No dia seguinte a mãe, percorreria, desesperada, as ruas de Bissau, gritando a morte do filho, a quem já tinha, segundo os seus clamores, avisado várias vezes. "Fazes mal a tanta gente que qualquer dia pode acontecer-te alguma desgraça".

Também o outro homem da Segurança seria morto, Otto Chaff, o homem da Segurança paralela, segundo me dizem, embora ambos actuassem às ordens de Luís Cabral, Segurança que, por paralelismo de destino, habitava a mesma casa, que outrora hospedara a PIDE. Segurança onde actuavam também alguns estrangeiros, nomeadamente um coronel russo, alguns checoslovacos e cubanos. Elementos da Polícia de Segurança refugiaram-se na Embaixada da RDA e um deles, o comandante Cotté, na de Cuba, que, alguns dias após, o entregaria ao Poder constituído, o qual, por enquanto, ao nível das personalidades máximas do Conselho de Revolução está sediado no Quartel da Amura, o Quartel-General.

Não há dúvida que o alvo primeiro das operações em curso foi apanhar a Segurança para a neutralizar e, depois, desmantelar.

O primeiro comunicado

A população, entretanto, não sabia bem o que se passava. Ouvia alguns tiros, lobrigava na escuridão da noite movimentação de tropas que não deixavam andar ninguém nas ruas. Mas os militares era delicados e aconselhavam tudo a meter-se em casa. Até que às 10 e 30 a Rádio, já sob o Comando Operacional do grupo que desencadeou as operações, falou assim:

que tanto ansiávamos, chegou a hora da nossa verdadeira libertação. O Comando Operacional constituído pelos melhores filhos da Guiné, comunica-nos que a partir de hoje, a nossa terra é verdadeiramente nossa. Por isso, para evitar derramamentos infrutíferos do nosso sangue, pedimos a toda a população que recolha aos seus lares e se mantenha calma. A Terra é nossa. Tchoni di nós".

Luís Cabral

descansava entretanto

Luís Cabral, entretanto, descansava calmamente na Ilha de Bubaque, para onde partira em fim-de-semana com o ministros das Obras Públicas. Naquele ambiente paradisíaco, o Presidente construía uma residência de férias, que já não vai ter o gosto de acabar.

Pela manhã, o ministro das Obras Públicas vem tomar o café na pousada e alguém o

avisa, para os comunicados da Rádio. Entra imediatamente em contacto com Luís Cabral, que ainda tenta fugir. Procura um cooperante português que tinha uma avioneta e pede-lhe para o levar.

"Levar para onde?", perguntou o português.

Luís Cabral responde-lhe que só no ar lhe poderá revelar o destino, mas o cooperante português, já ao par dos factos, recusa-se a partir e à tardinha a escolta de Luís Cabral é convidada a entregar o ex-Presidente com a seguinte mensagem:

"O Comandante da Brigada, João Bernardo Vieira (Nino) responsável máximo do Conselho da Revolução, convida a escolta de Luís Cabral a entregá-lo às nossas forças encarregadas de o transportarem desde Bubaque até Bissau, sendo-lhe asseguradas todas as garantias da sua integridade física. Qualquer acto de hostilidade ou de resistência contra as nossas forças, será da sua inteira e única responsabilidade quanto a eventuais perdas humanas e materiais. O Conselho da Revolução, permitirá a Luís Cabral que um diplomata da sua escolha, acreditado no nosso país, acompanhe as nossas forças no desempenho dessa missão.

Apelamos para que a população mantenha a calma e colabore com as nossas forças nessa acção".

Luís Cabral escolheu o embaixador cubano e veio para Bissau de helicóptero acompanhado do colaborador do C.R. Joseph Turpin, que representou aquele órgão de soberania, sendo agora bem guardado numa casa destinada a hóspedes do Governo, rua que sai da Praça dos Heróis Nacionais, mesmo em frente da delegação da TAP. Luís Cabral ainda tentou mais uma vez que o deixassem sair do país, concedendo-lhe uma bolsa de estudos para ir dedicar-se à investigação.

Fuzilamento de 500 pessoas

O Conselho da Revolução vem afirmando, porém, cada vez com mais insistência, que Luís Cabral tem de se explicar e o inquérito a todas as suas actividades já começou, sendo a responsabilidade maior que se lhe atribui e a de maior impacto público a autoria moral do fuzilamento de cerca de 500 pessoas executadas depois de uma averiguação sumária ou de averiguação nenhuma, como veremos mais adiante.

Também Vasco Cabral, o ministro do Plano, novamente reconfirmado, escapou por pouco, ia a passar com o carro

entre dois tanques, quando terá sido reconhecido e lá de dentro um dos ocupantes da máquina de guerra gritou, segundo certas versões: "Olha ali o filho da p. do comunista".

E desfechou sobre ele, o qual, ferido, se pode ainda refugiar na Embaixada da Suécia. Ao sair do aeroporto, prometeu voltar, e foi, de novo nomeado ministro da Economia e do Plano. A propósito do episódio do ataque a Vasco Cabral correm outras versões não podendo nós garantir a anterior, embora no-la tenha contado pessoa que nos merece crédito.

Fora do país continua ainda o ministro do Comércio, Turismo e Artesanato, Armando Ramos, o protegido de Luís Cabral, é acusado de envolvimento em alta corrupção e também José Araújo, considerado ideólogo do Presidente e homem da censura, que censurava, inclusivamente, textos de Amílcar Cabral. Quando os soldados entraram em casa de José Araújo, a sua filha de cerca de 16 anos começou a chorar. "Não chores, não é nada contigo. Quem devia aqui estar era teu pai".

Entretanto, a moça já partiu para Cabo Verde, a juntar-se aos familiares, sendo acompanhada pelo comandante Silvino da Luz o caboverdiano, ministro da Defesa, que aqui veio, juntamente com Alvaro Dantas para dialogarem com o Conselho da Revolução. O Comissário do Interior e da Segurança, Constantino Teixeira, também foi preso à chegada. Do Comissário do Interior, com efeito, dependia, em grande parte, a Polícia de Segurança, ou a Polícia Política. Também se encontra preso o Comissário das Forças Armadas, Djalo, o qual substituiu Nino, quando este, por morte de Chico Mendes, fora nomeado ministro.

Constantino Teixeira e Djalo seriam, segundo nos informam, os homens de Luís Cabral para as Forças Armadas e para a Polícia de Segurança. Teixeira e Djalo actuariam em estrita dependência do Presidente, que se servia deles e Teixeira dos seus agentes, deixando no escuro dos factos os outros membros do Governo. Isto é o que nos dizem aqui em Bissau, não nos sendo possível falar com a parte acusada por se encontrar incomunicável aos meios de comunicação social. Luís Cabral, entretanto, está na tal residência onde sua mulher pode sair e entrar quando quiser. Ninguém nos disse, mas é de supor que todos os seus passos sejam vigiados. Vigiados nesta Guiné-Bissau, calma, tranquila, molengona, direi mesmo sorna, onde

parece que nada aconteceu e onde se pode caminhar tranquilamente a qualquer hora do dia ou da noite. Gente educada. E mesmo sobre os jornalistas a vigilância, que em idênticas circunstâncias noutros países é de recticulado, aqui é praticamente inexistente.

A noite as crianças continuam a brincar tranquilamente nas ruas escuras os mesmos jogos infantis que se brincam pelo mundo fora, rindo em algazarra despreocupada. Não chegou a haver sensação de golpe de Estado com aquele aparato militar e consequente medidas de policiamento habituais em casos destes. As mudanças mais sensíveis verificaram-se ao nível dos géneros de primeira necessidade, sobretudo do arroz que começou a aparecer em maior quantidade.

Não houve a caça ao caboverdiano, como se chegou a publicar nos primeiros dias que se seguiram ao golpe. Essa caça passou-se apenas ao nível dos detentores do poder, por motivos políticos. O povo foi aconselhado a comportar-se fraternalmente em relação aos caboverdianos, como em relação a todas as outras nacionalidades que aqui habitam. E que o povo deu mostras, como se diz na Europa, de um civismo elevado disso é que não há dúvida alguma.

A 1.ª lei

Quem no dia 14 ainda mantinha dúvidas quanto ao andamento do processo político desencadeado por Nino Vieira com Paulo Correia na estratégia das operações militares, perdeu-as todas ao ouvir ler na Rádio a lei 1/80 de 15 de Novembro. A primeira lei do Conselho da Revolução que lança os alicerces jurídicos do novo edifício. Ela reza assim: "Depois dos acontecimentos do 14 de Novembro do qual nasceu o Conselho da Revolução como órgão máximo para orientar os destinos do Estado e da Nação, os poderes que detinham a Assembleia Nacional Popular, o Conselho de Estado e o Conselho dos Comissários de Estado, devem ser imediatamente assumidos pelo referido Conselho da Revolução".

Assim:

"Art. 1 — É destituído de todas as funções o Presidente do Conselho de Estado, Luís Severino de Almeida Cabral.

Art. 2 — São dissolvidos a Assembleia Nacional Popular e o Conselho de Estado.

Art. 3 — É extinto o Conselho dos Comissários de Estado (Conselho de Ministros — N. d. R.).

Art. 4 — Todos os poderes atribuídos aos órgãos referidos nos artigos anteriores passam a ser exercidos pelo Conselho da Revolução.

Art. 5 — Este diploma entra imediatamente em vigor”.

Se o Conselho da Revolução é a entidade nova, composto por jovens comandantes, já o mesmo não acontece com o Conselho dos Comissários de Estado, onde continuam a exercer funções muitos dos que vinham do regime anterior. Da lista do Governo Provisório foram excluídos, relativamente ao Governo de Luís Cabral, Armando Ramos, Comissário do Comércio, Indústria e Artesanato, Fidelis Cabral de Almada, da Justiça, Fernando Fortes, dos Correios e Telecomunicações, João da Costa, da Saúde e Assuntos Sociais, Mário de Andrade, da Informação e Cultura, e Constantino Teixeira, do Interior, e da Forças Armadas, Umaro Djalo.

Entretanto os Ministérios da Saúde, Justiça, Comércio, Indústria e Artesanato, Correios e Telecomunicações serão transitoriamente geridos pelo Conselho da Revolução.

29.11.80

Situação controlada

Com a situação controlada no aspecto militar e com a primeira legislação produzida, o novo edifício vai surgindo pouco a pouco sendo mais visíveis os seus contornos.

Haverá mexida também ao nível dos governadores distritais. Como sinal, tomámos o facto de, na terça-feira, haverem sido chamados apenas três para participarem em trabalhos do Conselho da Revolução.

As palavras de Luís Cabral

Entretanto vêm a público mais pormenores sobre o golpe de 14 de Novembro, alguns deles de veracidade difícil de constatar, dado que começa a verificar-se a tendência inevitável para mitizar o acontecimento.

Como podia o 1.º ministro Nino desconhecer os massacres?

Expresso 29. 11. 80

NAO é fácil acreditar, assim à primeira vista, que Nino Vieira desconhecesse os massacres, tão apregoados agora aqui contra Luís Cabral e seus homens de confiança. Por isso mesmo, fizemos-lhe a pergunta, directamente, na Conferência de Imprensa.

Sr. Presidente do Conselho da Revolução, como é possível que, dados os cargos que desempenhavam, ignorasse tudo a respeito dos massacres?

Nino Vieira — É fácil explicar. Eu era um indivíduo combatido. Para ser afastado. Na primeira reunião que eu tive no Conselho de Ministros, o Presidente do Conselho de Estado, Luís Cabral, disse, na altura, que as Forças Armadas e a Segurança passariam a estar sob o seu controlo e não sob o meu. Praticamente, todas as coisas não eram do meu conhecimento. O caso de Farim, onde cerca de cem pessoas morreram asfixiadas, só pouco tempo depois do golpe é que eu o soube. A segurança e as FA's não estavam sob o meu controlo."

Nesta mesma entrevista, Nino Vieira recusou os rótulos políticos habituais, dizendo que "a nossa Revolução é só para servir o nosso povo e que nos chamem como quiserem".

Quanto ao PAIGC, diria que "ainda não acabou em nosso entender. Vou ter um encontro com o Secretário Geral do Partido", cuja data ainda não está fixada. "É possível agora encontrar uma solução dentro do Partido porque já temos voz activa para dizer qualquer coisa".

Quanto ao antigo Presidente do PAIGC, Rafael Barbosa, que no dia 14, por volta da meia-noite, chegou a pronunciar algumas palavras na Rádio, onde conseguiu infiltrar-se, sendo-lhe depois cortada a palavra, Nino Vieira disse que se havia tratado de um equívoco. Houve uma confusão generalizada, o que permitiu o episódio. Rafael Barbosa foi solto, mas está com residência vigiada. O C.R. vai estudar o seu caso e decidirá oportunamente.

Nesta conferência de Imprensa, Nino Vieira sublinharia que todos os nacionais guineenses que se encontrassem no estrangeiro, poderiam regressar à sua pátria.

EXPRESSO revela correspondência entre Nino e Aristides Pereira

Expresso, 29.11.'80

AS COMUNICAÇÕES são difíceis entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde, como, aliás são difíceis e, por vezes quase impossíveis, entre Bissau e o resto do mundo. Por exemplo, no hotel onde me encontro, o melhor da cidade, não consigo receber um telefonema do exterior. As cartas entre Nino Vieira e Aristides Pereira foram transmitidas, segundo supinho, por telex.

Entretanto, deslocou-se, no sábado, a Bissau, o ministro da Defesa de Cabo-Verde, comandante Silvino da Luz, acompanhado de Álvaro Dantas, para conversarem com os novos poderes, isto é com o Conselho da Revolução. O ambiente foi de tensão. Nada se disse publicamente dos assuntos tratados nesta reunião. Apenas conseguimos saber por um dos participantes da Guiné-Bissau, que Silvino da Luz havia ficado impressionado com as revelações que lhe foram feitas e declarou que ignorava praticamente tudo aquilo que lhe fora contado.

As cartas que a seguir publicamos, são um sintoma do clima que se criou e continua a criar entre as autoridades dos dois países.

Nino Vieira reclama igualdade para Cabo-Verde no contexto da unidade Guiné-Bissau e Aristides Pereira repreende-o pela grave falta cometida contra a disciplina do Partido.

Nesta altura, ainda Aristides Pereira não havia sido oficialmente atacado relativamente ao envolvimento nos massacres.

Ao Camarada
Aristides Pereira
Secretário-Geral do PAIGC e Presidente da República de
Cabo Verde
Camarada Secretário-Geral:

Perante a grave situação que se criou durante os últimos tempos, cujo desfecho era imprevisível e capaz de provocar consequências irreparáveis, pondo em causa a nossa Revolução, os objectivos e a linha do pensamento do nosso saudoso camarada Amílcar Cabral, fomos obrigados, respondendo aos anseios do povo, de no dia 14 do corrente mês de Novembro, tomar as medidas que a situação impunha. A integridade física do ex-Presidente do Conselho de Estado, Luís Cabral, e de sua família, encontra-se garantida pelo Conselho da Revolução. A situação encontra-se normal em toda a extensão do território nacional. Não houve efusão de sangue, nem quaisquer actos de vingança. Todos os cabo-verdianos que se encontram na República da Guiné-Bissau não toram vítimas de quaisquer actos de vingança. Permanecemos fiéis aos princípios, à linha e objectivos traçados pelo saudoso camarada Amílcar Cabral e expressamos a nossa firme determinação de continuar a desenvolver os laços históricos que unem os nossos dois povos.

Saudações Revolucionárias
Pelo Conselho da Revolução
João Bernardo Vieira, comandante de Brigada

Resposta à mensagem de Aristides Pereira

Camarada Aristides Pereira
Secretário-Geral do PAIGC
e Presidente da República de Cabo Verde:

Recebemos a vossa mensagem de 16 do corrente relativa aos acontecimentos de 14 de Novembro cujo conteúdo nos estranhou profundamente. Informamos que a situação que se criou ultimamente no país, atingiu proporções insustentáveis que nos levaram a agir daquela forma. E do pleno conhecimento do Camarada Secretário Geral do Partido, as atitudes do Camarada Luís Cabral na solução dos problemas do Estado e da Nação. A atitude passiva do camarada Secretário Geral do Partido perante o comportamento e posições antidemocráticas do camarada Luís Cabral, contribuiu largamente para a deterioração da situação no país. As discussões acerca do anteprojecto e do projecto da nossa Constituição política, revelaram todas as anomalias que essa mesma Constituição comportava. Os militantes, cidadãos, alguns dirigentes e responsáveis, manifestaram publicamente o seu descontentamento e desacordo quanto a certos artigos da Constituição. Durante a reunião extraordinária da II Legislatura da Assembleia Nacional Popular para a aprovação da futura

Constituição, de maneira mais inaceitável e antidemocrática, o camarada Luís Cabral, confiante do poder que detinha, influenciou certos quadros que impediram os deputados de tomar parte activa nas discussões da Constituição. Todos os factos acima mencionados são bem conhecidos do Camarada Secretário-Geral das instâncias superiores do Partido. As últimas reuniões da Comissão Permanente do CEL (Comité Executivo da Luta — o Bureau Político — N. d. R.) e do próprio CEL, não abordaram com seriedade a situação real que prevalecia na Guiné-Bissau. O Camarada Secretário-Geral do Partido, primeira figura da nossa organização política, não teve a coragem política suficiente, nem agiu de acordo com a responsabilidade que detem e que o momento exigia para pôr à discussão a situação que se deteriorava cada vez mais na Guiné-Bissau.

Reafirmamos ao Camarada Secretário-Geral do Partido que os acontecimentos do 14 de Novembro nada têm contra as linhas e pensamento do saudoso Amílcar Cabral e os fundamentos do Partido. Prosseguiremos de maneira irreversível a nossa marcha iniciada no dia 14 de Novembro, dentro do mesmo espírito partidário. Estamos prontos e abertos para discussões com o Camarada Secretário Geral sobre os acontecimentos do 14 de Novembro e a continuação da obra que nos legou Amílcar Cabral. Qualquer tentativa de influenciar a nossa marcha será categoricamente rejeitada e o Camarada Secretário-Geral poderá daí tirar todas as conclusões que entender.

Os elementos que participaram no processo do 14 de Novembro e que constituem o Conselho da Revolução não são pessoas estranhas ao Partido. São Verdadeiros militantes, responsáveis e dirigentes do Partido, conscientes dos seus deveres cívicos e políticos. O pensamento dos heróis nacionais, como Domingos Ramos, Pansau Na Isna, Titina Silá e tantos outros, que tombaram pelos ideais do PAIGC, ficará sempre presente nos nossos espíritos e corações.

Saudações fraternais
João Bernardo Vieira (Nino)
Bissau, 17 de Novembro de 1980

Resposta de Aristides Pereira recebida em Bissau no dia 21

Camarada João Bernardo Vieira
Comandante de Brigada e Membro da Comissão Permanente e Presidente do Conselho da Revolução da Guiné-Bissau do PAIGC/Bissau

Acabo de receber tua mensagem, ansiosamente aguardada. Pelo teor da mesma constato pelas tuas palavras que, apesar do acto gravíssimo cometido contra princípios e fundamentos do Partido, não há abandono total princípios linha e objectivos traçados pelo saudoso camarada Amílcar Cabral.

Seku Touré: «Assegurar a libertação

do povo irmão»

SEKU TOURÉ, o Presidente da República da Guiné-Conakry, cujas relações foram difíceis e tensas com o regime de Luís Cabral, exaltou o golpe de Estado e apressou-se a reconhecer o Conselho da Revolução, Conselho que, à hora a que estamos a escrever, quarta-feira, tinha também sido reconhecido pela Libéria. Talvez possamos, no entanto, considerar reconhecimento implícito o facto de as várias missões diplomáticas acreditadas em Bissau, haverem marcado a sua presença no grande comércio de domingo, realizado na praça dos Heróis da Independência, em frente ao palácio presidencial e a dois andares da casa onde Luís Cabral se encontra detido e sem guardado — dois tanques ortam os acessos da pequena rua e soldados de meralhadora, vigiam, sentados lescontraidamente nos muros.

Entre as representações diplomáticas presentes vimos a de Portugal com o embaixador Agostinho Cordeiro. Embaixador que também encontramos na visita às valas comuns de Mansoa. Aliás, as relações com Portugal, a valer pela chegada das últimas personalidades em vários anos de actividades, mormente no sector bancário, são um indício claro que não vão, de forma alguma, decrescer. Dia 15, a cidade começou a parecer iluminada, aqui e acolá, fruto dos técnicos portugueses que, sem mãos a medir, continuam a reparar a central eléctrica e os resultados do futebol português de domingo foram-me contados por um taxista, sportinguista errenho.

A primeira mensagem

Voltando, porém, a Seku Touré, foi dele a primeira mensagem chegada a Bissau. Não foi simples cortesia, mas poio explícito e caloroso ao Conselho da Revolução e ao golpe que o originou. A mensagem data de 17 de Novembro e foi transmitida através da embaixada de Conakry em Bissau e, em resumo, é do teor:

“A Assembleia da República Popular da Guiné apresenta os seus cumprimentos ao Conselho Nacional da Revolução e tem a honra de lhe transmitir uma comunicação do responsável supremo da Revolução, o presidente Ahmed Sekou Touré, na qual se afirma: Pedimos que levem ao conhecimento do camarada Nino que enviámos por via marítima

500 toneladas de arroz, 360 toneladas de farinha...”

A mensagem dizia ainda que o transporte destes produtos de primeira necessidade (o arroz é a base da alimentação dos guineenses) seria assegurado em duas remessas, por 6 barcos de 60 toneladas de farinha e três barcos de arroz, sendo dois de 180 e um de 140 toneladas.

Continua a mensagem: “Renovamos ainda ao Conselho da Revolução os nossos conselhos de vigilância e de firmeza para assegurar o triunfo da nobre causa da libertação total do povo irmão da Guiné-Bissau, cuja legítima aspiração é de exercer por si e para si a sua soberania, no sentido de assegurar um desenvolvimento rápido no quadro de uma democracia nacional, assegurando igualdade de todos”.

“Transmitam à ilustre mãe do nosso camarada os nossos melhores sentimentos e peçam-lhe bênçãos pelo sucesso completo da Revolução de 14 de Novembro”.

Mensagem que «corresponde a laços seculares»

Nino Vieira responderia imediatamente à mensagem de

Seku Touré, pondo em relevo os laços seculares que unem os dois povos:

“Acusamos a recepção da vossa mensagem — responde o presidente do Conselho da Revolução da Guiné-Bissau — de felicitações e de reconhecimento das novas autoridades da República da Guiné-Bissau, a qual agradecemos imensamente. Essa decisão do Partido Democrático e do Governo da República Popular Revolucionária da Guiné, corresponde altamente aos

laços seculares que uniram os nossos dois povos na luta comum contra a dominação e exploração estrangeiras. Reafirmamos ao camarada Sekou Touré, ao povo, partido e governo, que nada poderá destruir esses laços históricos. Estamos hoje, mais do que nunca, dispostos a desenvolver e fortalecer as nossas relações de amizade e de cooperação com o povo irmão da República Popular Revolucionária da Guiné”.

O teor da mensagem de Seku Touré insere-se como uma luva no tom que os novos dirigentes de Bissau imprimem aos seus discursos. Segundo eles, o 14 de Novembro foi uma segunda libertação nacional. A primeira foi a libertação do colonialismo

português e a segunda foi a libertação da dominação cabo-verdiana. Na realidade a polémica com Cabo Verde data já dos tempos da luta contra a presença portuguesa, sendo, então, implicitamente, apoiada por Seku Touré.

Na teia de relações inter-

nacionais, e sobretudo com os países vizinhos, é natural que exista da parte das novas autoridades um pendor mais acentuado para Conakry que para Dakar, cujo presidente — o vice da Internacional Socialista, Leopold Senghor — não gostará certamente que os

dirigentes de Bissau paguem aos quatro ventos, através da Imprensa, o episódio dos 80 guineenses adversários do PAIGC por ele entregues à polícia de Luís Cabral, que os mataria por asfixiamento e depois lançaria em vala comum, nos matos de Mansabá.

O conflito de fronteiras

Entretanto, o conflito de fronteiras entre os dois países, sobretudo o das fronteiras marítimas, continua igual na sua essência e estamos convencidos que nenhum dos Governos, apesar de todo o vocabulário fraterno, estará disposto a ceder. Mario Cabral

diria que agora estão criadas as condições para negociações frutuosas. Com efeito, Sekou Touré nunca quis dialogar com o ex-presidente de Bissau, Luís Cabral convidou-o várias vezes para uma visita oficial e só à quinta vez é que resolveu deslocar-se aqui. Mas fê-lo com a condição de não ter programa traçado, de andar por onde muito bem quisesse e de falar como e quando lhe apetece.

Teve uma grande manifestação, falou ao povo da varanda presidencial que o aclamou. Sekou Touré é muçulmano e a maioria dos guineenses também o são e no jantar, quando Luís Cabral se preparava para falar, ele abandonou a mesa. Foi uma visita de propaganda própria. Agora o clima é outro.

José Araújo o desejado

Quem os guineenses mais entrosados na política gostariam de ver aqui, era José Araújo, conselheiro pessoal do ex-Presidente. José Araújo era o secretário-geral do C.N.G. (Conselho Nacional da Guiné do PAIGC). Dizem que manejava Luís Cabral. Era também o homem da censura aos meios da comunicação social. Falei com alguns jornalistas que me afirmaram que viviam uma vida totalmente frustrante, pois nada podiam escrever do que se passava no povo. Faltava arroz, mas eles tinham de se calar. A fome grassava e só podiam alimentar as esperanças do povo, escrevendo ou dizendo que barcos estavam a chegar. E o povo da Guiné conheceu fome nestes últimos tempos. "Isto que aconteceu no dia 14 de Novembro, era mesmo a vontade popular e mais tarde ou mais cedo tinha de ser feito", disse-me o jornalista em questão.

Claro se torna que o golpe teve como primeiro alvo a policia de segurança, a PIDE da Guiné e a policia do pensamento, a censura. Dizem-me que agora já se pode escrever e falar livremente na rádio.

Escrever, porém, representa enorme dificuldade. O jornal "No Pintcha" há muito que não se publicava, por falta de energia eléctrica. Terça-feira desta semana, saiu, finalmente, para as ruas de Bissau com oito páginas, e esgotou-se imediatamente. Na rádio, é tudo preso por arames. As dificuldades são imensas e durante muito tempo só transmitiam em FM, ouvindo-se na cidade e anéis mais próximos.

Voltando a Buscardini, o homem temido em toda a Guiné, o "Silva Pais da Guiné", ele ordenava buscas, com frequência, às casas dos

seus compatriotas. Ainda recentemente ordenou uma com o intuito de verificar quem possuía aparelhagem sonora ou electrónica. Se não tivessem a respectiva factura, ficavam sem ela, o que aconteceu em muitos casos, pois ninguém guarda facturas dessas por muito tempo. A pessoa que nos contou o episódio, ficou sem um gravador e um transistor. Por outro lado, os guineenses eram obrigados a trazer consigo toda a documentação, inclusive o certificado de imposto, se não iam presos.

Portugal não tem que reconhecer o novo regime

"PORTUGAL não tem que reconhecer o novo regime", declarou ao EXPRESSO o embaixador do nosso país em Bissau, Meneses Cordeiro, que acrescentou: "Portugal não reconhece Governos mas Estados. E o Estado mantém-se, mantendo a sua soberania sobre todo o território, onde não há focos de resistência. A América Latina é que reconhece Governos".

Entretanto, os novos dirigentes, quer o próprio presidente do Conselho da Revolução, quer outros membros, têm-se referido às relações com Portugal, acentuando sempre que desejam a sua intensificação. Mário Cabral iria ao ponto de dizer que as relações entre a Guiné-Bissau e Portugal têm sido consideradas como exemplares. "Nós temos todo o interesse em continuar a aprofundá-las — sublinhou —, pois reconhecemos que Portugal ainda será durante muito tempo para nós a principal via de contacto com outros países. Mesmo se as relações entre Portugal e a Guiné, às vezes não foram as melhores, criou-se todo um hábito, todo um sistema complementar, embora no respeito pelas soberanias mútuas".

Entretanto, chegaram à Guiné, na quarta-feira, 16 cooperantes para o sector da Educação. No dia 3 de Dezembro chegam mais 3 professores de Direito, vindo também o prof. Rogério Soares inaugurar o ano lectivo. Por outro lado, no Centro da Cultura Portuguesa, verificaram-se no primeiro semestre 26 957 leitores e de Janeiro a Outubro 37 mil. Realizaram-se 5 exposições que foram visitadas por 5 400 pessoas e houve 5 sessões de cinema. O Centro comprou uma televisão, tem video-tapes e poderia, em principio, apresentar programas que poderiam ser enviados semanalmente de Portugal. Desde programas culturais a desportivos, como filmes, jogos de futebol, etc.

A comunidade portuguesa ainda conta entre 100 a 120 pessoas, mas encontra-se bastante envelhecida, tentando construir-se uma associação de portugueses e uma escola oficial primária. Este problema da escola oficial primária é muito sentido entre os portugueses que aqui se encontram, muitos dos quais deixam, contrafeitos, os filhos em Portugal. O embaixador disse-nos que está a envidar todos os esforços nesse sentido.

29. 11. 89

Expresso

JOÃO Bernardo Vieira (Nino) é guerrilheiro lendário que chegou a estar cercado pelas tropas portuguesas, com mobilização de vasto arsenal bélico, inclusive para-quadristas lançados na área para fechar o cordão, em cerco cerrado. O cerco foi realmente cerrado, mas Nino escapou-se, como outrora se havia escapado da prisão, tendo-lhe sido aberta a porta por um cipião, aparentemente leal ao regime luso.

Os seus feitos são lendários e ainda hoje se contam na Guiné e correm de boca em boca. Lenda que engrossou à medida que Luís Cabral o foi relegando para verbo de encher. Nino acabou por corporizar, por assim dizer, todas as ânsias dos guineenses que se sentiam dominados pelos cabo-verdianos.

Meia-dúzia de conversas com populares, a esmo, são bastante para nos certificarmos da verdade do que acima ficou escrito.

O dia do comício, na Praça dos Heróis Nacionais, a dois passos da casa onde é guardado Luís Cabral, Nino apareceu cansado, voz rouca, delirantemente aclamado pela multidão que se contagiava com muita facilidade (já assistimos a isto em toda a parte e em circunstâncias contraditórias). Saúda a multidão, agitando a metralhadora com ambas as mãos por cima da cabeça. No carro que o conduz, acena com uma das mãos, enquanto empunha, na outra, a Kalashnikov de guerrilheiro. Sempre fardado.

O médico impôs-lhe, no sábado, um pouco de repouso, mas na segunda-feira já apareceu descontraído na conferência de Imprensa.

Simplicidade populista

Foi a primeira vez que o vi de perto e o retrato corresponde ao que dele me haviam traçado amigos da sua intimidade. Nessa conferência de Imprensa, a segunda dada em Bissau, mas a primeira em que Nino respondeu às perguntas formuladas pelos jornalistas, todos os presentes puderam notar o seu sorriso quase de criança e o ar simples, mesmo "naif". Quem diria que era ele o temível guerrilheiro? Mais parecia alguém como que a pedir desculpa do que havia feito. "Desculpem, mas tinha que ser, não havia outra solução".

Nino é bem um guineense, puro sangue. As suas respostas

são simples, sem grandes filosofias ou rodeios. Vai directo à pergunta e responde, sem se esconder atrás de subterfúgios diplomáticos. Não me ficaram dúvidas de que se trata de um populista de raiz africana, mas desta África que se continua para o Senegal e para a Guiné-Conakry. Não o consigo enquadrar em esquemas filosóficos, mas é patente que quer o bem do seu povo. É um intuitivo primeiro que tudo, com grande capacidade para apreender o que é bem para o seu povo e o que o prejudica. Não será ele, com toda a certeza, a traçar os esquemas do desenvolvimento da Guiné-Bissau. Mas será ele, com certeza, a pôr a sua espingarda ao serviço desses esquemas. E curiosamente os seus companheiros mais preparados intelectualmente, que frequentaram universidades europeias, têm-lhe grande confiança e estima. Assim me disseram alguns com quem pude falar, uma fala aliás, difícil, porque, nestes dias, encontram-se em reuniões permanentes.

João Bernardo Vieira é o homem que será capaz de colaborar tão depressa com a Igreja Católica (durante este ano já construiu 7 capelas na Guiné), com os países capitalistas como com os países comunistas, ou com os muçulmanos. "Eu marxista? Chamem-me como quiserem. Eu sou pelo meu povo", respondeu na conferência de Imprensa, de segunda-feira.

É, sem dúvida, um puro, mas um puro destemido. O movimento que saiu vitorioso no 14 de Novembro, é da sua responsabilidade e da execução estratégica do comandante

Paulo Correia, agora comissário (ministro) das Forças Armadas. Mas o seu nome foi o primeiro a aparecer em comunicado, como o verdadeiro responsável, quando os acontecimentos ainda não tinham decidido a vitória total. "Nós com este homem nada conseguimos. (Este homem era Luís Cabral). Nem com a sua polícia, nem com os seus militares. Eu era primeiro-ministro e nem sequer sabia como o país andava do ponto de vista económico-financeiro. Agora temos de estudar tudo".

O seu homem para as Finanças é o governador do Banco, o dr. Vítor Freire Monteiro, também colaborador do Conselho da Revolução e já governador do Banco no anterior regime. No Plano e Economia continua Vasco Cabral, por enquanto na Suécia a repousar, em virtude dos ferimentos com que foi atingido no 14 de Novembro.

A volvocracia

É cedo para dizer mais alguma coisa sobre Nino Vieira e a sua equipa. Verdade é que na Guiné ele é aceite pelo povo, como diriam os brasileiros. Isso mesmo constatámos através de dezenas e dezenas de pequenas entrevistas ou conversas.

O guineense é aberto e delicado e fala com naturalidade com o estrangeiro, mormente quando é português. Por várias vezes me ofereceram boleia sem eu pedir.

Mas, cautela, trata-se de um povo vítima da fome, terreno ótimo para acitar um salvador. E o salvador poderá ter até certo ponto a tarefa facilitada, se a próxima colheita de arroz for abundante. A que neste momento se está a fazer é fraca, devido à escassez das chuvas. Mas o salvador fez o mais fácil. Agora é preciso satisfazer as necessidades primeiras do povo, construindo.

Estaremos para ver o que se vai passar com a equipa de Nino Vieira. Amílcar Cabral, originário da pequena burguesia, prognosticou a possibilidade de esta se suicidar em prol do povo, fazendo-se povo e com ele caminhando na mesma comunidade de interesses. Aconteceu, porém, na Guiné-Bissau, que esta pequena burguesia mentora da Revolução que conduziu o país à independência, ao instalar-se no poder assumiu todos os vícios que vinha criticando. O luxo, a ostentação, a ganância, o pôr dinheiro nos bancos estrangeiros, as negociações, acabando por formar o que aqui se chama a classe da volvocracia, por oposição à classe da mancarraçacia (mancarra é nome do amendoim). Para isso o poder pôs ao serviço da volvocracia a política política e a censura do pensamento, todo o aparelho repressivo. Mesmo ao nível do partido, a discussão deixou de ser livre. Uma polícia, dizem agora os dirigentes, pior que a PIDE.

Entretanto, a Guiné-Bissau, que era um país, sobretudo a cidade-capital, que exerceia de cooperantes vindos das mais variadas partes do mundo. Nas repartições amontoam-se projectos complicados e grandiosos que técnicos estran-

geiros vieram aqui vender, muitas vezes para impingirem as suas fábricas, algumas já em desuso nos seus países. Projectos distantes do povo, que antes de mais, precisa de produzir para se alimentar e de trabalhar produzindo, de harmonia com o seu estágio de desenvolvimento. Alimentar-se é fundamental. Como diziam os antigos: primeiro viver e depois filosofar.

Devemos aqui recordar que antes da guerra de libertação, a Guiné-Bissau exportava arroz. Já lá vão seis anos bem contados, após a independência, e o povo ainda não foi organizado para produzir, vivendo, por exemplo, no capítulo do arroz, base fundamental da alimentação, de auxílios estrangeiros. A política de Luís Cabral privilegiou os grandes

projectos, em detrimento dos de raiz camponesa com uma cooperação adaptada. A cooperação nem sempre terá sido bem acolhida a julgar pelas necessidades reais. Pode até acabar por se tornar parasitária e fomentadora do parasitismo, embora seja útil, quando bem dimensionada, mas tem de ter como lema: "não dê o peixe, ensina a pescar". Ensinar os guineenses a caminhar pelo seu pé, que são diferentes dos pés dos cooperantes.

Sobre o céu da Guiné continuam, no entanto, a voar os abutres carregando luxos e promessas de consumos fáceis. Veremos se o grupo de Nino vai entrar na volvocracia. Mas isso só poderemos testar daqui a mais algum tempo, e informaremos os leitores.

Mensagem de Aristides Pereira para Nino Vieira em 19 de Novembro de 1980

EXPRESSO PUBLICA em rigoroso exclusivo ANOP-EXPRESSO uma mensagem dirigida por Aristides Pereira, presidente do Conselho de Estado da República de Cabo Verde e presidente do PAIGC), a Bernardino Vieira, da Guiné-Bissau.

Trata-se de um documento capaz de provocar alguma polémica no seio dos órgãos dirigentes dos países africanos de expressão portuguesa. Aristides Pereira assume uma posição dura em relação a recentes declarações e mensagens subscritas por Nino Vieira. Nino Vieira, maior responsável pelo Comité Permanente do PAIGC na Guiné-Bissau, é agora confrontado com as afirmações de Aristides Pereira. O homem forte do partido e líder de Cabo Verde acusa Nino Vieira de ter deixado morrer às suas mãos os assuntos políticos que significavam a possibilidade de discussões dos problemas entre os dois países. Um documento que a África ex-portuguesa terá que incluir na sua História recente.

“CAMARADA João Bernardo Vieira (Nino)
Comandante de Brigada

Presidente do CNG (Conselho Nacional da Guiné-Bissau)

Recebi a tua segunda mensagem parecendo-me que reina uma grande confusão no teu espírito a respeito das responsabilidades que cabem às diversas instâncias e aos dirigentes do PAIGC.

Devo lembrar-te que desde a independência os nossos dois países e com a preocupação de reafirmar a entidade nacional de cada um dos nossos povos e ainda de demonstrar o respeito pela soberania dos nossos países, o PAIGC criou dois Conselhos Nacionais um na Guiné e outro em Cabo Verde com amplos poderes estatutários para tomar decisões sobre todas as questões políticas e partidárias de cada um dos países. Assim, sendo o Secretário-Geral também Presidente de Cabo Verde evitava-se a anomalia do Presidente de Cabo Verde estar a dar ordens ao Estado da Guiné, que tinha de funcionar de facto como um Estado verdadeiramente soberano e independente. Ao Secretário-Geral só ficaram poderes muito gerais e de arbitragem que nem de longe se aproximam do Executivo.

Ora, há já dois anos és tu o Presidente do CNG e assim o Chefe do órgão máximo do Executivo Nacional do Partido da Guiné, portanto, com um instrumento nas mãos que devia ser o

dinamizador e lugar de debate de todos os problemas nacionais onde deviam aparecer todas as observações e críticas à acção do Partido e do Governo da Guiné e particularmente do camarada Luiz Cabral como Chefe do Estado.

O que de facto aconteceu é que em vez de te servires deste órgão e do seu Comité Permanente para lutar contra o que qualifica de comprometimento e posições anti-democráticas do camarada Luiz Cabral bloqueaste pura e simplesmente o funcionamento destas instâncias que o Partido pôs sob a tua responsabilidade. O Comité permanente praticamente nunca funcionou e o CNG só se reuniu quando não havia outra solução — para resolver problemas pontuais. A verdade é que estes dois órgãos do Partido morreram nas tuas mãos por não serem utilizados trazendo consequências paralisantes e extremamente nocivas ao Partido. Como agora vês. Mesmo que fosse do meu conhecimento a situação que referes na tua mensagem, quem devia levantar os problemas da Guiné nas instâncias supra-nacionais do Partido eram o Presidente do CNG, que era o mais alto responsável do ramo nacional do Partido nesse país, vivendo nele o dia a dia. Sobre o terreno.

Pergunto agora: algum dia puseste à discussão algum problema relativo ao comportamento e posições do camarada Luiz Cabral nas instâncias supra-nacionais do Partido? Algum dia me abordaste de maneira responsável, mesmo a nível pessoal, para pôr algum problema do género? Deixo à tua consciência a resposta a estas questões. Mas mais. Deves reparar que falas da acção de Luiz Cabral na solução dos problemas do Estado e da nação. Não do Partido. Ficam mais questões: ao Secretário-Geral é que cabia combater decisões e atitudes do Chefe de um Estado soberano, mesmo de um país irmão? Não seria isso um atentado à entidade nacional do povo desse mesmo Estado? Não estaria assim impedindo que esse povo se firmasse como senhor do seu destino? E mais, não estaria passando por cima de todas as instâncias nacionais guineenses e faltando ao respeito pelos mais altos responsáveis da Guiné que tinham todos os atributos através das instituições estatais e do partido para agir contra quem quer que se estivesse a desviar da linha do PAIGC?

Não tem pois razão de ser as ostensivas acusações que fazes à minha pessoa: os responsáveis pela situação da Guiné só podem ser os próprios guineenses que ali tinham funções de direcção e ao mais alto nível. Como sempre estou pronto a ouvir-te na base dos laços que há longos anos nos uniram mas deves assumir as tuas responsabilidades na íntegra.

Saudações fraternais”

Aristides Pereira
Secretário-Geral do PAIGC
Presidente da República de Cabo Verde
(Exclusivo ANOP-EXPRESSO)

Quero deixar bem claro que golpe de Estado nunca foi método do PAIGC para solução dos nossos problemas internos, possuindo Partido órgãos eficazes para esse efeito.

Sejam quais forem os problemas políticos, económicos ou sociais que prevaleçam actualmente na Guiné que são da responsabilidade dos dirigentes nacionais, nada justifica acto político de rebeldia às instituições, causando mortos, feridos e desaparecidos, nomeadamente Membro do Conselho Superior da Luta do Comité Executivo da Luta da Comissão Permanente e substituição das instâncias do Partido por um Conselho da Revolução estranho ao nosso Partido e política e ideologicamente indefinido.

Frente a um acto que provocou desvios tão graves da nossa linha e que revelou uma evidente falta de confiança da tua parte na minha pessoa, apesar dos laços profundos que nos uniram durante tantos anos, é a minha opinião que isso exija uma explicação leal e responsável da tua parte.

A tua mensagem e conteúdo dos comunicados do Conselho da Revolução levantaram no meu espírito algumas interrogações: como conciliar a tua posição expressa de fidelidade a Cabral com as declarações desse Conselho da Revolução? Em que é que o PAIGC tem entravado a afirmação de identidade nacional do povo da Guiné? Que é que o PAIGC tem impedido que o povo da

Guiné seja senhor dos seus destinos? Quer pensar, Nino, da fidelidade devida aos nossos mártires como Domingos Ramos Guerra, Mendes Chicó, Cansau, Vitorino, Rui Corca, Saco Vaz, Titina, Justino Lopes, Jaime Mota e tantos outros camaradas que morreram pelos ideais comuns do PAIGC? Devemos esquecer-los debaixo dos sete palmos de terra que cobrem os seus corpos? Quero reafirmar-te que igualmente sinto-me responsável pela segurança física e moral de todos os nossos companheiros de luta guineenses e cabo-verdianos e especialmente daqueles que, membros da Direcção do nosso Partido a quem os nossos povos muito devem pelo seu sacrifício e dedicação, embora na situação criada seja válida a garantia dada pela integridade física do camarada Luís Cabral e sua família.

Torna-se necessário garantir ainda a sua liberdade e todos os direitos inerentes à sua condição de combatente da liberdade da Pátria.

Confio que tu, Nino, em quem depositei tanta confiança e esperança saberás repôr as coisas no seu respectivo lugar, para que o diálogo entre nós possa continuar. A história não perdoará qualquer outra saída.

Saudades fraternais

Aristides Pereira

Secretário-Geral do PAIGC

Comandante Saturnino: "Precisamos dos conselheiros militares soviéticos"

OS NOVOS dirigentes da Guiné-Bissau não se cansam de repetir que continuarão a pertencer ao Movimento dos Não-Alinhados e não haverá modificações na sua política externa.

Entretanto, é do domínio público e as autoridades guineenses não o escondem, que há para cima de cem conselheiros ou técnicos militares, soviéticos na sua maioria, e também alguns cubanos e da RDA nas Forças Armadas, sendo também o material de origem soviética.

Após o golpe de 14 de Novembro, muito se tem es-

peculado sobre a presença da União Soviética, que os conselheiros militares foram aconselhados a não saírem de casa que finalmente, a URSS perdeu aqui, pelo menos, no primeiro "round" já que homens seus trabalhavam na Segurança, um dos grandes alvos do 14 de Novembro.

As actuais autoridades preferem acima de tudo falar da Guiné e dela partirem para as suas alianças em função dos seus interesses.

Na conferência de Imprensa, um jornalista da TASS perguntou pelo futuro das relações com a União Soviética. E a

resposta foi do seguinte teor: "Nos estamos abertos à cooperação com todos os países que respeitarem a nossa soberania. Com, evidentemente, a defesa dos interesses de parte a parte. Mas nós privilegiamos os países do Terceiro Mundo, os nossos vizinhos e todos aqueles que nos ajudaram na luta de libertação nacional, que é o caso da União Soviética. Não nos esquecemos dos amigos que nos acompanharam nos momentos difíceis."

Em relação à presença dos conselheiros militares so-

viéticos, disse o ministro do Interior, comandante Manuel Saturnino: "As nossas armas, como sabem, são de origem soviética e nós precisamos de conselheiros soviéticos, pois necessitamos de assimilar a técnica moderna dos armamentos, para defender a nossa soberania."

Entretanto, no próximo dia 2, chega ao porto de Bissau um cruzador com 1200 marinheiros a bordo. Nas anteriores visitas de cortesia, os marinheiros ficavam ao largo. Desta vez, têm permissão para desembarcar. E inundarão, certamente, a cidade.

Na cena política da Guiné-Bissau

Rafael Barbosa pode aparecer de repente

RAFAEL Barbosa pode aparecer, de um momento para o outro, na cena política da Guiné-Bissau. Até agora tem vivido e continua a viver, à hora a que estamos a escrever, aliado numa casa por guardas muitos dos quais da sua infância. Aos amigos que o visitam manda cumprimentos para o general Spínola com quem trabalhou em Bissau, depois de haver abandonado o PAIGC, para cujo abandono muito contribuiu o ex-governador. Com efeito, o general Spínola libertou-o da cadeia onde se encontrava e pediu-lhe a colaborar com as autoridades portuguesas, o que lhe valeu ser expulso da presidência do Comité Central do Partido, liderado por Amílcar Cabral.

Nino Vieira, o actual presidente do Conselho da Revolução, trata-o, ao que nos dizem, com respeito e veneração. Admira-o e visitou-o mais que uma vez na sua residência vigiada. De uma delas acompanhado do comandante Iafai Camará, um dos homens mais fortes do novo regime, o comandante da Divisão de Blindados estacionada em Bissau, também amigo de Barbosa.

No texto que se segue conta o EXPRESSO um pouco de toda a história e bem assim o pano de fundo que envolve e em que se movimenta Rafael Barbosa, que poderá muito em breve desempenhar um lugar político de primeiro plano na Guiné-Bissau onde o partido continua congelado. Este o nosso "Caso da Semana".

Augusto de Carvalho

A SITUAÇÃO política na Guiné-Bissau parece estar a deteriorar-se e na capital, onde se regista uma certa agitação social, avolumam-se especulações segundo as quais o país poderá estar à beira de uma nova mudança. Em meios diplomáticos de Bissau, as previsões acerca do que poderá vir a ser essa eventual mudança são díspares. Mas coincidente é a convicção de que, tenha a mudança a natureza e o alcance que tiver, ela culminará com o aparecimento de Rafael Barbosa na cena política do seu país.

Como causa próxima da degradação da situação na Guiné-Bissau, é geralmente apontada uma alegada indefinição da política das novas autoridades no que diz respeito a algumas questões essenciais, entre as quais sobressai o problema de Cabo Verde. Mas as críticas populares em Bissau não poupam igualmente o regime do presidente Bernardo Vieira — por causa de "hesitações e recuos" no que diz respeito a outros aspectos da política interna e externa.

O papel de Bric-Brac

Terá sido provavelmente o peso da popularidade de Barbosa que levou as novas autoridades (consta que por decisão do próprio comandante Bernardo Vieira), a envolvê-lo directamente no golpe de 14 de Novembro (veja a declaração na Rádio). Uma versão segundo a qual Rafael Barbosa deixou a cadeia, na noite do golpe, por iniciativa de um indivíduo actuando à revelia do golpe, é hoje considerada fantástica. Em vez disso, considera-se real a versão que atribui a libertação de Rafael Barbosa a uma ordem expressa de Bernardo Vieira, executada por um comandante militar vulgarmente conhecido por Bric-Brac, às 20.40 dessa noite. E é também líquido que Barbosa se recusou a deixar a cadeia se não fosse acompanhado por outros companheiros de cárcere.

No quartel onde funcionou o comando operacional das forças que intervieram na execução do golpe, foi Bernardo Vieira que, em plena parada, acolheu Rafael Barbosa. Testemunhas da cena dizem que foi comovente o abraço trocado entre ambos. "A hora é de luta e não devemos chorar", teria dito então o "Velho" a Bernardo Vieira.

Sabe-se, também, segundo uma reconstituição desses momentos, obtida a partir da confrontação de várias versões, que logo após a cena da parada, Bernardo Vieira introduziu Barbosa na sala de operações do comando, sugerindo-lhe aí que fosse à Rádio fazer uma declaração cujas linhas foram então combinadas. Essa declaração não chegou ao fim. Barbosa foi retirado da cabina pelo comandante Manuel Saturnino, tendo o Conselho da Revolução explicado mais tarde que a

declaração se tinha devido a "um lapso".

Comprometido com o golpe

De qualquer forma a popularidade de Barbosa ficou patente nessa noite, quando um locutor da Rádio anunciou, precedendo a declaração, que iria falar "um dos melhores filhos da nossa terra — Rafael Barbosa". A cidade estava mergulhada num silêncio sepulcral, mas mesmo que não o estivesse também teria sido audível em toda a parte uma estrondosa ovação localizada nos bairros periféricos.

Rafael Barbosa apresentou-se na Rádio como membro do Conselho da Revolução. O facto de a sua mensagem ter aparecido antes de qualquer outra, deu a ideia de que ele era o líder do golpe, facto que terá desagradado a alguns dos militares operacionais. Aliás terão partido deles do Conselho da Revolução explicado mais tarde que a pressões visando levar Bernardo Vieira a desligar Rafael Barbosa do golpe de Estado.

Por outro lado, o aparecimento de Barbosa na situação de comprometido com o golpe, talvez visse a provocar em certos meios internacionais algumas dificuldades de aceitação do novo regime. Após a independência da Guiné-Bissau (Amílcar Cabral tinha sido, antes, muito mais cauteloso nesta matéria), Rafael Barbosa foi sendo alvo de graves acusações; que não se poderiam dissipar de um momento para o outro.

Uma carga messiânica

O nome de Rafael Barbosa surge nas manifestações individuais que denunciam o descontentamento hoje visível em Bissau, com uma carga "messiânica". Diz-se quase abertamente, nesses desabafos populares, que "Rafael Barbosa faz falta". No fundo, para os observadores, é na personalidade e naquilo que se julga ser a linha política de Rafael Barbosa que os descontentes reconhecem a "capacidade de resposta" para as insatisfações que o golpe de 14 de Novembro foi cavando.

Rafael Barbosa vive actualmente em regime de residência fixa no primeiro andar de uma residência situada no "outro lado" da rua onde o presidente Bernardo Vieira tem o seu gabinete de trabalho. A situação em que se encontra impõe-lhe certas restrições no que diz respeito às visitas que pode receber, mas elas fazem-se quase indiscriminadamente devido a complexidades que chegam a envolver os polícias que montam guarda à porta de casa.

Quando o golpe de Estado de 14 de Novembro ocorreu, o "Velho", como com carinho ou com raiva é também muito conhecido, cumpria na cadeia uma pena de quinze anos de prisão, em que havia sido comutada a pena capital que, em 1975, um tribunal de guerra lhe aplicou por crime de traição à Pátria — colaboração com o colonialismo. Sobre ele impendia porém a ameaça de nova condenação à morte, desta feita por implicação numa tentativa de golpe de Estado em Novembro de 1978.

Nos meios oficiais era, porém, corrente que caso Barbosa voltasse a ser condenado à pena capital a sentença não seria aplicada, recorrendo-se a uma comutação. E a razão seria a mesma de 1975. Rafael Barbosa é uma figura carismática, tem um enorme prestígio no seu país e se o viessem a eliminar as autoridades de então teriam no mínimo de se expor a tensões internas, apesar das medidas repressivas a que poderiam recorrer.

Ao tentar tirar partido da figura de Rafael Barbosa, para o marginalizar logo de seguida, o novo regime cometeu, porém, um erro, segundo se argumenta hoje nos meios guineenses. Se o tivesse comprometido com a nova situação, o novo regime talvez tivesse eliminado a partida a possibilidade de ele ser hoje o "Messias" que passa por ser, capitalizando os descontentamentos a que as inevitáveis dificuldades da nova situação iriam conduzir, por uma razão ou por outra.

A popularidade de Barbosa tem origens facilmente localizáveis. Provém de uma família de origem média - o pai foi um dos raros guineenses

mobilizados para integrar uma reserva local do corpo expedicionário português em França. Foi ele, de muito longe, o principal mobilizador de combatentes para o PAIGC, actuando na clandestinidade. E a partir de 1969, quando o general Spínola (que ele ainda hoje trata com veneração), o tirou da cadeia e o levou a colaborar com as autoridades coloniais, Barbosa começou a pôr em causa a unidade com Cabo Verde, a "hegemonia" dos caboverdianos no aparelho do PAIGC e até as relações com a URSS.

Quando o desencanto neste momento visível em Bissau tem origens que os observadores relacionam com "os recuos e as cedências" do regime nessas questões-chave, é quase um fenómeno natural que as "esperanças" dos guineenses se voltem para Barbosa. Um guineense médio diz simplesmente que Barbosa "é a síntese do anticaboverdianismo e até do anti-sovietismo em que o regime de "Nino" não foi profundo".

Entre as autoridades de Bissau parece haver nítida consciência de que o relaxamento popular fez concentrar em Rafael Barbosa, as esperanças de uma camada da população. Mas isso, se por um lado leva alguns, no seio do poder, a defender o aparecimento político de Barbosa, oferecendo-lhe um cargo de relevo, por outro também se prefere a continuação do seu afastamento, neste caso em troca de comodidades como, um carro, uma casa e uma pensão.

Mas Barbosa, que deve ter uma noção exacta do que se passa à sua volta, parece rejeitar agora tanto uma como outra proposta. E segundo informações consideradas rigorosas, foi isso mesmo que ele disse a Bernardo Vieira, quando o novo presidente o foi visitar, à casa onde vive, três horas antes do anúncio oficial da formação do novo governo.

Por causa das pressões de Cabo Verde

Acompanhado de dois membros do Conselho da Revolução, os comandantes João da Silva e Jafai Camará, bem como de duas outras pessoas que usando um gravador procederam à gravação da conversa, Bernardo Vieira foi dizer a Barbosa que não o incluía no governo porque a situação internacional ainda se apresentava desfavorável para a Guiné-Bissau, por causa das pressões de Cabo Verde.

Um observador comentou isto dizendo que "continuando a sobrevalorizar o campo externo, as autoridades de Bissau desprezam trunfos internos, nesta altura talvez bem mais importantes". E acrescentou: "Mas o drama é que hoje, com Barbosa na situação de recusa em aparecer como um desses trunfos, as autoridades queimaram talvez o seu último trunfo".

Demagogia do general Spínola?

O golpe de 14 de Novembro, para utilizar a expressão de um intelectual de Bissau, "conduziu a uma espécie de libertação das ideias e das palavras entre nós". Em Bissau fala-se hoje quase sem receio e os guineenses partilham muito essa sua "conquista" com os estrangeiros, preferentemente com os portugueses. A outrora poderosa e omnipotente Segurança, a que cubanos e soviéticos transmitiram muito da imagem das suas próprias polícias, passa por uma crise provocada pela prisão ou debandada de muitos dos seus anteriores quadros.

Mas quatro meses depois do golpe, as críticas populares já não são tanto dirigidas a Luís Cabral, José Araújo ou Aristides Pereira (não quer dizer que os pretendam reabilitar, antes os estão a esquecer), mas assentadas à "política de recuos e concessões" em relação ao problema de Cabo Verde.

As críticas que ilustram o "desencanto" dos guineenses, sobretudo ao nível do cidadão comum, contrastam com o entusiasmo delirante das manifestações pós-golpe e de abundantes reacções individuais. Mas o que se passa hoje não é nada que, segundo certas opiniões, não se tivesse perfilado no campo das hipóteses quando as novas autoridades começaram a recuar na sua política em relação à unidade com Cabo Verde.

Durante muito tempo fez parte da estratégia do PAIGC a atribuir as rivalidades entre guineenses e caboverdianos a um "artifício" ou à "demagogia" do general Spínola. Os opositores dessa tese, por sua vez, sustentam que "guineenses e caboverdianos apenas se toleraram até agora" e que

o general Spínola tudo o que fez foi explorar a seu favor as disputas entre eles. Quanto a essas disputas, resumem-nas dizendo que elas decorriam do facto de os caboverdianos sempre terem ocupado na sociedade guineense um "lugar predominante, quase de parceria com o dos portugueses" e de isso ser só por si motivo de contestação. Mas há também as reconhecidas clivagens sociais entre eles, que são também culturais, religiosas e económicas.

Por esta razão, a ideia da unidade com Cabo Verde foi sempre rejeitada pelos guineenses, que também punham em causa o papel que os guineenses ocupavam na sociedade do seu próprio país.

É certo que este "sentimento colectivo" não se manifestava abertamente e dava até lugar a reacções de aceitação da unidade, mas na origem disso estava o aparelho repressivo sempre vigilante às "traições antiunidade". Cinco dias depois do golpe, um dos novos dirigentes, Joseph Turpin, apontou para uma vala comum onde tinham sido enterrados dissidentes do regime de Luís Cabral e disse: "foi este o preço da unidade".

Onda de anticaboverdianismo

A enorme adesão popular com que o golpe de 14 de Novembro contou, foi claramente suscitada pela sensação de que a unidade com Cabo Verde estava posta em causa. Aliás talvez nada, nem mesmo a crise alimentar, tivesse tanta

força para fomentar essa adesão. Nas duas semanas anteriores uma onda de anticaboverdianismo tinha varrido o país, aproveitando-se para tal a relativa liberdade consentida para a discussão de um novo projecto constitucional. De resto, as matérias da constituição que mais foram contestadas tinham uma clara conotação anticaboverdiana. Era fácil constatar, por exemplo, que as preocupações não se deviam tanto à limitação dos poderes do primeiro-ministro e ao reforço dos do presidente, mas apenas às pessoas em jogo: um guineense e um caboverdiano.

Nos primeiros comunicados das novas autoridades, foram utilizadas expressões como "a verdadeira libertação da nossa terra" para descrever os acontecimentos, e outras como "colonos" que usurpavam o poder acabado de restituir aos "verdadeiros filhos da Guiné".

Outro barómetro do anticaboverdianismo a que o golpe apareceu ligado, foi o papel da Rádio de Bissau. Em inquéritos de rua faziam-se perguntas ostensivas às pessoas a que se seguiam sempre respostas que representavam a descarga de ressentimentos acumulados ao longo de anos.

Mais tarde as novas autoridades insinuaram que os correspondentes estrangeiros, que se limitaram a fazer-se eco destes factos, tinham especulado. A insinuação tem um certo valor, porque marcou o princípio de uma guinada que pôs termo à escalada anticaboverdiana, que entretanto começara já a provocar problemas numa escala rácica.

No discurso oficial foi retomado o tema da unidade, embora introduzindo-lhe uma nova variação e voltou a falar-se do PAIGC - símbolo dessa unidade. A mudança surgiu aos olhos dos observadores como uma exigência táctica ditada por razões meramente externas. Ao reivindicarem a chamada herança de Amílcar Cabral, como também passaram a fazer, as novas autoridades não poderiam evitar o PAIGC, que ele criou, nem a unidade, que ele teorizou.

Mas o golpe abriu irreversivelmente caminho à cisão do PAIGC. Era apenas uma questão de tempo. E, por isso, quando em Bissau se voltou a falar de unidade, embora "na igualdade", terá sido também para tentar ganhar tempo e deixar que a ruptura partisse de Cabo Verde. Como aliás partiu, porque uma disputa pela apropriação da herança do PAIGC, apresentava os caboverdianos em nítida desvantagem. Eles são, por razões evidentes, a parte mais pequena do partido que Amílcar Cabral fundou.

Reacção ao PAICV

Ao preocuparem-se muito com o campo externo, onde Cabo Verde investiu em força, através de iniciativas diplomáticas, os novos dirigentes guineenses terão, porém, cometido, segundo várias interpretações, o erro de desguarnecer o flanco interno, também essencial à consolidação da nova situação.

Meios políticos e diplomáticos de Bissau consideram por exemplo como "insólita" a reacção das novas autoridades à criação do PAICV. Essa reacção ficou marcada por repúdio e condenação que consideravam a decisão dos caboverdianos como um "traição" a Amílcar Cabral e ao PAIGC. Mas ao criarem o PAICV os caboverdianos desbravaram o caminho que ainda faltava percorrer até ao fim da ideia de unidade, de sejado pelos guineenses. E por isso eles exultavam com a de

O descontentamento dos guineenses é também alimentado por aquilo a que eles chamam "a conciliação" com pessoas e situações mal aceites. Entre eles, Cruz Pinto, que é agora assessor do Conselho da Revolução e ministro sem pasta e que é o principal alvo da contestação em Bissau.

O golpe surpreendeu-o no estrangeiro e nessa altura tomou a decisão de não regressar ao seu país. Colocou-se sob a protecção da embaixada de Cabo Verde em Lisboa e os seus "sentimentos de culpa" levaram-no mesmo a fazer um telefonema a Aristides Pereira, condenando os "golpistas" de Bissau e anunciando a vontade de ir para a Praia. É caboverdiano de origem e destaca-se hoje na campanha anti-Cabo Verde.

Por outro lado, quando o novo governo foi constituído, uma nova indignação se instalou em Bissau. Carmen Pereira, outra caboverdiana de origem e também uma das mais destacadas figuras do regime de Luís Cabral (hoje diz que andou enganada até à queda do antigo presidente), apareceu como ministro da saúde, lugar para o qual não lhe é reconhecida competência.

Mas há ainda outras razões para o descontentamento dos guineenses. A primeira é a que tem que ver com o seu anti-sovietismo. Quatro meses depois do golpe, a influência soviética ainda se mantém praticamente intacta, embora a sua atenuação seja difícil por causa dos compromissos e dependências anteriores. A outra é a que resulta do facto de as promessas de inquéritos à corrupção, que se pretendiam "até às últimas consequências", parecerem cada vez mais adiadas.

Um documento elucidativo

O QUE se publica a seguir, tem a importância de um documento inédito, que na realidade é. É parte substancial da mensagem feita por Rafael Barbosa na Radiodifusão de Bissau na noite do golpe de Estado de 14 de Novembro. A pequena parte que a completaria escapou ao registo magnético e corresponde sobretudo ao primeiro minuto da mensagem. Rafael Barbosa não concluiu a mensagem, mais tarde atribuída a "um lapso", porque foi retirado da cabina, em que a fazia. Eis a transcrição, em bruto da mensagem:

"...Nós não queremos derramamento de sangue. Mas há certos responsáveis que devem responder e explicar os desvios que o país tem estado a sofrer. Ao tomarmos conta do nosso país, podemos considerar isso como uma nova libertação da nossa terra, para deixarmos de andar escravizados.

Os responsáveis das forças armadas estão preparados em qualquer sítio. Estamos a fazer esforços para evitar derramamento de sangue, mas perante qualquer resistência seremos implacáveis. Nós estamos em posição de força; somos homens que passaram pela luta de libertação, jovens que nós podemos considerar como filhos da Vitória.

Há necessidade de uma rectificação da Constituição do nosso país. Pedimos aos jovens que acalmem toda a população do nosso país. Amanhã quer o comércio quer qualquer outra actividade industrial deve continuar a sua acção na mesma, para não interromper nada.

Nenhum responsável do Conselho da Revolução, inclusivamente eu, não tomará nenhuma medida de vingança, para mostrar a eles que somos internacionalistas. Mas há pessoas que têm de sofrer um bocadinho para responder às formas como nos maltrataram, considerando-nos contra-revolucionários. O que é isso de contra-revolucionários?

Peço a todas as instituições do meu país para se manterem na calma, porque nós, o Conselho da Revolução, lhes damos todas as garantias. Embaixadas acreditadas no nosso país e que têm amizade com a Guiné-Bissau, nada se modificará, continuaremos a respeitar os acordos. Mas há acordos que é necessário rectificar para não sofrermos prejuízos.

Nós não queremos problemas nem com o Ocidente nem com o Leste. Não nos importa a ideologia. Nós somos homens profundamente democratas, mas de uma democracia real.

Todos os responsáveis que espezinharam o nosso povo devem compreender (...) mas nós não queremos vingar ninguém.

Há necessidade de respeitarmos todas as instituições, principalmente as forças armadas, devido ao seu sacrifício de doze anos de combate de libertação. Temos de dar aos antigos combatentes todas as possibilidades para viverem, conforme entenderem.

As mulheres do meu país devemos dar a garantia de que ela é igual ao homem em direitos.

Há necessidade de garantirmos aos países vizinhos, Guiné, Senegal, Gâmbia e às antigas colónias portuguesas, Angola, Moçambique, São Tomé e Príncipe, inclusivamente Cabo Verde, que nós não temos nenhum problema. Mas devem compreender a nossa situação e a do Conselho da Revolução, que tomou medidas para acabar com os abusos e a tirania dentro do nosso país. Se eles combateram contra o fascismo e outras coisas, porque é que eles adoptaram a doutrina do fascismo no nosso país?

Não era possível a situação económica que nós vivíamos.

No Conselho da Revolução há jovens que vocês devem respeitar (...) Mais uma vez saudamos o povo do nosso país, as forças armadas (...) Hoje é dia 14 de Novembro. É preciso recordar bem esta data. Não podemos parar nem uma hora só para levar a cabo a Reconstrução Nacional que deve retirar o nosso país da ruína em que está. Os tratados com certos países devem ser suspensos..." (segue-se a interrupção da mensagem).

Encontra-se em Bissau sob prisão o deposto presidente Luís Cabral

O Presidente deposto da Guiné-Bissau, Luís Cabral, encontra-se já no hospital para onde foi transportado a bordo de um helicóptero militar desde a ilha de Bubaque, no arquipélago dos Bijagós, onde estava a passar umas curtas férias. Cabral foi escoltado até Bissau por José Turpin, um dos novos dirigentes do "Conselho da Revolução". Desceu do aparelho com o semblante carregado e recusou-se a fazer qualquer declaração.

Também se encontram detidos vários dirigentes do partido ou pessoas — em regra de origem cabo-verdiana — que ocupavam cargos importantes, como é o caso de Francisco Coutinho, director dos Armazéns do Povo, e Valdemar Oliveira, responsável pela empresa distribuidora de combustíveis, Diol.

A aprovação no dia 10 de Novembro de uma nova constituição dando maiores poderes ao presidente Luís Cabral, que passaria a desempenhar também as funções de chefe do governo, parece ter sido a causa directa da sua queda e deposição pelo comandante João Bernardo Vieira (Nino).

Segundo fontes dignas de confiança a adopção de tal constituição tinha sido precedida por debates vivos no seio do PAIGC (Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde). A oposição ao aumento dos poderes do presidente Cabral tinha também a sua origem na contestação de que eram alvo algumas das suas decisões.

Por outro lado, parece que a razão de fundo que culminou no golpe de sexta-feira foi a hostilidade latente, mas muito intensa, entre guineenses e cabo-verdianos. Durante todo o período colonial, Cabo Verde constituiu uma fonte inesgotável para a formação de quadros destinados à Guiné e pode dizer-se que a quase totalidade da administração pública, com excepção dos lugares de chefia, que eram destinados a pessoal da então metrópole, era constituída por cabo-verdianos. As próprias empresas privadas não escaparam a esta influência. Salvo raras excepções, os guineenses ocupavam posições modestas em quase todos os domínios da vida nacional.

A influência cabo-verdiana foi tão profunda que a própria língua usada na Guiné-Bissau é uma variante do crioulo de Cabo Verde, mais difundido do que o próprio português.

A luta pela independência, de que os cabo-verdianos foram o principal motor, nunca conseguiu apagar o ressen-

timento dos verdadeiros guineenses. Embora a luta armada tenha sido dirigida pelo PAIGC, a Guiné-Bissau e Cabo Verde constituíram-se em dois países independentes, mas na realidade ligados pela cúpula que era a mesma — o PAIGC.

Na Guiné-Bissau a maior parte dos quadros dirigentes são cabo-verdianos ou de origem cabo-verdiana, como aliás era o caso do próprio Luís Cabral ou mesmo do fundador do partido, o carismático Amílcar Cabral.

A falta de géneros de primeira necessidade, as constantes rupturas nos abastecimentos, os cortes da energia eléctrica, o mau funcionamento dos serviços essenciais terão também concorrido para a criação de um clima propício à eclosão de um golpe de Estado, tudo agravado pela generalizada corrupção nos serviços públicos e nas actividades económicas, situação que era denunciada pelo deposto chefe de Estado.

QUAL FOI O PAPEL DE SEKOU TOURÉ?

Os acontecimentos de Bissau não são também estranhos à agudização do conflito de fronteiras entre a Guiné-Conacri e a Guiné-Bissau. Sekou Touré foi o primeiro chefe de Estado a reconhecer o novo regime de Bissau, facto que não pode deixar de

• Detidos vários dirigentes do PAIGC e diversas pessoas — de origem cabo-verdiana — que ocupavam cargos de importância

ser considerado muito significativo.

Muitos dos dirigentes políticos e militares da Guiné-Bissau viveram em Conacri durante as lutas pela independência e não seriam insensíveis às queixas de Touré contra a ingratidão de Luís Cabral.

ACTO DE PATRIOTISMO

A União Patriótica Anti-Neocolonialista da Guiné-Bissau (UPANG) num comunicado ontem divulgado em Lisboa considera o golpe de Estado de 14 de Novembro um acto de patriotismo e heroísmo "que se ergue como um marco glorioso na luta do Povo da Guiné pela conquista da sua independência nacional e liberdade". O documento diz ainda que "o golpe de Estado é a expressão do direito que assiste a todos os povos do mundo de pôr termo a uma dominação secular estrangeira, da mais hedionda e sanguinária que pesou sobre os seus ombros".

Finalmente, o texto desmente a afirmação de que Luís Cabral tivesse nascido na Guiné e esclarece que o mesmo é natural da cidade de Praia, Cabo Verde, não sendo tão pouco fundador do PAIGC.

A UPANG conclui reafirmando a sua posição, que é também a do Povo da Guiné de não ser contra o povo de

Cabo Verde, mas sim "contra a dominação estrangeira".

PRIMEIROS REFUGIADOS

O comandante Luís Correia, membro do Comité Executivo de Luta do PAIGC, e outro elemento de segurança guineense, Carlos Kape, chegaram no domingo à tarde à cidade de Praia, idos de Dacar. Os dois tinham procurado refúgio na embaixada de Cabo Verde no Senegal e não fugiram de Bissau como tinha sido inicialmente anunciado.

Um avião dos Transportes Aéreos de Cabo Verde (TACV) deslocou-se propositalmente a Dacar para os levar para a Praia.

Outros dois dirigentes, José Araújo e Constantino Teixeira, que se encontravam em Lisboa na altura do golpe, chegaram ontem à capital da República de Cabo Verde.

Também estava em Lisboa o angolano Mário de Andrade, ministro da informação e cultura da Guiné-Bissau.

ELEIÇÕES EM CABO VERDE

Mantêm-se marcadas para o dia 7 de Dezembro as eleições legislativas para a assembleia nacional popular de Cabo Verde segundo determinação do PAIGC. Os "slogans" de apelo ao voto e de "construção de um futuro

diferente" e de "um passo em frente para uma vida melhor" continuam a ser transmitidos pela emissora oficial.

A programação tinha sido interrompida na tarde de sábado para dar a conhecer o golpe de Estado na Guiné-Bissau.

FIM DE UM PROJECTO

O diário parisiense "Le Monde" num editorial consagrado ao golpe de Estado na Guiné-Bissau pergunta qual o papel representado pela Guiné-Conacri nos acontecimentos. Depois de referir à degradação da economia de Bissau, à falta de géneros e aos problemas levantados pela adopção de uma nova constituição o "Le Monde" levanta as questões com a Guiné-Conacri.

"Sekou Touré — prossegue o jornal — apoiou incondicionalmente os guerrilheiros durante toda a guerra de

libertação e não escondia a sua decepção pela atitude de Luís Cabral e da sua equipa. Além disso, numerosos adversários do regime de Conacri encontraram há muito asilo em Bissau.

"Um contencioso fronteiriço, relativo a uma vasta zona marítima que se julga conter importantes reservas petrolíferas opõe as duas capitais "irmãs".

O jornal parisiense acrescenta que "se a subida ao poder do comandante Nino marca o fim de um projecto de reunificação entre a República de Cabo Verde e a Guiné-Bissau, isto não quer dizer que tenham desaparecido as aspirações dos que sonham com a Grande Guiné, argumentando que antes de época colonial as duas Guiné (portuguesa e francesa) formavam um único Estado".

Reforçar os laços de amizade com todos os "países amigos"

A vontade manifestada, no sábado, pelo novo regime da Guiné-Bissau, de reforçar os laços de amizade "com todos os países amigos" e principalmente com os vizinhos e com os que a apoiaram na luta pela independência, está a chamar a atenção dos meios diplomáticos do pequeno país.

Até agora, as relações externas da Guiné-Bissau eram bastante diversificadas. A URSS, tal como já o fazia durante a luta pela independência, continua a dar auxílio ao exército da Guiné-Bissau, fornecendo também as-

sistência técnica.

A RDA, por seu turno, apoiou o "PAIGC" e, tal como a Jugoslávia, prestou auxílio nos sectores da agricultura e das obras públicas. Por outro lado, exercem clínica na Guiné-Bissau 40 médicos militares cubanos, enquanto outros oficiais cubanos, em pequeno número aliás, dão assistência ao exército.

Entre os novos "países amigos", aparecidos depois de terminada a guerra pela independência, figuram a China (que nunca até então aceitara totalmente o PAIGC

devido às relações do partido único guinéu com a União Soviética), os países da CEE em conjunto, a França (que presta assistência nos sectores da agricultura, das comunicações, da pesquisa dos fosfatos), a RFA, que fornece navios e os Estados Unidos, que participam na formação de professores.

Por outro lado, a Suécia, velha amiga do PAIGC desde os tempos da luta pela independência, fornece 116 milhões de coroas para os anos de 1980/81, parte das quais

para a compra de bens de consumo.

A Holanda, que também auxiliou os nacionalistas durante a guerra, através de organizações humanitárias, constrói um liceu, uma auto-estrada, poços em 420 aldeias e coopera nos sectores da saúde e da agricultura.

Por último, a Guiné-Conacri e o Senegal, que auxiliaram Bissau durante a luta pela independência, têm tido certas dificuldades mais recentes, devido aos diferendos sobre as fronteiras marítimas, em zonas de petróleo.

O DIA

18.11.1980

Transmutação milagrosa

A imagem da Guiné-Bissau transmitida para Portugal através dos correspondentes da ANOP e do Diário Popular sofreu, de repente, miraculosa transmutação, inversa da que provocaria a nunca encontrada pedra filosofal, mostrando em vez do que até aí fora glosado como um encantador paraíso doirado, apenas uma terra conduzida até ao horrendo, infestada de privações.

Para os correspondentes da ANOP e do Diário Popular, acabaram-se, como por mágica, as conquistas do socialismo, os progressos na educação, as melhorias na saúde, a fartura para todos, a abundância de benesses proporcionadas por um regime que a todos servia por igual.

Com o golpe de Estado que depôs, na Guiné-Bissau, a influência cabo-verdiana, caíram todos os véus que impediam uma clara visão aos correspondentes da ANOP e do Diário Popular, deixando expostas aos seus olhos esbugalhados as carências sofridas por uma população faminta, as arbitrariedades, as injustiças, as prepotências, os sofrimentos de quem nada tem, nem sequer liberdade, e muito menos a de decidir sobre o próprio destino.

Sem dúvida miraculosa a súbita clarificação do panorama social e político da Guiné-Bissau patente perante os correspondentes da ANOP e do Diário Popular, já que nem sequer é de admitir a hipótese da subserviência, do desejo de agradar ao novo poder.

Calorosas saudações da Comunidade Islâmica

A direcção da Comunidade Islâmica de Lisboa enviou um telegrama de "calorosas saudações" ao presidente do Conselho da Revolução da Guiné-Bissau, João Bernardo Vieira (Nino).

A mensagem deseja "um futuro brilhante para todos os filhos da Guiné-Bissau", os quais "desde os tempos do colonialismo até ao golpe de Estado da passada sexta-feira" teriam sido "relegados para segundo plano, pois que, infelizmente, mesmo depois da independência, a maioria dos guineenses continuava a ser discriminada na sua própria terra".

O comunicado da Comunidade Islâmica de Lisboa, em que é divulgado o telegrama para Nino Vieira, recorda

que quando os portugueses chegaram à costa da Guiné, em 1446, a islamização era "bastante considerável" e que actualmente são muçulmanos 60 por cento dos habitantes da Guiné-Bissau, em particular das etnias fula e mandinga.

"Durante a administração colonial portuguesa, que durou mais de quinhentos anos esses muçulmanos eram simplesmente ignorados ou (como aconteceu nos últimos anos do colonialismo) exibidos para realçar aspectos folclóricos do "pluri-racialismo português" — escreve a Comunidade Islâmica de Lisboa, citando como exemplo as peregrinações a Meca a expensas dos governos de então.

Nepotismo na diplomacia

As repúblicas da Guiné-Bissau e de Cabo Verde mantinham embaixadas comuns em Berlim (RDA), Argel, Conacri e Luanda. Todos os embaixadores das suas repúblicas são guineenses, a excepção do embaixador na capital angolana, que é cabo-verdiano.

Cabo Verde, como a Guiné-Bissau, tem embaixadas próprias noutras capitais. Praia tem representações diplomáticas instaladas junto da ONU, em Washington, em Lisboa, Haia (governo holandês e CEE) e Dacar. As em-

baixadas próprias da Guiné-Bissau são em Nova Iorque (junto da ONU), em Moscovo, Estocolmo, Lisboa, Bruxelas (governo belga e CEE), Havana, Dacar e Abidjan.

A quase totalidade dos embaixadores são acreditados noutras capitais vizinhas.

Ana Maria Cabral, segunda e última mulher de Amílcar Cabral, é a embaixadora dos dois países na capital da RDA, em instalações montadas por Cabo Verde.

Lucette Cabral, ex-mulher de Luís Cabral, representa a Guiné-Bissau em Abidjan.

Encerrada a sede do PAIGC em Bissau enquanto a vida regressa à normalidade

• Reposição da legalidade exigida por Aristides Pereira mal acolhida pelas novas autoridades guineenses

Em Bissau onde as telecomunicações estão a ser restabelecidas a pouco e pouco e a situação é calma a única nota discordante foi o encerramento da sede do PAIGC (Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde). Os funcionários foram mandados para casa e foram passadas buscas em quase todos os gabinetes. Na cidade todas as actividades recomeçaram de forma normal e das ruas foram retirados os tanques que ocupavam posições em pontos vitais. Desde que o golpe triunfou as novas autoridades da Guiné-Bissau nunca mais fizeram qualquer referência ao PAIGC nos seus comunicados e mensagens.

Pereira põe em dúvida este último propósito, que considera incompatível com um "golpe condenável", porque feito à revelia e contra os princípios do PAIGC.

As novas autoridades da Guiné-Bissau terão aparentemente acolhido mal o teor da mensagem de Aristides Pereira e não deram ainda qualquer resposta. Por reposição da legalidade, entendem a reinvestidura de Luís Cabral no cargo de Presidente da República.

Na sua mensagem o "Conselho da Revolução" tinha garantido a vontade de manter os laços históricos "entre os nossos povos" e afirmava o propósito de assegurar a integridade física de Luís Cabral.

MENSAGENS A 20 PRESIDENTES

O chefe de estado da República de Cabo Verde enviou ontem uma mensagem a vinte presidentes — entre os quais Ramalho Eanes — manifestando a sua "preocupação pelos acontecimentos na Guiné-Bissau e a situação de segurança naquele país". Além dos presidentes de Angola, Moçambique e São Tomé, o secretário-geral do PAIGC dirigiu-se ainda aos chefes de estado da Serra Leoa (presidente em exercício da Organização da Unidade Africana — OUA), Cuba e outros 14 presidentes.

Aristides Pereira pede a sua atenção para a "necessidade de serem garantidos a segurança e o respeito dos direitos fundamentais do homem aos responsáveis do PAIGC e aos membros do governo deposto, assim como aos cidadãos cabo-verdianos residentes na Guiné-Bissau.

O documento insiste para

que sejam garantidas a segurança física de Luís Cabral e a liberdade de ele decidir em que país deseja fixar residência.

Os 14 países africanos a quem Aristides Pereira se dirigiu são os seguintes: Argélia, Tanzânia, Senegal, Costa do Marfim, Mauritània, Niger, Mali, Congo, Benin, Nigéria, Togo, Zâmbia, Zimbábue, Tunísia e Madagáscar.

COMENTÁRIOS DA PRAIA

A emissora oficial de Cabo Verde afirmou ontem que as declarações de apoio à revolução e contra a unidade feitas por dirigentes presos em Bissau "teriam sido extorquidas sob pressão". Tais declarações, colhidas na prisão pela emissora de Bissau, destinam-se a "desorientar a opinião pública interna e internacional".

Trata-se de uma "nota de demagogia e mau gosto" e de "uma nota teatral". A emissora cabo-verdiana afirmou que "os golpistas estão tentando ganhar a simpatia popular, utilizando um género de primeira necessidade, como o arroz, cuja aquisição e distribuição teriam eles próprios dificultado, sabido como o governador do banco, que detém o poder de controlar as divisas, é um dos principais cabecilhas".

APOIOS DIVERSOS

O "Conselho da Revolução" poderá vir a contar com uma personalidade importante do anterior regime: o comandante Constantino Teixeira, ministro do interior e da segurança de Luís Cabral, poderá vir a juntar-se a Bernardo Vieira ("Nino"), segundo fon-

O secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, numa mensagem transmitida ontem à tarde pela rádio cabo-verdiana, exigiu que a legalidade fosse reposta na Guiné-Bissau como premissa para que ele dialogue com as novas autoridades guineenses.

A exigência figura na resposta do dirigente cabo-verdiano a uma mensagem do "Conselho da Revolução", na qual eram explicadas as razões do golpe e assegurada a "fidelidade aos princípios estabelecidos por Amílcar Cabral".

tes dignas de confiança da capital senegalesa. Membro do PAIGC desde o começo da luta, Constantino Teixeira frequentou ao mesmo tempo que "Nino" Vieira um estágio militar na Academia de Nanquim, na China. Ocupou as funções de primeiro-ministro após o falecimento de Francisco Mendes, em Julho de 1978, enquanto não chegava o titular do lugar, Bernardo Vieira, então em Cuba a concluir um estágio político-militar.

Também se diz em Bissau que o comandante Umaru Djalo, vice-presidente do Conselho de Estado (o número dois da hierarquia a seguir a Luís Cabral) poderá juntar-se aos autores do golpe militar. Se assim for, os três generais do exército guineense ("Nino", Teixeira e Djalo) vão estar reunidos de novo no seio do poder.

EMBAIXADA PORTUGUESA

Até ao fim da tarde de segunda-feira não havia sido recebido qualquer pedido de asilo na embaixada de Portugal na capital da Guiné. Entretanto, o embaixador Luís Meneses Cordeiro continua a manter contactos frequentes com o "Conselho da Revolução".

Uma fonte diplomática revelou que há indícios não confirmados de que o ex-presidente Luís Cabral teria escolhido o embaixador cubano para o acompanhar na sua transferência da ilha de Bubaque para a capital guineense.

DELEGAÇÃO DE CONACRI

O ministro dos negócios estrangeiros da Guiné-Conacri, Abdoulaye Touré, chegou ontem de manhã a Bissau à frente de uma delegação do seu país. Touré declarou à chega-

da a Bissau que com a sua visita pretende "expressar os sentimentos de solidariedade e fraternidade" da Guiné-Conacri para o "Conselho da Revolução".

Em seguida, anunciou a oferta de 300 toneladas de arroz, 120 de farinha e 60 de feijão para ajudar a solucionar os problemas alimentares do seu amigo e vizinho.

Bissau e Conacri tinham as relações praticamente suspensas nos últimos três meses, devido ao agravamento do contencioso sobre as fronteiras marítimas.

E era o presidente do diálogo e do entendimento...

Centenas de pessoas sumariamente executadas por ordem de Luís Cabral e do seu partido

Mais de 500 pessoas foram mortas nos seis anos de independência pelos serviços de segurança da Guiné-Bissau, afirmou no sábado o novo homem-forte do regime, o brigadeiro João Bernardo Vieira ("Nino"), presidente do Conselho da Revolução, que em 14 de Novembro de 1978, após o ex-presidente Luís Cabral, Vieira disse que dessas 500 pessoas, 200 foram fuziladas e enterradas em valas comuns na região de Nhacra, 60 quilómetros a norte de Bissau, 100 morreram asfixiadas na prisão de Farim e as outras 200 foram também fuziladas em diversas regiões do país.

A suspeita de que o ex-chefe de estado Luís Cabral se encontrava implicado nesses massacres torna muito difícil sua libertação e parou para o estrangeiro — segundo pensam os observadores estrangeiros. Até agora Cabral era acusado apenas da má gestão dos assuntos económicos, bem como de ter feito aprovar, "recorrendo à intimidação", uma Constituição que lhe permitia

ria acumular as funções de chefe de estado, de governo e de comandante supremo das forças armadas do país.

Segundo o capitão, os prisioneiros, transportados em camións, foram fuzilados em Nhacra onde lhes foram mostradas três valas comuns por José Turpin, ex-secretário de estado das pescas. O capitão Mário Costa Ribeiro, responsável pelo sector dos transportes do exército, que disse ter sido testemunha dos fuzilamentos afirmou que as três valas encerravam os corpos de 86 pessoas.

Os fuzilamentos ocorreram em Dezembro de 1978. Ribeiro disse que fez parte do destacamento requisitado para formar os pelotões de execução, abrir as fossas e enterrar os cadáveres. "Os fuzilados — acrescentou — pertenciam a categorias muito diversas, tendo como ponto comum o facto de estarem em desacordo com o poder. Alguns pertenciam ao PAIGC e ao comando de Malan Sanhá, da Revolução tinham afirmado na passada quinta-feira que o ex-chefe de estado poder-

ria deixar Bissau depois de dar contas da sua gestão.

José Turpin afirmou ainda que o próprio presidente de Cabo Verde e secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, não podia deixar de ter conhecimento das execuções em massa levadas a cabo em território guineense. Na opinião dos observadores isto poderá vir a ter pesadas consequências nas relações entre os dois países, já deterioradas pelo golpe de 14 de Novembro e que fora considerado por Aristides Pereira de "acto grave, contrário aos princípios e métodos do PAIGC".

Por seu lado, o Conselho da Revolução parecia até agora interessado em evitar a ruptura com a Praia, tendo mesmo chegado a convidar Aristides Pereira a visitar a Guiné e a afirmar que continuaria a respeitar a linha do partido e a união com Cabo Verde, embora em moldes a estudar de novo.

Os observadores perguntam-se ao anunciar o massacre de Nhacra o Conselho da Re-

volução não pretendia distanciar-se de Cabo Verde ou levar os dirigentes de Cabo Verde a afastar-se de Luís Cabral.

O Conselho de Revolução formou um governo de carácter provisório constituído por doze membros, onze dos quais já ocupavam os mesmos cargos no regime anterior. É a seguinte a constituição do gabinete: Vitor Saúde Maria (negócios estrangeiros), Samba Lamine Mané (recursos naturais), José Turpin (pescas), Vitor Freire Monteiro (governador do banco nacional), Mário Leopoldo Rebelo Cabral (desenvolvimento rural), Vasco Cabral (economia), Carlos Correia (finanças), Manuel Santos (transportes e turismo), Filinto Vaz Martins (educação nacional) e Alberto Lima Gomes (obras públicas).

Seis membros do anterior governo foram afastados, a saber: Constantino Teixeira (interior), Fidelis Almada (justiça), João da Costa (saúde), Armando Ramos (comércio), Fernando Fortes (correios) e

Mário de Andrade (informação).

DELEGAÇÃO DA PRAIA

A delegação de Cabo Verde enviada à Guiné-Bissau na sequência do derrube de Luís Cabral regressou ontem à cidade da Praia depois de ter tido conversações com os responsáveis do Conselho da Revolução.

Segundo círculos autorizados a delegação foi convidada a comprovar a existência das valas comuns na região de Nhacra, mas recusou-se a essa deslocação argumentando que se deslocara a Bissau apenas em missão de informação junto do Conselho da Revolução.

PRISÃO DE TEIXEIRA

Constantino Teixeira, um dos mais destacados responsáveis do regime do ex-presidente Luís Cabral, foi preso ao chegar a Bissau proveniente de Dacar. Ex-ministro do interior e terceira figura da hierarquia do PAIGC na Guiné, Constantino Teixeira foi surpreendido pelo golpe em Lisboa. Dois dias depois partiu

para Cabo Verde de onde seguiu para Dacar, a fim de alcançar a Guiné.

Na sexta-feira fora publicamente acusado de ter sido um dos principais responsáveis do anterior regime que tinha conhecimento das execuções sumárias de adversários do regime de Luís Cabral.

CUBA ENTREGA ASILADOS

A embaixada de Cuba entregou às novas autoridades da Guiné-Bissau três responsáveis da segurança local aos quais dera refúgio nas suas instalações na noite do golpe de estado.

Um desses responsáveis foi visto na noite do golpe, num hotel local, a jantar com o embaixador de Cuba e o director nacional de segurança, Buscardini, morto horas depois do golpe.

Cuba, URSS e Checoslováquia colaboraram sempre com a polícia política de Luís Cabral, havendo em Bissau agentes dos três países com carácter permanente.

Massacres da Guiné impedem a libertação de Luís Cabral

O deposto presidente da Guiné-Bissau Luís Cabral não deixará tão cedo o país e quando o fizer (se tal vier a acontecer) a sua imagem estará desacreditada e aquilo que foi observado numa floresta a setenta quilómetros da capital é apenas uma parte do que poderá desabonar o "humanismo" de Cabral.

Nos primeiros dias após o golpe de estado havia indícios claros de que no Conselho da Revolução se havia chegado a um acordo no sentido de autorizar a partida imediata do presidente deposto. Mas, de um momento para o outro, começaram a avolumar-se indicações, segundo as quais Luís

Cabral só poderia partir depois de concluídos alguns inquéritos ao seu mandato.

O que explica esta mudança parece ter sido o propósito das novas autoridades de demonstrar que Luís Cabral "não está isento de graves erros", facto que serve para legitimar a sua deposição. A visita de diplomatas e jornalistas às valas comuns onde foram enterrados os adversários do regime, sumariamente fuzilados por ordem de Luís Cabral, segundo assevera o novo governo, comprova a intenção de incriminar o ex-presidente.

Várias figuras do anterior regime, que se encontram em

liberdade, garantiram que essas execuções não eram do seu conhecimento e manifestaram "o seu profundo espanto" com a revelação.

Por outro lado, confirma-se que está a funcionar uma comissão de inquérito destinada a apurar a verdade quanto a alegados planos para eliminar o próprio Bernardo Vieira ("Nino"). Para comprometer ainda mais a situação de Luís Cabral, estão a trabalhar também outras comissões de inquérito que orientam o seu trabalho no sentido de detectar irregularidades eventualmente cometidas em contratos internacionais em que teve intervenção directa.

novas autoridades, confirmou ontem o comandante "Nino" durante uma curta conferência de Imprensa. Vieira negou categoricamente que alguma vez tivesse tido conhecimento dos fuzilamentos dos adversários do antigo regime.

O ex-primeiro-ministro afirmou que a sua intervenção nos assuntos do estado era cada vez menor e que nunca teve qualquer controlo sobre as forças armadas, segurança ou negócios estrangeiros — áreas que Luís Cabral reservara para si.

"Não posso garantir que Aristides Pereira sabia o que se passava quanto aos fuzilamentos, mas como secretário-geral do PAIGC devia saber o que se passava".

Por fim, "Nino" disse não conhecer ainda a reacção dos países africanos de expressão portuguesa e afirmou que todos os guineenses, residentes no estrangeiro, sem excepção poderiam regressar agora ao seu país.

Cabo Verde conhecia massacres da Guiné

O primeiro-ministro de Cabo Verde, Pedro Pires, num comício na vila da Assomada, pequena povoação no interior da ilha de São Tiago, referindo-se às acusações feitas aos dirigentes do PAIGC, tanto da Guiné-Bissau como de Cabo Verde, envolvendo implicitamente o próprio secretário-geral Aristides Pereira, sobre as execuções sumárias contra os adversários do regime, afirmou que isso era da responsabilidade de todos, grandes e pequenos e acrescentou: "E não me venham dizer agora que não sabiam".

"Não acredito — disse ainda Pedro Pires — que um primeiro-ministro e outros altos responsáveis não soubessem o que se passava e o que se fazia na sua própria terra. Então não estavam com os pés no chão. Não podem agora dizer que não sabiam, que não matavam."

Referindo-se aos comandos africanos que lutaram ao lado das tropas portuguesas disse que "como se dizia na Guiné e em Cabo Verde eles eram cachorros de dois pés e cachorros de guerra".

Referindo-se sempre aos novos dirigentes da Guiné como "companheiros" e nunca como "camaradas", Pedro Pires afirmou que apenas quiseram contribuir para a independência e para a construção do futuro da Guiné-Bissau.

Por fim, afirmou a vontade de Cabo Verde de ser um "exemplo em África ao saber construir uma verdadeira democracia participativa". Não explicou, porém, como isto era possível num país de partido único.

REFORMAS ECONÓMICAS

A introdução de reformas na economia da Guiné-Bissau, tal como a liberalização do comércio que será entregue em grande parte à iniciativa privada, está a ser estudada pelas

“Caça” aos cabo-verdianos enquanto chegam conselheiros russos

Mais de oitenta conselheiros soviéticos chegaram a Bissau horas após o golpe de estado vitorioso de “Nino” Vieira que depôs o regime de Luís Cabral, imposto pelo PAIGC, de que o chefe revoltoso era igualmente dirigente. Entretanto prossegue uma autêntica “caça” aos cabo-verdianos contra os quais basicamente se desenrolou o golpe, genuinamente levado a cabo por guineenses que pretendem assim fazer terminar com uma já longa hegemonia cabo-verdiana. Em Lisboa, a União Patriótica Anti-Neocolonialista da Guiné-Bissau (UPANG) tornava público um comunicado apoiando os autores do golpe, considerando-o um acto de patriotismo e heroísmo.

(Págs. 13 e 14)

O Dia, 15.12.'80

Recebida com frieza em Bissau a delegação da cimeira de Luanda

Os ministros dos Negócios Estrangeiros de Angola, Moçambique e São Tomé e Príncipe encontram-se já em Bissau para uma missão que as autoridades guineenses não conhecem. Numa curta declaração no aeroporto, Paulo Jorge, enviado por Angola descreveu a missão como sendo de “informação e destinada a transmitir as preocupações dos nossos presidentes”, face aos acontecimentos na Guiné-Bissau.

Não foi fornecida qualquer explicação para a não-inclusão na delegação de qualquer individualidade de Cabo Verde, mas isto é interpretado como uma “demonstração” de que a Fraia insiste na sua intransigência face a Bissau. Na capital guineense

especula-se quanto à possibilidade de a delegação da Cimeira de Luanda vir tentar obter garantias relativamente ao futuro presidente deposto Luís Cabral, que continua preso e não autorizado a receber visitas.

A delegação foi recebida no aeroporto com aparente frieza, tendo sido recebida pelo comandante Saturnino e não pelo ministro dos Negócios Estrangeiros como seria normal. Foi hoje recebida por diversas personalidades do novo regime da Guiné, estando prevista uma audiência com o comandante “Nino” Vieira.

A Cimeira de Luanda, de que resultou o envio de uma delegação a Bissau, continua a suscitar críticas da Guiné,

que vê nela uma iniciativa “pressionada” por Cabo Verde. Os guineenses não se conformam com o facto de não terem sido convidados até porque o assunto em discussão lhes diz directamente respeito.

Ontem, a emissora de Bissau chamava a atenção para o facto de os países africanos de expressão portuguesa, “serem amigos, mas estrangeiros”, e insinuava que uma discussão dos problemas da Guiné-Bissau por eles seria uma “ingerência” nos seus assuntos internos.

O vice-presidente do Conselho da Revolução, Victor Saúde Maria, que partiu ontem para Conacri foi

agradecer à República da Guiné o apoio político e económico concedido a Bissau. O ex-ministro dos Negócios Estrangeiros assinalou que tendia a tratar com as autoridades de Conacri assuntos de “interesse bilateral”.

Antes do golpe de estado as relações entre os dois países eram muito tensas devido às divergências sobre as fronteiras marítimas, facto que foi agravado pela possível existência de jazigos de petróleo na zona contestada.

Guiné-Bissau: revelado o plano para a eliminação de "Nino"

O Conselho da Revolução da Guiné-Bissau «tem a certeza» de que existia um projecto de eliminação física de Bernardo Vieira («Nino»), segundo assegurou à Anop uma fonte próxima daquele órgão, que tomou o poder na sequência do recente golpe de Estado. Esses planos, cuja autoria é atribuída pela mesma fonte a Luís Cabral e «ao seu grupo», estavam para ser executados nas vésperas do golpe de 14 de Novembro e são agora descritos, com pormenores, por meios afectos ao novo poder.

A notícia deste plano foi dada a semana passada em primeira mão por «O Jornal».

Segundo a fonte referida pela Anop, quando Luís Cabral, ainda na ilha de Bubaque, teve conhecimento de que algo de anormal se passava em Bissau, teve um desabafo com sua sobrinha, Iva, neste tom exultante: «Finalmente o Umaru deu o golpe ao Nino.»

Umaru Djalo, antigo ministro da Defesa e chefe do Estado-Maior das Forças Armadas, foi sempre considerado um dos «incondicionais» de Luís Cabral, o que lhe permitiu, apesar de quase analfabeto, atingir o topo da hierarquia partidária e militar.

Por outro lado, segundo a mesma fonte, altamente colocada no novo regime, fazia também parte do grupo que «nestes últimos tempos» conspirava contra Bernardo Vieira, José Araújo, dirigente do Parti-

do, que na manhã de 14 de Novembro partiu para Lisboa. Este deveria aguardar na capital portuguesa a consumação da eliminação de «Nino» para fazer imediatamente uma declaração pública explicando o acontecimento segundo uma versão previamente feita.

Ainda no âmbito dos planos para eliminar «Nino» também foi agora situada uma deslocação a Cabo Verde, no dia 11, de vários chefes militares, entre os quais os comandantes Júlio de Carvalho, Lúcio Soares, Bobo Keita e Abdulai Bari. Todos eram geralmente considerados «fiéis» ao ex-presidente, mas a sua reputação entre as Forças Armadas era duvidosa, segundo a mesma fonte. E para evitar que nos momentos pós-eliminação de «Nino» fossem atingidos por um previsível levantamento militar, foram colocados «a bom recato».

Uma vez controlada a situação na Guiné-Bissau pelo chamado «Grupo de Luís Cabral», os quatro militares deveriam, em Cabo Verde, fazer uma declaração de apoio à unidade Guiné-Bissau-Cabo Verde, após o que regressariam a Bissau para ocupar a chefia das Forças Armadas.

Outra peça deste plano — e ainda segundo a mesma fonte — foi a partida para a região de Nhacra, onde estavam abertas valas comuns, do comandante André Gomes — que deveria aí esperar pela chegada dos corpos de Bernardo Vieira

e outros, com o fim de os enterar em segredo.

Uma coisa não é, no entanto, ainda definitiva: se a eliminação de «Nino» seria apresentada como accidental (doença, por exemplo) ou apontada como consequência de um acto de rebelião das Forças Armadas contra «um traidor».

Foi o conhecimento de planos visando a sua própria eliminação, acrescentou a mesma fonte, que levaram Bernardo Vieira a «antecipar-se», desencadeando o golpe de 14 de Novembro, que culminou com o derrube de Luís Cabral.

Muitos observadores são unânimes em considerar, que a eliminação de Bernardo Vieira, dado o seu grande prestígio, mergulharia a Guiné-Bissau num «banho de sangue», porque por mais convincente que fosse a explicação, haveria uma resposta das Forças Armadas.

URSS reconheceu novo Governo

Por outro lado, a União Soviética reconheceu ontem, quinta-feira, o novo regime guineense, depois de alguns dias de aparente expectativa.

O gesto de Moscovo, que deverá agora ser seguido por outros países socialistas, foi comunicado pelo embaixador da URSS em Lisboa ao comandante Bernardo Vieira.

A Guiné-Bissau depois do 14 de Novembro

Continua presente o pensamento de Amílcar Cabral

Luis Moita e Carolina Quina *

Muito já foi escrito, no domínio da informação jornalística, acerca do golpe de Estado que depôs o presidente Luis Cabral e dos acontecimentos posteriores na Guiné-Bissau, acontecimentos que geraram perplexidade e apreensão em muitos meios. Aliás, os órgãos de informação foram dando versões diversas e sucessivamente diferenciadas, manifestando uma oscilação que a própria complexidade da situação pode justificar.

Pela sua parte, o CIDAC enviou nos finais de Novembro e princípios de Dezembro uma delegação à Guiné-Bissau, passando também por Cabo Verde, a fim de contactar directamente a nova realidade e avaliar localmente o sentido das transformações em curso. Foi assim possível formular algumas conclusões de análise política, sem prejuízo de uma atitude essencialmente de expectativa, dada a incerteza da evolução futura.

Antes de mais, convém salientar que o movimento militar, onde tiveram papel importante os jovens oficiais das forças armadas, foi desencadeado por razões fundamentalmente internas, sendo de excluir qualquer peso determinante de pressões ou interferências externas. Será, pois, errado tentar interpretar o golpe de Estado à luz dos confrontos das grandes potências ou como resultado de ingerências estrangeiras.

Quais foram essas razões internas, podemos dá-las por conhecidas, bastando recapitulá-las: uma crise política que afectava o funcionamento das estruturas do partido bloqueando o debate interno e provocando um endurecimento do regime; uma crise económica que punha em causa aspectos importantes do modelo de desenvolvimento adoptado e que se manifestava no agravamento das desigualdades sociais; uma situação conjuntural

de penúria alimentar, prestes a atingir um ponto explosivo; o mal-estar nas forças armadas originado por problemas específicos como o dos salários e a contestação de certas promoções; enfim as tensões surgidas da revisão constitucional à volta da concentração de poderes no presidente e da marginalização do primeiro-ministro.

Raramente numa situação convergem tantos factores de descontentamento. A confluência de todos estes níveis — político, económico, social, militar, institucional — explica as condições propícias para o golpe, a facilidade com que ele é aceite e a imediata adesão que suscita por parte do povo, do conjunto das forças armadas e dos quadros dirigentes. Pode, mesmo, dizer-se que existe na Guiné-Bissau um sentimento colectivo de libertação, bem como uma atitude de esperança à qual não é alheia a confiança generalizada no novo líder, o comandante Nino. Por tudo isso tem de se concluir que o movimento do 14 de Novembro é um facto consumado, irreversível e internamente consolidado.

Um movimento inevitável

Admitindo agora que o movimento é irreversível, é caso para perguntar se ele seria inevitável. A maioria das opiniões colhidas em Bissau referem exactamente a sua inevitabilidade: a situação havia-se degradado de tal maneira e as estruturas políticas sofriam de tal bloqueio, que se impunha como única saída uma solução de força, o golpe de Estado. Sobre isso, porém, a posição oficial cabo-verdiana exprime críticas fundamentais: o recurso à solução militar comprova, pelo menos, a passividade de não travar as batalhas políticas no âmbito das instâncias políticas competentes, além de que é

grande o risco — infelizmente frequente em África — de resolver pelo golpe de Estado as contradições do poder.

Esta questão adquiriu no caso um relevo tanto maior quanto é certo que o movimento militar veio paralisar as estruturas supranacionais do PAIGC, já que dele resultou a prisão do Secretário-Geral Adjunto, Luis Cabral, e de vários outros dirigentes do Conselho Superior de Luta (equivalente ao Comité Central). Daí ser fácil a acusação de que também se tratou de um golpe contra o partido, pondo em causa a sua continuidade.

É verdade que os novos responsáveis da Guiné-Bissau, passados os primeiros dias de hesitação, reafirmam insistentemente a fidelidade ao espírito de Amílcar Cabral e o prosseguimento do PAIGC, porventura rectificado. Mas também é verdade que a referida paralisação das instâncias superiores do partido deixa em aberto o problema da existência de uma verdadeira direcção política para o país, uma vez que o actual Conselho da Revolução, embora integrando alguns civis, é predominantemente militar e operacional e ainda não está claro que seja portador de um projecto alternativo, susceptível de corrigir os erros e os desvios do anterior regime.

Esta relativa indefinição de direcção política confirma aquela que é talvez a característica mais importante do Movimento do 14 de Novembro na Guiné-Bissau: trata-se antes de mais de uma revolução nacionalista e populista. O seu carácter populista é facilmente detectável no próprio discurso oficial que é ainda pouco ideológico e pouco programático, centrando-se essencialmente no tema do «reajustamento» para «servir o povo». Quanto ao carácter nacionalista, vale a pena determo-nos por instantes na sua análise.

Como é sabido, o golpe diri-

gido pelo comandante Nino teve desde o início uma marca anticabo-verdiana, que nunca assumiu a mínima forma de perseguição e cujos primeiros excessos verbais foram rapidamente corrigidos. Neste momento continuam a estar cabo-verdianos no Governo provisório e em todos os anteriores postos no aparelho de Estado. Todavia existe uma inequívoca reacção nacionalista, manifestada num difuso sentimento contra os mestiços, e não é por acaso que todos os membros do Conselho da Revolução são guineenses. Da mesma maneira, têm sido feitos apelos ao regresso de todos os guineenses no estrangeiro, pretendendo assim criar-se um ambiente de reconciliação nacional, ao mesmo tempo que se afirma a ideia de que agora os guineenses são senhores do seu destino.

Os perigos da «autenticidade africana»

Semelhante reacção nacionalista será válida e positiva enquanto afirmação da dignidade e da identidade nacionais, podendo mesmo envolver uma dimensão específica de luta de classes ao exprimir o descontentamento popular contra as camadas privilegiadas, confusamente identificadas com o mestiço ou o cabo-verdiano. Contudo, bem sabemos como são grandes os perigos de um nacionalismo incorrectamente perspectivado, susceptível de esquecer que os fenómenos de opressão e exploração não dependem da cor da pele de quem as exerce, como bem conhecemos os equívocos que abundam em África acerca da «negritude» ou da «autenticidade africana», quase sempre tentativas de cobertura para situações de neocolonização. Além de que, a prazo, existe o risco de se assistir ao surgimento de divisões

internas na Guiné-Bissau, como por exemplo as que poderão irromper das contradições entre populações islamizadas e populações animistas.

Se estes riscos poderão certamente ser evitados, nem por isso o movimento do 14 de Novembro deixou de abrir feridas numa das bases políticas em que assentava o próprio PAIGC: o projecto de unidade com Cabo Verde.

Neste momento existe uma tensão real entre os dois países, caindo-se em velhas rivalidades que sempre foram artificialmente exploradas pela colonização portuguesa, as quais, se se virem a adensar, poderão estar na origem de uma ruptura cujas consequências serão sem dúvida negativas para ambos os lados. Para o arquipélago de Cabo Verde, de importância estratégica conhecida, isso constituiria um factor de isolamento político, socioeconómico e militar, agravando a sua vulnerabilidade. Para a Guiné-Bissau um eventual rompimento com Cabo Verde, sobretudo se daí decorrer uma deterioração das relações com Angola, Moçambique e S. Tomé e Príncipe, implicaria o risco de se desligar de uma aliança privilegiada com a importante corrente anti-imperialista do continente africano e de ficar absorvida pela zona de influência neocolonial francesa em África. A prontidão de Sekou Touré em reconhecer o novo regime de Bissau tem óbvias explicações históricas, mas funciona como alerta para essa eventualidade, tanto mais que o homem de Conakry tem vindo a fazer uma acrobática inflexão política em direcção à França e a Marrocos.

Acrescem outros elementos de ordem externa, como são a eleição de Reagan nos Estados Unidos e os prováveis endurecimento e agressividade da política americana, bem como o facto de em Portugal a direita deter a maioria parlamentar e governamental. Porque — é preciso afirmá-lo e denunciá-lo — a direita portuguesa continua a conspirar e a apoiar a conspiração contra os regimes saídos das lutas de libertação e da descolonização. Ainda não desistiu de os desestabilizar, ao serviço dos interesses do capitalismo internacional.

Daí que, em nosso entender, um dos erros que agora as forças progressistas poderiam co-

meter seria o de contribuírem para o isolamento do regime saído do movimento do 14 de Novembro na Guiné-Bissau ou de considerarem irremediavelmente perdido o projecto de unidade com Cabo Verde, muito embora esta questão tenha de ser rediscutida em novas bases, e mesmo que seja preciso dar tempo à cicatrização das feridas.

«Unidade na Igualdade» com Cabo Verde

Pela nossa parte, colhemos a impressão, que julgamos sincera, de que os novos responsáveis de Bissau desejam o prosseguimento do projecto de unidade, usando a fórmula «unidade na igualdade» como que a significar que um projecto supranacional não dispensa a boa resolução da questão nacional. Pareceram-nos maiores as desconfianças do lado cabo-verdiano, legitimamente ressentido por alguns aspectos do golpe do comandante Nino. O facto de nestes últimos dias se desenharem os primeiros indícios de reabertura de um diálogo necessário, será certamente prometededor.

O 14 de Novembro ocorreu na Guiné-Bissau quando eram passados 24 anos sobre a fundação do PAIGC, 17 anos sobre o início da luta armada de libertação, sete anos sobre a proclamação da independência em Madina do Boé. Toda esta longa tradição de combate deixou profundas raízes no país, seja no que toca à politização das massas populares e das forças armadas, seja no que respeita à herança ideológica e política em cujo espírito os dirigentes se formaram. Nessa realidade está a principal garantia de que o pensamento de Amílcar Cabral continuará a inspirar a linha política. Regressasse de Bissau com essa esperança. No meio de incertezas, hesitações, riscos, ambiguidades, há fundamento para a confiança em que o movimento do 14 de Novembro não se limite a ser uma mera revolução nacionalista, mas possa ser um marco no acidentado caminho de uma revolução popular.

* Militantes do CIDAC.

O jornal do dia

Cabo Verde mantém PAIGC sem Guiné

Monso Praça, enviado especial

A poucos dias do aniversário da morte de Amílcar Cabral — assassinado, a 20 de Janeiro de 1973, em Conacri — a Conferência Nacional do PAIGC em Cabo Verde, é chamada a decidir sobre uma questão de extrema delicadeza: a reestruturação do Partido, imposta pela situação que o golpe de Nino Vieira na Guiné-Bissau, criou.

A conferência, presidida por Aristides Pereira, começa hoje, nesta cidade da Praia, no Salão osina Machel, do Liceu Domingos Ramos, um herói guineense da luta de libertação.

A Conferência tanto quanto se sabe, deverá prolongar-se, pelo menos, por todo o fim-de-semana. Pode prever-se, no entanto, que dela não sairá um novo partido, mantendo-se o PAIGC, (sem Guiné), eventualmente com a sigla PAIGC-Cabo Verde, embora adaptado à nova situação criada pelo golpe de Nino Vieira.

«Não há situação de rotura», referiu a «O Jornal» uma fonte próxima do PAIGC, em Cabo Verde. «Actualmente, há uma situação de impasse da qual é preciso sair, adaptando o Partido a nova realidade.»

Foi isto, aliás, o que observou Aristides Pereira, presidente de Cabo Verde e presidente do PAIGC, na sua mensagem de fim-de-ano; há semanas. Considerando que o golpe de Nino Vieira se dirigiu, essencialmente, «contra os órgãos instituídos do Partido e contra o processo de unidade com a República irmã da Guiné-Bissau», Aristides Pereira assinalou que a conferência nacional «decidirá sobre o processo de unidade e sobre a reestruturação organizativa do Partido em Cabo Verde que as novas circunstâncias impõem».

Há quem defenda a criação de um novo partido, herdeiro da ideologia de Amílcar Cabral, mas não parece ser essa a opinião maioritária e prevalente em Cabo Verde. O que está em causa, para já, em termos partidários, é o carácter binacional do PAIGC. Mas poucos estariam dispostos a assumir a responsabilidade de desprezar o prestígio internacional conquistado pelo Partido que Amílcar Cabral fundou, em 19 de Setembro de 1956.

Constituída pelos 27 elementos em exercício do Conselho Nacional de Cabo Verde (CNCV) do PAIGC e por 150 delegados vindos de todo o país, a conferência nacional é presidida por Pedro Pires, também primeiro-ministro. Fontes ligadas ao PAIGC não arriscam uma data sobre o seu termo, mas admite-se que tudo fique resolvido antes do dia 20. Além da sessão de abertura, durante a qual Aristides Pereira vai apresentar um relatório aguardado com expectativa, apenas a sessão de encerramento será aberta aos jornalistas.

Quanto aos resultados, torna-se difícil uma previsão. A conferência foi precedida de amplos debates nos organismos de base do Partido e, até ao seu termo, tudo pode acontecer.

Não é de prever que seja aceite a tese dos que defendem a criação de um novo partido, herdeiro da ideologia de Amílcar Cabral. A ter em conta a decisão tomada pelo sector autónomo urbano da Praia do PAIGC (o mais importante, com 18 delegados), a conferência deverá pronunciar-se no sentido da «continuação do PAIGC tal como é, assumindo uma posição de luta, devendo, embora, demarcar-se ideologicamente do Conselho da Revolução» presidido por Nino Vieira, a conferência extraordinária do sector da Praia concordou ainda em que «um grande número de delegados apontou para a necessidade da adaptação das estruturas nacionais do Partido a um partido nacional que se proclamasse em verdadeiro herdeiro da legitimidade histórica do PAIGC e do pensamento de Amílcar Cabral».

Machadada de morte e mão estendida

Ontem, quinta-feira, o Conselho Nacional do PAIGC esteve reunido. Por coincidência ou não, o conselho nacional da Guiné-Bissau, presidido por Nino Vieira, teve, também ontem, uma reunião, segundo informações chegadas à Praia.

Hoje, todos os olhos estão postos na conferência nacional um órgão que não está previsto nos estatutos do Partido. Em situação normal, uma conferência de quadros seria suficiente, mas a questão agora posta é demasiadamente delicada e importante, não só para Cabo Verde como, também, para toda a África, nomeadamente a de expressão portuguesa, para justificar uma reunião alargada como a hoje iniciada.

«Em Cabo Verde, o golpe terá suscitado emoção, mágoa e lágrimas, reacções várias de repúdio e despeito de nacionalismo ferido, mas aqui, o Partido, as instituições geradas pela luta, os ideais, os militantes continuam firmes, vinculados e assumindo a sua responsabilidade histórica», escrevia, na segunda-feira, o jornal «Voz Di Povos», em editorial, acrescentando: «A unidade transcendente individualmente e é tão peregrina quanto sagrados são os restantes princípios fundamentais do Partido.»

Ninguém tem dúvida que, com o golpe de 14 de Novembro, a unidade Guiné-Cabo Verde levou uma machadada de morte. Ao manter o PAIGC, Cabo Verde pretende, também continuar de mão estendida, para a Guiné-Bissau, e não falta quem diga que, assim, «é sempre possível a reunifica-

«O 14 de Novembro é, antes de mais, um golpe contra o nosso movimento de libertação do poder, o PAIGC», lê-se, ainda, na mesma revista, onde Pedro Pires acentua: «Condenamos o que aconteceu, independentemente das razões que possam ser invocadas. Somos contra os golpes de Estado, porque eles não são a via para a resolução dos problemas.» Mais incisivo, o Conselho Nacional de Cabo Verde afirma que «o recurso à força militar para a resolução de problemas internos no Partido contraria frontalmente os princípios e métodos do PAIGC e o pensamento do seu fundador, Amílcar Cabral».

Procurando esclarecer e rebatendo os argumentos de Bissau, o CNCV admite, facilmente, a existência de erros, mas recusa-se a aceitar Luís Cabral como o único culpado. Assim, por exemplo: «Fala-se muito de decisões económicas pouco correctas. Mas pergunta-se: quem, de entre os que hoje acusam Luís Cabral, apoiou o Comissário de Estado da Coordenação Económica e Plano, quando este contestou — com razão ou sem ela — alguns dos projectos criticados? Ninguém.»

Criticado pelos dirigentes de Cabo Verde e, depois pelos presidentes de Angola, Cabo Verde, Moçambique e S. Tomé e Príncipe, reunidos em Luanda, em Dezembro, que vai fazer Nino Vieira? Entre a Praia e Bissau, o diálogo parece ter cessado ou, pelo menos entrado em ponto morto. Durante algum tempo, Nino e Aristides Pereira trocaram mensagens onde a cordialidade é apenas aparente.

De qualquer modo, Cabo Verde continua a manter a sua disponibilidade «para o diálogo construtivo com o novo regime instituído na Guiné». Resta saber se esse diálogo é ainda possível.

ção».

A verdade, porém, é que as coisas foram longe de mais e ninguém aqui, está muito seguro sobre qual a evolução do regime implantado por João Bernardo Vieira (Nino), que, segundo informações pouco concretas chegadas à capital cabo-verdiana estaria já a experimentar algumas dificuldades.

O ambiente na Praia é calmo, apesar de tudo, mas ninguém esconde uma certa apreensão. É cedo, ainda, para avaliar as consequências para Cabo Verde — um país extremamente vulnerável em termos de defesa e a braços com os problemas criados por uma forte dependência económica do exterior, — da nova situação política na Guiné-Bissau.

Referindo-se ao golpe de Nino Vieira, o presidente da Assembleia Nacional Popular, Abílio Duarte, afirmou que se trata de um acontecimento «mais grave do que o assassinato de Cabral».

Cabo Verde: PAICV nasce das cinzas do PAIGC

Afonso Praça, enviado especial

«Cabral ca ta more» («Cabral não morrerá») — gritou o primeiro-ministro da República de Cabo Verde, Pedro Pires, na longa intervenção que encerrou o comício realizado na Cidade da Praia, na terça-feira, dia 20, durante o qual foi proclamada publicamente a criação do Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) que se considera no «itinerário histórico do PAIGC», assumindo «a sua história e o seu legado político» e reivindicando a sua «fidelidade total ao pensamento de Amílcar Cabral que continuará a guiar a sua acção».

A data para o anúncio público da criação do PAICV foi intencionalmente escolhida: feriado nacional, Cabo Verde comemorou, no dia 20, o oitavo aniversário da morte de Amílcar Cabral, fundador do PAIGC. Para os cabo-verdianos, nomeadamente os dirigentes políticos, o PAICV é, assim, a continuação do PAIGC sem a Guiné-Bissau, e o pensamento de Amílcar Cabral (cuja fotografia dominou, em lugar de relevo, as sessões do congresso constitutivo do PAICV, realizadas no Salão Josina Machel, do Liceu Domingos Ramos, herói guineense da luta de libertação) surge-nos como uma espécie de «bíblia» da qual ninguém ousa afastar-se. É por isso que o princípio da unidade Guiné-Cabo Verde (que os dirigentes cabo-verdianos consideram destruído pelo golpe de Estado na Guiné-Bissau, em 14 de Novembro) não passa agora de uma preocupação dolorosa ou apenas de uma saudade profunda, talvez mesmo um espírito cravado no coração de quantos tiveram de lutar, durante longos anos, no chão da Guiné.

«O PAICV surge no itinerário histórico do PAIGC, como um imperativo da luta do povo de Cabo Verde, cujas conquistas devem ser preservadas e desenvolvidas no interesse das gerações presentes e vindouras», afirmou Aristides Pereira, presidente da República de Cabo

Verde e secretário-geral do novo partido, ao fazer a proclamação do PAICV, acrescentando: «Ao assumir essa missão histórica e revolucionária, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde, que reúne no seu seio os mesmos militantes que, na vanguarda do povo cabo-verdiano, vêm conduzindo a sua luta pela independência, progresso e justiça social, proclama a sua fidelidade ao pensamento de Amílcar Cabral, o qual continuará a guiar a sua acção.»

O PAICV define-se como «um movimento de libertação no poder que, no quadro de uma democracia nacional revolucionária, aglutina as forças nacionais no sentido da consolidação da independência política e do desenvolvimento económico e social harmonioso de Cabo Verde». Por outro lado, assume «o conteúdo ideológico do programa do PAIGC, e continuará empenhado na sua materialização com vista à realização do objectivo supremo da luta do povo cabo-verdiano: construir uma nova sociedade de justiça, progresso, liberdade, onde não haja exploração do homem pelo homem».

Além disso, o PAICV continuará a guiar-se, na construção da sociedade, «pelas decisões do III Congresso do PAIGC aplicáveis na presente etapa», ainda de acordo com a proclamação do partido, lida por Aristides Pereira, entretanto eleito secretário-geral, cargo

que desempenhava no PAIGC. Para secretário-geral adjunto, foi eleito Pedro Pires.

O Congresso é o órgão máximo do PAICV e terá uma segunda reunião em Março de 1982 «para análise profunda da vida nacional e partidária e designadamente para aprovar o programa e os estatutos e eleger os órgãos nacionais de direcção». Até lá, o Conselho Nacional (órgão máximo entre dois congressos) é constituído pelos elementos que faziam parte do Conselho Nacional de Cabo Verde (CNCV) do PAIGC que se juntaram agora José Aújo, Honório Chantre e Júlio de Carvalho (comandante Julinho), cabo-verdianos residentes na Guiné-Bissau até ao golpe de 14 de Novembro, onde desempenhavam funções de direcção no aparelho do PAIGC e nas FARP.

Além do Congresso e do Conselho Nacional, o PAICV tem ainda uma Comissão Política (órgão máximo entre as reuniões do Conselho Nacional) e um Secretariado, órgão que, «sob a direcção da Comissão Política, apoia esta no exercício das suas funções». A inovação relativamente ao PAIGC é a criação de uma Comissão Nacional de Controlo e Revisão, à

qual compete «exigir responsabilidades aos militantes e candidatos que violam os estatutos, o programa e a disciplina partidária ou estatal ou que tenham conduta moral ou cívica repreensível».

Da surpresa aparente à firmeza inesperada

O golpe de Estado na Guiné-Bissau, em 14 de Novembro do ano passado, colheu de surpresa os dirigentes de Cabo Verde que, todavia, acompanhavam com apreensão o evoluir de uma situação que dia a dia se degradava. Para eles, no entanto, «o recurso à força militar para a resolução de problemas internos do Partido contraria frontalmente os princípios e métodos do PAIGC e o pensamento do seu fundador, Amílcar Cabral».

A verdade, porém, é que o golpe se impôs como realidade, os revoltosos apearam o presidente Luís Cabral e os órgãos nacionais de direcção do PAIGC na Guiné foram substituídos por um Conselho da Revolução, «política, ideológica e organicamente estranho ao PAIGC», segundo os dirigentes de Cabo Verde.

Menos de uma semana depois do golpe, liderado pelo comandante João Bernardo Vieira (Nino), o CNCV reuniu-se (20 a 23 de Novembro), na Cidade da Praia, e emitiu um comunicado. A partir daí, os dirigentes de Cabo Verde evitaram fazer declarações públicas e mesmo as mensagens trocadas

entre Aristides Pereira e Nino Vieira foram divulgadas, embora não na totalidade, por iniciativa de Bissau.

«Tentámos evitar o diálogo e a polémica com a Guiné através da Imprensa», referiu Pedro Pires aos jornalistas, durante uma conferência de Imprensa («a primeira e a última sobre a questão»), na Cidade da Praia, na última terça-feira.

Condenando o golpe com firmeza, o CNCV encarregou o Comité Permanente de convocar uma Conferência Nacional de militantes do PAIGC «para que as decisões que se impuserem, nomeadamente nos domínios da organização e da unidade, sejam tomadas num quadro o mais amplo possível».

Iniciada na sexta-feira da semana passada, dia 16, a Conferência transformou-se, no domingo, em Congresso que, no dia seguinte, proclamou «a existência de um partido nacional em Cabo Verde com a designação de Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV)».

Num longo relatório de 60 páginas, o secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, expôs a situação à luz do golpe de Estado na Guiné-Bissau e, de início, duas teses se desenhavam na frente dos 180 participantes: manter o PAIGC, eventualmente com a sigla PAIGC-Cabo Verde, ou criar um novo partido. O resultado é o PAICV, cuja criação foi largamente determinada por um discurso de três horas que Pedro Pires pronunciou na manhã de domingo e que levou, de imediato, a interromper os trabalhos até ao dia seguinte.

Segundo informações dignas de crédito, Pedro Pires foi muito mais duro do que se esperava, jogou todos os seus argumentos e convenceu. Pedro Pires ter-se-ia referido aos vários aspectos da luta armada, enquadrando o projecto da unidade Guiné-Cabo Verde na perspectiva dos objectivos a atingir. Enumerando as condições indispensáveis à prossecução desse projecto, Pedro Pires assinalou que as principais condições (uma base política comum e suficientemente clara, o elemento ideológico que enformava o programa e os objectivos do partido) deixaram de existir com o golpe de Estado de Nino Vieira.

Na sequência da intervenção de Pedro Pires, a Conferência verificou formalmente a inexistência do PAIGC, pelo que se impunha «uma decisão de fundo que, a nível de África terá dimensão histórica», segundo palavras do porta-voz, da Conferência, André Corsino Tolentino, aos jornalistas presentes na Cidade da Praia.

A decisão foi tomada no dia 19 e anunciada formal e publicamente no dia seguinte, aniversário da morte de Amílcar Cabral. Ainda constou, na Cidade da Praia, que poderia chegar, a todo o momento, uma delegação da Guiné-Bissau, mas tal não aconteceu. Após o discurso de Pedro Pires, ninguém ficou com dúvidas quanto ao resultado da Conferência e foi 66 dias decorridos sobre o golpe militar de 14 de Novembro (tempo mais do que suficiente para definir a situação, segundo os dirigentes cabo-verdianos) que os militantes do PAIGC de Cabo Verde to-

maram uma decisão histórica, reivindicando a herança ideológica de Amílcar Cabral e do PAIGC.

Filho legítimo do PAIGC

Registe-se, aliás, que a mesma dureza que dominou a intervenção de Pedro Pires na Conferência se repetiu no discurso pronunciado no comício de terça-feira, a que assistiram representantes das delegações diplomáticas acreditadas na Praia, com os embaixadores de Portugal e dos Estados Unidos sentados na primeira fila.

Segundo Pedro Pires, «os golpistas exploraram internamente o nacionalismo estreito, para não dizer racismo» e «destruíram a unidade, aviltaram o sentido da unidade», criando, com o golpe de Estado, «uma situação de indefinição, de desorientação que não podia continuar». Contundente na condenação do golpe («Ai do mundo se por cada erro de um dirigente político tivéssemos de fazer um golpe de Estado!»), Pedro Pires apontou o PAICV como «filho que nasce do PAIGC» («filho legítimo e seu herdeiro», acrescentou), afirmando: «O PAICV jamais trairá o PAIGC, não renegará a sua história com as suas vitórias e as suas derrotas. Não renunciaremos aos nossos erros, assumi-los-emos conscientemente, porque não há, na História, autoflagelamento, há a assunção dos erros.»

«Não compreendemos nada do que se passa em Bissau e não havia outras soluções que não fosse demarcarmo-nos» — disse ainda Pedro Pires que admitiu que Cabo Verde ficava assim, mais fraco. Uma referência à segurança interna e à defesa nacional foi entendida como um aviso à oposição em Cabo Verde e aos grupos que, no exterior do país, têm desenvolvido actividades no mesmo sentido, nomeadamente a partir de Lisboa e de Dakar. «Não vivemos no céu, vivemos na terra dos homens com interesses concretos», assinalou Pedro Pires, para acrescentar, com ênfase: «Sabemos que há quem queira interromper a nossa marcha. Aquele que tentar, será, tarde ou cedo, esmagado.» Horas depois, na conferência de Imprensa, Pedro Pires escusou-se a tomar mais concretas aquelas alusões, alegando que não era oportuno, mas círculos bem informados da Cidade da Praia confirmaram a existência de grupos oposicionistas no interior do país, embora sem grande expressão, sabendo-se também que, no exterior, são desenvolvidas actividades com o objectivo de «travar a marcha», para utilizarmos uma expressão do primeiro-ministro cabo-verdiano e secretário-geral adjunto do PAICV.

Antes do golpe de Estado de 14 de Novembro na Guiné-Bissau, o PAIGC era, naturalmente, um dos alvos preferidos dos inimigos do regime dos dois países. Como vai ser agora, depois do golpe que separou, sem dúvida por muito tempo, talvez irremediavelmente em alguns aspectos, os dois «países irmãos» que tiveram uma experiência única no mundo?

A pergunta anda na mente de todos, mas é cedo para tentar uma resposta, que também passa por Bissau, onde a situação está ainda mal esclarecida. As motivações mais profundas do golpe continuam à espera de uma análise que não poderá ser feita por enquanto. Mas para já, os dirigentes cabo-verdianos não hesitam em afirmar que o seu primeiro objectivo era o próprio PAIGC.

«Organizado na base de um nacionalismo estreito e utilizando argumentos racistas, o golpe de Bissau foi orientado, desde as primeiras horas, no sentido de destruição do processo de unidade Guiné/ Cabo Verde», lê-se na proclamação do PAICV. E ainda: «As acusações caluniosas de colonialismo e hegemonia dirigidas pelos autores do golpe contra a nação cabo-verdiana e a reconciliação com os inimigos do PAIGC são disso clara manifestação (...) O golpe teve como consequência grave a inviabilização das estruturas de direcção supranacional do PAIGC, as quais se viram bloqueadas e, desta forma, esvaziadas do seu conteúdo.»

É certo que Bissau entende de modo diferente as questões e, ao discursar num comício comemorativo da morte de Amílcar Cabral, em Bissau, na terça-feira, o vice-presidente do Conselho da Revolução, Vítor Saúde Maria, afirmou que «o gesto dos dirigentes de Cabo Verde é uma grande traição à memória de Amílcar Cabral», acrescentando que Bissau não tomara qualquer medida de afastamento.

Seja como for, as relações entre os dois países que, sob a égide do PAIGC, travaram uma dura luta comum, deterioraram-se a um ponto que podemos considerar à beira da rutura, havendo quem preveja que, a continuarem as coisas sem uma evolução positiva, seja possível que tudo desemboque num corte de relações diplomáticas.

Golpe teve motivações racistas?

Para já, parece que tudo se tem resumido a uma «guerra» de palavras, embora de consequências graves. Acusados de exercerem a hegemonia sobre a Guiné-Bissau, os cabo-verdianos respondem com firmeza e com factos. Assim, no relatório apresentado na Conferência Nacional dos militantes do PAIGC, Aristides Pereira assinalou que «a consideração da composição dos órgãos de soberania do Estado da Guiné-Bissau vem acentuar o infundado da pretensão de uma 'hegemonia' cabo-verdiana», acrescentando que «na Guiné e no conjunto dos órgãos estatais e partidários de direcção nacional — na esfera civil e na esfera militar — apenas um total de oito lugares era ocupado por militantes naturais de Cabo Verde» e que «por virtude da necessidade de acumulação de funções, apenas se encontravam na zona do poder cinco dirigentes do PAIGC naturais de Cabo Verde».

No seu relatório, Aristides Pereira mostrou-se firme na crítica aos autores do golpe de Bissau. «Ao ignorarem a circunstância de os elementos naturais de Cabo Verde apresentados como agentes da chamada 'hegemonia cabo-verdiana' serem combatentes da liberda-

de da Pátria, os autores do golpe e os repetidores das suas calúnias levantam uma parte do véu com que pretendiam cobrir as suas motivações. E, de entre estas, resulta evidente o baixo sentimento racista que, explorado sabiamente, se manifestou, por ocasião do golpe, no movimento em que se identificavam a posição de apoio aos golpistas e a de provocação aos elementos cabo-verdianos da população de Bissau.»

Segundo Aristides Pereira, «sempre os inimigos dos nossos povos e do Partido procuraram criar e exacerbar nos espíritos não — ou pouco — politizados, o ódio racial e o nacionalismo estreito de que aquele é uma das componentes. O que é novo é que ao nível mais elevado do país irmão, dirigentes houve e com tantos anos de luta, que se deixaram alistar numa empresa tão indigna.»

Refutando os argumentos de Bissau, os dirigentes de Cabo Verde admitem erros por parte de dirigentes do PAIGC, nomeadamente de Luís Cabral, mas recusam que ele seja o único culpado e que ninguém conhecesse a situação, tanto no sector económico como no domínio político. «Faltaria à verdade quem pretendesse que tudo ia pelo melhor nos Serviços de Segurança da Guiné-Bissau», afirma Aristides Pereira no seu relatório para continuar: «Mas maior erro cometeria quem dissesse que os erros e as violações que, no âmbito desse serviço, foram cometidos, deixaram alguma vez indiferente o presidente Luís Cabral, o qual sempre se opôs a isso tanto nas estruturas partidárias como nas estatais.»

Para os dirigentes de Cabo Verde, é inconcebível que «todos os responsáveis se tivessem demitido das suas responsabilidades e deixando o poder nas mãos de um único homem, agora apresentado como corrupto e sanguinário» e «isso é tanto mais inaceitável quanto é certo que o chefe do golpe era o segundo responsável do país a nível do Estado e detinha nas suas mãos a força real».

Enfim, «assumindo objectivamente o papel de verdadeiros agentes do inimigo interno e externo, os homens do golpe agiram no sentido da realização do objectivo de há muito sonhado por este de demolir o Partido, fazer recuar ou parar definitivamente o processo da unidade, depor a direcção saída da luta armada ou fazê-la diluir-se no seio de uma massa de oportunistas sem identificação nem compromissos com o projecto de sociedade proposto pelo PAIGC», lê-se no relatório de Aristides Pereira que, na sua análise, acentua ainda que «não deixa de ter interesse chamar a atenção para os aplausos que o golpe mereceu dos descontentes, nos 'nacionalistas' do 25 de Abril, do 'lumpen' da capital, da camada pequenoburguesa irredutível que não esqueceu os privilégios que desfrutou ao serviço da 'Guiné Melhor', aplausos também das

sabilidades em preservar o PAIGC tal como é e, mais do que isso, temos responsabilidades em ir para a unidade, porque esse é um dos pontos fundamentais do nosso programa» — disse Mário Cabral numa conferência de Imprensa, no final da reunião do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC, na segunda-feira. No entanto, Mário Cabral disse que o programa do partido preconiza a unidade com Cabo Verde «como coisa voluntária», o que exigiria uma consulta popular, considerada prematura neste momento.

organizações oportunistas que durante a luta se mantiveram a distância segura no exterior e que depois da independência conspiravam em vários países estrangeiros, de antigos comandos africanos irreconciliáveis com o verdadeiro militante do Partido e muitos deles notáveis criminosos de guerra; e, de mais longe, os aplausos das imprensas de extrema-direita, as mensagens de apoio de certos meios económicos ligados à reacção responsável pela guerra colonial, etc., etc.

Luís Cabral vai ser libertado?

É certo que a situação económica na Guiné-Bissau é grave e os dirigentes de Cabo Verde, país ainda mais pobre e largamente dependente do estrangeiro, sabem-no melhor do que ninguém. Apesar disso, é com certa relutância que se referem às ajudas de Cabo Verde à Guiné-Bissau, tanto no aspecto financeiro como alimentar. De

qualquer modo, o contencioso económico-financeiro existente entre os dois países vai ser agravado pela dificuldade de diálogo que agora se verifica e que poderá agravar-se.

«Acabou a discussão: cada um tem o seu partido e consideramos encerrado este assunto e a polémica» — disse Pedro Pires na conferência de Imprensa, na terça-feira. É possível que sim, que a discussão tenha acabado. Mas também é de aceitar que a discussão só agora começou. É que, entretanto, em Bissau, Nino Vieira considerou que a criação do PAICV é uma «traição à memória de Amílcar Cabral e de tantos outros heróis nacionais tombados na luta para a conquista da independência da Guiné e de Cabo Verde». Falando numa sessão pública num bairro popular de Bissau, Nino Vieira afirmou ser do PAIGC e continuar no PAIGC, o que parece confirmar a ideia anteriormente divulgada pelo porta-voz do Conselho da Revolução, Mário Cabral, da continuação da sigla do partido. «Temos respon-

Que futuro para as relações entre a Guiné e Cabo Verde? No imediato, e apesar de todas as dificuldades existentes, parece que a libertação do ex-presidente da Guiné-Bissau, Luís Cabral, e de outros dirigentes presos, poderia facilitar o diálogo. «A libertação do ex-presidente Luís Cabral facilitaria a normalização das relações com a Guiné-Bissau», reconheceu Pedro Pires, falando aos jornalistas, na Cidade da Praia.

Posteriormente, falando em Bissau, num comício, Nino Vieira anunciou que todos os detidos iriam ser postos em liberdade. A escassez de elementos dificulta a relação entre os dois factos, mas não deixa de ser curioso anotar que Pedro Pires referiu-se essencialmente a Luís Cabral, manifestando a sua convicção de que seria libertado em breve, «pois Luís Cabral é um preso incómodo». Falando na referida conferência de Imprensa, na presença de embaixadores e outros chefes de missões diplomáticas, afirmou que a prisão

de Luís Cabral «é uma questão internacional e que os seus amigos não o abandonarão nesta altura». Por seu turno, Nino Vieira entendeu não «privilegiar» Luís Cabral, mas este foi o único nome que pronunciou, a propósito, segundo as informações disponíveis: «Criaram-se algumas contradições entre nós. Não é só Luís Cabral que temos na prisão, temos muitos filhos da nossa terra que se deixaram enganar, mas nós somos homens conscientes, nós somos homens honestos, nós somos homens humanos, vamos libertar todos os filhos da nossa terra para que possam viver como cidadãos livres, porque eles mesmos quando saírem saberão descobrir que lhe demos independência e liberdade.»

Seja como for, e admitindo que a libertação de Luís Cabral facilite a normalização das relações entre os dois países, tem-se como certo que um novo capítulo se abriu na história da Guiné e de Cabo Verde. «Não vamos discutir o passado, mas nada é como dantes», referiu Pedro Pires, aos jornalistas. Exacto: toda a gente está agora a ver que nada ficará como dantes. De Novembro para cá, as relações entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde sofreram transformações profundas que não dizem respeito apenas aos dois países, mas também a toda a África e ao mundo. Os mais optimistas acreditam, ainda, que o processo da unidade foi apenas interrompido, podendo ser retomado no futuro. Por uma questão de boa vontade, admita-se que sim. Mas seja qual for a circunstância em que isso aconteça, a verdade é que nada será como foi.

Bissau-Cabo Verde:

Ponto, 27.11.'80

diálogo possível

PARECE AINDA LÔNGE DO DESBLOQUEAMENTO O DIÁLOGO ENTRE A GUINÉ-BISSAU E CABO VERDE. SABE-SE QUE É INEVITÁVEL – MESMO NECESSÁRIO. E BISSAU ESTÁ A ACUMULAR VANTAGENS. O CORRESPONDENTE DE O PONTO EXPLICA COMO E PORQUÊ

• JOSE FLECHA, CORRESPONDENTE EM BISSAU

BISSAU – O interesse de uma reunião entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde é nítido. Até mesmo natural para as duas partes. O secretário-geral permanece intocável. Aliás, os novos responsáveis guineenses, pela voz de Vítor Saúde Maria, tiveram oportunidade de afirmar que nunca esteve em causa a pessoa de Aristides Pereira no topo da hierarquia partidária. Por outro lado, os membros do Conselho da Revolução estão todos em condições de se reclamar de um passado de esforçada luta e empenhada militância.

Bissau tomara a iniciativa de propor um encontro entre Nino e Aristides Pereira, a realizar na capital guineense. Cabo Verde apresentou uma contraproposta: reunião, sim, mas na Cidade da Praia.

Estamos em condições de informar que foi este, precisamente, o objectivo principal da visita-relâmpago efectuada a Bissau, a meio da semana que passou, pelo comandante Silvino da Luz, o terceiro homem da hierarquia cabo-verdiana: a apresentação e defesa da contraproposta de Aristides Pereira.

O Conselho da Revolução respondeu, antecorrem, mantendo a proposta inicial: encontro, só em Bissau.

Esta atitude dos novos dirigentes da Guiné parece marcar uma posição de força com, pelo menos, a Segurança. De facto, o Conselho da Revolução, depois de uma fase inicial em que não foi além da insistente apresentação de justificações e esclarecimentos a Cabo Verde, «virou o bgo», acumulou alguns triunfos importantes, e surge em condições de interrogar: – «Como é, amarradas cabo-verdianas?»

Na verdade, em primeiro lugar, o Conselho da Revolução ode, justamente, invocar o povo popular, que detém, inelutavelmente, desde a primeira hora, e que, por si só, o legitima. Depois, o facto de, praticamente, não ter ocorrido derramamento de sangue – três mortos e um ferido – é, temos de convir, bastante suave. Há, ainda, a considerar que o próprio secretário-

geral não pode alegar desconhecimento de várias situações anómalas na Guiné, aliás apresentadas, também, como razão do 14 de Novembro. Aristides Pereira, em relatório apresentado ao Conselho Superior da Luta (órgão máximo do partido entre dois congressos), denunciava «graves desvios de direita», apontando (citamos de cor) «passividade perante os erros, burocratismo dirigido como sistema de governo, nepotismo, amiguismo, ostentação», de quadros como Manuel dos Santos (Manecas) e Vasco Cabral (claramente traduzida na integração de ambos no novo elenco governativo já nomeado). Isto constitui, também, importante vitória para o Conselho da Revolução. Vitória tanto mais espectacular, quanto se trata de dois elementos de grande prestígio e intocável fidelidade ao partido. O primeiro, de origem cabo-verdiana, pôs-se em fuga, aquando da eclosão da acção militar, e o segundo foi, inclusivamente, ferido pela tropa.

Assunção do partido e da linha de Cabral

Conta, também, a afirmada assunção do partido e da linha de Cabral e a reafirmação de uma política externa assente nos princípios da unidade africana, da coexistência pacífica, do não alinhamento e do apoio à luta de todos os povos oprimidos.

Mesmo a acusação proveniente de Cabo Verde, de que os princípios e a prática do partido não comportam o recurso à violência, já que há mecanismos internos de debate e discussão, não coíhe totalmente. De facto, Bissau responde, citando a eliminação do centralismo democrático e a abolição do direito à crítica e à autocritica no seio da estrutura nacional do partido, havendo, finalmente, o triunfo mais forte, mas amargo e doloroso: a descoberta de cerca de 500 mortos, por fuzilamento ordenado pela Segurança. O Conselho da Revolução descobriu as fichas de identificação e encon-

trou as valas, com restos mortais dos dissidentes sumariamente abatidos, nas matas de Fortugole, nas imediações de Bafatá, de Farim, do Cumere.

Eram homens que «a verdade oficial» dava como presos, o que assumia aspectos de horroroso sadismo: os familiares continuavam a entregar, nas prisões onde os supunham detidos, alimentos, vestuário, uma ou outra lembrança. Tudo era recebido, com naturalidade e simplicidade.

Alguns foram «comandos africanos», guineenses que lutaram contra o P.A.I.G.C., às ordens de Spínola. A Guiné-Bissau sempre desmentiu fuzilamentos em massa de «comandos africanos». Pelo contrário, sempre reclamou, como exemplo de correcção política, como «marca humanista» legada por Amílcar, a sua integração na sociedade.

Alguns eram «comandos africanos», estiveram na luta contra a libertação da Guiné. Sobre alguns poderia recair, por inteiro, a acusação da prática de atrocidades contra a população. Outros, a maior parte, eram dissidentes. Homens que discordavam do processo que se seguiu à independência. Homens que se opuseram ao regime.

Três «varas» nas matas de Portugal. Vinte e duas, cobradas amontoadas. Uma delas teria comportado mais de trinta corpos. Mas abastadas, duas cavadas de novo (de fresco), intactas. Esperavam-se novos dissidentes.

Uma resposta política

Torna-se evidente que a denúncia dos fuzilamentos funciona, à partida, como uma resposta política a Aristides Pereira. Recorde-se que o secretário-geral manifestara, logo após o 14 de Novembro, a sua preocupação pelo respeito dos Direitos do Homem, na Guiné. Para além disso é, no seu todo, uma arma. Aristides Pereira, cuja ignorância dos factos não foi posta em dúvida por Nino Vieira, terá, necessariamente, de tomar uma posição. A Guiné-Bissau, tudo o indica, irá exigí-la.

A eliminação de cerca de 500 guineenses causou profundo choque. Aqui, e não temos dúvidas de que também em Cabo Verde, a perturbação e o horror atingiram todos, desde dirigentes até ao povo comum. Os homens do Conselho da Revolução e os membros do anterior Governo proclamam desconhecimento absoluto do que se passava. E está directamente posta em causa a integridade militante de responsáveis como Constantino Teixeira (comissário do Interior no anterior Governo), Umaru Djaló e André Gomes (respectivamente, comissário de Estado e comissário político das Forças Armadas Revolucionárias Populares). E, mais uma vez, está em xeque Luís Cabral, que, segundo afirma o Conselho da Revolução, assumira de há muito o controlo directo das FARP e da Segurança.

Constantino Teixeira (comissário do Interior no anterior Governo), Umaru Djaló e André Gomes (respectivamente, comissário de Estado e comissário político das Forças Armadas Revolucionárias Populares). E, mais uma vez, está em xeque Luís Cabral, que, segundo afirma o Conselho da Revolução, assumira de há muito o controlo directo das FARP e da Segurança.

A questão dos fuzilamentos constituiu, aliás, tema central para uma emocionada intervenção de Nino, em comício realizado na passada sexta-feira. Convocado em nome do Partido, o comício congregou milhares de pessoas, facto que, significativamente, não ocorria há três anos na Praça dos Heróis Nacionais.

Nino Vieira, reclamando-se «do PAIGC e de Cabral», garantiu que o 14 de Novembro não mais permitiria que «filhos da Guiné» fossem mortos por «filhos da Guiné». «Não fizemos a revolução, não fizemos a luta armada, para assassinar ninguém» – afirmou o Presidente do Conselho da Revolução. Nino Vieira também assegurou a abertura do país a todos os cidadãos honestos e conscienciosos, «emigrados no estrangeiro por medo de serem mortos», apelando ao seu regresso para participarem na reconstrução nacional.

Bissau - Cabo Verde dialogo possivel

PARECE AINDA LONGE DO DESBLOQUEAMENTO O DIALOGO ENTRE A GUINÉ-BISSAU E CABO VERDE. SABE-SE QUE É INEVITÁVEL - MESMO NECESSÁRIO. E BISSAU ESTÁ A ACUMULAR VANTAGENS. O CORRESPONDENTE DE o ponto EXPLICA COMO E PORQUÊ

● JOSE FLECHA, CORRESPONDENTE EM BISSAU

BISSAU - O interesse de uma reunião entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde é nítido. Até mesmo natural para as duas partes. O secretário-geral permanece intocável. Aliás, os novos responsáveis guineenses, pela voz de Vitor Saúde Maria, tiveram oportunidade de afirmar que nunca esteve em causa a pessoa de Aristides Pereira no topo da hierarquia partidária. Por outro lado, os membros do Conselho da Revolução estão todos em condições de se reclamar de um passado de esforçada luta e empenhada militância.

Bissau tomara a iniciativa de propor um encontro entre Nino e Aristides Pereira, a realizar na capital guineense. Cabo Verde apresentou uma contraproposta: reunião, sim, mas na Cidade da Praia.

Estamos em condições de informar que foi este, precisamente, o objectivo principal da visita-relâmpago efectuada a Bissau, a meio da semana que passou, pelo comandante Silvino da Luz, o terceiro homem da hierarquia cabo-verdiana: a apresentação e defesa da contraproposta de Aristides Pereira.

O Conselho da Revolução respondeu, antecorrem, mantendo a proposta inicial: encontro, só em Bissau.

Esta atitude dos novos dirigentes da Guiné parece marcar uma posição de força com, pelo menos, a Segurança. De facto, o Conselho da Revolução, depois de uma fase inicial em que não foi além da insistente apresentação de justificações e esclarecimentos a Cabo Verde, «virou o jogo», acumulou alguns trunfos importantes, e surge em condições de interrogar: - «Como é, camaradas cabo-verdianos?»

Na verdade, em primeiro lugar, o Conselho da Revolução pode, justamente, invocar o apoio popular, que detém, inegavelmente, desde a primeira hora, e que, por si só, o legitima. Depois, o facto de, praticamente, não ter ocorrido derramamento de sangue - três mortos e um ferido - é, temos de convir, balanço suave. Há, ainda, a considerar que o próprio secretário-

-geral não pode alegar desconhecimento de várias situações anómalas na Guiné, aliás apresentadas, também, como razão do 14 de Novembro. Aristides Pereira, em relatório apresentado ao Conselho Superior de Luta (órgão máximo do partido entre dois congressos), denunciava «graves desvios de direita», apontando (citamos de cor) «passividade perante os erros, burocratismo dirigido como sistema de governo, nepotismo, amiguismo, ostentação», de quadros como Manuel dos Santos (Manecas) e Vasco Cabral (claramente traduzida na integração de ambos no novo elenco governativo já nomeado). Isto constitui, também, importante vitória para o Conselho da Revolução. Vitória tanto mais espectacular, quanto se trata de dois elementos de grande prestígio e intocável fidelidade ao partido. O primeiro, de origem cabo-verdiana, pôs-se em fuga, aquando da eclosão da acção militar, e o segundo foi, inclusivamente, ferido pela tropa.

Assunção do partido e da linha de Cabral

Conta, também, a afirmada assunção do partido e da linha de Cabral e a reafirmação de uma política externa assente nos princípios da unidade africana, da coexistência pacífica, do não alinhamento e do apoio à luta de todos os povos oprimidos.

Mesmo a acusação proveniente de Cabo Verde, de que os princípios e a prática do partido não comportam o recurso à violência, já que há mecanismos internos de debate e discussão, não colhe totalmente. De facto, Bissau responde, citando a eliminação do centralismo democrático e a abolição do direito à crítica e à autocritica no seio da estrutura nacional do partido, havendo, finalmente, o trunfo mais forte, mas amargo e doloroso: a descoberta de cerca de 500 mortos, por fuzilamento ordenado pela Segurança. O Conselho da Revolução descobriu as fichas de identificação e encon-

trou as valas, com restos mortais dos dissidentes sumariamente abatidos, nas matas de Portugole, nas imediações de Bafatá, de Farim, do Cumere.

Eram homens que «a verdade oficial» dava como presos, o que assumia aspectos de horroroso sadismo: os familiares continuavam a entregar, nas prisões

onde os supunham detidos, alimentos, vestuário, uma ou outra fembrança. Tudo era recebido, com naturalidade e simplicidade.

Alguns foram «comandos africanos», guineenses que lutaram contra o P.A.I.G.C., às ordens de Spínola. A Guiné-Bissau sempre desmentiu fuzilamentos em massa de «comandos africanos». Pelo contrário, sempre reclamou, como exemplo de correcção política, como «marca humanista» legada por Amílcar, a sua integração na sociedade.

Alguns eram «comandos africanos», estiveram na luta contra a libertação da Guiné. Sobre alguns poderia recair, por inteiro, a acusação da prática de atrocidades contra a população. Outros, a maior parte, eram dissidentes. Homens que discordavam do processo que se seguiu à independência. Homens que se opuseram ao regime.

Três «valas» nas matas de Portugole. Vimo-las. Ossadas amontoadas. Uma delas teria comportado mais de trinta corpos. Mais afastadas, duas cavadas de novo (de fresco). Intactas. Esperavam-se novos dissidentes.

Uma resposta política

Torna-se evidente que a denúncia dos fuzilamentos funciona, à partida, como uma resposta política a Aristides Pereira. Recorde-se que o secretário-geral manifestara, logo após o 14 de Novembro, a sua preocupação pelo respeito dos Direitos do Homem, na Guiné. Para além disso é, no seu todo, uma arma. Aristides Pereira, cuja ignorância dos factos não foi posta em dúvida por Nino Vieira, terá, necessariamente, de tomar uma posição. A Guiné-Bissau, tudo o indica, irá exigir-las.

A eliminação de cerca de 500 guineenses causou profundo choque. Aqui, e não temos dúvidas de que também em Cabo Verde, a perturbação e o horror atingiram todos, desde dirigentes até ao povo comum. Os homens do Conselho da Revolução e os membros do anterior Governo proclamam desconhecimento absoluto do que se passava. E está directamente posta em causa a integridade militante de responsáveis como Constantino Teixeira (comissário do Interior no anterior Governo), Umaru Djalo e André Gomes (respectivamente, comissário de Estado e comissário político das Forças Armadas Revolucionárias Populares). E, mais uma vez, está em xeque Luís Cabral, que, segundo afirma o Conselho da Revolução, assumira de há muito o controlo directo das FARP e da Segurança.

A questão dos fuzilamentos constituiu, aliás, tema central para uma emocionada intervenção de Nino, em comício realizado na passada sexta-feira. Convocado em nome do Partido, o comício congregou milhares de pessoas, facto que, significativamente, não ocorria há três anos na Praça dos Heróis Nacionais.

Nino Vieira, reclamando-se «do PAIGC e de Cabral», garantiu que o 14 de Novembro não mais permitiria que «filhos da Guiné» fossem mortos por «filhos da Guiné». «Não fizemos a revolução, não fizemos a luta armada, para assassinar ninguém» - afirmou o Presidente do Conselho da Revolução. Nino Vieira também assegurou a abertura do país a todos os cidadãos honestos e conscientes, «emigrados no estrangeiro por medo de serem mortos», apelando ao seu regresso para participarem na reconstrução nacional.

O assassinio de Amílcar: reabertura do processo?

Rafael Barbosa, que foi Presidente do PAIGC, posteriormente condenado à morte, por traição, libertado da prisão no 14 de Novembro, encontra-se com residência fixa. A informação foi prestada à Imprensa pelo próprio Nino.

Tudo leva a crer que, após reexame ao processo, adquira a liberdade plena, e se integre na sociedade, como vulgar cidadão, no usufruto total de direitos e deveres. Foi Vitor Saúde Maria, vice-presidente do Conselho da Revolução, quem o admitiu, a pergunta nossa.

Assim, estarão implicitamente postas em dúvida algumas das acusações que sobre ele recaí-

ram (mantendo-se outras, por comprovadas e assumidas, mas que, nestes termos, se considerariam expiadas).

Estará posta em causa, inclusivamente, a sua alegada cumplicidade na elaboração do plano da PIDE que levou ao assassinio de Amílcar Cabral. Não acreditamos que, se de tal não se duvidasse, fosse admitida a sua libertação.

É provável, portanto, a reabertura do processo do assassinio do grande revolucionário. E até se poderá ir mais longe: Já auscultámos algumas dúvidas quanto à doença que vitimou Osvaldo Vieira, herói nacional, rígido e rigoroso cabralista. J.F. ●

Fome autêntica

Importa referir, dentre as causas do 14 de Novembro, primeiro do que tudo, a fome que causticava as gentes da Guiné-Bissau. Não estamos a aplicar qualquer figura de retórica; falamos de fome, autêntica, absoluta, dolorosa.

O arroz, base da alimentação, de há muito desaparecera do mercado. O ano agrícola, marcado por chuvas tardias e irregularmente distribuídas, foi mau, e a ajuda externa tardava. Os sucedâneos possíveis (batata, massas, enlatados — tudo produtos de importação), não se encontravam em quantidade suficiente, nem a preço acessível.

De imediato, ressalta agora a necessidade de resolver o problema alimentar da população. A ajuda externa já foi accionada. Conseguiram-se cerca de mil toneladas de arroz e os Estados Unidos garantiram mais uma oferta de géneros alimentares, a aportar a Bissau antes do fim do ano.

J. F. ●

Regresso ao rumo de Amílcar

● JOSÉ FLECHA, CORRESPONDENTE EM BISSAU

O Governo caiu praticamente sem resistência. Luís Cabral via o seu apoio reduzido à fiel guarda pessoal. Desfazia-se o mito, laboriosamente erguido por ideólogos internos e observadores internacionais, do «carisma» do irmão de Amílcar.

O Conselho da Revolução, composto por homens detentores dum passado glorioso de luta e de empenhada militância, tomava o Poder na Guiné-Bissau. Responsabilidade bastante pesada por si só. Carregada ainda pela exigência decorrente do apoio popular, indesmentível e espontâneo.

Dois dias depois, a situação estava normalizada em todo o território. O jovem país ensaiava com grande dignidade o retorno ao rumo da História que Amílcar Cabral traçara. E as noites de Bissau continuam a ser cortadas pelo batuque festivo dos bairros periféricos — Ajuda, Santa Luzia, Pilon, Chon di Pepel.

O Conselho de Revolução definiu-se já como defensor dos princípios do PAIGC e da linha de Amílcar Cabral, afirmando ainda perfilhar o princípio da unidade Guiné-Cabo Verde, desde que encarada em termos de «igualdade».

Esta posição foi comunicada a Cabo Verde, cujos dirigentes condenaram de imediato a acção empreendida a 14 de Novembro (importará recordar que o PAIGC funcionou, desde a independência, como força dirigente nos dois países. Posteriormente, Cabo Verde faria saber a Bissau que só concebia contactos «desde que as coisas voltassem ao seu devido lugar» (o teor da nota não foi divulgado, mas garantiram-nos que esta passagem era textual). Os novos responsáveis da Guiné-Bissau oficiaram novamente aos dirigentes cabo-verdianos — ao que pudemos apurar em extenso documento — marcando uma atitude firme, enumerando os motivos de acelerada degradação da situação nacional, citando casos difíceis de escamotear, que passam por corrupção, desvio de fundos e até transferência ilegal de divisas. Na sua nota, o Conselho da Revolução salientava que já passara o tempo de detectar erros e fraudes,

sem a correspondente tomada de decisões firmes.

A fome na barriga

«É a nossa hora que chega» — proclamou, sem mais nos adiantar, o jovem amigo da rádio com quem conseguimos estabelecer contacto telefónico na ânsia de obter informações concretas.

«Filhos da Guiné, chegou a hora por que tanto esperamos.» O mesmo amigo, poucos minutos após o nosso telefonema, principiava a leitura do primeiro comunicado do Comando Operacional do 14 de Novembro.

E, na verdade, vinha a sentir-se no ar, tinha-se por certo que alguma coisa se passaria, mais tarde ou mais cedo, tão acelerado era o ritmo da degradação do país. Como também grande era — e quase que ostensivamente assumida — a inércia dos responsáveis perante o estado geral da Guiné-Bissau e as dificuldades do povo.

Crescia no país — há que dizê-lo — a fome. Autêntica e absoluta.

Qualquer observador minimamente atento não esperaria, dos dirigentes, a capacidade material para a imediata resolução do problema. Sabe-se da de-

bilidade da economia nacional. A Guiné-Bissau é um país pobre. Não se esperaria, portanto, a ultrapassagem definitiva da situação; já se exigia, porém, a demonstração de uma atenção afectiva. Uma ligação às massas. Uma assistência concreta. A prova, enfim, de que as dificuldades eram por todos comungadas.

Pois nem isso. Nem essa atitude, talvez meramente defensiva, passível, até, de merecer o rótulo de «demagógica».

Fomos detectando, ao correr do tempo, um entorpecimento cómodo, um adormecimento pelas alcáfitas do Palácio da Presidência, pelo ar condicionado dos gabinetes, pelo «nervo acelerativo» dos Volvos e Peugeots. A pequena burguesia, classe dirigente na luta, afastava-se cada vez mais do desafio lançado por Amílcar: o «suicídio» enquanto classe. Pelo contrário: enquanto classe, assumia-se e estatuaia-se.

A inércia do Poder resultou ostensivamente. Mais: resultou ofensiva para a «classe da mancarra», que não vislumbrou a mínima moderação na «classe do Volvo».

«A fome no coração»

«O povo tem fome na barriga, mas também tem fome no coração» — dizia-nos um velho instalado, «só para ver o Nino», nas imediações da fortaleza da Amura, onde o Conselho da Revolução montou o Quartel-General.

A «fome na barriga», claro, é a falta de arroz. A «fome no coração» — apreendemos depois de laboriosa explicação — é a «fome da nacionalidade».

Aquele velho cidadão na sua linguagem simples, falava, em suma, da magna questão da «Unidade Guiné-Cabo Verde», permanentemente proclamada, mas nunca claramente definida.

DA FOME NA BARRIGA À FOME NO CORAÇÃO – A FOME DA NACIONALIDADE. UMA LEITURA DOS ÚLTIMOS ACONTECIMENTOS NA GUINÉ-BISSAU, NA PERSPECTIVA DE QUE O TESTAMENTO DE AMÍLCAR CABRAL SEJA EFECTIVAMENTE ASSUMIDO

Cabe recordar que o Secretário Executivo do Partido, José Araújo, em entrevista concedida ao «Diário Popular», em fins de Junho de 1976, enunciava a questão da unidade Guiné-Cabo Verde em termos de «criação de um único Estado», o que desde logo foi considerado, por estudiosos da obra de Amílcar Cabral, como uma interpretação abusiva do pensamento do inesquecível revolucionário. E o comum cidadão guineense, o «filho da Guiné», nunca conseguiu sentir, na sua terra, a mínima vantagem da apregoada unidade Guiné-Cabo Verde. O «filho da Guiné», após a independência, desvanecida a empolgante Unidade da Luta, verificou a injustiça criada pela situação do cabo-verdiano aqui radicado (geralmente com maior grau de escolaridade e preparação técnica), num plano superior ao seu, quer na escala social, quer ao simples nível da relação de trabalho.

Para ele, «filho da Guiné», a partir de agora, é a verdadeira independência de que estava faminto. «A nossa terra é mesmo nossa», «A Guiné está nas mãos dos filhos da Guiné».

A intelectualidade e os sectores mais esclarecidos colocam o problema com outra correcção: a unidade Guiné-Cabo Verde, assumida como o foi até ao momento, retardava a fuga do seu país ao subdesenvolvimento.

O Plano Quadrienal (primeiro passo para a economia planificada) constitui disso um exemplo, como nos foi apontado: a Guiné-Bissau já teorizou, em absoluto, o seu plano, e inclusivamente, já concluiu a elaboração de programas parcelares de desenvolvimento. Todavia, era preciso aguardar até que, através de um processo necessariamente moroso de consultas e pesquisas, se descobrissem os pontos comuns para um arranque conjunto.

O Conselho da Revolução

reformulou agora o princípio: unidade sim, mas em condições de igualdade. Aguarda-se a clarificação deste conceito, ferido de ambiguidade.

A importância – e também o melindre – da questão parecem não ter escapado aos novos responsáveis da Guiné-Bissau. E, é óbvio, tal clarificação nunca poderá ser assumida unilateralmente. Mas o contacto directo com Praia não vai ser fácil. São notórias as dificuldades de diálogo entre as duas partes. E foi significativa a necessidade, sentida pelo Conselho da Revolução, de divulgar um comunicado esclarecendo – e explicitamente advertindo – que o 14 de Novembro não foi feito contra os cidadãos cabo-verdianos, mas sim contra todos os que, incluindo «filhos da Guiné», oprimiram ou por qualquer forma exploraram o povo.

A nova Constituição – causa imediata

A fome e a nacionalidade. Causas próximas e simultaneamente profundas da mudança ora verificada. Não as únicas, mas determinantes da saída da tropa para a rua, catalizadoras da tomada de consciência de um grupo importante de dirigentes do partido e do Estado (o debate interno já transbordava em proporções apreciáveis) que agudizou o descontentamento dos quadros jovens.

As situações, sabe-se, não se criam por acaso, não surgem isoladamente. Elas decorrem umas das outras, interligam-se numa relação dialéctica. Não tem outro nome e é dos livros. A insuficiência ideológica do partido, a incapacidade operacional do Estado, a dramática situação económica, os casos de corrupção e de desvio de fundos públicos, tudo tem um tronco comum, tudo é interdependente, tudo levou ao 14 de Novembro.

E, afinal, é tempo de falar na causa imediata, talvez a gota de água que tudo faz

transbordar: a nova Constituição da Guiné-Bissau. Concretamente, as questões da nacionalidade (mais uma vez) e do presidencialismo.

Importa esclarecer qual o mecanismo de aprovação da Constituição: elaborado o anteprojecto por uma Comissão nomeada pelo partido (com participação caboverdiana, refira-se, a título de curiosidade), ele baixa à discussão pública, organizada e dirigida pelas estruturas de base; passa depois pelo Conselho Nacional da Guiné, que analisa as propostas de alteração e, adoptando-as ou não, transforma o anteprojecto em projecto definitivo, a ser apreciado e aprovado pela Assembleia Nacional Popular.

O percurso foi este. A discussão nas bases foi intensa. O descontentamento pela omissão das posições que muito claramente se detectaram quanto às duas questões de fundo foi grande. Vejamos: no respeitante à nacionalidade, a Constituição da Guiné acabou por não consignar a condição de «cidadão de origem» como obrigatória para a assumpção dos mais elevados cargos do Estado (essa condição era estipulada na Constituição cabo-verdiana...); no respeitante ao presidencialismo, a acumulação de cargos e funções por parte do Presidente do Conselho de Estado (passava mesmo a chefiar o Governo) reservava para o primeiro-ministro uma função meramente decorativa (o Presidente era Luís Cabral, o primeiro-ministro era Nino...).

Resta esclarecer que a Constituição foi aprovada pela Assembleia Nacional Popular no princípio da semana que terminou com a acção militar.

E guardamos a esperança de que, desta vez se encare e se assuma, de uma vez para todas, o desafio que Amílcar Cabral deixou – e este, sim, o seu verdadeiro testamento: o «suicídio de classe».

Este povo merece-o!

O(s) réu(s) de

Bissau

• BERNARDINO COELHO

A importância do recente golpe de Estado na Guiné-Bissau foi ampliada pelo facto de nele estarem directamente interessados dois países, pois também Cabo Verde, por força de uma estrutura partidária única no mundo, tem a «obrigação» de se envolver nos acontecimentos.

Por outro lado, a circunstância de ter sido o primeiro derrube de presidente de país africano de expressão oficial portuguesa conferiu ao golpe uma dimensão que de outro modo não teria.

Solidários entre si enquanto movimentos de libertação da época colonial, os actuais governos dessas jovens nações pretenderam, sem dúvida, apaziguar os ânimos entre a Praia e Bissau, na busca de um compromisso que possa, ao menos, salvar as aparências no quadro da unidade africana.

Um passo importante nesse sentido, ao nível diplomático, é de esperar decorrer do que reunia em Luanda os presidentes Eduardo dos Santos, Samora Machel, Aristides Pereira e Pinto da Costa, com o primeiro a jogar todo o peso que Angola tem, indiscutivelmente, no continente africano.

Segundo tudo leva a crer, os quatro presidentes analisaram com especial cuidado a delicada situação de Luís Cabral, de súbito transformado em réu e vilão de factos ainda não esclarecidos totalmente.

Com efeito, se é líquido que o golpe de Bissau foi uma decorrência do nacionalismo guineense perante a hegemonia cabo-verdeana no aparelho de Estado, já não são tão claras como isso as acusações que, num repente, choveram de todos os lados contra o Presidente do Conselho de Estado, a ponto de o converter num émulo de Idi Amin ou de Bokassa.

Ora, os acontecimentos políticos, quaisquer que eles sejam, não podem desinsersir-se do contexto geográfico onde se veri-

cam. Em certas áreas, como a Ásia e a África, a execução de adversários políticos é, infelizmente, uma prática mais ou menos vulgar, à esquerda e à direita, por vezes sob o manto de legalidades mais do que duvidosas e, noutros casos, ao sabor de actos ditatoriais e arbitrários do Poder.

No caso de Bissau, o fuzilamento de 500 pessoas e não interessa, neste momento, avaliar da sua eventual culpabilidade, sendo certo que muitas delas foram vítimas do seu próprio obscurantismo e lutaram contra a independência do seu País —

lutaram um acto odioso à luz do Direito, da Moral, da Justiça e da Civilização.

Todavia, eles terão sido o prolongamento do código da guerrilha e devem ter ocorrido como «ajuste de contas», logo após a entrada do PAIGC em Bissau, em 1974, tal como sucedeu, também, no Vietname, aquando da tomada de Saigão pelas tropas do Norte — o que, sem justificar tais práticas, as ajuda a compreender no âmbito de uma realidade concreta.

Dal não podem lavar as mãos aqueles que hoje pretendem descomprometer-se das suas responsabilidades, lançando-as, todas, para cima do ex-presidente,

agora preso e sem possibilidades de se defender das gravíssimas acusações.

Assim, a nova equipa dirigente da Guiné-Bissau, pretendendo justificar o golpe — e, ao que parece, tinha muito por onde pegar... — resolveu tirar efeitos do episódio mais susceptível de causar impacto a nível internacional, apressando-se a levar diplomatas e jornalistas até às valas comuns de Cumeré, Mansoa e Mansabá, onde os seus porta-vozes manifestaram horror e «espanto» pela macabra «descoberta».

Interpelados pelos jornalistas, incrédulos quanto à ignorância dos dirigentes do Conselho da

Revolução, relativamente aos massacres, os novos líderes esclareceram que tudo se passava, apenas, no conhecimento da pequena clique do Presidente Luís Cabral.

Ora, a Guiné-Bissau é um pequeno país com cerca de um terço da superfície de Portugal e não parece possível, nem sequer lógico, que fuzilamentos em massa (um deles a cem metros de um quartel) passassem despercebidos, mesmo se executados por um reduzido número de oficiais e soldados, ainda que no silêncio do mato.

A verdade é que os fuzilamentos já eram conhecidos, interna e externamente no tempo em que

os actuais membros do Conselho da Revolução faziam parte do gabinete de Luís Cabral, e chegaram, mesmo, a ser denunciados por alguns jornais portugueses, que se faziam eco de insistentes denúncias apresentadas por guineenses da oposição, radicados no estrangeiro.

Se a alegada (e talvez verosímil) tentativa de assassinio de Nino Vieira tivesse sido levada a cabo com êxito, o quadro actual seria o mesmo — só que as personagens estariam em posições diferentes.

Assim, talvez Luís Cabral levasse diplomatas e jornalistas até junto das valas comuns e ali denunciasse os «crimes» de Nino Vieira, com o que justificaria a sua eliminação. E, perante a estranheza dos jornalistas, quanto ao seu desconhecimento dos factos, talvez explicasse:

— Pois é. O Nino, além de primeiro-ministro, era o comandante mais poderoso e mais popular do nosso exército. Qualquer ordem que ele desse era logo acatada pelos soldados, que não revelavam os fuzilamentos, com medo de represálias...

O facto é que o prisioneiro de Bissau é, agora, um réu incómodo.

Os novos dirigentes, autores de um golpe de Estado bem acolhido em muitos círculos, confrontam-se, neste momento, com as dificuldades de abrir um processo público em que alguns deles também poderiam figurar como co-réus perante a opinião internacional.

Se pelo contrário, preferirem manter apenas a sua versão dos factos realizando o julgamento no secretismo do partido, sem darem aos réus a possibilidade de uma defesa pública, se isso acontecer — qual o destino dessa voz incómoda que é a voz de Luís Cabral?

De qualquer modo, o descrédito do Presidente depositado poderá arrastar, também, o desprestígio da nova equipa dirigente, se esta não souber encontrar uma solução ágil para o caso.

Guiné-Bissau:

o risco inevitável da ajuda externa

SE A RESOLUÇÃO DO PROBLEMA ALIMENTAR PARECE BEM ENCAMINHADO, ESSA TAREFA PRIORITÁRIA CONDUZ, INEVITAVELMENTE, AO RISCO DA AJUDA EXTERNA...

• JOSÉ FLECHA

A resolução do problema alimentar, na Guiné-Bissau, definida pelo Conselho da Revolução como tarefa prioritária, parece bem encaminhada.

Ora, falar de resolução do problema alimentar, aqui, na Guiné-Bissau, um dos países mais pobres de África, flagelado por um ano agrícola bastante mau, é o mesmo que falar de ajuda externa. Os governantes não tiveram, naturalmente, qualquer reboço em accioná-la. Estabeleceram-se contactos com todas as representações diplomáticas aqui instaladas e com as diversas organizações internacionais representadas em Bissau. A data em que redigimos este apontamento, apenas se tinham realizado encontros com a Embaixada dos Estados Unidos, com a CEE, com o PNUD (Programa das Nações Unidas para o Desenvolvimento), com a SIDA (organização sueca, governamental, que de há muito se vem distinguindo no auxílio à Guiné-Bissau), estando programadas reuniões com os restantes diplomatas acreditados no país. Para já, tanto a SIDA como o PNUD prometeram uma resposta afirmativa. A CEE garantiu a chegada a Bissau, até ao fim do mês em curso, de 1.522 toneladas de arroz, e, em Fevereiro, chegará ao país mais 2.415 toneladas de arroz e 150 toneladas de leite em pó.

Sustentou, por a oferta assumida pelos Estados Unidos da América, a esse no porto um barco com 540 toneladas de arroz, 500 toneladas de sorgo e 520 toneladas de milho (oferta accionada portanto antes ainda de a Guiné-Bissau a ter pedido), o embaixador americano também já accionou a concessão de mais de 2.000 toneladas de arroz, a chegar no próximo dia 18, igual quantidade do mesmo produto para o primeiro dia de Janeiro, e entre Fevereiro e Março, 4.000 toneladas também de arroz.

Acresce dizer que as necessidades (calculadas por baixo) da Guiné-Bissau em arroz (o produto base da alimentação nacional) são as seguintes: Bissau e arredores — 2.000 toneladas por mês; resto do país (não contando com o Sul, considerado como auto-suficiente) — entre 4.000 a 5.000 toneladas mensais.

Não escapou a diversos observadores o o suspeito do interesse dos norte-americanos pela situação do povo da Guiné-Bissau. De facto, os «States» nunca tinham respondido com tão grande prontidão nem com tamanha quantidade.

Temos, para nós, que não são meros intuítos humanitários os que animam o sr. Reagan. Não será um simples exercício de internacionalismo a motivação de fundo que — é previsível — levará a União Soviética a igualar, ou até, quem sabe, a ultrapassar a parada de Washington. O sr. Giscard não perderá, decerto, a oportunidade de manifestar a sua «fraternité» relativamente à Guiné-Bissau.

O Brasil, a par da descoberta das excelências da democracia, parece ter redescoberto indelétricos laços históricos com o continente africano, pelo que também não será grande asneira esperar uma «palavrinha de amizade».

Sabe-se que a ajuda externa constitui grande risco para um país subdesenvolvido, africano — e já com um leve cheiro a pe-

tróleo, em tempo de instituições abaladas. Um risco que a Guiné-Bissau, pelo menos para já, não pode deixar de correr. E que assume, numa perspectiva que podemos exprimir, em linguagem terra-a-terra, como «tudo o que vier é de ganho».

As apetências neocoloniais — importa tê-lo presente — não são exclusivo das grandes e médias potências. Até mesmo as pequenas (se a terminologia faz sentido) podem vir a reivindicar o seu quinhão. Civilizadamente, é certo, e à sua escala. Fala-se aqui num encontro que recentemente se teria realizado em Alvor, de uma grande figura da política externa americana, com dois peritos franceses de «política» africana, e (certamente como anfitrião) um membro do Governo Português, o qual, a certa altura, terá entrado corajosamente no debate, fazendo notar que Portugal também tem a «sua» zona de influência em África e o mesmo avião que leva esta correspondência trará até Bissau o major Valentim Loureiro, conhecido capitalista nortenho.

Há ainda a contar, aqui na Guiné-Bissau, com o «irmão do Sul»: Konakry não desistiu de considerar como sua a zona fronteiriça onde se sabe existirem jazidas de petróleo.

O Conselho da Revolução tem presentes todos os perigos, segundo depreendemos de uma breve conversa que mantivemos com o eng. Mário Cabral. Este colaborador do CR manifestou-nos a convicção de que, agora, as condições ainda eram mais favoráveis para uma efectiva preservação da independência nacional — conceito particularmente caro aos guineenses — e para a resistência a toda e qualquer tentativa de ingerência exterior.

O mesmo avião que leva esta correspondência trará até Bissau o major Valentim Loureiro, conhecido capitalista nortenho.

NINO: o seu poder começou com o assassinio de Amílcar

● FERNANDO BAGINHA

20 de Janeiro de 1973. Conakry. Duas horas da manhã. Num «jeep» do exército de Sekou Touré, quatro homens presos sem saberem bem porquê, a serem levados não sabem bem para onde. O mais jovem, de 17 anos, começa a chorar silenciosamente. O outro, diz-lhe com certa ternura: «Deixa lá, só se morre uma vez!». Morreram, tanto um como o outro. Os outros dois, não. Um era eu!

Este pequeno episódio, de uma noite de pesadelo, só me surgiu na memória pelo título que o ponto deu à reportagem sobre o golpe de Bissau de 14 de Novembro: Amílcar: segunda morte ou ressurreição?

De facto, só se morre uma vez. E Amílcar Cabral morreu a 20 de Janeiro de 1973. Com ele, e na mesma acção, morreu a unidade Guiné-Cabo Verde. Com ele morreu o PAIGC.

Morte adiada. Adiada sete anos, por força de equilíbrios de poder que explodem agora.

Neste artigo não pretendo abrir polémicas, a que, aliás não responderei. Assisti à morte de Amílcar Cabral e a todo o processo que se lhe seguiu. Os acontecimentos recentes levam-me a tornar públicos factos que calei todos estes anos. Por motivos pessoais, só!

Os factos

No dia 19 de Janeiro de 1973, os Serviços de Segurança da Embaixada da Checoslováquia em Conakry avisaram Amílcar Cabral de que tinham sido detectados indícios de conspiração dentro do PAIGC.

Cabral avisou o então responsável pela sua segurança para que tomasse precauções. Ele era Manadu N'Djai, herói nacional, comandante da Frente Norte, três vezes ferido em combate e, de momento, em Conakry, precisamente, em convalescença do seu último ferimento.

Manadu N'Djai fez saber directamente aos outros conspiradores que o golpe era conhecido. Assim, tudo foi antecipado e a acção decorreu em plena visita oficial a Conakry de Samora Machel e Joaquim Chissano (este último foi, aliás, membro da Comissão Internacional de Inquérito à morte de Amílcar Cabral e da mesa que me interrogou, assim como a Manadu N'Djai).

Nessa noite, decorria, na Escola Piloto do PAIGC, em Ratomá, arredores de Conakry, uma reunião de informações sobre o desenrolar da guerra em Moçambique, presidida por Chissano. A ela assistiam todos os residentes da escola (alunos e professores) e vários quadros superiores do Partido. Amílcar Cabral e Samora Machel estavam ausentes. À hora de a reunião acabar, cerca das 23, já

Amílcar estava morto. O grupo de viaturas que voltava para Conakry, ou para os outros campos do PAIGC, foi interceptado pelo grupo de revoltosos, sendo presos todos os elementos cabo-verdianos ou com eles conotados. A «promessa» feita no acto da prisão, era: «Vai tudo ser fuzilado». Pela meia-noite, toda a direcção política do PAIGC, de momento em Conakry, estava presa. Mas, aí, deu-se a reviravolta: o exército de Sekou Touré, intervém em força, prende todos os elementos do PAIGC (revoltosos e vítimas) e o golpe é parado.

O que se tinha passado entretanto: O grupo directamente encarregue de prender Amílcar Cabral, comandado por Aristides Barbosa, ex-chefe de Marinha e «de castigo» em Conakry, por motivos de corrupção, assassina Cabral, contra os planos estabelecidos — que eram os do rapto. O outro grupo que entra em acção, comandado por Manadu N'Djai, prende e rapta, como estava previsto Aristides Pereira, que é transportado num carro do partido, amarrado e levado num barco de guerra do PAIGC para o largo do porto de Conakry. Com ele é levado Buscardini (agora assassinado) e espancado quase até à morte. Este barco, ainda na noite dos acontecimentos é recuperado por um barco de guerra soviético e trazido de volta para Conakry.

Entretanto, o grupo que abate Cabral apresentou-se no Palácio da Presidência de Conakry, e informa Sekou Touré que acabava de matar o secretário-geral do PAIGC e era a nova direcção do Partido. Sekou Touré dá-lhes ordem de prisão. O golpe tinha falhado. Sekou Touré, que se pretendia como o líder de uma África desligada dos

imperialismos, não podia reconhecer o assassinio em Conakry mesmo, de um homem com o prestígio internacional de Amílcar Cabral.

Luis Cabral e Chico Té vêm do Senegal para Conakry mas, ainda assim, a direcção do PAIGC leva dois dias até ser libertada.

Já em 1973 o envolvimento da Guiné-Conakry na tentativa de afastamento da direcção cabo-verdiana do PAIGC é evidente:

● Toda a conspiração se dá em Conakry e é detectada pela segurança checa que, obviamente, avisou primeiro Sekou Touré.

● Os executores de Cabral, missão cumprida, dirigem-se ao Palácio da Presidência para que seja reconhecido o golpe.

● Os revoltosos atravessam toda a Conakry e saem do porto, com Aristides Pereira e Buscardini amarrados, apesar das rigorosas medidas de segurança que existiam por toda a cidade e tornavam impossível qualquer circulação sem controlo militar ou das milícias em cada mil metros ou menos.

● Finalmente, numa reunião no Palácio da Presidência, convocada por Sekou Touré para todos os quadros do PAIGC, este informou dos resultados provisórios do inquérito à morte de Amílcar Cabral realizado pelas autoridades da Guiné. Os números apresentados por Sekou Touré funcionaram como um aviso e eram esmagadores (Aqui sou obrigado a abrir um parênteses) citando de memória é natural que os números não sejam exactamente os referidos por Sekou Touré. Mas serão muito próximos. Aliás, a publicação dos inquéritos feitos nessa altura, que certamente as autoridades da Guiné-Bissau não deixarão de

fazer, virá corrigir qualquer erro da minha parte).

No momento da morte de Cabral encontravam-se em Conakry, nos vários campos do PAIGC, 429 elementos deste movimento; 336 estavam a par da conspiração.

Não contando as crianças e os cabo-verdianos, quase todos sabiam.

Nos bastidores do PAIGC

Ao tempo, o órgão supremo na direcção das operações militares do PAIGC era o Conselho de Guerra (o nome, se calhar era outro), composto de quatro pessoas: Amílcar Cabral, Aristides Pereira, Bernardino Vieira (Nino) e Osvaldo Vieira (primo direito de Nino e o segundo mais alto comandante militar logo a seguir a Nino).

Não era segredo no PAIGC que havia desentendimentos, por vezes violentos entre Cabral e Osvaldo Vieira, devido a problemas de condução militar das operações. Os «homens do mato» eram os executores da guerra e Cabral permitia-se, por vezes depois de longas ausências no estrangeiro, alterar completamente planos já estabelecidos. Para mais, Cabral já não entrava nas zonas libertadas da Guiné-Bissau havia cerca de três anos.

A 20 de Janeiro de 1973, Osvaldo Vieira, estava em Conakry. A tudo assistiu, todos o viram, ele viu tudo e não teve um gesto para evitar o que se passou.

Na primeira prisão em que estive, os guineenses comigo

presos não disfarçavam a sua preocupação e falavam abertamente. Osvaldo era o nome mais citado. Era, no fundo, a protecção destes homens envolvidos num golpe que já percebiam ter falhado.

Ninguém desconhecia portanto, que Osvaldo Vieira estava directamente ligado ao assassinio de Amílcar Cabral.

Para grande surpresa, quando saiu da prisão para ir ao funeral de Cabral, Osvaldo Vieira e Luis Cabral, de braço dado, choravam a morte de Amílcar.

Não havia dúvidas de que Osvaldo Vieira estava escudado em forças que o protegiam.

No entanto, o seu comportamento na noite do golpe e as posteriores declarações de dezenas de detidos perante as Comissões de Inquérito (a mim próprio me foi perguntado se teria ouvido algo sobre o envolvimento do camarada Osvaldo) levaram à sua suspensão de todas as funções directivas no Partido. Essa suspensão foi apresentada aos membros do Partido como sendo «a pedido do camarada Osvaldo e até ao total esclarecimento das calúnias que os inimigos da luta lançavam sobre ele para assim criarem clivagem no seio do PAIGC».

Osvaldo Vieira foi para o campo de Madina do Boé sob prisão. Pouco depois: soube-se que tinha morrido de doença do estômago. Na verdade, Osvaldo Vieira foi executado. Ninguém no PAIGC o ignora.

Dois Golpes separados por 7 anos

Osvaldo não foi um dos «cinco» executados oficialmente

apresentados pelo PAIGC à opinião pública internacional, como responsáveis pela morte de Amílcar Cabral.

Osvaldo foi um (de cerca de uma centena de executados) sem qualquer julgamento, por implicação na morte de Amílcar Cabral.

No primeiro dia de execuções, após o inquérito do PAIGC, foram executados nas três frentes de guerra (Leste, Norte e Sul) 69 homens. As circunstâncias em que se deram estas execuções não vale a pena fazer referência. Certamente os inquéritos anunciados agora em Bissau os irão tomar públicos. Mário Cabral, que anunciou os inquéritos em nome do Conselho da Revolução pode ser uma excelente testemunha: ele estava lá, em Madina, onde muitos se deram. Sobre este assunto, queria ainda referir que Sekou Touré não autorizou fuzilamentos em território da República da Guiné. Por isso se deu a divisão pelas três frentes. Mais ainda: os condenados

não sabiam ao que iam. Ao saírem de Conakry, foi-lhes dito que iam para o interior, sem mais explicações. Como disse, o número de fuzilamentos andou à volta de uma centena.

As valas comuns agora descobertas nos arredores de Bissau, são revoltantes e inaceitáveis. Não sei se «Nino» as desconhecia. Mas — isso sei — ele não desconhecia a repressão que se seguiu à morte de Cabral e as valas comuns então abertas.

Não me consta, no entanto, que essas estivessem incluídas nas agora mostradas ao Mundo. E quer «Nino» quer Vítor Saúde Maria, quer Paulo Correia, quer Joseph Turpin, quer Mário Cabral, quer Vítor Freire Correia Monteiro, as conhecem.

O golpe de 14 de Novembro de 1980 não é mais do que a continuação do golpe de 20 de Janeiro de 1973. Quer um quer outro destinavam-se a levar ao poder um homem: NiNO.

Noutro artigo explicarei porque demorou tanto.

Quem é Fernando Baginha

O autor deste artigo particularmente polémico (e que pode considerar-se um documento histórico de extremo valor) viveu na Suécia, onde trabalhou, durante alguns anos, com o PAIGC. Em 1972 e 1973 foi professor da Escola-Piloto do Partido, na República da Guiné, de que chegou a ser director. Foi, também, o autor e responsável pelos programas de propaganda dirigidos aos militares portugueses, através das emissões de Rádio-Libertação do PAIGC.

Depois do golpe de Estado

Bissau e Praia em «guerra» diplomática

Consumado que está o golpe de Estado na Guiné-Bissau, iniciou-se agora uma batalha diplomática entre os novos dirigentes guineenses e o Governo de Cabo Verde.

Assim, o presidente Aristides Pereira, de Cabo Verde, enviou uma mensagem a vinte chefes de Estado — entre os quais Ramalho Eanes — manifestando «preocupação» sobre os acontecimentos na Guiné-Bissau e a «situação de segurança interna» naquele país. Aristides Pereira chama a atenção para «a necessidade de serem garantidos a segurança e o respeito dos direitos fundamentais do homem aos responsáveis e militantes do PAIGC e aos membros do Governo deposto, assim como aos cidadãos cabo-verdeanos, residentes na Guiné-Bissau.

Ao mesmo tempo o presidente do Conselho da Revolução, «Nino» Vieira, enviou também uma mensagem a diversos dirigentes na qual afirma que o golpe se destinou a pôr termo a «uma situação insustentável, de

consequências imprevisíveis», prometendo manter-se fiel aos princípios de Amílcar Cabral, o fundador do PAIGC. O Conselho da Revolução afirma, ainda, que enviará delegações aos países africanos de expressão oficial portuguesa para explicar a situação.

Tudo indica, no entanto, que as novas autoridades guineenses tencionam pôr termo às actividades do PAIGC no país, já que a sua sede em Bissau foi encerrada e os seus funcionários mandados para casa, depois de ter sido passada numa busca aos gabinetes dos seus principais dirigentes. O novo poder nunca mais fez qualquer referência ao PAIGC nos seus comunicados e mensagens, inclusive numa carta enviada por «Nino» Vieira a Aristides Pereira.

Na sua mensagem «Nino» Vieira afirma fidelidade «aos princípios e objectivos de Amílcar Cabral» mas sem se referir ao PAIGC. O secretário-

geral do PAIGC rejeitou de imediato a mensagem, afirmando que a legalidade no país deverá ser reposta, como permissão para que ele dialogue com as novas autoridades. Aristides Pereira afirma, ainda, na sua resposta, que o golpe é condenável já que foi feito à revelia e contra os princípios do partido o que, de imediato, parece cortar a possibilidade de qualquer diálogo entre os dirigentes dos dois países.

Conackry e Banco Mundial

A Guiné-Conackry, parece o país mais empenhado em querer lucrar com a nova situação, em Bissau, tendo enviado uma delegação de alto nível e oferecido uma ajuda alimentar limitada para ajudar as novas autoridades a resolver os problemas alimentares do país. O chefe da delegação de Conackry, o ministro dos Negócios Estrangeiros Abdoulayé Touré, disse, à sua chegada, pretender «expri-

mir os sentimentos de solidariedade e fraternidade» do seu país para com o Conselho da Revolução da Guiné-Bissau.

Os dois países têm estado envolvidos num conflito fronteiriço sobre águas territoriais, que, segundo a companhia «Atlantic Resources Limited», são ricas em petróleo. Um dos dirigentes desta companhia, o engenheiro Brognon, encontrava-se em Bissau na altura do golpe de Estado.

A Guiné-Bissau tinha, recentemente, negociado com o Banco Mundial um empréstimo de 7 milhões de dólares para as pesquisas petrolíferas a iniciar brevemente, mas, segundo conseguimos apurar, o Banco Mundial suspendeu o processo até investigar qual a posição das novas autoridades de Bissau quanto ao assunto. Para o efeito, disse-nos uma fonte fidedigna, o embaixador da Grã-Bretanha em Dakar deverá deslocar-se, ainda esta semana, a Bissau.

Constantino Teixeira ao lado de «Nino»?

Eric Makedonsky / AFP

O Conselho da Revolução da Guiné-Bissau poderá vir a contar com uma personalidade importante do antigo regime: o comandante Constantino Teixeira, ministro do Interior e da Segurança de Luís Cabral, poderá vir a juntar-se a João Bernardo Vieira «Nino», segundo fontes seguras de Dakar e da Cidade da Praia.

O comandante Teixeira encontrava-se em Lisboa, no momento do golpe de Estado e segundo estas fontes deverá chegar a Bissau na sexta ou no sábado. Constantino Teixeira teria, segundo as primeiras notícias vindas de Cabo Verde e Lisboa, desaprovado o golpe de Estado. No entanto, se se confirmar a sua ida para Bissau, isso significaria o seu apoio ao Conselho da Revolução.

Membro do Partido Africano da Independência da Guiné-Bissau e das Ilhas de Cabo Ver-

de (PAIGC), desde o começo da luta pela independência, Constantino Teixeira frequentou, ao mesmo tempo que João Bernardo Vieira, um estágio militar, em 1961, na Academia de Nanquim. Ocupou as funções de primeiro-ministro interino depois do falecimento, num desastre, do titular deste posto, o comandante Francisco Mendes, em Julho de 1978. Ocupou o cargo, enquanto não chegou à Guiné-Bissau, o actual presidente do Conselho da Revolução, «Nino» Vieira, que se encontrava em Cuba.

Por outro lado, segundo informações vindas de Bissau, parece que o comandante Umaru Djalo, vice-presidente do Conselho de Estado (o número dois na presidência desta instância, a seguir a Luís Cabral) que era ministro da Defesa do antigo regime, poderá também vir a juntar-se aos autores do golpe mili-

tar. Segundo as primeiras informações, Umaru Djalo teria sido preso durante o golpe de Estado.

Se esta notícia se confirmar, os três generais do Exército da Guiné-Bissau («Nino», Djalo e Teixeira) vão estar reunidos no seio do novo poder. Os três eram membros da Comissão Permanente, composta por oito membros. Por outro lado, fontes seguras de Bissau e da Praia dão como certa a notícia de que João Bernardo Vieira enviou, no domingo, um telegrama ao secretário-geral do PAIGC para afirmar que continuava fiel aos ideais do PAIGC e à linha definida por Amílcar Cabral, fundador do movimento, e que foi morto em 1973.

«Nino» garantia também que fora forçado a tomar o Poder porque a situação no país era má. Segundo estas fontes, o Presidente Aristides Pereira te-

rá respondido, perguntando a «Nino» se o método do golpe de Estado era conforme à linha do PAIGC.

Em Bissau, onde as telecomunicações estão a ser restabelecidas pouco a pouco, a situação é calma. Na sua maioria, os ministros do antigo governo que se encontravam em Bissau retomaram o trabalho a pedido do Conselho da Revolução. O trânsito na cidade é livre, tanto de dia como de noite. Os blindados desapareceram dos pontos nevralgicos. Num comunicado lido pela Rádio, pedia-se a todos os comerciantes que dispusessem de «stocks» de arroz que o pusessem à venda. A população foi avisada de que deveria exigir os documentos a todas as pessoas que se apresentassem em nome do Conselho da Revolução, para passar buscas aos domicílios.

Tudo em estudo muito em causa

A defesa da independência nacional passa pela criação de uma economia independente. É redundante, é quase tautológico. Assim mesmo foi afirmado pelo Conselho da Revolução.

Neste momento, a fase é de pesquisa aturada. Procura-se detectar o estado da economia do país — e esta necessidade de busca constitui, imediatamente, um indicador de quão deficiente era a situação real.

«Tudo está em estudo, muita coisa está em causa» — afirmou o dr. Vítor Freire Monteiro, colaborador do Conselho da Revolução, director do Banco Nacional da Guiné e comissário (ministro) interino da Coordenação Económica e Plano, posto

que, como se sabe, está distribuído a Vasco Cebal.

Muito está em causa.

Em primeiro lugar, estão em causa algumas pessoas, e, à frente de todas, o ex-director-geral dos Armazéns do Povo, o em toda a Guiné celebrado Coutinho, cunhado de Luís Cabral, «o homem que aumentava os preços», na expressão de uma dona de casa ouvida ao acaso, no Mercado de Bissau. Decorre uma auditoria aos Armazéns do Povo — o relatório final deve ser entregue ao Conselho da Revolução até ao fim desta semana, e há uma esperança — é o termo — generalizada, na sua incriminação, mais do que na mera responsabilização por uma gerência incapaz. Vítor Freire Monteiro, que dirige a Comissão de Inquérito, forneceu-nos (sem citar nomes, mas a quem mais se dirigiria?) alguns «dados objectivos», designadamente a obtenção, em Dezembro de 1977, de 570.000 dólares para a importação de uma determinada quantidade de arroz «e até hoje nem arroz, nem dinheiro». Acrescentou o Governador do Banco Guineense que «os nossos detectados não esgotam as irregularidades, nem serão os mais escandalosos». Enfim, foros de escândalo adquiria o protecționismo que o director-geral dos Armazéns merecia do seu cunhado presidente da República. Já há dois anos, um outro inquérito àquela empresa estatal propiciara a detecção de uma «choruda» conta aberta num banco lisboeta, mas não houve possibilidades de ir mais longe, devido à imediata ordem superior para encerrar as investigações. O inquérito terminou com a prisão de alguns empregados menores por menores faltas.

Está também em causa, na

Guiné de hoje, a capacidade (material e humana) de o Estado manter, como até à data, o controlo absoluto de largos sectores da economia. O dr. Freire Monteiro, afirmando ser prematuro tirar qualquer conclusão, sempre nos adiantou ser necessário «repensar e mudar o que for possível e conveniente mudar», fazendo notar que o verdadeiramente importante é a existência de «unidades rentáveis, para que o Estado e as Finanças possam arrecadar receitas».

Estão em causa, finalmente, os grandes «projectos de prestígio», nomeadamente a auto-estrada da capital ao aeroporto, a linha de montagem da Citroën, e o ainda não terminado complexo agro-industrial do Cumeré, de resto amplamente contestados desde o seu início, e cuja aprovação esteve longe de ser unânime, a nível de Governo.

Quanto à auto-estrada, sabemos estar em preparação uma proposta de substancial redução de custos (abreviando as obras e optando apenas por uma boa pista), com a possibilidade (a negociar com a instituição financeira) de desviar para outras actividades os fundos poupados. A reconversão da Citroën também é admissível e de há muito se fala na possibilidade de produção de bicicletas e frigoríficos.

Mas o Cumeré... enfim, já alguém nos disse que, por si só, podia inviabilizar todo o desenvolvimento do país. Trata-se de um projecto gigantesco (um investimento de 21 milhões de dólares, qualquer coisa como 20 por cento do Produto Nacional Bruto, cujos principais credores são a Arábia Saudita, o Fundo da OPEP, o Banco Islâmico de Desenvolvimento, a Bélgica e a França).

A capacidade de laboração está calculada em 70 mil toneladas de mancarra e 1500 toneladas de coconote, para fins industriais, e descasque de 50 mil toneladas de arroz, com um volume de produção e a exigência de uma rede de escoamento que, claramente, o país não comporta. De momento, não se vê saída para o Cumeré. As duas opções possíveis (já que o alto grau de mecanização, por si só, impede a reconversão) surgem como altamente prejudiciais: ou o «deixar cair», ou prosseguir no endividamento, e iniciar a laboração em condições evidentemente deficitárias. Os técnicos do Plano discutem acaloradamente a questão Cumeré. O Cumeré, por si só, coloca muita coisa em causa na Guiné de hoje.

Nino: o seu poder começou com o assassinio de Amílcar

Por dificuldades derivadas do feriado, que prejudicaram a recepção, em tempo útil, do segundo artigo do nosso colaborador Fernando Baginha, só no próximo número poderemos dar continuidade à série iniciada há duas semanas e que os nossos leitores acolheram com justificado interesse.

«Nino» Vieira toma o poder em Bissau

Cabral autorizado a abandonar o país

O novo dirigente da Guiné-Bissau, João Bernardo Vieira (Nino), assegurou que o derrubado presidente, Luis Cabral, poderá partir para um país da sua escolha, afirmaram a «Portugal Hoje» fontes fidedignas em Cabo Verde.

Luis Cabral foi detido na sua residência de férias da ilha de Bubaque, arquipélago de Bijagós, onde um oficial lhe pediu que abandonasse o poder e permanecesse em sua casa até novas indicações.

Segundo as fontes acima mencionadas, a notícia do golpe de estado na Guiné-Bissau provocou uma reunião de emergência do Conselho Nacional de Cabo Verde, para analisar as suas consequências já que, como se sabe, ambos os países são governados pelo PAIGC.

Envolvimento de Conackry?

O novo dirigente da Guiné-Bissau aproveitou o facto dos catorze comandantes das Forças Armadas de Cabo Verde e da Guiné-Bissau estarem reunidos na Cidade da Praia, para desencadear o golpe. Segundo as fontes por nós contactadas, dos quatro comandantes de Brigada dos dois países, apenas um (Pedro Pires) esteve presente à reunião, sabendo-se que dois deles (da Guiné-Bissau) se ausentaram para o estrangeiro, presumivelmente para a Guiné-Conackry.

Esta informação, juntamente com o facto de a Guiné-Conackry ter sido o primeiro país a reconhecer o «Conselho da Revolução» que tomou o poder, levam os analistas a aventar a hipótese de um envolvimento directo do Governo de Sekou Tou-

rê no golpe de estado. Num comunicado, o Bureau Político e o Governo de Conackry garantiram «o seu apoio total e resolutivo» ao novo governo, reafirmando a sua «vontade firme e constante de cooperar em todos os domínios... com vista a salvaguardar os interesses materiais e morais dos dois países».

As duas nações envolveram-se recentemente num conflito de fronteiras sobre uma área que se julga rica em petróleo, tendo estado na iminência de um conflito armado há alguns meses atrás.

Reacções

«Calma e vigilância» foram recomendadas pelo partido único no poder e pelo Governo de Cabo Verde à população, num comunicado divulgado ontem à tarde pela emissora oficial cabo-verdiana. A nota divulgou na íntegra o comunicado do «Conselho da Revolução» da Guiné-

Bissau, transmitido após o golpe de estado, o que constituiu um indicio de cautela face aos acontecimentos por parte das autoridades da Cidade da Praia. A posição do PAIGC e do Governo será divulgada «em devida altura», disse a rádio.

Em Moçambique a notícia do golpe de estado foi dada sem qualquer comentário nos serviços noticiosos da Rádio Moçambique.

Fontes fidedignas, contactadas por «Portugal Hoje» em Maputo, disseram que nesta cidade se especula nos meios políticos que a Guiné-Conackry poderá, efectivamente, estar envolvida no golpe. Segundo nos afirmaram, a nível próximo do Governo moçambicano aventa-se também a hipótese do golpe ser resultado de um conflito étnico, envolvendo guineenses e os dirigentes de origem cabo-verdiana.

Causas do golpe

A adopção de uma nova Constituição no passado dia 10, que previa um aumento dos poderes de Luis Cabral em detrimento do primeiro-ministro João Bernardo Vieira, parece ter sido a causa imediata do golpe de estado. Com efeito corriam já rumores que a partir de 1 de Janeiro próximo «Nino» Vieira seria substituído na chefia do Governo e das Forças Armadas.

A importância da influência de Cabo Verde nos quadros dirigentes da Guiné-Bissau poderá estar também relacionada com o golpe, já que provocava ressentimentos por parte dos quadros guineenses.

Rádio Conackry anunciou, entretanto, que o antigo dirigente do PAIGC, Rafael Barbosa, condenado a prisão perpétua em 1977 foi posto em liberdade pelas novas autoridades de Bissau.

Um guerrilheiro lendário

João Bernardo Vieira, que a luta de libertação nacional celebrou com o nome de «Nino», nasceu em Bissau no dia 27 de Abril de 1939 e é considerado o mais importante chefe militar que o PAIGC teve.

Aderiu ao PAIGC em 1959, depois de ter abandonado os estudos em Bissau. Guerrilheiro lendário, com enorme prestígio dentro das Forças Armadas da Guiné-Bissau, é dotado de natas qualidades de estratégia de guerrilha e em 1970 era já comandante-geral das operações do PAIGC.

A sua formação militar foi adquirida na República Popular da China, onde esteve cerca de um ano. Foi João Bernardo Vieira que, na qualidade de presidente da Assembleia Nacional Popular, proclamou a independência da Guiné-Bissau no dia 24 de Setembro de 1973.

Como comissário de Estado das Forças Armadas fazia parte do Governo guineense desde a constituição do primeiro Executivo, sendo considerado a quarta figura do partido logo a seguir a Aristides Pereira, Luís Cabral e Pedro Pires.

João Bernardo Vieira foi nomeado comissário-principal (primeiro-ministro) em Setembro de 1978, em substituição de Francisco Mendes (Chico Tê), falecido num acidente de viação em 7 de Julho desse mesmo ano.

Na altura, João Bernardo Vieira tinha afirmado ter tido certa relutância na aceitação desse «cargo tão importante e que foi desempenhado com tanta capacidade e inteligência por Francisco Mendes», acrescentando, no entanto, que a sua «consciência de militante o levava a acatar a decisão do partido».

Freitas do Amaral — relações não se alteram

«O Governo português não se pronunciará sobre a situação interna na Guiné-Bissau, mas esperamos que, seja qual for o desenlace dos acontecimentos, possamos manter as excelentes relações entre os nossos dois países» declarou ontem o ministro dos Negócios Estrangeiros português, Freitas do Amaral, a propósito dos acontecimentos ocorridos naquele país.

O ministro disse ainda não haver problemas com os portugueses que vivem na Guiné-Bissau. «Temos informações confirmadas de que um golpe de Estado ocorreu na Guiné-Bissau e que este visaria o presidente Luís Cabral. Segundo sabemos, há fontes afectas aos autores do golpe que ocupariam a rádio e haveria patrulhas militares nas ruas» disse, para acrescentar, que quanto aos portugueses ali residentes «não há problemas».

Actualmente vivem na Guiné-Bissau pouco mais de duas centenas de cidadãos portugueses, a maioria dos quais contratados pelo Governo guineense.

Freitas do Amaral recusou-se a pronunciar sobre a possibilidade de ter tido informações que lhe tivessem permitido adivinhar o golpe.

A Guiné-Bissau tem sido uma das antigas colónias com quem Portugal tem mantido frutuosas relações. Luís Cabral jogou um papel preponderante na aproximação entre Portugal e Angola, nomeadamente, organizando o encontro entre o Presidente Ramalho Eanes e o falecido presidente angolano, Agostinho Neto, reunião que lançou aquilo que passaria a designar-se por «espírito de Bissau».

O chefe de Estado deposto

Luís de Almeida Cabral era presidente da Guiné-Bissau desde a proclamação da independência do país em 1973, quando ainda prosseguia a guerra pela libertação do país.

Cabral tem 50 anos de idade, tendo nascido em Bissau em 1930 de um pai professor, originário do arquipélago de Cabo Verde, e de uma mãe portuguesa. Estudou em Cabo Verde e em Lisboa antes de trabalhar como contabilista numa das grandes empresas coloniais portuguesas em Bissau.

Em 1961 viu-se forçado a fugir para o estrangeiro devido às suas actividades políticas, pois nesse ano foi um dos fundadores da «União Nacional dos Trabalhadores da Guiné» (UNTG).

Luís Cabral é um dos seis fundadores do Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde, PAIGC, criado em 1956 por iniciativa do seu meio-irmão, Amílcar Cabral, um dos mais brilhantes nacionalistas africanos, assassinado em Conakry, em 20 de Janeiro de 1973, ainda durante a luta armada de libertação nacional.

Luís Cabral é também secretário-geral adjunto do PAIGC desde 1972, secundando, no partido, Aristides Pereira, presidente de Cabo Verde.

Eleito em Setembro de 1973 presidente do Conselho de Estado, instância suprema da Guiné-Bissau, pela Assembleia Nacional Popular, Luís Cabral foi reeleito para esse cargo em Março de 1977, para mais quatro anos.

A nova Constituição do país, adoptada no passado dia 10, depois de debates excepcionalmente vivos, alargava os seus poderes passando a ser simultaneamente chefe do Estado e do Governo.

«Nino» pretende salvaguardar relações com dirigentes cabo-verdianos

quarta-feira, 26 de Novembro de 1980 / Portugal HOJE

Fernando António Almeida

Responsabilizar o anterior regime por massacres e diversas irregularidades, e ao mesmo tempo procurar apresentar uma face «limpa» em relação a esses casos parece ser, agora, a preocupação dominante das novas autoridades da Guiné-Bissau.

O Conselho da Revolução e o Governo provisório começam agora a definir claramente a sua linha de actuação, tornando-se óbvio que não haverá modificações no que respeita às relações externas, nomeadamente no que diz respeito à União Soviética, que deverá continuar a sua ajuda ao Exército guineense, totalmente apetrechado com material daquela origem.

Embora não haja ainda reacção oficial dos restantes países africanos de expressão oficial portuguesa, uma fonte fidedigna em Moçambique disse-nos que, no que respeita a este país, «não existem problemas, em termos jurídicos, quanto ao reconhecimento do novo Governo».

Relativamente a Cabo Verde, as relações encontram-se sob o signo da expectativa, não havendo, para já, sinais de que um possível encontro entre Aristides Pereira e «Nino» Vieira venha a materializar-se. «Nino» Vieira rejeitou uma proposta para que o encontro se efectuasse na ilha do Sal, enquanto o dirigente cabo-verdiano rejeitou a ideia do encontro se realizar em Bissau.

Anteriormente, Cabo Verde tinha anunciado que a substituição dos órgãos nacionais da direcção da Guiné-Bissau por um «Conselho da Revolução» torna este último «política, ideológica e organicamente estranho ao PAIGC».

Contudo, e como nos refere o nosso enviado especial de Bissau, Fernando António Almeida, «Nino» Vieira não pretende hostilizar os dirigentes cabo-verdianos, antes procura uma aproximação.

Bissau, 25 (do nosso enviado especial) — Na segunda-feira, teve lugar a primeira verdadeira conferência de Imprensa dada por «Nino», João Bernardo Vieira, o presidente do Conselho da Revolução, que desde 14 de Novembro governa a Guiné-Bissau, após o golpe de Estado que afastou Luís Cabral do Poder.

Dizemos verdadeira porque já no passado dia 20 o Conselho da Revolução tinha dado uma conferência de Imprensa na qual interveio «Nino», mas foi Vitor Saúde Maria que teve a seu cargo responder às perguntas dos jornalistas.

Desta vez, foi «Nino», e só ele, que se pôs à disposição da Imprensa, não obstante todo o Conselho da Revolução estar presente, incluindo três dos seus assessores. Depois de ter visto «Nino» intervir durante o início que teve lugar na sexta-feira passada, na Praça dos Heróis da Independência, ficou-me a impressão de que «Nino» seria mais o militar que o político, mais o homem da caserna que sabe impor-se mais pela força, pelo exemplo, pela valentia, do que pela persuasão. Um herói lendário, mas um herói militar com a carga negativa que tal qualificação tantas vezes transporta.

Pois bem. Se faço esta longa introdução sobre «Nino», sobre o que julguei vir da sua personalidade, é porque estou cada vez mais — mesmo totalmente — convencido de que a personalidade de «Nino» foi determinante na revolução guineense e que continuará a ser um factor de extrema importância para o futuro do «reajustamento» (é assim, que oficialmente, se define o 14 Novembro).

O trato afável de «Nino»

A conferência de Imprensa, que teve lugar na fortaleza da Amura, velho forte colonial português, decorreu numa pequena sala em que jornalistas, membros do CR e assessores estavam sentados à mesma mesa, em forma de ferradura. «Nino» estava a escassos dois, três metros de nós. Começo por revelar a impressão que me causou o presidente do CR dizendo que é difícil resistir ao tom de sinceridade e simplicidade que põe na maneira de se exprimir.

Parece um amigo de longa data, que não esconde nada, que

quando quer esconder — e assim sucedeu quando se recusou a dizer quantos presos havia em consequência do golpe — diz claramente que não responde. «Nino» responde dialogando, de maneira afável, de maneira extremamente convincente. Senhor de si, sujeito a perguntas inesperadas, por vezes delicadas, nunca hesitou numa resposta, nem fechou uma questão de modo abrupto ou autoritário. Dizia-me um camarada de profissão, após a conferência, «Nino podia estar a dizer as maiores mentiras do Mundo, que toda a gente o acreditaria, tal é a sua maneira de responder». Enfim, e como impressão geral: «Nino» não é o tipo de figura carismática, como tantos homens na História que atraíram pela firmeza, pelo tom afirmativo, pelo ar superior, pela violência verbal, pela demagogia. «Nino» é um homem simples, despretencioso, de ambições limitadas, modesto, que tendo vivido tantos momentos excepcionais, vive, sobretudo, o quotidiano dos homens do quotidiano.

A Constituição em causa

Mas basta de tecer elogios a «Nino» que irão surpreender o leitor português, habituado, como eu próprio, a admirar a figura de Luís Cabral, o dirigente humanista, irradiando simpatia. Mas factos são factos, e cada vez mais as provas se vão acumulando contra o antigo Presidente da República guineense.

Voltando à conferência de Imprensa da Amura, «Nino» não rejeitou nem reagiu de modo menos correcto quando um nos-

so camarada lhe pôs uma questão que andava na boca de todos nós: como era possível que «Nino», então primeiro-ministro, não tivesse conhecimento dos massacres que eram agora revelados?

«Nino» explica que tinha sido pouco a pouco afastado do centro de decisões (o que é verdade) e que o seu lugar se tornava cada vez mais num lugar honorífico. Tanto assim que, na prática, o projecto de constituição que fora, entretanto, aprovado o relegava para vice-presidente do Conselho de Estado, o que implicava acumulação por parte de Cabral, dos cargos de Presidente e Chefe do Executivo. «Nino» só exerceria funções de poder quando Cabral se ausentasse ou estivesse impedido de ocupar o seu lugar.

Quanto à hipótese de se ter projectado a sua eliminação física, prudentemente «Nino» declarou que não possuía dados concretos que lhe permitissem afir-

mar tal facto. E, aqui, revelou-se claramente também a tática do CR: enquanto o assessor Joseph Turpin avança com afirmações, tal como a de havia um atentado preparado contra «Nino», este cinge-se a certezas oficiais e só afirma aquilo de que existem provas cabais. Foi o que sucedeu também quando «Nino» disse não poder afirmar que o secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, estivesse ao corrente dos massacres revelados nos últimos dias, enquanto que o assessor do CR já anteriormente o havia afirmado.

«Nino» hesitou antes de aderir ao golpe

A conferência de Imprensa do Conselho da Revolução, de que o seu presidente foi o porta-voz, não trouxe grandes revelações.

Algumas houve, porém, com a de que o golpe que eclodiria a 14 de Novembro, fora preparado a partir de 2 do mesmo mês, o que, conjugado com outras informações que possuímos, confirma que «Nino» hesitou muito antes de aceitar aderir ao golpe, que larvava desde há meses, mas a partir da adesão de «Nino» a situação se precipitou. O que lhe retira a iniciativa e confirma que só depois de muito instado «Nino» se deixou convencer. Resta ainda saber quanto terá pesado na sua decisão o aventado golpe que estaria a ser preparado contra a sua vida.

«Nino» revelou também ter proposto, para tentar solucionar o diferendo que opõe os ramos guineense e cabo-verdiano do PAIGC, um encontro entre ele próprio e Aristides Pereira, em

O «caso» Rafael Barbosa e os apelos à reconstrução

Bissau, não tendo porem esclarecido tal como o sabemos de fonte absolutamente segura, que essa era uma forma de resposta à proposta anteriormente feita por Aristides (através do seu enviado a Bissau, Silvino da Luz), de que ele próprio e «Nino» se encontrassem no Sal.

O que significa que, rejeitando o convite do secretário-geral do PAIGC, «Nino» quer fazer sentar o dirigente cabo-verdiano à mesa de Bissau, talvez para lhe propor, também, uma visita «in loco» às valas onde estão enterradas as vítimas de Luís Cabral. Proposta que o líder guineense já fizera a Silvino da Luz, mas a que este houve por bem escusar-se...

Foi posta outra questão, a propósito da situação de Rafael Barbosa, o primeiro presidente do PAIGC, depois condenado à morte, por duas vezes, pelo Partido, com comutação de pena e que, recorde-se, surgiu, na própria noite do 14 de Novembro, na Rádio Nacional, depois de libertado, a dirigir-se ao povo guineense, após ter sido apresentado como «o filho mais querido da Guiné», discurso interrompido momentos depois, com a explicação de que a intervenção de Rafael Barbosa tinha sido um «lapso».

«Nino» não adiantou muito a esta questão, tendo, todavia, afirmado que Rafael Barbosa tinha sido libertado, em virtude de uma medida geral que abrange todos os presos políticos, embora no seu caso a libertação não tivesse sido da responsabilidade do Conselho da Revolução. Esclareceu ainda que o antigo presidente do PAIGC se encontrava em residência vigiada e que o seu caso ia ser estudado.

Recorde-se que, de qualquer modo, a questão Rafael Barbosa é extremamente delicada. Se, por um lado, foi duas vezes condenado por traição, a primeira por ter colaborado com a PIDE e com Spínola, a segunda por cumplicidade com a tentativa insurreccional de Malasanha, em 78, e além disso ser suspeito no assassinio, ainda por esclarecer, de Amílcar Cabral, Barbosa goza de uma grande popularidade junto dos seus compatriotas, não só em Bissau, de onde é natural, mas em grande parte do país, já que foi o grande organizador do PAIGC quando este começava a sua existência.

Tivemos ocasião de constatar junto de militantes insuspeitos e bem colocados que, se bem reconhecendo a gravidade dos seus erros, fizeram questão de accentuar a dedicação e coragem de Rafael Barbosa, presidente do PAIGC, o que parece ser sentimento generalizado.

Terminando, agora, com a conferência de Imprensa de «Nino» Vieira, destaquemos o apelo que o líder guineense fez a todos os compatriotas que se encontram no estrangeiro, quer por motivos políticos quer económicos, «a todos», sublinharia, para ajudarem a reconstrução do país.

Ainda a propósito das atrocidades

A realidade dos factos

Bissau, 25 (pelo nosso enviado especial) — A impressão de horror cresce em Bissau à medida em que são revelados novos locais em que foram enterrados, os hoje já computados em centenas de fuzilados pelo regime de Luís Cabral.

Toda a gente o comenta em Bissau e não se inibe de o fazer perante o jornalista estrangeiro (no nosso caso não demasiado estrangeiro...) com quem se encontram na rua. Oficialmente, a questão é sentida ao ponto de Joseph Turpin, assessor do Conselho da Revolução, ter repetido e sublinhado várias vezes, durante uma visita a outras valas, que «nem mesmo os colonialistas portugueses cometeram crimes como estes».

Cépticos, eu e um camarada de um semanário português, explorámos todas as possíveis falhas numa eventual encenação ou truagem, através de atenta observação, seja dos elementos físicos em presença, restos de cadáveres, dimensões das valas, corte do terreno, tempo de abertura, seja das reacções não só dos quadros do PAIGC que nos acompanhavam, como, e sobretudo, dos militares que se encontravam no local, em especial, os que eram apresentados como tendo partici-

pado nos massacres, nos enterramentos ou nos pelotões de fuzilamento, e ainda noutros elementos, fomos obrigados a concluir pela brutal realidade dos factos: o regime liderado por Luís Cabral tinha massacrado, fuzilado, na sombra, cidadãos guineenses. E não foi fácil aceitar uma tal realidade. Para nós, Luís Cabral era um estadista de envergadura, um humanista, um amigo do povo português.

Desta vez, as valas que visitámos situavam-se em Cumeré e Mansoré. No primeiro local estavam enterrados militares das Forças Armadas Revolucionárias Populares (FARP). Uma vez mais Joseph Turpin foi duro para com os dirigentes de então, articularmente para com Luís Cabral. Declarando que, na cidade da Praia, no dia anterior, tinha sido afirmado que «todos os dirigentes do PAIGC estavam ao corrente» do sucedido; o assessor do Conselho da Revolução aproveitaria para concluir que o próprio Aristides Pereira estava «portanto» ao corrente, afirmação que, aliás, já tinha feita dias atrás. Admitindo, sem convicção, a hipótese de que aquele dirigente não tivesse conhecimento dos massacres, Turpin

concluiria: «Se não estava ao corrente então não é digno de dirigir o partido, que nesse caso se demita.»

E, acrescentando ainda na mesma direcção: «Que os acusados se defendam.» Declarando «continuaremos ainda fiéis ao partido», Turpin sublinhou que era necessário discutir no seio do PAIGC, com a maior urgência, e que tudo devia passar por um processo de crítica e autocritica. O dirigente guineense revelou ainda que se estava a tentar saber quantos cidadãos tinham sido mortos pela Segurança e pelo Exército, através das fichas encontradas nos arquivos secretos, de que tivemos ocasião de ver algumas.

Cruéis testemunhos

Um soldado que fez parte do pelotão de fuzilamento em Cumeré contou: «Primeiro vieram dois camiões cheios, depois outros dois e depois mais um.» Esclareceu que quem tinha dirigido os fuzilamentos tinha sido o comandante André Gomes...

Nem tudo eram valas de fuzilados. Outros, oitenta, tinham morrido asfixiados numa cela

subterrânea da prisão de Farim. Havia mulheres, também. Estes oitenta tinham sido extraditados do Senegal, ao abrigo do acordo mútuo de extradição, que os dois países tinham firmado, tratava-se de camponeses guineenses que iam cultivar mancarra (amendoim) ao Senegal, regressavam ao seu país, voltavam de novo ao Senegal para as colheitas. Senghor considerou-os opositores ao Governo de Luís Cabral e extraditou-os...

E, finalmente, uma história que me contou um soldado: «Mané não posso mais, disse-me ele uma manhã. Há coisas de que eu não gosto. Vou para a vida civil.» Era um condutor, diz-me o soldado. «Eu disse-lhe que ele assim ficava sem trabalho, mas ele disse que não se importava, que era melhor assim. E esteve uns seis ou sete meses sem trabalho até que encontrou um táxi e lá se arranjou. Eu suspeitava o que era, porque sabia que ele naquela noite tinha ido conduzir um camião. Mas ele nunca me disse nada. Éramos amigos e jogávamos às cartas nos Bombeiros, mas ele nunca me disse nada.» Esta história veio a propósito de eu lhe ter perguntado como é que se não sabia que havia aqueles fuzilamentos.

Governo guineense anunciou ontem

Cabral e Aristides vão ser julgados

O antigo presidente da Guiné-Bissau, Luís Cabral, vai ser levado a julgamento pelas novas autoridades guineenses, juntamente com o presidente de Cabo Verde, Aristides Pereira, e o dirigente do PAIGC, José Araújo. A decisão foi tomada na primeira reunião formal das novas autoridades que acusaram aqueles dirigentes de serem responsáveis «pelos massacres, acerca dos quais o Ministério da Justiça de nada sabia, não tendo respeitado os direitos do homem».

Um porta-voz do Conselho da Revolução disse que os três réus serão julgados «em conformidade com as regras da Justiça», acrescentando que o presente inquérito a Luís Cabral não se limitará aos casos dos fuzilamentos, mas também à situação económica e à corrupção. O porta-voz referiu-se também, pela primeira vez, a «corruções» de que terão sido alvo presos políticos durante a vigência do anterior regime.

Se a decisão de julgar Luís Cabral não aparece agora como surpreendente, dadas as graves acusações que lhe foram feitas nos últimos dias, o mesmo já não se pode dizer em relação a Aristides Pereira, que foi acusado de ter conhecimento dos massacres na sua qualidade de secretário-geral do PAIGC.

Esta decisão parece apontar para uma ruptura definitiva com Cabo Verde e não deixa de ser

surpreendente pois apenas no dia anterior o novo líder guineense tinha-se manifestado a favor de um encontro com Aristides Pereira, embora recusasse a ilha do Sal como local para o encontro.

Embora na prática a ruptura com Cabo Verde seja já quase um facto, o Conselho da Revolução não deseja aparecer como responsável por essa decisão, tendo afirmado que é favorável a uma unidade com Cabo Verde «no quadro das realidades dos dois países».

Os novos dirigentes de Bissau pedem, agora, a convocação de um congresso extraordinário do PAIGC em que seriam «revisadas as estruturas do partido», permitindo, ao mesmo tempo, aos militantes «verem se os seus dirigentes são bons ou não».

Numa conferência de Imprensa, um dos membros do Conse-

lho da Revolução, Manuel Saturnino, confirmou que não haverá mudanças na política externa do país, nomeadamente no que se refere ao apoio soviético às forças armadas.

«Temos ainda a necessidade da tecnologia e do material soviéticos. Este processo vai continuar, pois é a maneira de assegurar a nossa soberania», disse Manuel Saturnino.

Na conferência de Imprensa, Vítor Freire Monteiro, assessor do Conselho da Revolução, admitiu, por seu turno, o alargamento da área de intervenção da iniciativa privada na economia da Guiné-Bissau, acrescentando, no entanto, que vai ser feito um levantamento às operações comerciais de certas empresas estrangeiras, devido a suspeitas de favoritismo e práticas incorretas.



Da esquerda para a direita, Vítor Monteiro, Mário Cabral, Manuel Saturnino, Joseph Turpin e Cruz Pinto, membros do Governo e assessores de Ninos Vieira, na conferência de Imprensa de terça-feira, em Bissau

Na conferência de Imprensa foi ainda afirmado que, em matéria económica, as prioridades vão para a distribuição dos artigos de primeira necessidade e para a activação da produção. Má-

rio Cabral, um outro assessor do conselho, disse que o país tem neste momento um défice de 70 mil toneladas de arroz, sendo por isso a resolução da crise alimentar prioritária.

A problemática económica que a Guiné-Bissau faz face constitui um dos aspectos da crónica do nosso enviado, Fernando António Almeida, que adiante publicamos.

Enquanto novas dúvidas pairam sobre a morte de Amílcar Cabral

A chave fundamental do 14 de Novembro: o desenvolvimento económico e social

Bissau, 26 /Do nosso enviado especial/ — O Governo guineense deu ontem uma conferência de imprensa a que estiveram presentes o comandante Manuel Saturnino e os quatro assessores do CR, Vitor Freire Monteiro, Mário Cabral, Joseph Turpin e João Cruz Pinto. As novidades foram poucas. De novo, apenas o reconhecimento oficial, o que julgamos ter acontecido pela primeira vez, de que alguma coisa permanece ainda obscura na morte de Amílcar Cabral.

De realçar, também, as reticências postas por Mário Cabral perante a divulgação do resultado dos inquéritos que estão em curso, quer quanto aos possíveis crimes cometidos, quer quanto aos casos de corrupção que tiveram lugar durante a presidência de Luís Cabral.

Ao responder a uma pergunta sobre se os inquéritos em curso poderiam levar, em última instância, à morte de Amílcar Cabral, Mário Cabral partiu de que «não há nada que não tenha relações neste mundo» para afirmar ser «possível que se possa esclarecer, ainda melhor, à questão da morte de Amílcar Cabral».

Se bem que, aqui em Bissau, a generalidade dos quadros políticos e administrativos com quem contactámos tenha aceite que a verdadeira luz sobre a morte do líder africano ainda não foi feita, ainda não tínhamos ouvido da boca de um membro do Governo admitir que a versão limpada que, na altura, fora apresentada sobre este caso poderia vir a sofrer correcções.

Um cancro incommensurável

Por outro lado, a recusa de um compromisso público em trazer à luz do dia o resultado dos inquéritos pode permitir pensar que massacres e corrupção constituam um cancro que não só atingiu altos responsáveis guineenses mas boa parte da sociedade da Guiné. Para Mário Cabral, os «inquéritos serão tornados públicos, parcial ou totalmente, segundo a oportunidade da sua publicação».

Para além disto — de facto a novidade — assistiu-se à reafirmação daquilo que esvava já adquirido. Assim Cruz Pinto afirmaria que «Luís Cabral vai ter que responder pelos seus actos», Joseph Turpin que Aristides Pereira e Luís Cabral tinham tido

«pleno conhecimento» dos massacres e Cruz Pinto acrescentou ainda a estes o nome do principal conselheiro do presidente depositado, José Araújo, sem dúvida um dos homens mais detestados — mesmo mais que Luís Cabral — na Guiné-Bissau, autor do projecto da tão contestada Constituição, e considerado o grande inspirador dos dirigentes caboverdianos nos ataques que estes dirigem actualmente contra o Conselho da Revolução.

Em matéria de relações bilaterais, Mário Cabral, com certeza o mais político dos assessores do Conselho da Revolução, disse que estavam arrefecidas, se tornaram calorosas e que «estão criadas as condições para que nos sentemos ambos à mesa comum irmãos», numa referência de abertura diplomática e tão só is-

so, ao que julgamos. Quanto às relações da Guiné-Bissau com Portugal, Mário Cabral considerou-as «exemplares» e disse esperar que elas continuassem nos mesmos termos de antes, no respeito mútuo da independência e soberania dos dois países.

A preocupação maior

Mas, para além da repetição de factos e posições já conhecidas, é-nos grato registar a preocupação maior pelo desenvolvimento económico e social revelada nesta conferência de imprensa pelos membros do Governo guineense.

Acima de tudo, trata-se de criar condições para que o povo da Guiné viva nas melhores condições possíveis. Foi, nomeadamente, reconhecido que a priori-

dade deveria ser dada à agricultura, que os circuitos de distribuição deveriam ser dinamizados e foi evocado este autêntico drama que a Guiné-Bissau atravessa e ao qual urge dar resposta: a desertificação. Mário Cabral foi bem explícito: há que, imediatamente, tomar medidas para conter o avanço do deserto.

É esta, parece-nos, a chave fundamental do 14 de Novembro. É esta a chave do entendimento de muito do que se está a passar neste país da África Ocidental: um país subdesenvolvido que quer sair do subdesenvolvimento, um povo que não quer passar mais fome, um país que não quer transformar-se numa planície de areia. A ideologia esparta, com toda a sua escolástica, com as suas infinitas graduações de esquerda-direita, esbatem-se nesta luta.

Com novas acusações contra Luís Cabral

Ruptura à vista nas relações Bissau-Praia

A Guiné-Bissau e Cabo Verde caminham para o rompimento das suas anteriores ligações. Para isto, as autoridades de Bissau parecem apostadas em fazer aumentar as acusações contra Luís Cabral e ao que chamam de «seu grupo», implicando indirectamente os governantes de Cabo Verde pelas ligações directas e íntimas que estes tinham com o antigo chefe de Estado guineense.

As acusações de que Luís Cabral tinha um plano para liquidar «Nino» Vieira e a reacção de Cabo Verde às notícias do julgamento de Aristides Pereira e Luís Cabral, são, assim, mais um passo na ruptura que surge agora com certeza, do projecto de unidade entre os dois países.

Ao mesmo tempo, as autoridades guineenses consolidam as suas relações externas, dando sinais evidentes de que não há a intenção de alterar a política externa do país, mantendo as suas relações com a URSS e o Mundo Ocidental.

As novas autoridades da Guiné-Bissau aumentam os ataques contra as personalidades do anterior regime, acusando-as agora de terem querido eliminar o comandante «Nino» Vieira.

Uma fonte próxima do Conselho da Revolução afirmou haver agora «a certeza» de que existia um projecto de eliminação física do novo dirigente guineense. Esses planos, cuja autoria é atribuída pela mesma fonte, a Luís Cabral e «ao seu grupo», estavam para ser executados nas vésperas do golpe de Estado de 14 de Novembro e são agora descritos, com pormenores, por meios afectos ao novo poder.

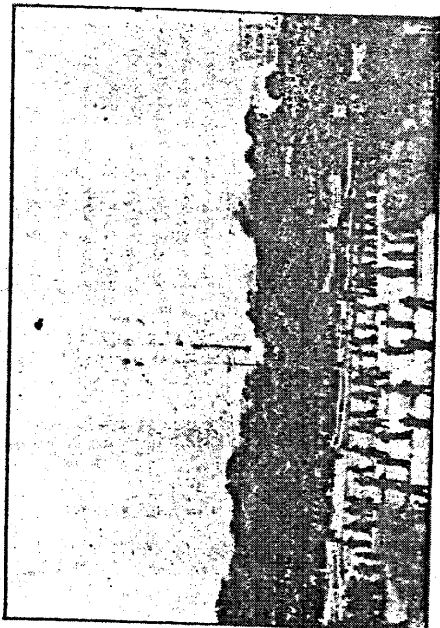
Umaru Djalo, antigo ministro da Defesa e chefe do Estado-Maior das Forças Armadas, e José Araújo um alto dirigente do PAIGC, estariam implicados no golpe, disse a mesma fonte.

José Araújo encontrava-se em Lisboa na altura do golpe onde,

segundo a versão das novas autoridades, deveria aguardar a consumação da eliminação de Bernardino Vieira para fazer imediatamente uma declaração explicando o acontecimento, segundo um plano previamente preparado. Ainda no âmbito deste plano foi agora situada uma deslocação a Cabo Verde, três dias antes do golpe, de vários chefes militares, entre os quais os comandantes Júlio de Carvalho, Lúcio Soares, Bobo Keita e Abdulai Bari.

Uma vez controlada a situação na Guiné-Bissau, pelo chamado «grupo de Luís Cabral», os quatro militares deveriam, em Cabo Verde, fazer uma declaração de apoio à unidade Guiné-Bissau/Cabo Verde, após o que regressariam a Bissau para ocupar a chefia das Forças Armadas.

Outra peça deste plano e ainda segundo a mesma fonte foi a partida para a região de Nhacra, on-



Um aspecto do comício efectuado, há dias, em Bissau, de apoio ao novo Conselho da Revolução da Guiné-Bissau

de estavam abertas valas comuns, do comandante André Gomes, que deveria esperar pela chegada dos corpos de Bernardo Vieira e outros com o fim de os enterrar em segredo.

Umaru Djalo, que aparentemente deveria executar os planos, pôs-se em fuga após os golpes de Estado de 14 de Novembro e está agora preso, depois de ter sido reconhecido e capturado pela população de uma aldeia dos arredores de Bissau, próximo da qual se refugiou com o ex-ministro da Saúde, João da Costa.

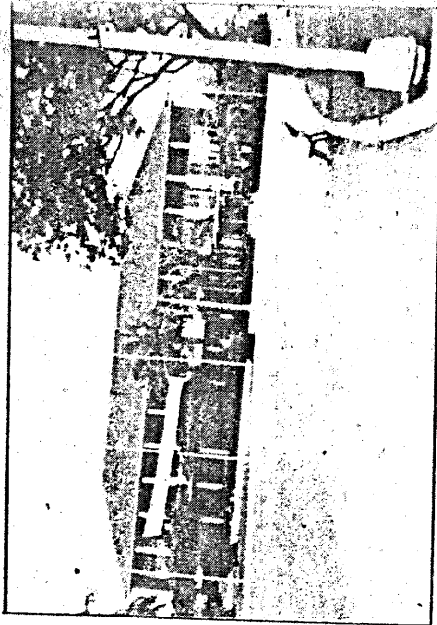
Cabo Verde reage

O Governo de Cabo Verde reagiu, entretanto, à decisão das autoridades guineenses de levar a julgamento o Presidente Aristides

de Pereira, juntamente com Luís Cabral.

«Trata-se de uma monstruosidade no campo de jurisprúdença internacional e uma manifestação de ignorância completa e desprezo pelas normas internacionais elementares que regem as relações entre Estados» disse, num comentário, a Rádio oficial de Cabo Verde. «Não cabe na cabeça de nenhum indivíduo minimamente lúcido pretender julgar o Chefe de Estado de um país estrangeiro», acrescentou.

A Rádio cabo-verdiana diz que a decisão das novas autoridades de Bissau, em julgar Aristides Pereira, provocou preocupações profundas em Cabo Verde, nomeadamente no que diz respeito «ao futuro da Guiné-Bissau, sub uma direcção que pode tomar decisões tão insensatas como tem



A sede do PAIGC em Bissau. Um partido que, pelo desenvolver dos acontecimentos, deitará em breve de ser comum aos dois países

Bissau consolida relações externas

O embaixador da Guiné-Bissau em Lisboa, Filinto Barros, regressou ao seu posto com instruções para pedir audiências urgentes ao Presidente Eanes e ao primeiro-ministro Sá Carneiro.

O objectivo dessas audiências, conforme assinalou, é o de informar os responsáveis portugueses da situação no seu país, depois do golpe de Estado.

Ao mesmo tempo, a União Soviética comunicou o seu reconhecimento oficial das novas autoridades, na sequência de declarações feitas em Bissau segundo as quais o Conselho da Revolução deseja manter a sua cooperação militar com a URSS.

O Banco Mundial concordou também em seguir com um em-

préstimo, negociado pelo anterior regime, e que será usado em prospeções petrolíferas a iniciar em Dezembro. O ministro dos Recursos Naturais, Samba Lamine Mana, deslocar-se-á a Washington para assinar o acordo numa cerimónia prevista para o próximo dia 3 de Dezembro.

Entretanto, foi anunciado que a Guiné-Bissau pediu ajuda alimentar aos Estados Unidos para fazer face aos problemas que neste aspecto as novas autoridades enfrentam. Fontes bem informadas disseram que a ajuda pretendida é de 4 mil toneladas de arroz.

Nos próximos quinze dias deverá chegar a Bissau 500 toneladas de sorgo e 4 mil de arroz, representando uma oferta no quadro dos programas normais de ajuda dos Estados Unidos à

Guiné-Bissau: as opções do regime saído do «14 de Novembro»

«Pretendemos aplicar as resoluções do III Congresso do PAIGC»

— afirma o comissário de Estado, Mário Cabral

Fernando António Almeida / Enviado especial

«A nossa ideologia está consagrada no programa do PAIGC e os interesses que defendemos são aqueles que correspondem aos interesses do nosso povo» — afirmou o comissário de Estado para o Desenvolvimento Rural da Guiné-Bissau, Mário Cabral, em entrevista que concedeu ao enviado especial de «Portugal Hoje», Fernando António Almeida.

No decurso do encontro, efectuado em Bissau, Mário Cabral abordaria os recentes acontecimentos verificados no seu país, debruçando-se especialmente sobre algumas das questões mais «quentes»: os massacres, a corrupção, as origens do «14 de Novembro», a política económica e a política externa.

Relativamente a Portugal, aquele dirigente guineense declararia que se tratava de um dos países com quem as novas autoridades de Bissau pretendem manter as melhores relações.

Transcrevemos, de seguida, alguns extractos do diálogo registado. Como se torna óbvio, os massacres e as implicações nas atrocidades denunciadas vieram, desde logo, a lume:

Mário Cabral — Com o movimento do «14 de Novembro» foi possível descobrir uma série de atrocidades e barbaridades praticadas pelo regime de Luís Cabral. Efectivamente, como os senhores jornalistas já tiveram oportunidade de ver, há muitas valas comuns onde foram enterrados concidadãos nossos, que estariam presos por razões de vária ordem, mas normalmente de natureza política. Entre os massacres contam-se discordantes do regime, o grupo de Malasannah, que o ano passado tentou fazer um golpe, e até os antigos comandos africanos. Em qualquer dos casos esses massacres são absolutamente desumanos e ilegais na medida em que as pessoas não foram julgadas. Inclusive, nós vimos os papéis assinados pelos participantes nos fuzilamentos, que acediam ao compromisso de não informar a ninguém. Portanto, era uma coisa absolutamente secreta, em que as pessoas eram obrigadas a assumir um compromisso e não faziam nenhuma alusão ao facto porque, se o fizessem, teriam a

mesma morte que as pessoas massacradas.

«PH» — Poder-se-á inferir que certos responsáveis, neste caso responsáveis ao nível de Governo, e inclusive o comandante «Nino», tenham ignorado a existência desses massacres...!

M.C. — Efectivamente, já foi dito e redito pelo próprio camarada presidente do Conselho da Revolução, que ele era completamente alheio a essa situação. Até porque alguém confessou que uma das principais pessoas visadas era o camarada presidente do Conselho da Revolução, João Bernardo Vieira. Quer dizer, havia uma suspeita, pessoas que pensavam que poderia haver um levantamento popular e que esse levantamento poderia ser encabeçado pelo camarada João Bernardo Vieira, que gozava, e goza, de um grande prestígio entre o nosso povo.

Entre as pessoas massacradas contam-se familiares do camarada João Bernardo Vieira e inclusive, do próprio comissário da Justiça, camarada Fidelis Alma-

da, o que dá a ideia que também, nem ele próprio sabia.

Policia política do regime

«PH» — Quem foram, então, os responsáveis por esses massacres. Quem é que ordenou directamente esses massacres?

M.C. — É evidente que há-de haver pessoas implicadas, a nível da Segurança, a nível das Forças Armadas mas, naturalmente com o consentimento de Luís Cabral, porque não é possível que se estivesse a matar tanta gente sem uma cobertura a nível das supe-

restruturas. Não tenho provas evidentes, agora, para demonstrar, por A mais B, que Luís Cabral deu as ordens no momento tal, mas é evidente, ressalta dos acontecimentos, e das ligações dos dois implicados, que já foram acusados formalmente pelos próprios participantes nesses massacres, o comandante André Gomes e Julião Lopes. Ambos participaram directamente neles e por várias vezes. As suas ligações eram com oficiais muito próximos a Luís Cabral. Isso leva à conclusão de que recebiam ordens directas, passando ao lado das estruturas existentes.

«PH» — Pode dizer o que era essa segurança, de que tanto se fala. Seria uma espécie de Policia política do regime?

M.C. — Julgo que sim. Existiam as estruturas estatais da Segurança, mas eram recrutados, naturalmente, elementos de maior confiança para executarem as ordens, sem vacilar. Nós temos muitas informações de que o elemento da base seria Buscardini. A nível do Exército seriam esses dois já citados, mas há ainda a hipótese de serem mais. No entanto, como o inquérito está em curso, não queremos avançar com declarações.

«PH» — Quanto ao expressivo Luís Cabral, acha que o Conselho da Revolução dá garantias de que ele tenha uma defesa legal se for incriminado?

M.C. — Nós também estamos a fazer o inquérito à actividade de Luís Cabral durante o seu regime para determinar não só o aspecto relacionado com os massacres mas com outros, nomeadamente com a corrupção, para poder determinar a sua culpabilidade nos factos. Depois disso, é que nós vamos ver se vai ser julgado ou Não. Mas se o for, será como qualquer outro cidadão. Terá direito à defesa.

Os Armazéns do Povo

«PH» — A corrupção. Pode dar uma ideia do que isso era?

M.C. — Como sabe, nós tivemos muito pouco tempo, desde 14 de Novembro até agora, para desmontar o sistema que estava organizado pelo regime deposto. No entanto, é voz corrente que os Armazéns do Povo e, enfim, algumas empresas comerciais, estariam a praticar uma corrupção a todos os níveis. É por isso mesmo que uma das acções já desencadeadas foi a de proceder a um inquérito aos Armazéns do Povo, que está em curso. Não podemos dizer o que é que se vai determinar posteriormente, mas estamos convencidos que se vai descobrir muita coisa, porque há muita gente presa pertencente aos quadros dos Armazéns do Povo, principalmente os antigos trabalhadores, durante a luta, muitos deles com poucos conhecimentos, que teriam sido enganados pelas estruturas, através de uma utilização irregular das operações.

Será lógico, que neste momento, os Armazéns do Povo tenham de importar tudo, desde o botão à agulha, desde a farinha de mandioca aos tecidos, mas também todos os produtos fundamentais. É o que vamos ver. Se, de facto, isso é lógico ou não. E se nós acharmos que não é lógico

vamos determinar o que é que os Armazéns do Povo ou as empresas mistas, vão fazer, mas para fazerem isso mesmo, e não para deixar o país numa situação em que falta tudo. Falta tudo porque as estruturas dos Armazéns do Povo, e de outras empresas, não são capazes de realizar todo o trabalho para que são incumbidas.

Seguir o Programa do PAIGC

«PH» — Quanto às opções de desenvolvimento. Acha que já há algumas ideias acerca do assunto?

M.C. — O camarada presidente do Conselho da Revolução, na sua declaração, disse que nós continuávamos a seguir o programa do PAIGC e os princípios e as resoluções definidas pelo III Congresso do PAIGC. Portanto, aí estava claro o que é que se pretendia fazer no domínio económico, social, cultural, de defesa e segurança. Enfim, em todos os domínios da nossa vida.

Simplemente, uma coisa era o que se dizia, outra coisa era a nossa prática do dia-a-dia. O que nós pretendemos fazer é, exactamente, aplicar, na prática, essas resoluções. Naturalmente que, como em tudo, há objectivos, mas há a própria estratégia para atingir esses objectivos e as prioridades a fixar em cada momento.

Porque nós podemos dizer: a agricultura é prioritária, mas a agricultura sem infra-estruturas económicas e sociais, também não vai. Portanto, temos que saber, como balançar as coisas e evitar fazer às vezes determinados empreendimentos, determinadas realizações, que são mais de fachada, de prestígio, do que propriamente para resolver os problemas que temos na nossa terra.

«PH» — Está confirmada oficialmente a existência de uma tentativa de golpe, eventualmente acompanhada do assassinato do actual presidente do Conselho da Revolução?

M.C. — Eu não lhe posso confirmar absolutamente nada. O certo é que depois do «14 de Novembro» tenho a impressão de que as pessoas desataram a língua e começaram a falar, a levantar hipóteses, a levantar boatos.

O certo é que o camarada presidente do Conselho da Revolução era mantido na mais estreita vigilância. Aliás, no próprio dia do golpe, eram cinco horas quando o camarada Buscardini e o camarada Lourenço foram a casa dele (ele estava adoentado), e disseram-lhe: «nós temos informações de que estarias a preparar um golpe». Segundo dizem, as instruções eram, até, de prender o camarada presidente do Conselho da Revolução. O certo é que, como havia alguns militares lá, não tiveram a coragem de o fazer naquele momento. Aí, teve que se accionar o golpe, o movimento de reajustamento, que não estava previsto para o dia 14 mas para o dia 16.

«PH» — Certa esquerda portuguesa levantou o problema e ficou preocupada dizendo que após o movimento do «14 de Novembro» os conselheiros soviéticos que estão em Bissau estavam cercados no seu bairro, inclusivamente que a situação de insegurança era tal que o embaixador da União Soviética, que normalmente se passeava livremente pelas ruas de Bissau, agora andava sempre acompanhado de dois guarda-costas. Pode comentar estas afirmações?

M.C. — Efectivamente, o tempo de que disponho não me permite ver se o embaixador soviético andava com ou sem guarda-costas e se agora anda ou não com guarda-costas. O que posso dizer é que o nosso movimento foi puramente nacional, não houve interferências de qualquer país amigo.

As relações com Portugal

«PH» — Também certa Imprensa, a opinião pública portuguesa, estão um pouco inquietas, na medida em que temem que as relações entre Portugal e a Guiné-Bissau possam vir, agora, a degradar-se. Podia dizer alguma coisa sobre isto?

M.C. — O Conselho da Revolução pensa que entre os países com quem devemos manter as melhores relações, figura certamente Portugal. Nós dissemos-lo há dias, na conferência de Imprensa, e mantemos essa afirmação, na medida em que corresponde, efectivamente, ao pensamento do Conselho da Revolução. Aliás, temos já contactos directos com as autoridades portuguesas, que se mostraram disponíveis à continuação dos contactos e, talvez, até ao próprio desenvolvimento das nossas relações. Pensamos que não há qualquer espécie de dúvida, de que só poderemos ter vantagens das relações com Portugal, relações essas que terão que ser, como todas as relações, dentro daqueles princípios de igualdade e de respeito pela nossa soberania e da não ingerência nos nos-

Guiné-Bissau: Constituição será revogada em breve

A nova Constituição guineense que terá sido uma das causas próximas da sublevação militar que, no passado dia 14 de Novembro, depôs o presidente Luís Cabral, vai ser revogada brevemente, segundo se soube em Bissau.

A notícia coincidiu com o anúncio de uma cimeira de chefes de Estado de Cabo Verde, S. Tomé e Príncipe, Angola e Moçambique, a ter início hoje, em Luanda, para apreciação do golpe militar que conduziu o comandante «Nino» Vieira ao Poder, na Guiné-Bissau.

Pag. 13

Guiné-Bissau: Constituição será revogada em breve

A Constituição aprovada pela Assembleia Nacional Popular da Guiné-Bissau, no passado dia 10 de Novembro, não chegará a entrar em vigor, porque vai ser revogada, soube-se ontem em Bissau.

Uma decisão nesse sentido, considerada «lógica», deverá ser brevemente anunciada, dado que, em larga medida, foi a aprovação da Constituição que fez precipitar os acontecimentos de 14 de Novembro.

Entretanto, nada está ainda previsto quanto à forma como a Guiné-Bissau regressará à normalidade constitucional, mas tudo sugere que os militares deterrão o poder ainda durante muito tempo.

Entre os passos a dar no sentido da normalização, incluem-se a definição da situação do partido, a adopção de uma nova Constituição e a convocação de eleições para formar uma nova Assembleia.

A situação na Guiné-Bissau constitui, exactamente, o tema principal da cimeira que reunirá hoje em Luanda, os presidentes de Cabo Verde, S. Tomé e Príncipe, Angola e Moçambique.

Aristides Pereira, Manuel Pinto da Costa, José Eduardo dos Santos e Samora Machel vão ter oportunidade de elaborar uma tomada de posição comum sobre os novos líderes guineenses, po-

sição que, de acordo com observadores políticos, não será de ruptura, uma vez que «os laços de solidariedade, consolidados desde a luta conjunta contra o inimigo comum, o colonialismo português», não deverão ser desfeitos em absoluto pelos líderes reunidos na capital angolana.

Esta cimeira de chefes de Estado africanos de expressão oficial portuguesa é antecipada de alguns meses em relação ao que inicialmente estava previsto.

A anterior cimeira, em que tomou parte Luís Cabral, decorreu em Maputo em Março último, e nela se decidiu que os chefes dos cinco países se reuniriam anualmente, com o objectivo de analisarem a implementação dos acordos de cooperação estabelecidos e de definirem novas directrizes para o incremento das relações entre eles.

A próxima cimeira deveria ser precisamente na República da Guiné-Bissau, durante o primeiro semestre de 1981.

Apoio a Cabo Verde e ao PAIGC

A direcção da Frelimo e da República Popular de Moçambique ainda não se pronunciou sobre a nova situação na Guiné, limitan-



Em Março último os dirigentes dos cinco países africanos de expressão oficial portuguesa estiveram reunidos em Maputo. Hoje, em Luanda, Luís Cabral não estará presente

do-se a Imprensa oficial moçambicana a reproduzir artigos de opinião numa tomada de posição indirecta.

Por seu turno, o MPLA após o golpe de Estado enviou uma mensagem de solidariedade a Aristides Pereira, na qual se declarava preocupado com o «perigo de desunião» que o golpe de Bissau poderia acarretar. Igualmente a direcção do MLSTP enviou uma mensagem de solidariedade partidária e de preocupação pelo risco de quebra de unidade no seio do PAIGC.

É dentro deste espírito, portanto, que os chefes de Estado de Cabo Verde, S. Tomé e Príncipe, Angola e Moçambique vão reunir hoje, em Luanda.

A política de boas relações e de cooperação diversificada deverá pelo menos ser forçosamente salvaguardada com a Guiné-Bissau, mesmo que tenha já ficado na História o projecto de unidade entre a Guiné e Cabo Verde, princípio fundamental do PAIGC, idealizado pelo seu fundador Amílcar Cabral.

Bissau adverte participantes contra possíveis ingerências

O Conselho da Revolução da Guiné-Bissau advertiu que considerará a Cimeira de Luanda, dos países africanos de expressão portuguesa, uma interferência nos seus assuntos internos, caso se confirme que a reunião foi convocada para discutir o golpe de estado do passado dia 14 de Novembro.

Na cimeira de Luanda, iniciada ontem de manhã, participam os presidentes de Cabo Verde, São Tomé e Príncipe, Angola e Moçambique, não tendo sido convidados os novos dirigentes da Guiné-Bissau.

A posição do Conselho da Revolução é definida numa mensagem, enviada a Luanda, que não foi divulgada oficialmente, mas sobre a qual a Anop obteve informações. O Conselho da Revolução chama a atenção para as consequências que poderá ter, nas relações com os outros quatro países africanos de expressão oficial portuguesa, qualquer tentativa de «ingerência» nos assuntos internos da Guiné-Bissau.

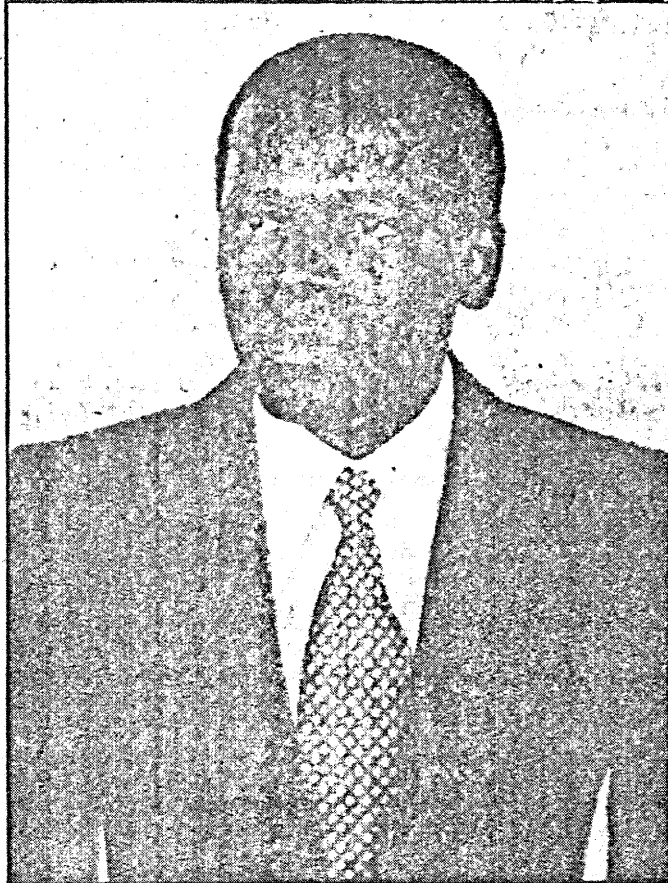
Os novos dirigentes de Bissau reafirmam, no entanto, a sua vontade de reforçar a solidariedade e amizade com cada um dos quatro países africanos de expressão oficial portuguesa.

Os chefes de Estado reunidos em Luanda não deram qualquer indicação sobre os motivos do seu encontro, mas os observadores são unânimes em considerar que o golpe de estado na Guiné-Bissau é a causa da reunião.

Há a salientar o facto de os presidentes presentes ao encontro serem acompanhados por membros de alto nível dos seus governos e partidos.

Assim, o presidente moçambicano, Samora Machel, fez-se acompanhar pelo ministro dos Negócios Estrangeiros, Joaquim Chissano e pelo «número dois» da hierarquia do partido Frelimo, Marcelino dos Santos.

A delegação S. Tomé e Príncipe inclui Maria Amorim, membro do «Bureau» Político do MINTP e ministro dos Negócios Estrangeiros, Raul Graça Neto também do «Bureau» político e Leonel D'Alva membro desse órgão e secretário do partido para os Assuntos Económicos.



O presidente de Angola, José Eduardo dos Santos, anfitrião do encontro dos países africanos de expressão portuguesa, que discute a situação na Guiné-Bissau

Satisfação em Cabo Verde

Meios políticos, na cidade da Praia, não escondem o seu agrado pela realização desta cimeira que vêem como uma prova de solidariedade de «partidos irmãos».

Segundo as mesmas fontes, a realização da cimeira é, só por si, uma vitória diplomática para Aristides Pereira, pois, segundo disseram, a iniciativa do encontro não partiu de Cabo Verde.

Contudo, nem todos os países presentes adoptaram, até agora, a mesma atitude quanto aos acontecimentos de Bissau. Os dirigentes angolanos e de S. Tomé e Príncipe enviaram mensagens a Aristides Pereira na sequência do golpe, manifestando a sua solidariedade e o desejo de não ver quebrada a unidade do PAIGC, mas Moçambique tem-se quedado pelo mutismo. Fontes fidedignas, contactadas em Maputo por «Portugal Hoje»,

disseram mesmo que, em termos jurídicos, não há qualquer obstáculo ao reconhecimento das novas autoridades de Bissau, pondo-se os problemas a nível das relações partidárias.

Uma outra fonte moçambicana disse que, há cerca de dez dias, o presidente Samora Machel rejeitou um pedido para fazer uma escala em Cabo Verde ao regressar da sua viagem à União Soviética. A direcção da Frelimo teria evitado tomar essa posição que poderia ser considerada em Bissau como alinhamento com Cabo Verde.

Guiné-Bissau envia delegações ao estrangeiro

Portugal será o país de destino de uma das primeiras delegações oficiais guineenses, que vão partir para o estrangeiro, com o fim de explicar a situação no seu país.

Uma fonte oficiosa disse que

a partida se poderá verificar ainda esta semana e deu a entender que a delegação que vem a Lisboa será chefiada pela segunda figura do do regime, Vitor Saúde Maria.

Outras delegações deverão visitar países da África Ocidental como os países africanos da língua oficial portuguesa.

Ao mesmo tempo, foi anunciado, em Bissau, que o major Valentim Loureiro, conhecida figura dos meios empresariais e desportivos do Norte de Portugal deverá chegar num dos próximos dias a Bissau.

Valentim Loureiro é amigo pessoal do novo dirigente guineense, «Nino» Vieira, o qual esteve em sua casa, no Porto, cerca de um mês antes do golpe de estado.

Em certos meios insiste-se muito na versão segundo a qual Valentim Loureiro teria várias vezes proposto a Bernardo Vieira a implementação de certos projectos económicos na Guiné-Bissau.

Referendo em Cabo-Verde?

O semanário oficioso «Voz do Povo», publicado na cidade da Praia, propôs a realização de um referendo sobre a questão da unidade Guiné-Bissau/Cabo Verde.

Subscrito pelo jornalista Luís Martins, militante do PAIGC desde o período da guerra de libertação na Guiné, o artigo afirma que perante os resultados do referendo «poderiam então tomar-se as medidas adequadas, ou dissolver o PAIGC, reconhecendo o seu fracasso histórico em termos de unidade, ou reforçá-lo».

O articulista pede «uma última oportunidade de discussão séria e democrática sem quaisquer barreiras nacionalistas a nível do partido» reconhecendo «graves desvios à linha do partido. Ataca, contudo, o silêncio «dos que só agora denunciam» para afirmar, ainda, que todas as propostas de alteração política podiam ter sido feitas no PAIGC, pois os cabo-verdianos «estavam em minoria lá dentro, em todos os órgãos de direcção».

Reportagem «PH» em Cabo Verde

Fernando António Almeida

Portugal Hoje, 5.12.'80

Missão saída da cimeira de Luanda já está em Bissau

O objectivo é libertar Luís Cabral

Os ministros dos Negócios Estrangeiros de Angola, Moçambique e S. Tomé e Príncipe, respectivamente Paulo Jorge, Joaquim Chissano e Maria Amorim, encontram-se já em Bissau, com o objectivo de, segundo fontes não oficiais, procurarem obter, junto das novas autoridades guineenses, a libertação do ex-presidente Luís Cabral e contribuir para que as relações a nível de Estado entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde possam vir a restabelecer-se e a normalizar-se.

Numa curta declaração à chegada ao aeroporto de Bissalanca, Paulo Jorge descreveu a missão como sendo «de informação» e destinada a transmitir «as preocupações dos nossos presidentes», face aos acontecimentos na Guiné-Bissau.

A delegação, mandatada pela cimeira de Luanda, que reuniu os presidentes de Angola, Cabo Verde, Moçambique e S. Tomé e Príncipe, foi recebida no aeroporto de Bissau com aparente frieza, sendo a mais qualificada autoridade local presente o comandante Manuel Saturnino e não o ministro dos Negócios Estrangeiros, Vítor Saúde Maria, como teria sido normal.

Cidade da Praia (do nosso enviado especial) — A confirmação de que não foi convidado — nem sequer a título de observador — nenhum representante da Guiné-Bissau para a reunião cimeira de Luanda, destinada a discutir a situação criada ao PAIGC pelo golpe de 14 de Novembro, em criar uma situação diplomática delicada. Com efeito, o Conselho da Revolução guineense protestou já formalmente contra a realização da cimeira, considerando-a como a uma ingerência nos assuntos internos do seu país.

Perante esta situação, parece estar-se perante o risco de um erro diplomático, tendo em conta que os dirigentes guineenses, seguros do Poder, só dificilmente podem aceitar que a situação no seu país seja discutida por dirigentes de outros países, ainda que na qualidade de dirigentes partidários.

Deste modo — e ao que parece, contrariamente ao que afirmávamos na nossa crónica anterior — pode criar-se uma situação de ruptura entre Bissau e os dirigentes dos outros países africanos de expressão oficial portuguesa, o que pode levar a Guiné-Bissau a procurar apoios em países de outro contorno ideológico, longe, portanto, da orientação socialista que preconizam os partidos no Poder na Praia, em S. Tomé, em Luanda e no Maputo.

No entanto, espera-se ainda que, nomeadamente, Moçambique, pela voz do seu presidente, Samora Machel, tome uma posição mais maleável, tal como tem sido apanágio da sua diplomacia,

tamente da posição tomada pelo presidente moçambicano em relação ao Zimbábue, em que as recomendações de moderação foram constantes, o que muito contribuiu para que o processo de independência deste país se tenha feito sem grandes sobresaltos.

De qualquer maneira, é notório que o presidente Aristides Pereira tem feito as maiores pressões sobre os restantes dirigentes, que agora estiveram reunidos em Luanda, já para a realização da própria cimeira, já para que desta saísse uma condenação do golpe de 14 de Novembro, enquanto método de resolução de questões no seio dos respectivos partidos: PAIGC, MLSTP, MPLA e FRELIMO. Tal condenação, consideram fontes da Cidade da Praia, é o mínimo que o presidente cabo-verdiano pode pretender, sob pena de se considerar a sua iniciativa diplomática como um fracasso.

De qualquer maneira, começaram a ser estabelecidos contactos, ainda que de forma discreta, com o Conselho da Revolução que detém o Poder em Bissau, no sentido de aplanar o diferendo que opõe, no seio do PAIGC, os dois ramos do Partido, ou melhor o ramo cabo-verdiano do PAIGC e o Conselho da Revolução, já que este órgão se veio sobrepor ao ramo guineense do partido, ao qual retirou o Poder efectivo no País, tanto mais que o seu mais alto dirigente, o secretário-geral adjunto, Luís Cabral, se encontra preso, ainda que não destituído das suas funções partidárias.

cidade da Praia que a embaixatriz dos dois países, Guiné e Cabo Verde — que mantinham uma embaixada comum — na República Democrática Alemã abandonou Berlim. Sublinhe-se que a embaixatriz na RDA é a primeira mulher do fundador do PAIGC, Amílcar Cabral.

Em causa os interesses do «grupo dos cinco»

Cidade da Praia (do nosso enviado especial) — Ainda que as autoridades da Cidade da Praia continuem a manter o mais rigoroso silêncio sobre o diferendo que os opõe a Bissau, parece claro que a intervenção dos países medianeiros, que estiveram presentes em Luanda, pode explicar a mudança de atitude dos dirigentes cabo-verdianos e justamente estar na origem do silêncio que se seguiu às declarações apaixonadas, e por vezes violentas, de vários membros do Governo cabo-verdiano de condenação do golpe de Estado em Bissau.

A surpresa provocada pelo golpe, a detenção de Luís Cabral, a gravidade das acusações feitas ao presidente deposto e o tom anticabo-verdiano das primeiras declarações dos responsáveis do movimento de 14 de Novembro podem, é certo, justificar a virulência da reacção da Cidade da Praia. Mas o que é certo também é que o recuo de posições expresso pelas declarações posteriores do Conselho da Re-

verdiana e afirmando o desejo da unidade, bem como a procura de soluções no seio do PAIGC — não obteve contrapartida por parte dos dirigentes de Cabo Verde e muito contribuiu, certamente, para envenenar as relações entre os dois países. Há mesmo quem se não coiba de afirmar que, se não fosse a violência da reacção da Praia, o ex-presidente Luís Cabral teria sido libertado e ter-lhe-ia sido dada a possibilidade de partir para um país de sua escolha, coisa que, aliás, correu insistentemente logo após o golpe.

Assim, parece poder explicar-se o súbito e prolongado silêncio da parte cabo-verdiana, pela intervenção dos naturalmente medianeiros do diferendo, os três outros países de língua oficial portuguesa, recessos de, por motivo da escalada verbal, verem diminuídas as possibilidades de entendimento e a sua acção de mediação dificultada.

Declarações de fontes oficiais do Governo da Praia levam

alinham pela posição cabo-verdiana, mas antes procuraram manter uma posição equidistante que lhes permitisse desempenhar eficazmente a sua função de medianeiros.

Os termos em que é «condenado» o golpe de 14 de Novembro não parecem corresponder ao desejo inicial de Cabo Verde. Com efeito, o termo «condenar» não é empregue no texto do comunicado final da reunião de Luanda, antes se considerando que o golpe «atentou contra o prestígio das lutas de libertação dos povos dos respectivos países» participantes da ex-CONCP. O que não é a mesma coisa que uma condenação, já que, com esta fórmula, pode ficar em aberto a legitimidade do movimento que depôs Luís Cabral, se entendido como «um mal necessário». Por outro lado, está ainda pouco claro aquilo que precedeu o envio da missão a Bissau, nomeadamente se houve contactos entre esta capital e os três países medianeiros e se foi com o acordo de Bissau que a missão foi decidida, o que parece evidente. Mas trata-se, sobretudo, de saber qual o nível de diálogo já estabelecido, quais as condições de Bissau e se o

parece ser a condição prévia para o restabelecimento de relações de Estado a Estado com Cabo Verde: a libertação de Luís Cabral e dos (quais? todos?) restantes dirigentes presos após o golpe de Estado, tal como parece ser legítimo depreender-se dos dois pontos que a delegação dos ministros dos Negócios Estrangeiros leva em agenda.

Fim do PAIGC binacional?

O Conselho da Revolução guineense, após um primeiro momento de silêncio, declarou repetidas vezes que está disposto a discutir no seio do PAIGC o contencioso que o envolve com Cabo Verde. Quanto aos dirigentes cabo-verdianos, a sua posição sobre este problema é bastante céptica, considerando que o golpe de Estado constituiu a derrocada do projecto unitário, definitivamente. Considerando que o golpe «é um facto consumado» apresentaram-se a salvar do naufrágio os seus bens mais preciosos, neste caso Luís Cabral e mais alguns dirigentes, particularmente os de origem cabo-verdiana.

Isto a curto prazo, já que a médio prazo lhes interessa salvar as relações de Estado a Estado e não cortar as relações com a Guiné, não só no seu interesse nacional como também no interesse do «grupo dos cinco», países de expressão oficial portuguesa. Julgamos, aliás, poder afirmar que os chefes de Estado de São Tomé, de Angola e Moçambique tiveram ocasião de insistir neste ponto, perante Aristides Pereira, durante a reunião de Luanda, ante a atitude de cepticismo, mágoa e desencanto dos dirigentes cabo-verdianos.

Mas o futuro das relações entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde e mais longinquamente o problema da unidade no seio do PAIGC e a impossível unidade de Estados — depende essencialmente das concessões que cada uma das partes esteja disposta a fazer. Tarefa dura e difícil que teria de começar por um gesto da Guiné: a libertação de Luís Ca-

Depois da reunião de Luanda

Degelo nas relações entre Estados africanos de expressão portuguesa

O ministro dos Negócios Estrangeiros de Angola, Paulo Jorge, manifestou a esperança de que as autoridades da Guiné-Bissau darão uma resposta favorável às propostas apresentadas pela delegação mandatada pela cimeira de Luanda.

Paulo Jorge regressou a Luanda, após uma visita a Bissau, à frente de uma delegação que integrava também os ministros dos Negócios Estrangeiros de Moçambique e São Tomé e Príncipe.

O ministro angolano disse que a libertação de Luís Cabral e outros militantes do PAIGC presos foi um dos principais aspectos dos encontros tidos em Bissau. Paulo Jorge revelou ainda que a delegação sugeriu um encontro entre as novas autoridades guineenses e o secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, para a resolução correcta das suas contradições.

Fontes oficiosas disseram em Luanda que a missão ministerial conseguiu criar um clima de degelo entre os Estados africanos de expressão oficial portuguesa, opinião também assumida em Bissau por fontes oficiais.

«Ficaram esclarecidas as nossas posições e vamos continuar com as nossas relações» disse uma fonte oficial guineense.

Futuro incerto para Luís Cabral

No entanto, continuam a ser contraditórias as notícias sobre o futuro do ex-presidente Luís Cabral.

Fontes em Bissau disseram que o Conselho da Revolução se recusou a dar garantias quanto à data da libertação do ex-presidente, tendo recusado também um pedido feito pela delegação para se avistar com o ex-presidente.

Contudo, outras fontes em Luanda disseram que foi assegura-



Paulo Jorge, ministro dos Negócios Estrangeiros de Angola

do à delegação que a vida de Luís Cabral não corre perigo devido «ao seu passado na luta de libertação nacional».

Eleições em Cabo Verde

Pela primeira vez desde a independência a população de Cabo Verde vai hoje às urnas para eleger a Assembleia Nacional Popular.

Nas nove ilhas do arquipélago cerca de 125 mil eleitores, em cerca de 300 mil habitantes, vão designar 63 deputados contra os 56 da Assembleia Constituinte que proclamou a independência do país em 5 de Julho de 1975.

Segundo a lei eleitoral só o PAIGC pode apresentar candidatos às eleições para a Assembleia, embora nas listas concorrentes haja candidatos que não são militantes do partido.

O presidente Aristides Pereira dirigiu ontem uma mensagem ao país em que apelou ao voto e em que sublinhou também que o golpe de Estado na Guiné-Bissau representa «um duro golpe que ameaça a sobrevivência do PAIGC, enquanto órgão supra-nacional».

PERFIL



Aristides Pereira

ARISTIDES Pereira é um homem em luta. Contudo para o secretário-geral do Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde, PAIGC, esta situação não é nova.

Fundador do PAIGC, com Amílcar e Luís Cabral, foi, desde o início, membro da direcção do partido e cedo se tornou um dos seus principais organizadores, durante o período de actividade clandestina em Bissau e noutros centros urbanos. Em 1960, por motivos de segurança, fugiu para Conakry. Em 1964 foi escolhido para secretário-geral-adjunto, fazendo ainda parte do conselho de guerra.

Quando do assassinio de Amílcar Cabral, em Janeiro de 1973, Aristides Pereira conseguiu escapar aos homens que o assassinaram. Em Julho desse ano foi eleito secretário-geral do PAIGC, posição na qual colaborou estritamente com o actual líder da Guiné-Bissau, «Nino» Vieira.

Aristides Pereira é, portanto, um homem habituado à luta, quer ela seja diplomática ou militar. Não foi Aristides Pereira quem mais lutou pela unidade, em termos práticos, das antigas colónias portuguesas, quando contra isso encontrou a resistência dos dirigentes moçambicanos, que viam nesse plano uma tentativa de criação de uma comunidade lusófona de carácter neocolonialista, à semelhança da comunidade francófona?

E, contudo, hoje, o dirigente cabo-verdiano, deve travar um combate interno para fazer face à situação criada com o golpe de Estado na Guiné-Bissau. Não foi Aristides Pereira que declarou, numa entrevista, em 1976, que o PAIGC «não pode tolerar quaisquer desvios que possam comprometer todo o merecido prestígio do partido»?

E, não são as valas comuns desvios? Como discípulo de Amílcar Cabral, Aristides Pereira luta hoje para manter a unidade do país, que governa com a Guiné-Bissau.

«Nós temos uma ideologia própria, a ideologia de Amílcar Cabral e reivindicamos uma certa independência em relação ao nosso pensamento e à nossa acção» dizia, em 1976, Aristides Pereira. E, contudo, toda a ideologia da unidade parece hoje minada pelo golpe de Estado de 14 de Novembro.

A Aristides Pereira cabe o papel de reformular essa unidade ou aceitar como fracasso histórico o ideal da unidade apresentado por Amílcar Cabral.

Como lutador que é, e sempre foi, Aristides Pereira será, sem dúvida capaz de chegar a uma resposta ainda que seja pela negativa. Para isso, conta com a ajuda dos dirigentes das outras antigas colónias, que com ele se reuniram em Luanda.

Não foi Aristides Pereira que declarou um dia que «uma coisa é desejar seguir uma determinada via, e outra, muito diferente, é chegarmos lá»? — J.S.R.

Regresso a Bissau do ex-ministro do Comércio

Armando Ramos, ex-ministro do Comércio da Guiné-Bissau, regressou ao seu país, encontrando-se em liberdade. A notícia foi recebida com certa surpresa já que o antigo ministro de Luís Cabral, tinha sido acusado pelas novas autoridades de ser responsável pela degradação do sistema de abastecimentos e pela corrupção no sector do comércio estatizado. A esta acusação Armando Ramos respondeu argumentando que lhe faltava os meios financeiros para evitar rupturas do abastecimento do país.

O ex-ministro encontrava-se em missão oficial no Líbano, no momento do golpe de Estado do 14 de Novembro, donde seguiu para Lisboa. Aqui, após ter seguido a situação no seu país, decidiu regressar a Bissau.

Entretanto soube-se que a ex-mulher de Amílcar Cabral, embaixatriz da Guiné-Bissau em Abidjan (Costa do Marfim), decidiu demitir-se do seu cargo como protesto contra o golpe de Estado que derrubou o então presidente Luís Cabral. Lucete Andrade pediu asilo político na Costa do Marfim, tendo segui-

do para o Senegal, onde se lhe foi juntar uma filha que residia em Bissau.

Navio soviético

As autoridades guineenses cancelaram a autorização, concedida pelo anterior regime, para que um navio soviético, transportando turistas, efectuasse uma escala de três dias em Bissau. As autoridades justificaram a decisão pela «inopportunidade» da escala e também pela carência de autocarros para assistir aos passageiros, em terra.



Foto novo
missão especial
Carlos Demingo
da Cruz

Ruptura no seio do PAIGC parece quase inevitável

Cidade da Praia (do nosso enviado especial) — A possibilidade de uma ruptura total no seio do PAIGC, enquanto partido no poder em Bissau e na Cidade da Praia, e na referência do golpe de 14 de Novembro, é admitida como tendo fortes hipóteses, em vésperas do início da Conferência Nacional de Cabo Verde do PAIGC, que deverá começar nesta capital na próxima quinta-feira.

Palavras duras para Bissau

Segundo círculos próximos do PAIGC, contactados pelo «PA», tudo parece, efectivamente, apontar para a ruptura, podendo-se inclusivamente a hipótese de mudança de sigla do partido, ou a referência expressa de PAIGC-Cabo Verde em oposição a um eventual PAIGC-Bissau.

Contudo, segundo outros círculos, há que defender intransigentemente, de tudo, a unidade Guiné-Cabo Verde com que soube Amílcar Cabral, tudo dependendo nesse sentido das posições que os novos governantes de Bissau venham a tomar.

«Tudo depende da autocritica de Bissau» — disse-nos uma fonte bem colocada.

Entretanto, está a ser aguardado com enorme expectativa o início da conferência, que deverá ocupar grande parte dos trabalhos com debates, com a análise do golpe de 14 de Novembro em Bissau e decisões a tomar.

Ontem, realizaram-se conferências de sector do PAIGC nas diferentes ilhas deste arquipélago. A interrogação que todos fa-

nas suas mãos o facho de Amílcar Cabral e jurar, no dia seguinte, ao secretário-geral, fidelidade ao partido e à sua ideologia?» E pergunta: «Sabem eles o que é um partido?»

O tom claro e frontal utilizado neste número especial de «Unidade e Luta» contrasta com o enorme sigilo que rodeia a prepa-

ração dos trabalhos da conferência, não tendo sido possível aos jornalistas estrangeiros presentes na Cidade da Praia obter ainda declarações oficiais. Aguarda-se, no entanto, a possibilidade de uma conferência de imprensa do presidente Aristides Pereira de- pois dos trabalhos, que deverão começar na quinta-feira.

Poeta contra o golpe

Cidade da Praia (do nosso enviado especial) — Para muitos cabo-verdianos, a dimensão do golpe de 14 de Novembro em Bissau ultrapassa os limites das querelas internas da Guiné, para ser uma ofensiva global contra o PAIGC, nos dois países. «Esta ameaça vem transformar as nossas dez ilhas num verdadeiro reduto do Partido, onde teremos que estar entrenchados para o defendermos por todos os meios», lê-se na revista «Unidade e Luta».

Este também o estado de espírito em que encontramos o embaixador de Cabo Verde em Lisboa, Corsino Fortes, que, aproveitando do momento repousantes do voo Lisboa-ilha do Sal, produziu mais um dos seus belos poemas, ele que é, como se sabe, um dos grandes poetas cabo-verdianos de hoje.

Lemos o poema acabado de nascer numa vulgar folha de caderno. Não vibemos se é o primeiro, mas é certamente um dos primeiros grandes poemas sobre as consequências dos acontecimentos de Bissau. Não nos é possível reproduzi-lo mas apenas ilustrá-lo com as palavras que conseguimos referir: «É nossa Amílcar, uma pirâmide de infâmia.»

A acrescentar apenas que, na sua redacção final, este poema não

O número especial do «Unidade e Luta» sobre o 14 de Novembro

O número especial «Golpe de Estado» da revista «Unidade e Luta», órgão de informação do Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC, distribuído no domingo, na Cidade da Praia, com o título de capa «Que futuro para o PAIGC?», contém extractos de um discurso do primeiro-ministro, Pedro Pires, toda a correspondência trocada entre Aristides Pereira e Bernardo «Nino» Vieira, um artigo de Amílcar Duarte intitulado «Mais grave que o assassinato de Cabral» e dois textos de Amílcar Cabral.

«O golpe — uma via sem saída», «Argumentos de Bissau», «O assalto da pequena burguesia», «A questão dos cabo-verdianos» e «Cimeira de Luanda» são os títulos de outros artigos.

Este número do «Unidade e Luta» realinha a posição do ramo de Cabo Verde do PAIGC, de condenação do golpe da Guiné-Bissau, expressa desde 15 de Novembro, e foi anunciado como elemento de apoio à reflexão dos militantes, que preparam a Conferência Nacional do Partido, a iniciar na próxima quinta-feira.

O editorial, com o título «Que futuro para o PAIGC?», afirma, a terminar, que «em o golpe de 14 de Novembro venham, no interior do ramo nacional da Guiné do PAIGC, a combinate ideológica reorganização» —

indefinição ideológica para confundir os combatentes da liberdade da pátria e as forças progressistas do exterior».

Abílio Duarte, presidente da Assembleia Nacional Popular e membro da comissão permanente do CEL (bureau político) do PAIGC, afirma, no artigo intitulado «Mais grave que o assassinato de Cabral»:

«A dimensão deste golpe ultrapassa os limites das querelas internas da Guiné-Bissau, para ser uma ofensiva global contra o PAIGC, tanto na Guiné como em Cabo Verde.»

Noutro artigo é referida a «urgência de, a nível nacional de Cabo Verde, ser tomada uma decisão sobre o futuro do PAIGC» e aponta a necessidade de Cabo Verde «manter total fidelidade ao pensamento de Amílcar Cabral, à ideologia e aos princípios do PAIGC, à sua experiência histórica de quase um quarto de século e à gloriosa luta de libertação nacional dos povos da Guiné-Bissau e de Cabo Verde».

Na correspondência entre os presidentes dos dois países, «Unidade e Luta» apresenta as quatro mensagens já publicadas por um semáforo português, os telexes em que se negociava um encontro na ilha de Sal (Arquipélago da Península) e em Bissau (Guiné) e uma carta final do secretário-geral do PAIGC, de 16 de Dezembro.

Diário «Unidade e Luta»



Pelo nosso enviado especial
Carlos Benigno da Cruz

Reportagem "PI" em Cabo Verde

PORTUGAL HOJE, 16.1.1981

Conferência Nacional tem hoje início

Relatório de Aristides Pereira deverá ser divulgado esta tarde

Cidade da Praia (do nosso enviado especial) — O reajustamento das estruturas do PAIGC em Cabo Verde deverá ser um dos pontos mais importantes a debater na Conferência Nacional de Cabo Verde do Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde que começa esta tarde, pelas 17 horas TMG, no salão «Josina Machel» do Liceu Domingos Ramos desta capital.

A questão central, no entanto, será, como se sabe, a análise das implicações do golpe de 14 de Novembro da Guiné-Bissau devendo, ao que tudo indica, ser oficializada a cisão do PAIGC enquanto partido supranacional no poder nos dois países.

Ontem de manhã, começou na Cidade da Praia a reunião do Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC constituído por 27 membros e presidido pelo primeiro-ministro Pedro Pires. Aristides Pereira, Presidente da República e secretário-geral do

PAIGC também participou na reunião.

Ao que apurámos, o Conselho ter-se-á debruçado sobre o relatório que o secretário-geral deverá apresentar à Conferência Nacional e que em princípio será revelado esta tarde à imprensa.

Entretanto, é significativo o facto dos órgãos de Informação nacionais redobram os ataques ao Conselho da Revolução guineense dirigido por Nino Vieira.

Um comentário da Rádio Nacional, ontem emitido, afirmava que «a sua política e a sua ideologia são cada vez mais duvidosas», e que eles negaram o Partido, demonstrando que não acreditavam nele».

Segundo o mesmo órgão de Informação, «O ramo nacional de Cabo Verde do PAIGC mantém-se intacto, guiado pelo pensamento de Amílcar Cabral, para levar à prática o projecto de sociedade que nos legou o imperial guinês». E acrescentava que «o que

está em causa é a unidade e o carácter unitário do PAIGC» e que «como sempre, continuaremos a chamar à unidade todos aqueles que lutam pelos mesmos objectivos que nós».

Observar as realidades do país

De assinalar que a Imprensa estrangeira que se deslocou a Cabo Verde para cobrir a Conferência Nacional não teve ainda oportunidade de estabelecer contactos com as entidades oficiais, ocupando a maior parte do seu tempo em deslocações, de observação das realidades do país, a diversos pontos da ilha de Santiago, onde fica a capital. Nesse programa, incluiu-se uma recepção dada na residência do embaixador de Portugal na Cidade da Praia, Vaz Pinto.

Entretanto, enquanto aguardamos a divulgação do relatório de Aristides Pereira à Conferência Nacional, referir-nos-emos

hoje, ainda, à última correspondência trocada entre o Presidente da República de Cabo Verde e Nino Vieira, da Guiné-Bissau, e que nos parece significativa. Nesse documento, aqui divulgado há dias, afirma Aristides Pereira «que é tempo de cada um assumir de facto as suas responsabilidades frente ao seu povo, à África e à História».

Estas palavras de Aristides Pereira apontam claramente para a cisão do PAIGC dos dois países, o qual se deverá autonomizar neste arquipélago.

O que se irá passar na Guiné-Bissau? Aristides Pereira adianta na carta a Nino Vieira: «nem os dirigentes de Cabo Verde nem o povo cabo-verdiano vão tolerar que se pretenda, através de manobras de diversão e de uma sistemática intoxicação demagógica, atribuir-lhes as responsabilidades não só pela situação criada na Guiné mas também pelas consequências do golpe de Estado na vida do Partido e no projecto de

te, no entanto, a disponibilidade do «Estado» cabo-verdiano para o «diálogo construtivo» com o novo regime de Bissau, na base da «lealdade e do realismo».

Nesta mensagem de Aristides Pereira a Nino Vieira está paten-

Depois do «golpe» de Bissau

Solução «à árabe»

— saída possível para o PAIGC

Cidade da Praia (do nosso enviado especial) — Serenidade e maturidade são as palavras de ordem dominantes nas vésperas do início da Conferência Nacional de Cabo Verde do PAIGC, que vai debater e analisar, a partir de amanhã, as implicações do golpe de 14 de Novembro na Guiné-Bissau e encontrar, em termos partidários, uma solução para a vida futura do partido no poder em Cabo Verde.

Na Cidade da Praia, passados os momentos de choque provocados pelo golpe militar de Nino Vieira, os militantes interrogam-se sobre o futuro e sobre qual será a organização política nacional que deverá prevalecer para dar continuidade ao projecto político enunciado no programa do ainda chamado Partido Africano para a Independência da Guiné-Bissau e Cabo Verde.

Reuniões sectoriais do PAIGC, que se vêm realizando nos últimos tempos, parecem apontar, segundo apurámos, para a criação de um ramo nacional separado do PAIGC, mantendo-se ou não a sigla deste movimento de libertação no poder.

A cisão com Bissau é praticamente um facto consumado, que a Conferência Nacional deverá, ao que tudo indica, oficializar no próximo dia 20, data do 8.º aniversário do assassinato de Amílcar Cabral. Círculos desta capital, muito ligados à vida do partido, insistem na criação de um PAIGC-Ramo Cabo Verde, adoptando uma solução à «árabe», na linha do ocorrido com os ramos sírio e iraquiano do Partido BAAS. A seguir, poder-se-á realizar um congresso do novo Partido Nacional Cabo-Verdiano.

Apesar dos dirigentes da Cidade da Praia esperarem ainda a autocrítica de Bissau, parece evidente a actual impossibilidade de diálogo a nível partidário, sendo possível que as relações futuras entre cabo-verdianos e guineenses se venham a estabelecer a nível de estados independentes com partidos autónomos.

Para os cabo-verdianos, o programa do PAIGC é cada vez mais válido neste arquipélago «agora que os militantes aprofundaram o seu conhecimento e o seu valor», como assinalava ontem o semanário «Voz do Povo», que se publica nesta cidade.

Comunicação de Aristides Pereira

Entretanto, aguarda-se com expectativa a intervenção do presidente da República e secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, no início dos trabalhos da Conferência. Os jornalistas terão acesso à intervenção de Aristides Pereira mas o resto dos trabalhos será à porta fechada.

A Cidade da Praia começam, entretanto, a chegar os 150 delegados à Conferência, vindos de todas as ilhas deste arquipélago. Como convidados estarão presentes membros do Governo, representantes das organizações de massas, representantes dos emigrantes e personalidades nacionais independentes.

Por outro lado e sem ter a ver com a Conferência, o embaixador de Portugal deu ontem, quarta-feira, uma recepção, para a qual foram convidados os jornalistas, por ocasião da visita à Cidade da Praia do director do Instituto Português do Livro, António Alçada Baptista.

Que futuro?

Confrontado permanentemente com os já tradicionais problemas das secas e da desertificação e desemprego, os dirigentes cabo-verdianos do PAIGC vivem hoje os dias mais sombrios a nível partidário, desde a proclamação da Independência, em 5 de Julho de 1975.

Há dois anos foi o problema do «fraccionismo» e do «trotismo» que abalou o PAIGC neste arquipélago, levando à ex-

pulsão do partido de destacados quadros do partido e do Governo. Hoje fala-se menos do «fraccionismo» na Cidade da Praia, para além de problemas esporádicos que têm surgido, como recentemente soubemos, da prisão de diversos elementos que teriam afixado panfletos aquando das eleições legislativas.

Ao problema do «fraccionismo» surgiu em sequência o problema do golpe de Bissau, «mais grave que o assassinio de Cabral» como se diz por aqui. Golpe que está no centro das atenções e é alvo de todas as análises.

Os dirigentes cabo-verdianos não escondem as carências mais graves que possibilitaram o golpe e que já eram apontadas mesmo antes da sua eclosão. Assim, como causas, são apontadas a quase generalizada inobservância dos princípios fundamentais da crítica e da autocrítica, do centralismo democrático e da direcção colectiva, o que se traduziria naquilo que é referido como liberalismo, excessiva tolerância, falta de rigor, indisciplina e irresponsabilidade.

Entretanto, os acontecimentos de Bissau estão consumados. O desmoronamento do PAIGC como partido supranacional é um facto reconhecido. Que futuro? A Conferência que amanhã vai começar na Cidade da Praia certamente irá encontrar a resposta adequada.

A propósito das torturas sobre detidos Moção repudiada

A conferência extraordinária do sector da Cidade da Praia do PAIGC, «repudiou por unanimidade a moção sobre sevícias apresentada em Dezembro ao presidente da República pelo Instituto do Patrocínio e Assistência Judiciárias (IPAJ)».

O IPAJ, que tem funções de Ordem dos Advogados de Cabo Verde, votará por unanimidade, em Assembleia Geral, uma moção condenando alegadas torturas físicas cometidas por autoridades militares sobre detidos.

A Assembleia Geral dos 26 licenciados em direito e dos 35 solicitadores decidiu igualmente por unanimidade, comunicar ao primeiro-ministro «os factos concretos denunciados na Assembleia e todos os que foram do seu conhecimento».

Nos considerandos da moção, o IPAJ diz que «em Cabo Verde se pretende instituir um Estado de direito, onde sejam respeitadas as leis» e que «os factos rela-

tados, que corroboram rumores, são contrários aos princípios do PAIGC, à constituição política e à prática do Governo de Cabo Verde».

A moção do sector local do PAIGC, ontem divulgada no semanário officioso «Voz do Povo», «repudia a inoportuna moção apresentada ao secretário-geral e presidente da República, Aristides Pereira, sobre rumores de torturas a prisioneiros».

Por unanimidade, a conferência do PAIGC da Cidade da Praia diz que a moção do IPAJ «além de não se basear em provas concretas», foi «utilizada em termos especulativos pela imprensa internacional».

A moção do sector da Praia do PAIGC «teve em atenção o momento político que (Cabo Verde) atravessa, decorrente da situação criada pelo golpe de Estado levado a cabo na Guiné-Bissau».

Anop

A iniciativa cabe agora a Cabo Verde

Fernando António Almeida

«Viva a Guiné-Bissau, morra a fome», assim gritava um grupo de dezenas de miúdos com ramos de árvores e flores, pela Avenida Amílcar Cabral abaixo, logo após o comício que o Conselho da Revolução organizara na sexta-feira, na Praça dos Heróis da Independência e que terminara com os seus membros desfilar nas ruas de Bissau, em direcção ao edifício em que está instalado aquele órgão de Estado.

Este «slogan» espontâneo, que nenhum aparelho político-ideológico teria tido a imaginação de inventar, marca talvez melhor que tudo as razões imediatas do golpe de Estado que, em 14 de Novembro, depôs o presidente Luís Cabral.

Surpreendeu-nos Bissau, à chegada, oito dias depois do golpe de Estado, logo no aeroporto de Bissalanca: o dispositivo militar de segurança era mínimo, não havia sintomas de tensão, os funcionários, quer policiais quer aduanheiros não manifestavam quaisquer indícios de desconfiança.

Na cidade, o clima de distensão era ainda mais evidente. As pessoas apresentavam um ar descontraído e sorridente. Um outro blindado ocupa pontos estratégicos, como o que está de guarda aos correios e à rádio, ou estaciona ao lado da casa do presidente deposto. Nas estradas, ma ou outra patrulha. Mas, de maneira alguma, aquilo que se os afigurava dever decorrer de uma situação militar que tinha levado ao derrube de um presidente prestigiado, particularmente em Portugal.

Foi durante uma noite sem regar olho, que fizemos o trajecto Lisboa-Bissau, via Sal. Com a desagradável surpresa de

à chegada, termos constatado que a nossa bagagem — com excepção do pequeno saco de mão que trazíamos connosco — tinha ficado em Lisboa ou no Sal. E de que os rolos fotográficos, cassetes, pilhas, máquina de escrever e roupas estavam, nesse momento, fígures num aeroporto e que, por lá disso, ficaríamos até ao próximo voo, na quarta-feira, na hipótese mais optimista, reduzidos a uma máquina fotográfica e um gravador — inúteis, já que, em Bissau, não conseguimos o material necessário — bem como a roupa que trazíamos no corpo.

Mau grado isso, Bissau apareceu-nos como uma cidade sorridente, descontraída e, repetimos, bem longe da tensão que esperávamos encontrar, uma semana apenas após o golpe de Estado.

A fome foi, efectivamente, a razão imediata do golpe. Os guineenses e portugueses aqui estabelecidos e com quem falámos, foram unânimes e afirmativos ao referir como, desde há cerca de quatro meses, não havia arroz e as pessoas passavam fome. Sublimo. Outra razão, também ela já conhecida, me deu um motorista de táxi. Para ele, o golpe tinha resolvido o principal problema de base, criado pelo anterior regime: a falta de igualdade. A igualdade tinha sido, agora, conquistada.

Esclareceu-me que a igualdade tinha a ver com os cabo-verdianos. Os lugares importantes estavam todos nas mãos dos cabo-verdianos: «O preto não ficava com nada.» E já em relação a Cabo Verde acusava, não sei com que fundamento: a Madeira, o arroz, a cerveja, ia tudo para Cabo Verde e a Guiné ficava sem nada, passava fome.

Falava-me no desaparecimento do medo. «Antes, qualquer pessoa da gente podia ser presa sem saber porquê. Toda a gente tinha medo», dizia-me o motorista. Era a famosa segurança, de que iria conhecer a acção através de testemunhos concludentes.

O comício realizado na tarde de sexta-feira, na Praça dos Heróis da Independência, foi seguido por uma multidão impressionante e impressionantemente disciplinada. Diversas pessoas com quem contactámos garantiram-nos que desde havia três anos que se não fazia uma reunião pública com a participação de tanta gente. «Parecido com isto só quando Eanes cá esteve», garantiram-nos.

Vivas a Cabo Verde e ao PAIGC

A tónica do comício foi-nos dada, logo de início, pelas bandeiras ostentadas por manifestantes colocados diante da tribuna que ocupou o Conselho da Revolução. Vivas a «Nino» e a 14 de Novembro, como era de esperar. Mas também vivas «à República irmã de Cabo Verde independente», «à unidade Guiné-Cabo Verde» e ao PAIGC, «força, luz e guia do nosso povo na Guiné e Cabo Verde».

Uma primeira constatação: o CR, ao princípio hesitante, mal definido, parece agora saber o que quer: não será ele o primeiro a romper o projecto de unidade Guiné-Cabo Verde, acalentado por Amílcar Cabral. Não será ele a romper com o PAIGC, mas o PAIGC, cujo secretário-geral é Aristides Pereira, presidente de Cabo Verde, tem que assumir o seu dever revolucionário. Cabe, pois, agora a Aristides Pereira tomar a iniciativa do diálogo, com o ramo guineense do partido e aceitar o «reajustamento» assumido pelo golpe de 14 de Novembro ou, em alternativa, cautionar o regime deposto, os seus desvios e os seus crimes (centenas de opositores políticos fuzilados). A bola foi atirada para o campo de Aristides Pereira e é a ele que cabe jogá-la ou dar o jogo por terminado.

O carisma de «Nino»

Tornou-se evidente, para quem estava na Praça dos Heróis da Independência, como «Nino» era uma figura dotada de um espantoso carisma, dotada de um imenso prestígio

«Nino» é uma figura indiscutível e indiscutível da revolução guineense.

A tónica foi posta pelo comandante «Nino» Vieira na acusação de crimes cometidos pelo regime deposto. Fusilamentos, corrupção, privilégios económicos (os

«Vovos» são famosos...), enquanto o povo passava fome. Referindo-se a os cidadãos fusilados perguntava:

«É possível uma revolução assim, camaradas?» Tais crimes, garantiu, serão averiguados e o Conselho da Revolução apresentará os responsáveis ao povo para o povo os julgar.

Assegurando que o 14 de Novembro não estava contra os cabo-verdianos («ninguém tem o direito de discriminar um cabo-verdiano») citou como exemplo Manuel dos Santos (Manecas) que manteve o seu cargo de ministro dos Transportes no actual executivo provisório, como vimos a confirmar. «Nino» citou também com frequência Amílcar Cabral e assegurou que lhe não interessava ser presidente, mas tão só comissário das FA.

Mas «Nino» não é o homem que fala às massas; o orador fácil. Esse papel cabe ao primeiro dos civis e único civil do CR, de que é vice-presidente, Vitor Saúde Maria, que na sua intervenção, seguro de si e sem utilizar rasgos oratórios nem demagogia, falou das exigências da revolução, citou A. Cabral e falou de justiça e de liberdade e garantiu que os «cabo-verdianos têm o mesmo direito que o filho da Guiné» na Guiné-Bissau, o mesmo sucedendo ao guineense em Cabo Verde.

Bem menos entusiasticamente aplaudido que «Nino» — «Nino» é um caso à parte — Vitor Saúde foi calmo, pedagógico, manifestando um desejo de exigência e conciliação, simultaneamente, mostrando assim que o regime saído do 14 de Novembro começava a encontrar politicamente o seu caminho. Falta-lhe todavia enfrentar esse magno problema que é a situação catastrófica em que se encontra a economia guineense, e de cuja solução depende a aposta, se não mesmo a própria sobrevivência do novo regime.

A propósito dos fuzilamentos

Acusações contra Luís Cabral

O Conselho da Revolução, actualmente no Poder na Guiné-Bissau, considera o ex-presidente Luís Cabral como o maior responsável pelos fuzilamentos, com ou sem julgamento sumário, que tiveram lugar no país, em 1978. « que os actuais responsáveis calculam em cerca de 600. Não só Luís Cabral é acusado mas outros membros do seu Governo. Também Aristides Pereira não escapa às acusações, já que, segundo os dirigentes actuais, o governante cabo-verdiano, teria sido informado pelo próprio Luís Cabral dos fuzilamentos cometidos.

O ex-presidente é hoje um homem politicamente liquidado e desacreditado. Liquidado porque, de facto, o Conselho da Revolução detém firmemente o Poder na Guiné-Bissau e disfruta de enorme popularidade, tal como tivemos ocasião de constatar, durante o comício de sexta-feira. Por outro lado, Cabral, a serem confirmados os assassinatos de adversários políticos seus, coisa que parece não levantar dúvidas, vê a sua imagem de dirigente humanista completamente destruída. Revela-se, antes, segundo os dados fornecidos pelo CR, como o responsável máximo de um regime onde o terror policial imperava, onde a segurança dominava tudo, mesmo o Exército, que punha ao serviço das suas tarefas repressivas.

Foi conduzidos por um assessor do CR, Joseph Turpin, que nos dirigimos para o Leste do país, para a região de Mansoa.

Tínhamos sido convidados, Imprensa e Corpo Diplomático acreditado em Bissau, a visitar

alguns dos locais onde estavam enterradas vítimas do regime deposito, mortos por fuzilamento.

As explicações que nos foram dadas situavam os fuzilamentos a partir de Dezembro de 78. Esta data marca uma tentativa de rebelião, então esmagada, que tinha à sua frente Malam Sanha.

Este antigo comandante das Forças Armadas guineenses, preso em 1976, tinha-se escapado da prisão. Refugiado no Senegal, regressou à Guiné à frente de um grupo dos antigos «comandos africanos» criados por Spínola, fugidos naquele país. Vencido, o grupo de Sanha foi fuzilado em massa.

Mas, para além do que ainda podemos considerar como prolongamento da luta de libertação — caso dos «comandos africanos» — a repressão passou então a exercer-se contra os adversários políticos do regime. Para Joseph Turpin, os principais responsáveis pelo terror são, além de Luís Cabral, o ministro do Interior, comandante Constantino Teixeira, o da Defesa, Umaru Djalo, e o principal actuante, o chefe da Segurança António Buscardini, morto no dia 14 de Novembro, além de vários oficiais do Exército, entre os quais Lúcio Soares, Julião Lopes, Bobo Keita, etc. No entanto, aqui define-se muito dificilmente a fronteira entre responsáveis e não responsáveis. Mas, adiante.

Será de muitas centenas o número de opositores ao regime executados sumariamente ou sujeitos a um simulacro de julgamento e depois fuzilados. De toda a maneira, diante das valas comuns, tínhamos militares inter-

venientes no processo, isto é, que tinham participado nos próprios fuzilamentos que sabiam como e quem tinha sido fuzilado.

Por exemplo, o capitão de transportes Mário Ribeiro, diante de uma vala, falava das reacções dos que ali estavam para ser fuzilados, de um opositor que momentos antes de morrer dizia: «não tenho medo da morte, isto é uma injustiça».

E o capitão Ribeiro conta como, sob a ameaça de morte, os militares que participavam ou tinham conhecimento de tais fuzilamentos eram obrigados a calar-se. É aí que Joseph Turpin acusa então «as mais altas instâncias do partido» de serem responsáveis do que se estava a passar, acusando concretamente o secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, de ter tido conhecimento, através de Luís Cabral, de tais factos e ter consentido neles. E o assessor do CR pergunta então: «É este o preço da unidade?» Para logo em seguida afirmar: «Nós vamos continuar com o Partido. Mas é tempo de conhecer a verdade. Nós não temos medo da verdade». Turpin contribuía, assim, para a estratégia que neste momento o CR parece estar a utilizar nas relações com os dirigentes do ramo cabo-verdiano do PAIGC: deitar a bola para o campo do adversário, passar de réu a acusador. Cabe, quanto ao facto dos fuzilamentos, a Aristides Pereira defender-se e distanciar-se de Luís Cabral.

Se o secretário-geral do PAIGC se recusar a fazê-lo, será, então, conivente e «cúmplice» de Cabral.

O legado histórico de Amílcar Cabral

Vai nascer um novo partido na República de Cabo Verde

Cidade da Praia (do nosso enviado especial) — A Conferência Nacional de Cabo Verde do PAIGC, que começou ontem à tarde na Cidade da Praia, deverá marcar o nascimento de uma nova organização nacional cabo-verdiana, um novo partido, com base no ramo de Cabo Verde ao Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde. Está assim consumada a cisão com Bissau. Este o consenso a que chegou o Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC, que esteve reunido poucas horas antes do início da Conferência, e cujas conclusões serão presentes aos 150 delegados vindos de todo o arquipélago.

O novo partido, que deverá ter como símbolo algo que lembre o significado do PAIGC, irá também assumir todo o legado histórico do partido de Amílcar Cabral.

A sigla do novo partido no Poder em Cabo Verde sugerirá a essência do PAIGC, mas poderá vir a ter uma designação diferen-

te, como sugeriu aos jornalistas um porta-voz do Conselho Nacional.

A Conferência Nacional abriu ontem, no Liceu Domingos Ramos, com a leitura do relatório do Presidente da República de Cabo Verde e ainda secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, o qual, ao contrário do que

estava previsto, só será divulgado mais tarde à Imprensa.

Em linhas gerais, admite-se que o relatório de Aristides Pereira faça uma análise profunda das implicações do golpe de 14 de Novembro em Bissau e aponte decisões a tomar, tudo no sentido da autorização do ramo cabo-verdiano do PAIGC, como assinalámos em anteriores crónicas.

Nestes dias que antecederam a Conferência Nacional, e durante os quais foi possível constatar a evidente ruptura já existente no partido supranacional da Guiné e deste arquipélago, todos os militantes desencadearam um processo de debate da base ao topo. O debate decorreu em todos os sectores do país e ao nível dos sectores foram eleitos os delegados à Conferência.

«O PAIGC foi substituído pela força em Bissau» — disse-nos o porta-voz do Conselho Nacional, que confirmou que os militantes são unânimes em considerar que «uma situação de ruptura, de destruição do Partido e do

seu programa na Guiné», é, «incompatibilidade entre a situação que se vive em Bissau e os princípios do Partido».

Duas hipóteses para o futuro

Antes de se chegar ao consenso que referimos acima, o Conselho Nacional tinha admitido duas hipóteses quanto ao futuro.

A primeira era a criação de um novo partido com base no ramo de Cabo Verde e a segunda a manutenção do PAIGC.

Afinal parece ter prevalecido a primeira hipótese sendo, no entanto, «unanimemente defendido o princípio da unidade» em todas as reuniões preparatórias.

«Há que rever, no entanto, a estratégia da unidade» disse o porta-voz para a Imprensa, adiantando que os militantes cabo-verdianos do PAIGC entendem que o projecto de unidade foi útil, mas que está bloqueado, em ruptura.

Acerca da possibilidade de uma maior abertura do Partido, no futuro, foi afirmado aos jornalistas que «o Partido foi depositado da sua função pela força bruta, não pela força da razão, do debate», sendo os debates a prova «da capacidade do Partido em ultrapassar todas as crises».

E, entretanto, critica a situação do ex-presidente Luís Cabral, o qual, como se sabe, continua detido em Bissau. Sobre este ponto os cabo-verdianos «não aceitam que os erros cometidos possam ser atribuídos a um homem, apesar das altas responsabilidades que ele tinha».

Participam na Conferência Nacional 150 delegados, os 27 membros do Conselho Nacional, alguns convidados nacionais, membros do Governo e embaixadores de Cabo Verde, sendo fechada à Imprensa.

A conferência deverá terminar, em princípio, no próximo dia 20, tendo sido confirmada ontem a realização no final de uma conferência de Imprensa do primeiro-ministro Pedro Pires.

A posição de Bissau

O presidente João Bernardo Vieira garantiu que os dirigentes da Guiné-Bissau desejam a manutenção do PAIGC como partido supranacional e força dirigente das sociedades guineense e cabo-verdiana.

O presidente do Conselho da Revolução falava na abertura, na quinta-feira, da reunião do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC, o órgão máximo do Partido na Guiné Bissau.

Nino Vieira afirmou também o desejo de que os contactos com Cabo Verde sejam restabelecidos imediatamente.

O presidente guineense considerou precipitada a convocação pelo secretário-geral do PAIGC, Aristides Pereira, de uma reunião extraordinária dos dirigentes dos partidos membros da ex-CONCP (Conferência das Organizações Nacionalistas das Colónias Portuguesas), cimeira que decorreu em Luanda sem a participação da Guiné-Bissau.

Preenchidas vagas no Conselho Nacional

As vagas existentes no Conselho Nacional da Guiné do PAIGC foram ontem preenchidas pelos membros do Conselho da Revolução que não faziam parte daquele órgão partidário e por José Turpin e Victor Freire Monteiro.

O Conselho Nacional da Guiné do PAIGC também elegeu seu secretário Tiago Aleluia Lopes, membro do Comité Executivo da Luta do PAIGC.

Fidelis Cabral de Almada, Manuel Santos (Manecas) e Domingos Brito foram reconduzidos nas funções de responsáveis, respectivamente, dos Departamentos de Organização de Massas, Formação de Quadros e Administração e Finanças.

Para o Comité Permanente do Conselho Nacional, a mais alta instância partidária da Guiné Bissau, foram confirmados Nino Vieira, Vasco Cabral, Carlos Correia e Tiago Aleluia Lopes e eleitos, pela primeira vez, Victor Saúde Maria, Paulo Correia e Samba Lamine Manté.

«Aristides, o Povo está contigo»

Esta foi a palavra de ordem à porta do Palácio esta manhã

Esta mensagem vossa sei que é a expressão dos sentimentos sinceros do nosso Povo», assim referiu o camarada Aristides Pereira, Secretário-Geral do Partido e Presidente da República, esta manhã, na Praia, quando se dirigiu, de improviso, à multidão que se ajuntara à porta do Palácio da Presidência para manifestar o seu apoio ao Partido, na sequência da comunicação feita ao país ontem à noite e reproduzida, uma hora depois, em quase todo o mundo, sobre o golpe de estado ocorrido em Bissau.

Emocionado com as lágrimas que a multidão deixou verter, o camarada Aristides reafirmou, como no dia anterior que continuamos serenos e firmes na nossa caminhada, na via traçada por Amílcar Cabral.

Sabe-se, entretanto, que o camarada Aristides Pereira enviou mensagens a todos os chefes de Estado da nossa região africana, à excepção de Sekou Touré, ao Presidente em exercício da OUA e ao chefe de Estado português.

VOZ DI FOVO, 19.11.1980

A história do golpe

O golpe de estado que deveria ser perpetrado domingo, dia 16, de acordo com um plano previamente estabelecido pelos elementos do chamado «Conselho da Revolução», teve que ser antecipado por circunstâncias imprevistas, para a noite de sexta-feira 14. Efectivamente, o camarada António Buscardini, Secretário Geral da Segurança, ao saber do golpe que se preparava deslocou-se à casa de Nino Vieira manifestando a sua estranheza tendo sido convencido por este de que nada se passava. Nestas circunstâncias, deixando de ter o absoluto sigilo, que esse tipo de acção requer, o golpe de estado foi executado no dia 14 de Novembro, em vez de domingo 16 como estava previsto.

A fidelidade absoluta ao PAIGC e a não adesão ao movimento golpista que constituiu uma traição aos ideais por que sempre lutaram, estiveram na origem do assassinato dos camaradas Otto Schacht e António Buscardini, dois destacados membros do CEL e CSL do Partido respectivamente. Não se sabe de mais vítimas do movimento golpista.

Voz di Povo, 19.11.'80

"Golpe aventureiro trai principios e compromete uma luta de dignidade"

Um duro golpe foi assentado na noite da sexta-feira passada na obra que vínhamos pacientemente empreendendo há mais de vinte anos: o derrube do governo constitucional da República da Guiné-Bissau visando muito especialmente o Secretário Geral Adjunto do nosso glorioso Partido, o camarada Presidente LUIZ CABRAL.

Os autores do golpe de Bissau trocaram os principios mais sagrados da nossa luta — a discussão aberta e franca de todos os problemas, a crítica, a autocritica e o sentido da responsabilidade perante o nosso povo e perante o mundo — por uma aventura de consequências imprevisíveis. Trata-se dum acto gravíssimo cometido contra os principios e fundamentos do nosso Partido.

Quero deixar bem claro que os golpes de estado nunca foram método do

PAIGC para a resolução dos problemas internos pois o Partido possui órgãos eficazes para esse efeito, nomeadamente os organis-

mos supra-nacionais e os Conselhos Nacionais, estes, com plenos poderes estatutários para tomar decisões sobre todas as questões

políticas e partidárias de cada um dos países.

É nosso entender que, sejam quais forem os problemas políticos económicos ou sociais que prevaleçam actualmente na Guiné, eles são da responsabilidade de todos os dirigentes guineenses e do Conselho Nacional da Guiné.

Nada justifica um acto político de rebeldia às instituições, causando mortos, feridos e detidos nomeadamente de membros do Conselho Superior da Luta e do Comité Executivo da Luta. Repetimos, nada justifica a substituição das instâncias de direcção do Partido por um Conselho da Revolução, política e ideologicamente indefinido, e cujos comunicados nos levam a levantar as seguintes questões:

Como conciliar a pretensão fidelidade desse Conselho de Revolução ao pensamento de AMILCAR CABRAL com as declarações

e decisões que têm sido aclamados por reconhecidos e irreconciliáveis inimigos do Partido?

Porque, é de se perguntar, em que é que o PAIGC tem entravado a afirmação da identidade nacional do povo da Guiné, e em que é que o PAIGC tem impedido o povo da Guiné de ser senhor do seu destino?

Tendo em conta a situação criada, reservamo-nos direito de rever as posições assumidas até agora nas relações com o Estado da Guiné-Bissau. E coerentes com o principio do respeito pela identidade nacional de cada um dos povos e pela soberania e independência de cada um dos estados, reafirmamos a nossa intenção de não nos imiscuirmos nos assuntos internos desse país irmão.

Nós temos consciência plena das provas já dadas pela unidade e dos históricos

(conclui na pág. 8)

O golpe é uma aventura de graves consequências

Voz di Povo, 19.11.'80

(cont. da 1.ª pág.)
cos benefícios que os povos do Guiné e Cabo Verde colheram com a mesma, particularmente as independências completas da Guiné e de Cabo Verde. Estamos pois, no direito moral de responsabilizar os autores do golpe pelos prejuízos que este poderá trazer, no presente e no futuro, aos nossos povos, não deixando de reafirmar, contudo, que continuamos fieis ao princípio da Unidade, garante e único caminho da independência política, económica e cultural da África.

Somos suficientemente realistas para saber que a Unidade nunca poderia ser imposta e que teria portanto que ser livremente aceite como estabelece o Programa do nosso Partido.

Na medida em que o golpe foi dirigido contra a unidade e, no caso concreto contra o desejo de associação duma das componentes, tem ocorrido em Bissau acontecimentos que vêm na sequência dessa posição e que nos levam a assumir a responsabilidade de tomar todas as providências

no sentido de garantir a segurança e possibilitar o regresso dos nacionais caboverdianos residentes na Guiné que assim o decidirem.

Sentimo-nos igualmente responsáveis pela garantia da segurança, integridade física e liberdade dos dirigentes e militantes do PAIGC, em particular pela pessoa do camarada Luiz Cabral, Secretário-Geral Adjunto do Partido.

Uma das características mais do golpe de estado

perpetrado em Bissau é a sua natureza demagógica. Os responsáveis do dito Conselho da Revolução pretendem erigir-se em herdeiros e seguidores do pensamento de AMILCAR CABRAL, quando, em verdade, as suas declarações e actos são a negação do pensamento político e ideológico do nosso Partido que, ele sim, se fundamenta no verdadeiro pensamento de CABRAL.

Todos aqueles que têm acompanhado a obra e a acção do nosso Partido sabem que um dos argumentos preferidos dos inimigos do PAIGC e da nossa gesta da libertação nacional,

tanto a reacção africana como os representantes do facismo e do colonialismo português—foi, desde sempre, a pretensa dominação da Guiné e dos guineenses pelos caboverdianos. Os membros do Conselho da Revolução sabem-no melhor do que ninguém. Este espantinho que é a suposta dominação e «colonização» caboverdeana, no passado pretendeu garantir a continuidade da exploração colonialista e no presente, talvez as portas abertas à dominação neocolonialista.

É normal que os militantes do nosso Partido e os cidadãos de Cabo Verde se interroguem não somente sobre as consequências do golpe para a Unidade, mas igualmente para a estrutura e a vida do Partido em Cabo Verde.

Até à presente data, estão cortadas as ligações normais entre Bissau e Praia, o que nos tem impedido de seguir os acontecimentos e de ter uma verdadeira dimensão dos mesmos. Com base no nosso realismo, podemos desde já dizer que embora o PAIGC esteja fortemente estruturado em Cabo Verde, vai-se pôr necessariamente no nosso país, o problema da adaptação da organização partidária às novas realidades, caso a situação provocada pelo golpe de estado, se mantiver.

Seja o que vier a acontecer, imposto pela realidade dos factos e a marcha dos acontecimentos, queremos afirmar que nada poderá pôr em causa a segurança e a estabi-

lidade interna em Cabo Verde pelo facto de ter havido um golpe de estado na Guiné. Seguindo um princípio de sempre do nosso Partido, que consiste numa análise fria e objectiva da realidade e dos factos políticos novos antes de se tomar qualquer medida de fundo, tendo em conta a situação extremamente grave causada pelo golpe de Estado na Guiné—convocar para o dia 20 de Novembro uma reunião extraordinária do Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC órgão máximo da direcção alargada aos 1.º Secretários do Partido de todas as ilhas, temos o propósito de submeter os dados e informações de que dispusermos, à apreciação e debate, para que

as decisões que vierem a ser tomadas ulteriormente possam traduzir a opinião e o pensamento das estruturas do nosso Partido a todos os níveis.

Caros compatriotas,

Independentemente das decisões que viemos a tomar à medida que a situação se for esclarecendo, vamos continuar com o desenvolvimento normal das nossas actividades.

Nesta ordem de ideias as eleições terão lugar no próximo dia 7 de Dezembro como está previsto.

Temos as nossas instituições do Estado, o nosso Partido está bem implantado e já deu provas de sobeja maturidade na condução da nossa obra de Reconstrução Nacional, pelo que vamos avançar sem deixar que nada perturbe a nossa caminhada.

Vamos reforçar a vigilância contra aqueles que pretendam tirar qualquer proveito dos acontecimentos de Bissau, sem prejuízo da serenidade que sempre nos caracterizou.

Viva a República de Cabo Verde!

Honra e Glória eterna a Amílcar Cabral!

LUIS CABRAL VIRÁ A CABO VERDE

O Secretário Geral Adjunto do PAIGC, Presidente Luiz Cabral poderá regressar amanhã a Cabo Verde, país que de sua própria vontade escolheu para fixar residência, segundo um despacho do correspondente da ANOP em Bissau datado de ontem.

Segundo as últimas notícias chegadas, de Bissau, o Comissário de Estado do Plano, Vasco Cabral, que se refugiara e depois de ter ferido um soldado golpista na praça da Suécia e ter já pedido asilo político, resolveu abandonar o seu refúgio. Teu sido entrevistado pela Rádio de Bissau, ainda segundo o correspondente da Anop em Bissau Vasco Cabral, membro do Comité Executivo da Luta do Partido, afirmou que desejava

sair para o estrangeiro para se tratar do ferimento e depois regressar a sua terra — a Guiné-Bissau.

A atitude de Vasco Cabral não provocou a surpresa que se seria normal esperar depois de ele ter sido ferido e pedido asilo político, pois que outros fugitivos como o comandante Umarú Djaló, membro Comissão Permanente do CEL, João da Costa do CEL e Manuel Santos (Manecas) teriam segundo a Anop «aderido» (aspas da ANOP) ao golpe ao se pronunciarem entrevistados na prisão ou ao voltarem a ocupar os seus postos de trabalho, caso do Comissário de Esta-

do dos Transportes, Manecas que segundo as notícias chegadas à Praia, no dia seguinte ao golpe foi entregar-se às novas autoridades.

Carmen Pereira, Presidente da Assembleia Nacional Popular do regime constitucional, continuaria segundo as últimas conhecidas na Praia com residência fixa em Bissau, na mesma situação que o camarada Luiz Cabral, depois de ter regressado de Bubaque no domingo, após o golpe de Estado.

Sabese, entretanto, que um elevado número de di-

rigentes do Partido e do Estado encontravam-se detidos, ainda, na segunda-feira, enquanto tinham sido libertados Rafael Barbosa e outros «irreconciliáveis inimigos de sempre do Partido», que se fizeram conhecidos atentando contra a nossa gloriosa luta de libertação e contra os seus frutos.

O golpe de estado na Guiné-Bissau foi perpetrado quando se encontravam fora do país quase todos os dirigentes militares e políticos que a ele se teriam oposto, caso dos comandantes Abdulai Bari, Bobo Queitá, Lúcio Soares, Julião de Carvalho, José

Araújo e outros, que eram pilares do regime constitucional.

REACÇÕES INTERNACIONAIS

Os comentários mais disparatados apareceram já na imprensa internacional tendo alguns, entretanto, tentado, sem conseguir por falta de informações suficientes compreender o porquê do golpe. Essa tarefa não tem sido facilitada pelas explicações frágeis «de uma situação insustentável» que se mantinha na Guiné-Bissau pela qual, se depreende, seria Nino Vieira tão responsável quanto

ninguém visto ter ele o Chefe do Executivo no regime constitucional.

O único reconhecimento do novo regime veio de Conacry, horas depois do golpe, quando ninguém sabia quem eram os novos homens do poder e o que pretendiam. Essa notícia não causou estranheza em Cabo Verde assim como não surpreendeu o «interesse» desusado de Sekou Touré que teve o seu embaixador em Bissau, recebido no mesmo dia do golpe, que se aprontou a prestar auxílio interno e externo ao novo regime e enviou a Bissau na terça-feira uma delegação militar e política de alto nível, chefiada pelo seu Ministro dos Negócios Estrangeiros.

A verdade por si só é revolucionária

Tam vindo a tomar corpo numa certa imprensa portuguesa, uns com longa tradição na prática de difamação dos combatentes dos movimentos de libertação porque são racistas e colonialistas e incapazes de aprender a nova realidade de Portugal sem colónias e outros, porque não puderam libertar-se da carga de alienação paternalista e etnocentrista inculcada pela cultura imperial, uma certa campanha contra o povo cabo-verdiano e os seus dirigentes.

Como atribuir com tanta desfaçatez, àqueles que hoje podiam não ter regressado e estão de baixo de sete palmos de terra, a intenção de querer exercer hegemonia sobre a povoada Guiné? poderá ser condenável que alguém por mérito próprio, chegue à direcção de uma luta armada de libertação nacional? No fragor da luta não há lugar para oportunistas, eles surgem geralmente no momento da repartição dos cargos.

Como compreender a análise sociológica do golpe de estado na Guiné avançada por certos meios de comunicação de Portugal?

Ninguém é isento do meio social e político que o engendra ou condiciona. Ora, acontece que algumas camadas sociais da sociedade portuguesa estão altamente influenciadas pelos 48 anos de fascismo e

500 de aventuras coloniais. E, apesar do colonialismo português ter sido crucificado pelas lutas armadas de libertação nacional dos nossos países, morto pela derrota do exército colonial e enterrado pelos acordos assinados com os movimentos libertadores africanos, apesar de tudo isso, o cheiro nauseabundo do cadáver putrefacto exala ainda dos fatos dos que tristonhos, acompanharam o morto à sua última morada — o caixote de lixo da história.

As ideais são teimosas e os preconceitos também. O enseio do colonialismo português que mais agradou a certos espíritos, atrasados ou avançados, foi o lusotropicalismo e, Cabo Verde tinha um lugar privilegiado no quadro dessa salada sócio-política produzida pelo escriba mercenário ao serviço do senhor seu dono. E, os nacionalistas revolucionários cabo-verdianos ao integrarem o PAIGC para a luta de libertação contra o colonialismo português, cometeram pecado irremediável para muitos, pelo facto de terem deitado abaixo o mito.

O golpe de Estado na Guiné veio dar a oportunidade esperada para desenterrar o ódio recalcado e a possibilidade de se proceder ao massacre de tudo o que foram razões profundas do programa e acção unitária do PAIGC. Não se procura saber o que fez o

PAIGC, não se procura a objectividade histórica e até a responsabilidade histórica de Portugal em tudo o que tem acontecido. O que é preciso, é massacrar, vangloriar-se ao menos, intelectualmente. Mas que façam um esforço de memória esses escribas e perguntem aos agentes spinolistas da «psico-social» o teor da campanha de mentiras e calúnias que foram lançados contra os dirigentes cabo-verdianos do PAIGC! Remetemo-los pois, aos arquivos da antiga emissora colonial de Bissau, aos jornais da época e ao museu dos «bricabraques» imperiais para que possam fazer reciclagem dos seus conhecimentos sobre a matéria.

Não meus senhores! A culpa não é nossa, a história do PAIGC está lá, os nossos companheiros de luta, «combatentis di mato», estão vivos; deixem passar as conjunções do momento e perguntem-lhes o que aconteceu, qual foi o papel dos cabo-verdianos na luta armada de libertação nacional na Guiné? Demos a nossa contribuição, a história escrita por historiadores, o dirá.

Até somos levados a perguntar: poderá considerar-se a população de Bissau autenticamente representativa do povo da Guiné? Bissau onde o governador colonial «MACACO BALDE», orquestrou e realizou várias manifestações anti-cabo-verdianas animadas

por agentes da PIDE/DGS, traduz por si só os sentimentos do povo combatente do Sul, do Norte e do Leste da Guiné?

Por toda o respeito que tenhamos pelos seus habitantes, diremos redondamente que não!

Não é da nossa responsabilidade que indivíduos ideologicamente dúbios façam uso, até o fazem subrepticamente, porque envergonhados pelo peso de tamanha falsidade histórica, de calúnias e mentiras, já utilizadas a seu tempo também pelos escribas e porta-vozes dos colonialistas, a fim de justificarem o seu golpe, hábito, pois, corriqueiro em ocasiões análogas.

Doa a quem doer, física ou intelectualmente, Cabo Verde é um país democrático e anti-colonialista consequente e se opõe a todos aqueles que face à sua responsabilidade, tergiuersam, mentem e traem.

Aos factos políticos damos interpretação política! A seu tempo saberemos quem é quem e quais as responsabilidades e os erros de cada um.

Amílcar Cabral é o nosso guia imortal.

Um combatenti di mato

N.R. — A carta que recebemos de um leitor e que dada a oportunidade incluímos na hora do fecho desta edição, despertou-nos a atenção pela justeza dos seus juízos.

Luiz Cabral exorta à participação popular

O camarada Presidente Luiz Cabral dirigiu uma mensagem à Nação, exortando o nosso povo à ampla e activa participação no estudo e discussão do ante-projecto da nova Constituição, afinal a Lei Fundamental do País, na qual se definem os direitos e deveres dos cidadãos, e se estipulam a organização e moldes de funcionamento do Estado, em todas as suas estruturas.

Na sua mensagem, o camarada Luiz Cabral começa por salientar que «temos observado em todos os momentos da nossa vida» o princípio da «participação directa e efectiva do nosso povo em todos os actos importantes da vida do Estado», fazendo notar, mais à frente: «A vossa participação no estudo e discussão popular que agora se inicia — e que será organizada pelas estruturas do Partido nos bairros e locais de trabalho, assim como nas regiões — será certamente ocasião para um debate, na base do ante-projecto, de alguns problemas fundamentais da nossa vida».

Como os camaradas sabem, a nossa República é regida, desde a sua proclamação em 1973, por uma Constituição, isto é, por uma Lei Fundamental onde se definiu o nosso Estado, se fixaram os direitos e deveres dos cidadãos e se estruturou o mecanismo do Estado através da enumeração dos seus órgãos, da composição e funcionamento destes, etc.

Adoptada em plena guerra, a Constituição de 1973 reflectia a realidade de então, consagrando soluções orientadas essencialmente pela preocupação de dar continuidade vitoriosa à nossa heróica luta armada de libertação nacional. Mas, porque o referido texto era inspirado pelos nossos princípios e opções de sempre, opções e princípios de há muito consagrados nos textos do nosso grande Partido — o P.A.I.G.C. — foi possível continuarmos a orientar a vida do nosso Estado pelo texto constitucional do Boé. É certo que, em 1976 e 1977 foram feitas, pela nossa Assembleia Nacional Popular, duas revisões parciais do texto constitucional, afim de se dar resposta à necessidade de ajustamento da Lei Fundamental à nova realidade do nosso Estado independente e soberano, em plena marcha de Reconstrução Nacio-

Cabe-nos agora, de acordo com uma decisão do Partido, consagrada numa resolução da Assembleia Nacional Popular, proceder a um estudo mais desenvolvido destes problemas. Uma Comissão do Partido e da Assembleia Nacional Popular, que trabalhou em ligação estreita com uma Comissão congénere da República irmã de Cabo Verde, foi encarregada de elaborar o ante-projecto da Constituição que agora é submetida à apreciação dos militantes e da população em geral. Pode, pois, todo o cidadão dar a sua contribuição para a melhoria do texto da nossa Lei Fundamental, pondo nisso o melhor dos seus conhecimentos, da sua inteligência e da experiência de vida constitucional e política que o nosso povo acumulou desde que se decidiu a tomar nas mãos os seus próprios destinos.

Sem nos anteciparmos à discussão, queremos realçar o facto de que no ante-projecto se encontra a consagração do modelo de Estado recomendado por todos os textos do Partido, desde a sua fundação, não só no que se refere à definição da natureza e fundamentos do mesmo, mas também à garantia dos direitos e liberdades fundamentais do cidadão, à política externa, etc. Tratando-se de um

projecto constitucional do PAIGC e da Assembleia Nacional Popular da República da Guiné-Bissau, o referido texto não poderia também deixar de dar relevo ao processo da Unidade Guiné-Cabo Verde e às formas de aceleração desse processo que, pacientemente, temos vindo a pôr de pé e a estimular ao longo da nossa luta.

Um facto igualmente relevante no ante-projecto constitucional é o de nele não se previrem alterações de fundo na estruturação e nas formas de designação e funcionamento dos órgãos do Estado. Isso, aliás, provém de uma razão muito simples: tendo criado o nosso Estado nós mesmos com as nossas próprias cabeças e mãos, soubemos organizá-lo, em 1973, de acordo com a experiência do «Estado de facto» que de há muito existia nas nossas áreas libertadas. Fazendo isso, ao mesmo tempo que consagrávamos os nossos princípios de direcção colectiva e de democracia nacional revolucionária, mantínhamos, para a interpretação dos textos, a abertura de espírito que permite fazer da Lei não uma camisa de forças que entrava o desenvolvimento, mas sim um elemento precioso de orientação e de estímulo

lo desse desenvolvimento.

Compatriotas e camaradas:

A vossa participação no estudo e discussão popular que agora se inicia — e que será organizada pelas estruturas do Partido nos bairros e locais de trabalho, assim como nas regiões — será certamente ocasião para o debate, de alguns problemas fundamentais da nossa vida, na base do ante-projecto constitucional.

Encorajamos todos os militantes, quadros e cidadãos em geral a participarem com entusiasmo no estudo e discussão do ante-projecto constitucional, movidos pela preocupação justa de servir o nosso povo e pelo patriotismo que nos caracteriza e nos tem permitido mobilizar o esforço e o entusiasmo das massas em todos os momentos importantes da nossa vida.

— Avante, pois, camaradas, para mais esta grande vitória!

— Viva a República da Guiné-Bissau!

— Viva o PAIGC, força, luz e guia do nosso povo na Guiné-Bissau e Cabo Verde!

PRESIDENTE EXORTA À DISCUSSÃO POPULAR DO ANTE-PROJECTO CONSTITUCIONAL

A partir da hoje, em todo o país, o nosso povo, orientado pelas estruturas do Partido, vai estudar e discutir o ante-projecto da nova Constituição da República, participando assim no enriquecimento do texto elaborado por uma Comissão do Partido e da Assembleia Nacional Popular, que trabalhou em estreita ligação com uma Comissão congénere da República irmã de Cabo Verde.

Dos acréscimos, ensinamentos e clarificações que a discussão popular não deixará de acarretar, sairá o Projecto da Constituição, a ser submetido à apreciação e aprovação da Assembleia Nacional Popular que, para o efeito, reunir-se-á extraordinariamente no próximo dia 8 de Novembro.

O camarada Presidente Luiz Cabral dirigiu, a propósito, uma mensagem à Nação (que publicamos integralmente na página 8 da presente edição) a qual se traduz por um apelo à participação activa e empenhada de todo o nosso povo no estudo do ante-projecto, salientando que tal discussão implicará, necessariamente, um debate profundo sobre os problemas fundamentais que se deparam à nossa terra.

E, de resto, nestes termos que Luiz Cabral manifesta a convicção de que os cidadãos da Pátria de Cabral irão acorrer em massa às reuniões para estudo do ante-projecto constitucional, movidos «pelo patriotismo que nos caracteriza».

Entretanto, iniciamos na nossa edição de hoje (ver as páginas centrais) a publicação do ante-projecto da nova Constituição da República da Guiné-Bissau.

PROJECTO CONSTITUCIONAL

A PARTICIPAÇÃO POPULAR

○ COMUNICADO DO SECRETARIADO DO CNG E DO COMITÉ DE BISSAU

O Secretariado do Conselho Nacional da Guiné (CNG) do Partido e o Comité do Partido do Sector Autónomo de Bissau divulgaram comunicados traçando orientações precisas sobre os moldes em que se processarão as reuniões de estudo do ante-projecto da nova Constituição.

Impéria recordar, a propósito, que tais reuniões, abertas a toda a população de acordo de resto, com as directivas estabelecidas pelo camarada Presidente Luiz Cabral — visam a recolha de todas as sugestões e de propostas de alteração para o enriquecimento do documento apresentado, após o que este se constituirá como Projecto Final, a ser apreciado e aprovado pela Assembleia Nacional Popular, que para o efeito se reunirá extraordinariamente.

O comunicado do Secretariado do CNG, dirigido às estruturas regionais e de base do Partido, contém as indicações necessárias para a organização proveitosa do estudo e da discussão popular.

Por sua vez, o Comité do Partido do Sector Autónomo de Bissau apresenta o calendário concreto das reuniões (que se desenrolarão a partir do próximo sábado, dia 25, até 2 de Novembro) e a indicação dos locais onde as mesmas se realizarão.

(VER PÁGINA 8)

No Pintcha, 28.10.'80

Principiou no último sábado, no Sector Autónomo da cidade de Bissau, e ontem em todas as partes do país, a jornada de estudo e de discussão ante-projecto constitucional.

Os debates, que decorrerão até próximo dia 1.º de Novembro, são fortemente concorridos pelos cidadãos da nossa terra e têm-se registado vivas discussões, o que evidencia, por si só, a maturidade política do nosso povo, que após a vitória sobre o colonialismo português, está mais de que nunca determinado a vencer a miséria e o subdesenvolvimento herdadas da colonização secular.

As alterações propostas nas discussões são recolhidas e darão entrada no Partido, para em seguida se elaborar num projecto final, a ser apreciado e aprovado pela Assembleia Nacional Popular, que para tal se reunirá nos dias 7 e 8 de Novembro próximo.

A Constituição, como Lei Fundamental na qual todas as normas jurídicas se vão fundamentar, deve ser a cada momento moldada com a realidade política, económica e social do país. Isto é, deve constituir, sempre, um projecto de transformação social. A Constituição é como «a roupa à medida» de que falava Cabral, que assenta bem e

efectivamente se usa, quer dizer, o processo do poder deve adaptar-se às normas nela contidas.

Entretanto, a Presidência da Assembleia Nacional Popular emitiu um comunicado no qual avisou os Presidentes de Comités do Estado regionais e deputados da próxima reunião extraordinária da II Legislatura da ANP, nos dias 7 e 8 de Novembro. Para esse efeito, a Presidência da ANP solicita aos responsáveis regionais que dêem conhecimento aos deputados das suas regiões, e que diligenciem no sentido destes estarem em Bissau, antes da data anunciada.

CONSTITUIÇÃO: ANTE-PROJECTO EM DISCUSSÃO NO ESTADO MAIOR DAS FARP

Termina amanhã, em todo o território nacional, a jornada de estudo e discussão do ante-projecto constitucional da nossa República. Os debates, iniciados no passado sábado, na capital, e segunda-feira, nas regiões, foram caracterizados por uma intensa participação popular e sentido de responsabilidade. O facto denota a maturidade política das massas que, respondendo ao apelo do camarada Presidente do Conselho de Estado, Luiz Cabral, têm desta forma contribuído para o enriquecimento da Lei Fundamental do país.

Entretanto, anteontem à tarde, tiveram início os debates no Estado Maior das FARP, tendo sido a sessão presidida pelo Secretário Executivo do Partido, camarada José Araújo. Estiveram

presentes o Comissário de Estado das FARP, camarada Umarú Djaló e representantes dos diferentes escalões das Forças Armadas. As jornadas, orientadas na capital pelas estruturas do Partido dos bairros e locais de trabalho, e no interior do país, por delegados designados pelo Conselho Nacional do PAIGC, permitirão dotar a Constituição de um carácter verdadeiramente normativo e não nominal, fazendo com que ela corresponda à realidade socio-económica do país.

Recorde-se que o camarada Presidente, na sua mensagem, salientou que a participação da população na jornada «será certamente ocasião para um debate, na base do ante-projecto, de alguns problemas fundamentais da nossa vida».

ANTE-PROJECTO CONSTITUCIONAL

O DEBATE CONTINUA

A discussão do ante-projecto constitucional da Guiné-Bissau prossegue em todo o país, até ao próximo dia 2 de Novembro. Na capital, o estudo e discussão tem despertado grande interesse e o povo participa entusiasticamente nos debates que são orientados pelos quadros do Partido designados pelo Secretariado

do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC.

Nas regiões do país, os trabalhos estão a desenrolar-se também sob orientação de camaradas enviados pelo Partido. Segundo as informações recebidas de diversos pontos da nossa terra, as reuniões de estudo e discussão têm registado assinalável assistência e provocado proveitoso debate.

DISCUSSÃO DO ANTE-PROJECTO CONSTITUCIONAL PROVA DE CONSCIÊNCIA REVOLUCIONÁRIA

A jornada de estudo e da discussão do ante-projecto constitucional da Guiné-Bissau terminou no passado domingo em todas as regiões do país e na capital. Tiveram início -- recorde-se -- no dia 25 de Outubro no Sector Autónomo de Bissau, e no dia 27 nas regiões.

O nosso povo cor-

respondeu a exortação feita pelo camarada Presidente do Conselho de Estado Luiz Cabral, na sua comunicação ao país, ocorrendo em massa aos locais de debate.

As discussões registaram grande participação popular e todos, jovens, velhos e mulheres, deram as suas opiniões de uma

forma clara e responsável, para o enriquecimento do ante-projecto constitucional.

O empenhamento evidenciado pelo povo mostra bem o grau de compreensão dos problemas da nossa vida e da nossa luta, e a consolidação da consciência revolucionária. Os debates demonstraram

também, e mais uma vez, a determinação do nosso Partido na implantação de uma verdadeira democracia nacional revolucionária, e, por outro lado, a vontade do nosso povo em cumprir cada vez melhor as gigantescas tarefas de edificação de uma sociedade nova e libertando-se aos

poucos, mas firmemente, da pesada herança do colonialismo, em todos os aspectos da nossa vida política, económica, social e cultural.

As discussões foram orientadas pelos quadros do Partido designados pelo Secretariado do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC.

TERMINA HOJE A REUNIÃO DO CNG DO PAIGC

A reunião do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC, dedicada ao estudo e análise do ante-projecto constitucional da Guiné-Bissau, termina hoje à tarde. A reunião decorre no Secretariado-Geral em Bissau.

O projecto constitucional, depois de apreciado e aprovado pelo CNG, será submetido à Assembleia Nacional Popular, que reunirá nos dias 7 e 8 deste mês, para aprovação da Lei Fundamental.

A reunião do CNG tem por objectivo analisar milhares de propostas que foram recolhidas na discussão popular, a qual, recordamos, registou grande participação e profundo debate.

A reunião, sob a presidência do camarada João Bernardo Vieira, da Comissão Permanente do Partido e Presidente do CNG, decorre na presença do camarada Luiz Cabral, Secretário-Geral Adjunto do PAIGC, e foi alargada aos membros do CSL e do Governo.

NOVA CONSTITUIÇÃO CONSAGRA DEMOCRACIA NACIONAL REVOLUCIONÁRIA

A segunda Constituição da República da Guiné-Bissau foi aprovada por unanimidade pela Assembleia Nacional Popular, no princípio da tarde de segunda-feira passada.

A nova Lei Fundamental do país tem como princípio dominante a soberania popular, e consagra a democracia nacional revolucionária. A Constituição reafirma a Guiné-Bissau como uma República laica, unitária, anti-colonialista e anti-imperialista. O PAIGC é a força dirigente da sociedade e do Estado.

A Nova Constituição entrará em vigor a partir de 1 de Janeiro de 1981, e o Conselho de Estado fixará, até 30 do corrente mês, as datas das eleições para os Conselhos Regionais e para a ANP.

Antes da sessão extraordinária que aprovou a Constituição, foi aprovado o Orçamento Geral de Estado, cuja análise apresentamos na página oito. — (ver centrais e página 8)

Soberania popular é princípio dominante

segunda Constituição da República da Guiné-Bissau foi aprovada por unanimidade às 12 horas de segunda-feira passada, pela Assembleia Nacional Popular, convocada extraordinariamente para o efeito.

A nova Lei Fundamental da nossa terra entrará em vigor a partir do dia 1.º de Janeiro de 1981, segundo a Lei de Trânsito Constitucional aprovada a 28 de Outubro de 1980.

A nova Constituição faz da Guiné-Bissau uma República democrática, unitária, anti-colonialista e anti-imperialista, e o princípio dominante é a soberania popular, isto é, o poder reside no povo e institui a democracia nacional revolucionária, que assenta na unidade nacional e na efectiva participação popular no desempenho, controlo e direcção das actividades públicas e no estado para a construção de uma sociedade livre da exploração do homem pelo homem. O PAIGC figura, no seu quarto artigo, como a força dirigente da sociedade e do Estado.

O camarada Luiz Cabral, Presidente do Conselho de Estado diria, no momento de encerramento dos trabalhos da Assembleia Nacional Popular na sua terceira sessão extraordinária, de que a segunda Constituição da nossa terra livre e independente reflecte a prática política do PAIGC, as nossas experiências ao longo destes 10 anos de libertação nacional, e de um país de verdadeira democracia».

O Chefe de Estado guineense afirmou ainda que nos «podemos sentir orgulhosos pela maneira como decorreram as discussões», desde as bases da direcção do Partido, antes de subir à Assembleia, para ser aprovada pelos representantes legítimos do nosso povo. A actual Lei Fundamental «consolidará as nossas conquistas e reforçará a nossa luta contra o desenvolvimento e a miséria herdados do colonialismo português, para a criação do homem novo» — acrescentou.

O camarada Presidente Luiz Cabral disse que a nova Constituição não reforça o poder para um indivíduo, mas sim consagra uma prática existente e a necessidade de definir claramente que o poder é do PAIGC.

O camarada Luiz Cabral referiu-se ainda às dificuldades que o nosso povo enfrenta no abastecimento dos géneros da primeira necessidade, apontando as principais consequências disso, e exortou a uma maior produção para podermos exportar mais e termos divisas para

aquisição desses produtos.

A QUESTÃO FRONTEIRIÇA

O camarada Luiz Cabral abordou ainda, na sua intervenção, a situação de litígio à volta das fronteiras marítimas entre o nosso país e os nossos vizinhos, reafirmando mais uma vez a posição de nosso Governo em encontrar uma solução para o problema na base de leis e convenções internacionais. Luiz Cabral anunciou

que o Governo vai assinar, dentro destes dias, acordos com o Banco Mundial para o financiamento da pesquisa petrolífera na plataforma continental, no valor de 7 milhões de dólares. Nas zonas em litígio, tanto com a República Popular e Revolucionária da Guiné, como com o Senegal, não serão levadas a cabo quaisquer prospecções, enquanto subsistir o conflito. Contamos apresentar numa das nossas próximas edições a intervenção do camarada Presidente Luiz Cabral, na integra.

A apresentação do projecto da Segunda Constituição foi feita pelo camarada José Araújo, Secretário Executivo do CEL do Partido e membro da Comissão Constitucional, seguidamente formaram-se comissões de estudo, e os debates no plenário começaram na tarde de domingo sobre os títulos I e II, cuja leitura foi feita pelo camarada João da Costa, deputado pelo círculo de Bolama-Bijagós. Na segunda-feira foram debatidos os restantes títulos, e, finalmente, foi aprovada

a Constituição da República da Guiné-Bissau.

UMA CONSTITUIÇÃO DO PAIGC

A criação do Estado da Guiné-Bissau foi um instrumento fundamental para liquidação total da dominação colonialista e imperialista na nossa terra, e para a construção de uma sociedade livre de exploração de homem pelo homem.

Varrido que foi o colonialismo português do solo pátrio, o Estado propôs-se realizar profundas transformações sócio-económicas, e lançou-se a implantação de um regime baseado na verdadeira democracia nacional revolucionária. A presente Constituição é o fruto das experiências acumuladas pelo nosso povo desde a Luta Armada de Libertação Nacional. Ela assenta na sua vontade, no seu desejo de criar de facto uma sociedade livre e próspera.

A segunda Constituição da Guiné-Bissau é, na essência, igual à primeira aprovada nas colinas de Boé, durante a Luta Armada de Libertação. Como não poderia deixar de ser, é uma Constituição do PAIGC, situa-se fielmente na sua linha e numa evolução institucional que nunca se afastou dos nossos ideais e opções, pelos quais nos batemos contra o colonialismo português, durante cerca de 12 anos. Observamos, nesta Constituição, o princípio de continuidade das linhas mestras pelos quais o PAIGC sempre lutou. Ela conservou e desenvolveu os traços fundamentais de um Estado de democracia nacional revolucionária.

As FARP, instrumento de libertação nacional, braço armado do nosso Partido — o P.A.I. G.C., ao serviço do po-

vo, são, segundo a Lei Fundamental, a instituição primordial de defesa da Nação. Incumbem-lhes defender a independência e soberania e a integridade territorial. E dever cívico dos membros das FARP participarem activamente nas tarefas de Reconstrução Nacional.

A presente Constituição, aprovada pelos representantes legítimos do nosso povo, tem como objectivo a criação de um homem novo e a edificação de uma sociedade e pátria próspera, com que o camarada Amílcar Cabral sempre sonhou.

UNIDADE GUINÉ-CABO VERDE

A Unidade da Guiné e Cabo Verde, princípio sagrado do nosso Partido, figura na Constituição. Sobre essa Unidade, diz a Constituição: «Radica nos interesses permanentes da Guiné-Bissau, em criar com o povo de Cabo Verde uma união orgânica livre e voluntária para a construção de uma Pátria forte e próspera». A união orgânica será democraticamente decidida pelos representantes legítimos, eleitos dos dois povos, e sujeita a referendo popular.

Para a materialização deste princípio basilar do PAIGC, incumbe à Guiné-Bissau incrementar e fortalecer relações de cooperação e convivência com Cabo Verde, na base de uma estratégia comum sócio-económica que tenha por fim o estabelecimento de planos de desenvolvimento global e harmonioso.

Os traços fundamentais dessa estratégia são a elaboração de programas de desenvolvimento convergente e complementar, e a criação de condições político-administrativa que possibilitem a coordenação e articulação das estruturas do poder de Estado da Guiné-Bissau com as do Estado de Cabo-Verde.

Para a concretização dessa unidade, o nosso país consente, em termos de reciprocidade, com Cabo Verde na criação e coordenação de estruturas inter-estatais de cooperação, bem

como nas estruturas supranacionais de integração que melhor assegurem o progresso e a justiça social para o conjunto dos povos de dois países irmãos.

A nova Constituição diz ainda que na Guiné-Bissau todos os cidadãos são iguais perante a lei e têm os mesmos deveres e direitos, sem distinção de raças, sexos ou de religião. O homem e a mulher são iguais perante a lei, e o Estado protege a infância, a juventude e maternidade. Todo o cidadão tem o direito de recorrer aos órgãos jurisdicionais contra os actos que violem os seus direitos reconhecidos pela Constituição, não podendo a justiça ser denegada, por insuficiência de meios económicos.

Na Guiné-Bissau, ninguém pode ser submetido a tortura, nem penas ou tratamentos cruéis, desumanos e degradantes.

A liberdade de expressão, do pensamento, de reunião, da associação, de manifestação, assim como a liberdade de religião, são garantidas nas condições previstas na lei.

A nova Lei Fundamental é um documento de grande importância jurídica, é a Lei Fundamental da nossa terra, que deve ser rigorosamente cumprida em todos os departamentos estatais e por todos os cidadãos.

A nova Lei Fundamental da Guiné-Bissau entrará em vigor no próximo dia 1 de Janeiro de 1981, segundo a Lei de Trânsito Constitucional aprovada nesta sessão extraordinária da ANP. Até lá, o direito anterior a entrada em vigor da referida Constituição mantém-se, desde que não seja contrário à mesma ou aos princípios nela consignados.

O Conselho de Estado fixará, até 30 do corrente mês, as datas das eleições para os Conselhos Regionais e para a ANP, as quais deverão ter lugar antes de termo do primeiro trimestre de próximo ano.

A mesma lei acrescenta que a entrada em vigor da nova Constituição não afectará os poderes do Conselho de Estado actualmente em exercício, sendo os mandatos dos respectivos membros prorrogados até à investidura do Conselho de Estado a ser eleito pela ANP.

No Pintcha,
13.11.'80

No Pintcha,
6.12.'80

REPOR A JUSTIÇA NAS PATENTES MILITARES

As Forças Armadas Revolucionárias do Povo vão rever a atribuição das patentes militares. A decisão foi anunciada pelo Comandante de Brigada, João Bernardino Vieira, Presidente do Conselho da Revolução, no decorrer de uma reunião efectuada com os soldados das FARP nos Batalhões de Brá e da Base Aérea.

Segundo Nino Vieira, essa revisão é indispensável para a estabilização de um sistema de graduação visivelmente injusta. Assim, a revisão das patentes irá obedecer a uma análise com base na «justiça e não nas amizades pessoais», como em Fevereiro passado se verificou. — (Ver Centrais).

Mensagem de solidariedade do Presidente Sekou Touré

O Conselho da Revolução, formado na noite de 14 de Novembro com a histórica acção revolucionária que destituiu Luiz Cabral, até então Presidente do Conselho de Estado, recebeu a primeira prova de apoio e solidariedade do estrangeiro, proveniente da República Popular Revolucionária da Guiné.

A mensagem, datada de 17 de Novembro de 1980, chegou ao conhecimento do Conselho da Revolução através da Embaixada da Guiné-Conakry em Bissau.

Eis as partes mais significativas da mensagem:

«A Assembleia da República Popular Revolucionária da Guiné apresenta os seus cumprimentos ao Conselho Nacional da Revolução e, tem a honra de lhe transmitir uma comunicação do Responsável Supremo da Revolução, o Presidente Ahmed Sekou Touré, na qual se afirmava:

«Pedimos que levem ao conhecimento do camarada Nino, que enviámos por via marítima, 500 toneladas de arroz e 360 toneladas de fari-

nha...» A mensagem dizia ainda que o transporte destes produtos de primeira necessidade (oferecidos ao povo da Guiné-Bissau para que possa enfrentar a situação de fome que se vive no país há vários meses) seria assegurado em duas remessas, por 6 barcos de 60 toneladas de farinha e três barcos de arroz, sendo dois de 180 e um de 140 toneladas.

Prossegue a mensagem: «Renovamos ainda ao Conselho da Revolução os nossos conselhos de vigilância e de

firmeza para assegurar o triunfo da nobre causa de libertação total do povo irmão de Guiné-Bissau, cuja legítima aspiração é de exercer por si e para si a sua soberania, no sentido de assegurar um desenvolvimento rápido no quadro de uma democracia nacional, assegurando a igualdade de todos. Transmitam à ilustre mãe do nosso camarada os nossos melhores sentimentos, e peçam-lhe bençãos pelo sucesso completo da revolução de 14 de Novembro».

TELEGRAMA — RESPOSTA DO CONSELHO DA REVOLUÇÃO

Em resposta, o Camarada João Bernardo Vieira (Nino) Comandante de Brigada e Presidente do Conselho da Revolução, endereçou ao camarada Ahmed Sekou Touré a seguinte mensagem:

«Acusamos a recepção da vossa mensagem de felicitações e de reconhecimento das novas autoridades da República da Guiné-Bissau, a qual agradecemos imensamente. Essa decisão do Partido Democrático e do Governo da República Popular Revolucionária da Guiné corresponde altamente aos laços seculares que uniram os nossos dois povos na luta comum contra a dominação e a exploração estrangeiras. Reafirmamos ao camarada Sekou Touré, ao povo, Partido e Governo, que nada poderá destruir esses laços históricos. Estamos hoje, mais do que nunca, dispostos a desenvolver e fortalecer as nossas relações de amizade e de cooperação com o povo irmão da República Popular Revolucionária da Guiné».

Opiniões sobre 14 de Novembro

Com a declaração radiodifundida na noite de sexta-feira passada, de que «o poder está agora nas mãos dos filhos da nossa terra», iniciava-se no histórico dia 14 de Novembro de 1980, uma nova viragem nos destinos deste povo martirizado. Jovens oficiais das Forças Armadas e vários outros dirigentes do país, encabeçados pelo Comandante de Brigada, o camarada João Bernardo Vieira (Nino), depuseram o Governo de Luiz Cabral. O povo, que dá o tom à linha da história, como dizia o saudoso camarada Amílcar Cabral; toma a palavra como sempre, nas colunas deste jornal, para uma participação crítica, consequente e efectiva no processo revolucionário em curso no país, há apenas uma semana, sob a direcção de um Conselho da Revolução.

Vários cidadãos nacionais expressam aqui os seus pensamentos e sentimentos quanto ao novo destino que o país começa a percorrer, a sua apreciação crítica da conduta do Governo deposto; e sugestões com vista a conclusão do novo processo. Eis os depoimentos de algumas pessoas:

O GOLPE FOI DADO NO MOMENTO IDEAL

Hipólito Semedo Tavares, bancário — «Esta acção foi dada numa altura ideal, em que toda a gente já estava saturada de tudo isto. O povo já estava muito apertado cá dentro. Sentimentos cada vez mais inactivos. Eu fiquei muito satisfeito com a implantação de um novo processo revolucionário que está a ser conduzido pelo Conselho da Revolução. Estou convencido que, a partir de agora, vai haver mais justiça, mais democracia. Mas é preciso ver que, as pessoas que até então não serviam os verdadeiros interesses do país, devem ser afastadas das estruturas económicas e administrativas.

Os trabalhadores é que sofreram mais, e há todo um problema de recalçamento nas pesso-

as. Portanto, é preciso dar às massas trabalhadoras toda a liberdade de exprimir todo o seu pensamento, e a possibilidade de participar efectivamente na revolução. Os trabalhadores é que sofriam mais com as pressões e vexames de certos chefes. Portanto, é preciso fazer reuniões de esclarecimento nos locais de trabalho, para que sejam desmascarados todos esses inimigos do povo. As relações de trabalho entre os responsáveis e os subordinados, irão de certeza mudar. Mas também é preciso muita cautela e vigilância, contra os oportunistas e inimigos que aproveitam situações como esta para se introduzirem no nosso meio».

MEDIDAS URGENTES

Waldemar Martins Silva, funcionário do

Instituto Nacional de Seguros — «Esta viragem é bastante boa e deu-se na devida altura. O processo revolucionário em curso está a convergir com o interesse das massas populares da nossa terra. Mas, uma coisa que eu considero muito importante, é de o Conselho da Revolução retomar as medidas de saneamento o mais urgente possível, para salvar a nossa precária economia.

Por outro lado, a participação das massas no processo anterior estava bastante limitada, e esse limite resumia-se na aceitação resignada de tudo o que viesse de cima. Falando nomeadamente do «ante-projecto», — quem podia aceitar a Constituição de um país como este, que diverge bastante da Constituição de Cabo Verde, país este com que se estava a fazer a unidade? Também não havia definição nenhuma no «ante-projecto» de quem pode ser Presidente da República. Além do mais, o Governo deposto era profundamente presidencialista, em que o Comissário Principal era tratado como uma marionete».

VIVIA-SE UMA SITUAÇÃO DE MISÉRIA

João Manuel Magalhães, Responsável da Escola Nacional de Ju-

do — «Francamente que a acção foi uma surpresa para mim, sobretudo pelo facto de ter surgido do seio das Forças Armadas e da direcção do país. Admira-me também a forma rápida e eficiente como se processou. Eu esperava sim, que viesse a ter lugar mais tarde um levantamento popular espontâneo, devido à situação de fome que se agravava a olhos vistos no país.

É bem evidente a situação de fome na Guiné-Bissau, mas, politicamente, o povo, cá na base, tinha medo de se manifestar, e não se verificava nem numa preocupação da parte dos dirigentes derrubados em explicar a situação.

Quanto a mim, as posições tomadas até agora pelo Conselho da Revolução e que foram radiodifundidas, estão correctíssimas. Este processo revolucionário está a ser óptimo, porque toma uma posição contrária a situação geral degradante. No aspecto económico, pode-se ver, por exemplo, a situação da agricultura que é a base da economia. Neste sector, verificava-se um grande desleixo da parte da anterior estrutura dirigente, que não estava, de maneira nenhuma, de acordo com a realidade e os interesses do país».

Conferência de Imprensa

Recuperar a linha de Cabral

— objectivo do 14 de Novembro

O Conselho da Revolução, pela voz do seu Vice-Presidente, camarada Victor Saúde Maria, esclareceu os representantes dos órgãos de Informação nacional e internacional, das razões profundas que levaram ao 14 de Novembro, e dos objectivos do Reajustamento iniciado nesse dia.

A conferência de Imprensa realizou-se na tarde da passada quinta-feira, no salão do Comissariado dos Negócios Estrangeiros.

Já no período de perguntas e respostas, o camarada Victor Saúde Maria teria oportunidade de reafirmar que a acção desencadeada em 14 de Novembro não poderia ser classificada como um «golpe» já que se tratou pura e simplesmente de um «reajustamento» com vista a recuperar a linha definida por Amílcar Cabral.

Respondendo concretamente a uma pergunta colocada pelo «Nô Pintcha», disse o vice-presidente do Conselho da Revolução: «O objectivo que nos levou a fazer este reajustamento é claramente sentido no seio do nosso povo. E queríamos que ficasse aqui bem claro que não fizemos nenhum golpe de Estado. É um reajustamento, o afastamento de um camarada nosso que foi um dos fundadores do nosso Partido, mas que a dado momento da nossa luta, começou a fazer um desvio naquela linha de orientação que foi traçado pelo nosso líder bem amado, Amílcar Cabral.»

Depois de aludir às quebras do centralismo democrático (um dos desvios cuja responsabilidade é directamente imputável a Luiz Cabral) que impediram o debate interno das questões deixando o recurso à acção armada como única via — Victor Saúde Maria abordou a questão da Unidade Guiné — Cabo Verde.

Depois de salientar que ela não passava por um homem, disse: «Não podemos admitir que o nosso povo seja vítima

da Unidade. Este é o fundo do problema. Nós queremos a unidade sim, mas na igualdade. Unidade na Guiné, Unidade em Cabo Verde, para atingirmos a União ou Federação que pretendemos fazer.

Sobre a constituição (uma das causas imediatas do levantamento de 14 de Novembro) o porta-voz do Conselho da Revolução considerou: «Foi rejeitada a opinião do nosso povo e as suas aspirações. Os camaradas viram a reacção do nosso povo em todas as regiões e nos Bairros de Bissau, no que respeita à Constituição.

E, sintetizando a resposta à pergunta colocada pelo nosso jornal: «São essas as situações criadas, e não podíamos, por mais tempo, deixar de responder às aspirações do nosso povo e, sobretudo, das nossas Forças Armadas. Tivemos que assumir essa responsabilidade para a salvaguardar a nossa Revolução que é cara ao nosso Povo. Foram os objectivos que nos levaram a agir: afastar um homem. Mas toda a equipa do Governo está presente. Portanto, isso não tem nada a ver com a

linha política do Partido.»

NÃO AOS «PROJETOS DE PRESTÍGIO»

Mais à frente, o camarada Victor Saúde Maria pôde esclarecer que a manutenção dos membros do anterior Governo em exercício «não quer dizer que não vão surgir alterações.»

«Vamos fazer uma análise da situação — disse — e tomaremos as decisões que se imponham para servir o nosso povo.»

Sobre a situação económica do país, o vice-presidente do Conselho da Revolução começou por garantir que «não nos lançaremos nos projectos de grandes ambições e de prestígio que não correspondem à realidade do país.»

Informou ainda que o Orçamento Geral do Estado recentemente aprovado (e concretamente, os aumentos salariais nele contemplados) seria levado à prática. No que se refere ao Plano Quadrienal, o Conselho da Revolução manifestou a opinião de que se deve avançar «a partir do momento em que ele corresponda à realidade concreta do

No Pintcha, 24.11.'80

nosso país.» Acrescentou Victor Saúde Maria: «Nós pensamos que não vai estar em causa o trabalho já realizado. Talvez possamos enriquecer mais o trabalho que já está feito no Plano Quadrienal».

Ainda dentro do problema da economia nacional, o Conselho da Revolução (desta vez pela voz de Victor Freire Monteiro), entendendo que não seria oportuno pormenorizar as acções imediatas de recuperação a serem empreendidas, afirmou: «Terá certamente de ser alterado o rumo nalguns aspectos da acção económica e financeira, porque na realidade não se pode, pelo facto de determinados projectos terem sido feitos ou avançados, que isso tivesse acontecido na base de uma unanimidade total da parte dos técnicos ou mesmo da parte dos membros do Governo».

PRESTAR CONTAS AO POVO

«Nós, Conselho da Revolução, vamos ouvir o antigo presidente Luiz Cabral» — disse Victor

Saúde Maria, perante a interrogação colocada por um jornalista português, sobre o destino de Luiz Cabral.

«Terá que prestar contas — disse — porque nem sabemos em que pé está a situação económica-financeira do país. O próprio comandante Nino Vieira não está informado. De maneira que o antigo presidente terá de nos prestar contas, porque nós temos contas a prestar ao nosso povo».

No que respeita à eventual saída de Luiz Cabral (o jornalista interrogara sobre se se admitia a sua ida para Portugal); eis a posição do Conselho da Revolução: «Após a prestação de contas, ele será livre para decidir para onde quer ir. Nós temos boas relações com Portugal, e pretendemos mantê-las e reforçá-las. Temos muitas coisas em comum com o povo português. Esperamos que o Governo português compreenda que todo o reforço das nossas relações só pode servir os interesses máximos dos nossos dois países».

O Conselho da Revolução teve oportunidade de marcar que, com o 14 de Novembro, o Partido não está em causa. «Nós somos pelo Partido e defendemos tudo o que seja do Programa do nosso Partido», foi afirmado, a propósito.

Depois de algumas perguntas sobre política externa, concretamente sobre o litígio à volta das fronteiras marítimas com o Senegal e a República da Guiné (que possibilitaram ao Conselho da Revolução reafirmar o seu empenhamento numa solução negociada) o problema da Unidade Guiné-Cabo Verde voltou a ser tratado. Eis como Victor Saúde Maria situou o problema, sempre em termos de «Unidade na Igualdade». «Pensamos que o Conselho da Revolução tem responsabilidades no que respeita à Unidade. Não podemos fugir a essa responsabilidade. Lutamos pela Unidade Africana. Achamos que devemos lutar pela Unidade. O nosso povo compreenderá.»

"Nino aos jornalistas: Deturpação do princípio da unidade também foi causa da acção militar"

As minhas primeiras palavras são de saudação e agradecimento aos senhores representantes da Imprensa Internacional que quiseram deslocar-se ao nosso país para recolher directamente as informações sobre os acontecimentos do 14 de Novembro.

Para nós é uma grande satisfação tê-los no nosso jovem país, na medida em que temos consciência e reconhecemos o papel importante dos órgãos de comunicação na formação e opinião pública mundial.

Sete anos após a nossa independência, independência essa adquirida à custa de inúmeros sacrifícios consentidos pelo nosso povo ao longo de uma histórica e dura Luta Armada de Libertação Nacional, os combatentes da Liberdade da Pátria, confrontados com uma situação gravíssima que o país vinha atravessando, viram-se obrigados a recorrer às armas para efectuar os reajustamentos que de há muito se impunham.

O recurso às armas não foi, porém, a via mais fácil para nós. Nos últimos tempos houve várias tentativas de, no quadro dos princípios básicos do nosso Partido, o PAIGC, solucionarmos os graves problemas nacionais.

Infelizmente, mercê de uma política antidemocrática, de flagrante desvio à linha do Partido, foram sendo bloqueadas todas as possibilidades de discussão e de diálogo.

Como causas fundamentais que originaram a nossa acção do passado dia 14 de Novembro, realçamos a degrading situação económico-social do país, o desvio da linha ideoló-

gica do Partido, substanciado na progressiva eliminação dos princípios do centralismo democrático, no combate duro à aplicação do princípio de crítica e autocritica, na deturpação do princípio da Unidade Guiné-Cabo Verde, e na introdução de divisionismo no seio dos militantes, responsáveis e dirigentes. A situação que se criou nos últimos tempos no nosso país atingiu proporções insustentáveis. O seu desfecho era imprevisível e capaz de provocar consequências irreparáveis, pondo em causa a nossa própria Revolução, os objectivos e a linha do pensamento de Amílcar Cabral.

Enquanto se proclamava teoricamente a Democracia Nacional Revolucionária, assistia-se na prática à sua negação completa; as discussões acerca do ante-projecto e projecto da nossa Constituição Política revelam todas as anomalias nela contidas, objectivando na personalização do poder e na negação ao povo guineense da sua identidade Nacional.

Senhores jornalistas:

Vistas as origens e as causas que motivaram o levantamento popular enquadrado pelas nossas Forças Armadas, urge estabelecer um programa de acção que o Conselho de Revolução e o Governo deverão realizar para criar condições necessárias à melhoria do nível de vida e de trabalho das nossas populações.

O nosso Programa, dada a situação deteriorada da economia nacional, terá que se basear numa linha de acção realista e consequente. Não podemos

prometer nem realizar milagres. Teremos que, na base de uma análise crítica da prática do regime anterior, estabelecer uma criação de acções que tenham por objectivo vencer os obstáculos ao desenvolvimento económico-social.

Queremos reafirmar aos senhores jornalistas que a nossa acção no domínio económico, social, cultural, de defesa e segurança, seguirá as orientações insertas no Programa do PAIGC e nas resoluções do III Congresso do Partido.

A preocupação dominante do Conselho de Revolução consiste em aplicar na prática os princípios conducentes à criação de uma economia nacional independente, tendo como base a instauração da Democracia Nacional Revolucionária.

No plano exterior, reafirmamos a nossa adesão às Cartas da OUA, da ONU e da CEDEAO.

A República da Guiné-Bissau continuará a desenvolver as melhores relações com todos os países na base do direito internacional, dos princípios da independência, da igualdade entre os Estados, da não ingerência nos assuntos internos, da reciprocidade de vantagens, da coexistência pacífica e do não alinhamento.

O Conselho de Revolução assegura o respeito pelos acordos de cooperação existentes e o reforço e consolidação dos laços de amizade com todos os povos, em especial os nossos vizinhos e aqueles que nos apoiaram durante a Luta Armada de Libertação Nacional.

Em nome do Conselho de Revolução, reafirmo o nosso total e incondicional apoio à luta dos povos oprimidos, pela sua autodeterminação e independência.

Com os acontecimentos do 14 de Novembro, lançamos as bases reais para o estabelecimento do processo da Unidade Guiné-Cabo Verde, assento no respeito à soberania e à dignidade de cada um dos povos como uma contribuição para a realização da Unidade Africana.

Queremos reafirmar à opinião internacional que a acção revolucionária levado a cabo pelos jovens oficiais das nossas gloriosas Forças Armadas com total adesão popular não foi dirigida contra os nossos irmãos caboverdianos. Ao contrário do que pretendem insinuar certas notícias chegadas ao nosso conhecimento.

A acção de Reajustamento teve como objectivo restabelecer o clima de confiança, de justiça social e da salvaguarda da identidade nacional.

A natureza do nosso Estado continua sendo democrática, laica, anti-imperialista e anti-colonialista, virada para a materialização do progresso do nosso povo, independentemente da sua cor, sexo, raça, convicção religiosa ou filosófica, sem distinção do seu nível social, da sua cultura e do seu grau de instrução.

Para a concretização dos objectivos e propósitos definidos pelo Conselho de Revolução é absolutamente necessário restabelecer a concórdia nacional.

Apelamos pois, a todos os nossos concidadãos, residentes no país

ou no estrangeiro, para aderirem ao Movimento do 14 de Novembro, que visa a união orgânica de todas as forças nacionalistas e patrióticas da Guiné, única via para a construção de uma Pá-

tria forte, unida e progressista, onde reine a justiça social e o respeito pela dignidade humana.

Peço-lhes, senhores jornalistas, que transmitam aos cooperantes

e estrangeiros que ao nosso lado têm labutado, e aos respectivos países, o melhor reconhecimento do Conselho da Revolução pela sua contribuição, e assegurar-lhes que encon-

trarão sempre um clima de paz e de segurança nesta terra que pertence a todos os que nela trabalham honestamente.

No Pintcha, 24.11.'80

"Guiné-Bissau na hora di cambanca"

As pessoas que tiveram, um dia, a oportunidade de ver as fossas comuns das matas de Portogole, não deixarão, certamente, de concordar connosco de que estávamos sentados sob a lama, sem o saber.

Entre a indignação e a surpresa, interrogar-se-ão também de, como filhos da nossa terra, prestigiados na luta anti-colonial, foram capazes de entrar em tal contradição com a natureza profundamente humanista da causa dos combatentes de liberdade. Matar friamente outros guineenses, apenas porque discordaram — à sua maneira — com a forma injusta e incorrecta como estavam sendo aplicados os princípios do Partido.

É verdade! As vezes não conhecemos a couve da nossa própria horta.

Mas será que só o medo da verdade é que explica tal prática, tão contrária aos princípios do PAIGC, de recuperar os homens?

José Araújo defendeu um dia que o maior perigo para o Partido não era a questão da unidade, mas sim a falta de ideologia dos militantes. Contudo, a tomada de posição de vários concidadãos nossos que foram barbaramente assassinados não se explica só pelas suas limitações ideológicas. Por diversas razões o problema da forma da realização

da unidade constituía um dos elementos básicos das discordâncias.

A unidade pela qual Amílcar Cabral arriscou a sua própria vida, pela qual Domingos Ramos morreu na flor da idade, foi traída. E essa traição não é de hoje. A sua aplicação na Guiné-Bissau tornou-se o domínio reservado de poucas pessoas, que não permitiram um diálogo profundo e democrático a este respeito, sacralizando o assunto, tornando-o um «tabú». A ponto de se instituir, no nosso país, um grupo de repressão de todo aquele que fizesse a mais legítima comparação entre certas realidades de Cabo Verde e da Guiné.

Confundindo os seus interesses pessoais com os do nosso povo, foram discriminando, afastando e mesmo conspirando contra a vida de filhos honestos da nossa terra. Deste modo, discordantes, foram aumentando no seio do Partido e do Estado.

O cúmulo dessa orientação anti-partidária deu-se na apresentação e discussão do projecto da nova Constituição. Apesar da carência alimentar que afligia a grande massa da população na altura, esta não deixou de participar na discussão, apontando as principais lacunas deste documento essencial. Quem pode ser presi-

dente? Porquê a pena de morte na Guiné-Bissau e não em Cabo Verde? Qual a necessidade da concentração do poder nas mãos de Luiz Cabral?

Os que assistiram aos trabalhos da CNG, e da ANP não tiveram medo de afirmar: a Constituição aprovada foi imposta aos representantes do povo da Guiné-Bissau. O destino do nosso país e da nossa revolução tornava-se a partir desse instante imprevisível, e para muitos sombrio. Ao lado das quatro fossas com cadáveres, havia duas outras vazias, a espera de outras vítimas.

Interpretando correctamente os anseios do povo, as nossas gloriosas FARP, dirigidas pelos seus melhores membros apoiados pela grande massa dos militantes e populares realizaram o Movimento Reajustador de 14 de Novembro. Deste modo, o Partido de Cabral, a Pátria libertada a preço do sangue dos nossos heróis e mártires, foram poupados a um golpe mortal.

No entanto, a luta não terminou. Há que cortar com toda a prática anterior, que está na origem dos desvios à linha do Partido. Todos os factos apontam na direcção da fraqueza moral, ambição do poder, ausência de personalidade e de divórcio dos interesses do povo. Contamos voltar a este assunto num dos próximos números.

A Guiné-Bissau é dirigida por um Conselho de Revolução desde o passado dia 15 de Novembro, composto de nove membros e quatro colaboradores, presidido pelo camarada Comandante de Brigada, João Bernardo Vieira, antigo Comissário Principal.

As principais causas que levaram a esta acção revolucionária de 14 de Novembro foram os desvios à linha de orientação que o camarada Amílcar Cabral nos legou, sobretudo no processo da unidade de Guiné-Cabo Verde, fazendo com que o nosso povo se tornasse vítima da deturpação desse princípio do nosso Partido. Queremos a unidade, mas na igualdade!

A Revolução de 14 de Novembro não foi nem podia ser racista e anti-caboverdiana. Os nossos irmãos de Cabo Verde, radicados na Guiné-Bissau, nada têm a temer. Nós estamos, sim, contra as injustiças a que com a expulsão do colonialismo, pensamos ter banido da nossa terra.

Durante estes seis anos após a libertação total do nosso país, assistia-se cada vez mais à corrupção, à irresponsabilidade, à tolerância face aos erros, amiguismo, nepotismo, ostentação e ambição pessoal, ao «espírito de régulo», em suma. Aliás, estes casos foram focados pelo camarada Aristides Pereira, no seu relatório apresentado à reunião do CSL, em Junho último, mas não foram concretizadas acções sistemáticas contra tais elementos, no seio do Partido.

Nestes seis anos, cerca de 500 pessoas foram fuziladas pelo regime de Luiz Cabral, e enterradas em valas comuns nas matas. As valas foram visitadas pelos diplomatas acreditados no país e jornalistas, no sábado. Mas, no meio de tanto desvio e tanta arbitrariedade, a Constituição foi a última gota de água que fez transbordar o copo. A maneira como foi aprovada, é um autêntico insulto à dignidade do nosso povo, que há muito tinha merecido o respeito pela sua personalidade.

Nomeado governo provisório

Tendo em conta que já se encontra normalizada a situação em todo o território nacional e que se impõe retomar as actividades que incumbem aos diferentes Comissariados e organismos do Estado, de modo a garantir o andamento dos assuntos correntes da Administração, o Conselho da Revolução, no exercício da competência que lhe é atribuída pelo artigo 4.º da Lei n.º 1/80, de 15 de Novembro, decide nomear transitoriamente vários camaradas, constituindo um Governo Provisório.

Assim, foi nomeado para o cargo de Comissário de Estado dos Negócios Estrangeiros, o camarada Victor Saúde Maria. O camarada Paulo Correia passará a exercer as funções de Comissário de Estado das Forças Armadas, cumulativamente com as de Comissário de Estado dos Combatentes da Liberdade da Pátria.

Por seu turno o cargo de Comissário de Estado do Interior passará a ser exercido pelo camarada Manuel Saturnino da Costa, enquanto que o camarada Samba Lamine Mané ficará como Comissário de Estado de Recursos Naturais e Joseph Turpin, Secretário de Estado das Pescas. O camarada Victor Freire Monteiro exercerá à mesma o cargo de Governador do Banco Nacional e o camarada Mário Leopoldo Rebelo Cabral, Comissário de Estado de Desenvolvimento Rural, cumulativamente com as funções de Comissário de Estado de Informação e Cultura.

Além disso, o camarada Vasco Cabral foi nomeado para o cargo de Comissário de Esta-

do da Coordenação Económica e Plano, Carlos Correia, Comissário de Estado de Finanças, Manuel Santos (Manecas), Comissário de Estado de Transportes e Turismo, Filinto Vaz Martins, Comissário de Estado da Educação Nacional e Alberto Lima Gomes, Comissário de Estado das Obras Públicas, Construção e Urbanismo.

Segundo esta decisão que entra imediatamente em vigor, os assuntos da competência dos Comissariados de Estado de Saúde, de Justiça, de Comércio, Indústria e Artesanato, e de Correios e Telecomunicações serão transitoriamente geridos pelo Conselho de Revolução.

Saliente-se que quase todos os membros do Governo deposto reassumiram as suas funções, registando-se acumulação de dois cargos por parte do camarada Paulo Correia, que era somente Comissário de Estado dos Combatentes da Liberdade da Pátria, e a entrada do camarada Manuel Saturnino, embaixador da Guiné-Bissau na União Soviética. Entretanto, não constam da lista do Governo provisório: Armando Ramos, antigo Comissário de Estado do Comércio, Indústria e Artesanato; João da Costa, Comissário de Estado da Saúde e Assuntos Sociais; Fidélis Cabral de Almada, Comissário de Estado da Justiça; Fernando Fortes, Comissário de Estado dos Correios e Telecomunicações e Mário de Andrade, Comissário de Estado de Informação e Cultura, todos membros do governo derrubado em 14 de Novembro.

Legislada a dissolução dos órgãos de poder do regime deposito

O Conselho da Revolução, criado a partir da acção revolucionária de 14 de Novembro, aprovou uma lei (Lei n.º 1/80), que dissolve o Conselho de Estado e a Assembleia Nacional Popular e extingue o Conselho dos Comissários de Estado, e uma decisão que estipula a exoneração das suas funções os respectivos membros. Todos os poderes passam a ser exercidos pelo Conselho da Revolução.

LEI N.º 1/80

Passamos a transcrever na íntegra a lei n.º 1/80:

«Depois dos acontecimentos do 14 de Novembro do qual nasceu o Conselho da Revolução como órgão máximo para orientar os destinos do Estado e da Nação, os poderes que detinham a Assembleia Nacional Popular, o Conselho de Estado e o Conselho dos Comissários de Estado devem ser imediatamente assumidos pelo referido Conselho da Revolução.

Assim, o Conselho da Revolução decide, para valer como lei constitucional, o seguinte:

Artigo 1.º É destituído de todas as suas funções o Presidente do Conselho de Estado, Luiz Severino de Almeida Cabral.

Art. 2.º São dissolvidos a Assembleia Na-

Comissário de Estado da Coordenação Económica e Plano, camarada Vasco Cabral, membro do CEL do PAIGC;

Comissário de Estado de Finanças, camarada Carlos Correia, membro do CEL do PAIGC;

Comissário de Estado dos Combatentes da Liberdade da Pátria, camarada Paulo Correia, membro do CEL do PAIGC;

Comissário de Estado dos Negócios Estrangeiros, camarada Victor Saúde Maria, membro do CEL do PAIGC;

Comissário de Estado de Educação Nacional, camarada Filinto Vaz Martins;

Comissário de Estado de Saúde e Assuntos Sociais camarada João da Costa, membro do CSL do PAIGC;

Comissário de Estado de Justiça, camarada Fidélis Cabral de Almada, membro do CSL do PAIGC;

do de todas as suas funções o Presidente do Conselho de Estado, Luiz Severino de Almeida Cabral.

Art. 2.º São dissolvidos a Assembleia Nacional Popular e o Conselho de Estado.

Art. 3.º É extinto o Conselho dos Comissários de Estado.

Art. 4.º Todos os poderes atribuídos aos órgãos referidos nos artigos anteriores passam a ser exercidos pelo Conselho da Revolução.

Art. 5.º Este diploma entra imediatamente em vigor.

Visto e aprovado pelo Conselho da Revolução aos 15 de Novembro de 1980».

DECISÃO N.º 1/80

O teor da Decisão n.º 1/80 é o seguinte:

«Considerando o resultado vitorioso do dia 14 de Novembro que conduziu à deposição do Governo então no Poder;

Artigo 1.º São exonerados das suas funções os membros do Conselho dos Comissários de Estado que haviam sido nomeados por Decisão n.º 6/78, de 11 de Outubro, a seguir indicados:

Comissário de Estado das Forças Armadas, camarada Umaro Djaló, membro da Comissão Permanente do CEL do PAIGC;

Comissário de Estado do Interior, camarada Constantino Teixeira, membro da Comissão Permanente do CEL do PAIGC;

da Costa, membro do CSL do PAIGC;

Comissário de Estado de Justiça, camarada Fidélis Cabral de Almada, membro do CSL do PAIGC;

Comissário de Estado de Transportes e Turismo, camarada Manuel dos Santos, membro do CSL do PAIGC;

Comissário de Estado de Comércio, Indústria e Artesanato, camarada Armando Ramos, membro do CSL do PAIGC;

Comissário de Estado de Recursos Naturais, camarada Samba Lamine Mané;

Comissário de Estado de Desenvolvimento Rural, camarada Mário Leopoldo Rebelo Cabral;

Comissário de Estado de Obras Públicas, Construção e Urbanismo, camarada Alberto Lima Gomes;

Comissário de Estado de Correios e Telecomunicações, camarada Fernando Ferreira Fortes, membro do CSL do P.A. I.G.C.;

Comissário de Estado de Informação e Cultura, camarada Mário de Andrade;

Governador do Banco Nacional camarada Victor Freire Monteiro; Secretário de Estado das Pescas, camarada Joseph Turpin, membro do CSL do PAIGC.

Art. 2.º Esta decisão entra imediatamente em vigor.

Vista e aprovada pelo Conselho de Revolução em 15 de Novembro de 1980».

No Pintcha, 24.11.80

Uma grande ofensiva foi desencadeada no seio do braço armado do povo contra o analfabetismo, e para uma superação ideológica e política, o que permitiria uma melhor interpretação do processo político e sócio-económico que o país vinha vivendo. Daí que cada combatente, consciente do seu papel histórico, soube manter-se fiel aos princípios e às linhas do PAIGC traçadas por Amílcar Cabral. E a acção revolucionária de 14 de Novembro é a prova evidente, nua e crua, dessa fidelidade à causa sempre justa por que luta um povo, ao direito à liberdade de acção e de expressão, ao direito de afirmação perante o mundo, da sua personalidade nacional própria.

A acção de 14 de Novembro, personificada pelo Conselho da Revolução, sob a direcção do Comandante de Brigada, camarada João Bernardo Vieira (Nino), é a expressão autêntica e inconfundível dessa fidelidade ao legado de Amílcar Cabral, ao serviço das aspirações mais elementares do nosso povo.

Mensagem a Aristides Pereira **Fidelidade a Amílcar Cabral**

«Permanecemos fiéis aos princípios, à linha e objectivos traçados pelo saudoso camarada Amílcar Cabral». Esta declaração constitui o fundo da mensagem do Conselho da Revolução enviada no passado dia 16 ao camarada Aristides Pereira, Secretário-Geral do PAIGC.

O extracto dessa mensagem visa essencialmente informar sobre as razões dessa acção revolucionária e em particular deixar claro que a Revolução não foi feita contra a cor da

pele nem contra o PAIGC, era preciso o saneamento de uma situação que já se encontrava não só, contrária aos princípios e à linha e ao pensamento de Amílcar Cabral. Eis a mensagem:

«Perante a grave situação que se criou durante os últimos tempos, cujo desfecho era imprevisível e capaz de provocar consequências irreparáveis, pondo em causa a nossa Revolução, os objectivos e a linha do pensamento do nosso saudoso Camarada Amíl-

car Cabral, fomos obrigados, respondendo aos anseios do povo, de, no dia 14 do corrente mês de Novembro, tomar as medidas que a situação impunha.

A integridade física do ex-Presidente do Conselho de Estado, Luiz Cabral, e de sua família encontra-se garantida pelo Conselho da Revolução.

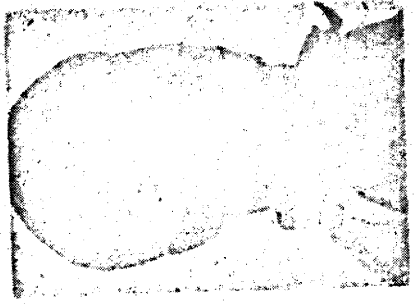
A situação encontra-se normal em toda a extensão do território nacional.

Não houve efusão de sangue nem quaisquer actos de vin-

gança. Todos os cidadãos caboverdianos que se encontram na República da Guiné-Bissau não foram vítimas de quaisquer actos.

Permanecemos fiéis aos princípios, à linha e objectivos traçados pelo saudoso Camarada Amílcar Cabral e expressamos a nossa firme determinação de continuar a desenvolver os laços históricos que unem os nossos dois povos».

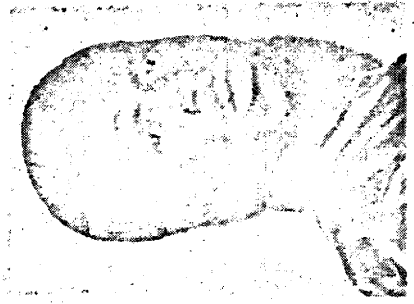
Membros do Conselho de Revolução



Capitão Benghate Na Beate;
Principais colaboradores do Conselho de Revolução;



Primeiro Comandante Paulo Correia;
Comandante Manuel Saturnino da Costa;



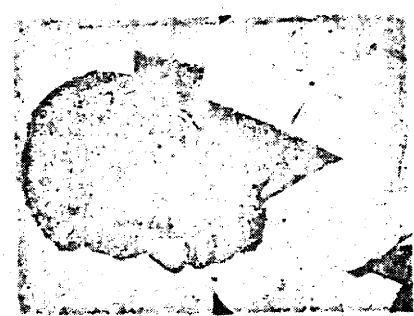
Comandante de Brigada, João Bernardo Vieira, Presidente do Conselho de Revolução;



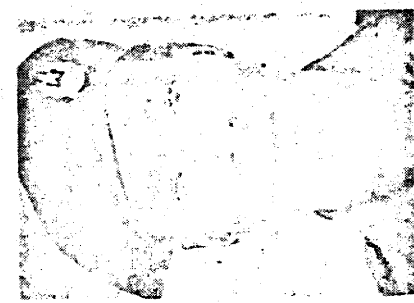
Victor Saúde Maria, Vice-Presidente do Conselho de Revolução;



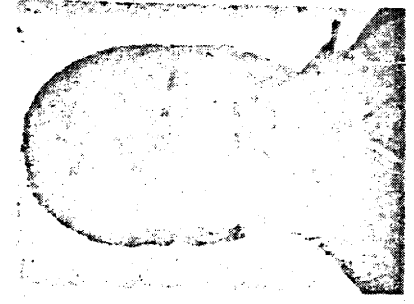
Comandante Iafai Camará;



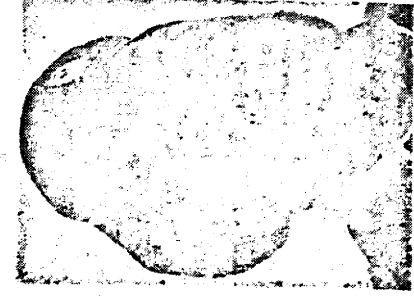
Comandante João da Silva;



Eng. Samba Lamine Mané;



Eng. Mário Cabral;



Dr. João Cruz Pinto.

FARP: 16 de Novembro de 1964 - 16 de Novembro de 1980

Sempre ao lado do Povo

16 DE NOVEMBRO DE 1964. Grande parte do nosso país vivia sob a opressão e exploração do regime colonial português. A guerrilha (até aí ainda marcada por espontaneísmo e deficiência na estruturação), iria dar um salto qualitativo, defendendo a causa da Libertação sob a bandeira do PAIGC.

A maioria dos combatentes incorporados nunca tinham passado por nenhuma escola ou academia militar. Eram camponeses, operários e condutores mal armados, organizados para a luta pelo Partido. Comandados por antigos funcionários, empregados do comércio, estudantes iriam, pouco tempo depois, organizadamente, abrir frentes de luta em Gabú, no Boé e noutras zonas do sul.

Dez anos volvidos, sob a direcção do PAIGC e pela acção corajosa e determinada das suas Forças Armadas e de todo o povo, o colonialismo seria completa e definitivamente expulso do nosso chão. Mas a luta não terminara.

Na noite de 14 de Novembro, dois dias antes do 16.º aniversário do histórico juramento de Candjara, as FARP arcariam com as responsabilidades de travar os erros e desvios aos princípios de Cabral, restituindo a dignidade ao povo guineense.

A criação das FARP, constituída pelos grupos de guerrilha, Milícia Popular e Exército Regular Popular, dirigido por um órgão central — o Conselho de Guerra — foi decidida no I Congresso do PAIGC, realizado em Fevereiro de 1964, na tabanca de Cassacá, a fim de adaptar as forças de guerrilha às novas condições indispensáveis ao desenvolvimento da Luta Armada de Libertação.

BATALHA DE COMO — UM TESTE

Enquanto decorria esta reunião, desenrolava-se, a uma quinzena de quilómetros dali, nas laldas e matas de Como, uma batalha decisiva. Tratava-se de conservar um território estratégico, onde flutuou pela primeira vez a bandeira do Partido.

Conjugavam-se assim, no espaço e no tempo, duas acções: política e militar, que passariam a constituir a característica dominante das FARP — um instrumento do Partido para fins políticos.

Na vã tentativa de conquistar Como, o estado-maior colonial vindo expressamente de Lisboa utilizou tudo: marinha, aviação e 3 mil homens de infantaria (incluindo veteranos vindos de Angola). Os combatentes infligiram ao inimigo uma pesada derrota durante os quatro meses que durara os

confrontos. Por diversas razões, o desfecho da batalha de Como revelar-se-ia decisivo para as futuras vitórias das nossas Forças Armadas.

Como provou que a superioridade numérica e material (dos colonialistas) nada pode contra a superioridade moral (dos Combatentes da Liberdade). Testou a capacidade dos militantes de enfrentar e derrotar os «colons», demonstrou a importância da estreita colaboração povo-combatente. Lições que seriam depois aplicadas vitoriosamente noutras frentes.

A luta atingiria níveis mais desenvolvidos. A 19 de Fevereiro de 1968, um comando de 13 camaradas atacou com armas pesadas o aeroporto de Bisalanca, principal base aérea inimiga, situada apenas a dez quilómetros da capital. Ficou assim de-

monstrada a capacidade das nossas forças de golpear os colonialistas em qualquer ponto do país.

Mas não ficaria por aqui a evolução do braço armado do Partido. Seriam formados quadros especializados nos diferentes ramos das forças armadas, reforçada a capacidade material, a ponto de neutralizar a principal arma inimiga — a aviação. A tomada do campo fortificado de Guiledje, que culminou a operação «Amílcar Cabral» da ofensiva generalizada, mostrou por seu lado a capacidade das FARP enfrentarem com êxito a tropa inimiga numa guerra convencional.

NA RECONSTRUÇÃO NACIONAL

Depois de cumprida a missão heróica de expulsão do exército colonial do país, facto que culminou o cumprimento do Programa Mínimo do P. A.I.G.C., as gloriosas FARP empenharam-se com afinco na defesa das conquistas da Luta Armada de Libertação Nacional, e das legítimas aspirações do povo. Na Reconstrução Nacional, souberam, com honra e firmeza, aceitar todos os sacrifícios de uma situação catastrófica imposta ao país nestes seis anos de independência.

Para além do papel primordial de garantir ao povo da Guiné-Bissau a paz necessária ao desenvolvimento das actividades produtivas, as FARP, apesar de uma limitação incompatível com seu enraizamento popular (jovens militantes armados), puseram a sua força física, de forma modesta, ao dispôr da Reconstrução Nacional, participando na recuperação de algumas estradas de terra batida, e na agricultura. Meios e conhecimentos técnicos foram postos ao serviço da saúde e educação sanitária, das telecomunicações, dos transportes. Porém, a tradição das FARP ao longo de 11 anos de luta armada, ofereciam, e oferecem agora mais do que nunca, condições para uma intervenção mais ampla na Luta de Reconstrução Nacional.

«Houve um levantamento geral das Forças Armadas, apoiadas pelo povo da Guiné-Bissau, porque as circunstâncias o exigiram. Era o momento oportuno para que o nosso povo tomasse nas suas mãos o seu próprio destino e para que governasse a si próprio. Foi para isso que muitos milhares de filhos da Guiné-Bissau morreram durante a Luta Armada de Libertação Nacional, entre eles Amílcar Cabral, Domingos Ramos, Pansau na Isna, Osvaldo Vieira e tantos outros» — Nino iniciava assim, na sexta-feira passada, o seu discurso de improvisação perante centenas de milhar de pessoas.

Em fidelidade ao sacrifício e sangue derramado por esses heróis na nossa pátria africana, pela liberdade de um povo que tem o direito de sua própria personalidade. Foi por isso que o 14 de Novembro ficará na História da Guiné-Bissau.

Na Praça dos Heróis Nacionais, as radiações solares, o calor humano e o entusiasmo popular temperavam o ambiente de militância e unidade nacional. A unidade em torno do Conselho da Revolução que nessa sexta-feira estabelecia o primeiro contacto directo com a população.

Uma concentração de pessoas nunca dantes vista na história do país. Nem as visitas de Neto e Machel e nem as manifestações do III Congresso em 77 se podem comparar a esse mar de gente, animado no espírito daquilo a que muitos não hesitaram em designar como «a segunda libertação nacional», «o reajustamento», nas palavras de Nino Vieira.

Nesse comício, aberto pelo Camarada Mário Cabral, um dos colaboradores directos do Conselho da Revolução e antigo Comissário do Desenvolvimento Rural, o público escutou e aclamou as palavras proferidas com emoção pelo Presidente do Conselho da Revolução, João Bernardo Vieira, e pelo seu Vice-Presidente, Victor Saúde Maria.

«Nesta Revolução, nós não somos contra ninguém. Há especulações de que nós somos contra os caboverdianos. É mentira! Não somos contra os nossos irmãos caboverdianos, porque muitos deles, como o comandante Manecas e outros, pegaram em armas e lutaram juntamente connosco pela liberdade da Guiné-Bissau. Nós somos, sim, contra a injustiça, por isso resolvemos fazer o reajustamento na nessa terra».

Uma referência factual e oportuna para esclarecer certas acusações mal intencionadas à volta dos objectivos da Revolução do 14 de Novembro. Uma acção revolucionária que não tem nada a ver com a cor da pele deste ou daquele. Luiz Cabral é afastado do poder assim como outros não-caboverdianos seus colabo-

radores o foram, consoante as suas culpas.

O povo estava ali para justificar esse conceito que Cabral nos legou. Um grupo de manifestantes empunhava cartazes proclamando «Viva à unidade Guiné-Cabo Verde», «Viva ao PAIGC», «Viva o Conselho da Revolução e abaixo os mal intencionados».

«Não trairemos os princípios de Cabral. Foi Amílcar Cabral que libertou esta terra. E a nossa maior homenagem neste momento vai para a Amílcar Cabral» —

disse Nino Vieira acentuando com especial destaque, a particularidade do PAIGC — o nosso único Partido:

«Mudamos um homem mas não mudamos as estruturas do Partido. Depois o Partido vai justificar todas as causas, analisar toda a situação criada. Não fizemos isso por ambição pessoal e nem para fazer mal a ninguém. O que queremos realmente é a liberdade do povo. Por isso é que lutamos» — afirmou.

Precisamente o desvio da linha política do PAIGC de Cabral, apesar de todas as tentativas de diálogo e de utilização de meios mais democráticos de discussão colectiva, sempre

rejeitadas, segundo reforçou mais tarde Victor Saúde Maria, que também afastou qualquer ideias de o levantamento ter sido o resultado de uma influência instigada do exterior. «Erguemo-nos para responder à justiça que o nosso povo proclamava. (...) Somos pequenos em tamanho, mas grandes em prestígio conquistado na luta» — salientou.

Ainda de acordo com o Comandante Vieira, até não era necessário recorreremos as armas que só por si já representa a violência. «Mas,

nesta terra — prosseguiu — já não se podia dizer a verdade nem nas mais altas instâncias. Quem discutisse e dissesse a verdade era considerado oportunista e vigarista. Não pode ser camaradas! Não conquistamos a liberdade para que o verdadeiro povo seja privado do direito de exprimir».

O novo dirigente do órgão máximo do país deu a conhecer ao público alguns aspectos de perseguição e tentativas de afastamento do aparelho Estatal e partidário de que pessoalmente tinha sido alvo pelo único motivo de constituir uma sombra e um obstáculo à escalada política do ex-Presidente Luiz Cabral que, para

tal elaborou um plano secreto da segurança visando a sua integridade física.

Os motivos do assassinato dos presos políticos ao longo do regime de Luiz Cabral e as graves contradições registadas na discussão da Constituição da República, mereceram forte condenação por parte de Nino Vieira. Pois, segundo ele, não fizemos a Revolução para assassinar ninguém. Em menos de seis anos, cerca de 500 cidadãos foram silenciados nas prisões de Mansoa, Cumeré, Farim e Bafatá, não mais porque se discordavam com a política de unidade que não visava em nada os objectivos igualitários dos dois povos. «Eles são as testemunhas do 14 de Novembro, porque não queremos mais que o povo morra». — disse fazendo alusão aos restos cadavéricos desenterrados em valas comuns nas matas de Djudgul-Portogole.

O Presidente do Conselho da Revolução assegurou a abertura do país, neste novo caminho, à todos os cidadãos, homens conscientes e honestos desta terra, emigrados no estrangeiro, por medo de serem mortos e apelou a que regressem à Guiné-Bissau e participem connosco na reconstrução, pelo progresso do

UMA RESPOSTA ENÉRGICA

Compreender os acontecimentos que se desenrolaram recentemente no nosso país, analisar o significado profundo das mutações perdas, só é possível, situando-se no seu verdadeiro contexto histórico:

Animado durante 14 anos por um espírito patriótico profundo e inspirado no movimento evolucionário dos países que ora emergiam da barbárie colonial, o nosso Povo, consciente da sua responsabilidade histórica, deu provas incontestáveis da sua maturidade política ao conduzir, sob a direcção lúcida do nosso sauloso camarada Amílcar Cabral, o processo da sua libertação e da emergência da Nação Guineense, forjada na Luta Armada.

Concretizada a independência «de jure» do nosso País, a 24 de Setembro de 1973, oslicerces de uma sociedade nova, de justiça, de paz, de progresso, e isenta da exploração do homem pelo homem, estavam lançados.

Pensar a Reconstrução Nacional, num país cuja única herança era a miséria, o analfabetismo e o obscurantismo, impunha-se como uma tomada consciente de posições, substanciada no pensamento legado pelo líder mortal, camarada Amílcar Cabral.

Contudo, sete anos após a proclamação, as colinas de Boé, da República da Guiné-Bissau, tornava-se cada vez mais evidente a tendência conducente ao desenvolvimento de uma elite egocêntrica, defendendo obstinadamente uma ordem política, económica e social discriminatória, em detrimento das aspirações legítimas do nosso Povo e manifestamente contrária aos princípios definidos pelo PAIGC.

A evolução desta situação aprofundou as contradições no seio da nossa sociedade, e, simultaneamente, no seio da sua superestrutura política, inviabilizando assim, o funcionamento correcto dos mecanismos democráticos.

Como claramente o definia Cabral, “não queremos que o nosso Povo seja explorado. O nosso desejo de desenvolver o nosso país, com a justiça social e com o poder nas mãos do povo, é a nossa base ideológica. Nunca mais queremos ver um grupo ou uma classe explorar ou dominar a força de trabalho do nosso Povo. Esta é a nossa base...”

Com efeito, nos últimos anos, vinha a verificar-se uma inflexibilidade nas estruturas do Partido e do Estado, caracterizada por uma negação ao diálogo franco e aberto e pela utilização de todo um conjunto de medidas demagógicas.

O País afundava-se cada vez mais, numa situação de dependência económica. A dívida externa atingia, nos últimos tempos, montantes astronómicos. A balança de pagamentos altamente deficitária, a escassez de produtos de primeira necessidade, nomeadamente o arroz, o baixo poder de compra das populações e a inflação galopante, reforçadas pelas injustiças sociais por demais evidentes, eram as características dominantes do regime deposto.

Foi com base nesta complexa situação, plena de conflitos e de contradições e pressionado pela vontade popular, que a 14 de Novembro último, um Conselho de Revolução, presidido pelo Comandante de Brigada, João Bernardo Vieira, assumiu o poder na República da Guiné-Bissau.

Só pessoas altamente comprometidas com o regime deposto, ou aquelas que viviam fora da realidade existente no ex-governo, podem pretender que a corajosa acção levada a cabo por esse valoroso punhado de jovens dirigentes militares e civis, filhos da nossa Terra, fiéis aos princípios básicos do PAIGC, não seria o método mais correcto para solucionar as contradições verificadas desde há algum tempo no seio do Partido.

Como, porém, aceitar uma situação, onde o diálogo e a vontade democrática, que sempre caracterizaram a nossa organização política, fossem substituídos por uma atitude chauvinista e elitista, em flagrante conflito com os interesses fundamentais do nosso povo e da nação guineense?

Tal situação exigia uma resposta enérgica e revolucionária, como condição última para garantir uma vida de paz, progresso e bem-estar social para o nosso Povo, de forma a materializar correctamente os princípios traçados pelo saudoso camarada Amílcar Cabral — Unidade na Guiné, Unidade em Cabo Verde, e Unidade da Guiné e Cabo Verde.

Hoje, mais do que nunca, urge realçar que a acção levada a cabo, longe de ser racista ou anti-caboverdiana, é, antes de mais, a salvaguarda dos princípios consagrados no Programa Maior do PAIGC, da nossa personalidade histórica, da nossa independência nacional.

Em seis anos de independência

500 PESSOAS EXECUTADAS NAS MATAS DE CUMERÉ, PORTOGOLE E MANSABA

N.º Pintcha
Nr. 754
29. 11. 1980

Em seis anos de independência total da nossa terra, 500 pessoas foram fuziladas sumariamente, sem julgamento e enterradas em valas comuns nas matas de Cumeré, Portogole e de Mansabá.

Publicamos hoje, os nomes de algumas pessoas que foram massacradas pelo regime de Luiz Cabral, pois só as fichas criminais é que chegaram ao conhecimento do Conselho da Revolução. Sabe-se que muitos camaradas das FARP, que discordavam do regime e das injustiças de que eram alvo, e elementos de grupo de Malam Sanhá, e antigos comandos africanos criados pelas autoridades do colonialismo português na nossa terra, foram mortos pelos Serviços de Segurança de Governo depesto.

São bem conhecidos do nosso povo os crimes cometidos pelos elementos dos «comandos africanos».

junto das populações indefesas. Era justo que, fossem julgados, mesmo eles, e condenados pelos seus crimes. Mas tal não aconteceu. O regime de Luiz Cabral violou flagrantemente as normas dos Direitos do Homem, e nenhum comando africano, nenhum dissidente foi levado a tribunal. Foram executados barbaramente no meio das florestas, contra os mais elementares princípios da justiça, e contra os princípios do nosso glorioso Partido.

EIS A LISTA NA INTEGRAL:

Madjudjo Baldé, 29 anos, natural de Bafatá, lavrador-djila, filho de Adulai Baldé e de Salimato Baldé, preso em 18-11-78.

Fernando de Pina Araújo (Nando), nascido em 13 de Agosto de 1943, em Farim, empregado comercial, solteiro, filho de José de Pina Araújo e de Lucrícia Monteiro.

Sulcimane Injai, nascido a 13 de Maio de 1950, em Bissau, condutor, solteiro, filho de Queba Injai e Mará Injai.

Bubacar Baldé, nascido em 1945 na Região de Gabú, alfaiate, solteiro, filho de Sambaro Baldé e de Maru Embaló.

Lássana Djassi, nascido em 1945, em Bolama, ajudante mecânico, solteiro, filho de Bacar Djassi e de Ramata Mané, preso em 21-11-78.

Ocante Djú, 29 anos, nascido em Biombo-Bissau, tecelão (ficial), casado, filho de Ocaute Djú e de Nené Gan, preso em 4 de Dezembro de 1974 por suspeita de possuir armamento...

Augusto Nanque — nascido a 15 de Agosto, em Biombo, ex-Polícia Administrativo (Guarda Cívica), solteiro, filho de Djacá Djú e de Fanda Cápitãl pelo tribunal de Guerra.

Gomes Eulálio Francisco — nascido em 15 de Agosto de 1952 em Catió (Região de Tombali), mecânico; casado, reside no Bairro de Pefine casa n.º 74. Foi preso a 2 de Outubro de 1974 por ter desentado nas fileiras do PAIGC, por sua mãe se encontrar na altura doente e o seu pai morto.

Sérgio Carvalho Alvarenga — nascido em 1914 em Bissau, antigo condutor do governador colonial, solteiro, filho de Manuel Carvalho de Alvarenga e de Rosa da Silva, reside em Bissau, na Avenida Unidade Guiné-Cabo Verde, casa n.º 66, preso em 19-11-78, por contribuir no encobrimento no momento da reunião do grupo Malam Sanhá.

André Sanhá (Bletche Sanhá) — de 24 anos, nascido em Bissorã, mecânico naval, casado, reside no Bairro de Missira casa n.º 111, filho de N'Fic Sanhá e de Pantchande N'Bula todos falecidos. Foi preso a 15 de Agosto de 1974 por ter entregue a tropas coloniais...

Maoundé Embaló — nascido em 1958 em Anhambe Galomaro, lavrador, casado, filho de Malam Embaló e de Cumba Baldé, reside no Bairro de Ajuda, preso em 21-11-78.

Mamadú Mané — nascido em 1943 em Unala (Região de Buba), condutor de taxi de Empresa Siló Diata (funcionário público), solteiro, filho de Cuntam Mané e de Fenda Bia, reside no Bairro de parte do grupo Malam Sanhá como condutor de ifgação.

Bubacar Colubali — nascido a 14-7-1943 em Tchurbrique (Cacheu), condutor (cobrador da Siló Diata sua última profissão), solteiro, filho de Samba Colubali e de Páscoa Gomes, reside no Bairro de Reno, casa s/n.º, preso em 21-11-78, acusado de pertencer ao grupo Malam Sanhá.

Garranque Camará — nascido em 1950 em Beldanda, lavrador, solteiro, filho de Mamadú Camará e de Sirá Bangurá, preso em 16-11-78, acusado de ter sido enviado por Malam Sanhá de comandar um grupo de cinco indivíduos.

Amadú Camará — nascido em 1938 em Labé (República da Guiné), lavrador, solteiro, filho de Mussá e de Mariana Barri, reside no Bairro de Ca-lequir, preso em 16-11-78, acusado de tomar parte numa reunião com os elementos do grupo Malam Sanhá.

Tcherno Djau, de 66 anos de idade foi detido em 18 de Novembro de 1978 quando residia no bairro de Las Palmeiras. Natural de Senegal, de nacionalidade guineense.

Na ficha apreendida na polícia consta como profissão «muro muculmano» isto é previa o futuro e fazia «magias». Segundo a sua ficha foi detido em 18 de Novembro de 1978 por ter dado asilo a Malam Sanhá e de servir-lhe de estimulador.

Foi Baldé, solteiro nascido a 17 Abril 1936 em S. Benedito e como profissão encontra-se na sua ficha ex-fuzileiro Naval.

Bernardo dos Santos — nascido em 22-10-1920, em Bolama, condutor, solteiro, filho de Ukacra Mango e de Gunhi, residente no Bairro de Gambeafada-Reno, casa n.º 66, detido em 21-11-78, por ter protegido o grupo de Malam Sanhá.

Arafam Sanhá (Carfala) — nascido em 20-1-1931, em Fulacunda, alfaiate, solteiro, filho de Baccar Sanhá, residente no Bairro de Reno, casa n.º 301, detido em 21-11-78, por pertencer ao grupo Malam Sanhá em convénio com Rafael Barbosa.

Constantino Aliu Sani — nascido em 10-4-53, em Sare-Bacar (Contuboe), professor militar, filho de Suleimane Sani e de Sandje Sani, reside no Bairro de Missira, preso em 18-11-78, por estabelecer ligação entre Malam Sanhá e Rafael Barbosa.

Madia Baldé — nascido em 1953, em Cossé (Bafatá), lavrador, solteiro, filho de Djassi Baldé e de Aissatú Baldé, reside em Caliquir-Bissau, preso em 19-11-78 por ter tomado parte na reunião de «assalto» feita pelo grupo de Malam Sanhá.

Queta Baldé, de 32 anos, nascido em Dando (Região de Bafatá) condutor (funcionário público) filho de Mamadú Alfa Baldé e de Manho Seidi, reside no Bairro de Ajuda, casa n.º 144, preso em 21-11-78, por ter pertencido ao grupo Malam Sanhá.

Samba Djuma Cumbassa, nascido em 1944, em Bambadinca (Bafatá), lavrador, solteiro, filho de Abibo Cumbassa (falecido) e de Djulafé Djaló, preso em 18-11-78, por pertencer ao grupo Malam Sanhá.

Francisco Dias (Tchico Dias) — nascido em Ilhéu do Rei-Bissau, Motorista marítimo, casado, reside no Ilhéu do Rei, filho de Luis Domingos Dias e de Sabina Gomes Correia. Foi preso em 14 de Outubro de 1974 e acusado entre outras coisas de ter pertencido a extinta ANP...

Sanassi Dabó (El Hadge Sanassi Dabó), nascido em 2 de Março de 1920, em Bafatá, «mouro» de profissão e proprietário de imóveis, casado, filho de Supu Dabó e de Cunssa Djassi, preso em 10 de Janeiro de 1975, por pertencer a extinta ANP e militante na LPG — Liga Popular da Guiné.

Adul Baldé — 45 anos, nascido em Cossé, lavrador, casado, filho de Sabana Baldé e de Bakael Baldé, reside em S. Domingos, preso em 20-11-78.

Braima Sani — nascido em 25 de Abril de 1949, em Empada, alfaiate, casado, filho de Malam Sani e de Djilam Sambu, preso em 16-11-78 por ter pertencido ao grupo de Malam Sanhá.

Pate Québé — nascido em 1946 em Forreá (Sector de Quebo), leibé de profissão, solteiro, filho de Tenen Québé e de Bula Djau, reside no Bairro de Cuntum, casa s/n.º, preso em 19-11-78 por ter tido ligação com Malam Sanhá.

Cubé Djaló (Cubé), de 27 anos nascido em Djanadá-Foreá, padeiro, solteiro, filho de Mau Na Indé e de Djijun Camará reside no Senegal preso em 18-11-78.

Morto Correia (Morto), nascido a 3 de Junho de 1933 em Garsenha — Fulacunda, motorista, casado, reside no Alto Crim casa AC-82, preso em Novembro de 1974. Trata-se de um ex-agente da PIDE/DGS e colaborador activo do tenente Castro.

Braima Turé — nascido a 8 de Agosto de 1948 em Bissorã, alfaiate, casado, reside no Bairro de Missira s/n.º, filho de Baillo Turé e de Saeratu Djaló, preso em 12 de Dezembro de 1974, antigo furiel dos comandos africanos — grupo Marcelino da Mata.

Estevão Nanque, 20 anos nascido em Bidgimita, lavrador, solteiro, filho de António Nanque e de Otendó Dji (todos falecidos), reside em Bidgimita, preso em Setembro de 1974 e era antigo combatente das FARP.

Amadú Baldé — nascido em 1948 em Quebo, vendedor ambulante, solteiro, filho de Adulai Baldé e de Djabu Candé, reside no Bairro Missira casa s/n.º, preso em 18-11-78 por ter tido ligação com o grupo Malam Sanhá, o qual pós a sua casa à sua disposição.

Mário Victor (N'Bali), de 22 anos, nascido em Nhacra, pintor, casado, reside no Bairro de Missira casa n.º 108, preso em 28 de Novembro de 1974, acusado de participar no arrebentamento de uma granada.

Amadú Uri Colubali, solteiro, de 33 anos de idade, natural de Madina de Boc, Profissão: lavrador (camponês), reside em Calequir — Bissau.

Lássana Biai, casado, de 32 anos de idade, natural de Cacine, djila de profissão (vendedor ambulante) e residente em Plubá.

Mamadú Siré Colubali, solteiro, nascido em 1949, em Medjo (R. de Tombali), trabalhador rural e preso em 21 Novembro de 1973 quando residia no bairro de Calequir.

Victor Caetano Monteiro (alcunha Landé), casado, natural de Bissau. Profissão electricista e reside no Bairro de Ajuda n.º 40.

Pedro Lopes, solteiro, nascido a 6 de Outubro de 1948, natural de «Nossa Senhora de Fátima», tendo como profissão ex-fuzileiro especial.

Sandém Dabó, solteiro, nascido a 25 de Agosto de 1952 em Empada e tendo como profissão ex-fuzileiro especial.

Augusto Fonseca da Silva, solteiro, nascido a 3 de Fevereiro de 1936 em Bissorã, trabalhador da Função Pública (aspirante). Detido em 25 de Novembro de 1978 quando reside no Reino n.º 165/C.

José Adriano, solteiro, de 23 anos de idade, nascido em S. Domingos, lavrador (camponês). Foi detido em 21 de Novembro de 1974 quando reside no bairro de Calequir, n.º 199.

Ansumane Baldé, solteiro, de 45 anos de idade, natural de Empada, vendedor ambulante, reside no Bairro de Missira n.º 144/4.

Quecutá Mané — sem ficha — segundo o Bilhete de Identidade encontrado no arquivo: casado, nascido em 22 de Fevereiro de 1942 em Bissorã, trabalhador da Função Pública — condutor de automóveis.

Luia Baldé, casado, natural de Gabij, ajudante de RX e residente no Bairro de Cuntum-Bissau.

Malam Djassi (Malam Gundagui), solteiro, de 37 anos de idade, natural de Gundagui, lavrador e residente no Bairro Militar.

Tomar), nascido em 12 de Abril de 1936. Foi detido em Ingore onde residia, segundo a ficha, por ter dado asilo a Malam Sanhá.

Mamadú Bailo Djaló, solteiro, nascido a 19 de Março de 1942 em Madina de Boé. Djila (vendedor ambulante) de profissão e residente no Bairro de Belém B-124.

Mussá Camará (mais conhecido por Abna), solteiro de 21 anos de idade, natural de Portugal, pescador e residente em Banculé-Bissau.

Iero Djuma Bangurá (Leuro), solteiro de 27 anos de idade, natural de Madina de Boé. Na sua ficha está representado como profissão djidju e ultimamente era guarda nocturno do Comis. de Energia. Foi detido em 19 de Novembro de 1978, quando residia em Calequir.

Bonco Sanhá, solteiro, de 34 anos de idade, natural de Biana — Região de Bafatá, lavrador, residente em Senegal. Foi preso — segundo a sua ficha — em 18 de Novembro de 1978 por ter sido enviado por Malam Sanhá a fim de participar nas actividades subversivas.

Farim Camará, solteiro, nascido em 1951 em Gabú, lavrador e residente no Bairro de Missirá n.º 111.

Aliu Djau, solteiro, nascido a 15 de Janeiro de 1939 em Mampata — R. de Tombali, condutor das Obras Públicas e residente no Bairro de Cuntum.

Braima Djaló, casado, de 35 anos de idade, natural de Catió, motorista (condutor) e empregado comercial, residia em Cacine quando foi preso a 25 de Outubro de 1974.

Augusto Sanhá, (Amégo), solteiro, nascido a 17 de Março de 1952 em Bissorá, empregado de balcão e residia no Bairro de Missirá n.º 111 — 3.

João Iaia (Sila) Seidi (Iaia Mansabá ou Iaia Seidi), solteiro, nascido em Fevereiro de 1946 em Mansabá, motorista (condutor) da LLAGB e residia no Bairro de Missirá — MS — 66 — Bissau.

Pedro João Abdú Silá, solteiro, natural de Bissorá, profissão djila, residia no Bairro de Mindará casa n.º 306. Na sua ficha nada consta e no

lhador da ex-Câmara Municipal de Bissau, foi detido em Dezembro de 1974 e depois em Março 1975.

Daba Indjai, nascido em 1946, funcionário público, residia em Ilonde detido em 28/11/1978.

Yaffa Doubon, nascido em 1917, auxiliar dos Armazéns do Povo residia em Gambiáfada n.º 59 e foi detido em 30/11/1978.

Famadú Djaló, nascido em 1936, lavrador, residia em Quebo, detido a 29/11/78.

Braima Sano, nascido em 1/4/1930, mecânico de motores marítimos, residia no Bairro de Bandim e foi detido em 14/12/1974, por ter tomado parte na invasão a República Popular e Revolucionária da Guiné (em 22/12/70, como membro dos Fuzileiros.

Massá Sane, nascido a 7/3/1931, reside no bairro de Cupelon, detido em Dezembro, de 1974, por ter participado no massacre de Pidjiguiti e condenado em Março de 1975 pelo tribunal de guerra.

Mamadú Turé, nascido em 1930, lavrador e pescador, residia em Mansabá, e foi detido a 23/11/78.

Abudú Djassi, nascido em 1959, comerciante, residente em Gambiáfada casa n.º 104 detido em 28/11/78.

António Tebna Fará, lavrador e ex-polícia da segurança pública do Governo colonial, detido em Dezembro de 1974.

Anssumane Mané, nascido em 1934, lavrador residia em Sintra casa n.º 42 e detido em 13/12/78.

Vasco Malam Dabó, 39 anos de idade, escrivão, detido a 22-10-1974, por ter pertencido à FLING como secretário geral do sindicato desta organização, e sendo fuzilado em Março de 1975. Residia no Bairro de Balém n.º 171.

Manuel Barbosa, nascido em 1914, marinheiro, detido a 13/12/1978 residia no bairro de Nema n.º 35.

Mamadú Bari, de 21 anos, lavrador e detido a 22/11/1978.

Corca Djaló, de 42 anos, carpinteiro, residido em Mindará n.º 302 detido a 23/11/78.

Adjoca Sá, nascido a 9/7/1956, estudante, residia no Bairro de Gambiáfada e foi detido a 17/11/78.

Alberto Indami Cabi, nascido em 3/1/1934 professor, residia em Cupelon de Baixo e detido em 14/12/78.

Djadeja N'Di, lavrador, residia em Cuntum, detido a 26/11/74, por ter pertencido à extinta PIDE/DGS, no acto da sua detenção, não possuía qualquer artigo ou documentação e segundo a observação suicidou-se.

João Barros, nascido em 23/5/22, comerciante, residia m Chão de Papel, detido em 25/11/78.

Tcheño Madiu Djaló, nascido em 12/4/1900, lavrador, detido em 22/11/78.

Becangaram Nau N'Futa, residia em Plaque e detido em 4/11/74, por ter desertado das FARP e ajudado os colonialistas nas suas incursões a antigas zona Libertada, por cada assalto recebia cinco mil escudos.

Bacar Cissé, nascido em 3/3/1935, condutor dos Armazéns do Povo residia em Rua n.º 14 casa 19 e foi detido em 2/12/78.

Rafael Rodrigues, lavrador, residia em Bissalanca (Safim) e foi detido em 10/1/75 por ter acusado e denunciado o seu irmão que tinha hospedado na sua casa, procedente na Zona Norte e morto pelos colonialistas.

Quecuta Mané, nascido a 15/8/43, condutor, residia no Bairro de Missirá e foi detido a 24/11/78.

Nelson Galina Barbosa, de 25 anos de idade, funcionário Público, residia em Bissau, detido em Março de 1975, desertado das fileiras das FARP e ex-elemento da PIDE/DGS de ligação para o exterior: República do Senegal e da Guiné.

Orlon da Silva, 48 anos de idade, lavrador, residia em Bukoto (R. do Senegal) e foi detido em 31/7/74, militante da FLING desde 1961, pagava quotas e fez preparação militar em Kaolak. Foi detido na sede da Ligação popular dos guineus pelas autoridades coloniais e entregue às nossas. Faleceu por doença de barriga.

Mamadú Baldé, solteiro, nascido em 1940 no Cossé (Galomarro), vendedor ambulante desde 19 Novembro de 1978 quando residia em

Martinho Tagá, solteiro, 21 anos de idade, natural de Intchente - Binar, lavrador e residente no Bairro de Missirá. Foi detido em 28 de Novembro de 1974 por ter lançado uma granada contra a Sanhã quando este se encontrava numa via em serviço.

Augusto Sene Djau, solteiro, natural de Bissau, sem nenhuma menção a data de nascimento, em 1978 a 18 de Novembro quando residia no Bairro de Missirá.

Muntan Indjai, casado, nascido a 20 de Agosto de 1936 em Fulacunda, condutor. Residia no Bairro de Missirá quando foi detido em 19 de Novembro de 1978.

Melente Mep, solteiro, natural de Mato Din'Al, lavrador e residia no Bairro de Missirá quando foi apresionado a 19 de Novembro de 1974. Participou no rebentamento de uma bomba. Foi apresionado nos comandos africanos e detido durante a Guerra de 1.ª classe, encontrada na sua residência na altura da sua detenção.

Mamadú Sani, solteiro, natural de Cossé (Galomarro), nascido em 12 de Abril de 1936. Foi detido no bairro onde residia, segundo a ficha, por ter sido a Malam Sanhá.

quadro de observação, a palavra «libertado» e depois riscado à caneta e observa-se na fotografia uma cruz, sinal de que foi assassinado sem qualquer justificação de crime cometido, alias como muitos. Mas a palavra libertado indica como é óbvio a sua inocência sobre qualquer «crime» que porventura o levou à prisão.

Mamadú Sambú Tchalió, solteiro nascido a 15 de Novembro de 1955 em Empada, empregado de balcão, residia no Bairro de Missirá, casa n.º 142 e foi detido a 20 de Novembro de 1978.

Mussa Seidi, solteiro, nascido em 1950 em Bambadinca, vendedor ambulante, residia no Bairro de Cuntum.

Malam Indjai, solteiro, nascido em Quinará ou em S. João (R. de Bolama/Bijagós). Já que possuía duas fichas bastante contraditórias no que diz respeito ao local e data de nascimento, e motivo da sua prisão. Contudo, o Bilhete de identidade encontrado nos arquivos, ilucidou-nos que nasceu a 25 de Setembro de 1937.

Mamadú Aliu Sané, nascido em 1944, lavrador e pescador, residia em Quebo e foi detido a 27/11/1978.

António dos Santos, nascido a 30/9/1931, trabalhador da ex-Câmara Municipal de Bissau, foi detido em Dezembro de 1974 e depois em Março 1975.

Daba Indjai, nascido em 1946, funcionário público, residia em Hionde detido em 28/11/1978.

Mamadú Bobo Baldé, nascido em 1948, lavrador, residia em Quebo e foi detido a 27/11/78.

José Francisco Gomes, nascido a 13/2/1930, motorista (condutor), residia na estrada do Aeroporto n.º 181/A MI - Bissau.

Mutar, Só, nascido em 1942, lavrador, residia em Brene - Bissalanca, detido a 24-11-1978.

Bubacar Bari, empregado do comércio, residia em Cupelon de Baixo, foi detido, a 13/12/1978.

Bacar Sanhá, nascido a 12/3/1952, membro das FARP, residia no quartel General e foi detido a 20/11/1978.

Malam Sabali, nascido em 1958, pescador, residia em Godomp (Rep. de Senegal) e foi detido a 3/12/78.

Alfa Umaru Djaló, 32 anos de idade, lavrador e foi detido a 19/11/78.

Bala Sidibé, nascido a 8/4/1936, motorista, residia em Bissau - bairro de Plubá e detido a 29/12/1975.

Adjoca Sá, nascido a 9/7/1956, estufador, residia no Bairro de Gambafada e foi detido a 17/11/78.

Alberto Indami Cabi, nascido em 3/1/1934 professor, residia em Cupelon de Baixo e detido em 14/12/78.

Nino aos jornalistas

A nossa Revolução é para servir o povo

«A nossa Revolução é só para servir o nosso Povo. Aqueles que nos quiserem considerar marxistas ou moderados, ou não sei mais o quê, que o façam. Mas o nosso objectivo único é servir o nosso Povo, mais nada».

Com esta afirmação, o camarada Nino respondeu directamente à questão colocada por um jornalista estrangeiro, na breve conferência de imprensa realizada na manhã de segunda-feira, na Fortaleza da Amura, e, simultaneamente, esclareceu várias confusões e algumas atoardas lançadas sobre a opinião pública internacional, a respeito do Movimento Reajustador do 14 de Novembro.

Aliás, o presidente do Conselho de Revolução teve oportunidade de reafirmar inteira fidelidade aos princípios do Não-Alinhamento.

Perante a estranheza manifestada por um jornalista português quanto à sua ignorância, enquanto primeiro ministro, da eliminação dos dissidentes, Nino disse: «É fácil de explicar. Tenho sido combatido e afastado pouco a pouco». Mais a frente, depois de recordar que o ex-Presidente Luiz Cabral assumira a direcção pessoal das FARP e da Segurança, afirmou: «Só pouco depois da acção do 14 de Novembro é que eu soube de tudo isto. A Segurança e as FARP não estavam sob o meu controlo».

Os representantes da imprensa estrangeira, ainda a este respeito, quiseram saber se o Presidente Aristides Pereira estaria, ou não, a par dos massacres. Eis a resposta de Nino: «Não posso afirmar que ele estivesse ao corrente de tudo isto. Mas, como Secretário-

-Geral, é sua obrigação sabê-lo».

**CONFIANÇA
NA SOLUÇÃO
DENTRO DO PARTIDO**

O futuro do PAIGC foi outra questão abordada. Nino Vieira, vencendo a sua convicção de que se encontrará uma solução dentro do Partido, afirmou: «O PAIGC não acabou. Penso que vou ter um encontro — ainda não está marcada a data — com o Secretário-Geral do Partido. Eu propuz que ele viesse aqui a Bissau para esse encontro. Agora, estou à espera da resposta». E rematou: «Agora, temos voz activa para dizer qualquer coisa».

Um representante de um jornal francês colocou o «caso Rafael Barbosa», e a confusão que detectou junto de militantes do Partido, perguntando ainda se Rafael Barbosa se encontra actualmente em liberdade. Esclareceu o Presidente do Conselho de Revolução: «Surgiu uma confusão neste aspecto, porque o Conselho da Revolução não ordenou a libertação de Rafael Barbosa. Houve grande confusão, porque ele esteve na Rádio e falou. Até ao momento, encontra-se em residência vigiada, não está na pri-

são. O Conselho de Revolução vai estudar o caso de Rafael Barbosa, para saber que decisão vai tomar em relação a ele».

Sobre o destino de Luiz Cabral, respondeu Nino: «Nós vamos ver o que é que há. Eu não sei de nada, nem da situação económica do país, não sei de nada, incluindo os massacres. Estamos a estudar neste momento, e depois tomamos uma decisão, se ele vai ficar detido aqui, ou se vai ser enviado para fora».

O apelo lançado pelo Conselho da Revolução aos cidadãos nacionais emigrados e exilados no estrangeiro motivou alguns pedidos de esclarecimento por parte dos jornalistas, nomeadamente sobre se ele limitava alguns sectores. O dirigente máximo da nossa terra afirmou, peremptoriamente:

«Todos os cidadãos nacionais podem regressar ao país».

A terminar a conferência de imprensa, Nino ainda pôde soltar duas sonoras gargalhadas, que constituíram resposta e esclarecedora, e definitiva a especulações feitas por certa imprensa de Portugal, sobre a alegada instalação em Bissau de um banco internacional com capitais portugueses, e sobre uma mirífica visita ao nosso país de... Spínola.

Negociações de crédito com o Banco Mundial

O camarada Samba Lamine Mané, Comissário de Estado dos Recursos Naturais, seguiu ontem de manhã para os Estados Unidos, à frente de uma delegação governamental, com o objectivo de negociar com o Banco Mundial a concessão de um crédito de cerca de sete milhões de dólares (245 milhões de pesos aproximadamente), que serão utilizados nas pesquisas petrolíferas no nosso país.

Fazem ainda parte da delegação, além de elementos do gabinete de estudos petrolíferos «Atlantic Ressources», os camaradas Pio Cor-

reia, director da Petrominas, Lorena Santos, director da Geologia e Minas, e Abrantes Lopes, director do Banco Nacional.

Em declarações prestadas pelo chefe da missão, Samba Lamine Mané, tudo indica que o crédito será assinado agora com o Banco Mundial, pelo que os trabalhos de pesquisa deverão iniciar-se daqui a 18 meses ou dois anos. Este dirigente acrescentaria, no entanto, a sua satisfação pelo trabalho que tem sido realizado pelo Gabinete de Estudos, cuja indicações a Guiné-Bissau tem cumprido na íntegra.

No dia 21 de Novembro, uma semana passada sobre o glorioso 14 de Novembro, Bissau efervesceu dirigindo-se e concentrando-se ao longo da Avenida Amílcar Cabral e da Praça dos Heróis Nacionais, para prestar homenagem aos melhores filhos da nossa terra, que souberam tomar nas suas mãos os destinos da Pátria rumo ao progresso, à justiça social, à paz e ao bem-estar.

O povo da nossa terra quis, duma maneira bastante clara, mostrar ao mundo inteiro que está disposto a pôr fim a toda a espécie de injustiça e de abuso na nossa Pátria.

Nunca na nossa terra se tinha verificado uma manifestação tão espontânea e massiva como a de 21 de Novembro.

Essa manifestação é mais uma prova evidente da maturidade do nosso povo e de apoio total e incondicional aos justos objectivos do Conselho da Revolução.

O discurso do líder máximo do Conselho da Revolução, Camarada Nino Vieira, esclareceu,

sem margem para equívocos, todos os presentes e todos os que, nos mais afastados pontos da nossa terra, puderam ouvi-lo juntos aos seus rádios.

Nino Vieira, referindo-se às injustiças de que vinha sendo vítima o nosso povo, mostrou claramente que não havia qualquer outro caminho para modificação do sistema de Luiz Cabral e seus adeptos. Esses traidores da nossa Pátria subjugaram o povo, indo ao ponto extremo de eliminar fisicamente todos os que se opusessem ao sistema. Como disse o Camarada Nino Vieira "EM NOME DE QUE E PORQUÊ?".

O nosso povo sentia essas injustiças no dia a dia: prisões em massa, massacres nas prisões, desaparecimento de pessoas e em qualquer explicação aos seus familiares, o clima de opressão e de desconfiança que reinava entre todos os filhos da nossa terra, enfim, provas evidentes da traição aos princípios do Partido e à linha de Cabral, e de desonra à memória dos heróis que tombaram pela libertação da nossa terra.

O desprezo total pela pessoa humana era vivido por todo o país.

E o nosso povo sabe bem, que nada disso corresponde aos objectivos do PAIGC, aos ensinamentos de Amílcar Cabral. Sabe-o, e não o esqueceu, Nino Vieira, um dos melhores filhos da nossa terra, e por isso mesmo ele próprio era perseguido e marginalizado pelo regime de posto.

Como seria possível continuar o povo a viver

Foi por isso que um punhado de filhos da nossa terra, viu-se na obrigação de assumir as profundas do nosso povo, aspirações de paz, de amor ao próximo e de progresso para o nosso povo. Em seis anos de independência o povo só só ouviu mentiras. A falta de generosidade de primeira necessidade (o arroz, o açúcar, o pão e o óleo) foi-se agravando dia a dia.

Mas isso não incomodou de maneira nenhuma Luiz Cabral, que pelo seu lado continuava a esbanjar o dinheiro do nosso povo em projectos descabidos para a realidade económica da nossa terra. São tantos os erros cometidos neste plano, que só com o tempo é que, o Conselho da Revolução nos poderá informar detalhadamente, como, de resto, foi prometido.

Os nossos Combatentes da Liberdade da Pátria, as nossas FARP, viviam em condições desumanas de opressão, de desconfiança e de miséria. Mas como no passado, hoje e no futuro souberam e saberão lutar pela Independência e Liberdade do nosso povo. O nosso povo sempre soube, e hoje mais do que nunca, que as Forças Armadas constituem um bastião contra as formas de opressão, e que doravante, conduzidas por Nino Vieira e outros membros do Conselho da Revolução, levarão avante os objectivos justos do PAIGC — a ra. numa sociedade de progresso e de bem-estar para todos os seus filhos.

Obrigado camarada Kabi

Praça dos «Heróis Nacionais» intchi kum. Sob o sol ardente do meio-dia, pouco a pouco, os bancos, o monumento, as árvores e o chão da praça iam sendo ocupados pelo povo, vindo massivamente de todos os cantos do sector de Bissau e arredores.

Eram lavradores, bideiras, pescadores, comerciantes, estudantes, militantes armados, pioneiros, impulsionados pela força da gratidão e do reconhecimento. Mobilizados pela coragem de que deram provas os membros do Conselho da Revolução e seus colaboradores, os guineenses vieram de Biombo e Tôr com os machados e panos de balobero, afluíram das casas humildes de Pilum, Mindará, etc.

«... Quando ouvi os tiros deitei-me sobre os meus dois netos. Estava com medo. Sou uma simples mulher da terra, só conheço o radi (arado). Mas quando soube que tomamos o nosso tchôm — desculpa meu filho — saí para a rua como estava deitada, num prito. Esqueci a fome dos dias anteriores, dançei, a milha filha, essa chorava...» Assim descrevia uma mulher do bairro de Caliquir a sua reacção na altura dos acontecimentos de sexta-feira à noite, a caminho da Praça dos «Heróis Nacionais».

Ninguém a convocou para a manifestação, não tem rádio, não sabe o que é um comício ou «meeting», nem milita no comité do Partido, queria apenas ver e ouvir Nino, agradecer a Nino.

CARTA ABERTA AO CONSELHO DA REVOLUÇÃO

O nosso povo viveu, na noite de 14 de Novembro, um dos momentos mais altos e brilhantes da sua longa história.

Um punhado de patriotas, aglutinados à volta do Comandante de Brigada João Bernardo Vieira, constituiu-se no Conselho da Revolução, que decidiu pôr termo à injustiça e à desonra a que o nosso povo estava a ser conduzido.

Com efeito, todas as instituições do País, políticas ou estatais, foram sendo progressivamente manietadas por um núcleo de ambiciosos que se julgavam os únicos seres pensantes.

Pouco a pouco, mas em progressão contínua, os nossos dirigentes e compatriotas foram sendo afastados da esfera do poder, promovendo-se entretanto os elementos dóceis, para dar aparência de democracia, enquanto se instaurava paulatinamente a ditadura. Todas as decisões, por mais pequenas que fossem, eram tomadas em conversas palacianas e impostas às nossas instituições através da apresentação torrencial de argumentos falaciosos.

A direcção paralela que entretanto se constituiu, camufladamente, foi-se impondo e, de qualquer forma, dirigindo a vida do nosso povo sem a sua participação ou consentimento.

Esse núcleo paralelo que estabeleceu uma estratégia a longo prazo começou por sentir o aparecimento de contestações. Perante tal situação, tentou ganhar velocidade, quebrar a nossa vigilância e consumir a nossa demissão ou rendição.

A preparação da Constituição levou o «núcleo» a precipitar-se. Pensaram eles, este é o momento azado para aproveitar a situação e consolidar o poder, melhor, legalizá-lo.

Assim, munidos de um hábil esquema teórico, fizeram os possíveis por vender ao nosso povo gato por lebre.

Manhosos como eram, tentaram dar uma imagem democrática à operação do «golpe de Estado» administrativo que, com efeito, era o objectivo final do Projecto de Constituição.

Mas eis que o nosso povo, generoso, digno, boa madrastra mas não minhoca, reagiu. E, para surpresa dos ambiciosos, em toda a extensão do território nacional.

Com o objectivo demagógico de dar uma aparência de centralismo democrático foram organizados apressadamente assembleias, não para discutir mas para aceitar o documento constitucional que eles mesmo consideravam o melhor de todo o continente africano (modéstia era uma característica desconhecida ou negada no núcleo).

Ao contrário do que esperavam, e embora tivessem tentado usar o efeito de surpresa e o monopólio de informação, o nosso povo estudou o documento constitucional e apresentou com firmeza os seus pontos de desacordo nas questões fundamentais onde o núcleo se preparava para destituir do poder dirigentes nacionais que mais se destacavam na oposição às suas intenções golpistas.

Houve tanta coincidência, tanto nos pontos contestados como na fundamentação da argumentação e nas propostas de alteração ao texto, que o núcleo se sentiu ameaçado.

Através duma nova manobra (nisso eram pródigos) tentaram narcotizar a direcção do País, organizando discussões no seio das instâncias que pensavam transformar em centros de formação de carneiros.

Nova surpresa os espera. Foram tantas e tais as contestações, e muitas delas saídas de sectores ou personalidades que pensavam «suas», que tiveram que gastar, até ao último cartucho, as suas munições. Não estando seguros de terem convencido os membros do CNG, quiseram amordaçá-los, exigindo daqueles que eram deputados o silêncio na Assembleia Nacional Popular.

Entretanto, outros deputados e mesmo alguns membros do CNG levantaram novos problemas ou exigiram esclarecimentos que provocaram a fúria e o pânico naqueles que se autoconsideravam os melhores filhos do nosso povo, os depositários da chama do nacionalismo do povo heróico da Guiné-Bissau.

Não foi de forma alguma a última sessão da ANP que discutiu o Projecto da Constituição a razão do golpe libertador da noite gloriosa de 14 de Novembro. Terá sido quando muito a gota que fez transbordar a água do copo.

O nosso povo vigilante e coerente foi analisando as diferenças entre as posições demagógicas e a realidade prática desenganadora. Foi sofrendo na sua carne as dificuldades do dia a dia, a fome, a falta de medicamentos e de escola para os seus filhos.

Entretanto, em declarações empolgantes, fazia-se a apologia do nosso desenvolvimento, que, dizia-se, estava assente na busca das vias da constituição de uma economia nacional independente.

Entretanto, na prática, a orientação das nossas realizações era no sentido de fazer obras de prestígio, de fachada. Cúmeré é um exemplo de realização geradora de dependências, que dispensa comentários.

A proclamação da concessão da prioridade das prioridades à agricultura nunca foi efectivada na prática. Pelo contrário, iam-se implantando indústrias insuficientemente estudadas, mal dimensionadas e em localidades inapropriadas.

Enquanto se recomendava o desenvolvimento harmonioso, praticava-se o crescimento desajustado, privilegiando zonas que nem sequer eram as mais indicadas nem económica nem politicamente.

Todas essas razões acumuladas à crescente corrupção, falta de rigor, abandono e desmotivação por parte da classe laboriosa nacional terão determinado o nosso povo, dirigido pelo Conselho da Revolução, a rodar, o relógio da História, assumindo nas suas mãos o seu próprio destino.

O dia 14 de Novembro entrará na História como o dia do renascimento do nosso povo, da reconquista da nossa dignidade africana.

Trabalho ciclópico espera-nos a todos, cidadãos dignos desta terra. Lançamos um desafio a nós mesmos ao desencadear um processo que terá que nos conduzir à construção duma Pátria unida, economicamente forte e independente, uma Pátria onde reine a justiça social.

Duas razões fundamentais terão levado o nosso povo a decidir-se pela luta: a necessidade de instauração da justiça e a reconquista da sua personalidade.

Todos seremos poucos para refazer e criar as condições da nossa completa libertação.

Unidos e impregnados dos ideais do 14 de Novembro, seremos capazes de provar a nós mesmos e ao mundo a grande mentira do regime de Luiz Cabral.

UM PATRIOTA

ACREDITAMOS NA SOLUÇÃO FAVORÁVEL

No Pintcha, 6.12.'80

A delegação dos países africanos de expressão oficial portuguesa, constituída pelos ministros dos Negócios Estrangeiros de Angola, Moçambique e de S. Tomé e Príncipe regressou ontem de manhã aos seus respectivos países, após alguns encontros com os membros do Conselho de Revolução.

A comitiva deslocou-se ao nosso país na sequência da decisão da reunião dos Chefes de Estado de quatro países africanos, a fim de se inteirar «in loco» dos acontecimentos ocorridos em Bissau no dia 14 de Novembro.

O camarada Paulo Jorge, chefe da delegação disse que regressa com a «convicção de que uma solução necessariamente favorável será encontrada». Por outro lado, recorde-se que o Conselho da Revolução enviara uma mensagem a esses quatro Chefes de Estado, advertindo, nomeadamente, que não admitia ingerências nos assuntos internos da Guiné-Bissau.

LIMPAR O NOME DO PARTIDO

Ir às mantilhas e tchur, na nossa terra, faz parte da rotina quotidiana das pessoas. Para muitas, tornou-se mesmo uma formalidade cumprida com um certo prazer, já que, se o defunto for um velho, por mais dificuldades que a sua família tiver, haverá sempre (a mandjuandade cotiza) bebida e o respectivo bafatório.

Não passa um dia sem que a rádio anuncie a morte de alguém, sobretudo de crianças, o que não é de admirar, dada a nossa situação actual de subdesenvolvimento, que origina uma mortalidade infantil tão alta quanto a esperança de vida é baixa.

No, entanto, isso não quer dizer que nos tornamos insensíveis perante esta fatalidade humana que é a morte. Pelo contrário. Mas morte é uma coisa e mortandade é outra.

Desgosta-nos profundamente e até nos indigna o facto de ainda morrerem pessoas no nosso país devido à ausência das mais elementares condições: ou porque não havia luz, ou então a estrada era má e não houve possibilidade de se chegar a tempo ao hospital, ou por se ter preferido recorrer ao uso da terra, quando apenas um comprimido ou vacina resolveria o problema.

Nestas circunstâncias não deixamos, mais uma vez e com razão, de condenar o colonialismo português que, em 500 anos de ocupação e exploração da nossa pátria, se preocupou mais em exportar mancarra do que velar pela situação sanitária do povo, construindo mais quartéis do que hospitais ou escolas. Além do genocídio, escravatura, prisão e tortura, que caracterizavam o dia a dia do colonizado. Mas que outra coisa se podia esperar do colonialismo?

Agora os 100 mortos asfixiados num antigo abrigo em Farim, os ossários de centenas de presos políticos descobertos nos arredores de

de números de famílias dum só vez, trazendo novamente o pesadelo da repressão colonial, após sete anos de independência.

Felizmente que se deu o Movimento Reajustador do 14 de Novembro. Pois a via seguida pelo regime do Luiz Cabral só conduziria a novos problemas, que a trariam a nossa marcha para o progresso.

É preciso condenar energicamente o massacre de cerca de 500 presos, na sua maioria políticos, além de militares das FARP que quiseram discutir a questão dos salários e de atribuição de patentes, perpetrado pelo «grupo de segurança» (formado por civis e militares) ao serviço pessoal de Luiz Cabral, enquanto as suas famílias eram mantidas na mais completa ignorância, continuando a levar roupa e ali-

(Continua na página 6)

Conselho da Revolução desmente julgamento de Aristides Pereira

«O Conselho de Revolução nunca anunciou o julgamento de Aristides Pereira, Secretário-Geral do PAIGC e Presidente da República de Cabo Verde» — esclarece um comunicado do C.R. distribuído à Imprensa na segunda-feira passada.

O mesmo comunicado acrescenta que neste momento «procede-se ao inquérito sobre a actividade de Luiz Cabral, ex-Presidente do Conselho de Estado, e de alguns dirigentes, com

vista ao apuramento dos factos, instrumentando o Conselho de Revolução a dar directivas apropriadas para o saneamento da situação».

«No que concerne aos Armazéns do Povo esclarece-se também que está em curso um inquérito que tem por finalidade fazer o ponto da situação com vista à redefinição dos objectivos dessa empresa de grande peso na nossa economia» — conclui o documento.

N6 Pintcha

Nr. 755

6.12.1980

Victor Saúde Maria no regresso de Conakry:

Podemos resolver os nossos problemas sem recorrer a terceiros

Uma delegação do Conselho de Revolução, chefiada pelo seu Vice-Presidente, camarada Victor Saúde Maria, do CEL do Partido e Comissário de Estado dos Negócios Estrangeiros do Governo Provisório, deslocou-se na manhã de quarta-feira passada, à República Popular e Revolucionária da Guiné.

No regresso, na tarde do mesmo dia, o camarada Victor Saúde Maria disse que a viagem teve por objectivo «testemunhar a solidariedade efectiva do povo guineense, do seu Governo e Partido sobre os acontecimentos de 14 de Novembro».

A visita a Conakry insere-se no quadro de informação e de contactos com os países da nossa sub-região africana, particularmente com os vizinhos. Após a República Popular e Revolucionária da Guiné, seguirá dentro de alguns dias uma outra delegação para o Senegal e Gâmbia. Recordamos que o Governo de Conakry foi o primeiro a reconhecer o Conselho da Revolução, e imediatamente fez deslocar uma delegação partidária e do Estado ao nosso país.

O camarada Victor Saúde Maria acrescentou que esta visita serviu ainda para exprimir o agradecimento do nosso povo e Governo pelo apoio dado à causa justa que levou o Conselho de Revolução a agir no 14 de Novembro, e reafirmar a nossa disponibilidade para o reforço da cooperação em

todos os domínios, entre os nossos dois países. «Pensamos que não podemos desenvolver a nossa terra sem ter boas relações com os nossos vizinhos. Foi nessa base que reafirmamos mais uma vez a nossa disponibilidade de cooperar com o Governo da República Popular e Revolucionária da Guiné e com o seu líder Presidente Sekou Touré» — acrescentou Victor Saúde Maria.

Durante o encontro entre as duas delegações houve troca de impressões sobre a questão das fronteiras marítimas que existe entre os dois países, e o camarada Victor Saúde Maria salientou que «pensamos que todos os problemas que possam existir entre nós devem ser resolvidos como dois países irmãos e por meios pacíficos, e sem recorrer a terceiros».

Sobre a recente Cimeira dos Chefes de Estados dos países africanos de expressão oficial portuguesa, realizada em Luanda e que tinha como o único ponto de agenda de trabalho a situação na Guiné-Bissau, após o reajustamento de 14 de Novembro, o camarada Vice-Presidente do Conselho de Revolução começou a recordar que o camarada João Bernardo Vieira, tinha enviado uma mensagem aos Chefes de Estado ali reunidos.

E acrescentou: «Queremos ser claros, pois ninguém pode discutir a situação na Guiné-Bissau na ausência de um representante do nosso Governo».

Dirigentes do Angola, S. Tomé e Moçambique em Bissau

«Regressamos com a convicção de que uma solução necessariamente favorável será encarrada» — declarou à partida o Chefe da delegação dos países africanos da expressão oficial portuguesa, camarada Paulo Jorge, ministro dos Negócios Estrangeiros da República Popular de Angola, que chegou anteontem a Bissau.

A vinda desta delegação, que integrava ainda os camaradas Joaquim Chissano e Mário da Graça Amorim, ministro dos Negócios Estrangeiros da República Popular de Moçambique e da República Democrática de S. Tomé e Príncipe, respectivamente, enquadrá-se na decisão da Cimeira dos Chefes dos Estados de Angola, Cabo Verde, Moçambique e S. Tomé e Príncipe, realizada em Luanda na terça-feira passada, dia 2 do corrente. A reunião tinha como ordem de trabalhos um único ponto: a discussão dos acontecimentos ocorridos no dia 14 de Novembro, em Bissau.

A delegação foi recebida à sua chegada à nossa capital por alguns membros do Conselho de Revolução e em seguida avistou-se com o camarada Comandante Manuel Saturnino, do CSL do Partido, do Conselho da Revolução e Comissário do Estado do Interior do Governo Provisório.

A tarde, os camaradas de Angola, Moçambique e S. Tomé reuniram-se, durante cerca de duas

horas e meia, com uma delegação do Conselho de Revolução dirigida pelo seu Vice-Presidente, camarada Victor Saide Maria, do CEL do Partido e Comissário de Estado dos Negócios Estrangeiros. As conversações decorreram num ambiente de franca camaradagem, e ambas as partes reafirmaram os seus desejos de reforçar e de desenvolver os laços de amizade e de cooperação, que unem os povos. Partidos e governo, desde a Luta Armada de Libertação Nacional contra os inimigos comuns: o colonialismo português e o imperialismo internacional.

Ontem, pouco tempo antes da partida para os seus respectivos países, a comitiva visitante foi recebida pelo camarada Comandante de Brigada João Bernardo Vieira, da Comissão Permanente do CEL do PAIGC e Presidente do Conselho da Revolução, a quem foi entregue uma mensagem dos Chefes de Estado destes jovens países africanos, cujo conteúdo não foi revelado.

O camarada Paulo Jorge disse ainda, na sua intervenção que «a primazia das conclusões da presença desta delegação, em Bissau, terá que ser dada aos Chefes de Estado dos nossos países, dos Partidos, que nos mandataram vir a Bissau. Manteremos as preocupações por eles expressas, que foram aqui transmitidas aos membros do Conselho da Re-

volução e foram tomadas em devida consideração». E, a terminar: «Queremos e podemos concluir que as soluções indicadas e desejadas terão a merecida atenção».

NAO ADMITIMOS A INGERENCIA NOS ASSUNTOS INTERNOS

Recordamos que o Conselho da Revolução enviou uma mensagem aos quatro Chefes de Estado reunidos em Luanda, na qual afirmava: «Lamentamos que o camarada Aristides Pereira não tenha tomado a iniciativa de reunir de urgência a direcção do PAIGC para apreciar a situação após esse acontecimento condenando sem fundamentos.

O Conselho da Revolução depois de estranhar «que para esta reunião em Luanda a Guiné-Bissau não tenha sido convidada», advertia, concretamente: «Não reconhecemos a ninguém o direito de fazer em nome da Guiné-Bissau sem estar mandatado pelo Conselho da Revolução.

Qualquer medida adoptada em relação à República da Guiné-Bissau nesta reunião de Luanda sem a nossa participação será considerada como ingerência nos assuntos internos do nosso país e agrava a situação no seio do PAIGC.

— NINO AOS SOLDADOS DE BRÁ E BASE AÉREA

«Por isso se costuma dizer que nós não temos coragem para dizer a verdade. Mas temos a coragem de dizer «sim senhor» e pegar na arma para matar companheiros. Ousamos a morte e não a verdade? Esse medo tem que acabar a partir de agora.(...) Foi por isso que os nossos valorosos Combatentes da Liberdade da Pátria se ergueram a 14 de Novembro para libertar o país, da mesma maneira que tiveram ontem a consciência e determinação de libertar esta terra da dominação colonial».

Estas palavras foram proferidas pelo Comandante de Brigada, João Bernardo Vieira, Presidente do Conselho da evolução, no decorrer de duas reuniões alargadas com os militares das ARP, no meio da semana que termina, nos atalhões de Artilharia terrestre, da Base Aérea, e Mecanizado de rá.

Nas duas intervenções efectuadas com os seus camaradas de armas, Nino Vieira felicitou todo o exército e particularmente as unidades e seus oficiais que mais se destacaram na libertação armada do dia 14 de Novembro: «Vós foram testemunhas de uma grande manifestação popular de apoio ao Conselho da Revolução».

«O nosso povo que vos deu a maior homenagem, pela acção corajosa revolucionária que assumiram e venceram» aplaudiu.

Nino Vieira enumerou vários factores que tiveram na origem do dia 14 de Novembro, entre os quais a degradação da situação económica do país, a troca de importações de produtos de primeira necessidade por mercadorias não indis-

pensáveis, e essencialmente o luxo pessoal, a sustentação de projectos de desenvolvimento de porte exagerado, o desvio de fundos de Estado para os benefícios pessoais de certos dirigentes do Governo, além da inconstitucionalidade imposta aos deputados nas vésperas da Revolução.

Uma atenção particular foi de novo dispensada aos nossos compatriotas exilados no estrangeiro, a quem o Presidente do Conselho da Revolução lançou um vibrante apelo ao regresso livre à esta terra onde têm o direito de estar e participar nas tarefas da reconstrução.

De acordo com o chefe da Revolução do 14 de Novembro, não é possível que em seis anos de independência a situação do país piore em vez de melhorar. «Não é possível que as nossas riquezas naturais desapareçam sem a mínima satisfação. As nossas madeiras (os militares participaram no corte de madeira e lenhas para a exportação), o pescado e camarões eram explorados sem que vissemos os seus rendimentos».

O BEM-ESTAR DOS DIRIGENTES E AS DIFICULDADES DO POVO

Em detrimento disso, são comprados carros de toda a qualidade para enganar os dirigentes, com uma sensação de bem-estar, enquanto não há géneros de primeira necessidade para as populações.

«Foi pena termos tomado conta da situação um pouco tarde, porque se não suspenderíamos a importação de mais 14 «Volvos» que acabam de chegar ao país e de outros 20 automóveis «Renault-TS» que ultimamente chegaram. Isso é um crime, camaradas, quando se sabe que o povo morre de fome» — condenou ele,

assegurando a possibilidade de essas viaturas serem vendidas posteriormente, aplicando o seu dinheiro na aquisição de outras mercadorias mais prioritárias.

Nino citou também o exemplo de projectos exagerados, incompatíveis com a realidade do país. São os casos da auto-estrada e do Complexo Agro-Industrial de Cumeré «feito com a mania das grandezas, de

ganhar fama», sabendo de antemão que o seu rendimento vai ser baixo por fraca capacidade em abastecê-lo.

«Porque não nos preocupamos em abrir estradas para o Sul do país a fim de facilitar a evacuação de produtos agrícolas que todos os anos ali apodrecem, em vez de darmos prioridade à construção de uma auto-estrada na capital?» — interrogou.

«Em primeiro lugar, devem estar os interesses das massas populares e depois os interesses pessoais dos que querem encher as suas barrigas. Por isso não toleramos a situação criada pelo regime de Luiz Cabral».

Sabe-se que tem havido injustiças nos quartéis, traduzidas pela má distribuição dos géneros alimentícios aos soldados e a conservação de objectos de uso pessoal como as camas, os colchões e lençóis já quase totalmen-

te desaparecidos. Nino criticou energicamente essas irregularidades e determinou que, de agora em diante, os Oficiais de Dia serão encarregues de vigiar e controlar diariamente esses factos.

«Temos que acabar com isso. A carne ou outros artigos não podem ser divididos para a casa de ninguém: casas de amantes e de parentes. Quem quiser que compre com o seu próprio dinheiro, por-

que o que é para os soldados deve ser só para eles. É injusto constatar casos em que os soldados comem arroz a água e sal, à «cuntangu» enquanto outros esbanjam carne e peixe».

«Quero apenas dizer a todos os camaradas — prosseguiu João Bernardo Vieira — que o momento é de pegarmos teso no trabalho. O momento é de exigirmos mais disciplina e de estarmos sempre prontos a defender esta terra».

CONDENADOS POR ASSUMIR O NOSSO PRÓPRIO DESTINO?

Segundo o dirigente do Conselho da Revolução, Cabo Verde não tem o direito de nos condenar pelo facto de termos assumido o poder do nosso país nas nossas mãos. Mas quando em 79 tiveram problemas que levaram à expulsão do Governo de alguns dos seus ministros, nós não os condenamos. Apoiámo-los, porque procederam de acordo com as suas realidades. A terra é deles.

«E porque é que, então, ao tirarmos Luiz Cabral do poder eles nos condenam?» — interrogou Nino Vieira, adiantando certas acusações a altos dirigentes do Partido e do Governo deposto na Guiné-Bissau, comprovadamente autores de transferências propositadas de contas do Banco Nacional da Guiné, mas cujos nomes ainda não podem ser divulgados.

«Decidimos tirar Luiz Cabral do poder porque ele não favorecia uma política estável da nossa economia. Fazia o que entendia... E antes de ele sair daqui vai informar-nos onde meteu os valo-

res económicos do país. Porque não são dele, nem meus, nem do Isfai e do Watna. São, sim, riquezas do nosso povo. Não lutamos para nos enriquecermos a nós próprios. Daí que a responsabilidade cada vez recai mais sobre todos nós sem excepção. A responsabilidade de sermos rigorosos, termos disciplina, trabalharmos mais e sabermos controlar os nossos bens para que ninguém voite a desviar coisas para outros lados. Ninguém...»

«Estou plenamente certo que qualquer cidadão que se sinta verdadeiramente filho desta terra não tem a força moral e o descaramento de retirar do país divisas para outros locais» afirmou, com energia, Nino Vieira.

PREFIRO ANDAR A PÉ MAS SERVINDO O POVO

Na verdade, é lamentável que pessoas ontem comprometidas com o processo revolucionário de libertação do nosso povo se tenham deixado cair do barco da História.

Amílcar Cabral tinha razão e nós vamos ser implacáveis, como aliás os combatentes da Liberdade da Pátria, chefiados por Nino, o demonstraram. Ficam pelo caminho aqueles que confundirem interesses particulares de grupos elitistas pelos interesses comuns, da maioria. Mas, enfim, aqueles que não acreditam nas justificações do Movimento Reajustador de 14 de Novembro, como pela nossa parte somos capazes de observar em certos círculos da opinião mundial, acabarão por reconhecer os factos a serem comprovados.

O camarada João Bernardo Vieira diria, a propósito, que muita gente o condena. Mas ele está convicto no veredicto do povo, a principal razão porque decidiu agir.

Para ele, todas as manobras visando o bloqueamento do cumprimento das suas funções (foi em 78 que Luiz Cabral no acto de tomada de posse do Comissário Principal Nino Vieira disse que o controle da Segurança, das Forças Armadas e dos Negócios Estrangeiros passariam a ser exclusivamente do presidente do Conselho de Estado), serviam apenas para enganar o povo, «para inglês ver», já que se proclamava que Nino era realmente, Primeiro Ministro.

«Muitos até já deverão ter tocado o «bombo-lom» sobre o silêncio do

Nino quanto à situação do país. Que ele não estava a ver, etc. . E eu podia de facto ignorar e continuar a viver melhor que outros camaradas, pois tinha à minha disposição um bom carro e uma boa casa. Aconteça o que acontecer, aquele que passar a fome que se desenrasque. O Nino, esse já tem o que comer».

«Mas não, camaradas — protestou batendo forte o punho sobre a mesa — eu nunca trairei este povo. Prefiro andar a pé mas lutando pelos interesses do povo desta terra».

NINGUÉM ESTÁ CONTRA CABOVERDEANOS

Nino Vieira desmentiu, mais uma vez, o uso especulativo do termo «golpe de Estado contra caboverdeanos». «Nós não somos contra os caboverdeanos. Estamos sim, contra caboverdeanos ou guineenses que fizeram injustiças contra os filhos da Guiné-Bissau. Como estar con-

tra todos os caboverdeanos se, entre eles há aqueles que cá nasceram e nem se quer conheceram Cabo Verde? Aqui é a terra deles também» — sublinhou. E, a concluir. «Nós aceitamos que qualquer que seja a pessoa com o estatuto de Combatente de Liberdade da Pátria venha trabalhar pelo progresso desta terra, mas não para pisar sobre as nossas cabeças, por maiores que sejam as ajudas que nos der».

No Pintcha,
6.12.'80

Nino à rádio sueca: É preciso instaurar a democracia nacional

«Não obstante a prática divisionista levada a cabo por Luiz Cabral, não se pode afirmar que o partido esteja dividido em grupos encabeçados por personalidades» disse o presidente do Conselho da Revolução, camarada João Bernardo Vieira, numa entrevista concedida quinta-feira à rádio internacional sueca.

Na entrevista a que assistiram os camaradas Mário Cabral, Joseph Furpin e Victor Freire Monteiro, o presidente do C.R., respondendo à questão colocada sobre o que pensa o Conselho fazer dos partidários de Luiz Cabral, declarou que estão em curso inquéritos que determinarão medidas a tomar em relação a cada caso concreto.

Quanto à organização do sistema administrativo e político, pergunta também colocada pela rádio sueca, João Bernardo Vieira explicou que «se procede neste

momento a um estudo das principais deficiências de que enferma o nosso sistema de governação. Em tempo oportuno tomaremos as medidas consideradas necessárias ao eficaz funcionamento das nossas estruturas político-administrativas».

O dirigente principal do Movimento Reajustador do 14 de Novembro garantiu que o C.R. assegurará até à efectiva normalização da vida democrática, a direcção do país. Assim, pouco a pouco vão sendo criados os organismos e mecanismos que permitam a instauração da Democracia Nacional Revolucionária na nossa terra. Isto a propósito da pergunta formulada relativamente a data da realização das eleições.

Sobre as precauções que serão tomadas no sector económico e prioridades a serem encaradas, o Camarada João Bernardo Vieira, após referir a degradação a

que o antigo regime conduziu o sector da economia concretamente a criação de projectos que contrariam as nossas reais necessidades, pois «na maior parte das decisões económicas havidas anteriormente não havia transparência», assegurou que «vamos ser mais rigorosos na cobrança das receitas para assim podermos melhorar as nossas finanças públicas. As nossas empresas terão que dar mais atenção ao seu funcionamento». Nesta ordem de ideias será dada prioridade à resolução do problema da produção agrícola e da segurança alimentar do nosso povo. Uma das preocupações do C.R. será a dinamização da exploração dos nossos recursos naturais (pesca e florestas).

«Saberemos planejar, executar e controlar com rigor e clareza as decisões que nos levam a

sair do subdesenvolvimento», afirmou o presidente do Conselho da Revolução, para em seguida manifestar «o nosso profundo agradecimento ao povo amigo da escandinávia, em particular da Suécia, pela ajuda fraternal que tem prestado ao desenvolvimento sócio-económico e cultural da nossa terra». «Tendo em conta a situação catastrófica que nos foi legada — diria ainda — contamos com apoio participativo do povo e governo escandinavo, que desde os tempos da Luta de Libertação Nacional tem dado uma contribuição de valor ao esforço de emancipação e desenvolvimento do nosso país».

DJARAMA KABI

O POVO DE GABÚ DESCEU A BISSAU

O povo do Gabú desceu à capital para gritar bem alto a alegria da esperança renascida com o Movimento Reajustador do 14 de Novembro.

Os caminhos da Paz e do Progresso abrem-se à nossa terra. E os jovens, as mulheres, os homens grandes do Gabú quiseram vir agradecer ao Conselho da Revolução, e às gloriosas FAEP. O seu obrigado dirigiu-se, naturalmente, ao homem que simboliza o 14 de Novembro. Djarama Kabi! E tocaram, e dançaram para ele. Já regressaram à sua cidade. Levaram com eles a promessa de Nino: ele visitará o Gabú. Com a promessa, também um incitamento: pegar tesou! Só assim a nossa Terra será, verdadeiramente, nossa.

Em vez de se decidir por um desenvolvimento harmonioso da agricultura e pelo aperfeiçoamento dos meios de produção agrícola (arados, foices, enxadas) optava-se pelos projectos de «prestígio» que outros interesses poderiam servir, mas não os do nosso povo.

O que dizer quando num país iminentemente agrícola o Orçamento Geral do Estado, só previa seis por cento para o Desenvolvimento Rural?

O Conselho da Revolução decidiu amnistiar e perdoar alguns casos de crimes políticos e comuns praticados até ao Movimento Reajustador de 14 de Novembro. São contemplados, concretamente, os implicados na intentona de 18 de Novembro de 1978 e os acusados pelo processo político dos panfletos.

«Este acto — afirma-se em comunicado do Conselho da Revolução — inscreve-se no quadro da orientação política do PAIGC que visa recuperar o homem ao serviço dos superiores interesses do povo».

Os ora beneficiados «terão ocasião de festejar com as suas famílias esta grande vitória para todos os filhos desta terra contra o regime deposto que levou o nosso país ao caos económico e à miséria» — acrescenta-se no comunicado.

Na reunião em que foi adoptada tal decisão — realizada anteontem e ontem — foram também abordados diversos aspectos da vida do país, e tomadas resoluções de especial importância.

Depois da acção conduzida por um grupo de destacados militantes do Partido, novos horizontes se nos abrem.

Hoje mais do que nunca, a nossa responsabilidade atinge proporções incomensuráveis. Cabe-nos o dever de, pelo nosso trabalho, desmentir os detractores do 14 de Novembro, proporcionando uma política de pequenos passos de acordo com as nossas reais possibilidades.

Os indivíduos implicados na intentona de 18 de Novembro de 1978, e no processo político da distribuição de panfletos, bem como outros acusados de delitos comuns, vão ser amnistiados, por decisão do Conselho da Revolução, reunido anteontem e ontem na fortaleza da Amura.

Conforme se pode ler no comunicado final da reunião «este acto inscreve-se no quadro da orientação política do PAIGC que visa recuperar o homem ao serviço dos superiores interesses do nosso povo».

O Conselho da Revolução esclarece que Rafael Barbosa, embora abrangido pela amnistia enquanto acusado de participação na intentona de Novembro de 1978, continua cumprindo a pena de 15 anos de trabalho produtivo obrigatório, decidido pelo Conselho de Estado, em 1977. O caso de Rafael Barbosa, informa-se no comunicado, «será oportunamente apreciado pelo Conselho da Revolução».

O Conselho da Revolução decidiu ainda designar o camarada Joseph Turpin para superintender o sector do Comércio, e transferir imediatamente para o Comissariado de Estado de Finanças o Fundo de Comercialização «a fim de se atingir o objectivo que esteve na base da sua instituição».

A reunião do Conselho Nacional da Guiné «para análise da situação decorrente do 14 de Novembro» realizar-se-á na primeira quinzena do próximo mês de Janeiro, e foi também decidido que este órgão passaria a reunir-se mensalmente.

O Conselho da Revolução ocupou-se também do problema do Estado e ordenou «que se iniciasse imediatamente o processo de rectificação da JAAC».

De entre muitas outras decisões adoptadas destacamos a criação de diversas Comissões para funcionarem em estreita ligação com o Conselho da Revolução, designadamente Defesa e Segurança (presidida por Nino), Assuntos Externos (Victor Saúde Maria), Assuntos Económicos e Financeiros (Nino), Informação e Cultura (Victor Saúde Maria), Educação, Saúde e Assuntos Sociais (Samba Lamine Mané), e Justiça e Administração (Manuel Saturnino da Costa).

O Presidente do Conselho da Revolução e Comandante de Brigada, João Bernardo Vieira recebeu ontem à tarde no átrio da Amura, acompanhado dos seus colaboradores directos, uma delegação de cerca de 200 pessoas vindas dos sectores e secções da Região de Gabú, para manifestar o seu total apoio ao movimento do 14 de Novembro e ao Conselho da Revolução.

Na delegação integravam-se homens grandes, tocadores com os seus tambores, dançarinas e infalíveis «djidius» que tocaram, dançaram, e cantaram durante alguns minutos as suas canções tradicionais as quais dedicaram ao comandante Kabi e ao Conselho da Revolução. Ostentavam também cartazes e dísticos onde se podiam ler frases como «Nós da região de

Gabú concordamos com o Reajustamento do 14 de Novembro». «A delegação de Gabú saúda o Conselho da Revolução» e «Djarama Kabi -Abaixo os traidores do nosso povo».

Recorde-se que 24 horas depois da Revolução do 14 de Novembro, a população de Gabú organizou uma manifestação de apoio e «contentamento» mas, como diria um homem grande que usaria da palavra na ocasião, «isto não chegava para demonstrar aquilo que sentíamos por isso decidimos vir mesmo a Bissau».

Por seu turno, o Comandante de Brigada, Nino Vieira dirigiria algumas palavras de agradecimento aos presentes por este gesto de solidariedade. Apresentou os membros do Conselho da Revolução e os principais colaboradores, ex-

plicou as razões e os objectivos do Movimento Reajustador, da unidade com Cabo Verde - em pé de igualdade, e prometeu, assim que possível, visitar a região de Gabú, para melhor discutir com a população local sobre os problemas económicos desta terra. No final da sua intervenção Nino Vieira apelou a pegarem teso no trabalho, com harmonia e concórdia nacional por que só assim poderemos atingir o progresso e o desenvolvimento do nosso país, desejando-lhes vida e saúde.

Entretanto, o camarada Victor Saúde Maria, Vice-Presidente do CR abordou principalmente problemas ligados ao desenvolvimento da agricultura, única via para o progresso do país, e da próxima campanha agrícola que se inicia dentro de dias. «Temos que trabalhar muito e

estar vigilantes para que ninguém estrague o nosso trabalho. Temos que lavrar o que podemos comer na nossa terra. Há problemas das chuvas mas o Governo vai resolver isso para que não possamos estar dependentes das chuvas - sublinharia.

Mais à frente o Vice-Presidente do CR disse que Gabú é a região da mancarra «mas temos que a utilizar dentro do país e não deixar sair para as fronteiras como tem acontecido. Só com essa mancarra é que podemos comprar as coisas para o povo de Gabú. Só assim é que podemos ir para diante. Esses produtos terão que estar ao serviço de todos. Não é uma responsabilidade só do Conselho da Revolução mas de todos nós que queremos o desenvolvimento da nossa terra na paz, unidade e progresso».

EDITORIAL

Pensar hoje, um mês após a acção reajustadora do 14 de Novembro, as causas remotas e próximas e as implicações de tal acto, é uma necessidade imperiosa para todos nós, amantes da liberdade, da paz e do progresso.

Há que encarar o 14 de Novembro, como um acto revolucionário, isento de animosidade e de um nacionalismo estreito, um acto sem racismo, que tem por fito, servir unicamente os interesses das largas massas trabalhadoras da nossa terra.

Na perspectiva de uma realidade nova, animada pelos ideais do 14 de Novembro, impõe-se-nos a tarefa nada fácil de avaliar os erros cometidos e analisá-los correctamente de forma a podermos avançar sobre a base de propostas realistas, que viabilizem o nosso legítimo anseio de construir uma terra nova, isenta de qualquer tipo de exploração do homem pelo homem.

Estamos convencidos que a missão assumida pelo Conselho da Revolução, de repor as coisas no lugar (reajustar) é de sobremaneira difícil e o tempo perdido ao longo dos seis anos de atrofiamento político não abona em nosso favor.

Que fazer? — Que receita para os males que todos conhecemos?

Fazer um reajustamento, implica criar condições político-sociais que permitam uma participação efectiva e consciente de todo o nosso povo no processo da Reconstrução Nacional.

Reajustar, significa adoptar uma política económica que imprima a dinâmica necessária para o equilíbrio da nossa balança de pagamentos, assim como medidas tendentes a quebrar o círculo fechado da auto-subsistência em que se encontram nada menos que 80 por cento da nossa população.

Quase sete anos após a morte do saudoso camarada Amílcar Cabral e seis anos após a

nossa independência total, era com certa incredibilidade e estupefação, que víamos o nosso país avançar a passos gigantes para o abismo neocolonial.

A Guiné-Bissau, que Cabral sonhara construir no respeito intransigente dos interesses do nosso povo e principalmente das grandes massas camponesas da nossa terra, afundava-se sob o peso de projectos absurdos, incompatíveis com as nossas realidades.

O QUE O POVO ESPERA DO 14 DE NOVEMBRO

Passada a euforia dos dias vitoriosos de Novembro, são os guineenses que começam a interrogar-se sobre o que fazer para, no futuro, evitar os problemas vividos sob o regime deposto.

A maioria congratulou-se com o Movimento Reajustador do 14 de Novembro, de que espera sem dúvida mil e uma maravilhas, não deixando, no entanto, lá no fundo de si mesma, de colocar as seguintes perguntas:

Estarão os nossos dirigentes sempre ao lado do povo e dos seus verdadeiros interesses? Poderemos criticar abertamente? E a crise alimentar? Como resolver este problema? Como controlar o dinheiro do Estado, as ajudas externas que recebemos em os acordos que assinamos?

Preocupação legítima. Justificada pela anterior orientação, caracterizada por um profundo divórcio das preocupações das massas. Enquanto se pediam aos «labradores» para «marrar barriga», «pegar teso»; praticava-se na realidade uma política prejudicial a esta classe. Especialmente no domínio da importação e dos abastecimentos.

As bebidas finas que enfeitam as montanhas das Galerias e da Socomin não são para os trabalhadores, pois não podem substituir o óleo da mancarra, «esgotado» em Bissau, mas que uma mulherzinha foi um dia vender ao meu bairro por 250 pesos o litro.

Estes são apenas dois exemplos duma situação contrária ao princípio que sempre orientou a acção do PAIGC: o da total identi-

cação com os anseios das massas populares, a chave da sua vitória sobre a dominação colonial.

Contudo, a traição de um grupo de dirigentes não foi um fenómeno imprevisível. Cabral já havia alertado para os perigos da ambição do poder e corrupção dos dirigentes, ao afirmar que «a luta não acaba com o içar da bandeira e o entoar do hino nacional».

O fundador da nacionalidade insistira ainda que «para nós do PAIGC, não se trata apenas de expulsar os fugas, e depois praticar uma política de exploração sobre o nosso povo.

Para explicar a adesão de alguns destacados combatentes da Liberdade ao projecto de monopolização do poder pelo grupo de Luiz Cabral (que passava pela repressão e por vezes liquidação de toda a oposição) alguns adiantaram o baixo nível de instrução de muitos deles e o analfabetismo de alguns.

Mas será que é preciso frequentar alguma escola para saber que Nino é o símbolo vivo da luta de libertação Nacional, e que o nosso povo, mesmo vendo fábricas grandiosas precisa de ter a barriga cheia?

Não! Temos de procurar a explicação para essa demissão nacional noutro lado. Na luta simultaneamente colectiva e individual que devemos levar a cabo contra as nossas limitações ideológicas e fraquezas morais, e que muitos não tiveram a coragem de travar.

Na segunda reunião ordinária do CSI, realizada em Junho deste ano em Bissau, o secretário-geral do PAIGC, camarada Aristides Pereira, apelara à vigilância relativamente aos desvios da linha do Partido e à necessidade de os combater.

O relatório do camarada Aristides denunciara a existência do espírito de irresponsabilidade, de tolerância face aos erros, pragmatismo excessivo, atitude tecnocrática e burocratismo, improvisação como método de trabalho, fuga às orientações e ao controlo do

Partido, amigundade, ostentação e ambição pessoal. E perguntava: «Como pode contribuir para o entusiasmo revolucionário dos militantes e do povo, o dirigente que, conduzindo-se com espírito de régulo, menosprezando as opiniões dos outros, não age no sentido do aprofundamento constante da democracia interna do Partido e da Democracia Nacional Revolucionária que definem a nova sociedade em construção?».

Nesta altura, ficou claro que o Partido devia preparar-se para abrir as suas fileiras a gente nova, a fim de poder realizar-se a palavra de ordem de Cabral: «fazer com que o Partido pertença cada dia mais àqueles que podem torná-lo cada vez melhor».

Nessa ocasião, muitos espíritos exasperados acalmaram-se e, com um certo optimismo, concluíram que a direcção do PAIGC não dormia.

Mas no nosso país, as palavras não acompanharam os actos. Pois não se tratava apenas da difusão teórica da ideologia do Partido, «(...) mas sobretudo da sua veiculização através do comportamento dos homens e, em primeiro lugar, dos responsáveis do Partido e do Estado (...)»

Fazendo-se os únicos intérpretes do pensamento do Cabral, um grupo de camaradas atrofiou os órgãos do Partido, violando o princípio do centralismo democrático, esvaziando as estruturas do seu conteúdo. O seu maior erro terá sido a traição ao princípio da unidade, cujo processo se tornou seu domínio reservado. Negando a sua discussão ampla e sincera, quer entre os militantes, quer no seio da população.

Quando a consulta ao povo se tornou inevitável, com o estudo do ante-projecto da Constituição, foi o que todos já sabem. Não obteve aprovação popular e acabou por ser imposta aos deputados da Assembleia Nacional, após se ter chegado a um impasse no seio do Conselho Nacional.

Responder positivamente às dúvidas levantadas atrás é uma tarefa que não compete só ao Partido e ao Conselho da Revolução.

A todo aquele que vendo a magnanimidade e a segurança com que o Conselho da Revolução está a trabalhar, pensa que nada mudou, engana-se redondamente.

Aparentemente nada mudou mas toda a mudança é um processo sobretudo quando se quer restabelecer o clima de justiça social e de concórdia nacional.

A maior mudança foi a demonstração de tolerância e humanismo, dada pelo Conselho da Revolução ao amnistiar os presos políticos. Compete-nos agora, a todos, provar que é possível construir o progresso e o bem-estar para todos na Guiné, na liberdade.

Para isso, temos que pôr em prática o princípio da direcção colectiva ao mais alto nível. É possível. Restituir aos comités de base nas tabancas e nos locais de trabalho o seu verdadeiro papel, a fim de desmascararem erros, apresentar queixas, além de veicular a ideologia do Partido e formar os militantes.

Isso também é possível, se à frente destes comités forem colocadas pessoas sérias, honestas, disponíveis e não indivíduos que não acreditam na eficácia dessas coisas. O contrário, responsáveis que fazem reuniões em cima de reuniões, também não interessa.

Devemos acabar com a angústia de quadros honestos, que voltam dum curso ou estágio e não são devidamente aproveitados na sua terra, muitos dos quais até ficam no desemprego.

Há que dar prioridade à importação de gases e chapas de «raio-x» para o hospital, em vez de desodorizantes para telefone.

Assim, poderemos justificar o Movimento Reajustador e evitar que, voltemos à situação anterior, frustrando todos aqueles que, honestamente aderiram, de alma e coração a este Movimento cuja característica principal é o seu carácter profundamente popular.

Uma estranha decisão de Cabo Verde

O Presidente da República de Cabo Verde, Aristides Pereira, procedeu recentemente a uma remodelação do Governo caboverdiano, que atingiu os Ministérios dos Negócios Estrangeiros, da Defesa Nacional e do Interior.

O primeiro comandante Silvino da Luz substituiu Abílio Duarte como Ministro dos Negócios Estrangeiros, porque nos termos da nova Constituição, Abílio Duarte foi eleito Presidente da Assembleia Nacional Popular, não podendo ocupar nenhum posto ministerial.

O Ministério da Defesa e Segurança Nacional foi desmembrado em dois novos departamentos: Ministérios da Defesa Nacional, e do Interior. O novo titular da pasta da Defesa Nacional é o comandante Honório Chantre, que exercia as funções de ministro de Defesa e Segurança, enquanto o cargo de ministro do Interior, foi confiado ao primeiro comandante, Júlio César de Carvalho (Julinho), membro do CSL do Partido e Comissário Político Nacional das FARP da Guiné-Bissau, durante o regime deposedo.

Nesta edição apresentamos na íntegra um comentário lido aos microfones da Radiodifusão Nacional a respeito da nova nomeação de Julinho de Carvalho.

A recente notícia divulgada a propósito da nomeação do Primeiro Comandante Júlio de Carvalho, como Ministro do Interior de Cabo Verde, faz-nos pensar e repensar que algo efectivamente não vai bem na aplicação correcta dos ensinamentos legados por Amílcar Cabral, bem como na interpretação e aplicação de leis aprovadas pelos dignos representantes do nosso povo, no âmbito da Assembleia Nacional Popular.

O Governo de Cabo Verde, é o fruto do amadurecimento do povo caboverdiano, que nós guineenses respeitamos, como aliás sempre aceitámos e demonstrámos, visto que compete a cada povo, e só a ele, ocupar-se dos seus próprios problemas, mas quando o PAIGC é citado nas Constituições dos respectivos países, isto é na Guiné e Cabo Verde como sendo a força dirigente de ambas as sociedades, o problema já é outro e merece reflexão.

O Estatuto de Combatente da Liberdade da Pátria, se a memória não nos atraiçoa, foi uma lei aprovada tanto em Cabo Verde como na Guiné-Bissau, honrando de um lado como do outro, os que, não sendo nacionais, se deram à Luta de Libertação Nacional, ganhando direito às respectivas nacionalidades.

Ora bem, isso merece, a bem da verdade, que nos debruçemos sobre determinados aspectos, para que todo o mundo possa compreender e julgar, pois como se diz, a verdade é como o azeite na água, vem sempre à tona.

Com a conquista da nossa independência, proclamada nas históricas colinas do Boé, o nosso povo ganhou o direito de ter a sua própria bandeira, o seu hino, e de formar com os seus melhores filhos os órgãos de soberania nacional. Desde a primeira hora e nos sucessivos Governos formados, os filhos de Cabo Verde, Combatentes da Liberdade da Pá-

tria; sempre fizeram parte do governo guineense.

Com o advento do 14 de Novembro, cujos motivos são de louvar, não se quebrou essa tradição, antes pelo contrário, foi evidenciada em diversos momentos que as razões do Movimento Reajustador não estavam voltadas contra os caboverdianos, ou quaisquer outros grupos ou camadas sociais, mas sim contra a injustiça, o nepotismo, a corrupção, o amiguismo, em suma, contra os direitos sagrados do nosso povo, que um pequeno grupo de dirigentes pretendia espezinhar transformando esta terra, num feudo de um certo grupo imbuído de espírito de régulo.

O Conselho da Revolução, que tomou os destinos da Pátria de Amílcar Cabral em suas mãos, dissolveu, como então se impunha, os órgãos de soberania vigentes durante o regime deposedo, assumindo ele próprio os poderes, de forma transitória até, conforme declarou, criar as condições propícias à aplicação de medidas tendentes a reconduzir o país bem como o Partido, à linha definida por Amílcar Cabral.

Nomeando um Governo provisório, como aliás se impunha, para resolver os assuntos correntes do Estado, o Conselho da Revolução reconfirmou no seu cargo de Comissário de Estado dos Transportes e Turismo, o Comandante Manuel Santos, «Manecas», de ascendência e naturalidade caboverdianas, mas que goza do estatuto de Combatente da Liberdade da Pátria.

Aliás, o seu nome é sempre citado pelo Comandante de Brigada e Presidente do Conselho da Revolução, Camarada João Bernardo Vieira (Nino), como um exemplo das nossas relações e sentimentos em relação aos caboverdianos.

Não vamos agora entrar em pequenos pormenores, para fazermos alusões aos quadros de nível

superior e médio, de ascendência e naturalidade caboverdianas, que aqui se encontram ao nosso lado a trabalhar. O que nos interessa sobretudo é pôr em evidência outra questão.

Os guineenses, como os caboverdianos, sabem e bem, que o 14 do Novembro, surpreendeu em terras caboverdianas os primeiros comandantes Lúcio Soares, Abdulai Barri, Bôbo Keita e Julinho de Carvalho.

Ora bem, os dois primeiros, ou seja Lúcio Soares e Abdulai Barri, sempre ocuparam cargos de maior responsabilidade, quer a nível do Partido, quer a nível das Forças Armadas, e hierarquicamente superiores aos de Julinho de Carvalho.

Admira-nos sobremaneira que o primeiro comandante Júlio de Carvalho seja nomeado para o cargo do Ministro do Interior de Cabo Verde e não qualquer um dos dois guineenses, seus superiores, repita-se, acima citados.

Será que o estatuto de Combatente da Liberdade da Pátria só é aplicável na Guiné-Bissau?

Bem, até este momento pensamos que sim. Ou será por esquecimento?

Será que os primeiros comandantes Lúcio Soares e Abdulai Barri não são membros do Comité Executivo da Luta?

Será que os primeiros comandantes Lúcio Soares e Abdulai Barri, não foram e não são mais responsáveis que os primeiros comandantes Júlio de Carvalho e Honório Chantre?

Ou será só porque esses dois dirigentes citados, serem guineenses de origem?

De facto, custa-nos a compreender a atitude do governo de Cabo Verde, e dos responsáveis do PAIGC nessa frente. Até porque consideram o 14 de Novembro e o Conselho da Revolução que nasceu do Movimento Reajustador, como sendo corpos estranhos ao Partido.

Mas, o que não compreendemos é o facto de membros da Direcção Superior do PAIGC e de ascendência e naturalidade guineenses, estarem fora de um governo, que tem o Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde, como força dirigente da sociedade.

Quais das razões que moveram o governo de Cabo Verde na sua decisão?

«Nô Pintcha» camaradas, e como diz o nosso povo, «lála quema, cau de sucundi catém».

A Revolução é do povo e ao povo compete defendê-la

Os dias 22 e 23 de Dezembro foram de festa nas cidades de Gabú e de Bafatá, no Leste da Guiné-Bissau. O povo destas regiões acorreu em massa às sedes dos Comitês para vitoriar a delegação do Conselho de Revolução, chefiada pelo camarada Comandante de Brigada João Bernardo Vieira, da Comissão Permanente do PAIGC e Presidente do Conselho de Revolução.

Gabú foi a primeira etapa da viagem ao Leste. Nesta linda cidade, as pessoas começaram logo pela manhã a concentrar-se no local do comício, e nas suas caras marcadas pelo sofrimento de longos anos de luta armada e seis de independência obstruída por um pequeno grupo, via-se o olhar de esperança num amanhã risonho para este povo valente.

Os homens grandes, as mulheres e os jovens encheram as ruas de Gabú logo pela manhã com os seus tambores, dondon, korás manejadas, com uma destreza incrível, os djidius, cantores ambulantes, cantavam as histórias dos reis antigos, clãs e guerreiros, de grandes batalhas e lendas dos heróis da resistência à colonização, do Império de Gabú, em Kansala.

Na manhã de segunda-feira, dia 22, cerca das 10 horas, chegava àquela cidade o camarada Nino Vieira num helicóptero das nossas Forças Armadas, com a sua comitiva, e foi recebido pelas autoridades locais, mulheres e quadros do Partido e do Estado e cooperantes ali em serviço.

A multidão queria ver de perto, e se possível tocar o Herói da ilha de Como, da mata de Cubucaré, do rio Balana, de Guiledje, das laldas de Quinará e das colinas do chão sagrado de Boé. Kabi, o jovem lendário guerrilheiro, que derrotou os melhores generais do regime colonial por-

tugués, formados nas melhores academias do Ocidente -- o homem que está desde a noite de 14 de Novembro à frente deste país martirizado. «Nino ousa. Conselho de Revolução ousa, filhos da Guiné» era cantiga entoada pelos djidius de Gabú, em homenagem aos militares da noite gloriosa daquela sexta-feira de Novembro.

O POVO CHAMOU A JUSTIÇA O CONSELHO DA REVOLUÇÃO DEU A SENTENÇA

Após o comício e reunião com os homens grandes e militares, e quadros do Partido e do Estado na região de Gabú, a comitiva seguiu para Bafatá, o berço do Fundador da nossa Nacionalidade, Amílcar Lopes Cabral, um dos melhores filhos de África. À sua chegada a Bafatá a delegação dirigiu-se em seguida ao Monumento de Amílcar Cabral, onde depositou uma coroa de flores.

À noite, a comitiva assistiu a um acto cultural dado pelo agrupamento artístico, com cerca de 35 pessoas, e constituído por elementos de uma família, e uma orquestra local. No dia 23, Bafatá acordou ao som barulhento de dezenas de grupos musicais, que tocavam e dançavam. Autêntica festa; as ruas estavam enfeitadas de bandeiras e dísticos, em que se dizia «estar com Kabi é defender os princípios

do PAIGC», e «O povo chamou a justiça, e o Conselho de Revolução deu a sentença».

No comício, falou o camarada Malam Bacai Sanhá, Secretário regional do Partido, em nome da população de Bafatá, que em poucas palavras disse que o povo desta região está confiante de que com Kabi haverá justiça na nossa terra, haverá democracia para o nosso povo, e que os princípios do PAIGC não serão deturpados

por ninguém». A terminar a sua intervenção, o camarada Malam Bacai Sanhá salientaria que «estamos com o C.R. no caminho do PAIGC, para a reconstrução nacional, nos nossos lugares de mancarra, de fundo e de milho».

A REVOLUÇÃO NÃO É DE NINO É DO POVO!

«Todo o nosso povo tem que estar firme e decidido a defender a Revolução. Ela não é de Nino, de Samba Lamine ou de qualquer outro membro do Conselho de Revolução. A Revolução é de Povo, e a ele compete somente a sua defesa, pois eu sózinho não a posso defender».

Estas foram palavras do Comandante de Brigada, João Bernardo Vieira, no comício realizado no passado dia 22, na cidade de Gabú, perante milhares de populares daquela região do Leste da nossa terra. A dele-

gação do CR, chefiada pelo camarada Nino Vieira, integrava ainda o camarada Samba Lamine Mané, do C.R. e Comissário de Estado dos Recursos Naturais, capitão Benghate Na Beate, igualmente do C.R., Victor Freire Monteiro, colaborador principal do C.R. e Governador do BNG, Carmen Pereira, do CEL do Partido e Secretária Nacional do C. N.M.G., embaixador de Cuba em Bissau, Armando Santrayll e o Conselheiro da embaixada da URSS no nosso país.

Durante a sua intervenção no comício, o camarada Nino Vieira começou por apresentar a delegação que o acompanhava como membros do PAIGC, do Partido de Amílcar Cabral, acrescentando: «Deslocámo-nos aqui para festejar com o povo a nossa liberdade».

Em seguida, o camarada Presidente do Conselho de Revolução explicou ao povo as razões que levaram à realização do 14 de Novembro, dizendo a certo passo que ele foi feito para que o povo da Guiné-Bissau seja livre e independente e «foi para isso que lutámos contra o colonialismo durante 12 anos, para acabarmos com o medo, a injustiça e para que o nosso povo seja dono dos seus próprios destinos e que tenha liberdade de expressão, como cidadão desta terra».

«Tivemos milhares de mortos durante a Luta Armada de Libertação Nacional — acrescentou Nino — e o Movimento de 14 de Novembro veio

recisamente render homenagem a esses heróis ombados nos campos de batalha. Os membros do C.R. estão hoje conscientes desses camaradas caídos no campo de honra para liberdade este povo, que afinal em seis anos de independência, não chegou a desfrutar dessa liberdade. Foi por isso que os melhores filhos da nossa terra que ontem pegavam nas armas contra o colonialismo português, voltaram de novo a emunhá-las, para dar a verdadeira liberdade ao nosso povo, que não tinha neste tempo toda a palavra, e colocar os destinos deste país nas mãos dos seus filhos».

O camarada Nino Vieira apelou mais uma vez à concórdia nacional e ao regresso dos nacionais que estão refugiados no estrangeiro. Se ontem estávamos divididos, hoje, devemos unir-nos muito mais, como um só homem, para a Reconstrução Nacional», disse o camarada Presidente.

A SITUAÇÃO ECONÓMICA NUM CAOS

O camarada Presidente do C.R. disse no Gabú e em Bafatá que o Conselho de Revolução herdou uma situação económica difícil, o nosso país estava à beira da bancarrota, devido a má gestão do anterior regime. O III Congresso do Partido apontou o cami-

ho de desenvolvimento económico, no sector da agricultura, mas durante estes três anos nada foi feito neste domínio. O povo não via os resultados das ajudas que recebíamos e os projectos ambiciosos de Luiz Cabral, longe das nossas realidades concretas, abrangiam grande parte delas.

Durante estes seis anos de independência, grandes quantidades de madeira, de peixe e de outros produtos eram exportados, mas o nosso povo não via o dinheiro da sua venda. Alguns dirigentes levavam 200 contos para uma viagem de 15 dias, outros tinham nos seus cofres privados 13 mil dólares e cerca de 400 contos em moeda nacional, além de outras e as mulheres levavam 78 contos. Cabe a pergunta: isso é para o bem-estar do povo?

Há poucos meses chegaram a Bissau 30 autocarros comprados na Bélgica. O estado desses autocarros fez com que o nosso povo criticasse violentamente tal compra, que pensamos ter sido feita com segundas intenções. Uma vez, um repórter nosso falou sobre esses autocarros, e Malan Gino irrompeu aqui no Comissariado insultando-o e ameaçando-o de prisão.

«Estes autocarros — dizia o camarada Nino Vieira — nunca chegam ao seu destino, ficam sempre no caminho. Era preferível comprar 5 ou 10 novos de que comprar essa quantidade em mau estado». O camarada Nino falou ainda de dois barcos que foram comprados pelo Governo de Luiz Cabral, um construído em 1929 e outro em 1945. Um destes barcos não chegou a funcionar uma única vez.

NÃO COMPREENDAMOS A POSIÇÃO DE CABO VERDE

Na sua intervenção nas duas cidades, o camarada Comandante de Brigada Nino Vieira disse que «nós não compreendemos a posição do Governo de Cabo Verde. Não somos contra os caboverdianos. A nossa Revolução não é racista. Os dirigentes sabem bem da nossa situação económica. Sabemos que o povo irmão de Cabo Verde está con-

«Estamos pela unidade, mas na igualdade, na justiça, e não pelo domínio de uns sobre outros. Cada um deve governar a sua terra e só os dois devem decidir livremente sobre a unidade», afirmou o Presidente do C. R.

E acrescentou: «Nós entendemos que, enquanto houver caboverdianos no Governo da Guiné-Bissau, também deve haver guineenses no Governo de Cabo Verde, e não só de um lado. Só assim, é que de facto somos irmãos e queremos a unidade. Fizemos a luta armada com muitos camaradas caboverdianos e alguns hoje ascenderam a altos postos de hierarquia militar e outros são Comissários. Isso é a prova do nosso desejo de unidade. Nós exigimos somente a igualdade de direitos. Não temos nada contra caboverdianos residentes em Bissau. Mas aquele que quiser ir-se embora, paciência, não podemos proibi-lo que vá para a sua terra, e os que sentem que esta terra lhes pertence, e que desejem ficar, podem fazê-lo e ninguém lhes fará mal».

Falando sobre a J.A. A.C., o camarada Nino Vieira disse que «temos que continuar com a nossa organização juvenil, mas limpando-a de todas as impurezas, que herdou do regime anterior, porque são continuadores de Cabral e da nossa Revolução. A J.A. A.C. tem que ser limpa como o nome do seu patrono: Amílcar Cabral. Queremos uma juventude honesta, trabalhadora e servidora dos interesses do povo».

«No regime deposto os membros detinham privilégios em muitos organismos. Vamos continuar com a JAAC, mas não uma JAAC-PIDE ou a JAAC de Segurança», disse Nino Vieira.

No Fintcha,
31.12.'80

O 14 de Novembro na boca do mundo

O Movimento Reajustador de 14 de Novembro foi um acontecimento largamente noticiado e comentado no mundo inteiro.

O denominador comum desse interesse pelo que se passou neste dia na nossa terra foi a dúvida manifestada quanto à concretização do sonho «perseguido durante 25 anos pelos cidadãos da República da Guiné-Bissau e de Cabo Verde: a fusão dos dois Estados irmãos numa só nação independente», como afirmou o «Time» de Nova-Yorque.

O porquê do 14 de Novembro teve, no entanto, as mais diversas interpretações.

Com excepção, talvez, da Guiné-Conakry, cujos dirigentes asseguraram, logo na manhã seguinte, o seu «apoio total decidido» ao Conselho da Revolução, a maioria dos governos e órgãos de comunicação social foram surpreendidos pela acção militar e tardaram em reagir ou avançar uma análise.

Aqueles, como o «Diário de Lisboa», que nos dias seguintes falou da «sombra do Banco Mundial» no Movimento, não tardaram a rectificar o tiro.

O correspondente da agência Reuter na Cidade da Praia, Babacar Diack, declarou que o Movimento «apanhou os dirigentes caboverdianos de surpresa», e que estes «pensaram que os seus autores agiram por instigação dum Estado vizinho, embora reconheçam que no plano da política interna do país, havia carência alimentar, corte de electricidade, etc.»

Se as causas profundas do 14 de Novembro, aquelas cujas origens remontam do período anterior à independência, escaparam a maioria, as suas razões imediatas, pelo contrário, foram apontadas por quase todos os observadores.

Sob o título: «La revanche des noirs» (A vingança dos negros), a jornalista Sylviane Kamara, do semanário «Jeune Afrique», baseando-se na

inesperada intervenção de Rafael Barbosa pela rádio, concluiu que o Movimento era «anti-PAIGC» e procurou explicá-lo pela «clivagem entre negros e mestiços, habilmente explorada durante o colonialismo português e a que a independência não trouxe modificações notáveis».

Reconhecendo «o curso pacífico» do 14 de Novembro, S. Kamara indicou, contudo, que o mais importante está por fazer, «pois a Guiné-Bissau tem fome».

Para o senegalês Mam Less Dia, que assinou um artigo de fundo no jornal «Le Soleil» de Dakar, o maior problema era o da «coexistência de guineenses e caboverdianos no seio do aparelho do Estado, que foi sempre um nó-górdio para o regime de Bissau». Sublinhou que o maior erro de Luiz Cabral «foi não ter tido em conta a importância deste dado».

Alioune Drame, redactor do «Le Soleil», após comparar o camarada Nino «ao Boumedienne de 1965 derrubando Ben Bella que queria maior autoridade sobre os seus camaradas», salientou que a «queda de Luiz Cabral poderá muito bem significar o retorno à superfície da Guiné profunda» e conclui: «Se tal se concretizar, constituirá uma séria ameaça à ideia da união entre os dois países do PAIGC».

«A degradação contínua da economia do seu país parece ter sido igualmente fatal a Luiz Cabral e a sua equipe. O arroz, alimento base, quase desaparecera das lojas nos centros urbanos. Havia também uma escassez de produtos importados» — declarou o diário francês «Le Monde», enquanto outro jornal parisiense, o «Le Matin» escreveu:

«Mas é sobretudo a repressão ordenada por Luiz Cabral contra alguns grupos, nomeadamente no exército, que explicaria este golpe de estado».

O «Tribune de Genève» deu maior destaque ao futuro do processo da unidade. Escrevendo na rubrica «Actualité Politique» (actualidade política), Jean-Jacques Chouet disse que o Movimento de 14 de Novembro «tem de particular o facto de afectar, não só o regime interno da antiga colónia portuguesa, mas ainda, segundo todas as probabilidades, as suas relações com o Estado-irmão das ilhas de Cabo Verde».

No entanto José Flecha, correspondente em Bissau do semanário português «O ponto», entendeu que «o diálogo entre Bissau e Praia é inevitável e mesmo necessário».

Apontando as condições favoráveis a um futuro encontro das duas partes, Flecha escreveu: «O secretário-geral do Partido permanece intocável; os membros do Conselho da Revolução estão todos em condições de se reclamar de um passado de «força da luta e empenhada militância; o Conselho da Revolução pode justamente invocar o apoio popular, que detém inegavelmente, desde a primeira hora».

Salientou, por outro lado a «adesão ao novo sistema de quadros como Manuel dos Santos (Manecas) e Vasco Cabral», assim como aquilo que

considera «o triunfo mais forte, mas amargo e doloroso» de que dispõe o Conselho da Revolução para apresentar-se em «posição de força, ou pelo menos de segurança» frente aos camaradas de Cabo Verde; «a descoberta de cerca de 500 mortos, por fuzilamento ordenado pela Segurança».

Analisando particularmente o pós-14 de Novembro, que consideram «um processo de transição claramente progressista e com inevitáveis factores positivos», Luís Moita e Carolina Quina, membros do CIDAC (Centro de Informação e Documentação Amílcar Cabral), rubricaram um interessante artigo no semanário português «Voz do Povo».

Para estes dois camaradas, que contactaram recentemente diversos meios guineenses e caboverdeanos, tanto em Bissau como na Praia, «viveram-se duas fases de natureza diferente desde o 14 de Novembro até hoje».

A primeira, segundo L. M. e C. Q. «circunscribe-se às 48 horas iniciais, e foi sobretudo caracterizada pela omissão de quaisquer referências ao PAIGC e a Amílcar Cabral, pelo despoletar de uma dinâmica anti-caboverdeana e anti-unidade e pela intervenção de Rafael Barbosa na rádio».

«Foram sobretudo estes três pontos que de imediato lançaram um sentimento de dúvida e apreensão sobre a natureza política do Movimento e dos seus objectivos». Na opinião dos autores deste arti-

go, a explicação para estes factos encontra-se «no grau de preparação do mesmo, a qual se centrou, acima de tudo, nos aspectos militares e operacionais, relegando para um segundo momento a definição político-ideológica e programática do Movimento lançado».

«Seguiu-se portanto uma segunda fase, caracterizada fundamentalmente pela vontade expressa de resolver os problemas mais prementes, e de clarificar a natureza política do 14 de Novembro».

«Entra-se por conseguinte num período em que, apesar de se manterem certos dados confusos e contraditórios, se começa a esboçar uma orientação política dentro de um quadro de orientação progressista e popular».

Ainda segundo L.M. e C.Q. são de grande significado as reacções internas, imediatas ao desenrolar do 14 de Novembro: «O apoio surge quase incondicional e é acompanhado por uma vontade em contribuir para a reconstrução nacional».

Estes dois camaradas acrescentaram ainda que

«o clima que se vive no país caracteriza-se por um visível esperança na resolução dos problemas mais prementes, sendo igualmente perceptível um sentimento colectivo de libertação e de afirmação da identidade nacional».

Abordando finalmente as consequências da eventual ruptura do projecto de unidade Guiné-Cabo Verde, estes dois responsáveis do CIDAC afirmaram: «Teria como consequência inevitável o enfraquecimento das posições dos dois países no continente africano, do ponto de vista estratégico bem como do ponto de vista político-partidário».

A cimeira de Luanda, reunida sem a presença da Guiné-Bissau, para analisar a situação no nosso país após o 14 de Novembro, embora não se possa considerar uma atitude hostil é, pelo menos na opinião da maioria dos observadores, uma prova de desconfiança, em relação a um golpe de força que desferiu, sem dúvida, um severo golpe no prestígio pessoal dos dirigentes das antigas colónias.

Este prestígio pessoal revelou-se, na fase do pós-independência, em muitos aspectos (no caso de Luiz Cabral) um mito, que valeu a pena desmentir.

Há ainda quem pense que o cunho inegavelmente nacionalista e popular do 14 de Novembro seja encarado como «uma advertência» (e portanto receado) nos países onde a influência da pequena burguesia ainda não foi totalmente eliminada.

A nossa maior riqueza é o povo trabalhador.

Camaradas e compatriotas!

Povo da Guiné-Bissau!

O ano de 1980 está a terminar.

No limiar de mais um ano na vida do povo heróico da Guiné-Bissau que foi marcado pela acção revolucionária do Movimento Reajustador do 14 de Novembro, movimento cujos objectivos fundamentais são os de restabelecimento da justiça, da fraternidade e da dignidade do nosso povo africano, queremos, em nome do Conselho da Revolução e em nosso nome próprio, saudar calorosa e militantemente todo o nosso povo, homens, mulheres, velhos e crianças que se encontrem nos campos, ou nas cidades quer ainda no estrangeiro.

O ano de 1980, que iniciou a década considerada do Desenvolvimento, foi um ano marcado pelo esforço de aproximação entre os países, no sentido do reforço da paz e da cooperação entre os povos.

Não obstante a existência de polos de confrontação, as nações e os seus dirigentes, conseguiram sempre encontrar fórmulas de entendimento que contribuíram para a diminuição dos focos de tensão e o alargamento do clima de confiança mútua e de solidariedade.

Para o nosso povo, o ano de 1980 foi difícil. Registamos pela primeira vez uma situação de crise alimentar geral, de fome em várias áreas do território nacional.

É evidente que o clima, as condições climática não tem favorecido o nosso esforço de produção e sobretudo no domínio das culturas alimentares. No entanto, embora não seja nosso objectivo fazer um balanço do que tem sido feito ao longo destes anos primeiros da Independência, importa informar ao nosso povo qual a situação económico-social para que todos, irmanados nos ideais da construção de um país próspero consigamos encontrar os remédios para reabilitar a saúde da nação.

O FOSSO ENTRE A CIDADE E O CAMPO

Caracterizando em grandes linhas a situação económica nacional, devemos reconhecer que as orientações preconizadas no programa do PAIGC e retomadas nas Resoluções do 3.º Congresso estavam a ser frontalmente desvirtualizadas.

Assim, embora se preconizasse o desenvolvimento harmonioso do país verificamos que prática a cidade de Bissau constituía o polo de excessiva concentração dos investimentos, da ordem dos 50%, em detrimento evidente das zonas rurais do interior que representam cerca de 90% da população.

Esta incorrecta orientação aprofundou o fosso entre a cidade-capital e o campo provocando em consequência fenómenos secundários, tais como a aceleração do êxito rural e a diminuição do estímulo dos camponeses em assumir o seu próprio desenvolvimento

Por outro lado, não obstante a orientação do Partido no sentido de favorecer as largas massas e em particular as camadas mais desprotegidas da nossa população, o esforço do desenvolvimento centrou-se nestes últimos anos, na criação das grandes infra-estruturas nacionais em prejuízo das pequenas infra-estruturas locais como, por exemplo, a abertura de vias de acesso para desencravar as áreas de produção ou as pequenas obras de engenharia rural que facilitariam o combate às irregularidades das chuvas.

O ritmo de implantação de infra-estruturas e equipamentos complexos e sofisticados que exigem uma mão de obra especializada e uma assistência técnica que sendo dispendiosa estava para além dos conhecimentos técnicos nacionais, era muito veloz. Isso comprometia seriamente o almejado desenvolvimento que deveria beneficiar em primeiro lugar as massas camponesas que contribuíram com o maior esforço para a libertação nacional.

Os desvios na condução da política económica e financeira do país tiveram como reflexo uma situação interna catastrófica caracterizada por graves e persistentes déficits no Orçamento Geral do Estado sem que jamais se tivessem tomado as medidas adequadas.

A nossa balança de pagamentos é altamente deficitária.

Em 1980, importamos um milhão e oitocentos mil contos de mercadorias e só exportamos quatrocentos mil contos o que representa uma taxa de cobertura de 22,2%.

Herdamos pois uma pesada dívida externa, devido à política irresponsável do anterior regime.

Caros camaradas e compatriotas:

Acabámos de descrever em traços largos a base da qual teremos de partir para construir na nossa terra a pátria por que lutou e morreu Amílcar Cabral, Domingos Ramos, Pansau Na Isna, Osvaldo Vieira, Titina Silá e tantos outros que, abnegadamente, se deram ao trabalho que devemos continuar.

INTRODUZIR CORRECÇÕES NECESSÁRIAS

Como resolver esta situação deveras grave? Quais as soluções a encontrar para reorientar a nossa vida em todos os aspectos, económicos, social e cultural?

Impõe-se enfrentar com coragem e determinação a situação vigente, introduzindo as correcções necessárias ao bom êxito do empreendimento.

O Movimento Reajustador do 14 de Novembro criou um órgão, o Conselho da Revolução, que assumiu todos os poderes que competiam à Assembleia Nacional Popular, ao Conselho de Estado e ao Governo.

O nosso ensino tem que estar de acordo com as nossas opções do desenvolvimento e deve preparar os jovens e as crianças para se inserirem com facilidade na vida de trabalho do nosso povo.

A nossa identidade nacional exige a preservação e a salvaguarda do nosso rico e diversificado património cultural. Assim, impõe-se que a educação e cultura e outros sectores promovam um sistema de pesquisa e de difusão dos nossos valores culturais.

O sector da habitação que não tem merecido a devida atenção vai ser objecto das nossas preocupações tendo em conta a grande carência habitacional.

Povo da Guiné-Bissau:

Um importante desafio foi-nos lançado com o Movimento do 14 de Novembro.

Grandes trabalhos nos esperam. Teremos que consentir muito mais sacrifícios.

COMBATER O AMIGUISMO E CRIAR ESTÍMULOS MORAIS

Precisamos do esforço de todos os cidadãos nacionais para a grande obra que nos espera. A concórdia nacional preconizada pelo Conselho da Revolução tem por finalidade possibilitar o ingresso de todos aqueles que, decididamente queiram engressar as fileiras dos combatentes da reconstrução nacional.

Caros compatriotas:

Temos que combater com vigor o amiguismo, o nepotismo e os vícios viciosamente alimentados pelo regime deposto.

O espírito de emulação entre regiões, locais de trabalho, escolas, hospitais, entre organizações sociais e recreativas, deve ser instaurado.

Não dispomos de suficientes meios materiais para recompensar os heróis do trabalho, as regiões ou locais de trabalho que se destaquem. Saberemos no entanto, com a imaginação criadora do nosso povo, criar estímulos morais, sociais e materiais que promovam a competição honesta e aberta na edificação da pátria guineense.

Com amnistia concedida pelo Conselho da Revolução a várias categorias de prisioneiros no passado dia 14 de Dezembro para comemorar o primeiro mês de vitória, demonstramos além da magnanimidade que enforma esse órgão, a nossa firme convicção de tudo fazer para recuperar o Homem integrando-o na dinâmica da construção da sociedade nova a que o nosso povo aspira.

Além das dificuldades da situação económica a que nos referimos anteriormente estamos perante o facto consumado de ter que conseguir cerca de 70 mil toneladas de cereais e outros produtos alimentares para evitar ao nosso povo o sofrimento dos rigores da fome.

A comunidade internacional tem respondido favoravelmente aos pedidos formulados pelo nosso Governo em especial após a reafirmação dos princípios de não-alinhamento consequente e da cooperação aberta com todos os povos na base do respeito mútuo e da reciprocidade de vantagens.

Reafirmamos a nossa firme convicção de desenvolver os laços de amizade com os países e nações do terceiro mundo, da África, com os países vizinhos e em particular os povos africanos de expressão oficial portuguesa.

A nossa cooperação com os países que desde a fase difícil da luta armada de libertação nacional nos ajudaram será preservada, desenvolveremos as nossas relações com os países que têm contribuído na medida das suas possibilidades, para o esforço de reconstrução da nossa terra.

Camaradas e compatriotas:

Vamos iniciar mais um ano de trabalho. A situação que se desenha no horizonte mostra-nos as grandes responsabilidades que cada um de nós, nacional ou estrangeiro tem na batalha que vamos encetar.

Não podemos pensar que o 14 de Novembro vai resolver os nossos problemas se todos, não fizermos os sacrifícios indispensáveis. Não há milagres na vida das sociedades, não há forças sobrenaturais que possam ajudar-nos nesta tarefa difícil mais exaltante de construir, com as nossas próprias mãos, os nossos pensamentos, com a nossa própria vontade e firme determinação a pátria sonhada por Abel Djassi.

Convido-vos, camaradas e compatriotas, a participarem em mais um combate, este bem difícil, a de merecermos de nós mesmos e sobretudo das gerações vindouras, o respeito pela capacidade demonstrada em incarnar as profundas aspirações deste povo corajoso mas martirizado.

O Conselho da Revolução assegura-vos que tudo fará para canalizar os vossos esforços, escutar atentamente as vossas críticas e sugestões, promover a amizade e confiança entre todos, participar no grande desafio da Humanidade para instaurar, no mundo em que vivemos, uma nova ordem económica e social mais justa e estimulante.

FIDELIDADE AOS PRINCÍPIOS DO PARTIDO

Aos cooperantes que entre nós têm desenvolvido uma acção complementar à dos cidadãos nacionais queremos agradecer e formular os melhores votos de prosperidades pessoais e profissionais.

Camaradas!

Nesta tarefa ingente a que teremos que fazer face, necessitamos de lembrar toda a história passada, chamar a nós toda a experiência acumulada para a colocarmos ao serviço do nosso povo.

É nesse quadro que, na qualidade de Presidente do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC, queremos assegurar-vos que seremos fiéis aos princípios do Partido de Cabral, intransigentes no cumprimento dos ideais por que lutaram os nossos heróis e mártires.

É do conhecimento público a situação existente no seio do PAIGC, após os acontecimentos gloriosos do 14 de Novembro.

Reuniremos brevemente o Conselho Nacional da Guiné para apreciar a situação e tomar as medidas adequadas face às posições assumidas pelo Conselho Nacional de Cabo Verde e, estranhamente, também pelo Governo de Cabo Verde.

No exercício das suas atribuições, o Conselho da Revolução formou um Governo de Gestão para os assuntos correntes devendo nos tempos mais próximos constituir um Governo Provisório.

Entretanto, o referido Conselho constituiu Comissões de trabalho que devem servir de suporte na definição das grandes orientações para os diferentes sectores da vida nacional.

Como afirmamos noutras ocasiões, vamos aplicar na prática as orientações preconizadas pelo 3.º Congresso do PAIGC que representa, quanto a nós, a via mais correcta para a criação de uma sociedade sem a exploração, onde reine a justiça e a concórdia nacional.

Para a realização desse objectivo teremos em primeiro lugar, que planear e depois ser rigoroso na execução e controlo dos planos aprovados para os diferentes domínios. Cada cidadão terá que ter a consciência clara de que o seu trabalho constitui um elemento de valor no esforço colectivo para a reconstrução da pátria guineense.

No domínio económico, após uma primeira fase de lançamento das grandes infra-estruturas nacionais, teremos que orientar o nosso desenvolvimento para a realização de projectos menos ambiciosos, de carácter regional e local com vista à viabilização dos investimentos já realizados e principalmente para promover a dinamização das comunidades rurais e da produção agro-pecuária.

O nosso país é essencialmente agrícola. É nesse sector onde se concentra a maior parte da população rural da nossa terra. É desse sector que provém a maior percentagem dos produtos do abastecimento interno e da exportação. Por conseguinte, é este o sector que deve merecer a atenção especial do Governo tornando-o efectivamente prioritário.

INQUÉRITOS AO SECTOR ECONÓMICO

Para que tal aconteça, todos os outros sectores económicos, em especial o comércio e a indústria devem funcionar como sectores de apoio à dinamização do mundo rural.

É nesse quadro que vão ser instaurados inquéritos ao sector económico, estando já em curso uma auditoria aos Armazéns do Povo empresa pública de expressão fundamental na nossa economia.

Esperamos recolher muitos ensinamentos dessa avaliação com vista à definição clara do campo de acção das nossas empresas públicas que, como os Armazéns do Povo, desempenharam um papel fundamental na fase heróica da luta de libertação nacional. Devemos reabilitar essa criação do Partido, dando-lhe a sua verdadeira dimensão no quadro da aplicação de uma política comercial justa, que vise a satisfação das necessidades básicas das nossas populações.

Entendemos que o sector privado do comércio tem o seu papel como complemento ao sector público e de elo de ligação entre os centros comerciais e os sectores periféricos tanto no que se refere à distribuição como ao escoamento dos produtos.

Estas orientações vão exigir uma análise profunda dos projectos em curso e dos que estão na fase de estudo, pois que nós estamos certos que sendo um país economicamente débil, poderemos, se formos rigorosos e sérios na programação das nossas acções superar algumas das grandes dificuldades herdadas.

O Homem é o centro das nossas preocupações. O povo trabalhador da Guiné-Bissau é a nossa maior riqueza.

Portanto, toda a acção no sector económico visa essencialmente a criação das condições materiais para realizar um programa social e cultural promotor da criação das condições físicas e morais indispensáveis ao grande esforço que vai ser exigido a cada cidadão.

SISTEMA LABORAL E A SITUAÇÃO DOS TRABALHADORES

Um dos motivos principais do levantamento do 14 de Novembro foi o restabelecimento da justiça social na base dos ensinamentos legados pelo líder fundador, Amílcar Cabral.

Nesse quadro, urge analisar a situação dos nossos trabalhadores, as relações de trabalho e inclusive o sistema laboral existente.

O ano de 1981, registará o primeiro reajustamento dos vencimentos na função pública. Este acto representará um grande sacrifício para a nossa economia, mas se todos pegarmos teso nos nossos postos de trabalho, se todos formos capazes de agir com civismo e disciplina, poderemos beneficiar futuramente dos frutos do nosso próprio esforço.

No domínio da saúde, todos conhecemos a situação difícil que atravessa esse sector, o estado em que se encontram os hospitais.

A reorganização desse sector vai exigir grandes investimentos e um pesado encargo ao nosso Estado. Esperamos de cada trabalhador desse sector importante um alto grau de consciência para poder participar da preservação dos bens existentes e da recuperação dos que se encontram deteriorados.

Foi nesse sector que se verificou a maior sangria de quadros. Contamos, na base do apelo à concórdia nacional e ao reestudo de determinadas orientações, com o regresso dos referidos quadros e a sua consequente reintegração.

No domínio do ensino vários problemas se levantam relacionados com a falta de professores e de instalações o que originou a limitação das matrículas com a impossibilidade de muitos jovens em idade escolar poder frequentar as aulas.

O Comissariado de Estado da Educação Nacional em coordenação com a Comissão do Conselho da Revolução para a Educação, Saúde e Assuntos Sociais, irão debruçar-se com a urgência requerida sobre o problema para encontrar uma solução mais justa.

A formação de quadros vai continuar a merecer toda a atenção dos organismos respectivos pois, como dissemos atrás, é o Homem o capital mais precioso de que dispomos.

Continuamos, como o afirmamos desde os primeiros momentos, abertos ao diálogo com os nossos irmãos caboverdianos que foram nossos companheiros de armas e de conselheiros durante todo o processo de libertação nacional.

Em nome do Conselho da Revolução formulamos para o povo da Guiné-Bissau os melhores votos de prosperidades, felicidades e grandes êxitos na grande obra da reconstrução nacional.

Caros conterrâneos!

Defendamos a nossa saúde, preservemos os bens de que dispomos, criemos um ambiente de fraternidade e de entre-ajuda porque,

A luta continua!

Mas a vitória é certa!

Sejamos vigilantes com as conquistas de Novembro!

Nô Pintcha!

MENSAGEM DO COMANDANTE NINO VIEIRA VAMOS CONSTRUIR A PÁTRIA DE CABRAL

O camarada Nino Vieira, Presidente do Conselho da Revolução, dirigiu a todo o nosso povo uma mensagem do fim do ano, na qual analisa a situação do país.

Nino aborda os problemas que urge enfrentar em todos os sectores da vida nacional, e traça imediatamente, em termos necessariamente gerais — as vias a percorrer com vista à ultrapassagem das dificuldades herdadas do regime deposedo.

O Presidente do Conselho da Revolução exorta ao trabalho, com rigor e empenhamento: «Não podemos pensar que o 14 de Novembro vai resolver os nossos problemas, se todos não fizermos os sacrificios indispensáveis. Não há milagre na vida das sociedades, e não há forças materiais que possam ajudar-nos nesta tarefa difícil mas exaltante, de construir com as nossas próprias mãos, com os nossos pensamentos, com a nossa própria vontade e firme determinação, a Pátria sonhada por Abel Djassi».

Libertação de Rafael Barbosa

Tanto no Comício de Gabii, como no que foi realizado em Bafatá, o camarada João Bernardo Vieira anunciou a libertação do Rafael Barbosa, antigo Presidente do Comité Central do PAIGC, que foi preso pela polícia política de Salazar durante a mobilização para a Luta Armada de Libertação Nacional.

Rafael Barbosa acabou por colaborar com o regime fascista português, denunciando alguns segredos da luta e entravando o seu desenvolvimento clandestino em Bissau.

«Vamos dar-lhe liberdade e uma casa e pensão para viver, mas não o reconhecemos como Comandante de Libertação da Pátria, porque traiu. Temos documentos que comprovam a sua traição. Não vamos admitir traíções no nosso seio. Muitos jovens que saíram para a luta foram presos no caminho. Eram, denunciados por ele. Mandámos pessoal treinado para matar o governador Spínola, e o Rafael não deixou e nem justificou as razões. Deu uma entrevista à televisão francesa na qual dizia que já não era militante do PAIGC, e que era tão português como o próprio Spínola» — afirmou o Presidente do Conselho de Revolução.

Visita aos santuários da Luta

«A nossa terra tem que marchar para o progresso. Temos essa certeza e foi na base dessa certeza que lutámos» — afirmou Victor Saúde Maria, vice-Presidente do Conselho da Revolução, no encontro com a população de Catió, durante a sua visita de dois dias ao sul do país, onde teve encontros com as populações de Como, Catió, Cubumba, Fulanda e N'djassan, no quadro de reuniões de esclarecimento sobre os objectivos do 14 de Novembro.

A visita, acolhida com grandes manifestações soléticas e culturais, redunou objectivamente, numa verdadeira peregrinação aos santuários da Luta de Libertação Nacional, como alguém lhe chamou. Foram dois dias de balanço da Revolução, ao longo dos seis anos de independência total, dois dias marcados pelo habitual calor revolucionário do povo do sul, onde souo o primeiro tiro da insurreição armada».

Em Como quase nada mudou. Estradas por construir. Ligação marítima escassa. «Esta terra não beneficiou de nada. Os projectos ficaram no plano de intenção. A nossa terra estava dividida e os projectos obedecem a ambiguidades», diria Vasco Salvador Correia, presidente do Comité de Estado da região de Tombali.

Tchuda N'Faro, falando em nome da população, foi mais longe, estabelecendo a relação entre o processo iniciado com a mobilização para a luta e os desvios ocorridos durante a fase da reconstrução, afirmando que todo o povo do sul conhece bem o comandante Kabi. «Ele é quem nos trouxe o recado de Amílcar Cabral: Era preciso expulsar os tuzas para construirmos uma Pátria de sossego e prosperidade. Abandonámos as nossas riquezas (vacas, arroz, tudo) para entrarmos para a luta. Terminada a guerra, regressámos às nossas habancas. Os produtos dos Armazéns só serviam para abastecer um número restrito da população. Acreditamos que eram as primeiras dificuldades. Durante estes anos tudo continua na mesma».

Victor Saúde Maria explicaria que o Conselho da Revolução tem bem presente o papel desempenhado pela população de Como, e em geral a de toda a região sul durante a Luta Armada de Libertação Nacional. «Foi por isso que decidimos vir aqui logo neste primeiro contacto com o nosso povo».

«Sete anos passaram. É preciso vermos se a Revolução está sã ou doente. É preciso avançarmos. A luta foi dura demais», afirmou, para acrescentar: «Durante estes anos descobrimos que alguma coisa marchava mal. As directrizes de Amílcar Cabral não estavam a ser cumpridas. A unidade Guiné e Cabo-Verde está a ser deturpada. Decidimos fazer o balanço que o povo tanto esperava. Fizemos o 14 de Novembro para impôr a justiça».

LEMBRAVA-SE DE TOMBALI QUANDO HAVIA FOME

Em Catió, a delegação do C.R., que marchou a pé do aeroporto até ao local do comércio, ladeada por populares que a aclamava, foi alvo de manifestações de apoio. Ouviam-se vivas

ao Conselho da Revolução por todo o lado. As flores da luta manifestaram, por sua vez, o seu reconhecimento pelo Movimento Reajustador e pediram ao camarada Victor Saúde Maria que transmitisse a Niño que «esperámos com ansiedade a sua visita».

«No regime anterior reinava medo, desconfiança e trapaça. Tombali foi esquecido. Só se lembravam desta terra quando havia fome» — diria Vasco Salvador Correia.

A emoção era tão forte que muitos intervenientes só pediam a palavra para agradecer e falar de factos e massacres cometidos durante o regime anterior. «Quero pedir ao C.R. que quando estiver a julgar os criminosos, que me deixe assistir e ver o André Gomes que fuzilou o meu irmão à minha frente» — palavras do Juiz popular, Victor Lopes.

O camarada Victor Saúde Maria, após agradecer à população de Catió pelas manifestações de apoio ao 14 de Novembro, sublinharia que o papel de um militante empenhado é seguir diariamente a evolução da luta. «Temos que ser vigilantes em tudo o que fazemos. Ao chegarmos ao fim de cada dia devemos fazer o balanço do que se fez».

Os problemas causados pelos desvios verificados foram referenciados pelo vice-Presidente do C.R. «Consoante o tempo passava víamos que era impossível resolver esses problemas dentro das estruturas partidárias. As pessoas que discutiam eram tidas como inimigas. Reinava a desconfiança entre os dirigentes. Ninguém podia discutir» — frisou — afirmando seguidamen-

te que se assistia a uma crise de autoridade na Guiné-Bissau: reinava a anarquia total, indisciplina, falta de controlo no sector económico, e um grupo de pessoas utilizava meios do povo como queria.

«Não fizemos a luta para estarmos depois em guerra por causa de ambições. Não foi isso que nos levou para a luta. Tínhamos responsabilidade em ver o país caminhar dessa forma. A população estava descontente. Constatou-se uma desmobilização dos militantes. Não podíamos continuar nessa situação, nem em nome da unidade, aquele mito que foi criado para massacrar as nossas populações», disse o camarada Victor Saúde Maria.

MUITOS CAMARADAS ESQUECERAM AS NOSSAS CANSEIRAS

Os reflexos da política de desenvolvimento desequilibrado e do divórcio notório entre a ideologia defendida pelo grupo que detinha o regime anterior e a prática revolucionária legada pelo fundador do P.A.I. G.C. foi a pedra base de quase todas as intervenções de muitos populares, que na euforia gritavam vivas ao C.R. e ao comandante Kabi. «Diga ao camarada Kabi que o povo do sul está com ele e ainda tem bem presente a verdade que ontem nos levou a entrarmos para a luta armada, verdade essa que foi falseada no decorrer destes últimos anos», diria o velho Quade Naman.

O camarada Victor Saúde Maria, referindo-se às dificuldades que flagelam a região sul, após afirmar que o C.R. não quer fazer promes-

sas só por fazer, mas que no entanto isso seria alvo da atenção do Conselho da Revolução e de todo o povo; diria: «Agora devemos evitar falar muito para trabalhar mais. O trabalho é a nossa maior riqueza. A nossa terra tem que marchar para o progresso. Temos esta certeza e foi na base dessa certeza que lutámos».

Bráima Djau, em nome da população de N'djassane, disse que quase todo o povo viveu durante o regime de Luiz Cabral noites de sobressalto «quando reflectíamos sobre os problemas da luta». «Muitos camaradas — acrescentou — esqueceram-se das nossas conselheiras. Quantas mães se vêem hoje privadas dos seus filhos? Isso é normal porque foi uma luta para libertar a nossa terra. Nunca exigimos benefícios em troca. Mas o que se estava a passar era puro desvio contra os interesses sagrados do nosso povo».

O Reajustamento era necessário, como aliás diria o vice-Presidente do Conselho da Revolução. «Fizemo-lo com o consentimento do nosso povo».

Revelam os presos políticos

"Incriminar o camarada Nino Vieira foi sempre objectivo da Segurança" (31.12.'80)

Com o Movimento Reajustador do 14 de Novembro, o Conselho da Revolução que tomou nas mãos os destinos do nosso país, decidiu anistiar alguns crimes políticos, mais especificamente os indivíduos implicados na intentona de 18 de Novembro, e os acusados do processo de lançamento de panfletos em Bissau.

Esta decisão tem em conta o desejo de repôr na nossa terra a justiça, a paz, o sossego, o progresso e o bem-estar do nosso povo, e o princípio definido por Amílcar Cabral de que o homem pode ser recuperado para se tornar útil à sociedade, principalmente na nossa, em que todos somos necessários para o avanço e reconstrução do país.

Com esta anistia e perdão, tivemos a possibilidade de ouvir alguns presos políticos que passamos a apresentar; são eles Zinha Vaz, professora e Francisco Augusto de Carvalho, condutor de táxi (grupo de lançamento dos panfletos), Marcelino Pedro Delgado, da Administração Interna, e João Cardoso, funcionário da Escola Técnica (implicados na intentona de Malam Senhá).

Durante a prisão, esses indivíduos foram submetidos às torturas mais bárbaras, que iam desde choques eléctricos, queimaduras com pontas de cigarro aceso, espancamentos com cassetetes e botas de biqueira revestidas, carregamento de baterias de carro à cabeça, etc. Os interrogatórios visavam atingir a pessoa de alguns dirigentes do Partido e Estado. Especificamente Nino Vieira e Manuel Saturnino. A segurança do regime deposto pretendia que os presos afirmassem que Nino estava implicado nos casos citados. O próprio Presidente do CR salientava no comício realizado na Praça dos Heróis Nacionais que muita gente foi massacrada, torturada e morta para chamar o nome dele, sem ele saber.

Entretanto, para que os nossos leitores possam

compreender melhor a maneira como eram tratados os presos políticos e como viviam nas celas, remetemo-los de imediato para as palavras dessas quatro pessoas.

INTERROGADA 33 VEZES

Zinha Vaz foi presa a 19 de Maio de 1977, enquanto Francisco Augusto de Carvalho foi detido a 18 de Maio do mesmo ano. O motivo foi o lançamento de panfletos em Bissau.

Este grupo clandestino era formado por seis jovens: Luis Badaró, Zinha Vaz, Francisco de Carvalho, Fidel Queluntá e Helder Vaz, cuja célula era denominada Aminata Sumay. Helder Vaz, que estava em Portugal, enviou os ditos panfletos e na sua distribuição começou a perseguição da segurança.

Zinha contou que foi presa em Farim, para onde fora transferida. «Quando cheguei ao Comissariado do Interior, Queluntá estava a ser interrogado e Augusto tinha duas baterias à cabeça». Confirmou que tinham sido descobertos quando alguém lhe chamou Aminatá Sumay, o nome pela qual era designada na clandestinidade. «A minha esposa estava mais de 14 pessoas», acrescentou.

Os interrogatórios prolongaram-se, o processo de Zinha foi elaborado, e ao quinto dia de resistência «Buscardini ameaçou-me de me entregar aos seus meninos da Segurança». Zinha resolveu explicar tudo. Mas por conveniência, «não cabia na cabeça de Buscardini e Umaró Djaló que eu sozinha podia organizar todo este processo. Diziam que havia dirigentes do Partido que me orientavam. Que sabiam que Nino Vieira é que me tinha trazido os panfletos ao passar por Portugal, vindo de Cuba». Sobre isso Zinha diz que negou sempre, afirmando que não tinha intimidades com o camarada Nino a ponto de lhe falar de problemas políticos.

«Qual foi o meu espanto quando um dia ao chegar ao Gabinete de Lourenço Gomes vi o camarada Nino, Umaró Djaló e Queluntá. Quando entrei, o Comandante Nino disse-me que o tinham informado que souberam por mim que ele é que tinha trazido os panfletos. Eu respondi-lhes que não era verdade e que a história dos panfletos estava já mais que esclarecida. Umaró levantou-se e diante de Nino afirmou que nunca tinham desconfiado dele.

que era um combatente no qual depositavam toda a confiança desde os tempos de luta» — precisou.

Meia hora depois, Buscardini mandou chamá-la e então disse-lhe: «Da maneira como falei com o camarada Nino estava a fingir. Sabiam que os camaradas Nino, Manuel Saturnino e Humberto Gomes estavam implicados».

Noutros interrogatórios, Buscardini e Unaro salientaram, segundo contou Zinha Vaz que «o III Congresso está a aproximar-se e tinham que fazer limpeza no âmbito do Partido. Se nós confessássemos tudo, impávamo-nos a nós próprios porque éramos jovens. Que eu não podia organizar isto em Bissau sozinho. Se eu dissesse quais eram os dirigentes que estavam implicados, na altura do Congresso seriam todos presos. Que devia contar a verdade sobre Nino para tudo poder ficar claro, porque desde os tempos de luta que ele era sempre chamado. Eu neguei sempre».

Zinha Vaz foi interrogada 33 vezes, mas sem espancamento. Esteve presa 35 meses, ao fim dos quais foi posta em liberdade condicional, (tinha sido condenada a seis anos de prisão) até que foi amnistiada com o 14 de Novembro. Foi detida grávida, e durante a sua permanência na prisão teve um aborto e passou a sofrer de asma, além de outras doenças.

ERAMOS TRATADOS COMO ANIMAIS SELVAGENS

Foi Buscardini quem prendeu Francisco Carvalho. Na ocasião, revistaram-lhe a casa e levaram-lhe todos os livros que possuía e mesmo algum dinheiro de que Romão se apropriou até agora. Queriam saber se ele conhecia Zinha Vaz, o que ele negou definitivamente.

«Romão parturou-me de cabeça para baixo nu-

na janela, durante os interrogatórios e sessões de tortura, bateu-me com uma caniveteira de ferro nas capelas até arrastar. Oscar Batista obrigou-me a carregar baterias à cabeça, Alexandre Pinto Cacteno meteu-me a cabeça num tanque com água e gásóleo até não aguentar, levei coronhadas de «Aka» de Romão, que ia sempre bêbado para os interrogatórios e com uma garrafa de brandy na mão», diz Francisco de Carvalho.

«Éramos tratados como animais selvagens. Inclusive, fomos ao julgamento sujeitos e a cheirar mal, enquanto que o regime de Luiz Cabral dizia no campo internacional que defendia os direitos humanos. Passámos um mês a dormir no chão e sem nos lavarmos». No julgamento só podíamos falar daquilo que eles queriam. Julião Lopes, além de faltar ao respeito ao próprio tribunal porque dizia nomes feios, acrescentou que a Revolução só se pode fazer uma vez. Eu fui mais longe. Podi lieença e afirmou que a revolução faz-se consoante a própria realidade do país». — sublinhou Francisco Carvalho.

Chamaram-lhes bandidos e contra-revolucionários. No entanto, Kote e Romão diziam que não podíamos derrubar Luiz Cabral e que só eles é que podiam mandar. «Bateram-me para chamar o nome de Nino e Manuel Saturnino. Neguei, o que levou a que fosse mais torturado. Começaram a torturar-me por volta das três da madrugada até às seis horas e depois mandaram-me para a cela. Fui algemado com as mãos para trás, e um dia Gilberto dos Santos Fernandes, completamente bêbado deu-me um soco, caí num degrau da escada e rebentei os lábios, com a agravante das dores de dentes que tinha».

Buscardini um dia mandou chamá-lo e depois de prestar as declarações disse que não queria assim. Ele tinha que dizer que Nino estava ao corrente do caso dos panfletos.

Uma vez, Kote e mais duas pessoas que ele não reconheceu porque a sala estava às escuras, pegaram-lhe no cabelo, atiraram-lhe com a cabeça contra a parede e deram-lhe pontapés em todo o corpo. Albino Tanha disse o Francisco Carvalho que «devia esperar a minha morte. O meu pai tinha sido morto por causa da política e que eu ia no mesmo caminho.» E acrescentou: «Um alto responsável disse-me uma vez que não havia nada para o povo comer, nem para vestir mas continuávamos a querer que Nino governasse. Mas tudo era mentira. Sublinhavam que eles é que tinham ido à luta, eles é

que sabiam como fazer a Unidade e que nós pura e simplesmente estávamos cá para ver e aceitar o desenrolar dos acontecimentos, as decisões e as suas resoluções».

Este camarada viria a sair da prisão a 8 de Janeiro de 1979, em liberdade condicional, após julgamento, em que foi condenado seis anos.

O MEU CORPO PAGO DE FORMA VIOLENTA

Marcelino Pedro Delgado lembra os dois anos vividos na cadeia, nas mãos de Buscardini, Iancuba, Romão, Kote, Dimas, Jacob e Oscar Baticã. Foi preso a 25 de Novembro de 1978. O motivo foi ser acusado de participar na intentona de Malam Sanhá e o objectivo segundo ele era revelar que Nino Vieira estava ligado a Malam Sanhá e a Rafael Barbosa.

Esteve numa cela isolada. Foi interrogado por nove agentes e torturado, conforme nos esclareceu, com fios eléctricos, com choques, e espancado com cassetetes e com botas próprias.

«Queriam saber o tema de um encontro que tive com Nino quando estava em Portugal. Mas, eu quando vi o comandante Nino em Lisboa, a minha intenção foi cumprimentá-lo como um dirigente do meu país. Os agentes encarregados de me torturar eram Kote, Romão, Dimas e Jacob. Disse-lhes que não tinha ligações políticas com dirigentes do Partido. Fui envolvido não sei como nem porquê no caso de Malam Sanhá». — revelou Marcelino Delgado.

Marcelino tem vestígios de cicatrizes em todo o corpo devido a pontapés que levou. Quebrou um osso da bacia do lado direito. Sofre de hepatite e outras doenças. Foi metido numa cela sem uma única peça de mobiliário, apenas ele e quatro paredes estreitas. Em quase sempre algemaado, esclareceu Marcelino Delgado.

Numa ocasião, apareceram Constantino Teixeira, Umaro Djaló, Buscardini e Bobo Queita, alternadamente com cara de falsos amigos. Tentaram aludir que devia acreditar neles, que me queriam salvar mas com o pedido sempre de dizer a verdade sobre Nino Vieira. Mas nunca chamou o nome dele, felizmente. E se o tivesse dito era mentira. E para não mentir, o meu corpo pagou de forma violenta».

Esteve no chamado «corredor». «Ali é que estava a verdade — contou. Ali não se apanhava sol, não havia tratamento. Se a alimentação vinha de casa era comida primeiro pelos polícias só para nos irritar. A comida da prisão era primeiro para os polícias, depois para os porcos e só então para o preso. Comia-se uma vez por dia numa lata de leite condensado. As celas não tinham as mínimas condições humanas. Havia mosquitos, ratos, baratas etc. Os presos só podiam sair cinco minutos de manhã para fazer as necessidades e molhar o corpo com um bocado de água. «Se houvesse algum polícia que nos deixasse pelo menos 10 minutos, era castigado, e se voltava a repetir a proeza era preso e tiravam-lhe a farda». — frisou Marcelino Delgado.

Este ex-presos também conta também que numa noite em que conseguiu ouvir o serão dos polícias, soube pela conversa que os ex-comandos africanos que estavam com ele no «corredor» tinham sido levados e juntos a outros presos em Brá para serem fuzilados em Cumeré. Três polícias tinham-se oferecido voluntariamente para o «serviço».

«Muitas vezes nos diziam que se ainda estávamos vivos era porque Luiz Cabral assim o entendia. Vimos a côr da morte, passámos mal. Que nós não merecíamos mais nada senão a morte porque estávamos contra eles. Tivemos os piores castigos que já se viram neste mundo, mas não odiamos ninguém».

Jão Cardoso também sofreu muito na prisão. Chamaram-lhe bandido. Foi torturado por Kote, Iancuba e Marcos. Ele pertencia ao grupo de Malam Sanhá e foi preso no próprio dia da intentona. Umaro, Buscardini e Bobo Queita diziam que ele era contra os caboverdianos.

Muitas vezes troçavam dele. Malam Gino também aparecia para o provocar. O próprio Umaro dizia «que nós, os bandidos, é que andávamos «mouro» para eles se darem cada vez mais mal com o Nino» — sublinhou.

No Pintcha, 8.1.'81

GOVERNO ESTUDA PRIORIDADES NA EXECUÇÃO DE PROJECTOS

O Governo de Gestão, em reunião presidida pelo Comandante Nino Vieira e alargada aos membros do Conselho da Revolução e seus colaboradores, discutiu a revisão dos vários projectos, com vista ao estabelecimento de priori-

dades na sua execução.

Da reunião saíram várias decisões importantes, designadamente as que se referem à auditoria à Cicer, à Dicol e ao Complexo de Cumeré.

Foi decidido, também, proceder ao reexame das

condições de venda de combustíveis às companhias de aviação estrangeiras, as quais, estando a pagar em moeda nacional, não contribuem, como se importava, para a entrada de divisas.

ESTRUTURA CONSTITUCIONAL EM DEBATE

O Conselho da Revolução e os seus colaboradores principais reuniram-se nos dias 27, 28 e 29 de Dezembro passado, para debater uma longa agenda da qual constavam, nomeadamente, as bases para a definição de uma estrutura constitucional transitória, já que os órgãos constitucionais existentes foram dissolvidos logo após o 14 de Novembro.

Discutiu-se ainda o futuro governo provisório e o seu programa de acção, para além de ter sido constituído um secretariado para o Conselho da Revolução.

O C. R. analisou também a situação económica e financeira do país, tendo sido criada uma comissão para o estudo dos contratos e

acordos anteriormente assinados, bem como os que se encontram em fase de estudo. Esta comissão é integrada por membros dos Comissariados de Estado da Coordenação Económica e Plano, da Justiça, das Finanças, e do Banco Nacional da Guiné-Bissau.

Finalmente, o Conselho da Revolução escutou as linhas gerais de orientação para os programas da Radiodifusão Nacional e do Jornal «No Pintcha», aprovadas na sua generalidade, e analisou uma selecção de colúmnas e comentários de imprensa estrangeira, respeitantes à Guiné-Bissau e ao Movimento reajustador de 14 de Novembro.

8.1.1981

Paulo Correia recordou o momento logo após a libertação completa do País, em que a crítica construtiva era livre e a participação das populações e dos militantes, nos laços de Bissau, nas reuniões era tal «que o briga va in mesmo» o ex-presidente Luiz Cabral a tomar parte n'elas. Mas depois, conforme recordou, a situação começou a deteriorar-se, o Partido sentiu-se vacillante, porque o militante se afastava dos debates políticos.

Foi nessa altura, nisso, aquele membro do C.R., que em vez de trabalhos de esclarecimento político, o regime anterior esperou pela intervenção policial. «Não se podia fazer, avançar um país só com o trabalho policial», exclamou o camarada Paulo Correia, «mas para depois de libertar que, sendo o militante, seja qual for a sua origem, tem direito à liberdade de palavra».

AGORA SIM UM HOMEM NOVO

«Há muitas pessoas que se revoltam vacilantes perante os acontecimentos do 14 de Novembro, não é perante o PAIGC, mas o 14 de Novembro não está contra o Partido, pelo contrário, salvou o PAIGC», disse Paulo Correia aos alunos da Escola do Partido, acrescentando que «agora é que vamos formar um homem novo».

Para o camarada Paulo Correia, todos os militantes têm uma missão importante a cumprir, agora, apesar da propaganda perniciosa de que não há quadros para suportar o poder. «Isso não é verdade», disse — «o que interessa é seguir a linha de Amílcar Cabral».

«Chamam o camarada Nino de ambicioso. Não

é verdade. Dizam que nós também temos culpa do que se estava a passar. Se tínhamos culpa, foi por isso que nós levantámos para acabar com todas as anomalias. Mas nós não temos culpa do que se estava a passar!! O camarada Amílcar Cabral nunca nos ensinou esse tipo de «segredos» do Partido e do Estado» salientou Paulo Correia, ao referir-se aos fuzilamentos em massa verificados em diversos pontos do país. «Pelo contrário, ensinou-nos a respeitar a vida humana e foi precisamente isso que o perdeu».

UM PASSO PARA A UNIDADE

O 14 de Novembro, nas palavras do camarada Paulo Correia, foi um passo para a unidade de Cabo Verde. «Estamos cientes da importância da unidade não só por termos africanos, mas pelas razões históricas».

Aquele membro do Conselho da Revolução explicaria a importância de Cabo Verde para a estratégia militar imperialista, sabendo ser do interesse dos dois povos lutarem pela sua unidade como forma de conseguirem uma independência real. «A nossa independência não podia ser completa sem a independência total do povo irmão de Cabo Verde», afirmou, a propósito, o camarada Paulo Correia, lembrando Amílcar Cabral. «É por isso que o C.R. está preocupado com a reacção dos nossos irmãos dirigentes de Cabo Verde, preocupação essa visível no silêncio mantido pela nossa parte».

Para o membro do Conselho da Revolução trata-se aqui de salvar o PAIGC, como partido de vanguarda dos dois povos. «Mas somos afectados pela reacção de Cabo Verde, cujos diri-

gentes estiveram nesse país, bancos nossos que nos traziam mercadorias. Foi preciso enviar a Cabo Verde uma delegação. Agora estão a reter milhares de toneladas de milho que nós comprámos». «Uma posição desagradável», classificou Paulo Correia esta atitude de Cabo Verde.

A terminar, o camarada Paulo Correia apelou a uma maior disciplina por parte dos alunos que irão participar neste 3.º curso de formação política e ideológica da Escola do Partido, salientando que ter disciplina durante o curso é também contribuir para o PAIGC, é contribuir para o nosso povo.

Paulo Correia agradeceu também a disponibilidade e a contribuição dos professores internacionais alemães, que de longa data têm honrado as diversas disciplinas destes cursos de formação política e ideológica do Partido. «Sabemos valorizar e observar a preocupação que sempre demonstrou o Partido de vanguarda do povo da RDA, e o seu apoio à luta difícil do povo da Guiné-Bissau», salientou Paulo Correia, que considerou esta cooperação como mais um reforço dos laços de amizade e de fraternidade que ligaram e continuam a ligar os nossos dois povos.

A esta sessão inaugural, que teve lugar no Secretariado Geral do PAIGC, na passada segunda-feira, assistiram também os camaradas Tiago Aleluia Lopes, membro do CEL do Partido, Chico Bá, do CEL, António Borges, do CSL, Francisco Mansoá, da Escola Nacional do Partido, o embaixador da RDA em Bissau, os professores internacionalistas alemães e cerca de 50 elementos que vão participar neste quinto

Os aspectos tenebrosos de que se revestiram os fuzilamentos em massa perpetrados pelo anterior regime continuam a vir ao de cima.

Agora foi descoberto um bilhete — confirmando uma ordem anterior e indicando pormenores para o seu cumprimento — datado de 16 de Dezembro de 1978 e assinado por André Gomes (que se suicidou recentemente nas condições que já noticiámos) e Julião Lopes (que continua detido).

O documento dispensa comentários. O eufemismo utilizado («missão especial») não atenua a rudeza macabra que o enforma, bem marcada na última recomendação: «Tudo deve ser resolvido até segunda-feira à tarde».

Cláudio Tavares

Segun ao vtro encontro para a missão especial 24 horas dirigidas por Tagme para cumprir os seguintes o indicados (5 valas) com de 3^m de comprimento, 3 metros de profundidade, 0 metros de largura. mas se explica que as 5 valas foram distancias de 100m a cada uma. Tudo deve ser resolvido até segunda-feira a tarde, mas a pressa possível.

Res, 16/XII/78

André e Julião

obs: todos os participantes devem ser identificados.

«Efectivamente, a Agricultura, no programa do nosso Partido, particularmente nas resoluções do III Congresso, e nas opções políticas do Governo de então, era sempre considerada o sector prioritário para o nosso desenvolvimento económico. Mas essa definição não reflectia mais do que uma consideração teórica (talvez um desejo) que na prática não operou modificações, nem beneficiou das atenções que merecia». Estas palavras, ditas ao «N.º Pintcha», pelo Comissário de Estado do Desenvolvimento Rural, camarada Mário Cabral, resumem o estado da situação que envolve o sector agrícola no país, durante os seis anos de total libertação.

Sim, seis anos em que o povo camponês teve as suas mãos apenas na terra para trabalhar com vista à sua segunda libertação — a auto-subsistência alimentar e a criação de bens económicos. Mas não passaram de seis anos logo em definições programáticas, fabulosas, porém, de inevitavelmente fracassada prática, porque em vez do pobre agricultor ser apoiado e encorajado a aumentar e a melhorar a produção, foi-lhe dada a «batata quente» para as mãos, em criações industriais de que se responsabilizaria a abastecer fosse como fosse.

Pois, as coisas chegaram a esta situação ou porque as verbas do Estado não chegavam para investir e favorecer a introdução das sementes melhoradas para o projecto da substituição das variedades locais, ou porque o sistema de comercialização e escoamento de produtos atingiram o impasse.

O factor climático contribuiu também seriamente para os fracassos na produção agrícola, razão pela qual o Comissário do Desenvolvimento Rural adianta, desde já, as possibilidades de fomento do sistema de irrigação

sectorial dos campos cultivados, mesmo nas épocas secas.

— É sobre este tão vital sector económico que o camarada Mário Cabral nos apresenta hoje um balanço do que foi, do que é, e do que vai ser a promoção da agricultura na Guiné-Bissau.

«Se realmente a Agricultura é a base principal da nossa economia e é a ocupação da grande maioria da nossa população, então, devemos pensar seriamente que, para a torná-la prioritária e promover a produção agrícola, é necessário atingir o pequeno agricultor, a pequena unidade familiar, lá onde ela se encontra» — afirmou Mário Cabral.

Ora, a concretização desta teoria exige, da parte do Governo, o fornecimento de verbas consideráveis. Logicamente, não podemos

pensar fazer um dia o enquadramento geral da nossa população e desenvolver a produção apenas por intermédio de funcionários da agricultura. Só com o enquadramento a nível regional e sectorial, e sobretudo com a formação de animadores e vulgarizadores a nível das tabancas e comunidades populacionais, todos os agricultores do país serão atingidos.

COMO SUBSTITUIR O CRÉDITO AGRÍCOLA EXPLORATIVO?

Para o nosso entrevistado, existem vários factores indispensáveis que estiveram na origem de atrasos no desenvolvimento agrícola nacional: a falta de um sistema de ajuda ao camponês que substituisse os créditos agrícolas utilizados na época colonial; falta de uma política conveniente de comercialização; péssimas condições das vias de acesso para o escoamento de produtos; exiguidade de verbas dispensadas pelo Governo ao CEDR e a desmotivação dos camponeses produtores em aumentarem o rendimento, principalmente porque não viam nas lojas produtos de seu interesse.

O crédito agrícola era fornecido pelas empresas comerciais aos agricultores lá onde estavam. Com maior ou menor peso de exploração colonial, o que era certo é que as pessoas dispunham dos empréstimos que tinham que pagar, produzindo em função dessa dívida.

«O nosso Partido e Governo, tentando desmontar o sistema de exploração existente, combateu este sistema, no fundo, exploratório, mas a verdade é que não criou nada em sua substituição». — fez notar Mário Cabral. Para o Comissário do Desenvolvimento Rural, o importante é saber agora como

substituir esse sistema, a fim de se poder fazer uma conveniente política agrícola.

O camarada Comissário aponta, por conseguinte, que se o crédito vier a ser adoptado, deve ser dado sobretudo em factores de produção, tais como sementes, adubos, alfaias agrícolas e, com isso, introduzir e orientar determinadas técnicas ou concepções agrícolas novas (já iniciadas por algumas experiências sectoriais).

Um dos factores que fez diminuir drasticamente o vigor dos primeiros tempos (porque, nas palavras de Mário Cabral, o nosso povo respondeu de facto ao apelo do Partido e do Governo em aumento da produção), foi, para além das causas naturais de irregularidade das chuvas, a política comercial.

Os camponeses esforçaram-se bastante, mas ao aumento da produção não correspondeu nenhuma alteração das estruturas comerciais, pelo que os camponeses produziam sem ver escoada a sua produção (centenas de toneladas de arroz, batata doce e laranjas apodrecidas no Sul do país no ano passado) e muito menos viram abastecidas as lojas em artigos de primeira necessidade, como tabaco, óleo, tecido, fósforo, petróleo, etc. Os nossos vizinhos fronteiriços do Senegal e da Guiné (Conakry), a que os nossos camponeses recorriam para efectuarem suas trocas, são testemunhas — e beneficiários — desta situação.

«Portanto, a política agrícola não pôde responder na prática ao que se dizia por definição, precisamente porque não se estimulou a

agricultura» — concluiu Mário Cabral, dando exemplos de distribuição de verbas do Estado ao seu departamento, que registou apenas cinco por cento do Orçamento Geral do Estado e apenas seis por cento do Orçamento de Investimentos. «Mas como é possível considerar prioritária um sector em que nem dez por cento dos investimentos orçamentais lhe são destinados?»

PERANTE O COMPLEXO DE CUMERÉ NÃO VAMOS FAZER COMO A AVESTRUZ

A unidade industrial de transformação da mandioca, desasque de arroz e fabrico de sabão do Cumeré, já está instalado. Mas coloca neste momento o mundo rural num dilema. Com todos esses problemas à volta da produção agrícola, o país estará em condições de garantir, a curto prazo, o abastecimento a essa unidade? E se não, qual vai ser a solução imediata, para viabilizar essa gigantesca obra que custou mais de 20 milhões de dólares ao país?

Em tempos, o director-geral desse complexo industrial assegurava-nos as possibilidades de abastecimento a essa unidade (que ele não considerou de porte exagerado), admitindo o início do funcionamento nos princípios de 81. As probabilidades de abastecimento incluíam objecto sustentado pela própria unidade industrial, visando a produção e a introdução de novas culturas oleaginosas, nomeadamente girassol.

Instado a pronunciar-se sobre este assunto, o camarada Mário Cabral reconhece que a unidade é existente, como tal, não vamos fazer como a avestruz que mete a cabeça na areia quando há problemas. É um projecto que já existe e temos que enfrentá-lo e viabilizar essa unidade industrial, embora não

possamos fazer milagres».

Mas porque é que a agricultura não acompanhou as previsões para essa fábrica? «Se a unidade do Cumeré foi concebida numa perspectiva de aumento de produção agrícola em função de elementos estatísticos, a verdade é que não se fizeram as acções complementares necessárias» — respondeu o nosso entrevistado, referindo-se aos factores de promoção agrícola já citados: crédito agrícola, motivações aos camponeses, e disponibilidade de verbas do Estado.

A elaboração dos planos de criação desse projecto contou também com uma previsão matemática, à base daquilo a que Mário Cabral chamou de «extrapolações». Tomou-se em conta que antigamente (1953) produzia-se nada menos que 64 mil toneladas de mandioca por ano. Em 1976, estava-se a produzir à volta de 30 mil, conforme o que se comercializava.

Estava então em vista, segundo o nosso interlocutor, a criação de um projecto de mancarra no sentido de substituição de todas as variedades locais por outras melhoradas (a variedade 69-101, por exemplo, é das melhores). O projecto ainda existe, tendo sido implantado nas regiões de Oio, Gabú e Bafatá. E o que teria acontecido?

«Simplesmente não se pôde fazer a cobertura das áreas previstas em três anos, como se pensava. Porque houve problemas que surgiram na distribuição dessas sementes importadas. Foram vendidas para serem multiplicadas pelos agricultores e, no final de tudo, o Estado não deu dinheiro para comprar e controlar essas sementes.

As sementes foram consumidas pelos próprios camponeses perdendo-se assim, inutilmente, se quiser, o investimento feito» — explicou.

FALTA DE COORDENAÇÃO DAS ACÇÕES CONJUNTAS

Essa situação de planeamento reflecte a deficiente coordenação e complementaridade das acções entre o Desenvolvimento Rural e os projectos agro-industriais e, mais precisamente, com os sectores que tendo diferentes campos de actuação, intervêm directamente na vida das comunidades rurais. A complementaridade das acções poderia poupar enormes esforços e aproveitar as estruturas existentes para serviços que visam o mesmo fim e evitariam naturalmente, a dispersão.

Mesmo a nível interno daquele Comissariado, existe este problema. Encontravam-se na mesma zona de intervenção, vários projectos complementares que, no entanto, actuavam isoladamente. O que é mau como esquema de trabalho. Exigia-se, por exemplo, que um projecto de algodão tivesse toda a sua estrutura administrativa e de apoio, quando simultaneamente o projecto da mancarra, na mesma zona, exigia também o mesmo sistema de funcionamento.

«Se efectivamente há determinados aspectos que não se sobrepõem, há outros que se sobrepõem. Logo, há uma diminuição de aproveitamento de esforços, quanto mais não seja em pessoal de que carece o Comissariado, sobretudo com uma formação aprofundada» — considerou o camarada Mário Cabral.

Conforme nos assegurou, a partir deste ano foi possível começar a trabalhar no sentido da complementaridade das acções internas, quanto mais não seja com a fusão de algumas, onde tal se torne necessário e seja viável. Trata-se, para já, da campanha de comercialização (compra de produtos para sementeira) e da intervenção única nas tabancas enquadradas.

Efectivamente, o número de projectos, (contados em 88) sob o controlo directo deste departamento rural, e a disparidade que se pode atribuir à forma de utilização das suas verbas, suscitaram dúvidas da nossa parte e resultaram numa pergunta que pu- semos ao titular da pasta da Agricultura.

De acordo com as palavras de Mário Cabral, essa análise terá que ser feita na perspectiva atribuída àquele Comissariado no regime de Luiz Cabral. Por exemplo, para comprar o mínimo de equipamentos ou meios de transporte que permitissem o funcionamento e a supervisão do serviço administrativo, o departamento tinha que recorrer a financiamentos de projectos separados para pequenos investimentos, dado que o Estado não concedia verbas que chegassem para isso.

Façamos um relacionamento entre os departamentos de hidráulica e solos, com seis projectos repartidos, e o de experimentação e produção do arroz, com dez pequenos projectos que, ao fim e ao cabo, visam o mesmo fim.

São subdivisões de projectos, consoante as verbas que os financiadores dão ao departamento, mas que no fundo podem ser resumidos em dois grandes projectos.

Mário Cabral explica a razão da elaboração de vários projectos. «Porque os financiadores, que são vários, nem sempre estão dispostos a fornecer um milhão de dólares, por exemplo, para o projecto dos solos. Mas estão dispostos a dar cem, duzentos mil. Daí, a aparente dispersão de verbas, que, afinal, são controladas pelo mesmo Commissariado».

COM OU SEM CHUVAS PRIVILEGIAR AS FRANJAS MAIS DESFAVORECIDAS

Ao concluir as suas declarações ao nosso jornal, o Commissário de Estado do Desenvolvimento Rural, e, por acumulação, da Informação e Cultura, que também é um dos colaboradores directos do Conselho da Revolução, falou no impulso que se deve dar de novo à promoção agrícola. O assunto situa-se nas principais preocupações do Conselho da Revolução.

«Isto é, estamos a constatar, no dia a dia, que estão variando as condições climáticas, nesta zona sudano-saheliana, pelo que não podemos basear a nossa agricultura apenas nas chuvas. Devemos fazer também determinadas obras de irrigação dos poucos rios que temos, a fim de tentar diminuir a influência das irregularidades das chuvas, cultivando em determinadas áreas durante as épocas secas. Basta vermos a experiência de Contubóel para sabermos que isso é possível. E nem é preciso que em

todo o território nacional se produza durante os doze meses do ano» — disse.

Mário Cabral acrescentou ainda que o Conselho da Revolução vai analisar as carências de que enferma este sector rural e suas ligações com outros sectores complementares (Comércio, Transportes, Saúde e Educação) para se ver a viabilidade de complementaridade e comunhão de esforço no mesmo sentido.

«Porque uma política agrícola conveniente — prosseguiu — tem que ter em atenção que é o homem, o agricultor que a vai executar. Ver em que situação os agricultores estão reunidos à volta das suas tabancas e famílias, em pequenas unidades agrícolas. Essa é que deve ser a preocupação principal. Dizia-se nas resoluções do III Congresso, que é preciso privilegiar as franjas mais desfavorecidas da nossa população. E as franjas mais desfavorecidas são, de facto, os camponeses. Portanto, este sector tem que ser privilegiado».

Mário Cabral apontou também a necessidade de serem avançados outros projectos, designadamente os do tabaco e das frutas, além de outras, questão nunca resolvida por falta de verbas estatais. Acentuou igualmente o accionamento de todos os sectores da agricultura, com prioridade para os sectores da investigação, de experimentação agrícola e de vulgarização de variedades cultiváveis. Nestas acções, dar prioridade às culturas alimentares — milho, arroz, batata, feijão, fundo, mandioca e outras — e depois as culturas industriais.

«Não quer dizer, no entanto, que não haja simultaneidade entre as duas operações, simplesmente há uma questão de maior ou menor importância que se atribui

a cada uma».

Por fim, o Commissário Mário Cabral falou também da complementaridade com o sector da hidrografia (dependente dos Recursos Naturais). «Pensamos que nós, da agricultura, devemos ter uma palavra, e muito forte, a dizer nesse aspecto».

Em sua opinião, a hidráulica, na Guiné-Bissau, é — ou pelo menos deve ser — mais agrícola do que qualquer outra coisa. As zonas onde se devam fazer furos de água, bombagem ou construção de pequenas barragens, têm que ser discutidas com o Desenvolvimento Rural, sem o que não se pode fazer uma conveniente política com resultados positivos.

«O nosso país é essencialmente agrícola. É nesse sector onde se encontra a maior parte da população rural da nossa terra. É desse sector que provém a maior percentagem dos produtos de abastecimento e da exportação. Por conseguinte, é este o sector que deve merecer a atenção especial do Governo, tornando-o efectivamente prioritário».

— NINO VIEIRA.

GUINÉ PÓR UM CAUSA A UNIDADE?

Depois do 14 de Novembro, e na linha dos ensinamentos da Luta Armada de Libertação Nacional, conclui-se, uma vez mais, que é o Homem que faz a História, e por isso deve ser ele a criar as condições para irradicação do medo, da fome e da exploração.

A grande Universidade que foram as trincheiras da luta, temperaram o homem guineense e projectaram-no nos quadrantes da história, envolvendo-o na luta geral dos povos para a paz e progresso da Humanidade.

Selã anos após a conquista da total independência, o Combatente da Liberdade da Pátria saiu à rua de armas em punho, porque o suor e sangue vertidos nas lutas e matas, do Norte a Sul da Pátria de Cabral, estavam a ser sepultados em valas de vergonha.

Os desvios acentuados no programa e à linha do Partido colocavam cada vez mais distantes os objectivos apontados: construção de uma sociedade nova, de justiça, e isenta de todo e qualquer tipo de exploração do homem pelo homem.

Pretende-se, hoje, condenar a acção do 14 de Novembro, apresentando-se argumentos falsos, de um pretensioso anti-caboverdianismo, que nunca existiu.

Mas a realidade é que, havia guineenses e caboverdianos descontentes com a situação que se vivia na Guiné-Bissau.

O processo da luta contra o colonial-fascismo português está ainda bem presente nas nossas mentes, para que esqueçamos prematuramente, que o combate foi assumido pelos filhos da Guiné e Cabo Verde.

Hoje, que não se utilizem os mesmos argumentos caducos, de anti-caboverdianismo e outras que tais, para tentar justificar posições dúbias.

Mas afinal, quem pôs em causa o princípio da Unidade? Quem se pode erigir em detentor do princípio da Unidade?

A Unidade, como a concebeu Amílcar Cabral, não é possível entre dois ou três dirigentes. Ela deverá ser obra consciente do povo da Guiné e Cabo Verde.

Diz-se que não está previsto nos Estatutos do PAIGC o método utilizado na acção do 14 de Novembro.

Mas perguntamos. Será que está prevista nos Estatutos do PAIGC o fuzilamento sumário? E o abandono total dos princípios, do Partido e da democracia interna? E o afastamento de militantes, só porque as suas opiniões divergem das de alguns dirigentes?

A verdade é que um grupo de dirigentes bloqueou totalmente os mecanismos democrá-

N6 Pintcha
Nr. 761
13.1.1981

CNG: VIDA PARTIDÁRIA DEBATE-SE HO DIA 15

O Conselho Nacional da Guiné do PAIGC vai reunir-se em sessão extraordinária a partir do próximo dia 15, para decidir do futuro do Partido.

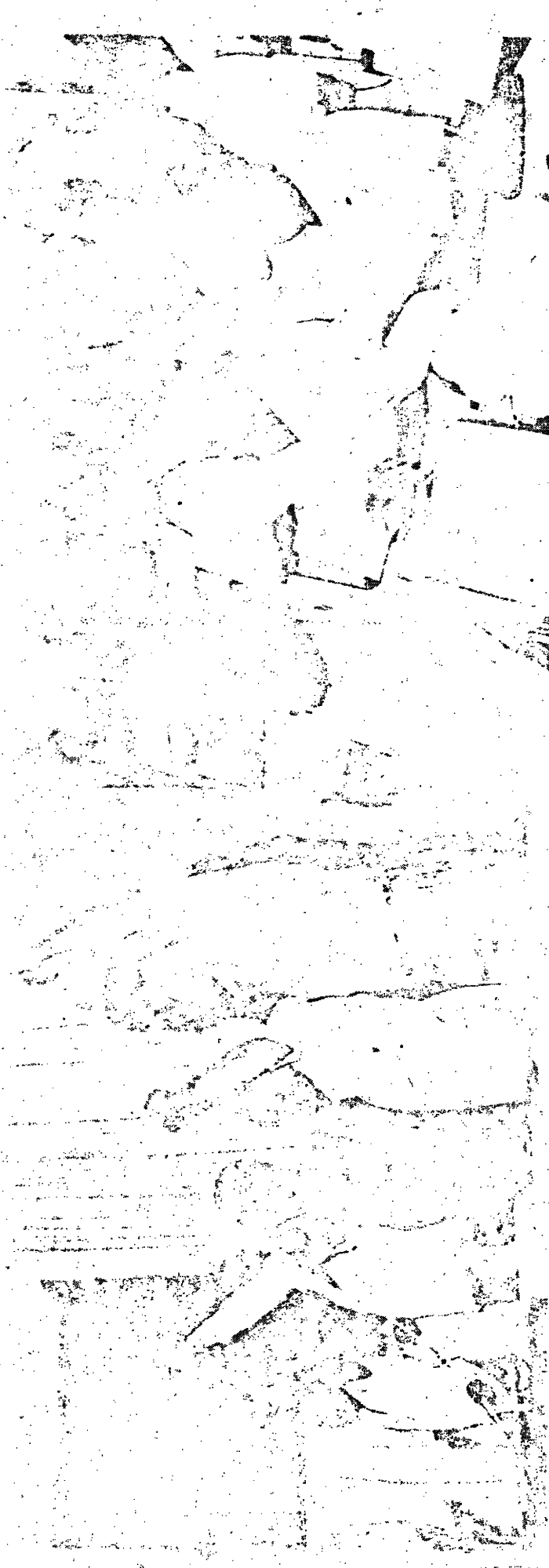
Esta é a primeira reunião do CNG depois dos acontecimentos do 14 de Novembro, e consequentemente, agendada com bastante expectativa.

A reunião será presidida pelo camarada João Bernardo Vieira, na qualidade de Presidente do CNG, e alargada aos membros da direcção superior e quadros do Partido.

A agenda de trabalhos para esta sessão extraordinária do CNG foi preparada no passado dia 8, quinta-feira, numa reunião do Comité Permanente do Conselho Nacional da Guiné, alargada aos membros do Conselho da Revolução, e presidida pelo camarada João Bernardo Vieira.

CNG REUNIDO EM BISSAU

14 DE NOVEMBRO - O PAIGC



O nosso glorioso Partido renasceu a 14 de Novembro. A linha traçada por Amílcar foi retomada. Recuperou-se o prestígio, e a capacidade de mobilização voltou a ser empenhante. O povo está com o PAIGC, sentindo de novo que o Partido de Cabral responde às suas aspirações mais sentidas, e se reasume como vanguarda, na edificação da nossa

Pátria livre, independente, e progressista. Caem por terra as atitudes lançadas por aqueles que, temerosos ou apenas confundidos, julgaram ver no 14 de Novembro o fim do PAIGC.

Prova da dinamização da vida partidária, é a reunião do Conselho Nacional da Guiné,

a decorrer desde a passada quinta-feira, em cuja abertura o camarada Nino Vieira proferiu um importante discurso, de que damos notícia na página 8.

«Estamos com o Partido e salvámo-lo na hora H» — afirmou concretamente Nino Vieira, que anunciou a formação, em breve, do primeiro Governo Provisório.

Nino Vieira na abertura do CNG

No Píntcha, 17.1.1971

AMIGOS ANTI-PAIGC O REBELDO DO PARTIDO

Uma delegação da Guiné-Bissau irá a Cabo Verde para se encontrar com o camarada Aristides Pereira, Secretário-Geral do PAIGC, no fim de ser aprovada na proposta nesse sentido anunciada pelo camarada Comandante de Brigada João Bernardo Vieira, Presidente do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC e Presidente do Conselho da evolução, no seu discurso de abertura da reunião extraordinária deste órgão nacional do partido. A reunião, que ocorrerá até ao próximo domingo, começou a tarde de quinta-feira passada na sede do partido em Bissau, sob presidência de Nino Vieira.

A nossa delegação reanuda os contactos com os dirigentes caboverdeanos sobre a vida do PAIGC como Partido operacional, que se encontra interrompida desde a acção revolucionária do 14 de Novembro. A data da ida da comitiva e a sua composição não foram precisadas pelo camarada Nino Vieira.

Esta reunião extraordinária do CNG, a primeira que se realiza desde o 14 de Novembro, alargada aos membros da Direcção Superior do partido e aos seus quadros, e também aos membros do Governo. O camarada Nino Vieira abriu a reunião com um importante discurso, no qual começou a historiar a nossa gloriosa Luta Armada de Libertação Nacional, zendo que a sua his-

tória estava a perder-se de dia para dia, porque o regime de Luiz Cabral a deturpava, fazendo desaparecer os nomes de algumas figuras da nossa luta, com a intenção de desprestigiar os homens, que são o objecto da História.

Em seguida, o camarada Nino Vieira deteve-se nas injustiças praticadas durante os seis anos de libertação total da nossa terra, começando por perguntar aos

presentes se tinham provas da traição de que foram acusados os camaradas Pascoal Alves e Caetano Barbosa, ambos da direcção Superior do PAIGC, que foram afastados do Partido, na reunião do CNG realizada em Bissau em 1970. Em contrapartida recordou alguns militantes do Partido, que abandonaram as fileiras

de combatentes em plena guerra de libertação difamando o Partido em Dakar, mas que hoje foram integrados em Cabo Verde.

A HISTÓRIA JULGARÁ

Prosseguindo, o camarada Presidente do CNG asseverou que a geração futura nos julgará. Qualquer homem honesto não quer ser julgado sem razão para tal.

Noutra passagem, o Comandante Nino Vieira interrogou-se porque é que o PAIGC há-de ser uma coisa na Guiné e outra em Cabo Verde, pois num país houve Concórdia Nacional e noutro perseguições dos dirigentes, começando por ele próprio.

O camarada Presidente do Conselho da Revolução afirmou ainda

que o regime de Luiz Cabral (a quem chamou sempre de camarada), praticou sempre uma política de amiguismo e nepotismo. O Partido reconheceu isso, mas o Secretário-Geral nunca tomou uma posição política contra essa atitude anti-partidária.

Nino revelou que, por várias ocasiões, falou ao dirigente máximo do nosso Partido da situação do PAIGC na Guiné-Bissau, considerando

que o Secretário-Geral «não teve pulso para travar a acção anti-democrática de Luiz Cabral. Se o método que escolhemos não era correcto, que havíamos de fazer?» — perguntou.

SALVAMOS O PARTIDO NA «HORA H»

«Estamos com o Partido e salvamo-lo na

«hora H» — disse mais à frente o camarada Nino Vieira, que a seguir falou da falta de autoridade de Luiz Cabral, a ponto de a Segurança agir à margem das suas ordens apesar de ser ele, na sua qualidade de Presidente do Conselho quem a controlava directamente, bem como às FARP e aos Negócios Estrangeiros. O camarada Nino Vieira disse que cada dia aparecem mais pessoas a informar da existência de fossas comuns

PORQUE

IR A LUANDA

E NÃO VIR A BISSAU?

O camarada Nino Vieira criticou a atitude do camarada Aristides Pereira, que logo após a acção revolucionária do 14 de Novembro, foi convidado a vir a Bissau e constatar «in loco» a situação e ver a reacção do povo guineense, o que recusou, optando por deslocar-se à República Popular de Angola para participar da «Cimeira» de Chefes de Estados dos países africanos de expressão oficial portuguesa, que ele teria pronunciado com a qualidade expressa de apalisar os acontecimentos no nosso país, sem contudo nos convidar, enviando ainda mensagens para 20 países, condenando o Movimento Reajustador e pedindo o seu apoio. Como Secretário-Geral do Partido devia vir, e constatar «in loco» do que se estava a passar, e nós explicávamos-lhe, e em vez de estar a condenar-

-nos sem todavia nos ouvir — salientou o camarada Nino Vieira.

No Pintcha, 17.1.'81

**GOVERNO
PROVISÓRIO
E DINAMIZAÇÃO
DA VIDA
DO PARTIDO**

O camarada Presidente do CNG anunciou ainda que o primeiro Governo Provisório seria formado dentro de pouco tempo, substituindo o actual governo e gestão, que foi formada após os acontecimentos do 14 de Novembro, para despachar assuntos correntes da administração. As Comissões políticas que posteriormente foram formadas pelo Conselho da Revolução para dinamizar a acção do Governo, vão continuar a existir. As actividades do Partido em todo o território nacional vão ser dinamizadas.

Ainda no seu discurso, o camarada Nino Vieira reafirmou a nossa política de Não-Alinhamento, e agradeceu aos países que nos forneceram ajuda alimentar no quadro do apelo lançado pelo nosso Governo. Foi também lida, no final dos trabalhos da abertura da reunião, uma carta do camarada Vasco Cabral, do CEL do Partido e Comissário de Estado da Coordenação Económica e Plano, ausente, como se sabe, em Lisboa, que dizia que não estava presente na reunião porque o médico o aconselhou a repousar, devido ao seu estado de saúde.

Novos elementos do CNG

Na sessão de ontem de manhã do CNG, foram eleitos os seguintes camaradas para este órgão nacional do Partido: Victor Saúde Maria, Iafai Camará, Manuel Saturnino, João da Silva, Samba Lamine Mané, Buota Nambatcha, Benghaté Na Beate, Joseph Turpin e Victor Freire Monteiro. Recordamos que este órgão é constituído por 50 membros.

COMITÉ PERMANENTE

O Comité Permanente do CNG, foi igualmente eleito nesta reunião extraordinária. Passou a ser constituído pelos seguintes camaradas: João Bernardino Vieira, Presidente do CNG, Victor Saúde Maria, Paulo Correia, Tiago Aleluia Lopes, Vasco Cabral, Carlos Correia e Samba Lamine Mané.

SECRETARIADO

Por outro lado, foi também designado o Secretariado do CNG, que é o órgão executivo, composto pelos seguintes camaradas: Tiago Aleluia Lopes, Secretário Nacional, Fidelis Cabral de Almada, Organização de Massas, Manuel Santos (Manecas), Organização e Formação de Quadros, Domingos Brito, Finanças, e Mário Cabral, Informação e Propaganda.

Cabo Verde traiu a memória de Amílcar Cabral

Condenação e crítica severas à atitude de Cabo Verde pela criação de um Partido - que denominaram de «PAICV» - foram as tónicas que marcarão os discursos proferidos pelos camaradas Vice-Presidente do Conselho da Revolução, Victor Saúde Maria, e Mário Cabral, um dos principais colaboradores do C.R. durante o comício que assinalou o 20 de Janeiro, Dia dos Heróis Nacionais e VIII aniversário do assassinato do Fundador da nossa Nacionalidade, Amílcar Cabral. A data foi ainda marcada com o juramento de centenas de pioneiros que receberam o lenço amarelo, no 15.º aniversário da criação da Organização dos Pioneiros «Abel Djassi».

Com efeito, a Guiné-Bissau foi surpreendida com uma notícia da France-Press, anunciando, na véspera do 20 de Janeiro, a decisão dos dirigentes de Cabo Verde que criaram um partido - o «PAICV» - numa conferência de quadros políticos (?) transformada em Congresso transgredindo as disposições estatutárias (pois tal medida implicaria a participação de dois terços dos militantes do P.A.I.G.C., o que não se verificou porque a maioria dos militantes encontra-se na Guiné-Bissau).

O comício, realizado na Praça dos Heróis Nacionais, contou ainda com as intervenções da responsável nacional dos pioneiros, Filomena Barreto, da Secretária Na-

cional da Comissão Nacional das Mulheres, Carmem Pereira e de José Pereira, Secretário-Geral da UNTG. «Nós somos solidários com todos os meninos do mundo que ainda sofrem a exploração, miséria e opressão imperialista. A Organização lamenta e condena a decisão de Cabo Verde que é uma traição à memória de «Abel Djassi», afirmou Filomena Barreto.

O secretário-Geral da UNTG referiu o papel negado aos trabalhadores durante o regime deposto, impossibilitando as massas laboriosas de se assumirem como vanguarda na revolução, não obstante as propostas apresentadas pela estrutura representativa.

A camarada Carmen Pereira, após sublinhar a papel das mulheres na luta, informou que vai ser aberto, durante a comemoração do aniversário do desaparecimento de Titina Silá, heroína nacional, um concurso sobre a vida e biografia das nossas companheiras caídas durante a Luta Armada de Libertação Nacional.

SENTIMOS A FALTA DA LIBERDADE

«Hoje, no ano do XXV

aniversário da Fundação do PAIGC e VIII do assassinato do líder imortal Amílcar Cabral, recebemos uma notícia que não nos alegrou: os dirigentes de Cabo Verde decidiram criar um Partido, mas nós condenamos isso e consideramos que é uma traição a Amílcar Cabral». Foi nestes termos que o camarada Mário Cabral referiu a atitude oportunista dos responsáveis caboverdianos.

«Desde a proclamação de Estado nas matas de Boé, muita coisa marchava mal, durante estes sete anos. Não se fazia nada para estimular o povo. Sentimos a falta da liberdade, da democracia», disse Mário Cabral, para acrescentar: «Perguntamos aos camaradas de Cabo Verde que afirmam que o que fizemos não está nos estatutos, se agora a decisão tomada é estatutariamente legal? Lala Quema, caú de sucundi ca tem. Lutámos com camaradas caboverdianos para construir nesta zona africana uma Pátria forte».

Sobre esta questão, Mário Cabral diria que após a análise a ser feita pelos dirigentes guineenses, será convocado um comício para explicar qual a posição da Guiné-Bissau.

A traição de Cabo Verde foi ainda alvo de condenação popular, durante o comício em que largas dezenas de participantes gritavam «abaixo os dirigentes' traidores». «Que o sol brilhe sempre sobre a nossa pátria martirizada», lia-se, entretanto, num cartaz ostentado pelas flores da nossa luta.

«Quando recordamos a data encorajamo-nos ainda mais (...) A nossa independência exigiu do nosso povo sacrifícios enormes e foi uma contribuição para a luta da África combatente e particularmente das ex-colónias portuguesas», afirmou o camarada Victor Saúde Maria.

Depois de falar da justiça dos objectivos do 14 de Novembro, cuja adesão popular se evidenciou de uma forma entusiástica, o Vice-Presidente do Conselho da Revolução dizia que «os dirigentes caboverdianos que se cobrem hoje com mantas de revolucionários, não o demonstravam ontem na luta armada. Conhecemos alguns deles aqui em Bissau. A revolução que fizeram foi massacrar o nosso povo».

«Nós também lemos os livros marxistas-leninistas. O que queremos é fazer a justiça, construir uma pátria de paz e sossego para o nosso povo. (...) Os dirigentes caboverdianos perderam a cabeça. Foi uma traição à memória de Cabral. Eles não estão a corresponder às aspirações do povo daquele

país, que compreende o 14 de Novembro. Nós é que tínhamos o direito de estar descontentes e não eles. Mas a nossa raiva não nos fez perder a cabeça», salientou o camarada Victor Saúde Maria que em seguida alertou para o desafio que nos é lançado, afirmando igualmente que a nossa revolução tem que prosseguir *sã*, no interesse do nosso povo. «Temos que provar ao mundo em todos os sectores da vida do país, que somos um povo capaz. A história virá a confirmá-lo. Vamos assumir a nossa responsabilidade, como sempre assumimos, perante os dirigentes caboverdianos, perante a África e perante o mundo», reafirmou a propósito.

«O povo da Guiné-Bissau sabe o que quer, por isso não precisamos de lições de ninguém, daqueles que se auto-consideram-se de «grandes revolucionários». É pena não puderem vir cá. Nós não lhes responderemos. Será o povo a fazê-lo», disse o segundo homem do Conselho da Revolução.

De referir que o comício foi aberto e encerrado com aclamações de KABI, KABI!!! Prova de reconhecimento do povo para o Conselho da Revolução, no dia de reflexão sobre os que combateram abnegadamente para ver a Pátria sagrada de Cabral liberta, e onde impere a justiça, progresso e bem estar para todos os seus filhos.

Reunião extraordinária do CNG Reactivada a Democracia Nacional Revolucionária

A democracia nacional revolucionária, um dos princípios do PAIGC renasceu nas reuniões do nosso glorioso Partido. Este princípio reapareceu na reunião extraordinária do CNG, a primeira realizada após os acontecimentos de 14 de Novembro, surgindo à evidência nos debates do relatório do Secretariado do CNG apresentado na reunião.

A reunião terminou domingo à noite, com a aprovação de uma extensa resolução, que, pela sua importância, publicamos na íntegra. Foi igualmente aprovado o relatório apresentado pelo Secretariado do CNG, um documento importante para os militantes, e para o povo em geral, nesta ocasião em que o nosso glorioso Partido está a ser afectado por uma crise, criada por um pequeno grupo de ambiciosos que se apoderaram dos seus órgãos e estavam a enterrá-lo lentamente.

Com o 14 de Novembro, o PAIGC, na Guiné-Bissau, renasceu e os seus princípios foram reactivados nesta primeira reunião. Todos os intervenientes apelaram para que o Partido seja de facto atribuído o seu papel dirigente da sociedade, o que na verdade não aconteceu nestes seis anos de independência total.

RESOLUÇÃO GERAL

Sob a presidência do camarada João Bernardo Vieira decorreu na Sede do Partido, em Bissau, de 15 a 18 de Janeiro de 1981 uma reunião extraordinária do Conselho Nacional da Guiné destinada a examinar as causas e antecedentes do Movimento Reajustador do 14 de Novembro sobre a vida partidária e a vida do país em geral.

O Conselho Nacional ouviu com atenção uma vigorosa e brilhante intervenção do Presidente do CNG, camarada João Bernardo Vieira, na qual fez uma análise clarividente das causas políticas, sociais e económicas das posições assumidas pelo camarada Aristides Pereira, Secretário-Geral do PAIGC, pelo INCV e pelo Conselho de Ministros de Cabo Verde que levaram o Movimento Reajustador do 14 de Novembro a assumir o poder, a fim de pôr termo a uma situação de crise no seio do Partido, e em particular a sua Direcção, crise essa que estava levando o país ao caos económico.

a fome e à miséria. Em suma, o camarada Presidente do CNG definiu as características do Movimento Reajustador do 14 de Novembro e do Conselho da Revolução.

II

Apresentado pelo Secretariado do Conselho Nacional deu-se leitura a um documento, destinado à reflexão dos militantes, em que se analisam as causas e antecedentes do 14 de Novembro, as características do Movimento, a posição assumida pelo Secretário-Geral do P.A.I.G.C., pelo CNCV e pelo Conselho de Ministros de Cabo Verde face aos acontecimentos e se propõem medidas necessárias e indispensáveis a um saneamento da vida partidária.

III

Verificando-se a necessidade de insuflar sangue novo ao Conselho Nacional, para a uma maior dinamização e eficiência na vida partidária, foram chamados, por

aquele órgão à alguns elementos destacados do Partido. Procedeu-se também à eleição do Comité Permanente do CNG.

IV

Considerando que as estruturas do PAIGC estavam bloqueadas pelas flagrantes e sistemáticas violações dos princípios do Partido, da direcção colectiva, do centralismo democrático, da democracia revolucionária, da crítica e autocritica;

Considerando a situação crítica do país nos planos político, social e económico devido a uma orientação incorrecta do Partido e do Estado, orientação essa caracterizada pela prática do amiguismo, do nepotismo, do divisionismo e da corrupção pelo regime de posto;

Considerando a diferença dos métodos da actuação do PAIGC na Guiné e em Cabo Verde;

Considerando as posições incorrectas, injustificadas e claramente hostis ao Movimento Reajustador e ao Conselho da Revolução assu-

midas pelo Secretário-Geral do Partido, pelo Conselho Nacional de Cabo Verde e pelo Governo de Cabo Verde;

Considerando o apoio popular ao Movimento Reajustador do 14 de Novembro e consequente entusiasmo gerado nas massas populares;

O Conselho Nacional da Guiné, decide:

1. Saudar e apoiar firmemente o Movimento Reajustador do 14 de Novembro e o Conselho da Revolução pela sua acção patriótica na defesa intransigente dos interesses do nosso Povo e do nosso Partido.

2. Felicitar o Presidente do Conselho Nacional pela sua análise clara, lucida e justa da situação que levou ao Movimento Reajustador.

3. Admitir no CNG por cooptação os seguintes camaradas:

- Victor Saide Maria
- Iafai Camará
- Manuel Saturnino da Costa
- João da Silva
- Buota na M'Batcha
- Samba Lamine Mané
- Beghate na Beate
- Joseph Turpin
- Victor Freire Monteiro

4. Eleger para o Comité Permanente do CNG os seguintes camaradas:

- João Bernardo Vieira — Presidente
- Victor Saide Maria
- Paulo Correia
- Tiago Aleluia Lopes
- Vasco Cabral
- Carlos Correia
- Samba Lamine Mané

5. Designar o Secretariado do CNG com a seguinte composição:

Secretário Nacional — Tiago Alclúia Lopes, Secretário pela Organização e Formação de Quadros — Manuel Santos — Secretário pela Organização de Massas e outras Organizações Sociais — Fidélis Cabral d'Almada — Secretário para a Informação, Propaganda e Cultura — Mário Cabral — Secretário para Administração e Finanças, Domingos Brito dos Santos

6. Reiterar a sua fidelidade indefectível ao pensamento do nosso imortal líder Amílcar Cabral e aos princípios do PAIGC, força política dirigente da sociedade.

7. Proceder com a máxima urgência à reestruturação dos órgãos do Partido na Guiné com vista à sua dinamização efectiva da vida partidária, que permita ao PAIGC desempenhar cabalmente a sua função de enquadrador, mobilizador e organizador das massas populares para a grande obra da Reconstrução Nacional.

8. No quadro da organização partidária, dar particular ênfase à organização do CNG, à dotação dos meios humanos e materiais necessários ao seu Secretariado para o cumprimento das suas pesadas tarefas, à criação de comissões especializadas sem as quais dificilmente poderá cumprir a sua missão. Dar ainda particular atenção aos organismos intermédios (Região e Sector) e à eleição democrática dos Comités de Base. Desenvolver o trabalho político, ideológico e cultural indispensável à supera-

ção nessas áreas dos militantes e em particular, dos responsáveis e dirigentes.

9. Tomar as medidas necessárias ao restabelecimento, no seio do Partido, do espírito de crítica e autocrítica, do cumprimento dos princípios do centralismo democrático e direcção colectiva, no sentido de evitar, a deterioração das relações partidárias e o que também é importante, das relações entre os militantes que devem ser de lealdade e confiança mútuas.

10. Proceder à reorganização e à dinamização das organizações de massas com vista a uma real eficiência do seu trabalho como principais auxiliares do Partido na veiculação da sua ideologia, enquadramento e mobilização das massas populares.

11. Lamentam profundamente a atitude do camarada Aristides Pereira, Secretário-Geral do PAIGC, de, até à presente data, não se ter deslocado à Guiné com vista à busca das soluções adequadas a total eliminação da actual crise partidária.

12. Condenar energicamente a campanha de calúnias e descrédito contra o Movimento Reajustador do 14 de Novembro e o Conselho da Revolução, desencadeada pelo Conselho Nacional de Cabo Verde.

13. Reafirmar a nossa total e completa discordância das posições assumidas pelo camarada Secretário-Geral do Partido pelas suas acções no plano internacional, nomeadamente através do envio de mensagens a 20 Chefes de Estado, chamando a atenção para a pretensa violação dos direitos do homem praticada na Guiné após o 14 de Novembro, e convocando o encontro de

Luanda, com o objectivo de conseguir o apoio à condenação e isolamento do Movimento Reajustador e do Conselho da Revolução.

14. Reafirmar, uma vez mais ao Povo de Cabo Verde a vontade firme do Povo da Guiné-Bissau de estabelecer entre ambos, relações de cooperação frutuosa e duradouras no interesse dos dois Países.

V

Aprovar na generalidade o relatório apresentado pelo Secretariado e recomendar a sua adopção como documento básico de trabalho e análise dos militantes e responsáveis do Partido.

VI

Considerando a existência de contínuas provocações lançadas através dos meios de comunicação social e embaraçadas de certos responsáveis e dirigentes do interior de Cabo Verde e junto de certos círculos e agências de notícias estrangeiras, o CNG lança um veemente apelo ao camarada Secretário-Geral e às instâncias partidárias e estatais de Cabo Verde no sentido de serem tomadas as providências necessárias evitando que atitudes de serem tomadas as providências necessárias evitando que atitudes pouco reflectidas possam contribuir para a deterioração das relações existentes entre os dirigentes do Partido e os nossos Povos.

VII

Considerando que o legado histórico da heróica Luta de Libertação Nacional conduzida pelo PAIGC, deve, nesta hora grave da sua vida chamar os militantes ao diálogo;

Considerando a responsabilidade que incumbe aos militares responsáveis e dirigentes de tudo fazer para preservar o PAIGC, orgão geral do nosso líder fundador, Amílcar Cabral, para a libertação das nossas pátrias na Guiné-Bissau e em Cabo Verde;

O CNG decide:

Mandar o Comité Permanente do CNG para, na melhor oportunidade, escolher e enviar uma delegação com a missão de tentar, junto do Secretário-Geral do PAIGC, mais uma vez, a reabertura do diálogo entre os nossos dois povos irmãos.

VIII

Considerando que uma das preocupações fundamentais do Movimento Reajustador do 14 de Novembro é de acabar com a injustiça, prisões arbitrárias e sevícias infligidas aos detidos praticados pelo S. Segurança no regime de posto:

Considerando ainda a necessidade de, no contexto actual, organizar o nosso país para que ele seja um Estado de Direito, e impedir por todos os meios que tais violações dos Direitos do Homem venham a repetir-se;

O CNG decide:

Recomendar a criação e organização da Polícia Judiciária como instituição de prevenção, investigação e instrução criminal, auxiliar da administração da justiça, na dependência do Ministério do Estado da Justiça.

IX

Considerando fundamental a reconstituição histórica da nossa Luta de Libertação Nacional, evitando que através do tempo venham a desaparecer todos esses ele-

mentos de grande valor que atestam o nosso passado glorioso;

Considerando ainda a necessidade de conservar o nosso património cultural;

O CNG decide:

Recomendar ao Secretariado do Partido, em colaboração com as F.A. R.P., de tomar as medidas tendentes à recuperação e à conservação dos objectos, documentos e vestígios relacionados com a Luta de Libertação Nacional, assim como a recolha de testemunhas com interesse para a reconstituição histórica dessa luta e para a autentificação dos referidos objectos, documentos e vestígios.

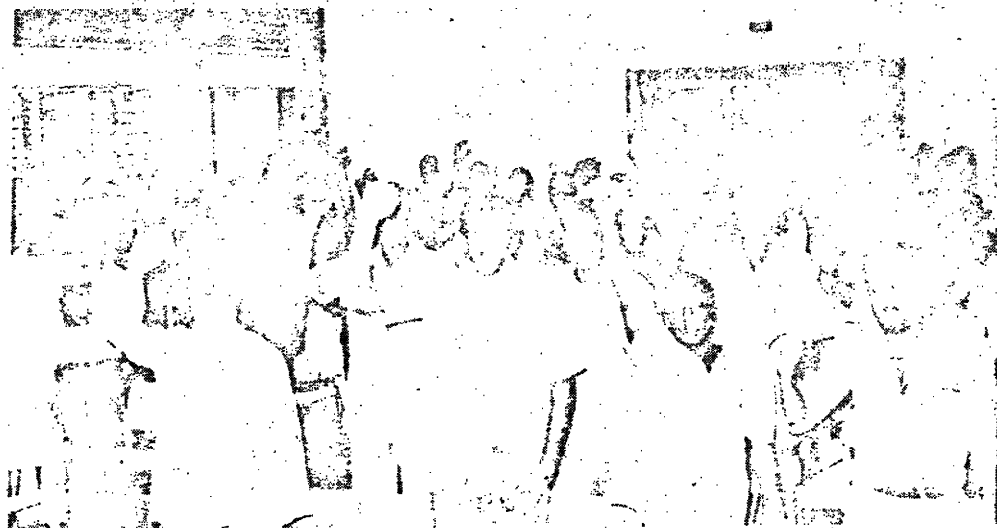
O CNG congratula-se pelo ambiente de franca camaradagem, responsabilidade e profundidade com que foram analisadas questões que se prendem com a vida partidária anterior ao 14 de Novembro.

O CNG felicita-se pelas decisões tomadas em particular, no sentido do reforço das estruturas do Partido tornando-o efectivamente no aparelho criado por Amílcar Cabral, para a edificação de uma pátria livre, democrática e forte, uma sociedade com a sua identidade nacional e cultural próprias e seguramente justa.

RESOLUÇÃO FINAL DO C.N.G.

REACTIVADO O PARTIDO

A reunião do Conselho Nacional da Guiné terminou no domingo passado, com a aprovação de uma Resolução Final, que consagra os mecanismos necessários à reactivação da vida partidária. Entretanto, o debate aberto e intensamente participado que se verificou foi suficiente, por si só, para confirmar que a Democracia Interna foi



NINO VIEIRA AO POVO DE CUPELON

VAMOS LIBERTAR OS PRESOS

O Conselho da Revolução vai libertar os indivíduos afectos ao anterior regime, presos desde o 14 de Novembro, uns por terem tentado resistir activamente ao Movimento Reajustador, outros por assumida responsabilidade nas arbitrariedades até então cometidas sobre o povo.

Foi Nino quem a anunciou, no decurso de nova manifestação de apoio popular. Mais uma resposta, em suma, aos detractores do espírito da nossa Revolução, agora retomada. (Ver página 3)

NA SENDA DA TRAIÇÃO

Quase 25 anos após a fundação do P.A.I. G.C., e oito anos após o vil assassinato do Camarada Amílcar Cabral, os dirigentes de Cabo Verde, desfecharam o mais violento e imparável golpe sobre o instrumento de luta mais poderoso do nosso Povo e obra genial de Cabral, o PAIGC.

Com efeito, a 19 de Janeiro, 150 pessoas, na sua maior parte, alheias à Luta Armada de Libertação dos Povos Guineense e Caboverdiano contra o colonial-fascismo português, decidiram criar em Cabo Verde, um partido, a que chamaram de PAICV. Pensamos, que os dirigentes de Cabo Verde, poderiam ter esperado mais um dia, para que, a 20 de Janeiro, e a exemplo do colonialismo e seus agentes, desfechassem, mais uma bala assassina, sobre o cadáver inerte de Amílcar Cabral.

E mais, vamos como que por ironia do destino, encontrar como figuras de proa desse dito partido, indivíduos que durante os seis anos da independência da Guiné-Bissau nada reais fizeram do que trabalhar dura e incansavelmente para a criação de uma elite ego-cêntrica que provocava cada vez mais o divórcio entre as massas e o PAIGC. Alguns mesmo, assinavam mensagens para a abertura de valas comuns, onde se enterravam os Prin-

cipios do PAIGC, definidos pelo imortal Camarada Amílcar Cabral.

Essas 150 pessoas, mal informadas sobre o Movimento Reajustador do 14 de Novembro, reunidas em Conferência Nacional do PAIGC, mais tarde, transformada em 1.º Congresso do PAICV, pretenderam acabar com o Partido de Cabral. E isto, os mesmos indivíduos que dias atrás se afirmavam os únicos detentores da herança de Cabral.

Mas, pode fazer espécie a muita gente, que certos elementos, até então responsáveis, se façam de esquecidos e não saibam que só o Congresso, instância suprema do Partido, pode dissolver o PAIGC.

Vejam só, ao que podem conduzir, o desespero, a falta de coragem, e a visão turva e curta dos factos, em suma, o MEDO DO DIÁLOGO.

Depois de tudo isto, já se compreende melhor a facilidade com que os dirigentes de Cabo Verde quiseram rotular a acção do 14 de Novembro, de «golpe aventureiro».

Mas, agora, é pertinente e legítimo questionarmo-nos sobre quem é aventureiro?

Como já se disse, o Movimento do 14 de Novembro, tem por fito, como a prática já o demonstrou, permitir que o Partido seja de facto a força dirigente da sociedade e evitar que um grupelho, ávido de poder, o transforme de instrumento de luta num aparelho de opres-

são, de medo e de morte. E afirmamos que, o espírito que animou o 14 de Novembro é o mesmo que em Cassacá, prevaleceu e salvou o PAIGC do colapso fatal. No regime deposto, tinham ganho forma muitos dos males, (amiguismo, nepotismo, espírito de regularidade), que em 1964, diminuíam a capacidade de intervenção e de luta do Partido.

Hoje em Bissau, como ontem em Cassacá, foi a violência revolucionária que prevaleceu, isolando e afastando os que pensavam transformar a Revolução em mero repasto de gala.

Os dirigentes de Cabo Verde, profanaram a memória daqueles que, combatendo pela liberdade da Pátria, derramaram o seu sangue e deram as suas vidas, para que a Guiné-Bissau e Cabo Verde fossem parcelas livres e independentes da África e do Mundo.

Os dirigentes de Cabo Verde, traíram a memória de Amílcar Cabral, num verdadeiro ritual de «feiticeiros de gabinete». Os que ontem temiam, (salvo raras excepções), as frentes de combate, continuaram hoje, decididamente na senda da traição.

Com a criação do PAICV, fruto da aliança de meia dúzia de dirigentes do Partido em Cabo Verde, com a pequena burguesia reaccionária, e com aqueles que afinal se pte foram contra a União, Aristides Pereira, passou a corda em torno da sua garganta.

CONG DECIDE: SECRETARIO-GERAL DEVE CONVOCAR CONGRESSO DO PAIGC

O Comité Permanente do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC convidou o camarada Secretário-Geral do Partido, Aristides Pereira, a convocar um Congresso Extraordinário para decidir o futuro

do PAIGC enquanto Partido binacional e ao mesmo tempo condenou energeticamente a decisão unilateral do Conselho Nacional do Cabo Verde do PAIGC de criar um partido nacional — PAICV (Partido Afri-

cano da Independência de Cabo Verde). Esta decisão foi tomada na reunião extraordinária do referido órgão, realizada no passado dia 24 e em que se analisaram as implicações da decisão da direcção nacio-

nal de Cabo Verde, cuja atitude foi considerada, como fraccionista e visando minar o prestígio do nosso Partido, conquistado à custa de consentimento de esforços e sacrifícios dos povos guineense e caboverdiano.

O comunicado da reunião extraordinária, que publicamos na íntegra no outro jornal, realinha a fidelidade indefectível do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC ao pensamento do nosso saudoso líder camarada Amílcar Cabral.

PRESIDENTE DO CONSELHO DA REVOLUÇÃO NUM COMÍCIO CONTINUAMOS O PARTIDO DE CABRAL

O nosso povo não sairá do PAIGC de Amílcar Cabral, que foi fundado aqui em Bissau e fez a luta armada de libertação dos povos da Guiné e de Cabo Verde, assegurou o camarada Comandante de Brigada João Bernardo Vieira, no comício realizado com a população da região de Cacheu no sábado passado, no Palácio da República.

Nesse mesmo encontro, o camarada Nino Vieira pediu ao Secretário-Geral do PAIGC, Aristides Pereira, para convocar o Congresso Extraordinário do Partido, a fim dos desvios e crimes serem aí desmascarados. O dirigente guineense condenou energeticamente a atitude dos dirigentes caboverdianos de criar o seu próprio partido nacional.

(Ver Continúa)

LIBERTAÇÃO DE PRESOS

O Conselho da Revolução decidiu, depois da Comissão de Inquérito ter concluído o seu trabalho, restituir à liberdade, a partir desta data, quatro indivíduos detidos em consequência dos acontecimentos do 14 de Novembro, sendo eles Malamine Sambú, Mussá Queita e Seco Djamba, pertencentes à escolta do ex-Presidente Luiz Cabral, e Daniel Fernandes, antigo condutor das FARP, por contra eles não haver qualquer facto criminal imputável.

Libertação de alguns presos

Publicamos na íntegra um comunicado da Comissão de Inquérito que após ter concluído o seu trabalho decide, de acordo com o Conselho da Revolução, libertar alguns presos do regime de posto, por não haver qualquer facto criminal imputável contra eles.

Tendo a Comissão de Inquérito concluído o seu trabalho:

Considerando que foram já apuradas responsabilidades criminais e políticas em relação a cada um dos indivíduos detidos em consequência dos acontecimentos do 14 de Novembro;

Considerando, como é lógico, que não ficou apurado em relação a alguns detidos qualquer culpabilidade que constituí matéria para acusação;

Considerando que tais indivíduos já se encon-

tram detidos há cerca de três meses;

Tendo em conta o princípio da prisão preventiva que, com o Movimento do 14 de Novembro, se pretende passar a reger-se como um direito elementar de cada cidadão;

Nestes termos, o Conselho da Revolução decide restituir à liberdade, nesta data, Malamine Sambú, Mussá Queita, Seco Djamba e Daniel Fernandes, sendo os três primeiros da escolta do ex-Presidente Luiz Cabral e o último, antigo condutor das FARP, por contra eles, não haver qualquer facto criminal imputável.

O Conselho da Revolução espera a boa compreensão do nosso povo perante este facto e que reconheça nesta decisão um acto de justiça desde logo prometida pelo Movimento Reajustador do 14 de Novembro.

Nô Pintcha

Nr. 763

23 DE JANEIRO DE 1961

O Conselho da Revolução, através do seu porta-voz, e a mara da Mário Cabral, Comissário de Estado do Desenvolvimento Rural e da Informação e Cultura, numa Conferência de Imprensa realizada no salão dos Negócios Estrangeiros, na tarde de terça-feira, afirmou que a primeira coisa é alimentar o nosso povo. Esse é um dos principais problemas. Fora isso há todo um conjunto de questões, nomeadamente, a realização de meios de produção para melhorar as condições de trabalho do nosso povo, tanto a nível dos próprios camponeses como das estruturas burocráticas.

Mário Cabral sublinharia ainda que «tenho que pensar e re pensar a nossa política em vários domínios, económico, social e cultural, de defesa e segurança, não no sentido de pôr em causa as revoluções do PAIGC, mas a sua materialização, que não estava a ser praticada».

Como se sabe enfrentamos uma grande crise alimentar neste momento. Estamos a sair de um mau ano agrícola, talvez pior que o de 1977, que foi considerado o ano da seca. Sendo assim os palayras do Ministério do Desenvolvimento Rural julga-se a necessidade na Guiné-Bissau em cereais rondará as 70 mil toneladas de arroz, fazendo ainda que juntar a azeite, o óleo etc.

Ainda sobre a questão alimentar, o porta-voz do Conselho da Revolução responderia a uma pergunta da seguinte maneira: «Nós dissemos sempre que a prioridade número um era a agricultura, mas nem sempre isso se verificou,

mas vamos procurar fazer isso exactamente, através da concessão de meios financeiros e outros, através do estímulo da produção, da abertura de circuitos de comercialização, do fornecimento das lojas em artigos de primeira necessidade que motivem a produção e a quebra do circuito de auto-subsistência».

Sobre o grande projecto de Contuboeil, ficou claro que aí está um dos principais sucessos da nossa agricultura. «Queremos aproveitar -- continuou -- toda a reserva de água que houver nesta terra porque, está a chover cada vez menos em toda a zona saheliana. Portanto, temos que ser capazes de aproveitar ao máximo essas potencialidades, naturais e porque, além disso agrupa e associa os agricultores num estilo de entre-ajuda e da realização de um trabalho colectivo que sirva a toda a comunidade e não a uma pessoa só ou a um grupo muito restrito de pessoas».

INQUÉRITOS AS EMPRESAS LIGADAS A CORRUPÇÃO

Como é do conhecimento do público, iniciaram-se já inquéritos tanto nos Armazéns do Povo como em várias outras empresas ligadas à corrupção». A este propósito o camarada Victor Freire Monteiro, precisou que «neste momento não podemos dizer se visa a substituição ou alargamento de área de iniciativa privada. O inquérito dos Armazéns do Povo visa única e exclusivamente que o Conselho da Revolução, na área económica, possa ver mais claro no que diz respeito à situação concreta, à

maneira como a gestão do património do Estado pertencente a esta unidade tem sido feita para que se possam determinar novas directrizes, e se for necessário, alguma alteração em termos de pessoas ou de áreas de actividades».

No que diz respeito à actividade das empresas ligadas à «corrupção» vai-se fazer um levantamento das práticas pouco correctas, de situações de anomalia flagrante em operações que durante este período passaram pelo Banco, e outras informações que eventualmente o Conselho tenha. Na realidade, como viria a frisar o dr. Victor Monteiro, «desde sempre lutamos contra um certo favoritismo no que respeita a ligações com determinadas empresas. Mas, por força de circunstâncias, nunca foi possível barrar caminho a essas ligações e operações. Infelizmente alguns departamentos do Estado, quer isolado, quer conjugando os seus esforços não foram capazes de impedir isso».

Sobre a alteração do regime da terra, uma das perguntas formuladas por um jornalista português o Governador do Banco Nacional, diria que é humanamente impossível debruçar-se sobre determinados assuntos. Sendo matéria de tão transcendente importância, o Conselho da Revolução não está habilitado neste momento a pronunciar-se sobre esse assunto, porque tem estado a resolver problemas de momento a momento.

Por sua vez, Mário Cabral afirmou que em relação às eleições para a Assembleia Nacional Popular é uma questão

que ainda não está pensada. «Temos primeiro que resolver as questões mais urgentes e depois progressivamente vamos restabelecer o regime democrático e constituir os seus órgãos, através das vias normais».

O Governo Provisório tem tido um calendário bastante carregado de reuniões alargadas aos membros do executivo do Partido e aos principais responsáveis regionais. Nessas reuniões, pelas próprias palavras do porta-voz do Conselho da Revolução, serão de certeza tomadas decisões muito importantes e, vamos entrar dentro da mesma tónica para discutir as questões fundamentais e essenciais para o nosso povo e para o nosso país.

OUVIR A VOZ DE CADA MILITANTE

Apesar de estarem a funcionar todas as estruturas do Estado, as do Partido estão praticamente bloqueadas, mas «nós continuamos P.A.I. G.C.». Esta afirmação respondeu a uma pergunta sobre as razões porque é que se tem falado muito no Conselho da Revolução e não no PAIGC. A este propósito, Mário Cabral referiu: «Julgo que é porque o Conselho da Revolução assumiu todas as atribuições que competiam à ANP, ao Conselho de Estado e ao Conselho de Comissários, portanto o Governo em todos os aspectos legislativo e executivo. Vamos fazer funcionar as estruturas do Partido, fazendo primeiro funcionar as suas estruturas nacionais, como o Conselho Nacional, que

tem como objectivo resolver, e estudar, todos os problemas a nível nacional.

Entretanto, já se desencadearam, certas acções no sentido de estabelecer o diálogo com Cabo Verde e, portanto, estabelecer uma via de reorganização do Partido, tendo em conta os acontecimentos do 14 de Novembro.

Mário Cabral aproveitaria para reafirmar que o Partido é um conjunto de militantes, e não são só os dirigentes o constituem. O Secretário-Geral, — agora referia-se à sua posição em relação ao movimento do 14 de Novembro — é um militante a quem se atribuíram responsabilidades especiais. «Mas naturalmente que o Partido poderá continuar mesmo que tenhamos que reunir um Congresso extraordinário, para rever as suas estruturas e a organização da sua própria direcção».

Sobre a continuidade de Aristides Pereira como Secretário-Geral do PAIGC, foi dito que será o Congresso que pode decidir, e nele todos os militantes e aqueles que foram convocados para o efeito deverão dar a sua opinião. Terá que se ouvir a voz de cada militante para dar a sua opinião sobre o que pensa desta Revolução e das pessoas que estão na direcção do Partido.

O NOSSO MOVIMENTO É IRREVERSÍVEL

Por seu turno, o comandante Manuel Saturnino diria o seguinte sobre a presença de conselheiros militares soviéticos no nosso país: «Todo o mundo sabe que nós fizemos uma Luta de Libertação Nacional com armas de origem soviética e dos países socialistas; armas essas que utilizamos até ao momento. E como se sabe, no domínio das Forças Armadas a tecnologia está em progresso. Estamos a precisar dos conselheiros soviéticos porque temos a necessidade de manter as nossas forças armadas no seu nível máximo para a defesa da nossa soberania nacional. Acho que essa relação que existe entre as nossas forças armadas e o Ministério da Defesa da URSS tem que se manter».

Nesta Conferência de Imprensa também se voltou a falar das nossas ligações, relações de amizade e cooperação

com os mais variados países do mundo. A este propósito o Comissário do Desenvolvimento Rural e da Informação e Cultura reafirmaria que «os outros países terão que nos entender como Estado soberano, senhor dos seus destinos, e que decide com quem unir, quando e como unir. Porque julgamos que a nossa política exterior é de defender a Unidade Africana. Os países mais cedo ou mais tarde irão reconhecer o Movimento do 14 de Novembro porque ele é irreversível, e as pessoas têm que se situar perante um facto consumado que terão que reconhecer, porque quem manda no seu país são os donos desse mesmo país. Portanto, os outros terão que se render à evidência. Ninguém nos vai impedir de fazer qualquer tipo de união. Poderão aconselhar-nos, mas teremos sempre a última palavra a dizer em relação a isso».

Camarada comandante Nino Vieira ao povo de Cacheu.

CONTINUAMOS A SER O PAIGC DE CABRAL

Nô Pintcha

Nr. 763, 29.1.1981

O povo da nossa terra não abandonará o PAIGC, garantiu o camarada Comandante de Brigada José Bernardo

Vieira da Comissão Permanente do CPL do Partido e Presidente do Conselho da Revolução, no comício realizado com a população da região de Cacheu, que se deslo-

cou à Bissau no sábado passado. A população da região manifestou o seu apoio ao PAIGC e ao Movimento Revolucionário.

O camarada Nino Vieira disse que o PAIGC foi fundado em Bissau e a luta de libertação dos povos irmãos da Guiné e Cabo Verde também foi feita aqui, portanto, nada tememos, e, por isso, não temos necessidade de acabar com o Partido. Vamos mostrar ao mundo de que nós tivemos razões suficientes para fazer o 14 de Novembro, salientou o Presidente

do Conselho da Revolução e continuou: acabaram com o PAIGC em Cabo Verde, só porque nós afastámos um ho-

mem do aparelho de Estado, destruímos as estruturas do Partido intactas. Vamos levar o P.A.I. G.C. para a frente, porque temos que render homenagem à memória

de Cabral e a todos os homens que caíram na luta pelo PAIGC e não pelo PAICV. Consideramos a atitude de Cabo Verde como uma traição.

Ainda na continuação do seu discurso o camarada Presidente do Conselho da Revolução pediu ao Secretário-Geral do PAIGC, Aristides Pereira, para que convoque um Congresso, a fim de serem desmascarados os crimes e os desvíos que foram cometidos na nossa terra.

«Sabemos — disse Nino Vieira — que os dirigentes caboverdianos têm medo da confrontação, e resolveram sair. Nós temos provas dos crimes perpetrados contra o nosso povo e caso insistam na recusa ao diálogo vamos pôr isso tudo na rua.

LIBERTAÇÃO DE PRESOS

Neste comício, o camarada Nino Vieira esclareceu que não eram todos os presos que iam ser libertados, mas somente aqueles que foram enganados. Os que cometeram crimes bárbaros contra este povo, terão de prestar contas à justiça.

O camarada Comandante de Brigada agradeceu estas manifestações espontâneas do nos-

so povo que tanto se sacrificou para a sua independência, mas que, ao fim de seis anos do mesmo período, não viveu na verdadeira liberdade.

Em seguida, o camarada Nino Vieira exortou ao povo de Cacheu as razões do 14 de Novembro garantindo que ninguém voltaria a ser preso, ou executado na nossa terra, sem julgamento.

«O PAIGC foi fundado por Ubaldo e outros filhos da Guiné e de Cabo Verde, como instrumento para a libertação de dois povos e não para um povo viver oprimido e outro viver em plena liberdade. Achamos isso injusto. E também achamos injusto a condenação de que estamos a ser alvo pela parte de alguns dirigentes de Cabo Verde», disse o camarada Presidente do Conselho da Revolução.

E continuou: «na Guiné-Bissau, havia fuzilamentos e em Cabo Verde nunca existiu. Perguntámos as razões disso, e disseram-nos simplesmente que lá, em Cabo Verde, não se pode matar, senão o povo revoltava-se. Isso é justo?»

Na sua intervenção, o camarada Presidente do Conselho da Revolução condenou as execuções monstruosas que foram

em tempos, feitas na cidade de Conchungo, em que várias famílias foram fuziladas no meio da multidão, citando o caso de Baticá. «Admitimos e reconhecemos os seus erros mas achamos que deviam ser julgados», disse o camarada Nino Vieira. São estas coisas que deram origem ao 14 de Novembro e queremos que os nossos irmãos de Cabo Verde nos compreendam.

«Somos apelidados de aventureiros e de traidores dos princípios do PAIGC», disse o camarada Nino Vieira e prosseguiu: «mas os princípios do PAIGC não permitem as coisas que se passaram aqui em Bissau. Nós queremos a independência, a liberdade e o progresso do povo, que afinal não tínhamos».

O camarada Presidente do Conselho da Revolução perguntou a dado passo da sua intervenção, porque razão não é aplicado em Cabo Verde o Estatuto do Combatente de Liberdade da Pa-

tria. Pois que, ali, os naturais da Guiné-Bissau não podem ser ministros, mas os caboverdianos podem sê-lo em Bissau.

A prova de não aplicação dos Estatutos está nos oficiais das FARP que se encontravam em missão de serviço na Praia, na altura do 14 de Novembro e não lá ficaram. Um dos elementos do grupo que é caboverdiano foi nomeado ministro e os outros ficaram abandonados nas unidades militares. Isso é Unidade? O camarada Nino Vieira frisou mais uma vez de que nós queremos a unidade mas em pé de igualdade.

Os caboverdianos são nossos irmãos de sangue e alguns combateram juntamente conosco e podem viver livremente nesta terra. Não vamos expulsar ninguém, porque senão, seremos condenados pela história.

Eles são africanos como nós e lutamos pela unidade africana. Mas aqueles que quiserem partir não serão impedi-

dos. Mas queremos reafirmar mais uma vez de que na nossa terra seremos nós a mandar salientou o camarada Nino Vieira.

A terminar o seu discurso, o camarada Nino Vieira pediu ao nosso povo para que se mantenha calma. «Queremos a unidade, não é só que houve individualidades em África que deram as suas vidas pela unidade africana, como Cabral, N'Krumah e Mondlane. Somos continuadores das suas obras e não vamos desviar dos princípios do PAIGC e do pensamento de Cabral». O camarada Nino Vieira pediu ainda o povo a produzir cada vez mais e melhor.

No momento estavam dois representantes das populações de Cacheu, e ambos manifestaram o desejo do povo de Cacheu de estar com o Conselho da Revolução e condenaram a atitude dos dirigentes caboverdianos de criar o seu partido nacional.

QUEM É QUEM!

Não obstante as justificações que os dirigentes do Cabo Verde, pretendem apresentar para atenuar as suas responsabilidades na tentativa premeditada de destruir o PAIGC, é por demais evidente que a história julga-a e ela é a história - não perdona.

O projecto prestigioso para a África e o mundo que o PAIGC não pode ser despojado por máqui- cas não se revelaria incapazes de assumir a responsabilidade principal sobre o construtor da independência do Cabo Verde.

A trajectória ignó- bil da história não co- meça com a desastrosa dos dirigentes cabo- verdianos, de começar com a Guiné-Bissau. A traição não começa com a criação do cha- mado PAICV, que, este sim, é totalmente alheio aos estatutos do Partido de Cabral. A exclusão dos diri- gentes caboverdianos é suspeito, e cheia a velha, criando um maior desconhecimento que se espanta e atre- dos aqueles que não tiveram o privilégio de acompanhar de perto o processo de Luta Armada de Li- bertação Nacional.

Realmente, a sinis- tra orquestração co- rretra quando certas pessoas, aliada na cha- ma precipitante da lu- ta, adociam e até atingiam a loucura, só se ouve falar da frente de combate.

Em 1963, os diri- gentes do PAIGC, foi o primeiro do II Congresso do PAIGC, quando um certo de- terminado membro do partido criou e organi- zado PAICV, propu- nha a criação de um Partido para a nação- na época, eles não sa- (Continua na pág. 8)

QUEM É QUEM!

(Cont. da pág. 1)

hiam qual o acto que se seguia, faltava- lhes, sim, o pretext- to...

Mas, óh senhores: que paciência! Que espera tão longa!

A habilidade, esse engenho, reconhece- mos, nunca lhes faltou, só que o utiliza- ram para fins fraccio- nistas.

E a pretexto da ac- ção patriótica do 14 de Novembro que sa- caram da velha sacola a receita há muito preparada, e perpe- traram o tenebroso plano: - destruir o Partido da Luta, o PAIGC, e criar o al- mejado PAICV.

No entanto, na ansia de levantar a confusão, acusaram o Movimento Reajusta- dor, de ser aventu- reiro, racista, e pre- tender a reabilitação de «comandos africa- nos».

Isto, na verdade, constitui um flagrante atentado à inteli- gência do homem. Pa- quecem-se, porventu- ra, esses detractores do 14 de Novembro, que a Guiné-Bissau tem as suas fronteiri- ras abertas, e que, em qualquer altura, jornal- listas ou eventuais observadores poderão vir constatar das ver- dades e mentiras de cada um. Cremos que os factos são expres- sivos, e por demais eloquentes.

E na Pátria de Ca- bral, não há racismo, nem existem quais- quer relações com o principal baluarte do racismo no Planeta.

Na Guiné-Bissau, pretende-se que todos os homens usufruam dos mesmos direitos e que nunca mais nin- guém, independentemente do crime come- tido, seja fuzilado sem julgamento.

A propósito de ra- cismo, não será de- rrosas, perguntamos se já se viu algum avião de racista África do Sul, aterrar no aeroporto de Bissau. E no aeroporto Amíl- car Cabral na ilha de Sal?

Quanto à questão dos «comandos africa- nos», verifica-se que, de soldado a coman- dante, não existe nas FAIP nenhum ele- mento de tais coman- dos de triste memó- ria. E mais, em mo- mento algum se admi- tiu a hipótese de par- ticipação ou integra- ção desses indivíduos no seio das nossas Forças Armadas, que escreveram páginas brilhantes ao longo da Luta Armada de Li- bertação, infligindo sérias derrotas aos soldados colonialistas.

Yodavia, em Cabo Verde, antigos militan- tes revolucionários do exército colonial fo- ram não só integra- dos, como graduados e designados para ni- tas funções no seio das FAIP. Referimo- nos concretamente a Jílio Sanches, Amíl- car Balista, Renato, Mário André de, José da Veiga, Didi. E muitos outros. Alguns deles, pelos «altos serviços» prestados, foram louvados e con-decorados pelo pró- prio famigerado Ge- neral Spínola.

Depois de tudo isto, verificamos, pela actuação da elite no poder em Cabo Verde, que a melhor forma de ludibria a opinião pública é imputar aos outros as culpas que nos cabem.

Mas a História dir- nos-á quem é quem!

Comité Permanente do CNG pede Congresso extraordinário do PAIGC

O Comité Permanente do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC publicou, no passado dia 24, no final da sua reunião extraordinária, um comunicado a propósito da decisão do CNCV (Conselho Nacional de Cabo Verde) de ruptura e destruição da maior obra que os nossos dois povos criaram ao longo de tantos anos de sacrifício — o PAIGC.

Passamos a transcrever na íntegra o comunicado.

O Comité Permanente do CNG do PAIGC, na sua reunião extraordinária do dia 24 de Janeiro de 1981, tendo analisado as implicações da decisão unilateral do Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC, de convocar uma Conferência de Quadros transformada em Congresso, que visa a proclamar a criação de um partido denominado Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV);

Considerando que o PAIGC é uma organização sócio-política dos povos da Guiné-Bissau e Cabo Verde, e a força política dirigente das sociedades guineense e caboverdiana;

Considerando que o PAIGC foi fundado por Amílcar Cabral e tempe-

rado no fogo da vitoriosa luta armada de libertação nacional, que conduziria à independência dos nossos dois países;

Considerando que o PAIGC é um Partido de vanguarda de grande prestígio no plano nacional e internacional, prestígio esse conquistado ao longo dos seus vinte e cinco anos de existência;

Considerando a gravidade da atitude assumida pelos dirigentes do ramo nacional de Cabo Verde do PAIGC, não obstante a total disponibilidade para o diálogo consignado na Resolução Geral da Reunião Extraordinária do Conselho Nacional da Guiné de 18 do corrente;

O Comité Permanente do Conselho Nacional da Guiné decide:

1. Reafirmar a fidelidade inofecável, no pensamento, ao processo libertador Amílcar Cabral, e aos princípios do PAIGC, força política dirigente da sociedade;

2. Considerar essa decisão unilateral do Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC como atitude fraccionista, cujo objectivo visa ganhar o prestígio do nosso Partido, conquistado à custa de esforços e sacrifícios dos povos guineense e caboverdiano;

3. Considerar, consequentemente a decisão de criação do Conselho Nacional de Cabo Verde de criar um partido nacional denominado Partido Africano da Independência de Cabo Verde, desferindo deste modo um golpe traiçoeiro à existência do PAIGC;

4. Convidar o camarada Aristides Pereira, Secretário-Geral do PAIGC, a convocar um Congresso Extraordinário para decidir do futuro do PAIGC enquanto partido binacional.

Tomada de posse do Governo Provisório

Disciplina, rigor no cumprimento dos deveres, austeridade e organização, devem nortear, segundo o camarada João Bernardo Vieira (Nino), Presidente do Conselho da Revolução, a acção do primeiro Governo Provisório nomeado depois do Movimento Reajustador do 14 de Novembro, e empossado na quinta-feira passada, no salão Abel Djassi, do Palácio da República.

Na cerimónia, presidida pelo Comandante de Brigada Nino Vieira, os novos ministros juraram

tudo fazer «em prol do desenvolvimento e progresso do povo da Guiné-Bissau, cumprindo fielmente as orientações e objectivos do Conselho da Revolução e da Constituição da República».

A esse propósito, Nino Vieira afirmaria, no decorrer da sua intervenção, que os camaradas agora empossados devem ser duros e rigorosos no cumprimento dos seus deveres, com disciplina porque só assim é que realmente a nossa terra pode ir para

a frente. Nada pode avançar sem disciplina. «Cumprir e fazer os outros cumprir. Temos que ser duros contra aqueles que não cumpriram porque não podemos levar o nosso trabalho, a nossa política, com amiguismo, nepotismo, etc., em prejuízo do desenvolvimento desta terra».

O Presidente do C.R. salientaria, ainda, a necessidade de pôr em prática a nossa política de austeridade, «uma das coisas que era só falada e escrita». Apelou igualmente à consciência dos

camaradas para a nossa situação económica que está cada dia mais degradada, e à necessidade de diminuir as saídas para o estrangeiro. A este respeito disse: «Quando uma pessoa sai para o estrangeiro como ministro, deve ter um tempo limitado para regressar e não ficar a passear de um lado para o outro, o que lhe tira o valor que tem aquilo que representa para o povo».

O camarada Comandante de Brigada chamou também a atenção para os acordos no estrangeiro, salientando que vão ser criadas leis que mostrarão claramente aquilo que se deve fazer nesse sentido. «Mas — acrescentou o camarada Nino — acho que todo e qualquer acordo assinado deve ser canalizado para os Negócios Estrangeiros. Antigamente qualquer pessoa assinava um acordo e praticamente não era orientado para o desenvolvimento desta terra, pelo contrário, vinha em prejuízo da Guiné-Bissau».

A terminar, o camarada João Bernardo Vieira afirmou: «Enquanto estivermos à testa do Conselho da Revolução, nós é que escolhemos aqueles a quem depositamos confiança para fazer parte do Conselho de Ministros. Eles não são estranhos à nossa luta, ao nosso Partido, são pessoas que têm dado provas nos momentos mais difíceis, por isso são pessoas que nos merecem confiança, e espero que eles também depositem confiança em nós».

Poderes do C. R. definidos por lei

O Presidente do Conselho da Revolução representa a República da Guiné-Bissau e desempenha as funções de Comandante Supremo das Forças Armadas Revolucionárias do Povo, Chefe do Governo, segundo a Lei Constitucional n.º 1/81, de Fevereiro de 1981. Pela sua importância, passamos a publicar na íntegra o texto da Lei:

Considerando que se torna necessário estruturar o Conselho da Revolução nascido dos acontecimentos do 14 de Novembro, definindo a sua composição e as suas atribuições:

No uso da faculdade conferida pelo artigo 4.º da Lei Constitucional n.º 1/80, de 15 de Novembro de 1980, o Conselho da Revolução decide, para valer como Lei Constitucional, o seguinte:

Artigo 1.º O Conselho da Revolução é o órgão máximo de direcção do Estado e da Nação e detém todos os poderes atribuídos à Assembleia Nacional Popular e ao Conselho de Estado, pela Constituição de 24 de Setembro de 1973.

Art. 2.º 1. O Conselho da Revolução é composto por nove membros permanentes e quatro principais colaboradores.

2. São membros permanentes do Conselho da Revolução os nove elementos que, para o efeito, receberam mandato do Movimento Reajustador de 14 de Novembro.

3. Os quatro principais colaboradores serão designados pelo Conselho da Revolução.

4. Em caso de cessação de funções por parte de qualquer membro ou principal colaborador, o Conselho da Revolução designará por cooptação quem o substitua.

Art. 3.º 1. O Presidente e o Vice-Presidente do Conselho da Revolução são membros escolhidos para tais cargos pelo Movimento Reajustador de 14 de Novembro.

2. O Presidente do Conselho da Revolução representa a República da Guiné-Bissau, e desempenha as funções de Comandante Supremo das Forças Armadas Revolucionárias do Povo e de Chefe do Governo.

3. O Vice-Presidente do Conselho da Revolução substitui o Presidente do Conselho da Revolução durante a sua ausência ou impedimento temporário, bem como na vagatura do cargo até ser escolhido novo Presidente.

Art. 4.º Compete, nomeadamente, ao Conselho da Revolução:

- a) Exercer os poderes constituintes assumidos em consequência dos acontecimentos de 14 de Novembro;
- b) Deliberar sobre questões fundamentais da política interna e externa do Estado;
- c) Nomear e demitir os membros do Governo, sob proposta do Presidente do Conselho da Revolução;
- d) Designar os chefes das Forças Armadas Revolucionárias do Povo;
- e) Exercer a função legislativa sobre todas as matérias;
- g) Autorizar o Governo a realizar empréstimos ou outras operações de crédito;
- h) Anistiar, perdoar e comutar penas;
- i) Nomear e demitir os representantes do Estado no estrangeiro;
- j) Ratificar os tratados e convenções internacionais;
- l) Exercer todas as demais funções que, pela Constituição de 24 de Setembro de 1973, eram atribuídas à Assembleia Nacional Popular e ao Conselho de Estado.

Art. 5.º 1. O Conselho da Revolução funciona em regime de permanência.

2. Os principais colaboradores participarão das reuniões do Conselho da Revolução quando, para o efeito, forem convocados pelo Presidente do Conselho da Revolução.

3. Para o coadjuvar no exercício das suas funções, o Conselho da Revolução pode criar comissões e sub-comissões com natureza consultiva.

Art. 6.º No uso da sua competência, o Conselho da Revolução aprova leis constitucionais e decisões.

Art. 7.º São revogados os artigos da Constituição de 24 de Setembro de 1973 que disponham em contrário da presente Lei.

Art. 8.º Esta Lei entra imediatamente em vigor.

Visto e aprovado pelo Conselho da Revolução, em 29 de Janeiro de 1981.

Publique-se

O Presidente do Conselho da Revolução, João Bernardo Vieira — Comandante de Brigada.

Comandante Nino Vieira à população de Cossé

No Pintcha, 14.3.'81

VAMOS COMEÇAR UMA HISTÓRIA NOVA

Queremos fazer um apelo à população de Cossé. Sabemos que muita gente fugiu daqui para os países vizinhos. É preciso que regressem para a sua terra livre e independente. Já não há comandos. Só há filhos da Guiné-Bissau. O que passou, passou. Vamos recomeçar uma história nova e limpa». Esta afirmação pertence ao Comandante João Bernardo Vieira, Presidente do Conselho da Revolução, e foi proferida durante um comício com a população de Cossé, no dia 8 de Março.

Acompanhado do camarada Samba Lamine Mané, membro do C.R. e Ministro dos Recursos Naturais, Kabi chegou a Cossé para cumprir um convite que lhe havia sido formulado pela população, numa autêntica euforia, em que o calor solar se misturava com o ritmo quente da música. Era dia de festa — 8 de Março, e mais do que isso, a satisfação daquela gente em receber «a pessoa mais indicada para dirigir os destinos da Guiné-Bissau», conforme diria o Aladje Aliu Baldé.

De todas as áreas de Galomaro veio povo para ver e ouvir o Comandante Kabi e saber se, na verdade, seria enterado para sempre o passado que tanto atormentou os filhos daquela tabanca. Muitos fo-

ram presos e mortos pelo regime de Luiz Cabral.

Quando o Aladje Baldé recordou aquele drama! afirmou peremptoriamente: «Só agora podemos dizer que conseguimos finalmente a nossa aspiração. Derrubámos o colonialismo português. Não aceitamos que a nossa liberdade seja sufocada. Filhos desta tabanca foram massacrados só por terem votado contra o regime de Luiz Cabral. Isso não é liberdade».

«Se as coisas continuassem assim, perderíamos as eleições outra vez», sublinhou o camarada Breima Bangura, antigo Presidente do Comité do Partido e do Estado de região de Bafatá, para dizer que o voto fora só contra Luiz Cabral e não contra o PAIGC.

«A água que sai suja de onde nasce, continua suja, seja qual for o lu-

gar onde vá desaguar» — aludiu o Aladje Baldé, a propósito de situações diversas criadas pelo regime de Luiz Cabral àquela população, para concluir: «Sabemos que construir uma coisa que se estragou é difícil, mas temos esperança e vamos esperar».

A NOSSA PRIMEIRA JUSTIÇA

Em resposta às intervenções dos populares, Nino Vieira começou por agradecer o convite de povo de Cossé que «prova a solidariedade de todo o nosso povo e particularmente, de de Cossé para com o 14 de Novembro».

«O homem grande disse que esta concentração era rara aqui. Isso também foi um dos objectivos do 14 de Novembro. Queremos que o nosso povo seja livre, porque nenhuma terra pode ser considerada independente se os seus

cidadãos não podem usufruir da liberdade de expressão. (...) Cada um pode exprimir livremente o que sente e pensa, mas na base da disciplina e respeito», salientaria o camarada Kabi.

Falando sobre o Dia Internacional da Mulher, o Presidente do Conselho da Revolução frisou: «Todos os homens da Guiné-Bissau, conscientes do nosso dever, temos que dar às mulheres a liberdade que mereceram e conquistaram em todos os aspectos. Por isso, a primeira justiça que fizemos no nosso país e que ficará na história da nossa terra, foi termos confiado um Ministério a uma mulher. E a todas que avançarem confiaremos responsabilidades de acordo com a sua capacidade».

O Comandante Kabi diria ainda, durante o seu improviso: «Fizemos o 14 de Novembro, mas continuamos a respeitar o Estatuto de Combatente da Liberdade da Pátria. Damos a cada um responsabilidades conforme a sua capacidade. Temos camaradas que participaram na Luta Armada de Libertação e deram tudo o que podiam para

libertar esta terra. Temos que respeitá-los. É por isso que esses camaradas mereceram a nossa confiança e continuam a merecê-la de acordo também com a sua dedicação».

A questão da obrigatoriedade de obtenção de guias de marcha para se poder circular no território nacional mereceu do camarada Nino sérias observações: «Para se ir a Bafatá, Pitéche, Gabú, era preciso guia. Isso acabou. Esta deci-

são é oficial. Ninguém tem o direito de cobrar uma guia. O que é preciso é que cada cidadão tenha o seu bilhete de identidade para poder identificar-se em qualquer sítio para onde fór».

COMBATER A VENDA DA FORÇA DO TRABALHO

O ponto mais alto da intervenção do Presi-

dente do Conselho da Revolução no encontro com a população muçulmana de Cossé seria o apelo ao aumento da produção tanto para enriquecermos a nossa terra, como para valorizarmos a nossa moeda. «Outra coisa que deve seriamente merecer a nossa atenção é a questão da produção. Temos que produzir mais. É verdade que existe falta de chuva. Mas se lavrarmos cedo muitos produtos, talvez possamos evitar a fome

nesta terra», sublinharia para acrescentar que se deve acabar com a venda da força de trabalho aos países vizinhos porque isso só cria riquezas para aqueles países.

«As riquezas são tiradas do solo. Se produzirmos arroz, milho, mancarra e outros produtos, teremos tudo na nossa terra. Não podemos espe-

rar que as coisas caiam do céu. Bicicletas, tecidos, aparelhos transistor e outros artigos não fabricados nessas terras, aparecem com o trabalho», disse. Ainda a este respeito Kabi afirmou: «Queremos fazer um apelo à população de Cossé, porque sabemos que é um sector onde as pessoas fogem muito para os países limítrofes. É preciso que as pessoas que se encontram fora regressem à Guiné-Bissau livre e independente. Já não há comandos. Só há filhos da Guiné-Bissau. Tudo o que passou, passou. Vamos recomeçar uma história nova e limpa. Agora não existem razões para a guerra, ela acabou. Nós faremos guerra contra os que são mentirosos e ladrões, e contra os que estragam».

A mensagem de trabalho e vigilância à população de Galomaro, foi acatada com aplausos. A nova consciência começa a brotar, e transparece na cara daquela gente. «Trabalho, trabalho, trabalho!» Foi com esta frase, pronunciada com emoção, que o Aladje Abu Baidá terminaria o seu discurso. A nova história inicia-se para a população de Cossé. E é preciso que os homens grandes ajudem na construção da nossa terra, que apresentem os seus problemas, pois como afirmou o comandante Kabi, «eles são a fonte do mesinho».

É preciso perdoar

Há uma coisa importante que foi escrita, há pouco tempo, no jornal, «Nô Pintcha» na coluna dos leitores. Dizia-se na carta que fizemos justiça, mas que falta ainda muita coisa. Perguntava-se sobre a responsabilidade de muitos crimes cometidos durante o regime deposto e sobre outras injustiças. Se foram só o Busecardini, o André, que se suicidaram e que até trabalhavam em Bissau. É verdade que nas regiões onde foram perpetrados esses crimes havia responsáveis para essas localidades. Há uma coisa que temos que compreender. No regime deposto as pessoas eram obrigadas a fazer coisas, não obstante o seu desagrado. Tivemos em conta isso, senão prendíamos tanta gente. Essa gente cumpria ordens. Na altura cada um defendia a sua pele. Pedimos aos leitores que saibam perdoar.

É preciso notar também que, na altura, quem ouzasse dizer a verdade era perseguido, preso e morto. Nós ouvimos todas as pessoas que estiveram directa ou indirectamente envolvidos nos crimes.

Esqueçamos o que se passou. Devemos abrir um novo caminho. Se vierem a acontecer coisas do género, cairemos em cima dos outros. Na Guiné-Bissau, não acontecerá mais coisas desse género, só se o Conselho da Revolução acabar, só se o povo da Guiné-Bissau fór cobarde. Aceitar que alguém venha de onde vier para reprimir e massacrar.

Mas nós sabemos que o povo da Guiné não é cobarde. Deu provas disso. Lutou contra o colonialismo e libertou a sua terra.

Primeiros resultados da Comissão de

Auditoria

O Conselho da Revolução esteve reunido desde segunda-feira passada com as comissões de Auditoria para os Armazéns do Povo, Dicol, e CICER, para apreciar os relatórios apresentados sobre as actividades nestas três empresas públicas, no termo da primeira parte dos trabalhos.

Durante os inquéritos — que ainda prosseguem para o apuramento final das responsabilidades verificaram-se graves anomalias no funcionamento das empresas, má gestão dos fundos das mesmas e o desvio de somas avultadas, cuja importância total não foi divulgada aos órgãos de Informação.

A reunião do Conselho da Revolução, presidida pelo camarada Victor Saúde Maria, Vice-Presidente do C. R. e na presença do camarada Comandante de Brigada João Bernardo Vieira, Presidente do Conselho da Revolução, apreciou sucessivamente os relatórios da Dicol, da CICER e dos Armazéns do Povo, tendo decidido o seguinte, conforme divulgou nos comunicados tornados publicos:

«Enquanto decorre o

aprofundamento dos inquéritos sobre a actualização do ex-Comissário de Estado do Comércio, Indústria e Artesanato, Armando Ramos, que o mesmo seja mantido em

residência vigiada e que sejam suspensas todas as regalias inerentes ao cargo, «pela negligência nas suas funções de Comissário de tutela dos Armazéns do Povo, interferência omnipresente na gestão irregular da «Cooperativa 12 de

Setembro» e incorrecta utilização das receitas do Fundo de Comercialização, entre outros».

O Conselho da Revolução ordenou a detenção dos director-geral e director-geral adjunto dos Armazéns do Povo, respectivamente Francisco Coutinho e Adelino Moreira. O primeiro, por «incorrecta direcção, desvios de fundos, má gestão dos negocios da empresa e atitude de arrogância e indisciplina

no decurso dos trabalhos da Comissão de Auditoria». O segundo, por «conivência com o director-geral na má administração da empresa e rasura de lançamentos aos livros de registo com fins visivelmente fraudulentos».

Por outro lado, o mesmo comunicado manda suspender a partir do dia 19 de corrente, o Conselheiro do ex-Comissário de Estado do Comércio, Indústria e

Artesanato, Anselmo Mariano «até completo esclarecimento de práticas incorrectas na gestão dos fundos de comercialização e de ajuda alimentar».

A Comissão de Auditoria da CICER encontrou falhas graves no funcionamento da empresa, cometidas pela pessoa do seu director geral tendo decidido a sua suspensão de todas as suas funções a partir de 17 do corrente «até ao completo esclarecimento dos factos e ao total apuramento das responsabilidades». O seu vencimento foi reduzido a 50 por cento até à decisão definitiva.

Ainda no que diz respeito à CICER, foi detido o caixa-auxiliar, Miguel Ferreira da Silva, por desvios de dinheiro.

Quanto à Comissão para a Dicol, decidiu-se suspender também das suas funções o director-geral da empresa Waldemar Oliveira, e o director financeiro Joaquim Mumini Embaló, sendo os seus vencimentos reduzidos a 50 por cento.

Quem pagava era o povo

«A situação criada na Cicer, Dicol e Armazéns do Povo, durante o regime anterior, era absolutamente inconcebível. Há empresas sem nenhum registo contabilístico da sua actividade, utilização indevida dos fundos, onde os membros da direcção faziam o desvio de fundos, uso e abuso do poder, beneficiando assim das vantagens que essas empresas podiam dar» — salientou o camarada Mário Cabral, na qualidade de porta-voz do Conselho da Revolução, a propósito dos primeiros resultados das comissões de auditoria.

Entretanto, em função de toda essa constatação verificou-se que «elas tinham anomalias graves, faltas da gestão de fundos, uma direcção incorrecta, o que nos levou a tomar certas medidas, embora os trabalhos não tenham terminado ainda, pois não há totalidade de elementos».

«Ao fim e ao cabo — segundo o porta voz do CR — o cidadão consumidor é que pagava a má gestão da própria empresa, os erros, as negligências, os roubos e os desvios. Por isso pensamos que as medidas do CR vão alertar todos os cidadãos e trabalhadores em geral, para procurar trabalhar no seu local com máximo de eficiência e patriotismo, porque esta questão é patriótica, ao fim e ao cabo».

CAMPANHA CONTRA A CORRUPÇÃO

No Pintcha, 21.3.81

- DETENÇÕES E SUSPENSÕES DE ALGUNS RESPONSÁVEIS
- COMISSÕES DE AUDITORIA PROSEGUEM OS INQUÉRITOS

O Conselho da Revolução já começou a apreciar os relatórios das Comissões de Auditoria, a diversas empresas públicas, tendo constatado graves anomalias no funcionamento dos Armazéns do Povo, da CICER e da DICOL, designadamente incorrecções na gestão de fundos e desvios de somas avultadas. Perante os comprovados casos de corrupção e venalidade nos Armazéns do Povo, o

órgão máximo da soberania — que garantiu o aprofundamento dos inquéritos, até completo esclarecimento dos factos, — ordenou a detenção do ex-comissário Armando Ramos, do Director-Geral e do Director-Geral adjunto, Francisco Coutinho e Adelino Moreira, e a suspensão do Conselheiro do ex-Comissário do Comércio, Anselmo Mariano.

Os resultados da auditoria à CICER de-

terminaram a suspensão do Administrador-delegado do Governo na empresa, eng. João Cardoso, e a prisão imediata do caixa-auxiliar Miguel Ferreira da Silva.

No que se refere à DICOL, as irregularidades detectadas levaram à suspensão do Director-Geral e do Director Financeiro da empresa, respectivamente Waldemar Oliveira e Joaquim Mumini Embaló.

CONSELHO DE MINISTROS

No Pintcha, 28.3.81

ANALISA POLÍTICA SALARIAL

Na sua reunião de quarta-feira passada, o Conselho de Ministros debreçou-se sobre o problema dos Estaleiros Navais, e decidiu tomar medidas no sentido do relançamento desta empresa. Nesta ordem de ideia, o Conselho de Ministros aconselhou a Direcção dos Estaleiros Navais a retomar os contactos com a empresa portuguesa de construção naval, SETENAVE.

Ainda nesta reunião, o Governo Provisório abordou, de forma exaustiva, a política salarial, e decidiu a formação de uma comissão englo-

mando o Ministério de Finanças, a Direcção-Geral do Trabalho, e os ministérios que possuem trabalhadores assalariados.

Por outro lado, o Conselho de Ministros indicou para seu porta-voz, o Ministro de Informação e Cultura, camarada Filinto Barros. Na mesma ocasião, encarregou o Ministro do Comércio, Pescas e Artesanato, Joseph Turpin, de designar, em comissão de serviço, um director para a empresa estatal dos Armazéns do Povo.

Este Conselho ouviu ainda o Ministro sem Pasta, Dr. João Cruz Pinheiro, sobre o regime do Conselho de Ministros.

No Pintcha, 11.4.'81

MAPUTO, PARA QUÊ?

A presença no nosso país da delegação moçambicana chefiada pelo Camarada Marcelino dos Santos, em fins de Janeiro parecia ter criado condições para que a cúpula do PAIGC se reencontrasse de novo, afim de debater profundamente, os problemas partidários criados antes e após o 14 de Novembro. O encontro de Maputo prometia ser o início dum processo necessário na vida duma das organizações mais prestigiadas da África Combatente. Pensou-se que a partir de Maputo ir-se-ia assistir ao desenrolar duma série de debates, reuniões, nas quais seriam analisados profunda e detalhadamente, com responsabilidade que sempre nos caracterizaram, todo o processo político inerente ao P.A. I.G.C. e que culminou com o 14 de Novembro e a dissidência caboverdiana. Os militantes, os quadros do PAIGC olharam com esperança e como tal concederam todo o seu apoio ao acto importante que iria ter Maputo como cenário de fundo. Nino Vieira e Aristides Pereira iriam frente a frente, concertar os pontos e dar início aquilo que sem margem para erro constituiria a nível do Continente Africano e do Terceiro Mundo, um dos marcos da história dos movimentos de libertação.

O PAIGC iria proceder a sua autocritica. Os Combatentes da Liberdade da Pátria, que mercê duma luta heróica, recheada de sacrificio e de firmeza, levaram a Guiné-Bissau e Cabo-Verde a independência, e influenciaram decisivamente a queda do retrógrado colonialismo português, iriam juntar-se de novo para num debate aberto democrático e revolucionário, radiografar o Partido, encontrar os males e decidir o seu futuro num congresso, de conformidade com as recomendações estatutárias.

Nino Vieira demonstrou ter compreendido bem a importância, a necessidade histórica dum tal encontro, ao aceitar Maputo como local de encontro, em vez de Guiné-Bissau detentor das prerrogativas de cenário de luta armada de libertação nacional, e palco

dos acontecimentos de 14 de Novembro.

Aristides Pereira ao contrário, pareceu não outorgar a mesma importância ao encontro de Maputo o que não constitui surpresa de mais para os militantes do PAIGC. Ao difundir nos seus órgãos de informação de que em Maputo, só seriam abordados problemas estatais, Aristides Pereira ignorou deliberadamente a importância que teria para os militantes do Partido em particular e para o mundo progressista em geral, a clarificação evolutiva do PAIGC da sua fundação ao 14 de Novembro e as consequências desse momento.

Maputo e depois, permitiram que cada um de nós, dirigentes e quadros do Partido, assumissemos a nossa responsabilidade histórica, aceitando a parte que nos cabe na crise que levou o PAIGC a perder o seu carácter binacional. Os autores do PAICV não tiveram coragem para tal! E face a isto, ousamos perguntar; ir a Maputo para quê? Entre os Estados não existem problemas de maior a resolver. As relações podem e devem ser restabelecidas. É um imperativo histórico de que não pudemos e nem queremos fugir. Como tal, não é necessário deslocar a Maputo ou qualquer outro local, nem tão pouco um encontro a alto nível (dos Chefes de Estado).

A Cimeira de Maputo foi um sonho de pouco dura! O próximo Congresso do PAIGC será uma realidade para os continuadores de Cabral!

Responde o povo

1 — Comissões de Auditoria sobre desvios económicos — Que pensa?

As Comissões de Auditoria criadas após o 14 de Novembro, são resultantes de uma agudização implacável das contradições entre uma política demagógica constantemente apregoada no regime depositado, à vista, com uma sabotagem económica, generalizada. A desmontagem de tamanha conspiração que atentava sobretudo contra a vida de um povo, teve início recentemente, com inquéritos abertos, nesta primeira fase junto de algumas empresas estatais, onde alguns dirigentes foram suspensos, estando neste momento a aguardar o apuramento total de responsabilidades. É sobre este assunto que o «Nô Pintcha» se debruçou no inquérito de que hoje publicamos a primeira parte e ao qual responderam duas pessoas, como se segue.

EU TAMBÉM FUI VÍTIMA

Pedro Rosário Tavares, 38 anos de idade, ex-encarregado dos Armazéns do Povo em Saffim: — «Eu desejo muita coragem aos camaradas que integram as comis-

missão de inquérito nesta operação de limpeza. Mas é preciso vasculhar até ao fundo, porque ainda há muitas surpresas por descobrir.

Logo após as suspensões dos directores, a Radiodifusão entreveistou vários trabalhadores dos Armazéns do Povo, e todos pediram para se aprofundar as investigações. Eu também estou de acordo com isso porque tenho provas. Sou trabalhador desta empresa e também fui vítima de todas essas sabotagens económicas que muitos responsáveis ali faziam, e estou mesmo disposto a fazer declarações em qualquer momento junto da Comissão de Auditoria se

for necessário».

É PRECISO RADIOGRAFAR TUDO

Helder Semedo, funcionário aduaneiro: — «Estou de acordo com os primeiros resultados das Comissões de Auditoria. Só que as pessoas suspensas das suas funções não deviam ser alvo de tantas divulgações pela Rádio, porque há o risco de ficarem marcados na sociedade por isso, mesmo se vierem a ser considerados inocentes.

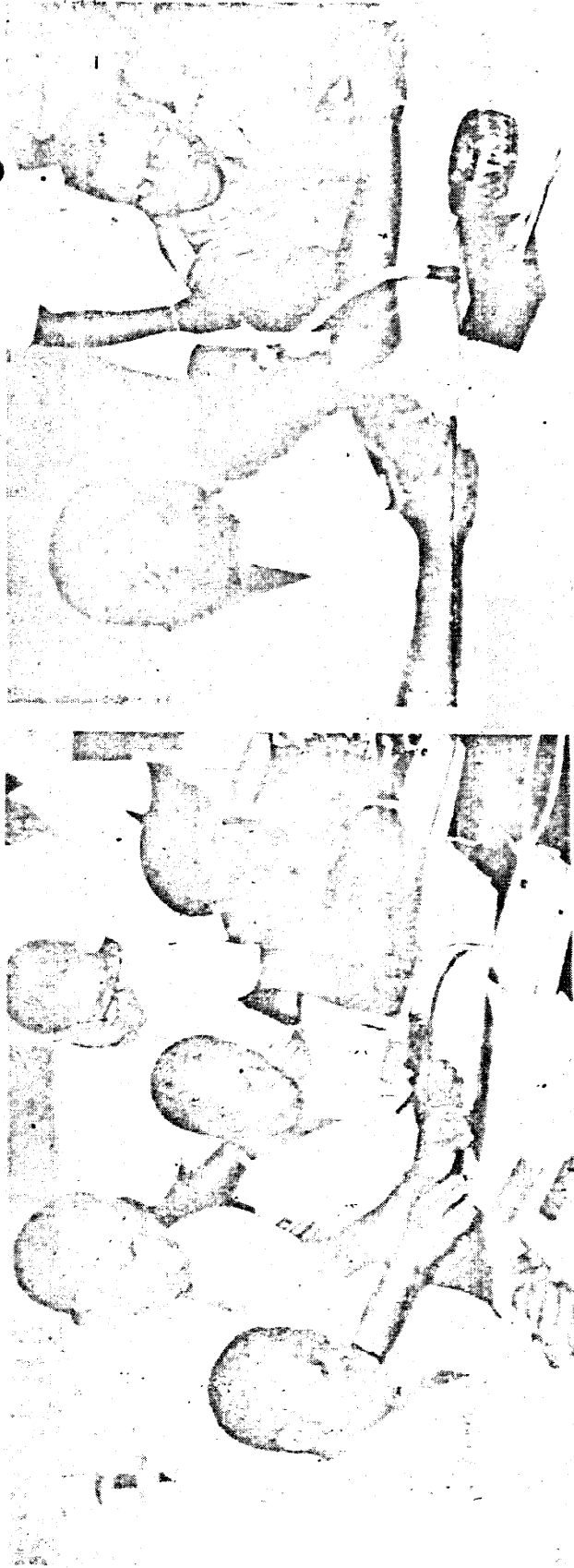
Eles são apresentados ainda como suspeitos, pois continuam as averiguações para o apuramento de responsabilidades.

Por outro lado, acho que as comissões de auditoria devem estender as suas actividades a qualquer outro organismo, desde que ele movimente uma elevada soma de dinheiro. As irregularidades dos Armazéns do Povo, da Cicer e da Dicol já eram conhecidos anteriormente. Qualquer outro deve ser alvo de inquéritos, mesmo que se tenha que dizer depois — «fez-se o inquérito e não há razões de queixas». Outra coisa é que, quando se tiver que dispensar este ou aquele organismo do inquérito, porque à vista desarmada dá impressão que lá tudo está a andar bem, então, estamos novamente pe-

rante casos de amiguismo.

Posso dizer mais. O povo está interessado em saber da situação económica geral no país, assim como um militante do Partido gostaria de saber da aplicação das suas quotas. Aliás, isso estimula o simples cidadão a trabalhar para o desenvolvimento do país, e ao militante a continuar a ter a sua quota em dia, e mesmo a aumentá-la. Portanto, o Conselho da Revolução deve criar comissões que terão que tocar em tudo que diz respeito a economia e finanças do Estado. É preciso radiografar tudo».

CONAKRY E BISSAU ENSAIAM NOVOS PASSOS DE COOPERAÇÃO



Um novo espírito de cooperação foi estabelecido entre a Guiné-Bissau e a República Popular Revolucionária da Guiné com a acção de 14 de Novembro para o Reajustamento. Na sequência da recente visita aquele país irmão do camarada João Bernardo Vieira (Nino), Presidente do Conselho da Revolução, esteve de 13 a 14 do corrente mês, em Bissau, uma importante delegação do Partido-Estado da Guiné-Conakry, com o objectivo de definir com o nosso Governo, os sectores e modalidades de cooperação.

No final dos trabalhos, as duas delegações assinaram um memorando no qual o Governo da Guiné-Bissau solicita ao país irmão quadros especializados em diversos domínios sócio-económicos. A comitiva guineense teve audiências com o Presidente do Conselho da Revolução.

CONSELHO DE MINISTROS

O Conselho de Ministros, reunido na passada quarta-feira sob a presidência do camarada João Bernardo Vieira (Nino), analisou vários aspectos da vida nacional.

Salienta-se, de entre os assuntos em debate, a discussão de uma proposta do ministro das Obras Públicas, Construção e Urbanismo, que aponta para a redução dos custos nas obras da Avenida Unidade Guiné - Bissau - Cabo Verde.

Por outro lado, o camarada Cruz Pinto, ministro sem Pasta, prestou informações sobre o resultado da reunião dos presidentes dos Comités Regionais.

Delegação governamental de Conakry em Bissau

Definições sectores e níveis de cooperação

Após o restabelecimento da Justiça social no nosso país com a acção reajustadora do 14 de Novembro, as relações de amizade e de cooperação entre a Guiné-Bissau e a República P.R. da Guiné consistem alvo de mudanças qualitativas na luta pelo reforço da entre-ajuda, no quadro político-geográfico de países vizinhos, ao nível da sub-região e da África em geral. Esse espírito de cooperação instaurado com a visita recente do camarada Nino Vieira, Presidente do Conselho da Revolução ao país irmão, presidiu às conversações em Bissau, de 13 a 14 de Abril corrente, com uma delegação do Partido-Estado daquele país, chefiada pelo camarada N'Fama-ra Keita, membro do Bureau Político Nacional do PDG, Ministro de

Energia e do Konkouré. A delegação visitante integrava membros do Bureau Político, do Comité Central do PDG e detentores das pastas ministeriais, dos Assuntos Sociais, Telecomunicações, da Agricultura, dos Transportes, das Obras Públicas, da Saúde, Embaixador, Comércio Externo, membros das Organizações de Massas, das Forças Armadas e do Ensino Superior.

A delegação da Guiné-Bissau, integrando membros do Conselho da Revolução, sob a direcção do camarada Paulo Correia, do Comité Executivo da Luta do Partido, do C.R., e o Ministro das Forças Armadas, compreendia ainda os titulares das pastas da Educação Nacional, do Comércio, Pesca e Artesanato; da Saúde e Assuntos Sociais; dos Trans-

portes e Telecomunicações; Obras Públicas, Construção e Urbanismo; Informação e Cultura; Secretário-Geral dos Negócios Estrangeiros, da Juventude e Desportos.

DEFINIDAS ÁREAS DE COOPERAÇÃO

Após as conversações que decorreram no Ministério dos Negócios Estrangeiros, as duas delegações definiram áreas concretas para esta primeira fase da cooperação, tendo a parte da Guiné-Bissau apresentado um memorando em que solicita ao Governo da Guiné-Conakry a concessão de técnicos especializados e material, nos sectores seguintes:

No domínio das Obras Públicas, Construção e Urbanismo: Engenheiros, arquitectos e economistas especializados em diversos tipos de construções e projectos; dos técnicos se efectue

domínio do Desenvolvimento Rural: engenheiros agrónomos especializados na produção de bananas, citrinos e manuais; veterinários de saúde animal e zootécnico; em material vegetal, o nosso país solicitou vários milhares de plantas de árvores de fruta. no sector da pecuária, especialistas em parasitologia, bacteriologia, serologia e virologia.

Em Recursos Naturais, solicitamos, engenheiros, e especialistas em construções, geologia, hidrologia, hidráulica, geoquímicos, especialistas de laboratório. Para a Educação, professores de francês, matemática e física. Para o sector da Saúde e Assuntos Sociais, médicos de medicina geral, cirurgiões, enfermeiros, parteiras, farmacêuticos e técnicos de laboratórios.

Prevê-se, no memorando, que a chegada dos técnicos se efectue

a partir de meados de Maio, e dos professores, em Setembro próximo. Quanto ao envio de bolseiros para a Guiné-Conakry, a questão será discutida em Conakry entre a Educação Nacional e o Ministério de Ensino Superior.

Durante a sua estadia em Bissau, a delegação do Partido-Estado da República P.R. da Guiné foi duas vezes recebida em audiência pelo Presidente do Conselho da Revolução, João Bernardo Vieira, a quem N'Fama-ra Keita apresentou verbalmente as saudações fraternais e militantes do Presidente Ahmed Sekou Touré, e a expressão de total disponibilidade do seu país em reforçar e dinamizar os laços de cooperação. A delegação da RPRG visitou a fortaleza da Amura e depositou uma coroa de flores no Mausoléu Amílcar Cabral.

No Pintcha,
30.4.'81

CONTINUAREMOS PAIGC

NINO REAFIRMA NA GAMBIA:

A visita de trabalho de dois dias do camarada Presidente do Conselho da Revolução, comandante João Bernardo Vieira, à Gâmbia, no quadro da promoção da política de boa vizinhança e retomada de contactos com os Chefes de Estado vizinhos, mais que uma reafirmação dos princípios invioláveis que nortearam o Movimento Reajustador, foi a reafirmação da vontade do nosso povo em defender por todos os meios as conquistas revolucionárias. Com efeito, falando perante a comunidade guineense radicada na Gâmbia, João Bernardo Vieira definiu os parâmetros da política da Concorde Nacional, afirmando que «somos PAIGC e continuamos a sê-lo». «Qualquer cidadão que queira ir trabalhar para a sua terra deve fazê-lo como simples cidadão e deve procurar merecer a confiança e respeito do nosso povo».

Dois encontros com o Presidente gambiano, Dawda Jawara, conferem à visita um significado muito particular. A não permissão, manifestada pela Gâmbia, de qualquer movimento de oposição à Guiné-Bissau naquele país, constitui também ponto fulcral da viagem presidencial. — (Ver página 8)

Cacheu — região com muitos problemas

Cacheu, a segunda região do país foi recentemente visitada pelo camarada Presidente do Conselho da Revolução, Comandante de Brigada João Bernardo Vieira. O objectivo de viagem era explicar ao povo de Cacheu as razões do 14 de Novembro. Cacheu, região grande e rica, mas com muitos problemas, que vão desde o mercado negro de divisas a desvios económicos imputados a responsáveis regionais, assim como acusações de abuso do poder, em desinteresse pelos problemas do povo. Esta região nortenha, que durante o regime deposto passou mais de seis meses sem arroz nas suas lojas, enquanto — nova acusação — era levado o arroz e o milho para os funcionários do Comité de Estado da Região e para os porcos dos responsáveis.

O povo só não morreu de fome nesta região porque existe uma grande comunidade de emigrantes no Senegal e França, que manda arroz ou dinheiro para aquisição desse produto. Cacheu, um nome de destaque na história da resistência ao colonialismo português. Cacheu de hoje, fantasma de Cacheu de ontem, apesar da noite negra do colonialismo.

O povo aponta: nestes seis anos de independência tudo se degradou, devido ao desinteresse de alguns responsáveis que preocupavam em arranjar fortunas e compras de artigos de luxo para ostentação pessoal. Cacheu foi primeiro ponto de colonização portuguesa, a primeira capital da dita Guiné Portuguesa. Cacheu foi também a primeira região que denunciou publicamente os seus responsáveis.

Na quinta-feira, dia 23 de Abril, todo o povo desta localidade acorreu ao comício, velhos e crianças em cujos rostos amarfanhados de cansaças se notava a determinação de pedir justiça. O povo de Cacheu pediu justiça para o seu Presidente do Comité de Estado da Região, Leopoldo Alfama (Duque Djassi), e para o secretário administrativo, António Taborada.

Nos quatro comícios realizados na região, o camarada Nino Vieira explicou ao povo as razões do 14 de Novembro, que foi feito para repôr a democracia nacional revolucionária e acabar com os massacres e prisões arbitrarias, e repôr a liberdade de expressão ao nosso povo. O camarada Nino Vieira disse que nós pedimos o Congresso aos dirigentes de Cabo Verde, porque entendemos que só ele é que pode dissolver o Partido. Afirmou ainda Nino que os responsáveis do arquipélago não querem compreender as nossas razões, que são tão evidentes, e que se furtaram ao diálogo e criaram o seu Partido. Esperamos mais tarde ou mais cedo ter a oportunidade de explicar as nossas razões. Não fomos a Maputo, conforme explicou Nino, porque pensamos que não temos nada a discutir a nível de Governo, pois cada país tem o seu Governo. O nosso problema é o

Partido, que é o único entre os dois países.

JUSTIÇA CONTRA OS INIMIGOS DO NOSSO POVO

O camarada Presidente do Conselho da Revolução, em resposta às graves acusações feitas pelo povo de Cacheu às pessoas do Presidente do Comité de Estado da Região e do secretário administrativo, afirmou que não devemos deixar os erros acumular-se e depois denunciá-los, isso deve ser feito imediatamente para se evitarem mais prejuízos. Aqueles que apontam os erros a tempo e horas, esses é que são os camaradas do Conselho da Revolução, conforme fez notar.

O camarada Nino Vieira criticou o povo de Cacheu por não ter denunciado estes actos logo após o 14 de Novembro, e disse, não há razão para desespero e para perder a coragem, que tudo no mundo tem solução. O 14 de Novembro foi feito para dar solução aos problemas do quotidiano do nosso povo. A responsabilidade desta terra não é só do Conselho da Revolução nem de Nino Vieira, mas sim de todo o nosso povo.

A população de Cacheu não deve ficar inerte deixando os responsáveis agirem contra os seus interesses, pois acabou-se o medo na nossa terra. Sobre os desvios de produtos da primeira necessidade na região, para serem vendidos no Senegal, o camarada Nino Vieira disse que o povo é também responsável por eles, visto que é, também, a segurança.

O camarada Nino Vieira apelou mais uma vez ao nosso povo para o aumento da produção e da produtividade, porque nada cai do Céu.

Não podemos viver de milagres, tudo tem que ser o fruto do nosso trabalho. No rio Cacheu pescam cerca de 65 canoas inhomincas que não pagam licenças (ou pagam mas o Estado não vê as receitas), mas doravante, o Governo terá que tomar medidas para pôr termo a esta situação, garantiu o camarada Presidente do Conselho da Revolução, acrescentando que devemos exigir a esses pescadores que investem na nossa terra, porque queremos o seu desenvolvimento, e os que não querem, que se vão embora.

Ainda na sua intervenção, o camarada Presidente do Conselho da Revolução, Nino Vieira pediu calma e sangue-frio e disse que não podemos fazer tudo ao mesmo tempo. Não se pode saltar o muro se não nos aproximarmos dele — exemplificou. Aqueles que querem tudo na nossa terra contribuirão para a desvalorização da nossa moeda. Devemos vender os nossos produtos aos comerciantes da nossa terra, porque com esses produtos é que vamos adquirir aquilo que não temos na Guiné-Bissau. Nino criticou severamente aqueles que também querem ter tudo e que tiram os nossos produtos para outros países deixando cada vez mais distante a nossa independência económica. Sabemos que herdamos um pesado fardo económico do colonialismo português e de seis anos do regime de Luiz Cabral. Hoje seremos obrigados a fechar algumas fábricas mal dimensionadas, por falta de matéria-prima. Durante estes seis anos não demos prioridade à agricultura, como recomen-

dou o III Congresso do PAIGC. Isso tivesse sido feito, hoje teríamos alguns campos de irrigação — disse o camarada Presidente do Conselho da Revolução.

O camarada Nino Vieira garantiu, ali mesmo no comício, que uma comissão de inquérito será brevemente enviada à região para se inteirar das anomalias agora denunciadas. E referiu-se aos bons resultados obtidos na campanha de compra de coconote neste primeiro trimestre do ano de 1981. Neste período comprou-se mais daquele produto, de que em todo o ano passado, porque se utilizou o

comércio ambulante. No comício de S. Domingos, o camarada Nino Vieira afirmou que iria ser dada uma certa abertura ao comércio privado.

Nino apelou também ao regresso dos nossos irmãos no estrangeiro, para virem trabalhar honestamente pela reconstrução nacional. Queremos a unidade de todos os filhos da nossa terra — disse — para a construção de uma pátria feliz e próspera. Numa referência a alguns elementos que querem à vi-

va força serem membros do Governo, afirmou que para se ser dirigente deste país, uma pessoa terá que ter a confiança do povo, para isso terá que vir trabalhar na nossa terra e dar disso provas.

IR DEVAGAR

Nas suas intervenções nos comícios, o camarada Duque Djassi, Presidente do Comité de Estado da região de Cacheu afirmou que o povo da sua região está com o Conselho da Revolução. E em resposta aos pedidos formulados pela população ao Presidente do Conselho da Revolução, Duque

Djassi diria que os problemas que existem na nossa terra são muitas e que temos que ir devagar, pois, não podemos resolvê-los de um dia para outro.

Em seguida referiu-se ainda especificamente ao enormes dificuldades que existem na região de Cacheu, dizendo que elas serão resolvidas pelo camarada Nino Vieira. Frisou ainda que neste momento, existe muito oportunismo na nossa terra, fazendo crítica aqueles que ele considera de certos revolucionários que por aí se vêem.

O camarada Presidente do Comité de Estado da Região falou também dos sacrifícios consentidos pelo nosso povo durante a Luta Armada de Libertação Nacional e que nesta nova fase ele deve estar mais de que nunca preparado para consentir mais sacrifícios.

Por outro lado, pediu ao nosso povo para estar vigilante nesta longa caminhada que temos ainda a percorrer para chegarmos à meta. Neste momento vivemos um novo período soberano na nossa terra e a unidade nacional preconizada pelo camarada Presidente do Conselho da Revolução, é urgente e necessária, para atingirmos os nossos objetivos.

No Pintcha
5.5.'81

Povo pede justiça

Nos comícios realizados nos quatro sectores falaram como habitualmente os representantes das populações locais. As intervenções de Cacheu foram, sem dúvida, as que maior atenção despertaram. Nazário Moreno e o professor José Mendes acusaram duramente os responsáveis regionais.

Nas suas intervenções, aqueles dois camaradas afirmaram que durante o regime deposto, em que a fome arrasava o povo da região, foram levados para lá cerca de cinco toneladas de arroz e o que sobrou foi cozinhado para os porcos, enquanto o povo vivia com barriga vazia. Os desvios de produtos como, por exemplo, aguardente de cana para Senegal, a utilização de combustíveis de Estado para carrinha «candonga», e a viatura de Estado para transporte de passageiros, e as receitas que não entraram para o cofre do Estado, bem como de despedimento arbitrário de funcionários, e desvios de cimentos e de «sibes» do Estado.

Foi denunciada ainda a existência de vales do Presidente do Comité de Estado da Região no valor de 300 contos, e que depois do 14 de Novembro essa quantia foi liquidada através de certificado de despesa.

Em Cantchungo, falaram dois camaradas, ambos apelaram a produção e referiram a difícil situação que se vive na região, que é a de poder comprar os produtos só com francos CFA, falta de combustíveis e de carteiras nas escolas, e de desvios de produtos de primeira necessidade. Em S. Domingos e Bula pediram mais transportes para os hospitais, e Bula pediu ainda um celeiro e um liceu, além de dar conta da situação dos professores, que estão sem vencimentos há dois meses.

Cabe aos trabalhadores desmascarar os desvios

«Nós devemos ter a consciência profissional dos nossos deveres de patriotas e guineenses. Por isso, lançamos um apelo à nossa Organização Sindical para desenvolver os esforços necessários no sentido de sindicalizar todos os trabalhadores e de incentivar a emulação patriótica em todos os locais de trabalho, fazendo com que cada trabalhador sinta a responsabilidade que tem sob os seus ombros». Esta afirmação pertence ao Comandante de Brigada e Presidente do Conselho da Revolução, camarada João Bernardo Vieira, no acto central das comemorações do 1.º de Maio, realizadas este ano em saudação ao XX aniversário da UNTG.

Perante centenas de pessoas apinhadas frente ao edifício do Ministério dos Correios e Telecomunicações e ao longo da Avenida Amílcar Cabral, o comandante Nino Vieira começaria por salientar a importância da data, afirmando: «Nós, como povo livre e soberano, temos também o direito de nos solidarizarmos com os povos do mundo inteiro que hoje assinalam esta data importante na história da vida dos trabalhadores».

Com efeito, este evento, festejado todos os anos pelo povo trabalhador da Guiné-Bissau ressurgiu este ano com maior ímpeto, facto que, conforme referiram aliás quase todos os intervenientes, se deve às perspectivas que se abriram com o Movimento Reajustador.

«Nós temos consciência da situação em que nos encontramos. Quanto mais produzirmos, teremos maiores possibilidades de sair da crise em que se encontra mergulhada a Guiné-Bissau», frisou o Presidente do C.R. aludindo à responsabilidade de todas as empresas e ministérios no aumento da produção, pelo que chamaria a atenção dos comités dos trabalhadores nos locais de trabalho para a necessidade de «promover reuniões semanais ou mensais para avaliar a produção e criticar maus trabalhos e louvar os trabalhos bons». «Esta — esclareceu — é uma forma de nos responsabilizarmos, porque se não houver controlo e vigilância, nunca ganharemos a consciência das nossas responsabilidades».

Kabi manifestou também a preocupação do Governo quanto ao processo de sindicalização de todos os trabalhadores que deverá ser feito através de um trabalho de consciencialização, para permitir a cada trabalhador que compreenda a importância dessa medida. «Temos que pensar na vida futura. Se não estivermos sindicalizados, não podemos usufruir de benefícios. Queremos que isso se faça voluntariamente», afirmou, a propósito.

CUIDAR DO PATRIMÓNIO DO ESTADO

«Outra coisa que os trabalhadores devem ter bem presente é a con-

servação do património do Estado. A nossa central eléctrica e outras coisas do Estado, que custaram muito dinheiro, estragam-se por negligência de alguns camaradas. Existe crise de energia no país, por causa da negligência de um ou dois homens. Portanto, a consciência profissional passa necessariamente pela compreensão da gravidade dessas coisas» — sublinhou o camarada Nino, para depois precisar: «Devemos conservar o património do Estado, cuidar dele, como se cuidássemos de nós mesmos, só assim podemos avançar na construção na Guiné-Bissau de uma terra de paz, progresso e felicidade para todos os trabalhadores».

A tónica da alocução do camarada Nino seria marcada ao referir-se à responsabilidade da U.N.T.G. na promoção de relações de trabalho mais justas em todos os locais de trabalho, para permitir que os trabalhadores possam ter um contróle eficaz sobre a produção e a sua gestão. Disse Nino: «A UNTG deve procurar abolir as irregularidades e abusos que existem com as expulsões de trabalhadores sem normas ou justificação. Também queremos dizer aos nossos trabalhadores que têm que trabalhar bem, para poderem ter autoridade moral de reivindicar os seus direitos. A nossa responsabilidade é grande. É preciso que cada um de nós exija, sempre que necessário, ao seu companheiro. Quando vemos alguém a desviar-se da linha, devemos chamá-lo à responsabilidade. Na nossa terra, existem pessoas que trabalham só para aproveitar o tempo, que desviam fundos quanto mais podem. Não vamos agir de qualquer maneira contra ninguém, mas agiremos contra todo e qualquer pessoa, seja ele quem for, que desvia a economia do Estado. A obrigação dos trabalhadores é de agir no duro, desmascarar actos de banditismo e desvios em prejuízo do nosso povo», advertiu o Presidente do Conselho da Revolução.

Ainda a este propósito, Nino diria: «Sabemos que existem pessoas que continuam a desviar fundos. Temos que estar vigilantes contra eles. Temos o dever de exigir, na disciplina, mes-

mo aos nossos chefes, a honestidade e exemplo para que eles possam de facto ter voz activa para exigir aos subordinados».

A necessidade de se aplicar na prática a política de austeridade, proclamada pelo Governo, foi largamente referida pelo comandante Kabi ao longo da sua intervenção, que igualmente abarcou a análise de muitos outros problemas da vida do país. Falando sobre os açambarcadores, que classificou de parasitas, Nino Vieira lançou um apelo ao povo em geral, à Segurança e aos trabalhadores, para manterem vigilância cerrada contra esses indivíduos, que com as suas práticas procuram manchar o nome do nosso Estado que, a mercê de muitos sacrifícios, adquire produtos da primeira necessidade para colocar à disposição dos trabalhadores.

LEGALIZAÇÃO DE ASSEMBLEIAS DE PRODUÇÃO

O Secretário-Geral da UNTG, camarada José Pereira, fez, por sua vez, breve retrospectiva do caminho percorrido por aquela organização sindical, que durante a Luta de Libertação «esteve à altura da sua responsabilidade na mobilização e enquadramento dos trabalhadores, assim como na sensibilização das organizações congéneres de outros países em prol da luta do nosso povo».

«Com a situação política que prevalecia no regime de Luiz Cabral, a UNTG não teve possibilidades de reflectir as grandes inquietações dos trabalhadores», sublinhou o responsável máximo da nossa Central Sindical, que, após mostrar as grandes desvantagens para as massas laboriosas verificadas com os desvios a linha

política do PAIGC, afirmaria: «O 14 de Novembro abriu novas perspectivas e pesadas responsabilidades sob os nossos ombros na batalha para a superação do atraso económico e desenvolvimento harmonioso do nosso país».

«O XX aniversário deve ser fundamentalmente uma data que marca a implantação de novas estruturas sindicais que permitam aos trabalhadores militarem convenientemente, resolver os seus problemas e consolidar a política de defesa dos seus interesses», diria para apelar, de seguida, aos trabalhadores para que tenham sempre bem presente estas palavras do camarada João Bernardo Vieira na mensagem do ano novo: «Cada cidadão terá que ter a consciência de que o seu trabalho constitui um elemento de valor para a dignificação da Pátria guineense».

O camarada Fidélis Cabral de Almada, na qualidade de responsável pelas organizações de massas do Conselho Nacional da Guiné do P.A. I.G.C., realçou, durante a sua intervenção, que a UNTG deve lutar, enquanto organização de cúpula, pelo estabelecimento de relações de trabalho mais justas entre trabalhadores e patrões, entre agentes de Estado e trabalhadores das empresas públicas.

De acordo com este responsável do Partido, o nosso Governo debruçou-se já, por iniciativa

da Central Sindical guineense, sobre a nossa política salarial.

O camarada Fidélis Cabral apontaria no seu breve discurso a necessidade de celebração do Contrato Colectivo do Trabalho, frisando que a UNTG deve apresentar propostas concretas ao Governo sobre a matéria.

«Neste sentido, torna-se necessário a legalização da Emulação Patriótica e da Assembleia de Produção e Serviços», disse, a esse propósito. Referindo-se à sindicalização massiva dos nossos trabalhadores, afirmou que só assim se possibilitará o aparecimento de sindicatos fortes nos vários sectores de actividade.

3. Zeitschriften

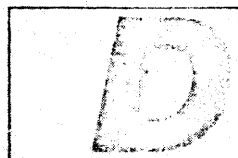
afrique guinée-bissau

AMILCAR CABRAL



(FONDATEUR DU P.A.I.G.C.)

**« Peut-être feront-ils
un autre parti
mais ils sortent du nôtre »**



D'après nous, le P.A.I.G.C., en cherchant à atteindre l'objectif de notre lutte — l'unité de la Guinée et des Iles du Cap-Vert —, n'a pas rencontré des difficultés telles, au point de vue de l'analyse, que dans le cas de l'unité en Guinée et de l'unité des Iles du Cap-Vert. Si nous ne prenons que le cas de la Guinée, nous y observons beaucoup de contradictions. Aux Iles du Cap-Vert, si nous ne prenons que leur cas, il existe beaucoup de contradictions. Mais si l'on considère l'ensemble, les contradictions diminuent. Elles se limitent à la petite bourgeoisie, qui a quelques contradictions. Et c'est d'elle que surgissent les groupes opportunistes qui combattent le P.A.I.G.C. Groupes d'opportunistes qui, après le premier mouvement qu'ils ont créé, se bombardaient déjà ministres de tel ou tel portefeuille. Sens de la carrière, de la bonne place, rien de plus. Il est évident que les problèmes de l'unité de la Guinée et des Iles du Cap-Vert ne sont pas pour nous un caprice ; [...] Ce sont les intérêts mêmes de la Guinée et des Iles du Cap-Vert qui nous y conduisent. Toute personne qui n'est pas ignorante et qui étudie les problèmes sérieusement, qui connaît l'histoire à fond, qui la connaît tant du point de vue des différentes ethnies de notre pays (aussi bien de la Guinée que des Iles du Cap-Vert) que sous l'angle de l'histoire coloniale, cette personne-là, si elle est intéressée d'emblée à l'avancée de notre peuple, ne peut être que favorable à l'unité de la Guinée et des Iles du Cap-Vert. Mais de plus, sur le plan des possibilités de lutte concrète pour notre pays, en Guinée et aux Iles du Cap-Vert, toute personne qui veut lutter sérieusement — comme le P.A.I.G.C. est arrivé à lutter et continue à le faire — peut comprendre, par l'analyse et en étudiant le problème à fond : la lutte en Guinée n'était pas possible, si nous n'avions pas été ensemble, unis — P.A.I.G.C. ; la lutte aux Iles du Cap-Vert n'était pas possible si nous n'avions pas été ensemble, unis — P.A.I.G.C.

Savez-vous quelle est la preuve concrète de ce fait ? La voici : aucun mouvement n'a pu progresser en rassemblant les seuls enfants de la Guinée. En connaissez-vous un ? Et de même pour les Iles du Cap-Vert. [...] Mais la lutte pour l'unité de la Guinée et des Iles du Cap-Vert n'est pas un

véritable problème, puisque par leur nature, par leur histoire, leur géographie, par leurs tendances économiques, jusque par leur sang, la Guinée et les Iles du Cap-Vert constituent un tout. Seuls les ignorants ne savent pas cela. Les Portugais le savaient bien, eux. Carreira, avec tous les abus qu'il a commis en tant qu'administrateur colonial en Guinée, le savait bien. Mais tous faisaient mine de l'ignorer pour nous diviser. Leur espoir était — au cas où les Iles du Cap-Vert s'engageaient dans la lutte — de mobiliser tous les Guinéens pour combattre les réactionnaires capverdiens qui étaient restés en Guinée comme chefs de poste ; si les Guinéens s'engageaient dans la lutte, de mobiliser les Capverdiens, tant en Guinée que dans les Iles du Cap-Vert, pour combattre durement les Guinéens, afin qu'ils ne se soulèvent pas et ne puissent pas se libérer. Notre Parti leur a tendu un grand piège. Le plus grand piège dans la vie des Portugais s'est traduit par ce fait : dans la première fournée de gens qui allèrent en prison, il y avait aussi bien des Guinéens que des Capverdiens. [...]

Dans notre Parti, personne n'a accepté la division. Au contraire, chaque jour nous sommes plus unis. [...] Quiconque met les intérêts de son peuple au-dessus de ses propres intérêts, l'analyse sérieuse des problèmes au-dessus de tout caprice ou ambition, ne peut arriver qu'à la conclusion suivante : une des meilleures choses que fit le groupe qui a créé le P.A.I.G.C. fut d'établir comme base fondamentale : unité et lutte. Unité en Guinée, unité aux Iles du Cap-Vert, et unité de la Guinée et des Iles du Cap-Vert. [...]

Mais, je le répète, nous sommes un Parti. Notre cas s'explique ainsi : nous qui luttons en Guinée et aux Iles du Cap-Vert contre le colonialisme portugais, sommes un mouvement de libération nationale ; tout le monde constitue le « Parti ». Mais entre de fait au Parti celui qui a une seule idée, une seule pensée, qui ne veut qu'une chose, et qui se doit d'avoir un certain comportement dans sa vie privée et dans sa vie sociale. Mais quelle idée, quelle chose, quel comportement ?

Notre Parti est formé par ceux qui veulent vraiment le programme de notre Parti. Nous sommes le P.A.I.G.C. Guinée et Iles du Cap-Vert. [...]

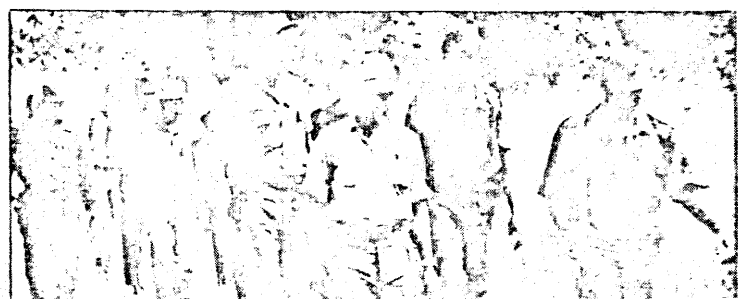
Mais tandis que certains entrent au Parti, d'autres en sortent sans s'en rendre compte. Pourquoi ? Parce qu'ils ne font pas toutes les choses dont nous avons parlé, ou parce qu'ils ne les comprennent pas ou ne veulent pas les comprendre. Par exemple, certains dans notre Parti ne sont pas d'accord avec l'unité d'action Guinée-Iles du Cap-Vert, mais ils attendent, ils sont dans le doute, ils veulent voir ce que ça donnera. Ils se trompent ; peut-être feront-ils un autre Parti, mais ils sortent du nôtre.

AMILCAR CABRAL

(« Unité et Lutte », Maspero, Paris-1975)

Le fondateur du P.A.I.G.C. dans le maquis

« Quiconque met les intérêts de son peuple au-dessus de ses propres intérêts... »



afrique guinée-bissau

L'éditorial de Simon Malley**LA SECONDE MORT
D'AMILCAR CABRAL ?**

Avec qui a-t-on voulu réellement en finir à Bissau, le 14 novembre dernier ? Avec Luiz Cabral, le président, ou avec Amilcar Cabral, le fondateur du P.A.I.G.C., assassiné en 1973 ? C'est la question que se pose cette semaine l'hebdomadaire mozambicain « Tempo » à propos des graves événements qui ont secoué la Guinée-Bissau et dont les répercussions vont bien au-delà des frontières de cette jeune république de moins d'un million d'habitants mais dont la lutte de libération et la résistance au terrorisme du Portugal colonial-fasciste ont galvanisé, par leur valeur exemplaire, les patriotes et révolutionnaires africains et tiers-mondistes — sans parler des Portugais eux-mêmes, puisque ce sont les combats menés dans les « provinces portugaises d'outre-mer » qui ont amené une prise de conscience des militaires portugais et le renversement du régime fasciste des Salazar-Caetano.

Comment donc rester indifférent à ce qui se passe à Bissau ? Peut-on imaginer que le renversement illégal, arbitraire, d'un gouvernement issu d'un des partis politiques les mieux structurés du continent africain et qui tire sa force de l'engagement de milliers de militants conscients de leurs responsabilités et forgés dans la lutte menée selon les principes patiemment élaborés par le Père de la nation, Amilcar Cabral, ne puisse être qu'un épisode « banal en Afrique », comme se plaisent à le dire les commentateurs occidentaux les plus simplistes ? Un épisode comparable à ces putschs téléguidés par le néo-colonialisme au gré de ses intérêts, qui remplace un Bokassa par un Dacko, un Tombalbaye par un Maloum ou un Hissène Habré, un Diem par un Thiêu ? S'ils ne provenaient pas d'hommes d'Etat qui nous ont donné dans le passé tant de preuves de leur patriotisme et de leur résistance acharnée contre le colonialisme et ses fantoches, les propos qui cherchent à « légitimer » le renversement de Luiz Cabral par son Premier ministre à coups d'armes automatiques et de blindés,

allant même jusqu'à la liquidation physique de certains dirigeants, rappelleraient les proclamations aberrantes des gouvernements coloniaux et impérialistes de Paris, de Londres, de Lisbonne et de Washington.

Quelles que soient les erreurs ou les fautes qu'on pouvait reprocher à Luiz Cabral, le P.A.I.G.C. était suffisamment mûr et comportait assez d'instances permettant la critique, le blâme, voire la destitution, pour ne pas recourir à la force brutale des armes. N'avait-il pas été désigné de la même manière que son propre Premier ministre, João Bernardo Vieira, le « commandant Nino » ?

L'un comme l'autre n'ont-ils pas le droit et le devoir de se soumettre aux décisions collégiales des organes compétents du parti dont ils sont les principaux dirigeants et animateurs ? Luiz Cabral aurait-il pu arbitrairement écarter, arrêter et traduire en justice son Premier ministre sans l'accord préalable, librement discuté, de l'ensemble de la direction du P.A.I.G.C. ? C'est pourquoi le coup de force contre le chef de l'Etat de Guinée-Bissau est inadmissible, intolérable pour l'opinion africaine, notamment pour celle des forces progressistes et démocratiques de notre continent. Et si des doutes se manifestent un peu partout sur les motivations, les desseins et les véritables raisons du putsch du 14 novembre, c'est d'abord parce que les principes fondamentaux, la doctrine, les conceptions et les vues qui ont présidé à la création et à toute l'existence du P.A.I.G.C. ont été froidement ignorés, écartés, violés. C'est ensuite parce qu'un certain nombre de faits troublants, qui apparaissent maintenant, jettent de graves suspicions sur des éléments qui semblent avoir joué un rôle décisif dans l'organisation et l'exécution du coup d'Etat.

Je connais de longue date, pour les avoir rencontrés tant à Conakry que dans les maquis et à Bissau, les principaux dirigeants du P.A.I.G.C., en particulier Amilcar Cabral avant son assassinat, Aristides Pereira, le « commandant Nino », Luiz Cabral et tant d'autres. J'ai admiré les uns, apprécié la loyauté et le sens

Le nouveau pouvoir**Entre l'ambiguïté et la confusion**

PAR AUGUSTA CONCHIGLIA

Le coup de Bissau n'est-il qu'une des phases de la stratégie qui vise à frapper le maillon le plus faible de l'alliance constituée par les ex-colonies portugaises ?

● Autour du commandant João Bernardo Vieira, dit Nino, qui jouit d'une popularité incontestable, le Conseil de la Révolution installé par le coup d'Etat du 14 novembre dernier a consolidé ses pouvoirs et reçu, semble-t-il, l'adhésion de la population de Bissau. Il a également procédé à la dissolution de tous les anciens organes dirigeants du pays — Conseil d'Etat

et Assemblée populaire —, ce qui n'a pas manqué de provoquer une vive réaction de la part du Conseil national du P.A.I.G.C. du Cap-Vert. Réuni en session extraordinaire du 20 au 23 novembre, celui-ci a réitéré les sévères critiques qu'il avait déjà émises aussitôt après le renversement de Luiz Cabral, et selon lesquelles le Conseil de la révolution mis en place à Bissau est « poli-

tiquement, idéologiquement et organiquement étranger au P.A.I.G.C. ».

Les positions des uns et des autres devraient encore se durcir après que Praia eût demandé en vain la libération des dirigeants du P.A.I.G.C. arrêtés à Bissau : le président Luiz Cabral, ainsi que Constantino Teixeira « Tchutchu », Umaru Djalo et João da Costa, respectivement ministres de l'Intérieur, de la Défense et de la Santé. Et surtout après que ces derniers — à l'exception de l'ancien ministre de la Santé — eurent été accusés, quelques jours plus tard, d'avoir ordonné ou perpétré « le massacre de cinq cents Guinéens ». La coupe débordait enfin, le 26 novembre, lorsque, à l'occasion d'une conférence de presse, Manuel Saturnino — actuel ministre de l'Intérieur et ancien ambassadeur à Moscou — entouré de quatre autres membres du Conseil de la Révolution, annonçait l'intention du nouveau pouvoir de traduire en justice ceux qu'ils considéraient comme les principaux responsables des exécutions perpétrées ces six dernières années en Guinée-Bissau : le président déchu Luiz Cabral, José Araújo, autre dirigeant du P.A.I.G.C. (comme Luiz Cabral d'origine capverdienne).

de la discipline des autres, le courage, l'abnégation et les sacrifices des combattants du front. Mais j'ai eu aussi l'occasion de connaître, surtout aux lendemains de l'indépendance, des éléments dont les liens avec les milieux d'affaires occidentaux — et notamment portugais — étaient notoires ; qui étaient en contact régulier avec des intermédiaires véreux et corrompus ; qui allaient passer aux Canaries des week-ends aux frais d'un agent d'origine libanaise, leur hôte, qui possède une immense propriété où tout était mis à la disposition de ses éminents invités. Parmi eux, certains membres influents du gouvernement Cabral dont le rôle dans l'organisation, le financement et l'exécution du putsch du 14 novembre est bien connu et ne comporte aucune ambiguïté. Qui ne sait qu'un des membres les plus influents du Conseil de la Révolution que préside aujourd'hui le « commandant Nino » n'arrivait jamais à un dîner à Bissau sans être accompagné par un secrétaire chargé d'une caisse de champagne car, disait-il, « je ne peux pas boire de l'eau, qui m'est proscrite par mes médecins » ? Qui ne sait que tel avait des liens étroits avec cet important industriel fasciste du nord du Portugal et qu'il a joué un rôle néfaste au sein de plusieurs organismes financiers internationaux, afin de jeter le discrédit sur le pouvoir du président Pereira et ses programmes « ambitieux et irréalisables » ? Qui ne connaît cette âme damnée du nouveau Conseil de la Révolution, qui a reçu des centaines de milliers de dollars de deux importantes sociétés pétrolières américaines afin d'entraver les plans de prospection offshore de son pays ? Et ces faux rapports établis par des agents infiltrés dans l'entourage de João Bernardo Vieira « Nino » grâce à la complicité de certaines puissances étrangères, européennes et africaines ? Des rapports fabriqués de toutes pièces et dont le seul but était de susciter et exacerber la suspicion et la méfiance entre le chef de l'Etat et son Premier ministre ?

D'autres exemples ? D'autres illustrations ? Ils sont nombreux. Je ne crois personnellement pas que le « commandant Nino », un des héros légendaires de la guerre de libération nationale, soit un dirigeant corrompu ou l'agent d'une puissance quelconque. Je ne crois pas non plus qu'il puisse être d'accord avec ceux qui souhaitent brader les intérêts vitaux de la Guinée au profit de n'importe quel autre pays, voisin ou lointain. Le prestige qu'il s'est acquis au sein des forces armées du P.A.I.G.C. est trop grand pour qu'il puisse consciemment le sacrifier sur l'autel d'intérêts étroitement égoïstes ou celui des puissances coloniales et impérialistes.

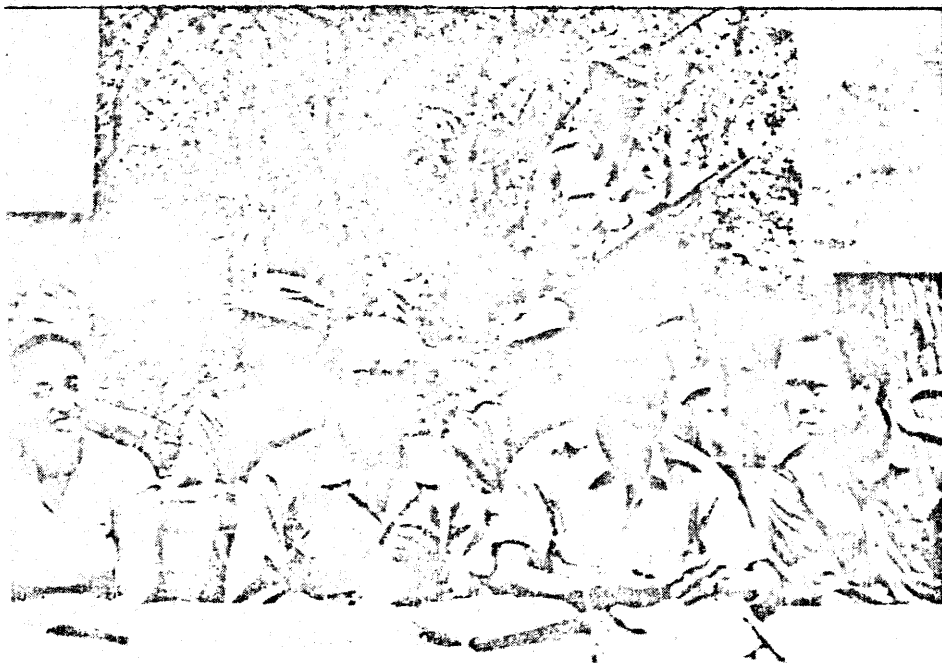
Mais ceux qui essaient de le détourner de la voie tracée par le

Père de la nation, de détruire un des plus beaux héritages que possède le continent africain, de reconstituer un parti à l'image des fossoyeurs de la révolution guinéenne afin d'enterrer à jamais — tout en utilisant son nom — Amilcar Cabral, véritable symbole qui, comme Patrice Lumumba, Kwamé N'Krumah, Hô Chi Minh, « Che » Guevara, etc., continue de galvaniser nos peuples et d'animer leur combat contre le colonialisme et l'impérialisme, ces ennemis héréditaires de la dignité de l'Afrique, ceux-là constituent autour de João Bernardo Vieira, qui pourrait à son tour en être la victime, une force qui ne cherche qu'à creuser un fossé infranchissable entre la Guinée-Bissau et le Cap-Vert, en faisant resurgir de vieux démons utilisés par les Portugais, afin de réduire à néant toute perspective de solidarité, de cohésion, d'unité entre les deux parties d'un même corps.

Quelques semaines à peine avant son assassinat par ceux-là mêmes, qui aujourd'hui, applaudissent le putsch du 14 novembre et dont certains ont soudainement recouvré la liberté, Amilcar Cabral me rappelait, lors d'une longue discussion à Conakry : « J'ai dit un jour que la lutte en Guinée n'était pas possible si nous n'étions pas ensemble, si nous n'avions pas été ensemble, unis — P.A.I.G.C. La lutte au Cap-Vert non plus n'était pas possible si nous n'avions pas été ensemble, unis — P.A.I.G.C. C'est parce que l'unité de nos deux peuples est la condition sine qua non de notre force, de notre capacité de construire un Etat fort. C'est ce que les fascistes portugais ont toujours voulu empêcher. Demain, après l'indépendance, les faux révolutionnaires, les faux prophètes essaieront la même technique : nous séparer, susciter de faux problèmes, créer des dissensions sous tel ou tel prétexte, par exemple ethnique. Si nous tombons dans ce piège, ce sera la victoire de nos adversaires, de tous ceux qui veulent que nous restions divisés pour que triomphent leurs desseins inavoués... »

Malgré la gravité des événements qui viennent de se dérouler à Bissau, nous ne voulons pas croire que les véritables patriotes et militants du P.A.I.G.C., notamment à Bissau, permettront que soit consommée cette forfaiture. Car ils doivent savoir que si ce 14 novembre fait date dans l'histoire, ce ne sera que comme une étape, la première phase d'un plan beaucoup plus sinistre : l'élimination de tous les révolutionnaires du P.A.I.G.C., y compris le « commandant Nino », pour que puisse s'installer dans la capitale d'Amilcar Cabral un régime aux ordres des agents du capitalisme international, européen et américain.

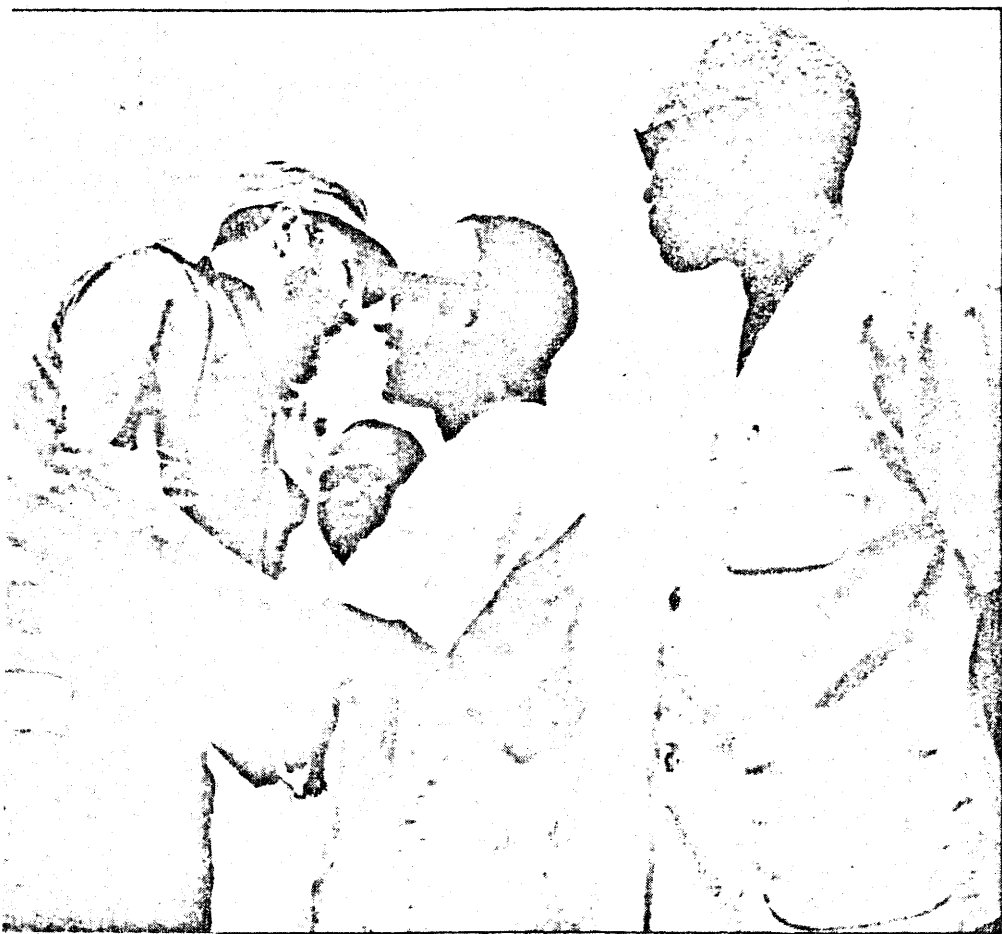
S. M.



Proclamation de l'indépendance à Madina do Boé en septembre 1973 avec, de gauche à droite, au premier rang, Carmen Pereira, Aristides Pereira, João Bernardo Vieira « Nino » et Luiz Cabral
« L'unité de notre peuple est la condition sine qua non de notre capacité de construire un Etat fort »

mais aussi le secrétaire général du P.A.I.G.C. et président du Cap-Vert, Aristides Pereira, successeur d'Amilcar Cabral. Dans le même temps, plusieurs autres personnes, dont les anciens ministres de la Défense et de l'Intérieur, ainsi que trois commandants de l'état-major des F.A.R.P., qui étaient en conférence à Praia avec leurs collègues cap-verdiens lors du coup d'Etat du 14 novembre, étaient également accusés d'avoir été mêlés à l'affaire des « massacres ».

On peut se demander pourquoi tant de publicité — des visites sur le lieux des charniers ont été aussitôt organisées à l'intention des journalistes et des diplomates — autour de « crimes tels, selon les propos de Joseph Turpin, collaborateur du Conseil de la Révolution et ministre de la Pêche, que les Portugais eux-mêmes n'en avaient jamais commis de semblables », et que le président Luiz Cabral aurait « personnellement dirigés ». Comme si on cherchait à ternir de façon indélébile l'image d'un pays à qui l'héroïque lutte de libération qu'il a menée a valu l'estime de tous ; ou, plus justement, comme si l'on voulait jeter l'opprobre à la fois sur la Guinée-



Amilcar Cabral et Aristides Pereira avec Fidel Castro en 1972

« Créer un, deux, trois... Viêt-nam »

Bissau et le Cap-Vert, deux pays qui n'ont cessé d'être étroitement associés tout au long du combat mené contre le colonialisme d'abord, puis contre les graves séquelles économiques, sociales et culturelles laissées par la domination portugaise.

Sans vouloir nier les exécutions dont certains « opposants » ont pu être victimes, on peut se demander pourquoi, en ouvrant ces charniers au grand jour, on a cherché à créer la confusion ; comme si l'on voulait faire oublier que la majorité des cadavres exhumés étaient ceux de gens fusillés pour avoir participé à des actions de « commandos » (1) de l'armée coloniale. On sait que par deux fois au moins des commandos fascistes étaient parvenus à s'infiltrer en territoire guinéen où, avec la complicité de réactionnaires locaux, ils avaient organisé une tentative de complot armé, sous la direction, une fois encore, de Raphaël Barbosa. C'est d'ailleurs cet avant-dernier épisode d'une carrière tumultueuse qui avait valu à Raphaël

(1) Dans le cadre de l'« africanisation » de la guerre menée par les Portugais, le général Spínola avait incorporé dans l'armée des ressortissants guinéo-capverdiens, les « commandos », dont une partie s'est, lors de l'indépendance, réfugiée au Sénégal.

Barbosa d'être condamné à mort, en août 1980, par un tribunal de Bissau. Déjà, il y a trois ans, il avait été frappé de la même peine, mais le président Luiz Cabral l'avait gracié et avait commué sa peine en quinze années d'emprisonnement.

Il est en outre difficile de concevoir que Nino, l'homme le plus prestigieux de l'armée et qui, à l'époque de l'attaque des commandos, était ministre de la Défense (il ne devait accéder aux fonctions de Premier ministre qu'à la mort accidentelle de Chico Té), n'ait pas eu vent de l'exécution des contre-révolutionnaires ; ou bien encore que, même s'il n'approuvait pas ces méthodes, il n'ait pas trouvé le moyen de s'y opposer. En réalité, tout le monde, à ce moment-là, était conscient du danger que constituaient ces éléments hostiles au régime de Bissau et qui, pendant près de cinq ans, se sont obstinés à attaquer les F.A.R.P. à la frontière sénégalaise, avant de parvenir à lancer une opération d'une certaine envergure, jusqu'à proximité de la capitale. Pris les armes à la main, ils ne pouvaient guère qu'être exécutés sur-le-champ ou, dans le meilleur des cas, après une procédure expéditive. Des contraintes regrettables ? Certes, mais on voit mal comment, pour un pays facilement pénétrable, les éviter dans une situation de guerre — or il s'agissait bien d'une guerre d'usure —, que d'ailleurs tous les pays en lutte pour

ÉTRANGER AU P.A.I.G.C.

A l'issue de la réunion du Conseil national du Cap-Vert du P.A.I.G.C. (20-23 novembre dernier), un communiqué a été adopté dont nous publions le texte ci-après :

I. — Après avoir procédé à un examen rigoureux de toutes les informations relatives aux événements de Bissau et analysé, froidement et objectivement, la nature et les principales conséquences de l'acte de violence que constitue le coup d'Etat, le C.N.C.V. a constaté la justesse et l'opportunité des analyses constantes faites dans les communiqués du Conseil des ministres et du secrétaire général du P.A.I.G.C. sur les événements.

Considérant que :

— le recours à la force militaire pour la résolution des problèmes internes dans le Parti est en contradiction flagrante avec les principes et les méthodes du P.A.I.G.C. et la pensée de son fondateur Amilcar Cabral ;

— les organes nationaux de la direction du Parti en Guinée ont été remplacés par un « Conseil de la Révolution » politiquement, idéologiquement et organiquement étranger au P.A.I.G.C. ;

— ledit « Conseil de la Révolution », en prétendant que c'est seulement par suite du coup d'Etat que le peuple de Guinée a

récupéré son identité nationale et culturelle et qu'il est devenu maître de son destin, ne nie pas seulement le rôle historique de la lutte de libération nationale, mais vise le P.A.I.G.C., et en particulier les Capverdiens en leur attribuant la responsabilité d'une prétendue non-affirmation du peuple frère de Guinée-Bissau en tant que peuple libre et souverain ;

— les organes supranationaux de la direction du Parti se trouvent, à cause du coup, complètement bloqués ;

1. Le C.N.C.V. du P.A.I.G.C. est arrivé à la conclusion que le coup d'Etat qui a eu lieu en Guinée-Bissau :

— constitue un acte très grave contre les principes et les bases sur lesquels repose le P.A.I.G.C. ;

— ne rend pas viable l'activité du Parti en Guinée, et donc l'exercice de sa fonction dirigeante dans la société guinéenne ;

— met sérieusement en cause la survie du Parti en tant qu'entité supranationale et la matérialisation de principe de l'unité guinéo-capverdienne.

2. Le C.N.C.V. du P.A.I.G.C. considère que quelles qu'aient pu être les difficultés politiques, économiques, sociales ou autres existant en Guinée, elles relèvent de la responsabilité exclusive des dirigeants et organes nationaux de direction guinéens et il rejette catégoriquement, comme purement fallacieuses et démagogiques, toutes les tenta-



leur consolidation intérieure ont connue.

Les accusations lancées par le Conseil de la Révolution de Bissau contre le chef d'Etat capverdien ont provoqué la plus vive indignation dans les milieux politiques de Praia, où l'on est convaincu du fait que les hauts responsables guinéens étaient au courant des événements de 1978. Quant à la décision annoncée par Bissau de traduire en justice le responsable numéro un du P.A.I.G.C. et président du Cap-Vert, on estime à Praia qu'il s'agit là d'une « absurdité en matière de jurisprudence internationale », qui vise, à l'évidence, à approfondir la crise entre les deux pays frères. D'autant plus qu'on annonçait à Bissau, au même moment, la reprise des activités du P.A.I.G.C. sur toute l'étendue du territoire national et le projet de réunir un « congrès extraordinaire du parti ».

Une équipe hétérogène

Or que peut-on attendre, dans les conditions présentes, d'une telle réunion, s'agissant d'un parti bipolaire, aux structures supranationales, et dont l'objectif de base était la libération de la domination coloniale des deux pays ? Si un tel congrès est convoqué aujourd'hui à Bissau, n'est-ce pas pour proclamer la

scission, ce qui entraînerait automatiquement la révision des objectifs primordiaux du Parti ?

Mais la question qui se pose alors est de savoir où conduirait un P.A.I.G.C. circonscrit au territoire national, qui se voudrait « purement » guinéen, libéré des prétendues contraintes de la présence des Capverdiens à la direction politique du pays (où ils étaient une infime minorité) et ayant abandonné le projet d'unification avec le Cap-Vert ? Jusqu'où iraient les transformations fondamentales qu'une telle perspective entraînerait obligatoirement pour le Parti ?

L'hétérogénéité de l'équipe en place à Bissau — où, aux côtés d'anciens dirigeants du Parti confirmés dans leurs précédentes fonctions ministérielles, on trouve des cadres qui, autrefois utilisés de préférence pour leur compétence technique et leur expérience en matière de relations diplomatiques et économiques avec l'Occident, occupent maintenant des postes clefs dans le Conseil de la Révolution — ne permet guère pour le moment de se faire une idée précise de ce que pourra bien être la politique économique du nouveau pouvoir.

Quelques réflexions s'imposent cependant d'ores et déjà. On remarque tout d'abord que l'analyse qui est faite de la situation économique laissée par le régime renversé est dépourvue de toute sérénité et que si les erreurs et les insuffisances relevées dans divers domaines sont automatiquement impu-

soient prises dans le cadre le plus vaste possible.

II. — Le C.N.C.V. manifeste sa satisfaction pour les progrès qui se sont produits dans la consolidation des structures du Parti, des organisations de masse et des organismes de participation populaire du Cap-Vert. Il réitère sa fidélité à la pensée d'Amilcar Cabral et aux principes du P.A.I.G.C. et exhorte les militants à poursuivre avec fermeté l'œuvre d'édification du parti au Cap-Vert, en particulier le perfectionnement constant de ses structures, l'approfondissement de la démocratie interne et le renforcement de la liaison Parti-masses, condition fondamentale du succès dans la construction de notre pays. Le C.N.C.V. enregistre et apprécie le ferme appui des militants ainsi que le mouvement de solidarité nationale suscités par la justesse des mesures adoptées par les organes de direction du Parti et de l'Etat, en ce moment difficile pour le P.A.I.G.C.

Le C.N.C.V. du P.A.I.G.C. appelle à la sérénité et à la vigilance et réaffirme que toutes les mesures seront prises pour la garantie de la continuité du processus révolutionnaire, la défense des conquêtes de notre peuple, l'approfondissement de la démocratie nationale révolutionnaire et le progrès du Cap-Vert.

Honneur et gloire à tous les patriotes capverdiens et guinéens qui sont tombés pour la libération de nos peuples.

Honneur et gloire à Amilcar Cabral, militant numéro Un de notre Parti.

Praia, 23 novembre 1980.

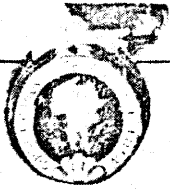
tées à Luiz Cabral et à quelques-uns de ses collaborateurs, on s'abstient de toute autocritique collective. Pour assainir la gestion des magasins du peuple, où des manquements graves, qui seraient à l'origine de certaines pénuries de denrées de première nécessité, auraient été enregistrés, le Conseil de la Révolution a mis sur pied une commission d'enquête. Mais comment ne pas être surpris quand on voit figurer parmi ces « enquêteurs » un des plus gros commerçants privés de Bissau, qui, sans parler de son histoire personnelle plutôt trouble, est connu pour son hostilité à l'égard de ses concurrents étatiques ?

Des circonstances troubles

En fait, le coup d'Etat du 14 novembre a créé une situation ambiguë où le nouveau pouvoir, tout en prétendant « redresser » des erreurs et des déviations commises dans le passé, et faire faire un bond en avant à la révolution guinéenne, ne se soucie pas des larges compromissions qui dérivent de ses relations avec d'obscures — et de moins obscures — forces conservatrices. C'est ainsi que les premières cibles de nouveaux dirigeants ont été les Capverdiens occupant des postes dans la direction du Parti. On n'a pas été sans remarquer non plus le soutien enthousiaste dont a bénéficié le Conseil de la Révolution — qui n'a rien fait pour s'en démarquer — de la part d'organisations connues de contre-révolutionnaires guinéens, ainsi que de la presse de droite portugaise. Quant aux circonstances exactes du déroulement du coup d'Etat, où deux dirigeants du P.A.I.G.C. (Otto Schacht et Antonio Buscardini) ont été tués tandis qu'un troisième, Vasco Cabral, également dirigeant du Parti, était blessé, elles demeurent troubles.

Cependant, même en admettant que ces « bavures » soient inévitables lorsqu'on décide d'utiliser la force, la libération de Raphaël Barbosa, accusé depuis 1972 d'intelligence avec la P.I.D.E. (l'ancienne police politique portugaise), soupçonné de complicité dans l'assassinat d'Amilcar Cabral et coupable d'avoir participé — sinon d'avoir été l'instigateur — à de nombreux complots contre le P.A.I.G.C. (le dernier en date remontant à 1978), constitue en revanche un acte délibéré.

D'autant plus que, selon des témoignages venant de Bissau, un membre du Conseil de la Révolution aurait personnellement ordonné la remise en liberté de Barbosa, ainsi que de deux autres détenus condamnés en même temps que lui, pour les mêmes raisons, il y a deux ans. En outre, quelques heures après le coup d'Etat, on s'en souvient, Barbosa lisait à la Radio nationale de Bissau, au nom du « commandement opérationnel du 14 novembre », une proclamation aux relents racistes, annonçant la nouvelle



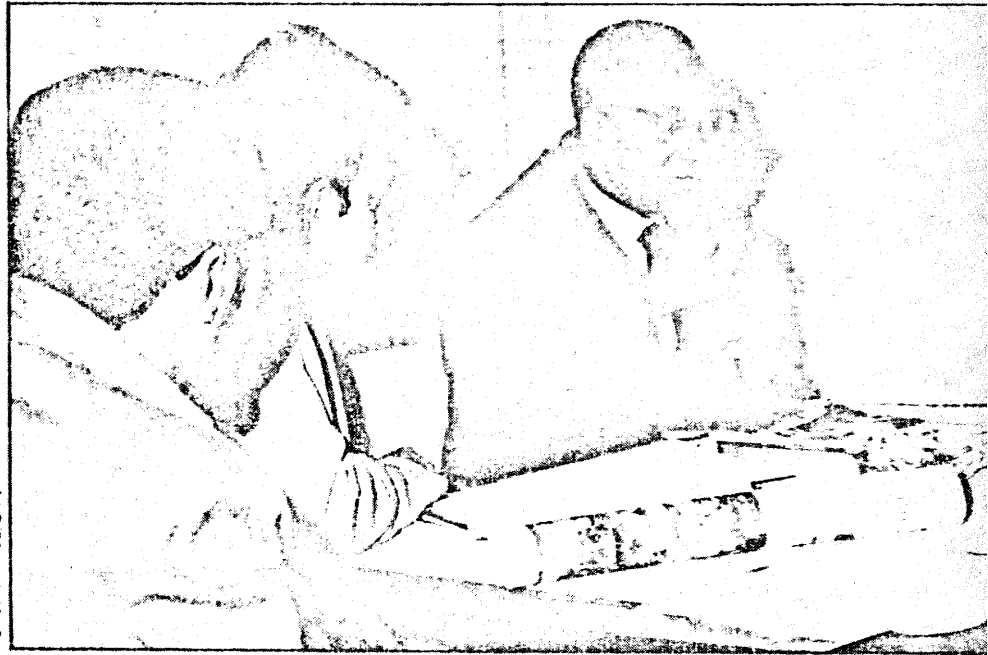
afrique guinée-bissau cap-vert

voie « nationaliste » qui s'ouvrait pour la Guinée-Bissau. Cette voie, brusquement interrompue, avait cependant eu le temps de donner des sueurs froides à beaucoup de militants du P.A.I.G.C., en particulier ceux qui habitent le centre de la capitale, où le va-et-vient des blindés, le bruit sourd des rafales et les premières informations sur les victimes du coup d'Etat avaient fait craindre une nouvelle opération, réussie cette fois, de Barbosa. Aussi bien, lorsque la radio avait donné lecture du communiqué du Conseil de la Révolution lu par le ministre des Affaires étrangères, de nombreux auditeurs avaient cru voir là le résultat d'une contre-offensive victorieuse des forces loyales au P.A.I.G.C. sur ce complotier invétéré qu'est Raphaël Barbosa. Le lendemain, des flots de télégrammes et des messages de félicitations étaient adressés au Conseil de la Révolution. Ils provenaient, notamment, de comités du prétendu Front de libération nationale de Guinée-Bissau (F.L.I.N.G.), de l'Union patriotique anti-néo-colonialiste de la Guinée-Bissau (U.P.A.N.G.). Cette dernière organisation fantôme, comme par hasard présidée par Raphaël Barbosa, exprimait sa joie pour la libération de son leader et s'insurgeait contre plusieurs journaux portugais qui avaient annoncé qu'il s'agissait « d'un coup d'Etat de l'aile la plus radicale du P.A.I.G.C. ». « C'est la fin d'une domination séculaire étrangère (du Cap-Vert) qui fut l'une des plus sanguinaires que la Guinée-Bissau ait jamais connue », affirmait l'U.P.A.N.G.

Des amitiés suspectes

L'Organisation de l'Afrique libre (O.A.L.), qui regroupe le Fumo du Mozambique, l'U.N.I.T.A. de Chipenda, l'U.P.A.N.G. et l'Union des Capverdiens indépendants et démocratiques (U.C.I.D.), tenait des meetings partout où elle est implantée, afin d'étudier les formes concrètes d'appui au nouveau régime de Bissau ; en même temps l'U.C.I.D., pourtant très peu connue parmi les masses d'émigrés capverdiens installés en Europe, envisageait l'éventualité de proclamer un gouvernement capverdien en exil. Et, dans un but de propagande, cette organisation faisait exploser, le 28 novembre, une bombe au consulat capverdien de Rotterdam, provoquant des dégâts matériels considérables.

A la nouvelle de la « découverte » des charniers, tous ces groupuscules contre-révolutionnaires ont intensifié leur agitation. La droite portugaise n'est pas non plus restée indifférente. En pleine campagne électorale présidentielle, à Lisbonne, un hebdomadaire conservateur est allé jusqu'à accuser le général Ramalho Eanes de complicité



Ferreah Ahmed/S.P.

Amílcar Cabral avec Aquino de Bragança en 1970
L'analyse de la situation économique qui est faite...

dans les « massacres » de Bissau. Le Premier ministre portugais, Sà Carneiro, a exprimé pour sa part le souhait que la coopération économique avec le nouveau régime de Guinée-Bissau soit développée. Et l'on fait état d'amitiés personnelles entre certains membres du Conseil de la Révolution et des industriels portugais qui, après s'être déjà enrichis dans l'Afrique coloniale, ne cachaient pas leur intention de créer un jour une banque privée et une chaîne de supermarchés à Bissau.

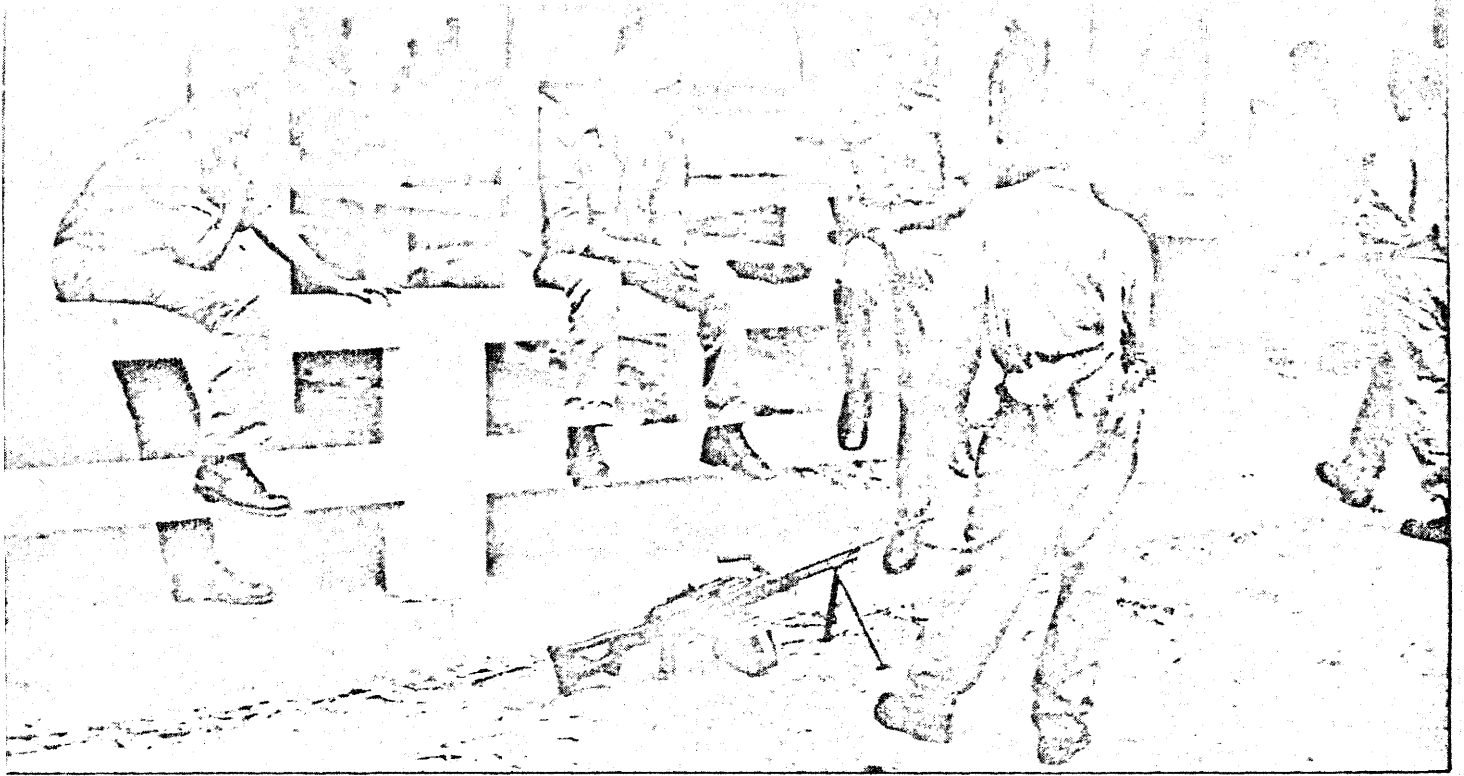
Ce qui est beaucoup plus dangereux encore, c'est que ces mêmes industriels semblent entretenir des relations étroites avec des organisations ou des groupements d'extrême droite, d'inspiration spinoliste. Or ces mouvements n'ont pas renoncé à leurs projets de déstabilisation des régimes révolutionnaires qui ont pris le pouvoir dans les anciennes colonies portugaises. Porter un coup à l'alliance constituée entre les cinq pays (Mozambique, Angola, São Tomé et Príncipe, Guinée-Bissau, Cap-Vert) en frappant l'anneau le plus faible de la chaîne, telle paraît être leur stratégie. La presse progressiste portugaise n'a d'ailleurs pas manqué de faire un rapprochement entre l'expulsion de São Tomé et Príncipe, il y a quelques semaines, de deux diplomates portugais accusés de tentative de complot (des armes ont même été saisies par les autorités), avec les événements de Bissau. La présence au Gabon, où il détient d'importants intérêts économiques, de Jorge Jardim — dont le projet est toujours de faire basculer le Mozambique dans le camp occidental —, préoccupe d'autant plus les observateurs qu'en outre, Libreville

n'a jamais caché ses visées sur les îles de São Tomé et Príncipe.

Une étape de cette conspiration vient-elle de s'achever ? Un élément de réponse devrait être apporté prochainement, lorsque le Conseil de la Révolution de Bissau aura défini ses options économiques. Pour l'instant, les nouveaux dirigeants ont assuré qu'ils respecteraient les engagements signés par le régime précédent. Ainsi, par exemple, les relations avec l'Union soviétique se poursuivront normalement, tant en ce qui concerne les accords d'assistance à l'armée nationale que la coopération dans le domaine de la pêche et des industries dérivées. L'Afrique, pour sa part, demeure jusqu'ici dans l'expectative. A l'exception de la Guinée-Conakry, les autres pays africains avec lesquels Bissau entretenait des relations diverses ne se sont pas encore prononcés.

Les anciennes colonies portugaises, dont les projets de création d'institutions économiques communes englobaient, bien évidemment, aussi la Guinée-Bissau, et qui développent toujours plus leur coopération dans tous les domaines, sont plus particulièrement préoccupées. Elles redoutent notamment, en effet, les conséquences imprévisibles qui pourraient découler d'une scission du P.A.I.G.C. L'Angola et São Tomé, qui ont dépêché des délégations à Praia, ont exprimé leur solidarité au secrétaire général du P.A.I.G.C., Aristides Pereira, et condamné l'utilisation du coup d'Etat comme méthode pour résoudre les problèmes qui se posaient au Parti.

Une autre question importante que vient de soulever le procureur général de la République de Guinée-Bissau,



Les militaires à Bissau le 15 novembre dernier
... par la « nouvelle » équipe à l' « ancienne »...

João Cruz Pinto, en demandant l'ouverture d'une nouvelle enquête « destinée à faire la lumière sur les circonstances de l'assassinat d'Amilcar Cabral et l'enlèvement d'Aristides Pereira » (2) intéresse également les autres pays d'expression portugaise qui avaient, on le sait, participé aux premières investigations à ce sujet. A Praia, des responsables du P.A.I.G.C. ont accueilli cette nouvelle décision de Bissau avec beaucoup d'ironie. « Cruz Pinto et Victor Freire Monteiro, collaborateurs du

Conseil de la Révolution et gouverneur de la Banque nationale de Guinée, seront certainement bien placés pour mener l'enquête, ont-ils commenté. Tous les deux n'avaient-ils pas, en effet, été arrêtés, à l'époque, parce que fortement soupçonnés d'avoir trempé dans le complot contre Amilcar Cabral ? » Et la presse de Lisbonne n'avait-elle pas indiqué un peu hâtivement, au lendemain même de la mort du fondateur du P.A.I.G.C., que Victor Freire Monteiro allait lui succéder au poste de secrétaire général du P.A.I.G.C. ? Lors des aveux passés par les assassins d'Amilcar

Cabral, on avait appris que l'un des buts poursuivis par les colonialistes en cherchant à supprimer le dirigeant du P.A.I.G.C. était d'obtenir l'exclusion de tous les Capverdiens du mouvement de libération « car le Portugal entendait conserver sa mainmise sur les îles du Cap-Vert, qui constituent pour lui et ses alliés de l'O.T.A.N. une base stratégique d'une importance capitale ».

En tout état de cause, chercher à diviser les deux pays, n'est-ce pas le meilleur moyen de les affaiblir... et d'y régner ?

AUGUSTA CONCHIGLIA

(2) Voir « Afrique-Asie », n° 24.

L'Assemblée nationale populaire en 1975
... s'abstient de toute autocritique collective



afrique histoire

Les fondements de l'unité Guinée - Cap - Vert



PAR ELISA ANDRADE

*Il n'y a pas les Guinéens et les Capverdiens,
il n'y a que des peuples issus d'une
histoire coloniale commune et
brassés par les colonisateurs en fonction de
leurs besoins.*

L'histoire commune des peuples de la Guinée-Bissau et des îles du Cap-Vert remonte à l'année 1462, époque où commence le peuplement des îles. Par sa situation géographique stratégique, au milieu de l'Atlantique et en face de la côte occidentale africaine, le Cap-Vert devait servir de base à la pénétration coloniale portugaise sur le continent africain, puis de point d'escale, de relais et de centre de transit sur la route de l'Inde et des Amériques.

Quelques années après la donation des îles à quelques seigneurs portugais, on y amena quelques familles portugaises qui se sont fixées dans l'île de Santiago.

La rigueur du climat, l'impossibilité de développer sur ces terres les cultures céréalières auxquelles ces familles étaient habituées, la création, par la suite, de grandes plantations de canne à sucre, la faiblesse démographique portugaise rendront nécessaire une main-d'œuvre abondante, vigoureuse et bon marché, que seule la traite d'esclaves pouvait fournir. Et l'acquisition des esclaves sera favorisée par le développement de ce commerce sur les côtes du continent africain.

De Madère

Comprenant l'importance de la main-d'œuvre servile pour la mise en valeur coloniale et pour encourager la fixation des Européens dans les îles, les autorités coloniales portugaises leur accordèrent une grande autonomie et nombre de privilèges, dont la liberté de négoce et le trafic des esclaves sur les côtes de Sénégambie et le long des rivières de Guinée, à l'exception de la factorerie d'Arguin, dont l'exploitation revenait à la Couronne.

Les premiers esclaves amenés aux îles étaient, pour la plupart, originaires de Guinée-Bissau, et parmi eux, des Balantes, des Pepels, des Bijagos et aussi quelques Feloupes et Jalofos. Avec le

temps, toutes les ethnies existant en Guinée participeront, dans des proportions diverses, à la constitution du peuple capverdien. Mais il n'y a pas eu que des esclaves ; il y a eu aussi des Noirs libres, notamment des descendants de nobles jalofos qui se sont réfugiés à Santiago à la suite d'une guerre de succession dans le Jalofos.

Parmi les Portugais, ce sont les originaires de Madère qui fournirent le plus grand nombre d'éléments humains au peuplement des îles.

L'importation d'esclaves de Guinée-Bissau, importante pour le maintien et la reproduction de la force de travail, ne prend fin officiellement qu'en 1876, lors de l'abolition de l'esclavage dans l'ensemble des territoires coloniaux portugais.

En 1550, avec la nomination d'un Capitaine général des îles du Cap-Vert et de la Guinée, ces deux pays seront rattachés l'un à l'autre jusqu'à la fin du XIX^e siècle. Installé dans l'île de Santiago, le gouvernement général colonial commandait l'appareil exécutif de la vie administrative des deux territoires.

Au Cap-Vert, du fait de son éloignement du Portugal, des difficultés inhérentes aux conditions de navigation de l'époque et de l'absence d'éléments féminins dans l'émigration portugaise, s'ébauche un processus de métissage qui, dit-on, atteint environ 90 % de la population capverdienne actuelle.

Au début du XVII^e siècle, les Portugais tentèrent, par divers moyens, de mettre fin au métissage dans les îles ; mais ils y ont vite renoncé, comprenant que la faible densité démographique du Portugal, à l'époque, ne lui permettait pas de suivre le rythme des émigrations vers les territoires à occuper. Comme l'a si bien exprimé Antonio Correira, « si l'on a eu recours au Noir et au métis [du Cap-Vert], c'est évidemment pour avoir reconnu en eux de meilleures conditions d'adaptation que chez l'Européen au milieu, à l'insalubrité du climat

tropical, surtout celui des rives des fleuves ». C'est ainsi que les Portugais utiliseront les Capverdiens dans la pénétration et la création de factoreries tout le long de la côte occidentale, jusqu'en Sierra Leone.

En Guinée, le long de la rivière Buba, vers la fin du XIX^e siècle, la plupart des factoreries appartenaient aux Capverdiens ou à leurs descendants, nés de mariages contractés avec des femmes de Guinée.

Les grandes famines

Mais il n'y a pas eu que des Capverdiens propriétaires ou fonctionnaires administratifs qui se sont installés en Guinée. Des éléments de couches sociales moins favorisées, pour diverses raisons, affluèrent en Guinée, particulièrement lors des grandes famines qui ravagèrent les îles du Cap-Vert.

Entre autres événements qui ont marqué la vie des Capverdiens en Guinée, on rapporte que, vers la fin du XVIII^e siècle, des centaines de Capverdiens ont été envoyés en Guinée pour la construction, qui devait durer huit ans environ, de la forteresse de Bissau. « Un nombre considérable de ceux [Capverdiens] qui ont été déplacés. Blancs et Noirs, n'ont pas résisté à la dureté du travail, à l'action du climat, à l'alimentation déficiente qui leur était fournie, aux mauvais traitements, et y ont succombé (1). »

Ce sont les Capverdiens, semble-t-il, qui ont introduit la culture de la canne à sucre dans les zones irriguées le long des fleuves, la production de l'eau-de-vie, du sucre et de la mélasse. Un certain nombre s'adonnait au petit commerce. « Des hommes de Santiago, de Maio, de Brava, de Santo António s'étaient fixés à Saliquénhé, Farim-Velho, Bantanto, Maninhá, Gandu, Iofarim, Canjambari, Jumbémém, etc. ; une bonne partie d'entre eux y avaient déjà — en 1900 — une permanence continue de quarante à cinquante ans. Certains étaient arrivés avec leurs femmes, d'autres, isolés, ont constitué des familles avec des femmes du pays, des couches natives, métisses (ou non) et christianisées (2). »

Au début du XX^e siècle, avec la dévalorisation de la canne à sucre, de l'eau-de-vie et du sucre, beaucoup de Capverdiens ruinés ont été obligés de trouver un emploi dans le petit commerce, dans les entrepôts commerciaux ou dans l'administration.

Jusqu'à la fin de la première moitié du XX^e siècle, les femmes capverdiennes se trouvant en Guinée travaillaient essentiellement comme femmes de ménage, blanchisseuses, couturières, etc.

(1) Antonio Correira, « Migrações nas Ilhas de Cabo Verde », p. 149

(2) Op. cit., p. 116



Journaux muraux à Fogo (Cap-Vert)
Un thème central : lutter contre tout ce qui divise

Tout au long de l'histoire commune de ces deux peuples, il y a eu un tel flux et reflux de personnes que, par moment, on peut se demander qui est guinéen au Cap-Vert ou capverdien en Guinée. Le Guinéen au Cap-Vert fut, à un moment donné, l'ancêtre de celui qui devait devenir capverdien dans la génération suivante. De même, le Capverdien retourné en Guinée était le descendant de la première ou de la deuxième génération du Guinéen parti au Cap-Vert comme esclave ou émigré.

Un substrat culturel commun

Si, des Portugais, les Capverdiens ont reçu les techniques culturelles, des Guinéens ils ont reçu le métier à tisser, le mode de tissage, la technique de préparation de l'indigo et de la teinture des pagnes. Cela considéré seulement du point de vue des productions rentables. Il faut retenir que la production et la commercialisation des pagnes furent, jusqu'à la révolution industrielle, une des principales sources de richesse des colons portugais et de la classe possédante capverdienne.

En l'absence, ou presque, de circulation de monnaie dans les îles, les

pagnes ont joué souvent, et pendant fort longtemps, le rôle de monnaie, avec laquelle on achetait des esclaves en Guinée ou se procurait des biens non produits au Cap-Vert.

L'unité historique, l'unité organique et la complémentarité économique qui ont caractérisé ces deux pays pendant quatre siècles ont entraîné un phénomène d'interaction donnant naissance à un substrat culturel commun, malgré leurs spécificités. Comme élément de liaison important il y a le créole, langue de communication en Guinée comme au Cap-Vert, né de la rencontre du portugais archaïque et de langues africaines.

C'est en partant de la connaissance profonde de cette unité fondamentale des peuples de la Guinée et du Cap-Vert que Guinéens et Capverdiens ont décidé l'« unité révolutionnaire de la lutte » en créant le Parti africain pour l'indépendance de la Guinée et des îles du Cap-Vert (P.A.I.G.C.), en 1956.

Dans une conférence de cadres tenue en 1969 dans les zones libérées de Guinée, Amílcar Cabral, alors secrétaire général du parti, attirait l'attention sur le fait qu'aucun mouvement de libération nationale organisé isolément en

Guinée ou au Cap-Vert n'avait réussi à survivre. C'est le développement de la lutte de libération nationale dans ses différentes phases, couronnée par la proclamation de l'indépendance de la Guinée en 1973 et l'accession des îles du Cap-Vert à l'indépendance en 1975, qui a prouvé définitivement que les nationalistes avaient raison de défendre, dès le départ, le principe de base d'« unité et lutte » des peuples de la Guinée et du Cap-Vert.

L'unité de ces deux pays est si fondamentale que c'est vers elle que convergent toutes les tentatives colonialistes, néo-colonialistes et impérialistes qui prétendent perpétuer leur vieille formule stratégique, « diviser pour pouvoir régner ».

Des unités viables

Comme disait Cabral, « quiconque met les intérêts de son peuple au-dessus de tout caprice ou ambition ne peut arriver qu'à la conclusion suivante : une des meilleures choses que fit le groupe qui a créé le P.A.I.G.C. fut d'établir comme base fondamentale unité et lutte. Unité en Guinée, unité aux îles du Cap-Vert et unité de la Guinée et des îles du Cap-Vert [...] pour la conquête de la liberté et la construction du progrès et du bonheur en Guinée et aux îles du Cap-Vert ».

Cette unité a aussi été conçue, dès le départ, comme un premier pas vers la formation de l'unité africaine, base fondamentale pour l'indépendance économique effective du continent africain. Déchirée par les différents partages auxquels elle fut soumise par les puissances coloniales, pour se libérer de l'exploitation néo-colonialiste et impérialiste, l'Afrique doit, nous le croyons sincèrement, se reconstituer en unités économiques viables, en commençant par deux ou trois pays ou par les régions. Cette unité, conçue comme un moyen et non pas comme une fin en soi, doit être, comme le disait Cabral, réalisée au bénéfice des peuples africains. Nous ajoutons qu'elle doit aussi être l'unité des peuples et non pas des seuls dirigeants.

Le P.A.I.G.C., dans son Programme majeur, chap. 4, art. 1, pose comme principe : « Après la conquête de l'indépendance nationale et se basant sur la volonté populaire librement exprimée, lutter pour l'unité des peuples africains dans son ensemble ou par régions, dans le respect de la liberté, de la dignité et dans le droit au progrès politique, économique, social et culturel de ces peuples. »

Et cette unité doit être mise au service de l'Afrique et de l'humanité, car « nous sommes pour une politique de paix en Afrique et de collaboration fraternelle avec tous les peuples du monde ».

E. A.

Un nationalisme étroit

PAR AUGUSTA CONCHIGLIA

*Le retour à Bissau
des forces anti-P.A.I.G.C. fait référence
à une unité nationale ambiguë et génératrice
de nouvelles contradictions*



D.R.

Manifestation du Premier mal

« L'unité guinéo-capverdienne exige une action continue pour renforcer ses bases »

● Un mois après le coup d'Etat, les contradictions persistent à Bissau, avec ce que cela comporte de risques pour l'avenir de la révolution et du pays.

Tenter de concilier les principes du P.A.I.G.C. (Parti africain pour l'indépendance de la Guinée et du Cap-Vert) avec un nationalisme étroit au point de promouvoir une ouverture tous azimuts à l'égard des opposants exilés — y compris ceux qui ont combattu militairement le parti d'Amílcar Cabral et, après l'indépendance, la république de Guinée elle-même — n'est pas, en effet, et c'est le moins qu'on puisse dire, sans danger.

« Il n'y a aucune raison pour que des

foyers de résistance au régime de Bissau continuent d'exister », déclarait, le 17 décembre dernier, à Lisbonne M. Avito, secrétaire général du ministère de l'Agriculture, devant quelques centaines de Guinéens qui assistaient à une réunion d'explications sur les causes du coup d'Etat du 14 novembre. M. Avito, ainsi que son collègue du ministère des Affaires étrangères, M. Lionel Vieira, avaient été expressément dépêchés par Bissau dans la capitale portugaise, afin de démontrer que les conditions étaient réalisées pour le retour au pays de « tous les fils de Guinée. »

Sous un drapeau du P.A.I.G.C., ces

deux représentants du Conseil de la révolution ont attribué au Cap-Vert des responsabilités dans la crise qui a secoué Bissau. Ils ont notamment accusé Praia de s'ingérer dans les affaires intérieures de Guinée et de tenter d'isoler le nouveau régime de Bissau sur la scène internationale et, en particulier, des autres ex-colonies portugaises.

Rencontre à São Tomé

Les répercussions du « golpe » de Bissau ont en fait été examinées avec inquiétude par les chefs d'Etat de ces pays réunis à Luanda au début de décembre. A cette occasion, une délégation compo-

e des ministres des Affaires étrangères Angola, du Mozambique et de São Tomé, a été envoyée à Bissau, où, en l'absence du ministre des Affaires étrangères, Victor Maria Saude, parti pour Bissau, elle a été reçue par le « commandant Nino », président du Conseil de la révolution. Cette initiative ne semble avoir abouti à aucun résultat, même si, après quelques jours, on parle avec instance d'une possible rencontre, à São Tomé, entre João Bernardo « Nino » et le président capverdien Aristides Pereira. Le démenti catégorique émis par le commandant Nino à une déclaration de l'un de ses collaborateurs au Conseil de la révolution, selon lequel le nouveau pouvoir entendait juger le secrétaire général du P.A.I.G.C. lui-même, pour le « massacre de cinq cents guinéens », est certes de nature à apaiser la tension entre les deux pays. Mais, les préjugés anticapverdiens exprimés par les ministres guinéens arrivés à Lisbonne sont réellement répandus à Bissau, et il ne faut pas attendre que l'on voit mal comment une entente pourrait intervenir entre le secrétaire général du P.A.I.G.C. et l'un de ses principaux dirigeants.

Un profond malaise

Lors de la réunion d'information sur les raisons du coup d'Etat tenue à Lisbonne, et à laquelle assistaient un grand nombre d'opposants membres d'organisations réactionnaires comme le F.L.I.N.G. l'U.P.A.N.G. — qui ont non seulement combattu contre le projet d'union entre la Guinée-Bissau et le Cap-Vert, mais aussi en faveur de l'occidentalisation du régime —, l'enthousiasme a atteint son paroxysme quand a été abordé le thème des charniers, c'est-à-dire des victimes du régime déchu. Le public en effet revendiqué ces morts « pour la cause nationale », « contre la domination étrangère ».

Cette situation paradoxale et les implications qu'elle comporte sont, hélas, officialisées par le deuxième numéro de *Nô Pintcha* (organe gouvernemental de Bissau) paru après le coup d'Etat. Les deux pages centrales de cette revue sont consacrées à la publication d'une liste d'une centaine de noms de Guinéens fusillés entre 1974 et 1978. Les biographies sommaires qui accompagnent chacun des noms sont révélatrices. Il s'agit en effet de membres actifs du F.L.I.N.G. ou des « commandants » guinéens qui étaient passés directement de l'armée coloniale (1) au service de la contre-révolution alimentée par l'étranger, et qui, guidés par Malam Bacca Ndiaye, en coordination avec Raphaël A. C. Mboza, avaient tenté de renverser le

régime par la force en 1978. Mais, pis encore, dans ces listes figurent aussi les noms d'agents de la P.I.D.E. (ex-police politique portugaise), de la police et de l'armée coloniale. On y relève également l'identité de quelques déserteurs des forces armées du P.A.I.G.C. (les F.A.R.P.); comme par exemple ce dénommé Beçangaram Nau N'Futa — exécuté en 1974 — qui était devenu « guide » des soldats colonialistes, et recevait 5 000 escudos pour chaque assaut livré à une base du P.A.I.G.C.

Cette remise en question de la « justice révolutionnaire » du P.A.I.G.C. semble d'autant plus incompréhensible et suspecte qu'elle noie et confond des problèmes autrement plus valables qui, selon les affirmations des dirigeants du P.A.I.G.C. « guinéen » ralliés aux putschistes, pourraient être à l'origine du coup d'Etat. On a déjà eu l'occasion de le dire, les événements du 14 novembre sont intervenus alors qu'un certain malaise dans le pays, où la population souffrait des conséquences d'une politique économique inadaptée aux réalités dont risquait de pâtir une agriculture pourtant retenue comme priorité des priorités dans les résolutions du P.A.I.G.C. lui-même.

Avoir privilégié d'ambitieux projets agro-industriels et industriels au détriment des besoins élémentaires des masses paysannes est l'une des accusations portées par le nouveau pouvoir contre le président renversé, Luiz Cabral. Ce dernier, dit-on à Bissau, n'hésitait pas à user de tout son poids pour faire entendre ses choix. La centralisation des pouvoirs entre ses mains, grâce en particulier aux modifications constitutionnelles intervenues peu avant le coup d'Etat, était mal supportée par nombre de dirigeants, voire par la majorité d'entre eux.

Comment en est-on arrivé à une situation où le parti avait cessé de refléter les opinions et les sentiments de ses propres responsables, et où une minorité pouvait « mener le jeu » ? C'est là une question capitale qui appelle une analyse approfondie et peut être même une autocritique collective.

Toutefois, cette absence de débat ouvert et franc au sein du Parti — que la direction déchue n'a pas su ou pu apprécier — a, semble-t-il, consciemment ou inconsciemment amené certains responsables actuels de Bissau à des interprétations erronées, mais faciles à faire « passer » dans la population. Les origines capverdiennes de quelques-uns des anciens dirigeants les plus visés, dont l'ancien président Luiz Cabral lui-même ; la présence, au niveau des structures supranationales, d'un nombre qualitativement important de cadres intellectuels capverdiens, ont en effet alimenté une violente campagne contre ce qu'abusivement on appelle la « domination », du

moins idéologique, de l'archipel sur le continent — campagne qui a ressuscité les vieilles rancunes populaires imprimées et attisées durant la colonisation.

Mais si le Parti, en Guinée, s'était engagé sur une voie qui pouvait l'isoler de sa base, les structures qui, pour le moment, le remplacent, à savoir le Conseil de la révolution, ne constituent pas de réelles garanties de démocratie pour ceux qui en sont assoiffés, et qui, pour cette raison, ont rallié le nouveau régime. Dans ces conditions le risque est grand que les insuffisances de l'ancienne équipe ne soient « corrigées » par des erreurs encore plus graves. Comme, par exemple, le développement de relations avec des forces économiques douteuses, notamment portugaises, qui n'ont jamais caché leur soutien actif à l'extrême-droite lusitanienne et dont une délégation vient de se rendre à Bissau.

Des failles

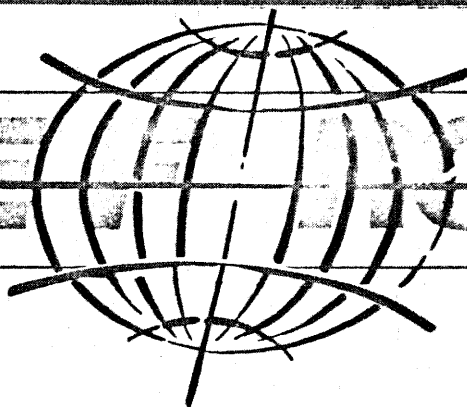
Ce sont d'ailleurs ces mêmes forces qui, depuis la victoire du P.A.I.G.C. sur le colonialisme, appuyaient l'opposition guinéenne qui, aujourd'hui, se voit ouvrir grandes les portes de Bissau. Ces anciens opposants espèrent que, maintenant que « le nationalisme prime sur l'idéologie », ils pourront rentrer chez eux pour mettre leur savoir — un certain nombre de cadres et diplômés font effectivement partie de ces groupes — au service de la patrie et, du même coup, débarrasser la Guinée-Bissau des cadres et techniciens capverdiens ou de ceux ayant étudié, au cours de la lutte de libération, dans les pays socialistes. On peut légitimement craindre que cette étrange « unité nationale » ouvre des failles par où s'engouffreraient les tenants d'une nouvelle politique économique, désireux d'intégrer la Guinée dans la sphère occidentale. N'avoir pas su imposer la recherche, au sein du P.A.I.G.C., de solutions aux problèmes qui affectent le pays, et avoir laissé libre cours aux tendances droitières qui veillaient à l'ombre du pouvoir en attendant leur heure, tout cela confère une responsabilité historique particulièrement lourde à ceux qui ont choisi de porter atteinte à un cadre idéologique et politique dans lequel jusqu'alors ces tendances droitières n'avaient aucune prépondérance.

En ayant mis en question, par le déclenchement de cette aventure, « la survie même du P.A.I.G.C. en tant que parti supranational ainsi que la concrétisation de son projet d'unité entre le Cap-vert et la Guinée-Bissau », affirme le communiqué du sommet de Luanda les chefs d'Etat des anciennes colonies portugaises, a aussi porté atteinte au prestige des luttes de libération de nos peuples.

A. C.

1) Le général Spínola avait incorporé dans son armée des ressortissants guinéo-capverdiens qui, de l'indépendance, s'étaient enjoints vers le régime démocratique, entre autres.

LIGNES DE FORCE



Les événements du 14 novembre 1980 en Guinée-Bissau ont fait se déchaîner une certaine presse sur la « vieille querelle guinéo-capverdienne » ! On a vu éclater de grands titres agitant « la revanche des Noirs autochtones sur les métis », « la suprématie des métis insulaires sur les Noirs », ou « la fin de la domination capverdienne en Guinée-Bissau »...

Y a-t-il donc un problème guinéo-capverdien ?

Le fait que l'assassinat d'Amilcar Cabral ait eu comme toile de fond des manifestations anticapverdiennes ; que le « redressement » du 14 novembre 1980 ait été teinté de manifestations nationalistes en Guinée ; que, malgré les déclarations du commandant « Nino » quant au respect des principes du parti, de l'idéologie de Cabral et du maintien du projet de l'unité Guinée-Cap-Vert, il y ait eu quelques manifestations anticapverdiennes, bien que vite réprimées ; tous ces faits ne constituent-ils pas des indices révélateurs de l'existence d'un problème guinéo-capverdien ?

Il faut avoir le courage de soulever le problème et d'en débattre franchement pour contribuer à sa solution.

Après le traité de Berlin (1884-1885), fixant les frontières actuelles des ex-colonies portugaises, les autorités coloniales, menacées par les visées impérialistes britanniques et françaises, ouvrirent leur campagne d'occupation effective de ces territoires. A la même époque, le Portugal mit sur pied sa politique « indigène », fondée sur l'idée raciste suivant laquelle les peuples africains n'avaient pas de culture et encore moins de civilisation.

C'est ainsi que, jusqu'à la veille du déclenchement des luttes armées de libération nationale dans les ex-colonies portugaises, les populations de ces pays (excepté São Tomé et Príncipe et les îles du Cap-Vert) furent classées respectivement en « indigènes » et « civilisées », les premières représentant plus de 99 % de la population totale.

Les « civilisés », ou « assimilados » (1 % de la population), étaient cependant considérés comme des citoyens de seconde classe. Quand bien même ils se trouvaient avec les Portugais en situation de qualification égale et dans les mêmes conditions de travail, ils gagnaient trois ou quatre fois moins.

L'« indigène », la nouvelle espèce socio-politique créée pour les besoins de la colonisation portugaise (elle permettait le recrutement forcé de la main-d'œuvre en grande quantité et à bon marché), s'il voulait accéder à la condition d'« assimilado », devait savoir lire et écrire correctement le portugais et exercer une profession lui permettant de jouir d'un niveau de vie supérieur à celui de la majorité de la population au Portugal. Il devait vivre « à l'euro-péenne », payer tous ses impôts, et, pour les individus du sexe masculin, faire le service militaire.

En Guinée-Bissau, 99,7 % de la population étaient relégués à la condition d'« indigènes ». Ils étaient en même

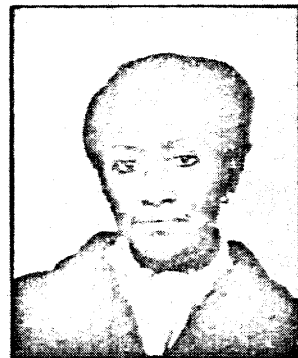
GUINÉE-BISSAU - CAP-VERT

Aux sources d'une contradiction

PAR ELISA ANDRADE

Economiste de formation, Elisa Andrade est citoyenne du Cap-Vert. Cette militante du P.A.I.G.C. prépare actuellement un doctorat de troisième cycle sur l'histoire économique du Cap-Vert.

Elle livre ici quelques éléments d'histoire qui permettent de mieux comprendre les problèmes de différences ethniques qui se posent à certains Etats africains, d'en situer la véritable origine et, partant, de contribuer à les régler dans un esprit de dépassement révolutionnaire.



temps privés de droits politiques et d'accès aux écoles laïques.

En 1961, quand le statut d'indigène fut théoriquement aboli, 99 % de la population étaient illettrés et seuls quatorze Guinéens avaient pu, après cinq siècles de présence coloniale portugaise, accéder à une formation supérieure ! D'ailleurs, le cardinal Ceregeira, patriarche de Lisbonne, dans son message de Noël 1969, déclarait encore : « Nous avons besoin d'écoles en Afrique. Mais des écoles dans lesquelles nous montrerions aux indigènes le chemin de la dignité de l'homme et la gloire de la nation qui les protège... Nous voulons apprendre aux indigènes à lire, à écrire et à compter, non en faire des docteurs. »

Ce n'est qu'en 1958 que la Guinée-Bissau fut dotée de son premier établissement d'enseignement secondaire. En 1966, sur 400 élèves fréquentant le secondaire, 60 % étaient des Européens.

Contrairement à la Guinée-Bissau, les îles du Cap-Vert n'avaient pas reçu le statut « indigène », lors de l'abolition de l'esclavage intervenue vers la fin du XIX^e siècle. Mais

elles n'avaient pas perdu pour autant leur fonction de colonie, jusqu'à l'indépendance nationale intervenue le 5 juillet 1975.

Découvertes vers la fin du xv^e siècle, ces îles, qui sont situées à 430 kilomètres du Sénégal, auront une fonction multiple. Elles seront à la fois :

— entrepôt d'esclaves jusqu'à la fin du xix^e siècle ;
— point de relais, d'escale et de transit sur la route des Indes et des Amériques, puis colonies de peuplement et, enfin, escale technique lors du développement de la navigation aérienne ;

— point d'appui logistique pour la guerre coloniale en Guinée-Bissau et en Afrique australe.

Les autorités coloniales portugaises feront du Cap-Vert une sorte de réservoir de main-d'œuvre.

Main-d'œuvre esclave, d'abord, et jusqu'à la fin du xix^e siècle, pour les « roças » (grandes plantations) de São Tomé et Príncipe. Mais aussi pour l'Angola.

Et enfin, source de travailleurs salariés « libres » pour les Etats-Unis d'abord, pour le Portugal ensuite (où ils allaient combler le vide laissé par l'exode de la main-d'œuvre portugaise, à partir des années 1960), et pour d'autres pays d'Europe, notamment la France, la Hollande et l'Italie, quand ces pays ont développé leur recrutement de main-d'œuvre dans les pays du tiers monde. Et l'émigration de cadres moyens et supérieurs pour l'administration coloniale portugaise dans les autres colonies n'est pas à négliger.

C'est surtout au niveau de cette catégorie d'émigrants que des problèmes vont se poser dans leurs rapports avec les Africains continentaux. Et aussi, bien qu'à un degré moindre, parmi les travailleurs salariés, par exemple, qui, eux aussi, n'ont pas échappé aux influences néfastes de l'idéologie raciste véhiculée par les colonialistes portugais. Ces derniers ont été si loin dans leur politique assimilationniste aux îles du Cap-Vert qu'ils ont tenté de faire croire que « *le Capverdien était une race à part, supérieure aux "Noirs d'Afrique" malgré la couleur foncée de sa peau (car les colonialistes ont tout fait pour convaincre les Capverdiens que le Cap-Vert n'était pas l'Afrique)* ».

Les colonialistes portugais ont ainsi pris au piège une fraction assez importante de la population capverdienne, surtout celle des zones urbaines ou des îles « moins noires » (comme São Vicente, São Nicolau, Santo Antão et Brava) et la fraction la plus importante de l'élite administrative et intellectuelle capverdienne qui, comme le faisait remarquer Amílcar Cabral, « *aspire généralement à un mode de vie semblable, sinon identique, à celui de la minorité étrangère* ». C'est ainsi que, contrairement aux autres ex-colonies, les îles ont bénéficié d'un plus grand effort de scolarisation, même si cela n'a concerné qu'environ 25 % de la population.

Cet effort, qui débute avec la création du séminaire-lycée dès la seconde moitié du xix^e siècle, a permis non seulement la formation de toute la première génération de cadres administratifs sur lesquels les Portugais allaient s'appuyer pour asseoir leur régime d'administration indirecte, mais aussi des cadres qui seront utilisés comme des intermédiaires coloniaux dans les autres colonies.

Dans le cas concret de la Guinée-Bissau, les Portugais ont

utilisé non seulement des Capverdiens comme intermédiaires coloniaux, mais aussi une fraction des « assimilés ». De même, ils ont utilisé les classes dirigeantes de certains groupes ethniques. Ce fut le cas, notamment, des alliances faites avec l'ethnie foula, elle-même arrivée en Guinée en conquérante vers le xvi^e siècle. Elle avait chassé les Sérères et soumis les Mandingues.

En se ralliant aux colonialistes portugais l'aristocratie foula comptait sur leur aide pour dominer les révoltes de ses vassaux, et, à son tour, elle allait reconnaître l'autorité des Portugais et les aider dans leurs campagnes de « pacification ». On a même essayé d'imposer aux Balantes une chefferie recrutée chez les islamisés, notamment les Foula, ce que les intéressés n'ont d'ailleurs jamais accepté.

On peut, par analogie, se reporter à la stratégie coloniale française dans l'ex-Afrique-Occidentale française (A.-O.F.) où le Sénégal, première colonie française en Afrique, a servi de base de pénétration à l'intérieur du continent et est devenu plus tard la capitale économique et administrative de la zone. C'est au cours du xix^e siècle que se forment et s'affirment, au Sénégal, les grandes familles saint-louisiennes et goréennes, issues souvent des militaires et agents commerciaux des anciennes compagnies. C'est sur cette bourgeoisie et sur les Wolofs que les Français vont s'appuyer, non seulement pour établir leur pouvoir au Sénégal, mais aussi sur l'ensemble de cet ancien territoire d'outre-mer.

Il est non moins important de rappeler ici l'utilisation qui a été faite des « tirailleurs sénégalais » (appellation d'ailleurs impropre, car ils comprenaient des originaires des autres colonies, notamment des Guinéens et des Voltaïques) : chair à canon pendant les deux guerres mondiales, mais aussi membres des contingents militaires français qui ont participé aux répressions contre les luttes des peuples de l'Indochine et même d'Algérie.

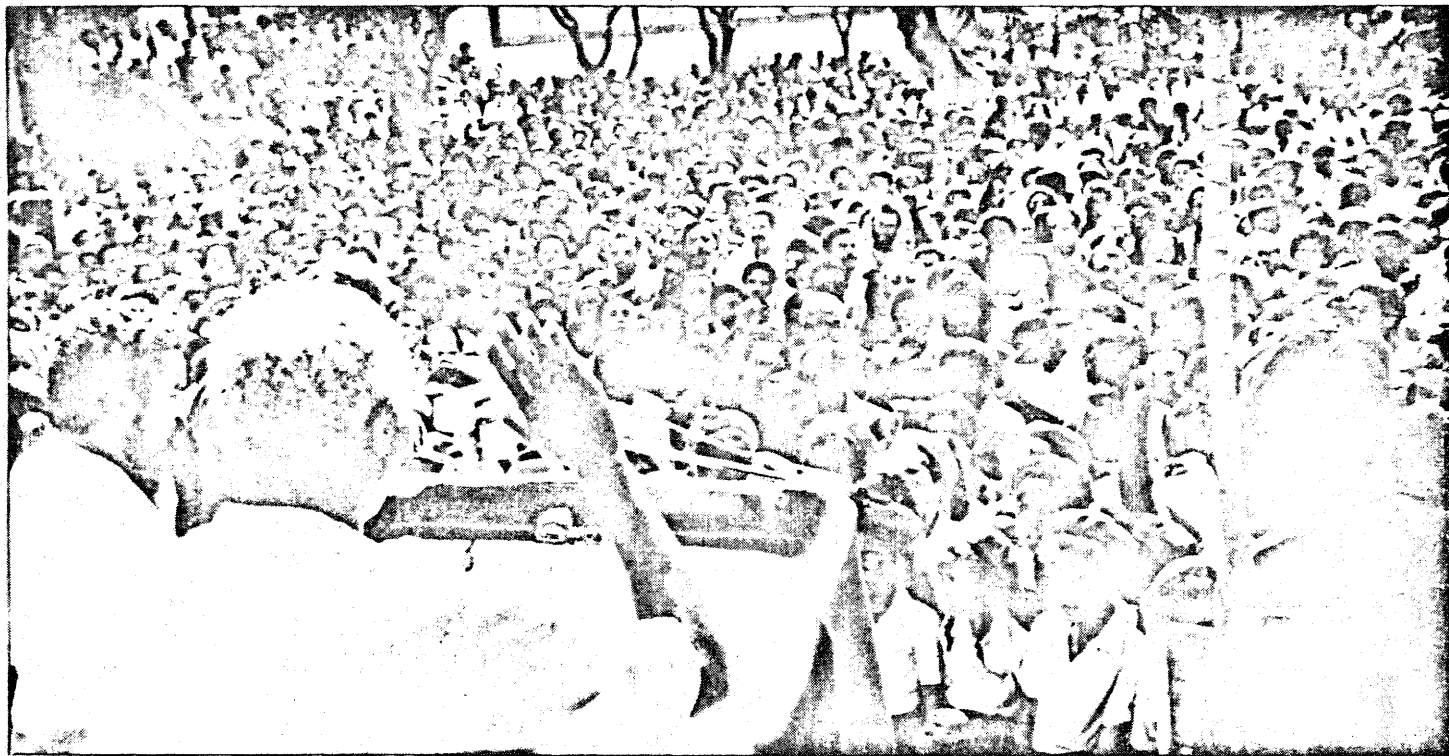
Il faut donc placer le problème des insulaires capverdiens dans sa véritable dimension, celle des séquelles de la domination coloniale ; peut-être une des plus diaboliques. Car il faudra sans doute toute une génération pour en éliminer les traces dans la mentalité de tous. Cela malgré les efforts déployés par le P.A.I.G.C., dont la manifestation la plus éclatante fut la création du parti lui-même, malgré l'existence de quelques contradictions apparentes. Amílcar Cabral disait lors de la conférence des cadres de 1969 (paroles qui demeurent valables aujourd'hui) : « [...] la contradiction qui peut exister entre les Guinéens et les Capverdiens est une contradiction qui vient de la recherche d'un emploi, de bonnes places. Par exemple, un individu qui a le certificat d'études primaires, ou qui est en troisième année du lycée en Guinée, qui voit un Capverdien prendre sa place de chef, qui mange du poulet, du chevreau, à qui on tire son chapeau, alors que lui n'a rien obtenu. Cela provoque un certain ressentiment. Mais si nous étudions bien le problème, nous nous apercevons que la tendance générale de cette petite-bourgeoisie guinéenne est de cohabiter sans problème avec la petite-bourgeoisie capverdienne. [...] Et nous n'avons jamais remarqué, dans la brousse par exemple, une quelconque contradiction entre les Capverdiens et les Guinéens. Rien de semblable à une contradiction profonde, telle que nous avons pu en voir entre certaines ethnies de la Guinée même. Presque tous les camarades ont pu remarquer cela très bien. »

E. A.

De notre envoyée spéciale à Praia, AUGUSTA CONCHIGLIA

Naissance du P.A.I.C.V.

Le coup du 14 novembre ayant revêtu les allures d'un complot anti-Parti, il ne restait plus à Praia qu'à en tirer les conséquences douloureuses et à se donner les structures d'un parti national.



Aristides Pereira annonçant la création du parti capverdien
Une décision historique

● Une tribune improvisée sur l'escalier d'entrée du lycée Domingos-Ramos de Praia, capitale du Cap-Vert. Midi. C'est jour férié. On est en effet le 20 janvier, huitième anniversaire de l'assassinat d'Amilcar Cabral. Le président Aristides Pereira, qui, depuis la mort du fondateur du Parti africain pour l'indépendance de la Guinée et du Cap-Vert (P.A.I.G.C.), en est le secrétaire général, lit une proclamation d'une exceptionnelle importance historique pour son pays et pour tous les militants du parti de Cabral. Elle annonce la constitution, décidée quelques heures plus tôt après quatre jours de débats internes dans la grande salle du lycée, d'un parti à caractère national, sur la base de l'organisation capverdienne du P.A.I.G.C., dont il se veut l'héritier légitime et le continuateur dans l'œuvre d'édification d'une nouvelle société : le Parti africain pour l'indépendance du Cap-Vert (P.A.I.C.V.).

Devant l'ensemble du corps diplomatique et un large public de soldats, de pionniers et de Capverdiens de la capitale, le président Pereira, réélu secré-

taire général du nouveau parti, énonce les décisions prises par les cent cinquante délégués élus aux différents échelons du parti au Cap-Vert, parmi les militants émigrés et étudiants à l'étranger, ainsi que par les responsables du P.A.I.G.C. capverdien, tous réunis depuis le 16 janvier pour analyser et définir les causes et les conséquences du coup du 14 novembre à Bissau.

La panoplie spinoliste

Depuis un mois, l'activité des sections du parti, dans toutes les îles, était centrée sur ce thème, et les résultats de leurs travaux avaient été transmis au conseil national du P.A.I.G.C., qui les avait examinés à la veille de la conférence nationale. A travers eux, on pouvait constater que la réflexion sur les événements de Bissau avait envahi l'ensemble des militants.

Comment, se demandaient-ils en particulier, sauvegarder l'existence d'un parti dont l'originalité résidait, entre autres, dans la nature binationale, alors qu'il était écarté du pouvoir à Bissau

par le Conseil de la révolution, qui en avait suspendu toutes les activités, arrêté certains des plus hauts responsables, se substituant enfin à tous les organismes dirigeants de l'Etat mis sur pied pendant les six ans d'exercice du pouvoir par le P.A.I.G.C. ?

Comment comprendre les attaques de Bissau contre l'unité, fondement du parti de Cabral et instrument essentiel de la victoire sur les forces colonialistes, grâce à laquelle fut arrachée l'indépendance ?

Comment comprendre les absurdes accusations « de domination, d'hégémonie, de colonialisme capverdien », arguments empruntés tels quels à la panoplie spinoliste de propagande contre le P.A.I.G.C. ?

Comment déchiffrer les intentions de Bissau devant l'ambiguïté et la confusion des déclarations des membres du Conseil de la révolution et de leurs émissaires à l'étranger, proposant un jour l'unité, « mais cette fois dans l'égalité » — en quoi était-elle donc inégale ? —, et accusant, un autre jour, le Cap-Vert des pires méfaits, tels que l'appropriation de denrées alimentaires destinées à la

afrique cap-vert

→
Guinée ou la vente de matières premières guinéennes au seul profit des îles ?

Comment réagir devant ces accusations, alors que les rapports économiques entre le Cap-Vert et le pays frère de Guinée-Bissau ont toujours été plus qu'irréprochables (on sait, par exemple, que la Banque nationale de Guinée doit environ 2 millions de dollars pour sa participation aux entreprises mixtes de transport créées, durant ces années, grâce à la contribution du seul Cap-Vert, qui avait pour objectif le développement des rapports économiques) ?

Le Cap-Vert, un des pays les plus pauvres du monde, frappé de façon cyclique par une sécheresse dramatique, bénéficie pourtant de plus grandes disponibilités financières du fait de ses centaines de milliers d'émigrants qui, fuyant un colonialisme brutal et des famines épouvantables, qui, naguère, décimaient la population, se sont dispersés un peu partout dans le monde. Agissant au sein de cette unité consacrée par le P.A.I.G.C., le Cap-Vert n'a jamais songé à mettre en avant ces initiatives prises dans l'intérêt commun ni à se vanter des quelques occasions où il a pu céder à la Guinée une cargaison de riz dont il pouvait se dispenser.

Contre le projet politique

Comment les militants capverdiens du P.A.I.G.C. et la population elle-même pouvaient-ils comprendre les accusations de Bissau, qui vont jusqu'à mettre sur le compte de la politique d'unité les « massacres des fils de Guinée » ?

La liste d'une centaine de noms de Guinéens exécutés depuis 1974, fournie par le Conseil de la révolution de Bissau, ne concernerait-elle pas uniquement des agents du colonialisme et des ennemis acharnés du parti, qui, avant l'indépendance, avaient combattu aux côtés de l'armée coloniale — et qui, par la suite, s'étaient élevés contre le pouvoir du P.A.I.G.C. à Bissau ? En quoi l'unité pouvait-elle être responsable de ces exécutions ? D'autant que tous savent parfaitement que cette lutte contre l'unité cachait une lutte contre le projet politique même du P.A.I.G.C.

Quant à l'unité entre les deux Etats elle-même, elle devait mûrir et ne se concrétiser dans l'union effective des deux nations, décidée par les assemblées populaires, que lorsqu'elle serait devenue une exigence ressentie par les populations des deux pays. Jusque-là, même au sein du parti, les deux branches nationales jouissaient de la plus grande autonomie. Comment peut-on, alors, faire porter aux structures supranationales du parti ou bien au Cap-Vert la responsabilité d'éventuelles insuffisances du P.A.I.G.C. au pouvoir à Bissau ?

A ces questions, que les délégués et



Silvano da Luz, Pedro Pires et Aristides Pereira

Le chef de l'Etat du Cap-Vert réélu secrétaire général du parti

les responsables du parti ont débattues à la conférence, les réponses furent unanimes : « Il faut que le Parti du Cap-Vert se démarque de la confusion idéologique qui règne à Bissau et qui a été provoquée par le coup d'Etat du 14 novembre, avant tout un coup contre le parti. »

Mais que faire concrètement ? se demandait-on à Praia. Suspendre le projet d'unité jusqu'à ce que des éclaircissements aient lieu avec Bissau et garder intacte la structure du P.A.I.G.C. au Cap-Vert, malgré le blocage des organismes supérieurs — supranationaux — résultant du coup ? Les tentatives faites pour organiser une rencontre entre le président Aristides Pereira, secrétaire général du parti, et le président du Conseil de la révolution, le commandant João Bernardo « Nino » Vieira, avaient jusqu'alors échoué. Et, bien qu'une large partie de la presse ayant suivi l'affaire en soit convaincue, ce n'était pas par la faute de Praia. C'est en effet Praia qui a dépêché à Bissau un haut émissaire du parti et de l'Etat, un ancien compagnon de « Nino », le commandant Silvano da Luz, ministre de l'Intérieur et de la Défense à l'époque, aujourd'hui responsable des Affaires étrangères et membre du Comité exécutif de la lutte du P.A.I.G.C.

Aucune assurance

Reçu comme un étranger dans ce pays, pour l'indépendance duquel il a pourtant combattu, il lui fallut menacer de repartir immédiatement pour que l'isolement dans lequel l'avait confiné la Sécurité se relâche un tant soit peu. Mais a-t-il pu réellement dialoguer avec les autorités de Bissau ? Les membres du Conseil de la révolution, qui l'ont reçu au grand complet, ont soigneusement évité qu'il puisse s'entretenir avec « Nino » tête à tête. Ils se sont contentés de lui exposer « leurs raisons ». Etait-ce là un dialogue entre anciens compagnons de lutte et membres d'un même parti, le parti de Cabral ?

Il dut repartir à Praia sans avoir obtenu d'assurances sur le sort des responsables du parti arrêtés ni sur la réelle volonté de « Nino » et de son entourage d'accepter une rencontre avec le secrétaire général du P.A.I.G.C.

De l'échange des messages entre le président capverdien et « Nino » — également altéré par la presse — on peut voir, sans aucune équivoque possible, que c'est « Nino » qui, après diverses tergiversations et alors qu'un accord semblait proche, affirme catégoriquement le 12 décembre, dans un télex envoyé de Bissau : « Le moment n'est pas opportun pour l'envoi d'une délégation au Cap-Vert. » En revanche, le secrétaire général du parti et président du Cap-Vert pourra, lui, se rendre à Bissau et être « écouté » par le Conseil de la révolution.

Dans ces messages échangés depuis le 14 novembre, on relève des mises au point très significatives du secrétaire général concernant les accusations de Bissau de coresponsabilité dans les erreurs commises par Luiz Cabral. Ainsi que sur l'incapacité des organismes de direction du parti à résoudre les problèmes qui se posaient au pays.

« Je dois te rappeler, écrit le président Pereira, que, depuis l'indépendance de nos deux pays et avec la préoccupation de réaffirmer l'entité nationale de chacun de nos peuples et de prouver le respect pour la souveraineté de nos deux pays, le P.A.I.G.C. a créé deux conseils nationaux, un en Guinée et l'autre au Cap-Vert. Ce qui s'est passé, continuait-il, c'est que, plutôt que de te servir de cet organisme et de son comité permanent [Nino était le président des deux] pour lutter contre ce que tu appelles le comportement et la position antidémocratiques de Luiz Cabral, tu as purement et simplement bloqué le fonctionnement de ces instances que le parti a placées sous ta responsabilité. Le Comité permanent n'a pratiquement jamais fonctionné, et le C.N.G. s'est réuni seulement alors qu'il n'y avait plus de solu-

tions et pour résoudre des problèmes ponctuels. La vérité est que ces organes du parti sont morts dans tes mains pour n'avoir pas été utilisés, provoquant des conséquences paralysantes et extrêmement nuisibles au parti, ainsi que tu le vois maintenant. »

Pour ce qui a trait à sa propre responsabilité, le président Pereira ajoutait : « ... Est-ce au secrétaire général qu'il incombait de combattre les décisions et les attitudes du chef d'un Etat souverain, même si c'est celui d'un pays frère? N'aurait-ce pas été, alors, une atteinte à l'entité nationale du peuple de cet Etat? N'aurait-on pas, ainsi, empêché ce peuple de s'affirmer comme maître de son destin? »

Mises en garde

En sa qualité de secrétaire général, toutefois, le président Pereira avait déjà exprimé sa préoccupation quant à la situation qui régnait dans le parti lors de la réunion du Conseil supérieur de la lutte du P.A.I.G.C. de Bissau, en juin 1980. Il avait notamment attiré l'attention sur « certains problèmes ayant une incidence décisive non seulement sur la vie actuelle du parti, mais encore sur la survie de son identité comme organisation révolutionnaire ». Mettant en cause, en particulier, le comportement politique et personnel de certains dirigeants, ses recommandations mettaient « en garde les militants et les cadres du parti contre toutes les déviations à notre idéologie et, notamment, contre les manifestations résultant de la passivité et du manque de rigueur idéologique ».

Consacrant tout un paragraphe à la critique des dirigeants qui n'œuvrent pas pour « l'approfondissement de la démocratie interne du parti » — ou qui, même, le négligent —, le président Pereira offrait ainsi une occasion particulièrement propice à l'exercice de la critique de la part des éventuels mécontents, notamment de ceux qui n'avaient pas pris l'habitude de recourir à ces instances pour discuter des problèmes qui se posaient. Mais aucun dirigeant de la branche guinéenne du P.A.I.G.C. n'éleva une seule plainte, fût-elle d'ordre politique, économique ou militaire — il sera pourtant question, après le coup d'Etat, d'« injustices » commises lors de l'attribution des grades aux officiers de l'armée de libération.

Ce mutisme, le président Pereira le rappellera au commandant « Nino » dans un de ses messages. Le dernier en date, celui du 16 décembre, répond au refus de « Nino » de donner suite à la rencontre prévue.

S'adressant au président du Conseil de la révolution — et non plus au membre de la direction du parti —, le président du Cap-Vert affirme : « ... Nous sommes obligés de nous démarquer clairement de toute confusion

politique et idéologique et de toute démagogie. Notre analyse de ce que représente le coup d'Etat pour le P.A.I.G.C. et pour l'unité demeure intacte (1). Cet aspect concernant le parti mis à part, nous ne nous ingérons pas dans les affaires intérieures de Guinée-Bissau. Entre-temps, nous renouvelons l'offre de disponibilité de l'Etat du Cap-Vert à un dialogue constructif avec le nouveau régime institué en Guinée. Un dialogue qui, sur la base de la loyauté et du réalisme, permette de continuer à entretenir des relations de coopération fraternelle sur la voie du progrès entre les peuples capverdien et guinéen. »

Les déclarations de Bissau au nom du P.A.I.G.C. et les références à l'œuvre et à la pensée d'Amilcar Cabral, qui avaient repris quarante-huit heures après le coup, s'intensifiaient alors. Mais, face au tout-puissant Conseil de la révolution, il est hors de question que les rares structures du P.A.I.G.C. qui avaient repris leur fonctionnement puissent assumer des prérogatives de forces dirigeantes de l'Etat guinéen : encore que composé d'ex-dirigeants du parti, le nouveau pouvoir avait, à tous les niveaux, remplacé ces structures depuis le 14 novembre.

Compte tenu du prestige international du P.A.I.G.C. et de sa popularité à l'intérieur — surtout dans les zones où s'était développée la lutte de libération et chez les militants des zones urbaines — il était indispensable au nouveau pouvoir, quarante-huit heures après le coup, de faire référence au parti et à son fondateur afin d'y puiser une légitimité. Momentanément se trouvait ainsi éludée la véritable nature anti-Parti du coup, du moins dans les intentions de certains membres du Conseil de la révolution. Puis, engagé dans cette logique, le « coup d'Etat contre les injustices du régime antérieur » et pour défendre « les authentiques Guinéens » des proclamations des premiers jours se transforma en mouvement de « rajustement » dans le cadre du parti. On en viendra même, parallèlement

(1) Allusion à la déclaration du Conseil national du Cap-Vert du 23 novembre 1980, qui définissait le Conseil de la révolution comme étranger au P.A.I.G.C. (cf. « A.-A. », n° 228).

à la Conférence nationale du Cap-Vert, à convoquer une réunion du Conseil national du P.A.I.G.C., auparavant organe suprême du parti dans l'Etat guinéen.

Lors de ce « C.N.G. », dépossédé de ses pouvoirs, on procéda à la cooptation d'un assesseur du Conseil de la Révolution — le seul à ne pas être membre d'une structure du parti —, le gouverneur de la Banque, Victor Freire Monteiro. Le vide créé par suite du coup du 14 novembre par la mort de trois dirigeants du P.A.I.G.C. fut également comblé par la nomination, à leur place, de trois autres membres du Conseil de la révolution. Après avoir mis en minorité une aile du « C.N.G. » favorable à l'extinction du P.A.I.G.C. et, cela va de soi, à une claire négation de la politique d'unité, l'envoi d'une délégation à Praia fut décidée. Enfin, Bissau se déclarait disposé à faire un effort pour reprendre le dialogue interrompu avant le 14 novembre.

Malgré les réserves de Praia à les recevoir en tant que membres du « C.N.G. », ils auraient pu être accueillis en tant que représentants du nouveau régime de Bissau. D'autant plus que le P.A.I.C.V. n'exclut pas la possibilité d'une union entre les deux Etats, compte tenu du patrimoine commun qui, déjà, les lie.

Cependant, aucun message, aucune déclaration en ce sens ne parvenait à Praia. Les dirigeants guinéens, qui, à plusieurs reprises, avaient informé la presse de leurs intentions, avaient tout simplement « oublié » d'avertir le Cap-Vert. La fidélité à l'unité fut de nouveau affirmée à Bissau. « Mais quelle unité nous propose-t-on maintenant? s'interrogeait le Premier ministre capverdien, Pedro Pires, élu secrétaire général adjoint du P.A.I.C.V. Une unité vidée de son contenu, entachée de déclarations et d'actes insensés. La rupture avec la politique d'unité est de l'entière responsabilité des auteurs du coup d'Etat. » N'étaient-ils pas, en effet, allés jusqu'à affirmer à des diplomates africains que « le Cap-Vert devait cesser de considérer

Le Comité exécutif de la lutte à l'ouverture de la conférence nationale Se démarquer de la confusion idéologique



« Afrique cap-vert »

la Guinée-Bissau comme sa colonie » ?

On peut lire en outre, dans le numéro du 1^{er} janvier dernier de « Nô Pintcha », la revue officielle du gouvernement de Bissau, dans le texte d'un discours prononcé à Catio, dans le sud du pays, par le vice-président du Conseil de la révolution, Victor Saude Maria, dans lequel il tente d'expliquer les raisons du coup d'Etat : « ... Nous ne pouvions pas continuer avec cette situation, engendrée par ce mythe de l'unité, créé pour massacrer nos populations. »

La libération de Barbosa

Il n'est pas étonnant, dans ces conditions, que la proclamation de la constitution du P.A.I.C.V. précise que « les auteurs du coup d'Etat ont détruit les bases sur lesquelles se fondaient l'option et le processus d'unité, l'identité idéologique, la confiance mutuelle et l'égalité des responsabilités ».

Pendant que, à Bissau, le « rajustement » est en cours, trois membres du Comité exécutif de la lutte, dont Luiz Cabral — le commandant André Gomes, du C.E.L., se serait suicidé en prison en décembre — ainsi que sept membres du Conseil supérieur de la lutte — tous deux organismes supranationaux —, sont en prison. En revanche, la libération de Raphaël Barbosa a été confirmée par le commandant « Nino » lui-même, qui, tout en reconnaissant qu'il s'agit d'un « traître », a annoncé la décision définitive de lui « restituer la liberté, de lui accorder une maison et une retraite pendant tout le reste de sa vie »...

Le fantôme de Spinola — on le croyait mort, du moins dans les forêts guinéennes — réapparaît triomphant dans tous ces

« actes et déclarations insensés ». Les appels à tous les fils de Guinée réfugiés à l'étranger pour qu'ils rentrent dans le « patrie libre » font également songer au général qui commandait les troupes d'occupation coloniale en Guinée et qui était chargé de l'« action psychologique ». En fait, il avait été le patron de nombre de ces individus, dont il voulait se servir pour infiltrer le P.A.I.G.C. ou pour préparer une carte de rechange afin de procéder à une décolonisation « contrôlée ».

Pourquoi hésiteraient-ils aujourd'hui à rentrer ? Nous savons de source bien informée qu'un certain nombre d'anciens opposants au P.A.I.G.C. se trouvent déjà sur place, attendant de recevoir des tâches gouvernementales, dans l'espoir évident d'avoir une influence sur leurs options. Mais d'autres semblent encore se méfier. Peut-être craignent-ils que ce qui subsiste du parti à Bissau ne soit en mesure, malgré tout, de leur barrer la route. C'est ce qu'espèrent ardemment au fond d'eux-mêmes les militants du P.A.I.C.V. Ils souhaitent que la grande masse des militants qui se trouvent en Guinée — environ 25 000 — avec les dirigeants qui demeurent cohérents avec le projet et les principes du P.A.I.G.C. puissent empêcher le glissement à droite du nouveau régime, qui, soulignons-le, n'a pas encore défini les futures options de sa politique économique.

Une nette distinction

Si les opposants guinéens qui ont toujours combattu le projet d'unité exultent aujourd'hui, qu'il n'en soit pas de même pour les Capverdiens qui, dans l'archipel ou à l'étranger, se sont montrés hos-

tiles à l'alliance avec le peuple guinéen. Il dit-on à Praia. En fait, le P.A.I.G.C. pour Cap-Vert s'est empressé, devant les premières réactions de rélent amiguides au lendemain du coup, de condamner ces attitudes et de faire une nette distinction entre les auteurs du coup et le peuple guinéen. Et Aristides Pereira, après la proclamation du P.A.I.C.V., a envoyé un message à « Nino » pour une rencontre entre les deux chefs d'Etat, tenant compte, aussi, du désir des militants du P.A.I.C.V. de développer entre les deux républiques des relations étroites. Il est nécessaire, réaffirment-ils, de continuer à défendre le principe de l'unité qui « a donné au Cap-Vert l'indépendance, une véritable indépendance politique ».

C'est justement contre cette éventualité que la propagande colonialiste s'était déchaînée. « On savait qu'il était mesuré que l'important investissement politique et divisionniste réalisé par l'économie accroisse les difficultés de la marche commune, affirmait, dans son important discours introductif à la conférence, le président Pereira. Il n'était cependant pas prévisible que, huit années après le barbare assassinat d'Amílcar Cabral et six ans après la libération totale de la République de Guinée-Bissau, nous allions assister à un second coup, à la signification et aux conséquences encore plus graves que le précédent. »

AUGUSTA CONCHIGLIA

PROCHAIN ARTICLE :

*Les héritiers
du P.A.I.G.C.*

d'un continent à l'autre...

Chili : une garantie pour les prêteurs, Pinochet

Les responsables de la Banque centrale chilienne prétendent que leur pays est en meilleure position que « les autres pays en développement pour faire face à l'actuelle récession internationale ». Et cela grâce à un moyen qui, pour n'être pas original, n'en serait pas, à en croire les économistes du régime Pinochet, moins efficace : s'endetter.

En recourant au crédit international, expliquent-ils, on peut maintenir le niveau de l'activité économique, malgré les effets de la récession. D'autant que celle-ci a entraîné une réduction de

la demande de crédit et du taux d'intérêt. « Si, en 1974, le Chili avait eu la possibilité d'obtenir assez de prêts à l'extérieur, il n'aurait pas connu la chute de production à laquelle il a été confronté en 1975. »

Sans doute, il faudra un jour payer la dette, mais, là, il semble y avoir consensus entre créanciers et débiteur. Avec le temps, il est devenu moins embarrassant, pour certains organismes financiers occidentaux, d'opérer ouvertement la main dans la main avec le fascisme militaire chilien, puisque l'opinion démocratique internationale n'est plus aussi concentrée sur le drame chilien qu'elle l'était en 1974 (lorsque le gouvernement chilien n'a pas pu obtenir tous les prêts qu'il souhaitait). La poigne de fer du général Pino-

chet constitue, semble-t-il, la meilleure garantie de solvabilité pour ses bailleurs de fonds.

France : l'O.N.U.D.I. à Paris

Le Dr Khane, directeur exécutif de l'Organisation des Nations unies pour le développement industriel (O.N.U.D.I.), a inauguré la représentation de cet organisme à Paris au cours d'une cérémonie à laquelle assistait le ministre français des Affaires étrangères.

L'ouverture de ce service à Paris marque l'intérêt du gouvernement français à l'égard des possibilités qu'offre l'O.N.U.D.I. pour développer les relations

entre Paris et les pays du tiers monde.

Cet organisme possède des représentations dans plusieurs capitales européennes ainsi qu'à New York et à Tokyo. Des négociations sont en cours pour l'ouverture de services identiques à Milan, à San Francisco, à São Paulo, à New Delhi, à Mexico et à Bahreïn. De leur côté, la Tchécoslovaquie, la Hongrie et la Pologne ont informé l'O.N.U.D.I. de leur intention de créer de tels services dans leurs capitales respectives.

La mission de ces services consiste à traiter tout ou partie des phases d'élaboration et d'organisation de projets industriels susceptibles d'intéresser des entreprises des pays industrialisés.

afrique angola

afrique cap-vert

→ remarquer le président José Eduardo Dos Santos, ne peut évidemment pas être résolu uniquement par l'importation. Le pays ne peut pas vivre seulement sur les ventes de pétrole et de diamants. » Les dépenses sociales élevées consenties par la République populaire d'Angola ces trois dernières années ont d'autant plus pesé sur le budget que les prévisions d'augmentation de la production nationale n'ont pas été atteintes.

Dans le domaine de l'instruction, des progrès spectaculaires ont été enregistrés. Le nombre d'étudiants a quadruplé depuis 1973 et l'on compte plusieurs dizaines d'instituts techniques et professionnels. Huit mille élèves étaient inscrits à l'université cette année, et deux millions et demi d'enfants fréquentent l'école primaire. Dans l'ensemble du pays, un million d'adultes suivent les cours d'alphabétisation. Trois cent trente mille d'entre eux ont déjà reçu leur diplôme de fin d'études. Mais le programme de mise en place de structures sociales amorcé par l'Etat (construction d'édifices scolaires, matériaux et équipements spécifiques) a été largement dépassé par les besoins consécutifs à cette expansion rapide. Le manque de cadres, notamment d'enseignants du primaire, est évalué à plusieurs milliers.

Dans le domaine de la santé, bien que les progrès aient été moins rapides, une situation similaire s'est créée.

Enfin, le prix de la guerre que Pretoria livre à l'Angola est de plus en plus élevé. L'entretien d'une armée de plusieurs dizaines de milliers d'hommes, fortement équipés, draine une partie considérable des revenus de l'Etat et de ses énergies les plus précieuses. Mais l'acharnement des ennemis de Luanda montre que la nature du pouvoir installé dans ce « bastion » anti-impérialiste de l'Afrique australe qu'est la République populaire d'Angola, où le M.P.L.A.-P.T. accorde un soutien indéfectible aux combattants namibiens de la S.W.A.P.O., est bel et bien la cible privilégiée.

La bataille doit donc être menée sur plusieurs fronts. Et le front intérieur n'est pas le moins important. « Les ennemis de l'Angola ne savent pas que l'une des forces de notre parti, qui constitue la meilleure tradition héritée du M.P.L.A. - mouvement, est sa capacité à surmonter les situations les plus difficiles », faisait remarquer le président Dos Santos « Déjà en septembre 1979, nos ennemis chantaient victoire. Certains versaient des larmes de crocodile parce qu'ils pensaient que la mort prématurée de notre cher président Antonio Agostinho Neto signifiait la fragmentation du M.P.L.A.-Parti du travail. Aujourd'hui, ils doivent se rendre à l'évidence et constater qu'ils ont largement sous-estimé la grandeur de son œuvre. » □

Les héritiers du P.A.I.G.C.

DE NOTRE ENVOYEE SPECIALE AUGUSTA CONCHIGLIA

Il y avait une complémentarité entre les cadres capverdiens et guinéens du P.A.I.G.C. Aujourd'hui...



Aristide Pereira dans les maquis en Guinée-Bissau
Une unité de pensée et d'action cimentée par la lutte

● Pour les dirigeants du P.A.I.C.V., au Cap-Vert, ainsi que pour ceux qui, en Guinée-Bissau, sont restés foncièrement fidèles aux principes du P.A.I.G.C. d'Amilcar Cabral, s'ouvre une période très certainement difficile. Les premiers verront leur isolement géographique accentué, du moins momentanément, par la « coupure » avec le pays frère. Pour les seconds, le redressement de la situation politique en Guinée, avec le Parti à replacer à la tête de l'Etat, paraît être un objectif pour le moins ambitieux.

« Nous aurons plus de cohésion mais nous serons plus faibles », nous avait avoué le Premier ministre, Pedro Pires, au lendemain de la constitution du parti cap-verdien. Même si la création du P.A.I.C.V. n'a pas une incidence directe sur la vie de la population de l'archipel, puisque le programme politique et de

développement économique n'est pas modifié — à la seule exception du projet d'unité —, les implications de cet acte d'« émancipation » du parti capverdien par rapport à sa matrice historique sont importantes. Il s'agit tout d'abord d'une blessure très profonde pour tous ceux qui ont combattu dans le parti de Cabral, avant et après l'indépendance. C'est devant la complexité des tâches de cette seconde phase que le P.A.I.G.C. a mis à nu les insuffisances de certains de ces cadres ainsi que leur perméabilité aux arguments les plus martelants employés par l'ennemi. L'assassinat d'Amilcar Cabral avait dramatiquement mis ce fait en évidence.

A ce moment crucial de l'histoire du parti, ce ô combien triste 20 janvier 1973, les impératifs de la lutte de libération empêchaient qu'un travail en profondeur dans les rangs du parti et une

pause de réflexion » puissent relancer effort politico-militaire du P.A.I.G.C.

D'autant plus que, pendant l'offensive inale — qui eut lieu dans le courant de 1973 —, l'influence et le contrôle militaire du Parti feront tache d'huile et s'étendront aux trois quarts du territoire. Ce qui va consolider sa popularité et faire grandir son prestige international, mais, en même temps, multiplier les problèmes dérivant de ces insuffisances.

Cette nouvelle impulsion — d'ailleurs

la complémentarité qui s'était créée entre eux sur le terrain spécifique de la Guinée.

Sans y voir le moins du monde de supériorité idéologique des insulaires sur les habitants du continent — des cadres de valeur sont issus des deux pays —, il n'en est pas moins incontestable que les militants capverdiens qui avaient rejoint le P.A.I.G.C. pour s'engager dans la lutte armée avaient, par cette démarche même, franchi un pas ayant une forte signification idéologique. Dans les campagnes guinéennes comme dans les centres urbains, la mobilisation sur des mots d'ordre anti-colonialistes avait souvent suffi à rallier une importante masse de combattants qui étaient quelque peu dépassés par la problématique de l'unité et sa signification profonde dans la lutte anti-coloniale, puis celle contre le néo-colonialisme et pour l'indépendance économique.

« Cabral lui-même, rappelle le président Aristides Pereira, attribuait au caractère du mouvement de libération beaucoup des carences vérifiées dans le P.A.I.G.C. Il attribuait les causes les plus profondes de ces carences au terrain sociologique dans lequel le parti recrutait et agissait. Terrain qui refléchissait un stade de développement déphasé par rapport au type de parti avancé que, par contre, la complexité et les objectifs élevés de la lutte rendaient indispensable. »

Les militants capverdiens apportaient au sein du Parti en lutte un sentiment

national déjà forgé. « Les Capverdiens sont un peuple métis, certes, dit le Premier ministre, Pedro Pires, mais un peuple avec sa propre culture », à l'abri des phénomènes divisionnistes et de la pollution du tribalisme continental. Et Olivio Pires, responsable de l'organisation du parti au Cap-Vert, me disait, quant à lui : « Nous ne connaissons pas chez nous les "pesanteurs ethniques" du milieu rural typiquement africain. Notre réalité est peut-être plus proche du féodalisme mais, en tout cas, elle ne réfléchit pas le schéma classique de l'économie de subsistance. Il existe dans ces îles toute une gamme de rapports de production assez spécifiques et inhabituels sur notre continent. »

L'étoile noire

« Notre » continent. Cela fut sûrement l'une des batailles les plus significatives que, dès le 25 avril, le P.A.I.G.C. a dû mener sur l'archipel. Le sentiment de « diversité » inoculé par les Portugais aux habitants du Cap-Vert, territoire sur lequel les colons avaient bâti le premier lycée situé hors de la « métropole », avait été difficile à terrasser à coups d'explications rationnelles sur l'histoire du colonialisme, de la traite des esclaves et des peuplements des îles, données par des cadres du Parti qui, avant l'arrivée de la première délégation officielle du P.A.I.G.C., le 24 août 1974, s'étaient engagés dans des campagnes à l'échelon national.

« Le Cap-Vert, c'est l'Afrique, a encore répété, le 20 janvier dernier, le Premier ministre Pedro Pires au meeting populaire de Praia, lors de l'annonce de la création du P.A.I.C.V. Sur notre drapeau, nous continuerons à garder l'étoile noire de l'unité des peuples africains. "P.A.I." signifie bien notre volonté et notre détermination de lutter pour une véritable indépendance de notre continent martyr. »

Et le P.A.I.G.C. s'est trempé au sein même de l'Afrique continentale... « Le peuple de Guinée-Bissau, continuait Pires, nous a donné beaucoup. C'est à ses côtés que nous avons grandi en tant qu'hommes politiques. Notre formation idéologique, nous la devons véritablement au combat que nous avons mené ensemble. C'est l'unité qui nous a amené la victoire. Nous ne permettrons pas qu'un ressentiment quelconque contre le peuple de Guinée se fasse jour après ce qui s'est passé le 14 novembre. »

A Santiago et à São Vicente, les deux îles où se trouvent le plus de militants du Parti, le coup d'Etat a été accueilli avec stupeur et angoisse. Un coup aux conséquences imprévisibles, même pour le Cap-Vert, le prestige du P.A.I.G.C. ayant eu un poids considérable dans son implantation dans l'archipel. Au Cap-Vert



Gamma



D.R.

L'île de Santiago
Objectif : transformer les campagnes

inattendue après le meurtre de Cabral —, qui visait à chasser définitivement le colon de Guinée, avait suscité la première grande crise interne du régime fasciste de Lisbonne, qui, par la voix du général Spínola lui-même, laissait entrevoir les fissures du croûlant empire colonial et songeait à une autre issue que celle de la prolongation de la guerre. Comme dans toute poussée brusque, cette expansion rapide devait être suivie d'une phase de réencadrement et de réorganisation interne, tenant compte des exigences de la bataille économique que devait livrer le parti au lendemain de l'indépendance. Mais le grave manque de cadres qui s'attache à tout pays maintenu dans l'obscurantisme par un colonialisme moyenâgeux fut d'autant plus cruellement sensible au niveau politique que les dirigeants du P.A.I.G.C. durent se disperser, une partie d'entre eux retournant dans l'archipel, affectant ainsi

Vert, le déroulement de la guerre de libération en Guinée n'arrivait, en effet, que comme un écho lointain.

Ceux qui ont encore un intérêt économique précis à défendre — propriétaires terriens, commerçants — vont trouver une brèche inespérée grâce à laquelle ils peuvent tenter — à tort sans aucun doute — de faire pénétrer leur venimeuse campagne d'intoxication. Ces forces mesquines, encouragées par ceux qui convoitent l'emplacement stratégique des îles, vont jusqu'à mettre en doute la légitimité du P.A.I.G.C. au pouvoir, « du moins en tant que parti unique... »

Quelques provocateurs

Leur capacité réelle d'exercer une influence significative sur le terrain est cependant de moins en moins à redouter. En dépit de quelques épisodes isolés, qui, après le 14 novembre, ont amené l'arrestation au Cap-Vert de quelques provocateurs et d'éléments qui recelaient illégalement des armes, le calme règne à Praia et dans l'ensemble de l'archipel. Pendant notre séjour, la vie se déroulait plus que paisiblement, et les bâtiments publics, contrairement aux informations alarmistes d'une certaine presse portugaise, n'étaient gardés par aucune espèce de militaires.

Le véritable problème, en fait, ne se pose pas en termes de subversion armée mais en termes de lutte des classes. Tout en gardant sa connotation de « mouvement de libération au pouvoir », le P.A.I.G.C. poursuit une politique favorable aux larges masses populaires qui ne pouvait que susciter la réaction de ces quelques tenants de privilèges hérités du colonialisme, ou de ceux qui sont les victimes d'une propagande primaire. Aujourd'hui qu'on se prépare à entamer le difficile processus de la réforme agraire, on peut s'attendre à une secousse dans l'ensemble du tissu social, qui pourrait même toucher les vastes communautés d'émigrés, où se « côtoyaient » grands et petits propriétaires terriens, ainsi que d'ex-paysans pauvres n'ayant pas renoncé à arracher un petit arpent de terre dans leur patrie. Ce sont leurs transferts de devises qui permettent d'équilibrer la balance des paiements qui autrement serait bien déficitaire, le pays devant importer une grande partie des biens dont elle a besoin.

Pour que la réforme agraire ne soit pas une arme qui puisse se retourner contre le gouvernement de Praia, elle sera, avant sa mise en œuvre, d'abord discutée, améliorée et finalement acceptée par les paysans eux-mêmes.

L'échec de nombre d'autres réformes dans le tiers monde a rendu les dirigeants capverdiens fort prudents. « Maintenant que nous maîtrisons la réalité spécifique de chaque île, nous sommes en mesure de faire une proposition de réforme

agraire qui sera soumise à l'approbation populaire, nous dit Pedro Pires. Notre base populaire de soutien au parti et au gouvernement sera ainsi substantiellement élargie. »

Certains milieux de Capverdiens résidant au Portugal murmuraient que la mise en œuvre de cette réforme intervenait bien tardivement. Mais même si l'on fait abstraction des risques que comporte une réforme mise en chantier à la va-vite, qu'aurait-on pu distribuer il y a cinq ans, sinon des parcelles de terre pour la plupart incultivables, dégradées par des décennies d'incurie, de sécheresse, d'abandon ?

Le gouvernement capverdien n'est certes pas resté les bras croisés. Le gros effort de ces cinq premières années d'indépendance a précisément porté sur les campagnes, qui, nous avons déjà eu l'occasion de l'écrire, subissent une transformation radicale. Un million d'arbres ont été plantés, et des centaines de projets visant à la récupération des sols et à la prospection de l'eau sont soit achevés soit en cours de réalisation. On a littéralement redonné l'espoir à des milliers de paysans.

Engagés par l'Etat dans une gigantesque œuvre collective, ces paysans travaillent aux conditions de leur propre « émancipation » économique. L'importante collaboration populaire à ces initiatives montre que la confiance entre les masses et les dirigeants du pays s'est établie. Le haut indice de participation populaire au choix des candidats et aux élections pour l'Assemblée, en décembre dernier, a consacré cette entente. L'aide internationale, grâce à laquelle les projets de développement sont réalisés, est également due, pour une bonne part, au sérieux de la gestion du gouvernement du Cap-Vert, à sa politique étrangère et enfin au prestige dont jouissait le P.A.I.G.C., et en particulier son fondateur, dès la guerre de libération.

Phénomènes opposés

Depuis, entièrement absorbées par les immenses tâches de reconstruction ou d'édification de leurs pays respectifs, les deux branches nationales du P.A.I.G.C. s'étaient trouvées confrontées — en termes de développement social — à deux réalités différentes. Dès l'indépendance de chacun des deux pays, des phénomènes opposés étaient apparus. Au Cap-Vert, la partie la plus consciente de la population, celle qui adhère au Parti dès la période de transition à l'indépendance, était pour l'essentiel urbaine, et il fallut donc entreprendre une difficile mobilisation dans les campagnes, conditionnées par un clergé conservateur et par des contradictions de classe, presque imperceptibles en termes monétaires à cause de l'appauvrissement de la terre, mais qu'une forte tradition avait rendues tenaces. Le P.A.I.G.C. a incontestablement

réussi à marquer sa présence dans les campagnes et à entamer leur développement.

En Guinée, l'hostilité à l'égard du Parti vainqueur du colonialisme était plutôt le fait de la population parasitaire de la ville de Bissau, qui s'était enrichie à l'ombre de l'armée d'occupation pendant les dix ans de guerre et irrémédiablement bureaucratifiée. Les campagnes, en revanche, avaient largement soutenu le Parti, contribuant à leur propre libération par l'adhésion de milliers de jeunes paysans aux F.A.R.P. Mais l'envergure de la guerre n'avait laissé debout aucune des rares infrastructures existantes et avait pulvérisé les circuits commerciaux et d'écoulement des produits agricoles, provoquant un retour massif à l'économie de subsistance, ce qui allait rendre difficile la reconstruction à l'indépendance, même par rapport à la situation — pourtant aussi très grave — des campagnes du Cap-Vert, qui n'avaient pas subi, elles, les dévastations de la guerre, la disparition des structures administratives, fiscales, etc.

Guerre et erreurs

Dans la bataille pour la « conquête » de la capitale, le P.A.I.G.C. guinéen épuisait beaucoup de ses énergies au détriment de la décentralisation des cadres dans le reste du pays, qui aurait été immédiatement nécessaire.

Peut-être, cette bataille, le P.A.I.G.C. ne l'a-t-il jamais vraiment gagnée, considérés comme l'étaient certains de ses dirigeants dans le « combat » pour le bien-être personnel, le prestige, au moyen de la corruption dans laquelle Bissau les avait rapidement entraînés. Malgré cette amère constatation, les souffrances du peuple, dont parlent aujourd'hui les auteurs du coup d'Etat, sont certainement plus la conséquence des conditions historiques objectives d'un sous-développement aggravé par la guerre — combien de peuples africains ont-ils connu une guerre totale semblable à celle de Guinée ? — que celle des erreurs qui peuvent avoir été commises par ses dirigeants.

Aujourd'hui, le nouveau pouvoir guinéen se propose de résoudre les « problèmes du peuple », qui, selon un haut dirigeant guinéen qui n'a pas participé au coup d'Etat, « sont graves malgré les indéniables progrès qui ont été effectués tout au long des six premières années d'indépendance. »

Quand, à Bissau, on procédera à un examen serein du régime du président déchu dont tous les actuels dirigeants sont, bien évidemment, coresponsables, alors seulement on pourra croire que la volonté de trouver une solution aux problèmes du peuple aura prévalu sur les ambitions personnelles et les attitudes aventurières.

Guinea-Bissau

Am 14. November wurde die Regierung Luis Cabrals im westafrikanischen Guinea-Bissau durch einen Militärputsch gestürzt, der offenbar vom überwiegenden Teil der Truppen unterstützt und von der Bevölkerung ohne Proteste hingenommen wurde. L. Cabral, seit der Unabhängigkeit 1974 Vorsitzender des Staatsrates Guinea-Bissaus, wurde unter Hausarrest gestellt, ein Revolutionsrat unter Joao Bernardo Vieira, dem legendären Kommandeur der Guerillaeinheiten der Befreiungsbewegung PAIGC, übernahm die Macht. Ein großer Teil der bisherigen Minister behielt ihre Ämter und die Staatspartei PAIGC, die auch auf den Kapverdischen Inseln die Regierung stellt, soll erhalten bleiben.

Eine auslösende Rolle spielten offenbar die erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des armen Landes (siehe Bericht von H. Blasbrenner in AIB 11-12/1979 und 1/1980), außerdem politische Machtfragen und vor allem ethnische Probleme zwischen dem Festland und den Kapverden, die ursprünglich in einem Staatsverband unabhängig werden sollten. Nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung am 10. November 1980 hatte Cabral offenbar versucht, Vieira faktisch auszuschalten, der bis dahin Ministerpräsident gewesen war; sogar von Mordplänen gegen Vieira war die Rede. Mit dieser geplanten Entmachtung verband sich jedoch die – zumindest vordergründig – entscheidende Frage: Zwischen den hellhäutigen Mischlingen von den Kapverden, die innerhalb der PAIGC und in den wichtigsten staatlichen Stellen dominierten (auch Luis Cabral stammt von den Kapverden), und der afrikanischen Bevölkerung schwarzer Hautfarbe hatte sich offenbar ein Gegensatz herausgebildet, den die PAIGC nicht zu überwinden vermochte. Vor diesem Hintergrund wird der Staatsstreich als Entmachtung der Kapverdianer zugunsten eines afrikanischen Nationalismus und als Absage an weitere Versuche gewertet, die beiden Länder, die unter der PAIGC gemeinsam den antikolonialen Kampf geführt hatten, zu vereinigen.

- das Ende aller Hoffnungen?

Am 14. November 1980 putschten in Guinea-Bissau Teile der Armee unter der Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Joao Bernardo Vieira und setzten die Regierung des Staatspräsidenten Luiz Cabral ab. Der Putsch verlief im wesentlichen unblutig und wurde von der Bevölkerung in Guinea-Bissau begrüßt. Die Macht übernahm ein 'Revolutionsrat', an dessen Spitze Vieira steht.

Handelt es sich bei den Ereignissen des 14. November um einen „Operettencoup“ innerhalb einer herrschenden Clique? Was bedeutet das alles für die Menschen in Guinea-Bissau? Welche Auswirkungen hat es auf die ‚Schwesterrepublik‘ der Kapverden? Ist der Putsch das Ende oder im Gegenteil ein Neuanfang des von Amilcar Cabral begründeten Entwicklungsweges? Gründete sich unsere Sympathie und materielle Unterstützung für Guinea-Bissau und die Kapverden auf Illusionen?

Diese und viele andere Fragen stellen sich nicht nur denjenigen, die wie die Spender und Mitarbeiter von ASW und WFD seit der Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverden 1974 Projekte in diesen Ländern gefördert haben. Unsicherheit macht sich bei all denjenigen breit, die den Befreiungskampf dieses kleinen Volkes an der westafrikanischen Küste gegen den antiquierten und brutalen Kolonialismus Portugals mit Sympathie oder Begeisterung verfolgten, die sich mit dem Werk des 1973 ermordeten Mitbegründers der PAIGC - der Befreiungsbewegung von Guinea-Bissau und den Kapverden - auseinandersetzen oder die anerkannten, daß dies es nicht nur sich selbst hatreue und zur Unabhängigkeit von Angola und Mozambique beitrug, sondern zugleich mithielt, den Faschismus in Portugal zu beseitigen und dort eine demokratischen Entwicklung den Weg ebnete.

Zeigt der Putsch, daß alle sich darauf gründenden Hoffnungen nur Illusionen waren? War es nur ein schöner Traum zu glauben, daß auch ein so kleines Volk einen unabhängigen und sich an den eigenen Vorstellungen orientierenden Entwicklungsweg gehen kann, ohne daß sich neue Eliten herausbilden, oder das Land im Machtpoker der Großmächte neue Abhängigkeiten eingibt?

Wir können diese Fragen nicht beantworten, wollen aber versuchen, der Antwort dadurch etwas näher zu kommen, daß wir die wesentlichen Faktoren, die zum Putsch führten, zusammentragen. Das ist zugleich der Versuch, ein Resümee der Entwicklung in den Jahren seit der Unabhängigkeit zu ziehen.

In den Monaten und Wochen vor dem Putsch hatte sich die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung - vor allem in der Stadt Bissau - drastisch verschlechtert. Selbst Reis war nur noch schwer zu bekommen, die Schlangen der Wä-

und der Hauptstadt; sie erinnerte schließlich daran, daß beschlossen worden war, in der Wirtschaftsplanung der Entwicklung der Landwirtschaft und der Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln absolute Prioritäten einzuräumen.

Es ist in der Tat der Regierung unter Luiz Cabral in den letzten 6 Jahren nicht gelungen, die Selbstversorgung des Landes mit Grundnahrungsmitteln zu sichern. So mußten in den letzten Jahren immer wieder Devisen - über die das Land eh nur in äußerst beschränktem Maße verfügt - für den Import von Lebensmitteln verwendet werden. Darüber hinaus war das Land auf ‚Entwicklungshilfe‘-Mittel aus den Industrieländern und von internationalen Organisationen angewiesen, in deren Gefolge sich die alte Erfahrung bestätigte, daß eine solche ‚Hilfe‘ sehr schnell neue Abhängigkeiten mit sich bringt.

Ein weiteres Problem dieser internationalen ‚Hilfe‘ - und das gilt nicht nur für Guinea-Bissau und die Kapverden - besteht darin, daß Großprojekte wie der Bau eines Montagewerks von Citroen sehr schnell Fakten schaffen, die von den einheimischen Verantwortlichen nicht mehr kontrollierbar sind und sich der Festsetzung politischer Prioritäten in der Entwicklung des Landes widersetzen.

tenden vor den staatlichen ‚Volksläden‘ wurden immer länger, und es kam vereinzelt zu spontanen Demonstrationen der Unzufriedenheit.

Die neue Regierung warf dann auch der alten Mißwirtschaft, schlechte und Fehlplanung und unnütze Ausgaben für Prestigeprojekte vor. Sie kritisierte die Vernachlässigung der ländlichen Gebiete zugunsten unrentabler Industrieprojekte wie den Bau eines Montagewerks von Citroen; sie kritisierte den fehlenden Ausbau der Straßen im Landesinneren zugunsten des Baus einer Autobahn zwischen dem Flughafen

Aber ist es nicht zu kurz gegriffen, diese unbestreitbaren wirtschaftlichen Probleme und Fehlentwicklungen ausschließlich der Regierung Cabrals anzulasten, wie es vorschnele und selbstgerechte 'Kenner' in unserem Land heute tun?

Dabei gerät allzu schnell in Vergessenheit, daß 500 Jahre der Kolonialherrschaft dem Land bei seiner Unabhängigkeit das Erbe tiefster wirtschaftlicher Unterentwicklung, eine nur an der Küste entwickelte Infrastruktur, eine kaum auf Überschußproduktion orientierte Landwirtschaft, eine über 90 % betragende Analphabetenrate, eine außerhalb der Städte nicht-existent Gesundheitsversorgung aufbürdete. Dazu kamen die Verwüstungen eines 11jährigen Krieges. Schließlich kann man sich die Frage stellen, ob die auf der Berliner Konferenz Ende des 19. Jahrhunderts von den Kolonialmächten nach ihren Interessen gezogenen Grenzen in dem damaligen 'Portugiesisch-Guinea' einen Staat geschaffen haben, der ohne engste Kooperation mit den Nachbarländern Senegal und der Republik Guinea wirtschaftlich überhaupt lebensfähig ist.

Schließlich ist hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation von Guinea-Bissau und vor allem der kapverdischen Inseln festzuhalten, daß sie in der Sahel-Zone liegen und in den letzten Jahren wie die anderen Länder dieser Region mit langen Dürreperioden zu kämpfen hatten, die alle hoffnungsvollen Bemühungen der Menschen zunichte machten.

Neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatte der Putsch eine weitere Ursache darin, daß die demokratische Willensbildung in Partei und Staat immer mehr durch autoritäre, in der Person des Staatspräsidenten Luiz Cabral konzentrierte Strukturen ersetzt worden ist - so begründeten zumindest die Mitglieder des neuen 'Revolutionsrates' den Putsch. Diese Entwicklung -so

heißt es in den nach dem 14. November veröffentlichten Verlautbarungen - zeigt sich vor allem auch in der Anfang November verabschiedeten neuen Verfassung von Guinea-Bissau, in der weitere Machtbefugnisse auf den Staatspräsidenten Luiz Cabral - auf Kosten des Ministerpräsidenten 'Nino' Vieira - übertragen werden.

Von besonderer Brisanz ist die Frage der Demokratie in Guinea-Bissau aber deshalb, weil der Revolutionsrat der Regierung von Luiz Cabral vorwarf, 500 Menschen umgebracht und in Massengräbern verscharrt zu haben. Ein solcher Vorwurf stellt die Solidarität, die sich auf die aus den Texten von Amilcar Cabral und die Erfahrungen

im Befreiungskampf resultierende Hoffnung einer weitgehenden Identität zwischen Volk, Partei und Regierung, zwischen dem Willen des Volkes und der Politik der Regierung gründet, grundsätzlich in Frage.

Es ist bekannt, daß die portugiesische Kolonialarmee in der letzten Phase des Befreiungskampfes mit Bestechung und Begünstigung Eliteeinheiten aus der einheimischen Bevölkerung in allen ihren Kolonien aufbaute, um Afrikaner gegen Afrikaner kämpfen zu lassen. Sie konnten ihr Kolonialreich damit zwar nicht retten, säten dadurch aber unglaublich viel Mißtrauen und Haß in die Völker der Kolonien. Unmittelbar nach der Unabhängigkeit kam es verschiedentlich zu Übergriffen der Bevölkerung und Teilen der Befreiungstreitkräfte gegen Angehörige dieser sogenannten 'afrikanischen Kommandos'. Umgekehrt haben vom Ausland unterstützte Reste dieser Kolonialarmee versucht, die Macht militärisch zu erobern. Dies geschah in Guinea-Bissau zuletzt 1978.

Es ist noch nicht geklärt, ob die behaupteten 'Massaker' in diesem oder einem anderen Zusammenhang verübt wurden. Die Aufklärung dieser Zusammenhänge ist aber von großer Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der politischen und materiellen Solidarität mit Guinea-Bissau und den Kapverden.

Die dritte, in der Presse sehr in den Vordergrund gestellte Ursache für den Putsch sind die Widersprüche zwischen den hellhäutigen Kapverdianern und den dunkleren Guineern. In der Tat hatten auch in Guinea-Bissau die Kapverdianer wie Luiz Cabral überproportional viele führende Positionen in Partei und Staat inne. Der 'Revolutionsrat' kritisierte die Regierung Luiz Cabrals in diesem Zusammenhang dahingehend, daß diese privilegierte Position der Kapverdianer z. B. dadurch weiter gefestigt und ausgebaut werden soll, daß nach der neuen Verfassung der Republik Kapverde nur ein Kapverdianer Staatspräsident werden kann, während die Verfassung von Guinea-Bissau eine entsprechende Bestimmung nicht enthält.

Doch die Widersprüche zwischen den Guineern und Kapverdianern sind zu einem wesentlichen Teil ein aus der portugiesischen Kolonialherrschaft übernommenes Erbe. Die Portugiesen haben in Guinea, aber auch in Angola und Mosambik Kapverdianer auf den unteren Stufen der Kolonialverwaltung eingesetzt und ihnen dafür in Grenzen das Privileg einer Ausbildung gewährt.

Der Versuch, die Hintergründe des Putsches zu beleuchten, kann viele eingangs aufgeworfene Fragen nicht beantworten. Deshalb muß die Antwort auf die Frage auch unvollständig und lückenhaft bleiben, ob die durch den Putsch entstandene Situation Auswirkungen auf die Projekte von ASW und WFD auf den Kapverden und in Guinea-Bissau haben. Für uns besteht zur Zeit kein Anlaß, daran zu zweifeln, daß wir mit unseren Partnern in Guinea-Bissau und auf den Kapverden weiter zusammenarbeiten werden.

Mit Sicherheit kann man sagen, daß der Putsch als solcher die großen wirtschaftlichen Probleme des Landes - vor allem die Notwendigkeit, die Bevölkerung aus eigener Kraft mit den notwendigen Lebensmitteln zu versorgen -, nicht gelöst hat. Allein schon deshalb sollten wir unsere Hilfe fortsetzen. Darum bitten wir unsere Freunde und Spender.

Helmut Orbon

GUINEA-BISSAU**Erhöhte Spannung zwischen Bissau und Conakry**

Wenn es um Öl geht, hört auch die afrikanische Brüderlichkeit auf. Dies läßt der jahrelange Streit zwischen Conakry und Bissau um das beiden Ländern vorgelagerte kontinentale Plateau erkennen, unter dem beträchtliche Ölvorräte vermutet werden. Bereits 1962 annektierte Conakry einen Teil dieser Küstengewässer, ohne eine ernsthafte Reaktion der damals noch in Bissau herrschenden portugiesischen Kolonialregierung auszulösen. Nach letzten Nachrichten hat nun die unabhängige Regierung von Guinea-Bissau die Südgrenze des Landes militärisch besetzt und Alarm für ihre mehr als bescheidenen Luftstreitkräfte angeordnet.

Anlaß für die in diesem Raum ungewöhnliche Maßnahme war der Beschluß des Präsidenten Sekou-Touré (Guinea-Conakry), in den umstrittenen Gewässern Probebohrungen vorzunehmen. In Bissau wird von den Behörden erklärt, daß die Entsendung der Truppen an die Landesgrenze eine rein präventive Maßnahme sei. Darüber hinaus hat die Regierung in Bissau einen Antrag der Regierung von Conakry abgelehnt, auf einer der gleichfalls umstrittenen Inseln eine Radar-Einrichtung zu landen, mit deren Hilfe Prospektierungsarbeiten durchgeführt werden sollten. Einem von Guinea-Conakry gecharterten amerikanischen Hubschrauber, der die Lagerstätte erkunden sollte, versagte die Regierung von Guinea-Bissau die Landeerlaubnis.

Die Regierung von Guinea-Bissau hat ihrerseits ein Prospektionsprogramm für das gleiche Gebiet vergeben. Mit einem Aufwand von ca. 8 Mio. \$ wurde kürzlich eine Studie erstellt. Obwohl das amtliche Ergebnis der Prospektion noch nicht bekannt gemacht wurde, hat sich herumgesprochen, daß es sich um ein sehr bedeutendes Vorkommen handelt. Schon in der Vergangenheit hat Präsident Luis Cabral von Guinea-Bissau seinem guineischen Kollegen Achmed Sekou Touré Einmischung in die Angelegenheiten seines Landes vorgeworfen. Die Spannung zwischen den beiden Ländern ist um so befremdlicher, als sich Sekou Touré während der Kämpfe gegen die Portugiesen stets als Beschützer des PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverdischen Inseln) aufspielte und den Führern dieser Befreiungsbewegung wiederholt Asyl gewährte. Die Umstände um den 1973 in Conakry eingetretenen Tod des hochbegabten Führers des PAIGC, Amilcar Cabral, eines Bruders des jetzigen Präsidenten Luis Cabral, sind allerdings

INTERNATIONALES AFRIKA-FORUM, 16. Jg., 4, 1980

GUINEA-BISSAU**Staatsstreich**

Nach dem Mord an Präsident Tolbert von Liberia und 12 seiner Mitarbeiter wurde in dieser Zeitschrift die Befürchtung geäußert, daß sich die terroristische Bewegung fortpflanzen und in andern westafrikanischen Staaten Schule machen könne (IAF 1980, Nr. 2, S. 104). Diese Voraussage erwies sich leider als richtig. Das nächste Opfer sollte das Regime des Präsidenten von Gambia, Sir Dawda Jawara, sein, der durch das prompte Eingreifen der senegalesischen Armee gerettet wurde. Keine solche Hilfe gab es in Portugiesisch Guinea, wo am 15.11. der bisherige *Hauptkommissar* Joao Bernardo Vieira den Präsidenten des Staatsrats (Staatschef) Luis de Almeida Cabral und eine Anzahl seiner Minister absetzte und unter Hausarrest stellte. Die Zahl der Toten, die dieser Gewaltstreich forderte, ist zur Zeit der Drucklegung dieser Ausgabe noch nicht bekannt.

Luis Cabral ist der Halbbruder des 1973 unter bis heute nicht geklärten Umständen in Conakry ermordeten Gründers der Republik Guinea-Bissau Amilcar Cabral. Er stammt wie dieser von den Kapverdischen Inseln. Die politischen Spannungen in Guinea-Bissau gehen darauf zurück, daß fast alle leitenden Posten im Lande mit Kreolen von den Kapverdischen Inseln besetzt sind, die zu den ethnischen Gruppen Guineas keine Beziehungen haben. Diese Gruppen (Balante über 30 %, Fulah 20 %, im übrigen Malinke, Mandjaque und Felup) hatten unter dem portugiesischen Regime weniger Bildungschancen als die seit Jahrhunderten detribalisierten, getauften und europäisch akkulturierten Kapverden. Diese waren dann auch die Führer des Aufstandes gegen die Portugiesen und nahmen nach der Erklärung der Unabhängigkeit deren Stellungen ein.

Obwohl die neue Regierung nach ihrer Konstituierung erklärte, daß sie internationale Abkommen halten und eine blockfreie Politik machen wolle, sind Zweifel erlaubt, da Vieira der Sowjetunion gegenüber weniger zurückhaltend sein soll als sein Vorgänger Luis Cabral. Guinea-Conakry erkannte das neue Regime wenige Stunden nach der Machtergreifung an. Die Regierung in Praia (Kapverdische Inseln) erhob dagegen lebhaften Protest.

GUINEA-BISSAU

Noch gibt es keinen grundlegenden Wandel

Verwirrung im deutschen Blätterwald

Der Staatsstreich am 14.11.1980 in Guinea-Bissau hat besonders in der europäischen Presse viel Anlaß zu Spekulationen gegeben. Nachdem der Spiegel im März 1979 die Politik des bisherigen Präsidenten Luis Cabral so dargestellt hatte, als ob sie das Land zu einer Halbkolonie der DDR, UdSSR und Kubas machte, sah die FAZ vom 17.11.1980 in Vieira, dem Führer des Staatsstreiches, einen der „ganz linken Leute in der Einheitspartei“. Der Tagesanzeiger vom 17.11.1980 stufte Vieira stattdessen als „prowestlich“ ein. Vor dem Hintergrund anti-kapverdianischer Tendenzen in Guinea-Bissau bezeichnet die FR vom 17.11.80 Vieira „eher als überzeugenden afrikanischen Nationalisten denn als Marxisten“. Confusão total! Die TAZ vom 17.11.80 hatte als einzige deutsche Zeitung frühzeitig eine tendenziell richtige Einschätzung mit relevanten Informationen geliefert.

Im Folgenden soll kurz der Putschverlauf zusammengefaßt werden, weil er tatsächlich verwirrend war. Nach einer ausführlichen Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Lage der 7-jährigen Republik soll eine Einschätzung der politischen Kräfteverhältnisse und ihrer Perspektiven versucht werden.

1. DER STAATSTREICH VOM 14. NOVEMBER 1980

Verlauf des Staatsstreichs

Die widersprüchlichen Interpretationen des Machtwechsels beruhen weitgehend darauf, daß es in der Nacht vom 14. auf den 15. November 1980 eigentlich zwei Putsche gab. Nachdem am 14.11.1980 ab etwa 21 Uhr Panzer in Bissau auffuhren und Schüsse fielen, verkündete das Radio zunächst nur, das „Kommando 14. November“ habe die Macht übernommen und „unseren Boden endgültig befreit“. Kurz nach Mitternacht gab es im Radio eine erste Erklärung des Putschers, die den demokratischen Kräften den Schrecken in die Glieder fahren ließ: Rafael Barbosa hielt eine sehr emotionsgeladene Rede, die eine rassistische antikapverdianische Hetze und die Ankündigung eines neuen nationalistischen Weges beinhaltete, und zwar ohne die obligate Berufung auf Amilcar Cabral oder die PAIGC. (1)

Barbosa, ein Befreiungskämpfer der ersten Stunde und früheres Mitglied des Zentralkomitees der PAIGC, war 1962 von den Portugiesen verhaftet worden und in der Gefangenschaft durch die portugiesische Geheimpolizei PIDE politisch umgedreht worden. Nachweislich war er 1973 an der Ermordung Amilcar Cabrals beteiligt; er wurde dafür zum Tode verurteilt, doch die Hinrichtung konnte auf den Druck der Bevölkerung hin nicht vollstreckt werden. Barbosa ist Vorsitzender der UPANG, der „Patriotischen anti-neokolonialistischen Union von Guinea-Bissau“, die u.a. eine Partnerorganisation der angolanischen UNITA ist und die reaktionären Kräfte des Bürgertums repräsentiert. Barbosa hat besonders in der Hauptstadt Bissau, wo die PAIGC weder während des Befreiungskampfes noch nach Ausrufung der Unabhängigkeit richtig Fuß fassen konnte, viele Anhänger.

Die Rede Barbosas wurde jedoch nach einigen Minuten sehr abrupt unterbrochen. Mehr als zwei Stunden vergingen, bis die nächste Meldung kam: General João Bernardes Vieira unter dem Namen „Kommando 14. November“

in der Bevölkerung sehr populär, nennt die vorangegangene Rede Barbosas einen „Lapsus“, ruft die Bevölkerung zur Ruhe auf und versichert die Befolgung der Linie Amilcar Cabrals und der Beschlüsse der PAIGC sowie insbesondere das Streben nach Einheit mit den Kapverden. Nino, der unter dem bisherigen Präsidenten Luis Cabral Ministerpräsident war, hat die Unterstützung des Großteils der Streitkräfte (FARP).

In den folgenden Tagen zeigten Nino und die FARP, daß sie die Situation unter Kontrolle haben. Es gab vereinzelt antikapverdianische Demonstrationen, die jedoch von den neuen Führern nicht zugelassen wurden. Die Wirren um den Putsch gaben allerdings vielen die Möglichkeit zu privaten Abrechnungen; so wurde etwa der sozialistisch orientierte Planungsminister Vasco Cabral, der nicht in Opposition zu Nino steht, bei einem Mordanschlag schwer verletzt. Die neuen Machthaber kündigten daher an, daß Plünderung und Selbstjustiz hart bestraft würden. Es wurde bekanntgegeben, daß der Putsch zwei prominente Todesopfer gefordert hatte: Sicherheitschef Antonio Buscardini und PAIGC-Führer Otto Schacht (beide im übrigen keine Europäer, sondern Guineer aus der ehemaligen Hauptstadt Bolama). Außerdem wurde die internationale Presse zu Massengräbern geführt; entgegen jeder Wahrscheinlichkeit wurde behauptet, daß Luis Cabral diese Massaker habe verüben lassen und nicht einmal Nino als Ministerpräsident davon gewußt habe. — Eine weitere Maßnahme war, daß die Tore der Gefängnisse anscheinend recht wahllos geöffnet wurden, so daß in den folgenden Wochen ein signifikantes Ansteigen der Einbrüche registriert wurde. Gleich am 15.11. wurde das erste Gesetz nach dem Putsch erlassen, worin erklärt wurde, Luis Cabral sei abgesetzt, Staatsrat, Nationale Volksversammlung (das Parlament) und der Ministerrat (die Regierung) seien aufgelöst; ein neu ernannter Revolutionsrat, dem beinahe nur Militärs angehören, übernehme alle diese Funktionen. Eine Woche später wurde die Übergangsregierung vorgestellt; die meisten Kommissare (Minister) gehörten auch der vorherigen Regierung an, unter ihnen der verletzte und im Ausland befindliche Vasco Cabral; nur fünf Minister schieden aus.

Darstellung des Putsches durch den Revolutionsrat

Die Erklärung des Staatsstreiches durch die neuen Machthaber geschah verhältnismäßig oberflächlich. Anlaß des Putsches war eindeutig die Verabschiedung einer neuen Verfassung am 10.11.1980, die dem Präsidenten Luis Cabral entsprechend dem französischen Präsidialsystem weitere Machtbefugnisse eingeräumt und die des Ministerpräsidenten Nino beschnitten hätte. Dies war nur der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte; Luis Cabral wurde insgesamt eine undemokratische Politik vorgeworfen, die alle Möglichkeiten der Diskussion und der Beteiligung sowie des Dialogs blockierte; deshalb hätte es auch für demokratische Kräfte keine Alternative zum Putsch gegeben. Des weiteren warf man Luis Cabral vor, Geld für unsinnige Prestigeprojekte verschleudert und sich bereichert zu haben. Diese Fehler, die eine Abweichung von der Parteilinie und eine Entstellung des Prinzips der Einheit mit den Kapverden beinhalten, äußerten sich in der sich verschlechternden sozio-ökonomischen Situation Guinea-

Nino gibt an, die jungen Offiziere der FARP hätten ihn zum Staatsstreich gedrängt; er hatte es satt, nur ein Werkzeug und Lautsprecher von Luis Cabral zu sein, während dieser ihm – dem Ministerpräsidenten – nicht den geringsten Einblick in die Bereiche Armee, Polizei und Außenpolitik habe gewähren wollen. Er habe den Staatsstreich erst für den 16.11. geplant, aber aufgrund eines Verrats sei er zum vorzeitigen Handeln gezwungen worden (Jeune Afrique 17.12.1980).

Bisher sind die Gründe für die Verschlechterung der sozio-ökonomischen Lage des Landes der Öffentlichkeit noch nicht näher durch den Revolutionsrat erklärt worden, als daß man sie pauschal dem Machthaber und den Fehlern des bisherigen Staatsführers in die Schuhe schob. Desweiteren hat der Revolutionsrat der Bevölkerung noch nicht erklärt, was es bedeutet, daß der an der Ermordung Amilcar Cabrals beteiligte Barbosa als Führer einer reaktionären Bewegung im Radio eine Hetzrede halten konnte und am 27.12.1980 schließlich freigelassen wurde (Le Monde 31.12.1980). – Zum besseren Verständnis der Einschätzung der jüngsten Ereignisse seien die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Entwicklungstendenzen der Republik Guinea-Bissau beschrieben.

2. WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ENTWICKLUNG GUINEA-BISSAUS

Geschichte der Kolonialherrschaft und des Befreiungskampfes

Die Republik Guinea-Bissau wurde im September 1973, nach 10 Jahren bewaffneten Befreiungskampfes gegen den portugiesischen Kolonialismus, proklamiert. Zu diesem Zeitpunkt waren schon etwa 2/3 des Territoriums der ehemaligen Kolonie an der Westküste Afrikas (zwischen Senegal und Guinea-Conakry) befreit. Unter Führung der PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverden) hatte der Wiederaufbau des zerstörten Landes begonnen. Schulen, kleine Krankenhäuser und Volkshäuser wurden errichtet.

Portugal, das im 15. Jahrhundert in Guinea und auf den Kapverdischen Inseln seine ersten Handelsposten in Afrika errichtete und bald zum Sklavenhandel überging, war stets auf den Widerstand der einheimischen Bevölkerung gestoßen. Erst 1935, rund 10 Jahre nach Errichtung der faschistischen Diktatur in Portugal, gelang es den Kolonialherren, das Land ansatzweise zu „befrieden“. Sie drangen jedoch nicht sehr weit ins Inland vor. Die portugiesische Kolonialherrschaft in Guinea unterschied sich wesentlich von der anderer Kolonialmächte in Afrika: Portugal, selbst eines der ärmsten Länder Westeuropas und in starker Abhängigkeit von Großbritannien und anderen westeuropäischen Staaten, war kaum in der Lage, größere Investitionen in seinen Kolonien zu tätigen. Ferner war Guinea im Vergleich zu den an Bodenschätzen und landwirtschaftlichen Entwicklungspotential reichen Kolonien Angola und Mozambique, wirtschaftlich relativ uninteressant. Die portugiesische Kolonialherrschaft in Guinea veränderte die traditionellen Produktionsweisen nur sehr geringfügig; sie ließ den Bauern, im Gegensatz zur Praxis anderer Kolonialmächte in Afrika, ihren Boden, und verzichtete auf eine europäische Siedlungspolitik größeren Ausmaßes. Gleichzeitig unterwarf sie jedoch die traditionellen Gesellschaften, in dem sie das Land mit einem Handelssystem überzog, das sich den ohnehin schon geringen Surplus der Bauern aneignete. Die traditionelle vorkapitalistische Subsistenzwirtschaft wurde von einem schwach entwickelten Handelskapitalismus unterworfen. Das portugiesische Kolo-

nialsystem war im Wesentlichen durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

1. der Monopolisierung des Handels (Binnen- und Außenhandel),
2. der Durchsetzung des Zwangsangebaus von Erdnüssen durch die Bauern, die ihre Produkte zu den von den Portugiesen festgesetzten Preisen verkaufen mußten.
3. der Auferlegung und Durchsetzung eines Steuersystems auf Kosten der einheimischen Bevölkerung.



João Bernardo Vieira

Zur Aufrechterhaltung dieses Systems mußten die Portugiesen einen starken Verwaltungs-, Justiz- und repressiven Ordnungsstaat unterhalten, der fast ausschließlich von Weißen besetzt war. Außerdem setzten sie, wie im gesamten Kolonialreich, Kapverdiener als Statthalter ein. Der Widerstand der Guineer gegen dieses System flammte ab 1956, nach der Gründung der PAIGC, wieder auf. Diese mußte bald erkennen, daß sie mit friedlichen Mitteln alleine die nationale Befreiung nicht erreichen konnte. Nachdem 1959 die portugiesische Polizei auf streikende Hafenarbeiter schoß, entschloß sich die PAIGC 1963 nach vier Jahren sorgfältiger Vorbereitung, den bewaffneten Befreiungskampf anzutreten. Einer der blutigsten Kolonialkriege begann. Der portugiesische Kolonialismus, der von der NATO unterstützt wurde, die ihre Interessen in Afrika bedroht sah und angesichts der explosiven Lage im südlichen Afrika keinen Präzedenzfall schaffen wollte, konnte sich trotz der Ermordung des Generalsekretärs der PAIGC, Amilcar Cabral, im Jahre 1973 in Conakry, nicht an der Macht halten. Nach der Revolution des 25. April 1974 in Portugal mußte dieses Land im September des gleichen Jahres de jure die Unabhängigkeit der Republik Guinea-Bissau anerkennen.

Ausgangsbedingungen des nationalen Wiederaufbaus

Die wirtschaftlichen und sozialen Ausgangsbedingungen des jungen Staates waren äußerst schlecht. Zunächst einmal mußte versucht werden, die katastrophalen Folgen des Kolonialkrieges zumindest ansatzweise zu beseitigen. Ein

Nino und der Revolutionsrat haben der Bevölkerung insbesondere spürbare Verbesserungen der Wirtschaftslage versprochen. Wie das geschehen soll, ist noch unklar, zumal die Ursachen der gegenwärtigen Misere noch nicht aufgedeckt wurden. Und zudem scheint es wenig aussichtsreich, wenn nicht bald eine klare Entscheidung in der Politik der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gefällt wird, die bis jetzt aufgrund des Patts zwischen der PAIGC und der Kleinbourgeoisie, den Vertretern eines nicht-kapitalistischen Entwicklungsweges, noch nicht möglich ist. Die Schwierigkeiten des Landes drücken: 1980 gab es nur 105 statt normaler 160 Tage Niederschläge. Die Reisernte 1980 /81 beträgt deswegen ca. 20.000 t. Wie kann sich Guinea-Bissau vor den Klauen des IWF retten, wenn die PAIGC nicht bald offen eine politische Analyse leistet und diskutiert? Noch sind die Befreiungskämpfer politisch stärker als die Kleinbourgeoisie!

si / ebe

1) Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guineas und der Kapverden.

Quellen:

Dieser Artikel ist Ergebnis eines Aufenthaltes in Guinea-Bissau. Zwei ausführlichere Quellen dienen zusätzlich zur Einschätzung des Putsches: 1. *afrique-asie*, no. 228, 8.12.80, p. 18 - 26
2. Centro de Informação e Documentação Amílcar Cabral (CIDAC): Relatório sobre a situação actual na Guiné-Bissau, Dezembro 1980 (18 S.); zu beziehen über CIDAC, Rua Pinheiro Chagas 77/2º Esq., Lisboa 1, Portugal
Außerdem gibt es ein neueres landeskundliches Werk in portugiesischer Sprache, erschienen im April 1980: *Introdução à Geografia Económica da Guiné-Bissau*, hrsg. v. Centro de Documentação Amílcar Cabral, CEPEP - Caixa Postal 6 - Bissau - Rep. Guinea-Bissau.
Letztlich sei verwiesen auf die deutschsprachigen Veröffentlichungen der Amílcar-Cabral-Gesellschaft, Postfach 250106, 4630 Bochum, sowie das Buch: Amílcar Cabral: Die Revolution der Verdammten - Der Befreiungskampf in Guinea-Bissau; Rotbuch 113, DM 6,-.

Zeitschriftenübersicht

ila-info Nr. 41, Dez. 1980

- ★ Chile - Risse im Machtgefüge
- ★ Nikaragua - Erste Errungenschaften
- ★ Brasilien - Arbeiterbewegung und Multis, Teil 1,
- ★ Länderkurzberichte und Nachrichten zur Solidaritätsbewegung

ila-info Nr. 42, Jan. 1981

- ★ USA: Rückkehr zur Politik des „BIG STICK“
- ★ Kolumbien: Amnestie - ein Schritt zur Demokratisierung?
- ★ Peru: Gewerkschaften und die neue Regierung
- ★ Brasilien: Arbeiterbewegung und Multis - Teil 2
- ★ Die Flüchtlinge in Mittelamerika
- ★ Länderkurzberichte und Nachrichten zur Solidaritätsbewegung

Informationsstelle Lateinamerika e.V. Römerstraße 88,
5300 Bonn 1, Telefon: 0228 / 65 86 13

Nicaragua Aktuell (Nr. 8)

Guatemala, Frauen in Nicaragua, Die Kinder von Rio San Juan, Ein Brief aus Nicaragua, Kultur im ersten Jahr der Revolution, El Salvador
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel, erscheint ab Febr. monatlich, Einzelpreis DM 2,-; Abo 6 Hefte DM 12,-/ 20,-.

FORUM (Nr. 37, Jan. 81)

Philippinen, Koordination - Ieda Focus, Bundeskongress, Eurozentrismus, Neuerscheinungen, Zeitschriften
Bezug: Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel, erscheint monatlich, Einzelpreis DM 3,-; Abo DM 36,- / Solid. Abo DM 50,-

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, erscheint 11 mal im Jahr. Einzelpreis DM 3,- ; Abo-Preis DM 35,-.

Inhalt der Nummer 89 (Januar 1981):

- Zur aktuellen Entwicklung in El Salvador
- Waffengeschäfte der BRD: eine deutsch-deutsche Begegnung im Beagle Kanal?
- Bericht zur Tagung der Sozialistischen internationale in Madrid

CHILE: Universitätsgesetzgebung
Pinochets Kabinettsumbildung
Das Credo der neuen Ökonomen

BRASILILIEN: Delfim kippt um

PERU: Heißer Sommer

GRENADA: Revolution in der Karibik

FUSSBALL: „Ein Volk, ein Schrei - Uruguay“

ARGENTINIEN: Zum Tod Hector Cámporas

KOLUMBIEN: Interview: Die Vertreibung der Bauern von El Paso

LATEINAMERIKA ANDERS, Heft 13/14, Dezember 1980

Zentralamerika - ein Vulkan im Ausbruch
Berichte über Guatemala, El Salvador, Honduras, Nicaragua, Bolivien: Schwachstellen des Militärregimes, Pinochets zweiter Staatsstreich, Haiti-USA
Herausgeber: LATEINAMERIKA ANDERS
Munzwardeingasse 2 (Postfach 697) A-1061 Wien,
Telefon: 56 34 68

Solidarität, neuste Ausgabe:

- Die ideologische Offensive der Schweizer Multis (Der Versuch entwicklungspolitische Kritik zum Schweigen zu bringen)
- Afghanistan - ein Jahr nach dem sowjetischen Einmarsch
- Nicaragua - ein Augenschein (Reisebericht)
- und wie immer: dossier - Schweiz - Trikont, Buchbestellung u.v.a.

Bezug: Redaktion Solidarität, Postfach 2009,
CH-4001 Basel

GUINÉE-BISSAU



Joao Bernardo Vieira dit « Nino ». Admiré par les guérilleros.

Depuis l'indépendance, les métis refusaient de partager le pouvoir. Le putsch du 14 novembre renverse la vapeur.

La revanche des Noirs

Sylviane Kamara

Manuel Saturnino avait commandé du cognac et des vins fins. Preuve qu'il avait l'intention de fêter quelque chose. Samedi 15 novembre, on a su ce qu'attendait l'ambassadeur de Guinée-Bissau en Union soviétique, en villégiature depuis le mois d'août à Dakar. Dans la nuit, un Conseil de la Révolution avait pris le pouvoir à Bissau. En douceur ou presque.

L'après-midi du 14, une mini-émeute avait éclaté à cause d'une pénurie de riz. Au même moment, une manifestation enthousiaste se formait sur la route de l'aéroport pour accueillir le Premier ministre Joao Bernardo Vieira, 41 ans, qui revenait de l'intérieur. A 20 h 30, les habitants de la capitale voient des chars évoluer dans les rues. A 22

heures, des militaires font le tour des maisons et des hôtels : « Ne sortez pas, il y a un coup d'Etat. »

Deux heures plus tôt, un hélicoptère piloté par un Soviétique s'était posé sur l'île de Bubaque, dans l'archipel des Bissagos, où le président Luis Cabral, 49 ans, demi-frère d'Amilcar (la mère de Luis est portugaise, celle d'Amilcar guinéenne), se reposait après la visite du président mauritanien Ould Haïdalla, qui venait de quitter le pays en saluant sa stabilité exemplaire... Les militaires demandent à Cabral de renoncer au pouvoir. Il accepte. Il faut dire que les officiers supérieurs et le chef de la police sont en visite de travail à Praia, capitale du Cap-Vert — dont le président, Aristides Pereira, est aussi Secrétaire général du Parti africain pour l'indépendance de la Guinée-Bissau et des îles du Cap-Vert, le PAIGC, commun aux deux Etats. Le ministre de l'Intérieur, Valentino Teixeira, est à Lisbonne. De toute façon, il se ralliera le 17 au nouveau régime.

Noirs contre métis

Le président arrêté, on frappe aux portes des dignitaires du parti et des commissaires d'Etat (ministres). Otto Schatt, métis, ancien ministre des Transports, membre du secrétariat permanent du PAIGC, et son garde du corps résistent. Ils sont abattus. Antonio Buscardini, métis, chef de la Sûreté, encerclé par des soldats qui font usage de leurs armes, se tire une balle dans la bouche. Blessé à l'épaule, Vasco Cabral (aucun lien de parenté avec le président), ministre du Plan et du Développement économique, se réfugie à l'ambassade de Suède. Oumarou Diallo, ministre de la Défense, et Joao da Costa, ministre de la Santé, ont disparu. Ils attendent de voir venir. Ils refont surface le 17 et se rallient au nouvel homme fort, Joao Bernardo Vieira, appelé « général Nino » par les guérilleros du PAIGC qui lui vouent une grande admiration.

Après l'inévitable appel au calme et les déclarations apaisantes de Victor Saúde Maria (ancien ministre des Affaires étrangères, participant actif au putsch) : amitié et coopération maintenues avec les pays voi-

sins, affirmation d'une politique de non-alignement : l'un des premiers actes du Conseil de la Révolution est le transfert de Rafael Barbosa de la prison au camp militaire. Barbosa, 56 ans, est l'un des fondateurs du PAIGC dont il fut le président jusqu'en 1964. Incarcéré (et torturé) pendant sept ans par les Portugais, il prend, à sa sortie de prison en 1969, des positions anti-PAIGC qui conduisent à son exclusion en 1970.

C'est lui qui, à l'instigation du général portugais Spínola, organise l'assassinat d'Amílcar Cabral à Conakry, le 20 janvier 1973. Condamné à mort le 18 octobre 1976, il voit sa peine commuée en quinze ans de travaux forcés. Cet élargissement de Zain Lopès (son nom de guerre) est significatif. Car Barbosa a toujours été violemment opposé à l'hégémonie métisse cap-verdienne et c'est de cette contradiction, ancienne, entre Noirs et métis au sein du parti qu'un Spínola a pu jouer.

Et c'est là aussi qu'il faut chercher l'explication profonde du putsch de Nino, dont l'équipe — neuf membres et quatre suppléants —, essentiellement formée de militaires, est exclusivement composée de Noirs bon teint. C'est la revanche des Noirs, après cinq siècles de domination blanche et cinq ans de domination métisse. Avant l'indépendance, le colonialisme portugais joue habilement la carte métisse. Au 1 % de teints clairs, les études et les emplois dans l'administration et le commerce. Aux 98 % « d'indigènes non civilisés », comme les appellent les Portugais, l'agriculture et la chicotte. Peu de techniciens parmi les Noirs, pas de cadres.

Constitution abusive

Ce clivage se retrouve dans le parti, et l'indépendance n'apporte pas de changements notables. Les conseillers de Luis Cabral, comme les ministres, sont pour la plupart des métis. Le PAIGC est dominé par les créoles (71 % de la population cap-verdienne). Les hommes de Praia colonisent peu à peu la Guinée. On imagine, dans ces conditions, la crainte qu'a pu susciter chez les Noirs le projet d'union entre les deux Républiques sœurs. Mais, évoquer

ce problème devant les dirigeants d'hier relevait du « confusionnisme impérialiste » et « réactionnaire ». Pourtant...

La goutte d'eau qui a fait déborder le vase est tombée en septembre. Le 7, le Cap-Vert adopte sa première Constitution. Elle précise que, seuls, les Cap-Verdiens nés de parents cap-verdiens seront éligibles au sein des instances du parti et de l'Etat. Luis Cabral ne bronche pas, mais les Noirs de son entourage n'apprécient pas. La mesure signifie que les Noirs d'origine guinéenne n'auront pas accès aux postes de responsabilité au Cap-Vert, alors que les Cap-Verdiens sont chez eux à Bissau. Ils demandent que les mêmes dispositions soient prises dans la nouvelle Constitution guinéenne.

La main de Sékou

Mais Cabral et les siens ne sont pas disposés à se faire hara-kiri. La seconde Constitution guinéenne, présentée le 10 novembre, n'aborde pas la question. Qui plus est, elle concentre tous les pouvoirs entre les mains de Luis Cabral qui doit devenir, en janvier 1981, chef de l'Etat, du gouvernement et des armées. Au détriment de son Premier ministre, Joao Vieira, un Noir « ciré ». Quatre jours plus tard, « général Nino » renverse la vapeur.

De nombreux observateurs évoquent la situation économique désastreuse de la Guinée pour expliquer le putsch : pénuries alimentaires, trafics mal camouflés de la famille Cabral, dépenses de prestige. Certes, mais la santé économique de la Guinée aurait-elle été florissante que le coup d'Etat aurait sans doute quand même eu lieu. Car, que les cadres métis occupent des postes de responsabilité, rien de plus normal, si, dans un premier temps, ils sont effectivement les seuls qualifiés pour le faire. Mais il y avait de l'abus et une volonté manifeste des métis de ne pas permettre la percée des Noirs.

Mais on s'interroge sur le rôle qu'aurait pu jouer la Guinée Conakry. Un litige à propos d'une zone pétrolière *off-shore* a opposé en effet les deux pays. On a noté l'enthousiasme de Conakry à l'annonce du changement de régime à Bissau, mais il est peu vraisemblable

que la Guinée ait quoi que ce soit à y voir : son président a d'ailleurs toujours fait des déclarations fracassantes lorsque le régime d'un pays, avec lequel il avait des problèmes, tombait. N'empêche au Sénégal et en France, on voit sous cette affaire la main de Sékou Touré. Et celle de Moscou ? Samedi soir 15 novembre, une centaine de Soviétiques de Bissau ont été regroupés dans l'hôtel du 24-Septembre. Mesure de sécurité ou geste ostentatoire destiné à prouver que l'URSS n'était pas dans le coup ? Difficile à dire au lendemain du putsch.

On peut se demander aussi si ce renversement de situation ne va pas profiter à Cuba. Le 15 novembre, le Cap-Vert, qui a condamné le coup et annoncé qu'il se réservait le droit de revoir ses positions concernant les relations entre les deux pays, s'est déclaré prêt à rapatrier les Cap-Verdiens qui le désiraient. Les créoles ayant concentré tous les pouvoirs, leur départ ou leur éviction va créer un vide que Cuba pourrait bien essayer de combler.

Lisbonne, pour sa part, craint une gauchisation de Bissau. Mais Nino est avant tout un nationaliste modéré qui n'entend pas remettre en cause les grandes options de son pays. Dans un télégramme à Aristides Pereira, Secrétaire général du PAIGC, il réaffirme sa fidélité au parti. Seul le projet d'union Bissau-Praia est définitivement remis en question.

Mais, pour sa survie et son indépendance, la Guinée-Bissau est condamnée au pragmatisme et à maintenir au mieux l'équilibre entre l'influence du Sénégal et celle de la Guinée Conakry.

Un avertissement

Mais surtout, le coup d'Etat du 14 novembre revêt une importance qui dépasse les frontières nationales et régionales. Nul doute qu'en Angola et au Mozambique, où métis et *assimilados* dominent également, le putsch a pris l'allure d'un avertissement. Car, comme au Libéria, on a assisté au sursaut de la communauté autochtone qui n'accepte plus la domination d'une minorité étrangère par l'origine ou le comportement.

LUIS Cabral, President of Guinea-Bissau was overthrown in what was apparently a Guinean-backed *coup* on November 16. Deteriorating relations with Guinea-Conakry and disagreement within the ruling PAIGC over the proposed unification with Cape Verde appear to have been the major factors. The *coup* leader is Major Bernardo Vieira, Prime Minister for the past two years, and one of the first actions of the *coup*-makers was to release Rafael Barbosa from the jail where he was serving since 1977 a life sentence of 15 years with hard labour for a *coup* attempt. Announcing his *coup* in the traditional manner over the radio, Major Vieira claimed to have taken power to "put an end to the suffering of the people."

The real motives appear less altruistic. Major Vieira was in Conakry the week before the *coup*, which appears to have taken President Cabral and his government totally by surprise, and President Sekou Touré immediately announced his recognition of the new regime, the first African head of state to do so. Portugal is also expected to announce its recognition of Major Vieira.

In recent months, Guinea-Bissau had become embroiled in an increasingly bitter dispute with neighbouring Guinea-Conakry over an offshore oil deposit in the area of the Bijagos archipelago. The area in question was unilaterally annexed by Guinea-Conakry in 1962 by a decree extending its maritime boundary to the north. This decree was cancelled after Guinea-Bissau's independence and has been used by Guinea-Bissau to support its rejection of Guinean efforts to send in US oil companies to prospect the area.

Despite Guinea-Conakry's support for the PAIGC during its war with the Portuguese, relations have been deteriorating, with disputes over refugees and fishing boats. In mid-November the Guinean ambassador in Paris warned the possibility of "serious conflict", accusing unnamed countries, but by implication the Soviet Union, of exercising influence on Guinea-Bissau to be intransigent.

Although President Luis Cabral is not a Cape Verdean, as was his assassinated half-brother Amilcar Cabral, he has consistently supported the idea of unification with Cape Verde. This has always been one of the principal policy objectives of the PAIGC which is the ruling party in both Cape Verde and Guinea-Bissau.

A new constitution was recently adopted in Cape Verde by the National Assembly providing for simultaneous elections with those in Guinea-Bissau as a step towards unification. Significantly, the constitution provides that Ministers must all be Cape Verdeans. A new constitution was also adopted only a week before the *coup* in Guinea-Bissau, emphasising the powers of the President, but not making a similar stipulation that

Ministries should be held only by Guineans. Major Vieira's *coup* in this respect appears to be similar to the attempted Nitista *coup* in Angola, which was overtly anti-*mestizo* and anti-White. It is expected that the new regime, which is dominated by Guinea's military leaders, may attempt to repatriate all Cape Verdeans resident in Guinea-Bissau.

President Cabral is under arrest in Bissau under a guarantee of safe-keeping, but at least two of his closest colleagues, Antonio Buscardini, head of security, and Otto Schatt, a senior PAIGC member, have been killed; while Vasco Cabral, the Planning Minister, and brother of the President, has taken refuge in the Swedish Embassy in Bissau.

One question remains - how the army, many of whom were veterans of the guerrilla war against Portugal, could turn against Cabral. The answer may lie in the defence budget presented a week before the *coup*, which provided for cuts in spending and more demobilisation.

ALLEGATIONS

by South Africa that President Siaka Stevens had proposed renewal of "dialogue" with the Pretoria Government has brought a sharp denial from the Sierra Leone Ministry of Foreign Affairs. President Stevens, this year's chairman of the OAU, had written a letter to South African Premier P.W. Botha protesting at the formation of the Presidential Council, which he described as a display of "political effrontery" to the Black population. The statement from the Foreign Minister, issued shortly after a visit by President Stevens to the United Kingdom, denied there had been any other correspondence, and described the allegations circulating in certain quarters as a calculated attempt to mislead world opinion.

Two other West African states, Liberia under President Tolbert and the Ivory Coast, were involved in "dialogue" attempts with South Africa during the Vorster Premiership. Among the revelations of the Muldergate scandal was the involvement of the former BOSS chief, General van den Bergh, in promoting dialogue against Vorster's initial reluctance.

WEARING

of military uniforms, except by members of the armed forces and paramilitary units, has been forbidden in Upper Volta in terms of a decree issued by President Lamizana. In a broadcast to the nation on November 12, the President claimed that a strike organised by primary school teachers had been taken over by "disorderly elements." He claimed that a small group of people from outside the country and acting under the cover of trade unionism had organised itself into a small army with weapons supplied by the real brains

behind the operation. The intention, it was claimed, was to use a planned demonstration to pose as members of the armed forces and incite a riot by firing on the crowd.

The President accused the Upper Volta Trade Union Confederation, which had planned a peaceful march on November 13 of being manipulated by "power-hungry" politicians, and claimed that the demands of a legitimate trade union nature had already been granted or could have been presented through legitimate channels.

SENEGALESE

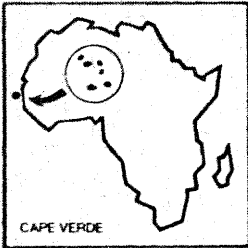
troops have moved into Gambia at the request of President Dawda Jawara to help with security. It was claimed that pro-Libyan elements were threatening the country's stability. Senegal's willingness to intervene is due to its fears of Libyan encouragement of pro-Islamic republican forces inside Senegal. There have been several demonstrations against President Senghor's government in Dakar and surrounding areas. It is accused of following a pro-Western social policy, for example in emphasising the teaching of French. The demonstrations, which are being publicised by the Libyan *Jana* news agency as a "popular uprising" are in support of the Arabisation of the teaching in schools and universities and the spread of the Islamic faith which encompasses 90% of the population.

TWO

Malawi air force officers have flown into Tanzania and requested political asylum. The Tanzanian Ministry of Foreign Affairs has announced that a Malawi military transport plane landed at Songea, in south-western Tanzania, on November 6 and that the two pilots were being held for questioning.

In October, 12 army officers fled Malawi for Zambia also asking for asylum. These events confirm speculation that there is unrest in the Malawi armed forces. Early this year the army commander, General Graciano Mata were, was forced out of office, being replaced by Maj Gen. Melvin Maluda Kanga. Kanga comes from central Malawi, President Hastings Banda's own home province.

Meanwhile in London, the secretary-general of the ruling Malawi Congress Party and Minister without Portfolio in Banda's administration, Bakili Muluzi, has met with representatives of the Malawi Support Committee. The committee, which was established last year and supports the return of "full democratic human rights" in Malawi, raised the issue of Malawi's exiled political opposition, and asked Banda's government to reveal the number of political prisoners currently being detained. "For security reasons," the Malawi authorities replied, "it is not possible to provide the information sought by this question".



CAPE VERDE FORMS NEW PARTY

FOLLOWING the coup in Bissau last November, the leaders of *Partido Africano da Independencia do Guine e Cabo Verde* (PAIGC) called a meeting of Cape Verdian militants of the party which had formerly united Cape Verde and Guinea-Bissau.

The coup had been condemned by the PAIGC National Council in Cape Verde within hours. Any coup against the assistant Secretary-General of the party, they said, was a coup against the party itself. Coup leader Nino Vieira, disagreed and since then has maintained that the PAIGC remains intact, despite its deputy leader's being deposed from government.

Shift

Since the coup, however, the PAIGC in Guinea-Bissau had been all but taken over itself by the Council of the Revolution. In any case, the coup leader was not only former Prime Minister of Guinea-Bissau but also belonged to PAIGC's highest echelons in that country. He was therefore subject to the authority of the party and of its secretary-general, Aristides Pereira. Using the democratic organs of the state, notably the People's National Assembly (PNA) which was in session until a few days before the coup, or the party machinery, Luis Cabral could have been deposed within the party. By carrying out a coup, said Pereira and the Cape Verde National Council, Vieira and the others had placed themselves "outside the party". If they now controlled the party's structures, then the party, *de facto*, had ceased to exist.

Such was the atmosphere in which 150 delegates representing PAIGC throughout the islands and in Cape Verdian communities abroad assembled in Praia, the capital, on January 16.

For four days the debates and speeches continued, perhaps more intensely because the leadership had decided not to give a clear indication which way the decision should go. That had been left to the delegates, many of whom had never before attended such a large gathering, to decide.

Secretary-General Pereira had, however, given leadership on some points in his opening address to the conference. "Unity", he said, "was never imagined, conceived or presented as a dogma to be

The November coup in Bissau triggered the setting up of a new political party in Cape Verde. *Colm Foy* describes the birth of the PAICV. . .

defended or practised against or despite the will of the people".

The coup makers of Bissau had "slandered" the party leadership by alleging that unity was being forced on the people of Guinea-Bissau. This aspect of PAIGC had been called into question. "So in the face of the situation created by the coup in Bissau," Pereira went on, "and because of an institutional void in the supra-national level of the party, we are obliged to make some administrative changes, especially as regards duties and powers, so that the senior leaders of the national party organisation can carry out their duties as the leading political force in the country, and which they must carry out alone." The door was thus being left open for the dissolution of PAIGC.

Necessary step

Delegates in Praia maintained an admirable level of security and no hint of what direction the conference was going was given. On the fourth day, however, waiting observers heard that the confer-

ence was going to transform itself into a congress - the necessary step for the formation of a new party.

On 20 January 1981, exactly eight years to the day after the murder of PAIGC's founder, Amilcar Cabral, the existence of PAICV (African Party for the Independence of Cape Verde) was proclaimed to the waiting crowd outside the Domingos Ramos Liceu in Praia.

Coup leader

In the general resolution of the congress, the PAICV was endowed with the "entire historical, political and ideological legacy of PAIGC and the thoughts of Amilcar Cabral as its guide to action." Prime Minister Pedro Pires, who is also assistant Secretary-General of the new party, explained in his speech to the crowd that the new party was set up solely in response to the events in Bissau and in no way represented a political or ideological shift. Unity, far from being abandoned, would be preserved as a central theme of the new party, but for reasons of realism, progress towards that goal would necessarily be slower.

The crowd listened in silence to the announcements and speeches, occasionally clapping here and there. It was not a time for rejoicing. When, at the end, the traditional slogans were called out, the one that got the loudest response was "Viva o povo de Guine-Bissau!" (Long live the people of Guinea-Bissau!)



Will the change affect this Praia market woman?

AFRIKA

Menschen im Hotel

Ein Militärputsch beendete im westafrikanischen Guinea-Bissau die Vorherrschaft der Elite von den Kapverdischen Inseln. Aber wer organisierte den Putsch?

Der Staatsstreich dauerte nicht einmal drei Stunden. Soldaten besetzten Ministerien, Flughafen und Rundfunkstation. Dann stürmte ein Sonderkommando die Gemächer des Staatschefs und stellte Präsident Luis Cabral



Juntachef Vieira
Schliff in Moskau und Havanna

unter Hausarrest. In den Frühenachrichten konnte Radio Bissau am vorletzten Samstag vermelden, die bissauische Revolution sei „in eine neue Ära getreten“.

Die neue Ära begann mit einer Säuberung: Die zwei Parteibosse Otto Schucht und António Buscardini wurden liquidiert, das Kabinett aufgelöst, nichtschwarze Beamte suspendiert.

Die Militärregierung, die der Juntachef und bisherige Premier João Bernardo Vieira einen Tag später vorstellte, spiegelte schon optisch den Hauptgrund des Putsches wider: Sie besteht

ausschließlich aus Schwarzen. Damit sind die helleren Mischlinge von den der westafrikanischen Küste vorgelagerten Kapverdischen Inseln, die bislang die Geschicke des Landes leiteten, fürs erste kaltgestellt. Gescheitert ist einstweilen auch Cabrals Lieblingsidee: die Fusion Guinea-Bissaus und der Kapverden zu einem sozialistischen Einheitsstaat.

Die Bissauer fühlen sich schon seit Kolonialzeiten von den cleveren Insulanern ausgebeutet. Die Braunen, unter ihnen auch Cabral, schöpften überall den mageren Rahm ab. Sie hielten fast alle Spitzenpositionen im Staatsapparat besetzt und leiteten den größten Teil der bissauischen Staatseinnahmen in die Schatullen des Bruderstaates um.

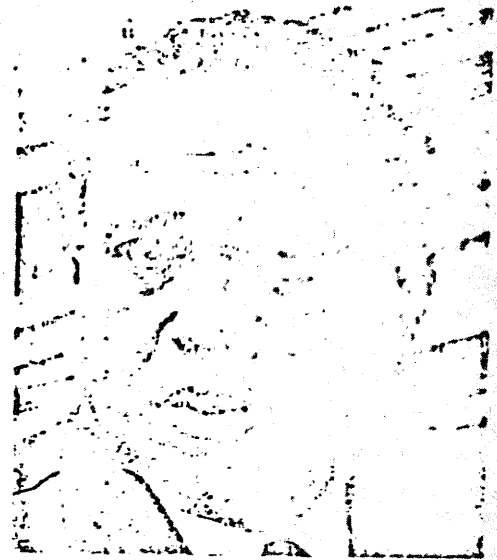
Der neue starke Mann will die Tauen zu den Brüdern im Atlantik radikal kappen. Vieira, den seine Landsleute in Anerkennung seiner Verdienste um die Unabhängigkeit den „Che Guevara Afrikas“ nennen, hat seinen ideologischen Schliff in Moskau, Havanna und Ost-Berlin erhalten.

„Gewisse Beobachter“, so der Pariser „Monde“, schließen aus der straffen Organisation des Putsches, „daß die Kubaner und Ostdeutschen ihre Finger im Spiel hatten“, um den sowjetverdrossenen Marxisten Cabral zu stürzen, der im Begriff stand, die Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Portugal zu reaktivieren. Am Montag wurde denn auch im „Hotel des 24. September“ eine gerade eingetroffene etwa hundert Mann starke Gruppe sowjetischer „Berater“ gesichtet.

Kuba und die DDR haben seit langem starken Einfluß in der heruntergewirtschafteten Mini-Republik. Castro-Instrukteure drillen bissauische Soldaten, DDR-„Experten“ kontrollieren Polizei, Verwaltung, Rundfunk und Presse. Nur die Versorgung der rund 700 000 Bissauer mit Lebensmitteln ist Sache des Westens.

Zuweilen freilich vermag der Westen Hilfe nur unter Schwierigkeiten anzulanden. Im Sommer 1978 etwa mußte ein Frachter aus der Bundesrepublik mit tausend Tonnen Reis im Nachbarland Gambia löschen: Die Regierung Cabral hatte plötzlich die Annahme des Geschenkes zu den mit Bonn ausgehandelten Konditionen verweigert, weil die formell auch West-Berlin in den Vertrag miteinbezogen. Eine zweite Sendung aus der Bundesrepublik gelangte dezimiert zum bissauischen Verbraucher, weil randalierende Hafendarbeiter giftige Chemikalien darüber ausgegossen hatten.

Eine DDR-treue Lobby von deutschsprechenden Ministern vorwiegend kapverdischer Abkunft sorgte dafür, daß Bonn am Rio Corubal nie recht Fuß fassen konnte. Im benachbarten Senegal akkreditierte westliche Diplomaten wollen gar wissen, die westdeutsch-bissauische Annäherung wäre ein gutes Stück weiter, wenn die ost-

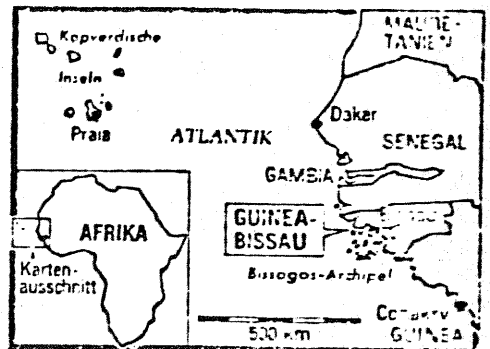


Gestürzter Präsident Cabral
Sekretärin aus der DDR

deutsche Sekretärin Cabrals ihrem Chef nicht ständig die Demarchen des Bonner Botschafters unterschlagen hätte.

Einen anderen Konflikt könnte der Putsch des Comandante Vieira allerdings beenden: die mehrere Jahre alte Auseinandersetzung mit dem Nachbarland Guinea, die mehrfach in einen heißen Krieg umzuschlagen drohte.

Das große und das kleine Guinea hatten sich nicht über die Nutzungsrechte einer Erdölblase einigen können, die US-Prospektoren im Gebiet des Bissagos-Archipels vor der bissauischen



Küste vermuten. Nach groben Schätzungen ist der Ölschatz gut für 500 000 bis eine Million Tagesbarrel. Das wäre für Guinea und erst recht für Guinea-Bissau das Ende fast aller finanziellen Sorgen.

Noch im September hatte Guinea's Staatschef Ahmed Sékou Touré gedroht, Guinea werde „sein gutes Recht“ notfalls mit Waffengewalt verteidigen.

Davon ist nun nicht mehr die Rede. Vorige Woche war das Nachbarlandsverhältnis plötzlich wieder im Lot. Sékou Touré gratulierte den Putschisten, bevor die überhaupt den Umsturz bekanntgegeben hatten.

Woher Sékou Touré so früh davon wußte, blieb sein Geheimnis.

Para onde vai a Guiné-Bissau ? Para onde vai Cabo Verde ?

No dia 14 de Novembro de 1980 uma sublevação militar derrubou o regime de Luís Cabral na Guiné-Bissau e, a partir daí, o processo de unidade com Cabo Verde praticamente morreu. Houve algumas tentativas para retomar o diálogo mas isso não impediu Cabo Verde de proclamar um novo partido na sua Conferência Nacional de militantes, funcionar como Congresso. Nasceu assim o PAICV, Partido Africano para a Independência de Cabo Verde.

No meio destes acontecimentos que é feito do PAIGC? Continua de pé o sonho da Unidade e o caro a Amílcar Cabral?

A Guiné-Bissau mantém a sigla do PAIGC e acusa Cabo Verde (e especialmente Aristides Pereira) responsável pela ruptura.

Uma questão pelo menos é certa: a Guiné-Bissau e Cabo Verde encetaram um novo caminho. Para onde? É difícil prever... "Três Continentes" continuará a interessar-se pelo destino destes dois países africanos. Nos próximos números estaremos dispostos a aprofundar o debate e a polémica, pois não adianta ninguém ignorar os factos.

(J. A. R.)

MENSAGEM DE ANO NOVO DE NINO VIEIRA

CAMARADAS E COMPATRIOTAS!
POVO DA GUINÉ-BISSAU!
O ANO DE 1980 ESTÁ A TERMINAR!

No limiar de mais um ano na vida do povo heróico da Guiné-Bissau que foi marcado pela acção revolucionária do Movimento Reajustador do 14 de Novembro, movimento cujos objectivos fundamentais são os de restabelecimento da justiça, da fraternidade e da dignidade do nosso povo africano, queremos em nome do Conselho da Revolução e em nosso nome próprio, saudar calorosa e militantemente todo o nosso povo, homens, mulheres, velhos e crianças que se encontrem nos campos, ou nas cidades quer ainda no estrangeiro.

CONSTITUIÇÃO DO PAICV

PROCLAMAÇÃO

A 14 de Novembro de 1980 um duro golpe foi desferido, em Bissau, contra o Partido que, desde 1956, vinha conduzindo a luta dos povos da Guiné e Cabo Verde pela sua libertação, progresso e felicidade.

Organizado na base de um nacionalismo estreito e utilizando argumentos racistas, o golpe de Bissau foi orientado, desde as primeiras horas, no sentido da destruição do processo da unidade Guiné-Cabo Verde. As acusações caluniosas de colonialismo e hegemonia dirigidas pelos autores do golpe contra a nação cabo-verdiana e a reconciliação com os inimigos do PAIGC, são disso clara manifestação.

Guiné-Bissau

O ano de 1980, que iniciou a década considerada do Desenvolvimento, foi um ano marcado pelo esforço de aproximação entre os países, no sentido do reforço da paz e da cooperação entre os povos.

Não obstante a existência de pólos de confrontação, as nações e os seus dirigentes conseguiram sempre encontrar fórmulas de entendimento que contribuíram para a diminuição dos focos de tensão e o alargamento do clima de confiança mútua e de solidariedade.

Para o nosso povo, o ano de 1980 foi difícil. Registamos pela primeira vez uma situação de crise alimentar geral, de fome em várias áreas do território nacional.

É evidente que o clima, as condições climáticas não tem favorecido o nosso esforço de produção e sobretudo no domínio das culturas alimentares. No entanto, embora não seja nosso objectivo fazer um balanço do que tem sido feito ao longo destes anos primeiros da Independência, importa informar ao nosso povo qual a situação económico-social para que todos, irmanados nos ideais da construção de um país próspero consigamos encontrar os remédios para reabilitar a saúde da nação.

O FOSSO ENTRE A CIDADE E O CAMPO

Caracterizando em grandes linhas, a situação económica nacional, devemos reconhecer que as orientações preconizadas no programa do PAIGC e retomadas nas Resoluções do 3.º Congresso estavam a ser frontalmente desvirtualizadas.

Assim, embora se preconizasse o desenvolvimento harmonioso do país verificamos que na prática a cidade de Bissau constituía o polo de excessiva concentração de investimentos, da ordem dos 50% em detrimento evidente das zonas rurais do interior que representam cerca de 90% da população.

Esta incorrecta orientação aprofundou o fosso entre a cidade-capital e o campo provocando em consequência fenómenos secundários, tais como a aceleração do êxito rural e a diminuição do estímulo dos camponeses em assumir o seu próprio desenvolvimento.

Por outro lado, não obstante a orientação do Partido no sentido de favorecer as largas massas e

Cabo Verde

Esse acto constituiu violação flagrante de todos os princípios do PAIGC, atingindo-o gravemente nos seus próprios fundamentos.

A acção golpista não se limitou à esfera do estado guineense tendo feito substituir a direcção partidária na Guiné-Bissau por um "Conselho da Revolução" política, ideológica e organicamente estranho ao PAIGC, que foi assim derrubado do poder. O Secretário-Geral Adjunto do PAIGC foi preso e encontram-se ainda nas prisões outros dirigentes. Alguns dos mais altos responsáveis foram mortos.

O golpe teve como consequência grave a inviabilização das estruturas de direcção supranacional do PAIGC, as quais se viram bloqueadas e, desta forma, esvaziadas do seu conteúdo.

Com a sua acção antipartidária — com os métodos e argumentos utilizados —, os autores do golpe de Bissau destruíram as bases em que assentavam a opção e o processo da unidade: a identidade ideológica, a confiança mútua, a igualdade de responsabilidades.

Face a esta situação e tendo em conta a sua responsabilidade perante o povo cabo-verdiano e a África, a organização nacional do PAIGC em Cabo Verde assumiu o carácter de partido nacional, chamando a si a responsabilidade de garantir a salvaguarda das conquistas já alcançadas e o prosseguimento da marcha vitoriosa para a realização integral dos objectivos da luta.

Assim,

A Conferência Nacional dos militantes do PAIGC em Cabo Verde, erigida em Congresso,

PROCLAMA a existência de um partido nacional em Cabo Verde, o qual passará a denominar-se PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV).

O PAICV surge no itinerário histórico do PAIGC, como um imperativo da luta do povo de Cabo Verde, cujas conquistas devem ser preservadas e desenvolvidas no interesse das gerações presentes e vindouras.

Ao assumir essa missão histórica e revolucionária, o Partido Africano da Independência d Cabo Verde, que reúne no seu seio os mesmos militantes que, na vanguarda do povo cabo-verdiano, vêm conduzindo a sua luta pela independência, progresso e justiça social, proclama a sua fidelidade ao pensamento de AMÍLCAR CABRAL, o qual continuará a quilar a sua acção.

Guiné-Bissau

em particular as camadas mais desprotegidas da nossa população, o esforço do desenvolvimento centrou-se nestes últimos anos, na criação das grandes infra-estruturas nacionais em prejuízo das pequenas infra-estruturas locais como, por exemplo, a abertura de vias de acesso para desencravar as áreas de produção ou as pequenas obras de engenharia rural que facilitariam o combate às irregularidades das chuvas.

O ritmo de implantação de infra-estruturas e equipamentos complexos e sofisticados que exigem uma mão de obra especializada e uma assistência técnica que sendo dispendiosa estava para além dos conhecimentos técnicos nacionais, era muito veloz. Isso comprometia seriamente o almejado desenvolvimento que deveria beneficiar em primeiro lugar as massas camponesas que contribuíram com o maior esforço para a libertação nacional.

Os desvios na condução da política económica e financeira do país tiveram como reflexo uma situação interna catastrófica caracterizada por graves e persistentes déficits no Orçamento Geral do Estado sem que jamais se tivessem tomado as medidas adequadas.

A nossa balança de pagamentos é altamente deficitária.

Em 1980 importamos um milhão e oitocentos mil contos de mercadorias e só exportamos quatrocentos mil contos o que representa uma taxa de cobertura de 22,2%.

Herdamos pois uma pesada dívida externa, devido à política irresponsável do anterior regime.

Caros camaradas e compatriotas:

Acabamos de descrever em traços largos a base da qual teremos de partir para construir na nossa terra a pátria por que lutou e morreu Amílcar Cabral, Domingos Ramos, Pansau Na Isna, Osvaldo Vieira, Titina Silá e tantos outros que, abnegadamente, se deram ao trabalho que devemos continuar.

INTRODUZIR CORRECÇÕES NECESSÁRIAS

Como resolver esta situação deveras grave? Quais as soluções a encontrar para reorientar a nossa vida em todos os aspectos, económicos, social e cultural?

Cabo Verde

Como legítimo continuador da missão histórica do PAIGC à frente da luta do povo cabo-verdiano, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV), baseado na confiança das massas populares, nos seus militantes — nos quais estas vêem a garantia da defesa dos seus interesses e da realização das suas profundas aspirações — assume a plenitude da função política dirigente da Sociedade e do Estado.

O Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) define-se como um movimento de libertação no poder, que, no quadro de uma democracia nacional revolucionária, aglutina as forças nacionais no sentido da consolidação da independência política e do desenvolvimento económico e social harmonioso de Cabo Verde.

O Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) assume o conteúdo ideológico do programa do PAIGC, e continuará empenhado na sua materialização com vista à realização do objectivo supremo de luta do povo cabo-verdiano: construir uma nova sociedade de justiça, progresso, liberdade, onde não haja exploração do homem pelo homem.

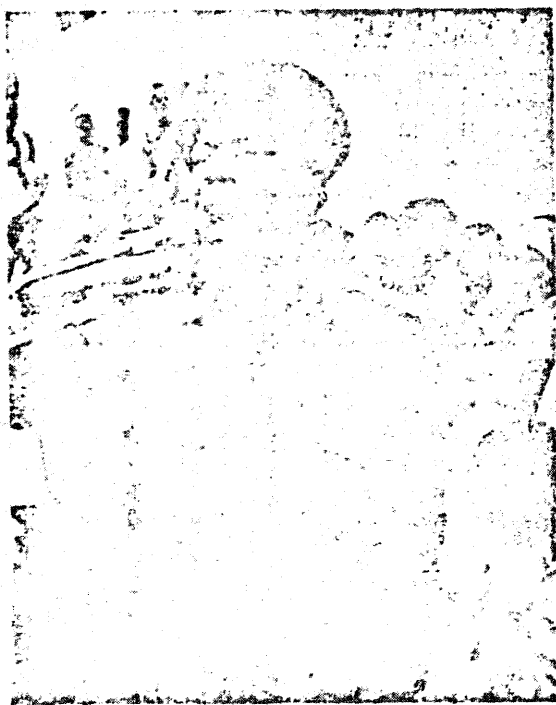
Em coerência com os altos valores que nortearam sempre a luta de libertação nacional e interpretando o verdadeiro sentido da História, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde faz a sua opção pelo princípio da unidade africana, princípio cuja validade histórica foi comprovada na luta dos povos pela sua emancipação, nomeadamente na luta que conduziu à independência nacional os povos da Guiné e Cabo Verde.

O PAICV observará, na esfera política internacional, os princípios que nortearam, nesse plano, a acção do PAIGC. Exprime o seu desejo de manter relações privilegiadas com os partidos e organizações que apoiaram a luta de libertação nacional.

Na construção da sociedade, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) continuará a guiar-se pelas decisões do III Congresso do PAIGC aplicáveis na presente etapa.

O Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) exerce a função política dirigente da Sociedade e do Estado em Cabo Verde estabelecendo as bases gerais do programa político, económico e social de defesa e segurança, definindo as etapas e as vias para atingir os objectivos.

Guiné-Bissau



Comandante Nino Vieira

Impõe-se enfrentar com coragem e determinação a situação vigente, introduzindo as correções necessárias ao bom êxito do empreendimento.

O Movimento Reajustador do 14 de Novembro criou um órgão, o Conselho da Revolução, que assumiu todos os poderes que competiam à Assembleia Nacional Popular, ao Conselho de Estado e ao Governo.

No exercício das suas atribuições, o Conselho da Revolução formou um Governo de Gestão para os assuntos correntes devendo nos tempos mais próximos constituir um Governo Provisório.

Entretanto, o referido Conselho constituiu Comissões de trabalho que devem servir de suporte na definição das grandes orientações para os diferentes sectores da vida nacional.

Como afirmamos noutras ocasiões, vamos aplicar na prática as orientações preconizadas pelo 3.º Congresso do PAIGC que representa, quanto a nós, a via mais correcta para a criação de uma sociedade sem a exploração, onde reine a justiça e a concórdia nacional.

Para a realização desse objectivo teremos em

Cabo Verde

vos fixados para cada uma delas; orientando e controlando o cabal cumprimento do seu programa; associando as massas populares ao exercício do poder, de modo a garantir a natureza democrática do regime e a defesa dos seus interesses.

O programa de desenvolvimento económico e social do Partido visa prioritariamente a liquidação das sequelas da dominação colonial, a conquista gradual e segura da independência económica nacional, a liquidação da exploração do homem pelo homem e de todas as formas de sujeição da pessoa humana a interesses degradantes, em proveito de indivíduos, de grupos ou classes. Para a concretização do seu programa de desenvolvimento económico e social, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) afirma-se como força dinamizadora do aproveitamento nacional e da valorização dos recursos naturais de Cabo Verde e do desenvolvimento das forças produtivas nacionais; promove a elevação constante da capacidade técnica cultural e do bem-estar social dos trabalhadores; estimula a criatividade na base dos valores da cultura nacional.

Na convivência com os outros povos, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) proclama a sua fidelidade indefectível aos princípios que desde sempre orientaram a presença do PAIGC no Mundo, situando-se, deste modo, entre as forças progressistas verdadeiramente empenhadas na luta pela dignificação dos homens e das nações. Como garante da soberania plena, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) aplicará, nas suas relações com o exterior, uma política de estrita observância do princípio da independência de pensamento e acção e praticará a solidariedade com os povos que lutam contra a dominação imperialista.

No desempenho da missão histórica de força política dirigente da sociedade cabo-verdiana, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV) promoverá o estabelecimento e o desenvolvimento de relações de cooperação entre a República de Cabo Verde e todos os Estados, na base do Direito Internacional e dos princípios da independência nacional, da não ingerência nos assuntos internos e da reciprocidade de vantagens.

Assim,

A República de Cabo Verde continuará a

Guiné-Bissau

primeiro lugar, que planear e depois ser rigoroso na execução e controlo dos planos aprovados para os diferentes domínios. Cada cidadão terá que ter a consciência clara de que o seu trabalho constitui um elemento de valor no esforço colectivo para a reconstrução da pátria guineense.

No domínio económico, após uma primeira fase de lançamento das grandes infra-estruturas nacionais, teremos que orientar o nosso desenvolvimento para a realização de projectos menos ambiciosos, de carácter regional e local com vista à viabilização dos investimentos já realizados e principalmente para promover a dinamização das comunidades rurais e da produção agro-pecuária.

O nosso país é essencialmente agrícola. É nesse sector onde se encontra a maior parte da população rural da nossa terra. É desse sector que provém a maior percentagem dos produtos do abastecimento interno e da exportação. Por conseguinte, é este sector que deve merecer a atenção especial do Governo tornando-o efectivamente prioritário.

INQUÉRITOS AO SECTOR ECONÓMICO

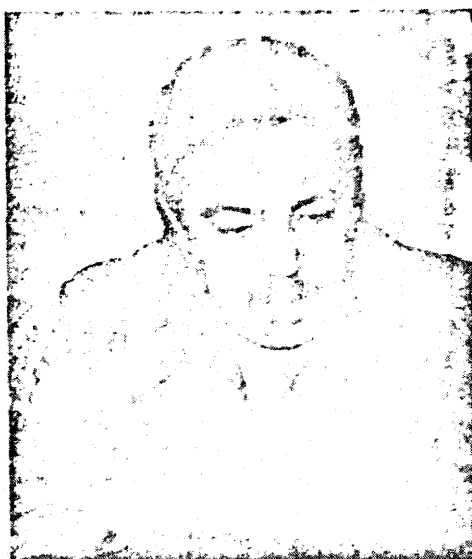
Para que tal aconteça, todos os outros sectores económicos, em especial o comércio e a indústria devem funcionar como sectores de apoio à dinamização do mundo rural.

É nesse quadro que vão ser instaurados inquéritos ao sector económico, estando já em curso uma auditoria aos Armazéns do Povo empresa pública de expressão fundamental na nossa economia.

Esperamos recolher muitos ensinamentos dessa avaliação com vista à defenição clara do campo de acção das nossas empresas públicas como os Armazéns do Povo, desempenharam um papel fundamental na fase heróica da luta de libertação nacional. Devemos reabilitar essa criação do Partido, dando-lhe a sua verdadeira dimensão no quadro da aplicação de uma política comercial justa, que vise a satisfação das necessidades básicas das nossas populações.

Entendemos que o sector privado do comércio tem o seu papel como complemento ao sector público e de elo de ligação entre os centros comerciais e os sectores periféricos tanto no que se refere à distribuição como ao escoamento dos produtos.

Cabo Verde



Comandante Pedro Pires

aplicar uma política de não-alinhamento consequente, designadamente no que se refere ao apoio à luta dos povos oprimidos e ao combate por uma nova ordem económica internacional, a coexistência pacífica, a cooperação entre todos os povos, a paz e o desarmamento geral e completo.

Em África, no plano continental ou regional, o PAICV afirma que Cabo Verde se manterá fiel ao princípio da unidade, concebida como um meio para o progresso dos povos. O Estado de Cabo Verde continuará a participar activamente nas organizações regionais e continentais que visem a materialização dos ideais da Unidade Africana; agirá nomeadamente no sentido de consolidar as relações privilegiadas já existentes entre os países africanos emergentes da luta contra o colonialismo português.

Fundando-se nos estreitos laços gerados na história entre o povo cabo-verdiano e o povo guineense, o PAICV exprime o desejo dos seus militantes de ver desenvolverem-se entre a República de Cabo Verde e a República da Guiné-Bissau relações fraternas de cooperação, em todos os domínios, de acordo com os princípios definidos de política externa e o interesse verdadeiro dos dois povos.

PRAIA, 20 de Janeiro de 1981.

O Congresso do PAICV

Guiné-Bissau

Estas orientações vão exigir uma análise profunda dos projectos em curso e dos que estão na fase de estudo, pois que nós estamos certos que sendo um país economicamente débil, poderemos, se formos rigorosos e sérios na programação das nossas acções superar algumas das grandes dificuldades herdadas.

O Homem é o centro das nossas preocupações. O povo trabalhador da Guiné-Bissau é a nossa maior riqueza.

Portanto, toda a acção no sector económico visa essencialmente a criação de condições materiais para realizar um programa social e cultural promotor da criação das condições físicas e morais indispensáveis ao grande esforço que vai ser exigido a cada cidadão.

SISTEMA LABORAL E A SITUAÇÃO DOS TRABALHADORES

Um dos motivos principais do levantamento do 14 de Novembro foi o restabelecimento da justiça social na base dos ensinamentos legados pelo líder fundador, Amílcar Cabral.

Nesse quadro, urge analisar a situação dos nossos trabalhadores, as relações de trabalho e inclusive o sistema laboral existente.

O ano de 1981 registará o primeiro reajustamento dos vencimentos na função pública. Este acto representará um grande sacrifício para a nossa economia, mas se todos pegarmos teso nos nossos postos de trabalho, se todos formos capazes de agir com civismo e disciplina, poderemos beneficiar futuramente dos frutos do nosso próprio esforço.

No domínio da saúde, todos conhecemos a situação difícil que atravessa esse sector, o estado em que se encontram os hospitais.

A reorganização desse sector vai exigir grandes investimentos e um pesado encargo ao nosso Estado. Esperamos de cada trabalhador desse sector importante um alto grau de consciência para poder participar da preservação dos bens existentes e da recuperação dos que se encontram deteriorados.

Foi nesse sector que se verificou a maior sangria de quadros. Contamos, na base do apelo à concórdia nacional e ao reestudo de determinadas orientações, com o regresso dos referidos quadros e a sua conseqüente integração.

Cabo Verde

RESOLUÇÃO GERAL

I

De 16 a 20 de Janeiro de 1981, previamente convocada pelo Comité Permanente do CNCV do PAIGC, em conformidade com a resolução geral do Conselho Nacional do PAIGC de 23 de Novembro último, reuniu-se na cidade da Praia a Conferência Nacional dos militantes do Partido para analisar a situação criada com o golpe de Estado perpetrado em Bissau a 14 de Novembro, considerar as implicações desse acto nos órgãos supranacionais do Partido, examinar, em particular, as suas incidências na vida partidária em Cabo Verde e adoptar as medidas pertinentes.

Ouvido e debatido o discurso introdutório do Secretário-Geral do Partido, ciente de exprimir a vontade da grande massa dos militantes em Cabo Verde, através dos seus delegados eleitos e mandatados para o efeito, a Conferência Nacional dos militantes do Partido em Cabo Verde:

1 – Aprova o discurso introdutório apresentado pelo Secretário-Geral do PAIGC e decide adoptá-lo como documento da Conferência.

2 – Adopta a intervenção inicial do Presidente do CNCV como documento da Conferência.

3 – Erige-se em Congresso e proclama a existência de um Partido Nacional em Cabo Verde com a designação de "PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV)".

4 – Assume para o PAICV todo o legado histórico, político e ideológico do PAIGC e o Pensamento de AMÍLCAR CABRAL como guia de sua acção.

5 – Adopta para o PAICV o Programa e os Estatutos do PAIGC em tudo o que não seja incompatível com as novas realidades.

II

Tendo em consideração os termos da Proclamação do PAICV como força política dirigente da Sociedade e do Estado;

Havendo necessidade de dotar o PAICV dos órgãos necessários ao seu normal funcionamento; Convindo adequar as leis e as instituições do

Guiné-Bissau

ou locais de trabalho que se destaquem. Sabemos, no entanto, com a imaginação criadora do nosso povo, criar estímulos morais, sociais e materiais que promovam a competição honesta e aberta na edificação da pátria guineense.

Com a amnistia concedida pelo Conselho da Revolução a várias categorias de prisioneiros no passado dia 14 de Dezembro para comemorar o primeiro mês de vitória, demonstramos além da magnanimidade que enforma esse órgão, a nossa firme convicção de tudo fazer para recuperar o Homem integrando-o na dinâmica da construção da sociedade nova a que o nosso povo aspira.

Além das dificuldades da situação económica a que nos referimos anteriormente estamos perante o facto consumado de ter que conseguir cerca de 70 mil toneladas de cereais e outros produtos alimentares para evitar ao nosso povo o sofrimento dos rigores da fome.

A comunidade internacional tem respondido favoravelmente aos pedidos formulados pelo nosso Governo em especial após a reafirmação dos princípios de não-alinhamento consequente e da cooperação aberta com todos os povos na base do respeito mútuo e da reciprocidade de vantagens.

Reafirmamos a nossa firme convicção de desenvolver os laços de amizade com os países e nações do terceiro mundo, da África, com os países vizinhos e em particular os povos africanos de expressão oficial portuguesa.

A nossa cooperação com os países que desde a fase difícil da luta armada de libertação nacional nos ajudaram será preservada, desenvolveremos as nossas relações com os países que têm contribuído na medida das suas possibilidades, para o esforço de reconstrução da nossa terra.

Camaradas e compatriotas:

Vamos iniciar mais um ano de trabalho. A situação que se desenha no horizonte mostra-nos as grandes responsabilidades que cada um de nós, nacional ou estrangeiro, tem na batalha que vamos encetar.

Não podemos pensar que o 14 de Novembro vai resolver os nossos problemas se todos, não fizermos os sacrifícios indispensáveis. Não há milagres na vida das sociedades, não há forças sobrenaturais que possam ajudar-nos nesta tarefa difícil mais exaltante de construir, com as nossas pró-

Cabo Verde

→ — *Orientar e controlar a acção das organizações de massas e outras organizações sociais;*

— *Representar o PAICV nas relações com outros Partidos e com os movimentos revolucionários de outros países;*

— *Criar as comissões julgadas necessárias para orientar os grandes sectores da vida nacional;*

— *Examinar os planos de desenvolvimento económico e social e traçar orientações e directivas gerais a seu respeito;*

— *Fixar o número de delegados ao Congresso;*

c) *Comissão Política — A Comissão Política é o órgão máximo do Partido entre as reuniões da Comissão Nacional.*

A Comissão Política executa as resoluções do Congresso e do CN e decide a política do Partido entre as reuniões do CN na base das resoluções daqueles órgãos.

d) *Secretariado — O Secretariado é o órgão que, sob a direcção da Comissão Política, apoia esta no exercício das suas funções, nomeadamente na direcção da actividade quotidiana do Partido, na definição da política de quadros e no controlo da actividade estatal e das organizações de massas.*

O Secretariado organiza e assegura a execução das resoluções do Congresso, do Conselho Nacional e da Comissão Política.

e) *Comissão Nacional de Controlo e Revisão — A Comissão Nacional de Controlo e Revisão é o órgão a quem compete exigir responsabilidades aos militantes e candidatos que violem os Estatutos, o Programa e a disciplina partidária ou estatal ou que tenham conduta moral ou cívica reprovável.*

À Comissão Nacional de Controlo e Revisão compete nomeadamente:

— *Defender a unidade do Partido contra quaisquer actividades divisionistas;*

— *Implementar a disciplina partidária;*

— *Conhecer dos recursos dos militantes e candidatos sancionados e tomar as decisões correspondentes;*

— *Examinar as queixas dos membros do Partido;*

— *Controlar a gestão das finanças e bens do Partido;*

— *Fiscalizar a celeridade e correcção com que os assuntos são tratados nos órgãos centrais do Partido;*

Guiné-Bissau

→ prias mãos, os nossos pensamentos, com a nossa própria vontade e firme determinação a pátria sonhada por Abel Djassi.

Convido-vos, camaradas e compatriotas, a participarem em mais um combate, este bem difícil, o de merecermos de nós mesmos e sobretudo das gerações vindouras, o respeito pela capacidade demonstrada em incarnar as profundas aspirações deste povo corajoso mas martirizado.

O Conselho da Revolução assegura-vos que tudo fará para canalizar os vossos esforços, escutar atentamente as vossas críticas e sugestões, promover a amizade e confiança entre todos, participar no grande desafio da Humanidade para instaurar, no mundo em que vivemos, uma nova ordem económica e social mais justa e estimulante.

FIDELIDADE AOS PRINCÍPIOS DO PARTIDO

Aos cooperantes que entre nós têm desenvolvido uma acção complementar à dos cidadãos nacionais queremos agradecer e formular os melhores votos de prosperidades pessoais e profissionais.

Camaradas!

Nesta tarefa ingente a que teremos que fazer face, necessitamos de lembrar toda a história passada, chamar a nós toda a experiência acumulada para a colocarmos ao serviço do nosso povo.

É nesse quadro que, na qualidade de Presidente do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC, queremos assegurar-vos que seremos fiéis aos princípios do Partido de Cabral, intransigentes no cumprimento dos ideais por que lutaram os nossos heróis e mártires.

É do conhecimento público a situação existente no seio do PAIGC, após os acontecimentos gloriosos do 14 de Novembro.

Reuniremos brevemente o Conselho Nacional da Guiné para apreciar a situação e tomar as medidas adequadas face às posições assumidas pelo Conselho Nacional de Cabo Verde e, estranhamente, também pelo Governo de Cabo Verde.

→

Cabo Verde

→ — *Auxiliar as instituições de controlo das organizações de massas no cumprimento das suas atribuições.*

2 — *Eleger o Camarada ARISTIDES MARIA PEREIRA para Secretário-Geral.*

3 — *Eleger o Camarada PEDRO VERONA RODRIGUES PIRES para Secretário-Geral Adjunto.*

4 — *Designar, até à realização do próximo Congresso, os camaradas que integravam o CNCV do PAIGC para integrarem o CN.*

5 — *Designar os Camaradas JOSÉ ARAÚJO, HONÓRIO CHANTRE e JÚLIO DE CARVALHO para integrarem o CN.*

6 — *Incumbir o CN de proceder à necessária adaptação dos símbolos do Partido à nova situação.*

7 — *Recomendar o Estado que, pelos órgãos e vias competentes, providencie à adequação das leis e instituições do país, designadamente a Constituição da República e as FARP, à realidade decorrente do golpe de 14 de Novembro.*

8 — *Recomendar as organizações sociais de massas de carácter e vocação unitária que tenham em conta na sua organização e estruturação a interrupção do processo de Unidade Guiné - Cabo Verde.*

III

O Congresso constata que a organização do Partido se encontra bem estruturada, implantada, disciplinada, dinâmica e ideologicamente coesa e com intervenção directa e efectiva em todos os sectores e níveis da vida nacional.

Com vista à consolidação dessa organização, ao aperfeiçoamento da sua acção no seio das massas populares e ao fortalecimento do seu papel de força política dirigente da Sociedade e do Estado, o Congresso recomenda aos órgãos e estruturas do Partido que:

1 — *Continuem a dedicar toda a atenção ao aprofundamento do trabalho político-ideológico, reforçar a vigilância e combater com rigor e firmeza todos os comportamentos e atitudes incompatíveis com a condição de militante.*

2 — *Desenvolvam e aprofundem a prática da democracia interna e o exercício da crítica e da autocrítica.*

3 — *Promovam o aprofundamento contínuo da prática da democracia nacional revolucionária no sentido da mobilização de todas as camadas sociais para participarem activamente no desenvolvimento nacional.*

4 — *Dediquem uma atenção crescente às organizações de massas (JAAC, OM, UNTC) e ou-*

→

Guiné-Bissau

→ Continuamos, como afirmamos desde os primeiros momentos, abertos ao diálogo com os nossos irmãos cabo-verdianos que foram nossos companheiros de armas e de canseiras durante todo o processo de libertação nacional.

Em nome do Conselho da Revolução formulamos para o povo da Guiné-Bissau os melhores votos de prosperidades, felicidades e grandes êxitos na grande obra da reconstrução nacional.

Caros conterrâneos!

Defendamos a nossa saúde, preservemos os bens de que dispomos, criemos um ambiente de fraternidade e de entreatajuda porque,

A luta continual
Mas a vitória é certa!
Sejamos vigilantes com as conquistas de Novembro!
Nó Pintchal

Cabo Verde

→ *tras organizações sociais e demais organismos de participação popular (comissões de moradores, milícias populares, tribunais populares, etc.).*

5 – *Promovam o reforço dos órgãos de defesa e segurança nacional e a reactivação das milícias populares.*

6 – *Intensifiquem o trabalho político junto da emigração e dos estudantes cabo-verdianos no exterior.*

7 – *Organizem missões de informação junto dos Partidos amigos e Governos com que Cabo Verde tem relações de cooperação.*

8 – *Desenvolvam um trabalho político-ideológico no seu seio e nas organizações de massas e entre a população, com vista a dar a conhecer e explicar as posições assumidas e as decisões tomadas pelo Congresso.*

IV

1 – *O Congresso decide que se realize em Março de 1982 o próximo Congresso, para análise profunda da vida nacional e partidária e designadamente para aprovar o Programa e os Estatutos do PAICV e eleger os órgãos nacionais de Direcção.*

2 – *O Congresso congratula-se pelo elevado grau de participação dos delegados e pela forma altamente responsável como decorreram os seus trabalhos e exorta os membros do Partido a se valorizarem como militantes revolucionários para que o povo de Cabo Verde possa dispor de uma organização cada dia mais forte e mais apta a cumprir a alta missão que lhe foi confiada pela História.*

PRAIA, 20 de Janeiro de 1981

O Congresso do PAICV

CABRAL E A UNIDADE

É evidente que para nós o problema de unidade de Guiné e Cabo Verde não se põe por uma questão de capricho nosso; não é porque Cabral é filho de cabo-verdiano, nascido em Bafatá, que tem amor grande pelo povo da Guiné, mas também grande amor pelo povo de Cabo Verde. Não é nada por isso, embora seja verdade. Eu vi gente morrer de fome em Cabo Verde e vi gente morrer de açoites na Guiné (com bofetadas, pontapés, trabalho forçado), entendem? Essa é que é toda a razão da minha revolta. Mas a razão fundamental da luta pela unidade da Guiné e Cabo Verde decorre da própria natureza da Guiné e Cabo Verde. São os próprios interesses da Guiné e Cabo Verde que nos levam a isso. Qualquer pessoa que não seja ignorante e que estude os problemas a sério, que conheça a história a fundo, tanto relativamente às etnias da nossa terra, da Guiné e em Cabo Verde, como à história colonial, essa pessoa, se tem de facto interesse no avanço do nosso povo, tem que ser a favor da unidade da Guiné e Cabo Verde. Mas mais, dentro das possibilidades da luta concreta para nossa terra, na Guiné e em Cabo Verde, qualquer pessoa que quer lutar a sério, como o PAIGC conseguiu lutar e está a lutar, pode compreender uma coisa, pela análise, estudando o problema a fundo, que é o seguinte: não era possível a luta na Guiné se não fosse em conjunto, unidos — PAIGC. Não era possível a luta em Cabo Verde, se não fosse em conjunto, unidos — PAIGC. (...)

(*"A Arma da Teoria"*, vol. I)

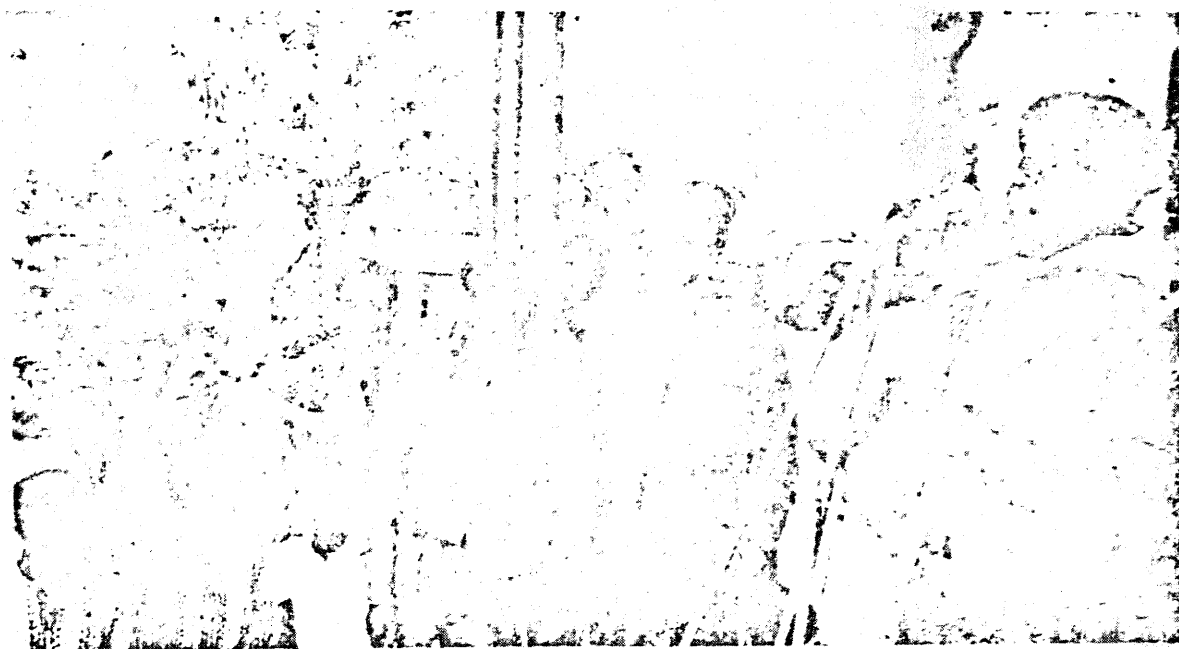
GUINÉ-BISSAU: Os equívocos de um golpe de Estado

Como foi largamente veiculado pela imprensa internacional, na noite de 14 de Novembro do ano passado, um grupo de oficiais das Forças Armadas da Guiné-Bissau (FARP) mudou os órgãos de poder do país de Amílcar Cabral.

As reacções foram diversas e adversas, notando-se uma inquietude no seio das forças revolucionárias, um pouco por todo o Mundo, que sempre interpretaram o processo guineense como sendo uma experiência extremamente importante na sua dimensão social e política.

A imagem do PAIGC acabara de ser mutilada e as análises precipitadas dos jornalistas e militantes tomaram a direcção das mais variadas especulações. Para não cairmos no mesmo erro impõe-se uma análise de fundo, que permitirá compreender a génese do "movimento reajustador do 14 de Novembro".

Quais eram então os motivos que fizeram aqueles soldados levantar de novo os canos das armas na capital da ex-colónia portuguesa?



O Comandante Nino Vieira dirigindo ao povo da Guiné-Bissau a sua Mensagem de fim de ano

I. ORIGENS E GÉNESE DE UM GOLPE

1 - CRISE ECONÓMICA E CORRUPÇÃO

Após a Independência, a Guiné-Bissau caiu, através de alguns dos seus dirigentes, nos erros que A. Cabral criticou porque foi capaz de os prever. *"Após a tomada do poder estatal, a ambivalência do papel da pequena burguesia assumirá toda a sua amplitude, na questão da independência nacional"*. A pequena burguesia estaria confrontada, como dizia Amílcar Cabral, com duas posições: trair-se como classe, o que ele chamava, com certo sentido irónico, suicídio, ou trair a Revolução. Esta escolha impunha-se pouco a pouco, e a balança pendia mais para o lado negativo.

Na Guiné-Bissau de hoje, 7 anos após a proclamação unilateral da Independência, os problemas básicos de subsistência não estavam resolvidos. Dias antes do golpe de Estado, não havia nos mercados da Capital, nem arroz, nem batatas, nem leite, nem pão.

A agricultura, definida como sector prioritário a desenvolver em todos os programas partidários e governamentais, sofreu uma recessão espectacular. Mesmo os produtos de base não conseguiram escapar a esta carambolagem total: as produções de arroz e de amendoim — as mais importantes — desceram na ordem dos 30% depois da Independência.

A prioridade dos investimentos era dada à indústria, concentrando-se estes na Capital (51% dos investimentos para 16% da população em 1979-1980). Projectos de prestígio, tais como a construção de um complexo agro-industrial em Cumerú, extremamente sofisticado e desproporcionado em relação à situação económica do país, bem como outras fábricas, tais como as de oxigénio e acetileno e de montagem de automóveis "Citroen", mostravam o desvio das posições sempre assumidas pelo PAIGC em relação à estratégia de desenvolvimento.

Mas era sem dúvida no comércio que a corrupção se tornava mais nítida, sendo fácil de medir até que ponto *"as luvas"* das empresas estrangeiras estavam a jogar no desequilíbrio iminente da estrutura económica guineense. As numerosas ofertas em produtos, vindas dos mais variados países, eram vendidas pelos Armazéns do Povo sem que esses fundos fossem contabilizados. Parentes próximos do Presidente deposto, bem como o Comissário do Comércio, Indústria e

Artesanato, estão extremamente comprometidos em negócios sujos que levaram a Guiné-Bissau a uma situação catastrófica. À crise económica acrescenta-se a crise financeira, que atirou o país para a bancarrota. Certos dirigentes permitiam-se férias nas Canárias ou na Suécia, enquanto o Presidente Luís Cabral fazia visitas de cortesia e avião a jacto baptizado *"Sakala"*.

Não há meios para descrever o caos que se vivia na Guiné-Bissau nestes últimos tempos, o que originou um sussurro popular em crioulo, muito comum ultimamente na Capital, de que *"Anós nó óssal"* (*"Nós atrevemo-nos!"*), fazendo menção à corrupção, é claro.

2 - ESTRUTURAS PARTIDÁRIAS BLOQUEADAS

O PAIGC estava doente desde a morte de Amílcar Cabral. As contradições que cresceram depois da morte do fundador da nacionalidade guineense e cabo-verdiana não pararam de aumentar depois da independência dos dois países.

O III Congresso do PAIGC mostrava que o Partido estava dividido. Com efeito, um grupo de intelectuais, próximo de Luís Cabral, tentará disfarçar dessa situação de crise para relançar um novo sopro no interior das estruturas. São criados os secretariados de organização do Partido na Guiné e o novo Conselho Nacional da Guiné do PAIGC nascerá mais tarde, à semelhança do que já acontecia em Cabo Verde. Criam-se assim duas entidades nacionais paralelas, dirigidas por uma direcção supranacional.

Fala-se muito sobre o predomínio dos cabo-verdianos nessa direcção supranacional, coordenada pelo Secretário-Geral do PAIGC, Aristides Pereira. O problema tem de ser visto de um ponto de vista de classe! O que está em jogo são concepções diferentes de sociedade, ou de construir uma sociedade.

Essas contradições vão agudizar-se com a prepotência cada vez maior das estruturas de controlo. Controlo no seio do Partido, através de José Araújo, Secretário Executivo do CEL (Conselho Executivo da Luta), mas também através dos aparelhos de segurança militar e civil.

A contestação foi crescendo no seio da massa militante e a desmobilização foi marcando pontos. A falta de uma análise correcta da situação, surgiu o bode expiatório dos cabo-verdianos.

A tendência de argumentar sobre o carác-

ter desnecessário da Unidade Guiné-Cabo Verde foi ganhando adeptos e o poder não foi capaz de "tapar a boca ao povo" por não possuir capacidade de discussão dentro das estruturas.

Efectivamente, as estruturas estavam bloqueadas e, quando isso acontece em situações idênticas, o resultado é o reforço dos aparelhos de repressão.

Mas o elemento interessante na situação da Guiné-Bissau é verificar-se que, mesmo no topo da direcção, as vias partidárias não funcionavam, e que as contradições atingiram um grau jamais esperado.

Como explicar que os membros do Governo se permitissem declarar oficiosamente não estar de acordo com tal ou tal decisão — no desejo nítido de se limparem... — ou que se soubesse até ao detalhe os pormenores de cada uma das reuniões do CNG?

Para um militante do PAIGC, não estar de acordo com alguma decisão não significava não estar de acordo com a direcção, mas com tal e tal pessoa, pois havia uma personalização das posições incrível. E o mais lamentável é que se sabia de antemão de quem eram tais ou tais posições.

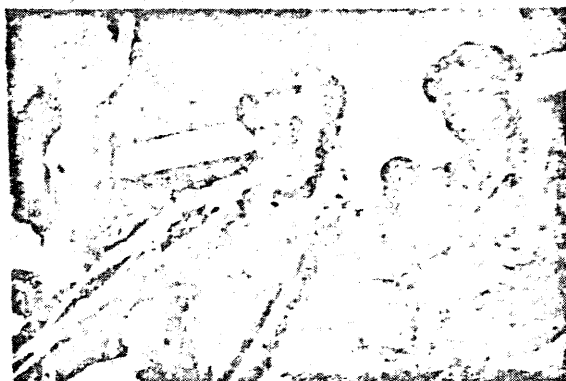
Enquanto Luís Cabral se dizia "admirador da social-democracia sueca e amigo pessoal de Ramalho Eanes", Mário Cabral fazia discursos "sobre o papel revolucionário das forças produtivas guineenses" e Nino dirigia-se aos soldados com uma terminologia de origem marxista. Uma tal situação não podia continuar porque as crises são o prelúdio das mudanças.

3 — O DESCONTENTAMENTO NAS FORÇAS ARMADAS

Uma crise no PAIGC significa uma crise nas Forças Armadas. Não esqueçamos que as FARP são um bloco com uma importância política extraordinária, dado o facto de todos os militares serem militantes do Partido e de se tratar de antigos combatentes da luta armada.

Os salários de fome tinham mesmo provocado greves de protesto na Força Aérea, dois meses antes do golpe de Estado. Para os antigos guerrilheiros, a situação não era nada fácil, aliada ao facto de terem de suportar os protestos das camadas laboriosas, às quais sempre estiveram ligados.

Nenhuma solução foi procurada para resolver os graves problemas de reinserção social das FARP. Para os desmobilizados, em número con-



O Comandante Nino Vieira

siderável, nenhum enquadramento e uma mão dada para o desemprego, atirados como estrume para o lumpenproletariado da capital, Bissau.

Mas foi, seguramente, a distribuição de patentes militares feita em Novembro de 1979 que mais descontentou os fardados de verde. A gradação no seio do Exército seria, na opinião de muitos dirigentes actuais, uma grande jogada do regime de Luís Cabral. Não é por acaso que, duas semanas depois do "reajustamento do 14 de Novembro", João Bernardo Vieira anuncia uma revisão das patentes militares "para acabar com as injustiças no seio das FARP".

Quando em 1978 Xico Té, então Primeiro-Ministro, morreu, num desastre de viação entre Bafatá e Banbadinca, Nino encontrava-se em Cuba há já um certo tempo. Ocupava nesse momento o posto de Comissário das Forças Armadas e de Presidente da Assembleia Nacional Popular. Um posto de suma importância que não poderia justificar o envio do Comandante para uma tão longa estadia de formação em Cuba. Tudo parecia claro, aos olhos de muita gente. Tratava-se de afastar o famoso Comandante dos assuntos da *res publica*, enquanto se promovia o seu companheiro de armas Umaro Djaló, fiel ao Presidente. A hierarquia do Partido obrigava que Nino ocupasse o lugar de Primeiro-Ministro após a morte de Chico Té, o que era ao mesmo tempo uma boa ocasião de lhe retirar os dois cargos anteriores, um pouco perigosos nas suas mãos. De uma só vez, Nino viu-se afastado do seu domínio, as FARP, e da ANP, órgão constitucionalmente encarregado de controlar o Presidente do Conselho de Estado. A primeira jogada estava feita!

A segunda foi a promoção de próximos do Presidente, em detrimento dos chegados a Nino Vieira, na distribuição dos galões.

A última jogada seria, enfim, a nova Constituição.

4 – NOVO PROJECTO DE CONSTITUIÇÃO

O novo projecto, elaborado por José Araújo, destituía de todas as suas funções o Primeiro-Ministro, dando todos esses poderes a Luís Cabral, indirectamente, pois seria ele o Presidente a ser reeleito. Seria Chefe de Estado, de Governo e Comandante Supremo das FARP, cargo a que jamais esteve ligado.

Mas essa era dura de roer... e as pessoas manifestaram-se. De várias formas.

O projecto foi minuciosamente preparado, tendo as primeiras reuniões de preparação começado um ano antes. O pretexto era de adaptar a antiga Constituição às novas realidades do país, dado que tinha sido aprovada ainda na fase da luta, sem o território estar inteiramente libertado. A dita Constituição não servia mais e era preciso reformá-la. Porque não o fazer na mesma altura em que Cabo Verde se preparava para aprovar, também, a sua primeira lei? O momento parecia bem escolhido.

Um longo esquema de debates populares foi montado pelos executivos do Partido. Era necessário mostrar, demagógicamente, que o povo tinha a palavra. E, tal como foi costume em tempos de democracia na Guiné-Bissau, pediu-se às pessoas que participassem nas discussões do anteprojecto de Constituição. Um pequeno erro de táctica se assinalou, entretanto, nas concorridas reuniões: o projecto cabo-verdiano já tinha sido aprovado, em Assembleia Nacional Popular. É que a Constituição de Cabo Verde diferia da guineense somente em alguns capítulos bem precisos. E foi nesses, necessariamente, que os militantes e a população repararam para criticar o modelo guineense.

A afluência aos locais de discussão foi impressionante e as críticas vivas. A fome, que começara a tocar as barrigas dos guineenses, não perdoou e a gente falou. Muito!

Três pontos pareciam mostrar a raiva das bases: os poderes imensos do Presidente, a questão da nacionalidade de origem para os membros do Executivo, e necessariamente para o Presidente – Luís Cabral, sendo de origem cabo-verdiana, era lesado – e, por último, a pena de morte. Porque se aboliu a pena de morte em Cabo Verde e se manteve na Guiné-Bissau? Difícil de justificar, sobretudo quando se descobriram, mais tarde,

as fossas comuns com mais de 500 cadáveres de fuzilados.

A Constituição foi posteriormente discutida nos órgãos do PAIGC e, finalmente, na Assembleia. Corriam já os rumores da agitação, a gente discutia nas ruas, o que já era raro em Bissau, a tão alta voz.

Falava-se que Mário Cabral e Filinto de Barros seriam varridos dos seus postos, dado o ataque inflamado que fizeram à Constituição. O Presidente atacou-os directamente ao chamá-los, em plena Assembleia, de "*falsos nacionalistas revolucionários*" e de "*oportunistas*". As carcaças do regime abanaram e... não tardou o golpe de Estado.

5 – CONCENTRAÇÃO DE PODERES

Mas a razão política de fundo desta nova Constituição era a criação de um outro tipo de poder na pátria de Amílcar Cabral.

A instituição de um poder individualizado, presidencialismo estreito, não se adaptava à tradição colectiva de poder que existe historicamente no PAIGC.

O Conselho de Estado, órgão colectivo de presidência, há muito que tinha deixado de existir. O Primeiro-Ministro não era o verdadeiro chefe de Governo, pois sectores importantes como as Forças Armadas, a Segurança Nacional e os Negócios Estrangeiros tinham sido retirados da sua competência. Não era, então, estranho que essa situação fosse formalizada, com todas as implicações que daí advinham. Mas não passou.

II. O VERDADEIRO CARÁCTER DO 14 DE NOVEMBRO

1 – UMA ACÇÃO ANTI-PAIGC, CONTRA A UNIDADE GUINÉ-CABO VERDE ?

Se bem que o movimento do 14 de Novembro tenha passado por duas fases, uma de certa indefinição e outra de proclamação de intenções mais claras, estamos hoje em condições de dizer que não se trata de uma acção anti-PAIGC.

A preocupação do Conselho da Revolução, no poder em Bissau, tem sido a de não destruir, antes pelo contrário, reforçar as estruturas partidárias nacionais.

Os órgãos estatais foram dissolvidos e todos os poderes concentrados provisoriamente nas mãos dos membros do Conselho da Revolução,

que se faz coadjuvar por um grupo de assessores e um Governo de Transição. A característica destes órgãos é manterem no seu seio os dirigentes nacionais do PAIGC, que na sua quase totalidade aderiram ao movimento.

Apenas alguns dirigentes, entre eles o antigo Presidente Luís Cabral, estarão ainda presos em Bissau. Contam-se, entre os detidos, os acusados de terem preparado uma acção que serviria para eliminar Nino Vieira do poder, em condições que ainda não foram clarificadas.

Uma reunião do CNG está convocada para breve, assim como está assegurado o relançamento das actividades partidárias ao nível das regiões.

Mas falar no PAIGC significa necessariamente falar do projecto de Unidade Guiné - Cabo Verde.

Afirmar que o golpe não foi anti-PAIGC — mesmo se as primeiras reacções após a acção criaram uma dinâmica antipartido, largamente aproveitada pelos oportunistas — não significa dizer que o PAIGC não está ameaçado.

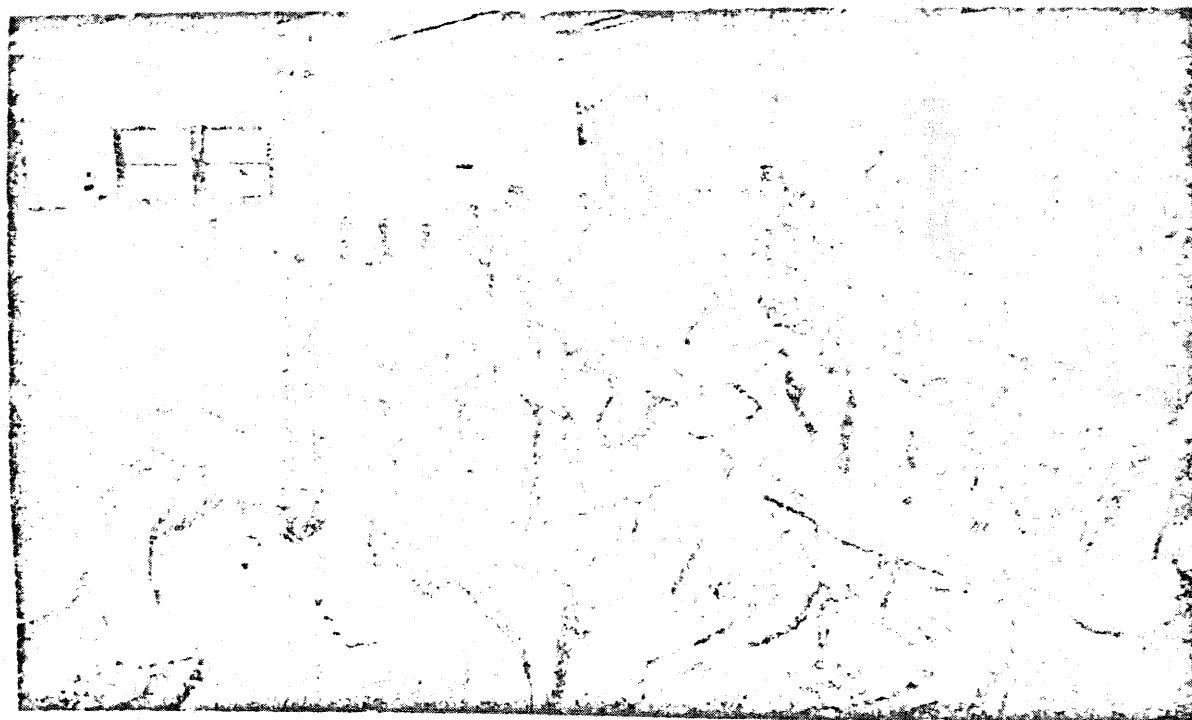
A posição do Conselho Nacional de Cabo Verde aponta justamente para esta preocupação. O Secretário-Geral do PAIGC classifica o *putsch* de "golpe no Partido" e considera o Conselho da Revolução como um corpo estranho ao PAIGC.

O delicado da questão assenta neste ponto. O desentendimento entre Bissau e Praia, a longo termo, poderá provocar o rompimento do Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde em dois órgãos divorciados, o que seria a morte do pensamento último de Amílcar Cabral, a Unidade entre a Guiné e o Arquipélago de Cabo Verde.

A dureza das posições cabo-verdianas compreende-se, nas semanas que se seguem ao golpe de Estado, dada a carga de emotividade que as originou, mas tornam-se embaraçosas quando nos dias de hoje continuam a insistir em que o 14 de Novembro poria em causa a Unidade.

A primeira declaração pública de Nino Vieira foi marcada pelo grito da Unidade Guiné - Cabo Verde, objectivo principal do "Programa Maior" do PAIGC:

A conferência de países africanos de expressão portuguesa que se realizou em Luanda, tal como se esperava, não alterou o esfriamento das relações entre Bissau e Praia. As duas capitais, após uma guerra psicológica, abstêm-se de comentários sobre o futuro do Partido. O regime de Bissau mostra-se interessado numa reunião cimeira do Partido, indo até ao ponto de pedir um Congresso, enquanto que em Cabo Verde a caute-



○ 14 de Novembro

la é maior. Não esquecer que dois terços dos militantes são guineenses e que as posições saídas da Praia estariam à partida derrotadas, automaticamente, no seio dum Congresso. Congresso, aliás, que estava previsto para ser realizado este ano, em S. Vicente (Cabo Verde), sob a égide dos problemas da Unidade.

São os fundamentos da Unidade Guiné-Cabo Verde que são mal interpretados, segundo os novos poderes de Bissau. A Unidade faz-se numa base de autoconsentimento popular. Tal como Amílcar Cabral dizia: unidade na Guiné, unidade em Cabo Verde e, somente depois, unidade na Guiné e em Cabo Verde. O novo Conselho da Revolução acrescentará: "unidade na igualdade".

Seria realmente de lamentar se os dirigentes do PAIGC não conseguissem chegar a acordo sobre os princípios que permitiriam a continuação do Partido, mas não nos esqueçamos que um partido significa uma ideologia, uma orientação, uma dinâmica!

2 – GOLPE DE ESTADO DE DIREITA ?

Certos jornais apressaram-se a classificar a acção desencadeada em Bissau como sendo dirigida pela ala direita do movimento de libertação da Guiné e Cabo Verde.

Tais análises são desprovidas de senso para um conhecedor mais atento da realidade guineense.

Se bem que Nino Vieira seja um moderado, a composição do Conselho da Revolução não deixa transparecer nenhuma figura política importante no contexto ideológico do Partido. Os ditos elementos são sobretudo operacionais das Forças Armadas, conhecidos pelo seu carácter crítico e de zelo no seio das FARP.

Trata-se de jovens oficiais que são os vectores do descontentamento das Forças Armadas. O Estado-Maior das FARP era próximo de Luís Cabral mas desprovido de autoridade — não confundir autoridade e poder — ao contrário de Nino Vieira, Manuel Saturnino, Paulo Correia, etc., novos homens fortes do regime.

As tendências do Partido delimitam-se sobretudo nos sectores governamentais, onde as diferentes posições em relação à estratégia de desenvolvimento se demarcaram, necessariamente, com mais nitidez.

Assim, na equipa que constitui a assessoria do Conselho da Revolução, nós encontramos representadas essas diferentes tendências, o que

mostra que foi preservado o equilíbrio no seio do novo regime.

Dar demasiada importância aos sectores mais pró-ocidentais, encabeçados por Vitor Freire Monteiro, governador do Banco Nacional da Guiné-Bissau, seria cometer um grave erro tático e de análise, pois é dar-lhes mais importância do que efectivamente têm. Este foi o erro de certos jornais de esquerda.

Não se pode, pois, classificar o 14 de Novembro de um golpe de Estado de direita, e o mesmo não se pode fazer ao Partido, que através da sua linha pragmática tenta concretamente jogar o jogo de um "movimento" que é na realidade.

3 – MOVIMENTO POPULISTA E NACIONALISTA ?

Torna-se mais pertinente classificar o golpe de Estado e a dinâmica actual de populista e nacionalista, porque o tipo de discurso utilizado vai ao encontro do que é a fraseologia populista e nacionalista.

Porém, o movimento saído do 14 de Novembro tem raízes complexas, que tentámos explicar e que vão justificar essa dinâmica.

A linguagem populista torna-se perigosa se não for secundada por uma análise profunda das implicações do golpe de Estado e das causas que permitiram situações como as que existiam no regime anterior.

A explicação encontramos-a numa certa impreparação ideológica dos membros do CR e também na conjugação das tendências que atrás referimos, o que dificulta uma tomada de posição comum.

Por outras palavras: todos estavam unidos para o objectivo principal, o derrube de Luís Cabral, mas quanto ao resto o desacordo continua.

Há indícios preocupantes em certas decisões, tais como a insistência no retorno dos opositores ao PAIGC, as proclamações de reprivatização do comércio e a agressividade em relação a ex-dirigentes (como se se lhes quisesse atribuir todas as culpas) que não nos deixam tranquilos.

O mesmo tipo de insinuações é necessário para compreender o nacionalismo estreito em que caíram certos grupos, ao ponto de transformar a destruição da unidade no seu cavalo de batalha. Lá, uma vez mais, estaremos atentos para observar se esse nacionalismo tem um cunho positivo ou negativo.

Pois, como diziam recentemente elementos do CIDAC, o nacionalismo pode ser positivo quando se integra numa dinâmica de luta de classes, tendo em conta que os mestiços e cabo-verdianos são normalmente assimilados a privilegiados; mas torna-se negativo se é cego e degenera em luta sem conteúdo ideológico.

4 - INTERESSES ESTRANGEIROS EM JOGO ?

E, por último, comentou-se muito as jogadas estrangeiras que estariam por detrás do golpe de Estado na Guiné-Bissau.

A Guiné-Conacry reconheceu o regime algumas horas após a sua consolidação, o que levantou muitas suspeitas. Necessariamente teria que o fazer, pois para Sekou Touré era uma oportunidade única de resolver o problema que estava na origem da tensão entre as duas Guiné. Recordamos que esse diferendo tinha sido provocado pela decisão unilateral da Guiné-Conacry de iniciar as prospecções de petróleo nas áreas marítimas em conflito. O presidente Sekou Touré tentou dessa forma lavar as suas mãos reduzindo o problema a Luís Cabral, a quem deitou todas as culpas. Para o CR de Bissau esse reconhecimento seria útil para o equilíbrio entre as relações com os vizinhos em época de reajustamentos no interior das fronteiras, pois não esqueçamos que a Guiné-Bissau tinha concentrados no sul alguns batalhões de FARP's prontos a intervir.

A imprensa francesa e alguma portuguesa falou também da intervenção soviética ou cubana. Para além do Movimento ser, em todas as suas componentes, de causas internas, não se vê qual seria o interesse dos países em questão de intervir no assunto. É certo que as relações entre a Guiné-Bissau e os países socialistas, especialmente Cuba, não estavam nos seus melhores dias, mas as forças

de segurança de Luís Cabral eram treinadas por cubanos e checoslovacos. É provável que tanto os cubanos como os soviéticos soubessem dos preparativos, até porque se encontram nos quadros do Exército guineense.

Mas o importante a demonstrar é que as forças reaccionárias não acreditam que um acontecimento do género possa ser preparado apenas por nacionais dos países respectivos. Uma forma de deformação que advém do colonialismo recente e do anticomunismo feroz que as determina. Por aí se explicam as suas especulações.

O não-alinhamento proclamado pelos novos dirigentes continuará a determinar as relações externas da Guiné-Bissau e a mais bela prova disso foi o pedido de auxílio alimentar ao Ocidente, ao mesmo tempo que se proclamava o desejo do reforço das relações com os países que ajudaram o PAIGC durante a luta, os países socialistas, logo a seguir à mudança.

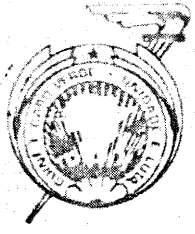
EVITAR O ISOLAMENTO INTERNACIONAL

Resta-nos alertar que a polémica que opõe as duas entidades nacionais do PAIGC pode provocar um afastamento das ex-colónias portuguesas em relação a Bissau. Esta situação difícil, que o CR da Guiné-Bissau quer a todo o custo evitar, poderia obrigar a Guiné-Bissau a um alinhamento mais próximo de países que não fazem parte do bloco progressista africano.

As consequências desse afastamento seriam extremamente graves para a política externa da Guiné-Bissau. Deve-se, pois, proporcionar uma reinserção deste jovem país no seio do bloco anti-imperialista africano, onde os ensinamentos históricos da luta armada da Guiné-Bissau nunca deixarão de ter um papel de destaque.

Carlos Lopes
Genebra, Janeiro 81





ESPECIAL GOLPE DE ESTADO

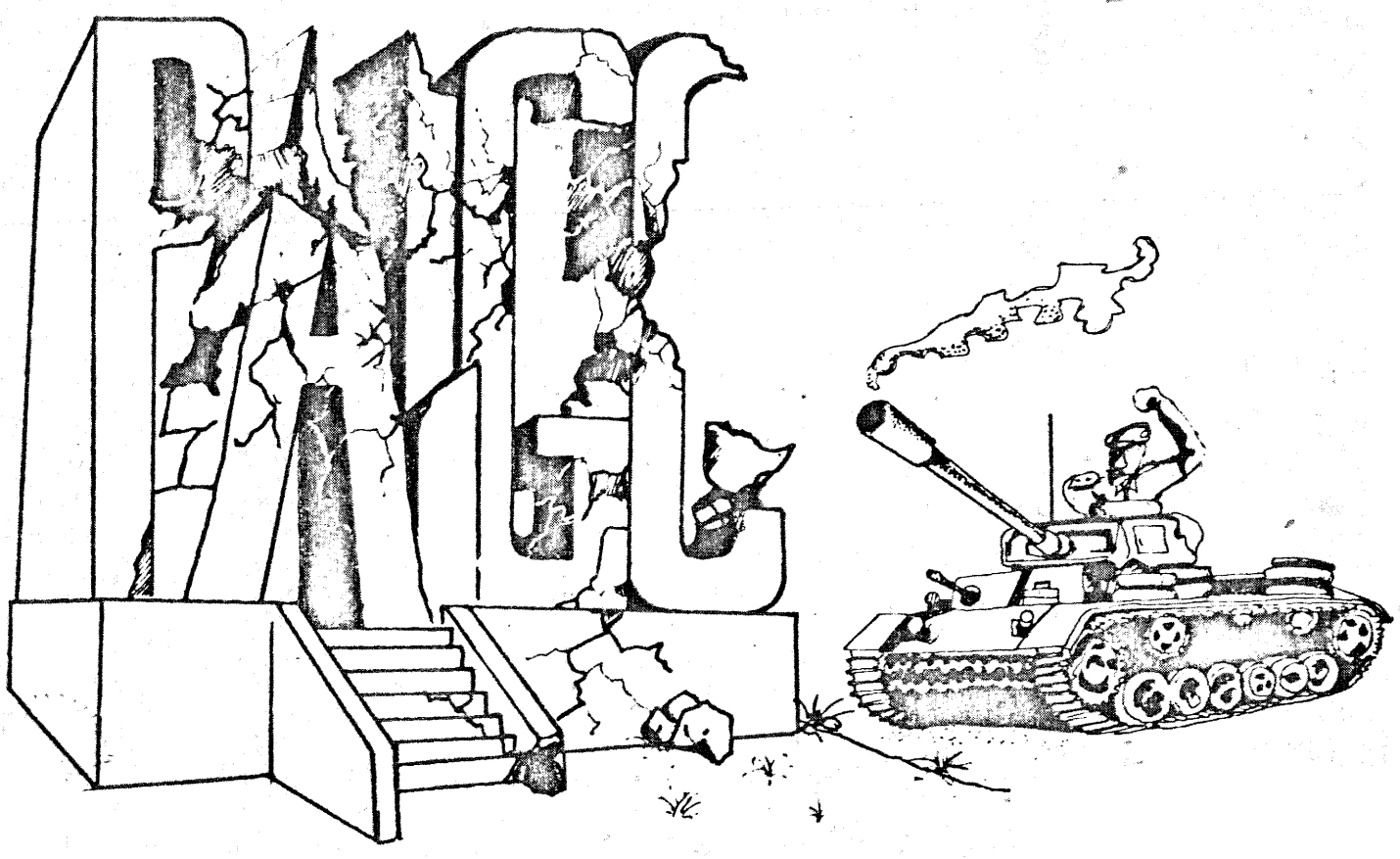
Nº 3

II SÉRIE

OUT/DEZEMBRO 1980

ÓRGÃO DE INFORMAÇÃO DO CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC

QUE FUTURO PARA O PAIGC?





sumário

PAIGC AUTOR DA IDENTIDADE NACIONAL GUINEENSE	5
MAIS GRAVE QUE O ASSASSINATO DE CABRAL	8
O GOLPE – UMA VIA SEM SAÍDA	11
CIMEIRA DE LUANDA	15
MENSAGENS TROCADAS ENTRE A. PEREIRA E NINO VIEIRA	17
ARGUMENTOS DE BISSAU....	23
NADA JUSTIFICA O ACTO DE REBÁLDIA	27
O ASSALTO DA PEQUENA BURGUESIA	29
A QUESTÃO DOS CABOVERDIANOS	32
A VIA DA INDIGNIDADE É A VIA DA TRAIÇÃO	33
COMUNICADO DO C.N.C.V.....	35

O PREÇO DA INDEPENDÊNCIA

A primeira vez que nos dirigimos a esta IV Comissão da Assembleia Geral das Nações Unidas foi em 12 de Dezembro de 1962. Dez anos é, na verdade, um período bem longo e por vezes decisivo para a vida de um ser humano, mas é bem pouco no quadro do eterno devir da existência ou da história de um povo. Contudo, grandes modificações, radicais e irreversíveis, se operaram na vida do nosso povo. Infelizmente não nos é possível invocar a nossa memória para comparar a situação de ontem e a de hoje, porque a maioria, senão a totalidade, dos representantes nesta Comissão já não são os mesmos. Faremos pois um breve resumo do que se passava então.

Era um momento crucial da história da nossa luta. O massacre de Pidjiguiti, perpetrado pelos colonialistas portugueses a 3 de Agosto de 1959 contra os estivadores de Bissau e os trabalhadores dos barcos de transporte fluvial em greve, tinha sido, à custa de 50 mortos e de mais de uma centena de feridos graves, uma dolorosa lição para o nosso povo. Aprendemos que, contra os colonialistas portugueses, não era questão de escolher entre a luta pacífica e a luta armada. Eles tinham armas e estavam decididos a liquidar-nos. Decidimos então, no decurso de uma reunião clandestina da direcção do nosso Partido, realizada em Bissau em 19 de Setembro de 1959, suspender todas as acções reivindicativas nas cidades e prepararmo-nos para a luta armada. Para tanto precisávamos de uma sólida base política no meio rural e, após três anos de intensa actividade de mobilização e organização das populações rurais, tínhamos conseguido criá-la, apesar da vigilância constante das autoridades coloniais. Sentindo soprar as brisas anunciadoras daquilo a que um dirigente inglês chamou "o vento da mudança", os colonialistas portugueses desencadearam uma vasta acção de repressão policial e militar contra as forças nacionalistas. Em Junho de 1962, mais de 2000 patriotas suspeitos de nacionalismo tinham sido presos em todo o país. Várias aldeias foram queimadas e as suas populações massacradas. Dezenas de compatriotas foram queimados vivos ou afogados nos rios. Nas prisões, a tortura fizera dezenas de vítimas. A dialéctica da repressão tinha galvanizado a determinação do nosso povo em luta. Algumas escaramuças tinham já tido lugar entre patriotas armados e as forças de repressão colonialista.

Face a uma tal situação, acreditávamos então que só uma intervenção adequada e eficaz da O.N.U., a favor dos direitos inalienáveis do nosso povo, saberia levar o governo português a respeitar a moral e a legalidade internacional do nosso tempo.

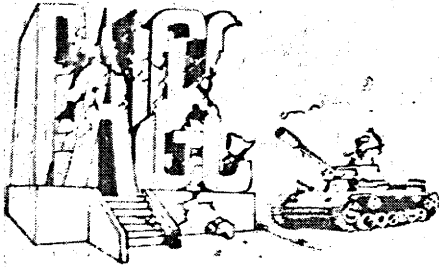
Alguns poderão, à luz dos acontecimentos posteriores, considerar que éramos ingénuos. Pensámos que era nosso dever dirigirmo-nos à organização internacional. Foi num tal contexto que julgámos indispensável apresentarmo-nos à IV Comissão. A nossa mensagem foi, de facto, o apelo de um povo confrontado com uma situação particularmente difícil, mas determinado a pagar o preço necessário para a reconquista da sua dignidade e liberdade. A nossa mensagem foi igualmente uma prova de confiança na força dos princípios e na capacidade de acção da O.N.U.,

■ Extracto da intervenção de Amílcar Cabral perante a IV Comissão da Assembleia Geral das Nações Unidas (XXVII Sessão), em Outubro de 1972.



SPECIAL GOLPE DE ESTADO

QUE FUTURO PARA O PAIGC?



CONSELHO DE REDACÇÃO

OLÍVIO PIRES - coordenador para os assuntos político-ideológicos.

DAVID HOPFFER ALMADA - coordenador para os assuntos jurídicos.

VIRGÍLIO FERNANDES - coordenador para os assuntos económicos.

CORENTINO SANTOS - coordenador para os assuntos financeiros.

IRINEU GOMES - coordenador para as questões sociais.

DULCE ALMADA - coordenadora para os assuntos educacionais e culturais

CORPO REDACTORIAL

CHEFE DE REDACÇÃO - Manuel Delgado.

REDACTOR - Henrique Silva.

ARRANJO GRÁFICO - Osvaldo Azevedo.

FOTOGRAFIA - colaboração militante da equipa "Voz di Povo".

U.L. OUT-DEZEMBRO/80

QUE FUTURO PARA O PAIGC?

Que futuro para o PAIGC? Esta é a interrogação que baila na mente de todos os combatentes e militantes do Partido capazes de apreender a verdadeira dimensão política do golpe de Nino Vieira e de discernir as suas consequências políticas por baixo das declarações, mais ou menos contraditórias, mais ou menos demagógicas, que fluíram em cachão desde o 14 de Novembro.

Substituição de um homem, de uma equipa? Correção dos erros cometidos durante a fase de assentamento dos alicerces das instituições e da economia guineenses? Ou antes ruptura com um passado de luta pela construção da nação guineense, da complementaridade económica e solidariedade política com Cabo Verde, de um nome e de um prestígio que, de longe, ultrapassam as fronteiras dos nossos dois países?

Um pouco de tudo já foi dito por aqueles que derrubaram o regime instituído na Guiné-Bissau, para justificarem essa "aventura de consequências imprevisíveis", como a qualificou o Secretário-Geral do Partido, camarada Aristides Pereira. Um pouco de tudo, ao sabor dos humores pessoais, ao sabor do que gostariam de ouvir aqueles a quem se dirigem, ao sabor das gafes ontem cometidas e que, hoje, têm de ser apressadamente desmentidas. A mais célebre das quais é a intenção manifestada de "julgar" o Presidente Aristides Pereira, ao mesmo tempo que Cabo Verde era acusado de se imiscuir nos assuntos da Guiné-Bissau.

Os homens do golpe têm muitas falas, e não é pela fala que nós, militantes do PAIGC, nos habituámos a julgar. Pesemos antes a acção, as suas causas e consequências, descubramos debaixo de todas as roupagens o substracto político desse golpe.

O 14 de Novembro é, antes de mais, um golpe contra o nosso movimento de libertação no poder, o PAIGC. Como pode pretender, Nino Vieira depois de paralizar as estruturas nacionais do Partido, (o CNG de que era presidente), de assistir passivamente à orientação de um Estado de cujo governo era o chefe, de ignorar pretensos crimes e irregularidades cometidos pelos seus agentes, depois de votar a favor de uma Constituição, que hoje diz repudiar, virar as armas do Partido contra as suas instituições e dirigentes, a pretexto de repôr as coisas no devido lugar?

Como se pode pretender, destruir as estruturas directivas do PAIGC, subverter as instituições de estado que dele emanam, utilizar argumentos extraídos dos miasmas da maré a racista e tribalista com que o imperialismo sempre tentou marcotizar a África e declarar agir no interesse do Partido e dos povos que este conduziu à independência?

Como pode Nino Vieira e seus colaboradores destilar calúnias contra aqueles que tomaram nas suas mãos o facho de Amílcar Cabral e jurar no dia seguinte ao Secretário-Geral fidelidade ao Partido e à sua ideologia?

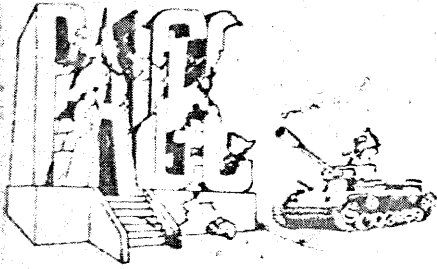
É de se perguntar: sabem eles o que é um partido? Não hesitamos em responder: sabem. Então?

Para compreender o 14 de Novembro e as suas implicações, para lhe compreender as causas é preciso ter em conta que as lutas de libertação nacional se fazem tendo como fundo o atraso económico, social e cultural.



ESPECIAL GOLPE DE ESTADO

QUE FUTURO PARA O PAIGC?



CONSELHO DE REDACÇÃO

OLÍVIO PIRES - coordenador para os assuntos político-ideológicos.

DAVID HOPFFER ALMADA - coordenador para os assuntos jurídicos.

VIRGÍLIO FERNANDES - coordenador para os assuntos económicos.

CORENTINO SANTOS - coordenador para os assuntos financeiros.

IRINEU GOMES - coordenador para as questões sociais.

DULCE ALMADA - coordenadora para os assuntos educacionais e culturais

CORPO REDACTORIAL

CHEFE DE REDACÇÃO - Manuel Delgado.

REDACTOR - Henrique Silva.

ARRANJO GRÁFICO - Osvaldo Azevedo.

FOTOGRAFIA - colaboração militante da equipa "Voz do Povo".

J.L.OUT-DEZEMBRO/80

QUE FUTURO PARA O PAIGC?

Que futuro para o PAIGC? Esta é a interrogação que baila na mente de todos os combatentes e militantes do Partido capazes de apreender a verdadeira dimensão política do golpe de Nino Vieira e de discernir as suas consequências políticas por baixo das declarações, mais ou menos contraditórias, mais ou menos demagógicas, que fluíram em cachão desde o 14 de Novembro.

Substituição de um homem, de uma equipa? Correção dos erros cometidos durante a fase de assentamento dos alicerces das instituições e da economia guineenses? Ou antes ruptura com um passado de luta pela construção da Nação guineense, da complementaridade económica e solidariedade política com Cabo Verde, de um nome e de um prestígio que, de longe, ultrapassam as fronteiras dos nossos dois países?

Um pouco de tudo já foi dito por aqueles que derrubaram o regime instituído na Guiné-Bissau, para justificarem essa "aventura de consequências imprevisíveis", como a qualificou o Secretário-Geral do Partido, camarada Aristides Pereira. Um pouco de tudo, ao sabor dos humores pessoais, ao sabor do que gostariam de ouvir aqueles a quem se dirigem, ao sabor das gafes ontem cometidas e que, hoje, têm de ser apressadamente desmentidas. A mais célebre das quais é a intenção manifestada de "julgar" o Presidente Aristides Pereira, ao mesmo tempo que Cabo Verde era acusado de se imiscuir nos assuntos da Guiné-Bissau.

Os homens do golpe têm muitas falas, e não é pela fala que nós, militantes do PAIGC, nos habituámos a julgar. Pesemos antes a acção, as suas causas e consequências, descubramos debaixo de todas as roupagens o substracto político desse golpe.

O 14 de Novembro é, antes de mais, um golpe contra o nosso movimento de libertação no poder, o PAIGC. Como pode pretender, Nino Vieira depois de paralizar as estruturas nacionais do Partido, (o CNG de que era presidente), de assistir passivamente à orientação de um Estado cujo governo era o chefe, de ignorar pretensos crimes e irregularidades cometidos pelos seus agentes, depois de votar a favor de uma Constituição, que hoje diz repudiar, virar as armas do Partido contra as suas instituições e dirigentes, a pretexto de repôr as coisas no devido lugar?

Como se pode pretender, destruir as estruturas directivas do PAIGC, subverter as instituições de estado que dele emanam, utilizar argumentos extraídos dos miasmas da maré a racista e tribalista com que o imperialismo sempre tentou marcotizar a África e declarar agir no interesse do Partido e dos povos que este conduziu à independência?

Como pode Nino Vieira e seus colaboradores destilar calúnias contra aqueles que tomaram nas suas mãos o facho de Amílcar Cabral e jurar no dia seguinte ao Secretário-Geral fidelidade ao Partido e à sua ideologia?

É de se perguntar: sabem eles o que é um partido? Não hesitamos em responder: sabem. Então?

Para compreender o 14 de Novembro e as suas implicações, para lhe compreender as causas é preciso ter em conta que as lutas de libertação nacional se fazem tendo como fundo o atraso económico, social e cultural

o divisionismo, o tribalismo e o racismo, onde medram a ambição pessoal, a imitação servil dos padrões de vida dos privilegiados da ordem colonial, os hábitos de dependência gerados por séculos de servidão e por toda a espécie de complexos próprios de personalidades deformadas. Que a luta nacional de libertação é mais do que expulsar a trepa colonial de ocupação e dismantelar a máquina administrativa. É luta ideológica no seio do movimento de libertação, é luta pela neutralização, no seio das camadas sociais que compõem o todo nacional, dos elementos que contrariam o avanço do programa de desenvolvimento, para que a verdadeira independência se torne irreversível. A luta nacional de libertação processa-se, portanto, num ambiente em que terá de haver necessariamente choques.

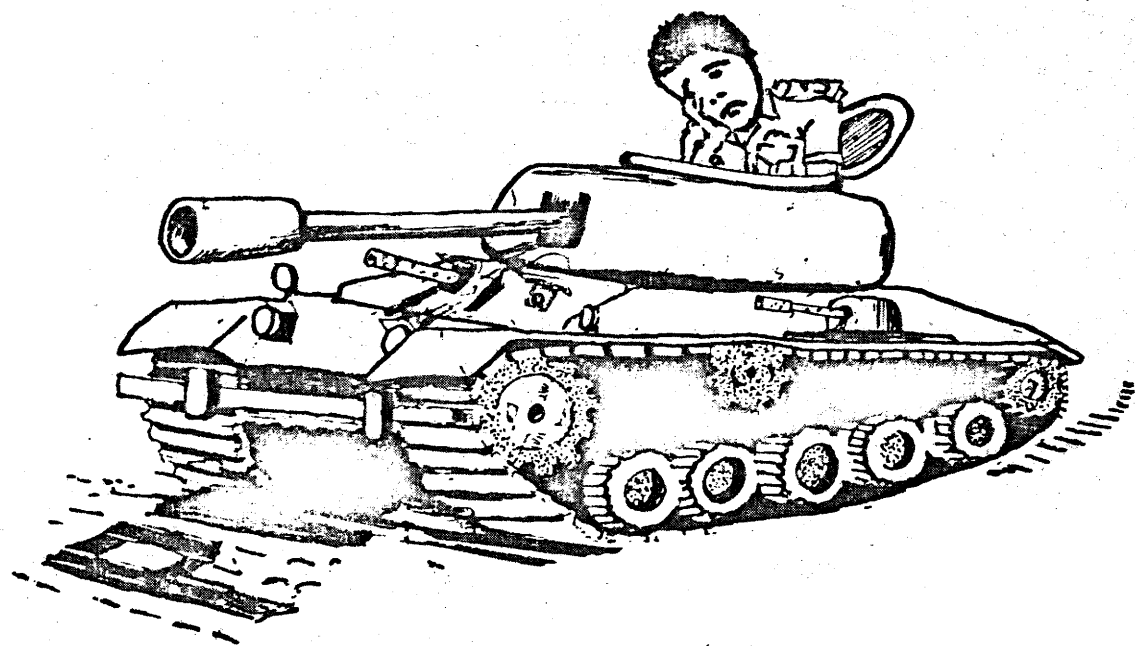
A natureza do golpe de 14 de Novembro, exprimiu-a sem embaraços um dos agentes que o Conselho da Revolução enviou a Portugal para contactar os grupos anti-nacionais UPANG e FLING — assim como os elementos da pequena burguesia que, assustados com a independência, recolheram no seio da antiga metrópole colonial. "Nós enterrámos o passado" — declarou esse agente. O facto de nenhum elemento dessa delegação ter um passado de luta anti-colonial, a composição da audiência a que se dirigia, as manifestações de júbilo e confraternização com jurados inimigos do PAIGC colam perfeitamente com o ambiente e os factores sociais e políticos que geraram o golpe, e quase que constituem uma síntese da sua natureza.

Esse cenário foi teorizado por Cabral com perfeita clareza. "para manter o poder que a libertação nacional pôs nas suas mãos — escreveu Cabral em "A Arma da Teoria" — a pequena burguesia só tem um caminho: deixar agir livremente as suas tendências naturais de emburguesamento, permitir o desenvolvimento de uma burguesia burocrática e de intermediários do ciclo de mercadorias, para se transformar numa pseudo-burguesia nacional, isto é, negar a revolução e juntar-se necessariamente ao capital imperialista. O que corresponde à situação neocolonial, isto é, à traição dos objectivos da libertação nacional".

O outro cenário teorizado por Cabral consiste no "reforço da consciência revolucionária, no repúdio das tentativas de emburguesamento e das solicitações da mentalidade de classe, na identificação com as classes laboriosas, não se opondo ao desenvolvimento normal do processo revolucionário".

O golpe de 14 de Novembro, gerado no ambiente de degenerescência ideológica descrito pelo Secretário-Geral do PAIGC no seu relatório ao CSL de Junho de 1980, aparenta ser a roptura no sentido do primeiro cenário. Não admira, pois, que o movimento de libertação, cujos objectivos são negados, seja bloqueado no funcionamento estrutural e se tente esvaziá-lo de conteúdo ideológico.

Com o golpe de 14 de Novembro, venceu no interior do ramo nacional da Guiné do PAIGC a componente ideológica pequeno-burguesa — o nacionalismo estreito, o tribalismo e o racismo. Romper com o ramo nacional de Cabo Verde, onde a luta ideológica se processa noutra estádio, era um corolário lógico da consolidação da sua vitória. Por outro lado, ao mesmo tempo que esse Conselho da Revolução pisca o olho à reacção interna, africana e internacional os seus elementos mais lúcidos tentam tirar partido da indefinição ideológica para confundir os combatentes da Liberdade da Pátria e as forças progressistas do exterior.



PAIGC AUTOR DA IDENTIDADE NACIONAL GUINEENSE

EXTRACTOS DO DISCURSO PROFERIDO
PELO CAMARADA PEDRO PIRES NA ASSOMA-
DA, POR OCASIÃO DA CAMPANHA ELEITORAL
(TRADUÇÃO LIVRE DO CRIOULO)



(...) Sabemos que vocês todos estão à espera que eu fale sobre o que se passou na Guiné.

Vamos falar desse problema. Não vamos fugir dele pois não é nosso hábito fugir de nada, mas sim assumir as responsabilidades façamos bem ou façamos mal. Um dos princípios básicos do nosso Partido é a crítica e autocrítica. Por isso, quem cometer erros tem que os reconhecer para que possa procurar o caminho mais correcto ou a melhor orientação.

Todos sabem que houve um golpe de estado no dia 14 de Novembro em Bissau. Esse golpe de estado destituiu o Concelho de Estado e seu Presidente, dissolveu a Assembleia Nacional Popular e o Governo e formou um novo governo.

O Presidente da República, Camarada Aristides Pereira, na sua mensagem que dirigiu ao nosso povo, explicou qual é a posição que assumimos em Cabo Verde: condenamos o que aconteceu, independentemente das razões que possam ser invocadas. Somos contra os golpes de estado porque elas não são a via para a resolução dos problemas.

Se esse fosse um método do nosso Partido, se o aceitássemos como tal, todos aqueles que se sentissem insatisfeitos por qualquer razão estariam tentados a também preparar o seu golpe.

O golpe atingiu duramente o nosso Partido nos seus próprios fundamentos.

Pois, de acordo com a linha do Partido, quando algo corre mal, devem pôr-se os problemas, deve-se discutir em reunião para procurarmos as razões do que não está bem, para que sejam responsabilizadas as pessoas pela sua acção e comportamento.

Esse é um dos primeiros princípios que não foram respeitados.

Mas vejamos outra consequência do golpe: ele deu origem por esse mundo fora a uma grande campanha contra Cabo Verde e contra os Cabo-verdianos, segundo o qual exercemos a hegemonia, o domínio,

ESPECIAL GOLPE DE ESTADO ESPECIAL GOLPE DE ESTADO

sobre a Guiné, que nós é que influenciámos toda a tomada de decisões na Guiné.

Que é que visa essa campanha?

Algumas pessoas afirmam que estávamos a dominar a Guiné cultural e economicamente.

Mas nós encontramos-nos em Cabo Verde, não somos ministros da Economia da Guiné, não somos ministros da Educação da Guiné, não somos ministros das Finanças da Guiné, não somos ministros do Exterior, nem comandante da Polícia ou das Forças Armadas da Guiné. Como é que poderíamos dominar a Guiné? Qual seria o mecanismo?

Será porque discutimos os problemas da Guiné e Cabo Verde no Partido? Será porque discutimos política? Isso é outro problema, não de dominação, mas de ideologia, pois discutimos os objectivos políticos, discutimos a sociedade que queremos, o tipo de homem que queremos. Se esse género de problema tem algo a ver com a unidade não tem contudo nada, absolutamente nada, a ver com a dominação.

Será que Cabo Verde é um país colonialista? Houve quem o afirmasse.

Mas como é que poderíamos ser colonialistas? Para tal teríamos de ter um exército para dominar a Guiné. O colonialista tem de ter também força económica e financeira. Mas onde está o exército colonial? Onde estão a marinha e a aviação coloniais — os Portugueses tinham isso tudo. E onde os bancos, onde estão os meios finan-

ceiros para dominarmos económica e financeiramente? Onde está a indústria, tudo isso?

Não há colonialismo nem imperialismo nenhuns. o que há é confusão.

Porque não há pior cego do que aquele que não quer ver, por mais que se lhe meta os dedos pelos olhos: Cabo Verde não tem forças, nem militar, nem económica, nem financeira para ser imperialista ou colonialista.

Temos de ser claros para repôr as coisas no seu lugar.

Outros disseram que o "hóspede" não pode gostar mais da casa do que o dono. Nós diremos o seguinte: se trabalharmos juntos na lavoura, no momento da colheita terei direito a alguma recompensa. Não fui ajudar-te para que no fim me digas que não tenho direito a nada. No momento do trabalho dizes que sou irmão, amigo, camarada e que devo "pegar teso". Chega o momento da colheita, dizes que sou hóspede? Isso não pode ser — nós uma coisa que sabemos e conhecemos bem são os ditos e o crioulo...

Quem quiser agir no sentido da unidade não pode nunca tomar atitudes ou fazer afirmações que vão precisamente contra a unidade.

Para sermos unidos tem que haver confiança mútua. Não podem nem devem aparecer pensamentos de desconfiança na nossa cabeça. Para sermos unidos não pode haver uma parte que seja desleal. Não pode. No dia em que isso acontece acaba a unidade.

Porque a sua base fundamental é a confiança, é a amizade, é a lealdade e, também, a igualdade de responsabilidades.

(...) A nossa posição é que o que se passa na Guiné é da responsabilidade de todos os camaradas que estavam na Guiné, grandes e pequenos. Ninguém pode dizer que não sabe, não viu e não assistiu (...).

Poderão alguns dizer que não estavam de acordo, mas quando era necessário dizer isso na ocasião, calaram-se.

Como é possível que um homem que detenha elevada posição num estado não viu nada, não sabe, não ouviu nem tomou parte em nada? Perguntamos: ele não estava no país? Com tanto "levar e trazer" que existe na nossa terra, não há nenhum homem que possa firmar que desconhece o que se passa no seu país. Se uma pessoa é morta ele sabe com certeza.

Porém quando alguém para se justificar, é capaz de negar toda a sua história, sobretudo a história da sua luta, já não reconhece o seu inimigo (afinal o inimigo não existia) e atribui aos outros os erros e os excessos, qualquer coisa está errada.

Mas como é possível esquecer-se de que na Guiné existiam os "comandos africanos", as milícias africanas", que na Guiné existiam agentes da PIDE, grandes e pequenos, como é que agora se vem transformar essa gente em vítima inocente dos exageros da Segurança.

Nós não caucionamos nem defendemos ninguém que utilize a vio-

U.L.OUT-DEZEMBRO/80

lência, despreze o povo, que manda matar. Mas é de se ignorar o contexto histórico em que foi isso feito?

Sabemos que havia um golpe de estado preparado para o 11 de Março de 1975, idêntico ao de Portugal. Podemos esquecer que os "comandos africanos" fugiram para as fronteiras do Senegal, foram arranjar armas e atacaram aquartelamentos na Guiné? Podemos esquecer que lançaram granadas e mataram muitas pessoas? Podemos esquecer isso para virmos hoje afirmar que apenas os oficiais do Estado-Maior, o Comissário de Estado do Interior e o Presidente do Conselho de Estado conheciam a situação, e deixando ainda outras coisas no ar?

Desta maneira mais não fazem que afirmar que afinal o Spínola tinha razão, que os "comandos africanos" tinham razão, que as "milícias africanas" tinham razão. Porque, ao procurar sujar os que foram seus companheiros de luta, pretendem limpar, obsolver e reabilitar criminosos. Criminosos que a nossa rádio libertação chamava de "cães de guerra" e cães de dois pés". Para dizer mal de alguém, falseia-se a realidade. Não. Há que assumir as responsabilidades.

Tínhamos instâncias onde todos os problemas poderiam ter sido resolvidos no Partido, na Guiné ou em Cabo Verde.

Logo que soubemos do golpe, dissemos o seguinte: primeiro, o golpe atingiu profundamente o nosso Partido, fez-lhe um grande mal.

Segundo, o que aconteceu na Guiné é da responsabilidade de todas as pessoas que aí tinham função dirigente.

Esta é a nossa posição, é uma questão de responsabilidade histórica e temos que nos responsabilizar historicamente pelo que fizemos ou pelo que permitimos fazer. Essa é a posição do Governo de Cabo Verde e da orga-

nização do Partido em Cabo Verde.

A direcção do Partido tem algum erro? Tem sim. Ou é possível que tenha. Mas nós não podemos substituir ninguém, nem ocupar o lugar de ninguém. Já nos disseram que somos colonialistas, sem ocuparmos o lugar de ninguém. E se fôssemos ocupar lugares ou resolver os problemas de cada um, o que é que eles diriam? Que nós somos super-colonialistas e super-imperialistas. E como não nos imiscuimos, ficamos só com colonialista e imperialista, sem o "super". Mesmo assim já disseram que nós não respeitamos a identidade cultural do povo da Guiné. Mas o que é que nós fizemos, nesse aspecto, para não a respeitarmos? Tudo isso chega ao escândalo.

Como é que um homem político pode ter na sua cabeça ou tirar da sua boca que o que a Guiné ganhou com a unidade, que o preço da unidade foram 500 mortos ou fusilados? Isso é a maior falsidade histórica que pode haver. Sim, sobre isso queríamos dizer que: primeiro, não é oportuno; segundo, que é uma falsidade histórica. Não é oportuno pelo seguinte: dizendo isso, são as suas próprias cabeças que estão a sujar, e por outro lado é a própria organização do Partido que eles estão a sujar; e não se dão conta que com tudo isso estão a dar razão àqueles que são contra a África, contra a libertação dos povos africanos, àqueles que são racistas, paternalistas, que terão argumentos para dizerem: já tínhamos dito: estes pretos não servem, a única coisa que eles fazem é matarem-se uns aos outros; mesmo o PAIGC que eles diziam que é um partido humanista, quantas pessoas mandou matar? Isso tudo é fornecer ao inimigo profundo de todos nós argumentos para nos fazer mal. Por isso é que não é oportuno. Mas já tínhamos dito que o intuito é reabilitar os comandos africanos, os criminosos que atravessaram as frontei-

ras pondo em causa a estabilidade interna do país.

O PAIGC lutou muito na Guiné para acabar com o tribalismo, com a injustiça, com os abusos, com a falta de respeito. Todas essas pessoas, combatentes, responsáveis, sabem bem que estão altamente influenciados pela ideologia do PAIGC, pelos seus sentimentos, pelo seu estilo, pela sua prática. E ao mesmo tempo pela sua maneira de resolver os problemas. Sem eles quererem, estão altamente influenciados. Isso é o valor da Unidade do PAIGC. Não são os comandos africanos, que foram fusilados num ambiente de guerra, porque eles cometeram crimes contra o povo ou porque eles queriam dar golpe ou matar alguém ou porque queriam associar-se com os golpistas do 11 de Março em Portugal? Portanto, o que a Guiné recebeu da unidade do PAIGC é a consciência de milhares de militantes que estão lá, é a sua libertação, é a liquidação de muitas taras, é a formação de um povo, de uma identidade nacional. A força do PAIGC e do seu trabalho na Guiné é a formação da unidade nacional da Guiné da consciência nacional da Guiné, em detrimento da consciência das etnias da Guiné ou da consciência tribal. Foi isso que a Guiné recebeu com o PAIGC e com a unidade, não há unidade sem o PAIGC, PAIGC é unidade, unidade é PAIGC. Portanto não podemos de maneira alguma separar a unidade do PAIGC ou o PAIGC da unidade. Agora pretende-se que a unidade na Guiné só causou vítimas. Mas que falsidade histórica, que argumentos dados ao inimigo.

Portanto, a Guiné recebeu do PAIGC consciência nacional, a formação da nação guineense. No plano internacional, o que é que ele trouxe à Guiné? Respeito, prestígio, ajuda internacional, quem os trouxe?



MAIS GRAVE QUE O ASSASSINATO DE CABRAL

Daí, uma progressiva falta de preocupação de certos responsáveis e dirigentes da Guiné na aplicação das orientações dos órgãos de direcção do Partido. Vários deles não vinham traduzindo nem na sua acção partidária, nem na sua vida privada, os princípios, directivas e opções do nosso Partido.

A degenerescência ideológica de vários quadros do Partido na Guiné, particularmente de quadros dirigentes, vinha criando todas as condições para um desaire político.

Nós tentámos sempre abordar e debater essas carências e desvios no seio dos organismos supra-nacionais, mas certos dirigentes guineenses, incluso os responsáveis máximos do dito Conselho da Revolução, furtaram-se sempre à análise e discussão dessas questões, preferindo a conspiração à aplicação dos princípios salutarés da crítica e auto-crítica.

Sendo assim, não terão sido os golpistas, que surgem agora como os "salvadores" duma situação que qualificam de catastrófica, os que criaram, com a sua própria acção, as condições favoráveis para que o golpe tivesse lugar?

Nós rejeitamos categoricamente a afirmação hipócrita de que o camarada Luís Cabral é o único responsável das dificuldades que prevalecem actualmente na Guiné. Nós rejeitamos também categoricamente qualquer asserção que pretenda dizer que o Secretário-Geral do Partido, camarada Aristides Pereira, tem alguma responsabilidade nos fusilamentos que teriam tido lugar em Bissau, mesmo que se trate de fusilamentos dos famigerados comandos africanos que, durante toda a longa luta de libertação nacional, cometeram os crimes mais hediondos contra as populações guineenses. Até onde terá pretendido ir um dos cola-

boradores do Conselho da Revolução, com a sua intriga e demagogia, ao pedir um minuto de silêncio à memória dos criminosos comandos africanos? Que homenagem ficará para os heróicos e anónimos Combatentes da Liberdade da Pátria, que tombaram no campo da honra, para que hoje fôssemos um povo livre e soberano?

Os caboverdeanos estiveram sempre entre os dirigentes do PAIGC que foram, desde o tempo da luta armada, defensores acérrimos, no seio do Partido, do respeito pelos Direitos Fundamentais do Homem. Fomos sempre contra sevícias, contra torturas e contra espancamentos e, aliás, não é por acaso que no artigo 35 da nossa Constituição foram consagrados estes princípios, nomeadamente que, "em caso algum haverá pena de morte, de prisão perpétua, de trabalhos forçados, nem medidas de segurança privativas de liberdade de duração ilimitada ou indefinida."

Se se atentar bem em tudo quanto acabamos de dizer, poder-se-à compreender que não foi por mera eventualidade que o Secretário-Geral do Partido, camarada Aristides Pereira, teve a preocupação de apresentar, ainda em Junho passado, há cerca de 6 meses, na segunda sessão ordinária do CSL, um relatório intitulado "VENCER A BATALHA DE IDEOLOGIA", em que solenemente fez uma chamada de atenção para os perigos que ameaçavam o nosso Partido.

Para que os camaradas possam ter uma ideia das questões que foram submetidas à apreciação e discussão dos membros do Conselho Superior da Luta, limitamo-nos a citar algumas passagens desse relatório do Secretário-Geral do Partido, camarada Aristides Pereira.

Em nossa opinião, temos que encarar os acontecimentos de Bissau de frente, de maneira objectiva. Só assim estaremos em condições de tomar as medidas que se impõem.

Quais terão sido as causas que tornaram possível a materialização do golpe de estado em Bissau? Entre as mais importantes podemos assinalar a influência maléfica do meio de Bissau - que nunca foi região libertada, mas sim um centro de corrupção dos spinolistas e dos comandos africanos - influência exercida junto dos responsáveis e dirigentes vindos da armada. Em Bissau, com efeito, concentrou-se, durante toda a guerra, a escumalha da ordem colonial que, após a libertação nacional, tentou subverter, por todos os meios, os que vinham das regiões libertadas portadores de elevados princípios morais e de luta, incluso os militantes radicados em Bissau, que enquadravam as estruturas do Partido.

O que interessava era criar junto dos combatentes vindos das regiões libertadas o gosto por um estilo de vida das sociedades de consumo, num país em que a produtividade era e é ainda extremamente baixa e a produção não chega para o consumo interno. Em suma, um estilo de vida que estava em contradição com a austeridade trazida da luta, austeridade essa que devia assumir, como cá em Cabo Verde, formas novas nesta fase de soberania e de reconstrução nacional.

"A nossa exposição ficaria incompleta se, nesta importante reunião do CSL que, de resto, precede de perto o IV Congresso, não trouxéssemos à sua reflexão alguns problemas com incidência decisiva não só na vida actual do Partido mas também na sobrevivência da sua identidade como organização revolucionária.

Trata-se de questões ligadas sobretudo à prática ideológica, que se situam a diversos níveis e tanto nas fileiras do Partido como, por reflexo lógico, no seio das massas populares".

"Na nossa acção ideológica, devemos estar vigilantes em relação a duas atitudes igualmente perniciosas e já detectadas entre nós: uma atitude esquerdista baseada em esquemas ideológicos exteriores ao nosso Partido e que, não tendo em conta as nossas realidades, aponta para soluções aventureiristas e fraccionistas típicas do radicalismo pequeno burguês; e uma outra, caracterizada por uma manifesta passividade, capaz de conduzir à degenerescência e a um vazio ideológico, susceptível de ser rapidamente ocupado por ideologias estranhas ao Partido.

A nossa experiência já terá certamente estimulado a vigilância dos militantes em relação à primeira das atitudes referidas. A segunda constituirá, sem dúvida, o maior perigo contra o qual devemos precaver-nos.

As manifestações dessa atitude passiva face à ideologia, que vamos referir, são sem dúvidas perigos reais contra os quais não podemos deixar de apelar à vigilância dos militantes e quadros do Partido.

Fenómenos graves como a irresponsabilidade, a tolerância face aos erros, a negligência no trabalho, mais não são do que o resultado da passividade e falta de rigor ideológico. A mesma carência está na origem de outras manifestações tais como o prag-

U.L.OUT-DEZEMBRO/80

Ao alertarmos contra os fenómenos referidos, não podemos deixar de chamar a atenção para uma característica particular que os define; com efeito, de início, a perigosidade dessas fraquezas decorrentes das carências ideológicas, nem sempre é evidente. Daí, por um lado, o grave risco de auto-vigilância só intervir numa fase já adiantada em que a acumulação dos erros torna difícil a recuperação individual e a sua prevenção face à sedução das ofertas do inimigo ideológico; por outro lado, o risco não menos grave do alerta e a voz do combate só serem dados já num estágio avançado do efeito corrosivo dos maus exemplos sobre os militantes e a sociedade.

matismo excessivo que não tem em conta os dados políticos dos problemas a resolver, a atitude tecnocrática e o burocratismo erigidos em sistema de governo, a improvisação como método de trabalho, a fuga às orientações e ao controlo do Partido — tudo isso expressão de uma atitude de recusa, consciente ou inconsciente, dos princípios que devem enformar a nossa sociedade actual e a construção do projecto social por que optámos.

A franqueza de que vimos falando ainda se manifesta por outras formas tais como o amiguismo, o nepotismo, a ostentação e a ambição pessoal, numa demonstração de clara subordinação do interesse colectivo ao proveito próprio.

Cabe-nos a nós, militantes do PAIGC, dirigir o nosso povo na sua marcha para o progresso e justiça so-

cial para todos. Não podemos, portanto, demitir-nos dessa missão que a história nos confiou, nem tão pouco faltar na sua execução integral, no interesse das gerações actuais e futuras.

Quer isso dizer que, além duma definição e prática política correctas, devemos exercer uma vigilância a toda a prova e manter uma atitude intransigente de combate às fraquezas e perigos que apontámos.

Voltamos, pois, à questão decisiva da necessidade de uma acção perseverante e intensa no plano da ideologia, no seio do Partido e das massas.

Nesta batalha, como é óbvio, cabe o papel preponderante ao dirigente qualquer que seja o seu posto de trabalho e que, em caso algum, deve abdicar da sua qualidade primeira de militante e do seu dever de desenvolver um ambiente favorável à preservação da confiança no Partido dos militantes e dos trabalhadores".

Não será difícil compreender que os autores do golpe e os seus seguidores estão entre os principais destinatários das sérias advertências feitas pelo Secretário-Geral do Partido, camarada Aristides Pereira, nessa importante reunião do Conselho Superior da Luta. Aí eles tiveram, como em todas as reuniões anteriores desse órgão, a oportunidade, dada pela nossa democracia interna, de levantar todos os problemas do Partido e do Estado, incluso a oportunidade de pôr em causa e de contestar, abertamente, as linhas de orientação estatal do camarada Luís Cabral. Tinha particularmente essa possibilidade o actual Presidente do Conselho da Revolução, que detinha nas suas mãos todos os aparelhos do Partido a nível nacional e vinha sendo, até ao golpe, o Chefe do Governo. Além disso, havia ainda a perspectiva da realização do IV Congresso, que estava previsto para fins de 1981, onde se poderia aprofundar o problema da Unidade e da Presidência do ca-

marada Luís Cabral. Nessa Tribuna, que é o órgão máximo do PAIGC, poderiam ser discutidos todos os problemas e, aí mesmo, tomadas todas as decisões definitivas.

Apesar do golpe de estado revelar ser, claramente, uma acção anti-Partido, em definitivo, ao serviço da reacção interna e internacional, os membros do chamado Conselho da Revolução pretendem ainda, demagogicamente, convencer-nos de que continuam seguidores do Pensamento de Cabral e da linha do PAIGC, quando os factos demonstram gritantemente que voltaram as costas à linha política e ideológica do Partido e que estão fazendo tudo para o estrangular. Que se veja a imprensa portuguesa e senegalesa e os velhos inimigos do PAIGC que começam a afluir a Bissau, indos de países africanos e europeus.

Nós não acreditamos na ingenuidade dos autores do golpe, pois eles sabem perfeitamente que o que fizeram nada tem a ver com o PAIGC. Nós analisamos os actos e não as palavras que, na maior parte das vezes, não passam de declarações de intenção. E os actos, esses, dizem-nos que eles, os autores do golpe, o que pretendem é servir-se ainda do nome do Partido, depois de o terem golpeado mortalmente na Guiné, para manter um certo prestígio e uma capa de progressismo no plano nacional e internacional, com o fim de ganhar tempo e consolidar o novo regime. Nada mais. Pois o PAIGC deixou, de facto, de ser na Guiné a força dirigente da sociedade e do Estado, visto que foi substituído por um Conselho de Revolução que, além de ser nova força dirigente, assumiu poderes legislativos e executivos supremos.

Nós fazemos questão de esclarecer que a situação criada por este golpe de estado é muito mais grave que a que teve lugar em Janeiro de 1973, com o assassinato do nosso Líder Imortal Amílcar Cabral. Nessa altura, ainda durante a luta armada, o golpe falhado não pusera em causa a existência do

Partido como força dirigente supranacional.

Esse golpe de estado de 14 de Novembro veio suspender a Constituição e inviabilizar a ordem pública e social estabelecida pelo PAIGC na Guiné-Bissau, pois criou um Conselho da Revolução que se substituiu aos órgãos do PAIGC e, por lei, dissolveu a ANP, o Conselho de Estado, extinguiu o Governo e destituiu o Presidente do Conselho de Estado. E mais ainda: agora os autores do golpe pretendem fazer um inquérito sobre a acção do camarada Luís Cabral e levá-lo a prestar contas, para ver se conseguem desprestigiar o responsável máximo do Partido a nível da Guiné, o Secretário-Geral Adjunto do PAIGC, o que equivale, com as características anti-PAIGC do golpe, a pôr de uma certa maneira o Partido, na Guiné, no banco dos réus. Talvez seja esse o objectivo principal da reacção africana ligada ao imperialismo.

Este golpe, em verdade, é o ponto de partida de uma luta ideológica dirigida contra o PAIGC nesta nossa sub-região africana, luta animada por forças de reacção externa apoiadas na reacção interna. E o golpe, veja-se bem, foi desferido precisamente onde o PAIGC se estava tornando ideologicamente cada vez menos resistente: na Guiné-Bissau.

Convém igualmente assinalar um outro facto de não menos importância: o golpe teve lugar nas vésperas do início da prospecção do petróleo na Guiné e é bem possível que as ideias do PAIGC sobre as fontes de energia e o modo de utilização das riquezas básicas do país, consagradas na Constituição que foi suspensa, fossem de facto um sério empecilho.

Por isso, temos que admitir que a dimensão deste golpe ultrapassa os limites das querelas internas da Guiné

Bissau, para ser uma ofensiva global contra o PAIGC, tanto na Guiné como em Cabo Verde.

Esta ameaça vem transformar as nossas dez ilhas num verdadeiro reduto do Partido, onde teremos que estar entrincheirados para o defendermos por todos os meios. Pois, o que se pretende, em ultima análise, é transplantar para Cabo Verde o que os golpistas qualificaram de "reajustamento" feito na Guiné. O golpe de estado na Guiné-Bissau, camaradas, leva-nos a crer, tendo em conta as características já reveladas, que ele tem cérebros fora e executantes dentro. Não se pode considerar um lapso ou um ineficaz controlo por parte do dito Conselho da Revolução, o facto de Rafael Barbosa — um comprovado traidor à nossa luta de libertação nacional, que colaborou com o General Spínola e a PIDE — ter sido liberto para fazer uma comunicação na Rádio — Bissau. Não cremos que se trata de um erro porque o Vice-Presidente desse Conselho da Revolução fez já declarações dando garantias de que Rafael Barbosa será totalmente posto em liberdade. Isso sem falar das grandes declarações de apoio feitas na Rádio — Conakry, exaltando o nome de Rafael Barbosa como sendo o de um grande patriota, ele que foi duas vezes condenado à morte por traição à Pátria. Mas isso não nos espanta inteiramente por porque nós já sabíamos que o maior entrave para a realização de uma Grande Guiné, era precisamente o PAIGC, a Unidade Guiné/Cabo Verde.

Os autores do golpe de estado, como é lógico, terão necessidade de consolidar o seu poder. Mas como eles renegaram, de facto, a linha política e ideológica do PAIGC, terão que fazer apêlo a forças estranhas à orientação política e ideológica do Partido, e não sabemos mesmo se a forças anti-PAIGC. O apoio entusiástico dado ao golpe pelas escumalhas anti-PAIGC radicadas na emigração, nomeadamente as alber-

gadas em Portugal, na Holanda, em França e no Senegal, é já um claro indício da natureza desse golpe de estado.

Estamos certos de que vamos assistir, a nível da Guiné, se se considerar o novo poder instituído, a uma unificação de todas as forças internas e externas hostis à Unidade Guiné-Cabo Verde, hostis aos cabo-verdianos e à orientação política e ideológica do PAIGC.

Cá em Cabo Verde, paralelamente, os inimigos do Partido e do nosso regime irão seguramente considerar o golpe de estado na Guiné, com as suas implicações para o Partido e para a Unidade, como um factor novo favorável ao desenvolvimento de actividades destabilizadoras dirigidas contra a nossa democracia nacional revolucionária.

Devemos estar vigilantes e firmes frente à tentação que terá a reacção interna, cá em Cabo Verde, de levantar a cabeça em coordenação estreita com pressões de forças externas.

Não podemos, nesta conjuntura, permitir que se instale, no nosso seio, qualquer confusão política e ideológica que nos impeça de definir claramente o que é e o que não é o nosso Partido. Temos que marcar abertamente, sem confusões, as nossas distâncias ideológicas em relação ao golpe de estado e ao Conselho da Revolução de Bissau, que já demonstraram concretamente, através de actos e posições políticas, que são a negação do princípio da Unidade Guiné/Cabo Verde e do PAIGC.

Outra questão bem diferente será como nós vamos encarar o relacionamento do nosso Estado com o Estado da Guiné-Bissau, com base em normas internacionalmente aceites, particularmente no Acordo de Viena de 1961 sobre relações diplomáticas, e o no quadro da Organização da Unidade Africana (OUA), da Comunidade Económica dos Estados da África Ocidental (CEDEAO), da ACP-CEE, do Movimento dos Países Não-Alinhados e da Organização das Nações Unidas, organizações internacionais de que são membros os nossos dois Estados.

O GOLPE:

UMA VIA SEM SAÍDA

O golpe de estado na Guiné-Bissau
ANALISAR E COMPREENDER A
SITUAÇÃO REFLECTIR SOBRE O
FUTURO DO PAIGC

O. REFLECTIR COM OS MILITANTES

Pouco mais de um mês após o golpe de estado militar ocorrido na Guiné-Bissau a 14 de Novembro passado, aos militantes do nosso Partido, em Cabo Verde, colocam-se questões importantes, sobre as quais é necessário reflectir.

O que se passa na Guiné? Porquê o golpe? Que razões levaram alguns dirigentes a trair? Que erros cometeu o Partido? Qual é o futuro do PAIGC? — importa encontrar resposta para estas (e outras) perguntas. Conscientes de que vivemos um momento particularmente difícil, os militantes, todos os patriotas da nossa terra devem analisar com objectividade os dados existentes (distinguindo neles o que é principal do que é secundário) e procurar compreender correctamente uma situação em evolução.

Com esta primeira tentativa de abordagem das motivações (reais e aparentes) e das consequências do golpe de estado na Guiné-Bissau, pretende-se participar na reflexão colectiva em

curso no seio do Partido, em torno da questão central que é a de saber que decisão tomar sobre o futuro do PAIGC.

1. O 14 DE NOVEMBRO

Reservando para outra oportunidade a descrição pormenorizada de acontecimentos de 14 de Novembro e dos dias seguintes, apenas se sunham aqui os factos mais saliente relacionados com o golpe militar de Bissau, factos esses cujo conhecimento poderá ajudar a compreender as verdadeiras intenções dos golpistas e a natureza do regime instaurado no país irmão.

Descobertos pelos serviços de Segurança os planos conspirativos cuja execução estava prevista para domingo, 16, os cabecilhas do golpe decidiram antecipá-lo para a noite de 14.

Duas unidades das FARP participaram nas operações, em Bissau: a unidade dos blindados de Bra, nos arredores da cidade, e o batalhão de Quebu, deslocado da fronteira sul para a capital.

"Mas outra razão de traição, camaradas, é o seguinte: acumular erros, pequenos erros, que depois se transformam num erro grande. Quase não há nenhum daqueles que traíram que não tivesse o seu erro, a sua culpa no cartório. Ou tinha roubado algum dinheiro, desviado qualquer coisa, engravidado raparigas, etc.. Quer dizer, acumulam erros aos poucos. Comete hoje um erro, o dirigente critica, repete amanhã, volta a ser criticado, daqui a um ano volta a cometer outro erro e a ser criticado. Que aborrecimento, não me deixa em paz, anda a perseguir-me, diz ele..."

AMILCAR CABRAL

"Quem cometer erros e for repreendido e achar que devia cometer esses erros, por exemplo: usar o dinheiro que se quer, o dinheiro do Estado, etc. Mas o chefe não deixa, o Partido não deixa. Ou um outro que gosta de ter muitas mulheres, é repreendido muitas vezes por isso e aborrece-se. Pouco a pouco os erros acumulam-se e chega-se a um momento em que se é forçado pela força das circunstâncias a trair, para poder escapar porque a sua situação já é muito má".

AMILCAR CABRAL

A partir das 20 horas, os golpistas controlaram a entrada de Bissau e ocuparam rapidamente o estado-maior das FARP, na fortaleza da Amura, e os estúdios da Rádio Difusão Nacional. Com tanques e blindados bloquearam os acessos do quartel da marinha e da base aérea e cercaram o palácio presidencial, o comissariado do Interior e outros pontos estratégicos, impossibilitando qualquer acção de defesa.

Com a capital sob controlo, patrulhada por blindados e grupos de soldados, os golpistas - a que se juntaram polícias e alguns civis armados - iniciaram a detenção dos membros da Direcção do Partido e do Governo, a maior parte deles nas respectivas residências. No decorrer destas acções, foram mortos pelos golpistas, por oferecerem resistência, dois dirigentes do Partido, tendo ficado ferido um terceiro.

Pouco antes da meia noite, a rádio transmitiu em directo uma mensagem de Rafael Barbosa, contra-revolucionário libertado momentos antes da prisão de Bra, onde se encontrava a cumprir uma pena por crime de alta traição. Apresentando-se como líder do Golpe, Barbosa definia já a orientação do novo regime quando lhe foi cortada a palavra e esclarecido que a sua presença aos microfones da rádio tinha sido um "lapso".

Mais tarde, cerca das três horas da madrugada de 15, a rádio transmitiu uma alocução do chefe do Conselho da

Revolução, anunciando a vitória dos golpistas.

Nos dias seguintes, após novas prisões, tanto na capital como interior, onde não se registou também qualquer resistência organizativa, foi ordenado o regresso ao trabalho, em todo o país. A rádio revelou a composição do Conselho da Revolução e anunciou a dissolução da Assembleia Nacional Popular, do Conselho de Estado e do Conselho dos Comissários. Foi nomeado um "Governo de transição" e suspensa a Constituição de 1973, concentrando-se todo o poder no Conselho da Revolução.

Acrescente-se que, de início, foram detidas centenas de pessoas, mais tarde libertadas. Actualmente, encontram-se ainda presos dezenas de camaradas: além do Secretário-Geral Adjunto do PAIGC, camarada Luiz Cabral, dirigentes do Partido, membros do governo derrubado, oficiais do estado-maior e outros elementos das FARP e da Segurança.

UMA VIA SEM SAÍDA

Os golpistas escolheram um momento favorável para concretizarem os seus planos, cuja preparação se iniciou pelo menos a 7 de Novembro, segundo posteriores declarações públicas do seu cabecilha.

Com efeito, coincidiu que, para além do Presidente Luiz Cabral (que se deslocara a Bubaque juntamente com a

U.L.OUT-DEZEMBRO/80

família e alguns dirigentes) muitos membros da Direcção do Partido, do Governo, das Forças Armadas e da Segurança se encontravam ausentes do país no dia do golpe, em missões oficiais, em tratamento ou em férias.

Por outro lado, o ambiente que se vivia na Guiné, particularmente em Bissau, era de descontentamento mais ou menos generalizado entre a população. A escassez de arroz e de outros géneros de primeira necessidade, o baixo poder de compra dos trabalhadores cujos salários não puderam beneficiar dos aumentos exigidos pela inflação, a polémica em torno da discussão da nova Constituição (aproveitadas pelos inimigos para instigar ódios contra o Partido e o Governo) - tudo isso foram factores que contribuíram para a criação entre as massas populares de um sentimento de insatisfação e desmobilização. Refira-se também que, no seio das Forças Armadas, havia elementos descontentes com os salários e com as patentes que lhes foram atribuídos.

Os golpistas escolheram, pois, um momento propício para actuar, o que, aliado aos apelos do nacionalismo estreito feito nos primeiros momentos, explica talvez a rapidez e a facilidade do seu êxito no plano militar e as manifestações populares dos primeiros dias, em Bissau.

Mas se o descontentamento que existia em diversos sectores explica em parte o êxito do golpe, não o justifica. Quais, então, as razões que levaram um punhado de dirigentes a trair o Partido e a enveredar pela via sem saída do golpe de estado?

MUDAR UM HOMEM

Após os primeiros dias de silêncio que se seguiram ao golpe, o Conselho da revolução no poder, ao mesmo tempo que proclamava a sua fidelidade

U.L.OUT-DEZEMBRO/80

ao pensamento de Amílcar Cabral e aos princípios do PAIGC, organizava uma campanha visando justificar, tanto internamente como no plano exterior, a acção aventureira levada a cabo.

Perante os aplausos de toda a casta de oportunistas e a euforia dos inimigos irreconciliáveis do PAIGC, o novo regime de Bissau lançou sucessivamente, alternando a calúnia infame e a demagogia fácil, as "teorias" do "colonialismo caboverdiano" "da obstrução à afirmação da identidade nacional guineense" da "unidade na igualdade", do "regresso à linha de Cabral" e dos "massacres" (de que ninguém tinha conhecimento...), da "corrupção de altos funcionários" e do "caos económico", da "concentração de poderes" na nova Constituição e dos "planos para liquidar certos dirigentes".

Não tendo conseguido convencer ninguém com tais argumentos, os ideólogos do Conselho da Revolução garantem agora que o golpe de estado não foi golpe de estado mas apenas "um movimento reajustador", destinado a mudar um homem - o Presidente Luiz Cabral -, "único responsável" de todos os erros e das dificuldades económicas da Guiné-Bissau, nestes seis anos de independência.

Face à pobreza destas justificações, devem ser procuradas as verdadeiras razões que fizeram mover os golpistas.

4. A AMBIÇÃO DO PODER

Nos últimos anos sucederam-se as afirmações de dirigentes do nosso Partido de que o inimigo só nos poderia vencer, só poderia aniquilar o PAIGC, se se infiltrasse, se conseguisse miná-lo por dentro. Os recentes acontecimentos na Guiné-Bissau confirmaram, tragicamente, a justeza daquela conclusão.

No momento próprio e nas estruturas adequadas, os militantes que têm

"uma lição também importante é a seguinte: é que quando uma luta de libertação, um movimento político como o nosso, tem a certeza de que um fulano qualquer é de facto falso, devemos eliminá-lo do nosso meio. Não deixá-lo naquele jogo de enganar hoje, enganar amanhã. Isso não pode ser, mais dia menos dia pode dar mau resultado".

AMILCAR CABRAL

"Nós temos que ter consciência, camaradas, nós o PAIGC, de que seja quem for, é capaz de trair. E, seja quem for, é capaz de ser um elemento do mais avançado possível no caminho da honestidade, da seriedade e da fidelidade ao seu Partido. Mas isso tem que ser uma luta constante, luta de cada um de nós por nós mesmos, luta pelos nossos camaradas e luta contra o nosso próprio inimigo. Tem que ser assim, camaradas".

AMILCAR CABRAL

"Do nosso comportamento moral depende amanhã, a nossa capacidade de traição. Dos nossos erros depende a nossa capacidade de traição amanhã."

AMILCAR CABRAL

"O que é que eles querem ao fim e ao cabo? Querem casas bonitas, calças e fatos de tergal luzidios, jóias por todos os lados, roupas das mais esquisitas, ter quantas mulheres querem quando se trata de homens, fazer o que entendem quando se trata de mulheres. Ambição profunda, camaradas. Compreensível até certo ponto, mas tremendamente medonho a partir de um certo ponto, também. Compreensível porque nós, africanos, em geral, nunca tivemos nada e quando o caminho se abre para termos coisas, queremos ter tudo num só dia. E, então, para ter tudo num dia, traímos. Ambição e mais ambição."

AMILCAR CABRAL

hoje a responsabilidade histórica de continuar a Luta devem fazer uma análise crítica da situação, reconhecendo com coragem os erros cometidos pelo PAIGC e extraindo com lucidez as lições da rica experiência da Guiné-Bissau.

Sem pretender aqui antecipar esse debate indispensável, importa no entanto apontar algumas das carências mais graves que possibilitaram o golpe de 14 de Novembro (as mais importantes denunciadas já pelo Secretário Geral no Relatório ao CSL de Junho de 1980):

- a quase generalizada inobservância dos princípios fundamentais da crítica e autocrítica, do centralismo democrático e da direcção colectiva, o que se traduzia no liberalismo, na tolerância face aos erros, na falta de rigôr, na indisciplina e na irresponsabilidade.

- o deficiente funcionamento dos órgãos de direcção ao nível nacional da Guiné e a consequente incapacitação das estruturas partidárias para pôr em prática as decisões superiormente tomadas. O papel dirigente do Partido era, assim, deficientemente exercido, em particular no controlo de sectores vitais como o ideológico ou o económico, por exemplo.

- a fraqueza ideológica, fonte de toda a sorte de desvios, terreno fértil para a propagação das ideias do inimigo, e sem antídoto dum trabalho ideológico contínuo e planificado.

- a manutenção na direcção do Partido não só de camaradas ultrapassados pela dinâmica da luta e que não assumiam as suas responsabilidades, como também de elementos com um longo passado de erros (o que terá

levado, supomos, o camarada Secretário Geral a exprimir no referido relatório em perspectiva do IV Congresso a necessidade de abrir as fileiras a gente nova para ocupar os lugares daqueles que se recusam a ultrapassar as suas carências).

Estas carências ou erros, de que havia consciência, criaram na Guiné Bissau uma situação que permitiu aos cabecilhas do golpe de estado de 14 de Novembro concretizarem o seu intento de há muito: tomar o poder.

5. PAIGC: QUE FUTURO?

Ao derrubar o Governo constitucional da República da Guiné-Bissau, ao depôr o seu Presidente eleito democraticamente, ao dissolver instituições assentes na vontade popular expressa livremente, os golpistas do 14 de Novembro liquidaram o regime do PAIGC na Guiné-Bissau, puseram fim à ordem revolucionária instaurada com a conquista da independência e legitimada pela heróica luta armada de libertação nacional.

Em poucas palavras: o PAIGC foi derrubado do poder, na Guiné-Bissau.

Por outro lado, encontrando-se bloqueados os órgãos supra-nacionais de direcção do Partido urge que, a nível nacional de Cabo Verde, seja tomada uma decisão sobre o seu futuro. E seja ela qual for não deixará de ter em conta a necessidade de manter total fidelidade ao pensamento de Amílcar Cabral, à ideologia e aos princípios do PAIGC, à sua experiência histórica de quase um quarto de século e à gloriosa luta de libertação nacional dos povos da Guiné-Bissau e de Cabo Verde.

CIMEIRA DE LUANDA

Enquanto decorria a nossa campanha eleitoral, um facto de transcendente importância para a vida do nosso Partido e do nosso povo, ocorreu na República irmã da Guiné-Bissau. Referimo-nos ao golpe de estado que, a 14 de Novembro, depôs o Conselho de Estado e o seu Presidente, camarada LUIS CABRAL, Secretário Geral Adjunto do PAIGC, e na sequência do qual muitos dirigentes e militantes do PAIGC foram presos, bloqueando os órgãos supra-nacionais de direcção do Partido.

Sobre esses acontecimentos, tanto o governo como o Conselho Nacional do PAIGC e ainda nós, na qualidade de Chefe de Estado e Secretário Geral do Partido nos dirigimos à Nação para informar das conclusões e medidas que se impunham.

Cabe-nos agora informar-vos da iniciativa extremamente importante que constituiu a reunião em Luanda, no passado dia 2 de Dezembro, dos Chefes de Estado de Angola, Cabo Verde, Moçambique e São Tomé e Príncipe, em que os acontecimentos de Bissau foram apreciados dentro do espírito de fraternidade e solidariedade combatente que sempre uniu os nossos povos em luta contra o colonialismo português.

A análise da Cimeira em Luanda é que os acontecimentos de Bissau, para além de constituírem um rude golpe que ameaça mesmo a sobrevivência do PAIGC enquanto partido supra-nacional e pode interromper o

processo de unidade entre a República de Cabo Verde e a República da Guiné-Bissau, abrem um período de incerteza política para esse país irmão, pondo em risco as conquistas já alcançadas pelo seu povo numa árdua e exemplar luta de libertação nacional. Para além disso ainda, é o prestígio e a coesão dos movimentos de libertação dos cinco países que fica abalado, possibilitando a infiltração das brechas assim abertas aos inimigos dos nossos povos e da África.

Perante tal análise, havia iniciativas que se impunham, e os quatro Chefes de Estado reunidos em Luanda não recuaram perante a responsabilidade que o momento exigia.

A delegação ministerial enviada logo a seguir a Bissau, para além de tentar obter das novas autoridades garantias quanto à salvaguarda da integridade física e da liberdade do camarada LUIS CABRAL e dos restantes dirigentes e militantes presos, deve ainda aplanar o caminho para um diálogo que permita ajudar o povo irmão da Guiné-Bissau a ultrapassar o momento difícil que está vivendo e a preservar as conquistas ainda possíveis de preservar.

A coesão do grupo dos cinco países africanos de expressão oficial portuguesa, que tanta eficácia demonstrou durante todos esses anos de luta, assim como a cooperação multi-lateral e a coordenação do desenvolvimento de que já lançámos as bases,

sairiam bastante enfraquecidas se agíssemos doutro modo, recuando perante as responsabilidades históricas que a luta comum nos impõe.

Para além de uma tocante prova de solidariedade para com o PAIGC, neste momento particularmente grave, nos seus quase vinte e cinco anos de existência, a oportunidade que nos foi dada pelos nossos irmãos do Partido FRELIMO da República Popular de Moçambique, do MLSTP da República Democrática de São Tomé e Príncipe e do MPLA-Partido do Trabalho, seu Presidente e Presidente da República Popular de Angola, de reflectir em comum sobre esses acontecimentos foi, portanto, particularmente importante.

Juntos poderemos mais facilmente desarticular os falsos pretextos e as vãs tentativas de nos levar a renegar a nossa própria luta e a sua história gloriosa; juntos poderemos fazer frente à desinformação que tem o objectivo de lançar a desorientação nas nossas fileiras para que todas as portas fiquem abertas às actividades de sapa contra o processo de libertação e dignificação dos nossos países e povos em que estamos empenhados.

Sobre esses acontecimentos, tanto o governo como o Conselho Nacional do PAIGC e ainda nós, na qualidade de Chefe de Estado e Secretário Geral do Partido, nos dirigimos à Nação para a informar das conclusões e medidas que se impunham.

ESPECIAL GOLPE DE ESTADO ESPECIAL GOLPE DE ESTADO

No dia 2 de Dezembro de 1980, realizou-se em Luanda, Capital da República Popular de Angola, uma reunião dos Chefes de Estado de Angola, Cabo Verde, Moçambique e S. Tomé e Príncipe.

Participaram na reunião:

SUA EXCELÊNCIA JOSÉ EDUARDO DOS SANTOS, PRESIDENTE DO MPLA/PARTIDO DO TRABALHO, PRESIDENTE DA REPÚBLICA POPULAR DE ANGOLA

SUA EXCELÊNCIA ARISTIDÈS PEREIRA, SECRETÁRIO GERAL DO PAIGC, PRESIDENTE DA REPÚBLICA DE CABO VERDE

SUA EXCELÊNCIA MARECHAL SAMORA MOISÉS MACHEL, PRESIDENTE DO PARTIDO FRELIMO, PRESIDENTE DA REPÚBLICA POPULAR DE MOÇAMBIQUE

SUA EXCELÊNCIA MANUEL PINTO DA COSTA, PRESIDENTE DO MLSTP, PRESIDENTE DA REPÚBLICA DEMOCRÁTICA DE S. TOMÉ E PRÍNCIPE

que dirigiam importantes delegações partidário-governamentais.

A Cimeira debruçou-se sobre questões de interesse comum, tendo considerado a necessidade de preservar os laços de solidariedade, unidade e coesão forjados na luta contra o colonialismo, o imperialismo e na construção de uma sociedade nova. Em particular procedeu à análise do Golpe de Estado ocorrido na Guiné Bissau e das suas implicações na vida do PAIGC, assim como as incidências sobre as relações entre os nossos Cinco Países.

A Cimeira constatou que o Golpe de Estado, pondo em causa a sobrevivência do PAIGC enquanto Partido supranacional e a materialização do seu projecto de unidade entre a Guiné Bissau e Cabo Verde, atentou também contra o prestígio das lutas de libertação dos nossos povos.

De acordo com os princípios universalmente aceites nas relações entre Estados, a Cimeira reafirmou a não ingerência nos assuntos internos da Guiné Bissau.

Na base dos princípios que sempre nortearam a acção dos nossos Partidos e da fraternidade que uniu os povos dos Cinco Países na luta contra o colonialismo português, a Cimeira decidiu o envio de uma delegação à Guiné Bissau.

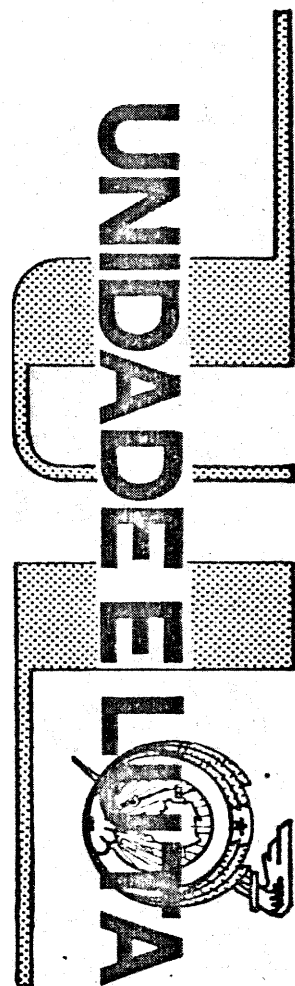
A Cimeira exprimiu a sua convicção de que a integridade física e o respeito pelo passado combatente do Secretário Geral Adjunto do PAIGC, Camarada Luís Cabral e de outros dirigentes e militantes aprisionados, serão tomados em consideração no sentido da sua rápida libertação.

A Cimeira desenrolou-se num clima de amizade e cordialidade, tendo constatado uma perfeita identidade de pontos de vista.

No final, o Secretário Geral do PAIGC e os Presidentes do Partido FRELIMO e do MLSTP exprimiram ao Presidente do MPLA-Partido do Trabalho e Presidente da República Popular de Angola os seus agradecimentos pelo acolhimento caloroso e fraternal dispensado durante a sua estadia na capital angolana.

LUANDA, AOS 2 DE DEZEMBRO DE 1980

*Le
Discute
Divulga*



Não é normal que as mensagens trocadas entre dois dirigentes sobre assuntos graves da vida de um partido sejam publicadas na imprensa estrangeira.

Contudo, tendo o Presidente do Conselho de Revolução, que tomou o poder em Bissau a 14 de Novembro, tentado manter a ficção de que ele e os seus colaboradores não se tinham posto, pelo seu acto gravíssimo, fora do Partido, algumas das mensagens trocadas entre o comandante de brigada João Bernardo Vieira e o seu Secretário-Geral do PAIGC, camarada Aristides Pereira, foram publicadas no jornal português "Expresso". Quem forneceu tais mensagens ao "Expresso"? Esse semanário não o diz talvez por não ter sido a isso autorizado, o que é de boa ética jornalística.

O interessante da questão é que quem forneceu ao "Expresso" essas mensagens não lhe forneceu todas as mensagens, alterou-lhes a sequência e teve o cuidado de esconder ao público aquelas em que são frisadas com clareza as responsabilidades do actual Presidente do Conselho de Revolução da Guiné-Bissau na criação da situação que ele hoje invoca para justificar o seu golpe de estado.

Pode alguém que não abdicou da sua condição de dirigente pretender resolver com seriedade as questões internas de um partido à vista de uma certa opinião pública que até sabe que é hostil a esse partido?

MENSAGENS TROCADAS ENTRE O S.G. DO PAIGC E O C.B. JOÃO BERNARDO VIEIRA, APÓS O 14 DE NOVEMBRO

Mas não é essa a questão que queremos aqui aprofundar. E se "Unidade e Luta" foi autorizada a publicar todas as mensagens trocadas entre o Secretário-Geral, camarada Aristides Pereira, e o comandante de brigada João Bernardo Vieira, é porque se alguém tem o direito de delas tomar conhecimento são os militantes do PAIGC, chamados, nesta hora grave da vida do Partido, a tomar as decisões que se impõem para a continuidade da obra de Cabral e a construção de uma Pátria forte e progressiva em Cabo Verde.

A última mensagem do camarada Aristides Pereira ao comandante de brigada João Bernardo Vieira, na sua qualidade de chefe de um Estado independente, e não de dirigente do PAIGC, é clara sobre as razões que levaram à manutenção de um diálogo que se pretendeu construtivo "para a clarificação das posições respectivas e a distensão e normalização das relações entre os dois países".

A aparente abertura ao diálogo no interior do Partido por parte do Presidente desse Conselho de Revolução que substituiu pela força a direcção do PAIGC na Guiné não passava, contudo, de manobra para ganhar tempo e tirar partido da indefinição.

É assim que a atitude responsável e construtiva do Secretário-Geral do PAIGC é contraposta uma atitude arrogante de quase ultimato a explicações, incompreensível em quem pretende manter a ficção de pertencer ao Partido.

A missão conjunta da Cimeira de Luanda, que tinha entre outras a tarefa de aplanar o caminho para a normalização das relações entre os dois países, com vista a manter a coesão do grupo dos cinco países africanos de língua oficial portuguesa, bem como para clarificar os problemas levantados no interior do PAIGC pelo golpe de 14 de Novembro, deparou-se em Bissau com um acolhimento que contrasta com as relações de fraternidade sempre existentes entre nós e os combatentes do MPLA-PT, do Partido Frelimo e do MLSTP.

Os autores do golpe de 14 de Novembro terão assim que assumir perante a História a responsabilidade de entravar o restabelecimento da normalidade das relações entre a Guiné e Cabo Verde, no espírito da Unidade Africana, para além dos danos irreparáveis que sofreu a causa da libertação do Continente com o golpe desferido contra o PAIGC.

ESPECIAL GOLPE DE ESTADO ESPECIAL GOLPE DE ESTADO

Ao Camarada Aristides Pereira
Secretário-Geral do PAIGC
e Presidente da República de Cabo Verde

Camarada Secretário-Geral

Perante a grave situação que se criou durante os últimos tempos cujo desfecho era imprevisível capaz de provocar consequências irreparáveis pondo em causa a nossa revolução os objectivos e a linha do Pensamento do nosso Saudoso Camarada Amílcar Cabral fomos obrigados respondendo aos anseios do povo no dia 14 do corrente mês de Novembro tomar as medidas que a situação impunha.

A integridade física do ex-Presidente do Conselho de Estado Luiz Cabral e de sua família encontra-se garantida pelo Conselho da Revolução. A situação encontra-se normal em toda a extensão do território nacional.

Não houve efusão de sangue nem quaisquer actos de vingança. Todos os cidadãos cabo-verdianos que se encontram na República de Guiné-Bissau não foram vítimas de quaisquer actos.

Permanecemos fiéis aos princípios e linha objectivos traçados pelo saudoso Camarada Amílcar Cabral e expressamos a nossa firme determinação de continuar a desenvolver os laços históricos que unem os nossos dois povos.

Saudações Revolucionárias
Pelo Conselho de Revolução

JOÃO BERNARDO VIEIRA (NINO)

Em 16/11/80

Camarada João Bernardo Vieira (Nino)
Comandante de Brigada
Membro da Comissão Permanente e Presidente
do Conselho Nacional da Guiné-Bissau do PAIGC

BISSAU

Acabo receber a tua mensagem ansiosamente aguardada Stop Pelo teor da mesma constato pelas tuas palavras que apesar do acto gravíssimo cometido contra princípios e fundamentos nosso Partido não há abandono total princípios linha objectivos traçados pelo Saudoso Camarada Amílcar Cabral Stop Quero deixar bem claro que golpe de estado nunca foi método PAIGC para resolução nossos problemas internos possuindo Partido órgãos eficazes para esse efeito Stop Sejam quais forem problemas políticos económicos ou sociais que prevaleçam actualmente na Guiné, são da responsabilidade todos dirigentes nacionais, nada justifica acto político de rebeldia às instituições causando mortos feridos e desaparecidos nomeadamente membros do Conselho Superior da Luta do Comité Executivo da Luta da Comissão Permanente e substituição das instâncias do Partido por um Conselho de Revolução estranho ao nosso Partido política e ideologicamente indefinido Stop Frente a um acto que provocou desvios tão graves da nossa linha e que revelou uma evidente falta de confiança da tua parte na minha pessoa apesar dos laços profundos que nos uniram durante tantos anos é minha opinião que isso exige uma explicação leal e responsável da tua parte Stop A tua mensagem e con-

teúdo dos comunicados do Conselho da Revolução levantaram no meu espírito algumas interrogações: como conciliar a tua posição expressa de fidelidade a Cabral com as declarações desse Conselho de Revolução? Em que é que o PAIGC tem entravado a afirmação da identidade nacional do povo da Guiné? Em que é que o PAIGC tem impedido que o povo da Guiné seja senhor dos seus destinos? Que pensar Nino da fidelidade devida aos nossos mártires como Domingos Ramos, Guerra Mendes, Chico, Pansau, Victorino, Rui, Corka, Saco Vaz, Titina, Justino Lopes, Jaime Mota e tantos outros camaradas que morreram pelos ideais comuns do PAIGC? Devemos esquecê-los debaixo dos sete palmos de terra que cobrem os seus corpos? Quero reafirmar-te que igualmente sinto-me responsável pela segurança física e moral de todos os nossos companheiros de luta guineenses ou cabo-verdianos e especialmente daqueles que são membros da direcção do nosso Partido a quem os nossos povos muito devem pelo seu sacrifício e dedicação Stop Embora na situação criada seja válida a garantia dada pela integridade física do camarada Luiz Cabral ela é insuficiente Stop Torna-se necessário garantir ainda a sua liberdade e todos os direitos inerentes à sua condição de combatente da Pátria Stop Confio que tu Nino em quem depositei tanta confiança e esperança saberás repôr as coisas no seu devido lugar para que o diálogo entre nós possa continuar Stop A história não perdoará qualquer outra saída Stop

Saudações Fraternais

ARISTIDES PEREIRA
Secretário-Geral do PAIGC

Praia, 17/11/80

Camarada Aristides Pereira
Secretário-Geral PAIGC
Presidente República Cabo Verde - Praia

Camarada Secretário Geral:

Recebemos a vossa mensagem de 16 do corrente relativo aos acontecimentos de 14 de Novembro cujo conteúdo nos estranhou profundamente Stop Informamos que a situação que se criou ultimamente no país atingiu proporções insustentáveis que nos levaram a agir daquela forma Stop É do pleno conhecimento do Camarada Secretário-Geral do Partido as atitudes do camarada Luiz Cabral na solução dos problemas do Estado e da Nação Stop A atitude passiva do Camarada Secretário-Geral do Partido perante comportamento e posições anti-democráticos do camarada Luiz Cabral contribuiu largamente para deterioração da situação no país Stop As discussões acerca do Ante-projecto da nossa Constituição política revelaram todas as anomalias que essa mesma Constituição comportava Stop Os militantes e cidadãos, alguns dirigentes e responsáveis manifestaram publicamente o seu descontentamento, desacordo quanto a certos artigos da Constituição Stop Durante a reunião extraordinária da segunda Legislatura da ANP para aprovação da futura Constituição de maneira mais inaceitável e anti-democrática o camarada Luiz Cabral, confiante do poder que detinha, influenciou certos quadros que impediram os deputados de tomar parte activa nas discussões da Constituição Stop Todos os factos acima mencionados são bem conhecidos do Camarada Secretário-Geral e das instâncias superiores do Partido Stop As últimas reuniões da Comissão Permanente do CEL e do próprio CEL não abordaram com seriedade a situação real que prevalecia na Guiné-Bissau Stop O Camarada Secretário-Geral do Partido, primeira figura da nossa orientação política, não teve coragem política suficiente nem agiu de acordo com a responsabilidade que detém e que o momento exigia para pôr à discussão a situação que se

deteriorava cada vez mais na Guiné-Bissau Stop Reafirmamos ao Camarada Secretário-Geral que os acontecimentos do 14 de Novembro nada têm contra linhas e pensamento do Saudoso Amílcar Cabral e os fundamentos do Partido Stop Proseguiremos de maneira irreversível a nossa marcha iniciada no 14 de Novembro dentro do mesmo espírito partidário Stop Estamos prontos e abertos para discussões com o Camarada Secretário-Geral sobre os acontecimentos do 14 de Novembro e a continuação da obra que nos legou Amílcar Cabral Stop Qualquer tentativa de influenciar a nossa marcha será categoricamente rejeitada e o Camarada Secretário-Geral poderá daí tirar as conclusões que entender Stop Os elementos que participaram no processo do 14 de Novembro e que constituem o Conselho de Revolução não são pessoas estranhas ao Partido Stop São verdadeiros militantes, responsáveis e dirigentes do Partido conscientes dos seus deveres cívicos e políticos Stop Assim não houve nenhum desvio às linhas do Partido Stop O pensamento dos heróis nacionais como Domingos Ramos, Pansau na Isna, Titina Silá e tantos outros que tombaram pelos ideais do PAIGC ficará sempre presente nos nossos espíritos e corações Stop

Saudações Fraternalis

Bissau, 17 de Novembro de 1980

JOÃO BERNARDO VIEIRA (NIÑO)
Presidente do Conselho de Revolução

Camarada João Bernardo Vieira (Nino)
Comandante de Brigada
Presidente do CNG - Bissau

Recebi a tua segunda mensagem parecendo-me que reina grande confusão no teu espírito a respeito das responsabilidades que cabem às diversas instâncias e aos dirigentes do PAIGC stop Devo lembrar-te que desde a independência dos nossos dois países e com a preocupação de reafirmar a entidade nacional de cada um dos nossos povos e ainda de demonstrar o respeito pela soberania dos nossos países o PAIGC criou dois Conselhos Nacionais um na Guiné e outro em Cabo Verde com amplos poderes estatutários para tomar decisões sobre todas as questões políticas e partidárias de cada um dos países. Assim sendo o Secretário Geral também Presidente de Cabo Verde, evitava-se a anomalia do Presidente de Cabo Verde estar a dar ordens ao Estado da Guiné, que tinha de funcionar de facto como um Estado verdadeiramente soberano e independente stop Ao Secretário Geral só ficaram poderes muito gerais e de arbitragem que nem de longe se aproximam do Executivo stop Ora, há já anos és tu o Presidente do CNG e assim o chefe do órgão máximo do executivo nacional do Partido na Guiné, portanto com um instrumento nas mãos que devia ser o dinamizador e lugar de debate de todos os problemas nacionais, onde deviam aparecer todas as observações e críticas à acção do Partido e do Governo na Guiné e em particular do camarada Luís Cabral como chefe do Estado stop O que de facto aconteceu é que em vez de te servires deste órgão e do seu Comité Permanente para lutar contra o que qualifica de comportamento e posições anti-democráticas do camarada Luís Cabral bloqueaste pura e simplesmente o funcionamento destas instâncias que o Partido pôs sob a tua responsabilidade stop O Comité Permanente praticamente nunca funcionou e o CNG só se reuniu quando não havia outra solução - para resolver problemas pontuais stop A verdade é que estes dois órgãos do Partido morreram nas tuas mãos por não serem utilizados, trazendo consequências paralizantes e extremamente nocivas ao Partido, como agora vês. Mesmo que fosse do meu conhecimento a situação que referes na tua mensa-

**MENSAGENS TROCADAS E
JOÃO BERNARDO VIEIRA**

gem quem devia levantar os problemas do Partido era o Presidente do CNG nacional do Partido nesse país, viv Pergunto agora: algum dia puseste comportamento e posições do camarada nacionais do Partido? Algum dia me at nível pessoal, para pôr algum problema resposta a estas questões. Mas mais, Cabral na solução dos problemas do Ficam mais questões: ao Secretário atitudes do chefe de um Estado seria isso um atentado à entidade nacional estaria assim impedindo que esse destino? E mais, não estaria passando nacionais guineenses e faltando ao respeito que tinham todos os atributos para agir contra quem quer que fosse PAIGC?

Não têm pois razão de ser as ostensas os responsáveis pela situação da Guiné que ali tinham funções de direcção estou pronto a te ouvir na base dos deves assumir as tuas responsabilidades

Saudações

Praia, 19/11/80

U.L.OUT-DEZEMBRO/80

Camarada João Bernardo Vieira (Nino)
Comandante de Brigada
Presidente do CNG - Bissau

Acabo tomar conhecimento conteúdo reunião tiveste com mensageiro stop
Assunto está a ser apreciado cuidadosamente e espírito construtivo stop
Encaro favoravelmente um encontro contigo no Sal em tête-a-tête em delega-
ção ou as duas coisas conforme tua conveniência. Desde estejamos acordo
princípio proporei data. Aguardo resposta

Saudações Fraternalis

ARISTIDES PEREIRA
Secretário Geral do PAIGC
Presidente República Cabo Verde

ENTRE O S.G. DO PAIGC E O C.B.
APÓS O 14 DE NOVEMBRO

Praia, 22/11/80

Urgente
Camarada Aristides Pereira
Secretário Geral do PAIGC

TELEX

No seguimento das conversações telefónicas acerca da possibilidade do nos-
so encontro e considerando que o CNG e o Conselho dos Comissários de Es-
tado ainda não se pronunciaram sobre a posição de Cabo Verde face aos
acontecimentos do 14 de Novembro o Conselho da Revolução decide levar ao
conhecimento do camarada Secretário Geral o seguinte:

- 1 - Que não considera de momento oportuno o envio de uma delega-
ção a Cabo Verde pelas razões acima expostas.
- 2 - Que não obstante esse facto se mantém aberto a receber o camara-
da Secretário Geral em qualquer oportunidade que julgue conve-
niente a sua deslocação a Bissau.

Saudações Revolucionárias

JOÃO BERNARDO VIEIRA

Presidente do Conselho da Revolução
Presidente do CNG do PAIGC

Bissau 12/12/80

s da Guiné nas instâncias supra-nacionais
que era o mais alto responsável do ramo
ndo nele o dia a dia, sobre o terreno.
à discussão algum problema relativo ao
ada Luís Cabral nas instâncias supra-na-
ordaste de maneira responsável, mesmo a
na do género? Deixo à tua consciência a
deves reparar que falas da acção do Luís
o Estado e da nação e não do Partido.
Geral é que cabia combater decisões e
berano, mesmo de um país irmão? Não
cional do povo desse mesmo Estado? Não
ovo se afirmasse como senhor do seu
o por cima de todas as instâncias nacio-
o pelos mais altos responsáveis da Guiné
rés das instituições estatais e do Partido
ise que se estivesse a desviar da linha do

vas acusações que fazes à minha pessoa:
iné só podem ser os próprios guineenses
e ao mais alto nível stop Como sempre
laços que há longos anos nos uniram mas
es na íntegra stop

Saudações Fraternalis

ARISTIDES PEREIRA
Secretário Geral do PAIGC
Presidente da República de Cabo Verde

U.L. OUT-DEZEMBRO/80

Sua Excelência
Comandante de Brigada João Bernardo Vieira
Presidente Conselho Revolução - Bissau

N 168/PR/80

O conteúdo da última mensagem recebida a 12 do corrente veio coroar toda a série de contradições entre as declarações de intenção do Conselho da Revolução e a sua acção prática manifestada através dos seus membros assessores e representantes stop

O conteúdo da dita mensagem demonstra a obstrução total e a recusa formal a qualquer espécie de diálogo que pudesse conduzir à clarificação das nossas posições respectivas e a distensão e normalização das relações entre os nossos dois países stop

Na impossibilidade de fazer funcionar os competentes órgãos do Partido mantivemos contactos com o Presidente do Conselho da Revolução na sua qualidade de Presidente do Conselho Nacional da Guiné e membro da Comissão Permanente do CEL do PAIGC a ver se algo haveria ainda a salvar ou preservar do Partido stop

Mandámos um alto emissário a Bissau e em conjunto com outros países de expressão oficial portuguesa fizemos ir a Bissau uma missão de alto nível sempre no espírito de encontrar uma base de discussão afim de clarificar as posições respectivas stop

Parece que todas essas iniciativas foram mal interpretadas chegando-se numa manifesta inversão de papeis ao cúmulo de praticamente convocar o Secretário Geral a Bissau afim de ser ouvido pelo Conselho da Revolução stop ao mesmo tempo constatámos a persistência em pretender endossar as responsabilidades de todos os males da Guiné e Cabo Verde aos cabo-verdianos e até ao seu Presidente através de toda a sorte de calúnias injúrias e insultos proferidos em Bissau e no estrangeiro por membros assessores e representantes do Conselho da Revolução stop

Dessa maneira a mantermos a mesma atitude de abertura e a boa vontade poderia levar a conclusões erradas não só o próprio Conselho da Revolução como também a opinião pública interna e internacional stop

Sendo assim pensamos que é tempo de cada um assumir de facto as suas responsabilidades frente ao seu povo à África e à História stop

Nem os dirigentes de Cabo Verde nem o povo cabo-verdiano vão tolerar que se pretenda, através de manobras de diversão e de uma sistemática intoxicação demagógica, atribuir-lhes as responsabilidades não só pela situação criada na Guiné mas também pelas consequências do golpe de estado na vida do Partido e no projecto da unidade, que incumbem unicamente aos dirigentes e responsáveis nacionais da Guiné stop

Somos obrigados a nos demarcarmos claramente de toda confusão política e ideológica e de qualquer demagogia stop

A nossa análise do que representou o golpe de estado para o PAIGC e para a unidade mantem-se intacta stop

Aparte esse aspecto partidário não nos ingerimos nos assuntos internos da Guiné-Bissau stop

Entretanto reiteramos a disponibilidade do estado de Cabo Verde para o diálogo construtivo com o novo regime instituído na Guiné que, na base da lealdade e do realismo permita a continuidade de relações de cooperação fraterna na via do progresso entre os povos cabo-verdiano e guineense stop

Saudações Fraternalis

ARISTIDES PEREIRA
Presidente República Cabo Verde

Praia, 16/12/80

ARGUMENTOS DE BISSAU

Muitos têm sido os argumentos avançados pelos novos dirigentes guineenses para justificar o golpe de estado de 14 de Novembro. E dado que muita gente pode ser induzida em erro por desconhecer a situação que prevalecia na Guiné e os homens que hoje se apresentam como os "salvadores" da luta dirigida pelo PAIGC, vamos de-nos, um pouco que seja, na análise dos seus principais argumentos:

Para quem tenha seguido desde as primeiras horas o golpe de 14 de Novembro, fácil se torna apreendê-lo como a acção dum homem e poucos seguidores, de resto nada representativos no xadrez político guineense (Iafai, Buota, Benghate — os outros membros do Conselho aderiram à medida que foram sendo detidos) para derrubar e substituir o Chefe de Estado (para a circunstância considerado de nacionalidade cabo-verdiana).

Assim, atacando o projecto constitucional aprovado unânimemente pela Assembleia Nacional Popular, — projecto que consideraram como "a gota de água" que fez transbordar o copo cheio das suas queixas —, os autores do golpe acusaram o Presidente Luiz Cabral de ter pretendido concentrar todos os poderes nas suas mãos, esva-ziando, assim, do seu conteúdo, o cargo de Primeiro Ministro que se destinaria àquele que veio, com o golpe, assumir todos os poderes e mais alguns. Malevolamente se omite que o Primeiro Ministro seria também o Vice-Presidente, a quem competeria substituir o Presidente em todas as suas atribuições, nas suas ausências e impedimentos, e que assumiria plenamente o seu mandato em caso de

morte. Igualmente não se refere que o Comissário Principal — função que exercia o Chefe do golpe — nunca foi, nem constitucionalmente, nem na prática, Chefe de Governo.

Manifestação evidente de má-fé dos homens do golpe de Bissau foi também a pretensão de que, contrariamente à Constituição da República de Cabo Verde, a Constituição guineense não exigiria a cidadania originária para o acesso à suprema magistratura.

Esquecem-se porém, e voluntariamente, de referir que a Lei Fundamental guineense, indo mais longe que a cabo-verdiana, exige a cidadania originária a todos os candidatos a deputados e que é de entre os deputados que é eleito o Presidente (artigo 51-2).

Outros argumentos falaciosos foram utilizados contra a Constituição, argumentos que, pela sua inconsistência, nos abtemos de comentar. Tal seria, por exemplo, o caso da exclusão da pena de morte na Constituição de Cabo Verde, pena cuja conservação é permitida na Constituição da Guiné que, não se referindo a ela, deixa à lei ordinária a sua consagração, enquanto a Assembleia Nacional Popular entender que tal é exigido pelas realidades de um país saído de uma longa guerra colonial.

Convenhamos que estamos face a um assalto ao poder, em que todas as armas foram utilizadas, desde os tanques ao nacionalismo estreito, racista, xenófobo e dirigido contra um pretensso colonialismo cabo-verdiano — "pior que o colonialismo português, senão o verdadeiro colonialismo a que foi submetida a Guiné" — como afirmaram alguns dos novos dirigentes. Sendo in-

concebível que os golpistas de Bissau não saibam o que é o colonialismo, somos levados a concluir que resolveram passar por cima de tudo, conquanto consigam despertar algum sentimento nas massas, de apoio à sua acção.

Ultrapassa o senso comum que Cabo Verde, sem meios económicos, pudesse fazer colonialismo na Guiné, apenas com seis elementos cabo-verdianos ocupando postos em órgãos de direcção no Partido e no Estado e estando o exército e as forças de segurança do país integrados e comandados por nacionais guineenses. Não estarão os novos dirigentes guineenses insultando o seu povo e a si mesmos, negando a própria luta de libertação nacional — um período glorioso e fecundo da vida do povo irmão — ao pretenderem que só agora os guineenses são "senhores do seu destino" e só agora se afirma a sua "identidade nacional"? Não vêem os autores do golpe e os seus seguidores que atentar contra a dignidade do PAIGC é atentar contra a sua própria dignidade? Ou será que o golpe já é uma manifesta perda de dignidade?

Luiz Cabral é hoje apresentado como o único responsável de todos os males verdadeiros e falsos da Guiné. É o corrupto, o ditador, o sanguinário.

Mas vejamos se nos entendemos. Não pretendemos negar que Luiz Cabral tenha tomado decisões sozinho e que estas nem sempre possam ter sido as mais correctas. Também, em nome da justiça, não se pode deixar de afirmar que isso aconteceu por demissão de responsabilidade da parte dos que agora o acusam, que se preocuparam com tudo menos com os problemas na-

cionais e que, hoje, aliás, afirmam, com a maior desfaçatez, que nada viram, nada ouviram, nada fizeram.

‘Fala-se muito de decisões económicas pouco correctas. Mas pergunta-se: quem, de entre os que hoje acusam Luiz Cabral, apoiou o Commissariado de Estado da Coordenação Económica e Plano quando este contestou — com razão ou sem ela — alguns dos projectos ora criticados? Ninguém.

É ainda legítimo pensar que certas decisões, ainda que tomadas sem estudos acabados de viabilidade, e apesar da grande penúria de quadros, poderiam ter dado melhores resultados se muitos dos dirigentes — entre os quais os que hoje apontam o dedo ao regime deposto — tivesse agido com seriedade e espírito de responsabilidade e postos os interesses da nação acima dos interesses pessoais, acima do “repouso de guerreiro”. Ou teremos de concluir que a fuga às responsabilidades mais não foi do que uma actividade longamente premeditada de sabotagem, de preparação de terreno para o golpe permitindo hoje aos seus autores dizerem que nada viram, nada ouviram, de nada tiveram conhecimento...

Põe-se muito acento na nova via que ligar à Bissalanca à capital como exemplo do sumptuoso feito em detrimento de outras estradas mais úteis. Seria desejável que a questão da prioridade de outros projectos tivesse sido posta na devida altura. Mas nem por isso podemos aceitar que uma artéria de 90 mil contos seja a desgraça dum país cujos orçamentos prevêm, no mesmo período (1978-80), investimentos num total de mais de 10 milhões de contos, dos quais 750 mil em outras estradas como, por exemplo, as de Bambadinca-Xitole e Jugudul-Bamba-

dinca (280 mil contos).

Que haja erros e, provavelmente muitos, é normal dum país que arranca, que dá os primeiros passos, debatendo-se com uma aflitiva penúria de quadros e com muito pouca experiência. Mas que se não negue tudo o que em escassos anos de independência se fez na Guiné nos mais variados domínios e que confirma que os erros de Luí Cabral foram cometidos no trabalho, no interesse do povo da Guiné, sendo distintos dos erros que durante anos cometeram os seus actuais detractores na “boa-vai-ela” denunciada, desde 1976, pelo camarada Secretário-Geral num relatório ao CSL.

Fala-se também muito de corrupção. Acreditamos que tenha havido e não pouca. É possível que Luiz Cabral tenha favorecido a corrupção ao não tomar as medidas enérgicas que se impunham. Mas não será que isso aconteceu porque a corrupção tivesse atingido as altas esferas em que se situam os autores do golpe, o que levaria a tolerar corruptos na administração do estado? Em Bissau todos sabem que os poucos sobre quem recaíram sanções por corrupção e outros desmandos sempre encontraram protecção junto dos que hoje acusam e que, deste modo, se foram constituindo clientelas.

Houvesse um pouco de coerência nos autores do golpe e seus seguidores, talvez ainda se pudesse salvar alguma coisa. Não é, com efeito, inventando, tergiversando factos, caluniando que poderão justificar o golpe de estado (e a machadada no Partido) com que se apropriaram do poder, numa acção que mais não é do que produto da sua ambição pessoal, longamente nutrida.

Os “conselheiros da revolução” fazem-nos lembrar a história do filho

que, indo levar almoço ao pai, chegou ao local onde este trabalhava apenas com o caldo e que, perante a surpresa do pai, alegou que um boi corra atrás dele, fazendo-lhe entornar a marmita e só lhe tendo dado tempo para colher o molho.

Também os golpistas não tiveram tempo ou não pensaram nos argumentos. Prendem o Secretário-Geral Adjunto do PAIGC, dois dos principais dirigentes do Partido na Guiné (membros da Comissão Permanente), outros altos dirigentes do Partido, assassinam o Secretário do Conselho Nacional da Guiné, inviabilizam o ramo guineense da organização do Partido que submetem ao chamado Conselho da Revolução, bloqueiam totalmente os órgãos supra-nacionais de direcção. E depois de tudo isto, no tom ingénuo da criança da história, afirmam serenamente que não tocaram no PAIGC. Com a mesma desfaçatez com que falam de simples “movimento de reajustamento” após darem um golpe de estado com recurso aos tanques, a prisões e a mortes, com a dissolução das instituições eleitas do Estado, a suspensão da Constituição e a criação de um “Conselho da Revolução”, declarado único depositário da soberania nacional.

Mas onde os “reajustadores” e seus assessores revelam ter perdido toda a noção do ridículo é quando dizem que foram obrigados a agir porque o Presidente estava a preparar um golpe (de estado?) contra o seu Comissário Principal e que teria mesmo batido palmas de contente ao ter conhecimento do golpe perpetrado em Bissau, pensando que fosse “o seu”.

Tendo-se, provavelmente dado conta da inconsistência dos seus argu-



mentos, os novos dirigentes de Bissau sentiram-se na necessidade de ir desenterrar os restos de comandos africanos executados por crimes que o mundo conhece para fazerem crer no "carácter sanguinário" de Luis Cabral — de Luis Cabral apenas e não do Comissário Principal (actual Presidente do Conselho da Revolução), do Comissário de Estado dos Negócios Estrangeiros (seu vice-presidente), do seu assessor e antigo Procurador Geral da República e de outros dos membros daquele Conselho.

Não pretendemos justificar o facto de a condenação e execução dos comandos africanos, ora chorados pelo Conselho da Revolução, não terem sido tornados públicos. E este foi, quanto a nós, o erro.

Mas como pode aquele que ocupou os cargos de Presidente da Assembleia U.L. OUT-DEZEMBRO/80

bleia Nacional Popular, Comissário Principal, Comissário das FARP, Presidente do Conselho Nacional da Guiné do PAIGC, pretender não ter conhecido o castigo aplicado aos homens de Malam Sanhá e aos comandos aliados deste? Como compreender o seu esforço e o dos demais membros do Conselho da Revolução de reabilitar os comandos africanos, os criminosos recrutados e altamente treinados para matar em nome e a soldo do spinolismo, ao mesmo tempo que se procura denegrir os que tudo deram para que a Guiné fosse livre, digna e independente? Aqueles que hoje observam um minuto de silêncio à beira das valas dos executados falam de mais de 500 "massacrados". Todavia, da lista que trouxeram a público, apenas constam cerca de 100 nomes dos quais alguns vivos... E não se vê que tivessem

necessidade de cometer tal gafe numa terra em que seria fácil encontrar, entre os que morreram ao serviço dos colonialistas, nomes de sobra para alcançar o número de 500 "massacrados"...

Numa atitude de verdadeiro delírio, o projecto da unidade Guiné-Cabo Verde é responsabilizado pelos autores do golpe pela execução dos criminosos dos antigos comandos africanos. "O preço da unidade", dizem. Mas apesar disso e de terem falado de "colonização cabo-verdiana", de "unidade de cavaleiro e cavalo em que a Guiné seria a montada", dizem eles que não são contra a unidade, que são fiéis ao Partido e ao pensamento de Amílcar Cabral, não podendo compreender a atitude clara de condenação adoptada por Cabo Verde face à sua acção.

Parece-nos terem os golpistas dado sobejas provas dos seus desígnios de destruir o PAIGC e a unidade Guiné-Cabo Verde. A soldo de quem, não sabemos. É também manifesta a sua preocupação em endossar a responsabilidade a Cabo Verde pela possível ruptura do processo da unidade que vínhamos construindo.

Os dirigentes cabo-verdianos têm a consciência clara do valor da unidade, do que representou para a libertação dos povos da Guiné e de Cabo Verde e do que poderia representar para a verdadeira independência dos nossos países.

Todavia, eles têm plena consciência e capacidade de análise para saber até onde e com quem se pode avançar no caminho da unidade — a fim de que este ideal não constitua um entrave à marcha de Cabo Verde na construção do seu projecto de sociedade.

NADA JUSTIFICA

DIRIGENTES DETIDOS

DO COMITÉ EXECUTIVO DA LUTA

Luís Cabral - Secretário-Geral Adjunto do PAIGC e Presidente do Conselho de Estado da República da Guiné-Bissau

Umaro Djaló - Membro da Comissão Permanente do CEL e Comissário de Estado das FARP

Constantino Teixeira - Membro da Comissão Permanente do CEL e Comissário de Estado do Interior

Lourenço Gomes - Membro do CEL e Director Geral da Segurança

DO CONSELHO SUPERIOR DA LUTA

Abdulai Seck - Presidente do Comité de Estado da Região do Gabú

Agostinho da Silva - Comandante da Força Aérea

Juliano Gomes - Comandante da Marinha

João da Costa - Comissário da Saúde e Assuntos Sociais

Juvêncio Gomes - Presidente do Comité de Estado da Cidade de Bissau

Bacar Cassamá - Chefe da Casa Civil da Presidência.

Arafã Mané - 1.º Comandante, Chefe da Casa Militar da Presidência

Caros Compatriotas,

Um duro golpe foi asestado na noite da sexta-feira passada na obra que vínhamos pacientemente empreendendo há mais de vinte anos: o derrube do governo constitucional da República da Guiné-Bissau visando muito especialmente o Secretário Geral Adjunto do nosso glorioso Partido, o Camarada Presidente LUÍS CABRAL. Os autores do golpe de Bissau trocaram os princípios mais sagrados da nossa luta - a discussão aberta e franca de todos os problemas, a crítica, a auto-crítica e o sentido da responsabilidade perante o nosso povo e perante o mundo - por uma aventura de consequências imprevisíveis.

Trata-se dum acto gravíssimo cometido contra os princípios e fundamentos do nosso Partido.

Quero deixar bem claro que os golpes de estado nunca foram método do PAIGC para a resolução dos problemas internos pois o Partido possui órgãos eficazes para esse efeito, nomeadamente os organismos supra-nacionais e os Conselhos Nacionais, estes, com plenos poderes estatutários para tomar decisões sobre todas as questões políticas e partidárias de cada um dos países.

É nosso entender que sejam quais forem os problemas políticos, económicos ou sociais que prevaleçam actualmente na Guiné, eles são da responsabilidade de todos os dirigentes guineenses e do Conselho Nacional da Guiné.

Nada justifica um acto político de rebeldia às instituições, causando mortos, feridos e detidos, nomeadamente dos membros do Conselho Superior da Luta e do Comité Executivo da Luta. Repetimos, nada justifica a substituição das instâncias da direcção do Partido por um Conselho da Revolução, política e ideologicamente indefinido, e cujos comunicados nos levam a levantar as seguintes questões:

Como conciliar a pretensa fidelidade desse Conselho de Revolução ao pensamento de AMILCAR CABRAL com as declarações e posições que têm sido aclamadas por reconhecidos e irreconciliáveis inimigos do Partido.

Porque, é de se perguntar, em quê que o PAIGC tem entravado a afirmação da identidade nacional do povo da Guiné, e em quê que o PAIGC tem impedido o povo da Guiné de ser senhor do seu destino?

Tendo em conta a situação criada, reservamo-nos o direito de rever as posições assumidas, até agora nas relações com o Estado da Guiné-Bissau. E coerentes com o princípio do respeito pela identidade nacional de cada um dos povos e pela soberania e independência de cada um dos Estados, reafirmamos a nossa intenção de não nos imiscuirmos nos assuntos internos desse país irmão.

O ACTO DE REBELDIA

COMUNICADO DO SECRETÁRIO GERAL DO PAIGC

Nós temos plena consciência das provas já dadas pela unidade, e dos históricos benefícios que os povos da Guiné e Cabo Verde colheram com a mesma, particularmente as independências completas da Guiné e de Cabo Verde. Estamos pois, no direito moral de responsabilizar os autores do golpe pelos prejuízos que este poderá trazer, no presente e no futuro, aos nossos povos, não deixando de reafirmar, contudo, que continuamos fiéis ao princípio da Unidade, garante e único caminho da independência política, económica e cultural da África.

Somos suficientemente realistas para saber que a Unidade nunca poderia ser imposta e que teria portanto que ser livremente aceite como estabelece o Programa do nosso Partido.

Na medida em que o golpe foi dirigido contra a unidade e, no caso concreto, contra o desejo da associação dum das componentes, têm ocorrido em Bissau acontecimentos que vêm na sequência dessa posição e que nos levam a assumir a responsabilidade de tomar todas as providências no sentido de garantir a segurança e possibilitar o regresso dos nacionais cabo-verdianos residentes na Guiné que assim o decidirem.

Sentimo-nos igualmente responsáveis pela garantia da segurança, integridade física e liberdade dos dirigentes e militantes do PAIGC, em particular pela pessoa do Camarada LUIS CABRAL, Secretário Geral Adjunto do Partido.

Uma das características mais flagrantes do golpe de estado perpetrado em Bissau é a sua natureza demagógica. Os responsáveis do dito Conselho da Revolução pretendem erigir-se em herdeiros e seguidores do pensamento de AMILCAR CABRAL, quando, em verdade, as suas declarações e actos são a negação do pensamento político e ideológico do nosso Partido que, ele sim, se fundamenta no verdadeiro pensamento de CABRAL.

Sentimo-nos igualmente responsáveis pela garantia da segurança, integridade física e liberdade dos dirigentes e militantes do PAIGC, em particular pela pessoa do Camarada LUIS CABRAL, Secretário Geral Adjunto do Partido.

Uma das características mais flagrantes do golpe de estado perpetrado em Bissau é a sua natureza demagógica. Os responsáveis do dito Conselho da Revolução pretendem erigir-se em herdeiros e seguidores do pensamento de AMILCAR CABRAL, quando, em verdade, as suas declarações e actos são a negação do pensamento político e ideológico do nosso Partido que, ele sim, se fundamenta no

U.L. OUT-DEZEMBRO/80

OUTROS DETIDOS:

Armando Soares da Gama
Anhônô da Cunha - Comandante
Morgado Tavares - Comandante,
e vários outros oficiais das FARP e da
Segurança

José Sanhá - Comandante

DIRIGENTES QUE NÃO REGRESSARAM À GUINÉ BISSAU

José Araújo - Secretário Executivo do
CEL

Lúcio Soares - do CEL e do Estado
Maior

Abdulai Bari - do CEL e do Estado
Maior

Luís Correia - Director-Geral da Polícia
e Ordem Pública

Bobo Queita - do CSL e do Estado
Maior

Júlio Carvalho - do CSL e do Estado
Maior e Chefe da Direcção Política
Nacional das FARP

MORTOS

Otto Schacht - do CEL e Secretário do
Conselho Nacional da Guiné do PAIGC

António Buscardini - do CSL e Sec-
tário Geral do Comissariado de Estado
do Interior

André Gomes - Membro do CEL e do
Estado Maior das FARP

ESPECIAL GOLPE DE ESTADO ESPECIAL GOLPE DE ESTADO

verdadeiro pensamento de CABRAL.

Todos aqueles que têm acompanhado a obra e a acção do nosso Partido sabem que um dos argumentos preferidos dos inimigos do PAIGC e da nossa gesta de libertação nacional - tanto a reacção africana como os representantes do fascismo e do colonialismo português - foi, desde sempre, a pretensa dominação da Guiné e dos guineenses pelos caboverdeanos. Os membros do Conselho da Revolução sabem-no melhor do que ninguém. Este espantinho que é a suposta dominação e "colonização" caboverdeana, no passado pretendeu garantir a continuidade da exploração colonialista e, no presente, talvez as portas abertas à dominação neocolonialista.

Caros compatriotas:

É normal que os militantes do nosso Partido e os cidadãos de Cabo Verde se interroguem não somente sobre as consequências do golpe para a Unidade, mas igualmente para a estrutura e a vida do Partido em Cabo Verde.

Até a presente data, estão cortadas as ligações normais entre Bissau e Praia, o que nos tem impedido de seguir os acontecimentos e de ter uma verdadeira dimensão dos mesmos. Com base no nosso realismo, podemos desde já dizer que embora o PAIGC esteja fortemente estruturado em Cabo Verde, vai-se pôr necessariamente no nosso País, o problema da adaptação da organização partidária às novas realidades, caso a situação provocada pelo golpe de estado se mantiver.

Seja o que vier a acontecer, imposto pela realidade dos factos e a marcha dos acontecimentos, queremos afirmar que nada poderá pôr em causa a segurança e a estabilidade interna em Cabo Verde pelo facto de ter havido um golpe de estado na Guiné. Seguindo um princípio de sempre do nosso Partido, que consiste numa análise fria e objectiva da realidade e dos acontecimentos políticos novos antes de tomar qualquer medida de fundo, decidimos, tendo em conta a situação extremamente grave causada pelo golpe de Estado na Guiné, mandar convocar para o dia 20 de Novembro uma reunião extraordinária do Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC, órgão máximo da direcção nacional do nosso Partido. Nessa reunião, que será alargada aos primeiros Secretários do Partido de todas as ilhas, temos o propósito de submeter os dados e informações de que dispusermos à apreciação e debate, para que as decisões que vierem a ser tomadas ulteriormente possam traduzir a opinião e o pensamento das estruturas do nosso Partido a todos os níveis.

Camaradas, Compatriotas,

Nesta ordem de ideias as eleições terão lugar no próximo dia 7 de Dezembro como está previsto.

Independente das decisões que viermos a tomar à medida que a situação se for esclarecendo, vamos continuar com o desenvolvimento normal das nossas actividades.

Temos as nossas instituições do Estado, o nosso Partido esta bem implantado e já deu provas de sobeja maturidade na condução da nossa obra de reconstrução nacional, pelo que vamos avançar sem deixar que nada perturbe a nossa caminhada.

Vamos reforçar a vigilância contra aqueles que pretendam tirar qualquer proveito dos acontecimentos de Bissau, sem prejuízo da serenidade que sempre nos caracterizou.

VIVA A REPUBLICA DE CABO VERDE.

HONRA E GLÓRIA ETERNA A AMÍLCAR CABRAL.

U.L.OUT-DEZEMBRO/80

O ASSALTO DA PEQUENA BURGUESIA

Uma das características mais marcantes do movimento golpista de Bissau, para além da sua já falada indefinição ideológica, é o aspecto contraditório das alegações que foram sendo produzidas pelas diversas personalidades em foco e a "correção de tiro" que essas alegações foram sofrendo ao longo dos dias que se seguiram.

O tom inicial, marcadamente anti-cabo-verdiano e racista, (a chamada "afirmação da autêntica personalidade guineense" ou, dito de outro modo, de "verdadeira independência nacional"), conheceu travagens impostas por factores subjectivos e objectivos compreensíveis, como sejam a necessidade de continuar usando a legitimidade histórica do PAIGC e de não afugentar os quadros mestiços (os chamados cabo-verdianos) sem os quais se instalaria, no imediato, o caos total na máquina administrativa. Mas esse mesmo pano de fundo explica atitudes aparentemente aberrantes, como a libertação e as declarações públicas do spinolista colaborador da PIDE Rafael Barbosa, a intenção manifestada

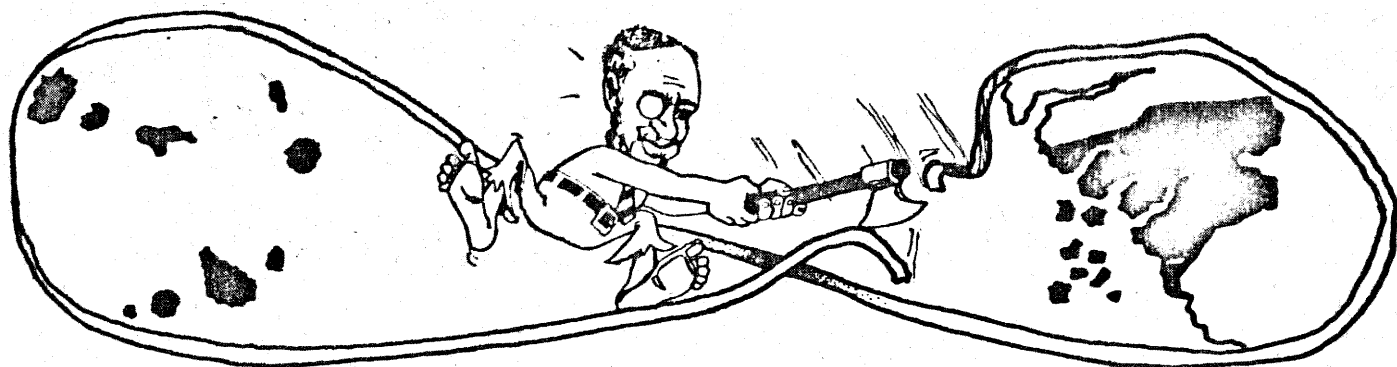
(e depois desmentida) de "julgar" o Presidente da República de Cabo Verde, e a reabilitação dos PIDES, comandos africanos e outros criminosos da guerra colonial.

Para compreender esse clima torna-se necessário ter em conta dois factores: por um lado, a degradação social provocada pela guerra colonial e o trabalho psico-social contra a consciência nacional guineense, que começou a despontar com a luta, durante o período spinolista da "Guiné Melhor"; por outro lado, as pressões a que submeteu o poder revolucionário a pequena burguesia guineense, forjada durante a última fase da dominação colonial e sedenta de "recuperar" a independência a seu favor exclusivo.

Sem pretender falar de "estratégia de envolvimento" dessa classe nascente em relação à direcção do PAIGC, no seio da qual se gerou a acção golpista, o certo é que alguns dos seus elementos se deixaram deslizar em práticas que acusam nítido desvio ideológico em relação às

linhas e objectivos do PAIGC, mas absolutamente coerentes com o que vem sendo comportamento político das pequenas-burguesias africanas neo-coloniais.

É preciso analisar a contradição entre essa pequena burguesia guineense ascendente (e a falta de engajamento ideológico com o Partido por parte de quadros formados durante a luta e após a independência contribuiu para engrossá-la numericamente) e os "cabo-verdianos" mais em profundidade do que no seu puro aspecto racista ou de diferenciação cultural. O racismo e o nacionalismo estreito são factores de aglutinação mas são determinantes. De facto, essa contradição situa-se no seio da camada (mestiça, ou negra) que, usando a terminologia colonial, poderíamos designar por "assimilados". Mais precisamente, entre os "velhos assimilados" (mestiço na sua maioria) e os "novos assimilados" (quadros vindos da luta, de origem camponesa ou do sub-proletariado urbano, elementos da pequena burguesia a que a políti-



ca demagógica da última fase colonial facilitou o acesso ao ensino). Por via de constituírem já a espinha dorsal do aparelho administrativo colonial, a experiência administrativa dos "velhos assimilados" (os chamados cabo-verdianos, a maioria dos quais nem conhece Cabo Verde, como reconhece o próprio NINO - "NO PINTCHA de 6/12/80) foi aproveitada para fazer funcionar a administração da Guiné-Bissau independente. No clima emoliente de falta de rigôr, desvios patentes, em suma, de ausência da direcção do aparelho do estado pelo Partido cujas estruturas se encontravam paralizadas, seria ilusório pensar que esse movimento se gerou para corrigir os erros e afirmar uma política de gestão rumo ao desenvolvimento económico equilibrado e à independência. Trata-se, sim, de "fazer lugar" para que os "novos assimilados" assaltem o aparelho

administrativo e dele se aproveitem também, como era já prática conhecida de muitos dos seus mentores do "Conselho da Revolução". Assim se explica que o Partido nem sequer tenha sido evocado nos primeiros dias, e só tenha reaparecido durante a fase de "correção de tiro", para se lhe "limpar o nome" (NO PINTCHA de 6/12/80), para "criar as verdadeiras condições da Unidade", para negar ao Secretário-Geral do PAIGC o direito de falar em nome da Guiné-Bissau e outras contradições que tais.

De facto, os mentores do "Conselho da Revolução" são gente daquela a propósito de quem Cabral dizia que "já saíram do Partido sem sequer se darem conta" e a base social em que se apoiam para fazer a sua "revolução" é estranha, quando não se opôs abertamente à gloriosa luta de libertação nacional.

Nesse contexto, se o PAIGC reaparece é porque uma realidade política, histórica e social que ninguém pode pretender ignorar na Guiné-Bissau, em Cabo Verde ou no contexto africano. Que se tente "limpar-lhe o nome" cindindo a sua base supra-nacional, sujando-lhe o prestígio e chamando para engrossar as fileiras do "14 de Novembro" todas as forças anti-nacionais congregadas à volta dos FLING'S e UPANG'S é um objectivo que se enquadra perfeitamente nos desejos das forças sociais motoras do golpe. Trata-se, sim, de limpar o PAIGC da memória daqueles que suportam a luta, de limpar o principal obstáculo à afirmação dessa camada urbana ávida de se servir da independência em proveito próprio. Aí se pode dizer que a verdade, teimosa como ela é, se infiltrou por entre os interstícios da demagogia do editoria- lista do "NO PINTCHA".

Espanta que a pequena burguesia e camponeses guineenses desenraizados e transformados lumpen pela guerra e pela demagogia spinolista tentem reabilitar os seus "comandos africanos", os seus Malan Sanhá, os seus Rafael Barbosa? Parece-nos que não, e que só haverá incoerência na mente daqueles que, não tendo "abandonado o Partido sem se darem conta", acreditem ingenuamente que o "14 de Novembro" foi feito para corrigir o rumo errado que levava o Estado da Guiné-Bissau.

Esses perguntar-se-ão: como é possível falar de direitos humanos, esquecendo-se dos milhares de vítimas, populações indefesas fria e barbaramente massacradas por esses que são hoje apresentados como o "preço da Unidade"? Como é possível ter o descaramento de apresentar essa gente como vítima, quando se lhe publica a ficha de comando africano, de agente da PIDE ou, no mínimo, de agente do criminoso Malan Sanhá? Será possível que um Turpin, de quem se diz ter vivido a luta de libertação, exclame perante as ossadas dos PIDES que "nem na época colonial houve tão bárbara repressão"? Esses ter-se-ão já dado conta que o Sr. Secretário de Estado das Pescas e os seus comparsas estão a pescar em águas turvas.

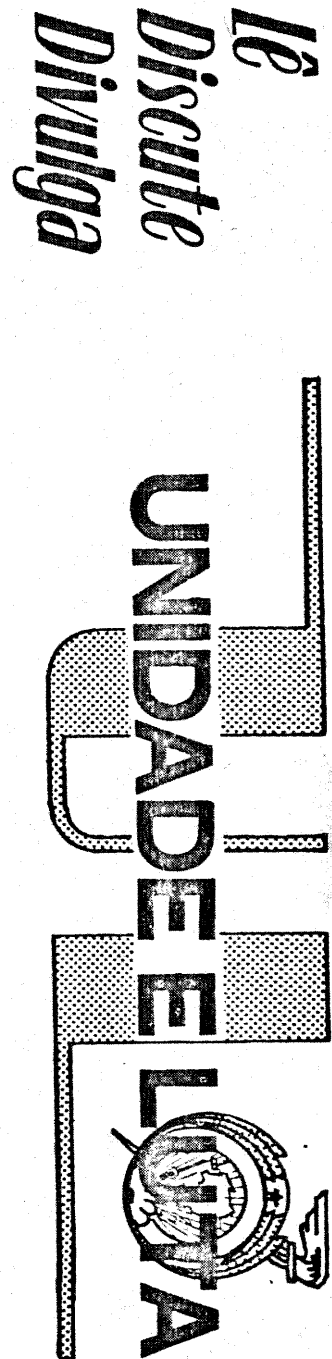
As "correções de tiro" das alegações aparentemente contraditórias daqueles que, de facto, fizeram o golpe de "14 de Novembro" — como em tudo, há figurantes e há aqueles cujo

prestígio é aproveitado, esperando a melhor oportunidade para se lhe "limpar o nome" — são dirigidas aos militantes são do Partido e à sua base social, essencialmente operária e camponesa, para ganhar tempo e adormecer a sua resistência à implantação de um regime que, pela fraqueza crónica das pequenas burguesias africanas, terá de se aliar aos centros de poder imperialistas e revelar a sua natureza neo-colonial. O que é claro que só será possível destruindo o PAIGC e fazendo vítimas entre aqueles que ainda o tentarem defender.

Poderia ainda conceder-se o benefício da dúvida aos homens de "14 de Novembro". Mas quem conhece os seus ideais de vida, os seus estranhos contactos com a reacção cabo-verdiana, portuguesa e internacional, a desonestidade que — autocritique-mo-nos — lhe veio sendo tolerada no interior do Partido, na vã tentativa de não deixar sair quem já tinha saído "sem se dar conta", poderá honestamente conceder-lhes tal benefício?

O "14 de Novembro" é um pesado golpe infligido ao PAIGC por elementos que se mantiveram no seu seio mais tempo do que era conveniente para a sua sobrevivência e para a revolução, tendo como pano de fundo as camadas da população que desfrutaram, de algum modo, da dominação colonial. Mas, mais do que uma derrota para o PAIGC, é uma derrota para a África progressista, que deve dela tirar as lições.

MANUEL DELGADO



A QUESTÃO DOS CABO-VERDIANOS

As declarações públicas dos militares que tomaram o poder em Bissau a 14 de Novembro, derrubando o governo constitucional, apontam como uma das suas principais motivações a supremacia dos cabo-verdianos na condução dos assuntos do país irmão.

Contudo, um dos principais paradoxos em que se debatem os golpistas é que a pior coisa que podia acontecer para a consolidação do poder desse Conselho da Revolução seria que os cabo-verdianos abandonassem em massa a Guiné-Bissau, criando vazio nas estruturas administrativas do país.

Os cabo-verdianos que na Guiné-Bissau ladeavam Luiz Cabral na cúpula do Partido e do Estado contam-se pelos dedos: Fernando Fortes, um dos seis que com Amílcar Cabral fundaram o PAIGC em 1956, comissário dos Correios e Telecomunicações; José Araújo, Secretário do CEL, Manuel dos Santos, Comissário dos Transportes, Júlio de Carvalho, do Estado-Maior das FARP. Vasco Cabral, ferido durante o golpe, é mestiço filho de pai português, Otto Sacht, abatido pelos golpistas, mestiço de ascendência alemã e António Buscardini, também assassinado, branco de ascendência italiana.

Mesmo a nível supranacional, a supremacia dos guineenses nos organismos da direcção do PAIGC é esmagadora. Se o III Congresso, realizado em Novembro de 1977, equilibrou as componentes nacionais da Comissão Permanente do CEL (5 guineenses e 3 cabo-verdianos) já vamos encontrar no seio do CEL 17 guineenses e 8 cabo-verdianos. O CSL, de 90 membros, só conta com 23 cabo-verdianos. O que se explica, pois que a luta armada se desenrolou na Guiné, que forneceu a grande massa dos combatentes.

A questão dos cabo-verdianos na Guiné-Bissau situa-se, portanto, fora do PAIGC e constitui uma herança da administração colonial portuguesa. Não sendo nem a Guiné-Bissau nem Cabo Verde colónias de povoamento, os portugueses promoveram em Cabo Verde, de população totalmente destribalizada, a ascensão de uma pequena-burguesia burocrática que constituía a quase totalidade do médio funcionalismo na Guiné e forneceu um bom contingente para Angola e Moçambique.

Um dado importante nessa rivalidade entre a pequena-burguesia ascendente de Bissau e a sua homóloga cabo-verdiana tira-se da sua situação no contexto colonial: enquanto era estimulada em Cabo Verde a reprodução e expatriação dessa camada (tarefa facilitada pelas condições naturais de Cabo Verde), são inúmeras as declarações das autoridades coloniais apontando no sentido de conter, em limites extremamente baixos a "assimilação" das populações continentais africanas.

O célebre círculo vicioso para a concessão da cidadania portuguesa aos indígenas — bilhete de identificação e conhecimento da língua para ser considerado "cidadão português", exigência de cidadania para ter acesso ao ensino — é bem o exemplo mais refinado de tal política.

A fixação de cabo-verdianos na Guiné-Bissau remonta historicamente aos primórdios do tráfico de escravos. Os conhecidos como "lançados" (audazes), mestiços filhos de colonos e escravos que foram ganhando certa preponderância no Arquipélago, dedicaram-se desde cedo ao tráfico clandestino com os chefes tribais nativos, desafiando as proibições régias que atribuíram o monopólio desse comércio à coroa.

Desde essa época que entre as camadas assimiladas urbanas da Guiné-Bissau e Cabo Verde há laços étnicos e familiares muito fortes. Interessante verificar que os sentimentos de anti-uniidade têm origem, de uma parte e doutra, nessas camadas que tudo aproximam.

Amílcar Cabral abordou, aliás, de forma bastante pertinente o problema do tribalismo e do nacionalismo estreito na África contemporânea. A sùmula do pensamento de Cabral sobre esse assunto é que o tribalismo não tem já fundamentos materiais na fase actual de desenvolvimento histórico da África e que o que dele resta a nível da mentalidade é explorado precisamente por elementos da camada destribalizada como um meio de acesso ao poder.

A unidade entre a Guiné e Cabo Verde foi sempre o alvo dos serviços psico-sociais do exército e da polícia política portuguesa. Em Bissau, em cujos subúrbios se amontoou a população desalojada pela guerra, todo um trabalho de mobilização à volta da ideia de que o PAIGC, "causador de todos os seus sofrimentos", era uma invenção dos cabo-verdianos, foi feito durante o mandato de Spínola, culminando com manifestações de rua em que muitos cabo-verdianos são maltratados.

Os agentes infiltrados por Spínola para assassinar Amílcar Cabral fizeram também todo o seu trabalho de mobilização nessa base.

O germe inoculado no seio do Partido nessa altura, e que não foi totalmente extirpado, encon-

trou portanto em Bissau, já argumentamente apodada de "pequena Saigão", o caldo de cultura necessário para infectar o corpo do Partido.

A VIA DA INDIGNIDADE É A VIA DA TRAIÇÃO

Ninguém espere que nos calemos diante de actos que não estão à altura da dignidade que deve ter hoje um militante, quanto mais um dirigente do PAIGC. Esta reunião provou isso mesmo uma vez mais e parece-me que, se alguns camaradas que andam a cometer erros, estão de facto dispostos a ser sinceros, a ser leais e a dar as suas vidas, para o nosso Partido, para o nosso povo, esses camaradas saem daqui mais contentes connosco, e em particular mais contentes comigo, mais ligados a mim, porque eles sentiram a ligação que nós temos do ponto de vista moral, político, etc., e que nós estamos vigilantes em relação à sua posição. Mas se os camaradas estão interessados — um ou outro — a tratar da sua vida, a fazer apenas aquilo que lhe interessa, a arrumar a sua vida, a criar dentro do Partido o seu próprio Partido, com a sua gente, as suas coisas, os seus problemas — então esses saem desta reunião altamente aborrecidos comigo porque eu não perdoo nada, não desculpo coisa nenhuma.

Isso é verdade, há muito que pôs claro esse problema: à medida que nós avançamos no caminho de atitudes dignas, somos mais fortes; à medida que avançamos no caminho de atitudes indignas, tornamo-nos mais fracos. Quero repetir aqui claramente o seguinte: eu estou muito satisfeito com esta reunião. Esta reunião é uma prova clara de que, apesar de todas as nossas fra-

quezas — fraquezas de cultura, fraquezas morais, fraquezas pessoais, etc. nós somos capazes de andar para a frente de uma maneira bastante boa. Esta reunião é a prova disso. Mas, quero dizer aos camaradas o seguinte: eu evitei, nesta reunião, referir qualquer camarada pessoalmente, na questão de erros e outras coisas mais. Eu peço aos camaradas por favor — eu não quero entrar em conflito com nenhum camarada —, que nenhum camarada, a partir deste momento, no Partido, procure fazer as suas coisas à sua maneira, com a sua gente, conforme quer, independentemente da direcção superior do Partido. Não estamos dispostos a aceitar isso nunca mais. Não há nenhum acto, de qualquer dirigente do Partido, relativo à sua vida, às suas acções, às suas conveniências, que não pode passar pela direcção superior do Partido. Só assim é que podemos controlar os camaradas para sabermos o que é que os camaradas estão de facto a fazer.

Peço a todos os camaradas, de qualquer nível que sejam, para estarem certos de que, se eu vir no futuro, qualquer camarada tratando dos seus interesses, tratando da sua vida como se a direcção do Partido não existisse, como se fosse ele só a tratar da sua vida — seja em relação a mulheres, seja em relação a bebidas, seja em relação a dinheiro, seja em relação à nossa pró-



pria guerra, seja em relação ao que fôr — eu garanto-lhe o seguinte: eu estarei profundamente contra ele.

Embora cumprindo o seu dever, muitos, no plano moral, muitas vezes no plano político, fazem o que querem. Não pode ser.

Temos que entender agora claro que uma coisa só é comum: a nossa vida moral, a nossa vida política, a nossa luta armada. Uma coisa só. É eu lanço um apelo aos dirigentes do Partido, aos dirigentes do PAIGC que, por exemplo, os que têm mais de uma mulher, devem resolver durante este ano ficar só com uma mulher, liquidar as suas ligações com outras mulheres. Estamos dispostos a ajudá-los, a arranjar-lhes casa se fôr preciso, para terem a sua mulher e os seus filhos, se fôr necessário, pômo-los no Jardim, mas parem com o problema de muitas mulheres. É um apelo que eu lanço a todos os camaradas. Lanço aos camaradas um apelo para que nenhum tome qualquer atitude que possa ter um significado na nossa luta sem me consultar primeiro, sem conversar comigo antes. Porque nas condições concretas da nossa terra, cada atitude dum camarada recai sobre mim. Portanto, tenho que tomar a minha responsabilidade e os camaradas têm que me pôr a par das coisas, como elas andam, o que fazem e que possa ter influências sobre a marcha da nossa luta.

ESPECIAL GOLPE DE ESTADO ESPECIAL GOLPE DE ESTADO

Isto é uma coisa que quero dizer aos camaradas para evitar confusões. Porque eu não quero meter-me em conflitos com os camaradas. Eu quero entendimento, amor, dedicação, compreensão, ajudar aos camaradas a serem grandes dirigentes da nossa terra. Qualquer um de nós, camaradas, se pegarmos nos livros a sério e estudarmos, se pegarmos a sério nas palavras de ordem do Partido e estudarmos, se lermos todos os documentos do Partido, se lermos outros livros, se pensarmos a sério os problemas da nossa terra, podemos ser grandes dirigentes, camaradas, tanto da Guiné como de Cabo Verde. Mas vários camaradas têm perdido tempo noutras coisas e, não se preparam para serem dirigentes de facto. Nós ajudamos o máximo que podemos, mas os camaradas também têm que ajudar-se a si mesmos.

Portanto, isto é uma coisa que eu vos queria dizer na entrada destas considerações, porque, sinceramente, eu não quero, de maneira nenhuma, um dia ter de proceder contra qualquer camarada do nosso Partido ou que qualquer camarada do Partido esteja contra mim. Devemos evitar isso. Tanto esforço, tanto sacrifício, para sermos inimigos uns dos outros.

Os camaradas podem estar certos de que o caminho do erro, dos abusos, o caminho de fazer a sua vida como se quer, dentro do Partido, é o caminho de inimizade, é o caminho de traição contra o Partido ou contra qualquer camarada do Partido que quer andar na linha, como deve ser. É fatal, não há maneira nenhuma para evitar isso, camaradas. Se seguirmos o mau caminho só poderemos chegar a isso.

Estamos certos de que todos os camaradas vão fazer esforço para evitá-lo. Estamos certos de que todos os camaradas vão fazer esforço para,

neste próximo ano que começou com esta reunião, agir como Chico dis-

se, purificando-se cada dia mais e para que, na próxima reunião, os camaradas tenham pensado profundamente a nossa luta; de maneira a chegarem, tomarem a palavra, falarem muito, discutirem muito, para mostrarem que pensaram na luta de facto.

Temos que fazer com que a nossa vida de cada dia, fora de reuniões como esta, longe do Secretário-Geral, longe da direcção do Partido, quando estamos sós ou com outros camaradas, temos que fazer com que a nossa vida corresponda à seriedade, à dignidade, à altura duma reunião como esta, que demonstra que nós temos valor de facto. Isso é que é fundamental, camaradas. Nós temos que equilibrar a nossa vida de todos os dias — vida pessoal e vida colectiva — de todas as maneiras, tudo bem equilibrado, porque sem esse equilíbrio tudo se estraga.

Vocês viram camaradas, nós tiramos todas as lições das coisas que se passam com o nosso irmão e camarada Sékou Touré. Porque é que isso acontece? Acontece porque quase não havia na República da Guiné Conakry um dirigente num alto posto, Ministro, secretário de Estado, etc., que não tinha duas caras. Ontem ouvi o Sanho Mamadi falar. Ele tinha duas caras, uma cara para mim e outra para os alemães. A cara que ele me mostrava era a mesma cara que ele mostrava a Sékou Touré. Mas tinha outra cara para os alemães. Ele conta que foi a tal hora, de tal dia, que deu o seu acordo aos alemães para receber cinco mil dólares por mês. Camaradas, ele era ministro da Defesa da República da Guiné, com duas caras.

Ura, camaradas, o que vos peço, o apelo grande que vos faço é para nós acabarmos com as duas caras neste Partido, entre nós. Uma cara que mostramos ao Cabral e outra que é a nossa própria cara quando estamos com

os nossos compinchas. Como é que pode ser? Assim, não vamos para a frente, camaradas. Se fôr assim — e se formos doidos — a única coisa a que podemos chegar é, um dia, em vez de serem membros do Conselho Superior da Luta, vocês são ministros e vendem-se todos, como os da República da Guiné. Isso é assim, camaradas. Mesmo que lutemos com as armas nas mãos, mesmo que estejamos feridos, isso não chega para um homem não se vender se tiver duas caras. Um homem, um revolucionário, deve ter uma cara só. Um filho do nosso povo, da Guiné e Cabo Verde, que luta pela independência da nossa terra, para o progresso, a paz e felicidade do nosso povo, membro do PAIGC, deve ter uma cara só.

Temos que ser capazes de combater todos os camaradas que desviam as nossas coisas só para a Guiné ou que tentam desviar as nossas coisas só para Cabo Verde. Temos que ser capazes de os combater no duro. Porque em geral eles desviam é para a sua barriga, não é para servir o nosso povo. Porque nós do PAIGC, nós entendemos que tudo quanto serve a Guiné, serve Cabo Verde, tudo quanto serve Cabo Verde, serve a Guiné. Há muito que entendemos isso. Por isso mesmo é que muitos camaradas estão dispostos a dar tudo na sua vida para a nossa luta. Temos que estar vigilantes em relação a todos aqueles que procuram, por causa das suas conveniências, por qualquer razão de carácter pessoal ou familiar, desviar as coisas para um lado ou para o outro lado. Nós não aceitamos isso nunca, de maneira nenhuma.

Na África e no mundo inteiro, o nosso nome é muito grande. Na minha opinião o nosso nome na África e no mundo ultrapassa o valor da nossa terra. Temos que ser capazes de trabalhar este ano para formos o nosso Partido, dentro da nossa terra, à altura do nosso nome no mundo. Este é o meu ponto de vista, camaradas.

COMUNICADO DO CNCV

Para analisar a situação criada pelo golpe de estado perpetrado na Guiné Bissau bem como as suas implicações, o CNCV do PAIGC, alargado aos primeiros secretários dos Comités Regionais e Sectores Autónomos e aos primeiros responsáveis das Organizações de Massas, reuniu-se na Praia, em sessão extraordinária, de 20 a 23 de Novembro de 1980.

I- Tendo procedido a um exame rigoroso de todas as informações relativas aos acontecimentos de Bissau e analisado fria e objectivamente a natureza e as principais consequências do acto de violência que representa o golpe de estado, o CNCV concluiu da justeza e oportunidade das análises constantes das comunicações do Conselho de Ministros e do Secreário-Geral do PAIGC sobre os referidos acontecimentos

CONSIDERANDO QUE:

- O recurso à força militar para a resolução de problemas internos no Partido contraria frontalmente os princípios e métodos do PAIGC e o pensamento do seu fundador AMILCAR CABRAL;
- Os órgãos nacionais de direcção do Partido na Guiné foram substituídos por um "Conselho da Revolução", política, ideológica e organicamente estranho ao PAIGC;
- O chamado Conselho da Revolução, ao pretender que só após o golpe de estado o povo guineense recuperou a sua identidade nacional e cultural e se tornou senhor do seu destino, não só nega o papel histórico da luta de libertação nacional, como visa atribuir ao PAIGC e, em particular, aos caboverdeanos, a responsabilidade de uma pretensa não afirmação do povo irmão da Guiné Bissau como povo livre e soberano;
- Os órgãos supra-nacionais de direcção do Partido se encontram, por via do golpe, completamente bloqueados;

1) O CNCV do PAIGC conclui que o golpe de estado ocorrido na Guiné Bissau:

- a) constitui um acto gravíssimo contra os princípios e as bases em que assenta o PAIGC;
- b) inviabiliza a actividade do Partido na Guiné e, portanto, o exercício da sua função dirigente na sociedade guineense;
- c) põe seriamente em causa a sobrevivência do Partido, enquanto entidade supra-nacional, e a materialização do princípio da unidade.

2) O CNCV do PAIGC considera que quaisquer que possam ser as dificuldades políticas, económicas, sociais e outras existentes na Guiné são da inteira responsabilidade dos dirigentes e órgãos nacionais de direcção guineenses e rejeita categoricamente, por puramente falaciosas e demagógicas, todas as tentativas de endossar a responsabilidade à comunidade ou aos dirigentes caboverdeanos na Guiné. ►

- 3) Apesar de duramente atingido o princípio da Unidade, o CNCV, consciente da validade histórica desse princípio como garante da emancipação e do progresso dos povos africanos, aliás já demonstrada na prática da luta comum dos povos de Cabo Verde e da Guiné pela sua independência, exprime o desejo do povo caboverdeano de, quando forem criadas as condições propícias, manter e desenvolver com o povo guineense relações de cooperação fraterna, na via do progresso.

- 4) O CNCV exprime a sua preocupação pelos gravíssimos perigos que ameaçam dirigentes e militantes do Partido detidos na Guiné-Bissau, em particular o Secretário Geral Adjunto, camarada LUIS CABRAL, e recomenda ao seu Comité Permanente que promova conjuntamente com o Secretário Geral do PAIGC, camarada ARISTIDES PEREIRA, todas as diligências tendentes a salvar a integridade física e garantir a libertação imediata desses combatentes da liberdade dos povos da Guiné e de Cabo Verde.

- 5) O CNCV decide continuar a seguir atentamente o desenrolar dos acontecimentos na Guiné-Bissau e, tendo em conta a gravidade da situação de que os autores do golpe são os únicos responsáveis, encarrega o Comité Permanente de convocar uma Conferência Nacional, para que as decisões que se impuserem, nomeadamente nos domínios da organização e da Unidade, sejam tomadas num quadro o mais amplo possível.

II - O CNCV manifesta a sua satisfação pelos progressos que se vêm verificando na consolidação das estruturas partidárias, das organizações de massas e dos organismos de participação popular em Cabo Verde.

Reitera a sua fidelidade ao pensamento de AMILCAR CABRAL e aos princípios que enformam o PAIGC e exorta os militantes a prosseguir com firmeza a obra de edificação do Partido em Cabo Verde através do constante aperfeiçoamento das suas estruturas, aprofundamento da democracia interna e reforço da ligação Partido/Massas, condição fundamental do sucesso na construção do nosso país.

O CNCV regista com apreço o firme apoio dos militantes, e o movimento de solidariedade nacional suscitado pela justeza das medidas adoptadas pelos órgãos de direcção partidária e estatal, neste momento difícil para o PAIGC.

O CNCV do PAIGC apela à serenidade e à vigilância e reafirma que todas as medidas serão tomadas para garantir a continuidade do processo revolucionário, a defesa das conquistas do nosso povo, o aprofundamento da democracia nacional revolucionária e o progresso de Cabo Verde.

Honra e glória a todos os patriotas caboverdeanos e guineenses que tomaram pela libertação dos nossos Povos.

Honra e glória a AMILCAR CABRAL, Militante N^o 1 do nosso Partido.

PRAIA, 23 de Novembro de 1980

O CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC-

O DEBATE CONSTITUCIONAL:

UM PASSO NO APROFUNDAMENTO DA DEMOCRACIA

Por CARLOS RUIZ - Membro da
Comissão Constitucional da ANP

Para apresentar, explicar e debater o ante-projecto de Constituição foram efectuadas cerca de 676 reuniões envolvendo aproximadamente 35.900 pessoas. Tiveram lugar perto de 3.000 intervenções consubstanciadas em pouco mais de 260 propostas de alteração, emenda, substituição e supressão. Como é natural, o concelho que apresentou maior número de propostas foi o da Praia - 175, aproximadamente. Todas as propostas apresentadas foram condensadas em 61, abrangendo questões de fundo, de forma ligadas à sistematização.

O critério dominante na apreciação das propostas foi a mais completa isenção do ponto de vista da sua proveniência, tendo sido aceites ou rejeitadas, total ou parcialmente, consoante a contribuição que objectivamente pudessem representar para a melhoria do texto. É assim que várias normas do ante-projecto foram objecto de supressão - caso do artigo 3º.; alínea c) do ponto 2. do artigo 5; artigo 16º; nº 5 do artigo 35; artº 53 - e dos artigos que integram o actual projecto, trinta e dois (32) deles receberam directamente as mais diferentes contribuições do público, em geral, e dos militantes do Partido, em particular. Efectivamente, pode-se constatar com facilidade, através da comparação dos dois documentos, a valiosa contribuição dada pelos cidadãos para o enriquecimento do projecto de Constituição Política. Para além disso, várias outras questões despertaram um vivo debate, sendo as seguintes aquelas que suscitaram maior interesse:

- a) Exercício do poder político pelas massas populares (artº 2).
- b) P.A.I.G.C., força política dirigente da sociedade e do Estado (artº 5 do ante-projecto e actual artigo 4).
- c) O carácter laico do Estado e o reconhecimento das confissões religiosas (artigos 1 e 9 do ante-projecto e 1 e 5 do projecto).
- d) O papel das organizações de massas e outras organizações sociais (artigo 11 do ante-projecto e actual artigo 7).

e) Formas de propriedade

(artigos 15 e 39 do ante-projecto;
art 11 do projecto);

f) Unidade Guiné-Cabo Verde
(artigos 6, 7 e 8 do ante-projecto
e actuais artigos 22, 23 e 24).

g) Igualdade dos cidadãos perante a lei
(art 27 do ante-projecto e 25 do projecto).

h) Interdição da pena de morte, prisão perpétua e trabalhos forçados. Perigosidade baseada em grave anomalia psíquica (artº 35).

i) A liberdade da criação intelectual, artística e científica (art 44 do ante-projecto e actual art 45).

j) O juramento dos deputados
(art 53 do ante-projecto suprimido no actual projecto).

k) As incompatibilidades de funções
(art 58 do ante-projecto e artºs 58
71 e 80 do projecto).

l) A responsabilização do PR perante a ANP
(art 70).

m) A independência do juiz, no exercício das suas funções (art 88 do ante-projecto art 91 do projecto).

Ao longo do processo de discussão pública do ante-projecto foi, por algumas vezes, manifestada a preocupação no sentido de se consagrar soluções concretas mais ou menos detalhadas, o que é incorrecto e inconveniente porque como se sabe, a Constituição Política, como lei fundamental, deverá essencialmente, consagrar princípios e normas gerais, relegando à lei ordinária a regulamentação necessária e conveniente. É o caso de actividade das confissões religiosas (art 5), do exercício do direito de participação na vida política, económica e cultural (artigo 46 n 1), de apresentar sugestões, queixas, reclamações e petições aos órgãos da soberania ou a quaisquer autoridades (art 46 n 2), da organização, atribuições e competência do Poder Local (art 94) e vários outros direitos políticos e sociais consagrados no projecto. Daí que, ao longo do documento, se refira com frequência à lei ordinária.

A importância do debate nacional organizado à volta do ante-projecto de Constituição transcende a enumeração das contribuições recebidas directamente no texto. Mais do que isso, e em boa verdade, constitui uma exaltação da natureza do regime político que a própria Constituição virá consagrar. Mais do que uma excelente oportunidade de educação cívica e política, o debate do ante-projecto foi um importante contributo para a consolidação da democracia nacional revolucionária e demonstra uma vez mais que a prática da democracia num país como o nosso, e talvez mesmo em vários outros, não é, nem pode ser, função da quantidade de partidos políticos existentes, dependendo sobretudo das condições internas criadas no seio das instituições e da consciente e responsável participação das populações num projecto de construção económica e social que lhes perspective a melhoria das suas condições de vida, de uma forma efectiva. Ora, esse projecto de desenvolvimento global e auto-centrado da sociedade cabo-verdiana só poderá ser realizado com a institucionalização de uma nova ordem jurídica nacional, condição indispensável ao Estado Democrático e de Direito que lhe serve de instrumento. A vasta legislação publicada desde Julho de 75 constitui uma referência inequívoca para o conhecimento e apreciação da arquitectura jurídica de Cabo Verde livre e independente, cujo edifício principal será a Constituição Política.

Ao discutir e aprovar a primeira Constituição Política da República de Cabo Verde, estará assim esta Assembleia a colocar uma pedra fundamental nos alicerces institucionais da nossa Sociedade e a criar, para o Estado e para os cidadãos, um importante instrumento para a exaltante tarefa de construção de uma sociedade cada vez mais justa e liberta da exploração do homem pelo homem.

Feita essa breve referência à importância e elevada utilidade político-social da Constituição Política analisemos algumas das principais características do nosso Projecto:

1 - Antes de mais, o texto reflecte uma grande preocupação: fazer da Constituição um documento acessível à compreensão de um maior número possível de cidadãos, pelo que se esforçou no sentido de utilização de uma linguagem simples, sem prejuízo do rigor técnico-jurídico indispensável.

2 - Uma outra característica do projecto de Constituição reside no facto de ser a expressão escrita da síntese dinâmica entre os princípios e objectivos do P.A.I.G.C. e a realidade económica e social actuante de Cabo Verde.

3 - A consagração do Estado Democrático e de Direito, do regime de democracia nacional revolucionária em que a participação popular é institucionalizada nos diversos planos da vida nacional constitui igualmente, uma linha de força dominante deste importante documento político-jurídico.

4 Assim, como resultante coerente da natureza profundamente democrática do Estado, é cometida à Assembleia Nacional popular, órgão máximo do poder do Estado, um vasto leque de importantes atribuições. A eleição do Presidente da República, bem como do Primeiro Ministro de entre os deputados eleitos da ANP (art. s 70 e 79), a responsabilização do primeiro magistrado da nação perante a Assembleia (art. 70), a competência atribuída ao Presidente da ANP no artigo 76 de substituir interinamente o Chefe do Estado, a competência atribuída à ANP, ao abrigo dos artigos 92 e 93 de decidir da questão da inconstitucionalidade e poder rever a Lei Fundamental, a todo o momento, constituem alguns dos importantes atributos do Órgão legislativo por excelência do nosso Estado que vêm reforçar o seu prestígio e conferir à ANP, no quadro do poder estatal unitário, um papel de relevância particular, de acordo com a sua condição de órgão supremo do poder do Estado.

5 - Mas o projecto de Constituição Política não se limita a proclamar o Estado democrático. Numa clara determinação no sentido de se ultrapassar esquemas de democracia formal ou importada, estabelece nos seus artigos 2 e 3 que o poder político é exercido pelas massas populares e estas devem participar de forma efectiva no desempenho, controlo e direcção das actividades públicas.

Como desenvolvimento normal deste princípio poder-se-á constatar ao longo do vasto programa económico, social, cultural, de defesa e segurança enunciado pelo projecto o importante papel que é reservado à participação dos cidadãos. Mas é, sem dúvida, o artigo 7.º o grande corolário do princípio da participação popular ao estabelecer que o Estado deve, não só, apoiar e proteger as organizações sociais e de massas reconhecidas por lei, como também, apoiar-se, na sua acção nessas mesmas organizações, às quais poderá transferir determinadas actividades.

Por outro lado, não é esquecido que a prática democrática não pode existir sem a dignificação e defesa das instituições da República e a indispensável estabilidade do regime político que serve de suporte (art. s 8 e 34).

TUDO O QUE PUDERMOS FAZER
PARA ELEVAR O MORAL DO NOSSO POVO,
DAR-LHE MAIS CORAGEM, MAIS ENTUSIASMO
EM RELAÇÃO AO NOSSO PARTIDO,
SERVE O PRESENTE E O FUTURO DO NOSSO POVO ...
TUDO O QUE POSSA SER FEITO
PARA NOS RETIRAR A CONFIANÇA DA POPULAÇÃO,
PARA ROUBAR OS SEUS BENS,
COMETER ABUSOS, É O MAIOR CRIME QUE
UM CAMARADA COMBATENTE OU RESPONSÁVEL
PODERÁ COMETER,
PORQUE PREJUDICA O PARTIDO ASSIM COMO
O PRESENTE E O FUTURO DO NOSSO PAÍS.

QUANDO A MANDJOANDE, CAMARADAGEM OU,
A AMIZADE SÓ SERVEM PARA BEBER
AGUARDENTE DE CANA OU VINHO DE PALMA
PARA ESCONDER AOS OUTROS O QUE SE FAZ
COM AS JOVENS DO NOSSO PAÍS,
OU AINDA PARA CAMUFLAR OS ERROS DA
LUTA ARMADA, OU AINDA PARA NÃO DENUNCIAR
AQUELES QUE NÃO SE BATEM COMO DEVE SER.
ESTAMOS FRENTE A TRAIÇÕES CONTRA
O NOSSO PARTIDO, CONTRA O NOSSO POVO.

ESTAMOS CONVENCIDOS QUE SE O PROGRESSO
NÃO SE PODE CONCRETIZAR SEM A LIQUIDAÇÃO TOTAL
DO COLONIALISMO E DAS SUAS SEQUELAS, SEM
A INDEPENDÊNCIA REAL,
NÃO É MENOS VERDADE QUE OS POVOS AFRICANOS
NUNCA COMPREENDERIAM ESSA INDEPENDÊNCIA SE
CONTINUASSEM A LEVAR UMA VIDA DE MISÉRIA
E SOFRIMENTO.

GUINÉ

CABO VERDE



★ UNIDADE E LUTA!

4. Rundfunk

CONSTITUIÇÃO DO CONSELHO DA REVOLUÇÃO

NOTICIÁRIO DA RÁDIO BISSAU 15/11/80

Tradução do crioulo

Os acontecimentos de 14 de Novembro, como a situação está completamente tão avançada e controlada e como não existe qualquer perigo para aqueles que dirigiram os acontecimentos.

O Conselho da Revolução decidiu divulgar a constituição dos seus membros.

EIS OS MEMBROS

- | | | |
|-----------------|---|----------------------------------------------|
| Presidente | - | João Bernardo Vieira - Comandante da Brigada |
| Vice-Presidente | - | Victor Saúde Maria |
| Comandante | - | Iafai Camará |
| 1º Comandante | - | Paulo Correia |
| Comandante | - | Manuel Saturnino |
| “ | - | João da Silva |
| “ | - | Somba Lamine Mané |
| Capitão | - | Anhate N'Biagué |

COLABORADORES

- José Turpin
- Victor Monteiro
- Mário Cabral

RÁDIO BISSAU
COMENTÁRIO DE 15/11/80
Tradução do crioulo

A Guiné Bissau é uma terra pequenina de grande fama no mundo. Depois da libertação total da nossa terra sob a orientação das ideias de Amílcar Cabral, o nosso povo estava disposto a continuar o mesmo espírito, de fazer desta terra uma coisa boa para todos nós.

Mas apenas sentimos de maneira como falhámos na escolha.

O espírito da luta levou-nos a confiar demasiado.

Dizemos confiar demasiado porque por mais que o hóspede possa gostar da tua casa, não gosta mais que tu, que és o próprio dono.

Esta é uma realidade que ninguém pode negar. Os filhos desta terra gostam muito dela, podemos notar isso,, naqueles dirigentes, comandantes da nossa luta de libertação nacional, nos nossos guerrilheiros, pelo avontade que eles têm no meio da nossa população.

É claro que o nosso povo começou a odiar certos filhos da nossa terra que começaram ou que já tinham deixado de ser fiéis a esta terra. Mas agora vamos avançar para frente. Os portugueses foram-se embora, mas aqueles que disseram que são dessa terra, também estão no caminho de ir.

Nós filhos da liberdade, filhos verdadeiros desta terra, devemos unirmo-nos ainda mais sob a orientação do Conselho da Revolução para podermos concretizar aqueles sonhos do nosso povo que é o de tomarem nas mãos na verdade o seu próprio destino como está no Programa do P.A.I.G.C..

Nenhum povo deseja ser colonizado. Mas nós todos sofremos a mesma situação colonial.

Mas como esses invasores tinham mais força conseguiram impôr-nos as suas leis e nós sofremos a escravatura colonial.

Mas o nosso povo nunca aceitou, e no seu meio apareceram homens da libertação que guiaram à vitória a luta de libertação nacional.

Depois disso estávamos livres do primeiro colonialista, mas agora é que estamos livres, pela segunda vez devemos mostrar-nos unidos, cada vez mais unidos com os nossos companheiros. Nós não temos medo de nada nesta terra. O nosso povo é um povo pacífico, por isso é que, quando vê que uma coisa não pode ser, faz todos os possíveis para que isso desapareça.

O regime de "LUÍS CABRAL" era de desconfiança, esse fez com que os filhos da nossa terra não tivessem confiança entre si, privilegiou um grupo com carros de todas as cores, quem é benfiquista carro vermelho, sportinguista carro verde etc. Mas isso não era o objectivo de luta de libertação nacional.

A nossa luta não é só para içar bandeira ou ter um hino bonito.

O verdadeiro objectivo que levou as pessoas para o mato é de sairmos da canseira, miséria. Foi isso que disseram ao nosso povo para eles poderem entrar com todos os seus filhos nas fileiras de luta de libertação nacional.

Não é segredo para ninguém que na nossa terra começou aquela política de dividir para

poder governar. Basta vermos o nível de vida daqueles lacaios, ou melhor dos cães daquele regime para termos a resposta àquilo que acabámos de dizer.

Cada um de nós, filhos dignos desta terra, deve ocupar o seu lugar nas fileiras do Conselho.

Não é mentira, que cada homem tem a sua personalidade, porque mesmo dois gêmeos são diferentes, pela cor ou pelo gosto.

Nos queremos ser iguais na unidade, não a união do cavalo com o cavaleiro. O povo deve confiar nos combatentes da liberdade e da Pátria.

Antes de hoje, há já muito tempo que conhecemos os duros sacrifícios suportados, devemos lembrar da falta de medicamentos para tratamento dos nossos guerrilheiros e do povo, para além da fome, sono, doença, etc.

Tudo isso não foi cobrado pelos combatentes de liberdade da Pátria, porque era dever de todos os filhos dignos desta terra, graças a eles, os colonialistas foram vencidos.

Nesta segunda fase da luta os combatentes da liberdade da Pátria voltaram a quebrar aquela barreira que dificultava o nosso processo para a independência económica.

Assim, hoje devemos apertar o cinto para o desenvolvimento da agricultura na nossa terra, da indústria, artesanato, etc.

Hoje, os trabalhadores, mais do que ontem, devem mostrar as suas capacidades e dedicação profissionais.

Em cada actividade de cada um de nós devemos pensar no futuro do nosso país.

Nós todos devemos ter o mesmo pensamento para fazermos da nossa terra um país forte que não deve confiar em ninguém, mas em si próprio.

O que estamos a procura, o que esperávamos todos os dias já o encontramos: era a liberdade verdadeira, independência verdadeira que queríamos construir.

Queremos espalhar em cada um de nós aquela dignidade verdadeira. Assim, temos de ter confiança em nós próprios, aceitar todos os esforços para aumentar a produção nacional, em quantidade e em qualidade.

Para se fazer isso tudo é preciso: unidade nacional, continuarmos unidos, reforçar a unidade política e assim todo o sonho se transforma em realidade.

PARA A FRENTE NA RECONSTRUÇÃO NACIONAL

VIVA O CONSELHO DA REVOLUÇÃO

EMISSORA OFICIAL DE CABO VERDE

NOTA DO DIA

23/11/80

Numa primeira grande operação de propaganda destinada a justificar a sua acção, nos planos externo e interno, os golpistas de Bissau levaram anteontem a imprensa internacional perto de Nhacra, a sessenta quilómetros da capital, para apresentar o que dizem ser ossadas de pessoas fusiladas durante o mandato do governo do país irmão por eles derrubado.

Nessa mesma sexta-feira, houve uma conferência de imprensa em que, afinal, o Presidente do chamado Conselho da Revolução se limitou a ler um papel, abandonando depois a sala para deixar as declarações de fundo a Vitor Maria que, em princípio devia ser o seu segundo. Vitor Maria disse aos jornalistas que Luís Cabral, devia "prestar contas".

Tendo escolhido a véspera do aniversário do traiçoeiro desembarque dos colonialistas portugueses em Conakry, a 22 de Novembro de 1970, para montar essa operação dirigida a certa opinião pública, assim como já tinham escolhido a véspera do terceiro aniversário do III Congresso para vibrar um dos mais tremendos golpes nas costas do PAIGC, aquele que se apresenta como Presidente do Conselho da Revolução de Bissau "revelou", durante um comício, que (citamos a agência France Presse) "nos últimos seis anos foram fusiladas na Guiné Bissau mais de quinhentas pessoas".

Durante a apresentação das ossadas, um homem não identificado pela France Presse disse aos jornalistas serem esses fusilamentos da responsabilidade do Presidente Luís Cabral".

Não é nosso intuito desmentir que tenha havido fusilamentos na Guiné-Bissau, após a libertação. Para um país que saiu de uma guerra de libertação de 11 anos, em que os crimes mais hediondos foram cometidos contra o povo, o contrário é que seria anormal. Depois da derrota do nazismo na Europa, quantos colaboracionistas foram fusilados na França, na Bélgica, na Holanda, em todos os países aonde Hitler levou os espectros dos campos de concentração e do genocídio? Em quantos países ditos democráticos, como os Estados Unidos e a França, se executam pessoas em tempo de paz?

Na pressa de montar essa operação de propaganda os conselheiros de Nino Vieira esqueceram-se, contudo, que iriam levantar entre os jornalistas mais argutos uma série de perguntas.

A Guiné-Bissau esteve, durante estes seis anos de libertação total, submetida a frequentes violações das suas fronteiras, a partir dos territórios vizinhos, por parte do que foram os comandos africanos, milícias e agentes da PIDE, cujo passado de sangue sob a bandeira do demagogo e criminoso Spínola, não permitiu que se quisessem reintegrar na sociedade guineense, como milhares de tantos outros seus companheiros da aventura colonialista, agraciados e reintegrados por Luís Cabral.

A primeira dessas acções terroristas teve lugar por altura do 11 de Março, quando Nino Vieira em pessoa comandou as operações de desmantelamento duma acção desses comandos, destinada a derrubar o regime do PAIGC, em coordenação com o golpe spinolista em Portugal.

Várias outras agressões contra as populações da fronteira e aquartelamentos das FARP

foram desencadeadas por esses comandos africanos em 1976, 1977 e 1978, causando inúmeras vítimas, nomeadamente em Pirada e Bafatá.

Pois que Nino Vieira era, nessa altura, Comissário para as Forças Armadas, terá necessariamente de lembrar-se por que, em 1977, foi criado o corpo de guardas de fronteira.

Foi ainda Nino Vieira que, a 16 e 17 de Novembro do ano passado, reuniu pessoalmente as informações e ordenou a operação de cerco e captura do comando Malam Sanhá, perto do aeroporto de Bissalanca.

Mas Nino Vieira, o primeiro responsável pelas Forças Armadas, ex-Presidente da Assembleia Nacional Popular, ex-Primeiro Ministro de Luís Cabral nada sabe, nada ouviu, nada viu, segundo os seus conselheiros, e teve, pelos vistos, de derrubar o Presidente para descobrir o que agora se chama de "massacre".

Depois de libertar "por engano" o traídor Rafael Barbosa e de o trazer para a Rádio, onde se proclamou -que falta de imaginação - "filho número 1 da Guiné", é evidente que certos componentes do golpe de 14 de Novembro têm pressa em reabilitar a corja de assassinos que foram os comandos africanos de Abdurramane, Sayeg e Malam Sanhá. Nada de estranho, aliás, quando vemos os apoios de que dispõem entre os FLING's, UPAGN's, OAL's e outros que tais, que formam "comités de soutien" e emitem comunicados a partir de Dacar, de Lisboa, de Paris.

Qualquer jornalista que não esteja a dormir tem o direito de perguntar quem era essa gente que se diz ter sido fusilada e porquê. Como tem o direito de perguntar o que fazia esse Primeiro-Ministro, Ministro da Defesa e Presidente da Assembleia Nacional Popular que nada viu, nada ouviu, nada sabe. Nem sequer lia o jornal oficial do seu governo, o "Nô Pintcha" onde as agressões armadas a que fizemos referência vêm relatadas?

Mais: ter-se-ão os conselheiros de Nino Vieira dado conta que, tentando apresentá-lo como um anjo, estão a dar dele uma péssima imagem?

Na pressa de montar essa operação propagandística, os conselheiros da Revolução de Bissau cometeram ainda o mais grave dos erros: esqueceram-se que nem todo o Estado Maior das FARP está na prisão a prestar declarações extorquidas segundo os métodos universalmente conhecidos de uma capital africana que todos sabemos. Há oficiais do Estado-Maior, gente que foi amiga íntima e companheiros de armas de Nino Vieira que está em liberdade e tem acesso à imprensa para se defender.

Nesse caso, em vez dos seres imaculados por que se querem fazer passar, os que tomaram o poder em Bissau poderiam ter de vir fazer marcha atrás e reconhecer tardiamente as suas responsabilidades.

O que é grave para quem quer consolidar o poder.

PRAIA, 23 DE NOVEMBRO – DISCURSANDO NA PEQUENA CIDADE NATAL DO PAI DE AMILCAR CABRAL, EM SANTA CATRINA, ILHA DE SANTIAGO, CIRCULO POR ONDE APRESENTA A SUA CANDIDATURA PARA AS ELEIÇÕES LEGISLATIVAS DE 7 DE DEZEMBRO O PRESIDENTE DO RAMO NACIONAL DO PAIGC E PRIMEIRO MINISTRO DE CABO VERDE, PEDRO PIRES, EXPLANOU LONGAMENTE O PROBLEMA DO GOLPE DE ESTADO NA GUINE-BISSAU, TENDO REFUTADO COM ENERGIA TODAS AS ALUSOES A UMA "DOMINAÇÃO CABO-VERDIANA" NAQUELE QUE AINDA CONSIDEROU UM PAIS IRMAO.

"CABO VERDE NAO TOMOU A SUA INDEPENDENCIA PARA COLONIZAR NINGUEM" – DISSE PEDRO PIRES. E ACRESCENTOU "AQUELES QUE ALUDEM AO COLONIALISMO DE UM PAIS DE 4 MIL QUILOMETROS QUADRADOS E 290 MIL HABITANTES, SEM INDUSTRIA, SEM AGRICULTURA, SEM FINANÇAS, SEM EXERCITO, PRECISAM CERTAMENTE DE UMA RECICLAGEM DE CIENCIAS POLITICAS".

PONDO SEMPRE A TONICA NA UNIDADE NACIONAL, PEDRO PIRES AFIRMOU QUE "CABO VERDE SO PRETENDE DAR A SUA CONTRIBUICAO A LIBERTAÇÃO TOTAL DA AFRICA ATRAVES DO EXEMPLO CONTANGIANTE DA HONESTIDADE DOS SEUS DIRIGENTES E DA CAPACIDADE DE TRABALHO DO SUE POVO".

REFERINDO-SE AO PROBLEMA DA UNIDADE, PEDRO PIRES ARRANCOU FORTES APLAUSOS AO AFIRMAR, MEIO IRONICAMENTE, QUE "CASAMENTOS FORCADOS NÃO SÃO PERMITIDOS EM CABO VERDE E O DIVORCIO FOI FACILITADO DEPOIS DA INDEPENDENCIA".

PEDRO PIRES ACUSOU OS GOLPISTAS DE DESLEALDADE NO SEIO DA DIRECCAO DO PAIGC E DE FALTA DE COMPREENSAO DO PAPEL DO MOVIMENTO DE LIBERTAÇÃO FUNDADO POR AMILCAR CABRAL NA FORMACAO DA GUINE-BISSAU COMO ENTIDADE NACIONAL E NA EVOLUCAO DA LUTA DE LIBERTAÇÃO DA AFRICA. SITUOU A ACÇÃO GOLPISTA DE 14 DE NOVEMBRO "NA ESTEIRA DOS QUE ASSASSINARAM AMILCAR CABRAL, SEM SABEREM QUE ESTAVAM MATANDO UM DOS MAIS PRESTIGIOSOS LIDERES DA AFRICA E UMA DAS INTELIGENCIAS DO TERCEIRO MUNDO".

ALUDINDO AS REVELACOES DE NINO VIEIRA SOBRE "OS FUSILAMENTOS DURANTE O MANDATO DE LUIS CABRAL", PEDRO PIRES PERGUNTOU "QUE PRIMEIRO MINISTRO ERA ESSE QUE NADA SOUBE, NADA VIU, NADA OUVIU? ESTAVA ELE NA GUINE-BISSAU?" E ACRESCENTOU: "QUE SE QUEIRA AGORA SUJAR LUIS CABRAL, COMPREENDE-SE, MAS QUE, PARA ISSO, SE TENHA DE REABILITAR CAES DE GUERRA QUE CORTAVAM AS ORELHAS AS VITIMAS PARA RECEBER PREMIO, EH UM ESCANDALO. QUE OS PORTA-VOZES DO CHAMADO CONSELHO DA REVOLUCAO QUEIRAM VIR INSINUAR QUE ANTONIO SPINOLA E OS SEUS COMANDOS AFRICANOS EH QUE TINHAM RAZAO. EH IR LONGE DEMAIS".

O PRIMEIRO MINISTRO DE CABO VERDE SITUOU OS PROBLEMAS QUE ESTAO NA ORIGEM DO GOLPE COMO PROBLEMAS DE LUTA IDEOLOGICA NO SEIO DO PAIGC E AFIRMOU: "NINGUEM SE ESPANTE SE AMANHA VIER A CABO VERDE UMA DELEGACAO DE BISSAU DISCUTIR CONNOSCO. DISCUTIREMOS NA BASE DA CLAREZA IDEOLOGICA E DO INTERESSE DO POVO CABO-VERDIANO".

ESPECIAL PARA OS SERVICOS PORTUGUESES DA B.B.C.
GOLPE DE BISSAU – REACOES AO "JULGAMENTO" DE ARISTIDES PEREIRA
COLABORACAO DE MANUEL DELGADO
PRAIA, 26 DE NOVEMBRO

"IRONIA E BASTANTE AMARGURA" FOI A NOTA COM QUE AS AUTORIDADES CABO-VERDIANAS ACOLHERAM AS DECLARAÇÕES DOS CONSELHEIROS DA REVOLUÇÃO DE BISSAU, SEGUNDO AS QUAIS AS NOVAS AUTORIDADES GUINEENSES TERIAM DECIDIDO JULGAR O PRESIDENTE DE CABO VERDE ARISTIDES PEREIRA "POR TER SIDO CHEFE DOS SERVICOS DE INFORMACAO DO PAIGC".

NUM COMENTARIO DIVULGADO PELA EMISSORA OFICIAL DE CABO VERDE, TIDO COMO UMA REACCAO OFICIOSA DAS AUTORIDADES, AFIRMA-SE QUE A IRONIA EH DEVIDO AO FACTO DE NAO CABER NA CABEÇA DE NENHUM INDIVIDUO MINIMAMENTE LUCIDO QUE SE POSSA PRETENDER JULGAR UM CHEFE DE ESTADO ESTRANGEIRO".

"MANIFESTACAO DE IGNORANCIA COMPLETA" "MONSTRUOSIDADE NO CAMPO DA JURISPRUDENCIA INTERNACIONAL" SAO AINDA EPITETOS APLICADOS PELA EMISSORA OFICIAL A DECISAO DO CONSELHO DA REVOLUÇÃO DE BISSAU.

"EH PREOCUPACAO PROFUNDA DAS AUTORIDADES E MILITANTES CABO-VERDIANOS O FUTURO DA GUINE-BISSAU, SOB UMA DIRECCAO QUE PODE TOMAR DECISOES TAO INSENSATAS E INCOERENTES COMO AS QUE TEMOS PRESENCIADO"— DIZ MAIS A FRENTE, O MESMO COMENTARIO OFICIOSO.

AS DECISOES DE CONVOCAR UM CONGRESSO EXTRAORDINARIO DO PAIGC, JULGAR O SECRETARIO-GERAL ADJUNTO DO PAIGC E DINAMIZAR UM ENCONTRO CIMEIRO COM O CHEFE DE ESTADO DE CABO VERDE – QUANDO SE SABE QUE SAO UMA E A MESMA PESSOA, ARISTIDES PEREIRA –

FORAM QUALIFICADOS POR UM ALTO DIRIGENTE CABO-VERDIANO COMO "PELO MENOS CONFUSAS".

QUANTO AO FACTO DE O INQUERITO LEVADO A CABO EM BISSAU "PODER ACLAMAR AS CIRCUNSTANCIAS DO ASSASSINATO DE AMILCAR CABRAL E DO RAPTO DE ARISTIDES PEREIRA", A 20 DE JANEIRO DE 1973, OS COMENTARIOS QUE PODEMOS COLHER NOS MEIOS DO PAIGC EM CABO VERDE FORAM IGUALMENTE IRONICOS. "CRUZ PINTO E VICTOR FREIRE MONTEIRO ESTARAO DE FACTO BEM SITUADOS PARA FAZER LUZ SOBRE ESSE FACTO", DIZ-SE, POIS QUE AMBOS FORAM DETIDOS NESSA ALTURA SOB FORTES SUSPEITAS DE ESTAREM IMPLICADOS NO CRIME.

VICTOR FREIRE MONTEIRO FOI DE FACTO INDICADO PELOS JORNAIS DE LISBOA, NA MANHA SEGUINTE AO ASSASSINATO DE AMILCAR CABRAL, COMO "O NOVO SECRETARIO-GERAL DO PAIGC".

REAFIRMANDO A DISPOSICAO DE MANTER AS RELACOES DE ESTADO, "SUBLINHA-SE CONTUDO NAO HAVER A MINIMA INTENCAO DE ABRIR POLEMICA COM "CONSELHEIROS DE UMA REVOLUCAO QUE DAO UMA IMAGEM TAO AVILTANTE DE SI MESMOS", COMO FORAM AINDA APODADOS PELA EMISSORA CABO-VERDIANA.

ESPECIAL PARA OS SERVICOS PORTUGUESES DA BBC
GOLPE DE BISSAU (1) - REUNIAO NA PRAIA DO C.N.C.V. DO PAIGC

COLABORACAO DE MANUEL DELGADO

O CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC ENCONTRA-SE REUNIDO DESDE ONTEM NA CIDADE DA PRAIA, EM SESSAO EXTRAORDINARIA, PARA ANALISAR A SITUACAO CRIADA PELO GOLPE DE ESTADO QUE, A 14 DE NOVEMBRO, DERRUBOU O REGIME DE LUIS CABRAL, ENQUANTO UM PRIMEIRO CONTACTO DIRECTO FOI ESTABELECIDO COM BISSAU PELO MINISTRO DA DEFESA DE CABO VERDE, SILVINO DA LUZ, QUE ONTEM PARTIU PARA A CAPITAL GUINEENSE, ACOMPANHADO PELO COMISSARIO POLITICO DAS FARP, ALVARO DANTAS OS PROBLEMAS POSTOS AO PAIGC PELO GOLPE DE FORCA DE NINO VIEIRA, NOVO HOMEM-FORTE DE BISSAU, AS CONSEQUENCIAS IMEDIATAS DO GOLPE PARA O JOGO DE FORCAS EM AFRICA, NOMEADAMENTE NO GRUPO DOS CINCO PAISES DE LINGUA PORTUGUESA, BEM COMO A REFORMULACAO DAS RELACOES DE ESTADO COM BISSAU, QUE PRAIA DECERTO NAO TERIA INTERESSE EM ROMPER, ESTARAO NA ORDEM DO DIA DESSA REUNIAO EXTRAORDINARIA DO ORGAO DIRECTIVO DO RAMO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC.

EMBORA NENHUMA DECLARACAO PUBLICA DEVA SER PRODUZIDA ANTES DO REGRESSO A PRAIA DE SILVINO DA LUZ, HOJE NO FIM DA TARDE, O TOM JAH FOI DADO PELO SECRETARIO GERAL DO PAIGC, ARISTIDES PEREIRA, QUE QUALIFICOU O GOLPE DE NINO VIEIRA DE "AVENTURA DE CONSEQUENCIAS IMPREVISIVEIS", NUMA COMUNICACAO RADIOFUNDIDA NA PASSADA TERCA FEIRA.

GOLPE DE BISSAU (2) - AS PRETENSOES DE SEKOU TOURE

UMA DAS APREENSOES MAIORES DAS AUTORIDADES DA CIDADE DA PRAIA EM RELACAO AOS ACONTECIMENTOS DE 14 DE NOVEMBRO EM BISSAU, PARA ALEM DA RAPTURA DO PROGRAMA DE UNIFICACAO DOS DOIS PAISES E DO ABALO QUE SOFREU NOS SEUS FUNDAMENTOS O PARTIDO COMUM, O PAIGC, DIZ RESPEITO A MARGEM DE QUE DISPOE A NOVA EQUIPA NO PODER PARA MANTER O EFECTIVO NAO-ALINHAMENTO DA GUINE-BISSAU E GARANTIR A INDEPENDENCIA DO PAIS, NO SENTIDO MAIS ESTRITO DO TERMO.

CONHECENDO COMO CONHECEM OS HOMENS QUE CONDUZIRAM O GOLPE CONTRA LUIS CABRAL E AS MOTIVACOES MUITO DIVERSAS, QUANTO NAO MESMO CONTRADITORIAS, QUE OS TERAO EMPURRADO PARA A AGIR CONTRA O PARTIDO E AS INSTITUICOES, AS AUTORIDADES DA PRAIA INTERROGAM-SE EFECTIVAMENTE SOBRE QUAL SERA A SUA MARGEM DE RESISTENCIA AOS APETITES HEGEMONICOS QUE PESAM SOBRE A GUINE-BISSAU, PARTICULARMENTE DEPOIS QUE FORAM REVELADAS AS POTENCIALIDADES PETROLIFERAS DESSE PAIS DA AFRICA OCIDENTAL.

A PRESSA DO REGIME VIZINHO SE SEKOU TOURE EM RECONHECER O CONSELHO DA REVOLUCAO CHEFIADA POR NINO VIEIRA, O ENVIQ, POUCOS DIAS DEPOIS, A BISSAU DE UMA DELEGACAO DE 30 MEMBROS, TENDO A SUA FRENTE 7 MINISTROS, O FACTO DE SEKOU TOURE QUERER APRESENTAR-SE COMO O HOMEM QUE VAI RESOLVER OS PROBLEMAS DE ABASTECIMENTO COM QUE SE

DEBATE BISSAU, O PROPRIO TEOR DO COMUNICADO DO PDG, LEMBRANDO QUE, NA EPOCA PRE-COLONIAL, AS DUAS GUINES ERAM UM SO TERRITORIO E OFERECENDO "APOIO INTERNO E EXTERNO" AOS HOMENS QUE DERRUBARAM LUIS CABRAL, SAO INDICIOS MAIS QUE PREOCUPANTES DE QUE SEKOU TOURE JULGA TER AFASTADO O PRINCIPAL EMPECILHO A REALIZACAO DO SEU SONHO DA "GRANDE GUINE".

UM LITIGIO SOBRE AS FRONTEIRAS MARITIMAS VINHA Opondo desde a independencia, o governo de Bissau ao de Conakry. A aceitar a tese de Conakry, que sempre se furtou ao dialogo ou a arbitragem de qualque instancia internacional, a Guine Bissau ficaria confinada dentro de um triangulo que lhe daria o bizarro estatuto de "pais encravado a beira-mar", passando a existir fronteiras maritimas entre Conakry e Dakar.

segundo uma outra versao da mesma tese, nao existiriam mesmo fronteiras entre as duas guines, "comecando as fronteiras de cada um em Bissau e terminando em Conakry.

SEKOU TOURE NAO SE COIBIU MESMO DE DESENVOLVER LONGAMENTE A SUA TESE DA "GRANDE GUINE" NO DISCURSO PROFERIDO DURANTE A VISITA OFICIAL QUE EFECTOU A BISSAU NO INICIO DESTE ANO. MULTIPLICANDO POR ESSA ALTURA OS ACTOS DE DESCORTEZIA EM RELACAO A LUIS CABRAL E AO PAIS ANFITRIAO.

A REVOLUCAO DA ASSINATURA, EM JANEIRO DE 1980, DE UM ACORDO O CONSORCIO AMERICANO UNION TEXAS PETROLEUM PARA PROSPECCOES PETROLIFERAS NA ZONA EM LITIGIO LEVOU AO AUGE CONFLITO. SEKOU TOURE TEVE, NO ENTANTO, DE RECUAR, PERANTE A ATITUDE FIRME DE LUIS CABRAL E DA DIRECCAO DO PAIGC.. A PARTIR DESSA ALTURA, TORNOU-SE CLARO QUE ELE APOSTAVA NA DESTABILIZACAO DO REGIME DE BISSAU, SENDO TIDO, COMO QUASE CERTO QUE OS SEUS SERVICOS SECRETOS ESTABELECEM CONTACTOS COM OS ANTIGOS "HARKIS" DA GUINE-BISSAU, REFUGIADOS EM DAKAR, TAL EXPLICARIA, ALIAS, O CALOR COM QUE CONAKRY ACOLHEU A SOLTURA DE RAFAEL BARBOSA, HOMEM DE PALHA DE SPINOLA E UM DOS PRINCIPAIS ARQUITECTOS DO ASSASSINATO DE AMILCAR CABRAL, DUAS VEZES CONDENADO A MORTE POR TRAICAO E AGRACIADO POR LUIS CABRAL.

O FACTO DE O CONSELHO DA REVOLUCAO DE NINO VIEIRA TER LOGO A SEGUIR FEITO MARCHA ATRAS E QUALIFICADO A LIBERTACAO DE RAFAEL BARBOSA DE "GAFE" PODE, NO ENTANTO, PARECER A PRIMEIRA NOTA EM FALSO DE TODO ESSE IMBROGLIO BEM ORQUESTRADO.

MAS PARA QUEM CONHECE TAO BEM SEKOU TOURE COMO OS DIRIGENTES DO PAIGC, HAO HA DUVIDAS DE QUE QUALQUER TENTATIVA DE RESISTENCIA AOS SEUS APETITES MEGALOMANOS VINDA DE NINO VIEIRA OU DAQUELES QUE, NO SEIO DA NOVA EQUIPA EM BISSAU, NAO SAO SEUS TESTAS DE FERRO, DETERMINARA POR PARTE DE CONAKRY NOVAS TENTATIVAS DE DESTABILIZACOES EM BISSAU

ESPECIAL PARA OS SERVIÇOS PORTUGUESES DA BBC

GOLPE DE ESTADO DE BISSAU - REACOES NA CIDADE DA PRAIA

CIDADE DA PRAIA, 18 NOV (COLABORACAO ESPECIAL DE MANUEL DELGADO)

← CABO VERDE ESTAH A DESENVOLVER UMA INTENSA ACCAO DIPLOMATICA NO SENTIDO DE GARANTIR A SEGURANCA FISICA E A LIBERDADE DE LUIS CABRAL, SECRETARIO-GERAL ADJUNTO DO PAIGC E PRESIDENTE DA GUINE-BISSAU DEPOSTO NO PASSADO DIA 14 DE NOVEMBRO POR UM GOLPE CONDUZIDO PELO PRIMEIRO MINISTRO NINO VIEIRA, BEM COMO PARA EVITAR QUALQUER INTERFERENCIA EXTERNA NOS ASSUNTOS DAQUELE PAIS COM QUE O UNE UM PROJECTO DE UNIFICACAO SOB A EGIDE DO PAIGC.

NUMA MENSAGEM HOJE ENVIADA PELO PRESIDENTE ARISTIDES PEIREIRA A TODOS OS CHEFES DE ESTADO DA AFRICA OCIDENTAL, AH EXCEPCAO DO DA GUINE-CONAKRY, AO PRESIDENTE EM EXERCICIO DA OUA, AO PRESIDENTE DO MOVIMENTO DOS NAO-ALINHADOS, AOS PAISES DA LINHA DA FRENTE E AOS PRESIDENTES DA ARGELIA, DA TUNISIA, DE MADAGASCAR E DE PORTUGAL, O SECRETARIO-GERAL DO PAIGC MANIFESTA A SUA PREOCUPACAO PELOS ACONTECIMENTOS QUE TEHM TIDO LUGAR NESSE PAIS E PELA INSEGURANCA INTERNA QUE PREVALECE NA GUINE-BISSAU E CHAMA A ATENCAO DESSES CHEFES DE ESTADO PARA A NECESSIDADE DE SEREM GARANTIDOS A SEGURANCA FISICA E O RESPEITO PELOS DIREITOS DO HOMEM AOS RESPONSAVEIS E MILITANTES DO PAIGC, AOS MEMBROS DO GOVERNO DEPOSTO, ASSIM COMO AOS CIDAOS CABO-VERDIANOS RESIDENTES NA GUINE-BISSAU.

O PRESIDENTE PEREIRA INSISTE AINDA EM QUE SEJA GARANTIDA A SEGURANCA FISICA E MORAL DE LUIS CABRAL, BEM COMO A SUA LIBERDADE DE DICIDIR O PAIS ONDE DEJESA FIXAR A SUA RESIDENCIA.

DEPOIS DO COMUNICADO DE SABADO EM QUE O GOVERNO DE CABO VERDE TOMOU CLARA POSIÇÃO DE CONDENACAO DO GOLPE' RESERVANDO-SE O DIREITO DE REVER AS RELACOES DE ESTADO A ESTADO, NENHUMA OUTRA POSICAO PUBLICA FOI TOMADA PELOS ORGAOS DO ESTADO E DO PARTIDO. NENHUMA EEEEEEEE E DO PARTIDO. LIMITANDO-SE OS ORGAOS DE INFORMACAO A MANTER A POPULACAO AO CORRENTE DA EVOLUCAO DA SITUAÇÃO. A VIDA SE- GUE O SEU CURSO NORMAL E AS ELEICOES LEGISLATIVAS MARCADAS PARA O PROXIMO DIA 7 DE DEZEMBRO NAO FORAM CANCELADAS.

ENTRETANTO, OS MEIOS OFICIAIS NAO CONFIRMAM QUE NINO VIEIRA TENHA ENTRADO EM CONTACTO COM ARISTIDES PEREIRA, NA QUALIDADE DE SECRETÁRIO-GERAL DO PARTIDO, REAFIRMANDO A SUA FIDELIDADE AOS PRINCIPIOS E AO PENSAMENTO DE AMILCAR CABRAL.

ESSA NOTICIA FIDUNDIDA A PARTIR DE BISSAU FOI ACOLHIDA NA PRAIA COM CEPTISMO, POIS QUE NINO VIEIRA DIRIGIU CONTRA O PARTIDO UM GOLPE DE FORCA CAPAZ DE ABALAR OS SEUS FUNDAMENTOS E TOTALMENTE CONTRA OS PRINCIPIOS BASICOS SEMPRE DEFENDIDOS POR AMILCAR CABRAL.

ARISTIDES PEREIRA DEVERAH DIRIGIR UMA MENSAGEM AH NACAO ATRAVES DA EMISSO- RA OFICIAL AHS 21 HORAS TMG DE HOJE.

ESPECIAL PARA OS SERVIÇOS PORTUGUESES DO B.B.C.

GOLPE DE BISSAU-PAIGC EM CAUSA

COLABORAÇÃO DE MANUEL DELGADO

PRAIA, 24 DE NOVEMBRO - A EXISTENCIA DO PAIGC COMO PARTIDO BI-NACIONAL ESTÁ EM CAUSA - CONSTATA O CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC, REUNIDO DE 20 A 23 NA CIDADE DA PRAIA PARA ANALISAR AS IMPLICAÇÕES DO GOLPE DE ESTADO DE 14 DE NOVEMBRO, EM BISSAU.

O GOLPE DE ESTADO PERPETRADO NA GUINE-BISSAU - DIZ O COMUNICADO DO CNCV - CONSTITUI UM ACTO GRAVISSIMO CONTRA OS PRINCIPIOS EM QUE ASSENTA O PAIGC, AFECTANDO NOMEADAMENTE A PROPRIA EXISTENCIA SOBREVIVENCIA DO PARTIDO COMO ENTIDADE SUPRANACIONAL".

O CONSELHO DA REVOLUÇÃO INSTAURADO EM BISSAU SOB A PRESIDENCIA DE NINO VIEIRA É QUALIFICADO PELO CNCV DO PAIGC COMO "OPOLITICA, IDEOLOGICA E ORGANICAMENTE ESTRANHO AO PAIGC, RESULTANDO NA INVIABILIZAÇÃO DA VIDA PARTIDARIA E DO PARTIDO COMO FORÇA DIRIGENTE DA SOCIEDADE NA GUINE-BISSAU".

TENDO SIDO DESTRUÍDO PERMANENTEMENTE OS ORGÃOS DO RAMO GUINEENSE DE DIRECÇÃO DO PARTIDO E BLOQUEADOS OS ORGÃOS SUPRANACIONAIS DO PAIGC, O CNCV DECIDIU ENCARREGAR O COMITÊ PERMANENTE DE CONVOCAR UMA CONFERENCIA NACIONAL DE QUADROS CONSAGRADA A REORGANIZAÇÃO DO PARTIDO.

RECONHECIDO COMO DURAMENTE ATINGIDO O PRINCIPIO DA UNIDADE ENTRE A GUINE E CABO VERDE, JÁ QUE O GOLPE PÔE EM CAUSA O PAIGC E UM DOS SEUS ARGUMENTOS É QUE "O POVO GUINEENSE SÓ RECUPEROU A SUA IDENTIDADE NACIONAL E CULTURAL" APÓS 15 DE NOVEMBRO, O COMUNICADO DO CNCV DEIXA CONTUDO TODAS AS PORTAS ABERTAS A ESSE PROJECTO, "CONSCIENTE DA VALIDADE HISTORICA DESSE PRINCIPIO COMO GARANTE"

ESPECIAL PARA OS SERVIÇOS PORTUGUESES DA BBC

GOLPE DE BISSAU-PAIGC EM CAUSA

COLABORAÇÃO DE MANUEL DELGADO

PRAIA, 24 DE NOVEMBRO - A EXISTENCIA DO PAIGC COMO PARTIDO BINACIONAL ESTÁ EM CAUSA - CONSTATA O CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC, REUNIDO DE 20 A 23 NA CIDADE DA PRAIA PARA ANALISAR AS IMPLICAÇÕES DO GOLPE DE ESTADO DE 14 DE NOVEMBRO, EM BISSAU.

"O GOLPE DE ESTADO PERPETRADO NA GUINE-BISSAU - DIZ O COMUNICADO DO CNCV - CONSTITUI UM ACTO GRAVISSIMO CONTRA OS PRINCIPIOS EM QUE ASSENTA O PAIGC, AFECTANDO NOMEADAMENTE A PROPRIA SOBREVIVENCIA DO PARTIDO COMO ENTIDADE SUPRANACIONAL".

O CONSELHO DA REVOLUÇÃO INSTAURADO EM BISSAU SOB A PRESIDENCIA DE NINO VIEIRA É QUALIFICADO PELO CNCV DO PAIGC COMO "OPOLITICA, IDEOLOGICA E ORGANICAMENTE ESTRANHO AO PAIGC, RESULTANDO NA INVIABILIZAÇÃO DA VIDA PARTIDARIA E DO PARTIDO COMO FORÇA DIRIGENTE DA SOCIEDADE NA GUINE-BISSAU".

TENDO SIDO DESTRUÍDOS OS ORGÃOS DO RAMO GUINEENSE DE DIRECÇÃO DO PARTIDO E BLOQUEADOS OS ORGÃOS SUPRANACIONAIS DO PAIGC, O CNCV DECIDIU ENCARREGAR O COMITÊ PERMANENTE DE CONVOCAR UMA CONFERENCIA NACIONAL DE QUADROS CONSAGRADA A REORGANIZAÇÃO DO PARTIDO.

"PARA QUE AS DECISÕES QUE SE IMPUSEREM, NOMEADAMENTE NOS DOMÍNIOS DA ORGANIZAÇÃO E DA UNIDADE, SEJAM TOMADAS NUM QUADRO MAIS AMPLO POSSIVEL".

RECONHECIDO COMO DURAMENTE ATINGIDO O PRINCIPIO DA UNIDADE ENTRE A GUINE E CABO VERDE, JÁ QUE O GOLPE PÔE EM CAUSA O PAIGC E UM DOS SEUS ARGUMENTOS É QUE "O POVO GUINEENSE SÓ RECUPEROU A SUA IDENTIDADE NACIONAL E CULTURAL" APÓS 14 DE NOVEMBRO, O COMUNICADO DO CNCV DEIXA CONTUDO TODAS AS PORTAS ABERTAS A ESSE PROJECTO, "CONSCIENTE DA VALIDADE HISTORICA DESSE PRINCIPIO COMO GARANTE DA EMANCIPAÇÃO E PROGRESSO DOS POVOS AFRICANOS".

A IDEIA DE QUE AS RELAÇÕES DE ESTADO PODERÃO DESENVOLVER-SE NORMALMENTE, APESAR DA RUPTURA IDEOLOGICA E ORGANICA A NIVEL DO PARTIDO, É CORROBORADA QUANDO O CNCV EXPRESSA "O DESEJO DO POVO DE CABO VERDE DE COOPERAR FRATERNALMENTE COM O POVO DA GUINE-BISSAU".

ESPECIAL PARA OS SERVIÇOS PORTUGUESES DA BBC
GOLPE DE ESTADO NA GUINE-BISSAU - A QUESTAO DOS CABO-VERDIANOS
COLABORACAO ESPECIAL DE MANUEL DELGADO

AS DECLARACOES PUBLICAS DOS MILITARES QUE TOMARAM O PODER EM BISSAU A 14 DE NOVEMBRO, DERRUBANDO O GOVERNO CONSTITUCIONAL DE LUIS CABRAL. APONTAM COMO UMA DAS SUAS PRINCIPAIS MOTIVACOES A SUPREMACIA DOS CABO-VERDIANOS NA CONDUCAO DOS ASSUNTOS DAQUELE ESTADO DA AFRICA OCIDENTAL.

CONTUDO, UM DOS PRINCIPAIS PARADOXOS EM QUE DEBATEM OS GOLPISTAS EH QUE A PIOR COISA QUE PODIA ACONTECER PARA A CONSOLIDACAO DO PODER DESSE CONSELHO DA REVOLUCAO SERIA QUE OS CABO-VERDIANOS ABANDONASSEM EM MASSA A GUINE-BISSAU, CRIANDO VAZIO NAS ESTRUTURAS ADMINISTRATIVAS DO PAIS.

OS CABO-VERDIANOS QUE NA GUINE-BISSAU LADEAVAM LUIS CABRAL NA CUPULA DO PARTIDO E DO ESTADO CONTAM-SE PELOS DEDOS: FERNANDO FORTES, UM DOS SEIS QUE COM AMILCAR CABRAL FUNDARAM O PAIGC EM 1956, COMISSARIO DOS CORREIOS E TELECOMUNICACOES, JOSEH ARAUJO, SECRETARIO DO BUREAU POLITICO, MANUEL DOS SANTOS, COMISSARIO DOS TRANSPORTES, JULIO DE CARVALHO, DO ESTADO MAIOR DAS FARP. VASCO CABRAL, FERIDO DURANTE O GOLPE, EH MESTICO FILHO DE PAI PORTUGUES, OTTO SACTH, ABATIDO PELOS GOLPISTAS, MESTICO DE ASCENDENCIA ALEMA E ANTONIO BUSCARDINI, TAMBEM ASSASSINADO, BRANCO DE ASCENDENCIA ITALIANA.

MESMO A NIVEL SUPRANACIONAL, A SUPREMACIA DOS GUINEENSES NOS ORGANISMOS DA DIRECCAO DO PAIGC EH ESMAGADORA. SE O TERCEIRO CONGRESSO, REALIZADO EM NOVEMBRO DE 1977, EQUILIBROU AS COMPONENTES NACIONAIS DA COMISSAO PERMANENTE DO BUREAU POLITICO (5 GUINEENSES E 3 CABO-VERDIANOS) JAH VAMOS ENCONTRAR NO SEIO DO BUREAU POLITICO 17 GUINEENSES E 8 CABO-VERDIANOS. O COMITEH CENTRAL DE 90 MEMBROS, SOH CONTA COM 23 CABO-VERDIANOS. O QUE SE EXPLICA POIS QUE A LUTA ARMADA SE DESENNOLVOU NA GUINEH, QUE FORNECEU A GRANDE MASSA DOS COMBATENTES.

A QUESTAO DOS CABO-VERDIANOS NA GUINE-BISSAU SITUA-SE PORTANTO, FORA DO PAIGC, E CONSTITUI UMA HERANCA DA ADMINISTRACAO COLONIAL PORTUGUESA. NAO SENDO NEM A GUINE-BISSAU NEM CABO-VERDE COLONIAS DE POVOAMENTO, OS PORTUGUESES PROMOVERAM EM CABO VERDE, DE POPULACAO TOTALMENTE DESTABILIZADA. A A ASCENCAO DE UMA PEQUENA-BURGUESIA BUROCRATICA QUE CONSTITUIA A QUASE TOTALIDADE DO MEDIO FUNCIONALISMO NA GUINE E FORNECEU UM BOM CONTINGENTE PARA ANGOA E MOCAMBIQUE.

NAS DIFICEIS CONDICAOES DA GUERRA DE LIBERTACAO, NUM PAIS CUJA POPULACAO ERA ANALFABETA EM MAIS DE NOVENTA POR CENTO, NAO SERIA POSSIVEL QUE O PAIGC CHEGASSE AO PODER COM QUADROS ADMINISTRATIVOS E TECNICOS EM NUMERO SUFICIENTE PARA FAZER FUNCIONAR OS ESTADOS. O SEU CONHECIDO PRAGMATISMO LEVOU-O, PORTANTO, A NAO DESMANTELAR, NO IMEDIATO, AS MAQUINAS ADMINISTRATIVAS, TANTO NA GUINE COMO EM CABO VERDE, ONDE INCLUSIVAMENTE HA MEMBROS DO GOVERNO QUE NAO SAO SEQUER MILITANTES DO PARTIDO.

A "QUESTAO DOS CABOVERDIANOS" EXPLICA-SE, PORTANTO, COMO UMA CONTRADICAO GERADA PELO PROPRIO DESENVOLVIMENTO DO PAIS, QUE FEZ NESSES CINCO ANOS UM ENORME ESFORCO DE FORMACAO DE QUADROS NACIONAIS, DESPERTANDO ASSIM A AVIDEZ DE OCUPAR IMEDIATAMENTE TODOS OS PONTOS, PARA QUE OU NAO SAO EM NUMERO SUFICIENTE OU NAO ESTAO SUFICIENTEMENTE PREPARADOS.

OS REPETIDOS APELOS DA RADIO CONTROLADA PELOS GOLPISTAS NO SENTIDO DE EVITAR REPRESALIAS CONTRA OS FUNCIONARIOS CABO-VERDIANOS, DE ORIGEM DE NASCIMENTO, PODERAM DEIXAR ENTENDER QUE NINO VIEIRA E OS SEUS PARCEIROS JAH SE DERAM CONTA DO PARADOXO DE QUE, TENDO FEITO UM GOLPE CONTRA OS CABO-VERDIANOS, PRECISARAO DE MANTER-LOS NOS SEUS POSTOS PARA CONSOLIDAR O PODER.

ESSE E, SEGURAMENTE, O PRIMEIRO PONTO ESCURO DAQUILO QUE ARISTIDES PEREIRA QUALIFICOU DE "AVENTURA DE CONSEQUENCIAS IMPREVISIVEIS".

TAI PODERIA EXPLICAR DE CERTO MODO O JUBILO DA DIREITA PORBUGUESA, QUE, PARA ALEM DOS EVIDENTES SENTIMENTOS REVANCHISTAS TEM O SEU SEIO MUITOS MILHARES DE QUADROS RETORNADOS DE ANGOA E MOCAMBIQUE. SENDO DE PREVER QUE, FACE AO CLIMA DE INSTABILIDADE CRIADO, GRANDE NUMERO DESSES FUNCIONARIOS REGRESSE A CABO VERDE, A PERGUNTA QUE SE POE EH QUEM VAI HERDAR O LUGAR DEIXADO VAGO PELA CHAMADA COLONIZACAO CABO-VERDIANA".

RESPONSABILIDADE E SOLIDARIEDADE

O Governo de Cabo Verde tem defendido e praticado a política do reforço das relações de amizade e de cooperação solidárias entre os países e povos emergentes da luta contra o colonialismo português como meio indispensável para a consolidação das nossas independências e garantia das conquistas revolucionárias da nossa luta comum e do processo de construção nos nossos países de uma sociedade liberta da exploração.

A nossa luta comum impôs-nos deveres e responsabilidades que não podemos denegar. Assim, Cabo Verde acolheu com simpatia e reconhecimento a proposta da realização de uma cimeira para a apreciação da situação criada com o golpe de estado de 14 de Novembro último, na Guiné-Bissau, e suas implicações nas relações de solidariedade existentes entre os nossos estados, assim como na luta comum pela defesa dos interesses sagrados dos nossos povos.

Um facto histórico é um facto histórico e ninguém pode negar que se criou uma situação nova e se introduziu um elemento novo na solução de problemas que dizem respeito aos nossos países.

Há conquistas a preservar e uma luta a ganhar - a luta contra a pretensão duma dominação neo-colonial e pela construção da nossa independência económica. Os inimigos dos nossos povos, aqueles que pretendem recuperar posições perdidas, vão continuar a agir no sentido de nos enfraquecer, criando confusões e inventando falsos pretextos na vã tentativa de levar a renegar a nossa própria luta e a sua história gloriosa, cheia de sacrifícios e de heroísmo dos nossos combatentes. A tática é velha: promove-se no nosso seio uma intensa campanha de desinformação e de intoxicação afim de causar a desorientação ideológica nas nossas fileiras, incapacitando-nos assim de reconhecer quem é o inimigo, e ao mesmo tempo que ficam as portas abertas às actividades de sapa dos seus agentes.

Cremos que os nossos dirigentes máximos tomaram a decisão que se impunha e mais uma vez demos lição de maturidade política e de fidelidade aos interesses dos nossos povos e dos povos africanos.

Não restam dúvidas que historicamente, somos responsáveis pelo que vier a acontecer nesse país africano e temos plena consciência que há uma luta a travar, que começou já com o envio da delegação ministerial a Bissau pela Cimeira de Luanda, a fim de evitar que o vazio criado seja ocupado por forças anti-africanas e neo-colonialistas.

Cabe também ao MPLA-Partido do Trabalho, ao Partido Frelimo e ao MLSTP papel importante nessa luta para tapar a brecha aberta e desencorajar todas as veleidades vindas da parte de forças revanchistas e neo-colonialistas.

Há que manter a vigilância contra a diversão ideológica e agir no sentido de uma plena compreensão de quais são os nossos objetivos e os nossos interesses, a curto e a longo prazo, e situar bem, quem é nosso amigo e quem é nosso inimigo; quem defende os interesses dos povos africanos e quem os vende; quem representa o futuro e quem representa o passado.

A luta é complexa e cheia de vicissitudes. Mais uma etapa nova de meça. E deste pequeno país, mas de um povo trabalhador e digno, garantimos aos nossos companheiros de luta que não renunciaremos às nossas responsabilidades e que sabemos apreciar o gesto solidário de um amigo.

A luta continua.

5. Dokumente

MENSAGEM A NAÇÃO DO CAMARADA
ARISTIDES PEREIRA, SECRETÁRIO
GERAL DO PAIGC E PRESIDENTE
DA REPÚBLICA DE CABO VERDE

PAR

PRAIA, 5 de Dezembro de 1980

Compatriotas,

Cidadãos e cidadãs de Cabo Verde,

Camaradas,

Na comunicação que dirigimos à Nação no passado dia 7 de Outubro, para marcar a data das eleições legislativas, exprimimos o desejo de vos ver a todos apreender correctamente o alcance da decisão do nosso Partido de pôr à discussão popular as listas de candidatos e de ver essa discussão desenrolar-se num clima de entusiasmo e de manifestação de consciência cívica.

Foi com justo orgulho que vimos ser inteiramente correspondido esse nosso apelo, traduzido na manifestação de confiança e maturidade, presenciada por nós e pelo mundo, quando cerca de um terço do eleitorado, isto é, mais de 40 mil cidadãos eleitores, deram a sua contribuição activa e democrática para que os candidatos apresentados pelo Partido às eleições que terão lugar no próximo domingo correspondessem no máximo possível, ao que cada cidadão espera dos seus representantes na mais alta esfera do poder de Estado.

A forma como decorreu esse processo de selecção, a confiança manifestada no nosso estilo de governança participativa, cimenta em nós a convicção de que estamos no caminho certo e de que, com este povo trabalhador e adulto, atingiremos as metas ambiciosas que há quase um quarto de século vimos perseguindo.

.../...

O sentido da nossa comunicação de hoje é um apelo ao voto no próximo dia 7. O cidadão cabo-verdiano que ama a sua Pátria e se preocupa com o seu futuro deve ir às urnas exprimir livre e conscienciosamente o seu voto; não pode, sob nenhum pretexto, escusar-se ao cumprimento desse dever que lhe impõe o civismo.

Abrimos as portas à participação popular porque temos consciência de que só instituições sólidas, representativas e como tal respeitadas, podem garantir a estabilidade política e social, necessárias às transformações de fundo que a regeneração de Cabo Verde exige. Não se trata pois, de um homem, ou de um grupo restrito de homens, mortais e sujeitos a todas as contingências, como homens que são, tomarem as decisões, por mais correctas e benéficas que sejam.

A condução do Estado deve estar nas mãos de instituições profundamente enraizadas na vida do povo e na sua cultura, e esse enraizamento só é possível se as instituições derivarem de um largo consenso nacional.

É neste sentido que temos vindo a agir na construção do aparelho do Estado de Cabo Verde, e é essa a razão por que pomos tanto empenho em que a Assembleia Nacional Popular saia reforçada destas eleições legislativas. Reforçada na representatividade de todas as camadas da população de Cabo Verde, reforçada na sua capacidade de decisão e controle da vida administrativa do país, reforçada enfim, como instituição donde dimana todo o poder de Estado e influencia, portanto, a eficácia e solidez das restantes instituições.

Não pode nenhum cidadão consciente ser indiferente à forma como estão alicerçadas e como funcionam as instituições do seu Estado. A instabilidade política e social tem reflexos dramáticos na vida econômica e mesmo no equilíbrio psicológico de qualquer povo e dos seus cidadãos tomados individualmente. Vivem-se hoje no nosso Continente autênticos dramas nacionais que têm como principais causadores a falta de consciência e o descrédito das instituições, pondo em causa a independência política, econômica e cultural desses povos, mas abrindo também feridas profundas na coesão moral dessas sociedades, que comprometem seriamente as perspectivas de um futuro de progresso e de paz.

As experiências amargas destes povos devem desenvolver em nós a capacidade de daí extrair as lições positivas e evitar-nos de seguir os mesmos caminhos errados. Essa é uma preocupação constante da Direção do nosso Partido e do Governo que ele dirige.

A nossa insistência na participação popular, o cuidado que pomos em criar todas as condições para que ela seja efetiva, livre e consciente deriva, portanto, da convicção profunda que só ela pode gerar instituições que estejam acima das contingências e limitações individuais, capazes de garantir a continuidade da obra gigantesca que o nosso povo tem vindo a desenvolver sob a orientação do seu Partido de vanguarda.

Durante a campanha eleitoral foi desenvolvido um plano de propagação para dar a conhecer a todo o cidadão

interessado deste país a obra de desenvolvimento empreendida nestes cinco anos que nos separam do memorável 5 de Julho de 1975. Tratou-se, sobretudo, de alargar os horizontes de cada cidadão mais para além do seu bairro ou da sua localidade, de lhe dar uma ideia do conjunto nacional e de como ele já não se encontra naquele nível zero, ou mesmo abaixo de zero, em que se encontrava quando o tomamos nas mãos. Tratou-se de dar a cada cidadão honesto os dados para que possa julgar em consciência, ao fazer a escolha do boletim de voto que vai introduzir na urna.

Por outro lado, as garantias para que as eleições se desenrolem num clima de seriedade e liberdade estão consignadas em lei votada pela própria Assembleia Nacional Popular, e penas severas são cominadas contra todo aquele que a violar, seja ele um simples cidadão ou o agente de autoridade do mais alto nível. O voto é livre e secreto e nada, senão o desinteresse, poderia justificar que um cidadão que não esteja incapacitado não se apresente para cumprir o seu dever de voto no próximo domingo.

Compatriotas, Camaradas,

Enquanto decorria a nossa campanha eleitoral, um facto de transcendente importância para a vida do nosso Partido e do nosso povo, ocorreu na República irmã da Guiné-Bissau. Referimo-nos ao golpe de estado que, a 14 de Novembro, depôs o Conselho de Estado e o seu Presidente, camarada

LUIS CABRAL, Secretário Geral Adjunto do PAIGC, e na sequência do qual muitos dirigentes e militantes do PAIGC foram presos, bloqueando os órgãos supra-nacionais de direcção do Partido.

Sobre esses acontecimentos, tanto o governo como o Conselho Nacional do PAIGC e ainda nós, na qualidade de Chefe de Estado e Secretário Geral do Partido, nos dirigimos à Nação para a informar das conclusões e medidas que se impunham.

Cabe-nos agora informar-vos da iniciativa extremamente importante que constituiu a reunião em Luanda, no passado dia 2 de Dezembro, dos Chefes de Estado de Angola, Cabo Verde, Moçambique e São Tomé e Príncipe, em que os acontecimentos de Bissau foram apreciados dentro do espírito de fraternidade e solidariedade combatente que sempre uniu os nossos povos em luta contra o colonialismo português.

A análise da Cimeira em Luanda é que os acontecimentos de Bissau, para além de constituírem um rude golpe que ameaça mesmo a sobrevivência do PAIGC enquanto partido supra-nacional e pode interromper o processo de unidade entre a República de Cabo Verde e a República da Guiné-Bissau, abrem um período de incerteza política para esse país irmão, ponho em risco as conquistas já alcançadas pelo seu povo numa árdua e exemplar luta de libertação nacional. Para além disso ainda, é o prestígio e a coesão dos movimentos de libertação dos cinco países que fica abalado, possibilitando a infiltração nas brechas assim abertas aos inimigos dos nossos povos e da África.

.../...

Perante tal análise, havia iniciativas que se impunham, e os quatro Chefes de Estado reunidos em Luanda não recuaram perante a responsabilidade que o momento exigia.

A delegação ministerial conjunta enviada logo a seguir a Bissau, para além de tentar obter das novas autoridades garantias quanto à salvaguarda da integridade física e da liberdade do camarada LUIS CABRAL e dos restantes dirigentes e militantes presos, deve ainda aplanar o caminho para um diálogo que permita ajudar o povo irmão da Guiné-Bissau a ultrapassar o momento difícil que está vivendo e a preservar as conquistas ainda possíveis de preservar.

A coesão do grupo dos cinco países africanos de expressão oficial portuguesa, que tanta eficácia demonstrou durante todos esses anos de luta, assim como a cooperação multi-lateral e a coordenação do desenvolvimento de que já lançámos as bases, sairiam bastante enfraquecidas se agissemos doutro modo, recuando perante as responsabilidades históricas que a luta comum nos impõe.

Para além de uma tocante prova de solidariedade para com o PAICC, neste momento particularmente grave, nos seus quase vinte e cinco anos de existência, a oportunidade que nos foi dada pelos nossos irmãos do Partido FRELIMO da República Popular de Moçambique, do MLSTP da República Democrática de São Tomé e Príncipe e do MPLA-Partido do Trabalho, seu Presidente e Presidente da República Popular de Angola,

.../...

de reflectir em comum sobre esses acontecimentos foi, portanto, particularmente importante.

Juntos poderemos mais facilmente desarticular os falsos pretextos e as vãs tentativas de nos levar a renegar a nossa própria luta e a sua história gloriosa; juntos poderemos fazer frente à desinformação que tem o objectivo de lançar a desorientação nas nossas fileiras para que todas as portas fiquem abertas às actividades de sapa contra o processo de libertação e dignificação dos nossos países e povos em que estamos empenhados.

Como combatentes experimentados, nem os reveses, nem as traições, nem as calúnias lançadas contra este povo trabalhador, que sabe o que é a exploração, mas só sonha uma vida digna para si e para os seus filhos, nos levarão a deixar a meio o combate.

Vamos todos cerrar fileiras e lutar por um Cabo Verde livre, próspero e pacífico, integrado numa África igualmente livre, próspera e pacífica !

Vamos cerrar fileiras e mostrar aos nossos caluniadores que nós temos consciência que só o trabalho liberta e só o trabalho é fonte de progresso !

Vamos cerrar fileiras e mostrar àqueles que querem denegrir Cabo Verde que somos capazes de construir um Estado sólido e democrático !

Vamos todos às urnas no próximo domingo votar no futuro deste país e deste povo orgulhoso e digno !

Viva a República de Cabo Verde !

Viva a Unidade Nacional !

Viva a Assembleia Nacional Popular !

Honra e Glória a AMILCAR CABRAL !

RESOLUÇÃO GERAL

I

De 16 a 20 de Janeiro de 1981, previamente convocada pelo Comité Permanente do CNCV do PAIGC, em conformidade com a resolução geral do Conselho Nacional do PAIGC de 23 de Novembro última, reuniu-se na cidade da Praia a Conferência Nacional dos militantes do Partido para analisar a situação criada com o golpe de Estado perpetrado em Bissau a 14 de Novembro, considerar as implicações desse acto nos órgãos supra-nacionais do Partido, examinar, em particular, as suas incidências na vida partidária em Cabo Verde e adoptar as medidas pertinentes.

Ouvido e debatido o discurso introdutório do Secretário-Geral do Partido, ciente de exprimir a vontade da grande massa dos militantes em Cabo Verde, através dos seus delegados eleitos e mandatados para o efeito, a Conferência Nacional dos militantes do Partido em Cabo Verde,

- 1 - Aprova a discussão introdutória apresentada pelo Secretário-Geral do PAIGC e decide adoptá-la como documento da Conferência.
- 2 - Adopta a intervenção inicial do Presidente do CNCV como documento da Conferência.
- 3 - Erige-se em Congresso e proclama a existência de um Partido Nacional em Cabo Verde com a designação de "PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV)"
- 4 - Assume para o PAICV todo o legado histórico, político e ideológico do PAIGC e o Pensamento de AMILCAR CABRAL como guia de sua acção.
- 5 - Adopta para o PAICV o Programa e os Estatutos do PAIGC em tudo o que não seja incompatível com as novas realidades.

II

Tendo em consideração os termos da Proclamação do PAICV como força política dirigente da Sociedade e do Estado;

Havendo necessidade de dotar o PAICV dos órgãos necessários ao seu normal funcionamento;

Convindo adequar as leis e as instituições do país às realidades de - correntes da adaptação da organização do PAIGC em Cabo Verde e uma organiza - ção partidária de carácter nacional, o PAICV;

Considerando que, com o golpe anti-partidário de 14 de Novembro deixaram de existir as condições indispensáveis à concretização do processo de unidade;

O Congresso do PAICV decide;

1 - Dotar o PAICV dos seguintes órgãos nacionais de direcção com as competências adiante referidas :

a) Congresso - O Congresso é o órgão máximo do PAICV.
ao Congresso compete designadamente:

- Appreciar e aprovar os relatórios do CN e adoptar as resoluções e decisões correspondentes;
- Aprovar e modificar o Programa e os Estatutos do Partido;
- Traçar a linha política do Partido e definir a via para a solução das questões fundamentais da Reconstrução Nacional;
- Fixar a composição do Conselho Nacional;
- Elegar o Secretário-Geral e o Secretário-Geral Adjunto e os demais membros que integram o Conselho Nacional;
- Decidir em última instância, sobre os recursos que lhe sejam submetidos pelos militantes e candidatos do Partido;
- Aprovar directivas para os planos de desenvolvimento económico e social a médio e longo prazo.

b) Conselho Nacional - O Conselho Nacional (CN) é o órgão máximo do Partido entre dois Congressos. A ele compete designadamente:

- Assegurar o cumprimento do Programa do Partido, aplicar os Estatutos e as resoluções do Congresso;
- Dirigir a actividade geral do Partido;
- Determinar o número de membros da Comissão Política do Secretariado do CN e da Comissão Nacional de Controlo e Revisão;
- Eleger os membros que com o Secretário-Geral e o Secretário-Geral Adjunto integram o Secretariado do Conselho Nacional;
- Eleger o Presidente e demais membros que integram a Comissão Nacional de Controlo e Revisão;
- Orientar e controlar a acção dos organismos estatais;
- Orientar e controlar a acção das organizações de massas e outras organizações sociais;
- Representar o PAICV nas relações com outros Partidos e com os movimentos revolucionários de outros países;
- Criar as comissões julgadas necessárias para orientar os grandes sectores da vida nacional.
- Examinar os planos de desenvolvimento económico e social e traçar orientações e directivas gerais a seu respeito;
- Fixar o número de delegados ao Congresso.

6) Comissão Política - A Comissão Política é o órgão máximo do Partido entre as reuniões do Conselho Nacional.

A Comissão Política executa as resoluções do Congresso e do CN e decide a política do Partido entre as reuniões do CN na base das resoluções daqueles órgãos

b) Secretariado - O Secretariado é o órgão que, sob a direcção da Comissão Política, apoia esta no exercício das suas funções, nomeadamente na direcção da actividade quotidiana do Partido, na definição da política de quadros e no controle da actividade estatal e das organizações de massas.

O Secretariado organiza e assegura a execução das resoluções do Congresso, do Conselho Nacional e da Comissão Política.

- e) Comissão Nacional de Controle e Revisão - A Comissão Nacional de Controle e Revisão é o órgão a que compete exigir responsabilidades aos militantes e candidatos que violem os Estatutos, o Programa e a disciplina partidária ou estatal ou que tenham conduta moral ou cívica repreensível.

A Comissão Nacional de Controle e Revisão compete nomeadamente:

- defender a unidade do Partido contra quaisquer actividades divisionistas;
 - implementar a disciplina partidária;
 - conhecer dos recursos dos militantes e candidatos sancionados e tomar as decisões correspondentes;
 - examinar as queixas dos membros do Partido;
 - controlar a gestão das finanças e bens do Partido;
 - fiscalizar a celeridade e correcção com que os assuntos são tratados nos órgãos centrais do Partido;
 - auxiliar as instituições de controle das organizações de massas no cumprimento das suas atribuições.
- 2 - Eleger o Camarada ARISTIDES MARIA PEREIRA para Secretário Geral.
 - 3 - Eleger o Camarada PEDRO VERONA RODRIGUES PIRES para Secretário Geral Adjunto.
 - 4 - Designar, até a realização do próximo Congresso, os camaradas que integram o CNCV do PAIGC para integrarem o CN.
 - 5 - Designar os camaradas JOSÉ ARAÚJO, HONÓRIO CHANTRE e JÚLIO DE CARVALHO para integrarem o CN.
 - 6 - Incumbir o CN de proceder à necessária adaptação dos símbolos do Partido à nova situação.

- 7 - Recomendar o Estado que, pelos órgãos e vias competentes, providencie a adequação das leis e instituições do país, designadamente a Constituição da República e as FARP, à realidade decorrente do golpe de 14 de Novembro.
- 8 - Recomendar as organizações sociais de massas de carácter e vocação unitários que tenham em conta na sua organização e estruturação a interrupção do processo de Unidade Guiné/Cabo Verde.

III

O Congresso constata que a organização do Partido se encontra bem estruturada, implantada, disciplinada, dinâmica e ideologicamente coesa e com intervenção directa e efectiva em todos os sectores e níveis da vida nacional.

Com vista à consolidação dessa organização, ao aperfeiçoamento da sua acção no seio das massas populares e ao fortalecimento do seu papel de força política dirigente da sociedade e do Estado, o Congresso recomenda aos órgãos e estruturas do Partido que:

- 1 - Continuem a dedicar toda a atenção ao aprofundamento do trabalho político-ideológico, reforçar a vigilância e combater com rigor e firmeza todos os comportamentos e atitudes incompatíveis com a condição de militante.
- 2 - Desenvolvam e aprofundem a prática da democracia interna e o exercício da crítica e autocrítica.
- 3 - Promovam o aprofundamento contínuo da prática da democracia nacional revolucionária no sentido da mobilização de todas as camadas sociais para participarem activamente no desenvolvimento nacional.

- 4 - Dedicuem uma atenção crescente às organizações de massas (JAAC, OM, UNTC) e outras organizações sociais e demais organismos de participação popular (comissões de moradores, milícias populares, tribunais populares, etc).
- 5 - Promovam o reforço dos órgãos da defesa e segurança nacional e a reativação das milícias populares.
- 6 - Intensifiquem o trabalho político junto da emigração e dos estudantes caboverdianos no exterior.
- 7 - Organizem missões de informação junto dos Partidos amigos e Governos com que Cabo Verde tem relações de cooperação.
- 8 - Desenvolvam um trabalho político ideológico no seu seio e nas organizações de massas e entre a população com vista a dar a conhecer e explicar as posições assumidas e as decisões tomadas pelo Congresso.

IV

- 1 - O Congresso decide que se realize em Março de 1982 o próximo Congresso para análise profunda da vida nacional e partidária e designadamente para aprovar o programa e os Estatutos do PAICV e eleger os órgãos nacionais de Direcção.
- 2 - O Congresso congratula-se pelo elevado grau de participação dos delegados e pela forma altamente responsável como decorreram os seus trabalhos e exorta os membros do Partido a se valorizarem como militantes revolucionários para que o povo de Cabo Verde possa dispor de uma organização cada dia mais forte e mais apta a cumprir a alta missão que lhe foi confiada pela história.

PRAIA, 20 DE JANEIRO DE 1981

O CONGRESSO DO PAICV

REUNIÃO DO CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC

... e sobre as condições de existência e desenvolvimento (d) ...

... e sobre as condições de existência e desenvolvimento (c) ...

Para analisar a situação criada pelo golpe de estado perpetrado na Guiné Bissau bem como as suas implicações, o CNCV do PAIGC, alargado aos primeiros secretários dos Comités Regionais e Sectores Autónomos e aos primeiros responsáveis das Organizações de Massa, reuniu-se na Praia, em sessão extraordinária, de 20 a 23 de Novembro de 1980.

I - Tendo procedido a um exame rigoroso de todas as informações relativas aos acontecimentos de Bissau e analisado fria e objectivamente a natureza e as principais consequências do acto de violência que representa o golpe de estado, o CNCV concluiu da justiça e oportunidade das análises constantes das comunicações do Conselho de Ministros e do Secretário-Geral do PAIGC sobre os referidos acontecimentos

CONSIDERANDO QUE :

- O recurso à força militar para a resolução de problemas internos no Partido contraria frontalmente os princípios e métodos do PAIGC e o pensamento do seu fundador AMILCAR CABRAL;
- Os órgãos nacionais de direcção do Partido na Guiné foram substituídos por um "Conselho da Revolução", política, ideológica e organicamente estranho ao PAIGC;
- O chamado "Conselho da Revolução", ao pretender que só após o golpe de estado o povo guineense recuperou a sua identidade nacional e cultural e se tornou senhor do seu destino, não só nega o papel histórico da luta de libertação nacional, como visa atribuir ao PAIGC e, em particular, aos caboverdeanos, a responsabilidade de uma pretensa não afirmação do povo irmão da Guiné Bissau como povo livre e soberano;
- Os órgãos supra-nacionais de direcção do Partido se encontram, por via do golpe, completamente bloqueados;

- 1) O CNCV do PAIGC concluiu que o golpe de estado ocorrido na Guiné Bissau :
 - a) constitui um acto gravíssimo contra os princípios e as bases em que assenta o PAIGC ;

b) inviabiliza a actividade do Partido na Guiné e, portanto, o exercício da sua função dirigente na sociedade guineense ;

c) põe seriamente em causa a sobrevivência do Partido, enquanto entidade supra-nacional, e a materialização do princípio da unidade,

22) O CNCV do PAIGC considera que quaisquer que possam ser as dificuldades políticas, económicas, sociais e outras existentes na Guiné são da inteira responsabilidade dos dirigentes e órgãos nacionais de direcção guineenses e rejeita categoricamente, por puramente falaciosas e demagógicas, todas as tentativas de endossar a responsabilidade da comunidade ou aos dirigentes caboverdeanos na Guiné.

23) Apesar de duramente atingido o princípio da Unidade, o CNCV, consciente da validade histórica desse princípio como garante da emancipação e do progresso dos povos africanos, aliás já demonstrada na prática da luta comum dos povos de Cabo Verde e da Guiné pela sua independência, exprime o desejo do povo caboverdeano de, quando forem criadas as condições próprias, manter e desenvolver com o povo guineense relações de cooperação fraterna, na via do progresso.

24) O CNCV exprime a sua preocupação pelos gravíssimos perigos que ameaçam dirigentes e militantes do Partido detidos na Guiné-Bissau, em particular o Secretário Geral Adjunto, camarada LUIS CABRAL, e recomenda ao seu Comité Permanente que promova conjuntamente com o Secretário Geral do PAIGC, camarada ARISTIDES PEREIRA, todas as diligências tendentes a salvaguardar a integridade física e garantir a libertação imediata desses combatentes da liberdade dos povos da Guiné e de Cabo Verde.

25) O CNCV decide continuar a seguir atentamente o desenrolar dos acontecimentos na Guiné-Bissau e, tendo em conta a gravidade da situação de que os autores do golpe são os únicos responsáveis, encarrega o Comité Permanente de convocar uma Conferência Nacional, para que as decisões que se impuserem, nomeadamente nos domínios da organização e da Unidade sejam tomadas num quadro o mais amplo possível.

II - O CNCV manifesta a sua satisfação pelos progressos que se vêm verificando na consolidação das estruturas partidárias, das organizações de massas e dos organismos de participação popular em Cabo Verde,

Reitera a sua fidelidade ao pensamento de AMILCAR CABRAL e aos princípios que enformam o PAIGC e exorta os militantes a prosseguir com firmeza a obra de edificação do Partido em Cabo Verde através do constante aperfeiçoamento das suas estruturas, aprofundamento da democracia interna e reforço da ligação Partido/Massas, condição fundamental do sucesso na construção do nosso país.

O CNCV regista com apreço o firme apoio dos militantes, e o movimento de solidariedade nacional suscitado pela justeza das medidas adoptadas pelos órgãos de direcção partidária e estatal, neste momento difícil para o PAIGC.

O CNCV do PAIGC apela à serenidade e à vigilância e reafirma que todas as medidas serão tomadas para garantir a continuidade do processo revolucionário, a defesa das conquistas do nosso povo, o aprofundamento da democracia nacional revolucionária e o progresso de Cabo Verde.

Honra e glória a todos os patriotas caboverdeanos e guineenses que tomaram pela libertação dos nossos Povos !

Honra e glória a AMILCAR CABRAL, Militante nº1 do nosso Partido !

PRAIA, 23 de Novembro de 1980

O CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC

PROCLAMAÇÃO

A 14 de Novembro de 1980 um duro golpe foi desferido, em Bissau, contra o Partido que, desde 1956; vinha conduzindo a luta dos povos da Guiné e Cabo Verde pela sua libertação, progresso e felicidade.

Organizado na base de um nacionalismo estreito e utilizando argumentos racistas, o golpe de Bissau foi orientado, desde as primeiras horas, no sentido da destruição do processo da unidade Guiné/Cabo Verde. As acusações caluniosas de colonialismo e hegemonia dirigidas pelos autores do golpe contra a nação caboverdiana e a reconciliação com os inimigos do PAIGC, são disso clara manifestação.

Esse acto constituiu violação flagrante de todos os princípios do PAIGC, atingindo-o gravemente nos seus próprios fundamentos.

A acção golpista não se limitou à esfera do estado guineense tendo feito substituir a direcção partidária na Guiné-Bissau por um "Conselho da Revolução" política, ideológica e organicamente estranho ao PAIGC, que foi assim derrubado do poder. O Secretário Geral Adjunto do PAIGC foi preso e encontram-se ainda nas prisões outros dirigentes. Alguns dos mais altos responsáveis foram mortos.

O golpe teve como consequência grave a inviabilização das estruturas de direcção supra-nacional do PAIGC, as quais se viram bloqueadas e, desta forma, esvaziadas do seu conteúdo.

Com a sua acção anti-partidária - com os métodos e argumentos utilizados -, os autores do golpe de Bissau destruíram as bases em que assentavam a opção e o processo da unidade; a identidade ideológica, a confiança mútua, a igualdade de responsabilidades.

Face a esta situação e tendo em conta a sua responsabilidade perante o povo caboverdiano e a África, a organização nacional do PAIGC em

Cabo Verde assumiu o carácter de partido nacional, chamando a si a responsabilidade de garantir a salvaguarda das conquistas já alcançadas e o prosseguimento da marcha vitoriosa para a realização integral dos objectivos da luta.

Assim,

A Conferência Nacional dos militantes do PAIGC em Cabo Verde, erigida em Congresso,

PROCLAMA a existência de um partido nacional em Cabo Verde, o qual passará a denominar-se PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV).

O PAICV surge no itinerários histórico do PAIGC, como um imperativo da luta do povo de Cabo Verde, cujas conquistas devem ser preservadas e desenvolvidas no interesse das gerações presentes e vindouras.

Ao assumir essa missão histórica e revolucionária, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE, que reúne no seu seio os mesmos militantes que, na vanguarda do povo caboverdiano, vêm conduzindo a sua luta pela independência, progresso e justiça social, proclama a sua fidelidade ao pensamento de AMILCAR CABRAL, o qual continuará a guiar a sua acção.

Como legítimo continuador da missão histórica do PAIGC à frente da luta do povo caboverdiano, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV), baseado na confiança das massas populares, nos seus militantes - nos quais estas vêm a garantia da defesa dos seus interesses e da realização das suas profundas aspirações - assume a plenitude da função política dirigente da sociedade e do Estado.

O PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV) define-se como um movimento de libertação no poder, que, no quadro de uma democracia nacional revolucionária, aglutina as forças nacionais no sentido da consolidação da independência política e do desenvolvimento económico e social harmonioso de Cabo Verde.

O PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV) assume o conteúdo ideológico do programa do PAIGC, e continuará empenhado na sua materialização com vista à realização do objectivo supremo de luta do povo caboverdiano : construir uma nova sociedade de justiça, progresso, liberdade, onde não haja exploração do homem pelo homem.

Em coerência com os altos valores que nortearam sempre a luta de libertação nacional e interpretando o verdadeiro sentido da História, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE faz sua opção pelo princípio da unidade africana, princípio cuja validade histórica foi comprovada na luta dos povos pela sua emancipação, nomeadamente na luta que conduziu à independência nacional os povos da Guiné e Cabo Verde.

O PAICV observará, na esfera política internacional, os princípios que nortearam, nesse plano, a acção do PAIGC! Exprime o seu desejo de manter relações privilegiadas com os partidos que pertenceram à CONCP e com todos os partidos e organizações que apoiaram a luta de libertação nacional.

Na construção da sociedade, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV) continuará a guiar-se pelas decisões do III Congresso do PAIGC aplicáveis na presente etapa.

Assim,

O PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV) exerce a função política dirigente da sociedade e do Estado em Cabo Verde estabelecendo as bases gerais do programa político, económico e social de defesa e segurança; definido as etapas e as vias para atingir os objectivos fixados para cada uma delas; orientando e controlando o exercício do poder de Estado, de forma a garantir o cabal cumprimento do seu programa; associando as massas populares ao exercício do poder, de modo a garantir a natureza democrática do regime e a defesa dos seus interesses.

O programa de desenvolvimento económico e social do Partido visa prioritariamente a liquidação das sequelas da dominação colonial, a

conquista gradual e segura da independência económica nacional, a liquidação da exploração do homem pelo homem e de todas as formas de sujeição da pessoa humana a interesses degradantes, em proveito de indivíduos, de grupos ou de classes. Para a concretização do seu programa de desenvolvimento económico e social, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV) afirma-se como força dinamizadora do aproveitamento racional e da valorização dos recursos naturais de Cabo Verde e do desenvolvimento das forças produtivas nacionais; promove a elevação constante da capacidade técnica cultural e do bem estar social dos trabalhadores; estimula a criatividade na base dos valores da cultural nacional.

Na convivência com os outros povos, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV) proclama a sua fidelidade indefectível aos princípios que desde sempre orientaram a presença do PAIGC no mundo, situando-se, deste modo, entre as forças progressistas verdadeiramente empenhadas na luta pela dignificação dos homens e das nações. Como garante da soberania plena, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV) aplicará, nas suas relações com o exterior, uma política de estrita observância do princípio da independência de pensamento e acção e praticará a solidariedade com os povos que lutam contra a dominação imperialista.

No desempenho da missão histórica de força política dirigente da sociedade caboverdiana, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO VERDE (PAICV) promoverá o estabelecimento e o desenvolvimento de relações de cooperação entre a República de Cabo Verde e todos os Estados, na base do Direito Internacional e dos princípios da independência nacional, da não-ingerência nos assuntos internos e da reciprocidade de vantagens.

Assim,

A República de Cabo Verde continuará a aplicar uma política de não-alinhamento consequente designadamente no que se refere ao apoio à luta dos povos oprimidos e ao combate por uma nova ordem económica internacional, a coexistência pacífica, a cooperação entre todos os povos, a paz e o desarmamento geral e completo.

Em África, no plano continental ou regional, o PAICV afirma que Cabo Verde se manterá fiel ao princípio da unidade, concebido como um meio para o progresso dos povos. O Estado de Cabo Verde continuará a participar activamente nas organizações regionais e continentais que visem a materialização dos ideais da Unidade Africana; agirá nomeadamente no sentido de consolidar as relações privilegiadas já existentes entre os países africanos emergentes da luta contra o colonialismo português.

Fundando-se nos estreitos laços gerados na histórica entre o povo caboverdiano e o povo guineense, o PAICV exprime o desejo dos seus militantes de ver desenvolverem-se entre a República de Cabo Verde e a República da Guiné-Bissau relações fraternas de cooperação em todos os domínios, de acordo com os princípios definidos de política externa e o interesse verdadeiro dos dois povos.

PRAIA, 20 de Janeiro de 1981

O CONGRESSO DO PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDENCIA DE CABO
VERDE (PAICV)

GOLPE DE ESTADO EM BISSAU

- Resumo do tratamento da questão pela imprensa holandesa.

Os antecedentes:

Quase unânimamente os 5 jornais de que dispomos de recortes referem-se à ocupação de altos cargos na administração guineense por "assimilados" ou "mestiços" de origem caboverdiana e, alguns deles, ao reforço dos poderes de Luis Cabral com a nova constituição. Um deles refere ainda a multiplicação de "objectos-prestígio" e a formação de uma "burguesia de mestiços", luxuosa, constituída por quadros dirigentes, muitos deles de origem caboverdiana e estrangeira.

O regime de Luís Cabral é considerado "de orientação socialista". Luís Cabral teria, porém, concentrado excessivamente nas suas mãos o poder, não permitindo oposições políticas nem concepções diferentes das suas. Uma "resistência superficial" da "ala esquerda" de Nino Vieira e que - segundo um desses jornais - partia também da JAAC, teria explodido depois de Luís Cabral ter anunciado o propósito de acelerar o processo de "fusão" da Guiné com Cabo Verde. Quadros jovens, ambicionando cargos de direcção ocupados por mestiços e estrangeiros e a ala esquerda que estaria contra a "reorientação" das relações internacionais para o Ocidente, estariam integrados nessa "resistência superficial" que também vai contra o "conservatismo" de Luís Cabral.

Um desses jornais fala de "vagas razões para o golpe de estado", enquanto outro qualifica de "tarefa impossível" os projectos do regime de Luis Cabral para um país sem infraestruturas, com grande taxa de analfabetismo, sem quadros técnicos ou administrativos e onde o problema mestiço torna-se difícil de resolver já que aos negros fora dificultado o acesso à instrução. Os portugueses contavam ter a seu lado a elite de funcionários mestiços, o que não aconteceu, porém, aos muitos que se integraram no PAIGC, salienta.

Consequências:

Sentencia-se unânimamente a inviabilidade da "fusão" da Guiné com Cabo Verde e, referindo-se a círculos do Partido na Praia, a quebra da ala de Nino Vieira - que sempre se teria oposto à unidade - com o PAIGC, já que o Conselho Revolucionário é integrado unicamente por negros. Um desses órgãos qualifica o golpe de "revolução palaciana". Três deles noticiam, sem ligar porém o acontecimento ao golpe, dois incêndios consecutivos na noite de 18 de Novembro na porta de entrada do Consulado de Cabo Verde na Holanda. Os incendiários teriam ainda pintado a vermelho a emblema com as armas da República.

Repercussões internacionais:

Um só desses jornais refere o reconhecimento imediato do novo regime pela Guiné-Conakry e o apoio do UPANG (União Patriótica Anti-neocolonialista da Guiné) aos golpistas pelo seu "acto de heroísmo e patriotismo". Para a UPANG esse "grupo de moderados" entende que a Guiné-Bissau é para os guineenses", ideia que Nino Vieira teria defendido ao dizer que "o nosso povo tem finalmente o seu destino nas suas próprias mãos". Esse jornal noticia ainda a chegada a Bissau na semana do golpe de 80 a 100 conselheiros da União Soviética, "pilar de ajuda ao exército guineense".

NOTA DO DIA

Numa primeira grande operação de propaganda destinada a justificar a sua acção, nos planos externo e interno, os golpistas de Bissau levaram anteontem a imprensa internacional, perto de Nhacra, a sessenta quilómetros da capital, para apresentar o que dizem ser ossadas de pessoas fusiladas durante o mandato do governo do país irmão por eles derrubado.

Nessa mesma sexta-feira, houve uma conferência de imprensa em que, afinal, o Presidente do chamado Conselho da Revolução se limitou a ler um papel, abandonando depois a sala para deixar as declarações de fundo a Vitor Maria que, em princípio devia ser o seu segundo. Vitor Maria disse aos jornalistas que Luis Cabral, devia "prestar contas".

Tendo escolhido a véspera do aniversário do traíçoeiro desembarque dos colonialistas portugueses em Conacry, a 22 de Novembro de 1970, para montar essa operação dirigida a certa opinião pública, assim como já tinham escolhido a véspera do terceiro aniversário do III Congresso para vibrar um dos mais tremendos golpes nas costas do PAIGC, aquele que se apresenta como Presidente do Conselho da Revolução de Bissau "revelou", durante um comício, que (citamos a agência France Presse) "nos últimos seis anos foram fusiladas na Guiné-Bissau mais de quinhentas pessoas".

Durante a apresentação das ossadas, um homem não identificado pela France Presse disse aos jornalistas serem esses fusilamentos da responsabilidade do Presidente Luis Cabral".

Não é nosso intuito desmentir que tenha havido fusilamentos na Guiné-Bissau, após a libertação. Para um país que saiu de uma guerra de libertação de 11 anos, em que os crimes mais hediondos foram cometidos contra o povo, o contrário é que seria anormal. Deois da derrota do nazismo na Europa, quantos colaboracionistas foram fusilados na França, na Bélgica, na Holanda, em todos os países onde Hitler levou o espectro dos campos de concentração e do genocídio? Em quantos países ditos democráticos, como os Estados Unidos e a França, se executam pessoas em tempo de paz?

NOTA

Na pressa de montar essa operação de propaganda os conselheiros de Nino Vieira esqueceram-se, contudo, que iriam levantar entre os jornalistas mais argutos uma série de perguntas .

A Guiné-Bissau esteve, durante estes seis anos de libertação total, submetida a frequentes violações das suas fronteiras, a partir dos territórios vizinhos, por parte do que foram os comandos africanos, milicias e agentes da PIDE, cujo passado de sangue sob a bandeira do demagogo e criminoso Spínola, não permitiu que se quisessem reintegrar na sociedade guineense, como milhares de tantos outros seus companheiros da aventura colonialista, agraciados e reintegrados por Luis Cabral.

A primeira dessas acções terroristas teve lugar por altura do 11 de Março, quando Nino Vieira em pessoa comandou as operações de desmantelamento duma acção desses comandos, destinada a derrubar o regime do PAIGC, em coordenação com o golpe spinolista em Portugal .

Várias outras agressões contra as populações da fronteira e aquartelamentos das FARP foram desencadeadas por esses comandos africanos em 1976, 1977 e 1978, causando inúmeras vítimas, nomeadamente em Pirada e Bafatá .

Pois que Nino Vieira era, nessa altura, Comissário para as Forças Armadas, terá necessariamente de lembrar-se por que, em 1977, foi criado o corpo de guardas de fronteira.

Foi ainda Nino Vieira que, a 16 e 17 de Novembro do ano passado, reuniu pessoalmente as informações e ordenou a operação de cerco e captura do comando de Malam Sanhá, perto do aeroporto de Bissalanca.

Mas Nino Vieira, o primeiro responsável pelas forças armadas, ex-Presidente da Assembleia Nacional Popular, ex-Primeiro Ministro de Luis Cabral nada sabe, nada ouviu, nada viu, segundo os seus conselheiros, e teve, pelos vistos, de derrubar o Presidente para descobrir o que agora se chama de "massacres".

Depois de libertar "por engano" o traídor Rafael Barbosa e de o trazer para a Rádio, onde se proclamou que falta de imaginação - "filho nº. 1 da Guiné", é evidente que certas componentes do golpe de 14 de Novembro têm pressa em reabilitar a corja de assassinos que foram os comandos africanos de Abduriamane, Sayeg e Malam Sanhá. Nada de estranho, aliás, quando vemos os apoios de que dispõem entre

os FLING's, UPAGN's, OAL's e outros que tais, que formam "comités de soutien" e emitem comunicados a partir de Dacar, de Lisboa, de Paris.

Qualquer jornalista que não esteja a dormir tem o direito de perguntar quem era essa gente que se diz ter sido fusilada e porquê. Como tem o direito de perguntar o que fazia esse Primeiro-Ministro, Ministro da defesa e Presidente da Assembleia Nacional Popular que nada viu, nada ouviu, nada sabe. Nem sequer lia o jornal oficial do seu governo, o "Nô Pintcha", onde as agressões armadas a que fizemos referência vêm relatadas?

Mais: ter-se-ão os conselheiros de Nino Vieira dado conta que, tentando apresentá-lo como um anjo, estão a dar dele uma péssima imagem?

Na pressa de montar essa operação propagandística, os conselheiros da Revolução de Bissau cometeram ainda o mais grave dos erros: esqueceram-se que nem todo o Estado Maior das FARP está na prisão a prestar declarações extorquidas segundo os métodos universalmente conhecidos de uma capital africana que todos sabemos. Há oficiais do Estado-Maior, gente que foi amiga íntima e companheiros de armas de Nino Vieira que está em liberdade e tem acesso à imprensa para se defender.

Nesse caso, em vez dos seres imaculados por que se querem fazer passar, os que tomaram o poder em Bissau poderia ter de vir fazer marcha atrás e reconhecer tardiamente as suas responsabilidades.

O que é grave para quem quer consolidar o poder!

COMUNICAÇÃO

DO SECRETÁRIO GERAL DO PAIGC E PRESIDENTE DA REPÚBLICA DE CABO VERDE

Caros Compatriotas,

Um duro golpe foi assestado na noite da sexta-feira passada na obra que vínhamos pacientemente empreendendo há mais de vinte anos: o derrube do governo constitucional da República da Guiné-Bissau visando muito especialmente o Secretário Geral Adjunto do nosso glorioso Partido, o Camarada Presidente LUÍS CABRAL. Os autores do golpe de Bissau trocaram os princípios mais sagrados da nossa luta - a discussão aberta e franca de todos os problemas, a crítica, a auto-crítica e o sentido da responsabilidade perante o nosso povo e perante o mundo - por uma aventura de consequências imprevisíveis.

Trata-se dum acto gravíssimo cometido contra os princípios e fundamentos do nosso Partido.

Quero deixar bem claro que os golpes de estado nunca foram método do PAIGC para a resolução dos problemas internos pois o Partido possui órgãos eficazes para esse efeito, nomeadamente os organismos supra-nacionais e os Conselhos Nacionais, estes, com plenos poderes estatutários para tomar decisões sobre todas as questões políticas e partidárias de cada um dos países.

É nosso entender que sejam quais forem os problemas políticos, económicos ou sociais que prevaleçam actualmente na Guiné, eles são da responsabilidade de todos os dirigentes guineenses e do Conselho Nacional da Guiné.

Nada justifica um acto político de rebeldia às instituições, causando mortos, feridos e detidos, nomeadamente de membros do Conselho Superior da Luta e do Comité Executivo da Luta. Repetimos, nada justifica a substituição das instâncias da direcção do Partido por um Conselho da Revolução, política e ideologicamente indefinido, e cujos comunicados nos levam a levantar as seguintes questões:

Como conciliar a pretensa fidelidade desse Conselho de Revolução ao pensamento de AMILCAR CABRAL com as declarações e posições que têm sido aclamadas por reconhecidos e irreconciliáveis inimigos do Partido.

Porque, é de se perguntar, em quê que o PAIGC tem entravado a afirmação da identidade nacional do povo da Guiné, e em quê que o PAIGC tem impedido o povo da Guiné de ser senhor do seu destino?

Tendo em conta a situação criada, reservamo-nos o direito de rever as posições assumidas até agora nas relações com o Estado da Guiné-Bissau. E coerentes com o princípio do respeito pela identidade nacional de cada um dos povos e pela soberania e independência de cada um dos Estados, reafirmamos a nossa intenção de não nos imiscuirmos nos assuntos internos desse país irmão.

Nós temos plena consciência das provas já dadas, pela unidade, e dos históricos benefícios que os povos da Guiné e Cabo Verde colheram com a mesma, particularmente as independências completas da Guiné e de Cabo Verde. Estamos pois, no direito moral de responsabilizar os autores do golpe pelos prejuízos que este poderá trazer, no presente e no futuro, aos nossos povos, não deixando de reafirmar, contudo, que continuamos fiéis ao princípio da Unidade, garante e único caminho da independência política, económica e cultural da África.

Somos suficientemente realistas para saber que a Unidade nunca poderia ser imposta e que teria portanto que ser livremente aceite como estabelece o Programa do nosso Partido.

Na medida em que o golpe foi dirigido contra a unidade e, no caso concreto, contra o desejo da associação dum das componentes, tem ocorrido em Bissau acontecimentos que vêm na sequência dessa posição e no sentido de garantir a segurança e possibilitar o regresso dos nacionalistas caboverdeanos residentes na Guiné que assim o decidirem.

Sentimo-nos igualmente responsáveis pela garantia da segurança, integridade física e liberdade dos dirigentes e militantes do PAIGC, em particular pela pessoa do Camarada LUIS CABRAL, Secretário Geral Adjunto do Partido.

Uma das características mais flagrante do golpe de estado perpetrado em Bissau é a sua natureza demagógica. Os responsáveis do dito Conselho da Revolução pretendem erigir-se em herdeiros e seguidores do pensamento de AMILCAR CABRAL, quando, em verdade, as suas declarações e actos são a negação do pensamento político e ideológico do nosso Partido que, ele sim, se fundamenta no verdadeiro pensamento de CABRAL.

Todos aqueles que têm acompanhado a obra e a acção do nosso Partido sabem que um dos argumentos preferidos dos inimigos do PAIGC e da nossa gesta de libertação nacional, - tanto a reacção africana como os representantes do fascismo e do colonialismo português - foi, desde sempre a pretensa dominação da Guiné e dos guineenses pelos caboverdeanos. Os membros do Conselho da Revolução sabem-no melhor do que ninguém. Este espantelho que é a suposta dominação e "colonização" caboverdeana, no passado pretendeu garantir a continuidade da exploração colonialista e no presente, talvez as portas abertas à dominação neocolonialista.

Caros Compatriotas,

É normal que os militantes do nosso Partido e os cidadãos de Cabo Verde se interroguem não somente sobre as consequências do golpe para a Unidade, mas igualmente para a estrutura e a vida do Partido em Cabo Verde.

Até a presente data, estão cortadas as ligações normais entre Bissau e Praia, o que nos tem impedido de seguir os acontecimentos e de ter uma verdadeira dimensão dos mesmos. Com base no nosso realismo, podemos desde já dizer que embora o PAIGC esteja fortemente estruturado em Cabo Verde, vai-se pôr necessariamente no nosso País, o problema da adaptação da organização partidária às novas realidades, caso a situação provocada pelo golpe de estado se mantiver.

Seja o que vier a acontecer, imposto pela realidade dos factos e a marcha dos acontecimentos, queremos afirmar que nada poderá pôr em causa a segurança e a estabilidade interna em Cabo Verde pelo facto de ter havido um golpe de estado na Guiné. Seguindo um princípio de sempre do nosso Partido, que consiste numa análise fria e objectiva da realidade e dos acontecimentos políticos novos antes de tomar qualquer medida de fundo, decidimos, tendo em conta a situação extremamente grave causada pelo golpe de Estado na Guiné, mandar convocar para o dia 20 de Novembro uma reunião extraordinária do Conselho Nacional de Cabo Verde do PAIGC órgão máximo da direcção nacional do nosso Partido. Nessa reunião, que será alargada aos 1 Secretários do Partido de todas as ilhas, temos o propósito de submeter os dados e informações de que dispusermos, à apreciação e debate, para que as decisões que vierem a ser tomadas ulteriormente possam traduzir a opinião e o pensamento das estruturas do nosso Partido a todos os níveis.

Camaradas Compatriotas,

Independentemente das decisões que viermos a tomar à medida que a situação se for escla-

recendo, vamos continuar com o desenvolvimento normal das nossas actividades.

Nesta ordem de ideias as eleições terão lugar no próximo dia 7 de Dezembro como está previsto.

Temos as nossas instituições do Estado, o nosso Partido está bem implantado e já deu provas de sobeja maturidade na condução da nossa obra de reconstrução nacional, pelo que vamos avançar sem deixar que nada perturbe a nossa caminhada.

Vamos reforçar a vigilância contra aqueles que pretendam tirar qualquer proveito dos acontecimentos de Bissau, sem prejuízo da serenidade que sempre nos caracterizou.

VIVA A REPÚBLICA DE CABO VERDE.

HONRA E GLÓRIA ETERNA A AMILCAR CABRAL.

REUNIÃO DO CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC

C O M U N I C A D O

Para analisar a situação criada pelo golpe de estado perpetrado na Guiné Bissau bem como as suas implicações, o CNCV do PAIGC, alargado aos primeiros secretários dos Comitês Regionais e Sectores Autónomos e aos primeiros responsáveis das Organizações de Massas, reuniu-se na Praia, em sessão extraordinária, de 20 a 23 de Novembro de 1980.

- Tendo procedido a um exame rigoroso de todas as informações relativas aos acontecimentos de Bissau e analisado fria e objectivamente a natureza e as principais consequências do acto de violência que representa o golpe de estado, o CNCV concluiu da justeza e oportunidade das análises constantes das comunicações do Conselho de Ministros e do Secretário-Geral do PAIGC sobre os referidos acontecimentos.

CONSIDERANDO QUE:

- O recurso à força militar para a resolução de problemas internos no Partido contraria frontalmente os princípios e métodos do PAIGC e o pensamento do seu fundador AMÍLCAR CABRAL;
 - Os órgãos nacionais de direcção do Partido na Guiné foram substituídos por um "Conselho da Revolução", política, ideológica e orgânicamente estranho ao PAIGC;
 - O chamado Conselho da Revolução, ao pretender que só após o golpe de estado o povo guineense recuperou a sua identidade nacional e cultural e se tornou senhor do seu destino, não só nega o papel histórico da luta de libertação nacional, como visa atribuir ao PAIGC e, em particular, aos caboverdeanos, a responsabilidade de uma pretensa não afirmação do povo irmão da Guiné Bissau como povo livre e soberano;
 - Os órgãos supra-nacionais de direcção do Partido se encontram, por via do golpe, completamente bloqueados;
- 1) O CNCV do PAIGC conclui que o golpe de estado ocorrido na Guiné Bissau:
 - a) constitui um acto gravíssimo contra os princípios e as bases em que assente o PAIGC;
 - b) inviabiliza a actividade do Partido na Guiné e, portanto, o exercício da sua função dirigente na sociedade guineense;
 - c) põe seriamente em causa a sobrevivência do Partido, enquanto entidade supra-nacional, e a materialização do princípio da unidade.
 - 2) - O CNCV do PAIGC considera que quaisquer que possam ser as dificuldades políticas, económicas, sociais e outras existentes na Guiné são da inteira responsabilidade dos dirigentes e órgãos nacionais de direcção guineenses e rejeita categoricamente, por puramente falaciosas e demagógicas, todas as tentativas de endossar a responsabilidade à comunidade ou aos dirigentes caboverdeanos na Guiné.
 - 3) - Apesar de duramente atingido o princípio da Unidade, o CNCV, consciente da validade histórica desse princípio como garante da emancipação e do progresso dos povos africanos, aliás já demonstrada na prática da luta comum dos povos de Cabo Verde e da Guiné pela sua independência, exprime o desejo do povo caboverdeano de, quando forem criadas as condições propícias, manter e desenvolver com o povo guineense relações de cooperação fraterna, na via do progresso.

- 4) - O CNCV exprime a sua preocupação pelos gravíssimos perigos que ameaçam dirigentes e militantes do Partido detidos na Guiné-Bissau, em particular o Secretário Geral Adjunto, camarada LUIS CABRAL, e recomenda ao seu Comité Permanente que promova conjuntamente com o Secretário Geral do PAIGC, camarada ARISTIDES PEREIRA, todas as diligências tendentes a salvaguardar a integridade física e garantir a libertação imediata desses combatentes da liberdade dos povos da Guiné e de Cabo Verde.
 - 5) - O CNCV decide continuar a seguir atentamente o desenrolar dos acontecimentos na Guiné-Bissau e, tendo em conta a gravidade da situação de que os autores do golpe são os únicos responsáveis, encarrega o Comité Permanente de convocar uma Conferência Nacional, para que as decisões que se impuserem, nomeadamente nos domínios da organização e da Unidade sejam tomadas num quadro o mais amplo possível.
- II - O CNCV manifesta a sua satisfação pelos progressos que se vêm verificando na consolidação das estruturas partidárias, das organizações de massas e dos organismos de participação popular em Cabo Verde,

Reitera a sua fidelidade ao pensamento de AMÍLCAR CABRAL e aos princípios que enformam o PAIGC e exorta os militantes a prosseguir com firmeza a obra de edificação do Partido em Cabo Verde através do constante aperfeiçoamento das suas estruturas, aprofundamento da democracia interna e reforço da ligação Partido/Massas, condição fundamental do sucesso na construção do nosso país.

O CNCV regista com apreço o firme apoio dos militantes, e o movimento de solidariedade nacional suscitado pela justeza das medidas adoptadas pelos órgãos de direcção partidária e estatal, neste momento difícil para o PAIGC.

O CNCV do PAIGC apela à serenidade e à vigilância e reafirma que todas as medidas serão tomadas para garantir a continuidade do processo revolucionário, a defesa das conquistas do nosso povo, o aprofundamento da democracia nacional revolucionária e o progresso de Cabo Verde.

Honra e glória a todos os patriotas caboverdeanos e guineenses que tombaram pela libertação dos nossos Povos.

Honra e glória a AMÍLCAR CABRAL, Militante nº1 do nosso Partido.

PRAIA, 23 de Novembro de 1980

O CONSELHO NACIONAL DE CABO VERDE DO PAIGC

GOLPE DE ESTADO EM BISSAU

- Síntese dos despachos da ANOP (AGENCIA PORTUGUESA DE NOTÍCIAS) chegados à Praia.

OS PRECEDENTES:

A ANOP refere preocupações dos dirigentes moçambicanos de que na origem do golpe estivesse um nacionalismo de cariz regionalista ou tribal. Segundo esta agência, o reforço do poder de Luis Cabral com a nova constituição teria agudizado os problemas - dentre os quais a carência de alimentos e a degradação económica - e o facto de não ter sido mencionado, nos dias subsequentes ao golpe, o PAIGC em nenhum comunicado ou mensagem, leva à conclusão de que o projecto da unidade da Guiné com Cabo Verde ficou definitivamente posto de parte, opinião que atribui ainda aos círculos diplomáticos presentes em Bissau. Por outro lado, ter-se-iam manifestado por essa altura rumores de que o PAIGC "tal como ele é actualmente" pode ter os seus dias contados na Guiné-Bissau.

Numa conferência de imprensa, Victor Saúde Maria teria afirmado que se pretende dar "à unidade com Cabo Verde conteúdo próximo da unidade preconizada pela OUA aos países membros". Referindo-se ao golpe, Saúde Maria teria acrescentado que "na Guiné-Bissau era necessária uma mudança e não era com Cabral, que teimava em não corrigir os seus erros, que a mudança poderia ser feita". Círculos internacionais acreditam que o golpe estaria dirigido contra a influência dos caboverdianos.

CARACTERIZAÇÃO DO NOVO REGIME:

Círculos diplomáticos em Bissau teriam deixado transparecer ^{de} "cautelosas análises" ou mesmo teriam "arriscado a tese" de que o novo regime é mais "moderado" do que o anterior. A própria composição do Conselho Revolucionário, integrando muitos "moderados" - dentre os quais Saúde Maria, Victor Freire Monteiro e o próprio João Bernardo Vieira - e "pragmáticos" como Paulo Correia e Joseph Turpin, teria levado a essa conclusão.

Paralelamente a essa moderação, ter-se-ia revelado a tendência para uma redução da influência soviética, "fulcro de preocupações dos dois países vizinhos" - Senegal e Guiné-Canakry - tendência essa que se teria percebido do facto de, a seguir ao golpe, terem sido mantidos afastados os 100 conselheiros militares russos que, durante o golpe, teriam sido neutralizados com o cerco do edifício onde estão alojados.

Os diplomatas ocidentais que, segundo a ANOP, veiculam essa ideia, sustentariam que a consolidação do novo regime implicaria "portas abertas ao ocidente" para a resolução dos problemas económicos.

Os soviéticos estariam tentando "descartar-se" dos compromissos com o regime anterior, atitude que seria dificultada pela ligação dos conselheiros nas forças armadas e na segurança da Guiné-Bissau com personalidades importantes de Moscovo.

No entanto diz-se que nenhum dos novos homens-fortes é pró-soviético e que o acordo de pesca com a URSS tinha merecido críticas "por não mutuamente vantajoso", apesar de revisto. A UPANG teria, entretanto, declarado em Lisboa, referindo-se ao golpe, "que não nos moveu qualquer intenção de enfeudamento ao ocidente ou ao leste europeu".

Numa conferência da imprensa, Victor Saúde Maria teria declarado, referindo-se ao futuro das relações com Portugal, que a Guiné-Bissau tem "relações que queremos reforçar".

Entretanto a Embaixada de Portugal em Bissau teria procurado insistentemente contactos com o Conselho da Revolução. As autoridades guineenses teriam afirmado ao embaixador português que querem intensificar "cada vez mais" as relações com Portugal e teriam prometido respeitar os acordos entre os dois países.

A ANOP cita o jornal "Le Monde" que se interroga sobre o papel de Conakry no golpe. Diz esse jornal que, tendo apoiado o PAIGC durante a luta armada, Sekou Touré teria ficado decepcionado nomeadamente com o facto de muitos opositores ao seu regime terem encontrado asilo em Bissau, e com os laços do regime de Luis Cabral com o Senegal o que, segundo "Le Monde", contraria os desejos dos "zeladores da Grande Guiné".

Na referida conferência de imprensa, Victor Saúde Maria teria, por outro lado, anunciado a revisão da constituição. Na mesma ocasião declarou que a situação de Rafael Barbosa iria ser analisada. No entanto assegurou que ele seria, de qualquer forma, "totalmente libertado", tendo atribuído, porém, a "um lapso" a transmissão de uma mensagem de Barbosa pela rádio. Ladislau Jmstado e Marcelino Delgado contar-se-iam entre outros ex-presos políticos.

No que concerne à economia, Victor Freire Monteiro teria dito nessa conferência de imprensa que "algo deve ser revisto para corrigir a acção económico-financeira do anterior regime". Entretanto uma das primeiras medidas do Conselho da Revolução teria sido a distribuição de arroz e peixe, o primeiro produto dos quais teria completamente desaparecido do mercado havia três meses.

Na mesma ocasião Victor Saúde Maria teria reafirmado o propósito das novas autoridades de darem à política externa do seu país uma orientação de acordo com os princípios da não ingerência, da reciprocidade de interesses e do não alinhamento. Um comunicado do Conselho da Revolução teria reafirmado, dias depois e por mais uma vez, esses princípios e declarado respeitar as cartas da ONU, da OUA e do Não Alinhamento, pretender manter "relações de amizade e cooperação" com os países vizinhos, tendo em vista o reforço da unidade

da OUA.

Para A ANOP o alcance e a natureza do golpe eram ainda "difícilmente analisáveis" a 18 de Novembro. Estariam sendo feitas correcções de posições as sumidas anteriormente, o que leva à conclusão de que o golpe se precipitou.

Dias depois do golpe, as novas autoridades teriam manifestado preocupações com a "vaga de anti-caboverdianismo alimentada quase ostensivamente nos primeiros dias". Vários apêlos teriam sido lançados pelo Conselho Revolucionário para a não hostilização dos cabo-verdianos. A rejeição dos cabo-verdianos teria, porém- motivado "enorme apoio popular". Em entrevista telefonica "Le Soleil", Manuel Saturnino teria sustentado que o golpe não foi "operação contra os caboverdianos, com base em princípios étnicos e culturais".

As novas autoridades ter-se-iam manifestado contra a "ambiguidade" das duas cidadanias. "Quando eles se assumirem como tal, talvez deixe de haver problemas, como não há com outros estrangeiros que trabalham na Guiné-Bissau", teria sido declarado, segundo a ANOP, quanto à situação dos caboverdianos.

A 18 de Novembro a sede do PAIGC em Bissau estaria encerrada e seus funcionários mandados para casa, depois de ter sido passada uma busca aos gabinetes dos principais dirigentes, quando na cidade toda a actividade fora já retomada.

Os novos dirigentes teriam iniciado uma ofensiva diplomática para obter ajuda económica, enquanto se enviavam mensagens a vários países e instituições financeiras internacionais explicando os motivos do golpe.

REPERCUSSÕES INTERNACIONAIS:

Nos ^{dias} subsequentes ao golpe estariam os dirigentes moçambicanos perturbados com o que entenderiam por divergências entre dirigentes de um partido irmão. As autoridades teriam lançado pela rádio apelos constantes para a unidade acima de todos os regionalismos, racismos ou tribalismos. O facto de não ter sido mencionado o PAIGC nos comunicados de Bissau teria criado estupefação em Maputo, onde haveria, por outro lado, a consciência de um maior entendimento do novo regime com a Guiné-Conakry.

As autoridades moçambicanas estariam preocupadas em conhecer a posição do Senegal e aguardariam com interesse a definição de Portugal perante a nova situação da Guiné, enquanto manifestavam pesar pelo desentendimento entre Nino Vieira e Luis Cabral e pela situação de Umaru Djaló.

O jornal "Notícias" teria observado que o novo regime garante que os princípios da política externa guineense não seriam alterados, enquanto que em meios oficiais presumir-se-ia que as autoridades não teceriam comentários até consultarem Aristides Pereira.

A ANOP deu destaque, sem comentar, ao anúncio de Conakry da oferta de toneladas de arroz, 120 de farinha e 60 de feijão às novas autoridades,

Entretanto o Brasil anunciou oficialmente o reconhecimento do novo regime. O porta-voz do Ministério Brasileiro dos Negócios Estrangeiros teria dito que a decisão se baseava no princípio da "não intervenção nos assuntos internos de outros países" e que o Presidente João Figueiredo iria entregar brevemente a Victor Saúde Maria uma mensagem manifestando-lhe o desejo do Brasil de continuar a ter relações de amizade com a Guiné-Bissau.

Num comunicado do seu comité exterior, divulgado em Lisboa, a UPANG teria qualificado o golpe de "acto de heroísmo e patriotismo" e que se trata do termo de "uma dominação secular estrangeira ainda mais hedionda e sanguindria que lhe pesou sobre os ombros". A UPANG teria ainda criticado os órgãos de informação por terem escrito que se trata de um golpe "da ala mais radical do PAIGC" e declarado que não se opõe ao povo caboverdiano, mas sim ao domínio do PAIGC caboverdiano.

A UPANG teria repudiado, por outro lado, "as insinuações proferidas a respeito da suposta participação da Guiné-Conakry e dos soviéticos na revolução democrática e nacional de 14 de Novembro".

A direcção da Comunidade Islâmica de Lisboa, através do seu Presidente Sulciman Wali Mande, Presidente do Conselho da Administração da ANOP e deputado do PSD, teria enviado um telegrama de "calorosas saudações" a Nino Vieira, desejando "um futuro brilhante para todos os filhos da Guiné-Bissau", os quais "desde os tempos de colonialismo até ao golpe de estado", teriam sido relegados para segundo plano, pois que, "mesmo depois da independência a maioria dos guineenses continuava a ser discriminada na sua própria terra".

ACUSAÇÕES A DIRIGENTES

As autoridades guineenses teriam acusado Luis Cabral de ter cometido "abusos de poder" tanto na chefia do Estado como na direcção do PAIGC, pelo que "terá de prestar contas". Luis Cabral foi ainda acusado de ter dado "uma orientação errada ao país".

Numa conferência de imprensa, Nino Vieira teria qualificado o golpe de "reajustamento" para por termo "à gravíssima situação que o país atravessa", na base da qual estariam "as intransigências, práticas antidemocráticas e autoritárias" do antigo presidente. Nino Vieira teria ainda defendido uma unidade "numa base de igualdade e não transformando a Guiné-Bissau em vítima".

Joseph Turpin, referindo-se às valas comuns onde teriam sido enterrados "militares epositores ao regime" e civis refugiados no Senegal depois extraditados na sequência de um acordo - teria dito que "isto foi pior que o colonialismo português" e pedido que fosse guardado um minuto de silêncio em "homenagem aos mortos".

Entretanto teria iniciado um inquérito aos armazens do povo e ter-se-ia especulado acerca de "negócios escuros" envolvendo responsáveis da

empresa, nomeadamente por meio de sobre-facturações de importações. A ANOP salienta que o director dos armazéns do povo, Francisco Cautinho, é cunhado de Luis Cabral.

DIRIGENTES DETIDOS

DO COMITÊ EXECUTIVO DA LUTA ;

Luis Cabral - Secretário-Geral Adjunto do PAIGC

Presidente do Conselho de Estado da República da Guiné-
Bissau

Umaro Djaló - Membro da Comissão Permanente do CEL
Comissário de Estado das FARP

Lourenço Gomes - Membro do CEL
Director Geral da Segurança

André Gomes - Membro do CEL
do Estado Maior das FARP

DO CONSELHO SUPERIOR DA LUTA ;

Abdulai Seck - Presidente do Comité de Estado da Região do Gabú

Agostinho da Silva - Comandante da Força Aérea

Julião Gomes - Comandante da Marinha

Mamadu Alfa Djaló - do Estado Maior

João da Costa - Comissário da Saúde e Assuntos Sociais

Juvêncio Gomes - Presidente do Comité de Estado da Cidade de Bissau

Bacar Cassamá - Chefe da Casa Civil da Presidência

Arafã Manó - 1º Comandante, Chefe da Casa Militar da Presidência.

José Naneassa - Comandante-Chefe Adjunto da Direcção Política das
FARP

José Pereira - Secretário Geral da UNTG (Sindicatos)

Malan Djiné - Director Geral da empresa Silô Djata

Pedro Ramos - Comandante

OUTROS DETIDOS :

Soares da Gama

Anhonho da Cunha - Comandante

Alié Camará - Major

Morgado Tavares - Comandante

e vários outros oficiais das FARP e da Segurança

DIRIGENTES QUE NÃO REGRESSARAM À GUINÉ-BISSAU

José Araújo - Secretário Executivo do CEL

Lucio Soares - do CEL e do Estado Maior

Abdulai Bari - do CEL e do Estado Maior

Luis Correia - Director-Geral da Policia e Ordem Pública

Bobo Queita - do CSL e do Estado Maior

Julio Carvalho - do CSL e do Estado Maior

Chefe da Direcção Política Nacional das FARP

M O R T O S

Otto Schmachl - do CEL e Secretário do Conselho Nacional da Guiné do
PAIGC

António Buscardinã - do CSL e Secretário Geral do Comissariado
de Estado do Interior

Ante-projecto da Constituição

TÍTULO I

PRINCÍPIOS FUNDAMENTAIS

CAPÍTULO I

DA NATUREZA E FUNDAMENTOS DO ESTADO

ARTIGO 1.º A Guiné-Bissau é uma República soberana, democrática, laica, unitária, anti-colonialista e anti-imperialista.

ARTIGO 2.º — 1. A soberania nacional da República da Guiné-Bissau reside no povo.

2. As massas populares exercem o poder político directamente e através dos órgãos do poder eleitos democraticamente.

ARTIGO 3.º A República da Guiné-Bissau é um Estado de democracia nacional revolucionária, fundado na unidade nacional e na efectiva participação popular no desempenho, controlo e direcção das actividades públicas e orientado para a construção de uma sociedade liberta da exploração do homem pelo homem.

ARTIGO 4.º — 1. Na República da Guiné-Bissau, o Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC) é a força política dirigente da sociedade e do Estado.

2. No desempenho da sua missão histórica, o PAIGC exerce o seu papel dirigente na base da presente Constituição, cabendo-lhe designadamente:

- a) Estabelecer as bases gerais do programa político, económico, social, cultural, de defesa e segurança a realizar pelo Estado;
- b) Definir as etapas da Reconstrução Nacional e estabelecer as vias da sua realização;
- c) Seleccionar os candidatos a conselheiro regional e a deputado.

ARTIGO 5.º — 1. Na República da Guiné-Bissau existe separação entre o Estado e as instituições religiosas.

2. O Estado respeita e protege as confissões religiosas reconhecidas legalmente. A actividade dessas confissões é o exercício do culto sujeitam-se à Lei.

ARTIGO 6.º No quadro da sua estrutura unitária e da realização do interesse nacional, o Estado da Guiné-Bissau promove a criação e apoia a acção de colectividades territoriais descentralizadas e dotadas de autonomia nos termos da Lei.

ARTIGO 7.º — 1. O Estado apoia e protege as organizações de massas e as outras organizações reconhecidas por Lei que, organizadas em torno de interesses específicos, enquadram e fomentam a iniciativa popular e asseguram a ampla participação das massas na Reconstrução Nacional.

2. O Estado, na sua acção, apoia-se nas organizações de massas e outras organizações sociais às quais poderá transferir determinadas actividades que elas aceitam assumir.

3. O Estado cria condições para o desenvolvimento da base material das organizações de massas e outras organizações sociais e protege o seu património.

ARTIGO 8.º A República da Guiné-Bissau exerce a sua soberania:

1. Sobre todo o território nacional que compreende:

- a) A superfície emersa compreendida nos limites das fronteiras actuais;
- b) O mar interior e o mar territorial definidos na Lei, assim como os respectivos leitos e subsolos;
- c) O espaço aéreo suprajacente aos espaços geográficos referidos nas alíneas anteriores.

2. Sobre todos os recursos naturais, vivos e não vivos que se encontrem no seu território.

ARTIGO 9.º Na sua zona económica exclusiva, definida por Lei, o Estado da Guiné-Bissau exerce competência exclusiva em matéria de conservação e exploração de recursos naturais, vivos e não vivos.

ARTIGO 10.º — 1. A organização económica e social da República da Guiné-Bissau tem como objectivo a promoção contínua do bem-estar do Povo, a liquidação da exploração do homem pelo homem e a eliminação de todas as formas de sujeição da pessoa humana a interesses degradantes, em proveito de indivíduos, de grupos ou de classes.

2. Para a realização desse objectivo, o Estado da Guiné-Bissau promove:

- a) A eliminação das sequelas da dominação e exploração coloniais e de todas as formas de comportamento incompatíveis com o progresso económico, social e cultural;
- b) O desenvolvimento e o fortalecimento do poder democrático;
- c) A edificação de uma economia nacional independente e o progresso social e cultural;
- d) A defesa e a consolidação da independência e da unidade nacional;
- e) A criação da base técnico-material da sociedade e o controlo dos sectores básicos da economia como fundamento do progresso social;

- f) A realização da Revolução Agrária tendo em vista o desenvolvimento da produção agrícola e como condição indispensável para a construção dum sociedade sem exploração;
- g) A organização de cooperativas e a produção popular;
- h) A criação das estruturas necessárias ao estabelecimento de um sistema de planeamento económico e social;
- i) O desenvolvimento de relações de cooperação com outros Estados e povos.

ARTIGO 11.º — 1. Na República da Guiné-Bissau são reconhecidas as seguintes formas de propriedade:

- a) A propriedade do Estado, património comum de todo o povo e sector dominante da economia;
- b) A propriedade cooperativa que, organizada sobre a base de livre consentimento, incide sobre a exploração agrícola, a produção de bens de consumo, o artesanato e outras actividades fixadas por Lei;
- c) A propriedade privada que incide sobre bens distintos dos do Estado.

2. São propriedades do Estado o solo, o subsolo, as águas, as riquezas minerais, as principais fontes de energia, a riqueza florestal, os meios básicos de produção industrial, os meios de informação e comunicação, os bancos, os seguros, as infra-estruturas e os meios fundamentais de transporte.

ARTIGO 12.º — 1. A economia nacional rege-se pelo princípio da direcção e planificação estatais.

2. O Estado controla o comércio externo e detém o monopólio das operações sobre o ouro e as divisas.

3. O Estado pode autorizar o investimento do capital estrangeiro desde que seja útil ao desenvolvimento económico e social do país.

ARTIGO 13.º O Estado reconhece o direito à herança.

ARTIGO 14.º A Saúde Pública tem por objectivo promover o bem-estar físico e mental das populações e a sua equilibrada inserção no meio sócio-ecológico em que vivem. Ela deve orientar-se para a prevenção e visar a socialização progressiva da medicina e dos sectores médico-medicamentosos.

ARTIGO 15.º — 1. A educação visa a formação integral do homem. Ela deverá manter-se estreitamente ligada ao trabalho produtivo, proporcionar a aquisição de qualificações, conhecimentos e valores que permitam ao cidadão inserir-se na comunidade e contribuir para o seu incessante progresso.

2. O Estado considera a liquidação do analfabetismo como uma tarefa fundamental.

ARTIGO 16.º — 1. É imperativo fundamental do Estado criar e promover as condições favoráveis à salvaguarda da identidade cultural, como suporte da consciência e dignidade nacionais e factor estimulante de desenvolvimento harmonioso da Sociedade. O Estado preserva, defende e valoriza o património cultural do Povo.

2. Serão criadas condições para que todos os cidadãos tenham acesso à cultura e sejam incentivados a participar activamente na sua criação e difusão.

3. Incumbe ao Estado encorajar e promover a prática e difusão dos desportos e da cultura física.

ARTIGO 17.º — 1. A República da Guiné-Bissau estabelece e desenvolve relações com os outros países na base do Direito Internacional, dos princípios da independência nacional, da igualdade entre os Estados, da não-ingerência nos assuntos internos e da reciprocidade de vantagens, da coexistência pacífica e do não-alinhamento.

2. A República da Guiné-Bissau defende o direito dos povos à auto-determinação e à independência, apoia a luta dos povos contra o colonialismo, o imperialismo, o racismo e todas as demais formas de opressão e exploração; preconiza a solução pacífica dos conflitos internacionais e participa nos esforços tendentes a assegurar a paz e a justiça nas relações entre os Estados e o estabelecimento de uma nova ordem económica internacional.

3. Sem prejuízo das conquistas alcançadas através da luta de libertação nacional, a República da Guiné-Bissau participa nos esforços que realizam os estados africanos, na base regional ou continental, em ordem à concretização do princípio da Unidade Africana.

ARTIGO 18.º É dever fundamental do Estado salvaguardar, por todas as formas, as conquistas do povo e, em particular, a democracia nacional revolucionária instituída. A defesa da Nação deve

organizar-se com base na participação activa e na adesão consciente das massas populares.

ARTIGO 19.º — 1. As Forças Armadas Revolucionárias do Povo (FARP), instrumento de libertação nacional ao serviço do Povo, são a instituição primordial de defesa da Nação. Incumbe-lhes defender a independência, a soberania e a integridade territorial, e colaborar estreitamente com os serviços nacionais específicos na garantia e manutenção da segurança interna e da ordem pública.

2. É dever cívico e de honra dos membros das FARP participar activamente nas tarefas da Reconstrução Nacional.

3. As FARP são uma instituição da Unidade dos Povos da Guiné-Bissau e de Cabo Verde e a sua organização deverá ser progressivamente articulada e unificada, na conformidade do que for entre os Estados acordado e institucionalizado.

ARTIGO 20.º — 1. Os símbolos nacionais da República da Guiné-Bissau são a Bandeira, as Armas e o Hino.

2. A Bandeira Nacional da República da Guiné-Bissau é formada por três faixas rectangulares, de cor vermelha, amarela e verde. As faixas são iguais em forma e superfície, ocupando a vermelha o lado esquerdo, em posição vertical, a amarela e a verde em posição horizontal, respectivamente, do lado superior e do lado inferior direito. A faixa vermelha é marcada com uma estrela negra de cinco pontas.

3. As Armas da República da Guiné-Bissau consistem em duas palmas dispostas em círculo, unidas pela base, onde assenta uma concha amarela, e ligadas por uma fita em que se inscreve o lema «UNIDADE LUTA PROGRESSO».

4. O Hino Nacional é «Esta é a nossa Pátria Amada».

ARTIGO 21.º A capital da República da Guiné-Bissau é Bissau.

CAPÍTULO II

DO PROCESSO DA UNIDADE COM CABO VERDE

ARTIGO 22.º — 1. É vocação histórica do Povo da Guiné-Bissau, radicada em seus interesses permanentes, criar com o Povo de Cabo Verde, uma união orgânica livre e voluntária para a construção duma Pátria forte e progressiva.

2. A união orgânica será democraticamente decidida pelos representantes legítimos, eleitos, dos dois povos e sujeita a referendo popular.

ARTIGO 23.º — 1. Para a realização da vocação histórica referida no artigo antecedente, incumbe à República da Guiné-Bissau incrementar e fortalecer relações de cooperação e convivência com a República de Cabo Verde, na base de uma comum estratégia sócio-económica que tenha por fim o estabelecimento de planos de desenvolvimento global e harmonioso.

2. São traços dominantes dessa estratégia a elaboração de programas de desenvolvimento convergente e complementar e a criação de condições político-administrativas que possibilitem a coordenação e articulação das estruturas do poder do Estado da Guiné-Bissau com as do Estado de Cabo Verde.

ARTIGO 24.º Para a concretização da vocação histórica referida no artigo 22.º, o Estado da Guiné-Bissau consente, em termos de reciprocidade, na criação de estruturas inter-estatais de cooperação e coordenação, bem como na de estruturas supranacionais de integração que melhor assegurem o progresso e a justiça social para o conjunto dos Povos da Guiné-Bissau e de Cabo Verde.

TÍTULO II

DOS DIREITOS, LIBERDADES, GARANTIAS E DEVERES FUNDAMENTAIS

ARTIGO 25.º — 1. Todos os cidadãos são iguais perante a Lei, gozam dos mesmos direitos e estão sujeitos aos mesmos deveres, sem distinção de raça, sexo e nível social, intelectual ou cultural, crença religiosa ou convicção filosófica.

ARTIGO 26.º O homem e a mulher são iguais perante a Lei em todos os planos da vida política, económica, social e cultural.

ARTIGO 27.º — 1. O Estado reconhece a constituição da família e assegura a sua protecção.

2. Os filhos são iguais perante a Lei, independentemente do estado civil dos progenitores.

ARTIGO 28.º — 1. Todo o cidadão nacional que resida ou se encontre no estrangeiro goza dos mesmos direitos e está sujeito aos mesmos deveres que os demais cidadãos, salvo no que seja incompatível com a ausência do país.

2. Os cidadãos residentes no estrangeiro gozam do cuidado e da protecção do Estado.

ARTIGO 29.º O cidadão caboverdeano que se encontre no território da Guiné-Bissau goza dos mesmos direitos e está sujeito aos mesmos deveres que o cidadão guineense e é como tal considerado.

ARTIGO 30.º — 1. Os estrangeiros, na base da reciprocidade, e os apátridas, que residam ou se encontrem na Guiné-Bissau, gozam dos mesmos direitos e estão sujeitos aos mesmos deveres que o cidadão guineense, excepto no que se refere aos direitos políticos, ao exercício das funções públicas e aos demais direitos e deveres expressamente reservados por Lei ao cidadão nacional.

2. O exercício de funções públicas só poderá ser permitido aos estrangeiros desde que tenham carácter predominantemente técnico, salvo acordo ou convenção internacional.

ARTIGO 31.º Os direitos, liberdades, garantias e deveres consagrados nesta Constituição não excluem quaisquer outros que sejam previstos nas demais leis da República.

ARTIGO 32.º O exercício dos direitos, liberdades e garantias fundamentais só poderá ser suspenso ou limitado em caso de estado de sítio ou de estado de emergência declarados nos termos da Lei.

ARTIGO 33.º Todo o cidadão tem o direito de recorrer aos órgãos jurisdicionais contra os actos que violem os seus direitos reconhecidos pela Constituição e pela Lei, não podendo a Justiça ser denegada por insuficiência de meios económicos.

ARTIGO 34.º Nenhum dos direitos e liberdades garantidos aos cidadãos pode ser exercido contra a independência da Nação, a integridade do território, a unidade nacional, as instituições da República e os princípios e objectivos consagrados na presente Constituição.

ARTIGO 35.º — 1. Todo o cidadão tem direito à vida e à integridade física e moral.

2. Todo o cidadão goza da inviolabilidade da sua pessoa, não podendo ser preso nem sofrer qualquer sanção, senão nos casos, pelas formas e com as garantias previstas na Lei. Todo o acusado ou arguido tem direito de defesa.

3. Ninguém pode ser submetido a tortura nem a penas ou tratamentos cruéis, desumanos e degradantes.

4. Não são permitidas medidas de segurança privativas da liberdade de duração ilimitada ou indefinida, salvo as justificadas por perigosidade baseada em grave anomalia psíquica.

5. O sistema das penas é regulado por Lei.

ARTIGO 36.º A lei penal não pode ser retroactiva. Exceptuam-se unicamente os casos em que a retroactividade possa beneficiar o condenado ou acusado.

ARTIGO 37.º Em caso algum é admissível a extradição ou a expulsão do País, do cidadão nacional.

ARTIGO 38.º — 1. É honra e dever supremo do cidadão participar na defesa da independência, soberania e integridade territorial da Nação.

2. Todo o cidadão tem o dever de prestar o serviço militar, nos termos da Lei.

3. A traição à Pátria é crime punível com as sanções mais graves.

ARTIGO 39.º — 1. O trabalho é um direito e um dever de todo o cidadão.

2. O Estado cria gradualmente condições para o pleno emprego dos cidadãos em idade de trabalhar.

3. O Estado reconhece e garante a todo o cidadão o direito de escolher a sua profissão ou género de trabalho de acordo com as necessidades e imperativos fundamentais da Reconstrução Nacional.

4. O princípio da remuneração de acordo com a quantidade e qualidade do trabalho deve ser aplicado em conformidade com as possibilidades da economia nacional.

ARTIGO 40.º — 1. Aquele que trabalha tem direito à protecção, segurança e higiene no trabalho.

2. O trabalhador só poderá ser despedido nos casos e nos termos previstos na Lei.

3. O Estado criará gradualmente um sistema capaz de garantir ao trabalhador segurança social na velhice, na doença ou quando lhe ocorra incapacidade de trabalho.

ARTIGO 41.º O Estado reconhece o direito do cidadão à inviolabilidade do domicílio, da correspondência e dos outros meios de comunicação privada, exceptuando os casos expressamente previstos na Lei em matéria do processo criminal.

ARTIGO 42.º Todos têm direito à protecção da saúde e o dever de a promover e defender.

ARTIGO 43.º A infância, a juventude e a maternidade têm direito à protecção da sociedade e do Estado.

ARTIGO 44.º — 1. Todo o cidadão tem o direito e o dever da educação.

2. O Estado promove gradualmente a gratuitidade e a igual possibilidade de acesso de todos os cidadãos aos diversos graus do ensino.

ARTIGO 45.º É livre a criação intelectual, artística e científica que não contrarie a promoção do progresso social. A Lei protegerá os direitos do autor.

ARTIGO 46.º — 1. Todo o cidadão tem o direito e o dever de participar na vida política, económica e cultural do país, nos termos da Lei.

2. Todo o cidadão pode apresentar sugestões, queixas, reclamações e petições aos órgãos da soberania ou a quaisquer autoridades nos termos e pela forma determinados na Lei.

ARTIGO 47.º A liberdade de expressão do pensamento, de reunião, de associação, de manifestação assim como a liberdade de ter religião, são garantidas nas condições previstas na Lei.

ARTIGO 48.º Em conformidade com o desenvolvimento do país, o Estado criará progressivamente as condições necessárias à realização integral dos direitos de natureza económica e social reconhecidos neste título.

TÍTULO III

DOS ÓRGÃOS DO PODER DE ESTADO

ARTIGO 49.º — Os órgãos do poder representativos do povo da República da Guiné-Bissau são a Assembleia Nacional Popular e os Conselhos Regionais. Deles emanam os poderes dos demais órgãos do Estado.

ARTIGO 50.º — 1. Os membros dos Conselhos Regionais são eleitos por sufrágio livre, universal, igual, directo e secreto. São eleitores todos os cidadãos nacionais maiores de 18 anos, ressalvadas as incapacidades estabelecidas na Lei.

2. Os membros da Assembleia Nacional Popular são eleitos pelos Conselhos Regionais de entre os seus membros, nas condições e pela forma fixadas por Lei.

3. Só podem ser eleitos aos Conselhos Regionais e à Assembleia Nacional Popular os cidadãos maiores de 21 anos.

4. O sistema eleitoral, as condições de elegibilidade, a divisão do território em círculos eleitorais bem como os números dos membros dos Conselhos Regionais e da Assembleia Nacional Popular são fixados pela Lei Eleitoral.

CAPÍTULO I

DA ASSEMBLEIA NACIONAL POPULAR

ARTIGO 51.º — A Assembleia Nacional Popular é o órgão supremo do poder do Estado. Ela decide sobre as questões fundamentais da política interna e externa do Estado, organiza e controla a aplicação da linha política, económica, social, cultural e de defesa e segurança definida pelo PAIGC.

ARTIGO 52.º — 1. Os membros da Assembleia Nacional Popular designam-se por deputados.

2. Os deputados à Assembleia Nacional Popular são representantes de todo o povo e não unicamente dos círculos eleitorais por que foram eleitos.

ARTIGO 53.º — Cada legislatura tem a duração de cinco anos e inicia-se com a proclamação dos resultados eleitorais.

ARTIGO 54.º — Os deputados à Assembleia Nacional Popular prestam juramento nos seguintes termos:

.....
.....
.....

ARTIGO 55.º — O deputado tem o direito de fazer interpelações aos membros do Conselho de Estado e do Governo, oralmente ou por escrito, devendo ser-lhe dada resposta na mesma sessão ou no prazo máximo de quinze dias, por escrito, caso haja necessidade de investigações.

ARTIGO 56.º — 1. Nenhum deputado pode ser incomodado, perseguido, detido, preso, julgado ou condenado pelos votos e opiniões que emitir no exercício do seu mandato.

2. Salvo em caso de flagrante delito a que corresponda pena igual ou superior a dois anos de trabalho obrigatório, ou de prévio assentimento da Assembleia Nacional Popular ou do Conselho de Estado, os deputados não podem ser perseguidos ou presos por questão criminal ou disciplinar, em juízo ou fora dele.

ARTIGO 57.º — 1. Os direitos e regalias, bem como os poderes e deveres dos deputados são regulados por Lei.

2. O deputado que falte gravemente aos seus deveres pode ser destituído pela Assembleia Nacional Popular.

ARTIGO 58.º — 1. A Assembleia Nacional Popular elegerá, na primeira sessão de cada legislatura, o seu Presidente e os demais membros da Mesa.

2. A Mesa é composta pelo Presidente, um Vice-Presidente, um 2.º Vice-Presidente, um 1.º Secretário e um 2.º Secretário, eleitos por toda a legislatura. As atribuições e competência da Mesa são reguladas pelo Regimento da Assembleia.

ARTIGO 59.º — São atribuições do Presidente da Assembleia Nacional Popular:

1. Presidir às sessões da Assembleia Nacional Popular e velar pela aplicação do seu regimento;

2. Convocar as sessões ordinárias da Assembleia Nacional Popular;

3. Superintender e coordenar o trabalho das comissões permanentes e eventuais da Assembleia Nacional Popular;

4. Assinar e ordenar a publicação no Boletim Oficial das Leis e resoluções da Assembleia Nacional Popular;

5. Dirigir as relações internacionais da Assembleia Nacional Popular;

6. Assistir às reuniões do Conselho de Estado;

7. Todas as demais que lhe forem atribuídas pela presente Constituição ou pela Assembleia Nacional Popular.

ARTIGO 60.º — A Assembleia Nacional Popular cria Comissões permanentes especializadas em razão da matéria, e pode constituir comissões eventuais para se ocuparem de assuntos determinados.

ARTIGO 61.º — A Assembleia Nacional Popular reúne-se, em sessão ordinária, uma vez por ano. Ela pode também reunir-se em sessão extraordinária convocada pelo Conselho de Estado, por iniciativa própria, do Conselho de Ministros ou a requerimento da maioria dos deputados. Todas as questões do seu funcionamento são reguladas por Lei.

ARTIGO 62.º — Os membros do Governo que não sejam deputados podem tomar assento e usar da palavra nas reuniões plenárias da Assembleia, nos termos do Regimento.

ARTIGO 63.º — Compete à Assembleia Nacional Popular:

1. Proceder à revisão constitucional, nos termos dos artigos 102 e seguintes;

2. Eleger o Conselho de Estado e o respectivo Presidente;

3. Decidir da realização de referendos populares;

4. Fazer Leis e votar moções e resoluções;

5. Decidir da constitucionalidade das Leis, decretos-lei e demais diplomas legislativos;

6. Apreciar, modificar ou anular os diplomas legislativos ou quaisquer medidas adoptadas pelos órgãos do Estado que contrariem a presente Constituição e as Leis;

7. Aprovar a Lei do Orçamento Geral do Estado;

8. Aprovar os tratados que envolvam a participação da Guiné-Bissau em organizações internacionais, os tratados de amizade, de paz, de defesa e de rectificação de frontei-

ras e, ainda, quaisquer outros que o Governo entenda submeter-lhe;

9. Aprovar o Plano Nacional de Desenvolvimento e a respectiva Lei;

10. Pronunciar-se sobre o estado de sítio ou de emergência declarado nos termos da Lei;

11. Tomar as contas do Estado relativas a cada ano económico;

12. Acompanhar a acção tendente à criação das condições que, tendo em atenção os interesses da Guiné-Bissau e de Cabo Verde, favoreçam o processo da unidade dos dois Estados;

13. Conceder amnistias;

14. Elaborar e aprovar o seu regimento;

15. Exercer as demais atribuições que lhe sejam cometidas pela Constituição e pela Lei.

ARTIGO 64.º — 1. A iniciativa legislativa compete aos deputados, ao Conselho de Estado e ao Conselho de Ministros.

2. As decisões da Assembleia Nacional Popular assumem a forma de Leis, Resoluções e Moções.

ARTIGO 65.º — A Assembleia Nacional Popular regulará em Lei o regime e condições de eficácia, na ordem interna do Estado da Guiné-Bissau, dos actos e deliberações que o Governo realizar ou tomar em conferência e acordo com o Governo de Cabo Verde.

ARTIGO 66.º — A Assembleia Nacional Popular da República da Guiné-Bissau poderá reunir-se com a sua congénere da República de Cabo Verde, a fim de, em sessão plenária e conjunta, apreciarem os assuntos e questões mais importantes suscitados pela efectivação do princípio da unidade dos respectivos povos.

CAPÍTULO II

DO CONSELHO DE ESTADO

ARTIGO 67.º — 1. O Conselho de Estado é o órgão da Assembleia Nacional Popular que, entre as sessões legislativas, assume a sua competência, executa as suas decisões e exerce as demais funções que lhe são atribuídas pela presente Constituição e pelas Leis.

2. O Conselho de Estado é responsável perante a Assembleia Nacional Popular a quem presta contas de todas as suas actividades.

ARTIGO 68.º — 1. O Conselho de Estado é composto de 15 membros, eleitos de entre os deputados, pela Assembleia Nacional Popular, na primeira sessão de cada legislatura.

2. De entre os membros eleitos do Conselho de Estado a Assembleia Nacional Popular elege o Presidente do Conselho de Estado.

3. Na sua primeira reunião, o Conselho de Estado elege um primeiro Vice-Presidente, um segundo Vice-Presidente e um Secretário.

ARTIGO 69.º — 1. São atribuições do Conselho de Estado:

a) Defender a Constituição da República;

b) Organizar os referendos populares decididos pela Assembleia Nacional Popular;

c) Convocar extraordinariamente a Assembleia Nacional Popular sempre que razões imperiosas de interesse público o justifiquem;

d) Fixar as datas das eleições para os Conselhos Regionais e para a Assembleia Nacional Popular;

e) Fixar a interpretação das leis constitucionais e ordinárias;

f) Declarar o estado de sítio e de emergência;

g) Criar e extinguir Ministérios e Secretarias de Estado, sob proposta do seu Presidente;

h) Nomear e exonerar, sob proposta do seu Presidente, o Primeiro-Ministro, os Ministros e Secretários de Estado;

i) Nomear e exonerar os Juizes do Supremo Tribunal de Justiça;

j) Suspender as decisões do Conselho de Ministros e as resoluções dos Conselhos Regionais que contrariem a Constituição e as Leis ou afectem os interesses de outras regiões ou os interesses nacionais, e submeter a questão à apreciação da Assembleia Nacional Popular na sua primeira sessão;

k) Anular as decisões e actos dos Comités de Estado e demais órgãos do poder local que contrariem a Constituição, as Leis, decretos-lei, decretos e demais decisões de qualquer órgão hierarquicamente superior aos mesmos, ou que afectem os interesses de outras áreas ou interesses nacionais;

l) Ratificar e denunciar os tratados e convenções internacionais;

m) Nomear e exonerar os Embaixadores;

n) Conceder os títulos honoríficos e as condecorações do Estado;

o) Indultar e comutar penas;

p) Aprovar o seu Regulamento;

q) Todas as demais funções que lhe forem conferidas pela Constituição, pelas Leis ou pela Assembleia Nacional Popular.

2. As decisões do Conselho de Estado assumem a forma de Decretos-lei, Moções e Resoluções.

CAPÍTULO III

DO PRESIDENTE DO CONSELHO DE ESTADO

ARTIGO 70.º — O Presidente do Conselho de Estado é o Chefe do Estado e do Governo e o Comandante Supremo das Forças Armadas Revolucionárias do Povo. Ele representa a República da Guiné-Bissau.

ARTIGO 71.º — O Presidente do Conselho de Estado é empossado, em reunião plenária da Assembleia Nacional Popular, pelo respectivo Presidente, prestando, nesse acto solene, o seguinte juramento: «Juro, por minha honra, defender a Independência Nacional, dedicar a minha inteligência e as minhas energias ao serviço do Povo da Guiné-Bissau, cumprindo os deveres da alta função de Presidente do Conselho de Estado com fidelidade total aos objectivos do PAIGC, à Constituição e às Leis da República».

ARTIGO 72.º — São atribuições do Presidente do Conselho de Estado as que são conferidas pela Assembleia Nacional Popular ou pela presente Constituição e nomeadamente:

1. Representar o Estado e o Governo e dirigir a sua política geral;
2. Dirigir mensagens à Assembleia Nacional Popular;
3. Dirigir as actividades do Conselho de Estado e do Governo, convocar e presidir às suas reuniões;
4. Propôr ao Conselho de Estado a nomeação e a exoneração do Primeiro-Ministro, dos Ministros e Secretários de Estado;
5. Empossar os membros do Governo;
6. Acreditar os embaixadores estrangeiros;
7. Promulgar os decretos-lei, assinar e fazer publicar as resoluções do Conselho de Estado e os decretos do Conselho de Ministros;
8. Exercer as demais funções que lhe forem atribuídas por Lei.

ARTIGO 73.º — O Primeiro-Vice-Presidente do Conselho de Estado substitui o Presidente em todas as suas funções estatais, em caso de ausência para o estrangeiro, impedimento temporário ou morte.

CAPÍTULO IV

DO GOVERNO

ARTIGO 74.º — 1. O Governo é o órgão executivo e administrativo supremo da República da Guiné-Bissau.

2. O Governo conduz a política da Nação de harmonia com as linhas gerais estabelecidas para a sua acção pela Assembleia Nacional Popular e pelo Conselho de Estado.

ARTIGO 75.º — O Governo é constituído pelo Chefe de Estado e do Governo, pelo Primeiro Ministro, pelos Ministros e Secretários de Estado.

ARTIGO 76.º — O Primeiro Ministro, os Ministros e Secretários de Estado prestam, no acto da sua posse, o seguinte juramento:

.....
.....
.....

ARTIGO 77.º — 1. No exercício das suas funções compete ao Governo:

a) Interpretar e aplicar, de maneira criadora, a linha de acção governativa estabelecida pela Assembleia Nacional Popular e pelo Conselho de Estado;

b) Dirigir a administração do Estado, coordenando e controlando a actividade dos Ministérios, dos demais organismos centrais de administração e dos Comitês de Estado de Região e Sector;

c) Organizar e dirigir a execução das actividades políticas, económicas, culturais, científicas, sociais, de defesa e segurança inscritas no seu programa;

d) Propôr à Assembleia Nacional Popular que anule ou ao Conselho de Estado que suspenda as resoluções adoptadas pelos Conselhos Regionais ou pelas demais assembleias dos órgãos do poder local quando sejam ilegais ou afectem os interesses de outras comunidades ou os interesses do país;

e) Preparar o Plano de Desenvolvimento Nacional e o Orçamento Geral do Estado, e assegurar a sua execução;

f) Regular a sua própria organização e funcionamento;

g) Aprovar projectos de Lei e de decretos-lei e submetê-los à Assembleia Nacional Popular e ao Conselho de Estado;

h) Negociar e concluir acordos e convenções internacionais;

i) Nomear aos cargos civis e militares;

j) O mais que lhe fôr cometido pela Assembleia Nacional Popular ou pelo Conselho de Estado.

2. A competência atribuída nas alíneas a), b), c), d), f) e g) é exercida pelo Governo, reunido em Conselho de Ministros.

ARTIGO 78.º — 1. O Conselho de Ministros é constituído pelo Chefe do Governo, que o preside, pelo Primeiro Ministro, pelos Ministros e Secretários de Estado.

2. Podem ser criados Conselhos de Ministros especializados em razão da matéria.

3. Os membros do Governo estão vinculados às deliberações tomadas em Conselho de Ministros.

ARTIGO 79.º — O Governo, reunido em Conselho de Ministros, exerce a sua competência executiva por meio de Decretos e Ordens.

ARTIGO 80.º — O Governo é politicamente responsável perante a Assembleia Nacional Popular e perante o Conselho de Estado.

ARTIGO 81.º — Os membros do Governo são responsáveis civil e criminalmente pelos actos que legalizarem e praticarem.

CAPÍTULO V

DO PODER LOCAL

ARTIGO 82.º — Os órgãos do poder local fazem parte do poder estatal unitário. Eles baseiam-se na participação popular, apoiam-se na iniciativa e capacidade criadora das comunidades locais e actuam em estreita coordenação com as organizações de massas e outras organizações sociais.

ARTIGO 83.º — 1. Para efeitos político-administrativos o território nacional divide-se em regiões, subdividindo-se estas em sectores. A Lei pode estabelecer ainda outras subdivisões.

2. A Lei pode conferir a um sector o estatuto de Sector Autónomo, orgânica e directamente dependente da Administração Central.

ARTIGO 84.º — 1. Dentro de cada circunscrição político-administrativa o órgão local superior do poder é o Conselho, cabendo a função executiva superior ao Comité de Estado da respectiva circunscrição.

2. A Lei estabelecerá a forma de designação e a duração do mandato dos membros dos Conselhos que criar nas circunscrições político-administrativas inferiores à Região, fixando os demais aspectos da organização e funcionamento dos respectivos órgãos de poder local.

3. A composição dos Comités de Estado de cada escalão é fixada por Lei.

4. Em cada circunscrição político-administrativa os serviços administrativos subordinam-se ao respectivo Conselho, ao Comité de Estado e ao órgão hierarquicamente superior do ramo administrativo correspondente.

ARTIGO 85.º — 1. Os Conselheiros Regionais são eleitos por cinco anos, pela forma estabelecida na presente Constituição e nas Leis.;

2. O Conselheiro pode ser destituído pelo respectivo Conselho quando falte gravemente aos seus deveres.

ARTIGO 86.º — São atribuições do Conselho Regional:

1. Elevar a consciência cívica e política dos cidadãos;

2. Assegurar o respeito da ordem pública;

3. Defender os direitos dos cidadãos;

4. Melhorar constantemente as condições de vida e de trabalho dos cidadãos;

5. Cumprir prioritariamente as tarefas regionais fixadas no Plano Nacional e promover a observância de uma disciplina rigorosa na execução desse Plano;

6. Promover, desenvolver e controlar a actividade política, económica, social e cultural dos cidadãos e das suas colectividades;

7. Agir no sentido do reforço da capacidade de defesa e de segurança do país;

8. Valorizar os recursos locais, para o desenvolvimento económico da Região e para satisfazer cada vez mais as necessidades da população no que respeita a bens e serviços;

9. Apoiar as actividades dos serviços instalados na Região e que não lhe estão subordinados;

10. Criar, dirigir e desenvolver instituições escolares, culturais, sanitárias, desportivas e outros serviços públicos;

11. As demais atribuições que lhe sejam cometidas pela Constituição e pela Lei.

ARTIGO 87.º — No cumprimento das suas atribuições e dentro dos limites estabelecidos na Constituição e nas Leis, compete ao Conselho Regional:

1. Cumprir e fazer cumprir as decisões dos órgãos superiores do Estado;

2. Anular, suspender ou modificar as resoluções e decisões dos órgãos a ele subordinados quando infringjam a Constituição, as Leis, os decretos-lei, os decretos, os regulamentos ou as resoluções dos órgãos superiores do Estado ou quando afectem os interesses de outras comunidades ou os interesses gerais do país;

3. Constituir comissões eventuais para questões determinadas e comissões permanentes organizadas por esferas de actividade para o auxíliar, assim como ao Comité Regional de Estado, no exercício das suas funções;

4. Eleger e destituir os juizes populares do Tribunal Popular Regional;

5. Aprovar o Orçamento Regional, conhecer as contas regionais e adoptar as medidas pertinentes;

6. Aprovar o programa anual de desenvolvimento da Região;

(CONTINUA NA PAGINA 6)

7. Exercer os demais poderes que lhe forem conferidos pela Constituição e pelas Leis.

ARTIGO 88.º — Para a realização das suas atribuições e dentro dos limites estabelecidos na Lei, os Conselhos Regionais adoptam Resoluções. Estas são obrigatórias para todas as instituições, colectividades e cidadãos das regiões respectivas.

ARTIGO 89.º — 1. O Comité Regional de Estado é o órgão executivo da Região. Ele é designado pelo Governo.

2. A composição do Comité Regional de Estado é fixada por Lei.

ARTIGO 90.º — São atribuições do Comité Regional do Estado:

1. Preparar e convocar as sessões ordinárias e extraordinárias do Conselho Regional;

2. Executar as resoluções adoptadas pelo Conselho Regional e as decisões dos órgãos superiores do Estado;

3. Apoiar a actividade dos membros dos Conselhos Regionais e das suas Comissões;

4. Anular a execução de qualquer decisão emanada dos órgãos locais hierarquicamente inferiores quando violem a Constituição, as Leis ou outras medidas dos órgãos superiores do Poder de Estado ou afectem os interesses de outras comunidades ou os interesses gerais do país;

5. Elaborar o Orçamento regional;

6. Conhecer, apreciar e adoptar as medidas pertinentes sobre as contas dos órgãos hierarquicamente inferiores;

7. Preparar o programa anual de desenvolvimento da Região;

8. Dirigir os serviços administrativos e controlar as empresas locais;

9. Nomear e demitir os funcionários das empresas locais e dos serviços administrativos próprios da Região;

10. Adoptar medidas de apoio às actividades das unidades produtivas e dos serviços que, estando instalados na Região, não dependam directamente desta;

11. Todas as demais que lhe forem conferidas pela Lei ou por resoluções do Conselho Regional.

ARTIGO 91.º — 1. No cumprimento das suas atribuições e no período compreendido entre as sessões do Conselho, o Comité Regional de Estado adopta Resoluções e emite Ordens.

2. As Resoluções e Ordens de carácter geral do Comité de Estado devem ser submetidas à ratificação do Conselho na sua primeira reunião.

ARTIGO 92.º — São atribuições próprias do Presidente do Comité de Estado:

1. Convocar e presidir às reuniões do Comité do Estado;
2. Organizar a actividade do Comité de Estado.

ARTIGO 93.º — 1. Os Comités de Estado das circunscrições inferiores à Região têm por missão a realização, dentro do respectivo território, das actividades dos programas regional e nacional, e subordinam-se hierarquicamente aos Comités de Estado, do escalão imediatamente superior, os quais orientam e controlam a sua actividade.

CAPÍTULO VI

DA ADMINISTRAÇÃO DA JUSTIÇA

ARTIGO 94.º — 1. A Justiça serve a realização dos objectivos fundamentais da Constituição.

2. A Justiça é administrada com base em ampla participação popular.

3. A administração da Justiça incumbe exclusivamente aos tribunais instituídos por Lei.

ARTIGO 95.º O Supremo Tribunal de Justiça é a instância judicial suprema da República. Os seus juizes são nomeados pelo Conselho de Estado.

ARTIGO 96.º — 1. É proibida a existência de tribunais exclusivamente destinados ao julgamento de certas categorias de crimes.

2. Exceptuam-se do disposto no número anterior os tribunais militares a que compete o julgamento dos crimes essencialmente militares definidos por Lei e de outros crimes dolosos que, por motivo relevante, lhes sejam legalmente equiparados em razão da matéria.

ARTIGO 97.º — Por lei poderão ser criados órgãos sociais de jurisdição para o conhecimento de litígios no âmbito do arrendamento e das relações de trabalho, bem como das questões relativas aos menores.

ARTIGO 98.º — 1. O Juiz exerce a sua função com total fidelidade aos princípios fundamentais e aos objectivos da presente Constituição.

2. No exercício das suas funções o Juiz é independente e só deve obediência à Lei e à sua consciência.

3. O Juiz é irresponsável pelos seus julgamentos e decisões. Só nos casos especialmente previstos na Lei pode ser sujeito, em razão do exercício das suas funções, a responsabilidade civil, criminal ou disciplinar.

ARTIGO 99.º — A Lei regula a organização, competência e funcionamento dos órgãos de administração da Justiça.

ARTIGO 100.º — 1. O Ministério Público é o órgão do Estado encarregado de, junto dos tribunais, representar o interesse público e social e é o titular da acção penal.

2. O Ministério Público organiza-se como uma estrutura hierarquizada sob a direcção do Procurador Geral da República.

3. A Lei regula a organização, competência e funcionamento do Ministério Público.

TÍTULO IV

GARANTIA E REVISÃO DA CONSTITUIÇÃO

CAPÍTULO I

Da Fiscalização da Constitucionalidade das Leis

ARTIGO 101.º — 1. Nos feitos submetidos a julgamento não podem os tribunais aplicar normas que infrinjam o disposto na Constituição ou os princípios nela consagrados.

2. A questão da inconstitucionalidade pode ser levantada officiosamente pelo tribunal, pelo Ministério Público ou por qualquer das partes.

3. Admitida a questão da inconstitucionalidade, o incidente sobe em separado à Assembleia Nacional Popular, que decidirá.

4. As decisões tomadas em matéria de inconstitucionalidade pela Assembleia Nacional Popular, terão força obrigatória geral e serão publicadas no Boletim Oficial.

CAPÍTULO II

DA REVISÃO CONSTITUCIONAL

ARTIGO 102.º — 1. A presente Constituição pode ser revista, a todo o momento, pela Assembleia Nacional Popular.

2. A iniciativa de revisão constitucional compete aos deputados, ao Conselho do Estado e ao Governo.

ARTIGO 103.º — 1. A proposta de revisão indicará os artigos que deverão ser revistos e o sentido das modificações a introduzir.

2. A proposta de Lei de revisão deverá ser submetida por, pelo menos, um terço dos deputados em efectividade de funções, pelo Conselho de Estado ou pelo Governo.

ARTIGO 104.º — As propostas de revisão terão de ser aprovadas por maioria de dois terços dos deputados que constituem a Assembleia.

Para se fazer uma ideia tão precisa quanto possível da tónica da imprensa portuguesa relativamente aos acontecimentos ocorridos na Guiné-Bissau, julgamos de interesse fazer uma apreciação não global mas caso a caso, isto é, jornal por jornal, face às diferentes tendências de cada um no xadrez político português.

Procuramos assim, iniciar cada síntese por uma breve caracterização quanto à tendência ou filiação política de cada jornal no momento actual, pois que o cunho político da imprensa sofre sensíveis variações de orientação conforme as mutações políticas verificadas em Portugal.

DIÁRIO DE LISBOA

(Influência do PCP. Continua com a mesma linha traçada desde a época de Salazar/Caetano, impondo-se como um jornal de esquerda).

Este vespertino, com larga aceitação nos meios de esquerda e dos intelectuais anti-fascistas, limita-se a relatar em artigos concisos a situação do golpe. Procura ser factual.

Uma nota interessante na sua primeira referência quanto ao golpe (15/11) dizia, citamos, "o golpe (a confirmar-se a sua notícia) traduzir-se-ia, sobretudo, no afastamento de Luís Cabral".

Posteriormente, acusa a Rádio Oficial Portuguesa, mostrando, com factos, aos leitores que aquela Rádio estaria por dentro dos acontecimentos de Bissau, num artigo a duas colunas (17/11).

Numa entrevista ao Major Valentim Loureiro, amigo de Nino Vieira e seu hospedeiro por ocasião da última ida deste ao norte de Portugal, o jornal retrata a preocupação daquele militar em rejeitar que o golpe tivesse qualquer relação com Portugal. Esse militar fazia referência ainda à indignação de Nino, aquando daquela sua estadia, pelo facto de não ter sido recebido por São Carnelro, contrariamente ao que sucedera pela mesma altura com Pedro Pires. Com base nas suas relações pessoais, esse major afirmou que Nino tinha uma vocação de não-alinhamento embora pró-ocidental.

O Diário de Lisboa, nas suas notícias, procura sempre ser factual e quando não tem dados exactos ou não confirmados, limita-se a registar Interrogações. A título de exemplo, antes da confirmação quanto às Intenções de Bissau em Julgar Luís Cabral, noticia (20/11) "Luís Cabral poderá ser alvo de Inquérito !"

Esta é a preocupação do Diário de Lisboa na canalização das suas notícias.

o-o-o

DIÁRIO POPULAR

(Considerado o diário mais noticioso de Portugal, é apontado como um Jornal Independente de esquerda. Todavia, precisando-se melhor as suas actuais características, diríamos que desde o vigente governo de Sá Carneiro, constata-se uma discrepância entre a tônica da 1ª página e seus continuados ou seja a fachada do jornal onde incide o cunho do director e do sub-director e o recheio deste diário que reproduz as Inclinações da redacção.

Com efeito o (actual) director, Pacheco de Andrade é um homem da AD que apoia abertamente Soares de Carneiro. O sub-director, Botelho da Silva, poderíamos situá-lo na ala direita do PS; embora ex-militante devido à sua arrelga da tendência para a aplicação da censura noticiosa.

Por sua vez quanto à Redacção, podemos, de facto, considerá-la Independente de esquerda com um variado leque de elementos : PCP/UDP/Independentes do PS.)

De acordo com esta óptica, este vespertino, na sua primeira manchete (15/11) ainda com carência de dados precisos, surge na 1ª página com letras garrafais a informar a ocorrência do golpe, considerando, entretanto, Nino como o "Che Guevara Africano". Sublinha esse artigo da direcção, parecer ser, como causas da origem do golpe, a rivalidade de entre caboverdianos e guineenses.

A expressão Interior do Jornal, a cargo da redacção, não ultrapassa um papel restritamente informativo e relata a situação e comunicados quer de Bissau, quer da Prala. Cinge-se aos factos e publica sem distorções as declarações que colhe, sejam do Conselho da Revolução, UPANG (grupelho de oposição ao PAIGC em Lisboa) ou da CNCV do PAIGC, sem orientar tais informações para conclusões falaciosas.

o-o-o

DIÁRIO DE NOTÍCIAS

(Sem quaisquer outros comentários, sobre este jornal diremos que é um porta-voz officioso)

Este matutino pretende uma "certa cautela" quanto ao trato das notícias, não deixando no entanto de, em certos comentários, emitir opiniões que ultrapassando o campo factual, descaem em conclusões subjectivas e romanescas.

Contrariamente aos anteriores jornais, ricos em diversos "trabalhos de redacção", os seus artigos são pouco variados e pouco frequentes, havendo dias em que não abordou a questão de Bissau.

No final da sua primeira notícia (17/11) conclui subtilmente que, citamos, "o facto de os comunicados do novo regime não fazerem qualquer referência ao PAIGC, vem reforçar a convicção generalizada de que o golpe de Estado marcou o fim definitivo do projecto da unidade entre a Guiné-Bissau e Cabo Verde".

Entretanto, no mesmo dia, num comentário em destaque da autoria de Luis Alberto Ferrelra, intitulado "Fim prematuro do Projecto da Unidade", faz um 'historial' das tentativas de golpes dando um especial relevo à figura de Malam Sanhá que apesar de lhe faltar, citamos, "... Inequivocamente, credibilidade, ... despoletou nas gentes guineenses fartas de viver sem esperança, sentimentos sigilosamente guardados". O comentário pinta em tintas negras o quadro social da Guiné-Bissau, sublinhando aqui e além a "insatisfação popular" num cenário onde nada estava bem e tudo era um caos. Um determinado parágrafo diz, citamos, "A um membro do Governo ouvimos, certa ocasião, o ano passado : (aspas) Não foi para isso que fizemos a luta de libertação nacional (fecha aspas)."

Sobre as razões do golpe, considera a Constituição como uma das componentes embora não a decisiva. Como causas fundamentais apontou, citamos, "o conjunto dos erros de governação... precárias condições de vida das populações e... a presença de caboverdianos no campo decisório da Nação".

Dois dias depois (19/11) o Diário de Notícias em curto artigo sem ... para, noticia as mensagens de Aristides Pereira aos chefes:

Dois dias depois, (19/11) o Diário de Notícias, em curto artigo sem assinatura, noticia as mensagens de Aristides Pereira aos Chefes de Estado, bem como a partida de Vasco Cabral e o encerramento da sede do PAIGC em Bissau.

Espaçados mais dois dias e igualmente sem comentários (21/11), dá simples notícias colhidas de Bissau e da Praia.

Mais dois dias (24/11) trata exclusivamente e também sem comentários, do comício de Pedro Pires em Santa Catarina, citando no entanto as partes mais irónicas da sua intervenção.

PORTUGAL - HOJE

(Dizer-se que a orientação deste jornal filia-se nas alas do PS, não o caracteriza concretamente. Mais correcto é dizer-se que segue a linha de Mário Soares, pois que por onde seguem os passos deste político, se orienta a direcção deste jornal. O seu tom actual é o de um jornal de oposição sem que, de modo algum, se possa caracterizá-lo por uma índole de esquerdas.)

As primeiras notícias (16/11) limitam-se a relatos sobre o golpe de Estado, dados biográficos de Nino e Luís Cabral, apontando como implicações nos acontecimentos, sem demonstrar e em termos de interrogação, um envolvimento de Conakry devido ao seu espontâneo contentamento.

No dia seguinte, entretanto, num artigo intitulado "Um mal estar que vem da luta de libertação" pretende atingir as causas do golpe. Balla entre as carências alimentares e o desaparecimento de Amílcar Cabral que veio criar as condições de ruptura no Partido. Sublinha que as fracturas existentes desde então refletem presentemente o "falhanço do projecto da Unidade" e conclui que a consumação desta ruptura abre, em consequência, perspectivas para o sonho de Conakry : A grande Guiné.

Noutro artigo (20/11) intitulado "O dilema de Nino Vieira", partindo da permissão do golpe ter sido dado contra os caboverdeanos, comenta (reconhecendo a dificuldade dos europeus em entenderem os africanos) com estranheza a curvatura que Bissau faz perante a Praia ao convidar Aristides Pereira a deslocar-se à Guiné. O artigo, considerando ainda

per prematuro avançar conclusões, coloca a seguinte hipótese, citamos, : "Não estará Nino Vieira arrependido do passo que deu"? Outra interrogação encerra o artigo revelando se não valerá mais, citamos, " a sup^{re} macia relativa aos caboverdianos que o apetite de dominação dum poderoso vizinho que dá pelo nome de Sekou Touré ?"

Outro artigo do mesmo dia, limita-se aos considerandos oficiais quer da Guiné quer da Praia.

A última notícia que possuímos deste jornal cita um despacho do agente da ANOP na Praia sem fazer comentários nem tirar conclusões sobre a intervenção de Pedro Pires em Sta Catarina. O jornal trata a notícia com colorido e correcção. Falando do novo Governo de Bissau em sub-título, limita-se aos factos.

o-o-o

O DIA

(É um jornal afecto à direita e à extrema direita. A maior parte da redacção e reporteres trabalhou nos jornais fascistas de antes do 25 Abril. É um jornal que exalta o governo de Sá Carneiro, é anti-Eanes, é um veiaizado anti-comunista, um saudosista das colónias, em suma é um dos chefes de fila da imprensa reacconária em Portugal. Explora com sensacionalismo notícias as mais falaciosas).

As suas manchetes são por si sô elucidativas da sua linguagem agressiva e reacconária própria dos quadrantes da extrema direita. Exemplificando, transcrevemos : "Golpe de Estado na Guiné acaba com a hegemonia caboverdiano" - "Bissau 'enterra' PAIGC com apoio tácito de Moscovo". Estes são os títulos do seu primeiro artigo (17/11) iniciado com a rivalidade latente entre caboverdianos e guineenses.

Surgem expressões, citamos, "o Conselho da Revolução assumiu o poder para acabar com as Injustiças que o povo guineense sempre sofreu".

Uma foto onde se vê Luis Cabral e Ramalho Eanes, ^{que} é aproveitada para a sua campanha anti-Eanes ao mesmo tempo revelando o seu saudosismo colonial, é comentada com a seguinte frase, citamos, "Com a deposição de Luis Cabral o ^{morro} "Espírito de Bissau", uma das principais conquistas reivindicadas pelo seu amigo Ramalho Eanes para se impor como o privilegiado interlocutor com a ex-África portuguesa".

Depois de ter falado em apolo de Moscovo, o seu anti-comunismo revela-se dizendo três dias depois que, citamos outras manchetes, "O Novo Conselho da Revolução de Bissau Inclui pessoas de tendências moderadas" - e ainda - "Para poder solucionar os graves problemas económicos o governo será obrigado a virar-se decididamente para o Ocidente, afastando a Influência soviética!"

Ao longo dos seus artigos, toma nítida posição contra o PAIGC e seus dirigentes e contra Cabo Verde. Este Jornal não tem repugnância alguma em afirmar em termos de elucidação que Luis Cabral não é guineense mas, citamos, "é natural da cidade da Praia, Cabo Verde, não sendo tão pouco fundador do PAIGC".

A propósito da visita de Jornalistas à região de Nhacra, onde Turpin, Secretário das Pescas, faz uma espectacular demonstração de massacres, este jornal, no último artigo que possuímos (24/11), advoga, com o testemunho de Turpain, a inocência de Nino e a culpabilidade de Luis Cabral e de Aristides Pereira.

o-o-o

A TARDE

(Dispensamos comentários e citações deste jornal porquanto a sua índole é idêntica ^{do} anterior)

o-o-o

O TEMPO

(Trata-se de um semanário reacçãoário ligado ao M.I.R.N. de Kaulza de Arriaga. É o jornal mais especializado no lançamento de notícias falsas. Detem em Portugal o 'record' de desmentidos. É justamente considerado como o melhor jornal português da contra-informação).

A título de exemplo destacamos um parágrafo de um artigo intitulado "Presidenciais vão decidir opção : Portugal em posição difícil", citamos, "Há, nos meios diplomáticos portugueses, auscultados pelo 'Tempo', a ideia de que a opção portuguesa por uma das partes envolvidas no conflito (contencioso caboverdiano guineenses) está muito dependente da

...

resultado das eleições presidenciais de 7 de Dezembro (por ironia a mesma data em que se realizam as primeiras eleições para a Assembleia de Cabo Verde). Isto é, se Ramalho Eanes for eleito a tendência é para privilegiar, naturalmente, os dirigentes do PAIGC e as autoridades de Cabo Verde ; se for Soares de Carneiro o vencedor, poderá vingar a linha diplomática e de política externa do PSD/CDS que preconiza, segundo sabemos neste momento, uma aproximação com as novas autoridades guineenses". ...

o-o-o

A CAPITAL

(Este jornal é da linha direita, o seu director, Sousa Tavares, é deputado da AD. Já defendeu em Tribunal Pides e Bombistas. Não alimenta simpatias pela RPA nem seu Partido o MPLA. É apontado com amigo íntimo de Jonas Savimbi).

A primeira notícia (17/11) reproduz uma amostragem de despachos da ANOP, AFP e de Makedonsky. Entretanto no seu final, incide na tónica de, citamos um subtítulo, "Hostilidades latentes entre caboverdianos e guineenses". Noutro artigo retoma a tese precisando, citamos, "A luta pela independência, de que os caboverdianos foram o principal motor, não apagou inteiramente os ressentimentos dos guineenses".

..."A Intentona de 1978 realizada por Malam Sanha teve como bandeira a revolta contra a tutela caboverdiana." Referindo-se a Nino e segundo ditos observadores da política guineense, considera-o desde antes do golpe como, citamos, " 'o verdadeiro homem forte' do regime, do qual dependia o 'poder consentido' exercido por Luis Cabral". O jornal explica então que a Constituição destruiu o precário equilíbrio do Poder, sendo apenas a causa próxima do golpe.

De registar que sobre Cabo Verde não tece comentários de entrinhas, limitando-se apenas a relatos. Deste modo tratou o conteúdo da mensagem do Presidente Pereira.

Sobre o carácter do golpe, o jornal confessa a indecisão em classifica-lo como 'golpe de direita' ou 'golpe de esquerda' ao contrário do que sucede "sobretudo, talvez, no Continente Africano.

...

Noutro ponto, volta à sua tese central, focando, citamos, "a predominância efectiva dos caboverdianos no seio do Partido...". Sobre a Unidade, refere-se, citamos "A fusão prevista implicaria, a consagração de tal predominância".

o-o-o

CORREIO DA MANHÃ

(Deste jornal bastará dizer-se que se trata dum jornal 'colonialista')

Tal como o jornal anterior 'A Capital', a tónica dominante dos artigos deste matutino, é a rivalidade entre guineenses e caboverdianos como razão do golpe de Estado.

o-o-o

O PRIMEIRO DE JANEIRO

(É um jornal da AD, mais propriamente da linha do CDS. É assinalado como um dos mais reacconários. A maioria das suas acções foram adquiridas pela 'Fundação Adenauer' da RFA.)

Sendo este jornal de fraco poder de opinião, não se pode dizer que se limite a relatos, pois que não é objectivo no campo factual. Com efeito, adorna com coloridos as ocorrências e declarações de Bissau logo nas suas primeiras notícias (16/11).

Dos recortes das suas notícias que possuímos, um aspecto há que ressalta à vista : não noticia nada sobre Cabo Verde nem seus dirigentes de Estado e Partido.

Nas suas notícias de 23/11 retoma todo o seu colorido a propósito das exumações.

Ao longo dos seus artigos, este jornal procura levar o leitor a tomar o golpe como um facto absolutamente aceitável.

o-o-o

O DIÁRIO

(É um jornal de esquerdas, da linha do PCP)

Este jornal aborda a situação criada pelo golpe com uma certa relutância, limitando-se a fazer a ocorrência dos factos em artigos curtos e precisos. As suas notícias são espaçadas nas datas.

Faz alusão a quase todos os acontecimentos isentando-se todavia de qualquer interpretação política.

Faz menção a Cabo Verde em termos circunstanciais.

Não temos até então nenhum artigo de fundo ou comentário : Supomos que, devido à filiação política deste jornal, esteja à espera da evolução dos acontecimentos e do amadurecimento da situação para que, na posse de mais dados, seja possível um artigo de fundo ou comentário político.

o-o-o-o-o-o

o-o-o-o-o

o-o-o-o

o-o-o

o-o

o

I Congresso do PAICV

(16-20/1/81)

- DISCURSO INTRODUTÓRIO DO SECRETÁRIO-GERAL, CAMARADA ARISTIDES PEREIRA, NA CONFERÊNCIA NACIONAL DOS MILITANTES DO PAIGC
- RESOLUÇÃO GERAL DO I CONGRESSO DO PAICV
- INTERVENÇÃO DO SECRETÁRIO-GERAL ADJUNTO DO PAICV, CAMARADA PEDRO PIRES, NO COMÍCIO DE ENCERRAMENTO DO I CONGRESSO DO PAICV

Camaradas delegados,

Camaradas convidados.

Ao abriremos esta Conferência nacional dos militantes do Partido, em que certamente serão tomadas medidas de extrema importância para a nossa organização e para a vida do nosso povo, não queremos deixar de evocar a memória do nosso grande companheiro e líder, AMÍLCAR CABRAL em cujo exemplo buscamos inspiração em todos os momentos decisivos da luta. Lembramos ainda, com emoção, os companheiros de luta que, dando gloriosamente as suas vidas pela causa do PAIGC, nos estimulavam também com o seu exemplo de coragem e abnegação, nesta hora.

Em memória de AMÍLCAR CABRAL e de todos os heróis e mártires da nossa luta, peço que observemos, camaradas, um minuto de silêncio.

Camaradas,

Face ao acontecimento doloroso que teve lugar em Bissau na noite de 14 de Novembro último e de que resultou uma situação de subversão no nível supra-nacional do Partido e nas instituições partidárias e estatais da República irmã da Guiné-Bissau, tomou o Secretário-Geral algumas medidas que são já do conhecimento público.

A medida porventura mais importante foi a de procurar e manter um contacto directo com o principal responsável do golpe de Bissau, e isso com o objectivo de apreender as reais razões e analisar correctamente a dimensão do seu acto, numa tentativa de salvar o que ainda se afigurava possível de salvar. A salvaguarda da integridade física e liberdade do Secretário-Geral Adjunto do Partido e dos outros dirigentes presos foi também a nossa preocupação e, neste sentido, também foram efectuadas algumas diligências junto de chefes de estados amigos a quem endereçámos mensagens em tempo oportuno.

Os mesmos objectivos nos levaram também a participar na con-

Lutas de libertação.

Se os povos africanos sentiram, então, que era chegada a hora do regresso à sua própria história, perceberam também que isso só podia ser conseguido com a conjugação e a unidade dos seus desejos, dos seus meios e das suas forças e que a melhor maneira para atingirem o seu objectivo era unirem-se numa luta comum.

Essa unidade procurou-se dentro de cada país, ao mesmo tempo que o seu espírito ultrapassava as fronteiras nacionais.

É que o desenvolvimento exacerbado dum nacionalismo estreito, aliado ao divisionismo cultivado pelas potências coloniais e imperialistas, trouxe amargas lições aos povos africanos: lutas sangrentas separavam países e povos irmãos, o tribalismo ganhava novos impulsos, ensaiavam-se movimentos secessionistas, as populações eram martirizadas e a pilhagem e exploração dos povos e das riquezas africanas continuavam sob formas mais requintadas.

É então que surge a consciência de que havia a necessidade de uma unidade mais forte e mais vasta entre os povos africanos, frente a um inimigo principal e comum: a dominação colonial e imperialista.

É nessa África em luta pela sua independência, animada dum esperança renovada no seu reencontro com a História e estribada na unidade da sua vontade libertadora, que nasce o PAIGC impregnado de uma firme vontade de independência e de um forte espírito de unidade.

A unidade Guiné/Cabo Verde por que sempre pugnou o nosso Partido, insere-se, pois, num desejo mais vasto de unidade que era sonhada pelos povos africanos na sua luta pela independência e pelos revolucionários de todo o mundo.

Mas ela insere-se, sobretudo, numa concepção de unidade nessa altura alimentada por uma corrente revolucionária africana, que

ferência realizada em Luanda a 2 de Dezembro último, que reuniu os chefes de Partido e de Estado dos países emergentes da luta contra o colonialismo português e cujos resultados são igualmente do conhecimento público.

Não tendo sido possível evitar o facto já consumado de uma situação de pesadas consequências para a sobrevivência do Partido, o CNCV, reunido de 20 a 23 de Novembro, decidiu, face à gravidade da questão a tratar, convocar esta Conferência Nacional.

É, pois, neste quadro e num momento decisivo que nos encontramos aqui reunidos.

E nesta ocasião, não pode o Secretário-Geral deixar de fazer algumas considerações que nos permitirão, certamente, avalliar na sua justa medida a dimensão da obra que juntos realizámos sob a bandeira do PAIGC. Obra que, consubstanciando o esforço e o sacrifício dos melhores filhos das nossas terras, foi tão brutalmente posta em causa na noite de 14 de Novembro.

Camãradas,

Quando foi fundado, em meados da década de 50, o PAIGC, sopravam os ventos da História a favor da irreversibilidade do movimento para a independência dos povos, tanto a nível mundial como a nível do continente africano.

Na verdade, o fenómeno mais marcante na fisionomia política do globo era a evidência da derrocada do colonialismo e o recuo do imperialismo.

Os movimentos pela afirmação da independência e personalidade histórica de cada povo sacudiam diversos continentes.

A vitória da Revolução de Outubro, e a derrota das forças nazis e fascistas na II guerra, com o consequente aparecimento do campo socialista, haviam criado uma nova relação de forças favorável às

propunha a constituição de frentes e uniões de movimentos cujos objectivos fossem não só a libertação da dominação colonial, mas também a liquidação de toda a espécie de exploração.

A análise científica, correcta e amadurecida das realidades da Guiné e Cabo Verde levaram CABRAL e o Partido que fundara a vislumbrar na unidade dos povos dos dois países um caminho e um meio seguro e idóneo para a construção de uma pátria forte e próspera para guineenses e caboverdianos.

Essa unidade proporcionaria aos dois povos a oportunidade única de lutar vitoriosamente contra o domínio colonial e abrir as portas para o progresso e o desenvolvimento, na paz e segurança.

Toda a originalidade da luta do PAIGC, dentro da experiência africana, foi ter sabido comungar dois povos num mesmo ideal e numa mesma luta, indo procurar as bases e os fundamentos dessa comunhão nas raízes históricas e nos laços culturais indefectíveis que os irmanam, vivificados perenemente pelos seus anseios comuns de liberdade, dignidade e felicidade.

Derrotado o colonialismo, a unidade revelou-se ainda como força valiosa na luta pela independência económica, com vista aos objectivos de progresso e justiça social.

Porém, a unidade nunca foi pensada, concebida ou projectada como dogma a ser defendido ou praticado contra ou à revelia da vontade soberana dos dois povos.

O PAIGC definiu sempre a autonomia das vontades e a soberania nacional de cada povo como um dado intocável e fundamental em toda a luta, seja no plano mundial, seja no plano africano, como ainda no plano específico da Guiné e Cabo Verde. É por isso que, mesmo nesse quadro da unidade, sempre foi claro que ela não seria decisão do Partido ou da sua direcção, nem dos elementos mais esclarecidos politicamente das suas sociedades, mas sim decisão consciente e livremente elaborada e assumida pelos povos da Guiné e Cabo Verde.

Quer dizer: embora o PAIGC sempre tivesse definido a unidade como um dos seus objectivos fundamentais e mais importantes, sempre a encarou no quadro das opções que tinham que ser feitas soberana e livremente pelos povos da Guiné e Cabo Verde.

Ao PAIGC, como vanguarda revolucionária aglutinadora das inspirações e dos interesses mais profundos das massas populares e força dirigente das duas sociedades, incumbia mobilizar e conscientizar as populações para a justiça e as vantagens da unidade e para os objectivos superiores que se prosseguiam com ela, no quadro da construção dos nossos países e duma África cada vez mais unida, mais forte e mais livre.

As independências das duas Repúblicas irmãs constituem, de facto, a mais indementível prova da validade dos princípios que nortearam a estratégia e a acção do PAIGC e confirmam a justeza da análise genial feita pelo fundador do Partido e das nacionalidades.

Mas, não obstante a importância dos factores histórico-culturais no processo de elaboração e construção da unidade, desde ce- do a vontade política dos dois novos Estados independentes viu-se confrontada com o difícil desafio da criação das estruturas materiais e institucionais indispensáveis à progressiva edificação da unidade. É ao percurso realizado pelo nosso projecto unitário nesses escassos anos de independência que vamos passar a referir.

Contribuição de importância transcendente na construção dos alicerces da unidade foi a consagração do estatuto da igualdade de direitos dos cidadãos da Guiné e de Cabo Verde, em termos de reciprocidade, acolhida, em primeiro lugar, na lei fundamental do Estado da Guiné-Bissau adoptada na histórica Assembleia do Boé e, mais tarde, no Acto da Proclamação da Independência de Cabo Verde.

Numa tentativa de enquadramento jurídico-institucional da problemática da unidade, a nível dos órgãos do poder do Estado, foi criado o Conselho da Unidade, na dependência directa dos

presidentes das Assembleias Nacionais e integrado por deputados dos dois países.

A primeira fase da independência das duas Repúblicas — até 1977, ano de III Congresso — é caracterizada, essencialmente, pela realização de várias visitas e reuniões de trabalho entre os responsáveis do Partido e dos Estados, tendo sido esboçadas as primeiras recomendações relativas ao processo de desenvolvimento dos dois países.

Em 1976, já se afirmava no relatório apresentado à reunião ordinária do CSL de 26 a 31 de Agosto que "a institucionalização da unidade, a nível de Estado, exige um trabalho persistente de cooperação e coordenação da acção dos nossos Governos, que devem sempre presente que cada medida que tomam deve servir o comum interesse da construção da unidade da Guiné e Cabo Verde" e que "ao entusiasmo das decisões precipitadas, quase sempre pouco reflectidas, preferimos a reflexão, a firmeza dos passos, talvez mais lentos mas mais seguros, porque a Unidade Guiné/Cabo Verde deve ser uma decisão conscientemente tomada pelo nosso povo, o qual deve compreender todo o seu alcance e nela ver o que realmente é: a garantia do seu futuro independente e próspero, tanto na Guiné como em Cabo Verde".

É nessa ordem de ideias que, após apreciação do relatório do Conselho da Unidade, o CSL decide criar a Conferência Intergovernamental, a qual devia "reunir regularmente representantes dos dois governos para debater todas as questões que interessam à coordenação da sua acção e ao desenvolvimento da cooperação entre os dois Estados, no caminho da construção da unidade e do progresso comum dos nossos dois países".

De acordo com as recomendações do CEL, reúne-se, em Bissau, em Agosto de 1977, a 1ª Conferência Intergovernamental, cujas principais resoluções podem assim ser resumidas:

- a) - Necessidade do desenvolvimento de infra-estruturas como fac-

tores indispensáveis à consolidação dos alicerces da unidade;

- b) - Importância da definição de estratégias comuns por parte dos diversos departamentos do Estado;
- c) - Necessidade da criação de um bureau de coordenação em cada um dos países.

É sem dúvida o III Congresso do Partido, reunido em Bissau de 15 a 20 de Novembro de 1977, que nos veio oferecer a oportunidade para um aprofundamento da problemática da Unidade Guiné/Cabo Verde, devidamente actualizada e adequada à realidade específica dos dois países recém-independentes. Neste quadro, o órgão máximo do Partido:

- estabeleceu que a concepção dinâmica da unidade "pressupõe um processo de desenvolvimento complementar e uma ordenação a nível das estruturas do poder, no quadro de uma estratégia comum";
- constatou a existência de vários acordos que permitiram importantes passos no sentido da unidade, como é o caso da suspensão de direitos aduaneiros nas trocas comerciais entre os dois países em relação a mercadorias originárias, a criação de uma empresa conjunta de transportes marítimos de longo curso, a reunião dos dois espaços nacionais num território judicial;
- decidiu reforçar e dinamizar as estruturas da unidade já em funcionamento.

Um rápido balanço das actividades da Conferência Intergovernamental, após três anos de funcionamento, permite-nos tirar as seguintes conclusões:

1. Dentro do condicionalismo próprio dos nossos dois países, separados fisicamente por mais de 500 milhas de Oceano A-

tlântico, com uma desastrosa situação económica e social herdada do colonialismo, caracterizada pela mais completa inexistência de estruturas, a Conferência Intergovernamental revelou-se um instrumento válido de dinamização da cooperação entre a Guiné e Cabo Verde.

2. A Conferência Intergovernamental conseguiu, de facto, através das suas orientações e programas de trabalho, intensificar o intercâmbio entre todos os sectores da Administração Pública e o desenvolvimento das relações económicas e comerciais entre os dois países.

3. A organização, funcionalidade e eficácia da Conferência Intergovernamental foi objecto de aperfeiçoamento constante. Se as duas 1.ªs Conferências realizadas em Agosto de 1977 e Fevereiro de 1979 em Bissau foram, essencialmente, reuniões de inventariação e identificação de áreas e projectos prioritários de cooperação, a 3.ª Intergovernamental, realizada no Mindelo, de 13 a 16 de Dezembro de 1979, revelou-se de particular importância no processo de materialização da unidade, pelas suas recomendações no respeitante à institucionalização da Conferência e eficácia das suas decisões.

Contribuição altamente significativa, política e jurídico-institucional, para o estabelecimento de um mecanismo próprio que permitisse acolher na ordem interna as decisões relativas ao processo da unidade, viria ser fornecida pelas Constituições das duas Repúblicas.

Uma rápida análise dessa questão, tomando como base a Constituição caboverdiana, permite-nos constatar, com extrema facilidade, o seguinte:

1. A importância que é atribuída à questão da unidade, consagrando-lhe um capítulo — o II, integrado pelos artigos 22.º, 23.º, 24.º, — do Título I sobre os princípios fundamentais, não obstante a clareza das opções feitas no artigo 17.º relativamente à unidade africana.

Por outro lado, estabeleceu-se de forma clara que "a união orgânica será democraticamente decidida pelos representantes legítimos dos dois povos e sujeita a referendo popular".

2. Ilustrando ainda a importância que a nossa Lei Fundamental atribui à unidade, o facto de doze dos seus artigos se referirem directa ou indirectamente à unidade com a Guiné-Bissau, destacando-se:

- A norma que define as FARP como "uma instituição da unidade dos povos de Cabo Verde e da Guiné-Bissau..."

- O artigo que fixa o estatuto da igualdade de direitos dos cidadãos caboverdianos e guineenses.

3. A competência para "acompanhar a acção tendente à criação das condições que, tendo em atenção os interesses de Cabo Verde e da Guiné-Bissau, favoreçam o processo da unidade dos dois Estados" é atribuída ao órgão máximo do poder do Estado, a Assembleia Nacional Popular, à qual também compete "regular em lei o regime e condições de eficácia, na ordem interna do Estado de Cabo Verde, dos actos e deliberações que o Governo realizar ou tomar em conferência e acordos com o Governo da Guiné-Bissau". (Artigo 67).

A Constituição política da República irmã da Guiné-Bissau previa disposições idênticas, a respeito da mesma questão, o que ajuda a vincar e compreender uma outra dimensão do mesmo problema: a do escrupuloso respeito pela identidade nacional, igualdade e soberania interna de cada um dos Estados, em conformidade com a prática política de sempre do nosso Partido. Trata-se, pois, de uma questão de coerência ideológica que se sintoniza com a trajetória de todo o processo da luta para a emergência de duas nações soberanas e independentes, cuja gestação, proclamação à África e ao mundo e correspondente apelo de reconhecimento internacional, foram feitos pelo nosso respeitado Partido.

Não podemos terminar esta síntese do que foi o processo da

unidade da Guiné e Cabo Verde após as independências, sem uma referência, ainda que breve, ao esforço de adaptação às novas realidades, realizado pelas estruturas partidárias, a nível nacional e supranacional.

Sendo o PAIGC o galvanizador e o catalizador de todo o processo da unidade, as suas estruturas orgânicas não podiam deixar de receber benéficas influências da dinâmica que ele próprio imprimiu ao processo.

Para além da emanação de orientações e directrizes, da importante influência exercida pelos militantes do Partido e das organizações sociais e de massas no quadro de um programa de intercâmbio das populações da Guiné e Cabo Verde, da criação dos instrumentos de execução necessários à progressiva materialização da unidade — as estruturas orgânicas do Partido sofreram diversas alterações, numa busca permanente de cada vez maior eficácia no cumprimento da sua função dirigente, de acordo com a realidade concreta de cada momento da luta. É assim que, com a nova situação criada com as independências dos dois países, impunha-se adaptar as estruturas partidárias às suas novas responsabilidades. Foram criados os Conselhos Nacionais, com competência estatutária para, nomeadamente “dirigir a actividade geral do Partido e assegurar o cumprimento do programa à escala nacional” e “orientar e controlar a acção dos organismos estatais”. É por demais evidente a importância deste órgão, o qual se dotou de um executivo — o Comité Permanente — permitindo uma larga e efectiva intervenção na orientação política nacional.

Visou-se a dinamização dos órgãos supranacionais com a criação da função de Secretário Executivo do CEL e comissões especializadas em razão da matéria. A falta de quadros e a dispersão geográfica haveriam de condicionar a solução de vários problemas, nomeadamente o da organização do Secretariado do CSL, com vários Secretários e serviços próprios, que foi afectada por factores que adiante examinaremos.

É evidente que a marcha dos povos da Guiné e Cabo Verde para a unidade não decorreu de modo linear e uniforme.

Na realidade, o caminho da luta é sempre repleto de escolhos e dificuldades. A nossa luta unitária de libertação conheceu também, como não podia deixar de ser, as suas grandes dificuldades que, na medida do possível, foram sendo mais ou menos ultrapassadas umas vezes, contornadas outras. Sabia-se que o empreendimento a que se propunha o PAIGC não era fácil. O Partido tinha plena consciência das realidades e particularidades sociológicas e geográficas dos dois países.

A velha tática da dominação imperialista — “dividir para reinar” — foi sistematicamente aplicada contra o nosso Partido, ao longo de toda a trajectória da luta.

Desde cedo, toda a artilharia dos serviços de propaganda e contra-informação do inimigo tomou posição para “abater” a prática unitária do nosso Partido.

A questão nacional é eleita como alvo prioritário da estratégia anti-unidade. Toda a propaganda inimiga é organizada em conformidade. Em Cabo Verde, ela assume a forma de um anti-africanismo racista e reaccionário e na Guiné de um anticaboverdianismo não menos racista e reaccionário mas ganhando, porém, maior visibilidade nos anos da “Guiné-Melhor”. Efectivamente, a política praticada pelos colonialistas durante este período não podia deixar de fazer adeptos entre certas camadas sociais que, contra os ventos da História, desejavam ciosamente a continuação da situação de privilégios de que beneficiavam com a guerra, ou, quando muito, a sua evolução para uma independência aparente, tendo como pano de fundo o político-ideológico a defesa de um nacionalismo estreito e retrógrado.

O mesmo pano de fundo é visível no complot que, a 20 de Janeiro de 1973, custou a vida ao fundador do Partido e das nacionalidades.

Sabia-se que era natural que o importante investimento político e divisionista realizado pelo inimigo aumentasse as dificuldades da caminhada comum. Não era, porém, previsível que, sete anos decorridos após o bárbaro assassinato de AMILCAR CABRAL e no sexto aniversário da libertação total da República da Guiné-Bissau, viéssemos a assistir a um segundo golpe de significado e consequências ainda mais graves do que o anterior.

Foi a obra que realizámos em quase vinte e cinco anos de luta conduzida pelo nosso Partido e cuja consagração, nos termos expostos, procurávamos alcançar através da acção paciente dos nossos Estados, que foi gravemente atingida pelo golpe desfechado na noite de 14 de Novembro em Bissau.

Na sua ânsia de fazer legitimar, sem demoras, aos olhos dos nossos povos e do mundo, o seu acto, os autores do golpe têm sido férteis em razões que, no seu dizer, os teriam movido a agir, de forma tão grave, contra a integridade do Partido e as instituições do seu país. Importa que nos debrucemos um pouco sobre as suas alegações para que, abrindo caminho no meio de falsidades, contradições e manifesta má-fé que têm sido as suas declarações, possamos apreender as causas reais do golpe e os verdadeiros objectivos dos seus autores. Só assim poderemos, como militantes que somos, tirar desta dolorosa experiência os ensinamentos que ela contém.

A "razão" mais irracional — e nem por isso a menos grave — avançada pelos autores do golpe e pelos inimigos do PAIGC que apoiaram tanto internamente como no exterior —, seria a necessidade de pôr termo à "hegemonia caboverdiana", ao "colonialismo caboverdiano", à "unidade do cavaleiro e do cavalo" em que se traduziria a obra, que vínhamos construindo juntos, da unidade Guiné-Cabo Verde. Retomando, assim, o argumento já gasto pelo uso que dele fizeram no passado os colonialistas portugueses, os grupos oportunistas e toda a gama de inimigos da independência das nossas terras, os autores do golpe e os seus porta-vozes não hesitaram, em lançar vivas à "verdadeira independência e dignidade nacional só agora conquistada" e em declarar que a unidade havia constituído,

no passado, um entrave à "afirmação da identidade nacional guineense". Nas suas acusações contra a unidade e contra Cabo Verde e os caboverdianos, os autores do golpe e os seus aderentes não hesitaram em afirmar em conversações oficiais com entidades estrangeiras que Cabo Verde deveria deixar de tratar a Guiné-Bissau como sua colónia.

Nunca disseram os acusadores do que chamaram "colonialismo caboverdiano" como e através de que agentes se exercia essa "dominação colonial". A necessidade deste esclarecimento é tanto maior quanto é certo que a consideração dos números dos membros dos órgãos de direcção supra-nacional do Partido dá-nos sensivelmente a proporção de 2—3 guineenses para um caboverdiano em cada um desses órgãos (CSL, CEL, Comité Permanente) e que apenas dois elementos de naturalidade caboverdiana (num total de 50 membros) tinha assento no CNG, não sendo nenhum deles membro do respectivo Comité Permanente. Na sede do Partido, em Bissau, figurava como permanente, mas no exercício de funções supra-nacionais, mais um elemento caboverdiano.

A consideração da composição dos órgãos de soberania do Estado da Guiné-Bissau vem acentuar o infundado da pretensão de uma "hegemonia" caboverdiana.

Assim, na Assembleia Nacional Popular, num total de 150 deputados apenas dois naturais de Cabo Verde; no Conselho de Estado não figurava um único elemento caboverdiano; no Governo, dos 19 Comissários de Estado apenas dois são caboverdianos.

Se descermos a nossa análise aos órgãos de direcção regional verificamos que não se registava a presença de um único elemento caboverdiano que fosse nos comités de região e de sector, seja a nível do Partido, seja a nível do Estado.

Realice-se ainda, que do Estado-Maior-Geral das FARP, na Guiné, só fazia parte um elemento de naturalidade caboverdiana, que não havia elementos caboverdianos nos comandos das regiões e das

unidades militares e que, tendo regressado a Cabo Verde os militantes caboverdianos que participaram na luta armada nas fileiras das FARP, não existia praticamente nenhum militar caboverdiano na Guiné.

Resulta do exposto que, na Guiné e no conjunto dos órgãos estatais e partidários de direcção nacional — na esfera civil e na esfera militar — apenas um total de oito lugares era ocupado por militantes naturais de Cabo Verde. Todavia, por virtude da necessidade de acumulação de funções, apenas se encontravam na zona do poder cinco dirigentes do PAIGC naturais de Cabo Verde.

Seriam estes cinco elementos os garantes do chamado "colonialismo caboverdiano" na Guiné, os agentes da opressão e da repressão de que seriam vítimas a direcção do país irmão?

Se estas calúnias se passam de quaisquer comentários, não podemos deixar de constatar que com a teoria inqualificável da "hegemonia caboverdiana" na Guiné, os seus autores atingem, em primeira mão, a dignidade do próprio povo guineense, o qual, em séculos de resistência à penetração portuguesa e em mais de uma década de luta armada de libertação nacional sob a direcção do PAIGC, tantas provas deu de dignidade, de patriotismo e de coragem.

Ao ignorarem a circunstância de os elementos naturais de Cabo Verde apresentados como agentes da chamada "hegemonia caboverdiana", serem combatentes da liberdade da Pátria, os autores do golpe e os repetidores das suas calúnias levantam uma parte do véu com que pretendiam cobrir as suas reais motivações. E, de entre estas, resulta evidente o baixo sentimento racista que, explorado sabiamente, se manifestou, por ocasião do golpe, no movimento em que se identificavam a posição de apoio aos golpistas e a de vocação aos elementos caboverdianos da população de Bissau.

Como não podia deixar de ser, aquilo a que se chamava movimento para afirmação da identidade nacional até então oprimida, caiu em extremos e, numa preocupação de rigorosa "autenticidade",

repeliu tudo o que não fosse, no seu critério, "guineense puro". Não admira, pois, que entre as causas do golpe tivesse sido apresentado o facto de o Presidente do Conselho de Estado ter sangue caboverdiano.

Sempre os inimigos dos nossos povos e do Partido procuraram criar e exacerbar nos espíritos não — ou pouco — politizados, o ódio racial e o nacionalismo estreito de que aquele é uma das componentes. O que é novo é que ao nível mais elevado do país irmão, dirigentes houve e com tantos anos de luta, que se deixaram alistar numa empresa tão indigna.

Ao falarmos de racismo e de nacionalismo estreito, referimos um elemento de fundo das motivações dos golpistas e uma das armas de mais fácil manejo de que os mesmos se serviram para derrubar o regime, obter apoio popular e consolidar o golpe.

Mas é evidente que, se tais motivações puderam determinar as consciências dos homens, algo haveria de carente nessas mesmas consciências. Por isso mesmo, mais adiante e em momento oportuno, aprofundaremos um pouco mais a nossa análise, no plano da ideologia.

Por ora, cumpre-nos realçar a contribuição de valor que, durante sete anos e agindo em nome do Partido e da unidade Guiné/Cabo Verde, foi dada pelos quadros dirigentes naturais de Cabo Verde à Guiné-Bissau onde, respondendo à necessidade de quadros sentida pelo país irmão, permaneceram por determinação expressa do Partido, após o termo do combate libertador. Servindo com competência, dedicação e lealdade o Governo da Guiné-Bissau, os feridos camaradas demonstraram possuir a perfeita consciência de que, no seu posto de luta e de trabalho, serviam não só os interesses nacionais guineenses, mas também os interesses e ideais que eram comuns aos nossos povos.

Prossigamos na apreciação das outras "causas" do golpe, tal como apresentadas pelos seus autores. E sem pretendemos es-

gotá-las todas, por irrisórias na sua maioria, podemos reunir essas "causas" no quadro negro que os golpistas pintaram da vida do povo da Guiné-Bissau sob o regime constitucional deposto. Situação de que — dizem — o Presidente do Conselho de Estado seria o único responsável ...

Assim, por sua culpa, o povo da Guiné-Bissau teria vivido, após a partida dos colonialistas portugueses, sob um clima de terror sem precedentes, vendo os seus direitos e liberdades violados sistematicamente por uma polícia ainda mais tenebrosa do que a própria PIDE, sendo prática corrente as prisões arbitrárias e as execuções sumárias. A informação estaria amordaçada, sujeita a uma censura rigorosa que se exercia mesmo sobre os textos históricos de AMIL-CAR CABRAL.

No dizer dos autores do golpe, o clima de descontentamento teria resultado do terror erigido em forma de Governo e seria ainda agravado pela situação de "caos económico" a que o Presidente — e só ele — teria conduzido o país. A fome seria uma realidade actual em consequência da rotura dos "stocks" dos géneros essenciais, motivada por crimínosa negligência do regime deposto.

Na origem do "desastre económico", encontrar-se-ia, além do mais, o gosto por projectos sumptuosos enquadrados numa política de investimentos mais preocupada com o prestígio do regime do que com as condições de vida das populações e o real desenvolvimento económico do país.

Por todas estas "razões" — que teria motivado os golpistas — estava-se em vésperas de um "levantamento popular de consequências imprevisíveis". E de acordo com os dizeres dos seus autores, o golpe teria intervindo, como acto patriótico oportuno, para afastar esse espectro.

Vejamos rapidamente as "razões" implícitas no quadro que acabámos de descrever:

Faltaria à verdade quem pretendesse que tudo ia pelo melhor nos Serviços de Segurança da Guiné-Bissau. Mas maior erro cometeria quem dissesse que os erros e as violações que, no âmbito desse serviço, foram cometidos, deixaram alguma vez indiferente o Presidente Luís Cabral, o qual sempre se opôs — e isso tanto nas estruturas partidárias como nas estatais. E não deixa de ter interesse lembrar o empenho que pôs no tratamento dessas matérias e o rigor com que criticou os departamentos de Segurança e de Justiça por certos casos de desvio à lei e aos princípios, ao dirigir-se, em Maio último, aos deputados da Nação, reunidos em sessão ordinária da Assembleia Nacional Popular.

Pretender apresentar Luís Cabral como criminoso responsável por assassínios e massacres, por prisões sem justa causa e em massa, por torturas, é algo que só pode explicar-se pelo ódio e pela consciência exacta que têm os seus acusadores de que nenhuma razão válida podem apresentar para legitimar o golpe com que o afastaram ilegitimamente do poder.

Não é, com efeito, concebível que todos os responsáveis se tivessem demitido das suas responsabilidades e deixando o poder nas mãos de um único homem, agora apresentado como corrupto e sanguinário. Isso é tanto mais inaceitável quanto é certo que o chefe do golpe era o segundo responsável do país a nível do Estado e detinha nas suas mãos a força real que lhe vinha do facto de ser o primeiro responsável do Partido a nível nacional. Tinha ele nomeadamente a possibilidade de convocar o Conselho Nacional da Guiné, a instância máxima do Partido a nível nacional de que era Presidente e, no seu seio, formular críticas e promover medidas que obstassem a que o país chegasse à situação que agora apresenta como "desastrosa" para tentar legitimar o seu golpe. E ele poderia ainda ter agido a nível dos órgãos da direcção supranacional do Partido, em cujas reuniões regulares, presididas pelo Secretário-Geral, sempre participou e onde a possibilidade e liberdade de crítica nunca lhe foi recusada, sobre todos os assuntos da vida do Partido e de cada um dos nossos governos.

Por outro lado, os anos seguidos de más chuvas, a inflação im-
portada e o aumento da factura do petróleo, fenómenos que atingi-
ram a generalidade dos países da nossa área, não podiam deixar de
ferir mais duramente os de economia débil.

Os responsáveis do golpe de Bissau, que conhecem muito bem
esses factores negativos, ao falarem de dificuldades económicas
como causas do golpe, mais não fazem do que acenar com demago-
gias baratas para as massas.

Atacando Luís Cabral neste plano — e, em especial ao ataca-
rem-no fora das estruturas partidárias — é, objectivamente, o Par-
tido que os golpistas atingem, mobilizando contra ele as massas
não esclarecidas e condicionadas por discursos ditados pelo ódio.

Não é nossa intenção negar que, na Guiné-Bissau, erros houve
que foram cometidos no plano económico. E nem podia ser de outro
modo, num país que está no início da sua vida independente, diri-
gido por responsáveis sem experiência de governação, sem peritos
nos serviços, num mundo em que a técnica e o relacionamento
económico são cada dia mais complexos.

Contudo, ao observador sereno e que não se contenta com a
superficialidade das coisas revela-se evidente a acção meritória do
Governo com vista a arrancar o país da situação económica catas-
trófica em que o deixara o colonialismo.

Nessa etapa inicial, o esforço principal centrou-se, como não
podia deixar de ser, no sector das infraestruturas económicas de
base, ao mesmo tempo que se procurou aumentar a quase inexisten-
te capacidade produtiva do país. A partir de uma estrutura funda-
mentalmente tradicional (o sector não monetário representa cerca
de 65 por cento do produto interno), o esforço de desenvolvimento
atingiu a agricultura, a silvicultura, a pesca, as minas, a construção,
a indústria e as empresas.

O desenvolvimento das infraestruturas económicas e das acti-

Hoje, ao pretenderem encontrar um "bode expiatório" para
a grave responsabilidade que assumiram com um golpe desnecessá-
rio, anti-partidário, contrário à lei e, ele sim, de "consequências im-
previsíveis", os golpistas condenam-se a si próprios. Não tendo agi-
do, durante anos a fio, como recomendam os princípios do Parti-
do; tendo durante esse longo tempo aplaudido ou, pelo menos,
mantido o silêncio e a inércia face ao que agora dizem serem vio-
lações graves dos direitos do homem e dos interesses nacionais,
legítima é a conclusão de que não é ainda servir o povo guineense
que com o golpe procuram, sendo antes movidos por uma manifes-
ta ambição do poder.

Falámos atrás das reais dificuldades económicas que a Re-
pública irmã da Guiné-Bissau vinha atravessando. Tais dificuldades,
não eram segredo para ninguém, sendo tema obrigatório nas agendas
de trabalho das delegações guineenses em contactos internacionais,
nas intervenções públicas dos deputados, nas exposições dos respon-
sáveis, etc.

No entanto, quando se eleva esse facto a causa legítima do gol-
pe de estado, algumas considerações se impõem.

A República da Guiné-Bissau, como estado soberano e total-
mente livre só existe há seis anos, período que é extremamente
curto para se transformar a economia de um país.

Além disso, no momento da retirada da administração colo-
nial, a economia da Guiné-Bissau encontrava-se totalmente destruída,
com mais de metade da população camponesa refugiada no estran-
geiro ou nos centros urbanos com o melhor dos seus terrenos de cul-
tura inutilizados. As balanças comercial e de pagamentos eram alta-
mente deficitárias, tendo a potência colonial deixado o país sem e-
quipamentos, sem quadros, com sessenta e cinco centavos na Caixa
do Tesouro.

vidades produtivas exigiu a dinamização paralela do conjunto dos serviços sociais (saúde, educação, justiça, informação, cultura, desporto), procurando beneficiar directamente as populações e assegurar as bases a longo prazo, do desenvolvimento harmonioso do país.

A política económica da Guiné-Bissau privilegiava, pois, a criação rápida de condições indispensáveis ao arranque do desenvolvimento do país. Tal política nem sempre alcança resultados imediatos: em termos de aumento da capacidade produtiva, os efeitos da construção de uma ponte, da instalação de uma central eléctrica ou da pesquisa de variedades de arroz, não se fazem sentir rapidamente.

Sem qualquer preocupação de enumerar as realizações económicas levadas a cabo ou em curso na Guiné, de 1974 a 1980, importa salientar que, face à dramática situação em que o país foi deixado pelos colonialistas, "tudo era prioritário", da reinstalação das populações fugidas à guerra à organização do aparelho do novo estado; da distribuição das sementes aos camponeses à importação de alimentos, roupas, medicamentos, adubos, livros, máquinas, combustíveis; da rede nacional de telecomunicações à abertura de poços; da construção de escolas, hospitais, estradas e portos à reorganização das Forças Armadas; da formação de quadros nacionais à estruturação de empresas, dos serviços; do início das actividades de pesca e da prospecção mineira à construção das primeiras unidades industriais.

Após uma fase inicial em que as medidas económicas surgiram sem uma planificação prévia, essencialmente como respostas pontuais às necessidades urgentes, o governo guineense adoptou medidas para programar racionalmente o desenvolvimento do país.

Foram elaborados a partir de 1978 programas anuais de investimento e um programa bienal de desenvolvimento para 1980/1981 e encontrava-se em preparação o primeiro plano quadrienal abrangendo os anos de 1982 a 1985. Enquanto o programa bienal incidia

sobre a criação das infra-estruturas indispensáveis ao desenvolvimento, o plano quadrienal permitiria já lançar as linhas gerais das grandes acções de desenvolvimento da produção.

As múltiplas iniciativas económicas da Guiné — em 1980 o número de projectos era de 400 — constituem decerto um indicador do dinamismo com que o governo enfrentava as tarefas do desenvolvimento, em condições estruturalmente difíceis. A tomada de consciência da complexidade dos problemas económicos, a cada vez maior organização e planificação da economia, a experiência adquirida pelos dirigentes e quadros na gestão do país, criavam condições favoráveis à liquidação da pesada herança colonial e à edificação progressiva das bases que permitiriam o arranque para o desenvolvimento do país.

Sem pretender negar as dificuldades que o país atravessava no plano do abastecimento em géneros alimentícios, não se pode omitir, como fazem os golpistas, que tinham sido tomadas medidas oportunas para o abastecimento e que o atraso na chegada de arroz destinado ao consumo da população se deveu a circunstâncias fortuitas.

Dizem os golpistas que tiveram a "intuição" da "iminência" de um levantamento popular. E perante essa ameaça teriam agido.

É evidente que, se todos os regimes têm opositores, o da Guiné-Bissau não podia deixar de sofrer, no seio da população, os efeitos negativos da acção inimiga. Mas, face à acção que, através da exploração de dificuldades naturais num processo de reconstrução nacional, visava-se criar um clima de insurreição, a atitude correcta, honesta e corajosa não podia, de modo nenhum, ser a de fazer o trabalho do inimigo de sempre do PAIGC; isto é, a de lhe emprestar os meios militares que os golpistas puseram em movimento para submeter o país, prendendo o Presidente do Conselho de Estado, outros dos principais dirigentes, dissolvendo os órgãos democraticamente eleitos, fazendo alguns mortos entre os companheiros de luta e impondo o facto consumado da sua nova ordem, apoiada em metralhadoras e blindados. Nova ordem, de que as suas declarações contraditórias

levam a crer não terem medido as implicações, internas e internacionais, num movimento confuso e sem propósitos sérios definidos no plano político e ideológico.

Assumindo objectivamente o papel de verdadeiros agentes do inimigo interno e externo, os homens do golpe agiram no sentido da realização do objectivo de há muito sonhado por este, de demolir o Partido, fazer recuar ou parar definitivamente o processo da unidade, depôr a direcção saída de luta armada ou fazê-la diluir-se no seio de uma massa de oportunistas sem identificação nem compromissos com o projecto de sociedade proposto pelo PAIGC.

E não deixa de ter interesse chamar a atenção para os aplausos que o golpe mereceu dos descontentes, de "nacionalistas" do 25 de Abril, do "lumpen" da capital, da camada pequeno-burguesa irredutível que não esqueceu os privilégios que desfrutou ao serviço da "Guiné-Melhor", aplausos também das organizações oportunistas que durante a luta se mantiveram a distância segura no exterior e que depois da independência, conspiravam em vários países estrangeiros, de antigos comandos africanos irreconciliáveis com o verdadeiro militante do Partido e muitos deles notáveis criminosos de guerra; e, de mais longe, os aplausos das imprensas de extrema-direita, as mensagens de apoio vindas de certos meios económicos ligados à reacção responsável pela guerra colonial, etc., etc..

Tudo isso considerado, fica apenas a conclusão de que, tendo valido aos golpistas o aplauso e o elogio dos inimigos de sempre do PAIGC —, os quais não escondem o seu gáudio e se apressam a acorrer a Bissau para a grande "reconciliação" proposta pelo Conselho da Revolução —, pouco ou nenhum interesse terá a questão de saber se está em presença dum verdadeiro golpe de estado ou, como pretende o Conselho de Revolução, se se trata de um "movimento de reajustamento"...

Na enumeração das "razões que os teriam levado a agir na noite de 14 de Novembro, não esqueceram os golpistas uma referência às FARP, em cujas fileiras segundo eles grassaria o descontentamento motivado pelo amiguismo que teria influenciado as graduações, pelos

baixos salários e pelos problemas sociais que afectavam os antigos combatentes.

Ora, como se sabe, tratando-se não de promoções regulares no seio da instituição militar mas sim de atribuição de justa patente aos homens ainda nas fileiras que fizeram a luta armada — e tendo em conta o passado e a função actual de cada elemento —, a hierarquização das FARP foi questão tratada a nível das instâncias partidárias nacionais e supra-nacionais, consoante os graus atribuídos. As decisões tomadas foram na base de inquéritos e após a análise demorada de propostas apresentadas por uma comissão do Estado Maior nomeada pelo Conselho Superior da Luta. A este coube também, após ampla discussão, fixar os critérios a observar nas graduações e a atribuição de todas as patentes superiores a capitão.

Não houve, portanto, decisão pessoal fosse de quem fosse. Deu-se também a todo o elemento graduado a possibilidade de exprimir o seu desacordo caso se considerasse prejudicado. As declarações apresentadas foram apreciadas de novo. E, atendidas umas, repudiadas outras, é natural que tivessem sobrado descontentes numa operação tão complexa.

Seja como for, a rectidão com que a Comissão do Estado Maior cumpria a sua missão, mereceu-lhe louvores registados em resoluções aprovadas unânimemente em reunião do CSL que contou com a presença e a activa participação dos principais chefes do golpe...

Constituindo ontem a nata das FARP, o grupo dos seus melhores elementos, seleccionados e temperados na luta armada, os membros do antigo Estado Maior Geral vêem hoje negado o valor do enorme esforço que vinham realizando para transformar as FARP — modernizando o Exército, desenvolvendo a Marinha de Guerra, criando a nova arma da Aviação, melhorando a Logística e os demais serviços e aperfeiçoando a Direcção Política —, a fim de pô-las à altura das suas responsabilidades na defesa do país. Ontem ainda respeitados pelos seus subordinados e prestigiados pelo Partido e pelo Governo que neles admiraram as verdadeiras qualidades humanas e militares, os membros do Estado Maior Geral das FARP são hoje

criminosamente apresentados como sanguinários responsáveis por massacres, como laiaios fiéis de um governo facinora a cuja ordem teriam cometido injustiças sobre a tropa, etc.

Com argumentos dessa natureza procuram os golpistas mobilizar os homens contra os seus antigos comandos e companheiros de armas. Com efeito, ser-lhes-ia doutro modo extremamente difícil fazer retirar valor ao facto eloquente de não ter havido um único membro do Estado Maior Geral no seu grupo, explicar a necessidade que sentiram de manter nas masmorras todos aqueles que se encontravam no país, um dos quais sucumbiu já — o brioso camarada Primeiro Comandante André Gomes, membro do CEL do Partido e condecorado pessoalmente por AMILCAR CABRAL com a "Medalha da Estrela Negra", por coragem e decisão no cumprimento de uma missão difícil.

Para mobilizar a tropa a seu favor, usaram os golpistas além de acusações caluniosas, uma vasta gama de promessas demagógicas.

Não sendo possível ao país fazer face aos encargos de um exército de soldados profissionais, optou-se pela desmobilização dos combatentes, conservando-se entretanto nas fileiras os quadros necessários ao funcionamento da instituição militar. Ao mesmo tempo foi decretado o serviço militar obrigatório, estando em curso os trabalhos indispensáveis à sua efectivação. A desmobilização vinha sendo feita progressivamente, não tendo sido possível acelerá-la por ter tido o governo a justa preocupação de, na medida do possível, dar ao combatente desmobilizado os meios que lhe ajudariam a iniciar a sua vida civil.

Não crendo que possam manter por muito tempo a farsa, fica a certeza de que não estará longe o dia em que os golpistas terão a prova de que a demagogia e o oportunismo são armas extremamente perigosas para quem delas se serve.

O mesmo se poderá dizer sobre o argumento demagógico que pretende apresentar os antigos combatentes como votados ao aban-

dono, vítimas de gritante injustiça que esquecia deliberadamente o importante papel que desempenharam na libertação da Pátria.

Que o Estado da Guiné-Bissau não tenha dado ao combatente da liberdade tudo quanto este merecia pelo seu sacrifício na luta armada libertadora é um facto. Mas que um desinteresse do Presidente Luis Cabral pela sorte desses combatentes estivesse na origem dessa carência é afirmação duma injustiça evidente quando se sabe que foi ele o impulsor da Lei do Combatente da Liberdade da Pátria e o criador do departamento estatal responsável pela sua implementação. Departamento este dirigido sucessivamente por dois dos mais importantes elementos do Conselho da Revolução.

As dificuldades que atingiram os combatentes da liberdade não diferiram essencialmente das que enfrentaram os militares e os trabalhadores da função pública, encontrando a sua origem nas crescentes limitações financeiras traduzidas num "déficit" orçamental de cerca de 50 por cento. Pretender hoje apresentar este facto, isoladamente ou ligado aos já analisados, como razão que legitimaria o golpe de 14 de Novembro, só pode ser algo que procede da mais pura demagogia.

Foi, contudo, a adopção, a 10 de Novembro, de uma nova Constituição que, segundo os golpistas, teria feito transbordar o vaso em que se acumulavam os seus "motivos de descontentamento", determinando-os a agir. (Note-se de passagem, que o chefe do golpe, em declarações reproduzidas por vários órgãos de informação, situa a sua decisão de agir a 2 de Novembro, num momento em que a nova Constituição era ainda um apenas ante-projecto a ser discutido pelo Conselho Nacional da Guiné, após o que se elaboraria o projecto a ser submetido à Assembleia Nacional Popular...)

A elaboração da nova Constituição da República da Guiné-Bissau foi trabalho em que tiveram intervenção em maior ou menor grau, diversos órgãos de direcção nacional e supranacional do Partido (o CEL, a Comissão Permanente, o CNG e o seu Comité Permanente). Na forma de ante-projecto, foi ela discutida pelos quadros e pelas ba-

criminosamente apresentados como sanguinários responsáveis por massacres, como lacaios fiéis de um governo facinora a cuja ordem teriam cometido inijustiças sobre a tropa, etc.

Com argumentos dessa natureza procuram os golpistas mobilizar os homens contra os seus antigos comandos e companheiros de armas. Com efeito, ser-lhes-ia doutro modo extremamente difícil fazer retirar valor ao facto eloquente de não ter havido um único membro do Estado Maior Geral no seu grupo, explicar a necessidade que sentiram de manter nas masmorras todos aqueles que se encontravam no país, um dos quais sucumbiu já — o brioso camarada Primeiro Comandante André Gomes, membro do CEL do Partido e condecorado pessoalmente por AMILCAR CABRAL com a "Medalha da Estrela Negra", por coragem e decisão no cumprimento de uma missão difícil.

Para mobilizar a tropa a seu favor, usaram os golpistas além de acusações caluniosas, uma vasta gama de promessas demagógicas.

Não sendo possível ao país fazer face aos encargos de um exército de soldados profissionais, optou-se pela desmobilização dos combatentes, conservando-se entretanto nas fileiras os quadros necessários ao funcionamento da instituição militar. Ao mesmo tempo foi decretado o serviço militar obrigatório, estando em curso os trabalhos indispensáveis à sua efectivação. A desmobilização vinha sendo feita progressivamente, não tendo sido possível acelerá-la por ter tido o governo a justa preocupação de, na medida do possível, dar ao combatente desmobilizado os meios que lhe ajudariam a iniciar a sua vida civil.

Não crendo que possam manter por muito tempo a farsa, fica a certeza de que não estará longe o dia em que os golpistas terão a prova de que a demagogia e o oportunismo são armas extremamente perigosas para quem delas se serve.

O mesmo se poderá dizer sobre o argumento demagógico que pretende apresentar os antigos combatentes como votados ao aban-

dono, vítimas de gritante inijustiça que esquecia deliberadamente o importante papel que desempenharam na libertação da Pátria.

Que o Estado da Guiné-Bissau não tenha dado ao combate da liberdade tudo quanto este merecia pelo seu sacrifício na luta armada libertadora é um facto. Mas que um desinteresse do Presidente Luis Cabral pela sorte desses combatentes estivesse na origem dessa carência é afirmação duma inijustiça evidente quando se sabe que foi ele o impulsor da Lei do Combatente da Liberdade da Pátria e o criador do departamento estatal responsável pela sua implementação. Departamento este dirigido sucessivamente por dois dos mais importantes elementos do Conselho da Revolução.

As dificuldades que atingiram os combatentes da liberdade não diferiram essencialmente das que enfrentaram os militares e os trabalhadores da função pública, encontrando a sua origem nas crescentes limitações financeiras traduzidas num "déficit" orçamental de cerca de 50 por cento. Pretender hoje apresentar este facto, isoladamente ou ligado aos já analisados, como razão que legitimaria o golpe de 14 de Novembro, só pode ser algo que procede da mais pura demagogia.

Foi, contudo, a adopção, a 10 de Novembro, de uma nova Constituição que, segundo os golpistas, teria feito transbordar o vaso em que se acumulavam os seus "motivos de descontentamento", determinando-os a agir. (Note-se de passagem, que o chefe do golpe, em declarações reproduzidas por vários órgãos de informação, situa a sua decisão de agir a 2 de Novembro, num momento em que a nova Constituição era ainda um apenas ante-projecto a ser discutido pelo Conselho Nacional da Guiné, após o que se elaboraria o projecto a ser submetido à Assembleia Nacional Popular...)

A-elaboração da nova Constituição da República da Guiné-Bissau foi trabalho em que tiveram intervenção em maior ou menor grau, diversos órgãos de direcção nacional e supranacional do Partido (o CEL, a Comissão Permanente, o CNG e o seu Comité Permanente). Na forma de ante-projecto, foi ela discutida pelos quadros e pelas ba-

ses, tanto no Sector Autónomo de Bissau, em reuniões alargadas aos trabalhadores e às populações, como nas regiões. E os próprios inimigos não deixaram de aproveitar a ocasião para, em diversas assembleias, procurar "assaltar" o PAIGC, dando largas ao seu nacionalismo estreito com o consequente repúdio da opção da unidade, à sua oposição à função dirigente do Partido e à recusa sem apelo do projecto de sociedade proposto por este.

Ao pretenderem enganar os não avisados, os autores do golpe alegam a existência de algumas diferenças entre os textos constitucionais dos dois países, diferenças que, tendo como consequência a "subalternização" da Guiné, seriam essencialmente as seguintes:

1. O facto de, contrariamente à Lei Fundamental de Cabo Verde, a Constituição proposta e aprovada unânimemente na Guiné, não exigir que o Presidente do Conselho de Estado fosse "cidadão originário";

2. O facto de, contrariamente à Lei Fundamental de Cabo Verde, a Constituição proposta e aprovada unânimemente na Guiné, não excluir a pena de morte.

Além disso, criticava-se no texto guineense uma excessiva concentração de poderes.

Atacar a Constituição adoptada unânimemente com fundamentos na ausência de uma menção à obrigatoriedade de o presidente ser cidadão originário, é algo que procede de manifesta má-fé.

Ao ser aceite a proposta de se exigir constitucionalmente a qualidade de cidadão originário aos candidatos a deputados, parece redundante estipular-se a mesma exigência para o candidato a presidente, o qual é eleito dentre os deputados. A uma palavra: o Presidente do Conselho de Estado, sendo um deputado, é forçosamente um cidadão originário.

Os golpistas também exploraram o facto de a Constituição caboverdiana excluir a pena de morte do sistema penal, nenhuma men-

ção se fazendo de igual exclusão no projecto constitucional guineense. Voluntariamente se esqueciam de ponderar o facto de a pena de morte não existir em Cabo Verde, há muitas décadas, não tendo sido abolida pela Constituição e que, na Guiné, a pena de morte foi o resultado das circunstâncias excepcionais de guerra tendo sido mantida após a libertação como reflexo da perduração de algumas dessas circunstâncias no novo período de consolidação da independência.

Se é certo que a Constituição proposta não excluía a pena de morte — a qual, como dissemos, existia de há muito no sistema penal guineense —, não é menos certo que ela não a impunha, deixando à lei ordinária toda a liberdade de acção no sentido da sua exclusão. Com efeito, nenhuma referência havia à pena capital no projecto da Constituição.

Foi portanto desta diferença decorrente de realidades actuais e históricas diversas, que os inimigos da unidade quiseram fazer mais um dos seus cavalos de batalha.

Na sua ânsia de emprestar ao seu golpe preocupações democráticas, dizem os seus autores que teriam também sido movidos pela circunstância de a nova Constituição consagrar uma "excessiva concentração de poderes" nas mãos do Presidente Luiz Cabral ao estipular que o Presidente do Conselho de Estado seria simultaneamente Chefe de Estado, Chefe do Governo e Comandante Supremo das FARP.

Não pensando que, para os golpistas, possa alguém deixar a outrem o Comando Supremo das Forças Armadas e permanecer Chefe do Estado — todas as Constituições acumulam essas funções — fica a conclusão de que o que poderia haver de "excessivo" para eles na Constituição seria a acumulação das funções de Chefe de Estado e Chefe de Governo.

Não vemos que se possa considerar tal "concentração" uma "anormalia": ela parece consagrada em muitas constituições para esse mundo fora — Estados Unidos, Cuba, Argélia e vários outros países

africanos e latino-americanos. Fica, no entanto, a questão de saber se, no caso concreto da Guiné-Bissau, essa solução iria quebrar o equilíbrio na repartição das responsabilidades entre os principais dirigentes do país. A fórmula de acumulação das referidas funções existia já de forma implícita na Constituição de 1973 — que nenhuma menção faz à função do Comissário Principal.

Por outro lado, a nova Constituição criava os cargos de vice-presidente do Conselho de Estado e de Primeiro-Ministro.

Tendo em conta o que acabamos de dizer, resulta evidente que o que estava em causa não era a qualidade das soluções consagradas na Constituição, mas sim a pessoa que devia ocupar o cargo de Presidente. E isso em nome da ambição, do repúdio da unidade e do nacionalismo estreito que estão por detrás de muitas das oposições ao nosso Partido.

Na busca febril de "causas" de legitimação do golpe, os seus autores procuraram emprestar-lhe a natureza de um acto de legítima defesa, ao pretenderem que ele visava prevenir um atentado contra o seu chefe. Assim, através da detenção ou eliminação física do Comissário Principal, o Chefe de Estado guineense estaria a procurar concentrar nas suas mãos todos os poderes...

Não vamos deter-nos sobre esta acusação tão grave, tanto mais que, até a data, nenhuma prova foi fornecida da existência de tal projecto de atentado.

Seja como for, o facto de o chefe do golpe ter dito que a preparação do mesmo fora iniciada já a 2 de Novembro, exclui a hipótese de que a eventualidade de um atentado, chegada ao seu conhecimento mais tarde, tivesse sido a real motivação.

Pode, no entanto, dizer-se que o facto mais inqualificável relacionado com o golpe de estado de Bissau foi o da apresentação, à imprensa e ao corpo diplomático, de valas comuns onde teriam sido enterrados aqueles a quem um dos porta-vozes dos golpistas foi ao

extremo de chamar "as vítimas da unidade Guiné/Cabo Verde" Com essa apresentação, procurava-se suscitar contra o regime deposto e contra a unidade o ódio das populações e mobilizar, a favor do golpe, a opinião internacional. E dado que, para que tais objectivos pudessem ser atingidos, era necessário que os autores do golpe não tivessem estado envolvidos nos processos que conduziram às execuções, não hesitaram eles — apesar das altas funções que desempenhavam no Partido e no Estado — em declarar que nada souberam, nada viram, nada ouviram...

Fica a conclusão da grande importância que os golpistas atribuíram aos efeitos que buscavam através da abertura e denúncia das valas, importância que os levou a correr os riscos que esse método implicava para as suas pessoas e para a sua empresa.

Ao lamentarem-se perante o mundo e à beira das valas onde foram enterrados antigos comandos africanos do exército colonial sentenciados e executados por terem rompido a paz duramente conquistada e retomado as suas antigas actividades criminosas, ao observarem um minuto de silêncio perante os seus restos, os golpistas dão-nos mais uma dimensão da imensa confusão ideológica que reina no seu seio. Uma confusão tanto maior quanto é certo que, solidarizando-se com os inimigos vivos e mortos de ontem e de sempre, os golpistas mantêm na prisão, em condições desumanas, alguns dos melhores filhos da Guiné-Bissau, alguns dos combatentes da liberdade que mais se sacrificaram para que na Guiné-Bissau não houvesse injustiça, nem mortes, nem valas.

Depois da análise que acabámos de fazer das pretensas "causas" com que os autores do golpe de 14 de Novembro procuram justificar o seu acto, resulta evidente a sua falta de fundamento e manifesta a má-fé que as inspirou. Não nos foi difícil, de facto, apurar que as alegações dos golpistas se situam ao nível das falsidades e deturpações, métodos usuais para aquele a quem mais não resta do que a solução de tentar defender o indefensável.

A nós, como militantes e dirigentes do Partido, fica, entretan-

ocasião, a intenção de os submeter a debate no IV Congresso do Partido, órgão indicado para o seu tratamento aprofundado. O Congresso deveria, nomeadamente, assumir a responsabilidade de afastar os que se recusassem a ultrapassar as suas carências, abrindo caminho a gente nova.

A situação que existia no Partido no plano ideológico e a que acima nos referimos não pode ser compreendida por quem não tiver em conta não só a realidade que se visava transformar, mas também os homens, a luta e a evolução desta.

A chamada de atenção para as insuficiências ideológicas e para os desvios que determinavam, nomeadamente a nível dos dirigentes, é uma constante nos discursos e escritos que CABRAL nos deixou. Repletando-se essas chamadas com regularidade, ao ritmo das grandes reuniões dos órgãos de direcção, pelo menos desde os primeiros dias da luta armada, lícito é a conclusão de que se os problemas ideológicos desde muito cedo se apresentaram com acuidade no seio do Partido, cedo também mereceram a atenção da Direcção, que neles via o ponto mais vulnerável da nossa luta.

Não poderá apreender estes problemas na sua justa dimensão, quem puser de lado toda a consideração das características próprias da sociedade onde o PAIGC agia. Como todas as sociedades colonizadas, a sociedade da então colónia portuguesa da Guiné encontrava-se em estádio de acentuado atraso de desenvolvimento económico, social e cultural, com uma nítida separação entre uma parte urbana mais ou menos acomodada ao poder estrangeiro e uma parte rural estruturada na base tribal e sofrendo os efeitos da decomposição provocada pelo contacto com a administração e o comércio colonialistas. Claro que esta dualidade não exclui a existência de uma zona em que se movem elementos com características tanto do meio urbano como do meio rural.

Da sociedade assim brevemente caracterizada — sociedade em que uma das marcas dominantes era a existência de um índice de analfabetismo superior a 90 por cento — saíram os jovens guineenses que, guiados pelo PAIGC, foram o essencial das forças que fizeram a

to, o dever de assumir corajosamente a responsabilidade de apresentar a verdadeira natureza do acto que foi o golpe de Bissau. E, ao assumirmos essa responsabilidade, não podemos deixar de nos referir à história da nossa luta rica de ensinamentos e de aí procurar os antecedentes mais próximos e mais distantes, que demonstram que o 14 de Novembro não é senão mais uma acção na cadeia das inúmeras tentativas que o inimigo vinha fazendo há muitos anos para destruir o PAIGC e inviabilizar o seu programa de unidade, independência real e progresso verdadeiro, para os nossos povos.

É sabido que tendo ganho consciência da sua incapacidade para destruir, a partir do exterior, o nosso Partido, o inimigo desde cedo procurou infiltrar e mobilizar agentes no nosso seio, para isso não olhando a meios. Mercê da acção destes, o inimigo pôde desferir-nos alguns golpes duros, dos quais os mais dolorosos foram, certamente, o assassinato de AMILCAR CABRAL, em 1973, e, agora, o golpe que sofremos em Bissau.

A questão que nos preocupa não ficará, entretanto, totalmente respondida sem algumas considerações, ainda que breves, sobre as condições que tornaram possível a acção inimiga no nosso seio, permitindo a execução do golpe anti-partidário de Bissau. Isso porque, quaisquer que fossem os processos utilizados pelo inimigo, não restam dúvidas de que resultariam ineficazes, se ele não encontrasse no nosso meio um terreno favorável para a sua acção corrosiva.

Ainda recentemente, dirigindo-nos ao Conselho Superior da Luta, denunciámos uma série de carências detectadas no nosso seio, no plano da ideologia, as quais se reflectiam negativamente no comportamento não só do militantes mas também do dirigentes do Partido. E não deixámos, então, de alertar para o grave perigo que representavam essas carências e os erros que engendravam ao facilitarem a penetração do inimigo e ao prepararem terreno para a sua acção no nosso seio.

Dada a importância e o carácter delicado desses problemas e face às proporções que já assumiam na Guiné, exprimimos, nessa

Não podemos, por outro lado, olhar para o movimento de libertação que fez a brilhante luta político-armada que foi a nossa e ver nele um Partido já formado, estruturado e utilizando correcta e integralmente os métodos de funcionamento que CABRAL atribuiu. De resto não é sem interesse lembrar que, se CABRAL atribuiu ao carácter de movimento de libertação muitas das carências verificadas no PAIGC, as causas mais profundas dessas carências eram por ele antes situadas no terreno sociológico em que o Partido recrutava e se movia, terreno que reflectia um estágio de desenvolvimento desfasado com o tipo de Partido avançado que, contraditoriamente, a complexidade e os altos objectivos da luta exigiam. A análise de outras experiências no nosso continente demonstram, de resto, à evidência, que as lutas se desenvolvem sempre no meio de contradições internas, com altos e baixos, vitórias e derrotas, a isso não sendo alheias as contradições próprias das sociedades em que se travam.

Seja como for, fica o balanço positivo que foi a libertação das nossas terras e a entranhada decisão de prosseguir a luta em que empenhámos as nossas vidas, como elemento concreto para a apreciação dessa política.

A independência nacional, criando uma situação nova, veio confiar aos quadros dirigentes novas responsabilidades, que nem sempre neles encontraram a necessária capacidade. Perante tal situação, alguns desses dirigentes não seguiram a via indicada pelo Partido da séria e permanente superação política e cultural, com vista à sua elevação à altura das funções para que a luta os tinha encaminhado.

Com efeito, se dirigentes houve para quem o poder significou uma dedicação total ao trabalho, com sacrifício de uma vida privada e familiar normal, para outros o poder apenas serviu para enveredarem por uma vida de facilidades, praticamente abdicando das suas responsabilidades.

O fim da guerra, ao mesmo tempo que tornou mais facilmente identificável o inimigo, abriu amplamente a este as portas por onde pôde penetrar. O golpe de Bissau, de 14 de Novembro de 1980, mais não foi do que o resultado da sua longa acção no nosso seio.

luta armada de libertação nacional na Guiné. E, não há dúvida que, se ao dinamismo e capacidade de CABRAL e alguns quadros se ficou devendo o ritmo contínuo e rápido do progresso da luta, a coragem, a determinação e espírito de sacrifício daqueles jovens foi sem dúvida um factor decisivo da vitória.

O acelerado desenvolvimento que a luta conheceu a partir do desencadeamento da acção directa, teve como consequência a necessidade de uma organização mais ampla e melhor estruturada. Foi essa necessidade, aliada a uma grande escassez de quadros experientes e à política cedo definida pelo Partido de fazer avançar os militantes responsáveis que participavam activamente na luta, que determinou que, logo nos primeiros anos, ascendessem a importantes postos de direcção político-militar elementos muito jovens e insuficientemente preparados para enfrentarem as exigências e as tentações do poder. E se logo nos primeiros instantes se pôde detectar em alguns desses jovens insuficiências no plano ideológico traduzidas em comportamentos errados, o facto de preencherem satisfatoriamente as suas funções específicas, e a nossa confiança no efeito benéfico que não deixaria de lhes exercer a acção política continuada e o ambiente de abnegação e sacrifício que é próprio da luta armada de libertação nacional, recomendaram a solução de, sem excluir a crítica por vezes severa, não afastar certos dirigentes dos seus postos apesar de erros cometidos.

Claro que hoje, a anos de distância e principalmente a quem nunca conheceu as realidades humanas, sociais, culturais e políticas da Guiné, e cujo raciocínio se desenvolve somente no plano teórico e de política pura e gerada por sociedades avançadas, é normal que se ponha a questão de saber se essa solução foi a mais correcta.

Não tendo a luta, iniciada e conduzida nas condições expostas, produzido alternativas que visivelmente viessem beneficiá-la, eliminando as falhas — falhas estas que nem sempre tinha uma base individual, dada a projecção de carências inerentes ao estágio de desenvolvimento da sociedade —, estamos ainda convencidos de que essa política era a única viável.

O acesso dos nossos países à independência, trouxe novas responsabilidades e preocupações à Direcção, na busca de soluções para fazer face à situação de emergência que o colonialismo deixara e que se traduziu por carências graves, até mesmo no plano alimentar. Esta circunstância, agravada pela dispersão dos quadros dirigentes pelos dois espaços nacionais, tornou difícil ao Partido dar toda a atenção requerida à acção ideológica e à resolução dos problemas decorrentes de certas carências no plano da ideologia e que vinham constituindo motivo de preocupação.

Embora no plano da teoria partidária possa ser contestado como incorrecto, o factor da soberania e da identidade nacional também não facilitava a utilização de todas as capacidades da direcção na resolução dos problemas que se punham no plano dos quadros, limitando a plena intervenção dos dirigentes de um país na resolução dos problemas do outro.

No entanto, apesar das dificuldades que determinaram o adiamento sucessivo da criação de um Secretariado do CSL e que tinham como causa uma manifesta insuficiência de quadros capazes de integrar e dinamizar tal organismo, a Direcção do Partido entendeu, em Junho de 1980, que era chegado o momento de, ainda que com sacrifício noutros sectores importantes da vida do Estado, avançar com a criação de tal organismo — o Secretariado do CSL. Essa medida apresentava-se, com efeito, como a única forma de responder à preocupação de dotar o Partido do indispensável aparelho de execução permanente a nível da direcção superior, o qual permitiria a esta acompanhar a actividade partidária quotidiana nos dois países, dar atenção seguida ao problema dos quadros e, por outro lado, reforçar, tornando-o mais efectivo, o exercício pelo PAIGC da sua função dirigente nos dois Estados.

Para quem se debruce sobre as implicações do golpe de 14 de novembro, uma constatação se impõe: a de que essas implicações se situam, em primeiro lugar, no plano partidário, deste decorrendo os demais efeitos. Por isso mesmo, não será possível apreender-se toda a dimensão do golpe se não se tiver presente o que significava o PAIGC,

para a vida dos nossos Estados e dos nossos povos, a evolução sofrida pela sua estrutura organizativa após a independência dos nossos países, as formas de articulação dos órgãos nacionais e supranacionais e os métodos de funcionamento destes.

Com efeito, o sistema de relações Partido/Estado, tal como foi elaborado pela luta e consagrado nos textos partidários e nas leis fundamentais e outras das nossas Repúblicas, assim como a prática política instituída nessas relações e nas relações inter-Estaduais não permitiram conceber um acto de violência contra os órgãos do poder do Estado que não seja, em primeiro lugar, um golpe contra o Partido. Golpe desferido através da instituição de um "Conselho da Revolução" "estranho política, organizativa e ideologicamente ao PAIGC, ao qual passou a substituir-se, por força das armas, na direcção da sociedade e do Estado guineenses; golpe que, pela violência, subverteu a ordem instituída democraticamente sob a direcção do PAIGC; golpe que, pela violência, depôs das funções para que foram apontados pelo Partido, deteve e detém alguns dos principais dirigentes, entre os quais se contam já alguns mortos; golpe que, nas primeiras horas, proclamou o seu desejo de aliança com as forças anti-nacionais e anti-unidade, os inimigos jurados do PAIGC desde o início da luta de libertação nacional.

Os autores do golpe, visavam, assim, o próprio Partido ao agir em 14 de novembro. E disso são manifestação eloquente a ausência de toda a referência ao PAIGC nos primeiros apelos e intervenções; o ataque frontal ao princípio fundamental da unidade, com citações a sentimentos anti-cabo-verdianos através da proclamação de que só com o golpe se afirmara a "identidade nacional guineense" e se atingira a verdadeira independência e dignidade nacionais até então tolhidas por pretensos "colonialismo" e "hegemonia" cabo-verdianos e por uma "unidade do cavaleiro e do cavalo", etc.. E se certas declarações posteriores procuraram atenuar o carácter profundamente anti-unidade e anti-cabo-verdiano — portanto anti-PAIGC — das proclamações dos primeiros dias, isso se deveu seguramente à consideração face aos reflexos profundamente negativos destas, que já se esboçavam tanto no plano interno como no internacional.

Essa nova atitude limitou-se a declarações ambíguas e demagógicas, contraditórias, de resto, com outras afirmações e com a ausência de qualquer iniciativa com vista à mudança da situação criada com o golpe, no Partido e no Estado.

Qual a situação criada ao Partido pelo golpe e quais as suas consequências?

Como é do conhecimento público, o Secretário-Geral Adjunto continua preso, estando ainda outros altos dirigentes do Partido nos cárceres. A função dirigente da sociedade e do Estado foi usurpada ao Partido por um Conselho da Revolução ilegalmente instituído. Os órgãos supra-nacionais do Partido, num quadro caracterizado pela persistência de uma violação grave aos princípios partidários, encontram-se bloqueados e, mais do que isso, esvaziados do seu conteúdo, perdendo toda a razão de ser.

O princípio da unidade Guiné/Cabo Verde, que é um dos fundamentos do nosso Partido enquanto organização bi-nacional, foi publicamente rejeitado pelos golpistas logo nas primeiras horas, os quais procuraram, através desse repúdio, obter a adesão da população de Bissau, de que uma larga faixa ainda conserva as marcas da política anti-unidade da "Guiné-Melhor".

Por outro lado, pelo seu acto inqualificável e pelas suas palavras, em particular pelos argumentos falaciosos que vêm utilizando para tentar explicar e legitimar o golpe, os conselheiros de Bissau, os seus assessores e porta-vozes minaram a esperança, a confiança e a vontade política que animavam as populações da Guiné e Cabo Verde em torno do projecto da unidade, pondo em causa o trabalho que o PAIGC vinha realizando pacientemente e com altos sacrifícios, há quase 25 anos.

A responsabilidade pela situação que acabámos de descrever cabe inteiramente aos autores do golpe. E a dimensão dessa responsabilidade resulta evidente se considerarmos que o seu acto atingiu não só o ramo guineense do Partido e as instituições do Estado irmão, mas também os órgãos partidários de direcção supra-nacional, o espi-

rito e o processo da unidade, os interesses, portanto, dos nossos dois povos.

Na nova situação assim criada pelo golpe de 14 de Novembro e face à inviabilização dos órgãos supra-nacionais e de qualquer acção em direcção às estruturas partidárias na Guiné, cabe aos militantes e à organização partidária em Cabo Verde assumir as suas responsabilidades perante o povo e perante a história, por forma a impedir que o impasse criado com o golpe possa perturbar, em Cabo Verde, a execução do projecto económico e social definido no programa do Partido e cujo desenvolvimento para a presente etapa foi concretizado nas resoluções do III Congresso.

Essa responsabilidade é tanto maior quanto é certo que o prolongar de uma situação de indefinição só pode acarretar dificuldades em matéria de defesa e segurança nacionais e de relações exteriores, podendo ainda provocar a desorientação das populações e fazer perigar a estabilidade do regime e as conquistas alcançadas pelo nosso povo.

Deste modo, perante a situação de facto criada pelo golpe de Bissau de um vazio institucional no escalão supra-nacional do Partido, forçoso é fazer-se algumas adaptações no domínio da organização, em especial, das atribuições e competências, a fim de que a direcção superior da organização partidária nacional possa cumprir plenamente as responsabilidades, que agora lhe cabem inteiramente, de força política dirigente do país.

Eis a missão que esta reunião dos militantes do PAIGC em Cabo Verde é chamada a cumprir, através de delegados democraticamente eleitos pelas bases.

E se é verdade que, ao fazer isso, a solidariedade que une os nossos povos e que deu a coesão, no passado, ao Partido, impede que nos alheemos do futuro do país irmão, não é menos verdade que, por razões evidentes, as soluções justas e eficazes para os graves problemas aí criados ao Partido e ao Estado, só podem ser encontradas pe-

los verdadeiros militantes do PAIGC na Guiné-Bissau.

Quanto a nós, como continuadores da longa e histórica luta travada, sob a bandeira gloriosa do PAIGC, manteremos a nossa inelutável e incondicional fidelidade ao programa, princípios e objectivos do Partido, que se consubstanciam no pensamento e obra do Militante Número Um do PAIGC, AMILCAR CABRAL.

Assim, reafirmamos a nossa opção pelo princípio da unidade e, como aplicação desse princípio, pelo da unidade com a Guiné-Bissau, cuja validade já foi comprovada pela História. Esta posição é ditada pela nossa condição de africanos e de revolucionários e pela correcta compreensão do sentido da História. E isso, ainda que o golpe desferido contra o PAIGC a 14 de Novembro tenha atingido gravemente o trabalho que, pacientemente, vínhamos fazendo no plano da construção da unidade e causado danos irreparáveis, principalmente na consciência dos homens, inviabilizando, assim, e por tempo indefinido, o projecto da unidade, o qual foi um dos pilares em que assentaram o Partido e a luta.

Com efeito, a unidade definida em termos revolucionários tal como sempre o foi pelo PAIGC, não é um fim em si mas sim um meio para o progresso dos povos. Por isso, não pode ela conceber-se — como aliás se afirma no Programa do Partido — em detrimento das conquistas alcançadas através da luta, para o que pressupõe a existência de uma plataforma ideológica comum apontando para projectos idênticos de sociedade, a confiança mútua, a seriedade e a igualdade de responsabilidades.

As implicações do golpe de Estado reflectem-se naturalmente, do plano partidário para o da organização e da vida dos dois estados envolvidos no processo da unidade, isso praticamente em todos os domínios, tanto no jurídico (e, em particular, constitucional) como no económico e social, no da política externa como no da defesa e segurança, etc.. De acordo com a orientação desta conferência, caberá aos órgãos estatais competentes analisar e tirar conclusões dessas implicações.

Camaradas,

Face à nova situação criada, redobram as responsabilidades do Partido em Cabo Verde.

No entanto, o facto de a organização do Partido em Cabo Verde de estar bem estruturada, bem implantada, disciplinada, dinâmica e ideologicamente coesa, ter intervenção directa e efectiva em todos os sectores e níveis da vida nacional, permite-nos exprimir a convicção segura de que essa organização saberá continuar a cumprir efectiva e eficazmente a missão histórica de dirigir a sociedade e o estado em Cabo Verde na presente estapa.

E ainda que em circunstâncias tornadas mais difíceis, a sua acção vai continuar a orientar-se no sentido da realização dos altos objectivos que sempre nos propusemos. Para tanto, torna-se hoje mais necessário do que ontem valorizarmo-nos como militantes revolucionários, para que o povo de Cabo Verde possa dispôr de uma organização cada dia mais apta a cumprir a alta missão que lhe foi confiada pela História.

A dolorosa experiência do 14 de Novembro confirma-nos a importância que se deve, para isso, dar à ideologia, à necessidade da seriedade do rigor, tanto no que se refere ao funcionamento do Partido como ao comportamento individual dos militantes e à vigilância face aos inimigos e a nós mesmos.

Esta intervenção que, em momento tão grave para o nosso grande Partido, nos pareceu devermos fazer na qualidade de Secretário-Geral.

Com os órgãos supra-nacionais do Partido bloqueados, inviabilizados e, de facto, inexistentes, vai a Conferência assumir responsabilidades excepcionais e históricas. Temos a certeza de que, inspirados pelos mais puros ideais do PAIGC e pela sua história gloriosa, a Conferência saberá encontrar as soluções mais correctas e eficazes para todos os complexos problemas submetidos à sua apreciação.

A 14 de Novembro de 1980 um duro golpe foi desferido, em Bissau, contra o Partido que, desde 1956, vinha conduzindo a luta dos povos da Guiné e Cabo Verde pela sua libertação, progresso e felicidade.

Organizada na base de um nacionalismo estreito e utilizando argumentos racistas, o golpe de Bissau foi orientado, desde as primeiras horas, no sentido da destruição do processo da unidade Guiné/Cabo Verde. As acusações caluniosas de colonialismo e hegemonia dirigidas pelos autores do golpe contra a nação cabo-verdiana e a reconciliação com os inimigos do PAIGC, são disso clara manifestação.

Esse acto constituiu violação flagrante de todos os princípios do PAIGC, atingindo-o gravemente nos seus próprios fundamentos.

A acção golpista não se limitou à esfera do estado guineense tendo feito substituir a direcção partidária na Guiné-Bissau por um "Conselho da Revolução" política, ideológica e organicamente estranho ao PAIGC, que foi assim derrubado do poder. O Secretário-geral Adjunto do PAIGC foi preso e encontram-se ainda nas prisões outros dirigentes. Alguns dos mais altos responsáveis foram mortos.

O golpe teve como consequência grave a inviabilização das estruturas de direcção supra-nacional do PAIGC, as quais se viram bloqueadas e, desta forma, esvaziadas do seu conteúdo.

Com a sua acção anti-partidária — com os métodos e argumentos utilizados —, os autores do golpe de Bissau destruíram as bases em que assentavam a opção e o processo da unidade, a identidade ideológica, a confiança mútua, a igualdade de responsabilidades.

Faça a esta situação e tendo em conta a sua responsabilidade perante o povo cabo-verdiano e a África, a organização nacional do PAIGC em Cabo Verde assumiu o carácter de partido nacional, chamando a si a responsabilidade de garantir a salvaguarda das conquistas já alcançadas e o prosseguimento da marcha vitoriosa para a realização integral dos objectivos da luta.

Assim,

A Conferência Nacional dos Militantes do PAIGC em Cabo Verde, erigida em Congresso,

PROCLAMA a existência de um partido nacional em Cabo Verde, o qual passará a denominar-se PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV).

O PAICV surge no itinerário histórico do PAIGC, como um imperativo da luta do povo de Cabo Verde, cujas conquistas devem ser preservadas e desenvolvidas no interesse das gerações presentes e vindouras.

Ao assumir essa missão histórica e revolucionária, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE, que reúne no seu seio os mesmos militantes que, na vanguarda do povo cabo-verdiano, vêm conduzindo a sua luta pela independência, progresso e justiça social, proclama a sua fidelidade ao pensamento de AMIL-CAR CABRAL, o qual continuará a guiar a sua acção.

Como legítimo continuador da missão histórica do PAIGC à frente da luta do povo cabo-verdiano, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV), baseado na confiança das massas populares, nos seus militantes — nos quais estes vêm a garantir a defesa dos seus interesses e da realização das suas profundas aspirações — assume a plenitude da função política dirigente da sociedade e do Estado.

O PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV) define-se como um movimento de libertação no poder, que, no quadro de uma democracia nacional revolucionária, aglutina as forças nacionais no sentido da consolidação da independência política e do desenvolvimento económico e social harmonioso de Cabo Verde.

O PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV) assume o conteúdo ideológico do programa do PAIGC, e continuará empenhado na sua materialização com vista à realização do objectivo supremo de luta do povo cabo-verdiano: construir uma nova sociedade de justiça, progresso, liberdade, onde não haja exploração do homem pelo homem.

Em coerência com os altos valores que nortearam sempre a luta de libertação nacional e interpretando o verdadeiro sentido da História, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE faz a sua opção pelo princípio da unidade africana, princípio cuja validade histórica foi comprovada na luta dos povos pela sua emancipação, nomeadamente na luta que conduziu à independência nacional os povos da Guiné e Cabo Verde.

O PAICV observará, na esfera política internacional, os princípios que nortearam, nesse plano, a acção do PAIGC. Exprime o seu desejo de manter relações privilegiadas com os partidos que pertenceram à CONCP e com os partidos e organizações que apoiaram a luta de libertação nacional.

Na construção da sociedade, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV) continuará a guiar-se pelas decisões do III Congresso do PAIGC aplicáveis na presente etapa.

Assim,

O PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV) exerce a função política dirigente da sociedade e do Estado em Cabo Verde estabelecendo as bases gerais do programa político, económico e social de defesa e segurança; definindo as etapas e as vias para atingir os objectivos fixados para cada uma delas; orientando e controlando o exercício do poder de Estado, de forma a garantir o cabal cumprimento do seu programa; associando as massas populares ao exercício do poder, de modo a garantir a natureza democrática do regime e a defesa dos seus interesses.

— PROCLAMAÇÃO DO PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE —

O programa de desenvolvimento económico e social do Partido visa prioritariamente a liquidação das sequelas da dominação colonial, a conquista gradual e segura da independência económica nacional, a liquidação da exploração do homem pelo homem e de todas as formas de sujeição da pessoa humana a interesses degradantes, em proveito de indivíduos, de grupos ou de classes. Para a concretização do seu programa de desenvolvimento económico e social, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV) afirma-se como força dinamizadora do aproveitamento racional e da valorização dos recursos naturais de Cabo Verde e do desenvolvimento das forças produtivas nacionais; promove a elevação constante da capacidade técnica cultural e do bem estar social dos trabalhadores; estimula a criatividade na base dos valores da cultural nacional.

Na convivência com os outros povos, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV) proclama a sua fidelidade indefectível aos princípios que desde sempre orientaram a presença do PAIGC no mundo, situando-se, deste modo, entre as forças progressistas verdadeiramente empenhadas na luta pela dignificação dos homens e das nações. Como garante da soberania plena, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV) aplicará, nas suas relações com o exterior, uma política de estrita observância do princípio da independência de pensamento e acção e praticará a solidariedade com os povos que lutam contra a dominação imperialista.

No desempenho da missão histórica de força política dirigente da sociedade cabo-verdiana, o PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV) promoverá o estabelecimento e o desenvolvimento de relações de cooperação entre a República de Cabo Verde e todos os Estados, na base do Direito Internacional e dos princípios da independência nacional, não-ingerência nos assuntos internos e da reciprocidade de vantagens.

Assim,

A República de Cabo Verde continuará a aplicar uma política

de não-alinhamento consequente designadamente no que se refere ao apoio à luta dos povos oprimidos e ao combate por uma nova ordem económica internacional, a coexistência pacífica, a cooperação entre todos os povos, a paz e o desarmamento geral e completo.

Em Africa, no plano continental ou regional, o PAICV afirma que Cabo Verde se manterá fiel ao princípio da unidade, concebido como um meio para o progresso dos povos. O Estado de Cabo Verde continuará a participar activamente nas organizações regionais e continentais que visem a materialização dos ideais da Unidade Africana; agirá nomeadamente no sentido de consolidar as relações privilegiadas já existentes entre os países africanos emergentes da luta contra o colonialismo português.

Fundando-se nos estreitos laços gerados na história entre o povo cabo-verdiano e o povo guineense, o PAICV exprime o desejo dos seus militantes de ver desenvolverem-se entre a República de Cabo Verde e a República da Guiné-Bissau relações fraternais de cooperação em todos os domínios, de acordo com os princípios definidos de política externa e o interesse verdadeiro dos dois povos.

Praia, 20 de Janeiro de 1981

O CONGRESSO DO PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA
DE CABO VERDE (PAICV)

– RESOLUÇÃO GERAL DO I CONGRESSO DO PAICV

De 16 a 20 de Janeiro de 1981, previamente convocada pelo Comité Permanente do CNCV do PAIGC, em conformidade com a resolução geral do Conselho Nacional do PAIGC de 23 de Novembro último, reuniu-se na cidade da Praia a Conferência Nacional dos militantes do Partido para analisar a situação criada com o golpe de Estado perpetrado em Bissau a 14 de Novembro, considerar as implicações desse acto nos órgãos supra-nacionais do Partido, examinar, em particular, as suas incidências na vida partidária em Cabo Verde e adoptar as medidas pertinentes.

Ouvido e debatido o discurso introdutório do Secretário-Geral do Partido, ciente de exprimir a vontade da grande massa dos militantes em Cabo Verde, através dos seus delegados eleitos e mandados para o efeito, a Conferência Nacional dos militantes do Partido em Cabo Verde,

- 1 - Aprova o discurso introdutório apresentado pelo Secretário Geral do PAIGC e decide adoptá-lo como documento da Conferência.
- 2 - Adopta a intervenção inicial do Presidente do CNCV como documento da Conferência.
- 3 - Erige-se em Congresso e proclama a existência de um partido nacional em Cabo Verde, com a designação de "PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE (PAICV)".
- 4 - Assume para o PAICV todo o legado histórico, político e ideológico do PAIGC e o pensamento de AMILCAR CARVALHO como guia da sua acção.
- 5 - Adopta para o PAICV o Programa e os Estatutos do PAIGC em tudo o que não seja incompatível com as novas realidades.

II

Tendo em consideração os termos da Proclamação do PAICV como força política dirigente da sociedade e do Estado;

Havendo necessidade de dotar o PAICV dos órgãos necessários ao seu normal funcionamento;

Convinde adequar as leis e as instituições do país às realidades decorrentes da adaptação da organização do PAIGC em Cabo Verde e uma organização partidária de carácter nacional, o PAICV;

Considerando que, com o golpe anti-partidário de 14 de Novembro deixaram de existir as condições indispensáveis à concretização do processo de unidade;

O Congresso do PAICV decide:

1 - Dotar o PAICV dos seguintes órgãos nacionais de direcção com as competências adiante referidas:

a) CONGRESSO - O Congresso é o órgão máximo do PAICV. Ao Congresso compete designadamente:

- Appreciar e aprovar os relatórios do CN e adoptar as resoluções e decisões correspondentes;
- Aprovar e modificar o Programa e os Estatutos do Partido;
- Traçar a linha política do Partido e definir a via para a solução das questões fundamentais da Reconstrução Nacional;
- Fixar a composição do Conselho Nacional;

- Eleger o Secretário-Geral e o Secretário-Geral Adjunto e os demais membros que integram o Conselho Nacional;

- Decidir em última instância sobre os recursos que lhe sejam submetidos pelos militantes e candidatos do Partido;

- Aprovar directivas para os planos de desenvolvimento económico e social a médio e longo prazo.

b) CONSELHO NACIONAL - O Conselho Nacional (CN) é o órgão máximo do Partido entre dois Congressos. A ele compete designadamente:

- Assegurar o cumprimento do Programa do Partido, aplicar os Estatutos e às resoluções do Congresso;

- Dirigir a actividade geral do Partido;

- Determinar o número de membros da Comissão Política do Secretariado do CN e da Comissão Nacional de Controlo e Revisão;

- Eleger os membros que com o Secretário-Geral e o Secretário-Geral Adjunto integram o Secretariado do Conselho Nacional;

- Eleger o Presidente e demais membros que integram a Comissão Nacional de Controlo e Revisão;

- Orientar e controlar a acção dos organismos estatais;

- Orientar e controlar a acção das organizações de massas e outras organizações sociais;

- Representar o PAICV nas relações com outros Parti-

dos e com os movimentos revolucionários de outros países;

- Criar as comissões julgadas necessárias para orientar os grandes sectores da vida nacional;
- Examinar os planos de desenvolvimento económico e social e traçar orientações e directivas gerais a seu respeito;
- Fixar o número de delegados ao Congresso.

c) COMISSÃO POLÍTICA - A Comissão Política é o órgão máximo do Partido entre as reuniões do Conselho Nacional.

A Comissão Política executa as resoluções do Congresso e do CN e decide a política do Partido entre as reuniões do CN na base das resoluções daqueles órgãos.

d) SECRETARIADO - O Secretariado é o órgão que, sob a direcção da Comissão Política, apoia esta no exercício das suas funções, nomeadamente na direcção da actividade quotidiana do Partido, na definição da política de quadros e no controlo da actividade estatal e das organizações de massas.

O Secretariado organiza e assegura a execução das resoluções do Congresso, do Conselho Nacional e da Comissão Política.

e) COMISSÃO NACIONAL DE CONTROLO E REVISÃO - A Comissão Nacional de Controlo e Revisão é o órgão a que compete exigir responsabilidades aos militantes e candidatos que violem os Estatutos, o Programa e a disciplina partidária ou estatal ou que tenham conduta moral ou cívica repreensível.

A Comissão Nacional de Controlo e Revisão compete nomeadamente:

- defender a unidade do Partido contra quaisquer actividades diversionistas;
 - implementar a disciplina partidária;
 - conhecer dos recursos dos militantes e candidatos sancionados e tomar as decisões correspondentes;
 - examinar as queixas dos membros do Partido;
 - controlar a gestão das finanças e bens do Partido;
 - fiscalizar a celeridade e correção com que os assuntos são tratados nos órgãos centrais do Partido;
 - auxiliar as instituições de controlo das organizações de massas no cumprimento das suas atribuições.
- 2 - Eleger o Camarada ARISTIDES MARIA PEREIRA para Secretário-Geral.
 - 3 - Eleger o Camarada PEDRO VERONA RODRIGUES PIRES para Secretário-Geral Adjunto.
 - 4 - Designar, até a realização do próximo Congresso, os camaradas que integram o CNCV do PAIGC para integrarem o CN.
 - 5 - Designar os camaradas JOSÉ ARAÚJO, HONÓRIO CHANTRE e JÚLIO DE CARVALHO para integrarem o CN.
 - 6 - Incumbir o CN de proceder à necessária adaptação dos símbolos do Partido à nova situação.
 - 7 - Recomendar ao Estado que, pelos órgãos e vias competentes,

providencie a adequação das leis e instituições do país, designadamente a Constituição da República e as FARP, à realidade decorrente do golpe de 14 de Novembro.

- 8 - Recomendar às organizações sociais de massas de carácter e vocação unitários que tenham em conta na sua organização e estruturação a interrupção do processo de unidade Guiné/Cabo Verde.

III

O Congresso constata que a organização do Partido se encontra bem estruturada, implantada, disciplinada, dinâmica e ideologicamente coesa e com intervenção directa e efectiva em todos os sectores e níveis da vida nacional.

Com vista à consolidação dessa organização, ao aperfeiçoamento da sua acção no seio das massas populares e ao fortalecimento do seu papel de força política dirigente da sociedade e do Estado, o Congresso recomenda aos órgãos e estruturas do Partido que:

- 1 - Continuem a dedicar toda a atenção ao aprofundamento do trabalho político-ideológico, reforçar a vigilância e combater com rigor e firmeza todos os comportamentos e atitudes incompatíveis com a condição de militante.
- 2 - Desenvolvam e aprofundem a prática da democracia interna e o exercício da crítica e autocrítica.
- 3 - Promovam o aprofundamento contínuo da prática da democracia nacional revolucionária no sentido da mobilização de todas as camadas sociais para participarem activamente no desenvolvimento nacional.

- 4 - Dedicuem uma atenção crescente às organizações de massas (JAAC, OM, UNTC) e outras organizações sociais e demais

mechanismos de participação popular (comissões de moradores, milícias populares, tribunais populares, etc).

- 5 - Promovam o reforço dos órgãos da defesa e segurança nacional e a activação das milícias populares.

- 6 - Intensifiquem o trabalho político junto da emigração e dos estudantes caboverdianos no exterior.

- 7 - Organizem missões de informação junto dos partidos amigos e governos com que Cabo Verde tem relações de cooperação.

- 8 - Desenvolvam um trabalho político-ideológico no seu seio e nas organizações de massas e entre a população, com vista a dar a conhecer e explicar as posições assumidas e as decisões tomadas pelo Congresso.

IV

- 1 - O Congresso decide que se realize em Março de 1982 o próximo Congresso, para análise profunda da vida nacional e partidária e designadamente para aprovar o Programa e os Estatutos do PAICV e eleger os órgãos nacionais de direcção.

- 2 - O Congresso congratula-se pelo elevado grau de participação dos delegados e pela forma altamente responsável como decorreram os seus trabalhos e exorta os membros do Partido a se valorizarem como militantes revolucionários para que o povo de Cabo Verde possa dispôr de uma organização cada dia mais forte e mais apta a cumprir a alta missão que lhe foi confiada pela História.

PRAIA, 20 DE JANEIRO DE 1981

O CONGRESSO DO PAICV

— INTERVENÇÃO DO SECRETÁRIO—GERAL ADJUNTO DO
PAICV, CAMARADA PEDRO PIRES, NO COMÍCIO DE EN—
CERRAMENTO DO I CONGRESSO DO PAICV

Camarada Secretário-Geral do PAICV e
Presidente da nossa República,

Camaradas delegados e convidados,

Camaradas militantes do Sector Autónomo da Praia,

Compatriotas e amigos da nossa capital:

Hoje, 20 de Janeiro de 1981, estamos a viver um dos momentos mais importantes da nossa história, da história da nossa luta, do nosso esforço colectivo para a construção de uma sociedade livre e próspera, em que cada cidadão caboverciano possa dar a sua contribuição comprometida, em que qualquer homem, seja qual for a sua origem ou cor, se sinta livre e verdadeiramente homem.

A data de hoje tem um significado especial para nós. Queríamos, por isso, antes de continuar a nossa intervenção, pedir-vos que observássemos juntos um minuto de silêncio em memória do nosso saudoso camarada Amílcar Cabral e de todos os nossos companheiros que ficaram pelo caminho.

Camaradas,

Dissemos que hoje é um dia importante para nós. É o dia da proclamação da existência de uma nova entidade política, força dirigente da nossa sociedade, o Partido Africano da Independência de Cabo Verde (PAICV).

Porquê este acto? Porquê esta decisão?

Não foi por acaso, nem por mania nossa, que tomámos, soberanamente, responsabilmente, com profundo sentido do dever patriótico, essa decisão.

A 14 de Novembro de 1980, teve lugar em Bissau um acto que constitui, por si só, a liquidação da nossa organização política bina-

cional, o PAIGC. Mas, como se isso não fosse suficiente, os autores do golpe de Bissau fizeram mais, quiseram fazer mais: através de declarações, mancharam o nome do PAIGC, deturparam os factos históricos, liquidaram o que pudesse restar da sua acção insensata e contra o nosso Partido.

Na ânsia de legitimar o seu acto, os golpistas apresentaram as mais descabidas razões. Fizeram declarações sem bases, para conquistar o apoio da opinião pública interna, tocando na sua fibra mais sensível — o nacionalismo estreito, para não dizer o racismo. E também, tendo em conta alguns valores lançados ou tidos em boa conta pela opinião pública internacional, utilizaram o tema dos chamados "direitos do homem", tentando demonstrar que o PAIGC afinal não era tão humanista como se dizia.

Com as suas declarações — públicas e privadas, directas e indirectas —, os golpistas destruíram o que pudesse ter ficado da confiança dos nossos militantes, do nosso povo, na possibilidade da realização da unidade, esse princípio sagrado que esteve na base da criação do PAIGC.

Para que haja unidade, é necessário que os homens tenham fé nela, acreditem na sua realização, tenham confiança. Os golpistas destruíram essa fé, essa confiança mútua e aviltaram o sentido da unidade, pondo de facto ponto final na existência do PAIGC.

Face a essa situação, cientes das suas responsabilidades históricas e nacionais, a organização do Partido em Cabo Verde, os seus militantes, criaram todas as condições para que o problema fosse discutido amplamente e que a decisão mais justa fosse tomada.

Surge assim a realização da nossa Conferência nacional de militantes do PAIGC, que se erigiu em Congresso.

Criou-se, com o golpe de estado na Guiné, uma situação de in-
definição e desorientação, uma situação que não podia continuar,
que podia servir para desmobilizar o nosso povo, para fazer que ele

perdesse a confiança no futuro. Era necessário, a tempo, tomar as medidas que se impunham, mas a direcção superior do Partido em Cabo Verde não quis, como é seu hábito, assumir sozinha essa tarefa responsabilidade e assim se decidiu a realização da Conferência.

A Conferência teve a sua fase preparatória, durante a qual todas as organizações do Partido em Cabo Verde, todos os militantes do Partido, tiveram a oportunidade de exprimir a sua posição a respeito da situação criada e a sua determinação de que essa situação fosse clarificada e que decisões oportunas fossem tomadas.

O método de trabalho utilizado na preparação da Conferência demonstrou a consciência e o estado de avanço da organização partidária em Cabo Verde. Demonstrou uma vez mais que a nossa organização tem vida, tem força e tem consciência política e que está em condições de assumir plenamente, sozinha, a direcção do nosso estado e do nosso país.

E se para tal houvesse necessidade de algum exemplo, constitui exemplo inequívoco a realização das eleições de 7 de Dezembro.

Confiantes na implantação do nosso Partido em Cabo Verde, confiantes no apoio de que goza o nosso Governo, decidimos, embora tivesse acontecido o 14 de Novembro, a realização das eleições. Os resultados demonstraram a força do Partido, o prestígio do Governo e o respeito de que gozam as nossas instituições e os órgãos do Estado.

Camaradas,

É inspirado por tudo isso que nós devemos, confiantemente, avançar na construção de uma sociedade justa e fraterna no nosso país, apesar das dificuldades que temos e vamos continuar a ter.

Porquê o PAICV?

O nome do Partido do qual saiu o PAICV é o Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde. "Partido Africano da Independência"; o "Africano significa que Cabo Verde é África, significa a luta permanente contra a alienação, a luta permanente contra a divisão e é por isso que mantemos a estréla negra da unidade dos povos africanos. Continuamos com o "Africano", portanto continuamos com a estréla negra do nosso Partido inicial. "Da independência", porque queremos a verdadeira independência do nosso país, a independência solidária, a independência do nosso martirizado continente.

Estas três palavras — Partido Africano da Independência — significam para nós a vontade, a determinação dos povos africanos, na construção duma África unida, próspera e independente.

É assim que continuamos com as três palavras, a raiz, o fundamental, o principal da organização-mãe. O PAICV é o filho que nasce do PAIGC, o seu herdeiro directo, o herdeiro legítimo dos seus princípios, da sua ideologia, da sua história, da sua luta.

O PAICV jamais trairá o PAIGC. Não renunciará à sua história, com as vitórias e as derrotas, com os seus aspectos positivos e os seus aspectos negativos. Assumimos com plena confiança a história da luta, com os seus erros, mas também com tudo o que ela tem de bom, porque nós somos filhos dessa luta, formamo-nos na luta, no meio das suas vitórias, das suas derrotas, dos seus erros, mas também do que tem de certo, na busca permanente da verdade e do melhor caminho.

Não renunciaremos jamais aos nossos erros. Jamais. Se erros houve, assumi-lo-emos com plena confiança e responsabilmente. Não somos masoquistas, nem praticamos a auto-flagelação. Ai de nós, se todos aqueles que tivessem cometido erros começassem a auto-flagelar-se. Teríamos um mundo de gente toda marcada de sinais dos chibotes da auto-flagelação...

Não há na história auto-flagelações. Há assunção da História

ria, com o que tem de positivo e de negativo. Recusamo-nos a aceitar qualquer interpretação pessoalista, qualquer interpretação subjectiva da história. A História é objectiva, vamos assumi-la com objectividade, com coragem e determinação, mas sempre tendo em conta que os erros, os desvios, devem ser combatidos.

Ai de nós, ai do mundo, se por cada erro de um responsável político tivesse que haver um golpe de estado. Ai do mundo, porque razões para golpes existem em todos os países, se utilizarmos como critério o que se tem dito a propósito do golpe de estado, em Bisau...

Foi no seguimento desse golpe, que inviabilizou, que destruiu, que aviltou, que deturpou o sentido da unidade, que nós tomámos soberanamente a decisão da criação do PAICV.

Porquê esta data, 20 de Janeiro, oitavo aniversário do desaparecimento físico do nosso imortal Amílcar Cabral.

É para, num acto simbólico, resumir, condensar, o que já é uma palavra de ordem conhecida no nosso país, é para dizer "Cabral câ morê", é para dizer que "Cabral câ tâ morê".

Essa é a nossa determinação. Cabral é a nossa inspiração. Ele é e será sempre o nosso guia.

Este acto constitui simbolicamente, no quadro da mitologia cristã, o acto da ressurreição, mas também um acto de homenagem, um acto de fidelidade. Cabral continua no espírito de todos nós. Somos e seremos seus fiéis discípulos e seguidores.

Dissemos que o PAICV é filho do PAIGC. Assim como as gerações assumem a história secular dos povos, assim o PAICV continua o PAIGC e assumiu plenamente, conscientemente, soberanamente, a sua história e o seu legado político. O PAICV, é a continuidade histórica. O PAICV é a força dirigente da nossa sociedade e representa as profundas aspirações do nosso povo ao progresso, à dignidade, à independência, à justiça, à igualdade entre os homens e os povos.

Porquê uma rotura com a unidade?

Repetimos que foi o golpe de 14 de novembro, mais as declarações e os actos dos seus autores, na busca de uma legitimização apressada, na busca da fundamentação do seu golpe, que destruíram efectivamente o PAIGC e o projecto da unidade. Nós estamos frente a um facto consumado e perante perigo de se criar no nosso seio um ambiente de confusão, de indefinição, de desorientação. Fomos levados, face a isso, a tirar as justas ilações dos actos e das declarações de Bissau. O rompimento do princípio da política da unidade é, portanto, da exclusiva responsabilidade dos autores do golpe de Bissau. Não temos nada com isso. Nenhuma confusão nos espíritos: da exclusiva responsabilidade dos autores do golpe de 14 de novembro.

Os autores do golpe de 14 de novembro devem assumir a sua responsabilidade histórica, devem deixar de tergiversar e chamar as coisas pelos seus nomes. Esse é o nosso apelo, este é o nosso convite: que assumam as suas responsabilidades históricas, que chamem as coisas pelos seus nomes. Não houve reajustamento nenhum, houve um golpe de estado, a não ser que, por aí, os conceitos políticos ou jurídicos sejam outros.

Puseram fim às actividades da Assembleia Nacional Popular, dissolvendo-a, puseram fim às actividades do Conselho de Estado, dissolvendo-o e demitiram o Presidente do Conselho de Estado, demitiram os membros do Conselho de Estado, demitiram os membros do governo e formaram um novo governo, meteram na cadeia, onde continuam, vários dirigentes supra-nacionais do Partido.

Que reajustamento.. Que eu saiba, um reajustamento faz-se dentro dum quadro legal. Reajustamento fora dum quadro legal, é um acto de rebeldia às instituições, é um acto ilegal, tendo em conta as instituições políticas, a Constituição, as decisões do Partido, o III Congresso.

Essa gente pretende que nada aconteceu. Como nada viram

e nada sabem, é normal que nada tenha acontecido. Vive-se no mundo do nada.

Mas para nós, não: algo aconteceu, porque os resultados estão à vista. Diz-se que o critério da verdade é a prática. Que dizem os resultados concretos? Estão lá essas instituições a funcionar? Estão lá estas pessoas nos seus lugares?

!Não, há um outro órgão diferente, não previsto na Constituição, não previsto no Partido: é uma mudança de fundo, é uma rotura. Ora, reajustamento não é rotura, esse é que é o problema.

Enfim, mas assim é o mundo...

Depois de isso tudo, a gente de Bissau oferece-nos agora uma nova unidade. São pela unidade, são pela continuação do PAIGC, são por isto, são por aquilo. Mas que unidade? Unidade na unidade ideológica? Unidade na identidade de projectos de sociedade? Unidade de nos métodos? Unidade no estilo de trabalho? Unidade no sentido da responsabilidade? E essa unidade que nos oferecem?

Creio que não. Oferecem-nos uma unidade manchada, manchada pelas suas declarações insensatas, manchadas pelos seus actos insensatos; uma unidade aviltada, uma unidade esvaziada do seu conteúdo. Essa unidade não queremos.

Queremos sim, unidade na igualdade, mas não de conversa, de irresponsabilidade. Queremos a unidade, mas na identidade ideológica. Queremos a unidade, mas na mesma prática da responsabilidade. Queremos, sim, a unidade, mas na identidade de projectos de sociedade. Essa, a unidade que queremos: Unidade na justiça, unidade no respeito, unidade na responsabilidade.

Segundo se diz, a Guiné foi vítima da unidade. Uma unidade que seria a unidade entre o cavaleiro e o cavalo. Uma unidade que, segundo se diz, só serviu para dar a possibilidade de fazer matanças das populações, uma unidade que teria custado mais de 500 mortos.

Uma unidade de que tem beneficiado só Cabo Verde.

Queremos, como eles dizem, ser colonialistas, hegemónistas? Não. Se eles dizem que a unidade tem tantos defeitos, não percebemos como querem fazer a unidade com pessoas que apoiam esses defeitos, esses males, essas taras. Como fazer unidade conosco, se indirectamente estão a dizer que só nós beneficiámos dela, que nós caucionámos isto, que nós caucionámos aquilo? Não. Que sejam coerentes. Se essa é a unidade que nós acalentamos e aceitamos durante todo esse tempo, não devem fazer unidade conosco. Não. Não devem. Não devem fazer essa unidade. Que não o façam.

O que acontece, é que nós não compreendemos nada do que se passa em Bissau. Eles dizem que não sabem nada, mas nós é que não compreendemos nada do que ali se passa. Porque a coisa não tem lógica. Temos procurado a sua lógica, a sua justificação, mas não a temos encontrado em nenhuma parte.

Então, no meio dessa indefinição, dessa falta de lógica, o único caminho é demarcar-nos. Resolvemos demarcar-nos política, ideológica e organicamente, em relação ao que acontece em Bissau. Daí, a nossa decisão.

A História dirá se, de facto, a nossa decisão é justa. Mas nós pensamos que ela é justa e vamos assumir as nossas responsabilidades, para que, embora mais fracos, possamos avançar. Avançar cada vez mais, no sentido do progresso, da consolidação da nossa independência, da reafirmação da nossa posição no mundo como gente responsável, como gente coerente, honesta, que dá tudo para que o seu povo avance para a frente.

É certo que, com o PAICV, estaremos mais pequeninos. Mas estaremos mais coesos, teremos maiores possibilidades de impôr, na nossa terra, no seio do nosso Partido, a disciplina revolucionária, no sentido da construção de uma sociedade de progresso. Já dizia alguém: "mais valem poucos mas bons, do que muitos que deixam a desejar" ...

Camaradas,

Quisemos explicar, de uma maneira breve, o valor é o objectivo das nossas decisões. Mas tendo em conta a nova situação no seio do Partido, temos de tomar algumas medidas. A nível do Estado, temos também de tomar medidas. E a nível das organizações de massas e de participação popular, também.

Temos de aumentar o rigor ideológico no nosso seio. Temos de fazer com que sejamos os melhores militantes do nosso Partido, para que no seio desta nova entidade possa prevalecer, o que dizia o nosso líder imortal: "que o Partido pertença àqueles que são capazes de o fazer cada vez melhor e cada vez mais Partido". Este será o nosso lema: Partido para os melhores filhos da nossa terra. Para isso, é necessário trabalho e rigor.

Temos de fortalecer a disciplina interna no seio do nosso Partido. Temos de criar as condições materiais, subjectivas e outras para que o Partido cumpra cabalmente o seu papel de força dirigente da sociedade, em Cabo Verde.

Temos de aumentar a confiança mútua no seio do Partido, entre os militantes. Temos de aumentar e fortalecer a solidariedade interna no seio do nosso Partido. Temos de avançar com a formação ideológica e com a acção partidária, porque o militante forma-se essencialmente na prática, na acção partidária no seio do nosso povo. Para que o nosso povo possa compreender o significado deste acto transcendente, para que haja uma maior ligação entre o nosso povo e o nosso Partido, entre o nosso povo e os nossos militantes. Para que seja cumprido cabalmente o princípio da ligação do Partido com as massas populares.

Devemos, a nível do Estado, dar atenção à segurança interna e à defesa nacional.

Não podemos pensar que vivemos no céu. Vivemos na Terra. Não vivemos no meio dos anjos. Vivemos na Terra, no meio dos homens com interesses concretos. É possível portanto, que haja — e sabemos que há — gente que queira perturbar a nossa marcha, que queira dificultar a nossa marcha.

ivias, meus senhores não tenham dúvidas: são vinte e cinco anos de luta, atrás de nós. São vinte e cinco anos de sacrifício, são vinte e cinco anos de experiência, de história.

Aquele que pretender através da demagogia, através da vã tentativa de dividir o nosso povo, através das suas pretensões, perturbar a nossa marcha, será tarde ou cedo esmagado.

Não admitimos que pessoas de passado confuso e duvidoso pretendam agora erigir-se em moral desta sociedade. Só existe uma só, uma única moral: a revolucionária. A moral dos que deram tudo para que este país fosse independente e para que ele seja o que é neste momento. Não aceitamos, não acatamos nenhuma lição de moral de gente de passado duvidoso (e sabe-se lá se alguns estiveram ao serviço daqueles que nos dominaram.) Não aceitamos no nosso seio nenhum tipo de quinta coluna. Que fique bem claro: não aceitamos no nosso seio nenhum tipo de mercenários.

Esta nossa organização deve preparar-se para dar luta política aos demagogos, aos de mentalidade mercenária. Esses querem tudo para eles, para o povo nada. I-las apresentam-se como defensores do povo. Vamos desmascarar todos os fariseus que existem na nossa sociedade.

Vamos também trabalhar para o alargamento das bases sociais do nosso regime político de participação popular. Por isso mesmo, o Orçamento de Estado para 1981 vai dar grande importância ao apoio financeiro às organizações de massas e às organizações sociais, de acordo com o estipulado na própria Constituição da República de Cabo Verde.

É nesse quadro que o nosso regime vai fortalecer a sua ligação, mais plena, mais completa com as massas populares. I-lo apoio, na dinamização, na construção das organizações de participação popular e no fortalecimento das organizações de massas.

O Partido, os seus militantes, devem trabalhar nesse sentido: fortalecimento e alargamento profundo das bases sociais do nosso regime de democracia participativa. Essa deve ser uma das nossas maiores preocupações durante os próximos anos.

A nível da Administração, para que possamos avançar, garantir as conquistas, aprofundá-las, alargá-las, é preciso maior rigor, maior disciplina, reformas de fundo, a planificação das nossas actividades, a administração segundo métodos científicos e objectivos.

É necessário trabalhar no sentido de uma maior produtividade, uma maior produção. Trabalhar no sentido do reforço da independência, através do desenvolvimento económico e social e através da solução a tempo dos problemas concretos que tem a nossa população.

Preocupar-nos sempre com as condições de vida do nosso povo é o que temos feito, é o que vamos fazer, com maior rigor, com maior determinação, porque sabemos que a situação, hoje, é diferente e exige de nós rigor, exige de nós abnegação, empenhamento, seriedade, fidelidade ao povo, ao Partido, fidelidade a nós mesmos, aos nossos objectivos, às nossas aspirações mais profundas.

Camaradas,

Sabemos que não vivemos num mundo de rosas. Vivemos num mundo de dificuldades. A situação internacional é cada vez mais difícil, mais preocupante. Temos de ter em conta isso: a crise económica continua, o desemprego aumenta em todos os países, a recessão económica continua, o petróleo é cada vez mais caro, o sistema monetário internacional continua desorganizado. É nesse mundo que temos que trabalhar.

Já fizemos alguma coisa, mas isso é um nada em relação às necessidades do nosso país e às exigências da luta, do progresso social, da construção da justiça.

Camaradas,

Para terminar, queria, em nome do Congresso, em nome dos delegados que participaram neste I Congresso do PAICV, em nome

do nosso Secretário-Geral, lançar um apelo a todos os militantes, para maior trabalho, maior responsabilidade, maior empenhamento. Um apelo para maior unidade, maior coesão no seio do Partido, maior solidariedade interna no cumprimento dos nossos princípios do centralismo democrático, da crítica e da autocrítica, do avanço da democracia interna, para que o cimento que nos une seja cada vez mais forte e não seja jamais quebrado por qualquer sentimento baixo, individualista, regionalista ou por qualquer sentimento que esteja fora do quadro do nosso Partido e dos interesses do povo de Cabo Verde.

O nosso apelo estende-se ao povo trabalhador, ao povo de Cabo Verde, cujos interesses juramos defender até ao fim de nós mesmos, cujos interesses este Partido vai defender com firmeza, sem concessões.

Ao povo de Cabo Verde o nosso apelo. Apelo à vigilância, ao trabalho, à confiança, à participação nos tribunais populares, nas comissões de moradores, nos sindicatos, na organização das mulheres, na organização da juventude. Apelo para que todos juntos busquemos a melhor maneira de pôr o poder nas mãos do povo, para que ninguém, mesmo que o queira, possa tirar ao povo esse poder.

E isso consegue-se através do aprofundamento dos conhecimentos políticos, através do aprofundamento da prática política, do reforço e do aprofundamento das organizações populares, das organizações de massas, das organizações sociais, das organizações de participação popular.

Para tal, é preciso mais trabalho, é preciso confiança. Mas isso é necessário, porque temos de aprofundar cada vez mais a nossa democracia de participação popular, para que ela seja cada vez mais forte, mas cada vez mais democrática, cada vez mais ao serviço do povo.

Para que avancemos, tem de haver associação do povo às decisões. O povo tem que assimilar e tem de fazer seus os nossos objec-

tivos. Eis a meta, eis o trabalho que nos espera. Todos — militantes e não militantes — vamos ao trabalho.

O nosso apelo dirige-se também aos nossos compatriotas que vivem no exterior trabalhando, no sentido de apoiarem cada vez mais o povo de Cabo Verde, o seu Governo, de participarem cada vez mais no processo da Reconstrução Nacional, para criação de um Cabo Verde fraterno, justo, progressista, ao serviço do seu povo.

Um nosso apelo, aos nossos amigos, aos nossos amigos africanos, aos nossos irmãos africanos de Angola, Moçambique e São Tomé e Príncipe, dos quais esperamos a compreensão, a amizade e a solidariedade de sempre. Nós, continuaremos na via da solidariedade, da amizade e da fidelidade.

O nosso apelo, a todos aqueles que nos ajudaram antes e depois da independência, para que continuem a conceder-nos a sua ajuda extremamente útil na construção de um país destruído. Mas quem como povo um povo trabalhador, um povo digno, um povo orgulhoso, um povo que sabe bem o que quer.

Camaradas e compatriotas,

Nós queremos também aqui reafirmar os nossos sentimentos de amizade, de fraternidade, de solidariedade, para com o povo da Guiné-Bissau.

Queríamos dizer aqui, no quadro da verdade histórica, que o povo de Cabo Verde deve muito ao povo da Guiné-Bissau, pela sua independência e por aquilo que somos hoje.

Foi a unidade que nos deu isso. Isso só foi possível com a unidade. A unidade é, portanto, a via mais correcta na luta para o avanço e progresso dos povos.

Mas a unidade, essa unidade concreta, as suas bases, sobretudo as suas bases psicológicas, foram abaladas. Abaladas, porque se criou

no seio do povo cabo-verdiano a desconfiança e com a desconfiança não podemos ir longe.

Mais do que isso. Cada um de nós, individualmente, deve muito ao povo da Guiné. Foi na luta armada suportada heroicamente por esse povo, que nós nos formámos como homens políticos. Foi nessa luta e através dela que nós nos forjamos como dirigentes políticos. É preciso dizer também que servimos esse povo com lealdade, com abnegação e com seriedade.

É nesse sentido que apelamos a todos e ao nosso povo para que não haja nenhuma manifestação de ressentimento em relação ao povo da Guiné, que é nosso irmão.

Não queremos nenhuma unidade para dominar. Por isso demarcamo-nos. Não somos colonialistas, não queremos a unidade do cavaleiro e do cavalo. Não seremos cavaleiro de nenhum cavalo. Não seremos racistas. Não seremos paternalistas, nem seremos gente sem dignidade. Não.

Esta demarcação é a prova, para o povo da Guiné-Bissau, de que sempre lutamos — e demos provas disso — pela dignidade desse povo, para que a sua independência fosse mantida, para que a sua cultura fosse respeitada. E não admitimos que directa ou indirectamente se nos atribuam certas intenções.

Todos aqueles que pensaram que nós éramos um bando de mestiços a colonizar negros, que tirem a lição. Todos os anti-mestiços do mundo que fiquem claros. Não é a cor do homem que conta. É a sua ideologia, a sua vontade de fazer marchar a História, é a sua posição face à História e face aos factos.

O povo de Cabo Verde é, na realidade, um povo mestiço. Um povo mestiço no aspecto biológico, resultante do cruzamento de raças. Mas não é um povo mestiço no aspecto cultural. É um povo e um povo como qualquer outro. Com a sua cultura, com o seu perfil psicológico próprio. É como tal que nos afirmamos.

Aqueles que defendem a "autenticidade das raças", digo-lhes só uma coisa: que tomem cuidado, porque isso ia levando a humanidade à hecatombe.

Camaradas,

A 20 de Janeiro de 1981, numa data simbólica, aparece a nossa organização política, o PAICV, filho directo, legítimo, do PAIGC. Herdeiro do pensamento e da obra de Cabral, continuador da história do PAIGC.

VIVA O PARTIDO AFRICANO DA INDEPENDÊNCIA DE CABO VERDE.

VIVA O POVO DE CABO VERDE.

VIVA OS NOSSOS CORAJOSOS MILITANTES.

VIVA OS TRABALHADORES DE CABO VERDE.

VIVA O NOSSO SECRETÁRIO-GERAL, CAMARADA ARISTIDES PEREIRA.

GLÓRIA ETERNA À MEMÓRIA DE AMILCAR CABRAL.

CABRAL CÁ MORÉ.

CABRAL CÁ TA MORÉ.

6. Aufsätze

February 1981

STATE AND CLASS IN GUINEA-BISSAU IN VIEW OF THE NOVEMBER 1980 COUP

by Lars Rudebeck

Assessing the class character of the state of Guinea-Bissau

The great majority of the people of Guinea-Bissau are peasants deriving their livelihood from a traditional peasant mode of production.¹ This is, however, effectively linked to the capitalist world market which receives a share of the resulting produce in the form of exports from Guinea-Bissau (mainly groundnuts). Because of its insertion into the international capitalist system, concretized also in several other ways, the social formation of Guinea-Bissau can be said, in an abstract sense, to be dominated by the capitalist mode of production. This is so, in spite of the undeveloped character of most production carried on within the country and in spite also of the revolutionary origin of the present regime in the victorious struggle of the PAIGC (Partido Africano da Independencia da Guiné e Cabo Verde) for national liberation.

Since 1974, the link between the social formation of Guinea-Bissau and the world market is provided by the state of independent Guinea-Bissau, conceptualized simultaneously at the structural level and at the level of political actors. How do we go about assessing the class character of such a state?

Let us assume, in line with current theoretical thinking on state and class, that a situation such as that of Guinea-Bissau in 1974 offers an opportunity for the state to achieve and maintain a degree of autonomy in relation to capitalist class forces. Inside the country there exists no national bourgeoisie. Outside and even inside there is, to be sure, international capitalism, but no fatal determinism forces the state of Guinea-Bissau to be a direct agent of international capitalism. The internal class structure and the international balance of forces add up to a situation where the state emerging from the struggle for national liberation appears at least to have some real options with regard to development strategies.

Theoretically, then, we may define the social formation of Guinea-Bissau as characterized by a traditional peasant mode of production but linked to the world market by way of a state enjoying some autonomy.

This type of analysis was roughly adopted also by the country's PAIGC political leadership, who opted at the moment of independence for a strategy of national development which we may call socialist oriented, although the term itself was avoided in official documents. This option was clearly reaffirmed by the party congress in November 1977.

The theoretical definition sketched above is based upon knowledge of Guinean society, its history and socio-economic structure. This includes knowledge of the social basis of state power as concretized both in political structure and in the social recruitment of cadres and leaders.

But assessing the class character of a state is, in the final analysis, an empirical problem. What use do the wielders of state power make of the autonomy we assume their state to have theoretically? What is the class character of their concrete development strategy? Who gains and who loses from development policies? In what direction do these policies point?

In the following I will make a few comments on the power basis and social recruitment of the PAIGC state in Guinea-Bissau, before proceeding to a brief discussion of its concrete development strategy. Against this background I will then make an attempt to grasp the most essential implications of the military coup of November 1980, set in the broader perspective of socialist orientation in Africa.

Power basis and social recruitment of the PAIGC state

The state of independent Guinea-Bissau grew through the armed struggle for national liberation of the years 1963-1974. This struggle was initiated by members of the petty bourgeoisie and the intermediary strata, inspired and led by Amilcar Cabral, but it was necessarily based on the immediate class interests of the peasantry who were mobilized politically in support of the struggle.

During the first years of independence the state continued to derive its political strength from the countryside, i.e. from the rural social

and political basis built among the peasants during the years of armed struggle. But as time went on, the original power basis was considerably diluted through mixing with petty-bourgeois elements that had begun to emerge under the colonial regime, and many signs of contradictions were beginning to show. The general picture, however, still remained that of a state more closely linked to the masses of the rural people than is common in Africa.

The state apparatus was in the hands of the original PAIGC leadership, nationalists of petty bourgeois origin covering an ideological range from marxism to fairly moderate third world nationalism with president Luiz Cabral in the middle representing a kind of radical pragmatism. Due to the higher educational standards offered Cape Verde than mainland Guinea under colonialism, it is also a fact that there were relatively more people of Cape Verdean origin among the leading members of the PAIGC than among the people as a whole.

There were no signs of any readiness on the part of this ruling stratum to commit the class suicide for the benefit of the masses which Amilcar Cabral had postulated as necessary for the successful continuation of the revolution after independence. There were, on the other hand, serious efforts made to promote the economic and social development of the country, though primarily by heavy reliance on foreign aid. This was made available from all conceivable directions, due to the political prestige achieved by Amilcar Cabral and the PAIGC during the struggle for national liberation.

The concrete development strategy

The PAIGC leaders entered Bissau in October 1974, after the last Portuguese soldier had left for the former colonial metropolis. The struggle for political independence had been carried to victory, eighteen years after the founding of the liberation movement, and eleven years after the beginning of armed struggle. But the PAIGC was facing a complicated situation.

During the war of national liberation the PAIGC had gained military and political control over about two thirds of the country with slightly less than half of the population. The people had been mobilized to resistance and struggle in these liberated areas. An autonomous and

self-reliant society offering a radical alternative to the colonial dictatorship had begun to take shape. This was the great political asset of the PAIGC at the moment of independence.

But the colonial heritage of stagnation and underdevelopment left behind by Portugal was heavy. The state treasury was empty. Overwhelming problems of how to keep going in daily life while at the same time reconstructing society were pressing on. The level of political mobilization was low in the areas controlled by the Portuguese until the end.

Amilcar Cabral, murdered by agents of the colonial power in January 1973, had wanted to extend the model of society of the liberated areas to the entire country after final victory. He had also stressed many times, however, that the people do not accept struggle for empty words, but only for concrete progress in their own lives and a better future for the children.

The PAIGC was thus involved in a race against time. The development strategy adopted aimed at material and social progress for the people based upon the people's own work and with an important initial role for international aid. The choice of this type of strategy was obvious from the beginning and it was, as mentioned, reaffirmed without ambiguity by the party congress of 1977. But a strategy of this kind requires the support and trust of the people in order to be successful. It requires, above all, the productive work of the peasants, willingly offered.

It would be wrong to deny that the PAIGC leadership worked hard to implement their strategy. Considerable progress was also made in areas such as health, education and culture. Some progress was made in the field of industrialization. But problems were piling up. The most important of all was probably the failure to achieve national self-sufficiency in rice, the basic food of the people. Some progress toward this goal was made during the first few years, but since 1977 the West African drought has added to the problems of planning and peasant mobilization, thus wrecking all efforts to provide the people with their daily rice without importing.

The foreign trade deficit, therefore, has started to grow again rather than shrink as it did during the years 1974-1977. Dependency on aid and loans in order to finance both current state expenditure and investments keeps growing. Export earnings covered 34 percent of import

expenditures in 1977. In 1978 this was down to one quarter and in 1979 to one fifth. In 1978 real income covered only one fifth of current state expenditure plus investments. A little more than three fifths were financed with foreign aid, while close to one fifth was "financed" through the inflationary printing of new banknotes.² We can safely conclude that no national surplus has been produced in independent Guinea-Bissau.

The extreme dependence of the Guinean state on foreign aid could well have been tolerable in the short run, if the resources flowing in had been convincingly used to lay the foundations of economic independence in the long run. But rural development policies have been very cautious, although agriculture is the only conceivable basis for self-reliant development in Guinea-Bissau. No more than 5.3 percent of the ordinary budget for 1979 and 5.1 percent of the investment budget for the same year were set aside for rural development, although this had several times been declared a national priority.³ The budgetary situation for 1980 was about the same.⁴

It is true that raising productivity in the traditional peasant agriculture of Guinea-Bissau is not a simple problem of just investing money. It is primarily a political and social problem. People have to be motivated to break with century-old customs. Time and patience are required for this. But even so, it should have been possible to divert more financial resources for rural development than the PAIGC regime has done so far.

The latent class struggle manifested itself in a continuous tug-of-war between different tendencies within the PAIGC and in the social and political life of Guinea-Bissau. There was debate and even confrontation over different conceptions of development. The conflicting tendencies concern such things as large-scale commercial export agriculture versus production of food for the people, attempts to have advanced and very expensive industrialization projects versus more modest industrial production for consumption by the masses, elite-oriented training in the schools versus broad political orientation and participation in productive work, Guinean nationalism versus union with Cape Verde in the long term perspective of wider African unity. A persistent structural tendency, furthermore, seems to have been that the gap between people and state was widening.

To secure their developmental interests, the people need to have power. To have power, they need to be autonomously organized. But the PAIGC

regime seems to have been growing gradually more dependent on foreign aid and less dependent on the people. Thus the people were losing power, while the regime became vulnerable to internal division and struggle for factional interests.

The military coup of November 1980

It is possible to point to several more or less hypothetical and more or less direct causes of the coup that brought prime minister and legendary guerillero João Bernardo Vieira (Nino) smoothly to power in the evening of November 14th 1980, while evicting and jailing his long-time brother-in-arms, president Luiz Cabral.

There was, for instance, a constitutional conflict over the fact that Cape Verdeans had access to state office in Guinea-Bissau, while the equivalent was not true for Guineans in Cape Verde. A new constitution of the country, approved only four days before the coup by the now dissolved National Assembly, had also made president Luiz Cabral formal head of the council of ministers in place of prime minister Nino Vieira. There is a clear connection between this and the coup, as Nino has always acted and been regarded as a genuine representative of the Guinean people, while Luiz Cabral's Cape Verdean parentage might have put him in a somewhat different position.

Political arbitrariness and repression, including executions without trial, seems to have been practiced by the old regime, although even Nino himself, former prime minister and now president of the new Revolutionary Council, denies any prior knowledge of this.⁵

There has been speculation too about the role of the conflict with Guinea-Conakry over potentially oil-rich sea bottom. This conflict seems to have been settled rapidly after the coup, which might indicate some kind of connection with president Sekou Touré in Conakry.

Factors such as those now mentioned and others certainly deserve attention in any attempt to understand recent events in Guinea-Bissau. But underlying all this, there has been the general crisis of the old PAIGC regime and its development strategy sketched earlier. What are the chances that the new PAIGC regime will be able to change the situation?

The picture is very contradictory. On the one hand, representatives of the new regime have multiplied promises to give priority to rural

development, to democratize the political system and revitalize the PAIGC, to put an end to arbitrariness, corruption and wasteful investments in conspicuous "modernization" projects of little use to the people. But on the other hand, they have released Rafael Barbosa from prison, a convicted traitor who worked with the Portuguese during the war and was probably involved in the murder of Amilcar Cabral as well as in the attempted conservative coup of 1978. And among the four specially appointed advisors of the Revolutionary Council, we find simultaneously Mario Cabral (not related to the brothers Amilcar and Luiz) and Victor Freire Monteiro. Cabral is both former and present minister of rural development, an outspoken proponent of more ambitious and radical agricultural policies. He demanded more resources for rural development even under the old regime. What chances will he stand now against Monteiro, director of the National Bank of Guinea and well known advocate of a more capitalist oriented development strategy than before?⁶

What class forces will come out on top in the new situation? It may be important to slightly widen our historical perspective by remembering that the "moderate" Monteiro was introduced as the new leader of the PAIGC by the international news agencies only four days after the murder of Amilcar Cabral in 1973. This piece of false news fitted nicely into the "Spinolist" vision of relations between Portugal on the one hand and on the other hand Guinea and Cape Verde divided between themselves.⁷ It was broadcast over the world, before the PAIGC itself had even had time to meet and settle for Aristides Pereira, now president of Cape Verde, and Luiz Cabral as the successors of the assassinated secretary general.⁸

Military populism

The new regime in Bissau offers us an example of what may broadly be termed military populism. The new leaders were supported by the army in making their coup. Nino himself has gained his popularity with the Guinean people as a military hero. They made use of general discontent in the country over lack of rice and other necessities, discontent among Guineans over the influence of educated Cape Verdeans in the party and state apparatus, discontent among the military over conditions of employment, old conflicts between members of the guerilla army and

9.) L i t e r a t u r h i n w e i s e

- Amilcar Cabral Gesellschaft (Hrsg.),
Der Putsch in Guinea-Bissau und seine
ersten Folgen.

Bochum, Mai 1981

- Mondlane Stichting (Hrsg.),
Staatgreep in Guiné-Bissau.

Amsterdam 1981

- Cabo Verde -
- Voz di Povo

- Guiné-Bissau -
- No Pintcha

e) Zeitschriften

- Afrique-Asie
- Antiimperialistisches Informationsbulletin
- Aktion Solidarische Welt
- Internationales Afrika Forum
- IZ3W Informationszentrum 3. Welt
- Jeune Afrique
- New African
- Der Spiegel
- Três Continentes
- Unidat e Luta

f) Rundfunk

- Constituição do Conselho da Revolução
- Noticiario da Radio Bissau 15/11/80
- Radio Bissau
- Commentario de 15/11/80
- Emissora Oficial de Cabo Verde
- Nota do dia 23/11/80
- Especial Para Os Servicos Portugeses da B.B.C.
- Commentario da Emissora Oficial 3/12/80

g) Dokumente

- Mensagem a nação do camarada Aristides Peireira
- Resolução General
- Reuniao do conselho nacional de Cabo Verde do PAIGC/ Comunicado
- Proclamação
- Golpe de estado em Bissau
- Nota do Dia
- Comunicação do Secretario Geral do PAIGC e Presidente da Republica da Cabo Verde

- Reuniao do Conselho Nacional de Cabo Verde do
FAIGC/ Comunicado
- Golpe de Estado em Bissau
- Dirigentes Detidos do Comité Executivo da Luta
- Ante-projecto da Constituiçao
- A tonica da imprensa portuguesa sobre o golpe de
estado na Guiné-Bissau
- Congresso do FAICV, 16.-20.1.1981

8. Literaturhinweise

- Amilcar Cabral Gesellschaft (Hrsg.),
Der Putsch in Guinea-Bissau und seine
ersten Folgen.
Bochum, Mai 1981
- Mondlane Stichting (Hrsg.),
Staatsgreep in Guiné-Bissau.
Amsterdam 1981

LA GUINEE-BISSAU APRES LE COUP D'ETAT DE NOVEMBRE 1980

LA GUINEE-BISSAU APRES LE COUP D'ETAT DE NOVEMBRE 1980

1. Le coup d'Etat
2. La "deuxième" lutte de libération cherche son souffle
3. Quelques questions sur les sociétés post-révolutionnaires en Afrique
4. Et maintenant....

.....

Données générales

Date de l'indépendance	24 septembre 1974
Superficie	36,125 km ²
Population (recensement 1979)	777,214 habitants
Capitale Bissau (1979)	110,000 habitants
Densité	22 hab./km ²
Taux d'accroissement annuel (probablement sous-estimé)	1.4%
Taux d'accroissement annuel estimé de la capitale	5%
Structure démographique (estimé)	
0- 6 ans	25%
6-14 ans	13%
15-59 ans	53%
60 ans et plus	4%
Structure de la population active	
Total estimé	450,000
Secteur primaire	37.8%
Secteur secondaire	3.2%
Secteur Tertiaire	9.0%
Répartition de la population salariée	
Total 1977	24,360
Secteur primaire	6.8%
Secteur secondaire	7.6%
Secteur tertiaire	85.6%
PIB (1977, millions de dollars)	130
PIB per capita (1977) US dollars	170
Exportations 1979 (millions de pesos)	480
Importations 1979 (" " ")	2,067
Monnaie - Peso guinéen - 1 dollar, environ	35 pesos

Source: Commissariat d'Etat à la Coordination Economique et au Plan.

La lutte de libération en Guinée-Bissau, dirigée par le Parti Africain pour l'Indépendance de la Guinée et du Cap Vert (PAIGC) avait, en plus d'attirer la sympathie d'une grande partie de l'opinion publique internationale, redynamisé la théorie et la pratique des mouvements de libération en Afrique. Sous l'impulsion d'Amilcar Cabral, fondateur et dirigeant du PAIGC, jusqu'à son assassinat en 1973,* la lutte en Guinée avait fait espérer qu'une nouvelle société surgirait après l'indépendance.

Le 14 novembre 1980, un coup d'Etat renversa le gouvernement de la Guinée présidé par Luiz Cabral (demi frère de Amilcar). Les forces armées commandées par João Bernardo Vieira, dit "Commandant Nino", premier ministre, déclenchèrent un "mouvement de réajustement", destiné selon eux à rétablir la tradition et la pratique d'Amilcar Cabral. La compréhension de ces événements complexes exige une analyse en profondeur; d'autant plus que les grands media et les grandes agences de presse occidentales s'empressent de tracer le "diagnostic" du coup d'Etat: "échec du socialisme", "la population est nostalgique des Portugais", "la Guinée, un mini goulag tropical", etc. Cette "analyse" (qui est d'ailleurs égale à celle faite sur le Nicaragua, le Mozambique, et les autres pays libérés de l'impérialisme) ne tient évidemment compte que d'une partie de la réalité.

Il reste que le déchiffrement des faits, et leur analyse, reste encore embryonnaire. Aussi, cette contribution est plutôt dans le sens de soulever les "vraies" questions que pose l'évolution de la Guinée-Bissau depuis l'indépendance. Ces questions ne se posent pas d'ailleurs seulement en Guinée. Le développement contradictoire de l'Angola, du Mozambique et du Cap Vert, autres ex-colonies portugaises, interroge aussi les observateurs y compris ceux et celles qui ont défendu et défendent toujours la lutte des mouvements de libération nationale. De même, les nouveaux Etats du Zimbabwe, du Nicaragua, l'évolution du Vietnam, de Cuba, ouvrent aujourd'hui une période de nouvelles définitions, de nouveaux enjeux, de nouveaux défis.

* Amilcar Cabral fut assassiné le 21 janvier 1973 par des agents portugais. Ce plan portugais fut toutefois exécuté avec l'aide de Guinéens qui, à l'intérieur même du PAIGC, voulaient se débarrasser de Cabral et des Cap Verdiens pour imprimer au mouvement une allure plus étroitement nationaliste.

1. LE COUP D'ETAT

C'est le 14 novembre vers 20 heures que les blindés occupèrent les principales positions autour de la capitale, Bissau. Quelques heures plus tard, le Président Luiz Cabral était arrêté. Trois cadres supérieurs des services de sécurité et de l'armée, Otto Schacht, Antonio Buscardini et André Gomez, furent les seules victimes déclarées d'un coup somme toute fort paisible. Il faut dire que le "commandant Nino" avait bien préparé son affaire: plusieurs hauts dirigeants du Parti, de l'armée et du gouvernement, réputés pro-Luiz Cabral, étaient à ce moment-là à l'extérieur de la Guinée. Le nouveau pouvoir put ainsi s'établir tranquillement.*

Les premières heures du nouveau pouvoir après cette victoire décisive furent cependant caractérisées par un flottement politique.

Le caractère nationaliste fut immédiatement le plus évident. Certaines déclarations parlèrent alors d'une libération de la Guinée du "joug cap verdien". On sait en effet que le PAIGC, parti bi-national (au pouvoir en Guinée Bissau et Cap Vert) avait comme projet fondamental l'unification des deux pays et qu'une partie imposante des cadres du Parti, y compris en Guinée, étaient de nationalité ou d'origine cap verdienne (à commencer par Luiz Cabral lui-même). Par ailleurs, les Cap Verdiens, ayant davantage accès à l'éducation, furent utilisés par l'administration coloniale portugaise pour occuper un grand nombre d'emplois administratifs et une bonne proportion des fonctionnaires, enseignants, cadres moyens et inférieurs en Guinée demeurent aujourd'hui des Cap Verdiens d'origine (certains étant établis en Guinée depuis plusieurs générations).* Cette contradiction historique, que le PAIGC à son origine et dans son évolution avait toujours combattue, apparût alors au lendemain du coup d'Etat comme

* Vasco Cabral, Commissaire (c'est-à-dire ministre) d'Etat à la coordination et au plan, fut blessé, accidentellement semble-t-il. Il est revenu à ses fonctions depuis. Quatre dirigeants du Comité Exécutif de la lutte (CEL) (sur 26), équivalent d'un Bureau politique, 7 membres du Comité Supérieur de la Lutte (CSL) (sur 109), équivalent d'un Comité Central), et une dizaine d'autres cadres de l'Etat et du Parti ont été arrêtés et demeurent actuellement en état d'arrestation. Une dizaine d'autres cadres, à l'extérieur au moment du coup, n'ont pas réintégré la Guinée, dont José Arango, Secrétaire Exécutif du C.E.L.

* Les Cap Verdiens occupant des fonctions administratives et politiques seraient environ 200 en Guinée.

le principal trait des événements. Rafael Barbosa,* Guinéen qui avait trempé en 1973 dans l'assassinat d'Amílcar Cabral et depuis ce temps était en prison, fut alors libéré par le nouveau régime. Cece lui permit de faire une déclaration fracassante à la radio nationale annonçant une "lutte à finir" contre les Cap Verdiens. Autre fait de cette première étape: les nouveaux dirigeants, dans leurs déclarations officielles, ne firent aucune référence au PAIGC et à Amílcar Cabral, ce qui fut immédiatement interprété comme une rupture idéologique majeure.

Ces flottements du début furent cependant rectifiés dans les jours qui suivirent. La déclaration de Barbosa fut démentie par Vieira. Les principes du PAIGC furent aussi rappelés. L'interprétation du coup d'Etat, présenté maintenant comme un "réajustement" fut alors d'expliquer les faits comme un "retour aux sources" du cabralisme, un coup de collier nécessaire pour éliminer ceux qui avaient rompu avec la tradition et les principes d'Amílcar Cabral et du PAIGC. Au contenu nationaliste se superposa ainsi une interprétation populiste: appel au peuple, à la mobilisation populaire, à la lutte contre les privilèges et la corruption (que l'ancienne équipe de Luiz Cabral aurait favorisés), au regain de la vie démocratique dans le pays et dans le parti, etc. On accusa ainsi Luiz Cabral d'avoir paralysé la vie démocratique et d'avoir imposé un style autoritaire et présidentieliste. Il lui fut aussi reproché d'avoir forcé l'adoption de la nouvelle constitution (octobre 1980); cette nouvelle constitution renforçait les pouvoirs du président tout en adoptant certaines mesures jugées discriminatoires à l'égard des Guinéens.** A ce moment, les cadres du Parti et de l'Etat identifiés généralement à l'aile la plus

* Ce personnage fut en fait mêlé à une conspiration tramée par le Général Spínola, responsable militaire portugais de la Guinée, dont le but était de trouver un terrain d'entente avec la faction nationaliste du PAIGC (que représentait Barbosa), pour éliminer l'aile plus radicale des frères Cabral. Après l'assassinat de Cabral, Barbosa fut arrêté par le PAIGC. Cependant, même en prison, il fut mêlé de nouveau à une tentative de coup d'Etat en 1978, orchestrée de concert avec les groupes anti-PAIGC au Sénégal, et avec la complicité de certains milieux de droite portugais et occidentaux. Malgré ce passé chargé, Barbosa sauva sa peau à cause de sa grande popularité particulièrement dans le quartier populaire de Bissau, où son ultra-nationalisme, anti-blanc, anti-métis, anti-cap verdien, flat-tait le sentiment populaire des cadres déclassés de la population africaine (chômeurs, marginaux semi-urbains, etc.) et d'une partie de la petite bourgeoisie noire, à la recherche de promotion aux dépens des Cap Verdiens.

** Deux articles de la constitution votée en novembre étaient particulièrement litigieux. L'article 29 stipulait que les Cap Verdiens en Guinée jouissaient des mêmes droits que les citoyens guinéens, sans toutefois établir d'équivalence pour les Guinéens au Cap Vert. L'article 70 faisait du Président le chef du gouvernement, éliminant ainsi le poste de premier ministre (celui de Vieira justement!) Enfin, une autre disposition qui choqua fut le maintien de la peine de mort en Guinée, alors qu'elle n'existe pas au Cap Vert.

à gauche, tels Mario Cabral (Commissaire à l'éducation) furent promus pour défendre cette nouvelle image d'un PAIGC revigoré par l'"action nécessaire" de Vieira. De cette manière, le nouveau régime put rallier sans difficulté la très grande majorité du personnel du Parti et de l'Etat, tout en suscitant un appui populaire spontané (qui s'exprima par une explosion de joie à Bissau) et généralisé.

Cette ambiguïté du coup d'Etat, reprenant en fait le flou idéologique et politique du régime précédent, représente une continuité depuis l'indépendance. Des observateurs présents en Guinée au moment du coup en tiraient la conclusion suivante:

"Le caractère populiste se révèle par l'absence de ligne politique. Les déclarations se résument à "on veut servir le peuple", "réparer les injustices". On réaffirme la fidélité aux orientations du PAIGC, mais sans clarifier les positions".

Les réactions extérieures au coup d'Etat furent variées. L'appui le plus visible vint dans un premier temps de la Guinée Conakry. Le "camarade" Sékou Touré n'avait en effet jamais caché son antipathie pour Luiz Cabral et pour le PAIGC en général, qu'il considérait comme une entrave à ses rêves de mini-puissance régionale. Le projet d'unification Guinée-Cap Vert contredisait totalement son espoir de réaliser un jour la "Grande Guinée" qu'il préconise. Depuis 1970 par ailleurs, un litige frontalier l'opposait au gouvernement de Bissau sur des territoires off-shore où les prospections pétrolières se sont multipliées. La compagnie américaine Atlantic Resources concluait en juin dernier, à la suite d'une étude, que ce territoire pourrait produire plus d'un million de barils par jour. Cet enjeu de taille provoqua alors un regain de tension entre Conakry et Bissau. Bien que Vieira ne se soit aucunement avancé sur ce dossier, son arrivée impromptue au pouvoir a créé un nouvel espoir à Conakry, d'autant plus que la dynamique anti-cap verdienne allait dans le sens des objectifs de la "Grande Guinée" (unification de tous les Guinéens). D'autre part, le rapprochement récent de Conakry avec la France laisse supposer que les velléités régionales de Sékou Touré sont plus fortes que jamais, la Guinée pouvant espérer devenir le pivot régional des alliances néo-coloniales de la France en Afrique de l'ouest.

Par ailleurs, les puissances occidentales directement intéressées dans la région, à commencer par le Portugal et la France, sont restées dans l'expectative, se contentant de reconnaître le nouveau régime. Cette passivité fut, de même, l'attitude de l'Union Soviétique, de Cuba, et de la R.F.A., principaux partenaires de la Guinée au sein du bloc soviétique.

A l'opposé, les réactions hostiles se concentrèrent évidemment au Cap Vert. Les dirigeants du Cap Vert, dont Aristide Pereira, Président de la République du Cap Vert et secrétaire général du PAIGC*, accusèrent Vieira et les autres nouveaux dirigeants guinéens de trahir la cause du PAIGC. En décembre, les Cap Verdiens réunirent à Luanda (capitale de l'Angola) les représentants du MPLA (Angola), du FRELIMO (Mozambique) et du MLSTP (São Tomé et Príncipe). Cette réunion au sommet se conclut en une dénonciation du coup d'Etat, comme rupture avec les traditions et l'orientation du PAIGC. Plusieurs estiment que les raisons de ce parti pris pro-Cap Vert s'expliquent par la crainte des autres ex-colonies portugaises de voir un certain "syndrome" guinéen se répandre chez eux: c'est-à-dire que les contradictions sociales et ethniques qui ont fait éclater la crise en Guinée sont aussi présentes en Angola et dans une moindre mesure, au Mozambique et à São Tomé et Príncipe. Le MPLA et le FRELIMO tenaient donc à se démarquer des événements de Bissau pour indiquer qu'ils tenaient bien la situation en mains dans leur pays respectif. Un autre élément qui a peut-être uni ces pays contre la Guinée est le fait que le coup soit venu d'abord de l'armée, alors que la tradition des mouvements de libération a été dans le passé de solutionner "politiquement" les conflits (se concluant par l'expulsion de l'une ou l'autre faction, mais à l'intérieur des instances du parti). Le fait que les Guinéens aient "innové" dans ce domaine serait un mauvais présage et à contre-courant des traditions politiques des mouvements de libération.

Depuis le sommet de Luanda, la polémique a continué entre le Cap Vert et Bissau. En janvier dernier, les dirigeants cap verdiens déclarèrent que le coup d'Etat avait mis à mort le PAIGC et institutionnalisèrent la scission, en proclamant le Parti Africain pour l'Indépendance du Cap Vert (PAICV), complètement indépendant de la Guinée. En pensant ainsi arroser l'arrosoir, le Cap Vert exerçait une pression sur la Guinée, avec l'aide des autres ex-colonies portugaises anciennement regroupées au sein de la Coopération des Colonies Portugaises (CONCP). On a toutefois remarqué depuis que le ton de la polémique a diminué et que l'on cherche diverses modalités d'accommodement entre les deux pays (par le biais entre autres du Mozambique). Le projet d'unification étant mis au rencart, les deux pays se dirigeraient plutôt vers la normalisation de relations habituelles entre Etats indépendants. Somme toute, le conflit Cap verdiens-Guinéens aurait été beaucoup plus le catalyseur des contradictions fondamentales qui germaient en Guinée depuis l'indépendance. Ce qui renvoie donc au processus d'évolution de la société guinéenne depuis 1975.

* Le PAIGC était organisé de la façon suivante: le CEL et le CSL avaient une composition bi-nationale. A peu près les deux tiers des membres étaient Guinéens. Pereira, du Cap Vert, était le secrétaire général et Cabral (de Guinée) le secrétaire-adjoint. Dans chaque pays, le Parti avait une structure nationale chapeauté par un Conseil National (CN).

2. LA "DEUXIEME" LUTTE DE LIBERATION CHERCHE SON SOUFFLE

L'originalité du PAIGC

Le PAIGC et Amilcar Cabral lui-même se doutaient bien que le temps des cerises ne serait pas pour le lendemain de l'indépendance. Interrogé par Gérard Chaliand un peu avant sa mort, Cabral avait exprimé ses craintes,* mais il pensait que le PAIGC avait libéré une dynamique sociale suffisamment forte, suffisamment créatrice, pour rencontrer les obstacles ultérieurs.

En fait, l'originalité même du processus de libération nationale en Guinée et au Cap Vert résidait justement dans un effort systématique et articulé pour enclancher, au sein des populations, une dynamique d'organisation, de critique, de débat. Le PAIGC, après avoir refloué des villes où ses premières actions s'étaient soldées par des échecs, s'implanta dans les campagnes pour travailler dans un tissu social tout à fait nouveau, du point de vue de la pratique révolutionnaire. La paysannerie guinéenne, structurée fortement et hiérarchiquement, pouvait être mobilisée pour la lutte en tenant compte à la fois de ses traditions de résistance et de ses propres limitations internes (dominance des hiérarchies traditionnelles), divisions entre groupes ethniques, cultes syncrétistes excluant l'approche réaliste de la situation, etc.). Pour avoir analysé et compris ces sociétés, le PAIGC put y introduire, lentement et grâce à un patient travail d'éducation, les formes les mieux adaptées à sa structure et à ses forces motrices. L'organisation et le renforcement de structures communautaires, la mise en place de services sociaux et médicaux, une patiente liaison avec les chefferies, l'élaboration d'un système d'échanges non marchand (par le biais de "magasins du peuple") furent des mesures pour socialiser la population à l'intérieur d'un mouvement ample. Les contours idéologiques mal définis du PAIGC permettaient d'accueillir la population là où elle était, à travers ses niveaux de conscience et ses capacités d'identification de l'ennemi.

Ce travail en profondeur porta fruit. Déjà en 1973, le PAIGC contrôlait une portion importante du territoire. Bien qu'il n'ait pas atteint la région de la capitale, il parvint ainsi à gagner d'abord une hégémonie politique et sociale dont la concrétisation fut la victoire militaire, bien que la chute du régime fasciste au Portugal ait eu pour effet de précipiter le déroulement des choses. L'hégémonie du PAIGC était toutefois partielle. Dans la région nord du pays particulièrement, le PAIGC eut beaucoup de difficultés à pénétrer les villages structurés par les chefferies musulmanes (région habitée par l'ethnie Fula).

* Mythes révolutionnaires du tiers monde, Gérard Chaliand, Ed. du Seuil, 1976.

D'autre part, dans la capitale même, les couches "modernisées" (fonctionnaires, commerçants, enseignants, etc.),* bien qu'atteints par une propagande clandestine, n'avaient nullement vécu la refonte sociale opérée dans les zones libérées de la campagne. Enfin, au sein même de ses "châteaux forts", le PAIGC était perçu et vécu de façon différente par les différents groupes et ethnies. Très soucieux d'adoucir et de reporter ces contradictions, le PAIGC (à cet égard extrêmement fidèle à la tradition des mouvements de libération nationale dans le monde, Vietnam, Chine, etc.) avait tendance à masquer les conflits potentiels. Les couches privilégiées, dont la petite bourgeoisie, composant essentiellement la direction de la lutte, devaient, selon Cabral, se "suicider" en tant que classes, à travers la transformation imposée par la lutte elle-même: "La situation coloniale offre à la petite bourgeoisie l'opportunité historique de diriger la lutte contre la domination étrangère pour être, de pas sa situation objective et subjective (...) la couche qui prend le plus rapidement conscience du besoin de se libérer. Mais, pour remplir parfaitement le rôle qui lui revient dans le mouvement de libération nationale, la petite bourgeoisie révolutionnaire doit être capable de se suicider en tant que classe pour ressusciter en tant que travailleur révolutionnaire, entièrement identifiée avec les aspirations les plus profondes du peuple auquel elle appartient..." (A. Cabral, Unité et lutte).

La volonté de "suicider" la petite bourgeoisie en la transformant en "travailleur révolutionnaire" devait permettre de consolider le PAIGC comme un mouvement authentiquement populaire, enraciné à la base et capable d'organiser, de planifier l'Etat et l'économie au service des masses: engager une "deuxième" lutte de libération. L'indépendance devait alors permettre une libération sociale des classes populaires (on fait plus des proto-classes), ainsi que leur participation à la production sociale dans le cadre du "développement des forces productives". "La libération des forces productives nationales, résultant de l'accès à l'indépendance, et l'intervention de l'Etat sur le plan économique, en défense des intérêts des masses travailleuses, créent de nouveaux types de relations dans nos sociétés" (3e Congrès du PAIGC, 1977).

* Il y a en Guinée deux sociétés distinctes. Celle du sud, des groupes segmentaires, cultivateurs de riz, essentiellement BALANTE; celle du nord, société à chefferies de paysans cultivant le maïs, l'arachide, ou pratiquant l'élevage du bétail, essentiellement FULA (et dans une moindre mesure MANDJAK). Les Balantes étaient organisés dans une société sans Etat, de type communautaire. Les Fulas, au contraire, ont constitué des Etats islamiques à caractère expansionniste. Une guerre intermittente opposait ces deux sociétés avant la colonisation, et les Portugais accentuèrent le clivage.

Par ce processus, le PAIGC mènerait la lutte pour atteindre les objectifs fondamentaux, "en approfondissant, à travers une pratique révolutionnaire de défense intransigeante des intérêts des masses travailleuses, le contenu idéologique de la lutte: la liquidation de l'exploitation de l'homme par l'homme" (Rapport d'Aristide Pereira au 3e Congrès du PAIGC).

La théorie et la pratique

On constate donc que le nouveau régime possédait une articulation théorique suffisamment forte et claire, dans les conditions guinéennes. Lors du 3e Congrès du PAIGC en novembre 1977, un premier bilan national fut effectué sur les politiques depuis l'indépendance. On se rendit compte à ce moment que les divers groupes et intérêts au sein du bloc au pouvoir (divers groupes de la petite bourgeoisie, paysans, travailleurs, armée, etc.) avaient tendance à se fragmenter. La création de l'Etat nouveau avait plutôt créé une dynamique conflictuelle entre des groupes dont la cohérence avait été maintenue durant la lutte de libération. Sur le plan politique, ces clivages apparurent alors comme des "tendances" à l'intérieur du Parti. Une tendance qualifiée par certains* de néo-coloniale cherchait "à donner à ses tenants les assises économiques (à travers leur contrôle de l'appareil d'Etat) qui mettront en place les conditions nécessaires pour l'émergence d'une élite bureaucratique consommatrice des biens de luxe".**

A côté d'une tendance étatiste se trouvait aussi une aile "populaire", désireuse de "promouvoir une participation directe de la population (majoritairement paysanne) au développement économique, conçu avant tout comme l'amélioration graduelle des conditions de vie et de travail de la population dans son ensemble".***

Plutôt que de trancher entre ces courants, le PAIGC eut comme réflexe de maintenir l'équilibre entre ces perceptions et ces visions différentes. Ce refus découlait d'un certain constat réaliste: aucun groupe social, aucune tendance politique en présence n'avait l'ampleur sociale

* Nancy Thede, La Guinée Bissau, stratégie et développement, ou planification de la pénétration?, Points de Repères, vol. 1, no.1, automne 1979

** "La Guinée Bissau, stratégie.....", p. 51.

*** "La Guinée Bissau, stratégie.....", pl. 52

et politique pour rebâtir une nouvelle hégémonie.* Par ailleurs, en s'empêchant de déterminer une ligne commune et claire, le Parti/Etat entretenait le statu quo, c'est-à-dire le libre déploiement de chaque tendance et groupe à travers l'Etat et les différents lieux de pouvoir. Sur le plan économique, ce choix allait s'avérer coûteux. Sur le plan politique, c'était un peu la course au pouvoir.

L'engorgement économique et social

La Guinée héritait, à l'indépendance, d'une économie totalement déséquilibrée. En fait, le Portugal avait utilisé ce pays dans un sens géo-politique plutôt qu'économique (contrairement à l'Angola par exemple): absence quasi totale d'investissements productifs, d'infrastructures, etc. Leur héritage consistait en fait en la culture de l'arachide (au nord), exportée vers l'Europe, et à quelques installations de base (une brasserie!). La fin du régime colonial fut très coûteuse du point de vue social: déplacements de populations, croissance rapide des villes, etc. Se sortir de cette situation ne pouvait être qu'une tâche très difficile et à long terme. Or, le régime ne put ni établir de stratégie cohérente à long terme, ni atténuer les difficultés immédiates.

L'un des faits déclencheurs du coup d'Etat de novembre 1960 a été la pénurie de riz très grave que connaît la Guinée depuis deux ans particulièrement. La diminution importante de la production (déficit de 45,000 tonnes en 1960) aurait été la cause de plusieurs facteurs.

* La tendance "populaire" par exemple: "c'est au niveau de la mise en oeuvre que se trouve la grande faiblesse de la tendance "populaire" et la force des deux autres. Pour la troisième tendance, tout est à inventer. Tandis que pour les deux autres, il existe depuis longtemps des expériences qu'elles n'ont qu'à initier. Face à leurs propositions concrètes (en termes de types de projets, sources de financement, moyens à utiliser, etc.), et en l'absence de structures de participation politique qui fonctionnent dans les zones rurales, la tendance "populaire" n'a pas encore trouvé d'alternative concrète à proposer. Et c'est donc en pratique la tendance la plus faible, la moins présente sur le terrain". (M. Thede, pt. cit. p. 52).

Contrairement à ce qu'avait affirmé le 3e Congrès du PAICC (priorité à l'agriculture), seulement 6% du budget d'investissement lui était consacré en 1981 (prévisions budgétaires), une diminution même par rapport à 1980 (7%).

Tableau I

Distribution sectorielle des investissements (millions de pesos)

<u>Activités</u>	<u>Dépenses prévues</u>	<u>Répartition en %</u>
1. Agriculture, élevage, silviculture	201,742	6.1
2. Pêche	700,648	21.3
3. Ressources naturelles	147,551	4.5
4. Industrie et artisanat	435,310	13.2
5. Energie	119,047	3.6
6. Transport	709,785	21.6
7. Télécommunications	203,050	6.2
8. Education	250,011	7.6
9. Santé et Affaires sociales	64,401	2.0
10. Urbanisme	237,357	7.2
11. Divers	211,035	6.4
TOTAL:	<u>3,203,255</u>	<u>100</u>

(Sources: Programme d'investissements pour l'année 1980 - Commissariat d'Etat à la Coördination Economique et Plan, Commissariat d'Etat aux Finances.)

L'absence d'investissements de l'Etat fut aggravée par l'affaiblissement du réseau de commercialisation. Les "magasins du peuple", héritage de la lutte de libération, ne réussirent pas à mettre en place un réseau efficace et rentable de commercialisation des produits. Bien qu'on accuse aujourd'hui l'ancienne équipe d'avoir été responsable de cet échec, le problème est en fait plus grave. Le secteur de l'Etat n'a ni le know-how, ni les cadres nécessaires, ni l'organisation populaire assez forte, pour soutenir un réseau parallèle à celui des commerçants privés.

Ceux-ci connaissent leur terrain et sont liés de mille façons aux agriculteurs par la famille, les relations amicales, les dettes, etc. En fait, le problème de la commercialisation (absolument général dans toutes les sociétés post-révolutionnaires) n'aurait pu être réglé que par une forte mobilisation populaire, capable et responsable de construire un autre réseau de relations et d'échanges à travers toute la société. Comme cela n'était pas le cas, l'étatisation du commerce a aggravé les problèmes de distribution des biens et des vivres.*

Enfin, la sécheresse sahélienne (à partir de 1973) n'a fait que détériorer une situation déjà fort mal en point. Dans ce contexte, les paysans ont eu le réflexe habituel de se replier chacun pour soi. La réorganisation de la production agricole (développement du mouvement coopératif, planification régionale, etc.) n'a pu réellement être entamée. Bien que des tentatives intéressantes aient été faites, les paysans n'ont pu être motivés à intensifier et à collectiviser la production parce qu'ils n'ont pas vu les avantages matériels que cela leur apporterait (commercialisation accrue et efficace de biens et d'équipements dans les campagnes, développement de services de santé, d'éducation, etc.).

D'autre part, à cause de l'absence d'une politique économique clairement orientée et cohérente, tous les secteurs ont essayé de "tirer la couverture" de leur bord. Certains projets de prestige ont drainé de gros investissements et beaucoup d'énergie administrative et politique. Lors d'une évaluation de la situation au lendemain du coup par le Conseil National du Parti (CNP), le 5 décembre 1980, les nouveaux dirigeants ont affirmé que ces gros projets ont rapporté beaucoup plus de problèmes que de développement, tels l'usine de montage automobile EGA (fabrication de véhicules Citroën sous licence), le nouveau lycée de Bissau, l'autoroute de l'aéroport (ces deux derniers projets ont été stoppés par le nouveau gouvernement), et surtout le projet de Cumaré, une énorme usine pour décortiquer le riz (capacité de 50,000 tonnes de paddy) et usiner l'huile d'arachide (25,000 tonnes). Comme René Dumont l'a analysé, ce projet en particulier a littéralement été vendu à la Guinée par toutes sortes de malversations et de pressions, et les conséquences seront très néfastes pour le pays: déficit croissant des installations, transfert des activités et des investissements vers une seule grande opération, augmentation des coûts de transport, etc.

* Le gouvernement a aussi étatisé certaines exploitations agricoles (183 fermes d'Etat, employant près de 2,000 travailleurs). Selon René Dumont, le résultat global de ces opérations est largement déficitaire: manque de cadres techniques, rupture des stocks des pièces de rechange pour la machinerie, surinvestissement, etc.

Et Dumont concluait:

"Les sept projets industriels arrêtés en 1976-77 prévoyaient d'investir 12 millions de dollars, pour arriver à créer seulement 373 emplois; soit 32,000 dollars par emploi, (...), environ 10% du produit national brut. (...) Ces erreurs plus monumentales encore nous paraissent susceptibles de compromettre largement l'avenir économique, et donc la politique d'indépendance, de ce modeste pays."*

Les investissements, de même que les ressources, se sont concentrés à quelques endroits (en particulier à Bissau).

La combinaison de ces éléments, diminution de la production alimentaire, augmentation rapide des investissements, inflation provoquée par la montée rapide des prix du pétrole et des équipements industriels, a conduit à une balance commerciale fortement déficitaire (les exportations ne couvrant pas le quart des importations: \$15 millions sur \$60 millions). Conséquemment, le gouvernement n'a pu faire face aux charges sociales de manière adéquate. Les quelques 25,000 fonctionnaires (dont 89% vivent à Bissau), de même que les militaires (qui grugent 17% du budget total), virent ainsi leurs revenus diminuer.

Ces couches privilégiées, qui accaparent déjà la grosse part du gâteau, se mirent donc à revendiquer, à exercer toutes sortes de pression pour manifester leur mécontentement, et de cette façon, ils contribuèrent le plus souvent sans le savoir à empirer encore la situation.

Le cercle vicieux s'est ainsi refermé de plus en plus. La qualité de la vie des organisations et des structures politiques et sociales s'en ressentit fortement. Alors que certaines organisations de masse (comme les syndicats, le mouvement des jeunes) étaient considérablement atrophiées, les instances de base du Parti ne purent fonctionner adéquatément. Le CNG du Parti (15 décembre 1980) évaluait ainsi que plus de 50% de ces organisations de base n'avaient plus d'existence réelle. Le pouvoir, et les responsabilités, allaient dans ce contexte reflouer vers le haut. Cependant, informellement ou indirectement, les critiques se multiplièrent dans plusieurs milieux à l'égard de la direction. Un mouvement de contestation larvé s'étendait parmi les cadres politiques et administratifs, et au sein de la population. Ces pressions par en bas forcèrent finalement les dirigeants vers le coup d'Etat.

* L'Afrique étranglée, Seuil 1980, p. 223.

Sur le plan social, un certain nombre de réalisations furent concrétisées, particulièrement dans le domaine de la santé. Des programmes de santé communautaire furent mis en place grâce à la coopération (en particulier des organisations non-gouvernementales, prêtes à aller sur le terrain, contrairement à l'aide gouvernementale qui se contente de concentrer davantage les investissements à Bissau). Dans le secteur de l'éducation, les réalisations se heurtèrent au problème fondamental des contenus et des formes pédagogiques. Le modèle de l'école de la guérilla avait pu être réalisé par la mobilisation et l'organisation de la population, et des militants, dans un travail de base prolongé.* La fonctionnarisation de l'école après l'indépendance rendit inopérantes les nouvelles approches expérimentées durant cette période. De la même façon, l'alphabétisation des adultes, qui représente un processus social intégré, fut un échec parce qu'elle ne put bénéficier d'une mobilisation large et d'un encadrement continu sur le terrain.

L'irrésistible attraction des "modèles" étrangers

Comme se sortir de l'impasse? Comment redémarrer un mouvement de masse pour résoudre les vrais problèmes? Comment former, encadrer, orienter idéologiquement le nombre trop restreint de cadres politiques et administratifs? Que faire devant le spectre de la famine? Plus le temps avançait, plus ces questions étaient posées avec angoisse au sein des dirigeants politiques.

Parmi les voies de sortie, un renforcement de la centralisation politique et administrative était envisagé par certains, dont Luiz Cabral.** Des changements imposés dans la direction des organes de direction du Parti, de l'armée, créèrent un malaise au niveau de la direction et des rapports entre l'équipe assez restreinte qui se trouve en haut de toute la structure. Ce centralisme fut favorisé par certaines clauses de la nouvelle constitution.

Ces procédures permettaient de régler administrativement et bureaucratiquement les conflits politiques, et de trancher les litiges entre les diverses factions et les groupes d'intérêt. A certains moments, cette façon d'agir a mené à des mesures répressives (arrestations arbitraires, détentions prolongées, etc.). Le nouveau régime, bien que ses figures principales aient été en place à ce moment, accuse Luiz Cabral de répression sanglante (500 personnes fusillées, etc.). Le régime actuel justifie son action "illégal" en affirmant qu'il n'y avait pas d'autre choix pour débloquer la situation, que le processus politique était bloqué et que Luiz Cabral, à sa manière, préparait son propre coup d'Etat, pour éliminer ses adversaires.

* Voir à ce sujet la belle réflexion de Paulo Freire, Lettres à la Guinée Bissau sur l'alphabétisation, Maspéro, 1978.

** La direction du PAIGC, incluant les dirigeants cap verdiens (Aristide Pereira, Pedro Perês, etc.) ont nécessairement dû partager cette vision qu'ils ont entérinée dans les instances du Parti.

Par ailleurs, le processus de centralisation politique et administratif était encouragé par les interventions de l'extérieur. Les pays fournisseurs d'"aide" favorisent en effet la solution "technique" et "administrative", qui implique une croissance continue de leur "aide". Les principaux partenaires de la Guinée, soit le Portugal, la France, la Suède et les Etats-Unis, avec leur cortège d'assistants "techniques", de contractuels, de "conseillers", développèrent la logique qui consiste à voir les problèmes de développement comme un manque d'usines, de machines, etc., et non comme l'absence ou la faiblesse de la mobilisation populaire.

Tableau II

Financement extérieur contracté entre 1976/78 par sources

<u>Sources</u>	<u>Valeurs (1,000 dollars)</u>	<u>%</u>
<u>Multilatérales</u>		
CEE	14,891	13.6
COE	1,823	1.7
PNUD	4,109	3.8
UNICEF	2,972	2.3
<u>Total (a)</u>	<u>23,790</u>	<u>21.7</u>
<u>Bilatérales</u>		
RDA	12,000	11.0
RFA	3,480	3.2
Chine	2,116	2.0
Cuba	3,324	3.0
France	3,269	3.0
Pays-Bas	8,935	8.2
Norvège	4,181	3.8
Portugal	7,693	7.0
Suède	14,455	13.2
URSS	16,664	15.2
EUA	9,511	8.7
<u>Total (b)</u>	<u>35,641</u>	<u>73.2</u>
<u>TOTAL (a et b)</u>	<u>109,341</u>	<u>100</u>

(Source: Commissariat d'Etat à la Coordination Economique et au Plan - Les chiffres n'incluent pas certaines sources qui n'ont pas pu être vérifiées.)

L'intégration croissante à l'économie capitaliste mondiale qu'ils proposent (en concentrant les investissements dans le secteur exportatif) oblige une centralisation politique et économique, la concentration dans certains secteurs et certaines régions, à surspécialiser les cadres et accroître le contrôle bureaucratique et autoritaire sur la production sociale. De la même façon, le "modèle" proposé par l'"aide" soviétique repose sur les mêmes rationnels: centralisation, spécialisation, contrôle de la main d'oeuvre, développement d'une agro-industrie, etc. Les techniques proposées (mécanisation rapide), les formules d'organisation de la production (fermes d'Etat ou grandes plantations), non seulement ne correspondent pas à la simple réalité (toutes les expériences similaires ont été des échecs en Afrique), mais encore aggravent davantage la rupture entre le Parti et l'Etat, et la population. Leur attraction ne vient donc nullement de leur efficacité, mais bien plutôt du fait que l'aide favorise le développement de la petite bourgeoisie, au contrôle de l'Etat, que les liens avec l'étranger "sauvent" de la nécessité de mobiliser et de faire participer les paysans et les travailleurs. De plus, l'aide, à court terme, résout les problèmes les plus apparents. Or, à Bissau, ce qui était le plus apparent, c'était qu'en ville (et non à la campagne que personne ne voit sinon les paysans eux-mêmes), il fallait du riz, des écoles, des hôpitaux, des routes, etc. Le recours à l'aide était donc une façon de reporter les problèmes ailleurs et à plus tard. A cela aussi s'opposaient de plus en plus de gens au sein du Parti et de l'Etat.

Le projet d'unification avec le Cap Vert

Inscrit dans la tradition du PAIGC, l'objectif d'unir les deux pays avait une valeur symbolique évidente. Pour la première fois en Afrique, deux peuples pouvaient réussir à s'unir réellement, sur la base d'un respect mutuel et d'un appui réciproque. Or, la réalité recouvrait beaucoup d'autres choses.

La Guinée est une société paysanne fragmentée, composée d'agriculteurs structurés sur la base des lignées traditionnelles africaines. Les Cap Verdiens sont un petit peuple métissé, ayant perdu ses racines culturelles et ethniques africaines. Il a vécu un processus d'homogénéisation et de reculturation (imposé par le Portugal et l'Eglise Catholique) qui lui a donné une personnalité tout à fait originale en Afrique.

Ces différences structurelles furent encouragées et diffusées par le régime colonial. Les Cap Verdiens arrivèrent en Guinée en tant que petits fonctionnaires, garde-chiourmes des Portugais. En même temps, cette utilisation des Cap Verdiens se retourna contre le régime colonial, puisque l'élite intellectuelle, composée surtout de Cap Verdiens, fut à l'origine du PAIGC. Les Cap Verdiens en Guinée ont donc établi des rapports très complexes avec la population, en tant que cadres du régime colonial et en tant que dirigeants de la lutte de libération. Cette contradiction sommeillante durant le temps

de la lutte (l'assassinat de Cabral en fut un des épisodes), mûrit après l'indépendance. Elle se manifesta surtout au sein même de la petite bourgeoisie (entre Guinéens et Cap Verdiens fonctionnaires).

A cause de la paralysie croissante du Parti, l'objectif de l'unification ne put être publicisé et expliqué suffisamment à la base. L'objectif resta assez théorique et lointain. Toutefois, en 1980, une Commission fut mise en place pour déterminer les modalités du processus: comités conjoints inter-ministériels, échanges systématiques d'information, etc. Sur le plan économique, bien que l'intégration des deux économies soit minime (les échanges avec le Cap Vert ne représentaient que 0.4% du total des échanges extérieurs de la Guinée), on envisagea diverses mesures de façon à accroître la collaboration en ce domaine. Les pressions externes contre le processus d'unité (Guinée Conakry, pays occidentaux) amenèrent certains secteurs de l'opinion guinéenne à identifier la question comme "un problème de domination", l'"élitisme cap verdien" "obligeant" les cadres guinéens à se "soumettre", etc. Dans une situation de crise économique et d'instabilité politique, le problème de l'unité, lié à des causes structurelles, historiques, allait être démesurément grossi. Un bouc émissaire était ainsi tout désigné pour porter le poids des difficultés.

Le coup d'Etat, synthèse temporaire des contradictions

On peut donc dire de façon générale que le coup d'Etat fut le point final (temporaire) de toute une série de contradictions sociales, politiques, économiques, etc. Le fait qu'il se dégage autour du nouveau régime une quasi unanimité indique deux choses. D'une part, le nouveau régime représente un consensus, une coalition d'intérêts, un regroupement de forces et de tendances qui étaient auparavant au pouvoir sous Luiz Cabral. D'autre part, le coup a répondu d'une certaine façon aux aspirations populaires, à la lassitude de secteurs croissants de la société guinéenne à l'endroit du gouvernement. Ce dernier fait reflète la nature du PAIGC en tant que mouvement social, national, ample, soumis aux pressions populaires. Dans ce sens, d'une certaine manière, le coup d'Etat est une "victoire" populaire, bien que le peuple agisse en tant que classe témoin, classe-appui, et non en tant qu'acteur, et que cette "victoire", telle qu'elle se définit avec l'équipe actuelle, qui ne semble pas aller bien loin dans la recherche des causes profondes des problèmes, risque d'être transformée en défaite, ou à perpétuer le statu quo.

Ce bref tableau de la situation actuelle est la toile de fond immédiate, l'arrière scène des événements avant et depuis le coup d'Etat. Cependant, l'évolution de la Guinée et du PAIGC doit aussi être vue à travers les processus plus larges qui traversent les mouvements de libération en Afrique actuellement.

3. QUELQUES QUESTIONS SUR LES SOCIÉTÉS POST-REVOLUTIONNAIRES EN AFRIQUE

L'évolution de la Guinée depuis l'avènement et le triomphe du mouvement de libération contient plusieurs caractéristiques qui peuvent être comparées et analysées en regard des autres sociétés post-révolutionnaires en Afrique (Angola, Zimbabwe, Mozambique), et dans une moindre mesure en Asie (Vietnam) et en Amérique latine (Cuba, Nicaragua).

Là, un mouvement de libération gagne l'accès au pouvoir: il est à la fois un large mouvement social, national, regroupant une coalition hétérogène de groupes et d'intérêts sociaux, et un mouvement révolutionnaire, une avant-garde consciente, restreinte, structurée. Il est un mouvement où se croisent et s'entremêlent diverses classes, proto-classes, ethnies, communautés, qui transportent en son sein leurs images, leurs espoirs de la société libérée. Ces espoirs sont rassemblés dans une idéologie pluraliste, souvent floue, radicale, populaire. Ces codes transmettent des significations non apparentes, implicites (souvent non écrites). Peu à peu, au fur et à mesure que le pouvoir et le mouvement s'identifie, ces significations multiples commencent à devenir transparentes et à s'affronter.

Par ailleurs, le mouvement de libération au pouvoir se retrouve au sommet d'un "non-Etat", où tout est à faire: infrastructures économiques, cadres administratifs, etc. Pire encore, tout est à défaire: les liens de dépendance multiples, historiques, complexes se redéploient et se recyclent pour se perpétuer. Economiquement, il n'y a pas les outils de base qui font qu'une société fonctionne et régularise ses articulations internes. Socialement, le terrain est éclaté: divisions entre régions, ethnies, groupes d'intérêts. Géographiquement, le nouveau régime se retrouve comme un flot au sein d'une mer hostile, agressive.

Ce portrait schématique est celui de la Guinée depuis cinq ans. De façon différente, c'est aussi celui des autres sociétés post-révolutionnaires.

Les stratégies de l'impérialisme

L'impérialisme, ou pour être plus précis, le système capitaliste mondial, craint les mouvements de libération. Au-delà de leurs significations théoriques (déclarations de principes), il se méfie de leurs effets déstabilisateurs. Les mouvements de libération construisent un projet où s'échafaudent de nouvelles alliances de classes. Des changements dans la composition sociale du bloc au pouvoir sont introduits par le simple fait que le mouvement de libération repose d'abord et avant tout sur le peuple* (ouvriers et paysans).

* Le "peuple" ou "l'ensemble des classes ou couches populaires", ou selon la formule de Mao Tsé Toung, l'ensemble de ceux qui sont en contradiction objective avec le système de domination.

Bien que la petite bourgeoisie (ce terme est impropre pour définir l'élite intellectuelle, administrative qui se construit en Afrique) soit le pivot et l'articulateur de cette alliance, ces couches populaires y transportent leurs aspirations à la libération, l'autonomie, l'égalité. L'impérialisme craint alors qu'au sein de cette nouvelle alliance s'élabore un réel projet de société alternative et que les privilégiés ne perdent l'hégémonie de ces nouveaux blocs sociaux.

Par ailleurs, le développement et le triomphe éventuel des mouvements de libération déstabilisent l'ensemble de la chaîne impérialiste, ont un effet d'entraînement dans l'ensemble des sociétés (on pense par exemple à l'effet de la lutte vietnamienne sur les sociétés occidentales), et plus particulièrement au sein des maillons les plus vulnérables du système. Ces effets politiques et idéologiques, sur le terrain du pouvoir et de l'Etat, sont accentués enfin par les coûts "économiques" immédiats des luttes de libération. Bien sûr, la guerre "contre la subversion" fait tourner aussi la machine, mais l'expansion trop rapide des secteurs militaires n'a pu être digérée sans fortement secouer l'économie capitaliste mondiale.

Pour toutes ces raisons, l'impérialisme demeure farouchement hostile aux mouvements de libération nationale même si ces mouvements, de par leur propre dynamique, ne remettent pas en cause les fondements mêmes du marché capitaliste international (les fondements compris comme les principes régissant ce marché, et non les modalités comme par exemple le type particulier de division internationale du travail, le prix des matières premières, etc.). Dans ces circonstances, l'impérialisme hésite actuellement entre deux grandes stratégies par rapport aux luttes et aux mouvements de libération.*

La première grande stratégie consiste à intégrer, à récupérer ces mouvements à l'intérieur d'une refonte du système de domination. Cette stratégie, adaptée de diverses manières par l'Internationale Socialiste (dont le pivot est la République Fédérale Allemande), et d'une façon bien particulière par le régime Carter aux Etats-Unis, vise à redéployer ce système par une nouvelle alliance, tenant plus compte des aspirations et des revendications des nouvelles élites dans le tiers monde, et d'un équilibre entre les diverses puissances capitalistes (Etats-Unis, Japon, Europe occidentale, et URSS). Les moyens de cette nouvelle stratégie sont: l'aide internationale, une nouvelle division internationale du travail qui redéploie vers le tiers monde une part croissante de l'économie mondiale, le renforcement des alliances avec des régimes plus "modernes", des blocs au pouvoir plus "larges" dans le tiers monde (ce qu'on désigne de "régimes modérés"), le renforcement des instances de régulation et de surveillance

* On doit comprendre ces deux stratégies comme des modèles généraux, à partir desquels de multiples variantes sont opérées en pratique.

internationale (O.N.U., organismes multilatéraux et bi-latéraux). A l'égard des mouvements de libération, cette stratégie vise à retirer leur caractère subversif, à stabiliser le contrôle et les intérêts des couches privilégiées au pouvoir, à les intégrer au sein des instances de planification et de développement capitaliste internationales (F.M.I. par exemple). La politique des principaux Etats européens est plus constante dans le sens de cette stratégie qui implique des virements économiques et sociaux importants: transfert d'infrastructures, de ressources financières vers le tiers monde (ce qui implique en contre partie un resserrement au sein des Etats occidentaux), alliance avec des partenaires plus substantiels, moins manipulables que les dictatures néo-coloniales classiques, etc. Ces "coûts" sont de plus aggravés du fait de la "nouveau" de cette stratégie, encore à l'état d'expérimentation.

Ceci permet à la deuxième stratégie, plus classique, plus traditionnelle, de maintenir sa force: la victoire de Reagan aux Etats-Unis en étant la dernière démonstration. L'affrontement direct, la déstabilisation des régimes issus des mouvements de libération et même des Etats plus indépendants, le redéploiement d'une puissance d'intervention armée directe et l'affrontement avec l'URSS en sont les traits marquants. Face aux mouvements de libération (en lutte ou au pouvoir) en Afrique et dans le tiers monde, cette stratégie vise à consolider l'emprise sur les Etats néo-coloniaux ou coloniaux: en Afrique par exemple, ceci implique une alliance resserrée avec l'Afrique du sud, le Zaïre, l'Egypte, certains Etats de l'Afrique de l'ouest comme le Sénégal, le Gabon, le Maroc. Il s'agit alors d'accentuer la déstabilisation des Etats et des mouvements de libération pour les "casser", c'est-à-dire briser leur dynamique interne et favoriser le retour au pouvoir des groupes et des couches sociales les plus ouvertement et directement liées à l'impérialisme. Les décisions récentes du régime Reagan vont globalement dans ce sens: libération de l'aide à l'Unita (mouvement pro-occidental en Angola), renforcement du potentiel militaire du Maroc et de l'Egypte, restrictions du programme américain d'aide économique et alimentaire, feu vert donné aux dictatures néo-coloniales pour réprimer davantage les mouvements d'opposition et se lancer dans des expéditions guerrières contre les pays révolutionnaires, etc. Derrière ce choix, il y a sans doute deux principales considérations: premièrement, c'est la manière la plus rapide (à court terme) de briser l'élan revendicateur et subversif des mouvements de libération et d'arrêter leur expansion; deuxièmement, ceci permet de renforcer l'hégémonie américaine au sein du bloc occidental, puisque les Etats-Unis sont les seuls à détenir la puissance de feu nécessaire à ce type de stratégie (déploiement de forces d'intervention, des armes nucléaires, etc. pour faire le poids devant l'URSS). Les alliés des Etats-Unis sont alors coincés, forcés de se ranger sous le "parapluie" américain et

ainsi abandonner les avantages que leur confère une meilleure situation économique.*

La "marge de manoeuvre" des mouvements de libération

Dans une large mesure, compte tenu de la période 1975-1980, et aussi des conditions spécifiques de la Guinée Bissau, c'est beaucoup plus la première stratégie qui a été engagée à l'égard de ce nouvel Etat révolutionnaire. Intégration par l'aide internationale, affluence des "experts" et des "conseils" occidentaux, négociation de nouveaux accords économiques et commerciaux, etc. Et, en douce, indirectement, invisiblement, aide aux couches privilégiées, renforcement de la centralisation et de la bureaucratisation, développement des solutions "techniques" au détriment des solutions "politiques", etc. Notre propos ici n'est pas de démontrer que l'impérialisme est l'unique responsable de cette évolution: nous avons plutôt démontré quels facteurs internes, quels processus au sein de la société guinéenne même, étaient à l'oeuvre. Il s'agit plutôt d'une convergence, d'une alliance objective entre deux processus parallèles. Mais cette convergence n'est pas automatique: il existe une "marge de manoeuvre" qu'utilisent et élargissent les mouvements de libération et les Etats post-révolutionnaires. Encore là, cette marge de manoeuvre dépend en dernière analyse de facteurs internes (types de débats et de liaisons au sein des mouvements, force et faiblesse des groupes sociaux en présence, etc.) et de facteurs externes (types d'alliances internationales, situation géo-politique, etc.). C'est justement à cause de ces brèches, de ces possibilités, que les mouvements de libération représentent ce facteur subversif que nous expliquions auparavant: la possibilité qu'ils développent l'autonomie, l'organisation, la conscience des masses paysannes et ouvrières dans le cadre d'une remise en question fondamentale du système de domination mondiale.

En Guinée Bissau, le PAIGC représente toujours cette alliance populaire, dynamique, conflictuelle entre les divers secteurs de la population. Il représente encore un processus libérateur, de réappropriation populaire des institutions et des lieux de pouvoirs économiques et politiques. Cette persistance est le produit de l'histoire: le PAIGC n'a pas

* L'Europe et le Japon résistent actuellement à ce virage stratégique. Ils savent que leur renforcement dépend d'une libération de la tutelle américaine et du développement de leurs rapports avec l'URSS et le tiers monde. Par ailleurs, ils savent que leur survie dépend du maintien de l'hégémonie occidentale sur le monde, garanti par la suprématie militaire. Paradoxe que l'on voit à l'oeuvre par exemple dans la diplomatie européenne à l'endroit du Salvador.

libéré le pays grâce à la diplomatie et à l'aide internationale, mais par la lutte armée, populaire, massive. Mais c'est aussi le produit des rapports de forces actuels dans la société guinéenne, où les couches privilégiées ne détiennent pas les moyens d'une hégémonie totale, où elles sont forcées de négocier les termes de leur pouvoir avec plusieurs autres couches de la population. Ceci se reflète bien dans les problèmes actuels de l'armée. Celle-ci est issue de la lutte de libération et du peuple. Tout en défendant ses intérêts de corps, l'armée représente encore la présence du peuple en armes au sein de l'Etat. Le danger d'un populisme de type autoritaire, bonapartiste découle de cette situation: le "Commandant Nino" peut s'imposer comme "arbitre" d'une situation où les rapports de force entre la population et les couches privilégiées sont relativement bloqués.

Par ailleurs, les conditions existent aussi pour une relance de la mobilisation populaire et d'une lutte revigorée contre l'alliance couches privilégiées/impérialisme. En admettant avec plusieurs (Gérard Chaliand entre autres) que la petite bourgeoisie n'est pas candidate au suicide collectif, ou que de sa mort ressuscite une "bureaucratie" nouvelle, il n'en demeure pas moins que cette couche sociale soit traversée de courants, de tendances, que différentes hypothèses se présentent à elle, dépendant du degré d'organisation et de conscience des ouvriers et des paysans. Autrement dit, il n'y a pas un chemin tracé d'avance, qui serait celui où le mouvement de libération au pouvoir donne la société sur un plateau d'argent à une nouvelle classe dominante. Tel qu'expliqué auparavant, les pressions du système capitaliste mondial polarisent encore les nouvelles sociétés dans une lutte contre l'impérialisme, la bourgeoisie internationale. Le mouvement ample, national et social, qui s'oppose à l'agression avant la conquête du pouvoir, peut être dans ce contexte redéployé, approfondi, enrichi. Ce choix dépend bien sûr des rapports de forces internes et externes: la Chine, Cuba et d'autres sociétés ont vécu la radicalisation et l'approfondissement des mouvements de libération qui avaient conquis le pouvoir; cette radicalisation n'est pas non plus linéaire. Elle est plutôt contradictoire, cahotique, marquée de reculs et d'avancées, caractéristiques des contradictions des mouvements sociaux et de leurs rapports à l'Etat et au pouvoir.

4. ET MAINTENANT...

Le coup d'Etat en Guinée a eu au moins un avantage certain: il a fait éclater la parole, il a remis sur la table une discussion nationale sur l'avenir de la société. Il a imposé de facto un pluralisme et une diversité d'opinions. Il ne se dégage pas du nouveau régime une option, une analyse claire de la situation; mais, en cherchant sa légitimité dans un "retour aux sources" de la lutte de libération, en mettant le doigt sur les erreurs et les incapacités du régime précédent, la nouvelle équipe se trouve dans les faits à libérer un espace de recherche, de questionnement, de critique.

Le premier groupe qui a compris le message fut les étudiants. Ceux-ci, couches privilégiées de la ville, ont eu conscience depuis l'indépendance du décalage entre le projet politique du PAIGC et la réalité qui les confrontait à la sortie du lycée: l'impertinence des programmes, les processus de sélection favorisant les enfants des familles plus privilégiées, le favoritisme des bourses d'études, le caractère classique et autoritaire de l'éducation dispensée, etc. Prenant au mot le nouveau régime sur ses intentions de changer la situation, les étudiants ont manifesté leur mécontentement le 20 février dernier, protestant contre le système d'évaluation, jugé élitiste et sélectionniste. Les manifestations ont tourné à l'affrontement quand l'armée a vidé le lycée de quelques 500 contestataires. Les revendications étudiantes, bien qu'ambigües,* touchaient un point sensible du pouvoir et de l'Etat.

Parallèlement à ce premier affrontement social, le nouveau régime entamait divers processus de réorganisation administrative et politique: rencontre avec les secteurs de base du Parti, réunions ouvertes du Parti sur les problèmes du pays, etc. On dit à Bissau que ces rencontres ont été fructueuses parce qu'elles ont permis au peuple de parler, alors que le régime précédent en était incapable, engorgé dans ses contradictions internes. Mais on dit aussi que l'équipe du Commandant Nino craint d'aller jusqu'au bout, de frapper là où cela est nécessaire, de définir une position claire. Des observateurs présents en Guinée analysent la situation ainsi:

* Ambigües, parce que d'une part, les étudiants demandent la fin de la sélection élitiste et d'autre part, leur intégration dans une fonction publique elle-même élitiste et privilégiée. La fin du système scolaire traditionnel implique la fin de l'appareil d'Etat traditionnel, la fin des privilèges des couches profitant de ce statu quo.

"Si on en juge par les positions prises jusqu'à maintenant, principalement,

- la composition du nouveau gouvernement où toutes les tendances sont présentes et qui ressemble plus à un remaniement ministériel;
- certaines mesures administratives qui sont jugées de nature "populiste" et servent plutôt à prévenir les revendications qu'à attaquer les problèmes de fond;
- par les discours qui traitent de façon abstraite de justice, bien-être et développement, sans les traduire dans le concret du quotidien;
- par l'absence d'orientations de développement; même la priorité à l'agriculture est loin d'être évidente dans la composition du gouvernement;
- et par la répression envers les étudiants,

on est portés à penser que seule la direction de l'Etat a changé le soir du 14 novembre 1980".

Autrement dit, le coup d'Etat a été effectivement un "réajustement" plutôt qu'un changement de société. Mais les contradictions fondamentales qui traversaient la Guinée avant le 14 novembre 1980 sont toujours présentes et vont continuer de se développer en Guinée.

Au Cap Vert, où le PAIGC s'est transformé en PAICV, les remous ont été encore moins importants. L'équipe dirigeante, avec à sa tête Aristide Pereira et Pedro Pires, plutôt que de faire un réel bilan politique des événements en Guinée et surtout de tirer les conclusions nécessaires, a préféré mettre le dossier sur les tablettes. Tout en condamnant le coup d'Etat comme une trahison à l'héritage de Cabral, le PAICV a préféré éviter le débat de fond: à savoir pourquoi le PAIGC, où les Cap Verdiens étaient partie prenante, a-t-il échoué en Guinée? Il faut dire à la décharge des dirigeants cap verdiens que la gestion du PAIGC a été, depuis l'indépendance, assez réussie au Cap Vert, et ce pour des raisons qui tiennent sans doute autant à la qualité des cadres cap verdiens (proportionnellement beaucoup plus nombreux qu'en Guinée) qu'à la structure de la société cap verdienne comme telle (que nous ne pouvons analyser en détails dans ce cadre):

Mais en Guinée particulièrement, les attentes des paysans et des ouvriers demeurent: la pénurie alimentaire persiste, et ce n'est pas un problème à court terme, c'est toute la question de la structure et des finalités du développement économique qui est en jeu. Alors qu'en Afrique de l'ouest les pressions se concentrent pour développer un secteur "agro-industriel", éliminant les petits paysans au profit de grandes installations mécanisées et à forte capitalisation, la situation s'aggrave pour la population. Il est inquiétant, à ce sujet, que l'un des nouveaux mentors du régime guinéen, Victor Monteriro, nouveau Ministre de la Banque Nationale,

ait la réputation d'être l'"homme de la Banque Mondiale", alors que l'on connaît les résultats des "solutions" de la Banque Mondiale dans d'autres pays: réduction des budgets sociaux, prolétarianisation, renforcement des secteurs les plus privilégiés, intégration croissante des économies au marché international, etc.

Sur le plan politique, le maintien des diverses tendances reproduit le système de doubles discours, de désorganisation (compétition acharnée entre les ministères), de confusion au sein de la population. Il faut espérer que l'ouverture au dialogue permette à des secteurs de la population de réellement se faire entendre. Par ailleurs, le nouveau régime apparaît plus faible, ayant perdu en partie la légitimité de la tradition: ceci peut permettre une critique plus vive (pas jusqu'où les étudiants pensaient aller cependant).

Un autre facteur fondamental est la nouvelle conjoncture internationale et régionale. Avec l'équipe Reagan aux Etats-Unis, une certaine offensive a déjà été mise en oeuvre. En Afrique de l'ouest, la priorité de Reagan est de stabiliser le gendarme régional qu'est devenu le Maroc, en éliminant d'abord la menace que constitue la lutte du peuple sahraoui, sous la direction du Front Polisario.

Parallèlement, on peut prévoir assister à des opérations politiques et économiques concentrées au sein des pays sahéliens (Sénégal, Mali, Niger, etc.), tant pour entamer l'exploitation de nouvelles ressources naturelles que pour mettre un frein à l'expansion des mouvements de libération et des percées de l'URSS et de ses alliés régionaux (la Lybie surtout, l'Algérie). L'affrontement avec l'Etat tchadien, appuyé par la Lybie, ira en s'intensifiant. Plus près de la Guinée, le développement du projet d'aménagement du Fleuve Sénégal vise à renforcer l'intégration économique des pays sahéliens et leur dépendance à l'égard des bailleurs de fonds occidentaux.

La petite Guinée devient dans ce contexte une cible importante. Bien que l'on ne puisse parler de déstabilisation avancée, la stratégie impérialiste ne peut laisser isolé un foyer potentiel de subversion. Aussi, est-il très inquiétant que le nouveau régime ait laissé la porte ouverte à des opérations de déstabilisation, par un discours axé sur la "réconciliation nationale". Ce discours s'adresse aux éléments guinéens dans l'opposition et plus particulièrement exilés. Regroupés au sein de mouvements pro-occidentaux, contre-révolutionnaires comme le FLING (Front de Libération pour l'Indépendance de la Guinée) et l'UPANG (Union des Populations de Guinée), plusieurs opposants ont applaudi au coup d'Etat comme un mouvement anti-cap verdien, étroitement nationaliste, anti-socialiste, etc. Actifs au Sénégal (FLING) et au Portugal (UPANG), ces mouvements regroupent les secteurs les plus corrompus, les plus liés à l'ancien régime colonial et à la droite occidentale, et ils constituent un milieu très propice pour réorienter la Guinée dans un sens néo-colonial. Le nouveau régime de Bissau

tend la main à ces éléments actuellement, et leur retour en Guinée serait lourd d'implications.*

A côté de ces éléments négatifs, le nouveau régime parle d'un approfondissement du processus révolutionnaire par la mobilisation populaire. Bien que théorique, ce discours reflète la persistance de l'"aile populaire" au sein de la direction du Parti et de l'Etat. Cette tendance doit maintenant savoir que cette relance n'est possible que par des politiques concrètes pour soutenir, alimenter, enrichir la conscience et l'organisation populaire. La paysannerie, autrefois "centre" de la lutte et du Parti, aujourd'hui réduite à une "périphérie" éloignée du pouvoir, est la première cible de cette relance. La petite bourgeoisie révolutionnaire en Guinée sait qu'elle doit aller écouter et encourager les paysans, et soutenir leurs efforts d'organisation, et en faire l'acteur principal, même si cette transformation, d'une classe-appui à une classe-sujet ne peut être, dans les conditions spécifiques de la société guinéenne, qu'un processus à long terme. Car la paysannerie n'est pas tant une classe qu'un ensemble de classes et de couches hétérogènes, dont l'unité peut être reconstruite, à travers des pratiques d'organisation, d'éducation et de luttes sociales.

Un nouveau cycle historique commence

Les mouvements de libération en Afrique font partie d'un nouveau cycle de crises et de luttes sociales amorcé durant les années 60. Ces mouvements, dans la lutte ou au pouvoir, entament une nouvelle période historique caractérisée par l'émergence de nouvelles forces et la transformation des Etats et des pouvoirs dans le monde. Dans ce sens, les mouvements de libération sont sans doute une forme politique transitoire, un moment politique comportant à la fois des éléments de l'ancien cycle de luttes et des éléments de ce qui naît et se développe maintenant. Ce caractère transitoire explique sans doute l'imprécision, la fluidité de leurs structures et de leurs idéologies. De ces forces multiples et enchevêtrées se constituent actuellement les nouvelles forces sociales et les nouveaux Etats des prochaines années. Plus profondément, ces mouvements reflètent la nouvelle composition sociale dans les sociétés du tiers monde où se définissent et se démarquent de nouvelles classes et de nouvelles couches sociales.

* Le FLING a annoncé sa dissolution pour que ses principaux dirigeants rentrent en Guinée. Divers émissaires du nouveau régime ont rencontré ces "opposants" au Portugal et à Dakar (Sénégal).

Il y a quelques années, un certain messianisme révolutionnaire voulait remplacer les forces historiques du mouvement anti-capitaliste (partis marxistes, syndicats, dans les pays occidentaux) par un nouveau porteur de l'histoire: le mouvement de libération dans le tiers monde. L'évolution des Etats et des idéologies dans les pays occidentaux ont capté l'aspect subversif de ce nouveau messianisme et l'ont combattu de diverses façons. Parmi ces moyens, il y a entre autres la spectacularisation de certaines luttes, de certains mouvements, de certains "héros" (on pense à Che Guevara par exemple), ce qui a eu pour effet de dénaturer ces luttes et de les mystifier. Ceci a rendu plus facile par la suite de caricaturer et de dénoncer les mêmes mouvements et les mêmes luttes idéalisées quelques années auparavant, sans commune mesure avec les réalités sociales, l'histoire, les faits. Après avoir fait carrière à mystifier les luttes de libération, plusieurs vedettes de l'intelligentsia internationale font aujourd'hui de bonnes affaires en dénonçant ces mêmes mouvements, le marxisme, les goulags, etc. Par le contrôle que plusieurs de ces personnages exercent sur les grands media, ils réussissent à influencer des secteurs importants de l'opinion publique.

Les secteurs progressistes qui résistent à cette nouvelle vague ont aujourd'hui le défi de dépasser les formes classiques et traditionnelles de l'information et de l'analyse des luttes et des mouvements révolutionnaires dans le monde. Une perspective historique, en profondeur, tenant compte des dimensions multiples des sociétés (politique, économique, sociale, culturelle, religieuse, etc.) est indispensable pour expliquer les événements et poursuivre l'essentiel travail de solidarité, d'appui mutuel entre les peuples.

Par rapport aux mouvements de libération en Afrique particulièrement, il est nécessaire de présenter leur évolution actuelle à travers l'analyse du cycle historique courant, de l'impact de l'histoire et de l'environnement social, à travers les formes politiques et idéologiques qui les structurent et les définissent. Il ne fait aucun doute que les mouvements de libération au pouvoir, tels le PAIGC, le MPLA, le FRELIMO, sont les produits de leur propre société, où s'enchevêtrent plusieurs niveaux de contradictions qu'il faut analyser dans leur matérialité, et non seulement dans la définition qu'ils se donnent d'eux-mêmes. En d'autres termes, il ne faut pas juger ces mouvements à partir d'une définition x, y ou z du socialisme établie quelque part à une certaine époque, mais plutôt chercher à comprendre comment ces mouvements se traduisent et se matérialisent à travers les luttes sociales dans ces sociétés spécifiques, et comment les intérêts populaires, qui sont en Afrique ceux des paysans et des paysannes, et des pauvres de la ville, s'articulent, se présentent, se concrétisent. Et le même processus est nécessaire pour qualifier une solidarité concrète à l'égard des mouvements encore en lutte, tels l'ANC (Afrique du sud), SWAPO (Namibie), Front Polisario (Sahara), FPLE (Erythrée), etc.

De cette façon, on peut représenter plus correctement (et le processus de définition est permanent, donc jamais terminé) ces mouvements en ce qu'ils représentent un moment de la lutte populaire pour une société plus libre et plus juste, et non comme le nouveau "sujet historique" universel, et ainsi mettre en pratique une solidarité sans cesse renouvelée et vivante.

Pierre François

mai 1981.

Bibliographie

- René Dumont et Marie-France Mottin, L'Afrique étranglée, Seuil, 1980
 Gérard Chaliand, Mythes révolutionnaires du Tiers Monde, Seuil, 1977
 Amilcar Cabral, Unité et Lutte, Maspéro, 1975
 Mario de Andrade, Amilcar Cabral, Maspéro, 1980
 PAIGC, Relatorio do CSL ao 3e Congresso do PAIGC, 1977
 Historia da Guiné E Ilhas de Cabo Verde, 1974
 PAICV, 1 Congresso do PAICV, 1981
 Luis Moita, Os congressos da Frelimo, do PAIGC et do MPLA, CIDAC, 1978

Articles

- Commissariat d'Etat à la coordination économique et au plan, Quelques indicateurs économiques de la Guinée Bissau, 1980
 Tempo, Derrubar Luis Cabral ou derrubar Amilcar? 30.11.80
 CIDAC, Relatorio sobre a situação actual na Guiné-Bissau, novembre 1980
 René Dumont, La Guinée Bissau peut encore échapper au sous-développement, Monde Diplomatique, juillet 1979
 Nancy Thede, Stratégie de développement ou planification de la pénétration? Points de Repères, automne 1979
 O Militante, Vencer a batalha da ideologia, septembre 1980
 Unidade et luta, Que futuro para o PAIGC? décembre 1980

. - . - . - . - . - . - .

8.) Quellenverzeichnis

a) Deutschsprachige Zeitungen

- Arbeiterkampf
- Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
- Frankfurter Rundschau
- Kölner Stadtanzeiger
- Die Neue
- Neue Zürcher Zeitung
- Stuttgarter Zeitung
- Süddeutsche Zeitung
- Der Tagesanzeiger
- Die Tageszeitung
- Vorwärts
- Die Zeit
- o. A.

b) Englische Zeitungen

- Guardian
- International Herald Tribune
- Times

c) Französische Zeitungen

- Liberation
- Le Monde

d) Portugiesischsprachige Zeitungen

1) Portugal

- Correio de Manhã
- Diário

- Diario de Lisboa
- Diario de Noticias
- Expresso
- O Dia
- O Journal
- Ponto
- Portugal Hoje

2.) Cabo Verde

- Voz di Povo

3.) Guiné - Bissau

- No Pintcha

e) Zeitschriften

- Afrique - Asie
- Antiimperialistisches Informationsbulletin
- Aktion Solidarische Welt
- Internationales Afrika Forum
- IZ3W Informations-Zentrum 3. Welt
- Jeune Afrique
- New African
- Der Spiegel
- Três Continentes
- Unidad e Luta

f) Rundfunk

- Constituição do Conselho da Revolução
Noticiário da Rádio Bissau 15/11/80
- Rádio Bissau
Commentário de 15/11/80
- Emissora Oficial de Cabo Verde
Nota do Dia 23/11/80
- Especial Para Os Servicos Portugeses da
B.B.C.
- Commentário da Emissora Oficial 3/12/80

g) Dokumente

- Mensagem a nação do camarada Aristides
Peireira
- Resolução General
- Reunião do conselho nacional de Cabo Verde
do PAIGC/ Comunicado
- Próclamação
- Golpe de estado em Bissau
- Nota do Dia
- Comunicação do Secretário Geral do PAIGC
e Presidente da República da Cabo Verde
- Reunião do Conselho Nacional de Cabo Verde
do PAIGC/ Comunicado
- Golpe de estado em Bissau
- Dirigentes Detidos do Comité Executivo
da Luta
- Antc-projecto da Constituição

(often Cape Verdean) bureaucrats -- they made use of all this and other similar facts and political feelings to settle conflicts within the ruling petty bourgeois class stratum to which they themselves belong.

But Nino and his eight fellow members of the Revolutionary Council (most of them military men) have no solutions to the problems of Guinea-Bissau that were not found also in the policy declarations of the evicted regime. There is very little objective ground for believing that they will be able to promote basically different policies. Most office holders, including the heads of ministries, remain on their old posts.

Populism and opportunism are closely related to each other. The Revolutionary Council was lucky that a shipload of rice arrived just after the coup. The best to be hoped for in the new situation is some cleaning up of corruption and arbitrariness. But there is also a great risk for continued division both within Guinea-Bissau and between Guinea-Bissau and Cape Verde. There are no guarantees whatsoever that actual development policies will be more progressive than before, in spite of the new regime's radically sounding criticism of the old regime's shortcomings with regard to party democracy and development priorities.

An important step along the road of division between Guinea-Bissau and Cape Verde was taken on January 19th 1981. On this day, a National Conference of the Cape Verdean branch of the PAIGC assembled in Praia, capital city of Cape Verde, to break with the PAIGC and form instead a new political party, the Partido Africano da Independencia de Cabo Verde, PAICV.⁹ Thus we are now faced with two separate political parties, both claiming to represent the heritage of the bi-national PAIGC and of Amilcar Cabral.

Socialist orientation in Africa

The short term conclusion to be drawn from the failure of the PAIGC regime to live up to expectations and promises must necessarily be a negative one. Even under favorable political conditions of popular

Guinean

mobilization and consciousness, there are enormous objective difficulties of a structural kind involved in making the transition from national liberation based on peasant struggle to transformation in the direction of socialism. The same applies to any attempt by separate regimes in separate countries to make rapid progress in a revolutionary direction in modern Africa. This short term conclusion has very little to do with pessimism or optimism. I would like to regard it as objective. To my mind, the fact that the secret meeting of six young men in Bissau in September 1956 could result, only eighteen years later, in the total defeat of a stable colonial dictatorship supported by the imperialist powers is much more remarkable than the failure of the ensuing regime to make a ^{second} revolutionary break-through in six years. It is important to understand clearly both the victory and the failure.

Footnotes

1. By using the term "peasant mode of production" I do not, here, want to enter the complex theoretical debate over the concept denoted by this term. I simply want to draw attention to the fact that the majority of Guinean peasants still reproduce themselves within a mode of production that, beyond the minimum necessary for physical reproduction, has social goals rather than the goal of accumulating surpluses to be invested for private profit or in national development plans. This mode of production is traditional also in the sense of applying old-fashioned technology with low productivity.
2. Geografia Económica da Guiné-Bissau, Comissariado de Estado da Coordenação Económica e Plano, Bissau, April 1980, pp 99 and 103. This book was printed in Bissau seven months before the coup of November 1980. It contains a critical analysis of the development strategy of the country, similar in important ways to the analysis underlying the new PAIGC regime's criticism of the old one's policies. The export/import ratio for 1979 is not found in the book, but I got it directly from the editor.
3. Geografia Económica da Guiné-Bissau, p 93.
4. The rural development share of the ordinary budget for 1980 was six percent according to an article in No Pintcha ("Forward" in Guinean creole, the country's only newspaper, appears three times a week), no 756, December 13, 1980.
5. No information whatsoever was published about this repression before the coup, and the true nature of what has happened remains obscure. A week after the coup, graves containing the bodies of executed men were demonstrated to foreign journalists in Bissau. See, for instance, Le Monde (Paris), November 25, 1980, or Dagens Nyheter (Stockholm), November 26, 1980. No Pintcha, no 754, November 29, 1980, contains a list of 99 names of persons said to have been secretly executed by the old regime. The director of the security services was one of the two persons killed in connection with the coup itself. The chief of the security police was reported to have committed suicide in prison on December 23, 1980. See No Pintcha, no 754, November 29, 1980, and

an interview published in Jeune Afrique (Paris), no 1041, December 17, 1980, for Joao Bernardo Vieira's formal denial of any knowledge of such massacres before the coup. Most likely, many of the dead who have now been exposed were members of the African "commandos" of the colonial regime and other collaborators who were killed locally during the first period of independence. Others belong to the group of people who attacked the airport of Bissau in November 1978. See No Pintcha, no 557, November 25, 1978, for the old regime's version of this.

6. In an analysis of rural development policies published in No Pintcha, no 761, January 13, 1981, Mario Cabral criticizes the old regime and gives some indications about new policies to come. The new regime, he writes, will try to emphasize "less ambitious projects, of regional and local character, with a view to making use of investments already made and to dynamize rural communities as well as agricultural production and cattle-raising." He emphasizes also the ~~XXXXXXXXXX~~ importance of stimulating production by providing the peasants with goods in exchange for their produce, which the old regime had largely failed to do. But Mario Cabral made no mention of structural reforms, such as trying to hasten the introduction of cooperatives.
7. See, for instance, my own ^{book} Guinea-Bissau. A study of political mobilization, Uppsala, Scandinavian Institute of African Studies, ¹⁹⁷⁴ pp 115 ff, for some comments on this aspect of the murder of Amilcar Cabral. There is no need to be superstitious to recognize the shadow of António de Spínola, one-time governor of "Portuguese" Guinea who tried to oppose a neo-colonial ideology to PAIGC, MPLA and FRELIMO, among the factors behind the November 1980 coup in Bissau.
8. See, for instance, Le Monde, January 26, 1973, and February 4-5, 1973.
9. No Pintcha, no 763, January 22, 1981, reports on this from the point of view of the Bissau regime. Noticias (Maputo), January 20 and 21, 1981, gives detailed coverage to the news from Praia. See also an article by Augusta Conchiglia in Afrique-Asie (Paris), no 232, February 2-15, 1981, for a detailed analysis, in a rather Cape Verdean perspective, of the decision to create the new PAICV.

Sandageer
Lars R.

CONSEQUENCES OF DECOLONIZATION

EVEN THROUGH POLITICAL MOBILIZATION FOR ARMED STRUGGLE

Contribution to the seminar Liberation and Development,
Institute of Political History, University of Turku,
Turku, Finland, July 16-19, 1981

by Lars Rudebeck

Introduction

Let me begin by quoting the concluding paragraph of an article written by myself a few months after the coup d'etat of November 14th, 1980, in Guinea-Bissau. As known, this coup brought legendary guerillero Nino Vieira to power in Bissau under a populist banner. It also led to the splitting up of the bi-national party PAIGC into a Guinean branch maintaining the old name and a Cape Verdean branch called the Partido Africano da Independencia de Cabo Verde (PAICV):

The short term conclusion to be drawn from the failure of the Guinean PAIGC regime to live up to expectations and promises must necessarily be a negative one. Even under favorable political conditions of popular mobilization and consciousness, there are enormous objective difficulties of a structural kind involved in making the transition from national liberation based on peasant struggle to transformation in the direction of socialism. The same applies to any attempt by separate regimes in separate countries to make rapid progress in a revolutionary direction in modern Africa. This short term conclusion has very little to do with pessimism or optimism. I would like to regard it as objective. To my mind, the fact that the secret meeting of six young men in Bissau in September 1956 could result, only eighteen years later, in the total defeat of a stable colonial dictatorship is much more remarkable than the failure of the ensuing regime to make a second revolutionary break-through in six years. It is important to understand clearly both the victory and the failure.¹

I shall try here to be a little more specific, although brief, about the "enormous objective difficulties of a structural kind" referred to in the quote. The concrete experience of Guinea-Bissau will be used as a point of departure and as an illustration.

Basic problem

The basic developmental problem of Guinea-Bissau can be pinpointed as the failure so far of the PAIGC regime to mobilize the peasants of the country into producing enough to feed themselves as well as the swelling but largely unproductive urban population, let alone producing a surplus to be invested in national development.² The production of rice, the basic food of the people, is still well below pre-liberation-war levels, in spite of the fact that self-sufficiency in rice has been an important official goal of the regime ever since independence.³

What causes of this failure can be distinguished in the case of Guinea-Bissau and to what extent can they be generalized?

Natural and material limitations on agricultural production

One type of reasons why agricultural production has not yet attained even pre-war levels may of course be sought in objective difficulties, beyond human control at least in the short run and with action restricted to the narrow territorial confines of Guinea-Bissau, only a tiny part of the West African geographical space. The most important factor in this context is probably the gradual change of the physical climate, and more specifically the West African drought. This reached as far south as Guinea-Bissau in 1977, thus reversing the favorable tendency in rice production during the first few years of independence.⁴ In 1978, however, rains were normal again and the harvest was reported to be good.⁵ Since then, rains have not returned to the low point of 1977, but production, productivity, and distribution have still continued to lag behind both needs and expectations. The people's dissatisfaction with the lack of their daily rice does in fact go far towards explaining why the coup of November 1981 became possible.

From the point of view of individual peasants, lack of seeds and fertilizer are probably experienced as material limitations on agricultural production beyond immediate human control. In actual fact, however, such limitations result not only from lack of resources but also from priorities applied by those who control finances and investments as well as from deficiencies in organization. Thus they are not entirely beyond human control, but subject to variations depending for instance upon what interests make themselves felt in policy-making. No more than 5-6 percent of budget expenditures and state investments have, for instance, been devoted to agriculture in Guinea-Bissau in recent years.⁶

Nobody doubts that Guinea-Bissau is well endowed with arable land in relation to her rather sparse population. Without going very deeply into the subject of natural and material limitations on agriculture, I think we can conclude therefore that in spite of recent climatic difficulties the agricultural potential is theoretically more than sufficient to feed the people as well as to produce a national surplus for national development. The reasons why neither of this has materialized so far have to be sought in the realm of political economy rather than in physical geography.

This conclusion as such cannot of course be easily generalized, as conditions of physical geography do differ between regions and countries. There are many countries in the world much less well endowed than Guinea-Bissau as far as agricultural potential is concerned. Some of them would not be able to feed themselves even with an optimal organization of their economies from the point of view of the people.

Limitations rooted in post-colonial political economy

Here again, I would like to quote my own previous article on the coup in Guinea-Bissau:

To secure their developmental interests, the people need to have power. To have power, they need to be autonomously organized. But the PAIGC regime seems to have been growing gradually more dependent on foreign aid and less dependent on the people. Thus the people were losing power, while the regime became vulnerable to internal division and struggle for factional interests.⁷

During the armed struggle for national liberation, the radical petit-bourgeois leaders of the PAIGC depended closely upon the mobilized peasantry for resisting and finally defeating the Portuguese colonial power.⁸ But what guarantees did the people have that their interests would continue to weigh heavily in decision-making at the national level after liberation?

The new state apparatus was in the hands of the original leaders of the liberation movement. But they had only crushed the colonial state apparatus very partially, and the alternative constructed in the liberated areas during the struggle was not able to outdo the colonial state in carrying out traditional state functions. For every day that passed the PAIGC leadership depended more and more for running their independent state on the technocratic and educational competence of the non-revolutionary petite-bourgeoisie, at the same time as necessary finance proved to be more easily available by international aid than by per-

suading traditional peasants to abandon their ancient mode of production in order to produce a surplus for national development.

As the surplus from agriculture -- necessary in the long run for autonomous development -- failed to materialize, the dependence of the regime on foreign aid and loans increased rapidly. The links of mutual dependence that had been forged between the PAIGC and the people during the period of armed struggle for national liberation 1963-1974 began to dissolve. We may even say, with some exaggeration, that from a power political point of view the people were becoming superfluous to the rulers. One concrete indication of this is the increase in migration of peasants from Guinea-Bissau to Senegal in recent years.⁹ The very small share of state expenditure devoted to agriculture is another.

It would have taken a conscious "class suicide" on the part of the ruling petit-bourgeois elite to reverse these structural tendencies. The question is in what sense this is possible, if at all.¹¹

It is interesting in this context to speculate about the functional equivalence, from a developmental point of view, of easy access to international aid on the one hand and natural resources such as oil, bauxite, copper and the like on the other hand. Both types of resources often appear to have the political function/effect of making petit-bourgeois third world regimes relatively autonomous from the popular masses whose interests these regimes represented in earlier phases of the anti-colonial and anti-imperialist struggles.

This last observation implies among other things that the developmental role of natural resources cannot possibly be defined in isolation from the prevailing international and national class situations. Resources can be used for different purposes, and in this sense their importance is anything but neutral.¹¹

Determinism versus political possibilities

The old PAIGC regime in Guinea-Bissau was clearly caught in the dilemma indicated above. It can be summed up in the proposition that the regime's petit-bourgeois and internationalized class basis did not force it to implement the radical development strategy to which it was politically and ideologically committed. The structural situation of the new regime is very much the same. Its class basis is as petit-bourgeois and internationalized as that of its predecessor (though still peasant-oriented in a comparative African perspective), while its professed

ideology is as radically nationalist.

How determined is this situation by the structure through which Guinea-Bissau's peasant producers are linked to the world economy, while continuing to live in a rather traditional social context? In other words, how determined is this situation by the fact that Guinea-Bissau's peasants do not produce enough to finance autonomous national development (and they are not unique in this), thus pushing the state to depend on international finance and at the same time undermining their own political importance?

Widening our horizon beyond Guinea-Bissau -- but keeping the highly illuminating experiences of the Guinean people in mind -- we may, theoretically, conceive of broadly based political mobilization through democratic political structures as a general way out of this kind of dilemma. Thus new links of interdependence could be forged between the people and their leaders. It is open to strong doubt, if this can be achieved within the organizational model of democratic centralism as known to work in practice, in most real situations. ¹²

Considering the real relations of power, however, between peasants and petit-bourgeois leaders of third world countries supported by aid and other forces of the world market, it appears that any quick democratic solution throws us back on an idealistic version of the notion of class suicide. Hence the realistic and I believe objective short term "pessimism" expressed in my initial quote.

The classical problem of combining democracy and economic accumulation remains posed. Both are necessary to any third world "development" worth the name. But the social and political basis for such combinations cannot be created overnight. Nothing in our historical experiences indicates that this would be possible. There is, on the other hand, convincing evidence to the effect that it is less difficult to mobilize people democratically to struggle against foreign oppression than for economic accumulation.

I return to the example of Guinea-Bissau once more for an illustration of this last point. For regardless of what some observers may have thought, the social relations and the mode of production barely even began to be transformed in the liberated areas of Guinea-Bissau during the period of armed struggle. ¹³ Amilcar Cabral himself was critically and intensely aware of this, as shown in the following characteristic admonition not only to produce more and more varied products, but also to transform the social relations of production in the liberated areas:

Regardless of their specific responsibilities, comrades everywhere in our organization should help our people to organize collective fields. This is a great experiment for our future, comrades. Those who do not understand this have not understood anything of our struggle, however much they have fought and however heroic they may have been.¹⁴

My final comment, in this paper, on the theme I was asked to discuss for our seminar will thus be that the consequences of decolonization through political mobilization for armed struggle, as in Guinea-Bissau and several other countries, were highly positive from the point of view of popular political emancipation. They were not sufficient, however, to ensure continued rapid progress in the combined struggle for democracy and economic accumulation in the interest of the broad masses of the people.¹⁵

For this reason, the differential impact on the future of the different forms of decolonization is bound to diminish gradually. It will certainly not vanish, however, but remain as an important factor explaining why different political approaches are adopted in different countries to similar structural problems of development.

Take, for a final illustration, the three countries of the Maghreb. The forms of decolonization were quite different between Tunisia, Algeria, and Morocco. But the basic developmental problems facing them are quite similar. The long term outcome of the confrontation between given structures and conscious political acting is difficult to foresee in this particular case, as in many others. The only really certain thing is that such confrontation will continue through history.

NOTES

1. Lars Rudebeck, State and Class in Guinea-Bissau in view of the November 1980 Coup, Uppsala, February 1981 (mimeo), pp 8 f. This article has been published ^{in German} as one of several documents in Der Putsch in Guinea-Bissau und seine erste Folgen. Dokumente, series of booklets of the Amilcar Cabral Gesellschaft, nr 11, May 1981, Bochum 1981, pp 61-66. It is forthcoming in the Review of African Political Economy, London.
2. The foreign trade deficit was reduced during the years 1974-1977. Since then, it has grown. Export earnings covered 34 percent of import expenditures in 1977. In 1978 this was down to one quarter and in 1979 to one fifth. In 1978 real income covered only one fifth of current state expenditure plus investments. A little more than three fifths were financed with foreign aid, and close to one fifth by the printing of new banknotes. See, for instance, Geografia Económica da Guiné-Bissau, Comissariado de Estado da Coordenação Económica e Plano, Bissau, April 1980, pp 99 and 103.
3. Pre-war production has been estimated around 100,000 tons of unshelled rice, sufficient then for a meager self-sufficiency. Production estimates for recent years are insecure, but imports have never ceased. During a parliamentary debate in 1979, for instance, the minister for rural development was reproached by president Luiz Cabral for having said that pre-war levels of rice production would not be reached until 1985. See No Pintcha ("Forward" in Guinean creole, the country's only newspaper, appears three times a week), no 590, May 19, 1979.
4. Statistics on annual rainfall in Guinea-Bissau show that the rains were well below the average for the years 1941-1960 from 1970 and onwards, while diminishing drastically in 1977. The amount measured in Bissau in 1977, for instance, was only 60 percent of the average 1970-1976. See La question de la sécheresse en Guinée-Bissau, Comissariado Principal, Bissau, January 1978, table 1, p 4.
5. No Pintcha, no 578, April 21, 1979, carried the following headline: "Rice production in 1978 the best ever, but self-sufficiency still not achieved."
6. Geografia Económica da Guiné-Bissau, p 93, and No Pintcha, no 756, December 13, 1980.

7. Rudebeck, State and Class in Guinea-Bissau, pp 5 f.
8. The reason for writing "petit-bourgeois" in French is that I want to avoid the rather derogatory connotation of the English "petty" bourgeois. I use this term to refer to the inter-mediate strata in colonial and post-colonial societies that possess some modern education and/or access to the market economy as merchants, officials, or salaried employees, frequently in public employment, etc. In this, I follow the mainstream of third world political economy rather than the original Marxian usage of referring mainly to small commodity producers. The petite-bourgeoisie, as broadly defined here, is an important class category in any contemporary society. It takes on particular political and ideological significance in societies where the national bourgeoisie is weak or even non-existent. Petit-bourgeois in this sense has a strong ideological loading. Petit-bourgeois ideology is either clearly bourgeois or, under certain conditions, radical and even revolutionary, as analyzed by, among others, Amilcar Cabral. See, for instance, his text "Brief Analysis of the Social Structure in Guinea," in Cabral, Revolution in Guinea. An African People's Struggle, Stage 1, London, 1969, pp 46-61.
9. No statistics are published on the emigration of dissatisfied peasants across the northern border, but the fact is well known. Sometimes it is also ^{openly} discussed in public sources, as for instance in an interview with an old peasant published in No Pintcha, no 746, October 28, 1980, shortly before the coup.
10. In introducing the notion of class suicide, Amilcar Cabral wanted to stress that anti-colonial and anti-imperialist revolutions initiated by radical petit-bourgeois leaders cannot be carried beyond the point of political independence, unless these leaders commit themselves even to the point of abandoning power to the workers and peasants. See Cabral, Revolution in Guinea, pp 57-59. It is true that the petite-bourgeoisie, in the third world sense of the term (cf note 8 above), is more of a politically ambiguous intelligentsia than a class. This is discussed by Mario de Andrade in his Amilcar Cabral. Essai de biographie politique, Maspero, Paris, 1980, pp 149-152. He concludes that Cabral had "somewhat forced the image of class suicide", implying that Cabral's real contribution in this context is to have pointed out so clearly the necessity of choice confronting petit-bourgeois third world leaders.

11. It seems that the background paper for our seminar, Liberation and Development/Libération et développement, Turku 1981 (mimeo), is somewhat ambiguous on this important point, perhaps even contradictory. On the one hand, it emphasizes the importance of "resource power" (p 1 and to some extent p 5). On the other hand, the paper goes as far as stating that it is easier for countries with scarce natural resources "to take a self-reliant path of development" (p 6). To my mind, it would be more correct to say that easily available natural resources cannot function as a substitute for the social and political class base necessary to progressive development. But the example of Guinea-Bissau, as well as many others, certainly demonstrates that scarcity of natural resources does not in itself facilitate the tasks of development.
12. The principle of democratic centralism is emphasized, among others, as continuing to be of basic importance to the PAIGC in an important policy document published after a meeting of the National Council of the Guinean branch of the PAIGC held on May 25-27, 1981. See No Pintcha, no 784, May 30, 1981.
13. See Rudebeck, Guinea-Bissau. A study of political mobilization, Scandinavian Institute of African Studies, Uppsala, 1974, pp 176 f.
14. Cabral, Sobre alguns problemas práticos da nossa vida e da nossa luta, mimeographed transcription of tape-recording from meeting of the Highest Council of the Struggle, August 9-16, 1971, PAIGC, Conakry, 1971. The Highest Council of the Struggle was the highest organ of the PAIGC at the time, with a membership of about seventy people.
15. It appears, also at this point, as if I were slightly at odds with our background paper. This ends on a rather optimistic tone (pp 7 f), while warning at the same time against the "advanced industrial countries whose aim is to take the internal development of Third World countries under their total control" (p 8). The authors seem to base their optimism on ideological radicalization in the wake of decolonization. But no amount of official radicalism will suffice, as long as the peasants and workers do not have enough real political power to force their petit-bourgeois leaders to commit "class suicide". Similarly, it is probably wise to search for the causes of continued underdevelopment in the class structures of third world countries themselves as much as in the "aim" of industrial "countries".

Probleme und Perspektiven
der Unabhängigkeit in Guiné-Bissau

Chi

1981

<u>Inhalt:</u>	Seite
Einleitung	1
Der Staatsstreich	4
Problemstellung	6
Ökonomische Entwicklung	8
Stadt-Land-Beziehung	17
Planung	19
Von der Guerillabewegung auf dem Lande zur Staats- macht in der Stadt	21
Auswirkungen auf dem Lande	25
Guiné-Bissau und Cabo Verde	27
Abhängigkeit vom Ausland und ausländische Ein- flußnahme	29
Perspektiven	34

Einleitung

Zur Haltung der Solidaritätsbewegungen

Die Solidaritätsbewegungen der europäischen Linken mit den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt bedarf dringend einer kritischen Überprüfung.

Die Ereignisse um den Putsch in Guiné-Bissau, insbesondere die Aufdeckung der, angeblich von der Regierung Luiz Cabral begangenen Massaker, lösten in Teilen der europäischen Linken einen Schock aus. Überraschung, Enttäuschung und Ratlosigkeit hielten sich die Waage: Überraschung, weil niemand es vorausgesehen hatte; Enttäuschung, weil es nicht hätte geschehen dürfen und Ratlosigkeit schließlich ob der (gebotenen) Neuformulierung des solidarischen Selbstverständnisses.

Wie das Beispiel des übriggebliebenen Torso der Amilcar-Cabral-Gesellschaft zeigt, ist man inzwischen wieder zur Tagesordnung übergegangen. Über ein halbes Jahr lang gab es keinerlei Reaktion oder Stellungnahme. Dann konnte man im Vorwort der Dokumentation, die von der ACG zu einem Seminar vorgelegt wurde, in welchem der Staatsstreich aufgearbeitet werden sollte, schließlich nachlesen: "Nach dem Putsch in Guinea-Bissau haben wir auf eine Stellungnahme verzichtet. Unsere Kontakte zur PAIGC in Bissau und zur FAICV in Fraia sind ohne Änderung weitergegangen, wobei gesagt werden muß, daß die Kontakte nach Bissau immer weit weniger intensiv waren." (Broschürenreihe Nr. 11, Mai 1981)

Das zu einer Zeit, in der die Begeisterung über die Befreiung Nicaraguas weiterübertragen wurde auf die noch ausstehende Befreiung El Salvadors, zu einer Zeit, da noch lange nicht klar ist, ob die schwierige Phase, nämlich die des Aufbaus in Nicaragua bewältigt werden kann oder nicht.

Die Solidaritätsorganisationen, die z.B. von der Entwicklung in Guiné-Bissau jahrelang ein völlig falsches Bild in der deutschen Öffentlichkeit zeichneten, haben bis jetzt auf eine eingehende Kritik, die vielleicht auch eigenes Fehlverhalten eingestehen würde, warten lassen.

Wenngleich ein paar zentrale Fragen hier nicht beantwortet werden können, sollen sie in der Hoffnung, einer weiteren Diskussion dienlich zu sein, dennoch gestellt werden:

Wie kommt es, daß jahrelang ein völlig unzutreffendes Bild der Entwicklung in Guiné-Bissau in der deutschen Öffentlichkeit entworfen wurde ?

Aus welchen Gründen wurde die reale Entwicklung eines Landes in den wesentlichen Punkten so lange falsch eingeschätzt ?

Welche Mechanismen sorgten dafür, daß jede Information, die dem vorgefassten Bild widersprach, ausgefiltert wurde ?

Warum wurde jede gedruckte Äußerung des PAIGC für 'bare Münze' genommen ?

Antworten auf diese und sicherlich noch weitere Fragen muß eine Diskussion erbringen. Aber einige, hier nur angedeutete Verhaltensweisen erscheinen mir bemerkenswert:

Solidarität wurde begriffen als Solidarität mit der Befreiungsbewegung, nicht mit dem Volk.

Kritik wurde vorgebracht gegenüber Repräsentanten der PAIGC, jedoch nicht in der Öffentlichkeit.

Direkter Kontakt zum Volk wurde ausgeschlossen. Jeder Kontakt mußte über Partei oder Staat vermittelt sein.

Der Unterschied zwischen Befreiungsbewegung und Staatsmacht wurde ignoriert, die Staatsmacht nach denselben Kriterien beurteilt wie eine Befreiungsbewegung.

Jegliche Entwicklung, die als negativ bewertet wurde, wurde als notwendiges Resultat der objektiven Situation gewertet, speziell als 'Erbe des Kolonialismus', oder auf direkte Unterjochungsversuche des Imperialismus oder Neokolonialismus zurückgeführt.

Berichte von Kooperanten wurden abgewertet - oft nach dem Mechanismus 'Der König läßt den Boten köpfen, der ihm die schlechte Nachricht überbringt'.

Ein weiteres Erklärungsmoment soll nicht unterschlagen werden.

Zum Teil erscheint es dem Organisationsestablishment notwendig, gelegentlich auch gegen besseres Wissen, ein positives Bild der Entwicklung der Dritten Welt aufrechtzuerhalten, einmal, damit die eigene Organisation ihre Existenzberechtigung nicht verliert, zum anderen, weil man jahrelang sich mit der Sache identifiziert hat und tiefgreifende Selbstkritik leisten müßte. So wird dann lieber die Fiktion aufrechterhalten.

Ähnliches gilt auch für diejenigen, die die Solidaritätsarbeit als Sprungbrett für eine Profikarriere im Entwicklungshilfesektor benutzen. Es profiliert und professionalisiert sich nicht schlecht in der Solidaritäts- und Entwicklungshilfeszene. Wenngleich eine Erklärung für diese Entwicklung nicht allein auf dieser Ebene gefunden werden kann, so hat dieses Moment doch ein nicht zu unterschätzendes Gewicht.

Wenn im folgenden der Versuch einer Ursachenanalyse des Staatsstreiches in Guiné-Bissau unternommen wird, so geschieht das mit dem, wenn auch schwachen Optimismus, den Blick idealistischer Blauäugigkeit ein wenig zu trüben, um so vielleicht eine etwas distanziertere Auseinandersetzung mit den labilen Entwicklungsverläufen eben unabhängiger gewordenen Staaten anzuregen.

Der Staatsstreich

Am Freitagabend, dem 14. November 1980, besetzten Truppen der FARP (Revolutionäre Volksstreitkräfte) alle strategischen Punkte der Hauptstadt Bissau. Zahlreiche Kommissare und hohe Funktionäre wurden verhaftet. Ein Kommissar, Vasco Cabral, wurde beim Fluchtversuch durch Schüsse verletzt; es gelang ihm jedoch, sich in die schwedische Botschaft zu retten. Der Chef der SEGURANÇA (Sicherheitspolizei), Buscardini, wurde, als er Widerstand zu leisten versuchte, zusammen mit einem Parteifunktionär erschossen.

Der Putsch wurde geleitet von dem Hauptkommissar (entspricht etwa dem Premierminister) João Bernardo Vieira, genannt NINO. Der Präsident Luiz Cabral, gegen den sich der Putsch richtete, hielt sich in seinem Feriendomizil auf der Insel Bubaque auf, wo ihn die Nachricht von dem Staatsstreich erreichte. Er wurde mit dem Helikopter nach Bissau gebracht und dort unter Hausarrest gestellt.

Die Machtübernahme wurde der Bevölkerung der Hauptstadt noch in derselben Nacht durch eine Rundfunckerklärung bekanntgegeben, die der aus dem Gefängnis befreite Rafael Barbosa abgab. Barbosa war wegen Teilnahme an der Verschwörung zur Ermordung Amilcar Cabrals zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Seine Rundfunkansprache wurde jedoch mitten im Satz unterbrochen; dann kam die Erklärung, es handle sich um einen Irrtum. Barbosa gilt als Nationalist; er genießt bei Teilen der Bevölkerung der Hauptstadt Sympathien.

Die meisten der beim Putsch verhafteten Kommissare wurden bald wieder freigelassen und bis auf wenige in die am 20. November gebildete Übergangsregierung aufgenommen. Die Macht übernahm ein siebenköpfiger Revolutionsrat mit Bernardo Vieira an der Spitze. Von der Bevölkerung Bissaus wurde der Machtwechsel mit großer Begeisterung begrüßt.

Aristides Pereira, Generalsekretär der PAIGC und Präsident der Schwesterrepublik Cabo Verde, verurteilte den Putsch als gegen die PAIGC gerichtet und forderte die Rückkehr zum Normalzustand.

Der Präsident der Nachbarrepublik Guiné-Conakry, Sekou Touré, erkannte die neue Regierung sofort an und versprach, ein Schiff mit Hilfsgütern zu schicken.

Einige Tage nach dem Staatsstreich wurden Vertreter des diplomatischen Corps und der ausländischen Presse zu mehreren Massengräbern geführt, in denen über fünfhundert Leichen begraben lagen, die unter dem Regime von Luiz Cabral heimlich und ohne Gerichtsurteil hingerichtet worden sein sollen.

Direkt nach dem Putsch wurden in der Bevölkerung vorhandene antikapverdische Ressentiments laut; jedoch kam es nicht zu Ausschreitungen.

Problemstellung

Als die PAIGC nach dem Massaker von Fidjiguiti 1959 den bewaffneten Kampf gegen die portugiesischen Kolonialisten beschloß, war sich die Parteiführung über die Opfer, die ein Befreiungskampf fordern würde, im Klaren. Sie nahm in Kauf, daß das Volk für seine Befreiung Opfer bringen mußte und begann den Guerillakrieg mit dem moralischen Recht desjenigen, der sich an der Seite seines Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung zur Wehr setzt, durchaus in einer historischen Tradition.

Als mit dem Futsch vom 14. November 1980 das Scheitern der PAIGC in der ersten nachkolonialen Aufbauphase offenkundig wurde, waren fast alle Versprechungen, mit denen die Partei das Volk für den Krieg mobilisiert hatte, unerfüllt geblieben. Dabei waren die Folgen des Krieges erheblich: viele Guinéer hatten den Sieg mit ihrem Leben oder mit Verwundung bezahlt. Große Teile der Bevölkerung waren von ihren Wohnorten vertrieben worden, ins Ausland oder nach Bissau geflüchtet. Die Produktionsstrukturen waren zerstört und ebenfalls die Reisfelder, die durch Zerstörung der Dammanlagen versalzen, wodurch die Reisproduktion einen Tiefstand erreichte.

Ob explizite Versprechungen, wie z.B. auf der Insel Como, die im Verlauf einer blutigen Schlacht schwer in Mitleidenschaft gezogen worden war und mit Priorität wieder aufgebaut werden sollte, oder implizit gemachte Versprechungen auf ein besseres Leben nach der Befreiung - die PAIGC blieb die Einlösung schuldig. Dem Volk geht es sogar nach der Befreiung ökonomisch erheblich schlechter als zu Zeiten des Kolonialismus. Dadurch, daß dieses Faktum ausgesprochen wird, wird nicht dem Kolonialismus

das Wort geredet, und es bedeutet auch nicht, daß der Befreiungskrieg des guinéischen Volkes umsonst gewesen sei. Aber in einer Zeit, in der nicht nur die Guerillakriegführung perfektioniert worden ist, sondern auch die Counter-insurgency-Strategien und Taktiken des Antiguerrillakampfes, sind die Kosten für einen Befreiungskrieg sehr hoch geworden. Umso gravierender erscheint dagegen das Versagen der Befreiungsbewegung beim Wiederaufbau, in einer Phase, in der das Versprechen gegenüber dem Volk auf ein besseres Leben - nicht nur in politischer, sondern auch in ökonomischer, kultureller und sozialer Hinsicht - eingelöst werden mußte.

Die Frage nach der Bilanz, ob sich der Befreiungskrieg gelohnt hat oder nicht, stellen sich nicht nur ausländische Beobachter und Solidaritätsgruppen, sondern vor allem das befreite Volk selbst.

Zu fragen ist auch, ob die von Mao ausgegebene Devise: 'Den Imperialismus strategisch verachten aber taktisch ernstnehmen!' heute noch gilt und ob sie für ein kleines Land überhaupt Gültigkeit haben kann.

Der Putsch in Guiné-Bissau machte deutlich, daß wieder ein Versuch der Dekolonialisierung in Afrika gescheitert ist und damit der Versuch, nach der militärisch errungenen Unabhängigkeit auch die ökonomische und politische Selbständigkeit zu erreichen.

In dieser Hinsicht ist die Umwandlung einer erfolgreichen Befreiungsbewegung in eine Staatsmacht mißlungen.

Guiné-Bissau ist ein sehr kleines Land, weshalb der Putsch in der Weltpresse nur beiläufig registriert wurde. Aber der Modellcharakter, den Guiné-Bissau und die PAIGC für viele, ebenfalls um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker haben, weist ihm einen hohen Stellenwert in der Diskussion über die Dekolonialisierung zu, zumal die Situation in Angola und Mozambique eine ähnliche Problematik aufweist.

Zwei grundsätzliche Fragen sollen diesbezüglich hier gestellt werden:

Erstens, taugt eine, wie immer geartete, Staatsbürokratie dazu, ein unterentwickeltes Agrarland zu entwickeln ?
Zweitens, kann und soll ein unterentwickeltes Agrarland wie Guiné-Bissau, das kaum über eigene Rohstoffe und praktisch über keine Industrie verfügt, überhaupt industrialisiert werden ?

Im folgenden werde ich versuchen, die Entwicklung, die zum Putsch geführt hat, wenn auch verkürzt darzustellen und die Perspektiven der künftigen Entwicklung von Guiné-Bissau zu sondieren.

Ökonomische Entwicklung

a) Natürliche Ressourcen

Bodenschätze sind in Guiné-Bissau zwar vorhanden, werden aber bis jetzt nicht abgebaut. Der Abbau eines im Osten des Landes entdeckten Bauxitvorkommens würde Investitionen in Höhe von ca. 300 bis 400 US\$ erfordern - einen Betrag, der so hoch ist, daß, selbst wenn er aufgebracht werden könnte, der guinéische Staat in ein Anhängsel der Bauxitgesellschaft verwandelt werden würde.

Petroleum wird off-shore vermutet, sowohl im Grenzbereich zum Senegal¹⁾ als auch im umstrittenen Grenzbereich zu Guiné-Conakry.

Ilminit²⁾ wurde bereits prospektiert. Aber ob der Abbau unter den gegebenen Bedingungen rentabel möglich ist, ist zu bezweifeln.

Holz wird von der staatlichen Gesellschaft Socotram geschlagen und zum größten Teil exportiert. Trotz großer

1) Hier wurden noch zu Kolonialzeiten bereits von amerikanischen Gesellschaften zumindest Voruntersuchungen vorgenommen.

2) Ilminit = schwarzer Sand, enthält u.a. Titan

Schwierigkeiten (z.B. Ersatzteilmangel der Sägewerke) ist es Socotram gelungen, den allergrößten Teil des Holzes, der forstwirtschaftlich vertretbar geschlagen werden kann, bereits zu exportieren. Da es keine Wiederaufforstung gibt und durch verschiedene andere Aktivitäten, wie z.B. Brandrodung¹⁾ jährlich ca. 30 km² Waldbestand verlorengelangen, wird der Raubbau an Holz bald auf seine natürlichen Grenzen stoßen.

Das Land wird von dem Näherrücken der Sahelzone bedroht. Die offizielle Südgrenze der Sahelzone verläuft zur Zeit nach UNO-Festlegung an der senegalesisch-guineischen Grenze.

b) Fischereiwirtschaft

Zu Guiné-Bissau gehören einige der fischreichsten Gewässer Westafrikas. Die äußerst schwach entwickelte lokale Fluß- und Küstenfischerei wird durch die Entwicklungsversuche des Staates eher behindert als gefördert. Bevor die Küstenfischer mit neuen Netzen und Außenbordmotoren ausgestattet werden (die sie oft in Rekordzeit durch unsachgemäße Behandlung ruinieren), wird ihnen das Fischen verboten, es sei denn, sie liefern ihren Fang zu festgesetzten Preisen an die staatlichen Aufkauforganisationen ab.

Der Fischbestand wird, im Großen und Ganzen raubbaumäßig, von einer internationalen Fangflotte abgefischt. Die größte Einzelflotte stellt die Sowjetunion mit 53 Schiffen (1979), die zum Teil zu einer gemischten sowjetisch-guineischen Gesellschaft gehören, die ihre gesamten Devisenerträge aus dem Fischexport zur Bezahlung der angemieteten Fangflotte ausgibt. Der Rest der Flotte fischt teils mit Lizenz (Frankreich, Japan etc.), teils ohne.

1) Trotz drastischer Strafen ist die Bevölkerung von der traditionellen Brandrodung nicht abzubringen, teils wegen mangelnder Information, teils weil Alternativen fehlen.

Zwei zur Bekämpfung der zahlreichen Piratenfischer eigens angeschaffte Patrouillenboote lagen über ein Jahr lang untätig im Hafen, weil zwischen Marine und Segurança Kompetenzstreitigkeiten bestanden. Nach Expertenschätzungen sind mit diesen Methoden die Fischgründe in spätestens fünf weiteren Jahren leergefischt.

c) Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist bei weitem der wichtigste Wirtschaftssektor Guiné-Bissaus. Schätzungsweise 80 % der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Zum überwiegenden Teil wird die Landwirtschaft auf Subsistenzebene betrieben. Ausnahmen sind einige - von den Kolonialisten übernommene - Staatsfarmen sowie etliche kleinere kapitalistisch betriebene Privatbetriebe. Die Produktionsmethoden sind regional und ethnisch verschieden; allgmein herrscht eine geschlechtsspezifische sowie altersklassenmäßige Arbeitsteilung im Produktionsprozeß vor.

Hauptprodukt ist der Reis, der vor allem im Süden als Naßkultur und in den übrigen Landesteilen auch als Trockenkultur angebaut wird. Andere Produkte sind Hirse, Mais, Maniok etc. Das wichtigste Exportprodukt ist die Erdnuß, die von den Kolonialisten per Zwangsanbau eingeführt wurde.

Die Produktionstechnologien sind relativ primitiv. Die Produktionsinstrumente werden meist selbst hergestellt, Eisenteile i.A. vom Dorfschmied. Eine Spezialisierung der Produktion von Produktionsmitteln hat, von den Schmieden abgesehen, noch nicht stattgefunden. Das mit der Landwirtschaft verbundene Handwerk ist relativ schwach entwickelt.

Die äußeren Bedingungen für die Landwirtschaft sind günstig: es gibt genug landwirtschaftliche Nutzfläche, selbst, wenn man bei den Berechnungen eine extensive Bearbeitung zu Grunde legt. Die Niederschlagsmengen sind in den letzten Jahren geringer geworden, auch hat eine Verschiebung der Regenperiode eingesetzt. Dies hat zu Ernteeinbußen in der Landwirtschaft mit beigetragen.

Die Reisernte¹⁾ lag vor dem Krieg ca. bei 120.000 to; sie erreichte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit einen Tiefstand von ca. 30.000 to pro Jahr. Die technischen Produktionsvoraussetzungen (Deichanlagen etc.) waren vom Kriege ebenso in Mitleidenschaft gezogen worden wie die strukturellen Produktionsbedingungen (Landflucht, Auswanderung der Landbevölkerung in die Nachbarländer), so daß die erklärte Hauptaufgabe der Regierung bei der Machtübernahme die Wiederherstellung des Vorkriegsniveaus in der Reisproduktion war. So wurde der Entwicklung der Landwirtschaft die höchste Priorität eingeräumt.

Die nach Beendigung des Krieges von der Bevölkerung und teilweise auch vom Ausland erwartete Hoffnung auf eine Massenmobilisierung der Bevölkerung und dem breitgestreuten Aufbau von landwirtschaftlichen Kooperativen wurde jedoch enttäuscht²⁾. Stattdessen konzentrierte sich das notorisch schlecht organisierte Landwirtschaftsministerium auf die von den Kolonialisten übernommenen Staatsfarmen, die jedoch durch schlechte Verwaltung und Mismanagement astronomische Defizite erwirtschafteten, sowie auf spektakuläre Einzelprojekte, z.B. in der industriellen Tierhaltung, die von vornherein auf Grund mangelnder Infrastruktur zum Scheitern verurteilt waren. Auf der staatlichen Granja in Bissau betrug z.B. das Verhältnis von Lohnkosten zu Produktionswert 9 : 1.

Spontane Selbstorganisationsversuche der Bauern wurden mit Polizeigewalt unterdrückt.

Da die Erdnußproduktion zur Beschaffung von Devisen gesteigert werden sollte, kam ihr im Verhältnis zur Reisproduktion große Wichtigkeit zu; trotzdem blieb der Aufkaufpreis für Erdnüsse sehr niedrig.

1) Angaben über Reisernten sind mit Vorsicht zu genießen; oft wandert das verteilte Saatgut direkt in den Kochtopf.

2) Die Schaffung von Kooperativen wurde nur in einem Zusammenhang betrieben, bei der Wiedereingliederung der demobilisierten FARP-Soldaten. Ansonsten spielten die Kooperativen bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion eine verschwindend geringe Rolle.

Abgesehen von wenigen Einzelprojekten, die auch einen gewissen Vorzeigecharakter für das Ausland hatten, und einer Saatgutverteilung, die oft zu spät kam, wurden auf der Ebene der unmittelbaren Produzenten kaum irgendwelche Maßnahmen zur Steigerung der Reisproduktion wirksam. Der Ankaufspreis für Reis war sehr niedrig. Durch die rigorose Unterbindung des Privathandels in Verbindung mit der totalen Desorganisation des staatlichen Handels brach die Güterversorgung des Landes fast vollständig zusammen. Dadurch konnten die Bauern für das Geld, das sie durch den Verkauf ihrer Überschufproduktion erhielten, praktisch nichts kaufen. Sie waren zur Deckung ihres Bedarfes im wesentlichen auf Schmuggelimporte angewiesen.

Durch gravierende Organisationsmängel konnte z.B. die 1979 bereits vom Staat aufgekaufte Reisernte, die in großen Speichern im Süden - der Reiskammer Guiné-Bissaus - eingelagert war, nicht abtransportiert werden und verrottete in den Lagern, während in der Hauptstadt gehungert wurde. Dies ist in einer Agrargesellschaft, in der das Produkt auch am vergossenen Schweiß gemessen wird, nicht gerade ein Produktionsanreiz für das nächste Jahr.

Trotz beschlossener Priorität der landwirtschaftlichen Entwicklung lagen 1980 nur 6 % der Investitionen auf dem Agrarsektor.

Die für dieses Jahr zu erwartende Reisernte wird auf ca. 25000 bis 30000 to geschätzt, ein negativer Rekord, der nur zum Teil auf das Ausbleiben des Regens zurückgeführt werden kann.

Es gab von Seiten der Regierung bis jetzt weder Anstrengungen, durch gezielte Maßnahmen das ländliche Handwerk zu entwickeln, noch durch spezielle Bildungsprogramme landwirtschaftliche Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die Erfolge gezeigt hätten.

d) Industrialisierung

Der guineische Industrialisierungsversuch, dessen wichtigste Einzelprojekte anschließend kurz aufgezählt werden sollen, spielte sich vor einem Hintergrund ab, der zunächst ins Bewußtsein gerufen werden soll:

Bei der Unabhängigkeit verfügte Guiné-Bissau praktisch über keinerlei Infrastruktur. Da sich 60 % der Investitionen und damit fast die gesamte Industrialisierung auf den Bereich der Hauptstadt Bissau konzentrierten, genügt es hier, Bissau und seine unmittelbare Umgebung zu betrachten.

Die Stromversorgung von Bissau ist nicht nur völlig unzureichend sondern auch höchst stör anfällig. Die großen Dieselmotoren, die Bissau mit Strom versorgen sollen, fallen häufig aus, und die Versorgung bricht zusammen. Jedes Unternehmen, das auf kontinuierliche Stromversorgung angewiesen ist, braucht deshalb eigene Stromerzeuger.

Die Treibstoffversorgung ist unregelmäßig. Oft gibt es monatelang keinen Diesel im Land zu kaufen, wodurch das Transportsystem teilweise zusammenbricht. Durch eine Treibstoffrationierung soll dieser Zustand jetzt gemildert werden.

Die Wasserversorgung ist ebenfalls unzureichend und, da von der Stromversorgung abhängig, oft unterbrochen.

Die Transportwege zu den Nachbarländern sind so schlecht, daß von einer Einbindung in regionale Märkte nicht die Rede sein kann, zumal die Nachbarländer potentiell auch keine Exportmärkte darstellen.

Bei der Unabhängigkeit gab es im Lande nur eine einzige funktionierende Industrieunternehmung, die Bierbrauerei. Das Land konnte somit noch nicht einmal Ersatzteile für den Fuhrpark herstellen. Produktionsmittel, z.B. für die Landwirtschaft wurden auf dem traditionellen Niveau der Dorfschmiede hergestellt.

Die vorhandenen Werkstätten reichten nicht einmal zur Wartung des nationalen Fahrzeugparkes aus. Allerdings hinterließen die Kolonialisten eine gutausgestattete Reparaturwerft.

Die Transportwege zu den Industrieländern sind lang und werden durch eine bürokratische und ineffiziente Organisation des Zolls noch länger und komplizierter.

Chronische Devisenknappheit erschwert Beschaffungen von Nachschub und Ersatzteilen außerdem noch. Für jede Devisentransaktion muß nicht nur die Nationalbank, sondern auch noch der Finanzminister seine Zustimmung geben. Das Land verfügt über kein funktionsfähiges internes Transportsystem. Die Straßen befinden sich in einem so schlechten Zustand, daß das rollende Material sehr schnell verschleißt; durch fehlende Ersatzteile liegen ca. 50 % des Fuhrparkes dauernd still.

Guiné-Bissau verfügt weder über qualifizierte und erfahrene Fachleute auf dem Gebiet des Managements noch über qualifizierte Techniker auf der mittleren Ebene. Es ist zwar ein Billiglohnland, aber die Arbeitskraft ist für industrielle Produktion nicht qualifiziert (keine Gewöhnung an mechanisierte Arbeiten, geringe Arbeitsdisziplin, hohe Abwesenheitsquote wegen Krankheit, usw.).

Unter diesen Bedingungen wurde von der Regierung versucht, ein äußerst aufwendiges, auf Großtechnologie konzentriertes Industrialisierungsprogramm, das vom Ausland finanziert wurde, durchzuführen:

- Der agroindustrielle Komplex von Cumeré

Der Komplex steht in der Nähe von Bissau und war zur Zeit des Staatsstreiches kurz vor seiner Vollendung. Hier sollte Reis geschält und Erdnüsse verarbeitet werden.

Bis jetzt kosteten die Anlagen ca. 24 Mio. U\$. Die Reisschälkapazität liegt bei 70.000 to jährlich; die gesamte Reisernte des Landes, die noch nicht einmal zur Selbstversorgung ausreicht, liegt immer noch wesentlich darunter. Produktionssteigerungen, die eine Exportkapazität von 70.000 to zulassen würden, sind auf absehbare Zeit in Guiné-Bissau nicht möglich. Es ist also nicht abzusehen, daß der Komplex jemals rentabel arbeiten kann. Da er relativ energieintensiv arbeitet und auf eine Treibstoffversorgung aus dem Ausland angewiesen ist,

wird bei der allgemeinen Preisentwicklung auf dem Petroleumssektor auch mit einer langfristigen Rentabilität nicht zu rechnen sein. Das Projekt ist in so grotesker Weise überdimensioniert, daß neuste Überlegungen dahin gehen, es gar nicht erst in Betrieb zu nehmen.

- Die Citroen-Montagefabrik

Das Montagewerk montiert aus von Frankreich gelieferten Einzelteilen den FAF, ein Entwicklungsländerauto mit typischem Abkantbankstyling. Schon bei der Vertragsunterzeichnung war klar, daß die Montage teurer zu stehen kommen würde, als die Autos fertig aus Frankreich zu importieren. Da zur gleichen Zeit im Senegal ein ähnliches Werk gebaut wurde, fallen auch die Exportchancen weg.

- Die Plastikfabrik

Diese Fabrik wurde aus der DDR geliefert und soll Konsum(!)güter aus Plastik herstellen. Schon vor der Fertigstellung der Fabrikanlagen allerdings tauchten Schwierigkeiten bei der künftigen Versorgung mit dem Rohprodukt auf, das ein Petroleumderivat und damit starken Preissteigerungen unterworfen ist.

- Das Sauerstoffwerk

Das Werk ist für eine 500 %ige Kapazität angelegt. Exportchancen für den Sauerstoff bestehen nicht, da auch der Senegal eine zu hohe Kapazität besitzt.

- Die Volvo-Reparaturwerkstatt

Sie wurde auf ausdrücklichen Wunsch von guinéischer Seite in der Planung architektonisch dahingehend verändert, daß sie jetzt aufweniger gebaut ist als vergleichbare Werkstätten in Schweden. Dabei wird die Werkstatt zur Wartung des Fuhrparks dringend benötigt.

- Die Milchfabrik Blufu

Die Fabrik stellt aus importierter Trockenmilch und importiertem Butterfett Trinkmilch her, die in der Hauptstadt verkauft wird.

Mit Ausnahme der Brauerei arbeitet praktisch kein Unternehmen in Guiné-Bissau rentabel.

e) Energie

Die Energieversorgung der guinéischen Wirtschaft erfolgt auf zweierlei Weise:

Der ländliche Sektor versorgt sich auf traditionelle Art selbst mit (erneuerbarer) Energie. Vorherrschend sind Sonnenenergie (Trocknen von Getreide, Lehmziegeln etc, Fotosynthese bei der Produktion von Nahrungsmitteln, Fasern, Stroh etc., Herstellung von Holzkohle), tierische und vor allem menschliche Energie.

Fremdenergie tritt im Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Produktion nur an wenigen Punkten auf: beim überregionalen Transport (der aufgrund der geographischen Verhältnisse zum Großteil auf dem Wasser, mit geringem Energieeinsatz also, stattfinden könnte), bei der Einführung von modernen Produktionstechnologien, Mechanisierung, Kunstdüngern oder chemischem Pflanzenschutz. Der Transport auf regionaler Ebene findet, wie praktisch die gesamte landwirtschaftliche Produktion, fast ausschließlich mit menschlicher Energie statt.

Energieaustausch zwischen Stadt und Land

Das Land erhält von der Stadt außer den oben erwähnten Produktionsmitteln, die sich fast ausschließlich auf die agrarischen Versuchsgüter beschränken, und dem Treibstoff für die Transporte so gut wie keine Energie, abgesehen von Saatgutlieferungen und Nahrungsmittelhilfen in Notfällen. Dagegen liefert es für die Stadt Brennholz, Holzkohle, Erdnüsse und andere landwirtschaftliche Produkte sowie Arbeitskräfte.

Energie für Stadt und Industrie

Die Energie, die für die Versorgung der Stadtbevölkerung, für das Transportwesen und für die Industrie notwendig ist, wird mit den o.a. Ausnahmen vom Ausland in Form von Gas, Benzin und Diesel zu ständig steigenden Preisen importiert.

Es gibt bislang keine Versuche, erneuerbare Energieformen bei den Industrieprojekten oder in sonstigen Sektoren einzusetzen oder zu entwickeln. Das Nationale Energieinstitut ist offensichtlich über Anwendungsmöglichkeiten für erneuerbare Energieformen nicht informiert. Das Problem der ländlichen Energieversorgung wird stets nur als Versorgung des Landes mit Treibstoff begriffen.

Der Energieplan sieht eine Elektrifizierung des Landes (hauptsächlich zur Beleuchtung) auf der Basis verschieden großer Dieselgeneratoren mit jeweils entsprechenden Verteilernetzen vor. Allein für das geplante Elektrifizierungsprogramm müßte jährlich Diesel im Wert von 15 Millionen US\$ importiert werden; diese Summe entspricht etwa dem Gesamtexport des Landes.

Stadt-Land-Beziehung

Die Beziehungen zwischen Stadt und Land sind in Guiné-Bissau nur rudimentär entwickelt. Wie vorangegangenen Betrachtungen über den Energieaustausch gezeigt haben, ist auch der wirtschaftliche Austausch nicht sehr bedeutend. Das Land produziert Holz, Fische, Erdnüsse und andere, weniger wichtige Güter für die Stadt, die mit Bargeld bezahlt werden. Jedoch erhalten die Produzenten Preise, die weit unter den erzielten Exporterlösen liegen.

Trotz strengster Polizeikontrollen, die einen Zuzug nach Bissau verhindern sollen, wandern Arbeitskräfte in die Stadt - mit einschneidenden Folgen für das Land.

Durch massenhafte Migration von guinéischen Arbeitskräften auch in den Senegal wird ein nicht zu unterschätzender Teil der in Guiné-Bissau produzierten Arbeitskraft direkt an den Weltmarkt geliefert, und zwar zu schlechtesten Bedingungen. Die gesamte nördliche Zone Guiné-Bissaus ist ökonomisch stärker an den Senegal angebunden als an das übrige Inland; die bei finanziellen Transaktionen einzig akzeptierte Währung ist der CFA. Insgesamt wandert 20 - 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Guiné-Bissaus saisonal oder auf Dauer in den Senegal ab. Die Senegalesen liefern Arbeitskräfte für Frankreich, die Guinéer für den Senegal; so findet ein indirekter Anschluß an den Weltmarkt via Arbeitskräfteexport in den Senegal statt.

Die Stadt produziert für das Land Erfrischungsgetränke und Dienstleistungen, vor allem in den Sektoren Transport, Erziehung und Gesundheitsversorgung.

Die Verwaltungsleistungen stehen meist im Zusammenhang mit dem Steuereinzug und mit der 'Sicherheit', also Beschaffung von Reisepässen etc.

Des weiteren verteilt die Stadt auch vom Ausland importierte Konsumgüter und Produktionsmittel (Stoffe, Seife, Macheten usw.) und im Falle von Notlagen auch Lebensmittel.

Der insgesamt schwache Austausch, der sich vor allem auch darauf gründet, daß die Stadt fast nichts für das Land produziert, hat zur Folge, daß große Zonen des Landes ökonomisch stärker an die Nachbarländer angeschlossen sind als an die eigene Hauptstadt. Dies führt zu einer Situation, die in Verbindung mit einer ethnischen Affinität über die Landesgrenzen hinweg und in Verbindung mit einer gewissen Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der nationalen Regierung durchaus Anlaß zu Bedenken strategischer Art geben kann.

Die Stadt erscheint als Filter zwischen dem Weltmarkt und dem Land und schützt die ländliche (Subsistenz-) Produktion vor einer Zerstörung durch den Weltmarkt via Güterangebot. Freilich leidet die Produktion immer noch unter den kriegsbedingten Zerstörungen. Auch setzt sich ein Anschluß an den Weltmarkt auf Umwegen durch, da der Filter in den letzten Jahren durch Desorganisation des staatlichen und Unterdrückung des privaten Handels zu weit eingestellt war.

Langfristig kann eine einigermaßen unabhängige, auf Subsistenz basierende Produktionsweise durchaus von Vorteil sein. Sollte z.B. durch Krisen oder Kriege der Erdölfluß beeinträchtigt werden, so ist durchaus damit zu rechnen, daß die ärmsten und schwächsten Länder zuerst von der Versorgung abgeschnitten würden. Auch wenn Krisen oder kriegerische Auseinandersetzungen die Industrieländer in Mitleidenschaft ziehen, dürfte die Versorgung der ärmsten Länder ebenfalls relativ schnell zusammenbrechen. Eine autarke Ökonomie, selbst wenn sie sich auf niedrigem technischen Niveau befindet, wäre in einem solchen Falle sicherlich einer in die Weltwirtschaft eingebundenen Wirtschaft überlegen (man vergleiche dazu die chinesische Planung, in der Dezentralisierung und regionale Autarkie auch von strategischen Überlegungen bestimmt waren).

Insgesamt ist Bissau viel stärker ans Ausland angebunden als ans eigene Land: der weitaus größere Teil des Importes wird direkt in Bissau konsumiert; der Staatsapparat unterhält intensivere Kontakte zum Ausland als zum eigenen Land.

Planung

Planung in nationalem Maßstab wird in Guiné-Bissau als Aufgabe des Planungsministeriums definiert, durchaus in Übereinstimmung mit der Doktrin, daß der Staat der Haupt-

agent des Entwicklungsprozesses sei.

Das Planungsministerium erstellt nach einem Investitionsplan einen Zweijahresplan, dem ein Vierjahresplan folgen soll. Da die Investitionsentscheidungen jedoch von bestimmten Einflußgruppen bestimmt und nicht nach einem allgemeinen Entwicklungskonzept ausgelegt waren, beschränkte sich die Planung auf die Zusammenfügung der einzelnen Versatzstücke. Es handelte sich dabei nicht um eine ex ante Koordination des Produktionsprozesses, wie sie etwa jährlich auf der Dorf- und Familienebene stattfindet, wo festgelegt wird, wer welche Flächen bebaut etc.

Das Planungsministerium ist bislang erst auf regionaler Ebene vertreten .

Eine Koordination der Planung auf Dorf- und Familienebene mit der nationalen Planung wurde meines Wissens bis jetzt noch nicht versucht und steht auch nicht auf dem Programm.

Auffallend ist die geringe Aufmerksamkeit, die die Erforschung der landwirtschaftlichen, traditionellen Produktion bisher von seiten der Regierung erfahren hat. Außer einigen wenigen sozialwissenschaftlichen Studien liegt kaum Material über die Funktionsweise der bäuerlichen Produktion vor. Dabei wäre eine genaue Kenntnis der Produktion elementare Voraussetzung für jegliche landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie. Für eine agrarische Entwicklungsplanung ist ein genaues Verständnis der mit der Produktion zusammenhängenden Mechanismen sicher entscheidend wichtiger als die Statistiken, deren Mängel oft beklagt werden.

Erschreckend gering ist der Kenntnisstand der aus städtischen Schichten rekrutierten Führungskader, die das Land oft kaum kennen und die abstrusesten Vorstellungen darüber hegen. Dagegen ist in den Reihen der Partei- und Regierungsmitglieder, die aus dörflichen Produktionsgemeinschaften stammen, empirische Kenntnis über lokale Produktionsprozesse zweifellos vorhanden;

jedoch ist dieses Wissen nicht systematisiert und findet keinen Eingang in die Diskussion um die Agrarstrategie.

Von der Guerillabewegung auf dem Lande zur Staatsmacht in der Stadt

Die m.E. entscheidende Phase, in der die Weichen für die spätere Entwicklung gestellt wurden, war der Übergang von der Guerillabewegung zur Staatsmacht, verbunden mit der Übernahme von Bissau als Hauptstadt.

In einem relativ kurzen Zeitraum zog ein Großteil der Befreiungsbewegung in die Hauptstadt und überließ das Land fast völlig sich selbst. Die Übernahme von Bissau als Hauptstadt stellte die PAIGC vor vollkommen neue Probleme auf verschiedenen Ebenen.

Zwar gab es schon mehrere historische Beispiele, die durchaus ähnlich gelagert waren, und die Übernahme der Stadt Bissau scheint innerhalb der PAIGC zumindest diskutiert worden zu sein (Boe war zeitweise als Hauptstadt im Gespräch), doch konnte die PAIGC offenbar nicht die notwendigen Lehren ziehen, so daß sie von den anstehenden Problemen überwältigt wurde.

Die Versorgung der Stadtbevölkerung, die zum großen Teil vom Kolonialismus abhängig und durch Lebensmittelimporte ernährt worden war, mußte sichergestellt werden, was zur Annahme von Auslandshilfe zwang.

Zur Alternative, nämlich der Anwendung drastischer (Umsiedelungs-) Maßnahmen (vgl. Phnom Penh) sah sich die PAIGC nicht in der Lage.

Zahlreiche ungelernte Arbeiter, die vom Kolonialapparat in Arbeitsbeschaffungsprogrammen vor allem beim Straßenbau beschäftigt worden waren, wurden von der neuen Regierung übernommen.

Ein anderes grundlegendes Problem war die Übernahme der zentralen staatlichen und städtischen Dienste - Krankenhäuser, Feuerwehr, Hafen, Flughafen, Zoll, Stadtverwaltung etc. - , für die die Befreiungsbewegung kaum ausgebildetes Personal mit praktischer Erfahrung hatte. Das erzwang die Übernahme von Verwaltungspersonal auf der mittleren Ebene, das vorher in der Kolonialverwaltung beschäftigt war. Zum überwiegenden Teil handelte es sich dabei um Kapverder, die einen höheren Ausbildungsstand als die Guinéer besaßen.

Über die Reste des kolonialen Staatsapparates wurde nun eine 'staatssozialistische' Konzeption gestülpt, mit Kommissaren an der Spitze. Lediglich das Militär und die Sicherheitsdienste blieben fest in der Hand der PAIGC.

Aus dieser Entwicklung heraus ist zu verstehen, daß die Regierung sich mit der Zeit nur noch auf die Sicherheitsdienste und das Militär voll verlassen konnte und immer mehr Funktionen, vor allem in kritischen Bereichen, der Segurança übertrug, da nur sie nicht von Elementen durchsetzt waren, die nicht ursprünglich zur PAIGC gehört hatten. Nur so ist auch zu verstehen, daß Luiz Cabral das Militär und die Segurança als die beiden Säulen der Herrschaft der PAIGC bezeichnete.

Die Kolonialisten hinterließen bei ihrem Abzug in der Stadt einen, im internationalen Vergleich zwar bescheidenen, im Vergleich zum Lande jedoch überwältigenden Luxus: moderne Häuser, moderne Infrastrukturen, Cafés, kurz, den zu Stein gewordenen Lebensstil der kolonialen Handels-, Militär- und Verwaltungsbürokratie, der vor allem auf den Teil der Guerilla, der vorher schon in der Stadt gelebt hatte, einen großen Reiz ausübte. Psychologisch verständlich angesichts der Tatsache, daß gerade diese soziale Schicht der PAIGC am härtesten unter den Frustrationen des Guerillalebens zu leiden hatte, im Gegensatz zu den Bauern, die eh nur den Busch kannten.

Die ungewohnte, weil neu zur Verfügung stehende Staatsmacht, wurde in der Anfangszeit zu einem beträchtlichen Teil dazu eingesetzt, dem oberen Teil der im Aufbau begriffenen Staatsbürokratie, der am Stadtleben rasch Gefallen fand, das Leben zu erleichtern: durch Umbau der Residenzen, Verbesserung der städtischen Infrastruktur, Anschaffung eines Fahrzeugparkes etc.

Wer in den Provinzhauptstädten zurückbleiben mußte, wurde ebenfalls entschädigt, die jeweiligen Residenzen großzügig renoviert.

Die Hinwendung zum Ausland, als Reaktion auf die unmittelbaren Probleme bei der Machtübernahme, verstärkte diese Entwicklung. Es stellte sich heraus, daß die PAIGC aufgrund ihres, während des Befreiungskrieges erworbenen Prestiges relativ leicht ausländische Hilfe erhalten konnte. Mit humanitärer, technischer und personeller Hilfe kamen auch Diplomaten und Kooperanten, die ihren Lebensstil mitbrachten, der oft über dem der Staatsfunktionäre lag und durchaus nicht nur der Jugend als Vorbild diente. Nicht zu vergessen ist dabei auch der von der Kolonialbürokratie vorgeführte Lebensstil, den viele der neuen Sieger anstrebten.

Bald klaffte der Lebensstil der Führungsschicht und der der Masse der Stadtbevölkerung weit auseinander. Der Landbevölkerung ging es noch schlechter als schon zu Kolonialzeiten.

Die Masse der Bevölkerung Guiné-Bissaus litt Hunger, wohnte unter erschreckenden (hygienischen) Bedingungen, fand aber keine Möglichkeit zur Opposition, da sie total kontrolliert und jeder oppositionelle Ansatz schon im Keim erstickt wurde.

Die Ursachen für das Versagen der PAIGC in Guiné-Bissau nach Erreichung der Unabhängigkeit sind zum Teil schon in der formativen Phase der Befreiungsbewegung zu suchen, etwa in ihrer sozialen Zusammensetzung, ihrer Rekrutierung aus verschiedenen Klassen, ihrem Verhältnis zum Volk und nicht zuletzt in den Beziehungen, die die Bewegung zum Ausland einging.

Das Hauptziel der PAIGC war zunächst die Erlangung der Unabhängigkeit und Befreiung vom portugiesischen Kolonialismus mit militärischen Mitteln.

Die gesamte Organisation der Bewegung war auf dieses Ziel hin ausgerichtet gewesen, z.B. durch starke Zentralisierung, Vorherrschen des Militärs und der militärischen Machtausübung, Unterordnung der ökonomischen und politischen Maßnahmen sowie der Massenmobilisierung unter militärischen Zielen etc. Die weitgehende Rekrutierung der Kämpfenden aus der Bauernschaft und die Tatsache, daß sich der Befreiungskrieg im wesentlichen auf dem Lande abspielte, bewirkten eine große Affinität zum Volk, die nach der Übernahme der Staatsmacht verloren ging.

Ebenso schwand die direkte Abhängigkeit der Bewegung vom Volk, ohne dessen Unterstützung der Krieg nicht hätte geführt werden können.

Die Konzentration auf den Aufbau eines Staatsapparates ist neben der Übernahme Bissaus als Hauptstadt sicher das wichtigste Moment, das zum Scheitern der PAIGC führte.

In der Staatsgründung, die schon vor der Übernahme der Macht auf dem gesamten Territorium stattfand, manifestierte sich im etatistischen Bewußtsein, obwohl die Staatsgründung ein wesentlicher, vor allem außenpolitischer Erfolg war.

Nicht nur die Übernahme von Resten der Kolonialbürokratie wirkte sich verhängnisvoll auf die Entwicklung des Landes aus, sondern die grundsätzliche Übernahme eines Entwicklungsmodells, in dem der Staat der hauptsächlichste Agent bei der Überwindung der Unterentwicklung sein sollte - ein Weg, der schon in vielen anderen afrikanischen Ländern gescheitert ist.

Vor allem, wenn man die Entwicklung des Nachbarlandes Senegal betrachtet, verwundert, mit welcher naiver Überzeugung die PAIGC hoffte, durch den Aufbau eines Staates die Unterentwicklung zu überwinden. Der Staatsaufbau wurde so forciert, daß sogar eine erhebliche Schwächung der Parteiorganisation hingenommen werden mußte.

Der von der PAIGC beschrittene Weg läßt sich wohl weniger als eine Entwicklungsstrategie als vielmehr durch das Fehlen einer solchen beschreiben. Die Erkenntnis, daß Staatsfunktionäre ein schlechter Hebel zur Mobilisierung der Bauernschaft sind, hat sich in Guiné-Bissau bestätigt.

Auch der als Kompensation für die Schwächung der Parteiorganisation verstehbare Versuch, Massenorganisationen zu schaffen, wie z.B. die UNTG (Einheitsgewerkschaft) und die JAAC (Afrikanische Jugend Amilcar Cabral) scheiterte. Die an den Vorbildern der staatssozialistischen Länder orientierte Gewerkschaft wurde zur Disziplinierung, nicht aber zur Interessenvertretung der Arbeiter eingesetzt. Die JAAC diente sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande als Spitzelorganisation und genoß weithin einen entsprechenden Ruf.

Auswirkungen auf dem Lande

Mit dem Abzug sowohl der Kolonialtruppen und -Behörden einerseits und den Kräften der PAIGC andererseits entstand auf dem Lande ein politisches Vakuum. In den Gebieten, die bis zum Schluß von den Portugiesen besetzt gewesen waren, vermochte die PAIGC die hinterlassene Lücke nicht aufzufüllen. Sie kümmerte sich vor allem um den Sicherheitsaspekt sowie um den Erziehungs- und

Gesundheitssektor.

In den befreiten Gebieten wurden viele Kader abgezogen, die nach Bissau gingen. Die im Befreiungskampf aufgebauten Strukturen wurden teils durch zentralistisch organisierte Staatsstrukturen ersetzt, die jedoch, wie oben dargestellt, nicht funktionierten; zum Teil wurden sie vernachlässigt und verloren ihre Bedeutung (Volksläden, lokale Komitees etc.). Auch hier wurde im wesentlichen der Gesundheits- und Erziehungssektor fortentwickelt. Die kolportierten Erfolge auf den beiden Gebieten sind jedoch zweifelhaft. Das Primarschulwesen erzielte höchstens Teilerfolge, da es zentralistisch organisiert und mechanistisch angewendet wurde.

Durch das entstandene Vakuum wurden die traditionellen Strukturen begünstigt - Häuptlinge und 'homens grandes' gewannen, je nach Ethnie, einen ziemlich starken Einfluß.

Gewisse Probleme traten auf durch die demobilisierten Kämpfer, die z.T. in den Dörfern ein Rentnerleben zu führen begannen. Auf entsprechende Klagen reagierte jedoch das für die Demobilisierung zuständige Komissariat schnell und eindeutig.

Die tatsächliche Macht, die über die in traditioneller Weise selbstverwalteten Einheiten hinausging, wurde im wesentlichen von der Segurança übernommen, die den gesamten Verkehr kontrollierte und meist über das örtliche politische Geschehen recht gut informiert war.

Guiné-Bissau und Cabo Verde

Die historischen Verbindungen zwischen Guiné-Bissau und Cabo Verde sind doppelter Art.

Viele Kapverdianer sind guinéischen Ursprungs und in Guiné waren viele Kapverdianer ansässig. Bis 1879 standen die beiden Länder unter gemeinsamer Kolonialverwaltung.

Die Kapverdianer waren jedoch im Gegensatz zu den Guinéern als 'assimilados' anerkannt, erreichten damit einen höheren Bildungsstand und wurden von den Kolonialisten auf der unteren und mittleren Ebene Verwaltung eingesetzt. Dies schuf bei den Guinéern Ressentiments gegenüber den privilegierten Kapverdianern.

An der Gründung der PAIGC, die sich die Befreiung der beiden Länder zum Ziel gesetzt hatte, waren sowohl Kapverdianer als auch Guinéer beteiligt.

Die Existenz von anderen Befreiungsbewegungen (FLING) beweist, daß es auch nationalistische Kräfte gab, die nur die Unabhängigkeit Guiné-Bissaus anstrebten. Da die PAIGC sich jedoch gegenüber diesen Kräften durchsetzte, wurde die gemeinsame Befreiung der beiden Länder erkämpft. Allerdings spielte der Guerillakrieg sich ausschließlich auf guinéischem Boden ab, da aufgrund der geographischen Verhältnisse ein Befreiungskrieg auf den Kapverdischen Inseln nicht zu führen gewesen wäre.

Die Kapverdianer beteiligten sich jedoch aktiv am Befreiungskrieg und erreichten wegen ihrer besseren Ausbildung leichter als die Guinéer einflußreiche Positionen. Dennoch kann von einer Dominanz der Kapverdianer in der PAIGC nicht gesprochen werden.

Das Ziel der PAIGC, die Unabhängigkeit beider Länder zu erreichen, fiel zusammen mit dem strategischen Interesse der Sowjetunion an Cabo Verde; ihr ging es (zunächst) um die Beseitigung der amerikanischen Überwachungsstation über den Atlantik. Das strategische

Ziel der PAIGC, die Befreiung Cabo Verdes und die Guiné-Bissaus aneinander zu koppeln, wirkte sich also zumindest nicht negativ auf die Unterstützung durch die Sowjetunion und den sozialistischen Block aus.

Nach der Unabhängigkeit gab die Konzeption der Einheit Cabo Verde einen strategischen Rückhalt. Die eigenen, erst nach der Befreiung aufgestellten Streitkräfte reichten zu einer Verteidigung kaum aus. Deshalb wurde schließlich auch kurz nach dem Putsch in Guiné-Bissau ein militärischer Schutzvertrag mit Portugal unterzeichnet.

Die ursprünglich angestrebte Vereinigung der beiden Staaten wurde durch den Putsch in weite Ferne gerückt. Freilich hatten bereits in der Zeit vor dem Staatsstreich die Vereinigungsbemühungen, zumindest in Guiné-Bissau, mehr rhetorischen als praktischen Charakter. Konkrete Anstrengungen, z.B. gemeinsame wirtschaftliche Projekte durchzuführen oder die beiden Volkswirtschaften durch eine komplementäre Entwicklung aneinander zu binden (es bestehen gute Voraussetzungen zum Austausch), wurden ohne jeden Erfolg unternommen. Selbst die neuen Verfassungen waren nicht aufeinander abgestimmt, ein Punkt, der mit ursächlich für den Putsch sein könnte.

Die Idee der politischen und wirtschaftlichen Vereinigung mit Cabo Verde verkam in Guiné-Bissau zu einer Angelegenheit, die bei feierlichen Anlässen beschworen wurde. Der PAIGC als supranationaler Partei gelang es nicht, den Anspruch auf Vereinigung auch auf staatlicher Ebene umzusetzen.

Abhängigkeit vom Ausland und ausländische Einflußnahme

Da Guiné-Bissau praktisch über keine eigenen Akkumulationsquellen verfügt, wird die gesamte Industrialisierung und ein großer Teil des Eigenverbrauchs vom Ausland finanziert.

In der Tat erhält Guiné-Bissau pro Kopf der Bevölkerung den relativ höchsten Anteil an Entwicklungshilfegeldern. Diese Summen, incl. Kredite, flossen so reichlich, daß die einheimischen Strukturen, z.B. die des Planungsministeriums, den Zustrom nicht bewältigen konnten.

Da keines der begonnenen Projekte bislang oder auch in absehbarer Zeit rentabel funktioniert, ist nicht zu erwarten, daß Guiné-Bissau die erhaltenen Kredite zurückzahlen kann; spätestens 1983 muß mit der Tilgung der ersten Kredite jedoch begonnen werden. Es ist also zu erwarten, daß Guiné-Bissau bald in den Kreislauf des Kreditbedarfes und der Kreditverlängerungen zur Begleichung der alten Schulden eintreten wird.

Bei einer Analyse der Versuche des Neokolonialismus, die guinéische Wirtschaft zu durchdringen, kann es nicht darum gehen, bei jedem Einzelprojekt oder Kredit die Auslandsinteressen aufzuzeigen oder die Schädigungen, die die guinéische Wirtschaft dadurch erleidet, im Einzelnen darzustellen. Der Schaden, der durch die Abhängigkeit vom Ausland insgesamt angerichtet wird, ist viel größer als die Summen der jeweiligen Einzelschäden. Ebensowenig ist es angemessen, in die Klagen über das übermächtige Ausland und die Hilfslosigkeit des schwachen Entwicklungslandes einzustimmen, das keine Chance hat, sich gegen den Zugriff des internationalen Kapital zu wehren. Schließlich hat die PAIGC bewiesen, daß auch ein kleines Volk durchaus eine Chance hat, einen anscheinend übermächtigen Aggressor zu besiegen.

Verschiedene Methoden, mit denen das Ausland Einfluß auf die guinéische Wirtschaft nimmt, sollen hier stichwortartig aufgezählt werden:

- Direkter Zugriff auf nationale Ressourcen (z.B. Sowjetunion beim Fischfang)
- Übervorteilung bei der Lizenzvergabe (z.B. Japan, Frankreich etc. bei Hochseefischereilizenzen)
- Übervorteilung bei Geschäften, wobei die Unfähigkeit der Staatsbürokratie ausgenutzt wird (Lieferung von Treibstoff durch die SU, Schrottverkauf an Portugal, Lebensmittellieferung durch Portugal)
- direkte Militärhilfe (vor allem SU)
- Ausbildung von Kadern, die jeweils in der Technologie des Ausbildungslandes geschult werden
- Hilfe beim Aufbau von Staatsapparat und Sicherheitsdiensten (SU und DDR)
- materielle Geschenke
- Import eines Lebensstils durch das diplomatische Corps und ausländische Experten (Demonstrationseffekte)
- Offerten mit sozialen und politischen Implikationen (Islamisches Kulturzentrum in Gabu)
- Direkter Zugriff auf die nationale Wirtschaft und direkte politische und ökonomische Forderung im Zuge von Kreditvergaben (IWF, Weltbank)

Ein allgemeinerer Durchgriff erfolgt über die einzelnen Entwicklungshilfe- und Industrialisierungsprojekte. Zum Teil steckt dahinter schlichtes, einzelwirtschaftliches Interesse; zum Teil sehen sich Entwicklungshilfeagenturen aufgrund ihrer eigenen Prioritätenlisten zu bestimmten Projekten eher veranlaßt als zu andern. Die Organisation der Entwicklungshilfe in Einzelprojekten ist fast durchgängig. Ausnahme in Guiné-Bissau ist Schweden, das pauschal den Staatshaushalt ausgleicht (mit Erfolgen, die ihrerseits durchaus die Einzelprojektstruktur im günstigeren Licht erscheinen lassen). Eine besondere Rolle spielen die Consulting-Firmen,

die herangezogen werden, um den nationalen Mangel an Fachwissen zu kompensieren und um z.B. Projektstudien zu erstellen, die dann bei Projektentscheidungen herangezogen werden. Diese Unternehmen lassen sich ihre Dienste im Normalfalle gut bezahlen; jedoch sind ihre Expertisen oft den Notwendigkeiten des ausländischen Interessenten stärker angepaßt als den Realitäten des Empfängerlandes.

Die jeweiligen Entwicklungshilfeträger sind im Falle von Guiné-Bissau den einheimischen staatlichen Stellen in fast jeder Hinsicht überlegen: bezüglich der praktischen Erfahrung, der Organisation, der Qualifikation und des finanziellen Rückhaltes.

Dadurch, daß vom Ausland überwiegend Einzelprojekte angeboten werden, wird im Staatsapparat eine entsprechend differenzierte Struktur geschaffen. Der Verwaltungsapparat, anstatt die verschiedenen Projekte miteinander zu koordinieren, gliedert sich in verschiedene Projektcliquen auf, wobei jede Einzelclique versucht, gegenüber den anderen Gruppierungen ihr spezielles Projekt durchzusetzen, von dem sie sich Vorteile verspricht (Einfluß, Posten, Gehalt, Autos, Reisen etc.).

Bald entwickelt sich eine Situation, in der mehrere rivalisierende Gruppen bestehen, die jeden Koordinierungsversuch von vornherein zum Scheitern zu bringen, da jeder an der allgemeinen Korruption beteiligt ist.

Es existiert auch kein klares Entscheidungszentrum mehr, da jeder Einzelne es ablehnt, Verantwortung zu übernehmen, und versucht, so viel wie möglich Andere an die Entscheidung für sein Projekt zu binden, um sich auf diese Weise abzusichern. Sobald erst genügend Personen an der Korruption beteiligt sind, wird niemand mehr versuchen, die Skandale aufzudecken, da er entweder selbst involviert ist oder die Anderen, die ebenfalls in die Affäre verwickelt sind, ihn aufgrund ihrer Machtposition davon abhalten. Traditionelle Strukturen und Verhaltensweisen, beispielsweise Nepotismus, kommen dieser Entwicklung natürlich entgegen.

Die zu Beginn der Unabhängigkeit notwendig erfolgte Hinwendung zum Ausland gewann immer stärker an Gewicht. Die unproduktive 'Staatsklasse', die sich dem Volk gegenüber durch ihre Entwicklungsaufgabe legitimierte, begriff schnell, daß es wesentlich leichter war, Gelder aus dem Ausland ins Land zu holen als die nationalen Produktivkräfte zu entwickeln. Ihre Legitimation gegenüber dem Volk beruhte nun vor allem auf der Beschaffung von ausländischen Hilfeleistungen, speziell Nahrungsmitteln und Konsumgütern.

Mit zunehmender Abhängigkeit der 'Staatsklasse' vom Ausland wurden auch die Anstrengungen größer, die Geldströme aus dem Ausland im Fluß zu halten. So wurde nun damit begonnen, entsprechende Investitionen zu tätigen, während die Arbeit des Staatsapparates sich mehr und mehr auf die Gewinnung ausländischer Hilfen ausrichtete.

Ein Großteil der Gelder kommt von den Entwicklungshilfeorganisationen der Industrieländer. Für die guinéische Regierung kommt es jetzt also darauf an, die Geldgeber zufriedenzustellen - und das geschieht am Besten dadurch, daß nach Außen hin der Anschein von Entwicklung produziert wird. Es muß sichtbar gemacht werden, daß die Regierung das in sie gesetzte Vertrauen der Geldgeber erfüllt.

Ebenso gilt es, die Vertreter dieser Entwicklungshilfeinstitutionen bei Laune zu halten. Dies geschieht durch die Schaffung einer guten Infrastruktur: das Bemühen, mit dem für das Funktionieren von Luxushotels- und Restaurants gesorgt wird, ist nicht zufällig und direkt auf die ausländischen Gäste zugeschnitten. Aber das ist nur die kleinste Anstrengung, die in dieser Hinsicht unternommen wird.

Viel grundlegendere Punkte der Politik sind exakt auf derselben Linie angesiedelt; die wesentlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Infrastruktur sind ein treffendes Beispiel dafür, welche Art Überlagerungen hinter der Planung stecken.

So wurde unter dem Stichwort der Schaffung einer 'boa entrada' vom Flughafen zum Zentrum der Hauptstadt eine vierspurige Autobahn geplant und fast fertig gebaut. Geplant war weiterhin die Errichtung kompletter, neuer Stadtviertel im europäischen Stil zu beiden Seiten der Autobahn. Aus finanziellen und technischen Gründen mußte darauf schließlich aber doch verzichtet werden, so daß jeweils nur noch eine Reihe alter Häuser abgerissen und durch neue ersetzt werden sollten.

Fast die gesamte Industrie wurde zu beiden Seiten der Autobahn - gut sichtbar - angesiedelt. Ebenso ein neues Gymnasium, ein Modellwohnblock in cubanischer Fertigbauweise, die Volvo-Reparaturwerkstätte etc.

Beabsichtigt wird mit diesen prestigehauchenden 'Modernisierungsmaßnahmen', die ankommenden Besucher zu beeindrucken, ebenso wie z.B. durch die Altstadtanierung Fortschritt signalisiert werden soll, erhielt doch jenes Viertel höchste Priorität, das vom Präsidentenpalast aus einzusehen ist.

Desgleichen bemüht sich die Regierung sehr um eine effektive Öffentlichkeitsarbeit, denn der Eindruck, der international über Guiné-Bissau entsteht, hat einen weiteren Einfluß auf die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern. So wurde jeweils sehr viel Zeit auf die Betreuung ausländischer Besucher aufgewendet, insgesamt mit Erfolg.

Je nach politischer Einschätzung der Besucher wurde jeweils eine entsprechende Realität vorgeführt, beispielsweise den Vertretern von Solidaritätsgruppen das als fortschrittlich geltende Lehrerfortbildungszentrum in C6. Repräsentanten von Geldgeberorganisationen wurde die jeweils fortgeschrittenste Industriearchitektur präsentiert.

Die Produktion unzähliger Papiere, Programme, Pläne etc. ist ebenfalls von dem Interesse bestimmt, im Ausland ein möglichst positives Bild der nationalen Entwicklungsanstrengungen zu zeichnen. Offenbar mit großer

Effizienz, denn erst sehr allmählich scheint allgemein die Diskrepanz zwischen Wirklichkeit und offiziellen Dokumenten begriffen zu werden.

Ferspektiven

Die 'Grenzen des Wachstums' - verstanden als 'natürliche' Grenzen einer wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie vorgegeben sind durch die geographischen und klimatischen Bedingungen - sind in Guiné-Bissau sehr weit gesteckt.

Obwohl die Sahelzone möglicherweise weiter nach Süden vordringen wird, sind die Niederschlagsverhältnisse noch relativ günstig für die Landwirtschaft. Bebaubares Land steht in mehr als ausreichendem Maße zur Verfügung. Weiterer ungezügelter Raubbau der Holzbestände kann jedoch den Waldbestand gefährden und damit zu einem das Klima negativ beeinflussenden Faktor werden. Dem könnte durch Aufforstung jedoch abgeholfen werden. Bodenschätze sind kaum vorhanden, sieht man von dem umstrittenen Erdöl und dem kaum erschließbaren Bauxit einmal ab.

Die Gewässer sind noch immer fischreich und können, wenn sie nicht weiterhin überfischt werden, auch in Zukunft einen beachtlichen Beitrag zur Eiweißversorgung der Bevölkerung leisten. Über 50 % der Bevölkerung hat Zugang zum Wasser.

Rahmenbedingungen von gleicher Bedeutung wie die natürlichen Gegebenheiten für die Entwicklung sind die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt und die allgemeine Weltkonjunkturlage. Die Preisentwicklung auf dem Weltmarkt ist von der guinéischen Regierung genausowenig zu beeinflussen wie das Wetter, entscheidet aber über die Höhe der Erlöse guinéischer Exporte sowie über die Importpreise. Die globale Konjunkturlage wie auch andere politische Faktoren bestimmen, wie viele Entwicklungshilfegelder und in welcher Höhe Kredite zur Verfügung stehen werden. Anders als z.B. die OPEC-Staaten hat

Guiné-Bissau keinen Einfluß auf die Weltkonjunktur; jedoch kann es in gewisser Weise darauf einwirken, welcher Anteil der Entwicklungshilfemittel nach Guiné-Bissau und nicht in andere Länder der Dritten Welt fließt.

Einen weiteren Ausschlag kann die Entwicklung in den Nachbarländern geben, sowohl in ökonomischer (Arbeitskräfteabwanderung) als auch in politischer Hinsicht (Grenzkonflikte, Streit über das off-shore-Petroleum).

Diese Bedingungen stellen den Rahmen für die Entwicklung der guinéischen Gesellschaft, sie bestimmen jedoch nicht, welchen Weg diese Entwicklung nehmen wird.

Das entscheidende Problem wird die Verbindung zwischen den unmittelbaren Produzenten und der jeweiligen Entwicklungsagentur (Staat, Partei) bleiben.

Bei der Betrachtung des Produktionsprozesses fällt auf, daß dem subjektiven Faktor die für die Produktion entscheidende Bedeutung zukommt. Die individuell und kollektiv vorhandenen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Erfahrungen, die gesellschaftliche Organisation des Arbeitsprozesses sind bei weitem der wichtigste produktive Faktor der guinéischen Ökonomie. Daher muß auch jede Entwicklungsanstrengung an der subjektiven Seite der Produktion ansetzen, um das in ihr vorhandene Potential zu entfalten.

Betrachten wir nun die Lage in Guiné-Bissau nach dem Staatsstreich und versuchen wir einzuschätzen, welche gesellschaftlichen Kräfte in welcher Art und Weise versuchen werden, Einfluß auf das Geschehen zu nehmen und welche Möglichkeiten ihnen zur Verfügung stehen.

Die Situation, die die neue Regierung nach dem Putsch bei der Machtübernahme vorfand, ist nicht nur geprägt durch das 'Erbe des Kolonialismus' sondern auch durch das Erbe der Entwicklungsanstrengungen der abgelösten Regierung: hohe Auslandsverschuldung, Industrieruinen

modernster Art, eine in der Hauptstadt konzentrierte, auf Großprojekte ausgerichtete und von Korruption durchsetzte staatliche Verwaltungsbürokratie, an einen hohen Lebensstandard und Luxuskonsum gewöhnte städtische Oberschicht. Schließlich ist durch die Art der Machtübernahme und die folgende Aufdeckung der, von der alten Regierung angeblich begangenen Massaker der Ruf der PAIGC im Ausland, d.h. auch bei den Geldgebern eventuell in Mitleidenschaft gezogen worden, was sich mittelfristig negativ auf die Gewährung von Krediten und Zuwendungen auswirken dürfte.

Der Putsch wurde ohne jegliches Programm durchgeführt. Seine wesentliche Machtbasis war das Militär, dessen Rolle erheblich gestärkt wurde. Inzwischen hat es einen bedeutenden Machteinfluß.

Da zwischen Volk und Militär eine große soziale Affinität besteht, wird die militärische Machtbeteiligung nicht dazu führen, dass es in repressiver Funktion gegen das Volk eingesetzt werden wird.

Die militärische Herkunft von Mitgliedern des Revolutionsrates bringt es mit sich, daß versucht werden wird, militärische Organisationsformen und -Strukturen einzuführen (soldatische Disziplin, Kommandozentrum, zentralistische Kontrolle u.a.m.).

Auch besteht die Gefahr, daß die neue Regierung, die sich auf die - im Konfliktfall ausschlaggebende, militärische - Macht stützen kann, die gesellschaftliche Macht anderer Gruppen unterschätzt und daher ihre Beteiligung an Entscheidungsprozessen nicht in ausreichendem Maße ermöglicht. Es ist zu erwarten, daß bestimmte gesellschaftliche Gruppen, sobald sie merken, daß sie nicht an der Macht beteiligt werden, sich formieren und es zu Konflikten kommt, die nicht auf demokratische Weise ausgetragen werden können.

Außerdem ist damit zu rechnen, daß die bis jetzt ökonomisch unterprivilegierten Militärs beginnen, Forderungen materieller Art zu stellen und im Verteilungskampf in Konkurrenz zu anderen Gruppen treten werden.

Auch die anderen unterprivilegierten Schichten, z.B. die städtischen Arbeiter werden ihre Hungerlöhne nicht mehr lange hinnehmen. Da der zu verteilende Kuchen kleiner werden wird, sind Verteilungskämpfe unausweichlich. Die neue Regierung wird es sich nicht leisten können, mit repressiven Maßnahmen darauf zu reagieren, da sie auf breiteste Akklamation angewiesen ist, will sie die ökonomische Entwicklung ankurbeln. Da sie darüberhinaus vor allem auf die höheren und mittleren Kader im Staatsdienst angewiesen ist, wenn sie ihren 'Entwicklungsauftrag' erfüllen will, kann sie deren Privilegien kaum beschneiden. Somit bleibt die Differenz des Lebensstils, die zumindest unter der Bevölkerung in der Hauptstadt viel böses Blut geschaffen hat.

Die Beendigung der Repression durch die *Segurança* und die Gewährung der Freizügigkeit sind in erster Linie bei der ländlichen Bevölkerung auf große Begeisterung gestoßen. Die traditionellen Häuptlinge, die nach Abzug der Kolonialisten und der FAIGC vom Lande ihre Positionen ausgebaut hatten, strömten in die Hauptstadt, um ihre Unterstützung für die neue Regierung zu demonstrieren.

Der offene Führungsstil Ninos (praktisch jeder kann zu ihm gehen und sagen, was er zu sagen hat) scheint zunächst eine Interessenvertretung bisher vernachlässigter bzw. unterdrückter Gruppen zu gewährleisten. Auf Dauer aber wird das Fehlen demokratischer Einrichtungen, in denen divergierende Interessen und die daraus entstehenden Konflikte ausgetragen werden können, zu Schwierigkeiten führen. Durch die Gewährung politischer Rechte ist die neue Regierung vor dem Volk legitimiert, das sie auf breiter Basis zunächst unterstützt. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Kontrolle der Regierung durch das Volk nicht stattfindet und daß die Regierung nicht vom Volk abhängig ist. Eine dauerhafte Legitimierung

vor dem Volk wird sich die Regierung nur dann verschaffen können, wenn sie vor der Aufgabe, das Land zu entwickeln und die ökonomische Lage der Bevölkerung zu verbessern, besteht.

Die beiden wichtigsten Maßnahmen, die die neue Regierung in dieser Hinsicht bislang unternommen hat, sind einmal der Kampf gegen die Korruption und den Machtmißbrauch im Staatsapparat - obgleich die Übernahme von Ministern, die in Korruptionsaffären verwickelt sind, in die neue Regierung Zweifel aufkommen läßt -, zum anderen der Versuch einer Massenmobilisierung. Die inzwischen landesweit angelaufene Säuberungskampagne, die schon dazu geführt hat, daß Regionspräsidenten öffentlich angeklagt wurden, findet die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise. Es ist zu vermuten, daß dies dazu führen wird, daß der Hauptakzent der Säuberung sich auf das Land verschieben wird, da hier mit der Anklage weniger Verantwortlicher viel Zustimmung der Bevölkerung zu erzielen ist und auf diese Weise von der Beteiligung einiger Mitglieder der neuen Regierung an Korruptionsaffären abgelenkt werden kann.

Die Presse spielt im Rahmen der Mobilisierung angesichts der hohen Analphabetenrate und der geringen Auflage der einzigen Zeitung im Lande 'No Fintcha', lediglich in der Stadt eine - sehr beschränkte - Rolle. Der zentral zu dirigierende Rundfunk dürfte dagegen eine größere Breitenwirkung erzielen. Das Mobilisierungspotential des Militärs könnte, entsprechend eingesetzt, von beträchtlicher Effektivität sein; Anzeichen dafür sind bis jetzt allerdings noch nicht zu erkennen.

Von entscheidenderer Bedeutung für die weitere Entwicklung Guiné-Bissaus wird sein, inwieweit die bisherige Entwicklung in Frage gestellt wird bzw. wie folgende Fragen beantwortet werden:

Hat die abgelöste Regierung mit ihrer Konzeption der Industrialisierung versagt, weil sie die falschen Methoden angewandt hat ?

War das Industrialisierungskonzept selbst falsch ?

Hat die alte Regierung bei der Entwicklung der Landwirtschaft versagt, weil sie zuviel Gewicht auf die Industrie gelegt hat oder weil sie die falschen Methoden bei der Landwirtschaft angewandt hat ?

Die zentrale Frage ist meiner Ansicht nach, ob der Staat Träger der Entwicklung eines Landes wie Guiné-Bissau sein kann.

Hier hätte das Erziehungsministerium - zwar bürokratisch organisiert, jedoch einigermaßen funktionsfähig - eine Schlüsselrolle zu spielen.

Es ist zunächst nicht zu erwarten, daß die landwirtschaftliche Entwicklungsstrategie, die sich bis jetzt darauf beschränkte, daß das notorisch schlecht organisierte und kaum funktionsfähige Landwirtschaftsministerium einige von den Portugiesen übernommene Staatsfarmen mit ständig großen Defiziten schlecht managte und einige wenige Pilotprojekte im Landesinneren organisierte, sich radikal ändern wird. Zwar erscheint eine Änderung der Strategie denkbar, doch die Umsetzung einer neuen Agrarstrategie kann nicht auf das Landwirtschaftsministerium beschränkt bleiben, kann sich dieses eine durchgreifende Umorganisation gar nicht leisten.

Um die Bauern zur Überschußproduktion anzuregen, ist m.E. die Subsistenzökonomie aufzubrechen. Dazu ist unter anderem ein Warenangebot auf dem Lande erforderlich, was jedoch in Anbetracht der Devisenknappheit und der Desorganisation des staatlichen Handels kurzfristig nicht zu erwarten ist.

Eine Reprivatisierung des Handels wird hier nur teilweise Abhilfe schaffen können.

Um die Abhängigkeit von ausländischen Lebensmittel-
lieferungen zu senken, müßten große Teile der städtischen
Bevölkerung aufs Land umgesiedelt werden. Das wird
jedoch nicht ohne großen Widerstand der Betroffenen
durchzuführen sein, es sei denn, es gelänge, ein Um-
siedelungsprojekt mit materiellen Anreizen zu schaffen.

Insgesamt läßt sich für die nächste Zukunft folgende
Prognose anstellen:

- Die neue Regierung wird wohl reine Prestigeprojekte
soweit wie möglich einstellen und den demonstrativen,
exzessiven Luxuskonsum ihrer Kader beschneiden.

Sie wird versuchen, wichtige Ministerien, speziell
Industrie, Landwirtschaft und Erziehung neu zu orga-
nisieren, um sie effizienter zu gestalten.

- Die Massenorganisationen werden wohl reorganisiert
und den Massen dabei etwas größere Rechte eingeräumt
werden.

- Die Säuberungen werden fortgesetzt und einige Verant-
wortliche bestraft werden.

- Die Regierung wird sich vor allem darum bemühen, die
Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln
sicherzustellen. Dieses wird in den nächsten Jahren
noch nicht ohne Auslandshilfen abgehen.

- Sobald die Säuberungen abgeschlossen sind, ist mit
Wahlen zu rechnen, die - wenn zu einem günstigen Zeit-
punkt angesetzt - sehr hohe Ergebnisse für die neue
Regierung bringen dürften. Wahlen werden auch für
eine Legitimation gegenüber dem Ausland benötigt.

- Am außenpolitischen Kurs wird sich wohl nicht viel
ändern. Wahrscheinlich wird weiterhin eine Politik
der Blockfreiheit betrieben werden, vielleicht mit
etwas stärkeren nationalistischen Untertönen als in
der Vergangenheit.

- Bei Verträgen mit dem Ausland wird die Regierung ver-
mutlich in Zukunft verstärkt darauf achten, nicht be-
nachteiligt zu werden und die nationalen Ressourcen
besser zu schützen.

Grundsätzlich ist nicht damit zu rechnen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft als Basis der guinéischen Volkswirtschaft, vor allem, wenn - wie zu erwarten - die technizistische Herangehensweise beibehalten wird, so rasche Fortschritte machen wird, daß der Staatsapparat und die Stadt vom Lande aus ernährt werden können - dies aus zwei Gründen: zum einen produziert die Stadt nichts, was auf dem Land gebraucht würde; zum anderen benötigen Maßnahmen der ländlichen Entwicklung, die auf Massenmobilisierung beruhen, lange Anlaufzeiten.

Das bedeutet in der Konsequenz, daß der Staatsapparat und damit die Stadt weiterhin vom Ausland abhängig sein werden und daß sie nicht von der ländlichen Bevölkerung kontrolliert werden. Damit besteht aber die Gefahr, daß die Regierung - trotz anfänglich bester Intentionen - an der Entwicklung der Landwirtschaft scheitern wird. Dieses Versagen könnte einen Prozeß einleiten, der einen weiteren Staatsstreich nicht ausschließt.

7. QUELLENVERZEICHNIS

a) Deutschsprachige Zeitungen

- Arbeiterkampf
- Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
- Frankfurter Allgemeine Zeitung
- Frankfurter Rundschau
- Kölner Stadtanzeiger
- Die Neue
- Neue Zürcher Zeitung
- Stuttgarter Zeitung
- Süddeutsche Zeitung
- Der Tagesanzeiger
- Die Tageszeitung
- Vorwärts
- Die Zeit
- o.A.

b) Englische Zeitungen

- Guardian
- International Herald Tribune
- Times

c) Französische Zeitungen

- Libération
- Le Monde

d) Portugiesischsprachige Zeitungen

- Portugal -
- Correio de Manhã
- Diario
- Diario de Lisboa
- Diario de Noticias
- Expresso
- O Dia
- O Journal
- Fomento
- Portugal Hoje